# Die CSU 1945 – 1948

Texte und Materialien
zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut
für Zeitgeschichte

Band 4

# Die CSU 1945 – 1948

## Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union

## Band 2
## Protokolle 1947 – 1948

Herausgegeben im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
von Barbara Fait und Alf Mintzel
unter Mitarbeit von Thomas Schlemmer

R. Oldenbourg Verlag München 1993

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die CSU 1945 – 1948 : Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union / hrsg. im Auftr. des Instituts für Zeitgeschichte von Barbara Fait und Alf Mintzel unter Mitarb. von Thomas Schlemmer. – München : Oldenbourg.
(Texte und Materialien zur Zeitgeschichte ; Bd. 4)
ISBN 3-486-55982-6

NE: Fait, Barbara [Hrsg.]; GT

Bd. 2. Protokolle 1947 – 1948. – 1993

© 1993 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Druck: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

Gedruckt auf alterungsbeständigem säurefreiem Papier

ISBN 3-486-55982-6

# Nr. 27

## Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 3. Januar 1947 in Augsburg

Tagesordnung:[1]
1. Haltung der Union gegenüber dem Kabinett Ehard-Hoegner-Loritz
2. Verhältnis Partei und Fraktion der Christlich-Sozialen Union
3. Verschiedenes
Ferner:
4. Einsetzung von Arbeitsausschüssen

Tagungsort: Augsburg, Pfälzer Hof

Anwesend:[2] Alledag, E. Ammann, Ankermüller, A. von Aretin, Baumgartner, A. Bender, N. Berger, Bickleder, Birkl, Boehlke, A. Braun, Butterhof, Centmayer, Dahm, M. Deku, Döppert, Donsberger, Ehard, Etterer, Euerl, Fackler, H. Fink, J. Fischer, Gamperl, A. Gaßner, Goderski, Grasmann, Gröber, Gugelweid, Hahn, Haugg, Haußleiter, Helmerich, Herold, Höhenberger, Hönekopp, Holzer, Horlacher, Hundhammer, Imler, Kaifer, F. Kaiser, Karpf, Klenk, A. Konrad, H. Kraus, Krehle, Kroll, Kronthaler, K.A. Kroth, Krüger, Kübler, Kurz, A. Lang, Lehner, Liedig, Lingmann, Mack, R. Martin, Mayr, Meyer-Spreckels, F. Michel, J. Müller, Nentwig, Neumann, Nirschl, Ostwald, Ott, Pfeiffer, Pflaum, Piechl, Prechtl, von Preysing, Probst, Reiser, Riedel, Rindt, Rinke, Röder, F.L. Sauer, F. Schäfer, Schlögl, K. Schmid, Schmidt, Schrott, Schubert, Schwägerl, Sedlmayr, Semler, Sichart, Staab, Steber, Strathmann, F.J. Strauß, Sühler, Ulrich, von Voretzsch, Wackerl, Weger, Weinkamm, G. Weinzierl, Weiss, F. Wittmann, Zülein, Zürrlein, Zwicknagl

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Die Sitzung wird um 10.25 Uhr durch den Landesvorsitzenden Dr. *Josef Müller* eröffnet.
*Liedig*: Meine Damen und Herren! Ich bitte Platz zu nehmen zur Feststellung der Anwesenheit. Ich verlese zunächst die Anwesenheitsliste der Stimmberechtigten, um festzustellen, wieviele Stimmen vertreten sind.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich eröffne die heutige Landesausschußsitzung der Christlich-Sozialen Union. Ich heisse Sie herzlich willkommen. Wir beginnen die Arbeit in unserer Union bereits mit Beginn des neuen Jahres. Das neue Jahr bringt uns schon in seinem Beginn große Schwierigkeiten. Ich darf als erstes nicht nur Ihnen, sondern vor allem unserer Christlich-Sozialen Union alles Gute fürs neue Jahr wünschen. Möge sie das neue Jahr bestehen und gestärkt überleben. Eine Krisis muß nicht immer nur unangenehme und schlechte Seiten haben. Es wird an Ihnen liegen, meine lieben Parteifreunde, dafür zu sorgen, daß die Union auch aus dieser Krisis gestärkt hervorgehen wird. Es war bisher oft so, daß die Union in Schwierigkeiten war und daß ihre Gegner erwartet haben, daß sie auseinanderfallen würde. Wollen wir gerade heute unsere Arbeit damit beginnen, daß wir zuerst den Willen bekunden, einig zu bleiben oder wieder einig zu werden.

(Bravo!)

[1] Laut Wortlaut des Protokolls, vgl. S. 963. Der unter "Ferner" genannte Tagesordnungspunkt wurde rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
[2] Laut Anwesenheitsliste in der Anlage zum Protokoll, ergänzt anhand des Protokolltextes. Zwei Unterschriften sind unleserlich.

Es wird nicht leicht sein, die Einigkeit durchzuhalten. Wir wollen kein Hehl daraus machen: Es wird eminente Schwierigkeiten geben, aber meine lieben Freunde, wo ein Wille ist, wird sich auch ein Weg finden.

(Sehr richtig!)

Ich glaube nicht, daß der Weg nur dadurch gefunden werden kann, daß man Schwierigkeiten aus dem Wege geht. Wir wollen heute auch dafür sorgen, daß die Schwierigkeiten aufgezeigt und erkannt werden, damit durch die Erkenntnis gleichzeitig der Wille reift, sie zu überwinden. Wir wollen heute klar reden. Es hat keinen Sinn, wenn wir uns gegenseitig etwas vormachen. Meine lieben Freunde, es muß die Bereitschaft einsetzen, den Weg für die Union zu finden, nicht den Weg für irgendeine Gruppe. Bisher hat die Union einen Sammlungsprozeß durchgeführt. Die Sammlung ist zweifellos gelungen gewesen. Jetzt muß sich die Union irgendwie konsolidieren. Hoffentlich gelingt auch der Konsolidierungsprozeß. Er wird nicht leicht sein, um es noch einmal zu betonen. Aber, meine lieben Freunde, die Idee, die wir vertreten, verlangt von uns, daß wir uns restlos einsetzen, und daß jeder das Persönliche zurückstellt.

(Sehr richtig!)

Es kann nicht um persönliche Fragen gehen, es kann nicht darum gehen, wer sich durchgesetzt hat oder wer sich durchsetzt. Es kann nicht darum gehen, wer von der Union herausgestellt wird oder wer sich herausgestellt hat. Wichtig ist, daß alle wissen, daß dann, wenn das Ansehen der Union Schaden leidet, sie mit der Union Schaden leiden. Wichtig ist, daß alle erkennen, daß dann, wenn die Union untergehen sollte, auch ihr politisches Dasein innerhalb der Kreise der Union abgeschlossen ist.

(Sehr richtig!)

Meine lieben Freunde! Ich will keine großen Ausführungen zu den Vorgängen der letzten Zeit machen. Ich halte es für zweckmäßig, jetzt zuerst die Stimmen aus dem Lande zu Worte kommen zu lassen. Wir sind früher, im Aufbau, in der Landesversammlung so vorgegangen, daß jeweils zuerst die Vorsitzenden der Bezirke gesprochen haben. Denn sie geben das Bild der Union im gesamten Lande wieder. Wir als demokratische Partei müssen davon ausgehen, daß die Stimme des Volkes von der Partei gehört werden muß, wenn die Partei nicht Schaden leiden soll. Es kann nicht darum gehen, daß einzelne Politik zu machen versuchen, losgelöst vom Volk. Es kann auch nicht darum gehen, daß die gewählten Vertreter des Volkes Politik nach irgendwelchen persönlichen oder Gruppengesichtspunkten machen.

(Sehr richtig!)

Die Union muß als Partei die Stimme des Volkes verstehen, wenn sie nicht in der Luft hängen soll.

(Sehr richtig!)

Wenn ich nun in die Tagesordnung eintrete, darf ich Ihnen vorschlagen, daß zunächst bei Punkt 1 die Bezirksvertreter referieren und daß wir erst dann sehen, ob wir Referate einlegen. Ich glaube, wir dürfen uns zutrauen, daß jeder von uns fähig sein wird, einen kurzen Überblick zu geben. Vieles kann als bekannt vorausgesetzt werden. Wir wollen daran nicht unnötig Zeit verbrauchen durch lange Referate, sondern konkret in die Debatte eintreten.

Ich gebe zunächst die Tagesordnung bekannt:

1. Haltung der Union gegenüber dem Kabinett *Ehard-Hoegner-Loritz*
2. Verhältnis Partei und Fraktion der Christlich-Sozialen Union
3. Verschiedenes

Werden irgendwelche Anträge zur Tagesordnung gestellt?
Dr. *Horlacher*: Dem ersten Punkt der Tagesordnung werden eine Reihe von Herren hier nicht zustimmen. Der erste Punkt der Tagesordnung kann nach unserer Überzeugung nicht so gefaßt werden. Es müßte regulär so vorgegangen werden, wie es bei jeder vernünftigen Konstruktion der politischen Verhältnisse notwendig ist, daß nämlich zunächst einmal ein Bericht gegeben wird, wie es zur Regierungsbildung gekommen ist. Die Regierung ist im Parlament in einzigartiger Weise

(Hört, hört!)

mit Zweidrittelmehrheit gebildet worden. Sie können schreien, wie Sie wollen. Das geniert mich als Politiker gar nicht. Ich werde Ihnen dann noch mehr erzählen, was für Sie wissenswert sein wird. Es ist selten in der Geschichte Deutschlands vorgekommen, daß eine Regierung mit Zweidrittelmehrheit im Landtag gewählt worden ist. Das ist eine Tatsache, über die Sie nicht hinweggehen können. Es ist daher notwendig, daß die Verhältnisse von den Beauftragten der Fraktion, die die Verhandlungen im Namen der Fraktion der CSU geführt haben,

(Zuruf: Und wie!)

objektiv dargestellt werden.

(Sehr richtig! - Zuruf: Herr Dr. *Horlacher* spricht bereits zur Tagesordnung.)

Den Titel Regierung *Hoegner* erkennen wir nicht an. Wir erheben dagegen Einspruch. Wir sehen diesen Tagesordnungspunkt als eine politische Aussprache an. Unter diesem Gesichtspunkt werden eine Anzahl Herren und eine Anzahl Freunde hier in die Debatte eintreten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Dr. *Horlacher* hat bereits zur Tagesordnung gesprochen. Mir kommt es darauf an klarzustellen: Wird die Tagesordnung als solche genehmigt oder nicht, oder werden Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung gestellt. Erhebt sich ein Widerspruch gegen die Aufstellung der Tagesordnung?

(Zwei Zurufe: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung hat sich zuerst Dr. *Kroll* gemeldet.
Dr. *Kroll*: Der Bezirksverband Oberfranken unterstützt auf das Lebhafteste die Anregung von Herrn Dr. *Horlacher*, zunächst einmal einen maßgebend Beteiligten referieren zu lassen, um dann in die Einzelheiten der Debatte einzutreten. Ich würde vorschlagen, daß Herr Minister Dr. *Hundhammer* referiert, wie es zur Bildung des Kabinetts gekommen ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist jetzt bereits die technische Behandlung der Tagesordnung zur Debatte gestellt. Es kommt daher darauf an: Wird die Tagesordnung als solche genehmigt oder werden konkrete Abänderungsanträge gestellt?
Dr. *Baumgartner*: Ich stelle den Antrag:

> Punkt 1 der Tagesordnung lautet nicht "Haltung der Union gegenüber dem Kabinett *Ehard-Hoegner-Loritz*", sondern "Politische Aussprache".

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Politische Aussprache ist ein allgemeiner, vager Begriff. Es kommt darauf an, daß hier klargestellt wird erstens die Haltung zur Regierung und zweitens das Verhältnis Partei und Fraktion. Sonst kommen wir mit einer politischen Aussprache ins Uferlose.
*Haußleiter*: Meine Herren, ich bin der Überzeugung, wir sind hier zusammengekommen, um von der Partei aus zur Frage dieser Regierungsbildung Stellung zu nehmen. Ich hielte es für eine klare Flucht vor dem gegebenen Thema, wenn wir die Tagesordnung in diesem Punkt ändern würden. Dagegen bin ich für den Vorschlag Dr. *Kroll* unter allen Umständen. Wir wollen die Hintergründe dieser Regierungsbildung kennenlernen. Ich gehöre der Fraktion an. Ich kenne sie auch nicht.

(Hört, hört! Heiterkeit.)

Ich bin dafür, daß Herr Dr. *Hundhammer* einen eingehenden und ausführlichen Bericht über die ganzen Verhandlungen erstattet, die zur Bildung dieser Regierung geführt haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich frage nochmals an: Wird ein Antrag zur Änderung der Tagesordnung gestellt?
Das ist nicht der Fall. Es wird kein formeller Antrag gestellt.
Dr. *Horlacher*: Ich stelle den formellen Antrag zur Tagesordnung, daß der erste Punkt heißt: "Politische Aussprache über die Regierungsbildung in Bayern".
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es steht der Antrag *Michel Horlacher*:

> Punkt 1 der Tagesordnung soll heißen: "Politische Aussprache über die Regierungsbildung in Bayern".

Das ist ein Abänderungsantrag. Ich darf über den Antrag abstimmen lassen.
Wer enthält sich?
(Niemand.)
Wer ist gegen den Antrag *Horlacher*?
46 sind gegen den Antrag.
Wer ist für den Antrag?
33 sind für den Antrag.
Damit ist der Antrag *Horlacher* abgelehnt. Es steht dann die Tagesordnung zur Debatte, wie sie vorgeschlagen ist. Es erhebt sich kein Einspruch gegen die Tagesordnung? Dann ist die Tagesordnung genehmigt.
Wir treten in die Tagesordnung ein. Es wurde bereits vorhin vorgeschlagen, daß zunächst einer der Herren, die bei der Regierungsbildung beteiligt waren, über die Regierungsbildung referiert. Es wurde vorgeschlagen, daß Minister Dr. *Hundhammer* darüber referiert. Erhebt sich ein Widerspruch?

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Darf ich ums Wort bitten?)

Dann ist der Antrag angenommen.
Dr. *Horlacher*: Dem Vorschlag will ich nicht widersprechen, aber zum modus procedendi will ich folgendes vorschlagen: Zuerst wird der Mann referieren müssen, der die Regierungsbildung eine Zeitlang als Beauftragter der Fraktion geleitet hat. Das ist der Herr Minister *Pfeiffer*. Ich bitte also, zunächst dem Minister *Pfeiffer* das Wort zu geben. Ich bin bereit, dem weiteren Vorgehen zuzustimmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist zunächst angeregt worden, daß Minister Dr. *Hundhammer* referiert, der als Fraktionsführer die Verhandlungen geführt hat. *Horlacher*

stellt den Antrag - ich darf es als Antrag nehmen -, daß zuerst Minister Dr. *Pfeiffer* referiert.
Dr. *Pfeiffer*: Ich bitte, daß Dr. *Horlacher*, der als beobachtendes Mitglied bei sämtlichen Besprechungen zugegen war, Ihnen den Hauptbericht gibt. Er hat vom ersten bis zum letzten Augenblick die ganzen Verhandlungen mitgemacht, während meine Tätigkeit bei einer Zäsur abgebrochen hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich glaube, wir sollten nicht von vornherein durch Geschäftsordnungsdebatten eine lange Diskussion heraufbeschwören. Ich glaube, daß vorhin die allgemeine Meinung die war, daß Minister *Hundhammer* referiert, der noch dazu Fraktionsvorsitzender war.
Erhebt sich ein Widerspruch dagegen?
Dr. *Hundhammer*: Ich schlage meinerseits Dr. *Horlacher* vor.

(Zurufe: Aha! Nein, wir wollen Dr. *Hundhammer* haben!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf jetzt darüber abstimmen lassen. Es wurde vorhin der Antrag gestellt, daß Minister Dr. *Hundhammer* referiert. Darf ich über diesen Antrag abstimmen lassen.
*Haußleiter*: Zur Geschäftsordnung! Meiner Ansicht nach wissen die Herren doch am besten selbst, wer die Hintergründe der Regierungsbildung am genauesten kennt. Wenn das, wie sich jetzt herausstellt, Dr. *Horlacher* als genauester Kenner der Vorverhandlungen und der Hintergründe des Zustandekommens der Regierung ist, dann soll Dr. *Horlacher* darüber referieren.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Offenkundig wird eine Arbeitsteilung vorgenommen. Ich glaube, wir wollen nicht lange darüber abstimmen lassen, sondern es dabei bewenden lassen, daß Dr. *Horlacher* referiert. Sind Sie damit einverstanden?
(Kein Widerspruch.)
Ich bitte Dr. *Horlacher*, das Wort zu ergreifen.
Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte Dr. *Horlacher*, von der Mitte aus zu sprechen, weil man ihn sonst zu schlecht versteht.

(Zustimmung.)

Dr. *Horlacher*: Ich spreche laut genug. Ich lasse mich zu keinem Referat zwingen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: In der Demokratie entscheidet der Mehrheitswille. Infolgedessen bitte ich, dem Mehrheitswillen Folge zu leisten und von der Mitte aus zu sprechen.
Dr. *Horlacher*: (Spricht vom Rednerpult aus): Ich bitte um vollkommene Ruhe. Ich werde bei Zwischenrufen das Referat beenden.

(Bravo!)

Denn ich bin nicht gesonnen, mich hierher zu setzen und meine Bürozeit zu versäumen, um mich von einzelnen Gruppen, die fanatisch sind, anbrüllen zu lassen. Das möchte ich vorausschicken.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf annehmen, daß in der Union der Fanatismus nicht herrscht.
Dr. *Horlacher*: Das haben wir gesehen. Davon sind wir überzeugt worden.

(Zuruf: In Eichstätt!)

Ich will in aller Ruhe und Sachlichkeit zu den Problemen Stellung nehmen, die vorliegen. Das Wort "Hintergründe", das hier von Leuten gebraucht worden ist, die erst in die Politik näher Einblick nehmen müssen, lehne ich für meine Person ab. Bei mir gibt es keine Hintergründe. Wenn ich mich der Partei zu Verhandlungen zur Verfügung stelle, dann führe ich den Auftrag der Partei aus und sonst nichts. Ich verhandle auch hintenherum mit niemandem. Das lehne ich ab. Ich habe es nie getan. Ich habe keine Sonderkonferenzen. Ich habe wiederholt den Herrschaften hier erklärt: Wenn es in der Union nicht aufhört, daß neben den Besprechungen der offiziell Beauftragten jeweils Sonderkonferenzen in dem oder jenem Raume stattfinden, dann wird es in der Union nie zu einem gemeinsamen Handeln kommen. Ich habe wiederholt klar und deutlich ausgeführt: Wir müssen von dem Zustand früherer Zeiten weg und dahin kommen, daß in den entscheidenden Fragen der Politik die selbst gewählten Organe das entscheidende Wort zu sprechen haben; nicht mehr ein einzelner, sondern die von der Union gewählten, ordnungsgemäßen Organe haben jeweils zu der Sachlage Stellung zu nehmen.

(Sehr richtig!)

Es haben nicht einzelne Verhandlungen zu führen. Es darf in der Union keine Hintertreppenpolitik geben, wenn wir in der Union zu einer Bereinigung der Verhältnisse kommen wollen.

(Sehr richtig!)

Das muß ich vorausschicken. Denn ich scheide dabei ja aus. Ich brauche keine Posten. Ich habe keine notwendig. Ich habe Posten genug. Ich bin von einem Gremium von 2000 Leuten in meinem Amt einstimmig demokratisch gewählt worden. Ich kann mich also auf eine Majorität stützen, auf die sich kein anderer von den Herrschaften hier stützen kann. Ich habe mir auch nichts dreinreden zu lassen. Ich stehe in der freien Wirtschaft, und wer meine Mitarbeit will, kann sie bekommen. Wer sie nicht will, soll es bleiben lassen. Das ist ein ganz einfacher Standpunkt. Ich brauche infolgedessen nicht auf Jagd auszugehen, um das oder jenes zu erreichen.
Wie waren nun die Vorgänge in der Union? Zunächst hat es sich um die Grundfrage des Parteivorsitzenden gehandelt. Hier wird jeder wissen, daß ich zu denen gehört habe, die das Terrain bereinigt haben. Der Parteivorsitzende hat die Zustimmung der Union bekommen, und zwar von weitesten Kreisen durch einen Entschluß auch der Fraktion. Daß er als solcher gegenüber den Angriffen gedeckt worden ist, die gegen ihn erhoben worden sind. Mehr konnte nach der Richtung hin nicht geschehen. Die Frage des Parteivorsitzenden ist aber nicht die Frage des Ministerpräsidenten. Das sind zweierlei Dinge, die scharf auseinandergehalten werden müssen. Es fehlt in unserem Volk an den notwendigen staatsrechtlichen Grundlagen zur Beurteilung der Verhältnisse. In der Demokratie haben die Parteiorganisationen die allgemeinen Wahlbewegungen zu leiten, die Aufstellung der Kandidaten vorzunehmen und gewisse Richtlinien zu überwachen wie der Aufsichtsrat in einer Gesellschaft. Das entscheidende ausführende Organ der Demokratie ist aber die gewählte Volksvertretung. Denn sonst wäre das Ganze ein demokratischer Unsinn. Die demokratische Volksvertretung ist das Instrument des Parlaments. In der Verfassung steht deswegen auch nichts von politischen Parteien, sondern maßgebend sind die Wahlen, die zur Volksvertretung stattfinden. Jeder einzelne Abgeordnete ist seinem eigenen Gewissen verantwortlich, besonders in Personalfragen. Sie haben mit Grundsatzpolitik gar nichts zu tun. Er ist in diesen Fragen an keinerlei Weisungen gebunden. Das ist gut so und

weise. Es ist in allen parlamentarischen Staaten so. Es hat sich in England häufig ereignet, daß die Wahl des Ministerpräsidenten durchaus nicht einstimmig von der Partei vorgenommen wurde, der er angehört hat, sondern es ist wiederholt vorgekommen, daß die Wahl durch das Parlament selbst stattgefunden hat und dieses die Entscheidung getroffen hat.

(Widerspruch, Zuruf: Nein, wird vom König berufen!)

Diese Zusammenhänge müssen wir einmal klar erkennen. Dann ist der weitere staatsrechtliche Grundsatz heranzuziehen, den die meisten übersehen, der aber in Rechnung gestellt werden muß, daß insbesondere nach der Bayerischen Verfassung die verantwortlichen Persönlichkeiten nicht mehr die einzelnen Fachminister in den einzelnen Ressorts sind, sondern die verantwortliche Persönlichkeit für die Durchführung der gesamten Politik ist der jeweilige Ministerpräsident. Die Minister sind seine Mitarbeiter. Er kann sie jederzeit mit Zustimmung des Landtags berufen und von ihrem Amt entlassen. Es ist in der Bayerischen Verfassung mit aller Präzision herausgearbeitet. Das ist auch gut so, weil es der Demokratie nach ihrem eigenen Willen eine gewisse Stabilität und Sicherheit gibt.

Nun wurde die Fraktion der CSU vor die Frage gestellt, wer als Ministerpräsident nominiert wird. Die Nominierung des Ministerpräsidenten ist für jede Fraktion eine schwierige Aufgabe. Aber bevor der Ministerpräsident nominiert wurde, mußte vorerst die Grundsatzfrage geklärt werden, ob Koalition gemacht wird oder nicht. Das ist die Grundsatzfrage, an der sich schon manche Geister schieden. Bei dieser Grundsatzfrage muß zunächst jeder Gedanke an irgendeine Person in den Hintergrund treten. Denn hier kommen die fachlichen und sachlichen Gesichtspunkte in Frage, die der jeweiligen Zeitlage entsprechen. Ich habe das Regierungsprogramm von Württemberg nach der Richtung hin gelesen. In Württemberg haben wir eine Konzentrationsregierung. In der württembergischen Regierungserklärung ist darauf hingewiesen, daß auch die Großen der Demokratie in der Welt in den Zeiten der Not den demokratischen Grundsatz des Wechsels zwischen Regierung und Opposition aufgegeben und Konzentrationsregierungen gebildet haben. Bei uns in der Fraktion wurde auch die Frage erörtert, ob eine Koalition zwischen SPD und Union stattfinden soll. Diese Frage wurde in der Fraktion einstimmig bejaht. Die Beratungen von Eichstätt sind durchaus dahin aufzufassen. Sie sind auch richtig formuliert im letzten Satz. Ich hätte mich in Eichstätt mit aller Kraft dagegen gewehrt und gewendet, wenn der letzte Satz nicht enthalten gewesen wäre, in dem es heißt: "Diese Entschließung dient der Fraktion der CSU als Richtlinie". Sie kann in diesen wichtigen Fragen und Personalangelegenheiten ja nichts anderes sein als eine Richtlinie. Denn letzten Endes muß der seinem eigenen Wahlkreis verantwortliche Abgeordnete entscheiden, welche Stellung er einnimmt. Er muß das heute mehr als je entscheiden. Denn in dieser Frage dürfen wir den Kopf nicht in den Sand stecken. Wir müssen die Dinge ansehen, wie sie in Wirklichkeit sind. Ich kenne hier das alles sehr gut. Ich weiß, daß wir eine große Wählermasse haben. Ich weiß auch andererseits genauso gut, daß unsere Partei eine sehr geringe Mitgliederzahl hat.

(Sehr richtig!)

Ich weiß insbesondere, daß unsere Partei und große Wählermassen praktisch in der Luft hängen, weil wir in soundsovielen Landgemeinden, die für die Wählerschaft der Union den Ausschlag geben, überhaupt nur Vertrauensleute haben und keine Parteimitglieder.

(Sehr richtig!)

Daher kommt es, daß die Konstruktion unserer Partei nicht den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Der einzelne Abgeordnete muß sich daher im Parlament prüfen, welche Verantwortung er gegenüber den Leuten, die ihn gewählt [haben], tragen kann und übernehmen muß.

(Sehr richtig!)

Der Parteiapparat der Union ist nicht durchgebildet, weil wir zu viele Wähler und so wenig ordnungsgemäße Mitglieder haben. Unter diesen Gesichtspunkten müssen auch die Entscheidungen in der Fraktion betrachtet werden.
Die Fraktion hat also einstimmig beschlossen, in Koalitionsverhandlungen einzutreten. Die Fraktion hat zu diesem Zweck eine Kommission gebildet. Wenn einmal eine Kommission bestimmt ist, dann würde ich es gerne sehen, daß diese Kommission, einschließlich des Parteivorsitzenden, bis zum Schluß bei den Verhandlungen beisammenbleibt,

(Sehr richtig!)

und nicht die andere Hälfte der Kommission dem Schicksal überläßt. Es ist die Aufgabe der gewählten Vertreter, da zu bleiben, wo sie sind. Ich habe einen halben Waschkorb voll Briefe aus dem Land bekommen, weil ich Beziehungen zum Lande habe - auch aus den Städten habe ich Zuschriften bekommen -, in denen die Leute ihren Unwillen zum Ausdruck gebracht haben, daß ein Teil der Mitglieder der Fraktion der CSU nur, weil es nicht nach ihrem Willen gegangen ist, das Parlament verlassen hatten. So etwas ist früher bei einer bürgerlichen Partei nicht vorgekommen. Das war bloß uns überlassen.

(Zuruf: Ein Saustall!)

Glauben Sie mir, der Unwille des Landes allein darüber, noch dazu, wo die Not des Volkes dermaßen groß ist, ist ins Ungemessene gestiegen. Die Briefe häufen sich von Tag zu Tag.

(Zuruf: Auch von den Städten!)

Täuschen Sie sich nicht darüber!

(Zuruf *Sauer*: Im Gegenteil!)

Dann müssen die Briefschreiber alle gelogen haben, Kollege *Sauer*, Sie werden nicht leugnen, daß ich Beziehungen zum Landvolk habe. Also gut. Ich werde Ihnen die Beziehungen zum Landvolk in den nächsten Wochen beweisen. Verlassen Sie sich darauf,

(Hört!)

weil ich es für notwendig halte, daß die Grundlinie der Politik auch den Wählern draußen bekanntgegeben wird, die von Politik auch etwas verstehen.

(Sehr richtig!)

Ich habe gar keine Angst, Ihnen die politischen Verhältnisse auseinanderzusetzen.
In der württembergischen Regierungserklärung steht der Satz: Es ist selbstverständlich, daß wir in einer Notzeit wie der jetzigen ein Auseinanderfliegen der Nation oder gar ein Auseinanderfallen in der Zusammenarbeit des Volkes aus parteipolitischen Erwägungen heraus und um personeller Verhältnisse willen nicht ertragen können. Deswegen ist in Württemberg nach großen Schwierigkeiten eine Koalitionsregierung zustande gekommen.

Unsere Fraktion hat also den Ministerpräsidenten nominiert, zuerst den Herrn Dr. *Pfeiffer*. Ich habe mich da dem Willen der anderen gebeugt. Ich war persönlich anderer Meinung, denn ich hätte gewünscht, daß kein Wechsel im Entnazifizierungsministerium eingetreten wäre. Das nur nebenbei. Man muß seine eigenen Gesichtspunkte oft zurückstellen. Ich habe gedacht: Du komplizierst bloß die Verhältnisse, laß die Geschichte laufen wie sie läuft. Der Herr Minister *Pfeiffer* hat dann die Mehrheit bekommen. Er hat dann mit unserer gewählten Kommission mit der SPD verhandelt.
Hier muß zunächst einmal der Irrtum berichtigt werden, als ob wir unsererseits dem SPD-Programm zugestimmt hätten. Das ist nicht richtig. Morgen wird von mir in der Süddeutschen Zeitung ein Artikel über die Entscheidung im Landtag erscheinen. Darin steht das Notwendige. Auch bin ich nicht so ängstlich, wie mancher andere, wenn in den Zeitungen eine andere Meinung steht. Wir sind es ja nicht mehr gewohnt, demokratisch zu denken. Das müssen wir erst wieder lernen.

(Sehr richtig!)

Naturgemäß sucht der einzelne Parteipolitiker die Verhältnisse nach seiner Parteibrille darzustellen. Daran müssen wir uns gewöhnen. Es ist unsere Aufgabe, die Dinge richtigzustellen und die Verhältnisse wieder ins richtige Licht zu rücken.
Der Herr Minister *Pfeiffer* hat nun in den Besprechungen auf meine Anregung hin auseinandergesetzt: Ausgangspunkt für die Koalitionsverhandlung bildet die Verfassung. Ich habe die Verfassung von A bis Z durchstudiert und würde es jedem raten, das gleiche zu tun. Wenn er die Verfassung durchstudiert, sieht er, daß der gemeinsame Wille der damaligen beiden Parteien ohne weiteres die Gesetze auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet bestimmt hat. Sie sind in den Artikeln der Verfassung enthalten und müssen jetzt ausgeführt werden. Wir haben daher die Verfassung in den Vordergrund gestellt. Es wurde auch von der SPD-Seite als Verhandlungsgrundlage angenommen, daß die Hauptgrundlage für die Regierungsbildung die Ausführung der Verfassung sei. Die SPD hat dann ihrerseits den Wunsch geäußert, daß ihr sogenanntes Aktionsprogramm geprüft werde. Wir sind naturgemäß auf die Prüfung des Aktionsprogramms eingegangen. Dabei haben wir ausdrücklich betont, daß es sich nur um eine Prüfung handelt. Denn auf der anderen Seite steht unser Programm, das uns genauso wertvoll ist.

(Zuruf: Genauso wertvoll?)

Es ist das 30-Punkte-Programm der CSU. Da hat sich nun folgendes ergeben - ich bitte, doch nicht jedes Wort auf die Waagschale zu legen. Wenn wir in Koalitionsverhandlungen sind, müssen wir vernünftig miteinander reden. Da kann man nicht einseitig parteipolitisch reden. Wir haben das SPD- und CSU-Programm durchgenommen und dabei hat sich ergeben, daß beide Programme in ihren Grundzügen, insbesondere in sozialpolitischer und wirtschaftlicher Beziehung in den meisten Punkten übereinstimmen, so daß wir am Schluß in einer gemeinsamen Entschließung erklären konnten: Die Prüfung des Programms der CSU und des Aktionsprogramms der SPD hat ergeben, daß die sachlichen Grundlagen für eine Koalition vorhanden sind.
So war es auch in Wirklichkeit. Nun kommt ein Seitenhieb der Sozialdemokratie wegen der Gemeinschaftsschule, eine Frage, die bei den Sozialdemokraten immer noch eine Rolle spielt. Daß sie diese Frage natürlich bei ihren Wählern immer herausziehen und die Dinge anders hinstellen, mag vom sozialdemokratischen Standpunkt aus begreiflich sein, hindert uns aber nicht, unsere Stellungnahme zu betonen. Es wurde in den Verhandlungen ausdrücklich anerkannt: Es bleibt bei den Abmachungen in der

Verfassung, an dem Grundsatz der Bekenntnisschule wird nicht gerüttelt. Sie haben ausdrücklich erklärt, in ihrem Aktionsprogramm heißt es bloß, daß sie von ihrem Standpunkt aus an dem Grundsatz der Gemeinschaftsschule festhalten. Jede Partei kann von ihrem Standpunkt aus an etwas festhalten. Das ist aber kein Bestandteil der Regierungsverhandlungen, sondern Bestandteil der Regierungsverhandlungen sind die Verfassungsbestimmungen, so daß eine klare Sicht gegeben ist und die kulturellen Erfordernisse der CSU im vollsten Umfang gewahrt sind. Es hat sich aber ergeben, daß bei den Verhältnissen, wie sie heute nun einmal sind, in Anbetracht der Raumfrage, der Lehrerfrage, des Durcheinanders, das auf konfessionellem Gebiet durch die Flüchtlinge entstanden ist, die Dinge als Notzustand teilweise anders gemacht werden müssen. In dieser Frage ist auch mit den Religionsgemeinschaften, sowohl mit der katholischen wie mit der evangelischen Seite, verhandelt worden. Diese Verhandlungen haben auch zu einem Abschluß geführt. Sie beruhen darauf, daß beispielsweise in einem Dorf, in dem früher 100 katholische Kinder da waren und keine evangelischen, heute aber 16 evangelische Kinder da sind, es unmöglich ist, zwei Konfessionsschulen nebeneinander zu errichten.

(Sehr richtig!)

Das geht erstens nicht wegen der Raumfrage und zweitens wegen der Lehrerfrage.

(Geht, sonst brauchen wir überhaupt keine Konfessionsschule!)

Hier brauchen Sie doch keinen Widerspruch zu erheben. Wenn die Kirchengemeinden das anerkennen, brauchen wir nicht päpstlicher zu sein als der Kardinal in München. Es ist natürlich die Anerkennung eines Notzustandes, hat aber mit der Grundsatzfrage nicht das mindeste zu tun. Auf kulturellem wie auf sozialwirtschaftlichem Gebiet ist also eine klare Sicht für die Koalition der Regierung gegeben gewesen. Nun kam naturgemäß die Besetzung der Ministerien zur Sprache. Bei der Besetzung der Ministerien bin ich nicht der Nächstbeteiligte, obwohl ich hier das meiste habe noch retten können, weil ich selber kein Minsterium in Aussicht habe und auch gar keines will. Ich kann auch die Leute nicht verstehen, die so sehr darauf bedacht sind, irgendein Ministerium zu bekommen. Diese Frage scheidet also für mich vollständig aus. Infolgedessen stehe ich der Sache objektiv und kühl bis ins Herz gegenüber. Die Frage der Ministerien ist natürlich in Bayern insofern kompliziert und doch wieder einfach, weil in Bayern nach der Bayerischen Verfassung der Ministerpräsident in erster Linie der Tonangebende ist, so daß der Fachminister gerade auf personellem Gebiet nicht allein das unternehmen kann, was er früher bei einer anderen Konstruktion der Verhältnisse hat unternehmen können. Da war es unser Bestreben, die Verhältnisse der Regierungsbildung auch dadurch zu erleichtern, daß die Personalfragen in den Mittelpunkt gerückt worden sind. Nach der Verfassung sind Personalfragen der höheren Gremien der Verwaltung dem Ministerpräsidenten oder dem Kabinett vorbehalten. Wir sind aber einen Schritt weitergegangen. Es wurde auch im Landtag ausdrücklich erklärt, und insbesondere ich habe noch ausdrücklich darauf bestanden, daß es im Landtag neben der Ministerliste bekanntgemacht wurde: Über die Regelung in der Verfassung hinaus hat über die Besetzung sämtlicher unteren und mittleren Verwaltungsstellen in Bayern nicht mehr der einzelne Fachminister zu entscheiden, sondern der Ministerpräsident und der Ministerrat.

(Sehr gut!)

In dieser Frage ist also eine ganz klare Sicht gegeben. Die Personalverhältnisse im Land draußen sind ja schwierig, besonders für manche Personen. Die Personalver-

hältnisse haben aber auch zwei Seiten - und die bitte ich nicht außer acht zu lassen - nicht bloß die Personalverhältnisse der staatlichen Organe spielen letztlich eine Rolle, sondern auch die Personalverhältnisse der Selbstverwaltungsorgane, insbesondere in den größeren Städten wie überhaupt in den Gemeinden.
Glauben Sie mir, wer in der Verwaltung etwas zu tun hat und Einblick hat, der hat in der Notzeit des Volkes den sehnlichsten Wunsch, daß insbesondere in unseren Rathäusern draußen der Burgfriede unter den Parteien unter allen Umständen gewahrt bleiben muß.

(Sehr richtig!)

Wenn hier der Kampf aller gegen alle einsetzt, dann werden unsere Freunde in den Gebieten, wo die SPD und die KPD herrschen, die Rathäuser in maßgebenden Posten restlos verlassen müssen.

(Zurufe: Sehr wahr; ist sowieso schon der Fall!)

Dann wird es noch schlimmer.

(Zuruf: Nein!)

Bei einer Koalitionsregierung können diese Verhältnisse ausgebügelt werden.

(Widerspruch.)

Denn, meine verehrten Herren, Sie können doch nicht von einzelnen Verhältnissen aus, die sich bei einzelnen unliebsam bemerkbar machen, Politik für das ganze Land machen und für Verhältnisse, die im ganzen Reich eine Rolle spielen. Es mögen manchmal da und dort die Dinge nicht so sein, wie sie zu wünschen sind. In anderen Gebieten liegen sie wieder anders. Da muß ich die Verhältnisse von dem Querschnitt des ganzen Landes aus beurteilen. In München liegen sie z.B. anders wie in manchen fränkischen Gebieten. Es kommt oft dabei auch auf die Personen an.

(Sehr richtig!)

Im politischen Leben spielt die ungeschickte Person oft die verheerendste Rolle.

(Sehr richtig!)

Eine Person, die maßvoll und klug, politisch ausgeglichen ist, leistet gerade in diesen Notzeiten den wertvollsten Dienst.
Die sachlichen Grundlagen für die Koalition waren also auch nach dem Personalverhältnis gegeben. Der Herr Minister *Pfeiffer* hat die Vorschläge wegen der Besetzung der Ministerien gemacht. Diese Vorschläge sind von ihm ausgearbeitet worden, weil der einzelne, der mit der Regierungsbildung beauftragt ist, auch von sich aus gewisse Freiheiten in Anspruch nehmen muß. Denn schließlich muß er sich ein Kabinett zusammenstellen, mit dem er arbeiten kann. Wenn Sie den Querschnitt durch die gesamte Regierung ziehen, dann müssen Sie auch das gesamte Programm in personeller Beziehung vor sich haben. Dies ergibt das Bild, daß im Ministerrat etwa 13-14 Ministern und Staatssekretären der CSU sechs oder sieben Minister und Staatssekretäre der SPD gegenüberstehen.

(Hört!)

Die CSU hat also weitaus die Mehrheit, und wenn Sie Mannsbilder sind, haben Sie die entscheidende Mehrheit in allen personellen und politischen Fragen.

(Bravo!)

Der Ministerpräsident hat absolut das Heft in der Hand.

(Zuruf *Sauer*.)

Kollege *Sauer*! Ich strebe keinen Ministerposten an, aber das eine kann ich Ihnen sagen: Wenn ich beispielsweise Staatssekretär im Innenministerium wäre, so hätte ich keine Angst, daß ich, gestützt noch auf die Mehrheit des Ministerrates, die Personalpolitik im Sinne der CSU treiben würde. Nehmen wir doch die Dinge so, wie sie sind. Die Leute müssen Mannsbilder sein. Sie müssen auch den Mut haben, die Verantwortung zu übernehmen und nicht sagen: Das macht bloß der Minister allein. Von diesem Gesichtspunkt aus sind die Verhältnisse auch im Innenministerium ausgeglichen worden.

Wenn die Wähler das nicht verstehen, ist es unsere Aufgabe, es ihnen zu erklären. Die politische Kenntnis des deutschen Volkes ist sowieso eine minimale. Es ist unsere Aufgabe, uns nicht selbst zu zerfleischen und nicht den Leuten nachzugehen, die die Dinge nicht sachlich richtig darstellen. Unsere Aufgabe ist es, politisch zu handeln und die Leute über diese Tatsachen aufzuklären.

(Widerspruch.)

Das sind die Gesichtspunkte, die zur Regierungsbildung geführt haben. Die Positionen der CSU sind in allen Ministerien entsprechend gesichert. Einzelne Ministerien sind überhaupt in den Händen der CSU,

(Heiterkeit.)

so das Finanzministerium, das in der Zukunft sehr wichtig und ausschlaggebend sein wird. Das Innenministerium ist auch mit zwei Staatssekretären in den Händen der CSU. Denn früher ist es so gewesen, daß neben den Sozialisten auch noch die Kommunisten drin waren und die Schwierigkeiten bereitet haben. Diese sind nicht mehr da.

Bezüglich des Wirtschaftsministeriums denke ich überhaupt nicht parteipolitisch. Da denke ich von irgendeinem Berufskreis aus, den ich zu vertreten habe. Da kann ich Ihnen sagen: Der Mann, der das Wirtschaftsministerium übernehmen muß, ist überhaupt nicht zu beneiden. Die Verhältnisse dort sind so, daß der Beste, der hier in Frage kommt, ohne daß man danach fragt, welcher Partei er angehört, gerade noch derjenige ist, der die Dinge einigermaßen übernehmen kann. Herr *Zorn* ist ein hervorragender bayerischer Verwaltungsbeamter.

(Zuruf: Bayerischer?)

Er ist in der Bayerischen Verwaltung aufgewachsen. Er war Bezirksamtmann, war dann in der Wirtschaft tätig, weil er während der Nazizeit nicht mehr als Beamter tätig sein konnte. Er hat den entsprechenden Überblick. Schon jetzt hat sich ergeben, daß im Wirtschaftsministerium zehn von diesen norddeutschen Brüdern, die sich dort eingenistet haben, wegen Fragebogenfälschung hinter Schloß und Riegel sitzen. Andere werden nachfolgen.

(Sehr gut!)

Es muß ausgemistet werden.

(Zuruf: Aber nicht durch *Zorn*!)

Wenn Sie sich bloß auf Personalverhältnisse kaprizieren, können Sie überhaupt keine Politik machen. Jeder hat am anderen etwas auszusetzen. Wenn ich insbesondere un-

sere Botschafter vom Jahre 1932 vor der nationalsozialistischen Zeit frage, dann muß ich sagen, das ist überhaupt eine besondere Sorte. Wenn ich z.B. einen Fachmann auf einem bestimmten Gebiet heranziehen will, der in der Welt als Fachmann anerkannt ist, und es kommt ein Botschafter, der früher so "glänzendes" für Deutschland geleistet hat und sagt: "Das ist ein unmöglicher Mann", dann muß ich feststellen: So können wir nicht miteinander reden. Das müssen schon Leute beurteilen, die einen gewissen Überblick darüber haben.

(Unruhe, Zurufe: Das ist unerhört!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf Parteifreund *Horlacher* bitten sich zu konkretisieren, damit festgestellt wird, ob er jemand[en] angegriffen hat.
Dr. *Horlacher*: Bei diesen dummen Anwürfen verzichte ich auf das weitere Sprechen. Ich lasse mich nicht zum Referat zwingen. Ich habe das, Gott sei Dank, nicht nötig.

(Zuruf: Dann soll sich der Herr Dr. *Horlacher* entschuldigen!)

Ich bin hier nicht unter Buben, sondern unter Männern.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich weise den letzten Ausdruck ganz energisch zurück. Es sind nur Parteifreunde anwesend; infolgedessen ist ein Vergleich mit Buben unmöglich. Ich darf deswegen *Horlacher* rügen.

(Zuruf: Eine Ungezogenheit!)

Dr. *Horlacher*: Gut, dann machen Sie selbst Ihre Schulmeister, wenn Sie den Führer des Landvolkes in der Weise behandeln.

(Anhaltende Unruhe, Zuruf: Den Führer des Landvolkes!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. *Michel Horlacher*, referierst Du weiter?
Dr. *Horlacher*: Ich referiere weiter. Aber ich bitte, mich nicht zu unterbrechen.
Wenn ich vorhin den Ausdruck gebraucht habe, so bezieht er sich nicht auf Personen, sondern auf die Mentalität.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, konkret zum Ausdruck zu bringen, ob ein Botschafter angegriffen war, der Parteifreund ist. Denn in diesem Falle ist es meine Pflicht, den Parteifreund in Schutz zu nehmen.

(Sehr richtig!)

Vage Angriffe kann ich nicht zulassen. Infolgedessen bitte ich Parteifreund *Horlacher*, konkret auszusprechen, ob er einen Botschafter, der Parteifreund ist, angegriffen hat. Wenn er ihn angegriffen hat ...
Dr. *Horlacher*: Sehen Sie, auf diesem Gebiet sind Sie empfindlich. Ich kann rundweg erklären, daß ich mit dem Botschafter, den Sie meinen, über diese Frage überhaupt nicht gesprochen habe. Ich bin im Land mehr bekannt, als Sie annehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann bitte ich, konkret zu sagen, wer gemeint war.
Dr. *Horlacher*: Ich kann hier konstatieren, daß keiner der hier anwesenden Herren gemeint ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe gefragt, ob ein Parteifreund gemeint ist.
Dr. *Horlacher*: Nein. Ich habe ausdrücklich gesagt, das hat mit der Sache nichts zu tun, weil die Frage, die ich gemeint habe, auf ganz anderem Gebiete liegt. Da sieht man, wieweit man sich in der Union in Personalverhältnissen einhängt, so daß es nicht möglich ist, eine klare Sicht für sachliche Angelegenheiten zu bekommen. Ich habe

z.B. mit Ihnen (zum Botschafter *Voretzsch* gewandt) überhaupt nicht geredet. Mit Herrn *von Prittwitz* auch nicht. Da dürfen Sie ganz beruhigt sein. Im übrigen ist es mein gutes Recht - und das lasse ich mir als Demokrat nicht nehmen - zu sagen, daß unsere deutsche Diplomatie wahrhaft nicht hervorragend gewesen ist. Das wird niemand bestreiten wollen. Diesen Tatsachenbeweis trete ich an. Das hat mit der Regierungsbildung gar nichts zu tun.
Nun kommt die Regierungsbildung selber. Wenn hier in einem Rundfunkvortrag oder sonstwo wieder von Reaktion die Rede gewesen ist, so möchte ich Ihnen einmal erklären, damit hier Klarheit existiert - ich habe das auch in der Presse getan -, wenn einer glaubt, mit so billigen Vorwürfen weiter operieren zu können, so irrt er sich in uns. Denn soweit ich das Landvolk und meine Freunde im Land übersehe

(Zuruf: Die schimpfen schwer!)

sind wir die schärfsten Gegner jeder Reaktion,

(Zuruf: Ach!)

- lassen Sie mich ruhig ausreden -, und zwar mit folgenden Begründungen. Ich gehöre - das weiß Freund *Hundhammer* und wissen alle anderen - zu denen, die von der früheren Bayerischen Volkspartei auch nicht das mindeste mehr wissen wollen. Ich sage klar, sie hat ihren Zweck erfüllt. Wir haben dort unseren Mann gestellt. Wir haben dort ehrenvoll gegen die Nazis bis zum Schluß gekämpft. Aber eine andere Frage ist es, ob die politischen Grundlagen immer die richtigen gewesen sind. Da erinnere ich mich insbesondere an ein Wort, das für die bayerische Politik eine Rolle gespielt hat. Ein führender bayerischer Politiker der damals führenden bayerischen Partei hat gesagt: Nie Koalition mit der Sozialdemokratie! Er hat das aus Angst vor den nationalistischen Kreisen der damaligen Zeit gesagt. Was ist daraus hervorgewachsen? Im Lichte der Geschichte war es nichts anderes, als daß die Partei die Entwicklung der Rechtsparteien in Bayern und in Deutschland mitgefördert hat, jener Rechtsparteien, die Träger des nationalsozialistischen Gedankengutes geworden sind.

(Zuruf: Die Deutschnationalen!)

Denn täuschen wir uns nicht darüber: Von jenen Rechtsgruppen, die die Entwicklung begünstigt und ermöglicht haben, von jenen großpreußischen Herrschaftsschichten wollen wir uns entfernen. Das ist unsere Aufgabe. Das ist das Gegenteil von Reaktion. Wir wollen, daß die unheilvollen Kräfte, die in Deutschland immer um die Macht gekämpft und die Aussöhnung der breiten Schichten des Volkes verhindert haben, nicht mehr in Deutschland hochkommen.

(Bravo!)

Deswegen ist es unsere Aufgabe, daß wir eine politische Linie anstreben, die sich von dem Gedankengut früherer Zeiten entfernt.
Wenn ich da auf der anderen Seite sehe, daß die Aktionsprogramme der zwei großen Parteien in Bayern in wesentlichen Dingen übereinstimmen, dann ist es unsere Aufgabe, diese Grundlage gerade in der Notzeit unseres Volkes unter allen Umständen zugunsten unseres Volkes einzusetzen. Da kommt einer und sagt - jetzt sei nicht empfindlich, *Müller*, es geht Dich an - Wirtschaftspolitik und abermals Wirtschaftspolitik. Das ist richtig. Es hat etwas Bestechendes für sich. Aber, liebe Freunde, wie ist es in Wirklichkeit? Wenn die Angehörigen der CSU einmal die Leidenschaftlichkeit verlieren und nachdenken würden, müßte jeder einzelne, auf den es ankommt, folgendes

sagen: In Wirklichkeit ist es so, daß wir, wie es in Württemberg und in anderen Ländern geschehen ist, miteinander auf breitester Grundlage gegenüber den Besatzungsmächten für das Lebensrecht unseres deutschen Volkes eintreten müssen.

(Sehr gut!)

Worin bestehen die Lebensrechte? Sie bestehen darin, daß wir das gemeinsame deutsche Gebiet wiederbekommen, daß wir gemeinsame finanzielle Regelungen durchführen können, daß wir die Währungsfrage und all diese Dinge erledigen können. Denn glauben Sie mir, die Bekämpfung des Schwarzen Marktes und all der Auswüchse der jetzigen Zeit wird immer Stückwerk bleiben, solange wir nicht das Leben des deutschen Volkes durch gemeinsames Handeln im deutschen Raum sicherstellen können.
Dazu kommt etwas Zweites, worin wir in der Union betont einig sein müssen. Gerade mit Rücksicht auf das Versagen dieser großpreußischen Herrschaftsschichten im Norden müssen wir alles daransetzen, um der CSU die Stellung im Süden des Reichs zu geben, daß sie die Einflüsse, die ehemals in Deutschland eine Rolle gespielt haben, nie mehr zum Zuge kommen läßt. Das ist unsere Aufgabe im Süden. Das ist auch die Aufgabe einer Koalitionsregierung im Süden. Es ist unsere Aufgabe, das Lebensrecht unseres bayerischen Volkes innerhalb des deutschen Raumes so sicherzustellen, daß wir nicht mehr durch politische Verhältnisse im Norden, wie es ehedem der Fall gewesen ist, überspielt werden können.

(Bravo, sehr gut!)

Deswegen muß die deutsche und die bayerische Aufgabe im Vordergrund der Politik der Union stehen. Da ist die Zusammenfassung einer Koalitionsregierung ein absolutes Gebot der Notzeit. Wir haben hier keinen Tag mehr zu verlieren. Es kommen jetzt die Zonenvereinbarungen zwischen der britischen und der amerikanischen Zone. Glauben Sie mir, wir reden hier von Zentralismus, Föderalismus und sonst irgendwelchen anderen Richtungen, und wer ist der Todfeind jeder vernünftigen Entwicklung in Deutschland? Die aus dem Dritten Reich übrig gebliebene Reichsbürokratie, die um ihre eigenen Rechte kämpft, eine Bürokratie, die nicht einmal entnazifiziert ist, die jetzt 2000 Mann nach Stuttgart einziehen will, die sämtliche Ministerien unterhöhlen, beispielsweise auch in das Produktionsprogramm des Landwirtschaftsministeriums eingreifen will. Denn sie bringt die Minister und Staatssekretäre und ihr ganzes Gerümpel aus der Nazizeit als Rüstzeug zum Aufbau mit. Da heißt es Obacht geben. Deswegen brauchen wir die breite Grundlage. Deswegen dient eine CSU-Regierung in Bayern nicht der Sache, die weithin umkämpft und von dem Ruf des Reaktionären in allen außerbayerischen Kreisen umbrandet wäre. Der Sache kann nur dienen, wenn der vernünftige Teil der bayerischen Sozialdemokratie mit ihren Querverbindungen eingesetzt wird und im Bayerischen Ministerrat ein Zusammenspiel der Kräfte dieser beiden großen Parteien platzgreift, damit wir einmal die Rechte Deutschlands entsprechend vertreten und dann auch die Rechte unseres bayerischen Volkes entsprechend in die Waagschale werfen können.
Diese Aufgabe liegt vor uns. Sie eignet sich nicht zum Streit unter den Parteien. Um was wollen wir denn streiten? Wir haben eine Opposition: Die Not unseres Volkes. Neben dieser ersten haben wir eine zweite Opposition, das ist die ungenügende politische Erziehung unseres Volkes. Wir müssen gegen Windmühlen, besonders in der Zeit der Not, kämpfen, in jener Zeit, wo die politischen Grundlagen des deutschen Volkes verlorengegangen sind, besonders bei unserer Jugend, die ja von den vergangenen Zeiten nichts mehr wissen will und die keine Vorstellung von den staatsrechtli-

chen Begriffen vergangener Tage hat. Glauben Sie mir, Demokratie bloß verfassungsmäßig garantiert, ist noch keine Demokratie. Demokratie ist eine innere Einstellung und Umstellung des Volkes. Demokratie geht jeden einzelnen von uns in seinem Betrieb und seinem Fach, in seinen Verhältnissen, in seinem ganzen gesellschaftlichen Leben an. Wir müssen aus den Überresten des Nazismus herauskommen. Auf keinem Gebiet kann es bei uns mehr Diktatoren oder Diktaturgelüste geben. Das machen diejenigen nicht mehr mit, die ihre Freiheit im Dritten Reich eingesetzt haben. Wir wollen endlich freie Menschen sein. Wenn wir uns einer Partei anschließen, dann wollen wir haben, daß in der Partei die Freiheit des einzelnen zum gemeinsamen Handeln zusammengefaßt wird, und zwar nicht so, daß der einzelne gedrückt wird. In einer großen Partei wie der CSU wird es immer verschiedene Meinungen geben. Unsere Aufgabe ist es, daß wir nicht vor der Meinung des anderen ausreißen, sondern daß wir die Meinung des anderen zu ertragen lernen,

(Sehr richtig!)

daß wir die personellen Dinge zurückstellen, daß wir anstelle des Heroismus des Dritten Reichs wieder die Demut des Christentums zu setzen lernen,

(Sehr richtig!)

die Unterordnung des einzelnen unter das gemeinsame Ziel.

(Zuruf: Aber für alle!)

Die Aufgabe der Union ist es jetzt, die Regierung arbeiten zu lassen. Unser Volk will den Streit um Personen nicht sehen,

(Sehr richtig!)

unser Volk will sehen, daß es in gemeinsamer Arbeit aufwärtsgeht.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich will jetzt keine große Antwortrede auf das halten, was *Michel Horlacher* gesagt hat. Ich möchte nur, daß wir nicht in einer vagen Form diskutieren. Infolgedessen darf ich mir erlauben, die Probleme aufzuzeigen. *Michel Horlacher* hat zunächst auf Briefe Bezug genommen, die er bekommen hat. Ich glaube, ich darf darauf verzichten, Ihnen hier alle die Telegramme vorzulegen, die aus dem ganzen Land eingegangen sind, fast durchwegs Protesttelegramme und Anträge auf Einberufung der Landesausschußsitzung bzw. einer Landesversammlung. Zum letzten Punkt darf ich sagen: Die Landesversammlung wurde bisher nur von Kreisverbänden beantragt. Es ist infolgedessen statutenmäßig im Augenblick noch keine Notwendigkeit vorhanden, die Landesversammlung einzuberufen. Es ist selbstverständlich, daß dann, wenn Bezirksverbände in der vorgesehenen Form die Landesversammlung beantragen, auch die Landesversammlung sprechen muß. Ich persönlich glaube, daß im Augenblick eine Landesversammlung noch nicht zweckmässig ist, denn wenn die Landesversammlung entscheidet, dann entscheidet das höchste Gremium der Union. Dieses Gremium aber soll erst dann entscheiden, wenn ein hundertprozentig klarer Sachverhalt vorliegt. Infolgedessen bin ich der Auffassung, daß zunächst vom Landesausschuß in einer oder mehreren Sitzungen eine Klärung durchgeführt werden muß, bevor die Landesversammlung ihrerseits Stellung nimmt.
Zur Frage Koalitions- oder Parteiregierung darf ich sagen: Ein Hinweis auf andere Länder hinkt. Denn die Christlich-Soziale Union in Bayern ist die einzige Partei in Ländern, die zur Zeit Entscheidungen treffen, die die absolute Mehrheit besitzt.

(Sehr richtig!)

Meine lieben Freunde! Das ist festzuhalten. Denn die absolute Mehrheit verpflichtet zu besonderer Verantwortung, weil sie zeigt, daß mehr als die Hälfte der Wählerschaft von ihrer Partei erwartet, daß sie die Führung über das Volk übernimmt.

(Sehr richtig!)

Ich bitte, den Ausdruck "Führung" nicht falsch zu verstehen. Ich habe ihn deswegen übernommen, weil *Michel Horlacher* auch von sich als Bauernführer gesprochen hat.

(Heiterkeit.)

Infolgedessen glaube ich, daß er mir den Ausdruck "Führung" für die Partei nicht übel nimmt.

Meine lieben Freunde! Wenn wir auch nur ein Prozent weniger als 50% hätten, dann wäre die Überlegung anders als dann, wenn wir über 50% haben.

Wir haben bisher nur die Möglichkeit erörtert: Koalitionsregierung oder nicht. Ich habe damals neben der Frage "Koalitionsregierung oder Einparteienregierung" die Frage aufgeworfen, daß die Union die Verantwortung übernimmt, aber bestimmte Probleme neutralisiert werden, wie ich mich ausgedrückt habe. Es ist selbstverständlich, daß das Flüchtlingsproblem nicht ein Problem des Parteikampfes und der Parteikonkurrenz sein kann. Es ist selbstverständlich, daß das Entnazifizierungsproblem bei seiner Bedeutung nicht von einer Partei entschieden werden kann. Wenn wir als Majoritätspartei dieses Problem nicht einseitig entscheiden wollen, dann hätte man auch jetzt dieses Problem nicht einer kleinen Partei überlassen dürfen.

(Sehr richtig!)

Hier war die Frage zu entscheiden, wie eine neutrale Politik möglich ist. Es war selbstverständlich auch vorzusehen, daß der wirtschaftliche Aufbau kein Problem der Konkurrenz der Parteien sein dürfte. Denn hier muß so rasch wie möglich begonnen und gearbeitet werden.

Meine lieben Freunde! Jetzt stehen wir vor einem Sachverhalt, der nun einmal entschieden ist. Infolgedessen dürfen wir die Vergangenheit jeweils nur heranziehen - um einen alten Ausdruck zu übernehmen -, um daraus zu lernen oder zu überlegen, wie man etwas besser machen oder wie man Fehler wiedergutmachen kann. Eines muß gesagt sein: Auch wenn die Frage der Koalition so entschieden wurde, wie *Michel Horlacher* es vorgetragen hat, dann hätte sich immer noch die Frage ergeben müssen, die an *Michel Horlacher* schon damals gerichtet wurde: Koalition um jeden Preis oder nicht. Das ist das Problem der Stunde.

(Sehr richtig!)

Denn unsere Wähler haben von uns ganz bestimmte, klare Stellungnahmen erwartet. Wir haben x-mal unseren Wählern vorgetragen, wie Stellung bezogen werden muß, meinetwegen zur Personalpolitik im Innenministerium. Wir wissen, daß das Problem Wirtschaftsministerium eine Rolle spielt, und zwar nicht in dem Sinne, wie *Michel Horlacher* es vorgetragen hat, sondern unter einem anderen Gesichtspunkt. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Dr. *Schumacher* überall zum Ausdruck gebracht hat, daß die Sozialdemokratie in Deutschland die Wirtschaftsministerien besetzen will.

Meine lieben Freunde! Auch hier muß klargestellt werden: In einer Zeit voll innerer sozialer Spannungen, die dann immer auch auf den alten Kampf der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit zurückgehen, kann es nicht gleichgültig sein, wer die Wirtschaftspolitik maßgeblich bestimmt.

(Sehr richtig!)

Es stehen sich die beiden Konzeptionen der Planwirtschaft und unsere Konzeption der Kombination zwischen einer gesteuerten oder gelenkten Wirtschaft und privater Initiative gegenüber. Ich lasse die liberalistische Seite ganz beiseite. Es dürfte klar sein, daß ein reiner Wirtschaftsliberalismus heute nicht mehr am Platze ist. Die Wahlen haben auch darüber entschieden. Aber wenn wir die Majorität haben, dann müssen wir versuchen, unsere Konzeption durchzusetzen, dann dürfen wir nicht einer Partei, die nur 30% der Wählerschaft erhalten hat, ihre Konzeption zur Durchsetzung überlassen.

(Sehr richtig!)

Eine weitere Frage muß klar beantwortet werden: Ist das Aktionsprogramm der Sozialdemokratie angenommen worden oder nicht? Meine lieben Freunde, diese klare Antwort erwartet unsere Wählerschaft von uns. Die Presse hat die Mitteilung gebracht, daß das Aktionsprogramm von der Union angenommen worden sei. Ich möchte das nicht ohne weiteres annehmen aufgrund der Unterrichtung, die ich von Parteifreund *Strauß* bekommen habe, der in meinem Auftrag jeweils teilgenommen hat. Aber hier muß auch vor die Öffentlichkeit getreten und klar erklärt werden, ob das Aktionsprogramm der Partei, die nur 30% bekommen hat, von der Partei mit 52% der Stimmen angenommen wurde. Es kann in dieser Frage keine Verwaschenheit oder Verschwommenheit geben, weil uns sonst die Leute den Vorwurf machen würden: Ihr habt uns getäuscht.
Meine lieben Freunde! Die erste Verpflichtung, die eine Partei gegenüber den Wählern hat, ist die Ehrlichkeit,

(Sehr richtig!)

sonst gibt sich die Partei für die Zukunft auf.

(Sehr wahr!)

Wir können nicht unseren Wählern Versprechungen machen, die wir nicht halten. Gerade angesichts der Tatsache, daß der Nationalsozialismus soviel versprochen hat und nachher keine der Versprechungen halten konnte, dürfen wir, die wir eine neue Demokratie begründen wollen, unter gar keinen Umständen auch nur die Möglichkeit eines Volksbetruges zulassen.

(Sehr richtig!)

Das muß klar und deutlich zum Ausdruck gebracht werden, nicht nur hier, sondern auch gegenüber der Wählerschaft, gegenüber der Öffentlichkeit. Meine lieben Freunde! Ich würde auch bitten, dann nicht mehr Vergleichspunkte zu bringen, wie es in Hessen und in Württemberg ist. In Württemberg sind ganz andere Verhältnisse, dort gibt es drei Parteien in einer Stärke, die keiner Partei eine besondere Verpflichtung auferlegt. Dort war das Konzentrationskabinett schon durch die Wahl zur Selbstverständlichkeit geworden. Ähnlich ist es in Hessen. Wir in Bayern müssen aber davon ausgehen: So wie jetzt die Politik gelaufen ist, hat die Bevölkerung mit allergrößter Wahrscheinlichkeit der Union zum letzten Mal ein Vertrauen mit 52% oder mit über 50% gegeben.

(Sehr richtig!)

In der Zukunft werden wir - und wir dürfen als Partei sagen, leider - nicht mehr Erwägungen anzustellen haben, wie wir sie bis jetzt angestellt haben. Meine lieben

Freunde, das war auch der Grund, warum ich noch im letzten Augenblick versucht habe, wenn ich mich so ausdrücken darf, die Koalition in der Union durchzuführen. Es ist bedauerlich, daß es in der Partei selbst nicht gelungen ist, eine Koalition zwischen den verschiedenen Richtungen durchzusetzen, sondern daß der Drang zur Koalition mit den anderen Parteien stärker war,

(Sehr richtig!)

als der Drang zur Koalition mit der eigenen Partei. Das ist das Problem der Stunde für die Union.

(Sehr richtig!)

Wird die Union jetzt noch soviel Kohäsionskraft zum Zusammenstreben haben, daß sie doch noch die Situation meistert, oder hat unsere Stunde geschlagen?

(Zuruf: Sie muß!)

Wenn die Sozialdemokratie Bedingungen nach Bedingungen gestellt hat, wenn sie uns als Minoritätspartei ihren Willen aufgezwungen hat, wenn sie uns Ministerium um Ministerium, und zwar Schlüsselministerien, weggenommen hat und die weniger einflußreichen Ministerien uns überlassen hat, wenn sie dann weiterhin uns vorgeschrieben hat, wer von der Union als Ministerpräsident vorgeschlagen werden darf,

(Hört, hört!)

meine lieben Freunde, dann könnte es sein, daß die Stunde der Union geschlagen hat. Hoffentlich läßt sich diese schwere Zeit überwinden.

Ich darf dann weiterhin sagen, meine lieben Freunde - und das bitte ich mir nicht übelzunehmen -, wir sind aus unserer Weltanschauung heraus zur Klarheit verpflichtet, zur Klarheit des Denkens, zur Klarheit der politischen Linie. Seien Sie sich darüber klar, in unserem Vaterland wird alles in der Politik Weltanschauung; nicht nur unser Christentum ist Weltanschauung, auch der Marxismus oder irgendeine andere politische Meinung wird bei uns zur Weltanschauung. Deswegen wäre es auch notwendig zu klären, mit wem man paktiert.

(Sehr richtig!)

Wir dürfen hier ruhig feststellen: Wir wissen, daß in der Sozialdemokratie die Frage des Marxismus zum Problem geworden ist.

Wir hören von dem oder jenem, daß er den Marxismus ablehnt, und gleichzeitig bekennt sich der oder jener in der Sozialdemokratie zum Marxismus. Wir haben heute unsere Krisis. Ich bin fest überzeugt, daß eine Partei, die sich nicht zur Willensklarheit durchringt, bestimmt in ihre Krisis hineinläuft. Irgendwann wird die Sozialdemokratie sich entscheiden müssen, ob sie noch eine marxistische Partei ist oder nicht.

(Sehr gut!)

Meine lieben Freunde! Es könnte leicht sein, daß sich da und dort in absehbarer Zeit auch zeigen wird, daß nicht nur zwei, sondern drei Flügel oder Gruppierungen vorhanden sind. Sie haben heute eine Ehe mit einer Gruppierung innerhalb der Sozialdemokratie eingegangen.

Meine lieben Freunde! Wir wären nicht zu den Entscheidungen gekommen, vor denen wir stehen, wenn die Union nicht den Fraktionszwang aufgehoben hätte.

(Sehr gut!)

Ich weiß, daß das ein Problem ist, das immer wieder angeschnitten wird.

(Zuruf *Piechl*: Staatspräsident!)

Trotzdem, mein lieber *Piechl*, hast Du recht, wenn Du sagst: der Staatspräsident. Mein lieber Freund *Baumgartner*, der mein Nachbar bei der Abstimmung war, hat mir ehrlich sein Nein gezeigt und hat mir dabei das Wort Staatspräsident gesagt. Meine lieben Freunde, trotzdem wir es jetzt leichter gehabt hätten, wenn wir den Fraktionszwang gehabt hätten und die Union als solche geschlossen dagestanden wäre, sage ich Ihnen: Nichts könnte mich dahin bringen, den Antrag wieder einzubringen, daß ein Fraktionszwang durchgeführt wird, und zwar aus folgenden Gründen: Die Sozialdemokratie hat durch den Fraktionszwang eine Entscheidung erzwungen. Sie hat es insofern leichter gehabt. Aber wir sind doch die besseren Demokraten. Darauf kommt es für die Zukunft an.
Meine lieben Freunde! Man muß die Gegenwart verlieren können, um die Zukunft zu gewinnen.

(Bravo!)

Der eine oder andere hat vielleicht gesagt, das persönliche Interesse am Ministerpräsidenten könnte mitspielen, als abgestimmt wurde. Ich war bei der Abstimmung mit sehr gemischten Gefühlen dagesessen. Ich weiß nicht, ob die Entscheidung, die gefallen ist, der Zwang zur Klärung in der Union, nicht besser war, als wenn wir nur geleimt hätten.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, daß wir, wenn wir uns wirklich als Persönlichkeiten, als Demokraten zu einer gemeinsamen Konzeption oder wenigstens dort zu einer gemeinsamen Linie durchringen, wo es notwendig ist, unserem Volke und unserem Vaterlande besser dienen als eine Partei, die kollektivistisch, herdenmäßig zur Abstimmung antritt. Wir lehnen den Kollektivismus ab, und wir müssen ihn restlos ablehnen. Der Fraktionszwang ist etwas Kollektivistisches, weil er der Einzelpersönlichkeit die Verantwortung abnimmt und die Herde entscheidet. Und deswegen, meine lieben Freunde, lassen wir dieses Thema am besten draußen. Gehen wir lieber davon aus, daß wir in der Union Gott sei Dank so viele Persönlichkeiten haben, daß wir antreten können, leider Gottes zuviel Persönlichkeiten, so daß die Union in gewisse Spannungen hineinkommt. Es ist das noch kein Schaden dann, wenn am Ende etwas Gutes steht.
Nur um eines bitte ich, wenn Sie jetzt in die Diskussion eintreten: Verwischen Sie nicht gleich, sondern ziehen Sie die Konturen. Es ist notwendig, die Konturen zu sehen, um dann am Ende zu überlegen: wie kann man das Einigende wieder einsetzen oder durchsetzen? Falsch wäre es, jetzt zur Verschwommenheit und Verwaschenheit zu kommen. Verschwommenheit und Verwaschenheit bringen nie die Lösung, sie helfen höchstens über den Augenblick hinweg.
Damit darf ich auf den ersten Vorschlag zurückkommen - wenn ich mich so ausdrükken darf -, das Volk in Gestalt der einzelnen Vertreter der Bezirke sprechen zu lassen, die die Situation in ihren Bezirken zu der Frage unserer Haltung zur Regierung schildern mögen.
Parteifreund *Haußleiter* hat gebeten, zunächst eine Erklärung abgeben zu dürfen. *Haußleiter*, ist es jetzt notwendig, oder wollen wir nicht lieber konkret vorgehen?
*Haußleiter*: Ich möchte doch zu zwei Punkten der *Horlacher*-Rede unmittelbar antworten, weil es mir zur Klärung der gesamten Lage notwendig erscheint.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich gehe davon aus: Um 12.45 Uhr ist Mittagessen. Aber ich möchte wenigstens bis zum Mittagessen die Bezirksvorsitzenden gehört haben, damit wir dann nach dem Essen, das nicht lange dauern soll, sofort konkret in die Debatte eintreten können. Denn wir wollen nicht nur einen Tag debattieren, sondern wir wollen am Schluß mit einem vernünftigen Ergebnis herauskommen.
Dr. *Horlacher*: Herr Ministerpräsident Dr. *Ehard* hat die Einladung zur Landesausschußsitzung verspätet bekommen, so daß er für heute vormittag nicht mehr umdisponieren konnte. Er hat uns gebeten, ihn zu benachrichtigen. Es wird von unserer Seite aus geschehen. Ich würde bitten, daß der Ministerpräsident heute nachmittag zunächst einmal zu dieser Frage Stellung nimmt. Denn in jeder Demokratie auf der ganzen Welt ist es so, daß zunächst die Leute, die von der Partei oder durch die Mehrheit des Landtages berufen worden sind, vor den zuständigen Organen der Partei Rechenschaft ablegen. Ich würde bitten, so zu verfahren, daß wir heute nachmittag den Bericht des Ministerpräsidenten entgegennehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Es kommt vor allem darauf an, Entscheidungen in der Union herbeizuführen und nicht nur zu reden. Es ist selbstverständlich, daß der Ministerpräsident dazu gehört wird. Aber hier entscheidet die Union, vertreten durch den Landesausschuß. Infolgedessen kommt es mir darauf an, die Bezirksvertreter heute zu Wort kommen zu lassen. Denn ich muß hier den Parteiwillen herausfinden, damit nicht irgendein einzelner oder irgendeine Gruppe einseitig entscheidet.
Darf ich nun *Haußleiter* um kurze Stellungnahme bitte.
*Haußleiter*: Meine lieben Freunde! Ich möchte hier zu einem Punkt der *Horlacher*-Erklärung sprechen, und zwar glaube ich, dazu berechtigt zu sein. *Horlacher* behauptet, daß sich die 30 Punkte der Union im wesentlichen mit dem Aktionsprogramm der SPD decken. Da ich maßgeblich bei der Gestaltung der 30 Punkte der Union mitgearbeitet und das SPD-Aktionsprogramm genauestens angesehen habe, möchte ich sagen, daß sich die beiden Programme in den wesentlichen Punkten entscheidend widersprechen. Das muß klargestellt werden.

(Sehr richtig!)

Ich habe in einer Landesausschußsitzung erlebt, daß Herr Dr. *Horlacher* sich bei der Diskussion über das Programm der Stimme mit der Erklärung enthalten hat, er habe es nicht gelesen. Ich hatte ihm die Entwürfe vorher zugeschickt. Ich hoffe, daß er es gelesen hat, bevor er diese merkwürdige Erklärung abgegeben hat.
Der wesentliche Widerspruch beruht in einer Reihe von Punkten, ich möchte sie aufzählen: Erstens gehen wir in der Frage unseres Verhältnisses zum Föderalisums und zu Deutschland den Weg einer vernünftigen mittleren Lösung. Hier möchte ich auf die temperamentvollen Erklärungen von *Horlacher* antworten, die ich in der letzten Zeit öfter von ihm höre, in denen er vor einem neuen Nationalismus warnt. Meine lieben Freunde, gerade hier sind wir mit ihm einer Meinung. Wir sind nur der Überzeugung: Ein übertriebener bayerischer Partikularismus führt zur Geburt eines neuen Nationalismus in Bayern.

(Widerspruch. - Zuruf: Wo ist denn Partikularismus!)

Deshalb sage ich Ihnen, daß wir gerade auf diesem Gebiete eine vernünftige mittlere Linie gehen müssen, das heißt wir müssen Bayern maßgeblich und verantwortlich in die deutsche Politik einschalten. Das ist die Aufgabe, die uns auf diesem Gebiet gestellt wird. Ich bin erschüttert von den Versammlungen der Freien Demokratischen

Partei, die wir in Nordbayern erleben. Es sind Massenkundgebungen eines glühenden und leidenschaftlichen Nationalismus. Dort ist bereits wieder die Jugend. Diese Massenkundgebungen des Nationalismus in Nordbayern werden bei uns als Antwort auf *Hoegner* und *Hundhammer* erklärt. Dazu muß ich sagen: Der Öffentlichkeit bei uns erscheint die Regierung *Ehard* in Wirklichkeit als eine Regierung *Hoegner-Hundhammer*, nicht als eine Regierung der Synthese des sozialdemokratischen und des Unionsprogramms, sondern als eine Regierung bayerischer partikularistischer Kräfte, denen dann ein gefährlicher Nationalismus in Bayern antworten wird. Wenn wir Gegner dieses Nationalismus sind, sind wir auch Gegner einer Überbetonung des weißblauen südbayerischen Partikularismus.

(Widerspruch.)

Hier in Nordbayern entstehen erhebliche Bedenken über diese Regierung.
Der zweite Punkt, in dem sich die Programme völlig widersprechen, ist die Frage der Planwirtschaft. Die Sozialdemokratische Partei hat sich in ihrem Aktionsprogramm zur Planwirtschaft bekannt. Meiner Ansicht nach hat sie in der Regierung die Möglichkeit, dieses ihr Programm durchzuführen. Denn sie hat alle entscheidenden Ministerien in der Hand. Zu sagen, der Ministerpräsident entscheidet allein, ist illusorisch. Dann hätte nämlich die Sozialdemokratische Partei nicht den entscheidenden Wert auf den Innenminister, auf den Wirtschaftsminister, auf den Arbeitsminister gelegt. Das sind die Positionen, von denen aus in der Zukunft die Arbeit gemacht wird. Diese Positionen sind in der Hand der SPD. Da soll man uns doch nichts vormachen.

(Lebhafter Beifall.)

Der dritte Punkt, in dem sich die beiden Programme restlos widersprechen, ist die Frage der Erziehung der Jugend. Hier brauchen wir eine geistige Revolution. Unsere 30 Punkte sind das Programm einer revolutionären Umerziehung der deutschen Jugend. Das SPD-Programm ist der verwaschene Aufguß des alten materialistischen und liberalistischen Erziehungsprogramms. Man soll uns nicht sagen, daß hier die SPD nur die gegenwärtigen Notwendigkeiten bejaht. Sie will die gegenwärtige Lage zum dauernden Zustand machen. Darum geht es ihr und darauf sind unsere Unterhändler eingegangen. Das werfe ich ihnen vor. Die gegenwärtigen Zustände aber müssen geändert werden. Darum geht es. Wir können sie nicht ändern mit einem maßgeblichen Einfluß der SPD in der Regierung und im Kultusministerium.
Eines sage ich Ihnen: Entscheidend ist diese geistige Revolution dort, wo die Gefahr der roten Diktatur, der SED-Diktatur am stärksten ist. Ich bezeichne nicht die SPD als rote Partei, aber ich bezeichne die SPD in Franken als rote Partei. Wo diese Gefahr groß ist, ist die Notwendigkeit der Umerziehung am größten. Diese geistige Revolution muß in Nordbayern verwirklicht werden. In Nordbayern geht das Sprichwort um: *Hundhammer* macht Bekenntnisschule in Südbayern und *Pittroff* Gemeinschaftsschule in Nordbayern. Es ist damit ein Plan der SPD verwirklicht worden, mit dem das SPD-Regiment in Nordbayern verewigt würde. Das würde zum Auseinanderfallen Bayerns führen.
Wenn ich hier spreche, meine lieben Freunde, dann spreche ich als leidenschaftlicher Bayer,

(Oho! Heiterkeit.)

nicht als Südbayer. Ich weiß aber, daß wir als Nordbayern die Rückendeckung durch

Südbayern brauchen. Deshalb wäre richtig gewesen - das ist mein letztes Wort: Die Koalition der Union und nichts anderes.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Jetzt darf ich bitten, daß die einzelnen Bezirksvorsitzenden sprechen, und vorher keine großen Diskussionen mehr durchgeführt werden. Die Diskussion kann im Anschluß an die Vorträge der Bezirke stattfinden. Darf ich vielleicht bitten, mit Oberbayern zu beginnen.

(Zuruf: Redezeit!)

Wie lange soll jeder Bezirksvertreter sprechen?

(Zurufe: Zehn Minuten, fünf Minuten!)

Es ist selbstverständlich, daß wir diese Frage nicht so rasch abtun können. Ich schlage vor, daß jeder eine Redezeit von zehn Minuten hat. Einverstanden?
(Kein Widerspruch.)
Ich bitte Dr. *Hundhammer* zu beginnen.
Dr. *Hundhammer*: Es könnte sein, daß ich ein paar Minuten länger sprechen möchte, weil ich ergänzend zu den Ausführungen von Dr. *Horlacher* zum Problem der Regierungsbildung vorweg auch noch etwas zu sagen habe. Ich bin während der Ausführungen von Dr. *Horlacher* zu einem Gespräch mit der Regierung in München gerufen worden und habe nicht alles mitangehört.
Ich glaube, es ist bekannt, daß seitens der Fraktion ein Kreis von Unterhändlern für die Regierungsbildung aufgestellt war, dem angehört haben Dr. *Müller*, auf seinen Wunsch der Kollege *Strauß*, dann Dr. *Horlacher*, *Stang* und ich. Die Fraktion hat beschlossen, daß zunächst die Frage geprüft werden soll, ob es möglich ist, eine Koalitionsregierung zu bilden. Auf dieser Basis haben wir eine erste Besprechung im Sonderministerium im Büro des Kollegen Dr. *Pfeiffer*, der neben *Ehard* auch dem Ausschuß angehört hat, abgehalten. Hierbei wurde bereits festgelegt, daß man mit der SPD in Verbindung treten wolle.
Dr. *Müller* sagte, er würde mit *Hoegner* nicht verhandeln und an den weiteren Verhandlungen mit *Hoegner* nicht teilnehmen. So ist es auch geschehen. Dr. *Müller* hat dann nicht mehr an den Verhandlungen teilgenommen. *Strauß* hat weiterhin an den Verhandlungen teilgenommen. Es wurde dann auch vereinbart, daß zugleich mit allen drei weiteren Parteien Verbindung aufgenommen werden sollte. Das habe ich selber im Auftrag getan. Ich habe mit Dr. *Dehler* Verbindung aufgenommen und am Vorabend noch mit *Loritz* gesprochen sowie mit Dr. *Hoegner*. Bei der Besprechung mit *Hoegner* waren die gewählten Ausschußmitglieder im wesentlichen anwesend. Es wurde von der SPD sofort die Erklärung abgegeben, daß sie grundsätzlich bereit ist, in eine Koalitionsregierung hineinzugehen oder wenigstens in Koalitionsverhandlungen einzutreten. *Loritz* hat dasselbe erklärt. Dr. *Dehler* hat erklärt, er wolle erst mit seinen Parteifreunden darüber Fühlung aufnehmen. Er hat sich also reservierter verhalten. Die Verhandlungen sind dann zunächst mit der SPD als der größeren und wichtigsten Partei geführt worden. Das Ergebnis hat Ihnen Dr. *Horlacher* gesagt.
Es schien zunächst, als würde auch mit der LDP eine Übereinkunft möglich sein. In diesem Stadium der Verhandlungen war geplant, das Sonderministerium dem Herrn Dr. *Dehler* anzubieten. Als klar wurde, daß die LDP nicht mittut, hat *Loritz* Anspruch auf das Sonderministerium erhoben. Ich bin oft gefragt worden, ob es von uns aus geschehen sei, daß wir *Loritz* dieses Ministerium angetragen hätten. So war es nicht.

Ich möchte zu den anderen Ausführungen, die Dr. *Horlacher* gemacht hat, einen wesentlichen Punkt noch nachtragen. Am entscheidenden Vormittag, an dem am Abend die Wahl der Regierung und des Ministerpräsidenten erfolgte, wurde ich als Fraktionsvorsitzender während unserer Beratungen von der SPD angerufen. Es wurde mir telefonisch folgende Vormerkung durchgegeben: Während unsere Fraktion verhandelt hat, telefonierte *Ziebell* - den Namen haben Sie in den letzten Tagen in den Zeitungen gelesen - im Auftrag von Dr. *Müller*, daß Dr. *Müller* erwarte, daß ihn die Fraktion der CSU heute morgen zum Ministerpräsidenten bestellen wird. - Ich diktiere langsam, weil ich sehe, daß mitgeschrieben wird. - In diesem Falle wolle er einen Unterhändler zu unserer Fraktion - also zur SPD - entsenden. Dieser wird unter der Voraussetzung, daß sich unsere Fraktion - also wieder die SPD - nicht feindlich stellt, sondern bei der Wahl des Ministerpräsidenten und bei der Vorstellung des Kabinetts Neutralität durch Abgabe weißer Stimmzettel bewahrt, als Fachminister, die unserer Partei - also der SPD - angehören, folgende Posten anbieten: Arbeitsminister *Roßhaupter*, Flüchtlingsminister *Reitzner* (SPD), Finanzminister *Hielscher*, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Dr. *Fendt*, Ministerialdirektor, Staatsrat oder Staatssekretär in der Staatskanzlei *von Knoeringen*. Von der CSU beabsichtige er - also Dr. *Müller* -, den Planwirtschaftler Dr. *Semler* in das Wirtschaftsministerium zu berufen. Die Fraktion der SPD hat einstimmig beschlossen, einen Unterhändler Dr. *Müllers* nicht zu empfangen.

Das war die damalige telefonische Mitteilung an mich in der Fraktion. Wir hatten also den Zustand, daß neben dem offiziellen, von der Fraktion bestellten Ausschuß, der für die Regierungsbildung beauftragt war und dem Dr. *Müller* angehörte, der weiterhin an den Verhandlungen nicht teilgenommen hat, Dr. *Müller* von sich aus an die SPD über *Ziebell* herangetreten war.

(Zurufe: Hört, hört! Das ist doch allerhand!)

So bin ich offiziell durch die SPD während der Fraktionssitzung informiert worden.

Eine andere Frage, die konkret an mich gerichtet worden ist, ist die, ob die Fraktion der CSU oder die Unterhändler das Aktionsprogramm der SPD angenommen hätten, weil ja eine diesbezügliche Mitteilung durch die Presse gegangen ist. Dazu habe ich folgendes zu erklären: Es ist geplant oder zunächst vorgeschlagen, über die Koalitionsvereinbarung - denn eine solche ist ja zu treffen - in aller Form an die Öffentlichkeit ein Kommuniqué zu geben, das lautet:

1. Die politische Zusammenarbeit der beiden Fraktionen beruht sachlich auf dem 30-Punkte-Programm der Christlich-Sozialen Union und dem Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei als Grundlage der Regierungsbildung.
2. Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Programms werden im gegenseitigen Einvernehmen durch einen von beiden Fraktionen gestellten paritätischen Ausschuß entschieden.
3. Alle wichtigen Beamtenstellen, insbesondere in den Ministerien und Mittelbehörden sowie in den Landratsstellen, werden im gegenseitigen Einvernehmen besetzt. Dabei ist darauf Bedacht zu nehmen, daß fähige Bewerber nicht lediglich wegen ihrer Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Partei zurückgewiesen werden.
4. Die Zusammenarbeit der beiden Parteien erstreckt sich möglichst auch auf alle anderen politischen Körperschaften, insbesondere die Kreistage, Städte und Landgemeinden.

(Zuruf: Quatsch!)

Diese Vereinbarung über die politische Zusammenarbeit der beiden Fraktionen gilt für die gesetzliche Landtagsdauer.

Das ist der Entwurf. Unsere eigene Fraktion würde erst dazu Stellung zu nehmen haben, aber sie sehen daraus schon, daß nicht die Rede davon sein kann, daß etwa eine Fraktion das Programm der anderen angenommen hätte. Die diesbezügliche Mitteilung in der Presse war unwahr und hat den Tatsachen nicht entsprochen.
Nun, meine Damen und Herren, ein Wort zu der Situation in meinem Bezirksverband Oberbayern. Es ist jetzt eine Regierung gebildet. Die Tatsache steht fest. Die Regierung ist gewählt und ist verfassungsmäßig, gesetzlich verankert. Es würde in unserem Volk bei uns in Oberbayern und bei der entscheidenden Mehrheit unserer Wähler und der Bevölkerung im ganzen nicht verstanden werden, wenn man jetzt, nachdem nun einmal eine Regierung da ist, sie nicht arbeiten ließe.

(Sehr richtig!)

Es wird als selbstverständlich betrachtet, daß man jetzt, nachdem nun einmal eine Regierung da ist, ihr auch die Möglichkeit gibt, sachliche Arbeit zu leisten. Eine Stänkerei gegen die Regierung, auch wenn an ihrer Zusammensetzung, an der Verteilung der Sitze im Kabinett da und dort Kritik geübt wird, würde trotzdem nicht verstanden werden. Wenn man jetzt etwa hergehen und damit anfangen wollte, dieser Regierung von Anfang an wieder Schwierigkeiten zu bereiten, so würde das nichts anderes darstellen, als die hemmungslose Parteizänkerei früherer Zeiten.

(Sehr richtig!)

Man muß jetzt, nachdem eine Regierung da ist, sie arbeiten lassen und sie unterstützen. Dazu ist auch notwendig, daß Klarheit geschaffen wird - und das sage ich für die Fraktion - darüber, wer bereit ist, sich hinter diese Regierung zu stellen und sie in ihrer Arbeit zu unterstützen und wer nicht. Es ist unmöglich, daß die Regierung in der Form ihre Arbeit aufnimmt, daß ein Teil der wesentlichsten Fraktion, also der CSU-Abgeordneten, erklärt: Wir warten einmal ab, was sie tut und nachher nehmen wir unsere Haltung zur Regierung ein. Das Kabinett muß wissen, wie stark es in der Fraktion verankert ist, wie viele Leute von Anfang an bereit sind, sie positiv zu unterstützen und zu ihr zu stehen, und wer nicht dazu bereit ist.
Das ist das, was ich hier zu sagen habe. Ich glaube der Tatsache gewiß sein zu dürfen, daß in Oberbayern diese Haltung von dem weitaus größten Teil der Parteimitglieder, der Wähler und sogar der Bevölkerung geteilt wird.

(Beifall, Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich darf dazu folgendes sagen: Dr. *Hundhammer* hat zunächst zur Regierungsbildung als solcher gesprochen. Er hat mich apostrophiert. Ich muß dazu Stellung nehmen. Zur Frage Oberbayern darf ich erklären: Eventuell kann, wenn es gewünscht wird, auch der Protest einer Reihe von Kreisen von Oberbayern mitgeteilt werden.

(Zuruf: Bestellte Arbeit!)

Es ist keine bestellte Arbeit. Ich weise das ganz energisch zurück. Gerade in Oberbayern, meine lieben Freunde, wird es nicht leicht sein, Arbeit zu bestellen. Da handelt es sich um einen energischen Protest von Parteifreunden. Ich darf vielleicht jetzt schon sagen, meine lieben Freunde, nehmen Sie es auch in Altbayern nicht so leicht. In Passau z.B. war die dortige Stadtratsfraktion willens zurückzutreten.

Meine lieben Freunde, wenn Sie von Oberbayern und München reden, darf ich erklären, daß ich in München eine Reihe von Parteifreunden zurückhalten mußte, ihren Austritt aus der Union zu erklären.

(Zuruf: Aber aus welchen Gründen?)

Weiter darf ich zum sachlichen Referat etwas sagen. Wenn Dr. *Hundhammer* von den Verhandlungen der Fraktion und von den Verhandlungen, die er geführt hat, gesprochen hat, dann darf ich eines feststellen: Während bei der SPD die Fraktion in Permanenz und am letzten Tag vor der Entscheidung sogar die Nacht durch tagte, so daß jetzt mitgeteilt wurde, daß nachts um 1.30 Uhr noch Dr. *Hoegner* die Fraktion der SPD informierte, um sie zur Geschlossenheit zu bekommen, daß Dr. *Müller* die Absicht habe, für den Fall, daß er zum Ministerpräsidenten bestellt würde, alle SPD-Leute aus ihren Ämtern zu entlassen, war die Fraktion der Union nach Hause geschickt worden

(Zuruf: Sie hat geschlafen!)

und hat in den letzten zwei Stunden die Entscheidungen treffen sollen. Die Leute wären auch dageblieben, wenn man ihnen gesagt hätte, wie die Stimmung war.

(Zuruf: Wenn sie nicht zu faul gewesen wären!)

Meine lieben Freunde! In einem solchen Fall darf kein Hemmnis da sein. Es muß den Leuten gesagt werden: Wir haben einen neuen Sachverhalt. Wenn die Situation so war, daß die SPD erklärte, sie lehne Parteifreund *Pfeiffer* ab, dann hätte auch Parteifreund *Hundhammer* die Verpflichtung gehabt, die Fraktion zu fragen, bevor er seinerseits neue Vorschläge machte. In diesem Falle hätte auch da der Volkswille berücksichtigt werden müssen. Man schreit so gern über Diktatur, wenn es gilt, sich gegen den Parteivorsitzenden zu wehren. Dann hätte man hier nicht diktieren dürfen, sondern man hätte die Fraktion in ihrer Geschlossenheit fragen müssen. Dann wäre vielleicht das heutige Unglück vermieden worden.
Ich darf Ihnen dann zu der Frage, die Herr *Hundhammer* angeschnitten hat, daß ich Verhandlungen geführt habe, folgendes sagen: Sie sehen schon aus der Haltung, die ich vorhin eingenommen habe, daß ich grundsätzlich die Auffassung habe, daß es in der Demokratie notwendig ist, einem Mann, der eine Verantwortung übernimmt, eine Chance zu geben. So habe ich jedem unserer Parteifreunde, der von der Fraktion bestellt wurde, die Chance gegeben, obwohl ich mich ja in diesem Falle auf den Beschluß der Landesversammlung in Eichstätt hätte berufen können, der ohne mein Zutun zustande gekommen ist, denn ich war bekanntlich gerade an dem zweiten Tage bei General *Clay* und habe auf den Beschluß nicht einwirken können und nicht eingewirkt. Ich habe das nicht getan, weil ich in einem solchen Fall sehen wollte, wie sich die Fraktion stellt. Denn es hat keinen Sinn, unbedingt dort zu stehen und dann zu wissen, daß die Fraktion vielleicht nicht geschlossen ist. Wir müssen uns über eines klar sein: Die Fraktion, so wie sie jetzt gegeben ist, ist selbstverständlich das Sprachrohr der Union im Parlament. Auf der anderen Seite leiden wir - das muß frei herausgesagt werden -, darunter, daß Fraktion und Partei nicht völlig übereinstimmen,

(Sehr richtig!)

auch in der Zusammensetzung sich nicht unbedingt widerspiegeln. Zum Teil ist das das Ergebnis des jetzigen Wahlrechtssystems. Ich darf hier erwähnen, daß es bei der Kandidatenaufstellung Auseinandersetzungen gegeben hat. Ich habe selbstverständ-

lich versucht - das ist meine Pflicht als Vorsitzender -, auch bei der Kandidatenaufstellung dafür zu sorgen, daß die Interessen der Union wahrgenommmen wurden, daß z.B. in jedem Bezirk möglichst ein Flüchtlingsvertreter aufgestellt wird, gerade wenn man daran denkt, daß in manchen Bezirken schon 20% Flüchtlingswähler da sind. Dann hat ein Teil unserer Freunde gemeinsam mit Ministerpräsident *Hoegner* aufgrund eines Gutachtens, das Herr Dr. *Ehard* gegeben hat, bei der Militärregierung dafür gesorgt, daß die Kreise ihrerseits wieder das Aufstellungsrecht bekommen haben.

(Zuruf: Das ist Demokratie!)

Wenn gesagt wird: Es ist Demokratie oder nicht Demokratie, so darf ich darauf erwidern: In dem Mittelgremium des Bezirkes kommt ungefähr ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Ständegruppierungen zustande. Wenn die Kreise draußen aufstellen, dann kann es leicht sein, daß ein Stand überspielt wird. Denn wir haben gesehen, daß sich z.B. Parteifreund *Schlögl* zunächst fünf Wahlkreise hat zuteilen lassen

(Zuruf: Ist das Demokratie?)

und dann unter Zwang erst auf den einen oder anderen Kreis gnädigst verzichtet und ihn abgetreten hat. Man kann das nicht unterbinden, aber es schadet der Union. *Horlacher*, wenn Du jetzt lachst - leider lachst Du -, dann sage ich Dir: Es ist ein Unglück für die Union, wenn die Union durch einen Stand überspielt wird.

(Zuruf Dr. *Baumgartner*: 14 Bauern haben wir im Parlament!)

Mein Lieber, bist Du Bauer oder bist Du nicht Bauer? Wenn Du natürlich nur die einzelnen Bauern rechnest, kannst Du so reden. Aber dann müssen schließlich auch Dr. *Horlacher*, Dr. *Baumgartner* und *Schlögl* als Bauern gelten, denn schließlich und endlich vertreten sie auch die Landwirtschaft.
Dr. *Baumgartner*: Die sind schon mitgezählt.

(Zuruf: Und die Arbeiter?)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf weiter dazu sagen, meine lieben Freunde: Leider Gottes kam es in der Vergangenheit dazu - ich will das Persönliche nicht ausgraben -, daß gerade auch von solchen Leuten die Union auch im Wahlkampf angegriffen wurde, als ich angegriffen wurde. Gehen wir auch da nicht wie die Katzen um den heißen Brei herum. *Horlacher*, Du mußt ehrlich zugeben, daß Du darum weißt, Dr. *Schlögl*, Du warst zum Teil noch dabei, daß Ihr die Hand drinnen gehabt habt, als die Süddeutsche Zeitung den Angriff gegen mich vorgetragen hat.

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Nein, das ist unwahr!)

Leugne es weg! Es steht fest. Ich weiß es.

(Unruhe, zahlreiche Zwischenrufe.)

Dr. *Horlacher*: Da schreien wieder ein paar Fanatiker und wissen nicht, worum es sich handelt.
Dr. *Schlögl*: Nein, es ist unwahr, *Müller*, Du kannst es behaupten, so oft Du willst.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Schlögl*, ich weiß es, und ich werde den Beweis dafür antreten, *Schlögl*, daß Du noch am Samstag vor der Veröffentlichung Material zur Süddeutschen Zeitung hingegeben hast

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Nein!)

über diesen sogenannten Vorfall in Erlangen, als ich dort von einem Diskussionsredner als Ministerpräsident genannt wurde. Ich frage Dich auf Ehrenwort, *Schlögl*, hast Du das getan oder nicht?
Dr. *Schlögl*: Nein, Du kannst den Beweis nicht antreten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann werde ich den Beweis vor den zuständigen Gremien führen.
Meine lieben Freunde! Es ist keine Revolvertaktik, sondern es muß gesagt sein, weil es zeigt, wie die Situation in der Union selbst war und welche Machtkämpfe von einzelnen oder von einzelnen Gruppierungen geführt wurden. Diese Machtkämpfe wurden eben dann weitergeführt, als es um die Regierungsbildung ging. Es ging dabei darum: Haben einige die Union überspielt, oder kommt die Union geschlossen zu einem einheitlichen Willen. Wenn ein Teil bereit ist, mit letzten Mitteln zu kämpfen, wenn man Informationen über den eigenen Parteivorsitzenden an die SPD-Unterhändler gibt, dann ist es eben nicht möglich, eine vernünftige Koalition zu bilden. Wenn von vornherein erklärt wird: Wir wollen die Koalition um jeden Preis, meine lieben Freunde, dann wird eben die andere Partei ihre Bedingungen diktieren, weil sie dann weiß, daß dieser Preis gezahlt wird.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Das hat aber niemand erklärt!)

*Horlacher* hat zweimal die Antwort gegeben, er will die Koalition um jeden Preis haben.

(Widerspruch Dr. *Horlacher*.)

Hier sind die notwendigen Klärungen durchzuführen, denn sonst wird in der Zukunft eine Arbeit nicht möglich sein. Wenn wir eine Christlich-Soziale Union haben, dann muß sich jeder einzelne fragen können: Kannst Du das, was Du getan hast, auch vor Deinem Gewissen als Christ verantworten oder nicht? Kann das einer nicht, dann muß er die Konsequenzen ziehen.
Herr *Hundhammer* hat erklärt, was ihm von den Unterhändlern der SPD gesagt wurde, was er aber mir leider nicht mitgeteilt hat und was er nur ganz kurz in der Fraktion erwähnt hat, daß ich Nebenverhandlungen geführt hätte. Ich darf dazu sagen: Ich habe keinerlei Nebenverhandlungen geführt, trotzdem es mir als Parteivorsitzender - das kann ich ruhig sagen - niemand hätte übelnehmen können, wenn ich auch geklärt hätte, ob die SPD geschlossen auftritt oder nicht, wie die SPD ihrerseits dastehen wird.

(Zuruf Dr. *Baumgartner*: Du warst doch im Ausschuß drin!)

Ich habe trotzdem keine Verhandlungen geführt. Ich darf dazu jetzt dem Parteifreund *Haußleiter* das Wort geben, der zugegen war, als *Ziebell* bei mir war. Denn gleichzeitig ist auch da von Leuten versucht worden, mein Verfahren so hinzubringen, daß ich in dem Augenblick, in dem ich zum Ministerpräsidenten bestellt werden sollte, dazu unfähig gewesen wäre,

(Zuruf: Unerhört!)

wenn ich General *Clay* erklärt hätte, daß ich auch dieses Amt ohne weiteres übernehmen könne. Nachdem das der Fall war, nachdem dieser Angriff kam, war es selbstverständlich, daß *Ziebell*, der Rechtsberater im Sonderministerium war, in diesem Zusammenhang auch einmal zu mir kam, weil Vernehmungen durchgeführt wurden. *Haußleiter* war gerade zugegen, als *Ziebell* da war. Er hat die Besprechung mit

*Ziebell* geführt. Infolgedessen darf ich ihm das Wort geben, damit er Ihnen objektiv berichtet, was gesprochen wurde. Dann können Sie selbst beurteilen, ob die Darstellung, die eventuell von der SPD gegeben wurde, richtig ist oder nicht. Es muß so langsam dazu kommen, daß schließlich und endlich dem Parteivorsitzenden mehr geglaubt wird als einem SPD-Mann.

(Lebhafter Beifall.)

*Haußleiter*: Ich habe am 20. Dezember, also am Vorabend der Regierungsbildung, bei Dr. *Müller* einen Mann kennengelernt, der sich als *Ziebell* vorstellte und mich fragte, wie wir denn über die Koalitionsverhandlungen dächten. Ich habe in Anwesenheit von Parteifreund *Ankermüller* zu ihm gesagt: Meiner Ansicht nach wird die Not, die vor uns steht, dazu führen, daß ein ganz großer Teil der Massen unseres Volkes zwangsläufig in die Opposition gegen die Regierung treten wird. Jetzt dreht es sich darum, daß wir diese Opposition in die Kanäle der Demokratie leiten, damit sie nicht zu einer Opposition gegen die Demokratie wird. Ich habe gesagt, deswegen halte ich die vorliegenden Pläne einer Koalition, wie sie damals diskutiert worden sind, für nicht richtig. Ich sei der Überzeugung, daß die SPD die Opposition verantwortungsbewußt auffangen müsse, damit die Opposition nicht in die KPD und in die WAV geht. Das ist mein Standpunkt. Diesen Standpunkt habe ich dem Herrn *Ziebell* gegenüber vertreten, wie ich es jedem SPD-Abgeordneten gegenüber in jenen Tagen getan habe.
Darauf hat *Ziebell* gesagt: Wie stellen Sie sich Ihrerseits eine Regierung vor? Ich habe ihm erwidert: Ich bedauere, daß es in unserer Verfassung nicht wie in der englischen Verfassung die Stellung des bezahlten und beamteten Führers der Opposition gibt.

(Sehr richtig!)

Meiner Ansicht nach könnten wir einen Ausweg finden, indem wir die SPD fortlaufend als Oppositionspartei informierten und den Herrn *von Knoeringen*, einen ihrer besten Leute, als Ministerialrat in die Staatskanzlei setzten. Dort sitzt er als bezahlter Führer der Opposition.
Weiter habe ich gesagt: Außerdem stehe ich auf dem Standpunkt, daß einige Ministerien - ich denke an das Sonderministerium, an ein Flüchtlingsministerium - von Fachleuten besetzt und neutralisiert werden müssen, weil diese Fragen aus der Parteidiskussion herausgenommen werden müssen.

(Zuruf: Aber nicht der Herr *Reitzner*!)

Daraufhin hat mich der Herr *Ziebell* gefragt: Wären Sie bereit, das auch unseren Leuten der SPD zu sagen? Ich habe erwidert: Selbstverständlich, ich habe das schon jedermann gesagt, weil ich es in meinen Versammlungen vor den Wahlen erzählt habe. Das weiß jeder. Er hat daraufhin geantwortet: Ich werde anrufen, ob einer Sie empfangen wird. Dann hat er angerufen. Da haben die Unterhändler ihre vier Ministerien sicher gehabt und gesagt: Wir gehen auf zwei Fachminister in einer Koalitionsregierung *Müller* nicht ein, das kommt für uns nicht in Frage. Sie haben es also abgelehnt. Verhandlungen sind nicht gewesen. Es war lediglich die klare Darstellung, wie ich sie in jeder Wahlversammlung vertreten habe, wo ich gesagt habe, daß die Opposition in die Kanäle der Demokratie gelenkt werden müsse und daß die Partei, die vom Volk gewählt worden ist, damit sie die Politik macht, diese Politik auch durchführt. Diesen Standpunkt vertrete ich auch jedem Abgeordneten der SPD gegenüber.

(Sehr richtig! Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf jetzt vielleicht noch eine Erklärung abgeben, bevor die Referenten weitersprechen. Ich habe mittlerweile gestern mitgeteilt bekommen, daß überall durch[3] Flüsterpropaganda irgendwelche Ministerlisten für ein Kabinett *Müller* durchgegeben worden sind.
Meine lieben Freunde, es ist keine Kabinettsliste *Müller* irgendwann aufgestellt worden. Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich für den Fall, daß ich wirklich gewählt worden wäre, erst innerhalb von 14 Tagen dazu gekommen wäre, eine Liste aufzustellen, und zwar deswegen, weil ich dann mit jeder Richtung innerhalb der Union erst Fühlung genommen hätte, weil ja jedes Kind weiß, daß Richtungen da sind, und weil man dann eben versuchen muß, diese Richtungen zu einem einheitlichen Willen zusammenzubekommen. Es ist eine glatte Lüge, wenn irgendeiner hier als Minister oder als etwas ähnliches genannt wird. Es ist lächerlich, wenn der eine oder andere noch dazugesetzt wird, so wie es meinetwegen in der Oberpfalz durchgegeben wurde. Dort sind vier Namen genannt worden, wobei ein Ehepaar, das sehr aktiv ist, doppelt in der Regierung vertreten war. In Schwaben wurde z.B. eine eigene Liste genannt.
Meine lieben Freunde, hier sind Ratten am Werk gewesen, die in den Kanallöchern herumgekrochen sind und dafür gesorgt haben, daß das Gift weiterverbreitet wurde.
Ich darf jetzt die Debatte fortführen und München zum Bericht bitten.
*Krehle*: Meine sehr verehrten Parteifreunde! Ich brauche die Redezeit von zehn Minuten nicht. Ich erkläre hiermit, daß sich der Bezirksverband München hinter die Regierung *Ehard* stellt. Es stört mich als Bezirksvorsitzenden von München auch gar nicht, daß der eine oder andere meiner Münchner Parteimitglieder mit dieser Haltung nicht einverstanden ist. Ich bin überzeugt, daß in den fränkischen Kreisen, in denen vielleicht im ganzen in den Bezirken eine gegenteilige Auffassung vorhanden ist, auch Leute da sind, die eine andere Meinung vertreten. Das ist Demokratie. Sie dürfen nicht glauben, daß ich deswegen so spreche, weil ich nun zufällig dem Kabinett *Ehard* angehöre, sondern ich spreche deswegen so, weil ich es für die einzig richtige Lösung halte, jetzt zu versuchen, mit dem Kabinett *Ehard* über die Notzeit hinwegzukommen. Das ist das Entscheidende. Ich möchte unsere Parteifreunde bitten, sich auf den Boden der gegebenen Tatsache zu stellen. Ich muß aber auch ganz offen aussprechen, daß wir erwarten, daß man uns ebenfalls Glauben schenkt, ebenso wie der Parteivorsitzende für sich beansprucht, daß man das als wahr nimmt, was er ausspricht. Mir ist z.B. von führenden Leuten aus der SPD mitgeteilt worden

(Widerspruch.)

- ich kann Ihnen auch die Namen nennen, wenn Sie es haben wollen -, daß unser Parteivorsitzender *Müller* den Sozialisten das Wirtschaftsministerium unter *Fendt*, das Arbeitsministerium unter *Roßhaupter*, das Finanzministerium unter *Hielscher*, das Flüchtlingsministerium unter *Reitzner* angeboten hat und daß auch über das Innenministerium gesprochen worden ist.

(Zuruf: Warum haben sie *Müller* nicht genommen?)

Das müssen Sie die Sozialisten fragen. Jedenfalls steht das eine fest, daß Herr Ministerialrat *Ziebell* in Kreisen seiner eigenen Partei seit langem aufgrund der bei ihm vorhandenen korrupten Erscheinungen unten durch war und daß man sich bereits vor

[3] In der Vorlage: "die".

vier Wochen in der SPD mit dem Gedanken des Ausschlusses des Herrn *Ziebell* getragen hat und daß jetzt *Ziebell* bestimmt kein Unterhändler sein konnte, mit dem man auf der anderen Seite verhandelt.
Also meine Damen und Herren, ich habe meine Erklärung abgegeben: Der Bezirksverband München stellt sich hinter die Regierung *Ehard*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu nochmals wiederholen: Es ist erlogen, wenn behauptet wird, ich hätte etwa - nur um das Beispiel herauszugreifen - das Wirtschaftsministerium der SPD angeboten. Das ist eine glatte Lüge. Ich habe keine Verhandlungen geführt. Bei der einzigen Besprechung, bei der *Ziebell* da war, der in der SPD keinerlei Funktion hat, was mir bekannt ist, war *Haußleiter* zugegen. Ich habe *Haußleiter* das Gespräch übergeben, weil ich selbst in keiner Weise aktiv tätig werden und in Verhandlungen eingreifen wollte. Aber gerade weil mir bekannt war, daß die Weisung da ist - um dieses Beispiel zu nehmen -, daß die SPD im ganzen Reich das Wirtschaftsministerium anstrebt, und weil das unseren Prinzipien völlig widerspricht, ist es schon ein Unding, daß ich eine solche Konzession hätte machen können. Außer der Erklärung bezüglich der Neutralisierung verschiedener Probleme, die ich im Rundfunk abgegeben habe, ist von mir keinerlei Erklärung abgegeben worden. Denn ich mußte mir darüber klar sein, daß jedes Wort, das von mir gesprochen wird, in irgendeiner Version ausgenutzt werden würde, und zwar nicht nur zu meinem Schaden, sondern auch zum Schaden der Union. Offensichtlich ist es der SPD in diesem Falle gelungen, den guten Glauben einzelner Parteifreunde auszunutzen und den Sprengstoff in die Union hineinzuwerfen.
Ich darf dann Niederbayern bitten zu referieren.
*Kübler*: Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Schon sehr oft mußte ich, wenn ich in der Fraktion oder in anderen Gremien unserer Partei das Wort ergriff, bitten: Macht uns die Mitarbeit in der Union nicht so schwer. Heute sind wir soweit, daß wir sagen: Macht den Wählern die Mitarbeit und das Vertrauen zur Union nicht so schwer. Soweit sind wir gekommen. Nun ist es heute wieder so: Es werden hier Vorwürfe erhoben, die Vorwürfe werden entkräftet oder es wird mit anderen Vorwürfen aufgewartet. So kommen wir zu keinem Ziel. Das Material dieser gegenseitigen Vorwürfe muß unbedingt einmal gesammelt und dann dem Gremium unterbreitet werden, das wir in unserer Landesversammlung gebildet haben, dem Schiedsgericht. Wir müssen heute alle miteinander eines Willens sein, daß diese Dinge unbedingt so gemeistert werden. Denn sonst kommen wir aus den Schwierigkeiten nicht heraus, und wir werden das Vertrauen bei den Wählern draußen verlieren, und unsere Union wird Schiffbruch erleiden.
Meine Damen und Herren! Wie ist es zur jetzigen Situation gekommen, in dieser Notzeit, wo das Volk Taten und Arbeit von uns verlangt. Die Konflikte sind nicht erst bei der Regierungsbildung entstanden. Sie liegen schon zurück. Die Ursache ist von beiden Seiten verschuldet worden. Es wäre am besten, alle Teile würden sich reumütig an die Brust schlagen und sagen: Mea culpa, mea culpa, mea maxima culpa, ich bin selbst Schuld daran, und würden sich dann die Hand reichen und Sorge tragen, daß das, was war, vergessen und aus der Welt geschafft und ein neuer Grund und Boden gelegt wird. Ich habe damals bei der Frage des Staatspräsidenten gesagt: Seien Sie vorsichtig. Der Schuß könnte einmal nach hinten losgehen. Wir sollten heute die Dinge beim Namen nennen, so wie sie gelaufen sind. Man hat damals sehr schwere Geschütze gegen uns aufgefahren. Man hat uns zu Reaktionären gestempelt. Ich glaube, daß ich über diesen Vorwurf erhaben bin. Ich bin auch früher in meiner Partei

auf dem linken Flügel gestanden. Ich stehe auch heute auf dem linken Flügel. Ich habe sehr viel soziales Empfinden und würde mich nie zu reaktionären Maßnahmen hergeben. Deshalb habe ich diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Aber man hat diesen Vorwurf in die Debatte geworfen, um der Sache Abbruch zu tun und hat dann in dem Gremium, dem wir heute angehören, dem Landesausschuß, den Beschluß gefaßt, daß kein Fraktionszwang ausgeübt werden darf. Es ist dann auch dazu gekommen, daß es keinen Fraktionszwang mehr gegeben hat.
Meine Damen und Herren, nun ist der Schuß bei einer anderen Gelegenheit auch losgegangen und hat zur gleichen Wirkung geführt. Etwas mußte falsch sein.
Ich bin nicht für Fraktionszwang, aber ich bin dafür, daß unbedingt Sorge getragen wird, daß Disziplin in der Fraktion herrscht. Wohin soll es führen, wenn wir gezwungen sind, Gesetze zu beschließen, und diese Gesetze passen dem einen oder anderen oder einem gewissen Flügel unserer Fraktion nicht, und dieser stimmt dann unter allen Umständen dagegen, vielleicht gegen ein Gesetz, das wir unseren Wählern versprochen haben, und bringt es mit Hilfe der anderen Parteien zu Fall? Das wäre doch Korruption, das würde uns jeden Glauben und jede Begeisterung und jedes Vertrauen der Wählermasse draußen rauben. So kann es nicht weitergehen. Wenn wir schon keinen Fraktionszwang haben, so muß es doch endlich dazu kommen, daß in der Fraktion Disziplin herrscht, in solch wichtigen Fragen, wie es eine Verfassung oder die Bildung einer Regierung oder die Wahl eines Ministerpräsidenten ist, muß unbedingt für eine Einigkeit gesorgt werden. Einigkeit muß her,

(Zuruf: Dann muß der Fraktionszwang her!)

sonst machen wir uns in der ganzen Welt lächerlich. Wir haben einen sehr großen Teil des Vertrauens draußen bei den Wählern eingebüßt,

(Sehr richtig!)

90%! Das müssen wir ohne weiteres zugeben. Wir können nicht mit verbundenen Augen und verstopften Ohren herumlaufen, sondern wir müssen die Dinge so hören und miterleben, wie sie sich draußen tatsächlich abspielen. Sie wissen, ich habe in der Landesversammlung in Eichstätt gesagt: Ich bin ein Freund der Koalition, denn ich bin der Meinung, in dieser schweren Zeit ist es fast unmöglich, daß eine Partei die Dinge so meistern kann, wie das Volk erwartet, daß gearbeitet wird. Die Last dieser Zeit gehört auf breitere Schultern gelegt. Deshalb bin ich damals dafür eingetreten, es müsse versucht werden, die übrigen Parteien zur Mitarbeit heranzuziehen dadurch, daß man sie in bestimmte Ressorts einschaltet und sie dort zur praktischen Arbeit verpflichtet. Aber, meine Damen und Herren, ich habe mir nicht vorgestellt, daß wir uns von einer Partei vorschreiben lassen, wem sie ihr Vertrauen als Ministerpräsident gibt.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren, das geht doch etwas zu weit. Den Ministerpräsidenten suchen wir uns selbst. Da geben wir keiner Partei das Recht zu sagen, den nehmen wir oder den nehmen wir nicht.

(Zuruf: Sehr richtig, aber nur, wenn wir einig sind!)

Sehr richtig, nur wenn wir einig sind. Wir müssen selbst einen stellen. Man hätte sagen müssen, wir bestimmen den Kandidaten, weil dieser auch für uns die Verantwortung zu tragen hat, und wir nehmen nur den, der unser Vertrauen besitzt. Aber

wir müssen auch hundertprozentig geschlossen hinter dieser Person stehen. Hier hat es wieder gefehlt, wir sind auseinandergefallen. Es war ein Schauspiel beschämendster Art. Ich kann Ihnen sagen: Ich habe allerlei Dinge erlebt, solange ich im politischen Leben stehe, aber noch nie etwas Deprimierenderes wie diese Landtagssitzung, in der wir dastanden wie die blamierten Europäer.
Die gleiche Meinung, die mich beseelt und niederdrückt, drückt draußen auch den Wähler nieder. Viele sagen: Da hätten wir gleich den *Loritz* wählen können, wenn wir gewollt hätten, daß *Loritz* ein Ministerium bekommt, oder wir hätten uns zur Sozialdemokratie bekannt, wenn wir gewollt hätten, daß die Sozialdemokraten besonders auch die Schlüsselministerien bekommen.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, ich bin der Meinung, wir haben dem Willen unserer Wähler nicht so Ausdruck gegeben, wie es unbedingt notwendig gewesen wäre.

(Zuruf: Verführt haben wir sie!)

Ich kann mich nicht der schwersten Sorge für die Zukunft erwehren, nicht deshalb, weil wir vielleicht ein Mandat weniger bekommen, sondern aus der Sorge heraus, daß wir nicht so in der Regierung tätig sein können, wie es notwendig wäre, wie es unsere Wähler verlangen und erwarten und wie es auch unserem Programme entspräche.

(Zuruf: Und unsere Redner gesagt haben.)

Es wird wohl gesagt, das Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei ist nicht angenommen, sondern es ist nur eine gewisse Richtlinie. Meine Damen und Herren, der Minister, der das Wirtschaftsministerium zu führen hat, wird sich wohl sehr stark an dieses Aktionsprogramm halten und immer und immer wieder versuchen, dieses Aktionsprogramm, auf das die Sozialdemokraten eingestellt sind, auch der Verwirklichung zuzuführen.
Als Wirtschaftler befürchte ich: Wie wollen wir mit einer kranken Wirtschaft soziale Fragen lösen und die sozialen Probleme der Verwirklichung entgegenführen? Ich bin überzeugt, daß wir erst die Wirtschaft gesund machen müssen und keine Experimente machen dürfen. Das wäre das Gefährlichste, was uns heute treffen könnte. Ich hätte es freudigst begrüßt, wenn man einem Demokraten, einem wirklichen Wirtschaftler, der in der Vergangenheit schon etwas geleistet hat und es mit seinen Kenntnissen und Fähigkeiten beweisen kann, das Wirtschaftsministerium gegeben hätte. Aber in der Hand eines Sozialdemokraten, meine Damen und Herren, so viele Freunde ich in dieser Partei auch habe, halte ich [es] für ein gefährlicheres Experiment.
Wir konnten auch nicht verstehen, und unsere Wähler verstehen es nicht, daß man das Ministerium des Innern, in dessen Hand die ganze Verwaltung und Polizei liegt und in dem wir in den zurückliegenden Monaten allerhand Dinge erleben konnten, daß man dieses wertvollste Instrument der Staatsführung freiwillig aus der Hand gegeben hat. Das können unsere Leute nicht verstehen.

(Zuruf: Bestimmt nicht, lebhafte Zustimmung.)

Wir selbst können es manchmal auch nicht verstehen. Ich bedauere, das meinen Freunden sagen zu müssen. Ich bin hier wie vor den Kopf geschlagen. Als ich erfahren habe, daß die Dinge so gedeichselt werden, habe ich mir gesagt: Lieber wäre es mir gewesen, wir hätten die Probe aufs Exempel gemacht und selbst die Verantwortung in die Hand genommen.

(Lebhafter Beifall.)

Auf unsere inneren Zerwürfnisse und Streitigkeiten will ich gar nicht eingehen, denn wir werden mit dem Hin- und Herreden, wobei der eine diesen und der andere jenen Vorwurf macht, nicht weiterkommen. Ich habe bereits in Eichstätt gesagt: Wir müssen die Bedenken, die wir gegen den einen oder anderen haben, und die Vorwürfe, die von der einen Seite gegen die andere gemacht werden, dadurch aus der Welt schaffen und reinen Tisch machen, daß wir dieses Material einmal dem Schiedsgericht vortragen und bitten, nach ganz genau abgewogenen Richtlinien die Dinge zu überprüfen und endlich zum Abschluß zu bringen. Ich gehe, wie gesagt, auf alle diese Dinge nicht ein. Ich glaube, ich brauche nicht besonders zu betonen, daß es mir nicht daran liegt, eine Sicherung für mein Mandat zu bekommen, denn ich habe wiederholt erklärt, ich klebe nicht daran; ich bin bereit, wenn es für die Union oder das Volk dienlich ist, sofort zurückzutreten. Einen Alten kann man leicht durch einen Jungen ersetzen. Ich bin bereit, sofort den Platz freizumachen. Aber in der großen Sorge, die mich als Politiker und ganz besonders als Wirtschaftspolitiker berührt, dürfen Sie mir nicht verdenken, wenn man sich mit diesen Dingen etwas eingehender beschäftigt.
Ich habe deshalb in dieser großen Sorge die Abgeordneten von Niederbayern gebeten, nach Plattling zu kommen. Wir haben uns am 31. Dezember über all diese Dinge reiflich ausgesprochen und sind zu einem Resultat gekommen, das wir in einer Resolution niedergelegt haben. Ich bitte Sie, diese Resolution Ihnen hiermit zur Kenntnis geben zu dürfen.
Sie lautet:

> Resolution. Die in Niederbayern gewählten Landtagsabgeordneten der CSU fanden sich am 31. Dezember 1946 in Plattling zusammen und nahmen nach eingehender Aussprache zu den Vorgängen in der Partei, innerhalb der Fraktion und bei der Bildung der Regierung wie folgt Stellung:
> Die bei verschiedenen hochwichtigen staatspolitischen Fragen festgestellte Uneinigkeit innerhalb der Landtagsfraktion gibt zu ernster Besorgnis Anlaß: Das Bild der Uneinigkeit ist beschämend, wirkt auf die Wähler niederdrückend und ist schädigend für die Partei und damit auch für die Interessen des Volkes und des Staates. Die Wähler erwarten Zurückstellung aller persönlichen Differenzen und Meinungsverschiedenheiten, eine einheitliche Stellungnahme der Partei und der gewählten Volksvertreter zu den Nöten des Volkes und den brennenden Fragen der Politik und eine darauf aufbauende sofortige Inangriffnahme der vordringlichsten Arbeiten.

- Arbeit erwartet das Volk von uns, Leistungen, die dem Volk in die Augen springen, damit das Volk einmal zu der Überzeugung kommt, es ist uns nicht darum zu tun, Mandate zu gewinnen oder Ministersessel zu besetzen. -

> Mit der Zusammensetzung der neuen Regierung und der Verteilung der Ministerien sind die niederbayerischen Abgeordneten der CSU nicht einverstanden. Insbesondere wird die Abtretung des Innenministeriums und des Wirtschaftsministeriums an die Sozialdemokratie als eine sehr unglückliche Lösung empfunden. Auch die Hereinnahme des Abgeordneten *Loritz* in die Regierung wird beim Volk nicht verstanden. Es erscheint als eine sehr unglückliche Lösung, wenn im Ministerrat Herr *Loritz* neben den Ministern unserer Partei sitzt, [die] er wenige Wochen vorher selbst oder durch seine Agitatoren auf das Schwerste beschimpfte.

(Lebhafter Beifall.)

Die Besetzung des Kultusministeriums durch einen Staatssekretär, der der Sozialdemokratie angehört, nimmt keine Rücksicht auf die Einstellung unserer evangelischen Wähler in den fränkischen Kreisen.
Wenn sich die niederbayerischen Abgeordneten der CSU trotzdem bereiterklären, die neue Regierung zu tolerieren und sie in ihrer Arbeit zu unterstützen,

- wir wollen also der Regierung an die Seite gehen und mithelfen, ihr Programm durchzuführen und damit dem Volk und dem Vaterland zu dienen -

so deshalb, weil unbedingt in allernächster Zeit mit den Aufbauarbeiten begonnen werden muß, soll nicht das Volk der Verzweiflung anheimfallen.
Von der Parteileitung wird verlangt, daß alles getan wird, um die noch schwebenden Meinungsverschiedenheiten zwischen führenden Persönlichkeiten der Partei zu klären und der Bereinigung zuzuführen. Die Zeit der gegenseitigen Vorwürfe muß endgültig vorbei sein. Vorwürfe, von denen ein Parteimitglied glaubt, sie mit Berechtigung erheben zu können, müssen vor das Parteischiedsgericht gebracht werden. Die niederbayerischen Abgeordneten der CSU wenden sich auch gegen die gehässigen persönlichen Vorwürfe in der Presse und erwarten, daß auch diese von einem Schiedsgericht geklärt werden und der Erheber der Vorwürfe, falls es sich um ein Parteimitglied handelt, zur Verantwortung gezogen wird.
Die niederbayerischen Abgeordneten der CSU sind sich vollständig einig in der oben skizzierten Stellungnahme zu den Vorgängen innerhalb Partei und Fraktion und werden auch vor den schwersten Schritten nicht zurückschrecken, um die Verwirklichung der gestellten Forderungen, die im Interesse der Partei und des Volkes gestellt sind, zu erreichen.

Das ist unsere Stellungnahme.

(Zuruf: Prima!)

Nun habe ich Ihnen noch von etwas anderem Mitteilung zu machen. Es ist uns wiederholt, und zwar von verschiedenen Seiten, die Mitteilung gemacht worden - von der Militärregierung in München haben es die Kommandeure unserer örtlichen Militärregierungen draußen erfahren und von diesen Herren Offizieren ist es zu unserer Kenntnis gelangt -, daß der neue Minister für Sonderaufgaben, *Loritz*, der Militärregierung München erklärt haben soll, er habe soviel Material gegen Landtagsabgeordnete gesammelt, daß er in der Lage sei, 35 Abgeordnete der CSU sofort zu erledigen.

(Hört, hört! Große Unruhe.)

Das ist eine Mitteilung - ich kann sie im engen Kreise und in geschlossener Versammlung geben -, die von Direktoren der örtlichen Militärregierungen an uns gegeben wurde. Es wird also etwas Wahres daran sein. Bei der Charakterstärke des Herrn *Loritz* halte ich es nicht für unmöglich, daß er jetzt als Minister die Gelegenheit benutzt, fleißig gegen uns zu schießen. Es ist der Dank dafür, daß er in die Regierung aufgenommen wurde.

(Zuruf: Wer hat ihn aufgenommen?)

Das ist die Stellungnahme, die ich Ihnen als Vertreter für den Kreis Niederbayern zum Ausdruck bringen möchte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Parteifreund *Kübler*. Ich darf vorschlagen, daß noch vor der Mittagszeit Schwaben referiert.

(Widerspruch.)

Dann darf ich bitten, daß zuerst Augsburg Bericht erstattet.
*Kronthaler*: Ich werde Sie nicht lange aufhalten. Mein Herr Vorredner hat uns, wenigstens mir und vielen anderen, so richtig aus dem Herzen gesprochen, und zwar deshalb, weil ich und viele andere ein Interesse daran haben, unsere Union aus den Wirrnissen unserer heutigen Zeit herauszubringen. Wir können sie mit einem Patienten vergleichen, der im Sterben liegt. Dieser Patient heißt Union. So stehen die Dinge heute. Es liegt heute in unserer Hand, ob wir die Union sterben lassen wollen oder ob wir sie als das Instrument benutzen wollen, als das wir sie unseren Leuten draußen in den Wahlversammlungen bezeichnet und versprochen haben. Einzig und allein darauf wird es heute ankommen. Es ist infolgedessen hundertprozentig richtig, daß wir nun endlich mit diesem - verzeihen Sie mir den Ausdruck, ich bin ein Niederbayer - drekkigen Wäschewaschen aufhören, daß wir uns heute dahin einigen: Wie kommen wir aus der Situation, die durch die Regierungsbildung geschaffen wurde, heraus. Darauf wird es ankommen. Wir haben den Bombenkrieg bzw. die Bombenangst hinter uns, wir haben aber diese Bombenangst nicht aus der Welt schaffen können insofern, als sich diese Angst in die verschiedensten Kanäle hineingeschlichen hat. Ich erinnere nur an die Brotfrage, an die Arbeitsfrage, an die Wohnungsfrage. Ich erinnere weiter daran, was mit unseren Pgs. werden soll, die zu Hunderttausenden in Angst und Not um ihre Zukunft dastehen und warten. Ich erinnere weiter an die Not, an die Frage: Wie bringen wir uns über den Winter in bezug auf Kleidung, Holz usw. Wie schaut es in der Wirtschaft aus, wie steht es in der Flüchtlingsfrage?
Meine lieben Freunde. Vergessen wir nicht, die Stimmen, die die Union gewählt haben, waren ein einziger Hilferuf an die Union: Helft uns mit heraus aus diesen Wirrnissen der Zeit! Die Stimmen, die uns zugeflossen sind, haben so gerufen. Die Leute haben nicht Huber, Meier und Müller gewählt, sondern sie haben deshalb die Union gewählt, daß ihnen diejenigen, die ins Parlament kommen, helfen sollen.
Meine lieben Freunde, wie ist nun die Lage? Was hat Dr. *Hundhammer* gesagt? Ich will nicht polemisch werden, es liegt mir nicht, ich will Einigkeit. Sie ist schon früher mein Gedanke gewesen. Ich bin kein Kämpfer auf diesem Gebiet. Wenn Herr *Hundhammer* sagt, in Oberbayern ist alles in bester Butter, dann beneide ich ihn aus meinem innersten Herzen heraus, wenn es nicht überall ebenso aussieht. Ich muß ihm das offen gestehen. Bei uns sieht es nicht so aus.

(Zuruf: Nein!)

Meine lieben Freunde! Es ist richtig, die breite Masse der bayerischen und insbesondere auch der schwäbischen und auch der Augsburger Bevölkerung kann es nicht verstehen, daß die Regierung so zusammengesetzt worden ist, nachdem wir die Macht und die Stärke hatten.

(Sehr richtig!)

Niemand kann es vor allem verstehen - glauben Sie mir das -, daß wir erst einmal das Innenministerium - es ist mit Recht als das wichtigste bezeichnet worden - und das Wirtschaftsministerium aus der Hand gegeben haben. Die Leute insbesondere in der Industrie und in den Beamtenkreisen, die sich zu uns rechnen, sagen: Wenn wir heute etwas wollen, müssen wir zu den Sozialdemokraten gehen.

(Sehr richtig!)

Das ist ganz selbstverständlich, denn der Mann draußen kann nicht zu einem Staats-

sekretär gehen. Er muß eben zu den Sozialdemokraten gehen, und er muß sie um Hilfe bitten, obwohl er ein überzeugter CSU-ler ist.
So stehen heute die Dinge, machen wir uns nichts vor.

(Zuruf: Das ist dummes Gerede!)

Nein, das ist kein dummes Gerede, das sind Tatsachen.

(Unruhe.)

Ich habe gestern zwischendurch flüstern hören: In irgendeinem Betrieb ist Betriebswahl gewesen, Reaktion auf die Bildung der Regierung. Was ist herausgekommen? Zehn Kommunisten und drei Sozialdemokraten sind gewählt worden. Das ist die Reaktion der [Leute auf die] Neubildung unserer Regierung. Täuschen wir uns nicht. Unsere Leute schauen uns draußen und auch in den Fabriken als Trottel an, weil wir der CSU angehören und weil wir es nicht fertiggebracht haben, tatsächlich unsere Kraft und unseren Willen, den uns die Wähler gegeben haben, durchzusetzen. Es soll mir niemand sagen, daß wir unseren Willen durchgesetzt haben, oder daß wir ihn für die Zukunft in dieser Zusammensetzung überhaupt durchsetzen können. Ich glaube nicht daran. Wenn jemand daran glaubt, ist es seine Sache.
Ich will zum Schluß kommen, weil ich nur zehn Minuten sprechen darf.
Wie kommen wir jetzt aus der Situation heraus? Nach meiner Ansicht ist erste Voraussetzung Einigkeit in unseren Reihen. Wenn Fehler gemacht worden sind, müssen wir sehen, daß wir sie überbrücken können. Ein altes Sprichwort sagt: Fehler sind dazu da, daß sie gemacht werden. Für die Zukunft wollen wir sie nicht mehr machen. Wir wollen uns auch gar nicht darüber unterhalten, wie lange diese Regierung bleibt bzw. wie lange sie zusammenhält. Es kann sich heute nach meiner Ansicht nur darum drehen: Wie bringen wir es unserem Volke, der Wählerschaft bei? Wenn wir hier einen Dreh finden - wenn ich mich so ausdrücken darf -, daß wir über die Situation hinwegkommen, haben wir alles gewonnen. Dann haben wir unsere CSU aus dieser Krisis herausgeführt, mit einem Schwung möchte ich geradezu sagen, und wir werden das Vertrauen draußen wieder bekommen. Das brauchen wir. Ohne das Vertrauen des Volkes wird die Regierung nichts fertigbringen, was dem Volke nützen und was das Volk auch achten und schätzen würde.
So ist in Wirklichkeit die Lage. Deshalb, meine lieben Freunde, stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir heute unbedingt eine Resolution dahingehend herausbringen müssen, daß erstens einmal unsere Mitglieder oder die Wählerschaft draußen meinetwegen die Regierungsbildung nicht verstehen oder meinetwegen die jetzige Zusammensetzung der Regierung nicht billigen. Wir müssen das in irgendwelcher Form draußen sagen.

(Zuruf Dr. *Baumgartner*: Da ist *Müller* schuld, der nicht bei den Verhandlungen dabei war! - Weitere Zurufe: Der Ministersessel ist schuld! Wir fordern Regierungsumbildung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, den Redner weitersprechen zu lassen. Der Herr Dr. *Baumgartner* gewinnt nicht, wenn er nach dem Prinzip handelt: Nicht der Ermordete ist schuld, sondern der Mörder[4].

(Weitere Zurufe von Dr. *Baumgartner*.)

[4] Gemeint ist offensichtlich: Nicht der Mörder ist schuld, sondern der Ermordete.

Auch der Herr Dr. *Baumgartner* wird gebeten, den Redner fortfahren zu lassen.

(Zuruf Dr. *Baumgartner*: Interessiert mich nicht mehr, ich fahre jetzt heim! - Weitere Zurufe: Er läuft jetzt davon! - Anhaltende Unruhe.)

*Kronthaler*: Wenn wir schon eine Demokratie haben - und ich habe niemand angegriffen oder einen Vorwurf gemacht -, müssen Sie mir schon die Freiheit geben, meine Meinung zu sagen, so wie sie ist.

(Fortdauernde Unruhe und Zwischenrufe.)

Mein Ziel ist allein, daß wir aus dieser Situation herauskommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich einen Moment unterbrechen? Ich rüge den Herrn *Gaßner*. Herr *Gaßner*, der dort sitzt, stört dauernd die Redner durch Zwischenrufe.

(Widerspruch.)

*Kronthaler*: Herr *Müller*, ich lasse mich nicht aus der Ruhe bringen. Ich habe schon in stürmischeren Versammlungen gesprochen, wo mir das Messer auf das Rednerpult gesteckt worden ist.

(Heiterkeit.)

Ich habe mich auch gar nicht gefürchtet. Ich fürchte mich hier erst recht nicht vor Freunden. Wenn einmal ein recht ungeschickter Zwischenruf kommt, so macht er sich von selbst lächerlich.
Ich habe gesagt, wir müssen in irgendeiner Form heute nach außen hin Stellung nehmen, ob wir es gern hören oder nicht, das ist ganz einerlei, wenn wir über die Situation hinwegkommen wollen. Es bleibt uns nichts anderes übrig. Unser Volk draußen wartet mit Spannung, was heute der Landesausschuß macht. Wir können also nicht auseinandergehen, ohne daß wir ein praktisches Resultat herausbringen. Wir müssen erstens Stellung nehmen in dem Sinne, wie ich es angeführt habe, und zweitens müssen wir alle miteinander die Not der Zeit erkennen, die uns auf den Fingernägeln brennt. Aus dieser Tatsache heraus sind wir trotz allem bereit mitzuarbeiten, soweit es irgendwie möglich erscheint. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, glaube ich, müßten wir einen Weg finden können. Es sind noch viel gescheitere Leute da als ich. Sie sollen diese Resolution ausarbeiten. Es ist nur so mein Gedankengang.
Ich bitte Sie um eines - und damit möchte ich schließen -, ich glaube, daß wir uns unbedingt dem Volk gegenüber in irgendeiner Form äußern müssen. Begraben wir jetzt endlich diese persönlichen Gehässigkeiten, und stellen wir den Gedanken der Einigkeit trotz allem, was war und ist, heraus, um so über diese Situation hinwegzukommen und damit unserem bayerischen und deutschen Volke den größten Dienst zu erweisen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bevor ich Schwaben das Wort erteile, bitte ich jetzt, damit wir Zeit sparen, die Essensmarken herzurichten.
(*Liedig* macht eine Mitteilung über die zum Essen nötigen Marken.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte Platz zu behalten. Wir müssen Zeit sparen. Ich bitte infolgedessen, inzwischen die Marken herzurichten, damit keine Störung eintritt. Ich darf nun bitten, daß sich Schwaben äußert.
Dr. *Weinkamm*: Ich bin weder Minister noch Staatssekretär noch Abgeordneter. Ich spreche jetzt nur die Stimmung aus, wie sie in Schwaben ist. In Schwaben sind, wie Sie ja wissen, die einzelnen Einstellungen verschieden. Wir haben eine Reihe von Anhän-

gern der Richtung *Horlacher/Hundhammer*, wir haben auch Anhänger der, wie wir uns ausdrücken, etwas fortschrittlicheren Richtung.

(Zurufe: Was heißt fortschrittlich, wer ist rückschrittlich?)

Aus allen Kreisen Schwabens sind irgendwelche Erklärungen zur Regierungsbildung eingelaufen. Zustimmung ist von keinem Kreise gekommen,

(Hört, hört!)

von keinem einzigen. Von denen, die die Richtung *Horlacher/Hundhammer* unterstützen, ist mindestens, wollen wir einmal sagen, eine gewisse Zurückhaltung gezeigt worden. In den meisten Fällen ist aber auch von diesen Kreisen zum Ausdruck gebracht worden, daß man gegenüber dieser Regierungsbildung kein Verständnis aufbringen kann. Einzelne Herren haben geäußert: Diese Regierung wird abgelehnt. So ist ungefähr die Stimmung.

Ich brauche nun nicht mehr das auszuführen, was schon mehrfach zu den einzelnen Vorkommnissen, zu den persönlichen Gehässigkeiten ausgeführt worden ist. Da ich sehe, daß Sie jetzt schon ziemlich Hunger haben, möchte ich Ihnen in Anbetracht des kommenden Mittagessens nur noch einen persönlichen Rat geben. So wie bisher geht es nicht weiter. Darin sind wir alle einig. Es muß ein Weg gefunden werden, der einerseits zum Ausdruck bringt - das darf durchaus klar und deutlich geschehen -, daß diese Regierungsbildung nicht die Zustimmung des größten Teils der Wähler hat. Ich glaube, das darf durchaus auch gesagt und auch der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Denn es ist eine der Voraussetzungen dafür, daß wir den zweiten Schritt gehen und trotzdem eine Zusammenarbeit in irgendeiner Form suchen. Es muß erstens klar zum Ausdruck gebracht werden, daß die jetzige Regierung der Stimmenzahl unserer Partei, aber auch der Stimmenzahl des ganzen Volkes nicht entspricht.

(Zuruf: Nein!)

Wenn wir uns trotzdem bereit erklären - und der Weg ist noch nicht ganz klar -, in irgendeiner Form mitzuarbeiten, dann ist das eine der Voraussetzungen gewesen. Das zweite aber, der Grund für die Zusammenarbeit, ist schließlich nur die große Not der jetzigen Zeit. Da müssen wir in Gottes Namen einen Weg finden, der diese Schwierigkeiten überbrückt. Die Schwierigkeiten werden nicht dadurch überbrückt, daß man jetzt noch mehr persönliche Gehässigkeiten und Vorwürfe hereinbringt. Denn dafür, meine Damen und Herren, hat das Volk draußen wirklich nicht das geringste Verständnis. Es hat auch kein Verständnis und keine Möglichkeit, sich über alle parlamentarischen Spitzfindigkeiten zu unterrichten, zumal ja die Presse vollständig fehlt, die in unserem Sinne auch einmal ein Wort sprechen könnte.

Ich stehe hier vor Ihnen als ein einfacher Wähler. Ich bitte Sie also, bei Ihren kommenden Debatten heute nachmittag doch einen Weg zu suchen, der sowohl dem Volk draußen Rechnung trägt und die klare Sprache, die das Volk will, auch einmal zum Ausdruck bringt, nämlich, daß diese Regierung unseren Wünschen nicht entspricht,

(Zuruf: Regierungsumbildung!)

daß aber auf der anderen Seite ein Weg gesucht wird, der, sei es nun in einer Opposition eines Teiles der Fraktion oder sonst in irgendeiner Weise, zum Ausdruck bringt, daß hier zwei Richtungen zwar arbeiten, daß aber diese beiden Richtungen doch eines wollen, nämlich die Verminderung und die Linderung der Not unseres Volkes. Über Einzelheiten zu reden, ist hier wohl nicht die Zeit.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Parteifreund *Weinkamm*.
Wir legen jetzt die Essenspause ein. Es wird fortgefahren, sobald gegessen ist. Ich bitte also die Parteifreunde, nicht wegzugehen, sondern hierzubleiben.

Die Sitzung wird um 13.15 Uhr zur Essenspause unterbrochen.
Die Sitzung wird um 14.51 Uhr wiederaufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, Platz zu nehmen. Meine lieben Freunde, ich glaube, wir können anfangen, auch wenn der eine oder andere noch nicht gegessen hat. Leider Gottes kann ich Ihnen nicht gesegnete Mahlzeit oder gute Verdauung wünschen, weil wir keine Zeit haben, uns der Ruhe, die zur Verdauung notwendig wäre, hinzugeben. Denn wir haben noch sehr schwere Probleme zu erledigen.
Ich darf vorschlagen, daß wir in den Berichten der einzelnen Bezirksvorsitzenden oder Bezirksvertreter weiterfahren. Ich darf so vorgehen, daß ich zunächst die Oberpfalz bitte zu referieren, im Anschluß daran die Franken. Wenn Sie damit einverstanden sind, werde ich am Schluß der Anregung der Flüchtlingsvertreter nachkommen, noch einem Flüchtlingsvertreter das Wort zu geben. Sind Sie damit einverstanden?
(Kein Widerspruch.)
Dann bitte ich die Oberpfalz zu berichten. Parteifreund *Gamperl* hat das Wort.
Dr. *Gamperl*: Meine lieben Parteifreunde, ich glaube, das Mittagessen hat etwas versöhnend auf alle Gegensätze gewirkt. Ich selber habe das Gefühl, daß es jetzt eigentlich nicht paßt, loszuwettern und weiß Gott welche Töne anzuschlagen. Der Zweck der Referate der Bezirksvorsitzenden ist zweifellos der, daß man in der Versammlung einen Überblick über die Stimmung bekommt, die die Regierungsbildung im Lande ausgelöst hat. Es soll gezeigt werden, wie die Wähler diese Regierungsbildung aufgenommen haben, um auf diesem Wege zu einem Beschluß zu kommen, der uns ermöglicht, erfolgreich weiterzuarbeiten. Es wurde schon lebhaft über allgemeine politische und persönliche Dinge disputiert. Es ging sogar schon sehr hart her. Aber ich möchte nur darauf eingehen, wie die Stimmung in der Oberpfalz ist. Die Antwort, das muß ich zu meinem Leidwesen sagen, ist einfach katastrophal. Ich habe nicht eine einzige Stimme vernommen, die etwa beruhigend gewirkt hätte. Ich habe Leute gefragt, die nicht eingeschriebene Mitglieder sind, Leute von der Wirtschaft und Beamte. Alle haben dasselbe gesagt: Es ist unerhört, was unsere Fraktion für Schlüsse aus den Wahlen gezogen hat. Der Grund ist begreiflich. Wir haben - ich könnte fast sagen seit April - ununterbrochen von dem Unterschied zwischen marxistischem Sozialismus und christlichem Sozialismus gesprochen. Wir wurden immer wieder gefragt: Was ist der Unterschied - und wir haben die Antwort eindeutig gegeben. Nun bringt man eine Regierung auf die Beine, in der die SPD fünf Ministerien innehat, darunter zwei der wichtigsten: das Innenministerium und das Wirtschaftsministerium. Man kann sich vorstellen, was das bedeutet, wenn wir sagen, der Marxismus sei nichts anderes als ein langsam laufender Kommunismus, wenn wir sagen, der Marxismus sei in der SPD ja doch zielerstrebt. Kann man da verantworten, daß man die wichtigen Ministerien, das des Inneren und das der Wirtschaft, zugleich dieser Partei ausliefert? Dazu kommt, daß man *Loritz* das Sonderministerium gegeben hat. Seien Sie überzeugt, *Loritz* wird uns schon etwas zeigen. Wir werden es schon sehen. Erinnern Sie sich bloß daran, wie uns seinerzeit Minister *Schmitt* in die allergrößten Schwierigkeiten bei der Besetzung von Bezirksräten hineinregiert und hineinmanövriert hat. Wenn man keinen anderen Ausweg mehr wußte, kam die berühmte Geschichte mit den Spruchkammern. Jetzt

haben wir Hunderttausende von Familien dem Minister *Loritz* ausgeliefert. Darüber müssen wir uns klar sein.
Nun geht es nicht darum zu schimpfen, sondern zu sagen, wie kann Abhilfe geschaffen werden, wie kann das Schiff der Union wieder flott gemacht werden. Ich hätte es lieber gesehen, wenn die Herren Minister gesagt hätten: Wir sind in einer Zwangslage und wir freuen uns, wenn die Union nicht alles gutheißt, was wir gemacht haben. Dann hätten wir einen Ausweg gefunden, um einen gemeinschaftlichen Weg zu gehen, aber statt dessen wird die Schuld vom einen auf den anderen geschoben. Uns Jungen - ich bin vom Mittelalter - wirft man vor, wir wüßten nicht, was Politik sei. Das Volk ist gefühlsmäßig eingestellt. Das müssen wir festhalten. Auf diese Gefühle müssen wir Rücksicht nehmen.

(Sehr richtig!)

Denn wir haben mit unserer Propaganda Pleite gemacht, wenn wir nichts tun, um das wieder auszumerzen, was die Regierungsbildung uns gebracht hat.
Darum stelle ich für die Oberpfalz fest: Ich bekomme zahlreiche Briefe, auch von Geistlichen, von Pfarrherren und aus Kreisen, die ich vorhin schon angedeutet habe. Ich habe mich auch mit vielen mündlich unterhalten. Wenn wir nicht von dieser Regierung, so wie sie sich jetzt uns darstellt, abrücken, dann wird uns ein ganz großer Teil, und ich sage ausdrücklich: wahrscheinlich der wertvollste Teil der Union, davonlaufen.

(Zurufe: Sehr richtig! Wo gehen sie hin?)

Es ist schon seit einem Dreivierteljahr soweit, daß ein Mann der Union allen Angriffen und Verleumdungen, ob wahr oder unwahr, hilflos ausgeliefert ist.

(Zuruf: Wer ist daran schuld?)

Nun haben wir der Sache mit dieser Regierung die Krone aufgesetzt. Deswegen rückt die Oberpfalz, die ich hier repräsentiere, von dieser Regierung ab. Suchen Sie einen Weg, daß wir wieder zusammenkommen können. Wir sind nicht unbedingt dafür, daß wir uns jetzt zanken sollen, aber wir sind für Klarheit und Reinheit. Es geht nicht an, daß man monatelang den Leuten vorsagt: Wir wollen den Staat retten, daß man den Leuten sagt: Geht die Union zugrunde, dann geht Bayern und damit vielleicht Deutschland und Europa zugrunde. Jetzt liefern wir diese Union, die 52% der Wählerschaft darstellt, den Marxisten aus. Hier muß der Weg gefunden werden, daß wir entweder überbrücken können oder einen Teil von denen, die niemals belehrbar sind, hinauswerfen.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke dem Bezirksvorsitzenden der Oberpfalz. Ich bitte Oberfranken, das Wort zu ergreifen.
Dr. *Kroll*: Liebe Parteifreunde, daß uns alle ernste Sorge erfüllt über den künftigen Weg der Union, das wissen Sie. Sie erwarten von mir auch keine Ausführungen, die das Gegenteil darstellen. Ich bin aber nicht geneigt, heute irgendwelche persönlichen Differenzen zu diskutieren. Ich bin auch nicht geneigt, denjenigen, die die Regierung *Ehard* gebildet haben, in dem Sinne einen Vorwurf zu machen, daß sie etwas getan haben, was sie vor ihrem Gewissen nicht verantworten können. Ich habe heute den Ausführungen unseres Parteifreundes *Michel Horlacher* sehr aufmerksam zugehört. Ich muß aus innerster Überzeugung gestehen, daß ich seinen Standpunkt von ihm aus

verstehen kann. Ich bitte alle diejenigen, die mir zustimmen und diejenigen, die mir nicht zustimmen, in aller Ruhe und in allem Ernst mir zuzuhören. Ich verstehe vollkommen den Ausgangspunkt der Überlegungen. Ich verstehe, daß eine bestimmte Haltung die Menschen dazu führt, eine Koalition auch um einen sehr, sehr schweren Preis einzugehen. Ich bin ganz tief davon überzeugt, daß, was wir aus dem Munde *Horlachers* gehört haben, nicht nur ernsthaft gemeint, sondern auch wirklich ernst ist und die weitesten Kreise seiner Anhänger voll und ganz befriedigt.

Ich möchte noch einmal betonen, daß mir auch die Haltung unseres Parteifreundes *Hundhammer*, die immer offener, klarer und ehrlicher Kampf gegen die Richtung *Müller* war, innere Hochachtung abgenötigt hat. Ich sage das ausdrücklich, um zu verstehen zu geben, welche Überlegungen mich weiterhin führen. Wir brauchen nicht weiter zu betonen, wieviel sachliches Gewicht gerade die Gruppe *Horlacher/Schlögl/Hundhammer* hatte, um diese Koalition einzugehen. Ich will es nur ganz nüchtern referieren, wie sich die Lage in Oberfranken darstellt. Es ist alles bereits gesagt worden. Es ist gar keine Frage, daß das Land nicht versteht, daß man um diesen Preis - es handelt sich hier um den Preis, den wir gezahlt haben - eine Koalitionsregierung eingegangen ist. Das versteht niemand, und ich glaube, es verstehen auch wenige Menschen in Oberbayern, daß man die Schlüsselministerien, von denen heute schon soviel gesprochen wurde, aus der Hand gegeben hat. Ich darf also nur sachlich berichten, daß in Oberfranken einmütige Ablehnung dieser Kabinettsbildung herrscht. Ich will dabei nüchtern und ruhig bleiben, auch wenn wir über diese Dinge sprechen. Ich neige weniger denn je zum Fanatismus angesichts einer todernsten, um nicht zu sagen einer Todesstunde der Union. Ich bin der Meinung, daß auch die Gegenseite einmal innerlich herhören muß, wenn wir zu ihr reden. Sie muß sich bemühen zu verstehen, daß es wirklich unbrauchbar ist, wenn der Ministerpräsident *Ehard* in seiner Regierungserklärung ausspricht, daß man das fortsetzen wolle, was das vorige Kabinett begonnen hat, deshalb unbrauchbar, weil ja doch die Menschen, die die Union gewählt haben, etwas anderes wollten, sich zumindest vorstellten, daß etwas anderes möglich wäre. Vielleicht kann *Horlacher* mit Recht sagen: Liebe Freunde, etwas anderes ist gar nicht möglich. Aber ich betone, das ist unseren Wählern einfach nicht klarzumachen; es ist ihnen nicht klarzumachen, daß es mit dieser Mehrheit nicht möglich sein soll, einen anderen Weg einzuschlagen.

Ich darf nun ganz kurz berichten, warum ich diese sachliche Meinung, daß gerade diese Koalition unter diesen Bedingungen notwendig war, nicht teile. Es war nämlich eine Möglichkeit gegeben, die hier noch nicht besprochen wurde. Es wäre die Möglichkeit gegeben gewesen, zunächst einmal in der Union eine wirkliche Einigkeit herbeizuführen.

Auch dann, wenn eine Minderheit in der Fraktion das Kabinett *Müller* abgelehnt hätte. Wir hätten nämlich die Möglichkeit der starken Koalition, wo wir stark sind, erst einmal durchspielen müssen, bevor die Parole ausgegeben wurde: Die Minderheit kann auch *Ehard* wählen. Denn sie, die Minderheit, wird mit der SPD zusammen auf alle Fälle das Kabinett stellen können. Das war taktisch unklug, weil dabei gar nicht durchprobiert wurde, in wieviel Positionen die SPD eventuell nachgegeben hätte, wenn wir innerlich geschlossen gewesen wären.

(Sehr richtig!)

Liebe Freunde, daß wir nicht geschlossen waren, das sei eindeutig festgestellt, ist nicht unsere Schuld, sondern die Schuld derjenigen, die dieses Durchspielen von vornherein

abgelehnt haben. Ich will nicht sagen, daß sie es sabotiert haben. Ich glaube persönlich, daß sie starke Bedenken gegen Dr. *Müller* hatten, aber um der Union willen hätten sie erst einmal probieren müssen, bevor sie ablehnten. Nachdem sie es aber abgelehnt haben, meine lieben Freunde, ist es sehr schwer, noch von einer Einigung zu reden. Warum? Weil ein Tatbestand gegeben ist, der so eklatant ist, daß man ihn ganz schlicht beim Namen nennen muß. Er besteht darin, daß die Ehe der beiden Partner in der Union geschieden und eine Ehe mit der SPD eingegangen wurde. Ich kann nicht in der Bigamie leben, ich kann nicht eine Doppelehe führen. Wir müssen uns also klar sein, was eigentlich eingetreten ist.
Liebe Freunde, ich gebrauche jetzt diese Formulierung: Wenn wir heute von Einigung reden, dann können wir darunter nicht verstehen, daß wir jetzt denen nachlaufen, die uns überspielt haben.

(Sehr richtig!)

Das ist keine innere Möglichkeit. Ich möchte noch einmal sagen, was Einigung heißt: Einigung heißt, den Willen zu haben, sich zuerst in der Union zu einigen und nicht mit irgendeiner anderen Gruppe. Wenn dieser Wille nicht aufgebracht werden kann - wobei es nicht um Personen geht, weder um *Müller*, noch *Ehard*, noch *Hundhammer* -, wenn diese Einigung nicht möglich ist, liebe Freunde, nehmen Sie es mir nicht übel, dann halte ich das ständige Reden von der Einigung, zur Einigung für eine Lüge. Man kann nicht einen Tatbestand, der Spaltung darstellt, dadurch verkleistern, daß man ihm ein Schild möglicher Einigung umhängt.
Wir müssen uns klar werden, ob wir uns noch einigen wollen, oder ob wir das nicht wollen. Wir können uns aber nicht auf dem Boden des jetzigen Kabinetts einigen. Dabei geht es nicht um *Ehard*, der hoch anerkannt wird, sondern es geht um die Tatsache, wie dieses Kabinett aufgebaut ist. Ich möchte sogar noch etwas sagen, was der Opposition Recht gibt. Ich habe es mir lange überlegt, und ich glaube, daß Freund *Horlacher* recht hat, wenn er sagt: Es ist nicht mehr möglich, daß die SPD das Spiel treibt wie bisher. Wenn der Ministerrat wirklich über die Stellenbesetzung zu entscheiden hat, dann glaube ich persönlich, wird eine Änderung auch in der Stellenbesetzung durchgeführt werden können. Die Tatsache, daß die Staatssekretäre im Ministerrate gleich stimmberechtigt sind, ist sicher beachtlich. Ich will das durchaus anerkennen. Es ist gar nicht einmal so, daß dieses Kabinett so schwach ist, wie wir vom Standpunkt der Union aus meinen. Aber etwas können wir nicht wegdisputieren, daß nämlich unser Volk nicht Staatssekretäre sieht, sondern Minister. Wir können nicht wegdisputieren, daß man uns erklärt: Was habt Ihr um Gottes willen getan. Wir wählen das nächste Mal gleich SPD.
Liebe Freunde, ich will schlicht folgendes sagen: Wenn dieses Kabinett hält, und wenn wir irgendwann wieder in Wahlen gehen müssen, dann kann ich für meine Person - ich spreche für viele in Oberfranken - nicht mehr vor die Wähler hintreten.

(Sehr richtig!)

Wir können es einfach nicht. Man möge uns das nicht verübeln. In Oberbayern kann man es. Man muß sich also darüber klar sein, liebe Freunde in Oberbayern, daß Ihr die Union in Franken aufgegeben habt. Seid ehrlich und sagt: Das ist uns vielleicht nicht ganz unangenehm. Vielleicht sind Euch die Franken sowieso in der Seele zuwider, wenn sie immer eine Politik machen, die mit der hiesigen nicht übereinstimmt.
Liebe Freunde, ich nehme es auch nicht übel, wenn Ihr so denkt. Ich nehme es auch nicht übel, wenn Ihr vielleicht denkt: Hätten wir um Gottes willen überhaupt nicht die

absolute Mehrheit gehabt, hätten wir koalieren müssen, dann wäre der ganze Streit nicht entstanden. Ich nehme es Euch nicht übel, wenn Ihr so denkt. Das mag Eurer Situation entsprechen. Aber ich bitte Euch, seid Euch darüber klar, daß Euer Verhalten sagt: Die wollen in Franken die Union entzweischlagen.
Wir sind kaputt mit diesem Kabinett. Das darf ich ausdrücken, und daran ist nichts zu ändern, bei aller Nüchternheit, bei aller Sachlichkeit, bei aller Liebe und allem Verständnis zu Euerem Standpunkt. Deshalb kann ich nur sachlich feststellen: Wir können nicht tolerieren, wir müssen kämpfen, um den Gedanken, den Grundgedanken der Union, der christlichen Verantwortung auch wirklich durchzuführen. Wir müssen uns noch einmal besprechen, ob ihr eine Möglichkeit seht, uns zu helfen. Wenn ihr keine Möglichkeit seht, und wenn es so ist, daß wir sachlich und nüchtern nicht zusammenfinden können, liebe Freunde, so bitte ich Euch um eines: Streiten wir nicht, schießen wir nicht gegenseitig Persönlichkeiten ab. Das ist ja zuwider. Seid ernsthafte Männer und sagt: Unser Weg geht so, und Euer Weg geht so. Wir wollen uns dann trennen, aber in Frieden und in Ruhe. Vielleicht finden wir einmal wieder zusammen.
Ich spreche nicht für Trennung, ich spreche für Einigung. Ich war selbst derjenige, der in letzter Minute der Fraktion vorgeschlagen hat, *Müller* und *Hundhammer* sollen sich einigen. Ich habe *Hundhammer* von Herzen gebeten: Nehmen Sie das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten an, verhandeln Sie dann mit *Müller* zusammen mit den Sozialdemokraten. Es ist doch ein leerer Spruch, wenn ein *Ziebell* erklärt: Wir können mit einem solchen Kabinett nicht verhandeln. Vielleicht schon deshalb, weil man gewußt hat, daß es eine Gruppe der Union ja im Grunde auch nicht billigt. Aber noch weniger können wir uns mit jenen unter der Bedingung verbinden, daß sie deshalb einen anderen Mann aufstellten, weil sie behaupteten, *Müller* falle unter die Nazi-Gruppe, während das klare Gegenteil erwiesen ist.
Liebe Freunde, das geht nicht. Das ist menschlich, ist innerlich unmöglich.
Ich sage deshalb abschließend: Überlegt es Euch noch einmal, ob ein Weg zur inneren Einigung in der Union gefunden werden kann. Das heißt aber Kabinettsumbildung. Überlegt es Euch noch einmal unter diesen Bedingungen, liebe Freunde. Ich werde aus der Union ausscheiden und Euch keine Sorgen mehr bereiten. Aber ich sage Euch noch einmal, unter diesen Bedingungen geht nicht nur die Union - das wäre ja wenig -, geht der Name des Christentums und geht die junge Demokratie zugrunde,

(Sehr richtig!)

und Ihr wißt nicht, was Ihr angerichtet habt.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Parteifreund *Kroll*. Ich bitte jetzt den Bezirksvorsitzenden von Mittelfranken, Parteifreund *Mayr*, zu referieren.
*Mayr*: Verehrte Parteifreunde, ich habe Ihnen nur wenige, aber sehr ernste Worte zu sagen. Parteifreund Dr. *Kroll* hat das meiste für mich gesagt: Wir haben in Mittelfranken die Koalitionsbildung als einen Schlag empfunden, von dem wir uns kaum erholen können. Ich muß die Stimmung geradezu als schmerzlich bezeichnen. Wir kommen uns vor wie Soldaten, die eine Schlacht verloren haben. Ein großer Teil der Abgeordneten beabsichtigt, aus der CSU auszutreten. Und noch etwas: Unsere evangelischen Wähler fühlen sich nicht nur überspielt, der größte Teil von ihnen sagt: Wir wurden übertölpelt von einer Gruppe von Politikern, die früher der Bayerischen

Volkspartei angehört haben und die willens sind, diese alte Politik in neuer Auflage wieder aufleben zu lassen.

(Sehr richtig!)

Es liegt mir fern, irgendeinen Minister anzugreifen. Unbegreiflich ist es, wie ein Mann, der gegen die Verfassung gewettert hat, der uns so schwer angegriffen hat,

(Zuruf: Ein Demagoge!)

ein Demagoge erster Ordnung, zum Minister bestellt wurde, zum Minister für einen Arbeitsbereich, den man die erste Aufgabe des Staates genannt hat. Es ist uns unbegreiflich, wie man ein so gefährliches Experiment hat eingehen können. Ich weiß nicht, ob es wahr ist, ob ein bestimmter Minister dieses Flügels die Vorarbeiten geleistet hat, daß *Loritz* in das Ministerium hineingekommen ist. Ich kann es nicht glauben.

(Zuruf: Wir wollen die Wahrheit haben!)

Es ist durchaus möglich, daß ich Ihnen den Beweis durch die Unterlagen übermitteln kann, auch wenn ich dann der CSU nicht mehr angehören sollte. Ich möchte es noch nicht tun. Ich möchte hier nicht mehr Unruhe stiften als leider die Verhältnisse schaffen.

So sieht es bei uns aus. Die Union ist für uns Franken zerbrochen. Bei Ihnen liegt es noch, irgendeinen Weg zu suchen. Unser Weg ist, wenn Sie uns keinen besseren weisen: Hinaus aus der Union.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke. Ich bitte den Vorsitzenden des Bezirksverbandes Nürnberg, Parteifreund *Euerl*, zu berichten.

*Euerl*: Meine Damen und Herren, ich hätte all denen, die uns in diese Situation hineingebracht haben, gewünscht, daß sie in den Tagen nach der Aufstellung des Kabinetts in Nürnbergs Mauern geweilt hätten

(Sehr richtig!)

und hätten alles das hören müssen, was wir hier haben anhören müssen. Man hat uns rundweg Verräter und Lügner geheißen, weil wir es gewagt hatten, in einem Wahlkampf den Wählern zu versprechen, daß die Union dann, wenn sie dazu in der Lage ist, die Regierung und die Verantwortung übernimmt und daß sie endlich Schluß macht mit der Korruption, die bei uns in unserem Vaterlande zur Zeit herrscht. Unsere Wähler haben von uns erwartet, daß wir mindestens den Mut haben zu sagen, daß wir das Schiff des Staates in einer anderen Richtung steuern und daß wir versuchen wollen, dem Volk aus der Not herauszuhelfen.

Die Männer in Oberbayern und Niederbayern, die uns in diese Situation hineingebracht haben,

(Zuruf: Nicht Niederbayern!)

haben vergessen, daß es außer Oberbayern noch einen anderen Teil in Bayern nördlich der Donau gibt. Sie haben nur südbayerische Politik getrieben, aber keine gesamtbayerische Politik. Sie haben nicht daran gedacht, daß in unseren zerstörten Großstädten die Wohnungsnot so groß ist, daß man überhaupt nicht mehr weiß, wie man [sie] steuern soll. Sie haben nicht daran gedacht, daß die Menschen darauf warten, daß wir ihnen irgendeinen Weg zeigen, daß es wieder hell wird. Sie haben vor allem vergessen, daß dort oben in Nordbayern Menschen sind, die bisher unserer Politik noch nicht ganz getraut haben und die abwartend beiseite gestanden sind. Diese

Leute sagen uns: Haben wir nun recht gehabt oder nicht, daß wir mißtrauisch gegen Euch gewesen sind. Wir müssen Ihnen zu unserer Schande sagen: Ja, Ihr habt recht gehabt.
Sie haben vergessen, daß es in den Großstädten zwei Angelpunkte gibt, um die sich heute die Politik und die einzige Entscheidung der Massen dreht: Entweder Christlich-Soziale Union oder Kommunismus. Sie haben vergessen, daß sich diese Situation nicht auf dem Dorf entscheidet, sondern in den Großstädten mit ihrer Not und ihrem Massenelend. Sie haben aber auch vergessen, daß, wenn der Kommunismus und der Radikalismus in diesen Großstädten Herr wird und die Überhand bekommt, er sich dann nicht auf die Großstädte beschränkt, sondern daß er auch das flache Land überfluten und Ihnen dann die Rechnung präsentieren wird. Sie haben auch vergessen, daß unsere Wirtschaft darauf gewartet hat, daß wir etwas Entscheidendes unternehmen. Das Hauptzentrum der Wirtschaft konzentriert sich auf den nordbayerischen Teil unseres Vaterlandes, und wir haben auch die Wirtschaft enttäuscht und vor den Kopf gestoßen. Auch sie steht vor der Frage, ob sie noch zur Union stehen will oder nicht. Wir haben uns in den letzten Tagen geschämt, unter das Volk zu gehen, weil wir überall die gleichen Vorwürfe und die gleichen Angriffe bekommen haben.
Wenn wir uns fragen, wie es zu dieser Kabinettsbildung gekommen ist, dann muß ich sagen, daß hier auch die Fraktion betrogen worden ist, nicht nur die Wähler. Es war in der Fraktionssitzung vor diesen Entscheidungen ausgemacht, daß in dem Augenblick, wo es in der Aufstellung des Ministerpräsidenten zu Komplikationen kommt, der Zehnerausschuß, der vorher gebildet worden ist, noch einmal zusammengerufen wird. Wir haben auf diesen Augenblick gewartet. Statt dessen ist unser Herr Fraktionsführer zum Herrn Ministerpräsidenten *Hoegner* gegangen und hat sich mit ihm unterhalten.

(Hört, hört!)

Wir haben darauf gewartet, daß wir zusammengerufen werden.

(Zuruf: Ihr seid ausgezogen! - Zuruf *Zwicknagl*: Erst als der Name *Ehard* genannt wurde!)

Dr. *Hundhammer* hat dann, nachdem die schwerwiegende Entscheidung getroffen worden war, Herrn Dr. *Kroll* erklärt: Mir ist eben gesagt worden, ich habe einen Fehler gemacht, ich hätte den Fraktionsausschuß noch einmal zusammenrufen sollen. Ich habe das mißverstanden und gedacht, ich solle eine interfraktionelle Besprechung halten. Das war die fadenscheinige Ausrede, die in dieser Frage gemacht worden ist. Man hat das Kabinett aufgestellt, ohne die Fraktion noch einmal zusammenzurufen.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Die Fraktion war beisammen, Ihr habt bloß nicht teilgenommen!)

Es hätte sich gehört, daß die Fraktion in dieser Frage in ihrer Gesamtheit noch einmal gehört worden wäre.

(Unruhe, zahlreiche Zwischenrufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. Ich bitte nochmals, Parteifreund *Euerl* reden zu lassen. Die Herren haben zuerst gesprochen, sie können nachher wieder sprechen. Parteifreund *Euerl* kann seine Feststellung machen, wie jeder andere Redner vorher auch. Ich bitte, ihn weiterreden zu lassen.

*Euerl*: Man hat die Fraktion nicht mehr zusammengerufen, sondern hat dann gleich nach dieser interfraktionellen Besprechung die Sitzung wieder eröffnet und den Herrn Ministerpräsidenten *Ehard* nominiert und gewählt. Erst bei diesem Vorschlag des Herrn Ministerpräsidenten *Ehard* haben wir die Sitzung verlassen, weil wir gesagt haben: Wir wollen nicht dadurch, daß wir an der Sitzung teilnehmen, einem solchen Kuhhandel die Sanktion geben.
Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist tief bedauerlich, daß gerade wir als Menschen, die frisch in die Politik gestiegen sind, in eine Sache hineinverwickelt werden, die uns die Freude am politischen Leben verdirbt. Wir sind mit gutem, ehrlichem Willen in die Union eingetreten. Wir sind hineingegangen mit der Absicht, alle Gegensätze, die irgendwie auf konfessionellem oder sonstigem Gebiet liegen, um der Sache willen zu überbrücken. Wir haben bereitwilligst zu allem ja gesagt, zu dem wir ja sagen konnten. Wir haben Bedenken, die uns von anderen Seiten entgegengebracht worden sind, zurückgewiesen, weil wir gesagt haben: Wir haben den Glauben, daß das, was wir erlebt haben, uns nun auch innerlich verbindet. Ich bitte, machen Sie es uns doch nicht so schwer, in der Politik mitzuarbeiten. Es ist doch kein Zustand, wenn man innerhalb einer Fraktion, die sich zu gemeinsamer Arbeit und zu gemeinsamem Handeln zusammengefunden hat, hinter jedem Wort und hinter jedem Satz, den ein anderer sagt, ein Fragezeichen setzen und fragen muß: Ist das ehrlich oder unehrlich gemeint, kann ich dem Freund trauen, oder muß ich ihm mißtrauen.
Meine Damen und Herren, so jung ich in der Politik bin, das kann ich Ihnen sagen: Ich halte es nicht für eine tragbare Grundlage für eine Politik, wenn wir jetzt nach der Situation, wie sie sich uns darbietet, zu dem Kabinett, das uns vorgestellt ist, sagen müssen: Wir können dieses Kabinett nicht anerkennen; so geschieht das nicht gegen die Personen, die aus unserem Kreise stammen, sondern es geschieht, weil wir unseren Wählern gegenüber, wenigstens einigermaßen, mit reinem Gewissen dastehen müssen. Wir müssen unseren Wählern sagen können: Wir können das nicht mitmachen, weil wir einen neuen Kurs und eine neue Politik in der Union erwartet haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Parteifreund *Euerl*. Ich bitte den Bezirksvorsitzenden von Unterfranken, Parteifreund *Sauer*, fortzufahren.
Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Ich empfinde es ohnehin schon sehr unangenehm, wenn die Herren Minister oder sonstigen höheren Funktionäre der Partei unbeachtet erscheinen. Mindestens wenn der Herr Ministerpräsident erschienen ist, war es üblich, daß der Herr Parteivorsitzende, bevor er weitergefahren ist, den Herrn Ministerpräsidenten begrüßt hat.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde, gerade Parteifreund *Horlacher* lehnt jeden Personenkult ab. Wir haben es bisher in der Union so gehalten, daß alle Parteifreunde auf gleicher Basis angetreten sind und behandelt wurden. Wenn ein anderer Modus gewünscht und beschlossen wird, bin ich gern bereit, ihn einzuführen. Bisher ist kein Minister und ist kein anderer Parteifreund besonders begrüßt worden. Infolgedessen habe ich auch gerade in dieser Diskussion keine Veranlassung gesehen, zu unterbrechen und eine eigene Begrüßung vorzunehmen. Ich bedauere, daß Parteifreund *Horlacher* die Gelegenheit wahrgenommen hat, um eine Mißstimmung in die Verhandlungen zu tragen.

(Zuruf: Wie immer!)

Parteifreund *Sauer* hat das Wort.

*Sauer*: Meine verehrten Damen und Herren, ich spreche heute jetzt als der zehnte von den verschiedenen Bezirken, und ich habe gefunden, daß nur zwei Bezirke sich für die derzeitige Regierung ausgesprochen haben und bis jetzt sieben dagegen waren. Wenn ich Unterfranken ansehe, das eines der besten Wahlresultate für die Union in ganz Bayern geliefert hat und wo die drei Splitterparteien vollkommen ohne Mandat ausgegangen sind, so glaube ich ein Recht zu haben zu sagen: Unsere Wähler sind über diese Verhältnisse empört. Das haben zahlreiche Telegramme und Telefongespräche bewiesen, ja selbst unsere Militärregierung hat mich nach meiner Rückkehr aus München sofort zu einer Aussprache gebeten und gesagt: Tun sie uns einmal die Gedanken Ihrer Wähler kund, was diese dazu sagen, die Euch mit über 70% [sic!] gewählt haben und denen Ihr ein solches Kabinett beschert habt.

Nun muß ich mich schon fragen: Wie kam dieses Kabinett eigentlich zustande? Warum ist die Fraktion während der Zeit der Kabinettsbildung nicht zusammengehalten worden? Ich war vom ersten bis zum letzten Tag in München. Die übrigen Fraktionen sind auch beisammengeblieben. Warum hat man die Union in München nicht beisammengelassen und von allen wichtigen Vorgängen unterrichtet? Wenn wir am Tage vor der Wahl abends schon unterrichtet worden wären, wie am nächsten Tag die neue Regierung aussieht, dann muß ich schon sagen, daß es wirklich ein Kuhhandel war, daß man vorher verkauft war. Denn wenn eine Union mit einer so starken Mehrheit aus einer solchen Wahl hervorgegangen ist, dann hat jeder darauf gewartet, daß wir in die Verantwortung hineinsteigen, ob er Arbeiter oder Bauer oder Gewerbetreibender war. Jeder hat von der Union etwas erhofft. Wir Bauern, das muß ich sagen, erhoffen uns von den Sozialdemokraten nichts. Denn wie wird es kommen, wenn heute dieser Flügel in Deutschland stärker wird? Sie werden nicht fragen: Haltet Ihr bayerischen Bauern es mit der Union oder mit den Sozialdemokraten? Man wird Gesetze schaffen und wird über uns Bauern hinweggehen. Man wird uns Preise diktieren, die wir später nicht mehr ertragen können. Wir werden, wie man früher in den bäuerlichen Kreisen gesagt hat, auf den Hund kommen.

Aber wir Franken sind ein zähes Volk. Wir wollen ja nicht allein Bayern sein. Wir wollen keine Donaumonarchie aufgerichtet wissen.

(Lebhafter Beifall.)

Die Gedanken, die in manchen Leuten schon seit Jahren spuken, daß man schließlich an der Donau Halt machen könnte und sich früher besser mit Österreich verbündet hätte als mit Preußen waren früher gang und gäbe.

(Zuruf: Unerhört!)

Meine Herren, schauen Sie zehn Jahre zurück! Auch in den letzten Jahren, in denen der Nationalsozialismus ständig an Kraft gewonnen hat, hat man immer gesagt: Hätte man doch den Südstaat gebildet, das, was Frankreich wollte, aber noch nie fertiggebracht hat. Wir haben Leute in unseren Reihen, die bei der Donau Bayern abgeschlossen wissen wollen.

(Zuruf: Wer?)

Wir Franken wollen unbedingt Anspruch darauf erheben, daß auch wir Bayern sind. Wir wollen selbstverständlich ein Reich haben, in dem auch wir lebensfähig bleiben. Wir in Franken müssen den Anschluß an unsere Industriegebiete haben. Von dorther

können wir dann Waren einführen, mit denen wir unsere Wirtschaft wieder in Gang bringen können.
Es wäre notwendig gewesen, daß man eine so starke Fraktion, wie die unsere es ist, gehört hätte. Wir haben aus dem Munde der Vorredner gehört: Zwischen der Kabinettsbildung und der Wahl des Kabinetts im Parlament war nicht eine einzige Fraktionssitzung. Für das derzeitige Kabinett haben nur 35 CSU-Abgeordnete ihre Stimmen abgegeben. Ich habe sie gezählt. 35 Abgeordnete waren da und sind aufgestanden. Alle übrigen haben sich der Stimme enthalten bzw. sind von ihren Plätzen weggegangen.

(Zuruf: Dr. *Horlacher*: 54 CSU-Abgeordnete haben für die Regierung gestimmt. Darüber gibt es keinen Zweifel!)

Nein, 35 CSU-Abgeordnete haben für das Kabinett gestimmt, ich habe nicht gesagt für den Ministerpräsidenten, ich habe gesagt, sie haben für das Kabinett gestimmt.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Für den Ministerpräsidenten haben 54 gestimmt! - Zuruf Dr. *Baumgartner*: Die meisten sind heimgereist!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte die Parteifreunde, jeden Redner ausreden zu lassen. Ich habe vorhin auch davon abgesehen, durch Zwischenrufe rasch einen Sachverhalt hineinzuwerfen, als andere Redner gesprochen haben.
*Sauer*: Ich sage noch einmal: Ich habe die Abgeordneten gezählt. Man konnte in der Presse lesen, und übrigens, Freund *Horlacher*, ist es schon durch den Radio gekommen, daß 35 CSU-Abgeordnete für dieses Kabinett gestimmt haben. Sogar Freunde von derzeitigen Kabinettsmitgliedern haben nicht mitgemacht. Sie haben erklärt: Hier können wir nicht mittun.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!

(Zuruf Dr. *Baumgartner*.)

Ich bitte auch den Parteifreund *Baumgartner*, sich daran zu halten.

(Zuruf Dr. *Baumgartner*: Solche Unmöglichkeiten kann man doch nicht hingehen lassen!)

So kommen wir nicht zu einer geordneten Diskussion.
Dr. *Baumgartner*: Das ist alles falsch, was hier gesagt wird. Ich war selbst dabei.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Parteifreund *Baumgartner*, Ihr legt in Euren Worten immer Wert darauf, die Demokratie zu betonen. Bitte beweist sie durch die Tat, dadurch, daß Ihr jeden Parteifreund zu Wort kommen laßt.
Parteifreund *Sauer* hat das Wort.
*Sauer*: Ich muß nochmals wiederholen: Meine Herren, es soll mir einer der Abgeordneten, die mit in der Sitzung waren, sagen, daß mehr als 35 CSU-Abgeordnete von den Plätzen aufgestanden sind. Ich habe sie gezählt, es ist außerdem durch die Presse und durch den Rundfunk gegangen. Ich lasse mich davon nicht abbringen. Es war dies eine Bestätigung der Sozialdemokraten, daß sie alle ihre Wünsche erfüllt gesehen haben, nachdem wir mit unseren 104 Abgeordneten so wichtige Schlüsselministerien aus der Hand gegeben haben. Es ist nicht gesagt, daß wir durch die Staatssekretäre nicht eine gewisse Mehrheit im Kabinett haben, aber der Erfolg des jetzigen Kabinetts wird zugunsten der Sozialdemokraten gebucht, weil es heißt: Jawohl, die sozialdemokratischen Minister haben das und das getan. Es heißt nicht: Der Staatssekretär hat es getan, sondern das Ministerium. Infolgedessen sind wir über jeden Arbeitserfolg der CSU getäuscht. Er geht zugunsten der Sozialdemokratie.

Aus diesem Grunde lehnen meine Wählerschaft in Unterfranken und meine unterfränkischen Abgeordneten geschlossen ab, mit diesem Kabinett weiterhin zu arbeiten. Wir haben morgen einen Bezirkstag in Unterfranken. Es wird sich zeigen, was die gesamte unterfränkische Bevölkerung der CSU dazu sagt. Ich habe soundso viele Briefe und soundso viele Anrufe und Telegramme erhalten, so daß ich weiß: Es wird keine andere Stimme laut als die: CSU sei stark, bleibe stark und sorge dafür, daß die CSU den christlichen Gedanken in Zukunft hochhält und daß Bayern nicht untergeht.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Parteifreund *Sauer*.
Meine lieben Freunde, jetzt möchte ich die Rednerliste abschließen dadurch, daß zunächst noch, wie vorhin vereinbart wurde, Dr. *Rinke* als Flüchtlingsvertreter spricht. Nachher werde ich Parteifreund *Ehard* bitten, das Wort zu ergreifen, wenn Sie damit einverstanden sind.
Dr. *Rinke*: Meine Damen und Herren, es ist schon wiederholt in diesem Kreise festgestellt worden, daß wir Flüchtlinge von der CSU nicht übertrieben verwöhnt wurden. Man hat uns einen einzigen Abgeordneten gegeben, und auch in sonstigen Gremien der Partei sind wir wenig oder gar nicht vertreten. Ich bin heute auch nur Gast hier. Ich möchte nicht verfehlen, Ihnen meinen Dank auszusprechen, daß ich überhaupt sprechen darf. Die Stimmung unter den Flüchtlingen ist einer gewissen Enttäuschung gewichen. Vor einem Jahr wollte sich zunächst eine besondere Flüchtlingspartei bilden. Die Satzungen und das Programm lagen der Militärregierung bereits vor. Dieser Vorschlag ist von der Militärregierung aus wohlerwogenen Gründen abgelehnt worden, weil man eine Isolierung der Flüchtlinge vermeiden wollte.
Ich selbst habe der Militärregierung damals geraten, diese Partei zu verbieten, in der Erwartung, daß die anderen großen demokratischen Parteien, insbesondere die CSU, den Flüchtlingen eine neue politische Heimat bieten würden. In unseren Wahlkämpfen haben wir immer wieder darauf hingewiesen: Kommt zur CSU, denn Eure gewiß berechtigten Forderungen lassen sich bei der größten Partei, bei dieser kompakten CSU, am besten vertreten. Das ist die Partei, zu der die Flüchtlinge gehören. Dieses Argument können wir heute nicht mehr anwenden; denn diese große Partei hat sich als eine schwache Partei erwiesen.

(Sehr richtig!)

So groß wie sie ist, so schwach ist sie, ein tönerner Koloß. Man weiß nicht, wann sie zusammenbrechen wird. Das ist die allgemeine Stimmung unter den Flüchtlingen.
Meine Herren, Sie machen es uns schwer, die Flüchtlinge weiter zur CSU zu bekommen. Ich habe nur eine Forderung, und diese Forderung spreche ich im Namen von 13% der bayerischen Wähler aus, die in diesem Jahr in einigen Bereichen bereits 20% sein werden. Denn inzwischen ist für Hunderttausende die Karenzzeit von einem halben Jahr in Fortfall gekommen. Außerdem sind Hunderttausende dazugekommen, und in den nächsten Wochen und Monaten kommen noch 250.000 Flüchtlinge dazu. Das werden dann 20% aller Wähler sein. Das Wichtigste ist: Diese 20% sind nicht irgendein loser Haufen, sondern sind im Begriff, sich zu organisieren. Die Militärregierung hat den sogenannten Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern eingerichtet, die autonome Organisation der Flüchtlinge. Dieser Hauptausschuß ist jetzt im Begriff, sich durchzuorganisieren durch Bezirksausschüsse und weitere Ausschüsse bis zu den Kreisen herunter. Sie müssen also rechnen, daß in Bayern neben den Gewerkschaften und dem Bauernverband eine dritte große, vielleicht die

stärkste Organisation außer den Parteien dasteht, die Organisation der Flüchtlinge, und sie ist vielleicht - ich will auch das betonen - die radikalste dieser drei Organisationen.
Was soll ich diesen Leuten noch sagen? Geht zur großen Partei der Union, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Union ihre Hauptarbeit dazu verwendet, sich gegenseitig zu beschießen. Um mit bayerischem Wortfall - wir haben uns auch schon etwas akklimatisiert - zu sprechen, die Union hat sich als ein Sauhaufen erwiesen. Ich kann es nicht anders ausdrücken.
Meine Damen und Herren, ich habe im Auftrage der Flüchtlinge heute keine Bitte, sondern eine Forderung vorzubringen. Die erste Forderung lautet: Wir brauchen eine starke, einige Union. Wenn diese starke und einige Union nicht kommt, kann unsere Parole nur lauten: Heraus aus der Union. Das möchte ich mit aller Deutlichkeit aussprechen.
Dann eine zweite Forderung, sie richtet sich an die Regierung: Man ist im Begriff, ein besonderes Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen zu bilden. Ich habe bereits in Eichstätt darauf hingewiesen, daß als Staatssekretär für die Flüchtlinge nur ein Mann unseres Vertrauens in Frage kommt. Die SPD hat es geschickt verstanden, sich in den letzten Wahlkämpfen als *die* Flüchtlingspartei hinzustellen. Die Flüchtlingskommissare draußen in der Provinz sind meistens SPD- und KPD-Leute.

(Sehr richtig!)

Sie fühlen sich dort in erster Linie als SPD- und KPD-Funktionäre und erst in zweiter Linie als Flüchtlingskommissare.

(Sehr richtig! Beifall.)

Das muß aufhören. Die Personalpolitik muß auch draußen bei den Flüchtlingskommissaren im Sinne der CSU geleitet werden. Der Ausdruck Flüchtlingskommissar muß verschwinden. Er klingt uns etwas östlich. Wir wollen keine Kommissare. Es genügt "Kreisreferent für das Flüchtlingswesen". Der Ausdruck "Kommissar" stammt nicht von uns, sondern von den anderen.
Der Mann unseres Vertrauens, den wir als Staatssekretär von seiten des Flüchtlingsausschusses der CSU aus vorschlagen, ist der bisherige Staatskommissar *Jaenicke*. Auch der Hauptausschuß der Flüchtlinge hat sich für den Fachmann *Jaenicke* als Staatssekretär ausgesprochen.
Von SPD-Seite war ein gewisser Herr *Reitzner* vorgeschlagen. Er ist weder Fachmann, er ist kein Verwaltungsfachmann, noch Flüchtling, sondern ein Emigrant aus London, den man uns vorsetzen will. Wenn das kommt, sind Sie die Flüchtlinge restlos los. Da brauchen wir keine Propheten zu sein. Dann erreicht die SPD, was sie will. Sie wird dann von den Flüchtlingen wirklich als *die* Flüchtlingspartei angesehen.
Die Masse der Flüchtlinge, die Schlesier, die neben den Sudetendeutschen die ausschlaggebende Rolle spielen, dieses Reservoir sind Sie los. Dann wird nach außen hin der Eindruck entstehen: Die Partei, bei der die Flüchtlinge überhaupt etwas erreichen können, ist die SPD, man sieht das daran, daß ein SPD-Mann als Staatssekretär im Kabinett ist, übrigens ein Mann, der bisher im Flüchtlingswesen überhaupt keine Rolle gespielt hat und der den meisten Flüchtlingen nicht bekannt ist.
Das sind die beiden Forderungen, die die Flüchtlinge zu stellen haben: Die eine Forderung an die Partei, die andere an die Regierung. Ich bitte Sie, diese Forderungen durchzuführen und immer daran zu denken, daß dieses Flüchtlingsreservoir die Hoffnung für die Parteien ist, daß es aber allein die Hoffnung für die CSU sein soll.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Herrn Dr. *Rinke*. Ich darf zu dem, was über die Regierungsbildung gesagt worden ist, erwähnen, daß die einzigen Leute, die ich vorher empfangen habe, die zuständigen Flüchtlingsvertreter *Rinke*, *Nentwig*, *Jaenicke* und *Schütz* waren.
Ich darf jetzt zwischenhinein etwas erledigen. Es wird uns eine längere Diskussion erspart werden, wenn keine gewünscht wird. Wir hatten in einer Landesausschußsitzung einmal das Thema zur Debatte gestellt, daß zwei Flüchtlingsvertreter in die Landesvorstandschaft berufen werden sollten. Damals haben wir diese Frage bis zum Aufbau der Ständeorganisation zurückgestellt. Dieser Aufbau hat sich leider nicht so schnell durchführen lassen, wie es vorgesehen war, zumal jetzt diese Schwierigkeiten eingetreten sind. Ich darf infolgedessen jetzt folgenden Antrag stellen:

Der Landesausschuß beschließt:
Die Landesvorstandschaft wird von jetzt an ergänzt durch zwei Vertreter der Flüchtlinge, die vom Flüchtlingsausschuß der Christlich-Sozialen Union zu benennen sind.

Wird eine Diskussion gewünscht?
Nein, das ist nicht der Fall. Dann darf ich über den Antrag abstimmen lassen.
Wer enthält sich?
Wer ist dagegen?
Der Antrag ist einstimmig angenommen.

(Beifall.)

Weil die Union auf jeden Fall sachliche Arbeit leisten will, ungeachtet aller Dissonanzen und Differenzen, die wir überwinden werden und müssen, darf ich vielleicht, bevor ich weiterfahre, zwei sachliche Anträge behandeln. Wir müssen so rasch wie möglich unsere Ausschüsse wieder zur Aktivität bringen. Es ist das unter dem Gesichtspunkt der Regierungs- wie der Oppositionspolitik notwendig. Vor allem müssen zwei Ausschüsse sofort ihre Arbeit anfangen, erstens der Wirtschaftsausschuß, schon angesichts der Schwierigkeiten, die durch die Besetzung des Wirtschaftsministeriums auftreten werden, sodann unser Staatspolitischer Ausschuß. Denn ich halte es für notwendig, daß wir von uns aus so rasch wie möglich zu dem Problem Stellung nehmen: Wie denken wir uns von der Christlich-Sozialen Union in Bayern aus den Reichsaufbau, den Aufbau des neuen Deutschlands. Es ist das auch deswegen notwendig, weil wir in der Gesamt-Union für Deutschland an dem Punkt angelangt sind, daß wir hierüber in die Diskussion eintreten müssen. Ich habe letzthin in Ingolstadt schon angedeutet, daß wir ziemlich bald unsererseits, von der Union Deutschlands aus, einen Vorschlag auf föderativer Basis vorbereiten werden.
Ich glaube, daß darüber keine große Diskussion notwendig ist. Ich darf infolgedessen, ohne jetzt die Debatte zu verlängern und zu belasten, folgenden Antrag stellen:

Der aufgrund der Statuten durchzuführende Neuaufbau des Wirtschaftsausschusses wird den Parteifreunden *Semler*, *Kroll* und *Fink* übertragen.

Erhebt sich ein Widerspruch?
Ich habe die drei Richtungen in der Union dabei ungefähr berücksichtigt. Darf ich darüber abstimmen lassen? Oder wird Diskussion gewünscht?
Es wird keine Diskussion gewünscht. Dann darf ich darüber abstimmen lassen.
Wer enthält sich?

Zwei haben sich enthalten.
Wer ist dagegen?
*Michel Horlacher*, du hast Dich doch eben enthalten. Du kannst Dich doch nicht enthalten und zugleich dagegen sein.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Ich bin dagegen!)

Zwei haben sich enthalten, und drei sind dagegen.
Ich darf ferner folgenden Antrag stellen:

> Der aufgrund der Statuten notwendige Neuaufbau des Staatspolitischen Ausschusses wird den Parteifreunden *Ritter von Lex*, *Strauß* und *Prittwitz* übertragen.

Ich glaube, daß ich auch da die verschiedenen Strömungen berücksichtigt habe.
Wird eine Diskussion gewünscht?
Dr. *Pfeiffer*: Ich gestatte mir nur eine kleine Bemerkung zu diesem Antrag. Ich würde mich sehr freuen, wenn dieser Ausschuß bald an die Arbeit geht, denn ein großer Teil der praktisch zu leistenden Arbeit müßte bereits heute geschehen sein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf Dr. *Pfeiffer* rasch antworten. Unser Ausschuß hat bisher gearbeitet. Die Arbeit wurde im Verlauf der Verfassunggebenden Landesversammlung unterbrochen. Es ist jetzt lediglich notwendig, die Neuorganisation nach den Statuten durchzuführen. Daher der Antrag.
Ich darf darüber abstimmen lassen.
Wer enthält sich? Es enthält sich niemand.
Wer ist dagegen?

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Ich bin in der personellen Zusammensetzung dagegen!)

Sieben sind dagegen.
Ich muß nochmals abstimmen lassen, weil die Parteifreunde leider die Hand nacheinander erhoben haben. Darf ich nochmals abstimmen lassen.
Wer enthält sich? Niemand.
Wer ist dagegen? Elf sind dagegen.
Ich mache die Gegenprobe.
Wer ist dafür?
Ich glaube, wir brauchen nicht abzuzählen. Es wird sicher nicht bestritten, daß der Antrag mit überwältigender Mehrheit angenommen ist.
Ich komme zum Kulturpolitischen Ausschuß. Ich stelle den Antrag:

> Der Neuaufbau des Kulturpolitischen Ausschusses aufgrund der Statuten wird den Parteifreunden Dr. *Emil Muhler*, Prof. *Albert* und Parteifreund *Köhler* übertragen.

Praktisch sind das die gleichen Leute, die bisher an der Spitze des Kulturpolitischen Ausschusses standen. Es ist nur aufgrund der Statuten notwendig, auch den Aufbau des Kulturpolitischen Ausschusses neu durchzuführen.
Wird eine Diskussion gewünscht?
Nein. Ich lasse über den Antrag abstimmen.
Wer enthält sich?
(Keine Stimmenthaltung.)
Wer ist gegen den Antrag? Drei sind dagegen.
Der Antrag ist angenommen.
Die anderen Ausschüsse werde ich in der nächsten Sitzung vorschlagen.

*Pflaum*: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte fragen: Besteht eine Landesvorstandschaft? Wenn ja, ist diese Landesvorstandschaft für diese Wahlen zuständig oder nicht?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Landesvorstandschaft besteht, aber es ist selbstverständlich, daß die Arbeiten, die dringend in Angriff genommen werden müssen, jetzt vorgenommen werden. Aufgrund der Statuten ist der Landesausschuß das Gremium, das für die Bestellungen zuständig ist, nicht die Landesvorstandschaft. Infolgedessen mußte ich angesichts der Dringlichkeit - auch die Abstimmung hat gezeigt, daß kaum Dissonanzen da sind - jetzt die Abstimmung durchführen. Denn durch große Diskussionen wird die Arbeit noch nicht geleistet. Ich darf auf § 59 der Satzung hinweisen, der die Zuständigkeit des Landesauschusses vorschreibt.
Wir fahren jetzt in der Diskussion zu Punkt 1 der Tagesordnung "Stellungnahme der Union zur Regierungspolitik" weiter.
*Pflaum*: Zur Geschäftsordnung! Es wurden eben verschiedene Ausschüsse eingesetzt bzw. Persönlichkeiten zur Bildung der Ausschüsse genannt. Ich vermisse noch die Namhaftmachung anderer Ausschüsse, z.B. des Presseausschusses.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Parteifreund *Pflaum*, der Presseausschuß ist bestimmt notwendig. Aber wir werden sehr bald wieder eine Landesausschußsitzung haben und dann nach einer Aussprache die entsprechenden Wahlen durchführen. Wir haben jetzt die Ausschüsse benannt, die so rasch wie möglich an die Arbeit gehen müssen, und wir werden bestimmt schon das nächste Mal in der Landesvorstandschaft und im Landessauschuß diesen und andere Ausschüsse so rasch wie möglich bilden. Jetzt will ich dafür sorgen, daß im Rahmen der Wirtschafts-, Verfassungs- und Kulturpolitik so rasch wie möglich Arbeit für die Union geleistet werden kann.
Ich darf jetzt in der Behandlung des Punktes 1 der Tagesordnung weiterfahren. Ich bitte Parteifreund *Ehard*, das Wort zu ergreifen. Ich darf vorher bemerken: Parteifreund *Ehard*, es ist eingangs erwähnt worden, daß die Einladung an Dich verspätet gekommen sei. Ich habe mittlerweile festgestellt, daß die Einladung unmittelbar nach der Regierungsbildung hinausgegeben worden ist, gleichzeitig auch an Parteifreund *Ehard*. Ich darf Parteifreund *Ehard* hier begrüßen.
Meine lieben Freunde! Ich darf jetzt *Ehard* noch sagen - und ich glaube, alle anderen Parteifreunde, die Minister sind, werden es für richtig halten: Wir wollen immer davon ausgehen, daß wir uns nicht nur an das anlehnen, was früher gewesen ist. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, es müßte jetzt auch begrüßt werden, weil eben früher begrüßt wurde. Ich gehe davon aus, daß in den Gremien der Union jeder das gleiche Recht und das gleiche Gewicht hat und die Persönlichkeit entscheidet.
Dazu darf ich noch folgendes sagen: Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir ungeachtet aller Dissonanzen wissen, daß Parteifreund *Ehard* vor einer eminent schweren Aufgabe steht.

(Sehr richtig!)

Die Aufgabe ist schwer angesichts der Not, die in unserem Volk herrscht. Die Aufgabe ist schwer angesichts der Tatsache, daß die Partei, aus der Parteifreund *Ehard* kommt, gerade wegen der Regierungsbildung in Schwierigkeiten steht. Das wird aber keiner von uns hier verfehlen, Parteifreund *Ehard* zu versichern, daß wir, ob wir jetzt mit ihm gemeinsam Regierungspolitik machen oder ob Oppositionspolitik gemacht wird, immer faire und anständige Politik machen wollen, und zwar zusammen machen wollen. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß Opposition noch lange nicht, wie sie

heute bezeichnet wurde, Stänkerei ist. Gerade da wollen wir von der Union zeigen, wie man eine anständige Oppositionspolitik im Zusammenwirken mit der Regierung macht. Das würde sich für jeden verstehen, der die Aufgabe übernommen hat, die unserem Parteifreund *Ehard* gestellt ist, es versteht sich von selber für die gesamte Union gegenüber einem Parteifreund der Union. In diesem Sinne darf ich unserem Parteifreund *Ehard* alles Gute für die Übernahme seiner Aufgabe wünschen.

(Beifall.)

Dr. *Ehard*: Meine lieben Freunde! Ich darf an die Worte des Herrn Landesvorsitzenden anknüpfen und möchte eines vorausschicken: Betrachten Sie mich bitte in Ihrem Kreise, in unserem Kreise - wenn ich so sagen darf - als einen der Ihren und als sonst nichts!

(Bravo!)

Betrachten Sie mich bitte als Ministerpräsidenten als einen Arbeiter, auf dem große Verantwortung liegt und der sich dieser Verantwortung auch wohl bewußt ist. Betrachten Sie mich, wenn Sie so wollen, als den Schwerstarbeiter - das sage ich bewußt - und als sonst nichts!

Nun darf ich Sie zunächst um Ihre Nachsicht bitten, daß ich erst so spät in diesen Kreis gekommen bin. Die Nachricht von dieser Landesausschußsitzung ist mir gewiß ohne jedes Verschulden, aber rein tatsächlich so spät zugegangen, daß ich wichtige Besprechungen und Unterredungen, die ich bereits festgelegt hatte und bei denen Gäste von auswärts gekommen sind, im Interesse der Sache nicht mehr verschieben konnte.

Nur ein paar Worte zu meiner Wahl zum Ministerpräsidenten. So wie die Lage war, stand ich vor der Frage: Soll ich die Verantwortung, die mir entgegengebracht worden ist - ich habe sie nicht gesucht -, auf mich nehmen, um dadurch den Weg für die Möglichkeit einer sachlichen Arbeit freizumachen, oder aber - und so war tatsächlich die Situation für alle, die sie mitgemacht haben - sollen wir zunächst einmal in ein leeres Loch fallen, von dem wir nicht wissen, wie tief und wie weit es ist, von dem wir nur wissen, daß es dazu führt, die vorhandenen Gegensätze, die durch die Wahlpropaganda naturgemäß ohnehin verschärft worden sind, noch weiter aufzureißen. Es raubt die Möglichkeit, auf absehbarer Zeit zu einer vernünftigen, sachlichen Arbeit zu kommen und es läßt nicht ersehen, wann ein Ende dieses Zustandes kommen kann. Das möchte ich vielleicht persönlich vorausschicken dürfen.

Sachlich möchte ich in aller Kürze folgendes sagen: Ich bin der Meinung, und ich bitte Sie, meine Worte sehr ernst zu prüfen: Unsere Partei steht an einem sehr ernsten Scheidewege. Wir haben zwei Möglichkeiten: Die eine heißt sachliche Arbeit, die andere Personenstreit. Was bedeutet der Weg der sachlichen Arbeit? Wir müssen versuchen, alle Gutgesinnten, nicht nur alle Gleichgesinnten, zusammenzuschließen und zu einer Konzentration der Arbeit zu kommen. Arbeit ist in Fülle vorhanden, in erster Linie strömen die sozialen Probleme auf uns zu, die uns kaum lösbare Aufgaben stellen. Es ist darunter alles zu verstehen, was mit der sehr fühlbaren Ernährungsfrage angeht, was über das Flüchtlingsproblem, über die Frage der Kriegsversehrten und Kriegsbeschädigten bis zur geistigen, seelischen und moralischen Not unseres Volkes im einzelnen führt. Näheres über dieses Problem hier auszuführen, würde viel zu weit führen. Einen Teil, das Flüchtlingsproblem, hat einer meiner Herren Vorredner ja schon aufgegriffen.

Wenn wir nun die sozialen Probleme überhaupt anzugreifen versuchen, müssen wir erst die materiellen Grundlagen dazu schaffen, das heißt wir müssen versuchen, die wirtschaftlichen Grundlagen aufzubauen. Ob wir hier auf dem Tiefstand sind oder noch weiter auf der schiefen Ebene abrutschen, läßt sich im Augenblick nicht sagen. Jedenfalls müssen wir versuchen, die Wirtschaft in Gang zu bringen, um von da aus die materiellen Grundlagen für die Lösung der sozialen Probleme einigermaßen zu sichern. Auch das können wir nur, wenn wir Ordnung im Inneren schaffen, wenn wir, wie ich schon sagte, nicht nur die Gleichgesinnten, sondern die Gutgesinnten zu einer Zusammenarbeit und Mitarbeit aufrufen und zusammenschließen.
Dabei dürfen wir unseren Blick nicht nur bis zur nächsten Wand des Zimmers oder des Saales gehen lassen, sondern wir müssen uns darüber klar sein, daß wir unter allen Umständen nicht nur einen entsprechenden Beitrag, sondern eine bewußte Mitarbeit an dem Wiederaufbau unseres größeren deutschen Vaterlandes leisten müssen. Hier scheint mir die Zeit außerordentlich drängend. Ich habe fast die Befürchtung, daß wir in Bayern, im besonderen bei unserer Partei, durch mißliche Umstände will ich einmal sagen, schon um eine Nasenlänge zurückgekommen sind. Dieses Problem scheint mir so vordringlich zu sein, daß ich vielleicht noch zwei Sätze dazu sagen darf. Wir reden von Föderalismus, von Unitarismus, von Zentralismus, vom Bundesstaat, vom Staatenbund. Sind wir ganz ehrlich: Keiner sagt ganz genau, was er damit eigentlich will,

(Sehr richtig!)

mancher deshalb nicht, weil er sich darunter nichts vorstellen kann, mancher, weil er nicht sagen will, was er sich vorstellt. So kommen wir aus der Atmosphäre der allgemeinen, ich will einmal vorsichtig sagen, Vorstellungen, der allgemeinen Erwägungen, vielleicht auch aus dem Zustand, in dem man seine Gedanken etwas vernebelt, nicht heraus. So kommen wir auch nicht in ein Gespräch mit all den anderen, die neben uns stehen und gutwillig und zu einer Zusammenarbeit nicht nur sehr wohl zu gebrauchen, sondern auch notwendig sind. So kommen wir auch nicht in ein Gespräch mit denen, die außerhalb der bayerischen Grenzen, auch über die US-Zone hinaus, diese Frage außerordentlich kritisch betrachten.
Nun müßte man eigentlich einmal dazu kommen, diese etwas nebelhaften Vorstellungen zu konkretisieren. Ich will Ihnen mit ein paar ganz kurzen Worten sagen, wie ich mir das denke. Was heißt schon Föderalismus, was heißt schon Unitarismus. Wir wissen alle, ohne einen Zusammenschluß können wir eine Reihe von Dingen nicht machen, ohne ihn können wir einfach nicht leben. Aber wie soll der Zusammenschluß sein? Nun haben wir eine Reihe von Erfahrungen, die dazu führen, alles zentral, zentralistisch zusammenzufassen, was an Zuständigkeiten zusammenzufassen ist. Das führt geradlinig zum Nationalismus, zu diesen vielen Sprüchen von dem starken Deutschland. Es führt zum Militarismus, zu Diktatur, zum Krieg.
Wenn wir diese Erkenntnis vorausschicken, müssen wir uns folgendes sagen: Für eine Reihe von Dingen brauchen wir eine zentrale Gewalt, sonst besteht sie nicht, sonst kann sie nicht arbeiten. Die Zuständigkeiten, die ich dieser zentralen Gewalt mit dieser Notwendigkeit und der Grenze dieser Notwendigkeit geben muß, muß ich ihr bewußt geben. Ich darf sie mir nicht abhandeln lassen. Ich darf nicht Schritt für Schritt zurückweichen, wenn ich von Anfang an sehe und erkenne: Hier kann ich nicht nachgeben, ich muß unbedingt darauf bestehen, weil sonst Verstand und Vernunft aufhören und ich in den vernünftigen Kreisen außerhalb unserer Partei, noch nicht einmal

innerhalb unserer Partei, [k]eine Gefolgschaft habe. Das heißt also: Ich muß mir über alle Zuständigkeiten, die ich dem Reich, will ich einmal ganz allgemein sagen, ohne damit den Begriff technisch festzulegen, abtreten muß, klar werden. Ich muß wissen: Was muß ich dem Reich geben, weil es des Reiches ist?
Dann muß ich mir aber dazu sofort über ein Zweites klar werden, welche Zuständigkeiten ich behalten muß, wenn ich insbesondere das Kulturgewicht, das Bayern hat, das es immer gehabt hat und das das beste Gegengewicht gegen den Krieg ist, behalten will. Welche Zuständigkeiten muß ich im Hause haben und darf sie nicht aus der Hand geben? Das ist eine Sache, über die man sich zunächst einmal klar werden muß. Dazu kommt aber eine andere, sehr nüchterne Frage. Wie kann ich dann die Abgrenzung dieser Zuständigkeiten, wenn ich sie als richtig und gut erkannt habe, sichern? Nun frage ich Sie, wo und wann innerhalb unserer Partei über diese Fragen schon einmal konkret verhandelt, konkret gesprochen worden ist, so daß man mit einem Gesprächspartner außerhalb unserer Reihen - ich will noch gar nicht sagen, innerhalb unserer Reihen - auch wirklich ernstlich diskutieren kann. Die Frage, wie ich diese Zuständigkeiten abgrenze, wirft eine ganze Reihe überaus wichtiger Fragen auf, die ganz oberflächlich, sozusagen stichwortartig, einmal vielleicht so gefaßt werden können: Sie hängen von der Frage der Gestaltung der zentralen Gewalt ab und davon, wie eine Volksregierung, eine Volksbefragung in dieses ganze System hineingestellt wird. Sind wir ganz nüchtern: Ein Reichstag, der aus allgemeinen Wahlen ohne Bindung und nähere Anlehnung an die Interessen der Länder mit ihren besonderen kulturellen Bestrebungen hervorgeht, wird zum Schluß immer eine demokratische Diktatur oder eine politische Diktatur werden. Er wird eine Zuständigkeitshamsterei treiben und wird sich um die Abgrenzung der Zuständigkeiten, wie wir sie für notwendig halten, letzten Endes in gar keiner Weise kümmern.
Hier ist es notwendig, sich einmal zu überlegen, ob es nicht einen Weg gibt, der diese Zuständigkeitsgrenze sichert, nicht deshalb, weil wir uns etwa isolieren wollen, weil wir Separatisten, weil wir Partikularisten sind, sondern weil das gebrannte Kind das Feuer scheut.

(Sehr richtig!)

Wenn es im geeigneten Augenblick die Möglichkeit gibt, einen Bremsklotz einzuschalten und zu sagen: Halt, bis hierher und nicht weiter, und wir können als Bayerischer Staat ein entscheidendes Wort dabei mitreden, ob nun - nehmen wir den äußersten Fall - Krieg oder Frieden sein soll, dann werden sich viele von den anderen Ländern, die uns wesensverwandt sind und die mit uns enge Kulturbeziehungen haben, sehr wohl auf unsere Seite stellen, und es kann nicht von einer Stelle aus diktatorisch darüber befunden werden.
Das nur so obenhin. Und nun ein Wort dazu, daß es bereits höchste Zeit ist, daß wir wahrscheinlich im Laufe des nächsten halben Jahres die Entscheidung darüber, was nun geschehen soll, in ihren Grundzügen bereits vorliegen haben, ob uns das gefällt oder nicht.
Ich werde Ihnen demnächst im Landtag eine Erklärung auch darüber abgeben, wie, vom Kontrollrat angefangen, die Zuständigkeiten bis zum Landtag herunterreichen, sich bereits, ich möchte beinahe sagen, aufgeteilt haben. Es wird sehr interessant sein zu prüfen, was dabei für die einzelnen Instanzen, ich möchte fast sagen, heute noch übriggeblieben ist. Sie werden sehen, daß es höchste Zeit ist, sich hier entscheidend einzuschalten, und nicht nur mit Parteifreunden, sondern auch mit denen, die außer-

halb unserer Linien im Grundsatz dieselben politischen Erkenntnisse haben, sich zusammenzusetzen und zusammenzusprechen, um eine vernünftige Linie zu finden, die verhütet, was wir alle verhüten wollen.
Das ist mit ein Grund, meine lieben Freunde, warum ich gewiß nicht leichten Herzens die Verantwortung zu übernehmen bereit war, weil ich mir sagte: Wir haben keine Zeit zu versäumen. Das ist mir ein Grund, warum ich sage: Wir müssen sachliche Arbeit leisten. Es gäbe viele, viele Einzelheiten, die im einzelnen jetzt auszuführen die Zeit vielleicht nicht ausreicht, die vielleicht bei künftigen Gelegenheiten näher ausgeführt werden können.
Wir können neben dieser sachlichen Arbeit einen zweiten Weg gehen. Ich sage das ohne jede Spitze. Sie wissen, ich bin ein Mann der sachlichen Erwägung. Ich bitte, meine Worte sachlich zu nehmen, ohne jede Spitze gegen irgend jemand. Ich will es sagen als nüchterner Beobachter: Wir können einen zweiten Weg gehen, wir können wieder den Weg des Personenstreites beschreiten. Wie wird dann das Bild sein? Auf der einen Seite eine Gruppe, die sich ernstlich bemüht, trotz aller Schwierigkeiten eine Arbeit zu leisten, die notwendig ist, die gar nicht vermieden werden kann und die von uns schließlich gefordert wird, auf der anderen Seite eine Gruppe - und das ist die zwangsweise Folge -, die mit verschränkten Armen in der Ecke steht und die anderen beobachtet, nicht etwa daraufhin, ob sie sachliche Arbeit leisten, sondern daraufhin, ob es eine Möglichkeit gibt, sie wegzuschieben und die unbequemen Personen durch andere, beliebte, gewollte, gewünschte zu ersetzen. Daß dabei kein sachliches Zusammenspiel möglich ist, ist sicher. Daß man sich dabei schwächt, daß man sich dabei den Hebelarm wegnimmt, mit dem man ansetzen könnte, ist selbstverständlich. Es ist das Bild, das sich bieten würde, wenn ein Mann von einem entfernten Stern auf unsere heimatliche Erde herunterschaut und sieht, wie da unten die Menschen umeinanderkrabbeln wie Ameisen, wie sie Balken und Steine tragen, da sagt sich der Mann: Das sind kluge Leute, denn sie versuchen, die zusammengebrochenen Häuser, die Ruinen und alles, was da darniederliegt, wieder aufzubauen. Sie sind emsig am Werk, das Krumme wieder geradezurichten.
Wenn wir den zweiten Weg gehen, ist es eine schwere Täuschung des Beobachters da oben. Die einzelnen suchen sich ihre Balken und ihre Steine, nicht um die Häuser geradezurichten, sondern um sich gegenseitig den Kopf einzuschlagen oder, wenn es etwas christlicher ausgedrückt ist, um sich gegenseitig Prügel zwischen die Beine zu werfen und sich die Arbeit gegenseitig zu erschweren.
Das sind die beiden Möglichkeiten, die ich ganz nüchtern, verantwortungsbewußt sehe. Welcher Weg gegangen werden muß, kann man erst richtig entscheiden, wenn wir uns fragen: Was verlangen die Wähler der CSU, was verlangen die Wähler im Volk überhaupt von uns?

(Sehr gut!)

Sie verlangen - und deshalb haben sie die verantwortlichen Vertreter in den Landtag geschickt -, daß hier nun endlich positive Arbeit geleistet wird,

(Sehr richtig!)

die geschehen muß, wenn ein Haus zusammengebrochen ist. Dann muß ich zunächst mit Pickel und Schaufel versuchen, aus dem Keller herauszukommen. Dann kann ich mir das Ganze anschauen. Dabei ist es nicht so sehr wichtig zu prüfen, ob der eine den Pickel und der andere die Schaufel hat und ob der eine das Arbeitsgerät mit der linken und der andere mit der rechten Hand hält, und ob der eine so ganz genau rich-

tig in Reih und Glied steht wie der andere, sondern es kommt darauf an, daß ihre Kraft zusammenwirkt und zusammenwirkend wesentlich verstärkt zu dem Ergebnis führt, das wir nun einmal brauchen. Sind wir dann aus dem Keller heraus, dann können wir uns recht wohl überlegen, ob wir das Haus wieder so aufbauen, wie es gewesen ist, ob wir es wesentlich verändern, ob wir es zunächst ganz abtragen. Wir können Pläne machen und können dies und das bereden. Vielleicht haben wir die Zeit dazu. Jedenfalls ist die Zeit nicht so drängend, wie sie mir im Augenblick zu sein scheint.

Nun noch ein Wort zu meiner persönlichen Stellungnahme hierzu. Ich weiß, wie schwer es ist, eine Synthese gerade innerhalb unserer Partei zu finden. Ich habe trotzdem das Vertrauen, daß diese Synthese gefunden werden kann. Wenn Sie wollen, suchen Sie die Synthese in meinem Bestreben einer Konzentration aller sachlichen Arbeit. Nur um eines muß ich Sie allerdings bitten: Es ist unmöglich, eine Regierung und einen Ministerpräsidenten als Exponent einer Partei anzuerkennen und diesen Mann auch wirklich einigermaßen mit Vertrauen in seine Arbeit zu schicken, wenn man sich von vornherein auf den Standpunkt stellt: Mein lieber Freund und Deine Umgebung, ich habe nichts gegen Euch persönlich, ich behalte mir aber in allen Dingen eine Entschließung durchaus vor. So, glaube ich, kann man es nicht machen. Ich meine schon, man könnte auch eine andere Formel finden, man könnte sagen: Jawohl, wir wollen uns zu dem Programm, das Du uns bietest und versprichst, bekennen. Und das ist das einzige Versprechen, das ich Ihnen geben kann und will: Wir wollen uns zu dem Programm eines Zusammenschlusses zu einer vernünftigen sachlichen Arbeit bekennen und nicht in Opposition zu diesem Programm treten. Wir wollen uns nur vorbehalten, sachliche Kritik zunächst im eigenen Hause zu üben, sie aber nicht nach außen hin in Erscheinung treten zu lassen. Sie könnten auch sagen: Wir wollen nichts von alldem wissen, wir wollen bloß warten, bis wir eines schönen Tages eine Änderung dieses Mannes und seiner Figuren vornehmen können. Das ist, glaube ich, nicht der richtige Weg. Es ist auch nicht der Weg, der meines Erachtens in dieser Situation von unseren Wählern und den Wählern des Volkes gefordert wird.

Überlegen Sie sich doch ruhig auch einmal folgendes und ziehen Sie daraus die notwendigen Schlüsse: Wer in unserem Volke trägt die Last der Arbeit, wer in unserem Volke trägt die Last der Not?

Es sind die schaffenden Kreise, die von ihren Händen und ihrem Kopf leben müssen, weil sie sonst nichts haben. Viele von ihnen sind bis auf das Kläglichste, auf das Kärglichste von allem entblößt. Diese Schaffenden, die die Arbeit und die Not gemeinsam haben, haben das Bestreben - und das ist meine felsenfeste Überzeugung -, sich die Hände zu reichen, um aus dieser ernsten, drängenden, jetzt, ich möchte sagen, in der schwersten Krise sich befindlichen Situation herauszukommen. Diese Kreise sind nicht einmal parteipolitisch zusammengefaßt, sondern gehen durch eine Reihe von Parteien. Sie sind auch in unserer Partei nicht einheitlich. Auch hier haben wir eine Reihe von Variationen. Auf dieser Linie könnten sich aber nicht nur die Leute unserer Partei, sondern auch weite Kreise bilden [sic!]. Sie haben den Willen, das zu tun.

Wenn dieser Gedanke aber schon über unsere Partei selbst hinausgeht und zum großen Teil durch das ganze Volk hindurchgeht, dann muß er auch innerhalb unserer eigenen Partei verwirklicht werden können. Bei mir können Sie sicher sein: Ich will über die sachliche Arbeit hinaus keinerlei Spaltungen, keinerlei Differenzen. Ich habe sehr wohl in meinem Leben erfahren, daß es nützlich und notwendig ist, eine Meinung, auch wenn sie gegensätzlicher Natur ist, zu klären, aber nicht in dem Sinne, daß

man sagt: Deshalb, weil Du, mein lieber Freund, anderer Meinung bist, deshalb liebe ich Dich nicht, deshalb bekämpfe ich Dich, oder nach dem berühmten Wort: Ich kenne zwar die Meinung des Herrn Reichskanzlers nicht, aber ich mißbillige sie.

(Zuruf: Dr. *Horlacher*!)

So, glaube ich, ist es nicht richtig. Wir sollten sehr wohl unsere sachlichen Meinungsverschiedenheiten bewahren, sie aber in sachlichen Grenzen halten. Wir sollten die persönlichen Differenzen darüber in den Hintergrund rücken. Das wäre demokratisch. Es ist auch demokratisch, wenn man eine Situation, wie sie nun einmal gegeben ist, nicht von vornherein gewaltsam oder mit allen möglichen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln sofort zu ändern versucht, sondern im Gegenteil sagt: Es ist demokratisch, sich der Mehrheit zu fügen.

(Sehr richtig!)

Sich der Mehrheit zu fügen, heißt nicht etwa, daß damit der Mehrheit das Recht gegeben ist, die Minderheit zu terrorisieren. Ich bin der Allerletzte, der diese Meinung auch nur etwa aussprechen, geschweige denn haben möchte. Aber ich meine, man müßte einmal den Versuch machen, aber nicht so, daß man sagt: Wir treiben Opposition. Wer treibt dann keine Opposition? Wer ist dann gewillt, nun einmal diese positive Konzentration der Arbeit mitzumachen?

Das ist die Frage, die meines Erachtens geklärt werden muß und bei gutem Willen sehr wohl geklärt werden kann. Es ist auch gewiß nicht so, wie es von vielen von Ihnen gewünscht wird. Auch mir gefällt manches innerhalb und außerhalb der Partei nicht. Aber ich mußte, meine lieben Freunde, zum Teil eine Situation übernehmen, die mir nicht leicht erscheint und die mir außerordentliche Schwierigkeiten bereitet. Ich habe diese Situation zum großen Teil nicht geschaffen. Ich bin aber bereit, trotz der Schwierigkeiten den Versuch zu machen, hier eine Synthese zu finden. Es ist vorhin davon gesprochen worden: Wir wollen den Erfolg sehen. Ein Erfolg kann für uns nicht gebucht werden, wenn anstelle eines Ministers ein Staatssekretär oder - was weiß ich - zwei Staatssekretäre stehen. Dazu sage ich eines: Ich bin ein Mann des Rechts. Das habe ich bei einer anderen Gelegenheit schon einmal gesagt, weil es mir auf die Lippen gekommen ist. Ich wiederhole es. Ich weiß, was für eine Bewandtnis es mit den Gesetzen, mit dem Recht und den Verwaltungsgrundsätzen hat. Sie sind, meine lieben Freunde, letzten Endes alle ein einziges, eine Frage von Personen oder einer Gruppe von Personen, die sich durchsetzen. Dieser Gruppe wird der Erfolg zugeschrieben. Wenn Sie sich nicht durchzusetzen vermag, dann hilft ein äußerer Glanz ganz und gar nichts.

Um diesen sachlichen Erfolg zu erzielen, bitte ich Sie, sehr ernst zu erwägen, ob es nicht jetzt, wo wir an einem Scheidewege stehen, wo nicht bloß innerhalb unserer Partei, sondern auch von außen sehr ernst auf unsere Arbeit und unsere Tätigkeit gesehen wird, ob wir hier nicht die Sache über die Person stellen wollen. Ich für meine Person lehne es ab, zu einem rechten oder linken oder zu was weiß ich für einen Flügel oder zu einer Gruppe gerechnet zu werden. Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Partei: Christliche, Soziale Union, die aber kein Name sein sollen, sondern ein Bekenntnis. Dieses Bekenntnis soll zur Tat werden. Daß es zur Tat werden kann und werden muß, dazu bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Parteifreund *Ehard*.

Meine lieben Freunde, wir beginnen jetzt die Diskussion. Vor Beginn der Diskussion darf ich folgendes sagen: Wir wollen uns jetzt befleißigen, mit Ruhe die schweren Probleme zu diskutieren. Wir wollen sie nüchtern und ohne Gefühlsmäßigkeiten diskutieren.
Es sind Worte der Kritik auch über die Partei gefallen. Ich gehe nicht im einzelnen darauf ein. Es sind schon harte Worte gefallen, als die Redner gesprochen haben, Worte wie z.B. die unseres Parteifreundes *Rinke*, der vielleicht nicht ganz zu Unrecht von einem Koloß auf tönernen Füßen usw. gesprochen hat. Vergessen wir eines nicht: Die Union mußte überhaupt erst aufgebaut werden. Ich glaube, damit, daß der Aufbau einer so großen Partei gelungen ist, ist auch sachliche Arbeit geleistet worden. Ich darf glauben, daß man anerkennen wird, daß es nicht leicht war, eine Partei hinzustellen, die eine Majoritätspartei wurde, die eine Sammlung von Katholiken und Protestanten durchgeführt hat, wie man es früher nicht erwartet hatte, die zur Wirklichkeit werden ließ, daß seit 400 Jahren zum ersten Mal evangelische und katholische Christen wieder in geschlossener Front in der Öffentlichkeit aufgetreten sind. Wir wollen jetzt daran denken, daß es in erster Linie gilt, diese Einigung durchzuhalten. Wir wissen, daß Regierungspolitik und praktische Politik gemacht werden muß, aber es ist von unserem christlichen Standpunkt aus schon die praktische Politik, daß überhaupt die Voraussetzungen im öffentlichen Leben durch eine große Gruppierung geschaffen werden, die im wahrsten Sinne des Wortes das Christentum wieder zur Tat werden lassen will.
Meine lieben Freunde! Ich darf dann ferner sagen: Es wurde uns nicht leicht gemacht, eine Demokratie aufzubauen. Vier Wahlen in einem Jahr waren selbst in früherer Zeit eine Seltenheit. Wenn die Leute heute so ohne weiteres Worte über die Partei finden, dann wollen Sie nicht vergessen, daß wir in die ersten Wahlen z.B. mit dem kleinsten Apparat aller Parteien in Bayern hineingegangen sind. Wir haben damals Tag und Nacht arbeiten müssen, um die Einigung durchzuführen. Die Männer, die heute Politik gemacht haben, mögen nicht vergessen, wie schwer es war, die Sammlung durchzuführen. Stellen Sie auch jetzt in Ihre Betrachtungen ein, daß die Sammlung nicht umsonst gewesen sein soll.

(Sehr richtig!)

Ich darf dann weiterhin sagen: Wir haben die vier Wahlkämpfe mit gutem Erfolg bestanden.

(Sehr richtig!)

Im Anfang war der Prozentsatz der Unionswähler höher. Aber vergessen wir nicht, daß alle Parteien auf uns eingestürzt sind und uns das Leben sauer gemacht haben. Vergessen wir vor allem nicht, daß die Presse, wie sie heute gegeben ist, im allgemeinen zur Union als solcher nicht freundlich gestanden ist.

(Sehr richtig!)

Es ist irrsinnig schwer, eine Demokratie aufzubauen, wenn gleichzeitig die negativen Kräfte allüberall ansetzen können, auch innerhalb der eigenen Partei.

(Sehr richtig!)

Meine lieben Freunde, hier die Einigung durchzuführen, war nicht leicht. Sie können vielleicht davon ausgehen, daß manche Leute - und das sage ich offen heraus - so

langsam dahin gekommen waren, in der Militärregierung die frühere Kreisleitung zu sehen,

(Sehr richtig!)

daß man sich nur gegenseitig mit irgendwelchen Zeitungsartikeln hinhängen mußte, in der Hoffnung, daß die Militärregierung das tun würde, was früher die Kreisleitung getan hat, nämlich irgendwie durch Willkür dazwischenzugreifen. Wir erkennen dankbar an, daß die Militärregierung wirklich in jeder Weise mitgeholfen hat, eine gute Demokratie in Deutschland zu planen und aufzubauen, daß in der Hauptsache durch eine gute, wohlwollende, neutrale Haltung der Militärregierung der Zustand beseitigt wurde, daß die Ratten die Demokratie schon beim Aufbau unterwühlen konnten.

(Bravo!)

Wir wollen auch nicht vergessen, daß unsere Demokratie in einem Zeitpunkt aufgebaut werden muß, der denkbar ungünstig ist. Ich weise immer darauf hin, daß Hunger und Not schlechte Lehrmeister für eine Demokratie sind. Wir Deutschen hatten immer das Unglück, unseren Aufbau nach einem Zusammenbruch beginnen zu müssen. Gerade weil wir erlebt haben, was eine Diktatur bedeutet, wollen wir unsere Kraft verdoppeln und, wenn es sein muß, verzehnfachen, um nie mehr die früheren Zustände zurückkehren zu lassen.
Eines bitte ich auch zu bedenken, meine lieben Freunde: Ich habe es als Hauptaufgabe angesehen, in der Union eine gute Kombination zwischen der Erfahrung des Alters und der Aktivität der Jugend zu finden, nicht deswegen, weil ich nur ein Steckenpferd reiten wollte, vor allem aber, weil früher der Fehler gemacht wurde, die Jugend wohl anzusprechen, sie aber nicht zur aktiven Arbeit zu gewinnen, so daß die Jugend dann aus der Unzufriedenheit heraus den Agitatoren nachgelaufen ist.

(Sehr richtig!)

Deswegen müssen wir auch jetzt, wenn wir die Regierungspolitik betrachten, eines festhalten: Unsere Jugend muß die Überzeugung gewinnen, daß nicht alte Politik erneuert wird, um eine neue Demokratie vorzudemonstrieren.

(Bravo!)

Wir wollen uns wirklich bemühen, jeder einzelne für sich und die Partei als solche in ihrer Geschlossenheit, daß die Union weiterhin die Partei der Jugend bleibt.

(Sehr richtig!)

Vielleicht ist gerade das ein Grund gewesen, daß die Konkurrenzparteien gern die Union gesprengt hätten, weil es sich gezeigt hat, daß die Union wirklich viel Jugend gewonnen hat.
Meine lieben Freunde! Ich muß hier mit Bezug auf das Problem der Presse, das ich vorhin erwähnt habe, eines erklären: Ich habe es als unerhörte Gemeinheit empfunden, daß unsere Tagung in Eichstätt in der Süddeutschen Zeitung so gewürdigt wurde wie etwa ein nationalsozialistischer Korpsverein. Es ist eine Lüge, daß vier Autobusse mit Erlanger Studenten herbeigeholt worden seien. Gott sei Dank hat die Union genügend Jugend und ist genügend Jugend in der Vertreterschaft der Union, so daß wir es nicht notwendig hätten, etwas zu demonstrieren, was nicht da ist.

(Sehr richtig!)

Es ist nun einmal das gute Recht der Jugend, Aktivität zu zeigen. Das werden ihr auch die Alten, die es mit der Jugend wohl meinen, nicht ohne weiteres übelnehmen.
Meine lieben Freunde! Ich darf für die Union in Anspruch nehmen, daß sie ernste Arbeit geleistet hat. Sie wird auch in der Zukunft bereit sein, ernste Arbeit zu leisten. Wie die Arbeit zu leisten ist, wie der Wille der Union zum Ausdruck kommt, das entscheiden Sie. Ich muß hier von vornherein noch eines sagen, gerade weil es in Diskussionen gestreift und draußen erwähnt wurde: Als ich mit einem Teil der Parteifreunde den Landtag verlassen hatte, wußte ich sehr wohl, daß auch da falsche Betrachtungen angestellt werden könnten. Ich habe es trotzdem für meine Pflicht gehalten, mit den Parteifreunden hinauszugehen, weil ich die Reaktion dieses Vorganges im Parlament im ganzen Lande ungefähr überschätzen und übersehen konnte. Ich wäre ein schlechter Parteivorsitzender, wenn ich nicht den Kontakt mit dem ganzen Lande hätte.
Sie haben vorhin die ernsten Stimmen aus Franken gehört, die soweit gehen, daß man sagt, man wolle aus der Union herausgehen. Sie haben gehört, daß das ernsthafte Männer sagen, die bisher Tag und Nacht für die Union mitgearbeitet haben. Weil ich aber wußte, welche Schwierigkeiten eintreten würden, mußte ich klar zum Ausdruck bringen, daß das Kabinett, wie es in der Bildung begriffen war, nicht das Kabinett der Union sein würde. Meine lieben Freunde, hätte ich etwa dann als Parteivorsitzender im Parlament gegen die Bildung eines Kabinetts sprechen sollen, wie sie im Gange war, hätte ich dann, bevor der Landesausschuß der Union zusammenkam, meinerseits sprechen und irgendeine Entscheidung vorwegnehmen sollen? Dann hätte man mir mit Recht vorgeworfen, daß ich in diesem Falle eine Parteidiktatur durchführen würde. Ich mußte warten, bis die Entscheidung fällt, die Sie heute treffen. Aber ich muß andererseits klar zum Ausdruck bringen, daß die Parteifreunde den Willen der Landesversammlung der Union nicht genügend berücksichtigt hatten.

(Sehr richtig!)

Meine lieben Freunde! Wir haben in der Fraktion innerhalb der Union die Koalition versucht. Heute ist schon das Gespräch zwischen Dr. *Hundhammer* und mir erwähnt worden. Es war noch ein letzter Versuch, wenn ich mich so ausdrücken darf, die Flügel zusammenzubringen und zusammenzuhalten. Es war nachher der Beschluß gefaßt worden, mich allein als Kandidaten vorzuschlagen. Wir haben damals die Parteifreunde gebeten, die nicht dafür stimmen wollten, es offen zu erklären. Heute, wo die Abstimmung über den Staatspräsidenten erwähnt worden ist, möchte ich dazu sagen, daß damals die Minorität der Union auch gesagt hat, wie sie stimmen würde, und zwar jeder einzelne für sich. Es wäre männlich gewesen, wenn die Freunde, die in diesem Falle gegen den Parteivorsitzenden gestimmt haben, es vorher klar und eindeutig in der Fraktion erklärt hätten. Wenn dann in Flüsterpropaganda durchgegeben wurde, daß man anders stimmen würde, so empfand ich dieses Vorgehen eines Parteifreundes nicht würdig. Denn dann hätte man den Mut zum offenen Bekenntnis haben und hätte der Union die Möglichkeit geben müssen, letzte Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine Niederlage der Union zu vermeiden. So aber blieb mir nur ein Schritt, nämlich der, für die Union alle Möglichkeiten offenzuhalten, die Möglichkeit, daß sie als Partei entscheiden kann, wie sie sich zu diesem Kabinett verhalten wird. Ich habe deswegen auch auf der Tagesordnung vorgesehen, daß nicht beschlossen wird, wie man sich zum Parteifreund *Ehard* verhält und zu dem Kabinett, das seinen Namen trägt, sondern zu dem Kabinett, das nun einmal in der Öffentlichkeit für alle Zukunft als Kabinett *Ehard-Hoegner-Loritz* dastehen wird.

(Sehr richtig!)

Denn nicht immer gibt nur der Name des Ministerpräsidenten dem Kabinett den Namen, sondern das Volk draußen fragt: Wer sind die eigentlichen Repräsentanten? Da ist es leider so, daß dann doch gefragt wird, wie die einzelnen Figuren zu werten sind, die auftreten.
Ich will hier nicht in die Diskussion eintreten. Das ist Ihre Sache. Ich sehe es nur als meine Pflicht an, jeweils die Probleme klarzustellen, um ihre nüchterne Betrachtung zu ermöglichen und dann am Schluß eine Entscheidung zu finden, die uns den Ausweg zeigen soll.
Ich darf damit die Diskussion eröffnen und als erstem dem Parteifreund *Haußleiter* das Wort erteilen.
*Haußleiter*: Meine lieben Freunde! Ich habe mit größtem Ernst den Ausführungen unseres Parteifreundes, des Ministerpräsidenten *Ehard*, zugehört. Ich habe es aufs äusserste bedauert, daß es ihm nicht möglich gewesen war zu hören, wie die Stimmen aus dem Lande gegenüber seinem Kabinett erklungen waren, und zwar deshalb, weil er mir die Dinge von einer falschen, von einer anderen Ebene aus zu betrachten schien. Er hat gesagt: Sachliche Politik bedeutet Unterstützung des Kabinetts *Ehard*. Personalpolitik würde bedeuten Kritik am Kabinett *Ehard*. Das scheint mir nicht die klare Alternative zu sein. Ich, meine Damen und Herren, sehe eine andere Alternative: Entweder Unionspolitik oder keine Unionspolitik.

(Sehr richtig!)

Aus dieser Überlegung heraus habe ich gehandelt, als unser Parteifreund *Pfeiffer* von der Mehrheit der Fraktion nominiert worden ist. Da war gesagt worden, jetzt ist Parteifreund *Pfeiffer* nominiert und Dr. *Müller* hat die wenigeren Stimmen erhalten. Daraufhin habe ich als Sprecher der Minorität gesagt: Gut, eine Entscheidung ist gefallen. Als gute Demokraten werden wir uns hinter den Parteifreund stellen, soweit und solange er die Politik der Union als Ministerpräsident verwirklichen wird. Das gleiche müssen wir nun gegenüber dem Kabinett *Ehard* geltend machen. Da möchte ich Ihnen nun eines sagen: Die Weimarer Demokratie ist gescheitert, weil sich die Parteien vom Wählerwillen entfernt haben, und weil die Parteitaktik die Entscheidung der Wähler verfälscht hat.

(Bravo!)

Eine neue, lebendige Demokratie bauen wir nur auf in der gewissenhaften Befolgung des Willens der Wähler, das heißt: Wenn der Wähler einer Partei die Majorität gibt, dann muß diese Partei ihr Arbeitsprogramm durchsetzen. Alles andere ist Täuschung. Der Betrug des Volkes führt zur Trennung zwischen Parteibürokratie und Volk und zur Krise der Demokratie. Das sind die Entscheidungen, vor denen wir stehen.

(Lebhafter Beifall.)

Hier, meine lieben Freunde, beginnen meine Vorbehalte gegenüber der Regierung *Ehard*. Die Regierung *Ehard* umfaßt nur eine bestimmte Gruppe innerhalb der Union, während das Volk der ganzen Union die Majorität gegeben hat, und zwar die absolute Majorität. Sie umfaßt in maßgeblichen und entscheidenden Stellen die SPD, die das Volk als zweite Partei ganz offenkundig als Partei der parlamentarischen Opposition sehen wollte. Ich war erschüttert, als der Ministerpräsident Dr. *Ehard* das Wort sprach: Wir lehnen eine Einparteienregierung ab.
Meine Damen und Herren! Hier herrscht eine erschütternde Verwirrung der Begriffe. Nationalsozialistisch war eine Regierung ohne Opposition, demokratisch ist eine Regierung mit Opposition.

Der Versuch, den die Regierung *Ehard* gemacht hat, war der Versuch, eine Regierung ohne Opposition zu bilden. Das führt zu nationalsozialistischen Methoden zurück. Darüber besteht kein Zweifel. Diese Art Versuch, eine Regierung ohne Opposition zu bilden, wird meiner Ansicht nach vom Volk, das einen sehr aufmerksamen Instinkt für diese Dinge hat, abgelehnt. Das sehen wir klar. Wissen Sie, was die Folge ist? Die Opposition wird zur Opposition gegen die Demokratie. *Horlacher* hat das erschütternde Wort gesagt: Wir haben die Not als Opposition. Die Not geht in die KPD, die Not geht in die WAV. Dann haben Sie Ihre Opposition. Dann wird die demokratische Mitte des Staates zerrieben, die Flügelparteien wachsen, und eine demokratische Regierung wird ebenso unmöglich, wie sie 1932 unmöglich war. Das ist der Erfolg dieser Art von Koalitionspolitik, die wir genau kennen und die zum Untergang der demokratischen und parlamentarischen Mitte geführt hat.
Deshalb sage ich Ihnen: Hier ist gegen den Willen der Wähler gehandelt worden. Das muß ich heute feststellen. Die Union hat den Auftrag der Wähler bekommen. Wenn irgend jemand, gleichgültig ob er aus der Union kommt oder nicht, in der Union gegen den Willen des Volkes, gegen den Willen des Wählers handelt, wird es von der Partei festgestellt.
Ich stelle infolgedessen folgende Entschließung zur Debatte:

Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union nimmt folgende Entschließung an:
Die Regierung *Ehard-Hoegner* entspricht

(Zuruf: *Loritz*!)

in ihrer Zusammensetzung nicht dem wahren Willen des bayerischen Volkes, wie er in den Wahlen des 1. Dezember zum Ausdruck kam. Diese Koalitionsregierung wurde nach den gleichen Methoden gebildet, die 1933 zum Scheitern der Demokratie in Deutschland führten. Die Regierung *Ehard-Hoegner*

(Zuruf: *Loritz*!)

wird nicht in der Lage sein, die christliche und soziale Politik zu verwirklichen, deren Durchführung die Wähler der Union fordern. Die Union lehnt daher die Verantwortung für diese Regierung ab, deren Zusammensetzung den Beschlüssen der Landesversammlung von Eichstätt in jeder Hinsicht widerspricht.

Meine Damen und Herren! Wenn wir die neue Demokratie wollen, müssen wir den inneren Willen des Volkes erkennen. Wir müssen erkennen, daß uns ein Auftrag gegeben und dieser Auftrag nicht erfüllt wurde. Das drückt diese Entschließung aus, die meiner Ansicht nach überall dort, wo ein Mann die Union gewählt hat, befreiend wirken wird.
Wissen Sie, warum die Union gewählt worden ist? Damit anstelle der Regierung *Hoegner* eine andere Regierung tritt.

(Sehr richtig!)

Wissen Sie, daß das Erschütterndste am Jahresschlußaufruf der Regierung *Ehard* das Bekenntnis war, die Linie der Regierung *Hoegner* fortsetzen zu wollen.

(Sehr richtig!)

Hier ist ein Auftrag nicht erfüllt worden. Die Partei als parlamentarisches und demokratisches Organ des Volkes hat heute die Pflicht, dies vor aller Öffentlichkeit festzustellen.

(Beifall.)

*Bickleder*: Ich möchte bloß bemerken: Wenn der Antrag *Haußleiter* angenommen wird, dann ist jede weitere Diskussion überflüssig.

(Bravo!)

Lehnen wir den Antrag ab, für was sitzen wir dann da? Wenn solche Anträge gestellt werden, sollen sie zur Abstimmung gelangen, wenn die einzelnen Redner ihre Meinung zum Ausdruck gebracht haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich darf eines feststellen: Es liegen bis jetzt 18 gültige Wortmeldungen vor. Ich werde abwarten, welche Anträge gestellt werden. *Bickleder*, jeder Parteifreund hat das Recht, Wortmeldungen abzugeben.
*Horlacher*, Du hast beim Hinausgehen, als *Haußleiter* sprach und Du an den Tischen vorbeikamst, gesagt: Das interessiert mich soviel, wie wenn draußen ein Waschweib spricht.

(Pfuirufe, große Unruhe. - Zuruf: Diese Leute weisen die Jugend zurecht!)

Ich sehe mich veranlaßt, im Interesse der Ehrlichkeit und der Aufrichtigkeit in der Union das klarzustellen, und ich glaube, die Parteifreunde sind mit mir einig, wenn ich *Michel Horlacher* in dieser Frage vor der Versammlung eine Rüge erteile, weil er sich nicht als Parteifreund benommen hat.

(Zuruf *Goderski*: Diese Arroganz paßt uns schon lange nicht mehr, unglaublich, mit dem Titel wächst der Vogel!)

Damit ist die Angelegenheit erledigt. Der nächste Redner ist *Piechl*. Darf ich eine Redezeit von fünf Minuten für jeden Redner vorschlagen. Sind Sie damit einverstanden?

(Zuruf: Jawohl, Schluß der Rednerliste!)

Nein, es wäre noch nicht zweckmäßig, die Rednerliste zu schließen.
*Piechl*: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde! Immer wenn ich zu einer Tagung der Christlich-Sozialen Union komme, habe ich sehr große Bedenken, weil so viele Leute in unserer Mitte sind, die ihre Leidenschaft nicht zügeln können und die gar nicht darüber nachdenken, in welch schwerer Zeit wir eigentlich leben. Was wir heute wieder gehört haben, ist der Ausfluß persönlicher Gegensätze. Wenn wir diese Gegensätze weiter vertiefen, dann brauchen wir uns von der Zukunft gar nichts mehr zu erhoffen.

(Sehr richtig!)

Wir sind doch hier nicht als eine Versammlung der Raucher oder sonstiger Interessenten, sondern wir sind vom bayerischen Volk gewählt worden als Abgeordnete, und die anderen Herren und Damen, die hier sind, sind gewählt, weil man von ihnen weiß, daß sie sich für Politik interessieren und daß sie bereit sind, für das Volk einzutreten.
Wenn ich heute nach Hause komme, und die Leute fragen mich: Was ist eigentlich in Augsburg geschehen, so muß ich die Leute anlügen, ob ich will oder nicht. Denn darüber besteht kein Zweifel: Wir unterhalten uns immer [einen] dreiviertel Tag lang über Gegensätze und das andere Viertel über das wirkliche Problem. Wir sprechen über das, was uns entzweien kann, und nicht über das, was uns zusammenführen könnte. Wenn wir das nicht machen, helfen uns alle guten Grundsätze nichts.
Ihr wißt ganz genau, ich gehöre weder dem rechten noch dem linken Flügel an. Ich bin vom Bauernverband in der ehrlichen Absicht zu der Union gekommen mitzuar-

beiten. Meine Freunde, die mich kennen, wissen ganz genau, daß ich nicht die Entzweiung will, sondern daß ich den positiven Gedanken des Zusammenarbeitens und der Liebe hochhalte. Aber wenn ich immer auf Führerseite sehen muß, von den Leuten, die Hochschulstudium genossen haben, daß sie nicht in der Lage sind, uns zusammenzuführen, dann muß ich fragen: Wer soll uns eigentlich zusammenführen? Müssen *wir* die Zügel in die Hand nehmen, wir, die wir eine einfache Volksschule genossen haben? Sind die anderen Herren nicht in der Lage, die den humanistischen Bildungsgang durchgemacht haben, daß sie uns den Weg zeigen, den wir gehen müssen? Ihr wißt doch ganz genau, daß wir draußen auf dem Lande guten Willens sind mitzuarbeiten, daß wir insbesondere erfreut sind, wenn die Katholiken und Protestanten heute zusammenhelfen, und daß das schon eine ganz große Sache ist,

(Zuruf: Nicht mehr lange!)

die wirklich wert ist, daß man sie nicht bloß registriert, sondern daß man sie in allen Windrichtungen erzählt.

Dann möchte ich schon bitten: Warum unterhalten wir uns immer über die Gegensätze? Ist es denn nicht möglich, daß wir jetzt einmal eine Linie von *Müller* bis zum *Hundhammer* zusammenbringen? Geht das nicht? Müssen wir immer bei der Sozialdemokratie anfragen, was wir tun und lassen müssen?

(Lebhafter Beifall.)

Ist es nicht unerhört, wenn wir in der Zeitung wieder lesen, von dieser und jener Seite ist wieder hergeschossen worden, der und jener ist wieder bloßgestellt worden? Wer wird am nächsten Tag wieder bloßgestellt werden? Sind wir dazu da, daß wir uns gegenseitig verdächtigen? Sind wir nicht vielmehr dazu da, daß wir uns gegenseitig unterstützen?

Vorhin hat der Herr Ministerpräsident, unser Freund *Ehard* gesprochen. Ich weiß, daß hier in bestimmten Kreisen Verschnupfungen, so möchte ich sie einfach nennen, vorhanden sind. Ich weiß, daß besonders draußen in Franken die Situation schwieriger ist als bei uns in Oberbayern, in Niederbayern und in der Oberpfalz. Aber findet man denn hier nicht auch wieder einen Weg?

Ich habe vorhin mit Schrecken gehört: Die Union muß auffliegen, wir können nicht in der Union bleiben. Ich habe das schon im Fraktionszimmer, im beratenden Landesausschuß bzw. in der Verfassunggebenden Landesversammlung immer wieder gehört. Ich habe zu den Leuten gesagt: Ich hoffe, daß Ihr so viel Männer seid, das zu verhindern, was für das bayerische Volk von katastrophaler Bedeutung wäre.

An Euch, insbesondere an die Junge Union, richte ich den Appell: Seid in dieser Hinsicht vernünftig! Denn ich habe hier die Wahrnehmung gemacht: Wenn einer von der Gegenseite aufsteht - er kann auch einmal etwas Vernünftiges sagen -, dann sagt man sich: Das erkennen wir nicht an, das hat der und der gesagt, das ist eine Unverschämtheit, daß er das sagt, ob er nun *Horlacher* oder *Müller* oder *Hundhammer* heißt, das ist ganz egal. Wenn einer spricht, kann ihm der andere schon deswegen nicht zustimmen, weil er eben *der* ist, weil er der Huber ist, weil er der Meier ist, weil er einfach ein unverschämter Kerl ist.

Soweit sind wir gekommen. Das ist die Lage. Wenn wir uns über dieses Niveau nicht hinausheben können, helfen uns alle Versammlungen nichts. Da kann man den Landesausschuß fünfzigmal einberufen, und die Fraktionssitzung kann sechzigmal abgehalten werden. Dann hilft es alles nichts. Ich richte daher den dringenden Appell an Euch: Wollt Ihr bereit sein, wieder zusammenzustehen, wollt Ihr jetzt wieder in die

Presse hinaustragen, von mir aus zum *Pix* in Landshut oder in die Süddeutsche Zeitung, daß es in Augsburg wieder lustig hergegangen ist, oder wollt Ihr sagen: Wir haben uns zusammengefunden, und wir werden in den nächsten acht Tagen bereit sein, all das, was an Hemmungen, an Dissonanzen aufgetreten ist, zu beseitigen zu versuchen. So etwas wollen die Leute hören. Sie wollen draußen nicht soviel von der Politik hören. Sie wollen sehen, daß etwas geschieht.
Der Schwarze Markt floriert noch tadellos. Im Wirtschaftsministerium geht es auch recht lustig zu. All das wissen wir ganz genau und weiß das Volk. Das Volk wünscht, daß sich da etwas ändert. Es unterhält sich weniger darüber, ob wir das eine oder andere richtiggemacht haben. Es weiß genau, daß die Abgeordneten und Minister entsprechend ihrer Unvollkommenheit auch Fehler machen. Aber das Volk will einmal einen guten Willen sehen. Diesen guten Willen sieht das Volk nicht, weil die Spitzen der Union nicht für das Volk arbeiten, sondern sich gegenseitig beschimpfen und anspeien.
So ist die Lage in Wirklichkeit. In diesem Sinne möchte ich hoffen, daß es anders wird.

(Lebhafter Beifall.)

*Berger* (Landshut): Meine Damen und Herren! Ich bin erst vor kurzer Zeit aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekommen. Ich habe in England drüben auch an der politischen Erziehung gearbeitet. Wir haben die politische Entwicklung in Deutschland zu einem großen Teil von außen gesehen. Was in letzter Zeit hier vorgeht, entspricht absolut nicht den Gedanken, die wir uns draußen über Deutschland gemacht haben. Verfallen Sie ja nicht in den Fehler, in den die SPD 1918 und 1919 verfallen ist, daß Sie einen parlamentarischen Kuhhandel über die Köpfe der Wähler hinweg machen und die Wähler überhaupt nicht mehr fragen, sondern lediglich als Stimmvieh für Sonderinteressen gebrauchen.
Das nur ganz kurz, denn es wird heute noch sehr viel geredet. Ich habe nicht viel zu sagen. Ich möchte nur eine Erklärung abgeben: Ich habe vorhin seltsamerweise von einem Telefonanruf gehört, den Herr *Ziebell* oder die SPD an Dr. *Hundhammer* durchgegeben habe, daß Dr. *Müller* vorhabe, die wichtigsten Ministerien der SPD zu überlassen.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Der Anruf war an die Fraktion gegangen!)

Um es ganz genau zu sagen, zwei Tage zuvor habe ich persönlich mit einem befreundeten führenden Politiker der SPD geredet und mich mit ihm unterhalten. Dabei hat er mir erzählt, daß eben in diesem Augenblick ein Kabinett *Müller* vorläge, ein reines CSU-Kabinett, und zwar mit folgenden Namen: Ein Herr *Seidel*, Dr. *Ankermüller* als Innenminister, Stadtpfarrer *Muhler* als Kultusminister, Frau *Deku* als Staatssekretärin, Herr *Deku* als Staatssekretär in einem anderen Ministerium.
Man sagt, Dr. *Müller* sei stur. Es wird ihm das oft vorgeworfen. Wenn nun der SPD zwei Tage vor der Wahl des Ministerpräsidenten ein angebliches CSU-Kabinett vorliegt und einen Tag später Dr. *Müller* die wichtigsten Ministerien schon wieder der SPD überläßt, so halte ich das kaum für möglich.
Der Herr von der SPD hat auch gesagt, der SPD sei bekannt geworden, daß Dr. *Müller* sämtliche SPD-Beamten, angefangen vom Ministerialdirektor bis herunter zum Landrat, entlassen würde. Woher diese Informationen kommen, ist mir unerklärlich. Er hat auch gesagt, daß die Grundlage für die SPD für ihren Eintritt in eine Koalitionsregierung die bedingungslose Annahme des Aktionsprogramms sei. Ich frage mich, ob

das derzeitige Kabinett dieses Aktionsprogramm auch bedingungslos angenommen hat.
Dr. *Horlacher*: Meine vorige Äußerung war ganz privat und ist in ganz anderem Zusammenhang gefallen. Ich bitte, sich also zu mäßigen. Wenn ich öffentlich gesprochen habe, so habe ich immer die Interessen der CSU wahrgenommen. Das wird niemand bestreiten wollen. Wenn ich hier öffentlich etwas sage, das jeder hören kann, werde ich auch dazu stehen, das vertrete ich auch. Meine private Meinung behalte ich mir trotzdem vor. Das ist eine Frage für sich. Freund *Haußleiter* weiß genau, daß ich zu ihm schon mehr gesagt habe.
*Haußleiter*: Ich zu Dir auch, *Michel*!
Dr. *Horlacher*: Wir sind hier keine Hofdamenversammlung, wir brauchen davon kein Aufhebens zu machen.

(Zuruf: Zum Thema!)

Ich habe Verständnis für die Jugend. Ich weiß selber, was ich zu tun habe. Solche Zwischenrufe kann man ruhig unterlassen.
Darf ich gleich auf die letzte Frage hinweisen, die das Aktionsprogramm der SPD betrifft. Ich glaube, wir dürfen es noch zum hundertsten Male wiederholen, dann wird es noch nicht geglaubt, weil manche Leute mit Voreingenommenheit an die Dinge herangehen. Letzten Endes müssen es die wissen, die selber bei den Verhandlungen dabeigewesen sind.
Dazu möchte ich zwei Dinge mit Klarheit feststellen: Weder das CSU-Programm noch das Aktionsprogramm der SPD ist angenommen worden. Das wäre ein purer Unsinn. Niemand kann das Programm einer anderen Partei annehmen. Es ist in der Presseerklärung, die offiziell an die DANA hinausgegeben wurde, auch festgestellt worden, daß sich bei Durchprüfung beider Programme ergeben hat, daß eine sachliche Zusammenarbeit aufgrund dieser Programme möglich ist. Das ist doch eine rein nüchterne Feststellung, weil die Programme naturgemäß in bestimmte Linien einmünden müssen.
Ja, ich gehe sogar noch einen Schritt weiter. Was tut dem Volk am dringendsten not? Daß wir alle miteinander zusammenstehen, um die Auswüchse des verheerendsten Kapitalismus, der im Wirtschaftsministerium konzentriert ist, auszumerzen! Ich bin selbst von Industriellen über das Schiebertum auf dem Gebiet der Textilindustrie unterrichtet worden. In das Wirtschaftsministerium gehört ein Mann hinein, der die Fachkenntnis hat, um auszumisten und auszumerzen.
Ich glaube, daß die Mehrheitsverhältnisse im Kabinett der CSU und der SPD so sind, daß die CSU ihr volles Gewicht in der Kabinettsarbeit in die Waagschale werfen kann. Auch die sachlichen Grundlagen und die Personalverhältnisse werden dadurch korrigiert.
Nun zur Sache selber. Der Abgeordnete ist nach der Verfassung - und es war nie anders - zuständig für die Aufgaben des Parlaments. Im Parlament ist der Ministerpräsident [*Hans Ehard*] mit Zweidrittelmehrheit gewählt. Es ist also nicht richtig, daß der Stimme des Volkes nicht Rechnung getragen worden sei. Das notleidende Volk verlangt die Zusammenarbeit. Es ist Aufgabe der Parteien, die Zusammenarbeit so zu regeln, daß den Machtverhältnissen, wie sie den Parteien entsprechen, Rechnung getragen wird. Es ist auch nicht so, daß die CSU von der Wählerschaft einen überwältigenden Auftrag bekommen hat. Den haben wir gar nicht bekommen.

(Zuruf: Aber in Eichstätt!)

Nein! Wir haben 52% der Stimmen bekommen,

(Zuruf: Die absolute Mehrheit!)

2% mehr als die absolute Mehrheit. In der Zeit der Not müssen wir den sachlichen Gesichtspunkten Rechnung tragen. Ich bleibe dabei, was ich in einer Fraktionssitzung ausgeführt habe: Sie können beschließen, was Sie wollen, ein Teil unserer Abgeordneten bleibt nach wie vor seinem Gewissen verantwortlich, und einer Regierung, die in dieser Notzeit keine Koalitionsregierung ist, werde ich niemals meine Zustimmung geben.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Michel Horlacher* hat am Schluß sehr energisch gesagt, jeder Abgeordnete sei seinem Gewissen verantwortlich. Das gilt aber selbstverständlich für alle Abgeordneten, nicht nur für einen Teil.

Ich darf als nächstem Redner Parteifreund *Klenk* das Wort erteilen.

*Klenk*: Parteifreunde, meine Damen und Herren! Wenn ich mich heute entschlossen habe, das Wort zu ergreifen, dann nur deshalb, weil es mir tief in der Seele sitzt, mit Klammern eingegraben. Ein Jahr stehe ich nun als Kreisvorsitzender in der CSU, angefangen von den Gemeindewahlen bis zur letzten Wahl als alleiniger Vertreter der CSU im Landkreis Uffenheim. Ich stehe dort auf verwaistem Posten. Ich habe von niemandem und von keiner Seite Unterstützung, weder in finanzieller noch in praktischer Beziehung.

Als dann die Union mit überwältigender Mehrheit siegte, war es für mich ein Lohn meiner großen und vielen Arbeit, die ich im Interesse der Union geleistet habe. Ich habe im Laufe dieser Kampfzeit meine Arbeit niedergelegt und mich dabei finanziell nicht verbessert, sondern um die Hälfte verschlechtert. Am Krankenbett zu Hause habe ich nun in den letzten Tagen so viele Besuche bekommen, die mir immer wieder erklärt haben: Wie war es möglich, daß eine solche Regierung zustandekommen konnte, wie wir es im Radio hören und in der Presse lesen müssen? Was Du uns gesagt hast, können wir nicht mehr glauben. Wir fordern von Dir Rechenschaft. Ich lag als kranker Mann im Bett. Ich bin froh, daß ich im Bett war, denn sonst wäre ich umgefallen.

Ihr habt heute schon von meinem Vorredner aus Franken gehört, daß wir alle auf verlorenem Posten stehen, wenn nicht in absehbarer Zeit etwas Positives erreicht wird. Ich bin gestern mit Genehmigung des Arztes hierhergefahren. Ich bin überhaupt nur nach Augsburg gekommen, um hernach wieder innerlich überzeugt nach Hause gehen und meinen Wählern sagen zu können, was ich ihnen einstmals in den 73 Gemeinden in vier Wahlkämpfen allein ein Jahr lang vorgepredigt habe.

Ich stehe vor Ihnen als ehemaliger Marxist und jetzt überzeugter Christ, der in die Union gekommen ist in der festen Überzeugung, dem Marxismus mit seiner persönlichen Kraft entgegenzutreten. Ich stehe hier vor Euch als Mann der Christlich-Sozialen Union, als Sohn eines sozialdemokratischen Vaters, der von 1918 bis 1933 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei war. Ich habe mich durchgerungen. Ich mußte mein Vaterhaus wegen meiner christlichen Überzeugung verlassen. Ich kämpfe heute mit meinem letzten Blutstropfen. Ich glaube, wenn es vergebens ist, kann ich auch als Feind der Christenheit wieder aufstehen

(Zuruf: Oho!)

und sagen: Christenheit, Du hast mich betrogen.

Ich habe mich so darüber gefreut, daß alle evangelischen und katholischen Christen in der Union vereinigt sind. Heute muß ich mir sagen lassen: Wir als Evangelische wer-

den katholisiert. Nein, das darf nicht sein. Ich habe mich dagegen gewehrt und mich gefreut, sagen zu können: Nein, das erlebt Ihr von uns nicht. Denn die Union ist so stark, und was noch nicht ist, das wird noch.
Wenn heute der Vorsitzende das Schlußwort sprechen wird, so hoffe [ich] doch mit der Befriedigung nach Hause gehen zu können, daß ich nicht auf verlorenem Posten stehe, sondern daß all die Arbeit und Mühe nicht nur bei mir, sondern überhaupt in ganz Franken, in Oberfranken, in Mittelfranken und Unterfranken, nicht umsonst gewesen ist. Wir haben dort gekämpft wie die Löwen, wie echte bayerische Löwen. Wir können nicht von München allein aus Bayern betrachten, sondern wir müssen auch an die armen Menschen denken, die um ihr Dasein und um ihre christliche Idee kämpfen, und wir müssen sie ein wenig unterstützen.
Zur Personalpolitik der SPD darf ich Ihnen sagen: Bei uns haben sie alle Männer abgeschossen, die in der Union standen, nur mich allein nicht, weil ich vielleicht nicht so dick und fett bin, daß man mich greifen kann, weil man bei mir keine Parteinummer finden wird. Aber, meine Herren, man dichtet mir an, daß ich SS-Hauptmann gewesen sei, Parteimitglied mit der Nr. 2.000.000 usw. - Dieses Gerücht geht heute bei uns um, weil ich allein noch für die Union dastehe und sie mir als ehemaligem Sozialdemokraten nichts nachweisen und vormachen können. Das können sie nur ihren Wählern draußen weismachen. Ich bin von Kindheit an etwas anderes von den Sozialdemokraten gelehrt worden. Aus diesem Grunde bin ich ihnen auch heute ein Dorn im Auge. Einen Landrat haben sie uns abgeschossen. Wir haben den zweiten gewählt. Er ist im August gewählt worden, und heute ist er noch nicht da. Ein 79-jähriger Mann muß seine Arbeit machen. Er hat jetzt in diesem Winter einen Fuß gebrochen.
Ich stehe im Landkreis Uffenheim allein, und hier sind solche Zustände. Vierundzwanzigmal mußte ich nach München kommen und vierundzwangzigmal enttäuscht wieder nach Hause zurückkehren. Ich habe immer gekämpft, habe immer wieder Vertrauen gehabt, nachdem mir nach jeder Sitzung wieder ein Lichtstrahl ins Herz gefallen ist und ich beruhigt nach Hause gegangen bin und gesagt habe: Ich muß auf diesem Posten aushalten bis der Tag kommt, wo unsere Partei die Mehrheit hat. Heute hat sie sie. Was habe ich aber erlebt? Ein Fiasko, die traurige Mitteilung von dieser Kabinettsbildung.
Ich bin absolut nicht mit dieser Regierung einverstanden. Wie konnte es kommen, daß man gerade die wichtigsten Ministerien mit Männern der SPD besetzt? Die Sozialdemokraten schrieen draußen herum: In der Verfassunggebenden Versammlung haben wir uns durchgesetzt: Wir sind diejenigen gewesen, die die große Partei der Union über die Ohren gehauen haben usw. usw. Heute lächeln sie uns an und sagen: Auch hier haben wir wieder gesiegt, was wollt Ihr denn, ohne uns könnt Ihr nichts tun. Wir aber wollen beweisen, daß wir auch ohne sie durchkommen und unserem Volk in der großen Not helfen können. Denn da, wo die christliche Nächstenliebe ist, ist die wirklich soziale Tat und sonst nirgends. Mit bloßen Phrasen, mit denen sie draußen herummarschieren, können wir nichts anfangen. Wir wollen arbeiten. Es ist nicht gleichgültig, ob der oder jener den Pickel oder die Schaufel hat. Nein, wir müssen fragen: Wer hat das Werkzeug und wer arbeitet mit dem Werkzeug? Wir müssen schon um unserer Frauen und Mütter willen zu einer klaren Stellungnahme kommen. Ich weiß als junger Ehemann mit drei Kindern, wie man mir und meiner Familie Schwierigkeiten bereitet hat, die Kinder christlich zu erziehen. Ich habe mich auch hier durchgerungen. Auch jetzt stehe ich wieder kämpfend und schützend vor meinen Kindern. Sie sollen nicht mitmachen müssen, was ich in meinem eigenen Leben habe

mitmachen müssen. Und darum bin ich heute christlich, aber nicht nur ein Christ des Lippenbekenntnisses, sondern Christ der Tat. Dasselbe erwarte ich von der Christlich-Sozialen Union ein für alle Mal.
Ich möchte heute nicht heimgehen mit dem Bewußtsein, nun endgültig aufzugeben, sondern befriedigt und ruhig mit der Hoffnung: Die Union ist nicht auseinandergefallen, sie hat sich doch gefunden. Das soll mein einziger Wunsch sein. Ich will meinen Wählern sagen können: Habt Geduld, die Union steht trotz allen Anfechtungen und Bekämpfungen, die sie durchzustehen hatte.
Meine Herren, ich bin nicht vorbestraft, wie bei uns der Unterbezirksleiter der SPD, der 87 Monate Gefängnis und 116.000 Mark Geldstrafe hinter sich hat. Wer dirigiert aber bei uns? Dieser Mann mit diesem Leumundszeugnis. Und wir als anständige Menschen werden an die Wand geknallt, wie man es gerade braucht. Wir haben nichts zu sagen. Dabei stellen wir von 38 Kandidaten im Kreistag 32. Sie aber führen den ganzen Landkreis. Nirgends haben wir die Macht. Wir können hinkommen, wo wir wollen. Der Regierungspräsident ist SPD, der Innenminister ist SPD, nirgends bekommen wir Hilfe.
In dieser Not stehen wir heute. Wir müssen erwarten, daß wir endlich Hilfe bekommen und nicht dauernd diesen Angriffen ausgesetzt sind. Wir müssen erwarten, daß sich auch die Parteileitung einmal durchsetzen kann, wenn wir ihr das ganze Material übergeben.
Damit möchte ich schließen und nochmals die dringende Bitte an Sie richten: Seht die Union als Union, als Ganzes an. Laßt die großen Politiker, wenn sie nicht wollen wie das Volk will, von außen zuschauen, wie dann das Volk Politik macht. Denn wir sind heute Demokraten. Weil wir aber Demokraten sind, lassen wir uns nicht einfach als Jugend oder als Männer, die aus dem Volke kommen, an die Wand drücken. Das geht nicht. Man soll auf uns hören und nicht einfach sagen: Ihr versteht nichts, ihr seid noch keine Politiker usw. Ich war schon als Kind Politiker. Mein Vater hat mich dazu erzogen, die Wahrheit zu erfahren und nach der Wahrheit zu fragen.
Meine Herren, die Union soll stehen. Sie soll aber richtig stehen. Alle Persönlichkeiten der Union sollen sich nach der Mehrheit richten. Wenn sie mit dieser Mehrheit nicht durchdringen, sollen sie nicht glauben, daß sie durch irgendwelche Schiebergeschäfte durchdringen können. Das kann für die Union in der Zukunft nicht gut sein.
Aus diesem Grunde möchte ich zum Schluß sagen: Unionsmänner, seid Christenmänner und wirkliche Christen der Tat und helft unserem in Bayern so darniederliegenden Volk.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich sagen: Ich habe Parteifreund *Klenk* nicht unterbrochen, sondern länger als fünf Minuten reden lassen, weil ich weiß, daß er einer der aktivsten Mitarbeiter ist. Er ist Jungsozialist gewesen, wie er mir gesagt hat, und kam nach hartem inneren Kampf zur Union. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir gerade solche Männer, für die die Union wirklich zum inneren Erlebnis geworden ist, auch hören wollen. Ich weiß auch - und das muß ich ausdrücklich feststellen, damit nicht wieder hernach Märchenmeldungen auftauchen, als ob die Union einen SS-Hauptmann bei sich hätte. Es ist selbstverständlich eine Lüge, wenn das über *Klenk* behauptet wird. Er sagte es nur, um zu zeigen, mit welchen Mitteln in dem dortigen Bereich gekämpft wird. Es ist wahr, daß in Uffenheim, wo unser früherer Freund *Nerreter* war, der Kampf wirklich mit am bittersten im gesamten mittelfränkischen Bereich geführt wird.

*Konrad*: Wir haben heute Stimmungsbilder aus den verschiedenen Bezirken gehört. Wir haben persönliche Auseinandersetzungen und auch sachliche Argumente vernommen. Ich habe auf dem Parteitag darauf hingewiesen, wieviel Grund heute zum Mißtrauen gegenüber den Verlautbarungen der Presse besteht, was man in der Presse an Nachrichten als zuverlässig annehmen kann und was nicht. Ich habe die Beobachtungen gemacht, daß die gesamte Presse, soweit sie mir zur Verfügung stand, sehr häufig doch weitgehend einseitig informiert wird. Wir kommen hier zusammen und sind in der Hauptsache durch die Presse unterrichtet. Ich bin aber der Meinung: Wenn wir zu einer Tagung zusammentreten, müssen wir möglichst ohne Vorurteil einmal hören, was eigentlich gespielt wurde und wie die Dinge gelaufen sind. Ich habe persönlich den Eindruck, es wird viel mehr darauf ankommen, daß wir endlich erkennen: Mit Flügeln und Auseinandersetzungen allein können wir unserem Volk in der gegenwärtigen Zeit nicht dienen.

(Sehr richtig!)

Wir brauchen eine größere Linie, die das große Ganze sieht, die sieht, was unserem Volke heute not tut. Und da, glaube ich, ist es vor allem wesentlich, wenn gefragt wird, was wir draußen sagen wollen.

Wir sind alle von den Vorgängen nicht erbaut, sondern geradezu erschüttert. Aber das heute wiederholt aufzurühren, hat wenig Sinn. Wir werden hinausgehen und unsere Union nicht herabsetzen, sondern wir werden sagen: Es gibt zwei große Auffassungen, die eine Auffassung geht dahin, die Union hat aufgrund ihrer Mehrheit den Auftrag zu regieren. Die andere Auffassung aber vertritt den Standpunkt: In dieser ungeheuren Notzeit ist der Burgfrieden notwendig und müssen alle zusammenhelfen. Man kann bei gutem Willen jeder Ansicht einen gewissen Respekt und Achtung entgegenbringen. Wir haben den Streit um diesen Meinungskampf in den Vordergrund zu stellen. Das ist dann Politik, das andere kleinlicher Zank.

Ich will nicht näher darauf eingehen, ob es klug war, wenn schon eine Kommission mit dem Parteivorsitzenden, dem Fraktionsführer usw. beauftragt ist zu verhandeln, zwischendurch Leute zu hören und ihnen Auskunft zu geben, wie es z.B. der Herr Kollege oder Parteifreund *Haußleiter* berichtet hat. Ich habe den Eindruck, daß Verhandlungen sehr gestört werden, wenn zwischendurch verhandelt wird. In solchen Situationen können einfache Leute ihre Meinung äußern. Wer aber in der Nähe des Parteibüros ist, müßte sich Zurückhaltung auferlegen.

Aber auch darauf kommt es nicht entscheidend an. Da nun die Dinge etwas verfahren sind, muß gesehen werden, wie ein Ausweg gefunden wird. Nachdem der Fraktionszwang aufgehoben war, blieb nichts anderes übrig, als daß der einzelne nach seinem Gewissen urteilte. Es bleibt als demokratisches Ergebnis die Stellungnahme der einzelnen Abgeordneten übrig. Dabei bitte ich zu bedenken: In keinem Parlament der Welt kann allein von außen her bestimmt werden, wie sich in einer Lage, in der wir jetzt in Bayern und Deutschland stehen, der einzelne Abgeordnete verhält, ehe er alle Umstände kennt. Er kennt sie nur, wenn er im Parlament zusammen mit seinen Kollegen die Dinge durchberät und hört, wie es steht.

Ich komme zum Schluß, nachdem ja die Zeit beschränkt ist. Ich möchte nur darauf hinweisen, wie die Gesamtsituation ist. Ich halte es für unmöglich, daß wir hinaustreten und denjenigen, die die Union sprengen wollen, das Material bieten.

(Sehr richtig!)

Eine jede Entschließung muß so viel Vernunft und Verstand aufweisen, daß sie uns nicht selber das Grab gräbt. Sie muß so lauten: Wenn wir auch unsere Besorgnis und

Bedenken äußern, müssen wir aber den Mut und den Willen haben, zu dem Grundsatz zu stehen, der früher vertreten worden ist. Da sage ich: Wenn eine Dummheit wirklich gemacht worden ist, in Gottes Namen, dann machen wir sie gemeinsam.

(Zuruf: Nein! Lebhafter Widerspruch.)

Ich sage nicht den Weg. Es ist eine Geschichtsklitterung, wenn man der Bayerischen Volkspartei nachsagen wollte, sie hätte nicht ihr möglichstes getan. Da müßte man anfangen, von der Harzburger Front und von anderen Kräften zu sprechen. Darauf will ich nicht eingehen.

Ich will nur zum Schluß sagen, meine lieben Freunde: Es ist notwendig zu betonen, was uns zusammenführt und welch gewaltige Aufgabe die Union hat. Wir können dann weiter Stellung nehmen, wenn es nicht gelungen ist, das einigermaßen durchzuführen, was menschenmöglich ist.

Deshalb bitte ich unsere Parteifreunde, sich für die Geschlossenheit einzusetzen und nicht für die Zerfahrenheit, für die Einigung in der Union, damit sie der Aufgabe Rechnung tragen kann, zu der sie berufen ist.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde, es liegen noch 15 Wortmeldungen vor. Ich möchte vorschlagen, wenn Sie einverstanden sind, Parteifreund *Pfeiffer* vorher zu hören. Er käme an sich später daran. Ich würde bitten, daß er gleich jetzt spricht. Fassen Sie es nicht falsch auf! Ich will nicht unnötig kürzen, sondern nur insoweit, daß wir mit der Zeit durchkommen. Wir müssen zu Entschließungen klar Stellung nehmen. Wir können nicht auseinanderlaufen, ohne das zu tun, oder wir müssen beschließen, daß wir beisammenbleiben und morgen weitertagen.

Damit das klargestellt ist, darf ich fragen, ob die Parteifreunde der Meinung sind, daß wir morgen weitertagen sollen?

(Zurufe: Nein!)

Niemand ist dieser Meinung. Dann darf ich vorschlagen, daß jetzt Parteifreund *Pfeiffer* spricht. Ich würde vorschlagen, die Redezeit nach der Rede des Parteifreundes *Pfeiffer* weiter zu kürzen.

Ich bitte dann noch die Freunde, die eventuell Anträge stellen wollen, diese rasch einzureichen. Dann wird konkret zu den Anträgen und Resolutionen gesprochen, und jede andere Diskussion fällt weg. Vor allem bitte ich, das Thema Bayerische Volkspartei und dergleichen nicht zu behandeln. Es hat keinen Sinn. Eines aber darf ich sagen, weil Worte in diesem Sinne gefallen sind: Wenn wir weiter sprechen und Resolutionen fassen, hoffentlich kommt es nicht zum Bruderkrieg, denn Bruderkrieg ist immer der erbittertste Krieg. Beginnen Sie bei uns nicht schon jetzt, wenn die Resolutionen diskutiert werden, einen Bruderkrieg, den wir unter Aufbietung aller Kräfte vermeiden wollen.

Ich erteile Parteifreund *Pfeiffer* das Wort.

Dr. *Pfeiffer*: Meine Damen und Herren! Von dem, was sich bei der Bildung der neuen Regierung an Einzelheiten ergeben hat, ist, glaube ich, hinreichend gesprochen worden. Es obliegt uns jetzt die Pflicht, das tatsächliche Ergebnis noch einmal zu umreissen und dann aus den widerstrebenden Meinungen innerhalb der Union den Versuch zu machen, zu einer Schlußfolgerung für unser weiteres Verhalten zu kommen. Über das Ergebnis der Regierungsbildung, die in der Presse und im Radio noch nicht eingehend besprochen werden konnte, möchte ich folgende Feststellung machen: Aufgrund der Vorschriften der Verfassung, daß in jedem Ministerium ein Staatssekretär vorhanden sein muß, ergibt sich jetzt ein Gesamtbestand von 24 Personen, die die

Bayerische Staatsregierung bilden und die alle das gleiche aktive und passive Stimmrecht innerhalb der Regierung haben. Nach der Verfassung bestimmt der Ministerpräsident die Richtlinien der Politik. Der Ministerpräsident ist tatsächlich der maßgebende Mann. Von den 24 Mitgliedern der Regierung gehören 15 der CSU an, acht der Sozialdemokratie und eins der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung.
Über die einzelnen Ministerien ist zu bemerken: Bei der Frage des Innenministeriums, das wegen der Person des bisherigen Ministers der Sozialdemokratie besonders am Herzen liegt, wenn diese Überlassung an die Sozialdemokratie bestehen bleibt, hat sich eine wesentliche und grundsätzliche Änderung gegenüber der früheren Bedeutung ergeben. Die ganze Personalpolitik ist durch das dem Ministerpräsidenten unterstehende Landespersonalamt der bisherigen Einflußnahme durch das Innenministerium entzogen. Außerdem sind bei den Landräten doch auch die Kreistage maßgebende Faktoren.
Weiter soll nach der Koalitionsvereinbarung der politische Stellvertreter des Innenministers ein Angehöriger der CSU sein. Drittens ist es bei dieser Gelegenheit möglich gewesen, eine sehr positive Neukonstruktion dadurch vorzunehmen, daß die bisher über drei Ministerien verteilten Aufgaben des Bauwesens nun in einer großen Abteilung zusammengefaßt werden, die praktisch die Bedeutung eines Wiederaufbauministeriums hat und an deren Spitze Staatssekretär *Franz Fischer*, Angehöriger der CSU, stehen wird. Sie haben also die Tatsache, daß die Personalpolitik weitgehend dem Innenministerium entzogen wurde, daß der politische Stellvertreter des Innenministeriums ein Mann der CSU sein wird und daß der ganz große Komplex der Wiederaufbaufragen ebenfalls in unserer Hand sein wird. Wenn der von der CSU zu stellende Staatssekretär seiner Aufgabe wirklich gewachsen ist, dann ist die Bedeutung des Innenministeriums in sozialdemokratischer Hand ganz beträchtlich herabgemindert und erhebt sich nicht mehr über den Einfluß anderer Ministerien.
Zu dem zweiten Schmerz, dem Wirtschaftsministerium, darf ich noch bemerken, daß dort zwar ein Sozialdemokrat an der Spitze stehen wird, ein Mann der gemäßigten Richtung, dessen Entwicklungsgang bereits umschrieben ist, daß die beiden Staatssekretäre aber, und zwar sowohl der, bei dem die Planung liegt, wie auch der Mann der allgemeinen Wirtschaftsprobleme, aus den Reihen der CSU genommen werden. Es wird daher unmöglich sein, daß ein einzelner Wirtschaftsminister bei der Fülle der Aufgaben die Ziele verfolgen und insbesondere in die Tat umsetzen kann, vor denen wir mit Recht einen Abscheu haben.
Beim Sonderministerium, das mir ja besonders vertraut ist, darf ich noch darauf hinweisen, daß sich die Situation ganz grundsätzlich dadurch geändert hat, daß die Weihnachtsamnestie gekommen ist. Hier möchte ich das eine sagen: Ich betrachte sie als den großen Abschluß meiner Tätigkeit, weil meine ganze Arbeit ihrer Vorbereitung gedient hat. Ich darf hier in unserem Kreise diese Tatsache noch einmal feststellen.

(Unruhe, Widerspruch!)

Ich habe als Mitbeteiligter an der Abfassung des Gesetzes die Schwächen des Gesetzes sehr genau gekannt und habe dann nach Übernahme dieses Amtes mein Bestreben darauf gerichtet, auf der einen Seite den Nachweis gegenüber unserem amerikanischen Vertragspartner zu liefern, daß die Masse der zu erledigenden Arbeit einfach nicht bewältigt werden kann, wenn wir auch arbeiten, soviel in unseren Kräften steht.
Die Erhöhung der Zahl der Kammergerichte auf 360 hat das Ergebnis gehabt, daß unter meiner Amtsführung 70.000 Entscheidungen herbeigeführt, weit über 130.000

Fälle vorbereitet wurden, so daß ich dann in den maßgebenden Besprechungen auf die Arbeit von 200.000 genau durchgeprüften Fällen hinweisen konnte. Dadurch hatte ich den Beweis geliefert, daß es bei uns nicht am guten Willen fehlt und daß man mit den besten Mitteln einfach nicht durchkommt. Ich konnte nachweisen, daß die Kritik des Generals *Clay* im Länderrat auf unzureichenden Informationen beruhte. Das Endergebnis war, daß die drei Entnazifizierungsminister ungefähr zehn Tage vor Weihnachten nach Berlin berufen wurden und am Abend den vertraulichen Auftrag bekamen, für General *Clay* die Vorschläge für eine Amnestie auszuarbeiten, die 4-500.000 Fälle aus einer Gesamtzahl von drei Millionen in der Zone umfassen sollte. Ich habe innerhalb weniger Minuten formuliert, was heute die Amnestie des General *McNarney* geworden ist. Diese Amnestie nimmt im ganzen über eine Million Fälle in der US-Zone aus dem Verfahren heraus, erledigt sie kurzerhand mit dem Betreff "fällt nicht unter das Gesetz". Damit ist einerseits die Sorge für über eine Million Menschen herausgenommen und andererseits die Möglichkeit gegeben, mit dem aufgebauten Apparat die schweren Fälle wirklich so zu behandeln, wie es das Volksempfinden verlangt.

Wenn nun jemand in diese weitere Arbeit hineinkommt, der besonders programmatisch zu sprechen pflegt, dann soll er einmal zeigen, ob er etwas Gleichwertiges hinstellen kann, was ich in diesen sechs Monaten herbeigeführt habe.

(Beifall.)

Es wird Sie interessieren, daß im Gesamtergebnis aufgrund der Besprechungen mit dem offiziellen Vertreter von General *Clay* und *McNarney* nicht 4-500.000 Fälle, sondern weit über eine Million jetzt aus der Gefahrenzone heraus sind. Ich möchte hier noch betonen: Die Amnestie hat die Grundsätze der seinerzeitigen Jugendamnestie übernommen. Daher dieser dumme Ausdruck, es sei eine Erweiterung der Jugendamnestie. Es gelten dabei die gleichen Grundsätze, nämlich daß ein bestimmter Personenkreis als "nicht vom Gesetz betroffen" bezeichnet wird, und zwar der kleine Mann - das sind die Leute, die sozial-, invaliden- und krankenversicherungspflichtig sind und ein Einkommen bis zu 3600 RM haben -, dann auf meinen besonderen Vorschlag alle Kriegsversehrten, insbesondere die Kriegsversehrten mit 50 und mehr Prozent Beschädigung.

Man wirft mir gern meine Bezeichnung des Herrn *Gessner* als Jugendamnestiegewinnler vor. Auf meinen mit aller Schärfe immer wieder vertretenen Vorschlag wurde die eigentliche Jugendamnestie bis zum 1. Januar 1913 ausgedehnt, also bis zu dem Alter, in dem die Leute 1933 noch nicht wahlberechtigt waren. Das möchte ich festhalten, damit es hier keine Geschichtsfälschung gibt.

Im ganzen fasse ich meine Ausführungen zur Regierungsbildung wie folgt zusammen: Die Bedeutung des Innenministeriums ist wesentlich anders als früher. Im Wirtschaftsministerium ist unser Einfluß sehr stark verankert. Es kann dort keine sozialistische Wirtschaftspolitik getrieben werden. Im Sonderministerium ist zugunsten unserer Partei ein bedeutender großer Erfolg zu buchen. Es wird auch in wenigen Tagen die Stunde kommen, wo man in weiterer Öffentlichkeit diese Dinge erfahren wird. Im ganzen umfaßt das Kabinett 15 Angehörige der CSU, acht Sozialdemokraten und einen Mann der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung.

Nun kommt die parteipolitische Betrachtung der Dinge. Hier dürfen Sie mir nicht übelnehmen, wenn ich nicht allzuviel Sinn dafür habe, und zwar deswegen, weil ich seit 7. Juli 1945 mitten in der Arbeit stehe und weil mir und den anderen Leuten, die

zusammengearbeitet haben, alles auf den Nägeln brannte. Wir haben die Zeit durchgemacht, wo wir jede Woche 10 - 12.000 öffentliche Gewalttaten zu buchen hatten, wo man die Sicherheitspolizei aufbauen mußte, die Zeit, wo die Flüchtlinge hereinströmten und ich den Antrag auf Errichtung eines Flüchtlingskommissariats gestellt habe, wo während des ganzen Winters jeden Tag Dinge neu anzupacken waren.
Leider hatten wir nie Gelegenheit, auf den Landesversammlungen der Partei zu schildern, was wirklich gemacht werden mußte. Deshalb berührt es mich so peinlich, wenn wir jetzt immer wieder gesagt bekommen: Jetzt muß man arbeiten. Meine Damen und Herren, wir, die wir bisher in der Regierung saßen - es war keine Koalitionsregierung -, haben keinen Tag weniger als zwölf bis vierzehn Stunden gearbeitet. Wir haben die Probleme überhaupt erst soweit bringen müssen, daß andere Leute darüber reden können. Wir haben im Alltag alles schlucken müssen, was gekommen ist. Wir haben in einem ungeheuren Ruinenfeld und Chaos überhaupt erst einmal die ersten Aufräumungsarbeiten machen müssen.
Nun kommt die parteipolitische Behandlung der Frage, ob das Vorgehen, das gewählt wurde, richtig war oder nicht. Die Dinge innerhalb der Fraktion sind schmerzlich, das jetzige Ergebnis aber ist Tatsache. Nur ein Wort zur Frage der Koalition. Meine Damen und Herren, eine sofortige Durchprüfung aller Verhältnisse in den acht Ressortministerien hat ergeben, daß überall dort, wo man etwas Materielles braucht, die neue Regierung nein sagen muß oder höchstens einen Bruchteil von den Dingen geben kann, die das Volk sich von einer Änderung des Regierungskurses erwartet. Wenn wir eine Regierung der CSU, eine Mehrheitsregierung bilden, dann kommen ja alle Leute mit ihren Wünschen und ihrem Vertrauen zu uns. Wenn wir dann nicht genug Kohle, nicht genug Elektrizität, nicht genug Glas, nicht genug Baustoffe haben, dann sind wir die Leute, die versagen. So geht es auch mit den Messern und Löffeln, den Decken und Kaffeetassen für die Flüchtlinge, mit den Baracken und allen erdenklichen Dingen. Wir werden nur einen kleinen Prozentsatz von dem auf die Beine stellen und verteilen können, was überhaupt verlangt wird.
In wenigen Monaten wird es heißen: Die CSU hat versagt.

(Sehr richtig!)

Man wird nicht glauben, daß dort, wo nichts ist, auch der Kaiser das Recht verloren hat, sondern man wird nur sagen: Das Gesuch um Baustoffzuweisung ist abgewiesen worden, der hat sein Glas nicht bekommen usw. Zählen Sie sich einmal alles zusammen, was zu bekommen ist, so werden sie nicht mehr als 15-18% an Metall und Kohle erhalten können. Wir werden die Regierung sein müssen, die in Gesetzen und Verordnungen wird sehr viel nein sagen müssen. Dann ist es sehr viel besser, daß sich das nein über alle Parteien verteilt, als wenn es allein aus dem Munde einer Mehrheitsregierung der CSU kommt.
Das ist ein Vernunftgrund. Nun kommt noch etwas anderes: Es wird ein staatspolitischer Ausschuß gebildet. Ich erhoffe mir, da ich diese Dinge zu bearbeiten habe, davon eine große Unterstützung. Aber trotz allem wird es vielleicht interessant sein, wenn Sie erfahren, daß morgen vormittag um 10 Uhr die erste große Konferenz über die Fragen des Reichsaufbaus usw. stattfindet. Diese Dinge kommen von seiten der Partei etwas zu spät. Wir haben in den zehn Tagen, seitdem die Regierung besteht, alles Erdenkliche vorbereiten müssen, weil der Ministerpräsident [*Hans Ehard*] in der nächsten Woche verantwortlich über diese Dinge sprechen muß und weil der Vorsitz im Direktorium des Länderrats auf mich übergehen wird und wir die bizonalen Instanzen aufbauen müssen. Wir müssen das schon morgen und übermorgen machen.

Wenn Sie in diese Dinge jetzt mit einer Regierungskrise hineinkommen, wenn Sie eine Regierungskrise hinstellen, wo wir die bizonalen Organe aufbauen, den Länderrat umbauen, eine Reichsverfassung vorbereiten, die Wirtschaftseinheit Deutschlands bilden, Importe und ihre Finanzierung vorbereiten müssen, wo man an die Währungsreform herangeht und, meine Damen und Herren, wo wir den Friedensvertrag vorbereiten müssen, wo wir uns in allen Zonen Deutschlands verständigen müssen, damit die Stimme unseres Volkes zur Geltung kommt, wenn all diese Sachen gemacht werden müssen, dann kann man das nicht aus einer einzelnen Partei heraus tun. Wir wissen nicht, wie weit wir all diese Dinge beeinflussen können, aber es wird die Pflicht der Regierungen sein, auf die Verhältnisse in Deutschland hinzuweisen und die Unmöglichkeit von Dingen, die uns vielleicht zugemutet werden, zu umschreiben. All diese Dinge müssen von Woche zu Woche in der Gemeinschaft eines Ministerrates besprochen werden können. Von dort aus müssen die Verbindungen in alle politischen Parteien hineinlaufen. Deswegen braucht man eine Koalitionsregierung. Das waren die tiefsten Motive für diese Richtung der Politik.

Nun kommt die Frage: Was ziehen wir aus der für einen Teil von Ihnen unbefriedigenden Lösung für Schlußfolgerungen? Ich muß sagen: Ich bin in die Seele hinein erschrocken, als einer der Redner der Bezirksverbände davon sprach, daß man eine Brücke bauen, eine Verständigungsgrundlage schaffen soll, die aber nur in einer Änderung der beschlossenen Regierung gegeben sein kann. Andernfalls komme für viele unserer bisherigen Parteifreunde nur ein Ausscheiden aus der Partei in Betracht.

(Zuruf: Jawohl!)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie diese Lösung machen, machen Sie eine klare Lösung, eine Lösung, welche der Größe der Aufgaben entspricht, die auf uns gelegt sind. Sie können damit eine Regierungskrise herbeiführen. Sie können so viel Personen von den 104 Abgeordneten der Landtagsfraktion abziehen, daß sie nicht mehr stärker sind als die Sozialdemokratie. Dann ergibt sich von selbst eine Regierungskrise. Dieses Spiel der Regierungskrise können Sie vollkommen durchexerzieren, mit allen Mitteln der Parteitaktik. Der Parteitaktik wird aber dann die Pflicht zur Verantwortung gegenübergestellt werden, die durch die Wahlen auf die Schultern der Abgeordneten der Union gelegt worden ist. Denn stumm werden die Leute, die bereit sind, in dieser Notlage die Verantwortung zu tragen, in diesen Auseinandersetzungen dann auch nicht bleiben. Darüber müssen Sie sich auch ganz klar sein.

Es steht nun bei Ihnen, daß Sie für Ihre Person Schlußfolgerungen ziehen, die Sie vor Ihrem Gewissen verantworten zu können glauben. Die Leute, deren Auffassung ich wiedergebe, fühlen sich durch die Größe der Aufgaben verpflichtet, auch unter den kritischsten und peinlichsten Verhältnissen die Verantwortung zu tragen, bis dann durch einen Schritt einer Teilfraktion der CSU im Landtag ihrem parlamentarischen und politischen Wirken der Boden entzogen wird. Sie werden das in Ruhe zu tragen wissen, aber sie werden auch wissen, die Verantwortung für diese Dinge zu umschreiben.

Wenn Sie nun fragen, was gibt es für eine andere Möglichkeit, so habe ich darauf hinzuweisen, daß ein sehr bedeutender Teil der Verstimmung, die besteht, auf unzureichender Orientierung unserer Wählerschaft beruht.

(Sehr richtig!)

Man wird vielleicht - noch einen Augenblick - nicht mit allem an dieser Regierungspolitik einverstanden sein und sein müssen. Aber daß man jetzt das Rad nicht zurück-

drehen kann, ist selbstverständlich. Es wäre richtig, jetzt das Positive, das in dieser Regierungsbildung steckt, auszuwerten. Sie haben selbst heute die verantwortungsvollen Worte des neuen Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] gehört und konnten sich, soweit sie ihn noch nicht kannten, ein Bild von seiner Persönlichkeit machen. Es wäre also richtig, die Größe der Aufgaben, die die neue Regierung zu lösen hat, so wie das in der Regierungserklärung vor dem Landtag am 10. Januar zum Ausdruck kommen wird, in die breitesten Massen unserer Wählerschaft hinauszutragen und sie für die Mitverantwortung zu interessieren, ebenso wie das auch von anderer Seite geschehen wird.

Es wäre weiter möglich, daß man diese Aufklärung in der Weise organisiert, daß die südbayerischen Abgeordneten bereit sind, in Franken zu sprechen, und umgekehrt die Franken hier. Das hat man früher in anderem Zusammenhang auch schon gemacht. Ich möchte bemerken, daß in der neuen Regierung im bedeutenden Umfang Franken vertreten sind. Nach der personellen Seite sehe ich in der neuen Regierung nur einen einzigen Mangel: Die schlechte Vertretung von Schwaben.

(Zuruf: Sind wir gewohnt!)

Ich spreche hier sehr klar, sehr deutlich. Es liegt dem Ministerpräsidenten und seinen Mitarbeitern sehr am Herzen, daß das gesamte Bayernland, so wie sich der heutige Bayerische Staat präsentiert, zur verantwortlichen Mitarbeit herangezogen wird.

Das erste wäre also, die Aufklärung mit Hilfe der Parteiorganisation hinauszutragen, das zweite, daß man, wenn man sich verständigt hat, die Gesichtspunkte des einen Landesteiles dem anderen zugänglich macht und damit die Einheit dokumentiert. Das dritte wäre folgendes: Die Fraktion ist der Träger der parlamentarischen, politischen Aktivität. Was für ein Hindernis besteht, daß man in der Fraktion vereinbart, daß von den verschiedenen Richtungen sich acht oder zehn Leute zusammensetzen und alles, was die Regierung anpackt, noch einmal miteinander besprechen, damit man nicht in die Lage kommt, bei einzelnen Gesetzentwürfen oder einzelnen Maßnahmen vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden oder in der Fraktion ins Fallen zu kommen, bevor man sich vorher zusammengesprochen hat? Nur die Zusammenarbeit kann aufgrund der nun einmal gegebenen Umstände und Tatsachen das Problem sein. Wenn Sie diese Lösung wollen, so können Sie es nur in einer Resolution dartun, daß alle Bedenken, alle Einwendungen ausgiebig besprochen worden sind, daß man sich aber zum Schluß durch den Willen zur Einheit zu einer positiven, gemeinsamen Arbeit zusammengefunden hat und daß man infolgedessen die Regierungstätigkeit unterstüzen will.

Das ist die positive Lösung, die ich dem Landesausschuß zur Verfügung stelle. Wollen Sie sich nicht dafür entscheiden, dann bleibt nur die andere Lösung, die ein oder zwei Vorredner angedeutet haben, daß die Vertreter entweder bestimmter Bezirksverbände oder, überhaupt ohne Rücksicht auf Bezirksverbände, eine Reihe von Mitgliedern der Fraktion erklären, sie können die Regierungspolitik nicht decken. Dann bilden sie natürlich eine zweite Partei, weil die Regierungserklärung doch mit einem Vertrauensvotum oder einem Mißtrauensvotum beantwortet werden muß. Dann kommt am 10. oder 11. Januar die große Dokumentierung der Uneinigkeit der Union, nicht bloß in Personenfragen, sondern auch in sachlichen Fragen. Dann ist eine Entwicklung eingeleitet, die ich im Augenblick nicht überblicken und abschildern kann, die aber zu sehr weitgehenden Folgen führen wird.

Ich fühle mich verpflichtet, Ihnen das vorzutragen. Ich bin natürlich der Wortführer des Versuchs, zu einer Verständigung zu kommen. Ich möchte nur bemerken: An der

vorgeschlagenen Resolution des Kollegen *Haußleiter* ist ohne Zweifel das falsch, daß jetzt durch die gleichen Methoden wie im Jahre 1932 zur Schaffung einer Einheitspolitik gelangt werden sollte. Auf die anderen Dinge gehe ich bei meinen Ausführungen nicht ein.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Parteifreund *Pfeiffer*. Leider Gottes ist die Zeit so weit fortgeschritten, daß ich selbst bei Parteifreund *Pfeiffer* etwas drängen mußte. Es wäre mir lieber gewesen, er hätte sich schon früher zu Wort gemeldet.
Ich darf Parteifreund *Strauß*, der sich auch später gemeldet hat, noch das Wort erteilen. Er hat in meinem Auftrag an den Verhandlungen teilgenommen. Ich darf bei dieser Gelegenheit noch feststellen: Bevor Parteifreund *Pfeiffer* die Entnazifizierung behandelt hat, hat *Strauß* bereits im letzten Sommer einen Entwurf ausgearbeitet gehabt, den ich in Berlin eingereicht habe und der die Amnestie bis zum Jahrgang 1913 vorgesehen hat. *Strauß* ist sehr aktiv und wird mich in vielen Dingen in der Parteiarbeit vertreten.
Ich darf Parteifreund *Strauß* bitten, daß er jetzt noch etwas über fünf Minuten spricht. Nachher müssen wir rasch arbeiten. Bisher steht nur ein Antrag für eine Resolution. Sollte ein weiterer Antrag eingebracht werden, dann bitte ich, ihn sofort einzubringen, damit wir nachher konkret das Thema zu Ende bringen können.
*Strauß*: Meine Damen und Herren! Ich will Ihre Geduld nicht lange mißbrauchen. Der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] hat vorhin davon gesprochen, daß der Weg der sachlichen Arbeit oder der Weg des Personenstreites beschritten werden kann. Wir müssen es für uns selbstverständlich ablehnen, ganz gleich, ob wir einem Flügel angehören oder nicht, daß wir den Weg des Personenstreites beschreiten. Der Weg des Personenstreites ist der Weg zum Ende der Union. Aber auch auf der anderen Seite dieser Alternative, auf dem Wege der sachlichen Arbeit, kann man durchaus verschiedener Meinung sein. Die bange Frage, die sich uns heute aufdrängt, ist die Ungewißheit - ich darf offen sprechen, und ich bitte alle, es mir nicht übelzunehmen - ob bei der heutigen Zusammensetzung des Kabinetts eine eindeutig klare Unionspolitik, wie sie unsere Wählerschaft und auch unsere Nichtwähler wünschen, gesichert ist, ob eine klare Unionspolitik gerade in den entscheidenden Ministerien zustande kommen kann.
Als der Innenminister neuerdings in der Person des verflossenen und jetzt wiedererstandenen Herrn *Seifried* auftrat, haben wir eine bange Besorgnis erlebt. Eine Umfrage bei meinen Bürgermeistern und bei meinen Landratskollegen hat das gleiche ergeben. Hoffentlich hat der Herr Staatssekretär *Pfeiffer* damit recht, daß die bisherige unselige Personalpolitik der SPD im Innenministerium auf der einen Seite und unser Alleinstehen auf weiter Flur gegenüber dem roten Ministerialratskorps auf der anderen Seite nunmehr trotz des SPD-Innenministers im Innenministerium sein Ende gefunden hat.
Sie müssen sich darum im klaren sein, daß unsere Landräte, die zu 90% der Union angehören, unsere Bürgermeister, die in Bayern zu 80% Unionsmitglieder sind, gerade auch in der inneren Verwaltung einen eindeutig klaren Unionskurs brauchen und ihn wollen, um bestehen zu können.
Darf ich zur Frage des Wirtschaftsministeriums noch eines erwähnen. Der christlichsoziale Gedanke auch im Wirtschaftsleben, im sozialen Leben ist nicht erst im letzten Jahr geboren worden. Die christlich-sozialen Ursprünge reichen weit in das 19. Jahr-

hundert zurück. Es ist jetzt an der Union zu erweisen, ob es eine christlich-soziale Wirtschaftspolitik gibt oder nicht.
Wir haben vorher die beruhigende Versicherung bekommen, daß ja alle Fäden letzten Endes in der Hand des Herrn Ministerpräsidenten zusammenlaufen, auch wenn die Ressortminister einer anderen Partei, wenn auch einer Koalitionspartei, angehören. Herr Ministerpräsident, um so größer wird die Verantwortung sein, die auf das Kabinett und auf Ihre Leitung in diesem Kabinett fällt.
Ich spreche nicht als Vertreter einer Richtung. Ich spreche hier aus ernster, wirklich tief empfundener Besorgnis heraus. Wenn wir es jetzt in Bayern nicht zuwege bringen, die Richtigkeit des christlich-sozialen Gedankens auch im wirtschaftlichen Leben zu beweisen, dann wird der christlich-soziale Gedanke abgewirtschaftet haben. Wir müssen deshalb mit allem Nachdruck fordern, daß in der Wirtschaftspolitik auch unter dem SPD-Wirtschaftsminister - zur Person kann und will ich hier nicht Stellung nehmen - sich nunmehr eine Änderung auch im Interesse unserer Bauern ergibt. Es muß die Lebensfähigkeit des christlich-sozialen Wirtschaftsgedankens erwiesen werden. Damit, daß im Wirtschaftsministerium einfach weiter gewirtschaftet wird wie bisher und daß die Dinge so recht und schlecht fortgetragen werden, ist es nicht getan.
Wir müssen uns vor allen Dingen darüber im klaren sein, daß unser Volk heute verlangt, daß nicht wieder und nicht weiterhin ein großer Teil unserer Produktion, vor allen Dingen der Baumittelproduktion, nebenhinausgeht wie bisher und durch schwarze Kanäle wandert. Als Landrat oder Bürgermeister weiß man am besten, daß 70% aller genehmigten Baugesuche mit schwarzem Material gebaut werden. Wenn man als Verwaltungsmann eingreift, wandert das Material einfach in den nächsten Kreis, und es wird dort gebaut. Hier muß gerade im Interesse unserer Landwirtschaft, unserer ehrlich arbeitenden Bevölkerung, vom neuen Wirtschaftsministerium ein grundlegend anderer Kurs eingeschlagen werden.
Am tiefsten ist unsere Besorgnis zum Ausdruck gekommen, gerade weil wir draußen tagtäglich merken, wie die Not und die Sorge an uns herangetragen w[erden], als uns überraschenderweise in der Gestalt des Herrn *Loritz* ein neuer Sonderminister entstand. Wir erwarteten nach den Koalitionsbesprechungen, daß Herr *Loritz* vielleicht das Verkehrsministerium übernehmen würde. Herr Ministerpräsident *Ehard* hätte ruhig auf die 14[5] Stimmen der WAV in einem Konzentrationskabinett verzichten können und hätte nicht den Handel mit der WAV einzugehen brauchen. Vor allen Dingen - ich drücke hier meine Meinung aus - durften wir nie und nimmer einem Herrn *Loritz* das Sonderministerium übergeben. Vielleicht haben wir dabei noch Glück gehabt, nachdem er sich bereits bei seiner ersten Rede so verrannt hat, daß er heute von beiden Seiten her angeschossen wird, von den Nazis und den Nichtnazis, von den Nichtnazis wegen Nazifreundlichkeit und von den Nazis wegen Enttäuschung ihrer Erwartungen.
Vielleicht haben wir dabei noch Glück gehabt. Ich habe die eine Besorgnis, und ich spreche es ganz offen aus. Ich fürchte - vielleicht kann die Besorgnis zerstreut werden, es müßte erst bewiesen werden -, daß Herr *Loritz* die Machtposition, die ihm auch Polizeivollmacht gibt, dazu benützen wird, um politische Gegner abzuschießen. Er wird nunmehr Zutritt haben zu allen Akten, zu allen Dokumenten, zu allen Meldebögen, zu allen Fragebögen. Ich urteile nur nach dem wenigen, was ich weiß. Wenn er es fertigbringt, einem eigenen Parteifreund, der seine Partei verläßt, mit politischer, per-

[5] Tatsächlich hatte die WAV 13 Mandate.

sönlicher und sogar noch familiärer Vernichtung zu drohen, was muß er erst bei diesem künstlichen Konzentrationskabinett mit seinen politischen Gegnern beabsichtigen, wenn es ihm paßt. Hier müssen wir gerade den Herrn Ministerpräsident [*Hans Ehard*] bitten, besonders auf dieses Ministerium bedacht zu sein.

(Zuruf: Dann muß er heraus aus dem Kabinett!)

So leicht werden wir ihn nicht mehr herausbringen.

(Zuruf: Wäre schon recht!)

Vielleicht wäre es ganz gut gewesen, wenn unter ihm bloß ein paar Züge zusammengestoßen wären. Das wären zwar schmerzliche Unglücksfälle gewesen. Man könnte es aber noch leichter verschmerzen als das andere. Ich befürchte nach den Äußerungen des Herrn Staatssekretärs *Pfeiffer*, daß Herr *Loritz* versuchen wird - und hier müssen wir auch entgegentreten -, die Lorbeeren für die neue Amnestie auf sein eigenes Konto zu buchen und nicht auf die stille Arbeit, wie sie vorher Dr. *Pfeiffer* geschildert hat und auf die monatelangen Vorbereitungen und Arbeiten, die Dr. *Pfeiffer* als Staatsminister geleistet hat. Ich habe beinahe das Gefühl, als ob Staatsminister *Pfeiffer* um einen Erfolg seiner Arbeit betrogen werden soll. Das müssen wir als Parteifreunde der Union mit allem Nachdruck auch draußen verhindern.

Wir haben doch erlebt, daß infolge des Saustalls, den der Staatsminister *Schmitt* organisatorisch und technisch hinterlassen hat, Staatsminister *Pfeiffer* den Gang der Entnazifizierung durch Einschaltung von Sicherheitsmaßnahmen etwas verlangsamen mußte. Es ist ihm gar kein Vorwurf zu machen. Das Volk aber hat die Verlangsamung z.B. durch die Errichtung des Kassationshofes als Erschwerung empfunden. Jetzt ist der entscheidende Schlag gelungen, daß 60% aller Personen überhaupt aus dem Gesetz herausfallen. Und das unter einem *Loritz*!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe nur noch zwei kurze Punkte zu behandeln. Es muß noch die Frage entschieden werden: Wie geht der Weg der Union in der Fraktion und in der Partei weiter? Wenn wir eine gewöhnliche politische Partei wären, in der so gewaltige Spannungen auftreten, wie es bei uns der Fall ist, dann müßten wir klare Linien ziehen und verlangen, daß hier Schluß gemacht wird und die Fronten sich scheiden und die verschiedenen Flügel sich eben auch in verschiedene Lager aufspalten.

Ich kann nach reiflicher Überlegung und Prüfung mir selbst und meinem Gewissen gegenüber dieser Entwicklung trotz allem, was dafür sprechen würde, nicht das Wort sprechen. Denn wir stehen unter einem größeren Gesichtspunkt. Wir stehen unter einem Zwang auch unseres Gewissens. Es ist schon oft ähnliches gesagt worden, aber wir müssen uns doch einmal ganz klar darüber werden, daß wir den Namen unserer Partei verflochten und verknüpft haben auch mit dem Begriff des Christentums. Wenn unsere Partei zerbricht, zerfällt auch äußerlich in seinen Audrucksformen, zwar nicht im Glauben, aber in seinen Erscheinungsformen, in seinen Wirkungsformen das Christentum in uns. Hier müssen wir uns unserer Verantwortung vor Gott bewußt sein. Man soll das Wort Gott nicht leicht in den Mund nehmen, aber hier muß es geschehen.

Wir haben hier eine große Verpflichtung. Wir handeln hier unter dem Zwang des Gewissens. Daher müssen wir heute einen Weg finden, wie wir als Partei und Fraktion vor der Wählerschaft aus dieser Lage herauskommen, die durch Unverstand und Einseitigkeit geschaffen worden ist.

Herr Staatssekretär *Pfeiffer* hat vorhin von der Zusammenarbeit gesprochen, die Platz greifen soll. Vielleicht hätten wir uns an jenem Wahlsamstag die Zusammenarbeit noch gründlicher vorher überlegen und länger zusammenbleiben sollen. Vielleicht wären dann die Telefongespräche, die zwischen Union und SPD angeblich gewechselt worden sind, nicht notwendig gewesen. Sie sind überhaupt nicht notwendig.
Es ist ein untragbarer Zustand, meine Herren, daß eine wirkliche politische Arbeit innerhalb der Partei fast unmöglich geworden ist, weil immer nebenhinaus interfraktionelle Besprechungen stattfinden. So kommen wir ja überhaupt zu keiner praktischen Lösung. Denn bevor es selbst die engsten Parteifreunde wissen, taucht es bereits im Münchner Mittag auf, wie wir es bei der letzten Regierungsbildung erlebt haben.
Mein Vorschlag zur Lösung dieser Frage: Es wird bei der jetzigen Spannung innerhalb der Union nicht möglich sein, daß sich die ganze Fraktion geschlossen in allen Entscheidungen hinter das Kabinett stellt. Vielleicht ist der Vorschlag von Staatssekretär *Pfeiffer* anzunehmen, daß beide Flügel in intensiven Besprechungen alle Fragen der Regierungspolitik behandeln. Aber jeder Abgeordnete der Union wird seinem Gewissen verantwortlich bleiben.
Was die Partei anbetrifft, so wäre hier zu verlangen, daß endlich einmal auch die Ausschüsse der Partei zu einer praktischen Arbeit kommen und nicht nur zu theoretischen Erörterungen, die hernach in Resolutionen theoretisch-akademischer Art ihren Niederschlag finden. Wie wäre es damit, wenn unsere Minister und unsere Staatssekretäre die Linie der Unionspolitik zusammen in Besprechungen und Arbeitsgemeinschaften mit den Ausschüssen niederlegen und wenn dadurch auch die Regierungspolitik äußerlich sichtbar von der Union als solcher bestimmt wird und nicht von einem Kabinett, das als Unionskabinett von weiten Kreisen unserer Wählerschaft vielleicht als fraglich bezeichnet wird. Wenn wir dann Erfolg haben, wird es auch ein Erfolg für unsere Partei sein.
Ich möchte die Herren von der Regierung und unsere Parteifreunde ernstlich bitten, sich das sorgfältig und genau zu überlegen und nicht auf Kompetenzabgrenzungen zu achten, sondern den Weg der Zusammenarbeit zu finden. Wir können es uns vor Gott und unserem Gewissen nicht leisten, die Union zerbrechen zu lassen, trotz der Äußerungen meiner Freunde aus Franken, mit denen ich sonst vollkommen einig bin.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Nun darf ich zunächst an Sie wieder mit der Uhr in der Hand eine Frage richten: Wie lange können Sie noch hier bleiben?

(Zuruf: Schluß!)

Es sind noch 15 Redner gemeldet. Ich bitte um Ruhe. Wer von den Rednern beabsichtigt, einen Antrag zu stellen, den bitte ich, sich jetzt zu melden.

(Dr. *Rindt* meldet sich.)

Dr. *Schlögl*: Ich habe mich auch gemeldet. Ich habe auch einen Antrag.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es liegen also drei Anträge vor. Darf ich die Redner bitten, ihre Anträge in drei Minuten zu begründen. Ich will spätestens in 20 Minuten über die Resolutionen abstimmen lassen. Wenn die Anträge eingebracht sind, werde ich kurz die Probleme noch einmal aufreißen und dann abstimmen lassen.
Als nächster Redner hat sich Dr. *Schlögl* gemeldet.

Dr. *Schlögl*: Es ist heute sehr viel von der Regierung gesprochen worden, nach meinem Dafürhalten aber viel zu wenig von der Tatsache, daß die Volksvertretung die Regierungsarbeit nicht bloß kontrolliert, sondern auch in erster Linie beeinflußt. Wir haben heute immer noch unsere 104 Abgeordneten. Wenn diese 104 Abgeordneten einig sind

(Widerspruch, Heiterkeit.)

- Sie lachen schon dazu -, dann kann die Regierung ausschauen wie nur immer, wir haben dann die Möglichkeit, die Regierungspolitik maßgebend zu beeinflußen. Der Abgeordnete ist bekanntlich nach der Verfassung an keine Weisung und an keinerlei Anträge gebunden. Aus diesem Grunde halte ich es auch für sehr bedenklich, wenn heute der Landesausschuß eine Entschließung annehmen würde, wie sie uns vom Kollegen *Haußleiter* vorgelegt worden ist. Was nützt uns diese Entschließung? Sie gibt den Abgeordneten absolut keine Weisung. Sie hat nur die Bedeutung, nach außenhin den Zustand der Uneinigkeit der Union wieder neu aufzureißen. Sonst hat sie keine Bedeutung. Wollen wir uns ewig die Köpfe einschlagen? Es ist absolut nicht notwendig.
Meine lieben Freunde! Ich weiß nicht, wer mehr Schuld hat. Ich will eines sagen, was *Müller* so gut wie ich weiß: Ich war einer der Mitentdecker des Kollegen *Müller*, wenn wir uns momentan auch nicht so sehr lieben. Wir haben uns einmal geliebt, und es müßte doch möglich sein, daß wir einmal einigermaßen zu einer Vernunftehe kommen. Ich verlange gar keine Neigungsehe mehr. Dazu sind die Gegensätze zu tief. Sollte es wirklich nicht möglich sein, daß die 104 Abgeordneten die Regierung *Ehard* stützen, dann, meine Frauen und Herren, stehe ich auf dem Standpunkt des Herrn Kollegen Dr. *Kroll*, der erklärt hat: Na gut, dann trennen wir uns, und es arbeitet dann jede Fraktion intensiv im Interesse des Volkes. Dafür sind wir Abgeordnete.
Wollen Sie heute die Verantwortung übernehmen, daß eine Regierungskrisis kommt?

(Zuruf: Ja!)

Eine Regierungskrise in einem Augenblick, in dem die großen Probleme des Volkes und Vaterlandes auf dem Spiele stehen? Das können Sie gar nicht wollen. Es ist ganz unmöglich. Infolgedessen bitte ich Sie dringendst, daß wir vernünftig die Dinge betrachten und nicht leidenschaftlich. Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, folgende Resolution anzunehmen:

> Der Landesausschuß der CSU hat ausführlich alle Probleme erörtert, die sich aus der Regierungsbildung ergeben haben. Er erklärt sich jedoch trotz aller schweren Bedenken bereit, die Regierung des Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* zu unterstützen im Interesse des Volkes.

In dieser Entschließung ist alles enthalten, was Sie wünschen. Die großen Bedenken sind zum Ausdruck gekommen. Aber die Kluft der Union ist nicht wieder nach außen hinausgetragen. Es gibt sonst bloß wieder eine Zeitungsschreiberei. Die Abgeordneten werden noch verzagter, als sie ohnedies schon sind. Sie erreichen praktisch nichts. Darum bitte ich Sie: Sind wir einmal einig und leisten wir einmal praktische Arbeit im Landesausschuß.
*Neumann*: Meine Damen und Herren! Ich glaube, auf eine weitere Stellungnahme zu meiner Resolution verzichten zu können, da heute diesbezüglich genügend diskutiert wurde. Auf jeden Fall fühle ich mich verpflichtet, nachdem ich die Einstellung der

nordbayerischen Wähler und besonders die der Oberpfalz, die heute schon wiederholt ausgedrückt wurde, sehr gut kenne, folgende Resolution vorzulegen:

In eindeutiger Wahrung der Grundsätze der christlich-sozialen Politik und nach eingehender Erörterung der Vorgeschichte und Hintergründe, welche zur Bildung des Kabinetts *Ehard-Hoegner-Loritz* geführt haben, wie auch in Würdigung der im Zusammenhang mit der Regierungsbildung entstandenen und immer weiter um sich greifenden Empörung weitester Kreise der bayerischen Bevölkerung beschließt der Landesausschuß der Chrstlich-Sozialen Union:

1. Der Landesausschuß lehnt das Kabinett *Ehard-Hoegner-Loritz* ab, da entgegen dem klaren, in den Eichstätter Entschließungen ausgedrückten Willen der Partei dieses Kabinett nicht geeignet erscheint, das christlich-soziale Programm der Union zu verwirklichen.
2. Aus den gleichen Gründen mißbilligt der Landesausschuß auf das Schärfste das Verhalten jener Abgeordneten, die für das Kabinett *Ehard-Hoegner-Loritz* mitverantwortlich sind.
3. Der Landesausschuß erblickt in den Vorgängen, die zur Regierungsbildung geführt haben, einen Verrat an den Grundsätzen der Partei und den Wählern und fordert deshalb, daß gegen die maßgebend beteiligten Persönlichkeiten, auf denen in erster Linie die Verantwortung liegt, wegen parteischädigenden Verhaltens sofort ein Schiedsgerichtsverfahren eingeleitet wird.

Meine Damen und Herren! Ich halte es nicht für ratsam, wenn wir heute auseinandergehen, ohne eine klare Stellungnahme zu den Vorgängen, die zu dieser Empörung in der breiten Öffentlichkeit geführt haben.

Dr. *Rindt*: Meine Freunde! Ich bitte, mich jetzt in diesem Augenblick nicht als Abgeordneten und Bezirksvorsitzenden von Schwaben oder Augsburg zu betrachten, sondern rein in meiner Stellung als Mitglied der CSU und als Wähler. Ich möchte vor allen Dingen Parteifreund *Horlacher* gleichzeitig sagen, daß ich das, was ich jetzt sage, nicht als Angehöriger irgendeines Flügels sage - eine Bezeichnung, gegen die ich mich persönlich immer gewehrt habe -, sondern nur deshalb, weil ich mich meinem Gewissen verantwortlich fühle.

Meine Freunde! Wir haben heute viel geredet, und jeder ist so ziemlich bis auf wenige Ausnahmen um den Brei herumgegangen. Am Anfang sah die Stimmung nach Spaltung der Union aus. Dann sind die Gemüter müde geworden. Nun höre ich sehr versöhnliche Töne. Ich möchte dazu folgendes sagen: Ich bitte, aus meinem Herzen keine Mördergrube machen zu müssen, auch wenn ich dem einen oder anderen weh tue. Mir geht auf der politischen Ebene die Union über alles,

(Sehr gut!)

und zwar deshalb, weil für mich die Union in Bayern das bedeutet, was Bayern in Deutschland und Deutschland in Europa ist, nämlich der Garant einer christlichen Linie von unten nach oben.

Darum stehe ich persönlich auf dem Standpunkt: Die Union muß stehen. Ich glaube, daß wir infolgedessen die ganzen Sachverhalte, wie sie gegenwärtig sind, sehr realistisch betrachten müssen, um eines zu retten: Die eigentlich christliche Linie der CSU und damit die Linie, von der ich gesprochen habe.

Eine realistische Betrachtung besagt folgendes: Punkt eins - ich bitte noch einmal ganz offen sein zu dürfen: Der größte Teil unserer Wählerschaft ist dem Kabinett ge-

genüber ablehnend oder empört. Jawohl! Das bedeutet, daß wir dieser Stimmung der Wählerschaft in irgendeiner Form Rechnung zu tragen haben.
Punkt zwei: Daraus ergibt sich für uns eine Situation der Spannung in der Partei und in der Fraktion. Möglichkeiten gibt es in erster Linie zwei: Entweder Spaltung oder Opposition. Eine Unterabteilung von Spaltung bedeutet Opposition innerhalb der gleichen Regierungspartei, es bedeutet hier Regierungspartei-Flügel und dort Oppositions-Flügel.
Meine Freunde! Ich habe zu dem ersten Punkt bereits Stellung genommen. Für mich persönlich kommt eine Spaltung der Union überhaupt nicht in Frage.

(Beifall.)

Nun zum Punkt Opposition: Ich bitte Euch, Freunde, erinnert Euch! Wir haben jetzt Monate hindurch immer wieder Flügel gegen Flügel, Person gegen Person gekämpft. Was hat darunter gelitten? Die sachliche Arbeit.

(Sehr richtig!)

Wollen wir diesen Kampf von Person zu Person oder von Flügel zu Flügel ausweiten in einen Kampf einer Opposition der CSU gegen einen Regierungsflügel in der CSU? Das bedeutet in Zukunft, daß wir uns zerfleischen werden.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, daß wir auf dieser Basis auch aus einem anderen Grunde nicht weiterkommen. Wir stehen der Tatsache dieses Kabinettes gegenüber mit allem Vorbehalt, auch ich persönlich. Eine Opposition müßte eine schöpferische Opposition sein, das heißt mit anderen Worten, unsere Ausschüsse müßten, wie es heute - bitte, lieber *Horlacher*, ohne Aussprache zwischen *Müller* - von *Müller* angeregt worden ist, neu eingerichtet werden, sie müßten weiterhin in einer Weise intensiv arbeiten, daß die gesamte Regierung - SPD, WAV und der Flügel der CSU - gewissermaßen immer um Nasenlänge und Pferdelänge durch Gesetzesvorlagen oder durch sonstige Anträge geschlagen werden. Ich glaube aber, Freunde, daß in diesem Augenblick, wo Opposition und Regierungsflügel in einer Partei sind, soviel Kraft für Propaganda eines jeden sogenannten Flügels und für sonstige Dinge, die noch in Frage kommen, aufgewandt wird und werden muß, daß sich die gegenseitigen Gegensätze nur noch verschärfen würden und von einer schöpferischen Opposition auch von Seiten der Opposition überhaupt nicht mehr die Rede sein kann.
Infolgedessen glaube ich, aus meiner ehrlichen Überzeugung heraus etwas anderes vorschlagen zu müssen. Sie können dazu selbstverständlich Stellung nehmen, wie Sie wollen. Ich bin mir bewußt, daß ich in dieser Frage genauso wieder wie in der Frage des Staatspräsidenten in etwa ein enfant terrible bin. Aber trotzdem muß es gesagt sein. Ich glaube, daß wir, ganz gleich wie wir uns zu diesem Kabinett stellen, es uns nicht erlauben können, ein bisher vorwiegend SPD-bestimmtes Kabinett mindestens ein halbes Jahr oder ein Jahr lang ungehemmt SPD-Politik in einflußreichen Ministerien machen zu lassen. Ich glaube, daß wir die Verpflichtung haben, trotz dieses Kabinettes und, Freunde, sogar in diesem Kabinett erst recht CSU-Politik durchzuführen.

(Sehr gut!)

Es ist meine felsenfeste Überzeugung, daß wir diese Verpflichtung haben. Mit anderen Worten:

(Zuruf: Wenn wir einig sind, können wir es auch!)

Die Einigung ist schnell da, wenn wir alle guten Willens sind, wenn heute, am Anfang des Jahres, noch die Weihnachtsbotschaft in den Herzen besteht.

(Sehr gut! Starker Beifall.)

Darum schlage ich als selbst mich wählender Mittelsmann zwischen den beiden Flügeln vor: Ich weiß, wir können das Kabinett wegen der Auslieferung der Schlüsselministerien hauptsächlichster Natur an die SPD nur mit irgendwelchen Schmerzen betrachten. Dabei ist von Schuld usw. jetzt gar keine Rede. Was vergangen ist, muß ausserdem vergangen sein. Wir müssen mit der Gegenwart und Zukunft rechnen.
Wir müssen folgendes machen: Erstens, wo noch Stellen in diesem Kabinett oder sonst frei sind, müssen erstens einmal Leute der CSU hin und zweitens - und da bitte ich die Freunde, die jetzt schon im Kabinett sind und sich zum Teil vielleicht als einen gewissen Flügel betrachten, das richtig zu verstehen -, Ihr müßt dafür sorgen, daß gerade auch in die freien Stellen Leute des anderen Flügels kommen, die jetzt in Opposition stehen.
Ich mache mich nun nicht zum Sprachrohr irgendeiner Gruppe, sondern spreche auch nur aus meinem persönlichen Erfassen der Situation heraus, wenn ich eine Art von Bedingung ausdrücke. Ich bitte, mich recht zu verstehen. Ich glaube, wir haben vorhin von Koalition gesprochen. Bei Koalitionen werden gegenseitig in irgendeiner Form Bedingungen gestellt. In diesem Sinne könnten wir zu einer Einheit kommen, nicht nur in der Regierung, sondern auch in der Fraktion und in der Partei.
Dazu kommt folgendes: Der Gedanke unseres Landesvorsitzenden, der vorhin schon versöhnlich in dieser ganzen Sachlage aufgeklungen hat, der - ich wiederhole, ich habe nicht mit ihm darüber gesprochen - vielleicht aber auch von unserem lieben *Horlacher* falsch verstanden wurde, die Neubildung der Ausschüsse muß in der Partei bis dort hinaus intensiviert werden. Es muß aufgrund der Ausschußarbeit ein inniges Zusammenarbeiten zwischen Partei und Fraktion kommen. Die Fraktion muß sich der gesamten Vorarbeiten dieser Ausschüsse der Partei bedienen und bedienen können.

(Sehr richtig!)

Wenn wir eine richtige Ausschußarbeit leisten und wenn wir so im Kabinett und in der Fraktion zusammengehen, dann - entschuldigen Sie bitte den harten Ausdruck - soll es mit dem Teufel zugehen, wenn wir nicht einig werden.
Dann etwas anderes: Es ist selbstverständlich, daß die Menschen, die an die freien Plätze kommen müssen, worin wir alle einig sind, Menschen von Charakter und Format zu sein haben. Denn ich sehe - und jetzt bin ich wieder das enfant terrible - nochmals eine Gefahr. Wenn ich als Sozialdemokrat im Kabinett wäre, würde ich versuchen, alles mit der Drohung durchzudrücken: Wenn Du nicht willst, was ich will, steige ich aus der Koalition aus und lasse Dir die Verantwortung allein. Ich bin überzeugt davon, daß diese Drohung immer wieder kommt. Aber unsere Leute, angefangen vom Ministerpräsidenten *Ehard* bis zum letzten Staatssekretär müssen dann wirklich zusammenstehen und die Kraftprobe auch durchhalten. Das ist notwendig. Das können wir nur, wenn wir die Persönlichkeiten haben und auch zahlenmäßig im Übergewicht sind.

(Zuruf: Und einig sind!)

Daß wir einig sind, ist ganz selbstverständlich.
Ich bin gleich fertig.

Seien wir aber überzeugt: Das ist der einzig gangbare Weg, die Union zu halten. Machen wir hier Geschichten oder das nächste Mal in der Fraktion, dann habe ich, so wahr ich hier stehe, das letzte Mal in der Union gesprochen. Dann zerfällt nämlich die Union wirklich. Wir müssen uns also vollständig darüber klar sein: Was *Müller*, was *Ehard*, was *Pfeiffer* gesagt haben, es ist die letzte Minute, um es so auszudrücken, die Union als Union zu halten. Ich glaube, es ist die eigentliche Kriegskunst auch im Parteienleben, daß man aus einer echten oder scheinbaren Niederlage in Strategie und Taktik einen Vorteil und sogar vielleicht auf längere Sicht einen Sieg herausholt. Das müssen wir tun, sonst [sind] wir keine Politiker.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Parteifreund *Kroll* hat das Wort.

Dr. *Kroll*: Liebe Parteifreunde! Als ich heute das erste Mal nach der Mittagspause zu Ihnen sprach, habe ich bestimmt in dem festen Willen gesprochen, der Union den Weg zu ebnen, auch von Franken her. Ich darf sagen, daß die starke persönliche und gefühlsmäßige Anteilnahme am Willen zur Einigung, die unser Parteifreund *Rindt* ausgesprochen hat, auch uns aus dem Herzen gesprochen ist. Ich möchte betonen, daß, wenn ich hier eine Nuance anders rede, es sich nicht darum handelt, einen Weg der Einigung zu zerschlagen, sondern nur ganz nüchtern die Bedingungen aufzuzeigen, die erforderlich sind, damit das geradegebogen werden kann, was geradegebogen werden muß, damit wir in der Lage sind, hinter diesem Kabinett zu stehen.

Liebe Freunde! Ich kann von dem, was ich heute gesagt habe, nicht ein Jota abstreichen, insofern als ich erklärt habe: In Franken ist ein Kabinett mit einem sozialdemokratischen Innenminister, einem sozialdemokratischen Arbeitsminister, einem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister, einem sozialdemokratischen Justizminister untragbar.

(Sehr richtig!)

Ich kann davon kein Jota abstreichen, aber ich bitte folgendes zu bedenken: Zwei Ministerien müssen ausgewechselt werden, und dann sind wir bei Euch. Wechselt das Innenministerium und das Wirtschaftsministerium aus. Das ist die unabdingbare Forderung Frankens.

(Bravo!)

Unter dieser Voraussetzung - und das könnt Ihr klar erkennen - stehen wir zum Willen der Union. Aber mit dem jetzigen Kabinett können wir uns nicht zeigen. Es liegt an Euch. Wenn wir uns einigen, haben wir absolut die Majorität und können das durchdrücken. Ich bin überzeugt, daß das auch die SPD verstehen wird. Freunde, bedenkt, in Hessen hat die kleine CDU, von Mehrheit gar keine Rede, das Wirtschaftsministerium, das Arbeitsministerium und das Kultusministerium erhalten, also drei Ministerien. Und was ist bei uns los?

Alle Gefühle zur Einigkeit müssen nüchtern und sachlich bleiben. Wir können unter diesen Voraussetzungen - ich sage es noch einmal - dieses Kabinett nicht verantworten. Wir sagen damit nicht, daß wir nicht hinter *Ehard* stehen, wir sagen damit nicht, daß wir uns nicht einigen wollen. Wir wollen gar nicht - und ich spreche etwas ganz klar und deutlich aus - hier einen Stein des Anstoßes setzen, indem wir ein Kabinett *Müller* fordern. Davon ist keine Rede. Was wir fordern, ist ein Unionskabinett mit einem Unions-Wirtschaftsminister und einem Unions-Innenminister. Ich möchte dem Herrn Staatssekretär *Pfeiffer* folgendes sagen: Wenn er erklärt, daß die Staatssekre-

täre die Minister neutralisieren, so ist das meines Erachtens etwas Neues. Ein Staatssekretär wird der politischen Weisung des Ministers folgen, besonders dann, wie unser Parteifreund *Strauß* sagte, wenn die Ministerialdirektoren alle der SPD angehören. Sie werden gar nicht die Möglichkeit haben, Korrekturen vorzunehmen.
Und, Freunde, das ist das Wesentliche: Wenn an der Personalpolitik keine Korrekturen vorgenommen werden, dann bleiben wir ein Anhängsel der SPD. Sie müssen sich überlegen, was möglich ist. Der Einigung stehen wir nicht im Wege. Wechselt diese Ministerien aus! Seid stark! Hättet Ihr uns vorher die Möglichkeit gegeben, uns richtig zu beraten, dann wären wir vorher auf diese Linie gekommen.
Ich möchte daran erinnern, daß im geeigneten Augenblick der Fünfer- bzw. Zehnerausschuß vom Fraktionsvorsitzenden nicht gehört wurde zu einem Zeitpunkt, als *Müller* durchgefallen war. Man hat sich leider damals nur mit den anderen Parteien beraten.
Liebe Freunde! Ich sage Euch, Ihr habt es in der Hand, diese Änderungen zu erzwingen. Seid stark und erzwingt sie! Ich kann davon nicht abgehen, daß das gegenwärtige Kabinett das Vertrauen nicht genießt. Es ist möglich, daß ein neues Kabinett *Ehard* sehr wohl das Vertrauen bekommt, aber nicht mit dieser Zusammenstellung der Minister. Alle Müdigkeit und alle Erschlaffung des Willens kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir von unseren Wählern verprügelt werden, wenn wir uns zu diesem Kabinett in dieser Zusammensetzung bekennen.
Liebe Freunde! Das ist mein Schlußwort: Ich habe - das darf ich wohl sagen - als einer der ersten den Gedanken der Union vertreten. Als ich damals die Bamberger Denkschrift verfaßte, dachte in Oberfranken noch niemand an die Möglichkeit der Einigung. Sie schien zu schwer. Ich stehe zur Union bis zum letzten Atemzug, aber zur Union als Union und nicht als Anhängsel der SPD.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Parteifreund *Haußleiter* begründet noch seine Resolution. Dann werde ich über die Resolution abstimmen lassen, nachdem ich vorher noch einige Worte gesagt habe. Parteifreund *Haußleiter*, bitte kurz, drei Minuten.
Ich bitte um Ruhe.

(Zuruf *Schrott*.)

Ich bitte Parteifreund *Schrott*, seine Resolution einzubringen.
*Schrott*: Ich bin ebenfalls ein einfaches Parteimitglied, zwar Kreisverbandsvorsitzender, spreche aber hier nur als Parteimitglied. Ich spreche im gleichen Sinn wie Dr. *Rindt*. Mich bewegt die gleiche Sorge um die Union. Es ist tatsächlich auch bei uns in der Oberpfalz nicht etwa so, daß wir alle auf dem Standpunkt stünden, das Kabinett *Ehard* müsse rundweg abgelehnt werden. Wir sind nicht durchaus zufrieden mit allem, was geschaffen und geschehen ist. Wir haben vor allem an der Besetzung des Innenministeriums Kritik geübt, das gefällt uns nicht. Auch die Besetzung des Wirtschaftsministeriums gefällt uns nicht. Aber zu einem Auseinanderfallen der Union darf es im Interesse unserer Sache nicht kommen.
Wir haben vom bayerischen Volk einen überwältigenden Vertrauensbeweis bekommen. Wenn Sie nun heute eine Resolution annehmen, die offen dem Lande sagt: Wir lehnen das neugebildete Kabinett ab, dann haben Sie tatsächlich das getan, was vorhin aufgezeigt wurde. Sie haben damit die Union praktisch zerschlagen. Dazu darf es im bayerischen und im deutschen Interesse nicht kommen. Wir haben unseren Wählern und den Wählern unserer Abgeordneten gegenüber eine Verpflichtung. Wir haben eine Verpflichtung auch über Bayern hinaus, auch nach der Seite der uns verwandten Schwesterparteigruppen und Parteiorganisationen.

Deswegen möchte ich mir erlauben, Ihnen in der Sorge um die Erhaltung der Einheit unserer Union folgende Resolution vorzuschlagen: Ich bin der Überzeugung, wenn die Einheit gefunden wird - und sie muß gefunden werden -, dann ist es der Landtagsfraktion doch sehr wohl möglich und muß ihr möglich sein, das Kabinett *Ehard* zur Einhaltung eines wirklich christlich-sozialen Kurses zu bewegen. Die von mir vorgeschlagene Resolution lautet:

> Der Landesausschuß der CSU hat in mehrstündiger Aussprache die mit der Regierungsbildung in Bayern zusammenhängenden Fragen eingehend erörtert. Dabei kamen auch die Bedenken und Einwendungen zur Darstellung, die in der Wählerschaft verschiedener Bezirksverbände der Partei, in einigen sogar in recht starkem Umfang, gegen die Bildung einer Koalitionsregierung und insbesondere gegen die gegenwärtige Besetzung einzelner Ministerien geltend gemacht wurden und werden.
>
> Mehrfach wurde die Auffassung geäußert, daß eine Mehrheitsregierung mit sozialdemokratischer Opposition den folgerichtigen Übergang zu wirklich parlamentarischer Demokratie hätte bilden sollen. Im Gesamtergebnis aber wurde die tatsächlich getroffene, auf dem Willen der Zusammenfassung aller aufbauwilligen antinationalsozialistischen Kräfte zur Meisterung der ungeheueren Not unseres Volkes beruhende Lösung anerkannt.
>
> Der Landesausschuß der CSU hat demgemäß beschlossen, daß die Arbeit der Regierung *Ehard* positiv nach Kräften gefördert werden soll. Er erwartet, daß auch bei den anderen beteiligten Parteien alles Trennende hintangesetzt wird und daß die gemeinsame Arbeit ausschließlich mit der Blickrichtung auf die Sorgen und Nöte des bayerischen Volkes und des Neuaufbaus des deutschen Bundesstaates geführt wird.
>
> Augsburg, den 3. Januar 1947

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Hundhammer* hat das Wort zu einer kurzen Erklärung.

Ich bitte, vom Platz aus zu sprechen, damit wir keine Zeit mehr verlieren.

Dr. *Hundhammer*: Ich bin vorhin apostrophiert worden, man soll einen Schritt machen, der eine Einigung erleichtert. Ich glaube, der Vorschlag, den der Kollege Dr. *Rindt* gemacht hat, kann ein solcher Weg sein. Mit den Namen *Rindt* und *Hundhammer* zusammen ist schon einmal in der Fraktion eine schwierige Lage überbrückt worden. Wir zwei verstehen uns, obwohl wir nicht immer auf demselben Boden stehen.

Ich möchte folgendes hier erklären: Wir sind bereit, so wie *Rindt* es vorgeschlagen hat, im Interesse der Erleichterung der Einigung bei der Besetzung der noch offenen Positionen der anderen Seite entgegenzukommen. Es ist in einem Fall schon feststehend. Für einen Staatssekretärposten ist der Kollege *Sedlmayr* endgültig vorgesehen. Er hat zugesagt. Für einen zweiten Staatssekretärposten sind ebenfalls die Verhandlungen mit jemand von der anderen Seite eingeleitet. Und wir warten auf seine Zustimmung. Wir sind bereit, bei den weiteren Positionen, insbesondere auch bei der Besetzung der Beamtenstellen in den Ministerien, die andere Seite weitestgehend zu berücksichtigen. Damit ist die Hand zu einem heute gangbaren Weg geboten.

Unmöglich wäre es, ein Ministerium, das schon festgelegt ist, plötzlich umzubesetzen. Aber der von Dr. *Rindt* vorgeschlagene Weg ist gangbar. Wir sind bereit, in die Hand einzuschlagen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zu dem, was Dr. *Hundhammer* am Schluß erklärt hat, darf ich jetzt, ganz deutsch und offen gesprochen, folgendes sagen: Ich stehe restlos

für die Union. Ich will sie unter allen Umständen über die Krisis hinwegbringen. Aber so geht es nicht, wie es *Hundhammer* schon einmal bei der Kabinettsbildung gemacht hat, wo er gesagt hat, für den Fall, daß nach seinem Begriff die andere Seite mitmacht, wird seine Seite *Müller* als Landesvorsitzenden tolerieren. Dieses Flickwerk, das da gemacht würde, wenn jetzt gerade noch gnädigst Ministerialdirektorposten verteilt würden, gibt nachher Unzufriedenheit. Dann lieber jetzt klar und offen die Meinung vertreten.
Etwas anderes hat gar keinen Sinn. Der Wille der Union muß klar und eindeutig zum Ausdruck kommen, der Wille, mit einer Krisis fertig zu werden, und zwar nicht nach dem Kuhhandelprinzip, das wir ablehnen. Es muß klar und eindeutig die Möglichkeit geschaffen werden, daß unsere Parteifreunde in Franken ihren Wählern gegenüber standhalten können und daß auch die anderen Parteifreunde mit ihren Wählern sprechen können. Denn sonst wird das Unglück noch größer, weil wir uns heute aus einem Anstandsgefühl heraus täuschen. Ich bin in diesem Fall immer für Nüchternheit.
Parteifreund *Kroll* hat nach meinem Empfinden den konkretesten Antrag gestellt, der denkbar ist.
Dr. *Kroll*: Darf ich meinen Antrag verlesen:

> Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union fordert die sofortige Umbildung des Bayerischen Kabinetts. Innenministerium und Wirtschaftsministerium müssen von Vertretern der Union besetzt werden. Das Kabinett in der jetzigen Zusammensetzung hat nicht das Vertrauen der Christlich-Sozialen Union.

(Zuruf: *Loritz*!)

Dr. *Hundhammer*: Das ist praktisch jetzt nicht mehr durchführbar.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich muß unbedingt zum Abschluß kommen. Ich darf einer Formalität Genüge tun. Sind die Parteifreunde einverstanden, daß jetzt, damit die ganze Diskussion konkretisiert wird, alle Redner, die sich noch zu Worte gemeldet haben, zunächst auf ihre Wortmeldungen verzichten?
Ich darf das Einverständnis annehmen. Dann folgt als nächster Redner Parteifreund *Haußleiter*, der nochmals seine Resolution bekanntgibt, damit sie Ihnen gegenwärtig bleibt.
*Haußleiter*: Meine lieben Freunde! Ich habe nach dem, was *Kroll* gesprochen hat, ganz kurz ein Wort in meine Resolution eingefügt, um dem Rechnung zu tragen, was *Kroll* sagte. Ich habe d[ie] Wort[e] "gegenwärtige Zusammensetzung" eingefügt, und zwar aus folgendem Grund: Wir müssen mit einer klaren Entschließung nach Franken zurückkehren. Wir müssen dem Lande sagen: Wo steht Ihr, was wollt Ihr? Vertretet Ihr die Politik der Union, oder stellt Ihr Euch auf den Boden der gegebenen Tatsachen, und flickt Ihr weiter in der Form, in der Ihr bis zuletzt geflickt habt, in der Ihr als Partei eines Tages eines seligen Todes sterben werdet.
Die Entschließung, die ich vorgeschlagen habe, hat nach dieser Änderung folgenden Wortlaut:

> Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union nimmt folgende Entschließung an:
> Die Regierung *Ehard-Hoegner* entspricht in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung nicht dem wahren Willen des bayerischen Volkes, wie er in den Wahlen des 1. De-

zember zum Ausdruck kam. Diese Koalitionsregierung wurde nach den gleichen Methoden gebildet, die 1933 zum Scheitern der Demokratie in Deutschland führten.

(Zuruf: Streichen!)

Ich bin bereit, diesen Satz herauszulassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann bitte ich, diesen Satz gleich zu streichen. Wir wollen, und das habe ich vorhin gemeint, als ich vom Bruderkrieg gesprochen habe, unter keinen Umständen den Bruderkrieg.
*Haußleiter*: Der Satz wird gestrichen. Die Entschließung lautet dann folgendermaßen:

Die Regierung *Ehard-Hoegner* entspricht in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung nicht dem wahren Willen des bayerischen Volkes, wie er in den Wahlen des 1. Dezember zum Ausdruck kam. Die jetzige Regierung *Ehard-Hoegner* wird nicht in der Lage sein, die christliche und soziale Politik zu verwirklichen, deren Durchführung die Wähler der Union fordern.
Die Union lehnt daher die Verantwortung für diese Regierung ab, deren gegenwärtige Zusammensetzung den Beschlüssen der Landesversammlung von Eichstätt in jeder Hinsicht widerspricht.

Meiner Ansicht nach gibt diese Entschließung klar das Gefühl wieder, mit dem wir hier nach Augsburg gekommen sind. Sie gibt dem Lande klar unsere Stellung zu erkennen. Das ist es, was das Land erwartet. Sie verbindet sich mit der Entschließung *Kroll*. Dann haben wir eine Marschroute für die Zukunft und geben dem Volk die Hoffnung, daß die Politik der Christlich-Sozialen Union über alles Paktieren hinweg doch einmal Wirklichkeit wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich Parteifreund *Neumann* bitten, seine Resolution nochmals zu verlesen.
Parteifreund Dr. *Horlacher* hat sich zu einer Erklärung gemeldet. Wir sind aber jetzt dabei, die Resolutionen festzulegen. *Michel Horlacher*, ich muß deshalb bitten, jetzt auf das Wort zu verzichten.
Dr. *Horlacher*: Wenn ich als minderwertig betrachtet werde ...

(Widerspruch, Heiterkeit.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die anderen Parteifreunde haben auf ihr Wort verzichtet. Dann kann es nicht als Minderwertigkeit ausgelegt werden.
Dr. *Horlacher*: Ich habe eine besonders wichtige Mitteilung zu machen. Ich könnte mir vorstellen - es kommt jetzt auf jedes Wort an -, daß die Einigkeit der Union auf dem Boden erhalten wird, den der Kollege *Rindt* vorgezeigt hat.
Ich setze dem weiterhin hinzu: Die Parteifreunde gehen jetzt von der augenblicklichen Lage aus. Das ist politisch nicht ganz richtig gehandelt. Ich war ja auch derjenige, der bei den Koalitionsbesprechungen die Personalpolitik in den Vordergrund gerückt hat. Dabei bleibe ich auch in der Zukunft. Es besteht ja noch ein Gesetz, das über uns allen steht. Dieses Gesetz unterschreibe ich. Wenn die Zusagen der Regierung, die in den Koalitionsvereinbarungen, wie sie Dr. *Hundhammer* vorgelesen hat, nicht eingehalten werden, wer verlangt dann von uns, daß wir mit der Regierung verheiratet sind?
Das ist eine Frage, die wir in der Fraktion ständig überprüfen und erörtern werden. Denn das eine kann ich den Herren versichern: In der Personalpolitik bin ich auch hartgesotten. Die Personalpolitik muß eine Änderung erfahren.

Nun kommt der wesentliche Gesichtspunkt: Die Wahl des Ministerpräsidenten ...

(Unruhe, Zurufe: Aufhören!)

Dann verzichte ich darauf, weiterzusprechen.

(Zuruf *Goderski*: Immer diese persönliche Eitelkeit dabei!)

Ich vertrete einen großen Berufsstand. Das müssen Sie immer in Rechnung stellen. Ich komme auch in die Bezirke hinaus, wo Sie sitzen. Verlassen Sie sich darauf. Wenn es gewünscht wird, will ich meine Ausführungen zu Ende führen.

(Zuruf: Fortfahren!)

Ich bitte, nicht zu übersehen, daß der Ministerpräsident mit Zweidrittelmehrheit im Landtag gewählt worden ist, die Regierung aber erst, nachdem ungefähr die Verteilung der Ministerien vorlag. Wir kommen bei einer Änderung allgemeinpolitisch in eine ungeheuer schwierige Situation hinein. Nur unter den Voraussetzungen der Zustimmung zu der Personalpolitik, die wir in den Koalitionsverhandlungen erzwungen haben, ist der Ministerpräsident gewählt worden. Denn das war die Voraussetzung, um die Verhältnisse in den Ministerien einigermaßen erträglich zu machen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf Parteifreund *Horlacher* bitten, keine lange Rede zu halten, weil ich sonst fairerweise auch den anderen Rednern das Wort erteilen muß.
Dr. *Horlacher*: Ein Wort zur Entschließung *Haußleiter*. Sie enthält einen gefährlichen Passus, der nach meiner Ansicht überhaupt nicht annehmbar ist. Er sagt, die Regierung *Ehard-Hoegner* sei nicht in der Lage, eine christliche und soziale Politik zu betreiben. Das steht im Widerspruch zu den sachlichen Grundlagen der Regierungspolitik, die das 30-Punkte Programm der CSU ebenfalls zum Inhalt hat.

(Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich bitte um Ruhe.

(Zurufe: Abstimmen!)

Es liegt noch die Resolution *Schlögl* vor. Ich darf sie als bekannt voraussetzen. Weiterhin liegt noch die Resolution des Parteifreundes *Schrott* vor. Auch sie darf ich als bekannt voraussetzen. Ich bitte Parteifreund *Neumann*, seine Resolution nochmals zu verlesen.
*Neumann*: Ich ziehe meine Resolution zugunsten der Resolution *Haußleiter-Kroll* zurück.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Parteifreund *Neumann* hat seine Resolution zugunsten der Resolution *Kroll-Haußleiter* zurückgezogen.
Ich darf vielleicht so vorgehen: Die schärfste Resolution ist die Resolution *Haußleiter*. Dann kommt als konkrete Resolution, die mit der Resolution *Haußleiter* nicht ohne weiteres abgetan ist, der Antrag *Kroll*. Es ist ein formeller Antrag. Sollten diese beiden Resolutionen abgelehnt werden, dann kommt als nächste Resolution die Resolution des Parteifreundes *Schrott*, schließlich die Resolution *Schlögl*, die am wenigsten scharf gehalten ist.
Bevor wir abstimmen, meine lieben Freunde, darf ich mir vielleicht erlauben, noch einige Worte zu sagen.
Ich bitte um Ruhe!

Wir haben heute festgestellt, daß wir unter allen Umständen die Union durchretten wollen. Das muß auch für den Fall gelten, daß eine dieser scharfen Resolutionen angenommen werden sollte.

(Zurufe: Sie sind doch gar nicht scharf! Dr. *Hundhammer*: Das ist unmöglich!)

Es wird dazwischengerufen: Unmöglich! Dazu darf ich sagen: Meine lieben Freunde, ich habe früher festgestellt, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wenn Sie so vorgehen, Dr. *Hundhammer*, wie Sie es durch Zwischenrufe zum Ausdruck bringen, dann wird draußen die Meinung aufkommen, daß mit brutaler Gewalt ein Kabinett gebildet wurde und die Union heute vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

(Sehr richtig!)

Infolgedessen muß es möglich sein, daß man nicht nur immer, um Ihren Ausdruck zu nehmen, der anderen Seite etwas zumutet, sondern daß auch Sie selbst Ihren guten Willen zur Einigung zeigen.
*Pfeiffer* hat mit Recht klar gesehen, welche Möglichkeiten bestehen. Selbst wenn es sich aufgrund der Resolutionen zwangsläufig ergeben sollte, daß die Union - ich will den Ausdruck *Pfeiffers* nehmen, er ist gut gesehen - zwei Fraktionen haben sollte, dann müssen wir hier den Willen bekunden, daß die Union als Partei bestimmt geschlossen bleibt und daß alles aufgeboten[6] wird, um diesen Zustand so rasch wie möglich wieder zu überwinden.

(Zuruf *Konrad*: So tritt die Partei nicht auf!)

Lieber *Konrad*, ich habe gerade bemerkt, wie Sie sich mit Herrn *von Aretin* verständigt haben, der die Liste des neuen Kabinetts schon einige Wochen vorher durchgegeben hat. Es tut mir furchtbar leid, daß ich das sagen muß. Im Interesse der Union, meine lieben Freunde, sind wir uns gegenseitig zur Offenheit und Ehrlichkeit verpflichtet.

(Zuruf *Horlacher*: Sehr richtig!)

Infolgedessen muß man nüchtern die Probleme sehen. Ich habe sie damit aufgezeigt.
Es wird dann die Frage sein, wie die beiden Fraktionen ihrerseits die Möglichkeit der Zusammenarbeit finden. Eines muß nüchtern gesehen werden: Es wird nicht gut möglich sein, aus einer Fraktion heraus Regierungs- und Oppositionspolitik zu machen. Das ist die Klarheit, die heute nun einmal geschaffen werden muß. Wenn wir heute damit nicht fertig werden, meine lieben Freunde, dann darf nichts über den Stab gebrochen werden, dann muß eben [in] acht oder vierzehn Tagen noch einmal zusammengetreten werden. Das sind wir alle der Union schuldig angesichts der Tatsache, daß wir ein Jahr lang für die Union gearbeitet haben.
Ich darf jetzt über die Resolutionen abstimmen lassen.
Dr. *Martin*: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte lediglich bekanntgeben, daß noch eine weitere Resolution kommt, und zwar in der *Rindtschen* Formulierung. Es wird gebeten, diesen Antrag noch anzuhören.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist er fertig?
Dr. *Martin*: Nein, wir sind gerade darüber.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird gerade eine Resolution abgefaßt. Ich darf mit der Abstimmung beginnen und nachher die andere Resolution im Anschluß an die erste Resolution bekanntgeben.

---

[6] In der Vorlage: "aufhoben".

*Fink*: Es ist nicht möglich, über die erste Resolution abzustimmen, wenn die *Rindtsche* noch nicht da ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir müssen nüchtern sehen. Würde der Antrag *Kroll-Haußleiter* angenommen werden, so wären die anderen Resolutionen damit überholt. Infolgedessen darf ich die Frage stellen: Soll schriftlich abgestimmt werden oder durch Handaufheben?

(Zurufe: Schriftlich!)

Es wird schriftliche Abstimmung verlangt. Ich bitte, die Stimmzettel zu verteilen.
*Liedig*: Sie sind verteilt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zunächst wird über die Resolution *Haußleiter* abgestimmt. Es wird mit Ja oder Nein gestimmt. Ich darf bitten, die Stimmzettel auszufüllen.
Zur Abstimmung möchte ich noch folgendes erklären:
Ich fühle mich als Parteivorsitzender in diesem Falle verpflichtet, mich bei der Abstimmung über jede Resolution der Stimme zu enthalten. Ich nehme an der Abstimmung über die Resolutionen nicht teil, weil ich meine Aufgabe, die Union unter allen Umständen durchzuhalten, nach wie vor zu lösen versuchen werde.
Es wird jetzt abgestimmt mit Ja oder Nein über die Resolution *Haußleiter*. Ich bitte aufzurufen.
Dr. *Ehard*: Zu einer Erklärung! Ich werde mich bei der Abstimmung selbstverständlich auch der Stimme enthalten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es enthält sich in diesem Falle der Herr Ministerpräsident *Ehard*, und ich enthalte mich als Parteivorsitzender.
Ich bitte, jetzt zu verlesen. Zuvor aber möchte ich einen Wahlausschuß bestellen. Darf ich die zunächst Sitzenden nehmen: *Ankermüller, Zwicknagl* ...

(Zuruf: *Haußleiter*!)

Nein, *Haußleiter* ist Antragsteller - und Frau *Maria Probst*.
Darf ich die Parteifreunde *Martin* und *Strauß* bitten, die Stimmzettel einzusammeln. Ferner bitte ich die jungen Parteifreunde, beim Einsammeln der Stimmen behilflich zu sein.
(*Liedig* verliest die Stimmberechtigten, während gleichzeitig die Stimmzettel eingesammelt werden.)
Sind alle Parteifreunde verlesen? Haben alle Stimmberechtigten abgestimmt? Dann erkläre ich die Abstimmung für geschlossen. Ich bitte den Wahlausschuß, die Stimmzettel einzusammeln.
Meine lieben Parteifreunde! Darf ich vorschlagen, daß wir gleich in der Abstimmung fortfahren.

(Widerspruch.)

Dann darf ich jetzt den Antrag *Kroll* zur Abstimmung bringen. Die beiden Anträge gehören ungefähr zusammen. Dann tritt eine Zäsur ein. Mittlerweile wird der Antrag *Rindt* eingebracht und verlesen werden. Wir werden dann eventuell noch über den Antrag *Rindt* abstimmen, für den Fall, daß er nicht durch die vorhergehenden Abstimmungen überholt sein sollte.
Der Antrag *Kroll* ist bekannt oder soll er nochmals verlesen werden?

(Zuruf: Ja!)

Zur Abstimmung über den Antrag *Kroll* werden gelbe Stimmzettel verteilt.

(Zuruf: Es wäre unbedingt wichtig zu wissen, wie die Abstimmung über den Antrag *Haußleiter* ausgefallen ist!)

Ich darf dann den Antrag *Rindt* verlesen lassen.
Meine lieben Parteifreunde! Darf ich bitten, Platz zu nehmen während der Abstimmung. Ich werde darauf mit Recht vom Parteifreund *Holzer* aufmerksam gemacht. Es ist sonst ein Durcheinander. Angesichts des Ernstes der Entscheidung für die Union bitte ich alle Parteifreunde, jetzt das Opfer zu bringen und auf ihrem Platz zu bleiben.
Ich darf jetzt das Ergebnis der Abstimmung über den Antrag *Haußleiter* bekanntgeben.
Es haben 105 stimmberechtigte Vertreter abgestimmt. Davon haben 53 mit Nein und 48 mit Ja gestimmt. Vier haben sich der Stimme enthalten.
Damit ist der Antrag *Haußleiter* abgelehnt.

(Beifall.)

Ich bitte, diesmal bei allen Abstimmungen angesichts des Ernstes der Entscheidung, meine lieben Parteifreunde, Beifallskundgebungen unterlassen zu wollen. Beifallskundgebungen würden nicht dem Ernst der Stunde gerecht werden. Ich darf das feststellen.
Wir kommen dann zum Verlesen des Antrages *Rindt*, bevor ich über den Antrag *Kroll* abstimmen lasse. Darf ich bitten, daß Parteifreund *Weinkamm* den Antrag *Rindt* verliest.
Dr. *Weinkamm*: Der Antrag *Rindt* hat folgenden Wortlaut:

> Der Landesausschuß sieht in der gegenwärtigen Zusammensetzung der Regierung nicht den Einfluß der CSU als stärkster Partei Bayerns hinsichtlich der politischen Führung in der notwendigen Weise gewahrt. Trotzdem ist er entschlossen, die christliche und soziale Politik entsprechend der grundsätzlichen Haltung der Union durchzusetzen. Infolgedessen ist er der Auffassung, daß das Kabinett *Ehard* angesichts der großen Notlage unseres Volkes unterstützt werden muß.
> Unabdingbare Voraussetzung hierfür ist aber, daß durch entsprechende Besetzung der verschiedenen Stellen, vor allem innerhalb des Kabinetts, die politische Führung der CSU eindeutig sichergestellt wird. Die neu oder umzubesetzenden Stellen sind der bisher nicht vertretenen Richtung der CSU offenzuhalten.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf vorher über den Antrag *Kroll* abstimmen lassen, der ein konkreter Antrag ist. Ich bitte *Kroll*, nochmals seinen Antrag zu verlesen.
Dr. *Schlögl*: Zur Abstimmung! Meine Damen und Herren! Wir müssen uns darüber klar sein, wenn der Antrag *Kroll* angenommen wird ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es darf grundsätzlich niemand für oder gegen einen Antrag sprechen.
Dr. *Schlögl*: Ich möchte bloß ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es hat keinen Sinn. Ich möchte Parteifreund *Schlögl* in diesem Falle das Wort verweigern, weil ich sonst gerechterweise einen für und einen gegen den Antrag sprechen lassen muß. Deswegen wird auch jetzt Parteifreund *Kroll* lediglich seinen Antrag verlesen und nicht dazu sprechen.
Dr. *Kroll*:

> Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union fordert die sofortige Umbildung des Bayerischen Kabinetts. Innenministerium und Wirtschaftsministerium müssen

von Vertretern der Union besetzt werden. Das Kabinett in der jetzigen Zusammensetzung hat nicht das Vertrauen der Christlich-Sozialen Union.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir stimmen über den Antrag *Kroll* ab. Die Abstimmung beginnt. Ich bitte, die gelben Stimmzettel zu verteilen.
Darf ich bitten, Platz zu nehmen, und die Nichtstimmberechtigten bitten, [sich] mittlerweile draußen zu unterhalten.
(*Liedig* verliest die Stimmberechtigten, während gleichzeitig die Stimmzettel eingesammelt werden.)
Es ist vorhin *Bergmann* aufgerufen worden. Hat jemand für *Bergmann* gestimmt, weil hier die Stimme übertragen wurde?

(Zuruf: Nein!)

Da niemand gestimmt hat, darf für *Bergmann* noch abgestimmt werden.
Dann haben alle Stimmberechtigten abgestimmt. Ich erkläre die Abstimmung für geschlossen.
Ich gebe das Resultat der Abstimmung über den Antrag *Kroll* bekannt. Es haben 105 Stimmberechtigte abgestimmt, 52 mit Nein, 51 mit Ja. Zwei Vertreter haben sich der Stimme enthalten.
Damit ist der Antrag mit einer Stimme abgelehnt.
Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag *Rindt*. Ich bitte, den Antrag nochmals zu verlesen. Oder ist es nicht mehr notwendig?

(Zurufe: Nein!)

Es sind grüne Stimmzettel verteilt.
(*Liedig* verliest die Stimmberechtigten, während gleichzeitig die Stimmzettel eingesammelt werden.)
*Hönekopp* (am Schlusse der Abstimmung): Zu den beiden letzten Abstimmungen: Es wurde hier die Stimme für *Prechtl* abgegeben. Ich habe mehrmals gefragt, ob eine schriftliche Stimmberechtigung vorhanden ist. Sie wurde nicht vorgezeigt. Ich bitte, das nachzuprüfen. Es muß ein Stimmberechtigungsschein vorliegen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf um Ruhe bitten. Es wird ein Einwand gegen die Abstimmung erhoben, weil eine schriftliche Vollmacht nicht vorliege. Parteifreund *Hönekopp*, ich würde vorschlagen, daß wir diese Frage zurückstellen. Denn die Abstimmungsergebnisse sind so, daß wir sowieso ernsthafte Betrachtungen über die weitere Behandlung anstellen müssen. Ich bitte daher, keine Einwendungen aus formalen Gründen zu erheben.
Ich darf infolgedessen die Einwendungen zurückstellen. Sind Sie damit einverstanden?
*Hönekopp*: Jawohl!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn kein Einwand gegen diesen Vorschlag erhoben wird, bitte ich, die Stimmzettel abzuzählen. Die Abstimmung ist geschlossen.
Ich bitte, daß sich die Parteifreunde auf die Plätze begeben. Jetzt habt Ihr den ganzen Tag ausgehalten und könnt es auch noch die paar Minuten.
Ich gebe das Abstimmungsresultat über den Antrag *Rindt* bekannt. 104 Parteifreunde haben abgestimmt, davon 59 mit Ja, 42 mit Nein. Drei haben sich enthalten.
Damit ist der Antrag *Rindt* angenommen.
Meine lieben Parteifreunde, ich darf jetzt nochmals die Tagesordnung vornehmen. Ich glaube, wir können sagen, daß wir Punkt 1 und 2 der Tagesordnung gemeinsam erle-

digt haben. Denn es ist jetzt wohl zu spät, daß wir ausdrücklich noch eigens das Problem Partei und Fraktion behandeln. Ich glaube, daß [es] aufgrund der Tatsache, daß zur Zeit die einzelnen Bezirksausschüsse bzw. Bezirksvertrauensmännerversammlungen tagen, sowieso notwendig sein wird, daß wir uns höchstwahrscheinlich nochmals im Laufe des Monats Januar sehen. Denn ich bin der Auffassung, daß in einem Zeitpunkt der Krisis jeder seine Arbeit restlos zur Verfügung stellen soll.
Infolgedessen darf ich Ihre Zustimmung annehmen, daß, wenn die Regierungserklärung bekanntgegeben ist, mittlerweile nochmals die Landesvorstandschaft zusammentritt, die sowieso verschiedene Fragen zu besprechen hat, und daß die einzelnen Bezirksverbände mittlerweile noch ihre Stellungnahme hereingeben, so daß dann der Landesausschuß endgültig fortlaufend über die Regierungspolitik beschließt. Denn wir können uns nur durch Offenheit und Ehrlichkeit mit der Union weiter durchsetzen.
Es sind Worte laut geworden, die es darauf abgestellt haben, daß sich Parteifreunde und sogar Bezirksverbände mit dem Gedanken tragen, die Union vielleicht nicht mehr als ihre Partei anzusehen.
Meine lieben Freunde, bitte stellen Sie jetzt den Gedanken zurück. Schon die Tatsache, daß der Gedanke in Erwägung gezogen wird, bedeutet einen Versuch, dem leicht die Tat nachfolgen kann. Infolgedessen bitte ich, auch die Tagungen der Bezirksverbände so zu halten, daß uns nicht restlos jede Möglichkeit genommen ist, die Union zu retten.
Ich weiß, daß die einzelnen Beschlüsse der Bezirksverbände sehr voneinander abweichen werden. Das darf uns nicht verhindern, doch daran zu glauben, daß der Einigungsgedanke stärker ist als die Zerreißprobe, vor der die Union steht.
Ich bitte Sie weiterhin darum, meine lieben Freunde, sorgen Sie dafür, daß im Volke draußen die Unruhe nicht noch größer wird. Wir wollen keine großen Erklärungen abgeben. Halten Sie nach wie vor daran fest, daß jeder die Union, auch wenn sie eine eigene Regierung gebildet hätte, nach den Taten und nicht nach Worten beurteilt hätte. Das gilt für uns alle, die wir Verantwortung tragen. Wenn wir dieses Prinzip aufstellen, wenn wir weiterhin das Prinzip durchhalten, daß die Tüchtigen und Fähigen ihre Kraft einsetzen müssen, nicht nur für die Union und nicht nur im Interesse der Union, sondern auch für das Volk und mit dem Volk, dann, meine lieben Freunde, sind wir wirkliche Demokraten, dann dienen wir unserem Volk. Das muß aber die Aufgabe jedes Menschen sein, der heute in der Notzeit eines Volkes Politik machen oder auf die Politik Einfluß gewinnen will.
Ich möchte es feststellen, ob noch irgendwelche Anträge vorgelegt oder Wünsche geäußert werden.
Dr. *Hundhammer*: Zu einer Erklärung! Zu dem Zwischenruf von heute vormittag bezüglich des Kultusministeriums möchte ich folgende Erklärung abgeben: Es wurde Beschwerde darüber geführt, daß der evangelische Volksteil im Staatsministerium für Unterricht und Kultus keine Vertretung hätte. Ich habe darauf hingewiesen, daß erstens Staatssekretär *Pittroff* evangelisch ist,

(Zuruf: Marxist!)

aber es ist scheinbar nicht überall bekannt gewesen, daß die offizielle Vertretung des evangelischen Volksteiles im Kultusministerium nach wie vor der Herr Staatsrat *Meinzolt* ist, der ja als offizieller Vertreter und Repräsentant des evangelischen Volks-

teiles im Kultusministerium auch heute im neuen Kabinett sitzt. Das festzustellen ist anscheinend notwendig, um absolute Klarheit zu geben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Haußleiter* hat das Wort gewünscht.
*Haußleiter*: Meine lieben Freunde, es fällt mir sehr schwer, in dieser Sache das Wort zu nehmen, und zwar deshalb, weil eine völlig idiotische Verleumdungskampagne behauptet hat, ich hätte irgendein Interesse, ins Kultusministerium hineinzugehen. Ein solches Interesse habe ich nicht gehabt und habe ich nicht. Aber eines möchte ich hier schwersten Herzens sagen: Ich habe ein Jahr in Nordbayern für die Union gekämpft und jedesmal, wenn mir ein Sozialdemokrat entgegentrat und sagte, wir Sozialdemokraten sind auch Christen, und wenn mir die Sozialdemokraten Flugblätter brachten "wählt christlich, wählt die SPD" und wenn sie sich an die Kirche wandten und sagten, wir Sozialdemokraten sind die Vertreter der evangelischen Bevölkerung, dann habe ich gesagt, nein, ändert Euer Programm. Ihr steht auf dem Boden des historischen Materialismus und seid nicht Vertreter der evangelischen christlichen Bevölkerung Nordbayerns.
Ich habe gesagt: Wenn die evangelische Bevölkerung noch einmal zu einer pseudochristlichen Partei wegläuft, dann beginnt der gleiche Prozeß, der damals mit der NSDAP begonnen hat. Ich habe mich verpflichtet gefühlt, diesen Prozeß nach Kräften zu verhüten. Ein Sozialdemokrat war es, der immer von neuem gesagt hat: Wir vertreten Eure christlichen Interessen viel besser als die alte Bayerische Volkspartei. Daraufhin habe ich die Bayerische Volkspartei verteidigt und gesagt: Die Union ist über diese hinaus eine neue Partei.
Heute habe ich erlebt, daß mir von einem Parteifreund der Christlich-Sozialen Union der Sozialdemokrat *Pittroff* als evangelischer Vertreter im Kultusministerium vorgerechnet wird. Da sage ich Ihnen, meine Damen und Herren, das ist Bruch der Union. Da machen wir nicht mit.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde, ich bitte den Parteifreund *Haußleiter*, daß ich seine letzten Worte nicht so interpretieren muß, daß Parteifreund *Haußleiter*, der von der Gründung der Union an als einer der Aktivsten in Franken gearbeitet hat, etwa die Arbeit für die Union einstellen würde. Wir wollen uns jetzt darüber klar werden, daß wir heute versucht haben, eine Brücke von der Gegenwart, ich möchte sagen, in die nähere Zukunft zu schlagen. Deswegen wollen wir die Brükken noch nicht abgebrochen wissen.

(Zuruf Dr. *Strathmann*: Daß das gesagt werden konnte, ist ein Skandal!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Strathmann*, Sie haben die Möglichkeit nochmals Ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, wenn jetzt die Bezirksverbände tagen. Ich werde alles aufbieten. Ich werde auch zu den Bezirksverbänden hingehen, um dort zu sehen, daß irgendwie ein Weg aus dieser Not der Union herausgefunden wird.
Werden noch Anträge gestellt oder Wünsche geäußert?
Dr. *Gamperl*: Meine lieben Freunde, ich halte es aufgrund der Abstimmung für meine Pflicht, folgendes zu erklären: Immer wieder wird das Wort demokratisch gebraucht. Die Abstimmung hat eindeutig die Brücke geschlagen. Ich bitte Sie alle, bemühen Sie sich draußen, diese Brücke aufrechtzuerhalten und die Stimmung im Volke so zu lenken, daß nunmehr die ganze Abstimmung und der ganze Kampf abgetan ist, daß wir uns endlich wieder verstehen. Das halte ich für die einzig richtige Demokratie.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Parteifreund *von Voretzsch* hat das Wort gewünscht.
*Voretzsch*: Nach den Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten über die Personalpolitik im Ministerium des Innern und angesichts der Tatsache, daß von 25 Kabinetts-

mitgliedern 15 der CSU und nur neun der Sozialdemokratie angehören, hat die CSU meines Erachtens berechtigte Hoffnung auf eine weitere Beteiligung von CSU-Mitgliedern in der Regierung. Nach der heutigen Abstimmung wird es Sache der Regierung sein, diese Zusagen in nächster Zeit bei der Besetzung von Regierungspräsidenten- und ähnlichen Schlüsselstellungen zu beweisen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sonstige Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann, meine lieben Freunde, habe ich die Verpflichtung, Ihnen für die Arbeit zu danken, die Sie heute für die Union geleistet haben. Ich bitte nochmals, an Ihren guten Willen appellieren zu dürfen. Stellen wir den Willen zur Einigung höher als alles Trennende.
Bestimmt sind die Abstimmungsresultate nicht so, daß man sagen kann, die Union sei sich heute einig geworden. Wir wollen uns nicht darüber täuschen: Abstimmungsergebnisse, die mit einer Stimme Mehrheit gefaßt werden, zeigen, wie stark die Spannungen noch vorhanden sind. Nur durch nüchterne, sachliche und ruhig ausgleichende Arbeit in allen Gremien der Union wird es möglich werden, die Krisis, die Spannung zu überwinden. Ich bitte Sie um diese Mitarbeit [zur] Überwindung der Krisis. Ich bitte Sie, bieten wir alles auf, um die Union zu retten.
Es lebe die Christlich-Soziale Union in Bayern.
Damit schließe ich die Landesausschußsitzung.

Schluß der Sitzung 20.10 Uhr.

# Nr. 28

## Außerordentliche Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union am 30. und 31. August 1947 in Eichstätt

Tagesordnung:[1]
1. Bericht über die Politik der Regierung durch den Ministerpräsidenten und die Mitglieder der Staatsregierung. - Aussprache
2. Bericht des Landesvorsitzenden über die Politik der Union und Einzelreferate zu besonderen Problemen. - Aussprache

Tagungsort: Eichstätt, Stadttheater

ACSP, CSU-Landesversammlungen, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; auf den Seiten 1085-1093: Rede Baumgartners ergänzt durch: IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 118; Schriftführer: Allwein (zeitweise), Plonner

Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern wird um 9.39 Uhr unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden, Dr. *Josef Müller*, eröffnet.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Als Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern eröffne ich die dritte Landesversammlung der Union und begrüße alle Erschienenen mit einem herzlichen Grüß Gott. Ich begrüße besonders die Vertreter der Militärregierung, begrüße unseren Gastgeber, die Vertreter der kirchlichen und städtischen Behörden von Eichstätt, und danke ihnen für alles Entgegenkommen und alle Bemühungen während der Vorbereitungen. Ich begrüße dann insbesondere noch die Ehrengäste, die ihr Erscheinen zugesagt haben. Ich begrüße Sie, sehr verehrte Damen und Herren, begrüße alle Freunde der Christlich-Sozialen Union und alle Mitarbeiter.
Ich habe zur Tagung auch die Freunde der Christlich-Demokratischen Union eingeladen. Ich darf die Telegramme, die eingegangen sind, bekanntgeben.
*Jakob Kaiser*, der Zonenvorsitzende der Union der russischen Zone und Berlins, hat folgendes Telegramm geschickt:

> Die bevorstehende Unionstagung für Ostzone und Berlin macht es mir leider unmöglich, nach Eichstätt zu kommen. Bedauere dies sehr angesichts der gemeinsamen Verpflichtung, die sich aus der bedrohlichen Gesamtlage unseres Volkes für die Union aller Zonen ergibt. Ich bitte die in Eichstätt versammelte bayerische Union, mit aufrichtigen Wünschen für positiven Verlauf ihrer Beratungen herzliche Grüße von uns allen entgegenzunehmen.
> In landsmännischer Verbundenheit
> *Jakob Kaiser.*

(Beifall.)

[1] Laut Wortlaut des Protokolls, vgl. S. 1063. Ursprünglich war eine Sitzung des Landesausschusses am 17. und 18. Mai (ACSP, NL Müller 9, Aktennotiz betr. Sitzung der Landesvorstandschaft vom 28. April 1947, gez. Liedig), später am 30. Mai (ACSP, NL Müller 10/3, Schreiben an die Mitglieder des Landesausschusses, 10. Mai 1947) vorgesehen, am 14. und 15. Juni 1947 sollte die Landesversammlung tagen. Terminzwänge und Schwierigkeiten, einen geeigneten Tagungsort zu finden, führten dann zur Terminverschiebung auf den 30. und 31. August (ACSP, NL Müller 10/3, Schreiben an die Mitglieder des Landesausschusses, 16. Mai 1947). Die geplante Sitzung des Landesausschusses fand nicht statt.

Ich gebe das Telegramm von *Konrad Adenauer*, dem Zonenvorsitzenden der CDU der englischen Zone, bekannt:

> Kommen zu außerordentlicher Landesversammlung wegen wichtiger Sitzung leider nicht möglich. Wünsche recht guten Verlauf. Falls Vertreter erwünscht, telefoniert an Zonensekretariat Köln.
> *Konrad Adenauer.*

Ich darf in meiner Begrüßung fortfahren und begrüßen die Vertreter der Regierung, die Minister und Staatssekretäre, die der Union angehören, an ihrer Spitze Parteifreund Ministerpräsident Dr. *Hans Ehard*.

(Starker Beifall.)

Meine lieben Parteifreunde! Seit der letzten Landesversammlung, die am 14. Dezember letzten Jahres im gleichen Raume stattgefunden hat, waren Zeiten, die die Union manchmal schon in den Wirbel hineinzuführen und in gewisse Erschütterungen zu bringen drohten. Vier Bezirksverbände hatten die Einberufung einer außerordentlichen Landesversammlung verlangt. Da die Statuten als Voraussetzung für die Einberufung ein Verlangen von fünf Bezirksverbänden vorsehen, glaubte ich davon absehen zu können, die Landesversammlung einzuberufen; und ich habe davon abgesehen, weil ich es für notwendig hielt, zuerst eine Beruhigung eintreten zu lassen. Man soll in turbulenten Zeiten, in Zeiten, in denen die Gefühle oft mehr bestimmend sind als der Verstand, nicht Entscheidungen von weittragender Bedeutung treffen. Es erschien mir notwendig, dafür Sorge zu tragen, daß vorher ein gewisses Einvernehmen wiederhergestellt werden könnte, damit nicht dann durch Szenen, die letztlich später von allen bedauert werden, die Union nutzlos und sinnlos in Gefahr gerate.
Ich habe diese Landesversammlung dann im Einvernehmen mit der Landesvorstandschaft und dem Landesvorstand für den heutigen Tag angesetzt, weil wir glaubten, daß jetzt eine Atmosphäre bestehe, die eine Debatte in ruhiger Weise zuließe. Es war damals, als wir die Einladungen vornahmen, noch nicht vorauszusehen, daß im Anschluß an die Frankfurter Entscheidungen vielleicht doch manchmal die Gefühle etwas stark in Wallung geraten würden. Ich glaube aber, das Vertrauen zu allen unseren Freunden von der Union haben zu können, daß sie die wichtigsten Entscheidungen, die die Union zu treffen hat, nicht aus der Atmosphäre der Gegensätzlichkeit heraus, die manchmal vielleicht doch etwas durch Leidenschaft getrübt wird, fällen, sondern daß in Ruhe alle Probleme erörtert werden und dann in Ruhe Entscheidungen fallen.

(Sehr richtig!)

Schwere Probleme sind zu bewältigen. Wenn wir von Gegensätzlichkeiten in der Union reden und wenn vielleicht die Presse oder ein Teil der Presse diese Gegensätzlichkeiten manchmal besonders stark herausmalt und nicht auf das Einigende in der Union hinweist, dann darf ich dazu erklären: Die Union ist insoweit nur ein Spiegelbild dessen, was in unserem Volke vorgeht. Die Union ist eine Mehrheitspartei, und infolgedessen wäre es sogar ungesund, wenn sich die Krisis, die unsere Demokratie bedroht, nicht auch in unserer Partei widerspiegeln würde. Wir sind kein kollektiver Haufen, der in einer Marschkolonne marschiert. Wir haben Persönlichkeiten und wir haben Gruppen, die verschiedene Meinungen haben. Und es ist gut so, denn dadurch zeigt sich, daß die Union eine lebende Partei ist. Nur greisenhafte Parteien würden heute eventuell eine besondere Geschlossenheit zur Schau tragen, denn nur sie könnten sagen, daß sie mit den Problemen des Alltags fertig werden. So werden die Pro-

bleme, die wir hier erörtern, Probleme unseres Gesamtvolkes sein, Probleme, die uns alle in Bayern und in Deutschland berühren.
Die Union ist eine bayerische Partei. Sie ist eng verflochten mit der bayerischen Heimat, und das Schicksal unserer Heimat liegt uns am meisten am Herzen. Aber die Entscheidungen für unsere Heimat, für Bayern, fallen darüber hinaus heute schon auf größerer Ebene. So werden wir in dieser Landesversammlung auch diese Probleme zu entscheiden haben.
Wir werden am ersten Tage uns über die Regierungspolitik unterhalten, denn sie steht uns am nächsten. In sachlicher, ruhiger Aussprache wollen wir hören, welche sachliche Arbeit die Regierung geleistet hat. Morgen wollen wir dann über die Grundlinien der Politik sprechen, die unsere Partei in der Vergangenheit verfolgt hat und die sie in der Zukunft einhalten wird.
Es werden ernste Sorgen sein, die uns beschäftigen, und manchmal wird vielleicht auch eine ernste Sprache geführt werden. Kritik ist recht; sie kann und wird nicht unterbunden werden; sie ist notwendig, damit die Demokratie lebe. Aber jede Kritik muß einen Sinn haben. Es darf nicht Kritik nur um der Kritik willen ausgesprochen werden, sondern es muß ein Ziel dahinter stehen. So werden wir zusammenstehen und zusammenhelfen.
Am Schluß der Tagung möge die Union dann dastehen als Sieger über alle Gegensätzlichkeiten, über alles, was an Gegensätzlichkeiten auch von außen her in die Union hereingetragen wurde!

(Beifall.)

Möge Gottes Segen auf der Tagung ruhen und der Geist der Weisheit und des Verstandes uns leiten!
Ich gebe die Tagesordnung bekannt:

1. Bericht über die Politik der Regierung durch den Ministerpräsidenten und die Mitglieder der Staatsregierung. - Aussprache.
2. Bericht des Landesvorsitzenden über die Politik der Union und Einzelreferate zu besonderen Problemen. - Aussprache.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich zwei Schriftführer bestellen. Es wurde der Parteifreund Dr. *Schwalber* vorgeschlagen; ich darf ihn bitten, hier Platz zu nehmen. Es wurde ferner der Parteifreund *Plonner* vorgeschlagen, den ich auch bereits gebeten habe, bei mir Platz zu nehmen. - Ist Dr. *Schwalber* schon da?

(Nein!)

Er ist also noch nicht da.
Erhebt sich eine Einwendung gegen die Tagesordnung? Dann darf ich die Tagesordnung als genehmigt ansehen.
Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich darf unseren Parteifreund Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* bitten, das Wort zu ergreifen.

(Anhaltender Beifall.)

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren: Ich danke Ihnen zunächst für Ihre überaus freundliche und herzliche Begrüßung. Ich erwidere sie mit bewegtem Herzen durch ein aufrichtiges "Grüß Gott"!

(Zurufe: Grüß Gott!)

I. In einer sehr bedeutungsvollen Stunde - ich möchte fast sagen: in der bisher kritischsten Stunde unserer Partei - ergreife ich das Wort auf der Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern.
Ich soll durch meine Ausführungen den Auftakt geben zu den Beratungen der Delegierten, die aus allen Teilen Bayerns, aus allen Kreisverbänden unserer Union hier zusammenkamen, um an der Lösung einer großen Aufgabe mitzuwirken.
Mit besonderer Aufmerksamkeit sind die Augen wohl nicht nur der politischen Kreise Bayerns auf unser heutiges Tun gerichtet; weit über unsere engeren Landesgrenzen hinaus verfolgt man unsere Arbeit mit starkem Interesse, in gewissem Umfang wohl sogar über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus. Aber mit innerster Anteilnahme begleiten uns heute die Gedanken der mehr als eineinhalb Millionen Wähler und Wählerinnen aus bayerischen Landen, aus Altbayern wie aus Schwaben und aus Franken, die am 1. Dezember 1946 ihre Stimme für die Wahlvorschläge der Christlich-Sozialen Union in Bayern abgegeben haben, weil sie den großen Gedanken der Christlich-Sozialen Union für so wertvoll halten, daß er die tragende Idee im bayerischen staatlichen Leben sein soll. Die Wähler, die uns in den Wahlgängen des Jahres 1946 ihr Vertrauen schenkten, erwarten von uns, daß die Partei der Christlich-Sozialen Union sich dieses Vertrauens würdig erweist.
In dem ausgedehnten Organismus einer neu entstandenen, großen Partei muß es naturgemäß manche Reibungen und Spannungen geben; es wird vieles noch gären, um reifen zu können. Seit Monaten aber werden diese ganz natürlichen Dinge von geschäftigen Händen emsig immer wieder vor aller Öffentlichkeit ausgebreitet. Funken, die sprühen, weil Temperamente zusammenprallen, werden zu züngelndem Feuer gestempelt, das im Gebälk unserer Partei knistere. Persönliche Auseinandersetzungen werden als Dolchstöße in den Rücken oder in das Herz unserer Union ausgerufen. Bange Sorge erfüllt darum ungezählte Herzen in unseren eigenen Reihen.
Umgekehrt aber geht ein unverhohlenes Vergnügen durch jene politischen Kreise, die in einer starken Union das Hindernis ihrer politischen Ziele und Absichten erblicken.

(Beifall.)

Geschäftige Boten verkünden landauf, landab die Zermürbung unserer Partei und behaupten, daß wir nur wenig anzufangen wüßten mit der Macht, die der Wille der Wählerschaft in die Hand der Abgeordneten der Christlich-Sozialen Union für den Landtag und in die Verantwortung unserer Landesleitung gegeben.

(Sehr richtig!)

Auf dieser Landesversammlung *muß* sich eine Klärung vollziehen,

(Sehr richtig!)

und diese wird nicht bestimmt und darf nicht bestimmt werden durch das, was von aussen her an uns heran- und in unsere Reihen hineingetragen wird.

(Zustimmung.)

Diese Klärung wird ihre Form finden aus dem, was wir selbst als tiefste Überzeugung im Herzen tragen, aus dem, was wir durch unser Gewissen als Gebot höchster Pflicht empfinden, aus dem, was ruhige Überlegung und unser Verstand uns zu tun gebieten.
Es ist mir in dieser Stunde ähnlich ums Herz wie an jenem 21. Dezember 1946, als ich vom Bayerischen Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Damals ging ein tiefer Riß durch unsere Landtagsfraktion. Es war mir auferlegt, die erste demokrati-

sche Regierung in Bayern zu bilden. Wenige Wochen vorher war durch Volksabstimmung die neue Verfassung gebilligt und der erste demokratische Landtag gewählt worden. Als Ministerpräsident hatte ich zwar den größeren Teil der eigenen Fraktion hinter mir, aber es war kein angenehmes Gefühl, bei einem Teil nur auf wohlwollende, eigentlich nur abwartende Neutralität rechnen zu können. Der Exponent jener Partei, die durch den Willen der Wählerschaft zur größten, ja zur Mehrheitspartei gemacht worden war, konnte somit in einem so wichtigen Augenblick von diesem grossen politischen Instrument nur mit Vorsicht Gebrauch machen, denn er mußte befürchten, daß der Boden, auf dem er stand, nicht jeder Belastungsprobe gewachsen sei.

Ich habe es trotzdem gewagt! Ich habe vertraut auf unseren Herrgott. Ich habe vertraut auf den gesunden Menschenverstand und auf den guten Willen und das Pflichtbewußtsein aller Mitglieder des Landtags.

II. Als ich vom Landtag zum Bayerischen Ministerpräsidenten gewählt war, mußte die Entscheidung in einer Frage getroffen werden, die zu den Grundfragen des Wesens der Demokratie überhaupt hinführt, nämlich der Frage: Mehrheitsregierung oder Koalitionsregierung.

Unsere Wähler hatten der Christlich-Sozialen Union durch ihre große Stimmenzahl in Form einer Fraktion, die 104 von 180 Landtagssitzen umfaßt, ein starkes und gebrauchsfähiges parlamentarisches Instrument für die Bewältigung der Aufgaben unserer Notzeit geschaffen. Es stand ihnen die Notwendigkeit und Wichtigkeit großer Parteien vor Augen. Sie wollten nicht noch einmal in das Elend des zersplitterten und unselig aufgespaltenen, viel zu stark individualisierenden Parteiwesens zurücksinken, denn nicht zuletzt war ja die Weimarer Demokratie hieran zugrunde gegangen.

Gerade aus dieser Grundeinstellung der Wähler heraus hatte ja auch der Name Union als Parole der großen Sammlung und Einigung aller in den letzten, wesentlichen Grundsätzen politisch Gleichgesinnten eine so große Werbekraft ausgeübt.

Nun muß die Fähigkeit zu solcher Sammlung gleichzeitig auch verbunden sein mit der ausdauernden Fähigkeit und willensstarken Bereitschaft, die voneinander abweichenden Auffassungen über Einzelprobleme und auseinandergehenden Meinungen über politische Taktik zum Ausgleich zu zwingen und jene unvermeidbaren Reibungen zu klären und zu beheben, die nun einmal durch das Hineinwirken persönlicher und menschlicher - leider oft allzu menschlicher! - Motive in politische Urteile und Entscheidungen entstehen und nicht von vornherein abgehalten werden können.

Bei meinem Schritte zur Regierungsbildung mußte ich mir klar sein über die großen Aufgaben, an denen die neue Regierung, der neue Landtag und somit in besonderem Umfange auch meine eigene Partei, die Christlich-Soziale Union, zu arbeiten hatte, und über die großen Schwierigkeiten, die dieser Arbeit entgegenstanden. Ich könnte zusammenfassend vier Gruppen unterscheiden:

1. Im politischen Leben Bayerns die Durchführung der Verfassung und Entfaltung wahrer Demokratie.
2. Der Kampf gegen die schwere wirtschaftliche Not und die materiellen, gesundheitlichen und politischen Gefahren, die aus unserem Notzustand immer wieder erwachsen und größer werden.
3. Die Arbeit im staatsrechtlichen Aufbau des neuen Deutschland, und schließlich:
4. Die Vorbereitung auf die Zeit, in der der Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden ein Ende nehmen und mit Beendigung des Kriegszustandes eine Grundlage für eine neue gesamtdeutsche Wirtschaftspolitik unter Einfügung in die Weltwirtschaft möglich wird.

Ich war mir klar darüber, daß heute sogar die Regierungen von solchen Ländern, die nicht in dem tiefen Elend wie das deutsche Volk stecken, auf vollkommen schwankenden Grundlagen arbeiten müssen; um wieviel mehr also die Regierungen der einzelnen deutschen Länder, die schon an den Zonengrenzen auf hohe Mauern und Barrikaden stoßen. Der Aufgabenberg, der vor der Regierung eines jeden deutschen Landes liegt, kann wohl kaum planmäßig überstiegen oder abgetragen werden. Dauernd ist jede Regierung zu Improvisationen gezwungen. Wirklich lösbar sind die Aufgaben für keine deutsche Regierung aus eigener Kraft.

(Sehr gut! Sehr richtig!)

Auch ist der Nachwuchs an einsatzfähigen Mitarbeitern, deren Zahl infolge der furchtbaren Auswirkungen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des entsetzlichen Krieges um ein Vielfaches größer sein müßte als früher, heute bei weitem viel zu gering.
Unter diesen Umständen ist der unter verschiedenen Gesichtspunkten vielleicht sehr verlockende Gedanke des Schaukelspiels zwischen zwei Parteien eine Selbsttäuschung. Das Zweiparteiensystem und der Wechsel in der Regierung als Ablösung der Regierungsmehrheit durch die Opposition ist nur dort sinnvoll, wo mit den Kräften und Fähigkeiten der parteigebundenen Methoden überhaupt ein Ruck nach vorwärts gemacht werden kann. Wenn es sich aber darum handelt, aus einem Chaos, aus einem völligen Nichts erst wieder eine dürftige Lebensmöglichkeit zu entwickeln, ist die Zusammenfassung aller produktiven und aufbauwilligen Kräfte nicht nur natürlich, sondern durchaus notwendig.

(Sehr richtig!)

So kam ich zu dem Wunsch, eine Regierung zu bilden, die angesprochen werden könnte als eine Regierung der Einigung zu praktischer, sachlicher, politischer Arbeit auf der Grundlage von Grundsätzen, die wir für die politische und moralische Erneuerung unseres Volks- und Staatslebens als richtig erkannt haben.
Neben diesem persönlichen Wunsch stand aber noch eine harte Tatsache, die ich zwar bedauern, aber nicht ändern konnte: Die starke, einheitliche und tragende Idee des Unionsgedankens hatte die verschiedenen Kräftegruppen in ihrer praktischen Wirksamkeit noch nicht recht einheitlich auszurichten vermocht.

(Zuruf: Bedauerlich!)

Ich mußte mich also auch deshalb für eine über die Parteigrenzen hinausgehende Vereinigung einsetzen, also zur Koalitionsregierung und zu dem Versuch, möglichst die Gesamtheit der bayerischen Volksvertretung darin zusammenzufassen.
Die Liberal-Demokratische Partei konnte sich zu einer Teilnahme nicht entschließen. Die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung ist nicht zu einem fruchtbaren Faktor in dieser Koalitionsregierung geworden.

(Heiterkeit.)

Auch in der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie hat die praktische Koalitionsarbeit bisher auf keiner Seite *vollkommen* befriedigt. Hier darf ich aber doch noch einmal darauf hinweisen, daß sich ein Ministerpräsident mit einer Koalitionsregierung wesentlich leichter tut, wenn er die Gesamtheit seiner Fraktion und seiner Partei draußen im Lande geschlossen hinter sich hat.

(Lebhafter Beifall.)

Über die weitere Koalitionsarbeit zwischen der Sozialdemokratie und der Christlich-Sozialen Union sind seit längerer Zeit schon Besprechungen im Gange. Ich darf hier dem Wunsch Ausdruck verleihen, daß das nunmehr vereinbarte Programm zur Erarbeitung gemeinsamer Richtlinien bald zu einem positiven Ergebnis führt. Der zweiparteiliche Ausschuß für Koalitionsbesprechungen hat eine Reihe von Fachausschüssen eingesetzt, in denen jeweils ein Arbeitsgebiet behandelt werden soll.
Der erste dieser Ausschüsse hat eine Einigung über einen Erziehungsplan zu suchen, dessen Erörterung der im September wieder zusammentretende Landtag nicht mehr hinausschieben kann. Dringlich ist auch die Arbeit des Ausschusses für Wirtschaftsdemokratie, da hier die Schulung der Betriebsräte einen ersten Erörterungspunkt bildet. Sozialisierungsfragen, Genossenschaftsfragen, Energieversorgung, Flüchtlingsangelegenheiten, Bodenreform, Wohnungsfragen und Lastenausgleich sind große Arbeitsgebiete, die in anderen Ausschüssen zu durchforschen und möglichst auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind. Auf allen diesen Gebieten gibt es naturgemäß Differenzpunkte, vielleicht sogar scharfe Differenzpunkte zwischen einer christlich-sozialen Partei und einer sozialistischen Partei, die nach Klärung rufen.
III. Aus dem Gedanken, die Kräfte für die Überwindung der schlimmsten wirtschaftlichen Notstände zu sammeln, ist auch die Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder geboren worden, zu der ich die Regierungschefs aller deutschen Länder und den Oberbürgermeister der Stadt Berlin für den 6. und 7. Juni 1947 nach München eingeladen hatte.
Diese erstmalige Zusammenkunft der deutschen Ministerpräsidenten hat das Ansehen Bayerns ohne Zweifel gemehrt

(Sehr richtig!)

und hat dazu beigetragen, die Vorstellung zu zerstören, als wolle Bayern nur in sich gekehrt und sich selbst genügend sich vom übrigen deutschen Geschehen absondern. Der Ruf der Bayerischen Staatsregierung sollte gleichzeitig eine Bekundung der gesamtdeutschen Empfindungen sein. Diese Empfindungen waren von jeher in unserem Lande vorhanden. Man dürfte doch eigentlich nie vergessen: Die echte großdeutsche Tradition war bei uns immer heimisch, bis sie durch die kleindeutsch-preußische Entwicklung eingeschnürt wurde.

(Zustimmung.)

Es war daher ein schmerzliches Erlebnis, als durch das Verhalten der Regierungschefs der Ostzone auf dem Münchner Boden der Welt vordemonstriert werden mußte, daß dem besten Willen zu einer politischen und wirtschaftlichen Vereinigung Deutschlands Grenzen gesetzt sind, die zu beseitigen außerhalb der deutschen Macht liegt. Das Fernbleiben der Regierungschefs aus der Ostzone hat nicht nur dem sonst so gelungenen, alle Teilnehmer befriedigenden Verlauf der Münchener Konferenz einen Schönheitsfehler aufgedrückt, sondern die gleichen Umstände, die dieses Fernbleiben verschuldeten, sind auch schuld daran, daß die Absicht der Münchner Konferenz, ihre Beschlüsse dem Kontrollrat vorzutragen und über die höchste zur Zeit Deutschland vorgesetzte Instanz zu einer Verwirklichung dieser Beschlüsse zu schreiten, nicht verwirklicht werden konnte.
Es kann nicht verhehlt werden, daß dadurch eine außerordentlich peinliche Situation für die gesamten deutschen Regierungen eingetreten ist. Sie kann nur deshalb ertragen werden, weil es offenkundig ist, daß es sich hier um den Ausfluß von internationalen Vorgängen handelt, auf die die deutschen Regierungen keinen Einfluß haben.

(Sehr richtig!)

Das sind Vorgänge, die durchaus jenseits der Probleme liegen, mit denen sich die Ministerpräsidentenkonferenz befaßte.
Man wirft uns Deutschen oft vor, daß wir es an der notwendigen Initiative fehlen lassen. Nun, meine Damen und Herren: Hier sehen Sie die Geschichte einer deutschen Initiative!

(Lebhafter Beifall.)

Wir lassen uns dadurch nicht entmutigen. Die Entscheidung des Kontrollrats, daß er die Abordnung der Ministerpräsidenten unter den obwaltenden Umständen nicht empfangen könne, liegt gewiß nicht in der Materie der vorzutragenden Münchner Entschließungen begründet. Eben deshalb wäre es aber auch nicht richtig, die Münchner Konferenz etwa als gescheitert oder ergebnislos zu bezeichnen.
Die Entschließungen der Konferenz wurden dem Kontrollrat bereits im genauen Text unterbreitet. Die Feststellungen, die auf der Münchner Konferenz über die wirtschaftliche Notlage Deutschlands gemacht wurden, die Vorschläge, die von ihr zur Behebung dieser Notlage ausgearbeitet worden sind, haben von ihrem Wert und von ihrer Wichtigkeit in nichts eingebüßt und stellen für jeden, der sich praktisch mit den vordringlichsten wirtschaftlichen Notlagen befassen muß, einen Wegweiser dar. Ist es nicht möglich, sie für den Gesamtbereich der deutschen Länder in die Tat umzusetzen, so behalten sie doch ihren Wert für die Wirtschaftspolitik im Zweizonenbereich der amerikanischen und britischen Besatzungsmacht, dessen baldige Erweiterung und Ergänzung wir erhoffen.
IV. Im Exekutivausschuß, der einen Teil der neugeschaffenen zweizonalen Wirtschaftsorganisation in Frankfurt bildet, besteht eine Vertretung der Länderregierungen. Seiner Initiative zu jeglichen wirtschaftspolitischen Anträgen bei der gesetzgebenden Körperschaft, dem Wirtschaftsrat, ist ein weiter Spielraum gegeben. Hier ist der Weg für eine koordinierende Wirtschaftspolitik der Länder gewiesen. Durch ihren Bevollmächtigten im Exekutivausschuß hat die Bayerische Staatsregierung auch den Abgeordneten des Wirtschaftsrats Protokoll und Entschließungen der Münchner Konferenz zugeleitet.
Die Einrichtung des Exekutivrats erfordert es, die in München hergestellte Fühlungnahme zwischen den Regierungschefs der Länder ständig zu pflegen und immer mehr zu vertiefen, und ich hoffe, daß die Münchner Zusammenkunft nicht die letzte gewesen ist.

(Bravo!)

Auch in diesem Fall hat sich gezeigt, wie wichtig und notwendig die persönliche Fühlungnahme der für die Regierungsarbeit in den Ländern verantwortlichen Persönlichkeiten ist. Wir müssen immer wieder trachten, aus der Enge der zeitbedingten Isolierung herauszukommen. Aus diesem Grunde lege ich den allergrößten Wert darauf, jede sich bietende Gelegenheit zur Fühlungnahme und zum Gedankenaustausch mit den verantwortlichen Regierungsmännern anderer Zonen zu pflegen, vor allem auch mit jenen, die in den großen politischen Grundsätzen gleiche und gemeinsame Ziele wie wir verfolgen.
Nur wer in den Regierungen der Länder bloße administrative Organe erblickt, könnte darin einen nicht geziemenden Einbruch in die Sphäre der politischen Parteien erblicken, wie es ja auch von einer Reihe von Kritikern an der Ministerpräsidentenkonferenz geschehen ist. Die Aufgabe und der Zweck der politischen Parteien als

Formkräfte der politischen Willensbildung in der Demokratie und ihr durch die Parlamente ausgeübtes Kontrollrecht gegenüber den Regierungen wird dadurch in keiner Weise geschmälert.
Die Münchner Konferenz hat die wirtschaftlichen Probleme in den Vordergrund gestellt, nicht nur aus dem Grund, weil sie aus begründeter Sorge um den Verlauf der Zusammenkunft das heiße Eisen der politischen Fragen nicht anlangen wollte, sondern weil tatsächlich die primären Fragen, um die es heute geht, wirtschaftlicher Natur sind. Wir kämpfen um das nackte Leben!

(Zustimmung.)

Nun darf ich hier eine kurze Zwischenbemerkung machen. Meine Damen und Herren, Sie haben in der Ihnen heute vorgelegten Nummer der Süddeutschen Zeitung den neuen Industrieplan gelesen. Es ist schwer, im Augenblick dazu Stellung zu nehmen. Aber ich glaube, zwei Gesichtspunkte darf man, ohne unbescheiden zu sein, heute schon herausheben.
Vielleicht ist die Neugestaltung des Industrieplans auch mit zu einem kleinen Körnchen auf die Beratungen der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz zurückzuführen.

(Sehr richtig!)

Es bedarf sodann eines eingehenden Studiums, um die Auswirkungen dieses Planes zu sehen. Aber eines ist ganz offenkundig: Man sieht auch bei den Besatzungsmächten, es muß eine Auflockerung erfolgen, es muß irgend etwas geschehen, um die allzu strengen Grenzen, um die allzuscharf abgegrenzten Pfähle aufzulockern, um die Möglichkeit einer Verbindung mit dem Ausland wieder zu schaffen, um die Möglichkeit einer größeren Bewegungsfreiheit im Inland wieder zu sichern. Wenn nichts sonst als das deutlich sichtbar sich aus dem Industrieplan ergäbe, wäre das schon ein unerhörter Fortschritt.
Wir denken zu schnell in manchen Dingen und vergessen, daß eine Zeit hinter uns liegt, die ja alles zusammengeworfen und alles verschüttet hat; und wir vergessen, daß auch die Erholung eines kranken Körpers ihre Zeit braucht. Es ist freilich schwer, wenn man in einer Lage wie die, in der wir uns befinden, zur Geduld mahnen muß. Aber immerhin möge ein kleiner Lichtblick für uns heute auch dieser neue Industrieplan sein!
Unser Kollege Herr Staatssekretär *Geiger* wird in seinen Ausführungen auf diesen Industrieplan noch mit einigen Sätzen zurückkommen.
V. Die ernste Frage, die im Frühjahr gestellt worden ist: Wie kommen wir über den nächsten Winter hinweg?, erhebt weiterhin drohend ihr Haupt. Es wäre vermessen zu sagen, daß die schweren Sorgen, mit denen wir der immer näher rückenden winterlichen Zeit entgegensehen, nach irgendeiner Richtung geringer geworden seien. Die außergewöhnlichen Witterungsverhältnisse dieses Sommers haben die Ernährungssorgen, vor allem was die Kartoffel- und Fettversorgung anbelangt, noch vermehrt. Wir sind und bleiben in unserer Ernährung auf die Hilfe und auf das Verständnis des Auslandes angewiesen. Was aus eigenen Kräften geschehen kann, wird und muß getan werden. Man kann unserer bayerischen Landwirtschaft für die Erzeugung und die Ablieferung das Zeugnis ausstellen, daß sie wirklich alles getan hat, was in ihren Kräften steht.

(Sehr richtig! Bravo!)

Die Ausnutzung des landwirtschaftlichen Bodens, der ja selbst an einer Unterernährung leidet,

(Sehr richtig!)

und die Inanspruchnahme der menschlichen Arbeitskraft in der Landwirtschaft sind an einer Grenze angelangt, daß man von Raubbau und Überspannung sprechen muß. Von seiten der landwirtschaftlichen Organisationen ist sicherlich alles geschehen, was irgendwie zur Beeinflussung der Ernährungslage geschehen kann. Die vom Bauernverband erstrebte und nunmehr vollzogene Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften will eine neue Gewähr dafür schaffen, daß in Bayern keine einseitige, rein standesmäßig betriebene Agrarpolitik gemacht wird, sondern daß sich die Landwirtschaft zutiefst ihrer volkspolitischen Aufgabe bewußt ist.

Unser Landwirtschaftsministerium befindet sich in den Händen eines Mannes [*Joseph Baumgartner*], der sich nach dem Urteil aller sachverständigen, über Bayern weit hinausreichenden Kreise der gestellten, überaus schweren Aufgabe durchaus als gewachsen erwiesen hat.

(Beifall.)

So wird es schwer sein, die Erscheinungen der katastrophalen Ernährungskrise auf organisatorische Mängel der Erzeugung und Verteilung der Nahrungsmittel zurückzuführen. Es ist ja immer ein billiger Ausweg, alles andere von sich zu schieben und zu rufen: Organisation, Organisation, Verteilung, Verteilung! Die Armut kommt hier wirklich von der pauvreté.

VI. Gewiß hat die Erkrankung unseres Wirtschaftskörpers gerade durch das Problem des Hungers Eiterherde in unserem wirtschaftlichen und sozialen Organismus hervorgerufen, die dringend nach Abhilfe, Einschreiten und Operation verlangen.

Der Schwarzhandel und der Schwarze Markt sind solche Eiterbeulen. Er ist nicht nur das erschreckende Symptom der Nahrungsmittelknappheit und des Mangels an allen lebenswichtigen Gütern des täglichen Bedarfs, sondern noch mehr die Folge der völligen Zerstörung unseres Geldwesens. Anordnungen, die nur in unzulänglicher Weise an den Symptomen unserer wirtschaftlichen Erkrankung herumkurieren, können, wenn sie auch noch so gut gemeint sind, keine Hilfe bringen.

Es bedarf der Umstellung und Umstimmung des Gesamtorganismus durch organisch zusammenhängende Maßnahmen. Zusammenhanglose Einzelmaßnahmen können nichts helfen, da sie aus dem circulus vitiosus nicht herauszuführen vermögen. Ernährung, Währung, Rohstoffrage, Kohlenfrage, Verkehrsfrage, Steuerfrage, Preisfrage, Kreditfrage und Arbeitsfrage hängen aufs engste zusammen, und nur wenn es gelingt, sie in ein realistisches System einer Wirtschaftspolitik zu bringen und durch eine glückliche Initialzündung mit einem gesunden Kreislauf zu versehen, besteht Hoffnung, daß wir aus dem Sumpf herauskommen.

Da heute nach wie vor die Entscheidung über die deutsche Wirtschaft noch in erster Linie in den Händen der Besatzungsmächte liegt, ist es nach wie vor von ausschlaggebender Bedeutung, wie diese Entscheidungen von fremder Seite ausfallen.

VII. Neben der Ernährung ist die Kohlen- und Beheizungsfrage das uns alle am meisten bedrückende Winterproblem. Die Hoffnungen, die uns auf eine Verbesserung der Brennstoffversorgung für diesen Winter gemacht worden sind, drohen zu zerrinnen. Um so mehr wird es unser Streben sein, die Hilfe, die uns auch in diesen Notzeiten wiederum unsere bayerische Braunkohle gewährt, immer mehr zu intensivieren und zu einer höchstmöglichen Leistung zu bringen.

Mit Spannung warten wir auf das Ergebnis der in Washington tagenden Ruhrkohlen-Konferenz der amerikanischen und englischen Sachverständigen. Wenn es nicht gelingt, im Bereiche der Kohlenwirtschaft eine Initialzündung für die Gesamtwirtschaft zu erzeugen, dann ist nicht abzusehen, wie ein noch tieferes Abgleiten in das wirtschaftliche Chaos vermieden werden soll.

VIII. Meine Damen und Herren, in Zeiten geistiger Um- und Aufbrüche erheben sich auch die wirtschaftlichen Fragen zu geistigen Fragen. Die Frage taucht auf und dringt in die Gemüter, ob die Not nicht im System liege und ob nicht eine Änderung der gesamten Wirtschaftspolitik und des gesamten Wirtschaftssystems notwendig sei, ob nicht gerade die Hemmnisse und Widerstände, die sich der Forderung einer Änderung von Grund auf entgegenstellen, eine wesentliche Schuld an der entstandenen Not und an der Unmöglichkeit ihrer Beseitigung trügen.

Es ist richtig, daß die große Weltkrisis, die durch den letzten Weltkrieg ja nicht beigelegt wurde, sondern als seine Folge in ihrem ganzen weltweiten Ausmaß erst vollends aufgebrochen ist, gleichzeitig ein Ringen um Entscheidungen ist, aus welchem Geiste in Zukunft die ökonomischen Verhältnisse der Völker gestaltet werden sollen.

Der Weg, den die Wirtschaft einschlagen wird, wird auch mitbestimmend für die Gestalt unserer künftigen politischen Verhältnisse sein. So ist es von entscheidender Bedeutung, mit welchen Ideen und Grundauffassungen wir uns an den wirtschaftlichen Wiederaufbau heranmachen.

Unsere Zielsetzung für die Wiedergeburt unseres staatlichen und öffentlichen Lebens ist klar. Sie lautet: Wir wollen aus dem totalen Zusammenbruch, den ein totalitäres Regime über uns heraufbeschworen hat, zur Freiheit eines demokratischen Staatswesens gelangen!

Unsere demokratischen Vorstellungen sind geschärft und geklärt worden durch die bitteren Erfahrungen, die wir aus dem Erlebnis ihres Gegenteils, aus der Diktatur, geschöpft haben. Sich zur Demokratie bekennen, heißt, daß man entschlossen auf die Seite jener Geister und Mächte in der Welt treten will, die in der Leugnung, Unterdrückung und Schmälerung der demokratischen Grundprinzipien das Hindernis des Fortschritts und die Gefährdung der Wohlfahrt der menschlichen Gesellschaft sehen.

Es gibt zwei Möglichkeiten für die Aufstellung eines Wirtschaftssystems: Bei der einen wird der Glaube ganz auf Staat, auf Planbehörden, auf Bürokratie, auf autoritative Lenkung von oben gesetzt. Alles Denken ist hier von dem Ruf nach dem Staat oder nach irgendeinem Machthaber beherrscht.

Wer könnte leugnen, daß die allgemeine Geistesverfassung heute sehr stark in dieser Richtung liegt? So wenig man im allgemeinen von Autoritäten wissen will, der Glaube an die Allmacht des Staates ist riesengroß,

(Sehr richtig!)

und die Meinung, daß der Staat letztlich für alles und jedes da ist, ist nur zu allgemein verbreitet.

Dieses Denken, auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme übersetzt, ist ein Ausdruck dafür, wie stark das Denken unserer Zeit von kollektivistischen und autoritären Ideen durchtränkt ist.

(Zustimmung.)

Kollektivismus ist aber letzten Endes immer die wirtschaftliche Denkform der Diktatur.

(Beifall.)

Das ist keine Theorie; wir kennen diese Form der Diktatur nicht nur aus den theoretischen Konstruktionen des historischen Materialismus marxistischer Herkunft. Wir sehen diesen Kollektivismus in voller Blüte des Sowjetsystems vor uns, in welchem geplante, gelenkte, staatlich monopolisierte und bis ins letzte verstaatlichte Wirtschaft alles bedeutet. Dieses Wirtschaftssystem erfordert die bis ins letzte durchgebildete politische Diktatur. Und alle Ansätze und Neigungen zu diesem Wirtschaftssystem haben daher von selbst und müssen von selbst die Wegerichtung zur politischen Diktatur nehmen.

(Beifall.)

Eine staatlich gelenkte Wirtschaft, in der die wichtigsten Produktionsmittel verstaatlicht sind, bedingt ein autoritatives, von einer Bürokratie kommandiertes Staatssystem. Es geht darum nicht an, die Befreiung von autoritären und totalitären Formen, von offener oder verkappter Diktatur, von Tyrannei und anmaßender Staatsomnipotenz, von den Methoden der Gewalt und des Diktates zu predigen und gleichzeitig das Heil der Zukunft in Wirtschaftsformen zu suchen, die letzten Endes nur mit den Mitteln eines autoritären und kommandierten Staatsgeistes verwirklicht werden können.

(Erneuter Beifall.)

Diese Entscheidung muß heute jeder denkende Mensch treffen, der in den geistigen Entscheidungen das Schicksal der Zukunft erblickt.
Und, meine Damen und Herren, das ist ja die Krankheit unserer Zeit: Wir leiden unendlich an einer unerhörten Verschwommenheit, Umdeutung und Entwertung der Begriffe.

(Nochmalige Zustimmung.)

Was hat es für einen Zweck, von Sozialisierung zu reden, wenn jeder sich etwas anderes darunter vorstellt;

(Zustimmung und Beifall.)

was hat es für einen Zweck, von Sozialisierung zu reden, wenn manche sich gar nichts darunter vorstellen; was hat es für einen Zweck, von Sozialisierung zu reden, wenn man das Wort gebraucht, um seine Gedanken zu verhüllen?

(Erneute Zustimmung.)

Wer sich [aus] irgendwelchen Gründen und Gefühlen Sozialist nennt und dem Sozialismus die Chance für die zukünftige wirtschaftliche und gesellschaftliche Verfassung der Völker zuspricht, muß sich klar darüber sein, daß der aus dem Gedankengut des historischen Materialismus erwachsene Sozialismus gleich welcher Art, ob er nun integral oder revisionistisch sein mag, der Weg zur kollektivistischen Wirtschaft ist

(Beifall.)

und damit zwangsläufig in autoritäre und totalitäre Staatsformen hineinführt.
Wer zur Demokratie will, muß dieser Wegerichtung abschwören, und es wäre an der Zeit, daß Demokraten es sich abgewöhnen, ihre sozialen Gesinnungen als Sozialismus zu bezeichnen.

(Allgemeine lebhafte Zustimmung.)

Ich höre den Einwand, daß in schweren Notzeiten wie in den unsrigen, gerade wie in den Kriegszeiten, es ohne Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung von oben her

nicht abgeht. Das ist durchaus richtig. Der Staat kann sich heute der Verpflichtung nicht entziehen, dirigierend in die wirtschaftlichen Verhältnisse miteinzugreifen. Aber es kommt auf die Dosierung dieses Eingreifens und es kommt entscheidend auf die Zielsetzungen dieses Eingreifens an. Es kommt darauf an, ob der Staat sich in einer Notzeit nur als Nothelfer erweisen will mit der Absicht, es nicht mehr und nicht länger zu sein, als es notwendig ist, oder ob damit die Absicht für die Grundlegung eines immer mehr zu vervollkommnenden, staatlich monopolisierten Wirtschaftssystems vollzogen werden soll.

(Sehr gut!)

Wollen wir über die Wirtschaft nicht eines Tages wieder in diktatorische Staatsformen zurückfallen, dann müssen wir die Augen offenhalten, uns durch die Notzeit nicht zu Experimenten verführen lassen, die für alle Zukunft die Entwicklung eines freien demokratischen Staatslebens verbauen.

Der Unterschied zwischen einer kollektivistischen und einer demokratischen Wirtschaftsweise liegt darin, daß in dem einen Fall die Entscheidung über die Produktionweise und die Verteilung der Güter ausschließlich in eine Planbehörde gelegt wird, die mit den Zwangsmitteln der Staatsautorität arbeitet, während in dem anderen Fall darnach getrachtet wird, wieder einen echten Markt als Regler der Arbeitsteilung herzustellen und seiner Kraft zur Bewirkung einer organischen Synthese des Wirtschaftslebens zu vertrauen.

Es ist ein verwirrter Gedanke zu meinen, es gäbe nur eine Wahl zwischen der Anarchie eines uneingeschränkten Privateigentums einerseits und der Verwaltung jeglichen Eigentums durch staatliche Behörden andererseits. Es ist ein Irrtum zu meinen, man müsse entweder alles in der Wirtschaft fahren lassen oder man müsse nahezu alles unter staatliche Lenkung bringen.

Es gibt Wege, die Mißbräuche kapitalistischer Wirtschaftsmethoden abzustellen, ohne auf kollektivistische Bahnen zu geraten. Es gibt Wege zur vollen Entfaltung sozialer Sympathien und Gesinnungen, ohne daß man deshalb Sozialist ist.

Man braucht nicht Kollektivist zu sein, um die Berechtigung von arbeitslosen Einkommen abzustreiten. Man braucht nicht Kollektivist zu sein, um das bestehende Eigentums- und Vertragsrecht, soweit es positivistischer Natur ist, als abänderlich zu betrachten und es nicht mit einem unantastbaren Naturrecht zu verwechseln. Man braucht nicht Kollektivist zu sein, um zu erkennen, daß die Zeit für monopolistische, privatkapitalistische Großunternehmungen vorbei ist.

(Zustimmung.)

Immer und zu jeder Zeit kann unbeschadet einer unbestechlichen naturrechtlichen Auffassung über Menschenrechte und persönliche Freiheit das bestehende Recht an Eigentum daraufhin überprüft werden, ob es gut sei und wie es nach den Bedürfnissen der Zeit umgestaltet werden könne.

Es geht heute in allem und jedem um die Freiheit der Persönlichkeit. Für sie zu kämpfen und auf die Schutzwälle zu eilen, die überall in der Welt gegen ihre Bedrohung errichtet werden müssen, das heißt Demokrat sein.

(Beifall.)

Wir kommen geschlagen, verwundet und entstellt aus einem Gefängnis, in dem die Entwürdigung der menschlichen Person ihre finstersten Triumphe gefeiert hat. Wir

wollen keine Wege einschlagen, die noch einmal in ein solches Gefängnis zurückführen könnten,

(Zustimmung und Beifall.)

auch dann nicht, wenn die Gitterstäbe dieses Gefängnisses mit anderen Farben und anderen Zeichen bemalt wären!

(Stürmischer Beifall!)

IX. Urtümlich echte demokratische Prinzipien sind es auch, die unsere Ideen vom Aufbau eines zukünftigen deutschen Staatswesens erfüllen.
Ebenso wie wir den Kollektivismus in der Wirtschaft und im Sozialleben als Widerspruch gegen demokratisches Denken empfinden, ebenso ist unsere Abneigung gegen jede neue zentralistische Machtkonzentration im staatspolitischen Bereich

(Sehr richtig! Bravo!)

eine Folge unserer durch die Erfahrungen in der Vergangenheit geschärften demokratischen Einsicht.
Wer im Föderalismus nur ein Abwehrmittel zur Sicherung historisch überkommener partikularer und territorialer Rechte und Eigentümlichkeiten sieht, ist nicht bis zu den Tiefen seiner geistigen Urgründe vorgestoßen.

(Sehr richtig! Bravo!)

Vielleicht hat man es in der Vergangenheit gerade in Bayern, das sich als Vorort föderalistischer Gesinnung fühlte, versäumt und vernachlässigt, die föderalistische Staats- und Gesellschaftsauffassung als eine im besten Sinn und wesensechte demokratische Staatsauffassung zu entwickeln und ins richtige Licht zu setzen.

(Sehr richtig!)

Die geistige Zusammenschaltung zwischen Demokratismus und Föderalismus ist nicht zuletzt deshalb mißlungen, weil in der Weimarer Republik gerade die Parteien, die sich als die demokratischen bezeichneten, eine ausgesprochene zentralistische und unitaristische Politik betrieben.

(Zustimmung.)

Da sich die von Bayern ausgehende föderalistische Opposition aus diesem Grunde gegen diese Parteien richten mußte, bekam gerade der bayerische Föderalismus ungewollt den völlig falschen Anschein einer antidemokratischen Bewegung. Nun hat der Verlauf und das Schicksal jenes demokratischen Versuches in Deutschland gezeigt, daß die Unitarisierung und Zentralisierung wesentlich als Schrittmacher für die *Hitlersche* Diktatur gewirkt haben.

(Sehr richtig!)

Nie hätte *Hitler* unter Zuhilfenahme pseudolegaler Mittel seine usurpatorische Hand so auf das Reich legen können, wenn durch die unitaristische Entwicklung die zentrale Regierungsform nicht so stark vorpräpariert worden wäre.
Noch in einer anderen Richtung ist eine völlig neue Situation für eine föderalistische Politik eingetreten. Der preußische Staat existiert nicht mehr. Damit ist das Haupthindernis für eine wirkliche föderative Organisation Deutschlands weggefallen. Solange Preußen existierte, war wirklicher Föderalismus in Deutschland - das ist eine Tatsache - nicht möglich.

(Sehr richtig!)

So erhielt der Föderalismus den Charakter eines antipreußischen Staatsprinzips und dadurch eine Belastung mit einem Ressentiment, das ebenfalls für die Entfaltung der föderalistischen Idee nicht günstig war. Man sah den bayerischen Föderalismus vielfach nur als eine Äußerung eines antipreußischen Affekts an.
Hiefür ist heute kein Grund mehr vorhanden.

(Zustimmung. Beifall.)

Erst jetzt ist der Weg eines wahrhaft föderativen Aufbaues Deutschlands frei, und es hieße sich an Deutschland versündigen, würde diese seine Stunde nicht erkannt werden.
X. Was ist Bayerns Rolle und Aufgabe in dieser Situation?
Betrachtet man die allgemeine staatliche Verfassung, in der sich Deutschland nach der Auflösung des Reiches befindet, so ist die Tatsache festzustellen, daß aus dem Trümmerfeld der deutschen Staatlichkeit Bayern als der noch am meisten in sich gefestigte deutsche Staat hervorragt, was traditionelles Staatsbewußtsein seiner Bewohner, das Vorhandensein eines überkommenen Staatsapparates und vor allem die Unversehrtheit des Staatsgebietes anbelangt. - Hier mit einer schmerzlichen Einschränkung und mit einem herzlichen Blick nach der Pfalz.

(Bravo-Rufe. Beifall.)

Wir fühlen uns mit der Pfalz auch heute noch nach wie vor aufs engste verbunden.

(Erneuter starker Beifall.)

Ja, wir hoffen sogar, daß die Fäden zu der Pfalz nicht abgerissen sind, sondern wieder etwas stärker gesponnen werden können. - Hier in Bayern ist wirklich noch echte, unzerstörte Staatssubstanz vorhanden, obwohl auch Bayern am Ende einer 70-jährigen, seit 1866 abrollenden Entwicklung, die sich als nationale Einheitsbewegung bezeichnete, seine staatlichen Rechte restlos eingebüßt hat.
Es ist nicht von ungefähr, daß gerade der deutsche Staat, der nach der Reichs- und preußischen Staatskatastrophe die am meisten formweisende Kraft für eine zukünftige deutsche Staatsbildung aufweist, gerade jenes Bayern ist, das einst im preußisch-österreichischen Ringen um die deutsche Vorherrschaft als der dazwischenstehende Mittelstaat völlig aus seinen Angeln gehoben worden war. Am Ende des Spieles nun, wo das alte Österreich schon längst nicht mehr lebt und nun auch Preußen dahingegangen ist, steht Bayern im ganzen gesehen immer noch als klar umrissenes staatliches Gebilde da.

(Beifall.)

Das älteste Staatsgebilde hat sich auch als das zäheste erwiesen.

(Zustimmung.)

Daraus ergeben sich für uns Verpflichtungen. An diesen Tatsachen kann man bei der Neuordnung Deutschlands nicht vorübergehen.

(Sehr richtig!)

Sie müssen vielmehr hiefür nutzbar gemacht werden. Hier ist für Deutschland durch die Geschichte das Muster eines Bauglied es für seinen staatlichen Neuaufbau gegeben. Wir denken nicht daran, daraus irgendwie einen Führungsanspruch gegenüber Gesamtdeutschland ableiten zu wollen. Solche Ansprüche vertragen sich gerade nicht

mit echt föderativem Denken, das immer auf die Harmonie der Glieder bedacht sein muß, unter denen es nach keiner Richtung eine Vorherrschaft oder Ambitionen nach einem Übergewicht geben darf.

(Sehr richtig!)

Aber wir in Bayern sind mit den übrigen süddeutschen Ländern den anderen Ländern, die nunmehr in die Form bundesstaatlicher Organismen hineinwachsen müssen, damit ein bundesstaatliches Gebilde entstehen kann, um ein gutes Stück voraus. Wir überheben uns deshalb nicht, aber wir wünschen, daß die anderen bald und rasch nachwachsen. Denn aus den Einzelstaaten heraus muß diesmal die höhere Vereinigung wachsen. Der Weg von Weimar darf nicht noch einmal gegangen werden.

(Zustimmung.)

Die Weimarer Verfassung und die durch sie geschaffene Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern war das Werk einer Nationalversammlung, die die ausschließliche Souveränität für die volle und uneingeschränkte Verfassungsgesetzgebung für sich in Anspruch nahm. Ohne wirkliche Mitwirkung der Länder war die Verfassung entstanden. Nur was das Zentralparlament ihnen an Rechten und Befugnissen zubilligte, machte ihren Staatscharakter aus, der ewig umstritten war und sich in einer völlig ungesicherten Labilität befand. Jederzeit hatten es die zentralen Organe in der Hand, die Rechte der Länder zu beschneiden, sie in ihrer Staatlichkeit auszuhöhlen und den Einheitsstaat zu beschließen.
Es rächte sich, daß es die Länder verabsäumt hatten, vor dem Zustandekommen der Nationalversammlung sich selbst verfassungsmäßig zu konstituieren und sich dadurch in den Stand zu setzen, als Baumeister des Reiches mitzuwirken.
Die Folge war, daß der Reichstag, die Reichsregierung und vor allem die ausführenden Organe der neu geschaffenen, ins Endlose wachsenden Reichsbürokratie - bitte, im *Bismarckschen* Reich gab es kaum noch eine Reichsbürokratie! - von einem unstillbaren Streben ergriffen wurden, Zuständigkeiten an sich zu ziehen und die Länder fortschreitend zu entmachten.
Dieser Weg darf nicht noch einmal gegangen werden.

(Zustimmung, Beifall.)

Die Situation ist auch eine ganz andere wie 1919. Diesmal ist die Konstituierung deutscher Staaten erfolgt, ohne daß zunächst irgendeine übergeordnete, souveräne deutsche Gewalt vorhanden ist. Es gibt gegenwärtig kein Reich, es gibt gegenwärtig keinen Bund, es gibt gegenwärtig keinen staatsrechtlichen Begriff, der Deutschland umschlösse; Gott sei es geklagt.
Nicht mehr lautet das Problem so, welchen Unterbau sich das Reich geben solle, sondern umgekehrt, wie eines Tages der Überbau ausschauen soll, den sich die deutschen Staaten geben wollen. Das allein ist auch die richtige föderalistische Fragestellung für den Aufbau eines bundesstaatlichen Gebildes. Von unten nach oben, nicht von oben nach unten muß er sich vollziehen.

(Sehr richtig! Sehr gut!)

Auf dieses Baugesetz muß sich jede Politik, die sich föderalistisch bezeichnet, für eine zukünftige Zusammenfassung der deutschen Staaten zu einer höheren Einheit stützen.
Man wird darauf bedacht sein müssen, daß nicht noch einmal ein allmächtiges, souveränes Zentralparlament souverän und allein über die Zukunft der Länder bestimmt.

Nur was eine gemeinsame Regelung nach einheitlichen Gesichtspunkten unbedingt erfordert, soll an Zuständigkeiten auf eine zu schaffende Bundesversammlung und Bundesregierung übertragen werden, dann aber glatt und nicht erst sich abhandeln lassen.

(Sehr richtig!)

Diese Zuständigkeiten der übergeordneten Gewalt müssen durch klare verfassungsrechtliche Sicherung in festen Schranken gehalten werden, die nicht, wie es der Weimarer Verfassung möglich war, durch eine Kompetenz-Kompetenzbefugnis überschritten werden können.

Die föderative Stabilität eines zukünftigen Bundesgebildes bedarf aber nicht allein der Sicherung nach der legislativen Seite, sondern, wie die Erfahrung lehrt, ganz besonders auch im Bereich der Exekutive. In den Regierungsorganen muß schon aufgrund ihrer Entstehung und Zusammensetzung eine Garantie liegen, daß sie sich nicht als Gegenspieler der zentralen Gewalt gegen die Länder, sondern als ehrliche Makler und Vollstrecker eines Bundeswillens fühlen.

(Zustimmung.)

Nicht eine Auseinanderreihung, nicht die Summe von Partikularismen soll die neue Einheit sein, sondern eine höhere Gemeinschaft mit einem universalen Zug.

XI. Der Föderalismus ist nicht nur ein staatspolitisches Prinzip, das sich auf staatsrechtliche Verhältnisse zwischen einer Bundesgewalt und den einzelnen Bundesgliedern beschränkt, sondern ein durchgängiges, alle Kreise des politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens durchdringendes Prinzip einer natürlich gegliederten politischen und sozialen Ordnung. Es widerstrebt allen Erscheinungsformen eines zerstörenden Individualismus ebensosehr wie der Anmaßung eines in Massenwahn verstrickten Kollektivismus.

Der Föderalismus geht aus von den bodenständigen, heimatlichen, standesmäßigen und geschichtlich gewachsenen Kräften und erblickt in ihnen den Quell für ein fruchtbares Gemeinschaftsleben. Seine Sicht aber ist auf das Universale gerichtet.

Nicht von ungefähr sind daher die deutschen Föderalisten nicht erst seit heute allen Ideen so aufgeschlossen, die aus der nationalstaatlichen Erstarrung unseres Kontinents zur Wiedererweckung einer europäischen, abendländischen Ordnung im föderativen Geist hindrängen.

(Bravo! Beifall.)

Wir sind Föderalisten und - das möchte ich vor allem unserer Jugend sagen - nicht deshalb, weil wir der Vergangenheit verhaftet sind und uns nicht von ihren Gefühlswerten lösen können, sondern weil unsere Blicke in die Zukunft gerichtet sind

(Bravo-Rufe. Starker Beifall.)

und weil wir uns der Notwendigkeit eines entscheidenden Bruches mit dem Staatsgedanken der uns überlebt erscheinenden Zeitepoche der nationalstaatlichen Absonderung der europäischen Völkerwelt zutiefst bewußt sind.

(Erneute Zustimmung und Beifall.)

Jene Aufspaltung der abendländischen Welt im Zeichen eines schrankenlosen sacro egoismo hat einen europäischen Partikularismus geschaffen, der nach der Einsicht aller erleuchteten Geister der Zeit nicht mehr tragbar ist.

(Sehr richtig!)

XII. Ohne abendländische Erneuerung kann das Abendland, die Mutter der christlichen Zivilisation, keinen Platz mehr finden inmitten der sich völlig neu gruppierenden Welt, in der es seine ehemalige führende Stellung sowieso verloren hat. Mit einem Staatsgeist, der sich nicht aus der Enge des Nationalegoismus und der nationalen Isolierung zu befreien vermag, kann keine europäische Ordnung, vor allem keine Friedensordnung, gegründet werden.
In diesem Blickfeld verdient der deutsche Fall auch einmal eine positive Betrachtung. Auch das Unheil hat einen letzten Sinn. Das Verhängnis Deutschlands ist vielleicht die letzte große Aufforderung an die Welt, Wege zu beschreiten, die allein jenes Europa, das die Mutter der Weltzivilisation der weißen Rasse ist, am Leben erhalten können.

(Sehr gut! Beifall.)

Die Zahl der Stimmen, die aus einem Welt- und Menschheitsgewissen Europa in die Seele reden, wächst täglich, und wir haben allen Anlaß, uns ihnen zu erschließen. Die sich allmählich herauskristallisierenden konstruktiven Pläne der amerikanischen Politik, das europäische Leben in Gang zu setzen, bedingen alle die Schaffung eines europäischen Organismus mit einem völlig neuen Kreislauf. America docet! Amerika, die große, weltmächtig gewordene Tochter des Abendlandes!

(Bravo-Rufe, Beifall.)

*Konstantin Frantz* hat einmal den Föderalismus das der Welt zugewandte Gesicht des Christentums genannt. Das ist eine wahrhaft tiefe und letzte Schau einer föderalistischen Geisteshaltung. Worauf beruhte einst die Freiheit des Abendlandes? Einzig und allein auf dem Christentum!
Auf die Frage, wie denn noch einmal eine Erneuerung des abendländischen Geistes und die Verwirklichung einer überstaatlichen Gemeinschaft der europäischen Völker möglich sein könne, gibt es nur eine Antwort, die alte Antwort: Christentum.

(Stürmischer Beifall.)

Mit dem Schwinden der christlichen Idee des Abendlandes schwand auch seine Einheit dahin.

(Sehr gut!)

Heute ist das europäische Gemeinschaftsbewußtsein auf letzte Restpositionen zusammengeschmolzen. An dem Tage, an dem diese letzten christlichen Leuchten in unserer abendländischen Welt erlöschen würden, wäre ihr Untergang besiegelt und es hätte keinen Sinn mehr, von Europa zu reden.

(Zustimmung.)

In der Christentumfeindlichkeit der totalitären politischen Systeme entpuppt sich gleichzeitig ihre Europafeindlichkeit.

(Erneute lebhafte Zustimmung und Beifall.)

Hier droht die große Gefahr.
Wenn wir, die wir aus einer chaotischen Gegenwart einen Weg in eine neue Ordnung suchen, die Frage nach unserer geistigen Herkunft so eindringlich stellen, so wollen wir das nicht als Romantiker tun, die einem verlorenen Paradies nachträumen. Wir wissen, daß sich mit mittelalterlicher Geschichtsromantik weder ein neues Deutschland noch ein neues Europa schaffen läßt.

Etwas anderes ist es, in einer Zeit der Verwirrung nach zeitlosen und ewigen Wahrheiten Ausschau zu halten, denn gerade der Verlust der Wahrheit hat die Lüge und die falschen Werte zur Herrschaft gebracht. Solche zeitlosen Wahrheiten enthalten die christlichen Staats- und Gesellschaftsprinzipien, die christlichen Grundsätze über das Verhältnis von Einzelpersonen zum Staat, von Gesellschaft und Gemeinschaft, von Recht und Freiheit.
Wir sind als Christen einer säkularisierten Zeit uns darüber klar, daß wir, wenn wir von abendländischer christlicher Kultur und Zivilisation reden, uns nicht nur auf die kirchlich noch erfaßten Bereiche des Christentums allein beschränken können.
Auch die - ich will einmal sagen - verweltlichten Religionen, die als sogenannte fortschrittliche Bewegungen der letzten zwei Jahrhunderte oft in schweren Gegensatz zum Christentum und der Kirche als Institution getreten sind und das Gesicht der Weltzivilisation der weißen Rasse bestimmten, lebten letztlich immer noch von einem Ethos, das in der Ahnenreihe der christlichen und sozialen Ethik stand.

(Sehr richtig!)

Das gilt vom Humanitarismus, vom Liberalismus und bis zu einem gewissen Grad sogar vom westlichen Sozialismus, soweit die eine Hälfte seines Gesichtes den demokratischen Ideen zugewandt ist.

(Zustimmung.)

XIII. Westliche Freiheit und westliche Demokratie wurzeln in dem christlichen Gedanken, daß die Menschen auch dem Staate gegenüber unantastbare natürliche Rechte besitzen,

(Sehr richtig!)

daß eine Gesellschaft nicht [eine] einheitliche politische Masse, sondern eine vielfältig gegliederte und organisch geordnete Gemeinschaft ist. Freiheit und nicht Gleichheit als Prinzip einer öden kollektivierenden Gleichmacherei ist die Triebfeder der Kultur. Dagegen hat im christlichen Denken der Kult der Massenmacht keine Wurzel, die nicht zurückscheut vor der Anwendung der Staatsgewalt und des Terrors gegen jedes soziale Element, das den Interessen der herrschenden Klasse entgegengesetzt erscheint, die überall die Masse als Mittelpunkt aller kulturellen und sittlichen Werte an die Stelle des Individuums setzt. Von hier aus erfolgte die schwerste Herausforderung der abendländischen Freiheit und der christlichen Religion.
So verlaufen heute die großen geistigen Kampffronten nicht mehr zwischen den einzelnen Konfessionen und Sekten, nicht mehr zwischen kirchlich gebundenen und sich nicht gebunden fühlenden Geistern, nicht zwischen Konservatismus und Liberalismus. Die moderne Tyrannei der Unfreiheit in ihrer Persönlichkeitsverachtung und ihren Tendenzen zur Versklaverei steht den liberalen Fortschrittsideen, die in der Freiheit wurzeln, genauso feindlich gegenüber wie dem christlichen traditionellen Glauben.

(Sehr richtig!)

Hier ist die neue Kampflinie gezogen, und hier wird um die abendländische Entscheidung gekämpft.
Wir erleben es täglich mehr, daß diese Lage mit dem Zusammenbruch der vom totalitären, unfreiheitlichen Ungeist infizierten mitteleuropäischen Staaten keineswegs beendet wurde. Nationalsozialismus und Faschismus sind geschlagen, aber der Sieg der Freiheit ist nicht errungen.

(Beifall.)

Vereinigung der Kräfte, die die ethischen, im Christentum wurzelnden Grundsätze der abendländischen Kultur als einen durch die langen Jahrhunderte hindurch getragenen Gemeinschaftsbesitz bejahen und in ihnen das Heilmittel zur Bändigung und Überwindung eines Geistes erblicken, der das Bild des abendländisch-christlichen Menschen zerstören will, ist die große Aufgabe unserer Zeit. Das ist auch der tiefere Sinn der mannigfachen Unionsbestrebungen auf religiösem, weltanschaulichem und politisch-sozialem Gebiet.
Auch unsere Christlich-Soziale Union soll diesem Gedanken dienen. Wer ihn richtig versteht, wird in dem weit gespannten Bogen unserer Partei nicht die Tendenz zur Verwässerung argwöhnen, sondern den Ausdruck der ungeheuren Spannung unserer Zeit, die weit gespannte Bögen erfordert, damit die Klüfte überwunden werden können.

(Bravo-Rufe.)

XIV. Wir leben immer noch zwischen Krieg und Frieden. So abgründig tief hat der entfesselte Dämon des Krieges den Frieden zerstört, daß die bereits ein zweites Jahr ausfüllende Zeit seit Beendigung der kriegerischen Handlungen nicht ausgereicht hat, um uns den Frieden zu bringen, ja um uns dem Frieden näher zu bringen. Immer noch steht die Welt vor der Aufgabe zu sorgen, daß am Ende des größten Krieges der Weltgeschichte wirklich der Friede und keine neuen Kriege stehen werden.
Jede andere Zukunftsperspektive wäre eine Perspektive des Grauens und des Elends. Wahnvolle Illusion, neue Kriege könnten Auswege aus den Wirrsalen schaffen, besonders wahnvoll für das deutsche Volk!

(Zustimmung.)

Mag es Zeiten gegeben haben, die in den Kriegen ein unvermeidbares und erfolgreiches Mittel der nationalen Politik erblicken konnten, die großen totalen Kriege unseres Zeitalters mit ihrer dämonischen Entfesselung der Technik haben die Theorie von der fruchtbaren Wirkung der Kriege ad absurdum geführt. Sieger und Besiegte sind die Opfer der rein zerstörerischen Wirkung des Krieges. So dämmert in allen fortgeschrittenen Geistern immer stärker die Erkenntnis auf, daß Kriege zu monströsen und sinnlosen Anachronismen geworden sind.
Nach unbedingten Friedensgrundsätzen zu trachten, die vor einer Ächtung des Krieges nicht zurückscheuen, ist daher heute nicht mehr die Haltung von Utopisten, sondern eine verpflichtende Methode politischer Realisten. Frieden zu schaffen und die Voraussetzungen hiefür überall zu fördern, muß heute der praktische Leitgrundsatz aller tätigen Menschen in der Welt sein.
Er ist auch das Leitmotiv unserer Regierungsarbeit, und ich weiß mir auch keinen besseren Richtblick und Richtpunkt für die Arbeit unserer Union. Aus der Hoffnung und aus dem Glauben an den Frieden wurde sie an der Schwelle zwischen Krieg und Frieden geboren. Möge sie hineinwachsen in den Frieden, den unser Volk ersehnt!
Liebe Parteifreunde! Ich habe, um dem Grundsätzlichen mehr Zeit widmen zu können, heute in meinen Ausführungen vieles zurückstellen müssen, was in den Sorgen und Aufgaben der Bayerischen Staatsregierung sehr großes Gewicht hat und unser Denken fast immer in Anspruch nimmt. Ich habe nicht von der Riesenaufgabe gesprochen, die unserem Volk und unserem Staat dadurch gesetzt ist, daß wir bei einer Grundbevölkerung von sechseinhalb Millionen Seelen jetzt schon ungefähr zweieinhalb Millionen Heimatverwiesene, Evakuierte, Flüchtlinge bei uns im Lande haben und daß der Zustrom über die grüne Grenze ununterbrochen weitergeht. Hier han-

delt es sich um eine Entwicklung, durch die sowohl die wirtschaftliche wie auch die soziale und die politische Struktur unseres Landes aufs stärkste beeinflußt, vielleicht sogar in größerem Umfang, als wir heute ahnen, umgestaltet werden wird.
Es handelt sich dabei um ein Problem, bei dem nüchterne staatliche Planung, warmherziges Verständnis der Bevölkerung und praktische Nächstenliebe zusammenwirken müssen, um einen einigermaßen erträglichen Zustand zu schaffen.
Ich habe jetzt auch nicht zu Ihnen gesprochen von dem großen Gebiet der Entnazifizierung, das immer wieder neue Schwierigkeiten auftauchen läßt und wo die große Gefahr auftaucht, daß eines Tages wieder der alte lateinische Satz summum ius - summa iniuria Geltung bekommt, indem höchste Gerechtigkeit zu höchster Ungerechtigkeit zu werden droht.

(Zustimmung. Beifall.)

Noch manches andere müßte beim Rundblick über die bayerische Politik erwähnt und besprochen werden, aber ich habe darauf verzichtet, weil ich glaube, daß unsere Landesversammlung an die Spitze ihrer Beratungen das Geistige setzen muß, das Bekenntnis zu den großen Gedanken, die uns erfüllen müssen.
Liebe Parteifreunde! Möge die große Stunde, die uns als den Bekennern des großen Gedankens der Christlich-Sozialen Union einen kategorischen Imperativ setzt, uns groß finden in der Erfüllung unserer Pflicht; und sie heißt: Einigkeit!

(Bravo-Rufe und sehr starker Beifall.)

Entweder wir schmieden heute die Einheit unserer Partei, dann wird unsere Arbeit in Zukunft getragen werden von einem starken Vertrauen weitester Volkskreise und wird dadurch fruchtbar werden.

(Stürmischer Beifall.)

Oder aber unser Wille ist schwach und unser Verstand nicht weise,

(Sehr richtig!)

dann wird man nur sagen: Ein großer Aufwand schmählich ist vertan.
Darum, Männer und Frauen, liebe Parteifreunde, die Ihr hier als Delegierte von mehr als eineinhalb Millionen Wählern zur Tagung zusammengekommen seid, trefft Eure Wahl!

(Anhaltende, sich zu Ovationen steigernde Beifallskundgebungen.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Regierungspolitik ist realistische Politik; realistische Politik aber ist die schwerste Politik, die zu gestalten ist in einer Zeit, in der so wenig Realität, so wenig realistische Substanz vorhanden ist.
Ich glaube, ich darf in Ihrer aller Namen unserem Parteifreund *Ehard* danken, nicht nur für seine Ausführungen, sondern auch für die Arbeit, die er unserem Volk geleistet hat.

(Lebhafter Beifall.)

Bevor wir in die Diskussion eintreten, darf ich eine Bitte äußern. Das Rauchen in diesem Raum ist untersagt. Ich glaube, wenn wir daran denken, daß wir einen ganzen Tag hier sein müssen, dann werden wir auf das Rauchen verzichten. Ich darf meine lieben Mitraucher, die meine Leidenschaft kennen, darum bitten, daß sie das gleiche tun.

Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte darum, die Zustimmung auf die üblichen Beifallsformen zu beschränken.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich um Ruhe bitten! Nach dieser Feststellung Dr. *Horlachers* darf ich, um Pressemitteilungen, wie sie im letzten Jahr hinausgegeben wurden, vorzubeugen, feststellen, daß ich nichts davon bemerkt habe, daß getrampelt wurde. Daß lebhafter Beifall gespendet wurde, war in diesem Fall eine Selbstverständlichkeit. Ich möchte infolgedessen jede Märchenbildung nach außen hin von vorneherein unterbinden.

(Sehr richtig!)

Ich darf dann als erstem Redner zur Diskussion unserem Parteifreund *Haußleiter* das Wort geben.

(Beifall.)

*Haußleiter*: Meine Damen und Herren! Kürzlich hat ein sehr kluger Beobachter der Lage das Wort gebraucht, unsere politische Entwicklung gleiche einer Spirale, die sich immer mehr verenge; immer beschränkter, immer verbissener werde das Gespräch in den Parteien und zwischen den Parteien. Ich möchte eines hinzufügen: Manches Mal habe ich den Eindruck, als liege jene Not, die Moral der 1000 Kalorien, auch auf der politischen Diskussion in unserem Lande und in unserem Volke.
Da haben wir erlebt, daß mitten aus dieser sich verengenden Spirale heraus der Politiker, der von der Union aus an die Spitze der Regierung trat, den Schritt tat aus der Enge in die Weite, den Schritt hin zu der gesamtdeutschen Verantwortung, die auf uns allen liegt, zu der wir uns mit Innigkeit gerade in unserer bayerischen Heimat bekennen.
Ich möchte hier jenen Eindruck unterstreichen, den wohl auf uns alle die Rede des Ministerpräsidenten gemacht hat mit ihrer Klarheit, mit diesem Gefühl, sich nicht in die Vergangenheit zurückwenden zu dürfen, sondern mit mutiger Initiative den Weg in die Zukunft zu gehen, die drohend und ernst vor uns liegt. Wir können sie nur gewinnen in jener eigenen Initiative, wie sie der mutige Schritt des Bayerischen Ministerpräsidenten in seiner Einladung zur Münchner Ministerpräsidentenkonferenz bewiesen hat.
Ebenso hat uns vielleicht beeindruckt sein Bekenntnis zur Freiheit des Bürgers im Staat, jene klare Ablehnung der Staatsomnipotenz, einer Gefahr, die auf vielen Wegen wieder zu kommen droht; die zu kommen droht aus dem Bereich totalitären Denkens, wie es sich hier oder dort um Demagogen wieder zu kristallisieren versucht; wie sie zu kommen droht aus einer Planung, die zur totalitären Planung werden und nur mit den Mitteln des totalitären Staats verwirklicht werden könnte. Hier, glaube ich, haben wir selbst eine solche klare, durchdachte Abrechnung mit Gefahren, die drohend in der Luft liegen, die wir alle empfinden, erlebt, wie sie hier der Bayerische Ministerpräsident Dr. *Ehard* vollzogen hat.

(Beifall.)

Ich möchte noch ein weiteres Wort sagen: Wir gebrauchen die Worte heute vielfach - auch das hat Dr. *Ehard* gesagt - in einem Doppelsinn. Und doppelsinniger scheint mir keines gebraucht zu werden wie das Wort Föderalismus. Jeder bekennt sich dazu, und jeder scheint mir hier oder dort anderes darunter zu verstehen. Seine Definition war klar gewesen, und ich möchte sie vielleicht in einem einzigen Satz zusammenfassen: Wir wollen nicht zurück zum Partikularismus des Jahres 1648;

(Sehr richtig!)

wir wollen voran zu einem föderativen Europa, in dem nur ein föderalistisch gegliedertes Deutschland seinen Raum hat! Das ist meiner Ansicht nach die Definition des Föderalismus, die allein die Plattform für eine gemeinsame Arbeit in der Christlich-Sozialen Union auf diesem Gebiete sein kann.

(Beifall.)

Und nun möchte ich Ihnen eines vorschlagen: Ich glaube, der Beifall, den wir dem Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* spendeten, war ein einhelliger. Ich möchte sagen, vielleicht wollen wir hier alle gemeinsam, wie auch immer wir über Einzelfragen denken, ihm am Beginn der Tagung unser Vertrauen aussprechen.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren, ich habe hier einen besonderen Vorschlag zu machen; vielleicht ist es möglich, daß Sie ihn akzeptieren. Gestern hat die Jugend, das Parlament der Jungen Union, hier gesprochen. - Ich weiß, es wird darüber gestritten, weil Jugend immer lebhaft diskutiert. - Und impulsiv und selbstverständlich haben unsere jungen Parteifreunde am Schluß der Tagung das zusammengefaßt, was ihnen über die Politik des Bayerischen Ministerpräsidenten zu sagen am Herzen lag, vielleicht da er in die Zukunft wies, da er ablehnte den Blick in die Vergangenheit, da er den neuen Weg zeigte, den wir gehen wollen und gehen müssen. Vielleicht hätte es einen guten Sinn, wenn wir das Vertrauensvotum von heute in die Form fassen würden, die die Jugend ihm gegeben hat. Ich möchte vorschlagen, daß dann der Sprecher der Jugend dieses Vertrauensvotum vorträgt und wir uns gemeinsam zu ihm bekennen.
Denn eines ist klar: Aufs tiefste berührt hat uns der Ruf zur Einigkeit. Ebenso klingt mit gleicher Eindringlichkeit aus dem Lande der Ruf zur Klarheit. Nur auf dem Boden der Klarheit kann die Einigkeit erwachsen.

(Starke Zustimmung.)

Einen anderen Weg können wir meiner Ansicht nach nicht gehen. Klarheit war in dem, was Dr. *Ehard* sagte. Und am tiefsten hat sich mir aufgeprägt und hat mich sein Wort berührt: Der Weg von Weimar darf nicht noch einmal gegangen werden. Meine Damen und Herren, ein Wort, gesagt über die falsche Lösung des zentralistischen Staates von Weimar!
Ich meine, wir sollen nicht ungerecht sein gegenüber der Vergangenheit; das lehnen wir ab. Eines ist klar: Eine Restauration der Vergangenheit ist immer schlecht, ist immer falsch und müßte immer zum Scheitern unserer Politik führen. Deshalb soll über dem Weg zur Klarheit und Einigkeit meiner Ansicht nach dieses Wort Dr. *Ehards* stehen: Der Weg von Weimar darf nicht noch einmal gegangen werden!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Heinz Fischer* hat das Wort.
Ich bitte alle Diskussionsredner, sich möglichst kurz zu fassen, denn wir wollen die Referate heute noch hören. Ich dachte eigentlich, daß wir heute vormittag noch das Referat unseres Parteifreundes *Baumgartner* hören könnten.

(Sehr richtig!)

Wenn wir aber in Diskussionen Zeit verlieren, dann kommen wir mit den Referaten der Herren Minister nicht durch. Infolgedessen darf ich schon jetzt bei Beginn und nicht erst am Schluß drängen.

*Fischer*: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Wir haben mit Freude und tiefer Ergriffenheit von Seiten der Jugend die Rede unseres Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] gehört. Wir haben es gestern außerordentlich bedauert, daß seine Zeit es ihm nicht ermöglicht hatte, seinen Vorsatz an unseren Besprechungen teilzunehmen, Tat werden zu lassen. Wir haben unbeschadet dessen und unbeschadet dessen, was wir so oft gelesen und gehört haben, allein begründet auf dem Bewußtsein, von dem auch unser Ministerpräsident heute sprach, wenn er erklärt hat, daß sein Blick in die Zukunft geht, dies getan. Wenn wir als junge Menschen diese schwere Zeit betrachten, so schauen wir bangen Herzens auf die kommenden Wochen, Monate und Jahre, die uns eine Heimstätte, ein friedliches Dasein bauen sollten.
Ich bitte Sie deshalb, der Entschließung des Parlaments der Jungen Union, welche sie gestern über die Politik des Ministerpräsidenten gefaßt hat, ebenfalls Ihre Zustimmung zu geben. Ich möchte sie Ihnen vorlesen:

> Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union spricht dem Bayerischen Ministerpräsidenten für die von ihm vertretene Politik ihr Vertrauen aus. Sie hat insbesondere seinen mutigen Schritt über die bayerischen Grenzen hinaus aus vollstem Herzen begrüßt, den er mit der Einberufung der Ministerpräsidentenkonferenz nach München getan hat. Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union versichert ihm, daß sie sich stets hinter ihn in seinen Bemühungen um die Zusammenarbeit mit allen deutschen Ländern stellen wird. Ebenso versichert sie ihm, daß sie ihn vorbehaltlos in der Durchführung einer wirklich christlich-sozialen Politik in Bayern unterstützen wird.

(Beifall.)

*Fuhrig*: Zur Geschäftsordnung! Ich beantrage, über den Antrag *Haußleiter* jetzt abzustimmen, damit wir weiterkommen.
*Kurz*: Zur Geschäftsordnung! Im Auftrag meiner Freunde stelle ich den Antrag, daß die Aussprache abgebrochen wird und die Berichte der zuständigen Minister entgegengenommen werden. Ich bitte, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es treffen sich also, wenn ich recht verstehe, jetzt zwei Anträge: Der Antrag auf Schluß der Debatte und der auf Abstimmung über diesen Antrag auf Zustimmung zu der Resolution.

(Widersprechende Zurufe.)

Wenn Widerspruch erhoben wird, bitte ich, einen anderen Antrag zu formulieren, denn ich muß geschäftsordnungsmäßig von klaren Anträgen ausgehen.
Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt.

(Widerspruch.)

Widerspricht jemand dem Antrag auf Schluß der Debatte? Dann bitte ich, sich zu Wort zu melden.
*Haußleiter*: Zur Geschäftsordnung! Es ist absolut notwendig, daß wir über das eingebrachte Vertrauensvotum abstimmen und daß wir dann zu den Referaten einzeln Stellung nehmen. Ebenso bin ich der Meinung, daß es richtig ist, die Diskussion über die Rede des Herrn Ministerpräsidenten abzubrechen, da wir über diese Rede völlig einer Meinung sind.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich lasse über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen. Wer ist gegen Schluß der Debatte? - Wer enthält sich? - Der Antrag auf Schluß der Debatte ist einstimmig angenommen.

Ich lasse über die durch Antrag der Jungen Union eingebrachte Resolution abstimmen. Ist die Resolution bekannt? Ich darf sie als bekannt voraussetzen.

(Dr. *Horlacher*: Ich bitte, sie nochmals zu verlesen!)

Dr. *Horlacher* wünscht, daß sie nochmals verlesen wird.
*Fischer*: (verliest nochmals die zur Annahme vorgeschlagene Resolution der Jungen Union.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Vor der ersten Sachabstimmung darf ich bekanntgeben, daß die Präsenz erst heute mittag festgestellt wird, denn vorhin war selbstverständlich infolge der Kürze der Zeit noch nicht die ganze Präsenzliste in Ordnung, weil noch eine Reihe von Herren nicht eingetroffen war. Wir werden also heute mittag damit beginnen, die Präsenzliste in Ordnung zu bringen. Ich glaube aber, annehmen zu dürfen, daß ich jetzt, auch ohne die formale Feststellung der Präsenzliste vorgenommen zu haben, abstimmen [lassen] darf. Erhebt sich Widerspruch? - Nein. Dann darf ich über den gestellten Antrag abstimmen lassen.

(*Krehle*: Der Antrag mußte doch der Leitung vorliegen!)

Ich darf abstimmen lassen. Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

(Lebhafter Beifall.)

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Liebe Parteifreunde! Ich bin ebenso erfreut wie tief bewegt durch das Vertrauen, das Sie mir durch Ihre Abstimmung und durch Ihren Beifall entgegenbringen. Ich danke Ihnen von ganzem Herzen dafür. Ich sehe daraus, daß Sie mit der grundsätzlichen Linie meiner Politik einverstanden sind.
Sie wissen ebenso wie ich, daß man nicht alles vollkommen gestalten kann; in der heutigen Zeit ist es doppelt schwierig. Aber bemühen werde ich mich mit meinen Mitarbeitern, das zu tun, was menschenmöglich ist. Denn in Ihrem Vertrauen sehe ich zugleich eine besondere Verpflichtung, eine Verpflichtung, die dahin geht, alles zu tun, um in der Linie zu bleiben, die die Union auf ihre Fahnen geschrieben hat, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um über die nächste unendlich schwere Zeit hinwegzukommen.
Eine Bitte darf ich noch anschließen, die sich ja aus Ihrer Abstimmung ergibt: Helfen Sie alle zusammen; helfen Sie nicht nur mir, helfen Sie der Regierung, helfen Sie all den Wählern draußen im Lande, die darauf warten, daß alles geschieht, was in dieser Zeit überhaupt geschehen kann. Einer allein ist nichts; alle, wenn sie zusammenstehen, sind sie nicht zu überwinden!

(Starker Beifall und Bravo-Rufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich erteile das Wort dem Herrn Minister für Ernährung und Landwirtschaft, Parteifreund Dr. *Joseph Baumgartner*.

(Bravo!)

[...][2]
[Dr. *Baumgartner*:] Meine Damen und Herren! Es freut mich außerordentlich, daß mir Gelegenheit gegeben wurde, zum ersten Male vor einer Landesversammlung der

[2] Die Seiten 26-38 des Sitzungsprotokolls mit der Rede Baumgartners fehlen ohne Vermerk und konnten nicht ermittelt werden. Möglicherweise wurden sie nicht mitstenographiert bzw. aus dem (nicht überlieferten) Stenogramm übertragen, da Baumgartner sein ausgearbeitetes Redemanuskript anbot, dessen zwölfseitiger Umfang der Zahl der Fehlseiten entspricht. Im folgenden wird ersatzweise das

Christlich-Sozialen Union in Bayern kurz sprechen zu dürfen. Sie kennen mich alle. Sie kennen auch meine Offenheit in all meinen Reden. Auch heute werde ich zu Ihnen angesichts unserer Situation in der Union und angesichts unserer besorgniserregenden Lage der Ernährung ganz offene Worte sprechen. Niemand in unserem Volke hat gegenwärtig Verständnis für persönliche Streitigkeiten.
Seit meiner ganzen Ministertätigkeit stehe ich in diesen Tagen vor fast unlösbaren Aufgaben. Ich befinde mich soeben auf dem Wege nach Frankfurt. Unsere schlechte Ernte und die Katastrophe der Trockenheit stellen uns in den kommenden Wochen und Monaten vor Berge von Schwierigkeiten, vor denen alles, was hier in Eichstätt gesprochen und behandelt wird, in ein Nichts verblassen muß. Bayern hat nur für fünf Monate Brotgetreide, Bayern hat im Januar und Februar keine Kartoffeln mehr, Bayern steht, wie auch die anderen Länder, vor einer wirklichen Hungersnot, wie sie noch nie dagewesen ist, wenn wir nicht eine durchgreifende Hilfe bekommen. Das ist die Situation, die mich bewegt und die ich Ihnen kurz vor Augen führen muß, damit unsere Beratungen mit dem Ernste geführt werden, wie er unserer furchtbaren Lage angepaßt ist.
Die Zeitung der Union hat vor einigen Tagen geschrieben, daß die Minister in Eichstätt Rechenschaft ablegen müssen. Ein Minister muß nicht nur vor *einer* Partei, sondern vor dem ganzen Volke, seinem Ministerpräsidenten, seiner Regierung und seinem Parlamente Rechenschaft ablegen. Ich glaube, daß ich dies immer und rechtzeitig getan habe.
Vor Ihnen, meine lieben Parteifreunde, lege ich um so freudiger und um so gewissenhafter gerne heute Rechenschaft ab, weil es in wenigen Wochen zwei Jahre w[erden], daß ich als Mitglied der Union als einziger Minister im Oktober 1945 in die zweite Bayerische Regierung nach dem Zusammenbruche eingetreten bin. Damals wußte noch niemand, daß die Union eine so große und starke Partei werden wird, noch niemand wußte, wo die Reise hingeht. Ich habe damals mit einer beispiellosen Begeisterung im Rundfunk und in der Presse für die Christlich-Soziale Union gesprochen. Ich habe in meinen Entscheidungen im Ministerrat, im Länderrat und in meinem Ministerium immer die Idee und das Gedankengut der Christlich-Sozialen Union zugrunde gelegt. Es ist wohl nicht übertrieben, wenn ich heute vor meinen Parteifreunden erkläre, daß es meiner bescheidenen Mitarbeit zu verdanken ist, wenn ich Hunderttausende von Menschen in Bayern mitgerissen habe und wenn ich mit dazu beigetragen habe, daß die Christlich-Soziale Union so siegreich aus den letzten Wahlen hervorgegangen ist. Ich war nicht nur der erste Minister der Union, ich habe auch die erste Rundfunkansprache für die Union gehalten und ich habe als Erster mit Dr. *Horlacher* in Augsburg am 17. November 1945 gegen die Wiederaufrichtung der alten Bayerischen Volkspartei für eine fortschrittliche Union gesprochen. Noch lange bevor andere gesprochen haben, habe ich in Dutzenden und jetzt schon fast in Hunderten von

Redemanuskript mit dem Titel "Rede von Staatsminister Dr. Joseph Baumgartner am 30. August 1947, anläßlich der Landesversammlung der CSU in Eichstätt" (IfZ-Archiv, ED 132 Nachlaß Baumgartner, Bd. 118) wiedergegeben, das mit dem tatsächlichen Wortlaut der Rede allerdings nicht gänzlich übereinstimmt. Wie aus verschiedenen Bemerkungen nachfolgender Redner aus Presseberichten hervorgeht, sprach er ausführlicher über die Differenzen in der CSU, als dies in seinem Manuskript zu lesen ist, und verband seinen Bericht mit scharfen Attacken gegen Müller. Seine Ausführungen waren von heftigen Zwischenrufen begleitet und leiteten einen erregten Verlauf der Tagung ein (Südost-Kurier vom 3. September 1947: "Ein Angriff Dr. Baumgartners"; Bericht eines Beobachters (P.M. Purves) der Militärregierung vom 3. September 1947, Subj. Extraordinary Landesversammlung of the Christian Social Union held at Eichstätt, IfZ-Archiv, MA 1479/9).

Versammlungen in ganz Bayern für die Union gearbeitet. Meine Idee war und ist immer ein positiver Geist für die Union gewesen, nicht ein negativer. Wer, wie ich nach meiner bisherigen Erfahrung in täglicher Arbeit, die ungeheuren Schwierigkeiten der Wirtschaft kennt, der hält kleinliche Kritik und negative Zersetzungsarbeit in der Union für primitiv, ideenlos und geistlos. Die Stimmung, in der wir uns heute hier in diesem Saale zusammenfinden, darf nicht getrübt sein durch den Gedanken der verschiedenen Meinungen oder mehr der sogenannten Flügel, sondern muß beseelt sein von dem einzigen Willen: Unsere Union muß jetzt endlich nach diesen Geburtswehen gestärkt, geläutert und noch größer vor dem ganzen Volke hervorgehen als bisher.
Mich stören kleinliche Kämpfe nicht. Ich werde trotz allem, was heute und morgen hier gesprochen wird, mit unverwüstlichem Optimismus und mit unverwüstlicher Kraft wieder hinausgehen in die Dörfer und in die Städte und für eine Union sprechen, die von keiner einzigen Partei in Bayern und in Deutschland dezimiert, besiegt oder vermindert werden könnte. Das, meine lieben Freunde, bitte ich Sie ebenfalls im ganzen Lande zu tun. Das erwartet das Volk von uns, das erwarten unsere Wähler von uns, das erwarten die Flüchtlinge von uns und das erwartet vor allem die hoffnungslose Jugend von uns, wenn sie überhaupt wieder einen Glauben an die Demokratie und die Parteien finden soll.
Wenn das Unionsblatt von mir als dem Minister der eigenen Partei Rechenschaft fordert, so sollen Sie meine Rechenschaft hier haben. Ich kann nur einen großen Überblick geben, da mir angesichts des großen Stoffes unserer Beratungen nur eine kurze Zeit zur Verfügung steht. Es gibt niemanden hier in diesem Saale, der meine Arbeit seit zwei Jahren nicht verfolgen und nicht kennen würde. Es gibt auch niemand in Bayern, der die Arbeit des Bayerischen Landwirtschaftsministers auf dem Gebiete der Ernährung, der Landwirtschaft und der Forsten nicht ebenfalls kennen würde und es gibt niemand in den deutschen Ländern, der mit Interesse die Lösung unserer Aufgaben verfolgt hat, dem der Name des Bayerischen Landwirtschaftsministers ebenfalls unbekannt wäre. Ich habe mich seit zwei Jahren im Bayerischen Ministerrat bemüht, jene fortschrittliche Linie bei allen Entscheidungen einzuhalten, die gerade von unseren fortschrittlich gesinnten Kräften der Union bei jeder Gelegenheit betont wird. Ich habe mich auch bemüht, im Bayerischen Parlament vor den rechtmäßig gewählten Vertretern des ganzen bayerischen Volkes meine Arbeit in meinem Ressort offen und ungeschminkt jederzeit darzustellen.
Noch *vor dem Anschluß der amerikanischen an die britische Zone* habe ich in unzähligen Verhandlungen im Länderrat in Stuttgart im Hauptausschuß für Ernährung und Landwirtschaft einen Kampf für die Interessen unserer bayerischen Heimat geführt, wie er erst aus den Protokollen in späterer Zeit der Geschichte gewürdigt sein wird. Ihnen, meine Damen und Herren, würde ich nur wünschen, Zeuge gewesen zu sein von jenen oft zwölf- bis dreizehnstündigen schweren Verhandlungen. Wir haben bei dieser Arbeit im Länderrat bei allen Meinungsverschiedenheiten ein Verhältnis zu den süddeutschen Ländern geschaffen, das es ermöglichte, auf der Basis voller Gleichberechtigung und der Souveränität der Länder einstimmig Beschlüsse zu fassen. Bis zu dieser Zeit haben wir auch in der Ernährungswirtschaft bessere Zeiten gehabt. Wir hatten 1000 Gramm Fleisch und 500 Gramm Fett pro Periode und hatten nicht von Woche zu Woche diese Schwierigkeiten, wie wir sie heute haben.
*Seit dem Zusammenschluß mit der britischen Zone* ist für mich als Landwirtschaftsminister in Bayern eine entscheidende Wendung eingetreten. Durch das Übergewicht der Länder der britischen Zone hat sich Bayern von diesem Zeitpunkt an insoferne in

einer Abwehrstellung befunden, als ohne Angleichung der Produktions- und Erfassungsmethoden einfach durch Stimmenmehrheit der anderen Länder Bayern durchgehend an die Wand gedrückt wurde. Es wird niemanden in Bayern geben, ganz gleich, wie er zu den Fragen des Reichsaufbaus steht, der diese Methoden billigen und der meinen Kampf um eine gerechte Beurteilung, um eine gerechte Behandlung und eine gerechte Belastung Bayerns nicht verstehen würde. Wer mir hier Separatismus, Partikularismus oder sturen Föderalismus vorwirft, wer hier mit Phrasen um sich schlägt, ohne die Zusammenhänge zu kennen, versündigt sich an unserer bayerischen Heimat und kann sich vor den bayerischen Wählern und dem bayerischen Volke nicht verantworten.

Der Pressefeldzug, der in ganz Deutschland nicht gegen mich, wie Dr. *Adenauer* behauptet, sondern gegen Bayern veranstaltet wurde, ist von mir im Interesse ganz Bayerns mundtot gemacht worden. Ich bin in die Höhle des Löwen gegangen, *ich habe das Ruhrgebiet besucht*. Ich habe dort 60 Pressevertreter empfangen und mich ihnen gestellt, ich bin in die Bergwerke gestiegen und habe für Bayern eine Pressebeurteilung in allen Zeitungen des Ruhrgebiets erfahren, die eine gerechtere Beurteilung Bayerns zuwegegebracht hat. Die Behauptung *Adenauers*, Dr. *Baumgartner* sei deshalb in Frankfurt unmöglich gewesen, weil er von der SPD bekämpft worden ist, ist eine Irreführung der Öffentlichkeit. Der Exekutivrat, bestehend aus sechs SPD- und zwei Unionsleuten, hat mich in Vorschlag gebracht und die Gewerkschaften des Ruhrgebiets haben ausdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß sie Dr. *Baumgartner* von Bayern lieber sehen würden, wie Dr. *Schlange-Schöningen*. Ich erwähne dies heute nur um der Gerechtigkeit willen und auch deshalb, um zu zeigen, wie bezeichnend es ist, daß Dr. *Adenauer* seinem eigenen Parteifreund in Bayern in den Rücken gefallen ist.

*Mein Besuch in der Ostzone* ist ebenfalls bekannt. Ich habe die Ostzone und das Hauptquartier der Russen in Karlshorst nicht besucht, um mit dem Kommunismus zu liebäugeln oder um Hintergedanken zu haben, sondern mich hat die Bodenreform und haben die tatsächlichen Zustände der Ostzone interessiert. Die Reise war für mich sehr wertvoll. Ich habe auch dort offen gesprochen. Ich habe den russischen Offizieren, dem General *Clay* und auch den zuständigen deutschen Stellen offen gesagt, daß ich die Bodenreform in der Ostzone für verfehlt halte. Ich muß anerkennen, daß die Presse in der Sowjetzone außergewöhnlich korrekt und *für* Bayern in anständiger Form berichtet hat, nachdem sie vorher oft einen wütenden Kampf gegen Bayern führte. Ich glaube, daß auch diese Reise in die Ostzone für das Prestige Bayerns nicht nachteilig sich ausgewirkt hat. Meine Verhandlungen in Berlin, mein Besuch bei General *Clay* und meine zahlreichen Besprechungen mit führenden Persönlichkeiten der beiden Zonen in Berlin haben ebenfalls Klarheit über die tatsächliche Leistungsfähigkeit Bayerns geschaffen. All diese Arbeit hat nur Bayern gegolten, nicht mir persönlich.

Ich habe die *Bodenreform* erwähnt. Wer den Kampf aus den Protokollen in Stuttgart kennen würde, den ich gegen eine radikale Lösung im Sinne der russischen Zone in Stuttgart geführt habe, der würde verstehen, was in zahlreichen außergewöhnlich scharfen Sitzungen im Interesse einer vernünftigen sozialen Lösung von Bayern aus geschehen ist.

Bei der Aufhebung des *Erbhofrechts* wurde der bayerische Entwurf maßgebend von der amerikanischen Militärregierung berücksichtigt.

Dies, meine Damen und Herren, ist nur andeutungsweise eine Rechtfertigung meiner Arbeit für das gesamte bayerische Volk nach außen hin und außerhalb Bayerns und

ich glaube, daß ich mit meinem Namen und mit dieser meiner Arbeit der Christlich-Sozialen Union in Bayern keine Schande bereitet habe und daß ich mich hier vor unserem Parteiblatt nicht rechtfertigen brauche.
Meine lieben Parteifreunde! Welcher Parteimann oder welcher Minister hat in ganz Deutschland die *Kollektivschuldlüge* mit so scharfen und offenen Worten zurückgewiesen als ich dies im Bayerischen Parlament getan habe? Es wurde mir bestätigt, daß der stürmische Beifall von sämtlichen Parteien des Landtags in der bayerischen Parlamentsgeschichte einzigartig dastand. Es war nicht ein Erfolg für mich, sondern ein Erfolg für die Christlich-Soziale Union. Leider hat das Blatt der Christlich-Sozialen Union diese Rede, die im Auslande verbreitet wurde, kaum erwähnt. Es hat aber dafür Platz trotz des Papiermangels für persönliche Verunglimpfung und Auseinandersetzungen, die das Volk überhaupt nicht interessieren.
Wenn in einem Parlament von einem Minister Rechenschaft gefordert wird, ist dies verständlich, weil nicht jeder seiner Meinung sein kann und nicht jeder seine Maßnahmen vom gleichen Gesichtspunkt aus beurteilt. Wenn aber die eigene Partei von einem Minister Rechenschaft fordert, ist dies in der Parlamentsgeschichte und in der Geschichte der Parteien außergewöhnlich. Außergewöhnlich vor allem in einer Zeit, in der die Tätigkeit eines Ministers auch nicht annähernd mit der eines Ministers in normalen Zeiten verglichen werden kann. Wer heute den Mut hat, öffentlich als Minister tätig zu sein, hat nicht nur eine zwanzigfach größere Arbeitsleistung zu vollziehen, sondern eine mindestens ebenso höhere Verantwortung als eine Exzellenz der früheren Zeiten. Die unzähligen Telefongespräche täglich, die zahlreichen Besuche persönlicher und dienstlicher Art, die Kommissionen aus dem ganzen Lande, die Tätigkeit im Ministerrat, die Verhandlungen bei der Militärregierung, die Auseinandersetzungen im Länderrat und in den bizonalen Ämtern, die ungeheure Zahl von Briefen, die Verwaltungsarbeit in den eigenen Referaten, die Tätigkeit als Abgeordneter, die Tätigkeit im Parlament und in den Ausschüssen sowie die Entscheidungen von Stunde zu Stunde angesichts des Hungers von Millionen Menschen erfordern ein so ungeheures Maß von Nervenkraft und Gesundheit, daß ich nur lächeln muß, wenn das Blatt der eigenen Partei in 30 Minuten eine Rechtfertigung von mir verlangt. So geht die Demokratie nicht weiter. In kurzer Zeit wird sie so erledigt sein. Es wird sich keiner mehr finden, der den Dummen macht, um aus den eigenen Reihen angeschossen und bekämpft zu werden, es wird sich keiner mehr finden, der nur dazu da ist, um Schwierigkeiten aus den eigenen Reihen zu beseitigen.
Ich danken Ihnen, meine Herren Abgeordneten, für die große Unterstützung, die Sie mir in meinem schwersten Amte für ganz Bayern angedeihen lassen. Ich danke auch Ihnen, meine Herren Kreisvorsitzenden, Obmänner und Delegierten aus allen Teilen des Landes und ich bitte Sie, dafür einzutreten, daß diejenigen, die Zeit haben gegen die eigenen Leute dauernd zu stänkern und negative Unionspolitik zu machen, aus unseren Reihen ausgeschaltet werden. Wenn ein Mann der Union, weil er über irgend etwas verstimmt ist, erklärt, man müsse den *Baumgartner* jetzt angreifen, weil er von den Bauern zuviel verlangt, so verurteilt sich dieser Mann jetzt selbst angesichts der hohen Sterblichkeit unserer verhungerten Leute in den Städten. Mit christlicher Staatsgesinnung hat dieser Beelzebub überhaupt nichts mehr zu tun.
*Meine Arbeit für die Landwirtschaft*: Die Abgeordneten der Arbeiterschaft und die Abgeordneten der Landwirtschaft sowie die Delegierten aller Berufsstände aus dem Lande wissen, welch schwere Aufgabe ich als Ernährungs- *und* Landwirtschaftsminister zu erfüllen habe, um es allen einigermaßen recht zu machen. Es ist nicht so, daß

für die Landwirtschaft überhaupt nichts geschehen wäre während meiner Ministertätigkeit. Ich habe unermüdlich Tag für Tag daran gearbeitet, daß die Landwirtschaft mehr Betriebsmittel, mehr Kunstdünger, mehr Saatgut und mehr Maschinen sowie Baustoffe erhält. Welcher Berufsstand erhält alles, was er fordert? Was haben unsere Arbeiter, die ich die Helden Deutschlands gegenwärtig nennen möchte, wenn sie um die Papierfetzen bei den Hungerrationen Tag für Tag anständig ihrer Arbeit nachgehen und was haben unsere Flüchtlinge, wenn sie nur das Hemd am Leibe ohne Heim und ohne Arbeit auf bessere Zeiten hoffen? Es ist uns gelungen, die Düngerversorgung der Landwirtschaft im Vergleiche zum Vorjahre bedeutend zu verbessern. Die Stickstoffversorgung stieg von 15 auf 40% des Friedensbedarfs, die Phosphorsäureversorgung von 0,8 auf 18% und die Kaliversorgung von 19 auf 30% des Friedensbedarfs. Das ist ein kleiner, wenn auch mühsamer Fortschritt. Nur mit ungeheuren Schwierigkeiten haben wir diese Fortschritte erreichen können. Ich habe mich bemüht, Saatgut herzubringen, habe mich bemüht, die landwirtschaftlichen Maschinenfabriken wieder in Gang zu setzen, die jetzt größtenteils arbeiten und habe der Landwirtschaft unter den gegenwärtigen Verhältnissen Baustoffe verschafft, daß mir sogar von anderen Berufsständen der Vorwurf gemacht wurde, es sei des Guten zuviel. Alles aber ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Eisenkontingentszuteilung für die Herstellung von Ersatzteilen wurde ebenfalls jetzt verbessert. Die landwirtschaftlichen Schulen sind wieder nach Überwindung großer Personalschwierigkeiten in Gang gebracht. Eine Sozialversicherung, die die Landwirtschaft ungeheuer belasten sollte und die ausgesprochen sozialistisch eingestellt war, habe ich abgelehnt. Die Bauern selbst habe ich als ehrenamtliche Leiter bei den Ernährungsämtern eingeschaltet und habe durch die Zusammenarbeit der Bauernkammern und durch Einschaltung der Bauern bei den Zulassungsausschüssen und bei den Wirtschaftsverbänden für engste Zusammenarbeit zwischen meinem Ministerium und der Landwirtschaft Sorge getragen.

Das *Forstwesen* habe ich mir besonders angelegen sein lassen. Es ist mir gelungen, was meinen drei Vorgängern trotz aller Bemühungen nicht möglich war, die Forsten in das Landwirtschaftsministerium einzugliedern. Mein offener Kampf für die Erhaltung des Waldes ist nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland und im Auslande bekannt. Ich habe als erster Minister in Deutschland auf die furchtbare Tragödie der Waldvernichtung hingewiesen, habe diese Zusammenhänge völkerrechtlich begründet und damit den Anfang gemacht für eine spätere Verhandlungsbasis mit den Siegermächten.

In der mir unterstellten Verwaltung habe ich 3459 Beamte und Angestellte entlassen müssen. Es fehlte daher überall an den geeigneten Fachkräften. Die Wirtschaftsverbände wurden von mir umgestaltet und Verwaltungsräte aus allen Kreisen und Berufen der Bevölkerung geschaffen.

Alles aber, was ich bis jetzt andeutungsweise zu meiner Rechtfertigung gesprochen habe und alles, was wir hier in Eichstätt heute beraten werden, wird überschattet von dem ungeheuren Druck, den der Hunger von Millionen Menschen auf uns legt. Den größten Teil Kraftaufwand in diesen zwei Jahren mußte ich für die *Ernährungswirtschaft* leisten. Es ist ein Unterschied, ob ein Ministerium rein verwaltungsmäßige Arbeit zu leisten hat, oder ob stündlich, Tag und Nacht durch die Verhältnisse bedingt Entscheidungen, Anordnungen und Dispositionen getroffen werden müssen, um die Ernährungswirtschaft für neun Millionen Menschen von seiten der Produktion, Erfassung und Verteilung einigermaßen aufrechtzuerhalten. Es ist nicht selbstverständlich, daß dies bis jetzt alles geklappt hat. Es hat viele schlaflose Nächte und es hat oft

schwierige Situationen gegeben, die überwunden werden mußten. Das kann ein Aussenstehender und Uneingeweihter nicht beurteilen.
Ich freue mich, daß die gesamte bayerische Bevölkerung durch meine viele Aufklärung in Presse und Rundfunk und meine zahlreichen Versammlungen so großes Verständnis dem ganzen Ernst der Lage entgegengebracht hat. Es ist richtig, wir haben eine Welternährungskrise. Wir haben Schwierigkeiten auf der ganzen Welt. Wir haben rationierte Lebensmittel in Dutzenden von Ländern auf der Erde, wir haben zu wenig Brotgetreide, Reis und Fett auf der Welt durch die Einbeziehung Ostasiens in den Kriegsschauplatz des Hitlerkrieges. Deutschland konnte sich, wie jetzt jedes Kind bereits weiß, noch niemals selbst ernähren. Bei Getreide konnten wir uns in Friedenszeiten nur bis zu 80% und bei Fett nur bis zu 70% ernähren. Für Milliarden Reichsmark haben wir in normalen Zeiten vom Auslande Lebensmittel eingeführt. Die Situation ist jetzt dadurch besonders erschwert, daß wir durch die unnatürliche Zerreissung Deutschlands in vier Zonen die großen Überschußgebiete des deutschen Ostens nicht zur Verfügung haben. Bei Getreide hat Deutschland in normalen Zeiten in der jetzigen russischen Zone und im deutschen Osten, der von Polen verwaltet wird, allein über 50% der ganzen Ernte erzeugt. Bei Kartoffeln und Zuckerrüben ebenfalls.
Das, meine Damen und Herren, ist der Hauptgrund unserer jetzigen Schwierigkeiten und ich habe mich nicht gescheut, vor aller Welt ganz offen diese Dinge erst kürzlich wieder in dem Artikel "Mißwirtschaft der deutschen Agrarpolitik" zu behandeln. Es ist unmöglich, daß wir in den beiden Westzonen 41 Millionen Menschen jemals wieder ernähren können. Aus dieser Lage heraus müssen Sie alle Maßnahmen, die zur gerechten Erfassung der inländischen Lebensmittel getroffen werden, verstehen.
Meine lieben Parteifreunde! Einleitend schon habe ich Ihnen andeutungsweise eine Situation gezeichnet, vor der wir heute stehen. Bayern hat nur 50% der Kartoffelernte vom Vorjahr und Bayerns Brotgetreide, wie ebenfalls eingangs erwähnt, reicht nur etwa fünf Monate. Versetzen Sie sich in meine Lage. Wie wollen Sie neun Millionen Menschen ernähren ohne genügend Brot, weil kein Strom zum Dreschen und keine Waggons zur Heranbringung des Brotgetreides aus Bremen vorhanden sind? Wie wollen Sie die hungernden Mäuler stopfen, wenn vom Januar/Februar ab keine Kartoffeln mehr vorhanden sind? Und was wollen Sie tun, wenn Hunderttausende von Stück Vieh durch den Futtermangel abgeschlachtet werden müssen, ohne daß wir Vorräte schaffen können, weil wir keine Dosen und keine Kühlräume haben? Wie wollen Sie unseren hungernden Städtern helfen bei der Fettversorgung, wenn die Milcherzeugung durch den Futtermangel und durch den Abbau des Viehes immer noch weiter rückgängig ist?
Das, meine Herren Delegierten, das, meine Herren Abgeordneten und das, meine lieben Redakteure vom Blatt der Union, sind Fragen, die wir beantworten müssen, die uns in den nächsten Wochen und Monaten vor so ungeheure Aufgaben stellen, daß es kleinlich erscheint, in Eichstätt über Personenfragen zu diskutieren oder von einer Rechtfertigung eines Ministers zu reden.
Hier hört sich jede Frage "Koalition oder nicht" auf, hier gibt es nur eine gemeinsame Zusammenarbeit aller wirklich gutgesinnten Kräfte. Wir müssen alle Alliierte im Kampf gegen den Hunger sein. Der Hunger gehört nicht der Union, der Hunger ist nicht sozialdemokratisch und der Hunger ist nicht fortschrittlich oder reaktionär! Wenn das grauenhafte Gespenst des Hungers und der Krankheiten in den kommenden Monaten durch unser Land schleicht, wenn die Sterblichkeit noch größer wird, wenn die Menschen buchstäblich vor Hunger umkommen und wir alle in unserem

Elend aufeinander angewiesen sind, dann glaube ich, daß auch die Streithähne der Union zur Besinnung kommen werden und daß uns alle das Gebet vereinen wird: A peste, fame et bello, libera nos domine (von Pest, Hunger und Krieg verschone uns, oh Herr).
Meine Herren Abgeordneten und Delegierten! Lassen Sie mich noch ein kurzes Wort zum *Föderalismus* sprechen. Wir sind die Christlich-Soziale Union in Bayern und wir alle sind Bayern oder Neubürger unserer Heimat. Es ist beschämend, wenn das Blatt der Christlich-Sozialen Union unsere Arbeit für unser bayerisches Heimatland als Bajuwarentum und als reaktionär abfertigen will. Wenn dieser Zustand noch einmal sich wiederholt oder nicht sofort aufhört, bin ich Mitglied dieser Partei gewesen! Wir sind keine Separatisten und keine Partikularisten. Aber Föderalisten sind wir, und zwar aus geschichtlichen Erkenntnissen heraus und aus den Tatsachen der Gegenwart! Wir haben den zweihundertjährigen Siegeszug der preußischen unitaristischen Staats- und Reichsauffassung erlebt, der mit dem völligen Fiasko endete. Wir erleben heute wieder an allen möglichen bizonalen Stellen die unitaristische und zentralistische Auffassung der alten Reichsbürokratie, die auf allen Gebieten zentralisieren will, was nur geht. Wenn man auf meinem Gebiete sogar die Kleintierzucht, die Kartoffelkäferbekämpfung, die Abwässerfrage und das landwirtschaftliche Schulwesen zentralisieren und verreichlichen will, so sind das schon höchst gefährliche Ansätze eines Zentralismus und Unitarismus, der sogar zum Teil weiter geht, als die Diktatur *Adolf Hitlers*. Der Mißbrauch der Stimmenmehrheit der britischen Zone den süddeutschen Ländern gegenüber, die Auspowerung Bayerns, ohne daß das Erfassungssystem in der britischen Zone einigermaßen Schritt halten könnte mit dem in Bayern, die Befehle, die ich heute für die Auslieferung von Hunderttausenden von Zentnern Lebensmittel pro Monat erhalte, sind mir ein weiterer Beweis, wie undemokratisch, wie unföderalistisch, wie unchristlich und wie gefährlich diese zentralistischen preußischen Methoden heute bereits wieder angewandt werden sollen. Man verstehe mich nicht falsch. Wir müssen die Not gemeinsam tragen. Keiner darf mehr hungern wie der andere in Deutschland. Ich verlange nur vollständige Gerechtigkeit und Gleichheit in der Erfassung aller vorhandenen Lebensmittel. Wir sind für einen wirklich föderalistischen Bundesstaat und wir müssen uns offen dazu bekennen. Die bisherige Verschwommenheit auf diesem Gebiete von seiten der Parteileitung der Union muß endgültig aufhören.
Meine Damen und Herren! Zum Schlusse lassen Sie mich noch leidenschaftslos diejenigen Punkte zusammenstellen, die ich für dringend erforderlich erachte, um unserer Union im ganzen Lande wieder die Achtung und das Ansehen zu verschaffen, das der größten Partei Bayerns gebührt. Ich habe soeben erwähnt, daß in der Frage des Reichsaufbaus die Parteileitung endlich eine vollständig klare Linie gehen muß, für einen wirklich föderalistischen Aufbau und für die Selbständigkeit der Länder. Das soll uns nicht hindern, und ich glaube, die nötige Erfahrung dazu seit zwei Jahren zu besitzen, daß wir uns mit glühender Begeisterung für unser gemeinsames und schönes deutsches Vaterland und dessen Wiederaufbau bekennen. *Wir brauchen* eine *Presse* in der Union, die nicht einer bestimmten Personengruppe zur Verfügung steht, sondern die die Meinung der Mehrheit unserer Wähler und eingetragenen Mitglieder zum Ausdruck bringt. Wo sind die Bajuwaren, wo sind die Reaktionäre? Sitzen sie nicht in den Reihen, die mit solchen Schlagern arbeiten? Wir brauchen eine Parteipresse, die die Arbeit der Regierung und des Ministerpräsidenten in dieser außergewöhnlich schweren Zeit nicht hindert, sondern unterstützt. Wir brauchen ein *klares Staatspro-*

*gramm*, wir brauchen ein Generalsekretariat, das nicht gegen die Regierungsmitglieder eingestellt ist, sondern mit denselben einträchtig zusammenarbeitet. Wir brauchen ein bayerisches Generalsekretariat! Wir brauchen eine *Parteileitung*, die eine klare Linie geht und sich nicht als den linken oder als einen anderen Flügel bezeichnet. Wir haben keine linken und keine rechten Flügel. Wir sind christlich-sozial und vertreten den christlichen Sozialismus, den der Jesuitenpater *Oswald Nell-Breuning* in so hervorragender Weise uns dargestellt hat. Wir brauchen eine Parteileitung, die mit der Mehrheit der ganzen Partei und nicht immer mit irgendeiner Minderheit geht. Wir brauchen ein Zusammenspiel der Kräfte zwischen den Regierungsmitgliedern, der Fraktion, der Parteileitung, den Kreisverbänden bis hinunter zu den einzelnen Dörfern, ein Zusammenspielen der Kräfte, das ein einträchtiges Arbeiten und ein Arbeiten mit großer Begeisterung, mit Tatkraft und mit Freude ermöglicht und nicht, wie bisher, mit Hemmungen, mit Mißtrauen, mit Ungunst und mit Bitterkeit durchsät ist. Wir wollen keine Parteidiktatur. Jeder von uns ist der Diktator, jeder von uns hat das Recht mitzusprechen. Wir wollen wirkliche Demokraten sein.
In diesem Sinne bitte ich Sie, einer Umorganisation unserer ganzen Parteiführung zuzustimmen, wie sie vorgeschlagen werden wird.
Meine lieben Parteifreunde! Heute an diesem Tage schauen die Besatzungsmächte, schauen unsere Gegner der anderen Parteien und schaut ganz Bayern auf Eichstätt. Unsere Gegner werden sich täuschen, wenn sie mit einer Spaltung der Union rechnen. Union heißt Einigkeit! Lassen wir die kleinen Dinge und lassen wir die persönlichen Angelegenheiten beiseite. Die große Linie ist maßgebend. Die Zwietracht ist tot, es lebe die Union. Jeder von uns in diesem Saale muß aus dieser Tagung mit neuem Glauben, mit neuer Kraft und gestärkt hinausgehen und für die fortschrittliche Union kämpfen und werben. Jeder, der diese Arbeit stört, ist ein Verräter an dem großen Gedanken des christlichen Sozialismus und der Christlich-Sozialen Union und ist ein Verräter an unserem bayerischen Vaterland. Mögen unsere Beratungen von dem schönsten und größten Gebot "Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst" geleitet sein und möge Christus, unser Herr, uns die Kraft und Gnade geben, in Eintracht und Frieden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der kommenden Monate zu überwinden.
[...][3]
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! - Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben noch eine Viertelstunde Zeit zur Verfügung, dann muß unterbrochen werden.
Ich darf hier eines feststellen: Es ist selbstverständlich, daß Sie Beifall spenden, aber ich darf nochmals bitten, daran zu denken, daß hier eine Vertreterversammlung ist, die Arbeit leisten soll, und nicht eine Volksversammlung, die sich berauschen soll.

(Sehr richtig!)

Es wurde vorhin erwähnt, daß die Augen der Öffentlichkeit auf uns gerichtet sind. Es soll, bitte, keiner von uns das vergessen.
Ich darf ferner, wieder um Märchenbildungen zu unterbinden, folgendes feststellen: Es wurde hier von einer Vorbereitung gesprochen, die in Fürth getroffen wurde. Ich

[3] Hier endet das angesichts der Fehlseiten im Sitzungsprotokoll (S. 26-38) ersatzsweise übernommene Redemanuskript aus dem Nachlaß Baumgartner, vgl. S. 1085, Anm. 2. Die folgende Wiedergabe des Sitzungsverlaufs entspricht dem Text des stenographischen Protokolls.

habe selbst davon gehört, daß sich in Fürth bekannte Freunde der Union zusammengefunden haben. Es haben sich auch sonst Leute in den Bezirksverbänden zusammengefunden und dort Beschlüsse gefaßt. Auch die Landtagsfraktion ihrerseits ist zusammengetreten. Es war selbstverständlich in der Vorbereitung einer Landesversammlung jedem möglich, sich zusammenzufinden.

(Zustimmung.)

Bedauert habe ich nur, daß auf Veranlassung der Landtagsfraktion am Tag vorher eine Sitzung stattfand, zu der gerade der Herr Minister *Baumgartner* eingeladen hatte, und daß mir die Mitteilung, daß Herr *Baumgartner* eine Geheimsitzung einberufen hätte,

(Widerspruch.)

einen Tag vorher von sozialdemokratischer Seite gemacht wurde. Dort, im Büro des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, wurde erklärt,

(Hört!)

daß damit der Sturz Dr. *Müllers* vorbereitet werde.

(Erstaunen. - Widerspruch.)

Ich möchte auf diese Dinge alle nicht eingehen, vor allem heute nicht, sondern warten, damit wir sehen, ob es uns morgen gelingt, all diese Probleme zu besprechen.
Aber wenn wir mit Worten beginnen, daß wir die Einigung wollen, dann wollen wir sie auch in der Tat beweisen

(Sehr richtig!)

und nicht dadurch, daß hier jeder nur den Versuch macht, dem anderen für die Spaltung die Schuld zuzuschieben.
Ich darf als Diskussionsredner Herrn *Mayr* (Fürth) das Wort erteilen.

(Dr. *Horlacher*: Ich habe mich zuerst gemeldet; ich habe den Zettel hinaufgegeben!)

Die Meldung von Dr. *Horlacher* war die zweite Meldung, wie ich feststellen darf.
Dr. *Horlacher*: Damit man unbesorgt sein kann, daß die Geschäfte vollständig unparteiisch geführt werden, bitte ich, daß jetzt zwei Schriftführer auf den Vorsitzenden-Tisch hinaufkommen, wie es im Landtag der Fall ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe bereits zwei Schriftführer bestellt.

(Zurufe: *Allwein*!)

Es ist vorgeschlagen worden, einen zweiten Schriftführer zuzuziehen, nämlich den Herrn *Allwein*. Erhebt sich Widerspruch? - Dann lade ich Herrn *Allwein* ein, sich als Schriftführer hierher zu setzen.
Im übrigen ist die Wortmeldung genau der Reihenfolge nach, wie sie hier eingegangen ist, behandelt worden. Es hat sich zuerst *Mayr* (Fürth) gemeldet, dann *Michael Horlacher*. *Mayr* (Fürth) hat den Zettel schriftlich abgegeben, *Michael Horlacher* hat ihn vorgezeigt. Ich darf alle Freunde bitten, sich an die Ordnung zu halten.

(Zustimmung.)

Das Wort hat Parteifreund *Mayr* (Fürth).
*Mayr* (Fürth): Meine lieben Parteifreunde! Ich habe Ihnen ein Geheimnis zu lüften; ich habe Ihnen zu sagen, welche Beschlüsse in Fürth gegen unseren Herrn Landwirt-

schaftsminister gefaßt wurden. Wir haben beschlossen, ihm unser uneingeschränktes Vertrauen auszusprechen.

(Zustimmung.)

Wir haben beschlossen, ihm zu danken, daß er als erster bayerischer Minister in einer denkwürdigen Landtagssitzung gegen die Kollektivschuld aufgetreten ist. Wir haben beschlossen, ihm zu danken, daß er der erste große Mahner war, als es darum ging, unseren deutschen Wald zu erhalten; wenn unser Landwirtschaftsminister Dr. *Joseph Baumgartner* nichts anderes getan hätte als das, dann hätte er Ausreichendes getan. Meine lieben Parteifreunde, das ist unsere Fürther Gesinnung!

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Wir wollen unserem leidenschaftslosen Herrn Landwirtschaftsminister auch gar nicht allzusehr verübeln, wenn er in eigener Sache, wie es öfter vorkommt, den Mund allzusehr voll nimmt. Ein tüchtiger Mann darf auch manchmal ein Wort mehr sagen. Aber um etwas anderes wollten wir ihn bitten: Wir wollten ihn bitten, daß auch er, der tüchtige und weit über Bayern hinaus angesehene Landwirtschaftsminister, sich an die Parteidisziplin hält!

(Erneute Zustimmung. - Zuruf Dr. *Horlacher*: Das gleiche verlangen wir vom Parteivorsitzenden!)

Wer es verlangt, muß es selbst halten!

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Meine lieben Freunde! Wir Fürther sind gekommen, weil wir mit unserem Herzen an der Union hängen, und wir lassen uns von niemandem nachsagen, daß wir etwas anderes wollen als die Einigkeit.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Als nächster Redner hat das Wort Dr. *Michael Horlacher*. Darf ich um Ruhe bitten! - Zur Geschäftsordnung hat das Wort Parteifreund *Lacherbauer*.

Dr. *Lacherbauer*: Meine Damen und Herren, ich habe die Auffassung, daß der heutige Tag der Diskussion der Regierungsarbeit gewidmet ist. Ich habe die Feststellung zu treffen, daß der eine oder andere bereits in die allgemeine Debatte abgerückt ist. Ich möchte darum bitten, daß man bei diesem Thema der Geschäftsordnung wirklich bleibt.

Dr. *Horlacher*: Dieser Mahnung an den Herrn Landtagspräsidenten hätte es nicht bedurft.

(Zurufe: Doch!)

Bitte, lassen Sie mich zuerst ausreden; da sieht man, daß Ihr noch keine Ahnung davon habt, wie parlamentarische Geschäfte vor sich gehen.

(Gelächter.)

Ich wollte nämlich eingangs sagen, daß ich mich auf die Punkte der Ernährungswirtschaft und der Landwirtschaft beschränke und das andere, was die Frage der Union anbelangt, morgen behandle.

(Bravo!)

Jetzt bitte ich, mich ruhig anzuhören, weil es sich um wesentliche Punkte unserer Ernährungswirtschaft handelt, die mir am Herzen liegen.
Ich habe den Ältestenrat und das Präsidium des Landtags einberufen. Jeder wird sich fragen, warum. Ich will den Herren eine offene Aufklärung darüber geben: Ich habe es deswegen getan, weil das ein enges Gremium ist, das jetzt in der Zwischenzeit den Landtag vertritt,

(Zuruf: Der Zwischenausschuß!)

und weil sich manche Dinge eben nicht dazu eignen, in der breitesten Öffentlichkeit behandelt zu werden. Wir sind in einer solchen Ernährungsmisere, daß wir einmal in einem engen, wirklich sachverständigen Gremium unter Führung des Herrn Landwirtschaftsministers [*Joseph Baumgartner*] die Frage erörtern müssen, damit wir Klarheit gewinnen erstens gegenüber uns selbst, zweitens darüber, was wir gegenüber den Besatzungsmächten im Interesse unseres Volkes gemeinsam zu vertreten haben.
Wir stehen vor einer solch ernsten Lage, daß mir manche politische Auseinandersetzungen in diesem Rahmen völlig gleichgültig sind.
Es kommt darauf an, daß wir unsere Bevölkerung in Ordnung halten, daß wir draußen Disziplin halten.

(Zuruf: Oben!)

Es besteht doch wirklich kein Grund dazu, einen Zwischenruf zu machen. Ich verstehe das nicht; ich glaube, bei uns ist zuviel Intelligenz vorhanden, so daß man sich nicht mehr verständigen kann. Es kommt mir beinahe so vor, daß, wenn die Bayern einfache Leute wären, dann ein so blöder Zwischenruf nicht dazwischenkommt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich feststellen: Der Ausdruck "Blöder Zwischenruf" war bestimmt am Platz [sic!]; ich weise ihn zurück.
Dr. *Horlacher*: Also er war am Platz! Ich danke! Das sind doch militaristische Überreste, daß einer recht hat und trotzdem gerügt wird! Also gut, die Sache ist erledigt.
Es handelt sich jetzt um folgendes. Ich wende mich da insbesondere an die Presse: Ich habe heute die Süddeutsche Zeitung genau verfolgt. Meine verehrten Herren von der Presse: Sie wissen selber, daß ich früher auch bei der Presse war und daß ich mit Ihnen die engsten Verbindungen unterhalte und immer bemüht bin, diese aufrechtzuerhalten. Aber sehen Sie, man muß jetzt in einer solch katastrophalen Lage wie die, in der wir uns befinden, auch darüber nachdenken, wie das in der Bevölkerung wirkt, damit in der Bevölkerung nicht vorzeitig eine gewisse Stimmung erzeugt wird, so daß wir die ganze Frage nicht mehr in der Hand halten können. Welche Lage ergibt sich dann? Dann stellt der anständige Mensch, der von unanständigen Mitteln nicht Gebrauch machen kann, den Leidtragenden dieses Prozesses dar.

(Beifall.)

Wir müssen das wenige, das wir haben, jetzt zusammenhalten und müssen die Gefahr vermeiden, eine Beute der Schieber und Wucherer zu werden.

(Sehr richtig!)

Das ist die Gefahr. Wenn die Nahrungsmitteldecke immer kleiner wird, wird die Gefahr nach der Seite immer stärker: Deswegen müssen wir uns auch im Ältestenrat über Maßnahmen unterhalten, mit denen die Sicherungen zum Schutz der ehrlich arbeitenden Bevölkerung in unserem Lande getroffen werden müssen. Darum handelt es sich.

Die Katastrophe ist ja ungeheuer groß. Wenn wir hinaussehen, haben wir folgendes Bild vor uns: Hunger des Landes - in Kürze: Nicht genügend Kunstdünger, nicht genügend Stalldünger -, Hunger der Menschen, Hunger des Viehes und Hunger der gesamten Rohstoffwirtschaft. Das ist der geschlossene Ring unserer größten Not. Aus ihm müssen wir herauskommen.

Demgegenüber tritt alles zurück. Es müssen die Vorräte, die wir haben, zusammengehalten werden. Da muß die Mahnung an die vernünftige Bevölkerung ergehen, daß nicht letzten Endes der Egoismus jede öffentliche Bewirtschaftung in einer solchen Lage zunichte macht. Vor dieser Gefahr stehen wir.

Es kommt zweitens hinzu, daß wir das allein gar nicht mehr bewältigen können. Deswegen ist es unsere Aufgabe, im engsten Kreise die Ernährungsbilanz in der amerikanischen und britischen Zone aufzuweisen, und zwar darnach, was voriges Jahr vorhanden war und was dieses Jahr vorhanden sein wird. Wenn eine Ernte schlecht ausfällt, so fällt das für die Bevölkerung, für die verbrauchende Bevölkerung, ins Gewicht. Das, was abgezogen werden muß an Saatgutbedarf, an Selbstversorgerbedarf, an regulärem Schwund, dem die Ware im Laufe der Lagerung unterliegt, sind feststehende Konten, und das, was darüber hinaus übrigbleibt, wird bei einer schlechten Ernte immer noch viel kürzer, weil die feststehenden Konten abgezogen werden müssen.

Es kommt der Umstand hinzu, daß durch die jetzige Dürre schon eine kolossale Verarmung unseres Landvolkes für die nächsten Jahre eingetreten ist.

(Sehr richtig!)

Das Vieh muß abgeschlachtet werden.

Meine verehrten Damen und Herren, jetzt spreche ich es hier offen aus: Ob der Direktor jetzt *Schlange-Schöningen* heißt oder nicht, ist mir ganz gleichgültig! Ich schätze Herrn *Schlange-Schöningen* als Fachmann von früher her. Es ist eine Frage für sich; ich mische mich nicht hinein. Aber daß man in einer solchen Situation, wo wir nicht mehr wissen, wie wir das Vieh auf den Schlachthöfen zur Schlachtung unterbringen sollen, die Anweisung von Frankfurt bekommt,

(Zuruf: Den Befehl!)

die Fleischration herunterzusetzen, geht ja gegen jeden heiligen Geist! Da bleibt einem der Verstand stehen!

(Beifall.)

Da kann man ja überhaupt nichts mehr sagen. Es scheint beinahe so: Je weiter man sich von München entfernt, desto geringer wird das Verständnis für gewisse Dinge, die man braucht.

Es kommt die Frage, wo das Fleisch hinkommt. Ich will sie Ihnen beantworten, weil hier nicht geschwätzt werden kann - dazu brauchen wir keinen Agrarpolitischen Ausschuß -, sondern weil die Dinge so betrachtet werden müssen, wie sie wirklich sind. Die Abstoßung des Viehes bei der geringen Fleischration von 300 Gramm ist so groß, daß das überflüssige Vieh naturgemäß untergebracht werden muß. Es kann nur auf dem Wege der Eindosung oder des Einfrierens untergebracht werden, was im höchsten Maß geschehen muß, wenn die Einrichtungen dafür vorhanden sind. Sie sind aber nicht ganz vorhanden. Wenn sie aber nicht ganz vorhanden sind und die Prüfung das ergibt, dann muß, auch wenn ich das nicht will, die Fleischration erhöht werden, weil sonst alles in den Rachen der Schwarzschlächter hineingeht.

(Erneuter Beifall.)

Das hat mich veranlaßt, diese Bemerkungen zur Ernährungswirtschaft in großer Sorge um unsere Zukunft zu machen. Ich bin ja hier der engste Mitarbeiter des Herrn Ministers [*Joseph Baumgartner*], wir kommen oft, mindestens alle zwei Tage, zusammen. Wir haben schon manche schlaflose Nacht darüber verbracht, wie die Verhältnisse noch einigermaßen gemeistert werden können. Erst in den letzten Tagen haben wir wieder derartige Besprechungen gehabt. Wir, die landwirtschaftlichen Sachverständigen, stimmen uns schon aufeinander ab. Wir wissen schon, was wir wollen, wir haben wenig Zeit, um noch zu sonstigen Konferenzen zu gehen, weil das häufig nicht möglich und auch nicht zweckdienlich ist. Wir bringen schon die Erfahrungen auch aus dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen mit. Sind Sie froh, daß wir das haben und daß wir damit 60% der Ernährungswirtschaft kontrollieren! Das ist ein Sicherheitsfaktor, der gerade in der Zeit der Not die größte Rolle spielt.
So arbeiten wir hier zusammen. Glauben Sie mir das eine: Der Herr Landwirtschaftsminister hat Ihnen nicht einmal alles sagen können, weil sich bei einem so kitzligen Gebiet wie dem der Ernährungswirtschaft vieles für die Öffentlichkeit gar nicht sagen läßt. Das liegt in der Natur der Dinge.
Glauben Sie, meine Herren von der Presse, daß es uns, die wir auch in der Ernährungswirtschaft mitverantwortlich sind, außerordentlich schmerzlich berührt, wenn immer wieder von ungeeigneter Seite Meldungen über die Währungsänderung kommen.

(Sehr wahr!)

Wenn das in der jetzigen Zeit noch hinzukommt, so frage ich, wer denn dann noch die Lebensmittelwirtschaft aufrechterhalten kann.

(Sehr richtig!)

Meine verehrten Herren, hier ist der Barometer der Presse im höchsten Maß auf Verantwortlichkeit zu stellen! Es ist immer daran zu denken, wie die Wirkung nach außen ist. Sonst bin ich für jede freie Berichterstattung; sie soll in keiner Weise eingeschränkt werden. Die Herren werden es mir sicher nicht übel nehmen, daß ich diese Ausführungen gemacht habe, damit man sich auch einmal Gedanken darüber macht und damit die Öffentlichkeit in einer Weise unterrichtet werde, daß kein Unglück daraus entsteht. Das ist unsere Aufgabe in so ernsten Zeiten.
Ich muß noch eines hinzusetzen: Wir können die Lage in der Landwirtschaft nicht mehr aufrechterhalten, wenn die Mißwirtschaft auf der großindustriellen Seite, die besonders in der britischen Zone vorhanden ist, jetzt nicht so rasch wie möglich beseitigt wird.

(Zustimmung.)

Hier kommt nämlich das Wesentliche: Wir können uns den illegalen Tauschverkehr bei der jetzigen Ernährungslage nicht mehr leisten,

(Sehr richtig!)

denn da gehen uns die letzten Vorräte weg. Deswegen heißt es hier: Wirtschaft und Landwirtschaft müssen ineinandergreifen, und es müssen die Lumpereien bekämpft werden überall, wo wir sie finden; sonst kommen wir nicht mehr durch und haben das Nachsehen. Das sind die Aufgaben, die in der nächsten Zeit, vor der wir stehen, zu erfüllen sind.
Ich sage Ihnen ganz offen, daß Frankfurt am Main mich nicht mehr interessiert. Es interessiert mich nicht, wer da jetzt Direktor ist; die Direktoren sind gewählt mit 26 ge-

gen 25 Stimmen. Das ist momentan zu Ende. Infolgedessen haben wir und meine Freunde an der Frage ein sehr geringes Interesse. Wie lange sie sich bei solchen Stimmverhältnissen halten, wie die Verhältnisse bleiben, das wird sich zeigen. Interesse haben wir aber daran, daß die Verhältnisse in der Wirtschaft so gestaltet werden, daß unser Volk leben und atmen kann und daß die großen schaffenden Volksschichten ahnen, welche Parteien den Zusammenhang mit der Wirklichkeit zur Bekämpfung dieser Not der Zeit nicht verlieren. Das sind die Gedankengänge, die ich Ihnen ausführen wollte.

Zur inneren Lage der Union komme ich dann morgen.

Ich möchte Ihnen noch folgendes sagen: Ich stelle den Antrag, daß dem Herrn Landwirtschaftsminister für seine Tätigkeit auf dem Ernährungs- und Landwirtschaftsgebiet das vollste Vertrauen des Parteitags ausgesprochen wird.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Als nächster Redner hatte sich Parteifreund *Schlögl* gemeldet. - Er verzichtet.

Es haben sich noch zwei Redner, *Kroll* und *Bartel*, gemeldet. Wir wollten eigentlich um 13 Uhr Schluß machen. Wie lange würden die beiden Redner sprechen? Ich glaube, wir unterbrechen am besten und fahren nachmittags fort.

(Widersprechende Zurufe.)

Sollen die beiden Redner noch zu Wort kommen, und zwar für drei bis fünf Minuten? - Gut, dann ist die Mittagspause auf 13.15 Uhr festgesetzt.

Als nächster Redner hat das Wort Parteifreund *Kroll*. Bitte, nur drei bis fünf Minuten.

(Zuruf: Der Antrag Dr. *Horlacher*!)

Der kommt am Schluß dieser Debatte zur Abstimmung.

Dr. *Kroll*: Ich gehöre auch zu jenen Leuten, die in Fürth dem Herrn Minister *Baumgartner* vollstes Vertrauen für seine landwirtschaftliche Tätigkeit ausgesprochen haben. Ich glaube, wenn er dabei gewesen wäre, hätte er seine rechte Freude daran gehabt, daß wir mit sehr viel Bewunderung seine temperamentvolle Arbeit im Laufe der letzten zwei Jahre gewürdigt haben. Und soweit er heute in temperamentvoller Weise zur Sache gesprochen hat, freuen wir uns gleichfalls über seine Ausführungen.

Ich darf hier nur einige Wünsche der Landwirtschaft meines Kreises äußern und damit ebenfalls unter Ausschluß jeder Diskussion, die über dieses Thema hinausführen könnte, zur Sache reden.

Da geht es um jenes Thema, das Freund *Horlacher* zuletzt erörtert hat: die Mißwirtschaft in der Industrie. Liebe Freunde, wir alle, die wir draußen in der Praxis stehen, wissen, daß es außerordentlich schwer ist, einen Schwarzhandel dann zu bekämpfen, wenn die Landwirtschaft gezwungen ist, sich die notwendigen Betriebsmittel fast ausschließlich auf dem Schwarzen Markt zu beschaffen.

(Richtig!)

Man kann es der Landwirtschaft unmöglich antun, ihr immer wieder zu versprechen, die Industrie in festere Bewirtschaftung zu nehmen, ohne ihr gleichzeitig versprechen zu können, daß damit aber auch die Versorgung mit Betriebsmitteln sichergestellt wird. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es höchste Zeit ist, dort jene vernünftigen Lockerungen einzuführen oder einen Zustand, den man nicht völlig ändern kann, so in legale Bahnen zu lenken, daß er vernünftig überwacht werden kann. Wenn wir hier

dafür eintreten müssen, daß die Landwirtschaft die nötigen Industrieprodukte, von denen wir nachweislich wissen, daß sie auf dem Schwarzen Markt zu haben sind, durch legale Mittel bekommen soll, so ist das eine Forderung, die wir ganz besonders dem Herrn Landwirtschaftsminister [*Joseph Baumgartner*] unterbreiten.

(Bravo-Rufe und Zustimmung.)

Es gibt hierfür zwei Möglichkeiten: Weitere Verschärfung des Überwachungssystems, wobei es fraglich bleibt, ob es zum Erfolge führt. Wenn wir den Gedankengängen unseres Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] folgen, dann dürfen wir glauben, daß es zu einer Kollektivierung führt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich unterbrechen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bitte die Herrschaften, die jetzt weggehen wollen, doch dazubleiben; denn wenn ein Teil der Delegierten die Rede anhört, könnte der Rest auch hierbleiben. Sonst machen wir alle Schluß. - Ich bitte um Ruhe für den Redner.

Dr. *Kroll*: Es dauert nur wenige Minuten! - Der Vorschlag, den wir hier zu unterbreiten haben, ist darum folgender: In der Notlage des gegenwärtigen Augenblicks scheint er beinahe undurchführbar zu sein. Aber ich bin überzeugt, daß wir in diesem Forum ihn einmal ernsthaft diskutieren müssen.

Die Landwirtschaft würde unendlich viel freudiger arbeiten und manches Wiesenstück schon heuer mit Getreide bebaut haben, wenn sie für die Lieferungen, die sie erbringt, in irgendeiner Form die Sicherheit auf eine Gegenlieferung industrieller Natur gehabt hätte.

Die Forderung, die gestellt wird, lautet so: Man möge sehr strenge Maßstäbe bei dem Liefersoll anlegen und das Liefersoll auch einbringen. Man möge aber grundsätzlich dafür kämpfen, daß dasjenige, was über das Liefersoll produziert wird, unter Einschaltung der Wirtschaftsämter grundsätzlich zur Beschaffung der landwirtschaftlichen Industriemittel zur Kompensation freigegeben wird, um damit einen Anreiz zu schaffen, mehr zu produzieren.

Diese Forderung ist absolut berechtigt, denn im anderen Falle, wenn sie nicht erfüllt wird, sind wir uns alle darüber einig, daß sich die Landwirtschaft so oder so diese Betriebsmittel wird verschaffen müssen, ob sie bestraft wird oder nicht. Niemand wird das ändern können.

Die Wirtschaftsämter hätten lediglich die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Preise überwacht werden und daß nicht Gemüse usw. für andere Dinge getauscht wird, sondern für landwirtschaftliche Betriebsmittel, die unbedingt erforderlich sind. Ich bin mir völlig darüber klar, daß der gegenwärtige Zeitpunkt der schlechteste ist, um einen solchen Gedanken vorzutragen. Aber ich bitte, ihn noch einmal zu durchdenken, da wir in der Praxis immer wieder darauf gestoßen sind, daß es keine Methode auch noch so scharfer Überwachung gibt, die nicht letztlich geeignet wäre, auch die Bewirtschaftung zu zerstören, weil bloße Überwachung ohne Regelung und ohne Versorgung der Landwirtschaft nicht zum Erfolg führt.

Ich möchte dann noch darauf aufmerksam machen, daß bei der Gewinnung der Grundlage für die Erfassung in Zukunft bessere Erhebungsmethoden verwandt werden müssen. Wir haben allein in unserem Landkreis die Feststellung gemacht, daß mehrere tausend Hektar Land spurlos verschwunden sind, weil man sich auf die Bodenerfassungserhebungen gestützt hat, die sich allmählich immer weniger mit den Katastern in Übereinstimmung bringen lassen. Das sind technische Mängel, von denen wir bitten, daß sie der Herr Minister bei seiner Tätigkeit dringend beachten möge.

Ich darf im übrigen noch einmal zusammenfassend sagen, daß jedes Mitglied der Union und man weit darüber hinaus vollstes Vertrauen zu seiner Tätigkeit als Minister hat und daß wir alle, die wir mit ihm zu tun hatten, den Eindruck gewinnen konnten, daß er ein temperamentvoller, kluger, verantwortungsbewußter Minister ist. Über die Dinge, die hier darüber hinaus zur Sprache gebracht wurden und die die Unionsleitung als solche betreffen, zu reden, wäre verfehlt; und wir wollen ihm gerne verzeihen, daß er sich heute manchmal temperamentvoll zu einem Zeitpunkt geäußert hat, wo wir es vielleicht lieber gesehen hätten, die Einigkeit der Stimmung, die durch die wunderbare Rede des Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] erzeugt worden war,

(Beifall.)

wäre durch seine nicht immer ganz - ich möchte sagen - taktvollen Attacken mit Ausfällen gegen den Landesvorsitzenden nicht vorzeitig unterbrochen worden. Das soll aber uns keine böse Laune machen. Wir stehen hier mit dem Willen zum Frieden und dem Willen zur Einigung und sagen jedem, was wir sachlich von ihm halten, und wir halten viel von Dr. *Baumgartner*.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nächster Redner ist *Hans Bartel*.
*Bartel*: Ich bitte, meine Ausführungen nachmittags bringen zu können.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nein, Sie müssen es entweder jetzt tun oder verzichten. - Dann ist verzichtet worden.
Ich darf dann über den Antrag *Horlacher* abstimmen lassen. Der Antrag ist bekannt: Vertrauensvotum für Dr. *Baumgartner* als Landwirtschaftsminister. Wer enthält sich? - Darf ich nochmals feststellen, wer sich enthält; ich bitte aufzustehen. - Drei Enthaltungen. Wer ist dagegen? - Bei drei Enthaltungen einstimmig angenommen.

(Lebhafter Beifall.)

Ich bitte, noch zu folgenden Bekanntmachungen Platz zu behalten. Die Sitzung beginnt wieder um 15 Uhr. Es wird dann zunächst die Präsenz festgestellt werden. Ich muß darauf bestehen, daß jeder Vertreter sich eventuell durch Kennkarte legitimiert, weil mitgeteilt wurde, daß Vertreterausweise ausgetauscht wurden. Wir müssen uns streng an die Satzungen halten. Bei jeder Abstimmung muß das genau nachgeprüft sein.
Um 15 Uhr beginnt also die Sitzung wieder. Als nächsten Redner bitte ich dann Herrn Dr. *Hagenauer*, zur Entnazifizierung zu sprechen.

Die Sitzung wird um 13.07 Uhr zur Mittagspause unterbrochen.
Nach Feststellung der Präsenz und der Stimmberechtigung wird die Tagung um 16.20 Uhr wieder aufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bevor wir beginnen, darf ich mir die Ehre geben, zu begrüßen den Herrn französischen Generalkonsul, Graf *Keller*, und den englischen Generalkonsul, Mr. *Thwaites*. Die Damen und Herren der Militärregierung habe ich heute vormittag begrüßt. Ich darf es nochmals ausdrücklich für diejenigen nachholen, die noch nicht erschienen waren.
Wir treten in die Tagesordung ein. Es wurde vorgeschlagen, daß als nächster Redner der Bayerische Kultusminister spricht; wenn sich kein Widerspruch erhebt, erteile ich jetzt das Wort dem Herrn Kultusminister Dr. *Hundhammer*.

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Liebe Parteifreunde! Wir haben heute im Laufe des Vormittags vieles über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten gehört, mit denen unser Volk ringt, und von den noch größeren Schwierigkeiten, die uns bevorstehen. Trotzdem möchte ich hier an die Spitze meiner Ausführungen den Satz stellen: Das Schicksal eines Volkes wird bestimmt nicht vom Materiellen, sondern vom Geistigen her.

(Sehr wahr!)

Das Los eines Volkes liegt in seinen Ideen.
Wir haben die Wahrheit dieses Wortes in einem ganz furchtbaren Exempel vordemonstriert erhalten. Diese Erkenntnis war für mich der Grund, warum ich bei der Bildung der ersten demokratisch unterbauten Regierung in Bayern gerade das Staatsministerium für Unterricht und Kultus übernommen habe. Ich wollte und will meine Kraft dafür einsetzen, daß die Gedanken und Ideen, die wir in der Verfassung in gemeinsamer Arbeit niedergelegt haben, jetzt in der parlamentarischen Arbeit, in der Führung des Staates in die Tat umgesetzt werden.

(Zustimmung.)

Die Grundlinien, die für unsere Erziehung und unser Schulwesen, die für unsere Kultur in der Verfassung festgelegt sind, haben drei Ecksteine. Der erste davon besagt: Unsere ganze Kultur soll festhalten den christlichen Geist!

(Beifall.)

Das Fundament der europäischen Kultur ist das Christentum; die Kraft, die Europa befähigt hat, über all die Stürme der Geschichte hinweg seit der Völkerwanderung standzuhalten, war der Geist des Christentums, der im europäischen Volke steckt;

(Bravo!)

und der Geist, der allein uns die Kraft geben kann, auch die Stürme und die Gefahren zu überdauern, die uns noch bevorstehen können, kann allein der christliche Geist sein.

(Bravo-Rufe.)

Der zweite Grundstein unserer europäischen Kultur ist der Humanismus; das ist das Wissen, das ist die Kunst, das ist die geistige Ausrichtung, die wir von der Klassik Griechenlands und Roms übernommen und ererbt haben. Der Humanismus ist das Fundament unserer Geisteswissenschaft; der Humanismus ist der Rückhalt für uns gegenüber all den materialistischen Strömungen und den rein realistischen Tendenzen, die durch die Welt gehen.
Und als dritter Grundstein für unser Erziehungswesen, für unsere Schulen, ist in der Verfassung verankert die Heimatliebe. Unsere Jugend soll erzogen werden in der Liebe zum eigenen Volk, zur Heimat, zur eigenen Scholle. Die Jugend soll dabei die Zusammenhänge mit der Menschheit im ganzen kennenlernen; sie soll lernen, daß alle Menschen auf der Welt Brüder sind,

(Sehr richtig!)

und sie soll lernen, die Konsequenzen daraus zu ziehen.

(Zustimmung.)

Der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] hat heute vormittag den staatspolitischen Aufbau entwickelt und dargelegt, wie das Staatswesen von der Urzelle der Familie

heraus sich hineinentwickelt in die Gesamtheit der Menschheit. So ist es auch mit der Kultur; und die Grundlage für dieses politische Denken soll in der Schule die Erziehung, die allgemeine geistige Ausrichtung den Menschen mitgeben.
Meine lieben Parteifreunde! Das unentwegte Festhalten an diesen drei Grundsätzen als den Eckpfeilern unserer Kulturpolitik ist der Stein des Anstoßes zugleich für viele Geister im Lande.

(Sehr wahr!)

Von den Problemen, die heute auf dem kulturpolitischen Sektor zur Diskussion stehen, steht im Vordergrund der öffentlichen Erörterung die Schulreform. Schulreform ist keine Sonderaufgabe für uns. Ich war kürzlich in der Schweiz und habe dort gesehen, wie man um dieselben Probleme ringt. In Frankreich, in Belgien, in England, auch in Amerika ist die Umgestaltung, die Verbesserung des Schulwesens ein Aufgaben- und Fragengebiet, um das die Geister sich bemühen. Wir haben eine Zeit hinter uns, die wohl einen Umbruch in der Weltgeschichte bedeutet, nicht geringer als es die Völkerwanderung war; und es ist ganz klar, daß aus einer solchen Zeit heraus auf allen Gebieten, auch auf dem des Schulwesens, Veränderungen kommen und die Folge sein werden, die vieles anders gestalten.
Aber ich bin der Meinung, daß wir in Deutschland zunächst einmal die Trümmer aus unseren Schulsälen herauszuräumen, für genügend Schulsäle und Schulhäuser, wieder für Bücher und rein äußere Dinge, die Ausgestaltung unseres Lehrkörpers, die Neugestaltung des Lehrstoffes zu sorgen haben, ehe wir an fundamentale Veränderungen herangehen.
Die Meinungen sind in manchen Punkten einheitlich. Es ist uns auferlegt, dafür zu sorgen, daß demokratische Lebensweise durch Betonung der sozialen Fächer in allen Schulen erreicht werden soll, ein Ziel, das wir gerne und aus eigener Überzeugung übernehmen und durchführen werden. Es ist uns auferlegt, dafür zu sorgen, daß in die Berufsbildung neben der eigentlichen Berufsvorbereitung eine angemessene Allgemeinbildung eingeschaltet werden soll, eine Aufgabe, die wir uns selber gerne stellen. Ärztliche Gesundheitspflege mit Beteiligung der Gemeinden an der Verwaltung der Schulen; hiefür liegt bereits ein Gesetzentwurf über die Wiedereinführung der Schulpflegschaften vor. Das ist eine Maßnahme, die sicher vom ganzen Volk begrüßt wird.
Es gibt aber auch Probleme, um die die Geister sich streiten. Dazu gehört die Frage, ob die Volksschule von acht auf neun Jahre ausgedehnt werden soll oder vorerst noch nicht. Dazu gehört die Frage, ob die Volkschule allgemein vier oder sechs Klassen umfassen und ob dementsprechend die höhere Schule in Zukunft von acht Jahren auf sechs Jahre vermindert sein soll. Dazu gehört die Frage, ob wir unsere bisherigen Schularten - Gymnasium, Realenzug[4], Oberrealschule, eventuell Oberschule - aufgeben sollen und eine Einheitsschule dafür erstehen soll. Hier gehen die Geister und die Meinungen auseinander. Die Entscheidung darüber wird im Landtag gefällt werden.
Es besteht die Frage der Schulgeldfreiheit. Soll an den höheren Schulen und an den Universitäten ohne weiteres volle Schulgeldfreiheit eingeräumt werden, oder sollen wir die bisherige Regelung beibehalten, die bei uns dahin geht, daß die Bedürftigen allgemein Schulgeldbefreiung bekommen können, daß aber die anderen, deren Eltern dazu in der Lage sind, das Schulgeld bezahlen sollen. Man hat uns Bayern Hessen dafür als Vorbild genannt. Die hessische Regelung liegt jetzt nach dem hessischen Mini-

[4] Bezeichnung für den mittleren Bildungsweg zwischen Gymnasium und Volksschule (Realschule).

sterratsbeschluß vor; sie geht dahin, daß in Hessen an den höheren und an den Hochschulen Schulgeldbefreiung dann gegeben wird, wenn erstens die Eltern nicht über 4600 RM Jahreseinkommen haben, und zweitens wenn die Eltern in Hessen ansässig sind.

(Hört, hört!)

Die bayerische Regelung war bisher viel weiter gegangen; bei uns hat jeder Schulgeldbefreiung bekommen, der die Bedüftigkeit nachgewiesen hat, ganz gleich, ob die Eltern in Bayern oder in Berlin gewohnt haben.

(Sehr gut!)

Ich möchte überhaupt anhand dieses Beispieles eines sagen: Man spricht manchmal von einer Rückständigkeit Bayerns in Fällen, in denen wir den anderen weit voraus sind.

(Zustimmung.)

Wir werden noch auf andere, ähnliche Fälle zu sprechen kommen.
In dem Zusammenhang ist vielleicht gleich der Platz, um zum einen oder anderen Vorwurf und zu einer Kritik Stellung zu nehmen, die an der bayerischen Kulturpolitik geübt worden ist, und zwar nicht immer mit der wirklich erforderlichen sachlichen Unterbauung. Ich habe heute beim Betreten des Saales hier die Nummer vom 20. Juni des Aufbau, einer in Amerika erscheinenden Zeitung, in die Hand bekommen. Darin wird unter anderem in einem Artikel über die politische Reaktion in Bayern und die Juden wörtlich gesagt - der Artikel polemisiert gegen amerikanische Juden, die für mich Stellung genommen haben, weil die Betreffenden mich kennen:

> Vielleicht haben die amerikanischen Korrespondenten inzwischen von Herrn *Delbert Clark* erfahren, daß Herr *Hundhammer* zum Leiter des staatlichen Schulwesens in Bayern Herrn Dr. *Hans Meinzolt* gemacht hat, der neben anderen Eignungsbeweisen im Jahre 1935 die evangelischen Christen Bayerns aufgefordert haben soll, für *Hitler* zu beten.

Was ist daran wahr? Es wird mir also hier der Vorwurf gemacht, daß ich diesen Herrn Staatsrat Dr. *Meinzolt* zum Leiter des Schulwesens gemacht habe. In Wirklichkeit war der Herr Staatsrat *Meinzolt* längst im Amt, bevor ich Minister geworden bin. Das dürfte man wissen. Zweitens aber habe ich bei der Einteilung der Aufgaben den Herrn Staatsrat *Meinzolt* dem Herrn Staatssekretär für die Schönen Künste zugeteilt. Im Schulwesen ist als Staatsrat Herr Staatsrat *Emnet* tätig. Also gerade *ich* habe das Gegenteil von dem gemacht, was mir hier vorgeworfen wird.

(Hört!)

Ich habe einen dicken Band, auf dem außen darauf steht: "Lügen".

(Heiterkeit.)

Das sind nur Fälle, in denen in der Presse hundertprozentig das Gegenteil von dem geschrieben worden ist, was der Wahrheit entspricht. - Ich möchte gleich generell [von] vorneherein sagen: Nicht jede Zeitung und nicht jede Redaktion will ich angreifen. - Aber weit im Lande glaubt man das, was in der Zeitung gestanden ist.

(Zuruf: Das will man ja!)

Ich nehme den Fall mit den Schulbüchern. Durch die Presse - der Herr *Maslowski* hat den Artikel gebracht - ist eine Veröffentlichung gegangen, in der es hieß, der Bayeri-

sche Kultusminister solle nicht soviel Tamtam mit seinen Schulbüchern machen; denn in diesen neuen Schulbüchern, die der Kultusminister mit großem Lärm ankündigt - so hat es wörtlich geheißen -, sei das Gedicht "Fridericus Rex" enthalten, und ein Lehrer habe es den Kindern in der Schule zur Aufgabe gemacht, es zu lernen. Was entspricht der Wahrheit? In den Schulbüchern, die seit meiner Amtstätigkeit herausgekommen sind, ist kein solches Gedicht enthalten.

(Hört!)

Die Schulbücher finden wirklich überall uneingeschränkte Anerkennung. Aber dieses Gedicht "Fridericus Rex" hat sich in einem Buch gefunden, das ich mir erst hernach beschafft habe; ich habe es gar nicht gekannt. Dieses Buch trägt auf der ersten Seite den Aufdruck: "Herausgegeben im Auftrage des Oberkommandierenden der Alliierten Streitkräfte,

(Hört!)

zusammengestellt vom Berliner Lehrerverein."

(Gelächter.)

Ich habe dann meinen Pressereferenten ausdrücklich dort hingeschickt, um festzustellen, welcher Lehrer denn dieses Gedicht habe lernen lassen. Er hat dann die Nachricht zurückgebracht, die Redaktion weigere sich, den Namen des Lehrers zu nennen, weil sie fürchte, es würde sonst gegen ihn vorgegangen werden.

(Erstaunen.)

Das war die Frankenpost des Herrn *Maslowski.*

(Zuruf: Die Coburger Neue Zeitung.)

Dann war sie es gewesen! Auch andere Zeitungen haben diesen Artikel nachgedruckt und haben mich deswegen angegriffen; es war die Coburger Zeitung nicht allein.
Meine Damen und Herren, wenn man erst hergeht und mich schon deswegen angreift und ich dann eingreife und Änderung schaffen will, dann soll man doch so gut sein, und mir auch die Personen und den Lehrer nennen, die dort gefehlt haben! Aber ich habe den Verdacht, daß es diesen Lehrer gar nicht gibt; sonst hätte man ihn genannt.

(Zustimmung.)

Ein anderes Gebiet, das dem Kultusminister viel Schwierigkeiten bereitet und das nicht leicht zu lösen ist, betrifft die Neuordnung unserer Hochschulen. Wir haben in Bayern an unseren Universitäten einschließlich der Kliniken im ganzen an Personal rund 1066 Personen beschäftigt. Hiervon sind durch die Militärregierung bis heuer im Frühjahr entlassen worden insgesamt 284, es wurden bestätigt 374, und es waren etwas über 400 noch auf der grauen Liste. Es sind das nicht nur Hochschullehrer, sondern es ist das ganze Personal der Hochschulen, einschließlich der Kliniken. Von den Hochschullehrern, die entlassen waren, konnte inzwischen ein Teil wieder in Dienst gestellt werden, nachdem die Spruchkammern die Prüfung vorgenommen hatten und die Militärregierung ihre Zustimmung erklärt hatte.
Ein anderer Teil der Lehrstühle wurde inzwischen durch Berufungen neu besetzt; und zwar sind seit 1945, also auch schon durch meinen Vorgänger, durch uns beide zusammen, berufen worden 97 Professoren und 33 Dozenten. Weitere 75 Lehrstühle wurden kommissarisch besetzt, damit dort überhaupt der Lehrbetrieb weitergehen kann. 20 Lehrstühle wurden durch Rehabilitierungen besetzt. Außerdem sind inzwi-

schen 25 Lehrstühle neu errichtet worden; der Lehrbetrieb wurde also schon auch erweitert.
Man hat mir nun in der Öffentlichkeit den Vorwurf gemacht, ich hätte bei der Neuberufung von Hochschullehrern meinem - ich sage es offen - klerikalen und bajuwarischen Herzen freien Lauf gelassen.

(Heiterkeit.)

Das hat mich veranlaßt, durch den Referenten in meinem Ministerium sämtliche Akten nachprüfen und in jedem Fall - nachträglich - feststellen zu lassen, welcher Konfession jeder Berufene angehört und wo er herstammt. Was hat sich ergeben? Von 33 Hochschulprofessoren, die ich bis jetzt, bis zum Stichtag, berufen hatte, waren 14 katholisch, 14 evangelisch, einer altkatholisch, drei gottgläubig und einer israelitisch.

(Erstaunen.)

Ich glaube, wenn jemand einen Grund hätte, sich zu beklagen, dann würden es in dem Fall die Katholiken sein!

(Sehr richtig!)

Und dann die Gliederung nach der Herkunft: Von den 33 Professoren sind in Bayern geboren neun, nicht in Bayern geboren 22,

(Hört!)

richtiggehende Ausländer zwei. Wenn jemand einen Grund hat, sich zu beklagen, sind es die Bayern!

(Starker Beifall.)

Ich glaube, diese Tatsachen können ein Anlaß sein, in der Beziehung doch in Zukunft diese Gesichtspunkte am Rande mitzuberücksichtigen.

(Zustimmende Zurufe.)

Vor wenigen Tagen ist dann ein besonderer Fall durch die Presse gegangen, nämlich der Fall *Clusius*. Ich war, wie Sie wissen, in den letzten Tagen in der Schweiz, trotzdem eine Zeitung kürzlich etwas voreilig geschrieben hatte, mir sei das Einreisevisum in die Schweiz verweigert worden.

(Gelächter.)

Das war eines jener Blätter, die mich unbedingt abschieben wollen. In der Schweiz hat sich, sobald ich in Winterthur war, dort der Schulreferent des Kantons Zürich, Regierungsrat Dr. *Briner*, bei mir melden lassen. Er sagte, er wolle mich sprechen. Ich war etwas überrascht, daß er am ersten Tag, in den ersten sechs Stunden schon zu mir kommt. Dann sagte er: "Ich habe Ihnen gewissermaßen etwas zu gestehen. Nachdem Sie in der Schweiz sind, möchte ich es Ihnen mitteilen: Professor *Clusius* ist ohne Paß in München in einen Schweizer Rückwandererzug gestiegen und hat sich in diesem Zug ohne Wissen der Militärregierung und der Behörden in die Schweiz begeben."

(Erstaunte Zurufe.)

- So hat mir dieser Referent wörtlich erklärt. - "Er hat mir gesagt, er habe es satt, jedes Experiment vorher anzumelden, das er als Chemiker mache, und hernach zu berichten, wie es ausgefallen sei." Das ist die Erklärung, die der Professor *Clusius* in der Schweiz gegeben hat, und ich glaube, Sie haben alle den Brief gelesen, der bei uns herinnen veröffentlicht worden ist.

(Pfui-Rufe.)

Es wäre noch etwas dazu zu sagen: Der Brief von Professor *Clusius* wurde von einigen Blättern nur in dem Teil veröffentlicht, mit dem man glaubte, Kapital gegen den Kultusminister schlagen zu können. Wenn Sie den ganzen Brief in der Presse bekommen hätten, dann würde in ihm gleich im Anfang folgender Satz zu lesen gewesen sein:

Angefangen von der im Winter 1945/46

- damals war ich noch nicht Kultusminister -

verfügten Aufnahme aller Studierenden bis zur Ablegung der Zwischenprüfungen im Sommer 1946

- damals war ich auch noch nicht Kultusminister -

und der gegenwärtigen Krise durch die bevorstehende Rückwanderung der Studenten von den Theologischen Hochschulen

- als diese Sache gemacht wurde, war ich auch noch nicht Kultusminister -

hat man die Mahnungen und Proteste von Rektor und Senat geflissentlich überhört.

Das ist kein Angriff gegen den Dr. *Hundhammer*, sondern gegen jemand anderen. Aber warum hat man diesen Satz in der Presse unterschlagen?

(Pfui-Rufe.)

Er hätte nicht in ein Konzept hineingepaßt, mit dem man den Dr. *Hundhammer* angreifen wollte.

(Sehr richtig!)

Es hat Blätter gegeben, die den ganzen Brief veröffentlicht haben; ich stelle das ausdrücklich fest.
Es ließe sich noch manches andere sagen. *Clusius* hat auch in einem Absatz an mir Kritik geübt; das hat er *auch* getan. Ich möchte dazu folgendes feststellen: Als vor etwa zwei oder drei Monaten die Frage besprochen wurde, daß *Clusius* einen Ruf nach Göttingen habe, hat der Bayerische Ministerpräsident [*Hans Ehard*] mich ausdrücklich gebeten, mit *Clusius* zu verhandeln, ob man ihn nicht in München halten könnte. In der Staatskanzlei habe ich im Büro des Herrn Ministerpräsidenten während einer Ministerratssitzung mit dem Rektor der Universität, dem Hochschulreferenten meines Ministeriums und Professor *Clusius* verhandelt. Ich habe ihn gefragt, welche Bedingungen er stelle, um in München zu bleiben. Er hat sie genannt; wir haben ihm sämtliche Bedingungen erfüllt, und er hat erklärt, er sei zufrieden, er bleibe lieber in München, als nach Göttingen zu gehen. Und zwei Monate später reist er in die Schweiz! Aber ist da ein Grund vorhanden, deswegen den Bayerischen Kultusminister anzugreifen?

(Keiner!)

Man hat in einem sogenannten Streitbrief diesen Fall *Clusius* gemeinsam mit einem Fall Professor *Gans* und einem Fall *Lamla* verbunden. Da heißt es wörtlich:

Für uns ist *Clusius* verloren. Wir werden an die Fälle der Professoren *Lamla* und *Gans* erinnert, die vor wenigen Wochen ebenfalls solcher Hochschulpolitik weichen mußten. Professor *Gans* folgte inzwischen einem Ruf nach Brasilien.

Was vom Fall *Clusius* zu halten ist, habe ich gesagt. Aber wie steht es mit dem Fall *Gans*? Ich habe hier bei den Akten das Schreiben von *Gans*, datiert vom 24. Dezem-

ber 1946, in dem er erklärt, daß er nach Brasilien auswandere. Vom 24. Dezember 1946! Ich habe das Kultusministerium übernommen am 31. Dezember 1946!

(Hört!)

So wird gegen den Kultusminister gelogen, um ihn öffentlich zu diffamieren.

(Pfui!)

Dann käme der Fall *Lamla*, der hier auch erwähnt ist. Ich habe bei meinen Akten ein Schreiben der einschlägigen Fakultät der Universität München, in dem mir geschrieben wird, *Lamla* komme für eine dauernde Besetzung der fraglichen Professur nicht in Frage, weil er sich nicht dafür eigne, sondern nur für eine vorübergehende Vertretung. *Lamla* wurde von mir mit der Vertretung dieses Lehrstuhls beauftragt; aber ich habe es abgelehnt, ihm diesen Lehrauftrag als Steigbügel zu geben, um Syndikus der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zu werden. Das wollte er erzwingen, und das habe ich abgelehnt.

(Bravo-Rufe.)

Ich denke, als Syndikus der Bayerischen Akademie der Wissenschaften werden wir auch noch einen Bayern finden!

(Allgemeiner Beifall.)

Dies um so mehr, als *Lamla* auch in seiner Heimat, im Ruhrgebiet oben, nicht etwa Hochschulprofessor, sondern Mittelschullehrer ist.

(Hört!)

Mit diesen Hochschulfragen hängt eng zusammen das Problem der Zulassung der Studenten. Wir haben seit langem darüber Klage geführt und Klagen bekommen, daß die Söhne des eigenen Landes an den Universitäten nicht Platz haben. Heute sind mir hier aus Ihren Reihen schon fünf oder sechs Bittgesuche für einheimische Studenten übergeben worden, die vom Feld zurückgekommen sind und nicht immatrikuliert werden konnten, weil keine Plätze dafür da sind. Das sind die Söhne der Steuerzahler, die das Geld für die Hochschulen aufbringen;

(Sehr richtig!)

und es kostet alles in allem jeder Hochschulstudent den bayerischen Steuerzahlern jährlich etwa 2000 RM.

(Hört, hört!)

Wir haben zur Zeit in ganz Deutschland, in allen Zonen zusammen, 72.000 Hochschulstudenten, und von diesen 72.000 entfallen auf Bayern allein 24.000.

(Erstaunen.)

Wir haben also weit mehr Hochschulstudenten in Bayern, als bevölkerungsmäßig oder geographisch unser Anteil am gesamtdeutschen Gebiet ist. Von diesen 24.000 Hochschulstudenten sind derzeit einschließlich der Flüchtlinge nicht ganz 16.000 Bayern und über 8000 Studenten und Studentinnen sind Nichtbayern, die von draußen hereingekommen sind. Die Flüchtlinge sind zu den Bayern gerechnet. Dabei hatten sich an der Münchner Universität dieses Semester allein insgesamt 4000 bayerische Studenten beworben, die nicht aufgenommen werden konnten.

(Hört!)

Aber es war noch etwas anderes dabei mitzuberücksichtigen: Ich habe immer den Verdacht ausgesprochen, daß unter diesen Studenten, die in so starkem Maße zu uns hereingedrängt haben - wir haben auch früher Studenten von außerhalb Bayerns und vom Auslande gehabt, aber nicht in dem Maß wie jetzt -, Leute sind, die ihren Fragebogen bei uns leichter glauben in Ordnung bringen zu können als anderwärts. Bei Besprechungen mit den zuständigen Stellen der Besatzungsbehörden habe ich diesen Gedanken manches Mal ausgesprochen. Das hat dazu geführt, daß man einmal eine Probe aufs Exempel gemacht und an der Universität Würzburg die Fragebogen von 300 Medizinstudenten einfach wahllos herausgegriffen und sie anhand der Unterlagen des Dokumenten-Center in Berlin nachgeprüft hat. Was wurde festgestellt? Von den 300 Medizinstudenten hatten fünf in ihrem Fragebogen erklärt, daß sie Parteianwärter oder Parteimitglieder gewesen waren; die Nachprüfung hat ergeben, daß insgesamt 96 frühere Parteigenossen oder Parteianwärter gewesen waren. Fünf haben es angegeben, 91 nicht! Von den 91, die ihren Fragebogen gefälscht hatten, waren 86 Nichtbayern!

(Hört, hört!)

Das war eine Stichprobe!

(Zuruf: So ist es überall!)

Bei Beamten haben wir ähnliche Fälle in anderen Sparten.
Das hat meine Vermutung absolut bestätigt. Daß diese Studenten keine Freunde des Bayerischen Kultusministers sind, das glaube ich.

(Heiterkeit.)

Aber ist es nicht Pflicht des Bayerischen Kultusministers, hier durchzugreifen?

(Starke Zustimmung.)

Erstens haben wir von der Militärregierung die Auflage, daß nicht mehr als zehn Prozent der Hochschulstudenten frühere Parteigenossen sein dürfen. Dafür bin ich verantwortlich; und wenn ich nun irgendwo den Verdacht habe, daß es anders ist, dann muß ich der Sache nachgehen. - Und zweitens, meine sehr verehrten Parteifreunde: Wenn wir die Entwicklung so weitergehen lassen, dann haben wir in ein paar Jahren ein Drittel, wenn nicht mehr, unseres gesamten öffentlichen Apparats mit verdeckten Nazis besetzt.

(Sehr gut!)

Dabei tritt mir ein Student, noch dazu ein Student der Rechte, in Kulmbach entgegen und sagt, er sei der Meinung, daß die Fragebogenfälschung ein ganz legales Mittel sei! So hat er sich wörtlich ausgedrückt. Das soll der Kultusminister dann hingehen lassen und nicht eingreifen! - Das zur Hochschulfrage.
Ich komme nun zu dem Problem der Volksschulen mit ein paar allgemeinen Bemerkungen. Bei den Volksschulen sind unsere Hauptschwierigkeiten gegenwärtig die Schulsäle und die Lernmittel. Lehrkräfte haben wir jetzt, so daß wir den notwendigsten Bedarf gedeckt haben. Aber die Aufbauarbeit an den Schulhäusern, die Instandsetzung der Schulräume braucht Zeit. Die Materialschwierigkeiten kennt jeder. Die Gemeinden bemühen sich selbst, schon im eigenen Interesse, aufs äußerste, wieder eine rasche Instandsetzung und einen Neubau der Schulhäuser zu ermöglichen. Wir haben ja jetzt statt früher 800.000 Volksschülern in Bayern durch den Flüchtlingszuwachs 1,2 Millionen.

Bei den Lernmitteln liegt eine große Schwierigkeit in der Beschaffung der Rohstoffe. Wir haben die Texte; wir haben ein paar Schulbücher gedruckt und herausgebracht, die den Beifall in der Welt gefunden haben und von Schweden und England verlangt worden sind. Aber ein Beispiel: Das Lesebuch für die dritte und vierte Klasse soll gefunden werden. Es ist fertig. Wir haben aber die notwendigen Rohstoffe und Kartone nicht dazu, wir haben die Bindegarne nicht, es fehlt der Leim. Das Kultusministerium kann ja nicht jemanden auf den Schwarzen Markt schicken und dort die Rohstoffe kaufen; und das Wirtschaftsministerium mußte uns erklären: Wir haben nichts, um Ihnen mehr zuzuweisen. Das sind die Schwierigkeiten, die niemand übersehen möge!
An Lehrkräften haben wir derzeit etwa 16.000 im Dienst. Wir würden, um normale Klassen zu haben, 24.000 Lehrkräfte brauchen. Trotzdem können wir augenblicklich nicht mehr Lehrkräfte einstellen, da wir nicht soviel Klassen bilden können, wie wir möchten, weil uns die Schulsäle dazu fehlen. Wir geben ja ohnehin schon in sehr vielen Schulsälen zweimal, in zwei Klassen, Unterricht, in manchen Schulsälen sogar in drei Klassen. Dabei haben manche Klassen ja heute leider nur noch 14 bis 16 Stunden Unterricht, so daß wir dabei ganz gut eine Lehrkraft zwei Klassen versehen lassen können. Soviel Stunden sind es in der Woche.
Unter den 16.000 Lehrkräften, die wir in Dienst haben, sind über 5000 Flüchtlinge. Wir haben also die Flüchtlinge unter den Lehrkräften bei uns in einem Prozentsatz beteiligt, der dem Gesamtdurchschnitt der Flüchtlinge in unserer Bevölkerung sicher vollauf entspricht.
In der Volksschule ist eines der schwierigsten Kapitel bisher immer noch die Aufrechterhaltung der Schuldisziplin.

(Heiterkeit.)

Gleich bei der Übernahme des Ministeriums wurde ich mit einem Berg von Briefen von Lehrern und Eltern begrüßt, die mich aufforderten, das Recht der Züchtigung dem Lehrer wiederzugeben. Begründet wurde dies damit, daß die Erfahrungen, die im letzten halben Jahr seit der Aufhebung des Züchtigungsrechts gemacht worden waren, nicht gut seien. Wir haben Klassen, die anormal groß sind. Wir haben eine Jugend, die durch die Geschehnisse des Krieges an der Disziplin anormal gelitten hat. Die Hand des Vaters hat gefehlt. Wenn die Herren Lausbuben wissen, daß ihnen der Lehrer nichts tun darf, dann lassen sie sich natürlich völlig gehen.

(Sehr richtig!)

Wir hatten eine Reihe von Fällen, in denen richtiggehende Strafanzeigen wegen Roheitsdelikten erstattet werden mußten. Ich habe mich entschlossen, die Eltern darüber abstimmen zu lassen, ob sie dem Lehrer das Recht der Züchtigung wieder einräumen wollen. Das primäre Erziehungsrecht steht nach der Verfassung und nach unserer Weltanschauung ja den Eltern zu. Wir haben die Eltern befragt, ob sie dem Lehrer das Recht der körperlichen Züchtigung wieder einräumen wollen, und zwar eingeschränkt auf Knaben und auf Roheitsdelikte oder grobe Disziplinfälle. Die Eltern haben darüber abgestimmt, in der Propaganda nicht von mir, von der Gegenseite dagegen wohl beeinflußt.
Das Ergebnis war, daß über 61% der Eltern dafür waren, daß dem Lehrer das Züchtigungsrecht gegeben werden solle. Das ist dann geschehen in einer Verordnung, die besagt:

> Die körperliche Züchtigung ist nur anzuwenden, wenn alle anderen Erziehungsmittel versagt haben. Sie ist nur gestattet zur Aufrechterhaltung der Schuldisziplin bei

schweren Verfehlungen, insbesondere bei grober Unbotmäßigkeit oder Roheit. Sie ist nicht gestattet wegen mangelnder Leistungen. Sie ist bei Mädchen in jeder Form verboten, also auf Knaben eingeschränkt.

Ich glaube, das ist eine an sich ganz tragbare Regelung. Trotzdem ist der Bayerische Kultusminister nicht bloß wegen seinem Vollbart,

(Heiterkeit.)

sondern auch wegen diesem Tatzstock in der ganzen Welt berühmt gemacht worden. Man hat uns in einer Form heruntergerissen, auch Bayern, die nicht würdig war. Ich möchte dazu aber auf folgendes hinweisen, um auch in diesem Falle die Dinge ins richtige Licht zu rücken: 100 Kilometer von München weg ist die württembergische Grenze. In Württemberg besteht heute noch nach wie vor - ich habe es mir der Sicherheit halber vom württembergischen Kultusminister schriftlich geben lassen - das Züchtigungsrecht, und zwar nicht bloß den Knaben, sondern auch den Mädeln gegenüber.

(Hört, hört! - Zurufe.)

Und der *Fendt* hat es aufgehoben!

(Heiterkeit. - Zuruf: Wo bleibt die Gleichberechtigung der Frau? - Große Heiterkeit.)

Ich bin in dieser Zeit in der Schweiz gewesen und habe mich dort erkundigt. Auch dort gibt es Kantone, in denen dieselbe Regelung besteht. Man hat mir zum Überfluß aus England Zeitungen zugeschickt, weil man auch dort davon Bericht bekommen hat. In den Zeitungen sind Urteile gegen 20- und 21-jährige publiziert, die sich nicht sehr sittsam benommen hatten und denen durch den Richter zehn oder zwölf [Schläge] auferlegt worden sind.
Aber das macht alles nichts. Man kann es in Württemberg in doppelter Ausgabe und in England für das doppelte Alter haben. Davon ist keine Zeile geschrieben und keine Silbe am Rundfunk gesprochen worden.

(Zuruf: Leider!)

Aber der Bayerische Kultusminister mit seiner stark eingeschränkten Maßnahme ist der Reaktionär!

(Zustimmung.)

Im übrigen befinde ich mich da ja in guter Gesellschaft. Ich habe kürzlich - weil ich ja auch jetzt manchmal noch Zeit habe, ein Buch zu lesen - eine Biographie von *Pestalozzi* zur Hand genommen. Ich habe darin die merkwürdige Stelle gefunden, wo *Pestalozzi* berichtet, daß er in diesem Punkte - wie der Dr. *Hundhammer*! - angegriffen worden ist. Man hat die eigene Klasse gegen *Pestalozzi* aufzuhetzen versucht, weil er zum Stock gegriffen hat. Aber er hat sich nicht irremachen lassen, sondern ist dabei geblieben, daß es Fälle gibt, in denen es notwendig ist, einmal mit harter Hand dazwischenzufahren, wenn gute Worte nichts nützen.

(Zustimmung.)

Man muß schon sagen: Hier ist ein nicht taugliches Instrument in einer unwahrhaftigen Weise benützt worden, um nun einmal dem Kultusminister, der unter allen Umständen abgeschossen werden sollte, eins auszuwischen.
Im Zusammenhang mit dem Kulturetat steht - weil ich eben die Unterlagen zur Hand habe - eine andere Frage, die zwar mit der Erziehung nichts zu tun hat, die aber auch

zu den Schulen gehört, nämlich zu den Kliniken. Wir haben in unseren bayerischen Kliniken zum weitaus überwiegenden Teil Klosterfrauen als Krankenpflegerinnen. Es wird Sie interessieren, daß bei der kommenden Beratung des Kultusetats über eine Erhöhung der Ausgaben für diese Schwestern beraten wird, weil ich den Antrag gestellt habe, sie höher zu bezahlen. Die Erhöhung, die beantragt ist, macht insgesamt etwas über 40.000 RM aus. Wieder mehr Geld für Klosterfrauen! wird einer sagen. Aber ich möchte gleich öffentlich begründen, warum diese Ordensschwestern, deren hervorragende Leistung in der Krankenpflege wohl allgemein bekannt und anerkannt ist,

(Lebhafter Beifall.)

eine Aufbesserung erhalten sollen. Soweit die katholischen Schwestern in Frage kommen, beziehen sie - hören Sie, ich verspreche mich nicht! - pro Schwester, soweit es sich um Barmherzige Schwestern handelt, abgesehen von freier Station eine Gesamtvergütung von 25 RM im Monat. Die Oberin erhält 50 RM. Die Schwestern des Ordens vom Heiligen Erlöser haben 30 RM, die Oberin 60 RM. Dabei zahlt der Staat für diese Schwestern keine Sozialversicherungsbeiträge, denn der Orden zahlt auch noch die Invalidenbeiträge für die Altersversicherung. Ich habe eine Erhöhung für diese Schwestern auf künftig 35 RM und für die Oberin auf 70 RM beantragt. Ich glaube, diese wird mir der Landtag bewilligen.

Das nur zwischenhinein. Zu den Anwürfen, die gegen mich erhoben werden, gehört auch der, daß ich den evangelischen Volksteil konfessionell nicht zu seinem Recht kommen lasse. Ich habe in meinem Ministerium Anweisung gegeben, daß gerade in dieser Beziehung mit der allergrößten Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt gearbeitet werden muß, damit nicht eine andere Konfession mit meinem Wissen einen berechtigten Grund hätte, sich zu beklagen. Trotzdem ist in der Öffentlichkeit behauptet worden - auch deswegen nehme ich hier Stellung dazu -, der Bayerische Kultusminister will die Universität Erlangen katholisch machen. Man hat sogar vier Professoren genannt, nämlich die Professur für Alte Geschichte, die Professur für Mittlere Geschichte, die für Neuere Geschichte und die für Allgemeine Philosophie. Ich habe dann gefragt, um welche Namen es sich handelt. Man hat mir die Namen genannt und erklärt: Der erste, der in Frage komme, sei der Professor *Ensslin*, für den jetzt der Katholik *Straub* tätig sei. Für Mittlere Geschichte sei jetzt der Katholik *Guttenberg* tätig. Für Neuere Geschichte sei früher *Zimmermann* zuständig gewesen und jetzt *Pölnitz*. Für allgemeine Philosophie war es früher *Herrigl*, jetzt sei es *Glockner*.

Ich habe nun feststellen lassen, wann die Herren berufen worden sind. Der erste von ihnen ist nach Erlangen im Jahre 1941 berufen worden, der andere 1944 und der dritte 1937. Dabei wird Dr. *Hundhammer* wegen dieser Namen angegriffen! Diese Namen sind mir genannt worden, als ich sie verlangt habe. Der vierte ist überhaupt nicht berufen. Aber mein Hochschulreferent weiß, daß ich die Berufung dieses vierten nach Erlangen abgelehnt habe, weil er Katholik ist. Ich habe erklärt: ich will auf diesen Lehrstuhl nicht einen Katholiken setzen, denn es ist ein Lehrstuhl, an dem der evangelische Volksteil berechtigtes Interesse hat.

So stehen die Dinge.

(Hört, hört!)

Es bleibt noch eine ganze Serie solcher Fälle übrig. Die Verleumdungen, die da mündlich, schriftlich und im Rundfunk gegen mich verbreitet worden sind, gehen so weit, daß es einmal an der Zeit ist zu sprechen.

(Sehr richtig!)

Ich habe hier eine Zeitung, datiert vom 8. August. Man findet darin einen Artikel mit der Überschrift: "Dr. *Hundhammers* Personalpolitik". Da wird mir vorgehalten, daß ich dem Lehrer *Eberle* von Eichenau gekündigt habe. Es heißt in dem Artikel:

> *Eberle* war ehemaliger katholischer Priester, der sich durch seine Eheschließung einer schweren Verfehlung gegen die kirchlichen Vorschriften schuldig gemacht hat. Der Kultusminister hat nun erklärt, er sei an einer katholischen Bekenntnisschule nach Artikel 5 § 1 des Bayerischen Konkordats und nach Artikel 135 der Verfassung nicht tragbar.

Das dürfte, glaube ich, richtig sein. Aber dazu kommt dann noch, daß von dem Mann bei den Akten Berichte liegen, die er seinerzeit an die Gestapo gemacht hat.

(Hört, hört!)

Für diesen Mann setzt sich heute unsere Presse in der Form ein, daß sie mich beschuldigt!

(Pfui-Rufe.)

Man sollte mir doch in der Beziehung etwas mehr zutrauen und nicht hinter jeder Maßnahme, die ich treffe, grundsätzlich im vorneherein eine Bosheit oder Unsachlichkeit vermuten und unterstellen! Aber soweit ist es allmählich gekommen.

(Zuruf: Der Name der Zeitung!)

Zu diesen Dingen gehört auch die Flüchtlingsfrage. Ich habe hier eine Serie von Berichten, in denen aus Flüchtlingskreisen in bitterster Weise Klage darüber geführt wird, daß die Flüchtlinge in Gegenden eingewiesen wurden, in denen sie konfessionell mit der eingesessenen Bevölkerung schwer Kontakt finden, also in Gegenden, die bisher geschlossen katholisch oder geschlossen protestantisch waren, und in denen sie keine Gelegenheit haben, den Gottesdienst zu besuchen. Es ist nun einmal so: Wenn ein Mensch alles verloren hat, dann sucht er seinen Anhalt an der Religion und im Glauben. Diese Menschen haben am meisten und stärksten das Bedürfnis nach einer Verbindung mit ihrer Kirche. Ich habe seinerzeit am Lichtmeßtag in Rosenheim in einer Versammlung gesagt, ich würde es für richtig halten, daß bei der Neueinweisung von Flüchtlingen - so heißt es wörtlich, und so stand es richtig im Rosenheimer Zeitungsbericht - auf das Bekenntnis Rücksicht genommen wird, soweit das möglich ist. So habe ich gesagt und so hat es die Rosenheimer Zeitung berichtet. Was ist aus dieser Äußerung nicht alles gemacht worden! Sie wissen es alle aus der Presse, aus den Karikaturen, aus den Kabarettbühnen und vom Rundfunk her. Ich habe Beschwerden gerade auch von der evangelischen Kirche, von Herren Dekanen, darüber, daß man in ihre geschlossen evangelischen Siedlungen lauter Katholiken hereingelegt hat und in die Nachbargemeinden, die katholisch sind, lauter Protestanten, gerade als ob man es - wie der Bayer sagt - mit Fleiß gemacht hätte. Hier in korrekter Weise auf eine sachliche Rücksichtnahme hinzudrängen, ist, glaube ich, eine Haltung, die ich als Kultusminister einzunehmen habe, der ich für die Schulen zu sorgen habe, auch für die Konfessionsschulen, die in der Verfassung stehen. Das Volk in seiner Gesamtheit würde meine Haltung sicher billigen, wenn es wüßte, wie die Dinge wirklich liegen.
Nun zu einer anderen Sache, die mich auch betrifft und in mein Ressort gehört. Ich meine das Theater- und Bühnenwesen. Wir müssen leider feststellen, daß unser Theater- und Bühnenwesen, vor allem die sogenannte leichtere Bühne, zum Teil auf Wege gerät, die das Volk nicht in einem moralisch und sittlich richtigen Geist beeinflussen.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Es ist nun einmal so, daß auch die Bühne und das Theater nicht bloß eine freie Meinungsäußerung von den Leuten darstellen, die damit betraut sind, sondern Theater und Bühne gehören zu den Dingen, die das Volk erziehen

(Sehr wahr!)

oder auch auf die falsche Bahn lenken können.

(Sehr richtig!)

Hier habe ich zum Beispiel einen Text vor mir, der auf einer solchen Bühne vorgetragen wurde. Er beginnt mit der Aufforderung: "Deutsche Mädchen, tretet her, Braut ans Gewehr!" Dazu mit den entsprechenden Gesten! Dann ein anderer Satz; da heißt es:

> Handwerk scheut solche Methoden. / Die Schieberei ist jetzt auf einem anderen Gebiet. / Der Handwerker kennt eueren Schmerz. / Handwerk hat nicht nur goldenen Boden, / Handwerk hat auch goldenes Herz.

Worauf sich dann diese drei Operettenfiguren auf der Bühne umdrehen; die eine hat am Rücken eine Schachtel Lucky-Strikes, die andere eine lange Wurst und die dritte eine amerikanische Bühne [sic!] angehängt.
So wird das Handwerk auf der Bühne heruntergerissen und verhöhnt! Kollege *Kübler* hat mir kürzlich einen Text geschickt, in dem der Bayerische Ministerpräsident [*Hans Ehard*] in einer Weise verhöhnt worden ist, die wirklich auf keine Hutschnur geht.

(Pfui!)

Auf der gleichen Bühne ist gesagt worden: "In Bayern wird mancher Minister und bleibt doch Ministrant!"

(Pfui-Rufe.)

Meine sehr Verehrten! Ich sage es den Betreffenden ganz offen: Ich schäme mich nicht zu ministrieren!

(Bravo-Rufe. - Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Wenn die Betreffenden aber glauben, damit mich herunterreißen zu können, so sage ich ihnen: Das rechne ich mir zur Ehre an!

(Beifall.)

Die Vorstellung, von der ich eben gesprochen habe, ist durch eine Operettenbühne, die das Lokal gemietet hatte, ausgerechnet auf der Bühne eines katholischen Gesellenvereins vorgeführt worden. Der Gesellenverein kann nichts dafür. Ich glaube, es ist unser Recht und unsere Pflicht, daß wir uns dagegen wenden.

(Sehr richtig!)

Es gäbe noch eine ganze Serie von ähnlichen Fällen.

(Zurufe: Berliner Radio! Münchner Radio auch!)

Ja, ich glaube, auch manchmal der Münchner Radio! Der Weggang des betreffenden Herrn [*Herbert Gessner*], der im Münchner Radio als Sprecher nicht mehr möglich war und der jetzt vom Berliner Radio zu uns herunterschimpft, ist für uns kein großer Verlust gewesen.

(Zuruf: Er war nicht diskussionsfähig bei uns!)

Aber nachdem das Stichwort fällt, muß ich doch zu einer Sache hier Stellung nehmen. Dieser Berliner Radio hat kürzlich die Mitteilung gemacht, der Bayerische Kultusminister hat seine Sekretärin entlassen, weil sie einen Freund hatte. Auch das scheint ein Ereignis zu sein, das wert ist, der ganzen Welt mitgeteilt zu werden. Aber jetzt ist vielleicht der Platz zu sagen, warum das geschehen ist. Es hat sich nicht um meine Sekretärin gehandelt. Ich habe keine Dame in meinem Vorzimmer, sondern einen Herrn, einen Sekretär, aber als Schreibkraft bei dem betreffenden Herrn war eine Dame. Mir wurde bekannt, daß die Betreffende während der Nazizeit schon an einer maßgebenden Stelle im Kultusministerium gesessen ist. Sie hatte einen Freund, das ist richtig. Das war ein Obersturmbannführer, der durch den Herrn *Emil Klein* als besonderer Vertrauter und Verbindungsmann zur HJ ins Kultusministerium geholt wurde. Mit diesem stand sie auch hernach noch gut. Daß ich die nicht gerade in meinem Vorzimmer als Schreibkraft sitzen haben möchte, die meine Post schreibt, werden Sie verstehen!

Es ist manchmal notwendig, selbst über solche Dinge zu sprechen, weil die Gesamtheit der Meldungen, die über den Kultusminister in die Welt getragen werden, sonst ein Bild ergibt, das doch nicht mehr richtig den Tatsachen entspricht.

Meine Damen und Herren, damit möchte ich jetzt meine Ausführungen schließen. Es gäbe noch vieles auf dem Gebiete der Kulturpolitik zu sagen. Aber ich wollte nur einmal die Gelegenheit vor meinen Parteifreunden benützen, um zu einer ganzen Reihe von solchen Vorwürfen, die erhoben werden, Stellung zu nehmen und manches aufzuklären, was Ihnen bisher wahrscheinlich bloß von einer Seite bekannt war und was genau zu wissen Sie schließlich ein Recht haben.

(Sehr richtig!)

Man hat heute nachmittag von mir kein Wort zur aktuellen Politik gehört. Ich kann es mir ersparen. Denn das möchte ich am Schluß meiner Ausführungen sagen: Ich freue mich, sagen zu können, daß ich die politische Linie und den Weg, den der Herr Ministerpräsident und der Herr Kollege *Baumgartner* vertreten, hundertprozentig mitgehe!

(Lebhafter Beifall.)

Ich weiß, man greift mich manchmal wegen der Regierungsbildung an. Aber ich glaube, viele von denen, die im vergangenen Herbst, vor jetzt dreiviertel Jahren, meine Haltung nicht verstanden haben, die mich damals schwer angegriffen haben, weil ich für den Herrn Ministerpräsidenten *Ehard* eingetreten bin, verstehen heute meine Haltung auch.

(Beifall. - Zurufe: *Loritz*!)

Da kommt das Stichwort *Loritz*. Denen, die mich angreifen, weil in diesem Kabinett der Herr Minister *Loritz* war, möchte ich folgendes sagen: Es war seinerzeit beabsichtigt, ein Konzentrationskabinett zu bilden, in dem alle Parteien vertreten sein sollten, auch die Liberal-Demokraten. Sie sind ausgeschieden, nachdem vorher mit Dr. *Dehler* verhandelt worden war. *Loritz* ist geblieben. *Loritz* ist ins Kabinett gekommen, aber nicht bloß durch mich, sondern für das Kabinett mit Einschluß des Herrn *Loritz* hat auch die gesamte SPD gestimmt. Aber meine Stimme hat anscheinend mehr Stimmen! Oder haben die anderen Stimmen mehr dazu beigetragen? Sie haben ihn alle miteinander gewählt. Wer ihn selber gewählt hat, soll nicht hintennach mich deswegen angreifen.

(Zuruf: Nicht nur die SPD!)

Ich weiß es, nicht nur die SPD! Ich meine jetzt diejenigen aus den eigenen Reihen, die mich wegen *Loritz* angreifen. Ich habe schon gesagt, ich allein trage nicht die Schuld. Die Leute, die mich angreifen, finden kein Wort dafür, daß ich es für mich in Anspruch nehmen darf, daß der Mann Ministerpräsident geworden ist, dem Sie heute hundertprozentig Ihr Vertrauen gegeben haben.

(Sehr richtig! Lebhafter Beifall.)

Wenn man mich wegen des einen angreift, dann soll man mir für den anderen danken.

(Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf als erstem Diskussionsredner das Wort dem Parteifreund Dr. *Horlacher* geben. - Ich bitte um Ruhe!

Dr. *Horlacher*: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Es tut mir in der Seele weh, wenn ich jetzt manchem eine Enttäuschung bereiten muß. Man spricht soviel von den Flügeln der Union. Verlassen Sie sich darauf: Von den Flügeln der Union werden verflucht wenig Flügel mehr übrig bleiben!

(Bravo-Rufe.)

Es wird zum Schluß wieder ein richtiger Unions-Vogel aus diesem Haus herausfliegen! Die Union ist keine Vogelwarte von *Hundhammer, Horlacher, Pfeiffer, Schlögl,* oder wie sie alle heißen. Die Ausführungen von Kultusminister *Hundhammer* haben das bestätigt. Er hat gesagt, was einmal notwendig war. Wir müssen es uns in der Politik abgewöhnen - auch unsere lieben Parteifreunde müssen das tun -, auf alles hereinzufallen.

(Sehr richtig!)

Insbesondere eignen sich Personalangelegenheiten nicht für politische Dinge. Ich leite selbst einen großen Betrieb und weiß, was davon zu halten ist, wie oft man in der fürchterlichsten Weise hereingelegt wird, angelogen wird und wie die Dinge in der Öffentlichkeit anders dargestellt werden, als sie in Wirklichkeit sind. Auch Einzelerscheinungen, die sich da und dort zeigen, soll man nicht zum Gegenstand von gesamtpolitischen Betrachtungen machen. Ich weiß, wenn ich das sage, dann weiß mein Freund *Hundhammer*, daß es nicht bös gemeint ist. Er gehört ja zu denen, die ihre Grundsätze mit aller Entschiedenheit vertreten.

(Bravo-Rufe.)

Ihr wißt, liebe Freunde, daß ich hier und da etwas beweglicher bin. Von mir stammt ja der Satz: Man muß unter Umständen die Grundsätze so hoch hängen, daß man bei entscheidenden Momenten wieder unten durchkommt und nicht über seine eigenen Grundsätze stolpert. Natürlich darf das nicht so weit gehen, wie es in München geschehen ist, daß man seine Grundsätze auszieht; das geht zu weit!

(Heiterkeit und Beifall.)

Man muß natürlich schon bei seinen Grundsätzen bleiben und muß sie den Verhältnissen angleichen, wie es die Lage erfordert.

Eines möchte ich mit aller Entschiedenheit betonen: Wenn das nicht gelingt, dann ist es um die Union sehr schlimm bestellt. Kollege *Baumgartner* weiß, wie wir in Augsburg zum ersten Mal das Programm der Union entwickelt haben, da haben wir bei manchen Freunden, die einer alten, ehemaligen großen Partei angehört haben, etwas

Widerspruch erregt. Das hat sich nun verlaufen. Aber zwei Grundsätze müssen die Politik der Union bestimmen. Der erste Grundsatz ist die allgemeine christliche Grundlage in der Politik. Es darf keinen Unterschied mehr zwischen Katholiken und Protestanten in der Union geben!

(Lebhafter Beifall.)

Ich kann diesen Grundsatz mit voller Entschiedenheit aussprechen - meine engeren Freunde wissen das -, weil ich selbst einer Familie angehöre, in der der größere Teil der bekenntnistreuen evangelischen Kirche angehört. Trotzdem sind wir schon in der Familie eine christliche geschlossene Gemeinschaft.
In der Politik ist es nicht notwendig, daß die Bekenntnisse auseinanderfallen. Gerade in der heutigen Zeit ist es in der Politik notwendig, daß die Bekenntnisse ihre gemeinsamen christlichen Auffassungen vertreten.

(Sehr gut!)

Wir wollen nicht mehr die alte Politik haben, daß die Bekenntnisse auseinanderfallen, daß wir hier eine überwiegend katholische Partei haben, dort eine überwiegend evangelische. Woher ist denn das Unglück in Deutschland gekommen? Weil aus diesen Verhältnissen jene Rechtsparteien entstanden sind, die die Vorläufer des Hitlerismus geworden sind.

(Zustimmung. Starker Beifall.)

Das wollen wir nicht mehr haben. Wir wollen bekenntnistreue Katholiken und bekenntnistreue Protestanten zu einer Einheit zusammenfassen, zu einer Tateneinheit im Christentum, nicht im Lippenchristentum, sondern im Christentum der Tat, das sich dann auch auf sozialem Gebiet aufs kräftigste äußern muß.
So stehen unsere Freunde nicht rechts. Wenn in der Zeitung wieder geschrieben worden ist, daß eventuell der eine Flügel, dem wir angehören, nach einer bestimmten Richtung tendieren würde, so ist das die vollkommene Verkehrung der Tatsachen und der Wahrheit.

(Sehr richtig!)

Meine engeren Freunde gehören dorthin, wo sie hingehören!

(Heiterkeit.)

Das Alte, was fehlerhaft war, muß über Bord geworfen werden, was fortschrittlich ist, muß von uns gepflegt werden.
Aber in einem dürfen wir nicht ins Unklare kommen: Die gemeinsamen christlichen Ideen und Kulturwerte müssen von uns aufs schärfste vertreten werden! Da gibt es kein Wanken und Weichen in den Grundsätzen. Das ist in der Bayerischen Verfassung geregelt; es heißt darin: "Die bayerischen Schulen [sind] entweder Bekenntnisschulen oder Gemeinschaftsschulen". Oder ist es vielleicht kein demokratischer Grundsatz, wenn die Eltern selbst über die Schulart zu entscheiden haben? Das ist also das demokratische Schulverfassungsrecht, das bei uns in Bayern gilt und das in der Verfassung niedergelegt ist. Deswegen kann es in dieser Frage auch keinen Verfassungsstreit mehr geben. Alle Beziehungen, die zwischen Staat und Kirche verlaufen, werden auf den allgemeinen Grundsätzen beruhen müssen.
Das zweite Fundament unserer Politik ist das Fundament unserer Wähler selber. Das hindert nicht, daß alle unsere Wähler ganz besonders zu Bannerträgern der christli-

chen Ideale erzogen werden. Hier fordern wir die vollkommene Freiheit des kirchlichen Lebens, damit sowohl die katholische wie die evangelische Kirche sich zur höchsten Blüte entfalten kann. Gibt es eine schönere Zweiteilung zwischen Politik und Kirche? Ich glaube, eine bessere gibt es nicht. Sie führt letzten Endes zur harmonischen christlichen Durchdringung unseres gesamten Lebens.
Meine lieben Freunde, ich weiß, daß der Kollege *Hundhammer* oft angegriffen worden ist. Wir haben heute die Methode gewählt, daß wir den Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] und jeden einzelnen Minister und Staatssekretär auftreten lassen, daß wir gewissermaßen ein Exempel veranstalten. So etwas habe ich auch noch nicht erlebt. Diese Form verleiht der heutigen Landesversammlung der Union ein besonderes Gepräge. Ich hoffe, daß sich das später ändert.

(Lebhafter Widerspruch.)

Es ist auch nicht ganz der Verfassung entsprechend. Liebe Freunde, wenn man Kritik übt, muß man auch wissen, wie die Dinge im staatlichen Leben liegen.

(Andauernder Widerspruch.)

Wenn Sie auch demonstrieren, es nützt Ihnen nichts! Ich kann die Verfassung nicht ändern.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! - Ich darf aber den Redner bitten, daß er vielleicht zur Sache spricht.
Dr. *Horlacher*: Das gehört zur Sache!

(Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf darauf hinweisen: Gerade der Herr Redner bemängelt, daß wir zuviel Zeit dadurch verlieren, daß zwischen den Referaten der Minister und Staatssekretäre eine Diskussion stattfindet. Ich glaube, die Versammlung wird mir beistimmen, daß das Volk daran interessiert ist, von jedem Minister und Staatssekretär der Union zu hören, was die Union arbeitet.

(Beifall.)

Wenn wir das anhören wollen, darf ich die Diskussion nicht einfach schlittern lassen, sondern ich muß die Herren Redner bitten, sich etwas zu kürzen, denn wir werden um 20 Uhr Schluß machen müssen.
Dr. *Horlacher*: Bei mir wird es nicht mehr lange dauern! Außerdem habe ich immer zur Sache gesprochen.

(Widerspruch.)

Bitte, weil Sie nicht abwarten, was jetzt hintennach kommt!

(Heiterkeit.)

Ich muß erst den Gedankengang entwickeln. Ich kann ja zwei Gedankengänge nicht gleichzeitig miteinander zum Ausdruck bringen.

(Zuruf: Morgen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte aber um Ruhe und darf noch einmal darauf hinweisen, daß wir keine Volksversammlung haben, sondern die Vertreterversammlung der Christlich-Sozialen Union!
Dr. *Horlacher*: Ich habe sicher zu keiner Volksversammlung beigetragen. Die Kritik des Herrn *Josef Müller* geniert mich nicht weiter!

(Pfui-Rufe.)

Regen Sie sich doch nicht auf!

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf feststellen: Besteht ein Widerspruch gegen die Führung dieser Versammlung, wie sie von mir getätigt wird?

(Zurufe: Nein!)

Dann darf ich als Versammlungsleiter an dem festhalten, was ich vorhin dem Herrn Redner gesagt habe. Ich bitte den Herrn Redner, jetzt zur Sache zu sprechen.
Dr. *Horlacher*: Die Unterbrechung meiner Rede hat die Diskussion erst in die Länge gezogen. - Meine verehrten Damen und Herren, ich empfinde es als höchst unangenehm, daß ein Teil der Versammlung verhindern will, daß ich sage, was ich jetzt zum Ausdruck bringen will. Lassen Sie mich also reden!

(Anhaltende Unruhe.)

Sonst ruft das bei mir eben diesen Eindruck hervor.
Nach der Verfassung trägt die gesamte Verantwortung für die Politik der Ministerpräsident. Er ist der einzig Verantwortliche; er beruft und entläßt die einzelnen Minister. Das hindert natürlich nicht, daß die einzelnen Minister bei uns in der Union auch zu Worte kommen. Aber das ist letzten Endes eine Frage der Gesamtpolitik und geht daher den Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] an. Ich darf gerade dazu darauf hinweisen, daß im Landtag die Frage des Herrn Kultusministers [*Alois Hundhammer*] erörtert worden ist. Sie wissen aus der Presse, daß die Union damals eine geschlossene Haltung bezogen hat.

(Zuruf: Die Fraktion!)

Die Fraktion der Union ist doch das Instrument im Landtag; das können *Sie* ja nicht sein! Die Landtagsabgeordneten sind die Vertreter, die zu 100 Prozent von ihren Wählern gewählt worden sind.

(Zuruf: Dann können wir wieder nach Hause gehen!)

Das brauchen Sie nicht; machen Sie keine solchen Zwischenrufe, die vollständig fehl am Platze sind!
Damals ist über den Kultusminister gesprochen worden. Damals hat die Fraktion der CSU beschlossen, die Interpellation der LDP nicht weiter zur Erörterung bringen zu lassen.

(Zuruf: Leider!)

Die Koalitionsparteien haben sich dem angeschlossen. Dann wurde die Sache vertagt bis zur Aussprache beim Kultusetat, weil es doch den politischen Methoden der Anständigkeit entspricht, daß der Betreffende, der hier wegen Einzelfällen angegriffen wird, im Gesamtkomplex seiner Politik, hier also auf dem gesamten kulturellen Gebiet, dazu Stellung nehmen kann. Der Herr Ministerpräsident hat damals die Widerlegung der Anwürfe gegen den Kollegen *Hundhammer* übernommen. Die Angriffe, die von unseren Parteifreunden gegen *Hundhammer* erhoben worden sind, haben meines Erachtens den größeren Teil der Union außerordentlich schmerzlich berührt.

(Sehr richtig!)

Meine verehrten Herren, wenn wir so weitermachen, daß wir selber prominente Persönlichkeiten aus unseren Reihen angreifen, dann gehen wir den Weg der Zersetzung und zum Abgrund!

(Sehr richtig! Beifall.)

So weit muß eine Partei kommen, daß sie die Autorität und die Achtung vor ihren eigenen Persönlichkeiten herstellt.

(Zuruf: Das gilt für beide Seiten!)

Ich erkläre Ihnen zum Schluß folgendes, damit Sie sich auskennen, denn ich habe nicht Lust, mich im Widerspruch einzelner Elemente zu bewegen: Die Angriffe, die vom Kollegen *Haußleiter* und anderen gegen den Kollegen *Hundhammer* in der Öffentlichkeit erfolgt sind, haben uns veranlaßt, erst recht hinter *Hundhammer* zu stehen!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Als nächster Redner hat sich Herr *Butterhof* gemeldet.
*Rudolf Schwarzer*: Zur Geschäftsordnung! Wenn die Vorstandschaft weiterhin beabsichtigt, die Vertreter der Staatsregierung sprechen zu lassen, dann stelle ich den Antrag, daß diese hintereinander ihre Referate halten.

(Zustimmung und Widerspruch.)

Es ist undenkbar, daß bei der Diskussion, die jetzt hinter dem Referat jedes einzelnen Ministers oder Staatssekretärs beginnt, nur ein Bruchteil der ursprünglich vorgesehenen Zeit für die Ausführungen der Regierungsmitglieder zur Verfügung steht. Ich bitte um Abstimmung über meinen Antrag.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, den Antrag zu formulieren.
*Schwarzer*: Ich beantrage, daß die Mitglieder der Staatsregierung ihren Vortrag halten und daß am Schlusse der Vorträge erst die allgemeine Diskussion stattfindet.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich bitten, den Antrag formuliert heraufzugeben.
*Haußleiter*: Zur Geschäftsordnung!

(Unruhe.)

Meine Damen und Herren, wir haben die Reden zweier Minister gehört. Wir sind beim Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] und beim Landwirtschaftsminister [*Joseph Baumgartner*] so verfahren, daß wir uns über das Referat ausgesprochen haben. Wir wollen, daß die Tagung im Zeichen der inneren Klärung steht. Dazu ist Aussprache notwendig.

(Beifall.)

Ich bin der Überzeugung, daß es richtig ist, wenn wir die Aussprache über das Referat des Kultusministers [*Alois Hundhammer*] fortsetzen. Ich bin persönlich eben apostrophiert worden. Ich möchte auch mein Wort klar und deutlich in dieser Sache sagen. Ich muß hinzufügen, daß mir dies einer der wesentlichsten Punkte zu sein scheint, in denen Klärung erfolgen muß. Ich glaube, die anderen Referate werden keine wesentliche und allzu lange Diskussion nach sich ziehen. Ich bitte Sie deshalb, meine Damen und Herren, hier demokratisch zu handeln und eine klare Aussprache über das Referat des Bayerischen Kultusministers zu ermöglichen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte Parteifreund *Schwarzer*, zunächst zu warten, bis ich das Wort erteile. Ich darf den Antrag formulieren, den *Schwarzer* gestellt hat. Ich bitte mit mir den Wortlaut zu überlegen:

> Die Debatte wird am Schluß der Referate sämtlicher Minister und Staatssekretäre durchgeführt.

*Schwarzer*: Das ist beabsichtigt. Das hat mit Sympathie oder mit der Demokratie gar nichts zu tun. Die Aussprache bleibt ihm auf jeden Fall vorbehalten, wenn auch etwas später.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich glaube, wir kommen rascher vorwärts und bekommen kein solches Durcheinander, wenn wir unseren Modus durchhalten. Ich habe es vorhin wohlüberlegt. Denn wenn Sie zum Beispiel Kulturpolitik und Entnazifizierung und Wirtschaft und alles durcheinander nehmen, dann brauen Sie irgendein Gebräu, das niemand verdauen kann. Infolgedessen bin ich dafür, daß jetzt die begonnene Debatte weitergeführt wird.

(Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe!
Ich darf darauf hinweisen, daß gerade die Fragen, die hier zur Debatte stehen, im Lande draußen einen starken Widerhall gefunden haben.

(Sehr richtig!)

Gerade die Tatsache, daß die Fraktion im Falle *Hundhammer* damals einmütig aufgetreten ist, ist von einem großen Teil der Union, aber nicht durchwegs von der gesamten Union gebilligt worden, so daß ich gerade als Landesvorsitzender ...

(Unruhe.)

Meine Herren, durch lautes Schreien wird es nicht anders; sonst muß ich alle Telegramme herausholen! - Es ist notwendig, daß wir die Stimmung unserer Parteifreunde und der Wähler erforschen, um richtig zu entscheiden. Das ist richtige Demokratie.
Darf ich über den Antrag *Schwarzer* abstimmen lassen. Wer enthält sich?

(Zuruf: Fraktion und Volksvertretung!)

- Zwei Enthaltungen. Wer ist gegen den Antrag Schwarzer? Ich bitte abzuzählen! - Darf ich um die Gegenprobe bitten. - Offensichtlich ist die Mehrheit gegen den Antrag *Schwarzer*.
Erhebt sich ein Widerspruch? - Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann darf ich fortfahren lassen. Als nächster Redner war Parteifreund *Butterhof* gemeldet.
*Beer*: Zur Geschäftsordnung! Ich schlage vor, daß die Zeitdauer jedes Referates für die Diskussionsredner beschränkt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich schlage vor, wenn ein Redner zu lange spricht, gebe ich zunächst durch Aufstehen das Zeichen, daß er kürzen soll.

(Widerspruch.)

Erst dann gehen wir dazu über, die Redezeit zu kürzen.
Ich stelle fest, daß bisher nur noch drei weitere Wortmeldungen zu dieser Frage vorliegen.
*Butterhof*: Meine Damen und Herren! Wenn ich ausgerechnet als Vertreter der jungen Generation, gegen die heute morgen durch Herrn Staatsminister *Baumgartner* ein schwerer Angriff gepflogen worden ist, hier das Wort ergreifen muß, so befinde ich mich in einer etwas schwierigen Lage, denn wir sind dadurch irgendwie in Mißkredit gekommen. Ich möchte aber dazu eines feststellen: Ich habe Gelegenheit gehabt, mit

Herrn Staatsminister [*Joseph Baumgartner*] zu sprechen, und es hat sich herausgestellt, daß der Herr Staatsminister durch eine ihm übergebene falsche Information

(Hört, hört!)

sich als gereizt bezeichnet und damit seine scharfen Anwürfe begründet hat. Herr Staatsminister wird das jederzeit gerne bestätigen.

Ich möchte dies deshalb vorausschicken, weil ja hier nicht ein Streit zwischen unvernünftigen Elementen ausgefochten werden soll, sondern ein Streit um sachliche Dinge, eine Auseinandersetzung zwischen Unionsfreunden. Deshalb mögen Sie auch verzeihen, daß ich als Vertreter der Jungen gerade zu dem Thema Kulturpolitik Stellung nehme, wenn man auch sagt, es sei mehr Sache der Älteren. Aber gerade ein wesentlicher Bestandteil der Kulturpolitik, nämlich die Frage der Erziehung, ist ein bedeutendes Element für die Zukunft unserer ganzen Nation. Sie betrifft unsere eigenen Kinder und hat bedeutenden Einfluß darauf, wie diese Gemeinschaft und ihr Staatsbild eines Tages aussehen wird.

Ich habe mich sehr gefreut, daß der Herr Kultusminister Dr. *Hundhammer* in äußerst sachlichen und genauen Darlegungen im Stande war, einen großen Teil von Verdrehungen und Verleumdungen, die über seine Person und seine Tätigkeit ausgebreitet worden sind,

(Zuruf: Alles!)

zu widerlegen. Er hat nicht alles widerlegt! Denn er konnte gar nicht auf all das viele zu sprechen kommen.

(Sehr richtig!)

Ich überlege mir genau, was ich sage. - Es ist sehr erfreulich, daß damit eine Bereinigung der Atmosphäre eingetreten ist, denn wir sind die letzten, die mit demagogischen Mitteln einen Mann angreifen möchten, der ja auch aus ehrlichem Gewissen und aus Überzeugung heraus seine Arbeit tut. Das wollen wir bei keinem angreifen, auch nicht bei einem politischen Gegner, wenn er einer wäre; am allerwenigsten bei einem Mitglied der Union.

(Beifall.)

Was mir aufgefallen ist und woran ich, wenn es mir gestattet ist, meine Ausführungen anknüpfen möchte, das ist, daß wir eine Unsumme von technischen Einzelheiten gehört haben, während wir gerade darauf begierig gewesen wären, grundlegende Gedanken zur Kulturpolitik zu hören,

(Sehr richtig!)

vor allem grundlegende Gedanken zur Frage der Schulreform, zur Frage der Erziehung, denn auf diesem Gebiete entscheidet sich unsere Zukunft.

(Sehr richtig!)

Herr Staatsminister Dr. *Hundhammer* hat selbst darauf hingewiesen, wie ausschlaggebend die Form des Unterrichts, die Form der Schule, ihre Gestalt und ihr Gehalt für die ganze Gestaltung der Zukunft ist. Gerade deswegen hätten wir es am meisten von ihm erwartet, daß er wesentlicher zu diesen Punkten gesprochen hätte. Ich denke gar nicht daran, mich lächerlich zu machen und vielleicht mit den Kommunisten zusammen wegen der Prügelstrafe eine Propagandaattacke gegen ihn zu reiten. Denn,

meine Damen und Herren, hier ist ein Unglück passiert. Ich glaube, Herr Kultusminister [*Alois Hundhammer*] wird mir nicht widersprechen, wenn ich feststelle, daß man aus dem unglücklichen Wort "Prügelstrafe" eine große Propagandaaktion gemacht hat, die uns allen natürlich geschadet hat. Darüber wollen wir uns im klaren sein.

(Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
*Butterhof*: Ich bin überzeugt, wenn von vorneherein eine Darstellung zu diesem an sich pädagogisch ernsten Problem gegeben worden wäre, wie es heute der Fall war, dann hätten derartige Machenschaften nicht erfolgen können, wie sie in ganz Bayern und darüber hinaus tatsächlich vorgekommen sind.

(Zuruf: Sie sind reichlich naiv!)

Sie meinen, ich sei reichlich naiv. Ich darf auf Ihren Gegenruf antworten. Ich stehe oben in Franken; ich habe dort oben erlebt, wie man über uns hergefallen ist, und zwar wenn wir betont haben, daß ein Streit darüber ja lächerlich sei, daß doch jeder Vater einmal handgreiflich werde, wenn sein Kind ungezogen ist. Ich habe selber kleine Kinder. Wenn man dann immer wieder die Prügelstrafe an den Haaren herbeigezogen hat, so ist klar, daß das im Rahmen einer großen politischen Aktion geschah. Aber wir wollen ja zu dem Punkt zurückkehren, daß der christliche Geist die selbstverständliche Grundlage unserer Erziehung ist. Das steht auch für unsere Jungen fest. Wir denken nicht daran, wie man uns in der letzten Zeit zu unterschieben versucht, eventuell gegen die Konfessionsschule anzugehen. Das muß einmal erklärt werden! Erlauben Sie mir eine persönliche Bemerkung. Ich bin es selbst gewesen, der 1935 auf das entschiedenste für die Beibehaltung des Religionsunterrichts an unserer Volksschule eingetreten ist und der dafür bittere politische und auch berufliche Konsequenzen auf sich nehmen mußte. Sie können also glauben, daß es uns ernst damit ist, wenn wir als Vertreter dieser jungen Generation derartiges aussprechen.
Ich möchte damit aber noch etwas anderes verbinden. Die Betonung des christlichen und des katholischen Standpunktes ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Es erscheint uns nur etwas merkwürdig, wenn es manchmal so dargestellt wird, als ob jede Kritik an der Kulturpolitik des Kultusministers automatisch eine Kritik an der kirchlichen oder christlichen Einstellung wäre.

(Sehr richtig!)

Es ist bedauerlicherweise soweit gekommen, daß in diesen Streit der Meinungen die Ordinariate irgendwie hereingezogen wurden. Es wäre uns lieber gewesen, das wäre nicht passiert. Aber man soll es nicht gleich von vorneherein so darstellen, als ob jede Kritik an der Kulturpolitik unseres Kultusministers auch eine Kritik an der kirchlichen Einstellung zu diesen Fragen wäre. Man kann hier sehr verschiedener Auffassung sein, ohne sich deswegen vom Standpunkt seines Glaubens entfernen zu müssen. Hier liegt ein entscheidender Punkt der ganzen Diskussion, der deshalb so wesentlich ist, weil sich damit die Frage entscheidet, ob nicht hinter der Wahrnehmung kirchlicher oder christlicher Interessen in Wirklichkeit andere Dinge getrieben werden. Meine Damen und Herren, ich beschränke mich ausschließlich auf das Thema Kulturpolitik, weil ich es in fairster Weise vom Herrn Kultusminister erlebt habe, daß er dieselbe Beschränkung strikte eingehalten hat. Er ist nicht auf die anderen Zusammenhänge, die morgen zur Debatte stehen werden, eingegangen. Ich bedauere es sehr, daß

unser Kultusminister nicht in der Lage gewesen ist, vielleicht in Zusammenarbeit mit der Partei, einen Schulplan aufzustellen, den wir mit Erfolg hätten vorlegen können.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Denn dadurch ist die bittere Situation entstanden, daß nun ein Vorschlag des Herrn *Pittroff* zur Diskussion stehen wird, nachdem von unserer Seite nichts mehr gebracht werden kann.

(Dr. *Hundhammer*: Das ist ein Irrtum! Das werden Sie sehen! -
*Krempl*: Das ist lächerlich!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, sich in den Zwischenrufen zu mäßigen.
*Butterhof*: Wenn ich nicht in der Lage bin zu wissen, daß unterdessen vielleicht ein neuer Plan da ist,

(*Krempl*: Vorher schon!)

dann muß ich sagen, ich bedauere es außerordentlich, so schlecht informiert zu sein.

(Zuruf: Unionsblatt!)

Wenn heute unsere Herren Minister einzeln hier oben stehen, um unserer Landesversammlung Bericht über ihre Tätigkeit zu geben, dann bin ich dafür sehr dankbar. Es ist das nicht nur eine Kontrollmaßnahme, die man mißliebig aufnehmen muß, sondern es scheint das meiner Ansicht nach eine ganz wesentliche Voraussetzung für das Verständnis zwischen den führenden Männern und der tagenden Partei zu sein.

(Starker Beifall.)

Ich vermisse also, wie gesagt, hier die grundlegende Linie in der Frage unserer Erziehung, denn es scheint mir nicht damit getan zu sein, daß man sich darauf ausrichtet, die wesentlichen Werte, wie sie bisher bestanden haben, zu erhalten, sondern unsere Erziehungsplanung müßte doch so angelegt werden, daß sie dem Rechnung trägt, was wir heute erleben, nämlich dem vollständigen Zusammenbruch unserer gesellschaftlichen Ordnung und der Notwendigkeit einer neuen Ordnung. Gerade hier hätten wir vom Standpunkt unseres Christentums aus enorm viel zu sagen. Ich bin überzeugt, daß gerade die Christlich-Soziale Union mit dieser Frage den Weg in die Zukunft gehen wird oder nicht. Deshalb bitte ich, sowohl den Kultusminister [*Alois Hundhammer*] wie alle irgendwie beteiligten Gremien der Partei, alles daran zu setzen, um die kulturpolitische Linie der Union, wie sie im Programm angedeutet ist und wie sie unserer christlichen Weltanschauung entspricht, scharf und präzis zu entwickeln und in die Formen zu bringen, die wir bis heute leider vermissen müssen.

(Starker Beifall.)

*Michel*: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte den Antrag stellen, daß die Diskussionsredner nur fünf Minuten sprechen. Es ist 18 Uhr, wir kommen ja nicht durch.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist der Antrag gestellt worden, die Zeit der Diskussionsredner auf fünf Minuten zu beschränken.
*Haußleiter*: Zur Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren, ich bin soeben apostrophiert worden. Es stehen noch auf der Liste der Diskussionsredner mein Name und der eines Parteifreundes aus Oberfranken. Ich meine, Sie können uns die Möglichkeit geben, einige Probleme zu besprechen, die besprochen werden müssen.

(Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich um Ruhe bitten! Meine lieben Freunde, ich beschränke gerade in der Debatte in der Kulturpolitik nicht gerne die Redezeit, denn die Kulturpolitik-Debatte ist notwendig gerade im Hinblick auf die Zusammenarbeit der beiden Konfessionen. Wenn wir die Redezeit beschränken müssen, dann wollen wir lieber irgendwo anders sparen, aber nicht gerade da, wo eventuell Belastungen entstehen können, die wir unter allen Umständen vermeiden müssen.

(Zuruf: Wieviel Redner sind gemeldet?)

Noch sechs Redner!

(Unruhe.)

Ich darf folgendes vorschlagen. Wir haben jetzt 18 Uhr. Wir wollen es so halten, daß jeder Redner, wenn er nichts Bestimmtes zu sagen hat, sich auf fünf bis zehn Minuten beschränkt. Wir wollen aber von einer formellen Beschränkung der Redezeit zunächst absehen. Darf ich Ihnen das vorschlagen? Erhebt sich Widerspruch? - Nein, dann darf ich Einverständnis annehmen.

(Zuruf: Abstimmung über den Antrag, der gestellt ist! - Widersprechende Zurufe.)

Ich habe ausdrücklich gefragt, ob sich kein Widerspruch gegen meinen Vorschlag erhebt. - Es erhebt sich kein Widerspruch; infolgedessen darf ich weiterfahren und als nächstem Redner dem Herrn Minister *Hundhammer* zu einer Stellungnahme das Wort geben.

(Dr. *Hundhammer*: Ich möchte erst am Schluß sprechen!)

Als nächster Redner hat Parteifreund *Prechtl* das Wort.
*Prechtl*: Meine Frauen und Herren, meine lieben Parteifreunde!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
*Prechtl*: Nach dem totalen Zusammenbruch infolge des Zweiten Weltkrieges ist uns eigentlich nichts mehr übrig geblieben als einzig und allein das Kulturgut, das unserem Volke aus der Vergangenheit erhaltengeblieben ist. Auf dieser Grundlage haben wir uns in der Union zusammengefunden, und zwar die beiden großen christlichen Konfessionen, und diese Grundlage muß unter allen Umständen erhalten bleiben. Deshalb hat der Kultusetat und hat die Behandlung der kulturellen Fragen nicht bloß für unsere Union Bedeutung, sondern für unser ganzes bayerisches und darüber hinaus für unser ganzes deutsches Volk.
Ich habe heute mit großer Befriedigung die Rede unseres hochverehrten Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] angehört. Ich brauche deshalb grundsätzlich nicht viel dazu zu äußern. Aber um das eine bitte ich Sie: Soll dieser Kampf um die Kulturgüter unseres Volkes - die christlichen Kulturgüter - von uns bestanden werden, dann müssen wir einig, einig und wieder einig sein! Nur so kann die Union jene Stoßkraft entfalten, die sie braucht, um die vielen Gegner, die heute gegen die christliche Kultur auftreten, in die Schranken zurückweisen zu können, und das erhalten und ausbauen, was wir in unserem Programm bereits umrissen haben.
Was ich noch sagen wollte, ist dies: Es ist soeben von einer Erziehungsreform gesprochen worden. Mein Herr Vorredner scheint den Erziehungsplan auf weite Sicht, der schon lange bekannt ist und von dem Herrn Kultusminister [*Alois Hundhammer*] herausgegeben war, nicht näher gelesen zu haben, sonst hätte er nicht die Frage stellen können, welches grundsätzliche Programm wir irgendwie in der Erziehung haben.

(Sehr richtig!)

Ich bitte ihn also, sich diesen Erziehungsplan auf weite Sicht einmal gründlich vor die Augen zu nehmen.
Meine sehr verehrten Herren, es ist auch ein anderer Erziehungsplan, und zwar als Entwurf, als Vorlage für ein Gesetz vorgelegt worden. In vielen Dingen stehen die beiden zusammen; in anderen aber sind so tiefgreifende, wesentliche Unterschiede vorhanden, daß man sehr wohl darauf acht geben muß, ob dieser zweite Erziehungsplan nicht gegenüber unserem christlichen grundsätzlichen Erziehungsplan ganz andere letzte Ziele verfolgt.

(Sehr richtig!)

Es handelt sich hier nicht bloß um eine zeitlich vorübergehende Angelegenheit, sondern es handelt sich hier um zwei Welten, die einander gegenüberstehen.

(Zustimmung.)

Und wer die Jugend hat und die Jugend erzieht, der hat auch die Zukunft in der Hand.

(Erneute Zustimmung.)

Deshalb, meine Frauen und Herren, bin ich so sehr darauf bedacht und bitte Sie inständig: Halten wir in der Union zusammen, unter allen Umständen, trotz mancher verschiedener Auffassungen in den Meinungen, damit wir unser christliches Kulturgut retten für die Zukunft unseres Volkes.

(Bravo-Rufe und Zustimmung.)

Meine Frauen und Herren, es ist meine persönliche Überzeugung; man hat unserem sehr verehrten Herrn Kultusminister [*Alois Hundhammer* ] da und dort vielleicht eine gewisse Eckigkeit vorgeworfen. Ich tue es nicht; ich sehe in ihm einen Mann, der grundsatzfest ist

(Bravo!)

und der wahrhaft einsteht

(Beifall.)

für unsere christliche Überzeugung. Er steht mannhaft dafür ein und stellt sich vorne an die Spitze und fängt all die giftigen Geschosse auf, die man ja in Bayern nicht erst seit 1945 oder 1946 gewohnt ist, sondern wir sind - möchte ich sagen - alte Hasen. Wir kennen diesen liberalen Kampf gegen jede christlich grundsätzlich eingestellte Kulturpolitik in unserem Volke schon seit Menschenaltern.

(Beifall.)

Kein bayerischer Regierungsmann ist in der Vergangenheit jetzt immer wieder so gehässig von einer gewissen Presse und von einer gewissen Weltanschauungsrichtung angegriffen worden, als nur der Kultusminister.

(Sehr wahr!)

Deshalb sage ich: Wir stehen hinter unserem Kultusminister als Christlich-Soziale Union!

(Bravo-Rufe, Zustimmung.)

Alles andere sind Kleinlichkeiten, alles andere sind Bagatellen und müssen bereinigt werden. Dazu ist heute diese Versammlung da und wird man morgen darüber weiter-

sprechen. Es geht um unser abendländisches christliches Kulturgut auch in unserem bayerischen Volk.

(Zustimmung.)

Darum müssen wir einig sein. Meine sehr verehrten Frauen und Männer von der Christlich-Sozialen Union! Wir müssen einig sein unter allen Umständen für Werk und Leben!
Ich bitte Sie deshalb, einem Antrag, den eine Reihe von Freunden formuliert haben, Ihre Zustimmung zu geben. Ich will den Antrag dann dem Herrn Vorsitzenden übergeben; er lautet:

> Die Landesversammlung der CSU spricht dem Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus [*Alois Hundhammer*] ihr volles Vertrauen für seine mannhafte und grundsatzfeste Haltung aus und erwartet besonders in der Frage der Erziehungsreform die volle Wahrung und Sicherung der in der Verfassung gewährleisteten Grundrechte des bayerischen Volkes.

Ich bitte Sie, meine Frauen und Herren, bei der Abstimmung dieser Entschließung Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Über den Antrag wird am Schluß der Debatte abgestimmt werden. - Als nächster ist Herr *Haußleiter* zu Wort gemeldet.
*Haußleiter*: Meine Damen und Herren! Ich werde hier nicht über die Einzelheiten sprechen, mit denen der Herr Kultusminister seinen Standpunkt dargelegt hat, denn die Behauptungen, die er widerlegt hat, sind nicht von mir aufgestellt worden. Ich kann hier höchstens zwei Behauptungen diskutieren, und diese zwei muß ich vielleicht auch hier besprechen. Die eine ist die, daß er gesagt hat, es sei sein Werk, daß der Bayerische Ministerpräsident den Namen Dr. *Ehard* trage. Meine Damen und Herren, nur um der Klarheit willen, die wir anstreben, muß ich sagen: Der Kandidat, den in der Fraktion Herr Dr. *Hundhammer* vorgeschlagen hat, hat den Namen Dr. *Pfeiffer* getragen.

(Hört! - Teilweise Zustimmung.)

Hier muß ein Irrtum vorliegen.

(Große Unruhe.- Zuruf: Zur Sache!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf um Ruhe bitten! - Herr *Schäfer*, darf ich Sie bitten, sich in Ihren Zwischenrufen zu mäßigen!
*Haußleiter*: Ich spreche hier genau zur Erklärung des Bayerischen Kultusministers.
Ich nehme eine zweite Einzelheit vorweg, zu der ich auch aus eigener Erfahrung etwas sagen kann. Das ist der Fall Kulmbach. Dort ist ein Student aufgetreten, offenkundig ein ungeschickter Redner, und ist dafür eingetreten, daß Fragebogenfälschungen legal seien. Der Kultusminister hat ihm mit Recht gesagt, das geht nicht. Da habe ich mich mit ihm völlig in Übereinstimmung befunden. Daß der Kultusminister aber dann hergeht und in der Rolle eines Gendarmen die Personalien aufnimmt, das, meine Damen und Herren, ist eine jener Ungeschicklichkeiten,

(Widerspruch.)

die er zu begehen pflegt.

(Widerspruch, Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich um Ruhe bitten, meine lieben Freunde! Durch Schreien überzeugt man nicht. Ich bitte also, einwandfreie Zwischenrufe zu machen.
*Haußleiter*: Hier sind wir bei einem wesentlichen Punkt angelangt, und den muß ich zur Sache besprechen, weil es der Punkt ist, in dem entweder Einigung möglich ist oder in dem eine Klärung erfolgt. Das ist folgendes:

(Zuruf: Das machen wir morgen!)

Es ist nicht richtig, wenn der Bayerische Kultusminister behauptet, er werde nur deshalb angegriffen, weil sein Programm ein Programm des Christentums, ein Programm des Humanismus und ein Programm der Heimatliebe sei.
Hier müssen wir einen Schritt tiefer gehen; und erlauben Sie mir, daß ich das ganz kurz tue. Es muß geschehen, sonst würde die verhinderte Diskussion ihre Folgen haben!

(Zurufe: Oho! - Widerspruch.)

Da sage ich Ihnen folgendes: Nicht die Einzelheit ist es, die das Wesentliche an diesen Aussprachen um den Kultusminister ist. Wir müssen von ganz anderen Gesichtspunkten ausgehen.

(Zuruf: Aha!)

Herr Dr. *Hundhammer* hat ja schon vor seiner Übernahme des Kultusministeriums eine ganz klar umrissene Rolle in der bayerischen Politik gespielt; und diese Rolle wurde am klarsten dargestellt in der Verfassunggebenden Versammlung. Dort hat die Fraktion zu zahlreichen entscheidenden Fragen nicht Stellung genommen, aus dem ganz einfachen Grunde, weil dem Herrn Dr. *Hundhammer* als Fraktionsvorsitzendem eine Frage über alle ging: Das war die Frage des Bayerischen Staatspräsidenten.

(Widerspruch. Zustimmung.)

Von hier aus ist die Diskussion um ihn entstanden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! Ich bitte vor allem um Ruhe in den Bänken der Abgeordneten, die ein gutes Vorbild für die Landesversammlung geben sollen!
*Haußleiter*: Ich sage Ihnen folgendes: Heute erklärt er, er sei der Vorkämpfer der Konfessionsschule. Gut, er muß sie durchführen, sie ist in der Verfassung festgelegt. Aber daß sie in der Verfassung steht, das ist nicht in eingehenden Fraktionsverhandlungen beraten worden. Dort ist im Verfassungsausschuß sehr erheblich improvisiert worden.

(Zurufe: Oho!)

Ich war dort dabei gewesen, und ich hatte den Eindruck, daß selbst die Konfessionsschule für den Dr. *Hundhammer* nicht eine Frage von erster Wichtigkeit sei. Dort hat er in der Diskussion sehr darauf geachtet, daß Herr Dr. *Hoegner* mit seinen Maßnahmen einverstanden ist.

(Hört, hört!)

Und hier muß ich Ihnen sagen: Draußen im Lande heißt das Programm Dr. *Hundhammers* nicht christlich, humanistisch, Heimatliebe. Dort hat es eine andere Reihenfolge der Werte; dort kommt zuerst bayerisch!

(Teilweise stürmischer Beifall, dann widersprechende Zurufe und große Unruhe.)

Dann kommt erst "christlich"!

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! Meine Herrschaften, so führt man keine sachliche Aussprache!

(Tumult. - Zurufe: Herunter! Demagoge!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich um Ruhe bitten!

(Weitere Unruhe. - Dr. *Horlacher*: Ordnung halten!)

*Haußleiter*: Dann kommt erst das Wort christlich.

(Anhaltende Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir so weiterfahren, dann brauchen wir nicht mehr an den Anfang jeder Rede zu stellen, daß wir die Union erhalten wollen, denn Terrorismus wird die Union nicht retten, sondern nur eine sachliche Aussprache! - Ich bitte vielleicht den Redner, zur Sache, zu den Ausführungen Dr. *Hundhammers*, vorweg Stellung zu nehmen; ich bitte dann aber auch, sich konkret zu Wort zu melden!

(Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Ich muß zur Geschäftsordnung sprechen!)

Meine Damen und Herren, wenn keine Ruhe eintritt, können wir nicht fortfahren.

(Erneute Zwischenrufe.)

Zunächst muß Ruhe eintreten, Herr Präsident *Horlacher*!

(Dr. *Horlacher*: Die soll ja herbeigeführt werden!)

Jetzt darf ich Herrn Präsidenten *Horlacher* das Wort zur Geschäftsordnung erteilen. Ich bitte aber die Versammlung zu erklären, daß sie damit einverstanden ist, daß ich den Redner unterbreche und dem Präsidenten *Horlacher* das Wort erteile.

(Widerspruch.)

Es erhebt sich Widerspruch: Darf ich darüber abstimmen lassen. Soll ich den Redner unterbrechen und dem Parteifreund *Horlacher* das Wort erteilen oder nicht? Wer enthält sich? - Wer ist dagegen, daß der Redner unterbrochen wird und *Horlacher* spricht? - Das ist offenkundig die Majorität, weil auf der Galerie nahezu die ganzen Bezirksverbände Unterfranken und Schwaben geschlossen gestimmt haben. Darf ich um die Gegenprobe bitten! - Das ist die Minorität! *Haußleiter* hat wieder das Wort.
*Haußleiter*: Meine Damen und Herren, ich bitte, mich ausreden zu lassen. Ich glaube, Sie haben mich zu früh unterbrochen.

(Widerspruch und erneuter Lärm.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde, ich erkläre jetzt: Wenn jemand die Ruhe stört, sehe ich mich verpflichtet, von dem Recht Gebrauch zu machen, auch einen Delegierten aus dem Saale zu weisen.

(Spontaner Beifall.)

Ich bitte um Ruhe und bitte *Haußleiter* fortzufahren!
*Haußleiter*: Ich habe gesagt: Die Rangordnung der Werte nach den Reden Dr. *Hundhammers* draußen scheint mir zu sein bayerisch, christlich, sozial. Gut, meine Damen und Herren, wir wollen uns heute klärend auseinandersprechen.

(Heiterkeit.)

Ich sage Ihnen, für mich ist die Union eine christlich-soziale Partei in Bayern. Nun bin ich der Überzeugung, daß Dr. *Hundhammer* nicht zuerst angegriffen wird wegen seines christlichen Standpunktes und nicht zuerst wegen seiner sozialen Politik, sondern wegen der ausgesprochenen Betonung der bayerischen Politik.

(Widerspruch.)

Gut, wir wollen das doch klären.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
*Haußleiter*: Das ist eine Definition. Bitte, lassen Sie doch das klärende Gespräch weiterführen: Es hat doch sonst keinen Sinn, wenn wir uns hier aussprechen.

(Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer nicht fähig ist, einen Mann anzuhören, der anderer Auffassung ist, der möge jetzt gleich aus dem Saale gehen!

(Beifall. - Dr. *Baumgartner*: Herr Parteivorsitzender,
das haben Sie bei *mir* nicht gesagt!)

Herr Dr. *Baumgartner*, es ist heute früh die Zustimmung gegeben worden zu der Fortführung der Versammlungsleitung durch mich, wie sie durchgeführt worden ist. Hätten Sie vorhin während Ihrer Rede gerügt, dann hätte ich genau die gleiche Haltung eingenommen!

(Dr. *Schlögl*: Sie sind in der Hoffnung auf morgen, wenn wir dann reden!)

Herr Dr. *Schlögl*, es bleibt Ihnen vollkommen frei, morgen Kritik zu üben. Aber ich setze voraus, daß in der Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union die Anständigkeit herrscht und der anständige Ton.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Ich bitte um Ruhe! *Haußleiter* spricht weiter.
*Haußleiter*: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir Franken droben gute Bayern sind, und ich verwahre mich gegen die fortgesetzte Verdächtigung, die uns gegenüber ausgesprochen wird.

(Beifall.)

Aber eines muß ich Ihnen auch sagen: Wir müssen hier die Frage der christlichen Kulturpolitik diskutieren. Da sind ganz bestimmte Grundsätze zu vertreten, die die Lehren aus dem nationalsozialistischen Zusammenbruch sein müssen. Und hier unterscheide ich mich in einigen Punkten grundsätzlich von Dr. *Hundhammer*.

(Zurufe.)

Bitte, hören Sie mich an, es scheint mir notwendig, das Gespräch zu fördern.
Ich möchte folgendes voranstellen: Die Ursache des Nationalsozialismus war weitgehend darin zu suchen, daß der Deutsche bis zu einem gewissen Grade autoritätsgläubig, autoritätshörig erzogen ist, daß er bis zu einem gewissen Grade Untertan ist. Heute stehen Millionen von Mitläufern vor uns und fragen uns: Was haben wir verbrochen? Wir sind doch nur gute Untertanen gewesen! Nun meine ich, hier müßte die Erziehungsreform einsetzen, hier müßten wir neue Wege zur Erziehung des sicheren Staatsbürgers suchen; und hier muß sowohl das Elternhaus wie die Schule sehr rasch neue Methoden gewinnen. Wir Deutschen brechen beim drei- bis vierjährigen Kind in der Trotzperiode schon den eigenen Willen. Das ist eine pädagogische Lehre. Und wir haben den Begriff der äußeren Disziplinierung in der Schule.

Ich bin für die innere Persönlichkeitsformung. Da gibt es heute die Möglichkeit der demokratischen Selbstverwaltung in der Schule. Da gibt es die Möglichkeit, die Kinder zur Mitarbeit bei Schulzensuren heranzuziehen.

(Heiterkeit.)

Ja, das gibt es! Da gibt es ganz neue Wege, um die Persönlichkeit im Kinde zu stärken.

(Zuruf: Das gibt es schon seit 30 Jahren, das ist ein alter Hut!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! Wer durch Zwischenrufe die Ordnung stört, den weise ich aus dem Saal.

(Widerspruch, Zustimmung.)

Es sind selbstverständlich Zwischenrufe erlaubt, aber nicht die Versammlung störende Zwischenrufe. Ich bitte um Ruhe!
*Haußleiter*: Wenn nun der Kultusminister [*Alois Hundhammer*] diese Frage, die geboren ist aus der Not der Zeit, in den Vordergrund der Diskussion gestellt hätte, dann, glaube ich, hätten wir eine andere Diskussionsbasis mit der Militärregierung gewonnen. Er hat gute Ideale in dem Erziehungsplan auf lange Sicht erwähnt. Aber er hat nicht den neuen Willen von innen her zum Ausdruck gebracht, den wir heute gestalten müssen. Sonst gehen wir den Weg zu den alten Fehlern zurück.
Hier hat sich etwas sehr Unglückliches ereignet, und das muß diskutiert werden. Statt diesen Willen zur Erziehung der in sich sicher ruhenden Persönlichkeit klar herauszustellen, hat der Kultusminister auf Briefe, die von draußen gekommen sind, eine Abstimmung veranstaltet, die in diesem Augenblick ein Unglück war für die christliche Schulreform, die wir anstreben, für die Auseinandersetzung, für das Gespräch mit der Militärregierung,

(Widerspruch.)

die meiner Ansicht nach auch kompromittierend war für das Land Bayern, an dem wir hängen.

(Großer Widerspruch.)

Ich bin der Überzeugung, daß hier der Kultusminister erheblichen Schaden angerichtet hat.

(Teilweise Zustimmung, Widerspruch. Zuruf: Die anderen Kräfte waren es, die den Schaden angerichtet haben!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Braun*, ich bitte Sie, sich eines anständigen Tones zu befleißigen, denn ich nehme an, daß Sie ein Demokrat sind. - Ich bitte den Redner weiterzusprechen.

(Zuruf: Beschränken!)

*Haußleiter*: Ich werde mich kurz fassen; ich werde sehr knapp sein. Ich möchte nur an diesem einen Beispiel zeigen, daß es in diesem Fall nicht der Kampf um eine wirklich humanistische, um eine wirklich christliche Schule, sondern daß es eine ausgesprochene Ungeschicklichkeit des Kultusministers gewesen ist,

(Zurufe: Oho! - Widerspruch.)

die eine unglückliche Entwicklung mit sich gebracht hat.

Ich will nicht andere Beispiele bringen. Ich muß Ihnen aber eines sagen: Andere Sorgen gibt es, die uns auch bei der Schule bewegen! Ich höre hinein in die Schulkinder. Sie wissen und sie spüren es draußen: Eine neue Welle des Nationalismus ist im Anrollen begriffen, eine neue Welle, die die Gemüter sofort hochgehen läßt. Ich habe neulich in einer Versammlung einen solchen Redner erlebt; da tobte der Saal vor Begeisterung. Ich spreche mit sehr vielen Lehrern an Mittelschulen; sie sagen mir, das erste Wort, das von den Kindern als nationalistisch empfunden wird, läßt sie sofort in Begeisterung geraten.
Da ist auch eine Gefahrenquelle vorhanden. Und sehen Sie, meine Damen und Herren, da vermisse ich die Steuerung durch das Kultusministerium. Da sehe ich, daß diesem provinziellen Chauvinismus, der so sehr charakteristisch war für unsere Mittelschulen, nicht mit der nötigen Energie entgegengetreten wird und daß hier Fehler begangen werden. Der Chauvinismus und der Patriotismus unserer ein wenig engen Lehrer war die Ursache dafür, daß man uns zu Nationalisten erzogen hat. Wir müssen darüber klar sehen. Hier muß die Reform eintreten; und diesen Reformplan erwarten wir als erstes vom Bayerischen Kultusministerium.

(Zustimmung.)

Statt dessen steht in dem Schulreformplan - *Hundhammer* hat darüber gesprochen -, man könne die Schulgeldfreiheit angesichts der Armut unseres Landes nicht einführen. Ein kurzes Wort dazu, meine Damen und Herren! Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die wahre Demokratisierung unserer Schule darin besteht, die Söhne aus allen Klassen und Ständen unseres Volkes auf die Mittelschulen und auf die Universität bringen zu können.

(Zustimmung.)

Und dafür ist die Befreiung vom Schulgeld, ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
*Haußleiter*: - die Lernmittelfreiheit eine Voraussetzung. Die Schulgeldfreiheit macht nach den Zahlen, die ich gelesen habe, 2% des Kultusetats aus. Gut, meine Damen und Herren, heute ist es möglich, dieses Geld aufzubringen. Wie die Frage nach der Währungsreform sich entwickelt, soll dann unsere Sorge sein.
Eines steht fest: Die echte Demokratisierung unserer Mittelschulen ist notwendig. Sie ist nicht dadurch möglich, daß man den Hochbegabten zwingt, zwei Jahre länger mit Minderbegabten auf einer Schulbank zu sitzen. Hier vertrete ich durchaus den Standpunkt des Herrn Dr. *Hundhammer*. In Rothenburg ist ein Redner aufgetreten, der vielleicht nicht genauer informiert war, der hat gesagt: Ich sehe hier in der Diskussion über die Einheitsschule zwei Linien: das eine ist Dr. *Leo Weismantel* und das andere ist *Hundhammer-Haußleiter*.

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren, ich vertrete in manchen Dingen einen Standpunkt, der dem seinen ähnlich ist.
Aber meine Gründe und meine Motivierungen sind andere. Wir müssen ausgehen von der wirtschaftlichen Not,

(Zuruf: Schluß!)

die es einem Arbeitersohn unmöglich macht, bis zu seinem 24., 25. Lebensjahr zu studieren. Wir müssen also das Studium für die Hochbegabten zusammendrängen. Das

wird auch die amerikanische Militärregierung verstehen, wenn wir es ihr klar sagen. Ich bin der Überzeugung, daß wir hier als Demokraten unseren deutschen Standpunkt zu vertreten haben.

(Zustimmung.)

Nun aber, meine Damen und Herren, ein weiteres Wort; und auch hier muß ich dem Kultusminister antworten. Er hat gesagt, man werfe ihm vor, daß er es sei, der Herrn *Loritz* zum Minister gemacht habe. Sehen Sie, das liegt in der Linie seiner Zusammenarbeit mit Dr. *Hoegner*. Das ist eine Zusammenarbeit, deren Hintergründe für uns vielleicht noch einmal sehr reizvoll werden. Ich habe manches Mal den Verdacht, als steckten Träume hinter dieser Zusammenarbeit, die sich nicht ohne weiteres klar formulieren lassen. Und gerade diese Träume im Hintergrund machen uns eine offene Aussprache so furchtbar schwer.

(Sehr richtig! Beifall.)

Das ist Herrn Dr. *Hundhammer* mit Herrn Dr. *Hoegner* gemeinsam. Ich weiß es nicht, es ist eine Frage. Vielleicht gibt uns der Kultusminister eine klare Antwort. Ich weiß also nicht, ob es der Traum von einer königlich-bayerischen Arbeiter- und Bauernpartei gewesen ist. Aber ich möchte sagen: Klarheit sollen wir fordern über dieses merkwürdige Triumvirat, das da bestanden hat, aus Dr. *Hoegner*, Dr. *Hundhammer* und dem sehr merkwürdigen Herrn *Loritz*.

(Zustimmung.)

Dr. *Hundhammer* hat erklärt, er sei nicht allein verantwortlich. Ich erinnere mich an die kalte Dezembernacht des 21. Dezember.

(Widerspruch und Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich um Ruhe bitten! Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe den Redner deswegen nicht unterbrochen, weil auch der Herr Kultusminister die allgemeine Politik in sein Referat hineingenommen hat. Ich halte es aber für zweckmäßig, daß der Diskussionsredner wirklich zumindest in der Hauptsache zur Frage der Kulturpolitik spricht. Wenn Sie das andere streifen, genügt es, wenn es höchstens mit einigen Sätzen geschieht.

*Haußleiter*: Gut, einen Satz noch, meine Damen und Herren! Denn die Tragödie *Loritz* kennen Sie ja ganz genau. Der eine Satz, den ich noch sagen werde, ist der: Wir lehnen den Bayerischen Kultusminister nicht deshalb ab,

(Widerspruch.)

weil er christlich denkt, weil er sozial denkt, weil er Heimatliebe an den Schulen verkörpert haben will, sondern weil er es ungeschickt tut in einer Weise, die den christlichen Standpunkt kompromittiert,

(Widerspruch und Pfui-Rufe. - Zustimmung.)

wie in dem Fall *Loritz*!

(Anhaltende Unruhe und Tumult.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! Ich darf nochmals wiederholen: Ein Demokrat muß den anderen anhören können!

*Haußleiter*: Und wir lehnen Dr. *Hundhammer* auch ab, weil seine gemeinsame Politik mit Herrn *Loritz* ...

(*Hagn*: Ich beantrage Wortentziehung ...)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Parteifreund *Hagn*, der Redner wird nicht unterbrochen!

(*Hagn*: ... weil er die Union diskreditiert!)

Ich muß den Parteifreund *Hagn* zur Ordnung rufen, denn er muß sich, wenn er den Redner in einer solchen Rede unterbrechen will, zumindest zu Wort melden.

(Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe! Der Redner spricht weiter; ich bitte ihn aber, zu Ende zu kommen.

*Haußleiter*: Wir lehnen den Bayerischen Kultusminister Dr. *Hundhammer* ab, weil seine betonte Zusammenarbeit mit Herrn *Loritz* zu einer Blamage für das Land Bayern geführt hat, die sich äußerst bedenklich auswirkt

(Zustimmung.)

und die meiner Ansicht nach eine schwere Belastung für die junge bayerische Demokratie gewesen ist.

(Lebhafter Beifall. - Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich um Ruhe bitten, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile. Meine lieben Freunde, ich darf ein für allemal erklären: Sind Sie doch nicht so empfindsam! Wie empfindsam hätte ich in der ganzen Zeit sein müssen, wenn ich jedes Wort so tragisch genommen hätte, wie manche von Ihnen, denen nur zugemutet wird, eine Rede anzuhören!

(Zustimmung. - Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich beantrage, daß außer den angemeldeten Rednern keine weiteren Redner zugelassen werden!)

Es wird soeben Schluß der Rednerliste beantragt. Darf ich über diesen Antrag abstimmen lassen.

(Widerspruch. - *Krempl*: Wenn aber die anderen beleidigt werden!)

Parteifreund *Krempl*, bitte melden Sie sich zu Wort! Geben Sie als Abgeordneter ein gutes Beispiel!

(Lebhafter Beifall. - *Krempl*: Herr Vorsitzender, ich habe nur eine Zwischenbemerkung zu machen!)

Ich bitte um Ruhe! Sie müssen, wenn Sie das Wort wollen, sich zur Geschäftsordnung melden.

Ich darf über den Antrag auf Schluß der Rednerliste abstimmen lassen. Wer enthält sich?

(Zuruf: Wer ist noch vorgemerkt?)

Wer ist gegen den Antrag auf Schluß der Rednerliste? - Es wird gewünscht, daß ich vorher vorlesen lasse. Das ist selbstverständlich. Ich lasse vorlesen, wer gemeldet ist.

Zweiter Schriftführer [*Josef Plonner*]: *Huber*, Dr. *Kroll*, *Braun Alois*, Dr. *Wildenauer*.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit sind also die Redner bekannt. Ich darf dann die Abstimmung über den Antrag auf Schluß der Rednerliste wiederholen. Wer enthält sich? - Wer ist gegen Schluß der Rednerliste? - Ich darf feststellen, daß das offensichtlich die Minorität ist. Damit ist die Rednerliste abgeschlossen.

Als nächster Redner hat *Huber* das Wort.

*Huber*: Meine Damen und Herren! So schön der Anfang der heutigen Versammlung war, so häßlich ist der weitere Verlauf allmählich geworden.

(Sehr richtig!)

Fragen wir uns einmal: Was schadet denn der Union am meisten? Ist es die Kulturpolitik Dr. *Hundhammers* oder ist es der Streit, der sich in unserer Partei selbst entfaltet hat?

(Zustimmung.)

Es gibt gar keinen Zweifel: Die Kulturpolitik Dr. *Hundhammers* schadet unserem Volke und unserer Partei bestimmt nicht!

(Beifall.)

Es ist vollständig zwecklos, noch stundenlang darüber zu sprechen. Ein Teil schließt sich eben den Ansichten Dr. *Hundhammers* hier nicht an. So wird es zweckmäßig sein, über den Antrag, der bereits eingebracht ist, schnellstens abzustimmen.

(Sehr richtig!)

Dann werden wir zum Ziele kommen - denn wir könnten acht Tage so fortmachen.
Jetzt nur einige kleine Bemerkungen zum Züchtigungsrecht. Stellen Sie sich einmal vor: In der Familie fehlt der Vater; der Lehrer hat das Recht nicht, den ungezogenen Jungen zu züchtigen. Wie soll der Lehrer diesen jungen Bengel da weiter erziehen? Das ist nicht möglich! Manche Mutter wird zum Lehrer kommen und sagen: Prügeln Sie ihn, wenn er es braucht; ich kann es nicht machen. Ich bitte, daß mein Kind gut erzogen wird; mir selbst fehlen die Kräfte dazu!

(Sehr richtig!)

Es wird keiner totgeschlagen. Es hat auch - wie Dr. *Hundhammer* bereits selber schon gesagt hat - gar keinen Zweck, den Kindern zu sagen: Der Lehrer darf euch nichts tun! Die hören ja gar nicht mehr darauf, denn es fehlt schon vielfach vom Elternhause aus.

(Sehr richtig!)

Man soll es nicht ausschließen, daß die Kinder, die in der Erziehung etwas zu missen haben, nicht doch noch zu brauchbaren Menschen gemacht werden.
Ich nehme nicht an, daß unter den Lehrern welche sind, die grundsätzlich bloß mit Prügeln den Kindern etwas beibringen wollen. Es wäre also Zeit, über dieses Thema, das ja nur die Presse so groß gemacht hat, endlich zu schweigen. Wenn die Eltern ihre Kinder so erziehen, daß die keine Prügel brauchen, dann bekommen sie keine mehr.

(Zustimmung.)

Was nun noch die Studenten anbelangt, ob es jetzt bayerische sind oder preußische oder sonst welche, die in unsere Schulen wollen, so wird doch niemand mehr dasein, der sich nicht dem Standpunkt unseres Kultusministers anschließt. Zuerst kommen unsere bayerischen Söhne in die Schulen;

(Zustimmung.)

und wenn noch Platz vorhanden ist, dann können auch noch andere hineinkommen! Hier muß man doch einen grundsätzlichen Standpunkt einnehmen.

Zuallererst darf man sagen: 90% von dem, womit gegen unseren Kultusminister ins Feld gezogen wurde, war nur reine Gehässigkeit und nichts anderes!

(Zustimmung. - Zuruf: In den eigenen Reihen! - Gegenruf: Zumeist!)

Ich bin der Überzeugung, daß mit der Kulturpolitik Dr. *Hundhammers* das bayerische Volk, zumindest aber die CSU, zufrieden sein kann.

(Beifall.)

Ich will heute keine weiteren Ausführungen machen. Das andere behalte ich mir, genauso wie die anderen Herren, für morgen vor. Nur einen Wunsch habe ich für morgen: Sachlich zu bleiben und das zu beschließen, was notwendig ist, um die Christlich-Soziale Union zu einigen und zu stärken!

(Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nächster Redner ist Dr. *Kroll*. Ich bitte um Ruhe!
Dr. *Kroll*: Meine lieben Parteifreunde!

(Zuruf: Lauter! - Fünf Minuten!)

Die Dinge, die zu Auseinandersetzungen hier im Saale führten, werde ich nicht berühren.

(Bravo-Rufe.)

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß jede Gruppe bei dieser außerordentlich bedeutungsvollen Versammlung der Union sich so verhalten muß, daß sie schon, wenn sie schon auch mit einem Gegner in den eigenen Reihen eventuell zu sprechen hat, ihm zunächst ausdrücklich sagen muß, für was für einen Menschen sie ihn hält. Und ich darf Ihnen sagen, daß ich Herrn Dr. *Hundhammer* meine ganz persönliche Hochschätzung entgegenbringe.

(Zustimmung.)

Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß, wenn es sich um Schwierigkeiten in der Union handelt, sie nicht in erster Linie im Rahmen seiner Kulturpolitik zu suchen sind; und das ist allein hier zu Diskussion stehend. Ich möchte im Gegenteil zum Ausdruck bringen, daß ich, der ich kein geborener Bayer bin, mich glücklich schätze, in einem im Kultursektor christlich verwalteten Lande leben zu dürfen,

(Bravo!)

und zwar deshalb, weil ich glaube, daß der Ansturm des Massenmaterialismus und die Zersetzung der christlichen Werte noch keineswegs vorüber ist.

(Zustimmung.)

Wir müssen die christlichen Bataillone stärken und müssen die Männer unterstützen, die sich redlich Mühe geben, christliche Kulturpolitik zu machen. Das sei einleitend gesagt.
Weder zur Prügelstrafe etwa, wie man sie unschön genannt hat, noch zu den Schulreformplänen, wie sie hier zur Diskussion stehen, wird vielleicht hier ein abschließendes Wort gesprochen werden können. Eines ist selbstverständlich: Ich bin überzeugter Christ, und für mich gilt auch noch das Alte Testament. Wenn dort in den Büchern der Weisheit davon gesprochen wird, daß man die Rute gebrauchen soll, weil man sonst möglicherweise dafür verantwortlich gemacht wird, daß die Kinder abweichen

von den Grundsätzen elterlicher Haltung, dann ist das für mich eine Weisheit, die über die Jahrtausende hinweggehen wird, ob es modernere Erziehungsmethoden geben wird oder nicht.

(Beifall.)

Ich selbst habe eine Erziehung hinter mir, in der davon bisweilen Gebrauch gemacht wurde, und ich glaube heute immer noch, daß es notwendig gewesen ist.
Auf der anderen Seite habe ich es aus der Diaspora kommend immer schmerzlich empfunden, wenn sich das Christentum einkapselt; und das ist der Punkt, wo ich mich vielleicht in der Haltung - ich weiß nicht einmal, ob wirklich - von Dr. *Hundhammer* unterscheide. Wir haben in den letzten Jahrhunderten eine christliche Entwicklung durchgemacht, die rein defensiven Charakter trug. Der Ansturm des Atheismus hat uns gewaltig zurückgeworfen und hat manchmal auch in der kirchlichen Haltung einen Glauben aufkommen lassen, als sei es am besten, um uns herum eiserne Mauern zu ziehen. Ich weiß noch nicht, ob die Stunde der Defensive bereits vorüber ist. Aber sicher ist, daß wir die Kräfte geistiger Art sammeln müssen, die eines Tages auch zu einer christlichen Offensive führen können.

(Sehr gut! - Zustimmung.)

Ich fühle mich deshalb so besonders glücklich, in Bayern zu sein, weil ich hier noch einen breit fundierten christlichen Glauben finde, aber ich würde es bedauern, wenn Bayern eines Tages glauben sollte, in der Abgeschlossenheit seines Bayerntums sich den Glauben erhalten zu können. Ich bin überzeugt, daß wir eines Tages vom christlichen Süden her zur christlichen Offensive werden schreiten müssen, wenn wir das Abgleiten Europas in den Nihilismus verhindern wollen.

(Beifall.)

Es gehört zu jenen Wahrheiten ewiger Art, die ein *Reinhold Schneider* in einem seiner Sonette ausgedrückt hat, daß es nun einmal zwischen Gott und Luzifer keinen Platz Raum [sic!] auf dieser Erde gibt, um den nicht gerungen würde. Um jeden Fußbreit Raum muß gerungen werden; und ich bin überzeugt, daß bloße Defensive letztlich nicht hinreichend sein wird, um das Christentum zu erhalten. Aus diesem Grunde berühren mich immer diejenigen Punkte in den Reden des von mir sehr verehrten Dr. *Hundhammer* schmerzlich, in denen ich den Eindruck gewinne, als sei die Abkapselung eines noch christlichen Restgebietes in Europa unter Umständen doch das Ziel seiner Tätigkeit. Nur dies eine möchte ich vermieden wissen, daß man sich hier vielleicht auf eine Insel der Seligen zurückzieht.
Wir müssen allerdings in diesem Raume klar christliche Grundsätze zur Verwirklichung bringen. Und da bin ich wiederum der Meinung, sollte man nicht gar zu ängstlich dort in Koalitionen eingehen, wo das Mehrheitsvertrauen des Volkes die alleinige Berufung der Union zur Verantwortung seinerzeit gewollt hat.

(Starker Beifall.)

Auch das scheint mir ein Restbestand christlich defensiver Haltung zu sein; und ich habe immer das Gefühl, daß, wenn wir uns gar zu wenig trauen, die Welt recht hat, wenn sie erklärt: Über diese Christen gehen wir doch noch eines Tages zur Tagesordnung über!

(Erneute Zustimmung.)

Das allein sind die Gründe, die mich bewogen haben, hier zu sprechen.

Meine lieben Freunde aus Bayern! Sagt bitte nicht, daß jeder, der freiwillig zu Euch kam, wieder ausgewiesen werden muß. Ich weiß nicht, Dr. *Hundhammer*, ob das Zitat, das hier aus der Waldsassener Rede gedruckt wurde, wirklich stimmt; ich bin jetzt sehr vorsichtig mit allem, was ich bekomme. Aber da heißt es in einem Passus:

> Wir verlangen, daß auch dem Grundsatz der bayerischen Heimat Rechnung getragen wird. Wir dürfen nicht an die Wand gedrückt werden.

- Vollkommen richtig! -

> Wer freiwillig zu uns gekommen ist, der muß wieder ausgewiesen werden. Das muß unser oberster Grundsatz bleiben.

Liebe Freunde, ich bin freiwillig nach Bayern gekommen, was man so freiwillig nennt, und zwar deshalb, weil ich einmal zwölf Jahre die Methoden einer tyrannischen, mordgierigen Diktatur erfahren habe und - wie es heute Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] so schön gesagt hat - darauf verzichte, statt durch jene braun angestrichenen Gitter von Gefängnisfenstern durch die rot angestrichenen in die Welt hinauszublicken.

(Beifall.)

Man geht als Christ schließlich dorthin, wo man Gleichgesinnte findet; und man empfindet es als schmerzlich, nicht immer richtig verstanden oder mit jenen verwechselt zu werden, die nur aus Konjunktur nach Bayern kamen. Vielleicht wäre es besser, wenn die Formulierung - und darum geht es wohl - in den Reden von Dr. *Hundhammer* manchmal so abgewogen wäre, das nicht alles, was von draußen hier ist, über einen Kamm geschert wird.
Man muß diese Kritik verstehen, die sachlich sein will und die der Sorge auch um eine zukünftige christliche Entwicklung Rechnung trägt. Der Ansturm des Massenmaterialismus ist heute geistig bereits zerbrochen; siehe die führenden Wissenschaftler, siehe *Planck* und alle anderen: Fünf Nobelpreisträger haben im vergangenen Wintersemester in Göttingen allein über das Thema Religion und Naturwissenschaft gelesen. Und ich glaube, wenn die Führung sich bekehren wird, werden eines Tages mit Gottes Hilfe die Massen ihr folgen müssen. Dann aber wird es an der Zeit sein, daß Bayern sich anschickt, die Tore zu öffnen, um christliche Kräfte - sagen wir einmal, Kulturpioniere und Missionare - nach draußen zu entsenden, wie es das vor mehr als tausend Jahren getan hat.
Diese Haltung erwarte ich vom Bayernland und von seinem christlichen und verantwortungsbewußten Kultusminister [*Alois Hundhammer*].

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nächster Redner ist *Braun Alois*. - Er verzichtet.
Nächster Redner ist Dr. *Wildenauer*.
Dr. *Wildenauer*: Ich will mich kurz fassen. Ich will nur betonen, daß ich, wie viele andere in Südbayern und im Frankenlande der Ansicht bin, daß der Herr Kultusminister eine klare christliche, soziale und bayerische Politik vertritt, eine Politik, die in ihren Grundsätzen keine Kompromisse kennt und die deshalb von denen sehr angefochten wird, die unangenehm von ihr tangiert werden. Ich habe betont, der Herr Kultusminister verficht auch eine bayerische Politik. Aber ich habe in der letzten Landesversammlung ganz besonders eine Lanze für die Flüchtlinge gebrochen. Ich möchte diesen sagen, daß sie diese Worte nicht falsch verstehen sollen. Der Herr Kultusminister

bezieht, wenn er von Bayern spricht, immer diejenigen Neubürger ein, die durch ein hartes Geschick dieses Krieges zu uns gekommen sind und bei uns eine neue Heimat finden müssen.

(Bravo!)

Er ist ehrlichen Willens, ihnen diese Heimat zu geben und, soweit es in seinen Bereich gehört, alles zu tun, damit sie in diese Gemeinschaft des bayerisch-fränkisch-schwäbischen Stammes hineinwachsen können. Das wird ohnedies einem großen Teil unserer Flüchtlinge nicht sehr schwer fallen. Ich meine vor allem diejenigen, die aus dem Sudetenland, insbesondere aus dem Egerland und aus dem Böhmerwald, zu uns gekommen sind. Sie stehen uns ja stammlich ganz besonders nahe. Aber auch alle anderen, die in gleicher Weise betroffen wurden, werden von ihm als gleich heimatberechtigt und gleich liebebedürftig in der kulturpolitischen Betreuung bedacht. Wenn ihm eine Abkapselung gegen alles andere Deutsche vorgeworfen wird, so bin ich demgegenüber der Ansicht, daß dieser Vorwurf völlig verfehlt ist.

(Sehr richtig!)

Er wehrt sich nur und auch wir wehren uns gegen eine Infiltration aus dem Norden, die nicht immer von den besten Elementen dieser Gaue durchgeführt wird.

(Sehr richtig!)

Es kommen Leute zu uns, die dort entweder durch ihre politische oder allgemein menschliche Vergangenheit unmöglich geworden sind und es nun anstreben, in Bayern ein neues Leben zu beginnen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, es besteht der Wunsch der Versammlung, daß ich Sie einlade, bald zu Ende zu kommen, damit wir dann noch den Herrn Kultusminister [*Alois Hundhammer*] zur Schlußansprache hören können.

Dr. *Wildenauer*: Ich bin der Ansicht, daß die Infiltration von gewissen Menschen aus dem Norden ganz besonders unangenehm auf dem kulturpolitischen Sektor auffällt. Gerade solche Leute leisten sich oft Unerhörtes bei der Kritik der Politik des Kultusministers. Sie fühlen sich ganz besonders tangiert von seiner Richtung, die sich einen Kampf gegen die sittliche Verwahrlosung unseres Volkes zum Ziel gesetzt hat. Ein Fall *Hermann Mostar*, der in einer mehr als zweideutigen Kabarettszene den Vorschlag des Kultusministers angreift, die Flüchtlinge konfessionsgleich einzuweisen, war ein allzu deutliches Beispiel dafür.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich den Redner unterbrechen. Es wird mir von rückwärts die Uhr vorgezeigt. Ich sehe, Sie haben die Rede vorbereitet. Darf ich Sie fragen, wie lange die Rede noch dauern wird?

(Heiterkeit.)

Dr. *Wildenauer*: Nur noch einen Satz! - Wenn er also für eine Bereinigung der sittlichen Verhältnisse in unserem Volke eintritt, so bitte ich, daß er von dem christlichen und sozialen Teil unseres Volkes in diesem Bestreben unterstützt wird. Ich beantrage deshalb, daß wir in einer ganz großen Vertrauenskundgebung seine Kulturpolitik billigen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich den Redner fragen, ob er einen selbständigen Antrag stellen will? Es besteht bekanntlich schon der Antrag *Prechtl*.

Dr. *Wildenauer*: Ich schließe mich seiner Formulierung an.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich jetzt dem Herrn Kultusminister das Wort zur Schlußstellungnahme geben.

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Ich werde das Schlußwort nicht allzu lang machen. Wenn jemand glaubt, die eine oder andere Frage, die er aufgeworfen oder berührt hat, sollte auch oder noch eingehender behandelt werden, so möge er eine Gelegenheit benützen, wo ich wieder sprechen werde. Dann werde ich die Fragen, von denen ich aus der heutigen Diskussion herausgemerkt habe, daß sie interessieren, eingehender behandeln. Auch das Grundsätzliche, zu dem man heute gern mehr von mir gehört hätte. Aber ich wollte die Zeit, die mir gestellt war, zunächst einmal benützen, um den Schutt aufzuräumen, der nun einmal zwischen der Bevölkerung und mir stimmungsmäßig vielfach durch falsche Nachrichten aufgebaut worden ist. Dieser Schutt mußte einmal erst weg. Wir werden das nächste Mal zu den grundsätzlichen Dingen kommen, wenn wir uns mit den anderen nicht mehr so sehr zu befassen brauchen. Aber wer hört und versteht, der hat beobachtet, daß gerade in den Kampffragen, um die die Diskussion geht, das Grundsätzliche und Entscheidende liegt.
Und nun zu den Einzelheiten: Man hat gesagt, das Wort Prügelstrafe hat viel Schaden gestiftet. Das ist wahr. Aber dieses Wort habe weder ich noch meine Vorgänger gebraucht, sondern es ist von Leuten in die Presse und in den Äther hinausgesprochen worden,

(Zuruf: Die selber Prügel brauchen!)

die uns diffamieren wollen. Dieses Wort ist dann immer wieder gewälzt und wiederholt worden.
Man hat von der Zusammenarbeit mit der Partei bezüglich des Schulreformplanes gesprochen. Dazu möchte ich folgendes sagen: Ich habe mit vielen Parteifreunden zusammengearbeitet und habe viele zu Beratungen über die Schulreform in meinem Ministerium und außerhalb des Ministeriums zugezogen. Aber es soll keiner von mir erwarten, daß ich unter dem Vorsitz und unter der leitenden Führung von Dr. *Weismantel* und Dr. *Köhler* über kulturpolitische Fragen diskutiere!

(Sehr richtig!)

So ist es nicht möglich. Vorbereitet ist allerdings auf dem kulturpolitischen Sektor auch bei uns ein Programm und ein Projekt. Viele von denen, die über Schulreform sprechen, haben den auf vier oder sechs Seiten gedruckten Schulreformplan nicht gelesen, der viele grundsätzliche Dinge enthält und deswegen manchen Leuten nicht gefällt.
Im übrigen haben die Landtagsberatungen seinerzeit gezeigt, daß wir unsererseits mit einem klaren Projekt dastehen.

(Sehr richtig!)

Die Herren, die dabei waren, wissen es. Wenn die Diskussion nach den Parlamentsferien fortgeführt wird, wird man es wieder sehen. Ich muß allerdings sagen, daß ich gewünscht hätte, daß die Presse für Verlautbarungen aus unseren Reihen mehr Raum zur Verfügung gestellt hätte.
Ich möchte in diesem Zusammenhang auch zu den neuen Gesetzentwürfen sagen: Vielleicht ist es möglich, daß man sie diskutiert. Es sind die Gesetzentwürfe über die Wiedereinführung der Schulpflegschaften, über die Behandlung der Schulversäumnisse, die Zusammenstellung der Bestimmungen über die Beantragung von Gemeinschaftsschulen, die Rechtsverhältnisse der Hochschullehrer. Das sind sachliche Diskussionsthemen, zu denen die Gesetzentwürfe vorliegen und die beraten werden. Wir müssen zunächst das Disziplinäre, die äußere Ordnung, aufbauen und hier die Verhältnisse regeln.

Übrigens in diesem Zusammenhang noch eine Bemerkung: Es scheint ein Mißverständnis darüber entstanden zu sein, welche Zeitung den Artikel über Fridericus Rex gebracht hat. Es war die Frankenpost, nicht der Herr *Maslowski*, dessen Haltung in anderem Zusammenhang erwähnt worden ist.
Dann zu den Fragen, die mir gegenüber von einem Mann gestellt worden sind, der vor einiger Zeit nach Zeitungsberichten - wenn sie richtig sind, möge er dazu Stellung nehmen - erklärt hat, der Bayerische Kultusminister müsse selber erst erzogen werden.

(*Haußleiter*: Umerzogen werden!)

Aha, in der Form gibt er es zu! Ich bin der Meinung, daß von jemandem aus der eigenen Reihe dies Wort nicht am Platze war.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich hier nur eine Zwischenbemerkung machen. Wir wollen Worte nicht auf die Waagschale legen!

(Zuruf: Aha! - Zuruf Dr. *Baumgartner*: Seine Schützlinge nimmt er in Schutz! - Zuruf Dr. *Horlacher*: Ein einseitiger Vorsitzender!)

Es ist kein einseitiger Vorsitzender. Ich darf hier nur folgendes feststellen. Ich habe überlegt, ob ich etwas sagen sollte, als der Herr Minister [*Alois Hundhammer*] festgestellt hat: In der Form gibt er es zu. Das stellt man im allgemeinen nur beim Staatsanwalt fest, aber nicht hier.
Ich bitte fortzufahren.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Ich glaube, meine Antwort war so zurückhaltend, daß sie hingenommen werden kann.

(Dr. *Horlacher*: Ein ganz einseitiger Vorsitzender! - Zu *Haußleiter* gewendet: Unverschämt!)

Nun ist von diesem Herrn zur Politik gesagt worden, mein Kandidat für die Ministerpräsidentschaft ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich unterbrechen. Herr Präsident *Horlacher*, Sie haben gerade über die Führung des Vorsitzes gerufen: Unverschämt. Ich weise das zurück!
Dr. *Horlacher*: Nein, das ist ein Irrtum. Ich habe den Herrn *Haußleiter* gemeint.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: ... mein Kandidat für die Ministerpräsidentschaft hätte *Pfeiffer* geheißen. Dazu möchte ich einmal eines aus der Vorgeschichte der Ministerpräsidentschaft mit einem Satze sagen. Als das Thema zur Diskussion stand, haben sich drei Männer zusammengetan, um eine sachliche Lösung zu finden, die uns im Interesse der Partei und des Landes richtig erschien. Das war der Herr Minister *Pfeiffer*, der Herr Ministerpräsident *Ehard* und ich. Wir drei sind uns darüber einig geworden - ich darf das jetzt zum ersten Mal öffentlich sagen -, daß als erster Kandidat für die Ministerpräsidentschaft der Herr *Pfeiffer* genannt werden solle. Wir haben vereinbart, dafür einzutreten. Als diese Vereinbarung im letzten Moment nicht mehr durchgeführt werden konnte, weil der Herr Minister *Pfeiffer* auch von außen her in einer Form und von einer Stelle angeschossen worden ist, über die einmal zu reden sein wird, ist der zweite Name vornehin getreten. Das war Dr. *Ehard*. So hatten wir es vereinbart und so wurde es durchgeführt.
Ich freue mich, heute hier feststellen zu dürfen - und das soll einmal anerkannt werden -, daß es wohl selten in der politischen Geschichte sein wird, daß ein Mann, der erster Kandidat für die Ministerpräsidentschaft war, dann in so treuer Kameradschaft

mit dem Mann zusammenarbeitet, der an seiner Stelle Ministerpräsident wurde, wie es zwischen *Pfeiffer* und *Ehard* der Fall ist. Daraus sieht man, was wir leisten können, wenn wir zusammengreifen.

(Zuruf: Wenn die Union einig ist!)

Es wurde dann gesagt, ich hätte bei der Schaffung der Verfassung zu vielen Fragen nicht Stellung genommen, weil ich an der Frage des Staatspräsidenten so sehr gehangen habe. Ich bin heute nach wie vor der Meinung, daß wir uns von Bayern aus in dem schweren Kampf, den der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] vorhin geschildert hat, und in unserer Stellung zu den Problemen, die Kollege *Baumgartner* behandelt hat, manchmal wesentlich leichter tun würden in der Wahrung der Interessen unseres Volkes, wenn Bayern einen Staatspräsidenten hätte.

(Sehr richtig!)

Aber trotzdem sind bei der Verfassung die anderen Probleme nicht zu kurz gekommen. Gerade die eiserne Verankerung der Konfessionsschule in der Verfassung ist der Beweis dafür.

(Sehr richtig!)

Ich möchte dann doch vor den Fraktionskollegen einmal die Frage aufwerfen: Wieviel haben denn *die* Leute positiv zur Verfassung beigetragen, die heute glauben, an mir Kritik üben zu können?

(Sehr richtig!)

Man sagt dann, der Deutsche sei früher autoritätsgläubig erzogen worden, das hätte ihn für den Nationalsozialismus leichter zugänglich gemacht. Es mag sein, daß die Erziehung in dieser Hinsicht etwas überspitzt war. Aber ich glaube, wir Bayern sind in dieser Beziehung am schlechtesten erzogen gewesen.

(Zustimmung.)

In der Zukunft aber, glaube ich, wird man ohne eine gewisse Autoritätsehrfurcht auch nicht durchkommen können.

(Sehr richtig!)

Ich sehe mit einiger Sorge die Entwicklung auch in unserer Jugend, die heute übertrieben gefördert wird. Diese jungen Leute glauben in allen Dingen die Richter über erfahrene Männer sein zu müssen.

(Beifall, Zustimmung.)

Ich darf das sagen als einer von denen, die sehr früh in das öffentliche Leben eingetreten sind; denn ich habe mit 18 Jahren meine erste politische Versammlung gehalten und früh genug in der Politik mitgearbeitet. Aber eine Autorität und Achtung vor der Erfahrung muß man auch heute der Jugend anerziehen und darf sie ihr nicht nehmen.

(Sehr richtig!)

Es wird gesagt, man hätte lieber mehr über die Methodik der Schule gehört, darüber, wie man die Jugend besser erzieht und Fehler vermeidet, die früher begangen worden sind. Ich glaube, die Frage der Schulmethodik wird man besser in Fachkreisen, unter Lehrern, erörtern als in Volksversammlungen. Aber man kann seine Grundsätze dazu auch öffentlich sagen. Ich glaube, man wird mir nicht berechtigterweise einen Vor-

wurf daraus machen, daß ich nicht alle Probleme, die es gibt und die interessant wären, heute behandelt habe. Das vielleicht ein anderes Mal.
Zur Schulgeldfreiheit möchte ich dem Herrn Diskussionsredner [*August Haußleiter*] sagen: Wenn er verlangt, daß die qualifizierten Kinder aus minderbemittelten Familien die Möglichkeit haben sollen, an die Mittel- und Hochschulen zu gehen, so kann ich diesen nicht mehr geben, als was heute geschieht. Sie haben die Schulgeldbefreiung; sie ist ihnen an den mittleren und Hochschulen eingeräumt. Die Diskussion geht nicht darum, ob die Minderbemittelten, sondern darum, ob die Kinder der reichen Leute Schulgeldbefreiung bekommen sollen. Die Minderbemittelten haben sie ja bekommen. Ich bin aber der Meinung, daß die reichen Leute für ihre Kinder die acht Millionen Schulgeld zahlen können, die wir heute im bayerischen Staatshaushalt einnehmen.

(Sehr richtig!)

Das Problem wird ganz falsch hingestellt.
Dann ein Letztes, was der betreffende Herr gesagt hat. Er erklärt, verdächtig erscheine ihm meine Zusammenarbeit mit *Hoegner* und mit *Loritz*. Meine lieben Freunde, ich wundere mich. Einerseits wird immer kritisiert, daß die führenden Männer in der Politik sich gegenseitig herunterreißen und persönlich mit Schmutz bewerfen. Wenn einmal Politiker auch aus verschiedenen Lagern das nicht tun, wenn sie sich nicht herunterreißen und nicht beleidigen, dann ist das verdächtig! Daß ich in Fragen, in denen unser Programm auf dem Spiele steht, eine klare Linie halte und nichts vergebe und nichts herschenke, das, glaube ich, werden mir mindestens die Gegner gerne bestätigen, wenn es schon die eigenen Leute nicht tun!

(Zuruf: Siehe Koalition!)

Sehr richtig, Du hast recht! Wenn ich aber bei anderen in manchen Punkten eine Linie sehe, die richtig ist, die sich mit der meinen deckt - und das war der Fall, und das wage ich heute hier öffentlich zu sagen, bei *Loritz* in den weltanschaulichen Fragen in der Verfassung und bei *Hoegner* in den bayerischen Fragen -, warum sollen wir dann nicht da zusammenarbeiten und gemeinsam den Weg gehen? Man muß nicht um des Prinzips halber jeden Angehörigen einer anderen Partei einfach immer herunterreissen! Dabei billige ich durchaus nicht alles, was ein anderer macht, und gehe nicht jeden Weg mit.
Zum Schluß, *Haußleiter* - ich habe Ihren Namen nicht in den Mund genommen, ich tue es jetzt zum ersten Mal -, wovon ich träume, darüber sollten Sie keine schlaflosen Nächte haben!

(Heiterkeit und Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Der letzte Redner [*Gerhard Kroll*] hat davon gesprochen, daß ihm meine Abkapselung unter Umständen Sorge machen könne. Er hat aber andererseits davon gesprochen, daß es ihm notwendig und wünschenswert und gewissermaßen eine Aufgabe Bayerns erscheine, wieder, wie das bayerische Volk es schon oft getan hat, aus seinem eigenen Raume herauszugehen und den übrigen im Lande geistig und kulturell und auf allen Gebieten zu helfen. Gegenwärtig tun wir es wirtschaftlich in sehr großem Maße. Da gebe ich ihm vollkommen recht. Aber hinausgehen mit Kraft kann nur der, der zu Hause selber stark ist. Wenn wir unser eigenes

Kulturgut und unsere innere Geschlossenheit und Kraft verlieren, dann haben wir den Angelpunkt verloren, von dem aus wir den übrigen in Deutschland helfen können.

(Sehr richtig!)

Deswegen müssen wir uns selber stark halten, und deswegen möchte ich zunächst das bayerische Volk in sich selber festigen und gefestigt wissen, bevor ich ins übrige Land hinausgreife.

(Sehr gut! Beifall.)

Wenn wir diese Haltung einnehmen, dann, liebe Freunde, fürchte ich nicht, daß man über uns Christen in unserem Lande einmal hinweggehen wird. Man geht nur über die hinweg, die wachsweich sind, aber nicht über die Stahlharten!

(Lebhafter Beifall.)

*Mayr* (Fürth): Zur Geschäftsordnung! Angesichts der großen Bedeutung, die der jetzigen Abstimmung zukommt, beantrage ich geheime Abstimmung!

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist geheime Abstimmung beantragt worden. Wenn geheime Abstimmung auch nur von einem Mann verlangt wird, muß geheim abgestimmt werden.
Ich darf den Antrag verlesen; er lautet:

> Die Landesversammlung der CSU spricht dem Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus [*Alois Hundhammer*] ihr Vertrauen für seine mannhafte und grundsatzfeste Haltung aus und erwartet besonders in der Frage der Erziehungsreform die volle Wahrung und Sicherung der in der Verfassung gewährleisteten Grundrechte des bayerischen Volkes.

Sind die Stimmzettel verteilt?
Dr. *Jaeger*: Zur Geschäftsordnung! Nachdem der Herr Kultusminister mannhaft eingestanden ist, kann auch jeder von uns mannhaft einstehen. Ich beantrage namentliche Abstimmung.

(Zurufe: Heraus mit der Gesinnung! Wir wollen es öffentlich sehen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf Ihnen eines sagen, auch denen, die jetzt rufen: Heraus mit der Gesinnung. Überlegen Sie es sich doppelt und dreifach, denn es könnte leicht sein, daß in einer solchen Entscheidung die Entscheidung über das Schicksal der Union fallen würde!

(Anhaltende Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe! - Darf ich die Versammlung für drei Minuten unterbrechen, weil ich mich mit dem Herrn Ministerpräsidenten *Ehard* kurz besprechen möchte.

(Zustimmung.)

Ich unterbreche lediglich für drei Minuten. Ich bitte Sie, im Saale zu bleiben.

(Die Sitzung wird von 19.26 Uhr bis 19.27 Uhr unterbrochen.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich um Ruhe bitten! Ich bitte, Platz zu nehmen.
Das Wort hat Herr Ministerpräsident Dr. *Ehard*.

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Liebe Parteifreunde! Wenn Sie mich fragen, wozu ich in dieser Sache raten soll, dann möchte ich Ihnen einen Satz sagen, der das Gesamtbild ausdrückt: Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte. So sieht es aus. Wenn schon Gunst und Haß zum Ausdruck kommt, dann soll man das nicht noch mehr verschärfen. Möge eine Abstimmung in einem Stimmzettelverfahren stattfinden, möge jeder seine Meinung sagen! Aber warum hat die Demokratie diese Art der Abstimmung gewählt und als eine besonders demokratische hingestellt? Weil sie den Haß vermeiden wollte, weil sie den Haß, weil sie diesen Trennungsstrich vermeiden wollte. Haben Sie, liebe Parteifreunde, noch nicht gesehen, daß Gut und Böse, daß eine Meinung gegen die andere Meinung steht? Das ist gesund und gut.

Ich bin gewiß ein Mann des Ausgleichs und bemühe mich, Meinungen zusammenzubringen, wenn sie zusammenzubringen sind, und einigermaßen die Kräfte zur Zusammenarbeit aufzurufen. Ich bin aber kein Mann der Uniformierung und Gleichmacherei. Ich hasse es, wenn einer den anderen deshalb persönlich angreift und haßt und ihm gewissermaßen das Kainsmal an die Stirne drücken will, weil er eine andere Meinung hat. Ich bin auch für Bekennermut am rechten Platz, ganz gewiß. Ist die Forderung nach namentlicher Abstimmung in einem solchen Fall für oder gegen einen Parteigenossen, gegen einen Minister meines Kabinetts, etwa deshalb gestellt worden, weil man bekennen will? Keineswegs! Weil man dem anderen ein Zeichen auf die Stirne drücken will? Sicher deshalb, weil man sagen will: Hier seht, das ist einer von unseren Gegnern! Ich kenne keinen Gegner innerhalb der Union!

(Lebhafter Beifall.)

Ich will noch etwas sagen. Vielleicht bereuen es manche heute schon, jetzt eine so unzweckmäßige Maßnahme in heißer Leidenschaft gefordert zu haben. Es ist gut, in nüchterner Überlegung, aber auch in einer entsprechenden Form abzustimmen. Es ist gut, die Meinungen darüber zu klären. Es tut keinem Parteigenossen weh, es tut auch keinem Minister weh, wenn in einer Gesamtabstimmung die Klärung der Meinungen kommt, in der er dann sieht: Ich habe entweder alle oder den großen Teil oder eine Minderheit meiner eigenen Parteigenossen hinter mir. Das ist etwas, was zur Klärung beiträgt, woraus der Minister, woraus die Parteigenossen und woraus ein mehr oder weniger Prominenter aus unseren Reihen seine Schlüsse für seine weitere Arbeit ziehen kann und vielleicht ziehen muß.

Das ist auch keineswegs etwas, dem man aus dem Wege gehen muß. Die Abstimmung selbst aber ist für den Augenblick. Vielleicht ändert sich die Stimmung bereits in ganz kurzer Zeit. Dann findet man den Weg deshalb nicht mehr zueinander, weil er durch künstliche äußere Mauern verbaut ist und weil der eine dem anderen sagt: Damals hast du so gestimmt, und jetzt bist du auf einmal nicht mehr bei mir! Das soll nicht sein! Und wenn wir auch in einer so wichtigen Frage verschiedener Meinung sind, müssen wir uns trotzdem in anderen Fragen wieder zusammenstellen können. Wir müssen die Möglichkeit haben, nicht nach Gruppen zu entscheiden, nicht nach Gunst und Haß, wie sie zufällig aus irgendwelchen persönlichen, sachlichen, regionalen oder was weiß ich für Gründen entstehen. Wir dürfen uns nicht darauf festlegen.

Darum bitte ich Sie im Interesse der Union, im Interesse der Sache - ich glaube, Sie werden mir bei ruhiger Überlegung, wenn Sie einmal darüber geschlafen haben, recht geben -, in Ihrer und unser aller Interesse dringend: Keine namentliche Abstimmung in einem solchen Falle!

Dr. *Jaeger*: Ich habe zwar den Antrag auf namentliche Abstimmung nicht aus dem vermuteten Grunde gestellt, jemandem ein Kainszeichen auf die Stirne zu drücken, sondern weil ich gefürchtet hatte, es könnte sich jemand vor der Verantwortung vor den Wählern drücken. Aus den Gründen, die der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] dargelegt hat, sehe ich mich aber veranlaßt, den Antrag zurückzuziehen.
Dr. *Schlögl*: Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Nachdem wir morgen ohnehin eine Reihe von Abstimmungen haben, beantrage ich, daß wir morgen über diesen Antrag abstimmen. Wenn uns die Einheit der Union lieb ist, wollen wir heute keine namentliche Abstimmung vornehmen! Es kann sein, daß *Hundhammer* unterliegt. Wir wollen morgen die Gesamtdebatte über die Politik führen, und dann ist Gelegenheit gegeben abzustimmen, aber nicht heute. Ich verwahre mich dagegen, weil Sie sonst - das sage ich ganz offen heraus - der Union den schlechtesten Dienst erweisen, wenn Sie jetzt eine Kampfabstimmung veranstalten.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Offensichtlich kommen jetzt Wortmeldungen zur Geschäftsordnung. Es haben sich der Reihenfolge nach, wenn ich richtig erkannt habe, zu Wort gemeldet: *Hundhammer*, *Prittwitz*, *Nerreter*.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Ich möchte zum Ausdruck bringen, daß mir eine Klärung erwünscht ist.

(Beifall.)

*Von Prittwitz-Gaffron*: Ich möchte dafür plädieren, die Abstimmung sofort vorzunehmen. Wir haben einmal im Landtag eine Abstimmung verschoben. Der Herr Präsident *Horlacher* wird mir recht geben, daß es Unzuträglichkeiten hervorgerufen hat, weil sich dann das Gremium in der Zwischenzeit verändert und es sich immer darum handeln muß, daß diejenigen abstimmen, die die Diskussion gehört haben. Ich möchte also bitten, heute abzustimmen.
*Nerreter*: Liebe Parteifreunde, es hat uns alle höchst wohltuend berührt, daß unser verehrter Herr Ministerpräsident den Vorschlag gemacht und mit guten Gründen gestützt hat, eine schriftliche Abstimmung durchzuführen. Wir danken ihm dafür. Es ehrt ihn als den sachlichen Juristen und den wohlwollenden Parteifreund.
Ich bin aber der Auffassung, daß eine Aussprache innerhalb der Union ruhig offen vor sich gehen kann. Über das Vertrauensvotum für Herrn Ministerpräsidenten und für Herrn Staatsminister Dr. *Baumgartner* ist offen abgestimmt worden und ich sehe keine sachliche Berechtigung, in bezug auf den Herrn Minister Dr. *Hundhammer* eine andere Haltung einzunehmen.

(Sehr richtig! Beifall.)

Ich halte es auch nicht für notwendig - einen Augenblick, liebe Parteifreunde, ich habe noch einen Satz zu sagen! -, die Abstimmung auf morgen zu verschieben. Es waren gewisse Fragen zu stellen. Diese Fragen sind gestellt worden; ich lasse dahingestellt, ob es in glücklichster Form geschehen ist. Die Fragen sind beantwortet, die Sache ist geklärt und die Entscheidung getroffen. Ich bitte, die offene Abstimmung vorzunehmen!
Dr. *Lacherbauer*: Meine Damen und Herren, ich würde auch bitten, offen abzustimmen, und zwar aus folgendem Grund: Die beiden anderen Herren haben ihr Vertrauen auch in offener Abstimmung bekundet erhalten. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Eine verschiedenartige Behandlung müßte in mir den Verdacht

aufkommen lassen, daß Gründe maßgeblich sind, die es nicht sein dürften. Ich bin der Meinung, daß jeder hier offen bekennen muß, ob er sich zugunsten oder gegen den Minister ausspricht. Der Minister muß auch wissen, mit wem er und wer mit ihm geht.
Dr. *Horlacher*: Meine Damen und Herren! Es liegt praktisch so, daß hier eine starke Minderheit und eine kleine Mehrheit einander gegenüberstehen. Es muß dann ausgezählt werden. Wir müssen bei einer so wichtigen Abstimmung erst feststellen, ob der Betreffende abstimmungsberechtigt ist.

(Zuruf: Das ist festzustellen!)

Bei der unterschiedlichen Meinung, die hier zu Tage getreten ist, kann nur eine namentliche Abstimmung richtig sein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Präsident *Horlacher*, ich glaube, wir verstehen uns nicht richtig.

(Anhaltende Unruhe.)

Es ist richtig, daß durch Namensaufruf abgestimmt werden könnte. Aber es ist geheime Abstimmung verlangt worden. Soviel ich mich erinnere - leider habe ich sie nicht hier - liegt eine Anweisung der Militärregierung vor, die bisher auch immer durchgehalten wurde: Wenn ein Mann geheime Abstimmung verlangt hat, muß geheim abgestimmt werden. Infolgedessen ...

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Meine Damen und Herren, ich bitte nicht ewig zur Geschäftsordnung sprechen zu wollen, sonst kommen wir nicht durch.
Dr. *Schlögl*: *Müller*, das ist zu wichtig! Wir bitten den Antragsteller, sich zu überlegen, ob er seinen Antrag auf geheime Abstimmung im Interesse der Versammlung zurückzieht.
*Mayr* (Fürth): Ich ziehe meinen Antrag nicht zurück.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann kommen wir zur Abstimmung. Oder wird der Antrag auf Verlegung der Abstimmung gestellt?
Dr. *Schlögl*: Ich habe formell den Antrag gestellt, ich stelle ihn hiermit nochmals formell, und zwar aus Gründen, die naheliegen. Es wird nicht über die Person *Hundhammers* abgestimmt, sondern über eine ganz andere Sache; es geht jetzt um die Union!

(Dr. *Baumgartner*: Das bedeutet Trennung der Union!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist der Antrag gestellt worden, die Abstimmung auf morgen zu vertagen. Darf ich über diesen Antrag abstimmen lassen?

(Zurufe: Jawohl!)

Wer enthält sich?

(Zuruf: Wie heißt der Antrag?)

Der Antrag ist gestellt. Es ist der Antrag gestellt, die Abstimmung über das Vertrauensvotum für *Hundhammer* auf morgen zu vertagen. Es wird jetzt darüber abgestimmt, ob die Abstimmung auf morgen vertagt werden soll.
Wer enthält sich?

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Wir sind in der Abstimmung.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung in dieser Sache!)

Wir sind in der Abstimmung; infolgedessen kann ich nicht das Wort erteilen.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Ich darf nochmals feststellen: Wer enthält sich? - Zwei Enthaltungen. Wer ist gegen den Antrag auf Vertagung bis morgen? - Ich darf um die Gegenprobe bitten.

(Dr. *Kroth*: Das ist ganz unklar!)

Dann muß abgezählt werden.

(Dr. *Kroth*: Die Fragestellung ist unklar!)

Die Fragestellung ist klar gewesen. Es wird darüber abgestimmt, ob heute oder morgen über das Vertrauensvotum für *Hundhammer* abgestimmt werden soll.
Ich bitte, fortfahren zu dürfen. Wer enthält sich?

(Zuruf: Worüber?)

Drei Enthaltungen. Wer ist dafür, daß heute abgestimmt wird? -
Meine Damen und Herren, mit Aufstehen allein geht es leider nicht, und zwar deswegen, weil zahlreiche Parteifreunde in den Gängen stehen. Ich bitte, sitzen zu bleiben und die Hand zu erheben.
Ich muß nochmals abstimmen lassen. Wer ist dafür, daß heute abgestimmt wird? Ich bitte, die Hand zu erheben und sitzen zu bleiben. - Nun die Gegenprobe: Wer ist dafür, daß morgen abgestimmt wird? - Es ist ungefähr gleich. Infolgedessen muß abgezählt werden.
Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Nachdem jetzt eine namentliche Abstimmung durchgeführt wird, bitte ich, daß gleich über die Sache abgestimmt wird; dann ist die Sache erledigt. Ich stelle den Antrag ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Michel Horlacher* spricht dafür, daß gleich über die Sache abgestimmt wird, also deutsch gesagt, über das Vertrauensvotum. Ich kann nicht abstimmen lassen, sondern muß formell vorgehen und die Abstimmung nochmals wiederholen.
Wer ist dafür, daß heute abgestimmt wird? - Darf ich um die Gegenprobe bitten. - Wer enthält sich? - Drei Enthaltungen.

(Dr. *Horlacher*: Eine so unsinnige Abstimmung habe ich noch nie gesehen!)

Ich bitte jetzt, der Reihe nach abzuzählen.

(Zuruf: Unmöglich!)

Es geht am besten, wenn die Reihen abzählen. Wer ist für heute? - Es wird nach Reihen abgezählt. Darf ich bitten, auch auf der Tribüne abzuzählen.
Meine lieben Freunde, es ist zweifelhaft, ob es die Mehrheit ist. Aber ich glaube, wir kommen so nicht vorwärts. Ich darf vorschlagen, daß wir morgen abstimmen.

(Dr. *Schlögl*: Gott sei Dank! Endlich ist der Heilige Geist über sie gekommen! - Weiterer Zuruf: Es läßt sich doch feststellen, wieviel Stimmberechtigte sich enthalten haben und wieviel Stimmberechtigte anwesend sind; die anderen sind gezählt!)

Leider hat ein Teil der Leute nicht Obacht gegeben, so daß wir alle Abstimmungen wiederholen müßten. Infolgedessen ist es der einzige Ausweg, wenn wir morgen abstimmen. 176 waren dafür, daß wir morgen abstimmen.

Soll heute noch ein Referat entgegengenommen werden?

(Zustimmung, Widerspruch.)

Dann wird morgen das Referat von Dr. *Hagenauer* erstattet werden.

(Staatsminister Dr. *Hagenauer* schlägt vor, daß er kein Referat über die Entnazifizierung hält.)

Soll eines darüber stattfinden? Darf ich abstimmen lassen. Wer wünscht morgen früh ein Referat über die Entnazifizierung? - Das ist zweifelsohne die Mehrheit. Dann bitte ich den Minister *Hagenauer*, morgen um 9 Uhr mit seinem Referat zu beginnen.
Ich darf dann noch bekanntgeben, daß heute um 21 Uhr die Hofgartenspiele stattfinden. Dauer: Eine Stunde. Sie sind von 20.30 auf 21 Uhr verlegt.
Ich schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung um 19.53 Uhr.
31. August: Die Sitzung wird durch den Landesvorsitzenden, Dr. *Josef Müller*, um 9.04 Uhr eröffnet.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich eröffne hiermit die Sitzung. Wir wollen keine Zeit verlieren. Solange bis alle da sind, wird, wenn sich kein Widerspruch erhebt, die Zeit dadurch ausgefüllt, daß unser Parteifreund Sonderminister *Hagenauer* sein Referat hält.
Die Debatte wird auf heute nachmittag verlegt werden. Unmittelbar im Anschluß an das Referat werde ich das, was ich zu sagen habe, Ihnen über die Politik der Union vortragen. Dann kommt sofort die Debatte darüber. Alles andere folgt später. Es wird nämlich ein Teil der Freunde wahrscheinlich mittags abreisen, und ich möchte, daß die Entscheidungen in Anwesenheit aller Beteiligten fallen. Erhebt sich Widerspruch? - Nein.
Dann bitte ich den Herrn Sonderminister, mit seinem Referat zu beginnen.
Sonderminister Dr. *Hagenauer*: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Der Stand der Entnazifizierung ist das Thema meines Referats. Um es gleich vorwegzunehmen: Der Stand der Entnazifizierung ist im höchsten Grad unbefriedigend!

(Sehr richtig!)

Ich will versuchen, Ihnen die Gründe dafür in Kürze darzulegen, obwohl ich erst seit knapp sechs Wochen das zweifelhafte Vergnügen habe,

(Heiterkeit.)

an der Spitze des Befreiungsministeriums zu stehen. Mein Referat ist daher kein Rechenschaftsbericht, sondern ein Tatsachenbericht, ein Bericht über Tatsachen, auf die ich selbst keinen Einfluß hatte.
Die Gründe für die unbefriedigende Lage der Entnazifizierung liegen teils im Gesetz selbst, teils in der Art seiner Ausführung. Daß die innere Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus und Militarismus eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Staates ist, darüber kann wohl kein Zweifel bestehen. Die Frage ist nur, ob das Befreiungsgesetz in seiner bisherigen Form das geeignete Mittel dazu ist.
Es zeigte sich bald, daß das Befreiungsgesetz Wirkungen hervorrief, die bei Erlaß des Gesetzes nicht vorauszusehen waren. Der Kreis der Betroffenen ist viel zu weit gezogen. 24% der Bevölkerung sind direkt betroffen und fallen unter das Beschäftigungs-

verbot des Artikel 58 und unter Sühnemaßnahmen. Einschließlich der Angehörigen sind praktisch 70 bis 80% der Bevölkerung betroffen. Hierdurch unterscheidet sich das Befreiungsgesetz und die durch dasselbe erfolgte sogenannte legale Revolution von einer normalen Revolution, die stets nur die Führungsschicht des überwundenen Systems beseitigt, nicht aber die breite Masse erfaßt.
Das vorläufige Beschäftigungsverbot des Artikel 58 wurde dadurch noch wesentlich verschärft, daß die Militärregierung alle von ihr erteilten einstweiligen Genehmigungen im August 1946 aufhob. Die Folge war, daß die Spruchkammern aus menschlichen und wirtschaftlichen Erwägungen heraus die schweren Fälle immer wieder zurückgestellt haben, um leichter Betroffene zwecks Befreiung von dem Druck des Beschäftigungsverbots vorweg durchs Verfahren zu bringen.
In gleicher Richtung wirkt die Vermögenssperre, die unnötigerweise durch die Achte Durchführungsverordnung auf alle Angehörigen der Klassen I und II ausgedehnt wurde. Folge: Eine so große Arbeitsbelastung der Behörden, daß sie mit den Meldungen über die zu sperrenden Personen nicht mitkommen und die Sperrungen nicht laufend durchführen können, wodurch auch die Schwerbelasteten der Sperre oft entgehen. Weitere Folge: Daß bei Leichtbelasteten die Sperre meist erst wirksam wird, wenn bereits Mitläuferurteile vorliegen und wieder Entsperrung im gleich umständlichen Verfahren erfolgen könnte.
Verschiedene Maßnahmen verstoßen gegen das Rechtsempfinden.

(Sehr richtig!)

Das Gesetz belegt Handlungen mit Strafe, die zur Zeit der Tat weder nach positivem Gesetz noch nach allgemeiner Rechtsauffassung strafbar waren.

(Zustimmung.)

Insbesondere bestraft es weniger eine strafbare Handlung, als vielmehr eine bestimmte Gesinnung und den politischen Irrtum. Artikel 33 des Gesetzes zwingt den Öffentlichen Kläger zur Anklageerhebung nach rein formalen Gesichtspunkten. Er zwingt ihn, auch dann auf hauptschuldig oder belastet oder minderbelastet anzuklagen, wenn er selbst den Betroffenen nach dessen materieller Belastung als sehr viel geringer oder überhaupt nicht belastet ansieht. Es ist der Tatsache keine genügende Bedeutung beigemessen worden, daß der Ankläger nach deutschem Recht im Gegensatz zum angelsächsischen Recht nicht einseitig Ankläger ist, sondern auch entlastende Tatsachen zu berücksichtigen hat. Die Umkehrung der Beweislast, nämlich die Schuldvermutung der Artikel 6 bis 10, verstößt gegen den von allen Völkern anerkannten Rechtsgrundsatz in dubio pro reo. Die Folge ist ein Beweisnotstand besonders bei Flüchtlingen sowie bezüglich der Zeit der Wehrmachtszugehörigkeit, was für die Kriegsverbrechen der Waffen-SS von Bedeutung ist.
Die Rechtssicherheit wird durch die zahlreichen Aufhebungen nach Artikel 52 häufig lange Zeit nach Rechtskraft stark beeinträchtigt. Die 2000-Mark-Grenze für Mitläufer in der Sechsten Durchführungsverordnung wurde entgegen dem Willen der deutschen Stellen auf Befehl der Militärregierung eingeführt. Die unheilvollen Auswirkungen sind zu bekannt, als daß nähere Darlegungen nötig wären.
Der interne Befehl der Militärregierung, wonach kleine Amtsträger, von ganz besonderen Ausnahmen abgesehen, nicht Mitläufer werden können, verstößt nach Auffassung aller deutschen Stellen, insbesondere des Entnazifizierungsausschusses sowie des

Rechtsausschusses des Länderrats, gegen den Grundsatz der individuellen Prüfung

(Beifall.)

sowie auch gegen den Wortlaut des Artikel 12.
Der Befehl zur Inhaftierung noch nicht rechtskräftig zu Arbeitslager verurteilter Personen vom 12. Februar 1947 verstößt gegen Artikel 50. Der Befehl zur Verhaftung aller Angehörigen der laut Nürnberger Urteil verbrecherischen Organisationen vom 9. Juli 1947 verstößt gegen grundlegende Rechtsprinzipien aller Kulturstaaten.

(Erneute laute Zustimmung.)

Das Nürnberger Urteil stellt keine Schuldvermutung auf, sondern schneidet lediglich gewisse Verteidigungseinwände ab. Angesichts des erst kürzlich wieder in den von der Militärregierung genehmigten Länderverfassungen wiederholten Grundsatzes, daß niemand vor seiner Verurteilung als schuldig gilt und daß niemand ohne Richterspruch verhaftet werden darf, ist dieser Befehl eine schwere Belastung der Arbeit zur Wiederherstellung eines Rechtsstaates.

(Beifall.)

Die auf Befehl der Militärregierung erlassene 14. Durchführungsverordnung über die Kennkartenlochung verstößt insofern gegen Artikel 51, als sie die Kennkartenlochung auch der nicht betroffenen Personen anordnet.
Die verschiedene Handhabung der Entnazifizierung in den einzelnen Zonen verstößt nicht nur gleichfalls gegen das allgemeine Rechtsempfinden, sondern führt auch zum Ausweichen der Betroffenen aus der US-Zone in andere Zonen. Gegensätzliche Entscheidungen verschiedener Zonen über denselben Fall erschüttern den Glauben an eine gerechte Beurteilung.

(Sehr richtig!)

Die durch die große Zahl der Betroffenen und die Umständlichkeit des Verfahrens bedingte Zeitdauer wirkt sich gegen den Zweck des Gesetzes aus. Die Betroffenen müssen zu lang auf ihre Entscheidung warten, wodurch in Verbindung mit Beschäftigungsverbot und Vermögenssperre für sie ungewollte Härten eintreten, die sie oft viel schwerer treffen, als die Maßnahmen der Entscheidung selbst.

(Sehr richtig! Sehr wahr!)

Mit dem zunehmenden Abstand vom Zusammenbruch werden gerechte Entscheidungen immer schwieriger, da das Volk infolge der im Vordergrund stehenden anderen Probleme - Ernährung, Bekleidung, Brennstoffversorgung, Wohnung usw. - das anfängliche Interesse an der Säuberung weitgehend verloren hat. Außerdem wird die Beweisführung mit zunehmendem Abstand von den Ereignissen immer schwieriger.
Eine weitere Beeinträchtigung des Gesetzes bedeutet der in verschiedener Hinsicht mit ihm getriebene Mißbrauch.

(Sehr richtig!)

Verfahren nach dem Befreiungsgesetz werden dazu benutzt, um mißliebige Konkurrenten unter Vorwand politischer Belastung auszuschalten.

(Zustimmung und Beifall.)

Von gewisser Seite sind Bestrebungen im Gange, mit Hilfe des Befreiungsgesetzes Sozialisierungsbestrebungen durchzusetzen.

(Sehr wahr!)

Das Denunziantentum hat im Befreiungsgesetz ein neues Betätigungsfeld gefunden.

(Bravo-Rufe, Zustimmung.)

Es darf nicht verkannt werden, daß auch unlautere Beeinflussungen des Spruchkammerpersonals durch die Betroffenen infolge der großen materiellen Not eine bedenkliche Rolle spielen.

(Sehr richtig!)

Die allgemeine durch die Not hervorgerufene Lethargie des deutschen Volkes läßt das Interesse an der Entnazifizierung immer mehr verschwinden. Das Volk hat das Empfinden, daß die Propagierung der Entnazifizierung als Problem Nummer eins nicht mehr den tatsächlichen Gegebenheiten entspricht und in einem Mißverhältnis zu dem Problem der wirtschaftlichen Not steht.

(Sehr gut!)

Der Zweck der endgültigen Ausschaltung des nationalsozialistischen und militaristischen Einflusses aus der Führung von Wirtschaft und Ernährung ist bisher nicht erreicht worden, da gegen Aktivisten und Hauptschuldige nur in wenigen Fällen verhandelt wurde. Der Zweck wurde lediglich vorläufig durch Artikel 58, das heißt durch das vorläufige Beschäftigungsverbot, erreicht, jedoch dadurch erkauft, daß gleichzeitig hunderttausende leicht oder überhaupt nur formal belasteter Personen damit ausgeschaltet wurden, wodurch die endgültige Ausschaltung der Schwerbelasteten verzögert wurde.
Die Fehler des Gesetzes haben zu politisch sehr bedenklichen Folgen geführt. Es wurde eine psychologische Schicksalsgemeinschaft aller Betroffenen geschaffen.

(Sehr richtig!)

Die nur formal Belasteten, die zum großen Teil während des Krieges und nach dem Zusammenbruch dem Nationalsozialismus völlig ablehnend gegenüberstanden, wurden mit den wirklichen Nazis durch die wenigstens vorläufig gleichmäßige Behandlung in eine Sympathiegemeinschaft gedrängt. Sie wurden renazifiziert, nicht entnazifiziert.

(Sehr richtig!)

Es hat ein allgemeiner Zeugenstreik eingesetzt. Wenige sind noch bereit, belastendes Material bekanntzugeben; insbesondere sagen die Leichtbelasteten nicht mehr gegen die Schwerbelasteten aus.
Die Verzweiflung aller sich unschuldig fühlenden und durch die lange Dauer des Verfahrens ihrer Existenz beraubten Personen führt zwangsweise zu einer neuen politischen Radikalisierung. Der Kreis von Personen, die sich jeder politischen Betätigung bewußt enthalten, ist leider außerordentlich groß und im steten Wachsen begriffen.
Am verheerendsten hat sich die Situation auf die Willigkeit zur Mitarbeit am Gesetz ausgewirkt. Beim Spruchkammerpersonal versuchen gerade die besten Kräfte, sich der Mitarbeit in steigendem Maß zu entziehen, teils aus innerer Gewissensnot, teils wegen der aus der Bevölkerung gegen sie gerichteten Angriffe. Die politischen Parteien wollen sich durch die Befassung mit einem so unpopulären Gesetz nicht selbst unpopulär machen; sie distanzieren sich immer offener von dem Gesetz. Von den Behörden ist allgemein keinerlei Hilfe bei der Durchführung des Befreiungsgesetzes zu bekommen. Die Kirchen erheben immer offener ihre Stimme gegen das Befreiungs-

gesetz und seine Auswirkungen; gerade weil die Kirchen während des Naziregimes in erheblichem Maße mit gegen das Unrecht gekämpft haben, wiegt ihre Stimme im Kampf gegen das Befreiungsgesetz heute bei der Bevölkerung um so schwerer.

(Sehr richtig!)

Auch Presse und Schrifttum ergehen sich in immer heftigeren Angriffen gegen das Befreiungsgesetz, wobei teilweise auch die durchführenden Organe angegriffen werden, und zwar teilweise wegen solcher Handlungen, zu denen sie gerade aufgrund des Gesetzes gezwungen waren.
Die Durchführung des Dienstverpflichtungsgesetzes stößt auf stärksten Widerstand. Es hat wenig Zweck, Personen, die dem Gesetz restlos ablehnend gegenüberstehen, zwangsweise zu einer Mitarbeit heranziehen zu wollen. Außerdem machen diese Fälle eine so große Arbeit, daß sie in keinem angemessenen Verhältnis zu dem erzielten Erfolg stehen. Neuerdings ist es modern geworden, gegen die Heranziehung zur Mitarbeit Klage beim Vewaltungsgericht zu erheben.
Der Gesetzeszweck ist ohne wesentliche Reformen nicht zu erreichen;

(Sehr richtig!)

andernfalls wird der Gesetzeszweck nicht nur nicht erreicht, sondern in sein Gegenteil verkehrt werden. Die derzeitige fehlerhafte Ausgestaltung des Gesetzes bewirkt - wie ich schon erwähnte - eher eine Renazifizierung, als eine Entnazifizierung.
Die von mir vorgetragenen Erwägungen lagen den Vorschlägen zugrunde, die die Befreiungsminister der amerikanischen Zone aufgrund eines Länderratsbeschlusses vom 30. Juni 1947 ausarbeiteten. Die Minister gingen davon aus, es sei bei der Zahl der unerledigten Fälle unmöglich, bis zu dem in Aussicht genommenen Termin, nämlich dem 31. März 1948, einen Abschluß der Denazifizierung herbeizuführen, es sei denn, daß radikale Gesetzesänderungen vorgenommen würden, durch die etwa größere Gruppen von Personen kurzerhand aus der Kategorie der Betroffenen entlassen würden. Da mit der Genehmigung einer so radikalen Gesetzesänderung vorerst nicht zu rechnen ist, beschränkten sich die Befreiungsminister auf eine kleinere Form des Befreiungsgesetzes, um wenigstens eine Beschleunigung der Verfahren herbeizuführen und zu vermeiden, daß sich der Säuberungsprozeß noch über weitere drei oder vier Jahre hinauszieht.
Es wurde vorgeschlagen:
1. den Verfahrensartikel 33 des Befreiungsgesetzes in der Weise zu ändern, daß dem Öffentlichen Kläger gegenüber bestimmten Gruppen Betroffener eine größere Freiheit bei der Erhebung der Anklage eingeräumt wird.
Am 31. Mai 1947 waren in der US-Zone noch 786.868 Fälle der Klassen I und II unerledigt, das sind mehr als viermal so viel Fälle, als bisher in den drei Ländern Verfahren der Klassen I und II abgeschlossen worden sind, nämlich 171.260. Es ist deshalb allein aufgrund dieser Zahl mit weiteren drei oder vier Jahren Fortdauer des Säuberungsverfahrens zu rechnen,

(Hört!)

wenn nicht durch Verfahrensvereinfachung eine Beschleunigung ermöglicht wird.
Nach der geltenden Verfahrensregelung muß der Öffentliche Kläger in den genannten 786.000 Fällen mindestens die Klage auf Einreihung in Gruppe II oder III erheben, und es muß dann ein formales Spruchkammerverfahren stattfinden. Es wurde nun vorgeschlagen, den Öffentlichen Kläger bei den drei Gruppen Betroffener von

diesem Anklagezwang zu befreien und ihm die Anklageerhebung aufgrund seiner eigenen Ermittlungen auch auf Einreihung in die Gruppe IV [zu] gestatten.
Die drei Gruppen, bei denen er durch eine Gesetzesänderung diese Freiheit bekommen soll, sind nach dem Vorschlag der Befreiungsminister:

a) Alle bloßen Mitglieder der NSDAP, die der Partei nach dem 30. Januar 1933, aber vor dem 1. Mai 1937 beigetreten sind. Bei den Mitgliedern der NSDAP, die nach dem 1. Mai 1937 beigetreten sind, hat er bereits das Recht auf Anklage nach Gruppe IV, da diese nicht [in] die Klasse II fallen.
b) Die aus HJ und BdM in die Partei Übergeführten.
c) Die Blockwalter der NSV, die Mitglieder der NSDAP waren.

Würde das Befreiungsgesetz in dem genannten Sinn geändert, so wird es möglich sein, einen großen Teil der 786.000 Fälle in vereinfachtem Verfahren, nämlich durch Sühnebescheide, zum Abschluß zu bringen. Es würde eine erhebliche Beschleunigung des gesamten Programms erreicht werden.
Für die zahlreichen Personen aus qualifizierten Berufen, deren Verfahren bei der Spruchkammer noch nicht abgeschlossen sind und die auch keine Beschäftigungsgenehmigung der Militärregierung nach Artikel 59 besitzen, bedeutet das Beschäftigungsverbot des Artikel 58 wegen der langen Wartezeit zur Durchführung des Verfahrens eine außerordentliche Härte. Das Beschäftigungsverbot wird von diesen Personen subjektiv mit Recht als eine schwerere Strafe empfunden als die Sühne, die die Spruchkammer ihnen einmal auferlegen wird,

(Sehr richtig!)

weil das Beschäftigungsverbot häufig eine Vernichtung der beruflichen Existenz bedeutet. Objektiv gesehen geht die qualifizierte Arbeitskraft dieser Personen der deutschen Wirtschaft auf allen Gebieten verloren.
Es wurde deshalb zweitens vorgeschlagen, für bestimmte Gruppen Betroffener das Beschäftigungsverbot des Artikel 58 aufzulockern, und zwar in der Weise, daß sie nicht mehr auf gewöhnliche Arbeit beschränkt bleiben, sondern auch schon vor der Spruchkammerentscheidung jede Tätigkeit außer in wichtiger Schlüsselstellung aufnehmen können.
Die Gruppen, denen diese Auflockerung des Beschäftigungsverbots zugute kommen sollte, sind folgende:

a) Die in Teil III des Anhangs zum Gesetz aufgeführte Gruppe der Mitläufer, deren Zahl sich am 31. Mai 1947 auf 291.343 belief.
b) Die gleichen Gruppen, bei denen dem Kläger Anklageerhebung auch nach Gruppe IV gestattet sein sollte.

Unabhängig von diesen Vorschlägen der Befreiungsminister nahm der württemberg-badische Landtag zum Entnazifizierungsgesetz Stellung und gelangte zu Beschlüssen, die über die Vorschläge der Befreiungsminister hinausgingen.
Sowohl die Vorschläge der Befreiungsminister als auch der württemberg-badische Initiativ-Gesetzentwurf wurden General *Clay* vorgelegt. Ob eine Änderung zu erwarten ist, wird sich vielleicht auf der nächsten Länderratstagung zeigen. Im Augenblick ist also das Befreiungsgesetz noch in seiner bisherigen Fassung in Kraft und eine Änderung im Sinne deutscher Vorschläge noch ungewiß.
Was den Stand der Entnazifizierung in Bayern anbelangt, so sind folgende Zahlen von Interesse: Von den bisher bei den Spruchkammern eingegangenen 6.384.000 Meldebogen wurden 1.817.000 Personen, das ist 28%, als betroffen befunden. Laut Grobsortierung verteilen sich diese wie folgt:

466.000 Personen, das ist 25,5%, fallen unter Klasse I, II oder III; 187.917 Personen, das ist 10%, fallen unter Teil B; 469.322 Personen, das ist 25,5%, fallen unter die Jugendamnestie und 679.904 Personen, das ist 39%, fallen unter die Weihnachtsamnestie.
Bis zum 31. Juli dieses Jahres wurden von den 466.000 unter Klasse I, II und III fallenden 137.000 Fälle erledigt, so daß noch 329.000 zu erledigen sind. Von den 187.000 unter Teil B fallenden Fällen wurden bis zum 31. Juli dieses Jahres 67.062 Fälle erledigt, so daß noch 120.000 Personen von dieser Gruppe durch die Spruchkammern verhandelt werden müssen.
In Bayern bestehen insgesamt 206 Spruchkammern, sechs Lagerspruchkammern und acht Berufungskammern. Die Berufungskammern sind in München für Stadt und Landkreis München, eine weitere Berufungskammer in München für Oberbayern, in Regensburg für Niederbayern und Oberpfalz, in Augsburg für Schwaben, in Nürnberg für [die] umliegenden Kammern, in Würzburg für Unterfranken, in Ansbach für Mittelfranken, ausgenommen den bereits bezeichneten Bezirk um Nürnberg, und in Hof für die umliegenden Kammern.
Von Interesse ist vielleicht auch eine Aufstellung über die Parteizugehörigkeit der Spruchkammervorsitzenden und der Öffentlichen Kläger. Von den 500 Vorsitzenden sind 204 parteilos, 142 gehören der SPD, 95 der CSU, 26 der KPD, 16 der WAV und 13 der FDP an. Von den 450 Klägern sind 163 parteilos, 152 gehören der SPD an, 63 der CSU,

(Hört!)

46 der KPD,

(Zuruf: Oho!)

zwölf der WAV und zehn der FDP[5].
Die Leistungen der einzelnen Spruchkammern schwanken beträchtlich. Es gibt Kammern, die bis zu 200 Fälle monatlich behandeln, und andere, die trotz günstiger Besetzung es nur auf 50 bis 60 Fälle monatlich bringen. Es ist dringend erforderlich, daß sich mehr Personen wie bisher aus den aufbauwilligen Kreisen des Volkes für die Spruchkammertätigkeit zur Verfügung stellen.
Die Berufungskammer in Augsburg ist gerade im Anlaufen, die Berufungskammer in Würzburg ist noch nicht in Tätigkeit

(Hört, hört!)

Bei den Berufungskammern liegen Tausende von Rückständen, die infolge ungenügender Besetzung ständig anwachsen. Viele Verfahren, deren Erledigung im Interesse der Wirtschaft und namentlich aus Gründen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit - das heißt insbesondere Haftsachen - dringend erforderlich ist, sind ins Stocken geraten. Die Aufarbeitung der Rückstände allein würde bei Beibehaltung der bisherigen Besetzung und des bisherigen Tempos mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

(Hört! Bravo!)

Abhilfe ist nur möglich durch eine Vermehrung und ausreichende Besetzung der Berufungskammern.

---

[5] Die angeführten Zahlen sind offensichtlich unstimmig. Genaue Angaben zur parteipolitischen Zusammensetzung des bayerischen Spruchkammerpersonals bei Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 526.

Gleich unbefriedigend sind die Verhältnisse beim Kassationshof, bei dem ebenfalls eine Vervielfachung des Personals erforderlich ist. Ich habe mich bereits an die anderen Ministerien gewandt und um Abordnung jedes nach dem Befreiungsgesetz zur Mitwirkung bei der Entnazifizierung geeigneten Juristen ersucht. Nur wenn diesem Ersuchen stattgegeben wird, ist mit einer Beschleunigung der Verfahren und dadurch mit einer Besserung der Verhältnisse zu rechnen.
Noch ein Wort über Zahlen aus den Arbeitslagern. Der Stand der Arbeitslager betrug am 31. Juli 1947 23.855 Personen. Für das Spruchkammerverfahren in die Heimat wurden bisher 4883 Personen entlassen; 3070 Personen wurden bisher an deutsche Lager in anderen Ländern der amerikanischen Zone abgegeben. Als Wachmannschaften sind 2273 Personen tätig.
Was ich Ihnen über den Stand der Entnazifizierung vorgetragen habe, bietet also kein erfreuliches Bild. Es wird noch sehr großer Anstrengungen bedürfen, um die Entnazifizierung in absehbarer Zeit zum Abschluß zu bringen. Ich möchte daher zum Schluß noch einmal den eindringlichen Appell an Sie, meine Parteifreunde, richten: Werben Sie für eine rege Beteiligung bei der Durchführung des Befreiungsgesetzes in allen Kreisen der Bevölkerung! Niemand, der hierzu geeignet ist, darf beiseite stehen! Diese Mitarbeit ist die Voraussetzung für den Wiederaufbau und daher im besten Sinn Dienst am Volke.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Parteifreund *Hagenauer*. Ich glaube, wir dürfen feststellen, daß wir endlich zufrieden sind, daß im Sonderministerium auch ein Mann des objektiven Rechts Einzug gehalten hat.

(Beifall.)

Gerade hier ist Objektivität entscheidend dafür, ob überhaupt die Entnazifizierung durchgeführt werden kann oder nicht; denn wenn die Willkür siegt, bricht der Staat zusammen.
Meine lieben Freunde, ich habe die Gäste zunächst noch nicht in den Saal gelassen, weil ich Ihnen vorschlagen möchte, die Abstimmung, die wir gestern auf heute verlegt haben, vorzunehmen, solange die Gäste noch nicht da sind, damit das Durcheinander nicht zu groß wird. Es hat sich gestern gezeigt und wir waren dahin informiert, daß Gäste in den Sitzreihen waren und mit Ausweisen von Delegierten hereinkamen. So konnte man nicht abstimmen.
Ich darf infolgedesssen vorschlagen, daß wir jetzt die Abstimmung über das Vertrauensvotum für unseren Parteifreund *Hundhammer* in der Kulturpolitik - dies ausdrücklich festgestellt - nachholen und das Resultat dann erst nachher bekanntgeben, weil ich dann mittlerweile Ihnen meinen Vortrag halten möchte. Daran anschließend kommen dann die Diskussionen, auf die die Freunde alle warten.
Ist der Vorschlag angenommen? - Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann treten wir in die Abstimmung ein.
Sind die Stimmzettel verteilt? - Ich bitte, für die Abstimmung einen Ausschuß zu bestellen und darf vielleicht *Pflüger*, Dr. *Rinke* und Dr. *Jaeger* bitten. Sind die Freunde damit einverstanden? - Es erhebt sich kein Widerspruch.
*Braun*: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle die Frage, worüber abgestimmt wird. Wird über die Person des Ministers abgestimmt?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nein! Ich habe ausdrücklich gesagt, daß über die Kulturpolitik abgestimmt wird. Es ist selbstverständlich, daß, wenn die Stimmzettel verteilt

sind, der Antrag nochmals verlesen wird. Ich wollte nur warten, bis die Stimmzettel verteilt sind.
Praktisch wollen wir es so halten: An vier Stellen stehen die Leute, die die Namen nach der Gliederung der Bezirke verlesen: Sind Sie damit einverstanden, damit Zeit gespart wird?

(Zustimmung.)

Die Leute in den Bezirken sind ja bekannt; so ist eine Selbstkontrolle vorhanden. Jeder Abstimmende hat den Delegiertenausweis bei der Abstimmung gleichzeitig vorzuzeigen.

(Zuruf: Wird mit Ja und Nein abgestimmt?)

Es wird mit Ja und Nein abgestimmt. Sind die Stimmzettel verteilt?

(Zuruf: Sie werden gerade verteilt!)

*Von Prittwitz-Gaffron*: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte, noch einmal die Frage vorzulesen, über die abgestimmt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich werde den Antrag verlesen, sobald die Stimmzettel verteilt sind und in die Abstimmung unmittelbar eingetreten wird.
Haben alle Delegierten Platz genommen?

(Zurufe: Nein!)

Sind noch Delegierte draußen?

(Zurufe: Ja!)

Ich bitte, dafür Sorge zu tragen, daß die Delegierten so rasch wie möglich hier hereinkommen. Ich bitte, Platz zu nehmen.
Während die Stimmzettel verteilt werden, erteile ich, wenn sich kein Widerspruch erhebt, dem Parteifreund *Euerl* das Wort zur Abgabe einer Erklärung.

(Zuruf vom Bezirksverband München: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte, davon Abstand zu nehmen. Wir sind bereits in der Abstimmung; die Erklärung gehört nicht hierher. - Zustimmung.)

Es kommt darauf an. Es darf nicht mehr abgegeben werden als eine Erklärung.
*Euerl*: Ich erkläre, daß ich bereits heute früh vor Beginn der Tagung dem Vorsitzenden und dem Geschäftsführer mitgeteilt habe, daß ich vor der Abstimmung eine Erklärung abgeben will.

(Widerspruch.)

Wenn die Worterteilung vor der Abstimmung versäumt worden ist, trifft mich keine Schuld. Ich bestehe auf meiner Erklärung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bitte, wollen Sie nicht mit Geschäftsordnungsdebatten beginnen! Ich frage Sie, *Euerl*, ist die Erklärung so gehalten, daß sie wirklich nur eine Erklärung ist, oder wird es daraufhin eine Debatte geben?
*Euerl*: Es ist nur eine Erklärung, die ich zur Bereinigung der Sache abgeben muß.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Was soll das heißen?
*Euerl*: Es muß etwas klargestellt werden, was gestern gesagt worden ist. Das muß erklärt werden, und dazu bitte ich das Recht zu haben.
Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Ich beantrage, daß die Erklärung zunächst dem Vorstand der Partei vorgelegt wird, um zu wissen, was die Erklärung will. Sollte sich

ergeben, daß diese Erklärung eine Beeinflussung bei der Abstimmung bedeutet, hätte das vorher gebracht werden können. Ich sage das deswegen, weil ich jede einseitige Beeinflussung bei der Abstimmung in dieser wichtigen Angelegenheit vermeiden möchte. Ich möchte also vorschlagen, diese Erklärung zunächst einmal dem Vorstand der Partei zur Kenntnis vorzulegen, damit wir uns darüber schlüssig werden können, ob die Erklärung zuzulassen ist oder nicht.
*Euerl*: Ich stelle ausdrücklich fest, daß das eine undemokratische Beeinflussung ist.

(Unruhe. - Die Erklärung wird dem Vorsitzenden zur Einsichtnahme vorgelegt.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich möchte die Angelegenheit mit dem Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] besprechen.
(Kurze Besprechung zwischen Vorsitzendem und Ministerpräsidenten.)
Ich bitte um Ruhe! Wir fahren fort. Ich darf aufgrund der Besprechung, die wir gerade durchgeführt haben, Parteifreund *Euerl* das Wort zur Abgabe der Erklärung geben, die er für eine Reihe von evangelischen Freunden, nicht nur im eigenen Namen, abgeben wird.
*Euerl*:

Erklärung:
Im Ringen um den Bestand der Union haben wir evangelischen Christen es schmerzlich empfunden, daß der Bayerische Kultusminister Dr. *Alois Hundhammer* ohne zwingenden Grund in seiner gestrigen Rede den einzigen evangelischen Exponenten im Kultusministerium, Staatsrat Dr. *Meinzolt*, in der Öffentlichkeit diffamiert hat. Wir sind der Überzeugung, daß kein Deutscher zur Überprüfung seiner Vergangenheit den zuständigen Instanzen entzogen werden darf, lehnen aber die politische Diffamierung in der Öffentlichkeit ab. Daß es in diesem Falle durch den Bayerischen Kultusminister geschehen ist, bedauern wir um der Christlich-Sozialen Union willen, der wir uns anschlossen, um in ihr die vertrauensvolle Zusammenarbeit der gläubigen Christen aller Konfessionen zu finden.

(Zuruf: Unterschrift!)

Gezeichnet: *Euerl, Mayr, Haußleiter,*

(Zuruf: Aha! - Starke Unruhe.)

*Emmert.*

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, es ist, glaube ich, hier kein großer Zug im Moment zu sehen. Ich bitte weiterzufahren! Ich bitte um Ruhe!

(Anhaltende Unruhe.)

Meine lieben Freunde, wenn Sie nicht fähig sind, einen Namen zu hören, dann tut es mir leid!

(Teilweise Zustimmung.)

Jetzt erteile ich das Wort dem Kultusminister *Hundhammer* zur Abgabe einer Erklärung. *Hundhammer*, ich darf aber bitten, nicht eine Rede zu halten, sondern auch nur eine Erklärung abzugeben.

(Beifall.)

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Liebe Parteifreunde! Die Erklärung, die hier verlesen worden ist, hat mich außerordentlich überrascht, und ich weiß nicht, wie groß der

Prozentsatz der Teilnehmer ist, die meine gestrige Stellungnahme in dem Punkt, der hier erwähnt wurde, als eine Diffamierung empfunden haben. Ich meinerseits habe sie für notwendig gehalten. Ich bin davon ausgegangen, daß ich mich dagegen verteidigen mußte, daß ich in der breitesten Öffentlichkeit der ganzen Welt angegriffen werde mit Behauptungen, die den Tatsachen absolut widersprechen, wie es hier im Falle *Meinzolt* in der amerikanischen Presse geschehen ist, Behauptungen, die übrigens in ihrem letzten Kern jedenfalls von Bayern ausgehen müssen. Wenn hier behauptet worden ist, ich hätte den Fall *Meinzolt* erwähnt, um den Mann zu diffamieren, so möchte ich ganz klar folgendes sagen: Staatsrat *Meinzolt* hat, als ich mein Amt angetreten habe, damals bei der ersten Besprechung erklärt, er überlege sich, ob er im Amt bleiben werde. Warum? Weil die Staatssekretäre den Staatsräten vorgesetzt worden sind. Ich habe ihn daraufhin gebeten, im Amt zu bleiben, weil ich einen prominenten Vertreter der evangelischen Richtung in meinem Ministerium haben möchte.

(Hört, hört!)

Daraufhin hat Staatsrat *Meinzolt* erklärt, er wolle es sich überlegen und zunächst für einige Monate bleiben. Heuer im Mai ist zwischen ihm und mir ein mündliches Abkommen getroffen worden - ich habe ausdrücklich erklärt, wir fixieren es nicht schriftlich -, daß er weiterhin im Amte bleibt, gerade um nach außen hin Klarheit zu schaffen, daß ich mit der evangelischen Kirche zusammenarbeiten will. Ich habe ihn darum gebeten, und er war dazu bereit.
Wenn ich nun, wie ich es in den letzten Monaten bei der Militärregierung und bei anderen Stellen tun mußte - was nicht öffentlich bekannt ist -, *Meinzolt* verteidigt und ihn gegen die Angriffe behalten habe, die gegen ihn im Gange waren,

(Hört, hört!)

dann muß ich es bitter empfinden, wenn man heute die Situation vor dieser Abstimmung dahin drehen will, als ob ich *Meinzolt* angreifen wollte.

(Pfui-Rufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Es sind das schwere Ausdrücke. Wenn es Persönlichkeiten gibt,

(Anhaltende Unruhe.)

die es so empfunden haben, so haben sie mich falsch verstanden. Es ist nicht meine Absicht, wie es hier dargestellt worden ist, *Meinzolt* irgendwie zu diffamieren, sondern ich habe erstens *Meinzolt* gebeten, im Amt zu bleiben, ich habe ihn zweitens verteidigt, und ich bin drittens gewillt, ihn auch weiterhin auf dem Posten zu halten, weil ich ihn dort wünsche. Das ist also eine ganz andere Situation!

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich unterbrechen.

(Zuruf: Schluß!)

Meine lieben Freunde, ich bitte um Ruhe! Es wird nämlich nicht besser, wenn man wie ein Haufen durcheinander redet. Wenn Sie hier heroben wären und das Gemurmel hörten, würden Sie sich wundern über die Persönlichkeiten, die sich daran betei-

ligen. Sie reden doch immer über Persönlichkeitswerte; Sie wollen sich doch als Persönlichkeiten fühlen und nicht als Masse erscheinen!

(Anhaltende Unruhe.)

Das war eigentlich nicht der Sinn der Abgabe der Erklärungen. Ich bedauere es, daß es auf diese Weise durch Rede und Gegenrede, nicht durch Abgabe zweier Erklärungen, große Diskussionen gegeben hat.
Es waren noch zwei Wortmeldungen da; eine von *Euerl*, die andere von *Pflaum*. Ich bitte beide, darauf zu verzichten, denn wir haben noch wichtigere Dinge zu tun. Die Erklärungen sind abgegeben; ich glaube, die Meinungen sind gebildet. Davon wollen wir ausgehen. Es hat keinen Sinn, wenn wir jetzt noch gegenseitig Geschütze auffahren. Erhebt sich ein Widerspruch dagegen?

(*Pflaum*: Ich möchte nur einen Satz sagen!)

Ich erteile auch Ihnen das Wort nicht! Erhebt sich ein Widerspruch dagegen, daß ich damit endgültig die Diskussion abschließe?

(Zurufe: Nein!)

Die Diskussion ist abgeschlossen.

(*Pflaum*: Ich bedauere ...)

Ich darf dann zur Abstimmung schreiten. Sind die Stimmzettel verteilt? - Dann bitte ich, mit der Verlesung der Namen zu beginnen.

(Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe! Der Antrag wird jetzt verlesen.
*Plonner*:

> Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union spricht dem Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus [*Alois Hundhammer*] ihr volles Vertrauen für seine mannhafte und grundsatzfeste Haltung aus und erwartet besonders in der Frage der Erziehungsreform die volle Wahrung und Sicherung der in der Verfassung gewährleisteten Grundrechte des bayerischen Volkes.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Abstimmung beginnt. Es wird mit Ja oder Nein abgestimmt. Es sind, wie die Freunde wissen, auch Gäste da; jeder Abstimmende hat daher seinen Stimmberechtigungsschein vorzuzeigen.
Dr. *Schedl*: Die Listen sind ausgeteilt nach Landesvorstandschaften usw., also nach der Gliederung in diesem Saale, so daß möglicherweise gleichzeitig dieselben Namen ertönen und vorgelesen werden können, weil die betreffenden Herren Sitz und Stimme im Landesvorstand und als Abgeordnete haben. Wenn der Name rückwärts verlesen wird, bezieht es sich nicht auf die Mitglieder des Landesvorstandes, sondern auf die Abgeordneten, die ja rückwärts sitzen, oder auf einen Bezirksverband, bei dem der Betreffende dann als ordnungsgemäßer Vertreter abstimmen kann.
Zur Abstimmung muß der Abstimmende den Delegiertenausweis vorzeigen, sonst kann der Stimmzettel nicht angenommen werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich muß mich korrigieren: Es kann selbstverständlich auch mit Stimmenthaltung abgestimmt werden.
(Die Abstimmung wird vorgenommen.)

Ein Teil der Stimmbezirke ist bereits mit der Abstimmung fertig; ist die Landesversammlung damit einverstanden, daß bereits mit der Abzählung dieser Stimmbezirke begonnen wird?

(Zustimmung.)

(Die Abstimmung nimmt ihren Fortgang.)
Haben alle stimmberechtigten Vertreter abgestimmt?

(Zustimmung.)

Dann erkläre ich die Abstimmung für geschlossen.
Ich erteile Parteifreund *Hundhammer* das Wort zur Abgabe einer Erklärung.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*. Liebe Parteifreunde! Ich bin von Mitgliedern meines Bezirksverbandes Oberbayern gebeten worden, zu Gerüchten Stellung zu nehmen, die jetzt während der Abstimmung im Saale verbreitet worden sind. Das erste dieser Gerüchte geht dahin, ich hätte im Einvernehmen mit *Hoegner* den Rektor *Brenner* von Erlangen ermächtigt, neben seiner Erlanger Rektorenschaft die Leitung der Handelshochschule in Nürnberg weiter zu behalten und damit dort den Sozialdemokraten auf dem Posten zu lassen. Ich möchte dazu feststellen, daß ich weder mit der Ernennung von *Brenner* zum Rektor der Handelshochschule noch mit seiner Wahl zum Rektor von Erlangen etwas zu tun hatte, weil beides ja längst schon war, bevor ich Minister geworden bin.

(Zuruf: Er ist aber wiedergewählt worden!)

Die Wahl des Rektors ist eine Angelegenheit, die an der Universität von den Professoren selbst durchgeführt wird. Ich habe weder mit seiner Erlanger noch Nürnberger Geschichte überhaupt etwas zu tun, und ich habe auch nicht mit Dr. *Hoegner* über diese Sache gesprochen.
Zweitens ist das Gerücht verbreitet worden, der Dr. *Hundhammer* will deswegen Eichstätt, Würzburg, Regensburg und Bamberg nicht als Ausweichfakultäten für die Hochschulen belassen, weil er Erlangen nicht weh tun will. Auf der anderen Seite wieder bin ich von der Gegenseite angegriffen worden, weil ich angeblich diese Hochschulen fördern will.
Ich möchte dazu ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich einen Moment unterbrechen; *Hundhammer*, ich bitte zu entschuldigen, aber ich glaube, wir haben die Besprechungen über dieses Thema abgeschlossen. Es werden ja so viele Gerüchte verbreitet! Was sind die ganze Woche nur über mich für Gerüchte in Umlauf gesetzt worden!
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Wenn die Gerüchte verbreitet werden, um die Abstimmung zu beeinflussen, dann möchte ich Stellung nehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir haben bereits abgestimmt. Ich würde gerne reden lassen; mir kommt es aber darauf an, irgendwie Zeit zu gewinnen.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Dazu möchte ich ausdrücklich feststellen, daß es mir vollkommen ferne liegt, die Theologischen Hochschulen zu schwächen, um einer anderen Hochschule, von der man glaubt, daß sie sozialdemokratisch beeinflußt sein könnte, einen Dienst zu erweisen. Wenn man mir so stark vorwirft, daß ich so eisern die grundsätzliche Linie wahre, dann ist es am wenigsten wahrscheinlich, daß ich die Konzessionen mache, die mir vorgeworfen werden. Ich bedauere es, wenn für die Ab-

stimmung solche Gerüchte unter die Masse geworfen werden, um Stimmung zu machen.
*Würz*: Zur Geschäftsordnung! Die Gerüchte sind keineswegs verbreitet worden, sondern wir haben uns mit anderen fränkischen Freunden unterhalten, was sie gegen *Hundhammer* haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann ist die Debatte abgeschlossen. Ich darf Frau *Lang-Brumann* das Wort geben. Ich bitte um Ihre Zustimmung dazu. Sie möchte für die Arbeitsgemeinschaft der Frauen der Union, die vorgestern gegründet wurde, eine Erklärung abgeben. Sind Sie damit einverstanden? - Dann darf ich das Wort erteilen.
Frau *Lang-Brumann* (mit Beifall begrüßt): Verehrte Herren! Ich habe mich gefreut, daß auch die Männer eine Frau begrüßt haben. Ich danke dafür!
Ich habe den Auftrag, der außerordentlichen Landesversammlung mitzuteilen - wie es der Herr Vorsitzende vorher schon getan hat -, daß sich die Frauen der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 29. August, also vorgestern, auf einer in jeder Hinsicht einmütig verlaufenen Versammlung

(Lebhafter Beifall.)

zur Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen der CSU in Bayern zusammengeschlossen haben. Anwesend waren die sämtlichen Bezirks- und Kreisvertreterinnen der Partei, unsere weiblichen Abgeordneten, unsere Kreis-, Stadt-, und Schulrätinnen, unsere Ministerial- und Regierungsreferentinnen. Zweck der Gründung ist unter anderem die klare Herausstellung der Gesamtmeinung und des Gesamtwillens *des* Wählerkreises der Union, der in Anspruch nehmen darf, zahlenmäßig der größte zu sein.

(Sehr richtig!)

In ernster Sorge um den Verlauf der Landesversammlung, die von größter Tragweite für Partei und Volk werden könnte, faßten die geeinten Frauen als ersten den spontanen Beschluß, einen dringenden Appell an die Landesversammlung zu richten, die Versammlung möchte im Geiste des Friedens,

(Sehr richtig!)

in den Formen jener Wohlanständigkeit geführt werden ...

(Beifall. - Die Saalbeleuchtung erlischt.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich stelle fest, daß bei dem Wort Wohlanständigkeit die Sonne untergegangen ist. Ich glaube, die Worte sind wirkungsvoll.
Frau *Lang-Brumann*: Denken Sie inzwischen über das Wort Wohlanständigkeit nach!

(Zurufe: Weitersprechen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sind die Freunde bereit, auch im Dunkeln zuzuhören, ohne eine Saalschlacht zu beginnen? - Ich bitte Frau *Lang-Brumann* weiterzusprechen.

Frau *Lang-Brumann*: ... im Geiste des Friedens und jener Wohlanständigkeit geführt werden, die von christlichen Delegierten einer Partei erwartet werden muß, die sich Union nennt.

(Sehr richtig!)

Nach den trefflichen Ausführungen unseres hochverehrten Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*], die er gestern machte, nach der begeisterten Vertrauenskundgebung,

die ihm von der gesamten Versammlung in seltener Einmütigkeit gezollt wurde, glaubten wir, von dem geplanten Appell absehen zu können. Mit Enttäuschung, größter Bestürzung und - wir verschweigen es nicht - mit nicht unterdrückbarer Empörung erlebten wir dann bedauerlicherweise die Vorgänge, die wir nicht anders als eine tiefe Schande empfinden konnten,

(Sehr richtig!)

als eine tiefe Schande angesichts des gequälten Volkes, das draußen im Lande mit zitternden Nerven herhorcht nach Eichstätt, des Volkes, das uns vertraut hat und von uns erwartet, daß wir Mittel und Wege suchen und finden, seinem grenzenlosen Elend zu steuern.

(Lebhafter Beifall.)

Statt dessen toben sich hier Leidenschaften aus, die niemand in der Welt versteht. Wir Frauen sind der Meinung, daß kein Kampf die Hochachtung vor der Überzeugung und Würde des Gegners außer acht lassen darf,

(Sehr gut!)

daß zwischen jedem Kampf zwischen ehrlichen Männern Klärung, Einigung und Frieden ist,

(Beifall.)

daß die Absicht des Kampfes so durchsichtig, das Ziel so wertvoll, die Kampfesweise so ritterlich und vornehm sein muß, daß der endliche Sieg des einen oder des anderen als gerechte Lösung und Erlösung von jenen empfunden wird, die den Kampf mit heisser innerer Beteiligung miterleben.

Wir christlichen Frauen möchten uns jedenfalls nicht mitschuldig machen, wenn der heilige Auftrag, die unvergleichliche Chance der Christlich-Sozialen Union, die ihr nach einem unerhörten Krieg geschenkt wurde, wenn diese Berufung, wenn diese Aufgabe hier vergeudet oder verspielt würde. Aber Sie werden sie nicht verspielen, verehrte Herren! Sie haben sich gestern von Ihrem Temperament hinreißen lassen; Sie haben sich von allen möglichen Imponderabilien emportreiben lassen! Ich denke nur an diesen Saal; dieser Saal ist überhaupt nicht glücklich für eine solche Versammlung, wo jedes Wort haften bleibt, wo man nichts in die frische Luft hinauslassen und keine frische Luft hereinlassen kann, wo alles sich aufbläht und auf unnatürliche Weise formuliert wird. Das müssen Sie auch bedenken! Lassen Sie sich nicht, wie der Münchner sagt, künstlich aufs Stangerl hinauftreiben, was Sie selber in diesem Kreise nicht wollen! Ich hoffe es wenigstens! Es sind nur einige Herren, die sich so danebenbenehmen,

(Sehr richtig!)

die ihr Temperament nicht zu bändigen verstehen. Sie alle lieben doch Ihr Volk, Ihre Partei! Wir alle tun das; das wissen wir. Zerstören wir also dem hoffnungsarm und glaubensarm gewordenen Volk, das uns vertraut hat und noch vertraut und jetzt auf uns horcht, nicht den Glauben an die Ideale der Union und ihre Durchführung! Nehmen wir ihm nicht den Glauben an unsere unverbrüchliche Zusammengehörigkeit und unser unverbrüchliches Zusammenhalten! Nehmen wir ihm nicht den Glauben an die Treue der Union!

(Lebhafter und anhaltender Beifall. - Zuruf: Die Worte sofort in die Tat umsetzen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wäre besser gewesen, das Wort wäre tatsächlich gleich in die Tat umgesetzt worden, auch in der Diskussion.

(Sehr richtig!)

Ich danke Frau *Lang-Brumann* für die Worte, die sie im Namen der Frauen der Union an uns gerichtet hat. Ich glaube, wir wollen uns alle redlich Mühe geben. Es liegt im Interesse der Union, daß wir das Ansehen der Union wahren, so wie wir es dadurch zum Ausdruck gebracht haben, daß alle Frau *Lang-Brumann* Beifall gespendet haben. Wenn aber die Prüfung vorgenommen worden wäre, hätte wahrscheinlich einer mit dem Finger auf den anderen gedeutet;

(Sehr richtig!)

das war das Interessante in dem Augenblick, in dem das Licht ausging.
So wollen wir nicht nur auf den anderen deuten, sondern auch auf uns. Wir wollen gemeinsam zusammenstehen, damit wir den heutigen Tag in einer Union überstehen.

(Beifall.)

Darf ich im Anschluß daran mir selbst das Wort erteilen? - Es erhebt sich kein Widerspruch.
Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde!
Die Zeichen der Zeit stehen auf Sturm. Wir haben es gestern hier erlebt. Was wir hier erlebt haben, ist aber nur ein Spiegelbild dessen, was in unserem Volk vor sich geht. Wenn die Öffentlichkeit über diese Versammlung etwa so urteilen sollte, daß hier etwas besonderes vor sich ginge, daß Menschen, die sich in einer Union zusammengefunden haben, die Arm in Arm miteinander marschiert sind, in Diskussionen gegeneinanderstehen, wenn sie Masse werden, dann täuscht sich die Öffentlichkeit, wenn sie glaubt, es sei das das Spezifikum einer Partei. Wir sind eine Majoritätspartei, eine Mehrheitspartei. Infolgedessen muß sich zwangsläufig auch in unserer Partei das Leben widerspiegeln, wie es sich heute in unserem Volk abspielt, wie es unser Volk im schwersten Ringen erlebt. Die materielle und die moralische Not drückt eben den Menschen hinein in die Masse. Wenn die vernünftigen Menschen zusammengestellt, wenn zehn Universitätsprofessoren nebeneinandergereiht werden und sie werden Masse, dann stellen sie etwas anderes in ihrem Inhalt dar, als wenn sie als zehn Persönlichkeiten selbständig dastehen.
Der Vorgang, den wir gestern erlebt haben, zeigt uns, wie notwendig die Christlich-Soziale Union ist, wie notwendig es gerade ist, den Menschen zum Bewußtsein zu bringen, daß sie aus Leib und Seele bestehen, daß sie Persönlichkeiten sind, die in sich geschlossen sind, gesteuert und gelenkt von der Verantwortung vor Gott. Denn die Demokratie, wie wir sie verstehen, ist auf die Verantwortung des freien Menschen vor Gott gegründet.

(Beifall.)

Gerade weil wir die Demokratie so empfinden, haben wir als christliche Demokraten eine besondere Verpflichtung, als ausgeglichene Persönlichkeiten diese Ausgeglichenheit in den Staat und in die Gesellschaftsordnung hereinzutragen, damit Staat und Gesellschaftsordnung ausgewogen werden.
Wenn wir das wollen, müssen wir uns über die Hemmnisse klar werden. Die Hemmnisse sind nicht allein bei uns begründet. Wir wissen ja auch, wir sind unfrei, wir sind

niedergebrochen. Durch den Krieg, der bis zum bitteren Ende durchgeführt wurde, sind wir am Ruin, am Abgrund. Freie Völker können leicht ihre Demokratie aufbauen, wenn sie die Demokratie errungen haben. Sichere Demokratien wurden im allgemeinen dann aufgebaut, wenn Revolutionen vorhergegangen sind. Uns blieben solche Revolutionen erspart. Seit den Bauernkriegen hatten wir keine eigentlichen tiefgehenden Erschütterungen in unserem Volkskörper. Es war ein Glück, wenn Blut erspart wurde. Aber vielleicht würde unsere Demokratie anders geworden sein, wenn wir sie wirklich durch Kampf errungen hätten. Völker, die sich ihre Demokratie erkämpft haben, haben dann ihre Demokratie in ihrem Sinne gestaltet. Uns wurde die Demokratie gebracht, und wir versuchen jetzt, mit dem Geschenk, das uns gegeben wurde, etwas anzufangen. Wir danken denen, die uns befreit haben, weil wir nicht aus eigener Kraft frei wurden, dafür, daß sie uns die Demokratie gebracht haben. Hoffentlich wird sie für uns aber kein Danaergeschenk. Wenn wir so weitermachen - und es liegt in diesem Falle, ich darf ehrlich sagen, nicht allein an uns, sondern auch an denen, die uns die Demokratie geschenkt haben, ein kleiner Teil der Schuld -, dann wird diese Demokratie als weiche Demokratie in sich zusammenbrechen.
Gehen wir doch hinaus ins Volk. Täuschen wir uns nicht. Wir stehen mitten in der schwersten Krisis der Demokratie, zwei Jahre, nachdem wir sie gegründet haben.

(Sehr richtig!)

Fragen Sie draußen d[ie] Menschen, was sie von der Demokratie halten. Fragen Sie d[ie] Menschen, was sie vom Staat und was sie von den Parteien halten. Ich glaube, wenn wir gestern diese Fragen hier beantwortet hätten, dann hätten wir uns vor manchem gehütet, damit nicht draußen Menschen aufstehen und sagen, diese Parteien spielen nur Theater. Wir müssen verhindern, daß sich diese Menschen im Glauben an die Wahrheit durch ein solches Theaterspielen bitter enttäuscht fühlen. Es gibt nichts Gefährlicheres, als wenn wir den Menschen, die in der materiellen Not stehen, auch noch den Glauben an die Wahrheit der Worte nehmen, die wir zu ihnen sprechen.

(Zustimmung, Beifall.)

Wodurch wird die Demokratie Schaden leiden, wenn wir so weiterfahren? Zunächst ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die materielle Not sehr wesentlich mitbestimmend ist für die Haltung der Menschen. Ein Mensch, der in den Alltagssorgen lebt, will eben zuerst die Alltagssorgen von sich genommen haben, bevor er Worte über die Demokratie hört. Wir wissen, wie schwer es uns fällt, diese Alltagssorgen von den Menschen zu nehmen. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben, daß wir sie ihnen gar nicht nehmen können, daß wir nur hoffen können, daß die Menschen nicht durch äußerste Not in Verzweiflung getrieben werden. Wenn die Demokratie den nächsten Winter und seine Not übersteht, dann wird vielleicht die Frühlingssonne wirklich die Zukunft unseres Volkes besser bescheinen können. Wir können dann mehr Hoffnung für die Demokratie haben. Wenn aber im nächsten Winter sich die Schwierigkeiten des letzten Winters noch steigern, welche Gefahren entstehen dann für unser Volk, für unsere Demokratie? Dazu treten dann noch die Sorgen, die die Menschen in besonderer Weise im einzelnen bedrücken. Denken wir an die Sorgen um das Heim. Wie eng sind die Menschen zusammengepfercht, wie leicht entsteht dadurch Streit. Wie eng sind wir in den Städten zusammengepfercht! Zwangsläufig kommt es da zu Auseinandersetzungen, zumal wenn keine Nervensubstanz mehr vorhanden ist. Und wenn sich Menschen streiten, kann keine gesunde Demokratie wachsen. Denn der Streit entsteht nur aus der Übersteigerung und Überreiztheit.

Wenn nun zu alledem noch die besonderen Sorgen der einzelnen Generationen kommen, dann treten Probleme auf, wie sie nur von Zeit zu Zeit sich in besonderer Weise zeigen. Ich fürchte, es ist uns bis heute noch kaum gelungen, die Heimkehrergeneration mit Vertrauen zur Demokratie zu erfüllen.

(Beifall.)

Wir müssen verstehen, daß diese armen Menschen, die an ihr Volk und an den Staat geglaubt haben, bitter enttäuscht wurden, weil sie eben von allen mißbraucht wurden. Nun kommen sie zurück und erwarten das andere. Das aber gibt ihnen nicht mehr als das, was sie vorher hatten. Die Folge davon ist, daß sie in ihrer Enttäuschung der Verzweiflung nahegebracht werden. Wir dürfen dazu nur an familiäre Schwierigkeiten denken, und das Unglück ist fertig. Ich sehe es daher immer als Hauptaufgabe der Union an, daß wir versuchen, die jungen Menschen, die Heimkehrer vom Felde zu erfassen und der Union zu gewinnen. Nicht des nationalsozialistischen Spruches wegen! Das liegt hinter diesen Menschen. Diese Menschen haben am ehesten erlebt, wohin der Nationalismus geführt hat.

(Sehr richtig!)

Es kommt darauf an, ob es uns gelingt, diese Menschen so anzusprechen, daß sie sich wieder daheim fühlen und nicht in einem Haus voller Streit.

Die besonderen Schwierigkeiten, die heute auch nicht verkannt werden dürfen, liegen in der totalen strukturellen Veränderung unserer Gesellschaftsordnung. Auch wir in Bayern haben zu den eingesessenen Bürgern von früher soundso viele neue Bürger bekommen. Was beinhaltet das schöne Wort Neubürger an Dasein? Es kann bestimmt nicht dem altbürgerlichen Dasein von früher verglichen werden. Die Menschen, die einmal etwas besessen haben, die Hab und Gut verloren haben, sind in größerer Gefahr als Menschen, die schon von vorneherein in der Armut geboren wurden. Das ist eine alte Erscheinung, die man nie übersehen darf. Bei diesen Menschen entsteht die größte Gefahr der revolutionären Gesinnung und Haltung. Wenn wir es ernst meinen mit dem Glauben an das Christentum und an die Demokratie, dann müssen wir vor allem trachten, diesen Menschen die Hilfe zu geben, die sie brauchen, um sich überhaupt wieder als Menschen fühlen zu können.

(Beifall.)

Gerade dieses Beispiel zeigt uns, daß es nicht damit getan ist, daß wir gelegentlich nur das Wort "Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst" hinwerfen, sondern hier muß es heißen, so wie es damals geheißen hat, als das Christentum entstand: Seht, wie sie einander lieben!

(Sehr richtig!)

Seht, wie der Reiche gibt, seht, wie der Arme nicht gezwungen wird, sich zu nehmen, sondern wie er freiwillig bekommt.

Wir werden uns Mühe geben müssen, alle zu erfassen, die durch den Verarmungsprozeß unseres Volkes in den Strudel hineingerissen werden. Noch täuschen wir uns heute durch den Schein, auf dem ein Wert steht, der aber nicht durch den Wert beinhaltet ist. Noch täuschen wir uns durch die Inflation darüber hinweg, daß wir alle sehr viel an materiellen Werten verloren haben. Ich glaube, manches Gerede von den Interessentengruppen würde wegfallen, wenn die betreffenden Interessentengruppen an die Zeit nach der Liquidation der Inflation dächten. Wenn die Menschen daran den-

ken, wie wir alle dann verarmt sind, der Bauer wie der Städter, wenn einmal der reale Gehalt so festgestellt wird, daß eine gerechte Basis für einen Start in der Wirtschaft gefunden ist, dann wird der Bauer auf dem Lande wie der Arbeiter in der Stadt die Christlich-Soziale Union brauchen. Es wird ihm nicht geholfen sein mit einer Ständepartei oder sonstigen Interessentenpartei.

(Sehr richtig! Beifall.)

Unter allen diesen Verhältnissen leiden wir beim Aufbau unserer Demokratie. Es ließe sich noch länger darüber sprechen, wenn die Zeit dafür ausreichen würde.
Wenn wir aber von den Krisenerscheinungen der Demokratie sprechen, so müssen wir auch daran denken, welche besonderen Schwierigkeiten uns dadurch entstehen, daß Einflüsse in der Demokratie sich geltend machen, die besser nicht da wären oder besser umgesteuert würden. Zunächst leidet die Demokratie, Volk und Staatswesen durch eine Inflation von Gesetzen ebenso wie durch die Inflation des Geldes. Denken wir doch daran, wie viele Verfügungen und Gesetze überall maßgebend sind, wie viele Gesetze wir in Bayern haben, wie viele Verordnungen sich überschneiden, wenn der Länderrat und der bizonale Rat dazutreten und wenn in Berlin entschieden wird. Denken wir daran, daß dazu noch die Verfügungen der einzelnen Militärregierungen kommen, und zwar zum Teil schon der örtlichen. Dieser Weg geht dann nach oben bis zum Kontrollrat, wo auch wieder Verfügungen getroffen werden. Denken wir daran, wie viele Konflikte aus all diesen Verfügungen herauswachsen, wie viele Konflikte dadurch entstehen, daß man sich nicht einigen kann. Wir sehen, in welchem Strudel dieser Gesetzesinflation wir stehen. Hier müssen wir darnach trachten, daß wir endlich Klarheit und eine klare Rechtsbasis bekommen. Wir müssen immer davon ausgehen, daß Staat und Gesellschaftsordnung von Recht und Moral getragen werden müssen, wenn sie bestehen sollen. Nicht subjektive Normen haben dabei an die Stelle der Gesetze zu treten. Mehr und mehr muß wieder ein Recht für ein ganzes Volk werden, nicht für einzelne Bezirke, auch nicht für einzelne Schichten oder Stände.
Wenn wir darüber hinausgehen, aber dann besondere Rechte und Ordnungen betrachten, die gesucht werden, so weiß jeder von uns, wieviel Kompliziertheit durch das Entnazifizierungsgesetz in unser Volk, in unsere Rechtsordnung und unser Staatsgefüge hineingetragen wurde.

(Sehr richtig!)

Wir alle wissen, es war notwendig, unser Volk von dem unmoralischen Nationalismus zu befreien. Aber wenn wir schon die Freiheit nicht dadurch schaffen wollten, daß wir eine Revolution durchgeführt haben oder durchführen konnten, so muß diese Freiheit auf der Basis des Rechtes stehen, genauso wie jede andere Ordnung im Staat.

(Beifall.)

Recht aber ist nicht gleichbedeutend mit einem Schema von Kategorien, die auf das gesamte Volk daraufgelegt werden. Ich kann nicht ein Volk in soundso viele Kategorien zerreißen und gleichzeitig dieses gesamte Volk in das Kollektiv der NSDAP zurückpressen.

(Sehr richtig! Beifall.)

Ein einsichtiger Mensch kann heute ohne weiteres feststellen, wie vielerlei Bürger es bereits nach der Entnazifizierung gibt, wenn einer dem anderen die Rechnung über

die Vergangenheit aufmacht. Denn wir haben sehr viel Zeit, daß wir uns immer über die Vergangenheit unterhalten können.

(Sehr wahr!)

Wir werden diese Feststellung erst recht treffen können, wenn wir die Ordnung innerhalb ganz Deutschlands betrachten. Bei uns wird nach einem Recht entnazifiziert, das man normalerweise in Deutschland für besonders scharf hält. In der englischen Zone gilt schon ein ganz anderes Recht, in der französischen Zone ein völlig anderes und erst recht in der russischen Zone. Wenn wir so die Bürger Deutschlands betrachten, dann stehen so viele Kategorien vor uns, daß man nicht weiß, ob daraus wieder einmal ein Bürgertum im guten Sinne des Wortes entstehen kann.

(Sehr richtig!)

Bürger sein bedeutet aber Mann sein. Hilft dieses Gesetz uns Deutschen, daß wir wieder Männer werden oder Männer schaffen und erziehen können? Die Hemmungen sind zu groß dazu. Denn wenn ich einem Menschen ewig vorrede: Du bist schuldig, Du bist schuldig, Du bist schuldig, so wird er sich deswegen nicht schuldig fühlen, sondern er wird in den Wirbel der Empfindungen hineingezogen werden. Er wird den Ausweg nicht finden. So wäre es viel vernünftiger, endlich dazu überzugehen, das Wiedergutmachungsgesetz durchzusetzen und vom Schuldprinzip abzusehen. Nur für diejenigen, die das Strafgesetz verletzt haben - und man kann in diesem Falle ruhig das Strafgesetz durch die Rechtsprechung ergänzen -, gilt die Schuld. Sie gehören vor den Strafrichter.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir werden in der gesamten Union, in der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union, dafür Sorge tragen, daß gerade jetzt, wenn die Deutschen aus den verschiedenen Zonen zusammengeführt werden, der Versuch gemacht wird, auf diesem Gebiete eine vernünftige Basis zu erhalten. Ich habe es oft bedauert, daß Herr Prof. *Dorn* vom OMGUS Berlin, der jetzt nach Amerika zurückgeht, vor kurzem darauf hingewiesen hat, daß die deutschen Parteien mit der Entnazifizierung nicht fertig werden wollten oder könnten. Ich halte diese Behauptung für falsch.

(Zustimmung.)

Wir haben uns wirklich Mühe gegeben, das Problem zu lösen. Aber als Demokraten erlauben wir uns eine freie Kritik und machen Vorschläge für eine Besserung.

(Beifall.)

Unsere Demokratie leidet bei ihrem Aufbau heute auch an der Verzerrung der öffentlichen Meinung. Meine lieben Freunde, wenn wir die Flüsterpropaganda hören - und ich bin ja auch sehr häufig ein Objekt der Flüsterpropaganda -, wenn wir erfahren, was alles erzählt wird, dann kann man nur sagen: Sind denn alle Menschen hysterisch geworden?

(Sehr richtig!)

Sie machen nicht halt vor irgendeinem Ehrbegriff. Charakterlosigkeit ist Trumpf geworden.

(Sehr richtig!)

Haben wir uns damals als Demokraten nicht geärgert, wenn wir hörten, wie *Hitler* in seinen Reden die Frau des amerikanischen Präsidenten *Roosevelt* beschimpft hat?

Hoffentlich finden bei uns Menschen, die sich an der Flüsterpropaganda beteiligen, endlich einmal eine Grenze und machen Halt.

(Beifall.)

Der Maulwurf ist kein edles Tier. Er gehört nicht in das Wappenzeichen eines Demokraten. Wir hoffen aber auch, daß die Presse ihrerseits all das beherzigt, was wir uns zur Beherzigung vornehmen.

(Zustimmung. - Beifall.)

Wenn wir in den demokratischen Parteien Rechenschaft ablegen - und ich habe ausdrücklich in der Tagespresse geschrieben, daß nicht nur die Regierung vor der Landesversammlung, vor den Vertretern der Christlich-Sozialen Union Rechenschaft gibt, sondern daß auch der Landesvorsitzende Rechenschaft gibt -, so wissen wir, wir haben uns zu rechtfertigen.

(Sehr gut!)

Die Regierung hat sich zu rechtfertigen vor dem Volk, vor der Volksvertretung. Wir als Parteifreunde, die vor der Partei herausgestellt sind, haben uns vor den Vertretern unserer Mitglieder zu rechtfertigen.

(Sehr richtig! Beifall.)

Durch die Rechtfertigung wird dann entschieden, ob jeder am richtigen Platz steht und ob er dort stehenbleiben kann. Dieses Verfahren ist in der Presse bisher leider noch nicht möglich geworden.

(Sehr richtig!)

Denn dort wurden die Lizenzträger und die Schriftleiter von außen her von der Militärregierung bestellt. Sie wurden z.T. unter Gesichtspunkten bestellt, die nicht der Entwicklung der Demokratie, so wie sie sich dann vollzogen hat, angepaßt war.

(Starker Beifall und Bravo-Rufe.)

Während heute bei uns der Stimmzettel entscheidet, ist es dort noch nicht einmal möglich, etwa durch den Abonnemententzug darüber abzustimmen, ob einem die jeweilige Zeitung in ihrem Inhalt gefällt oder nicht. Denn der Leser kann nicht, wie es früher der Fall war, sein Abonnement nach dem Geschmack seiner Gesinnung wechseln. So entsteht die Gefahr, daß der Öffentlichkeit durch die Presse eine Meinung aufgezwungen wird.

(Lebhafter Beifall.)

Ich richte an dieser Stelle als Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern die Bitte an alle Beteiligten, auch an die Militärregierung, die letztlich darüber zu entscheiden hat, daß wir das Bewußtsein bekommen, daß hier rechtens geschieht.

(Starker Beifall.)

Ich kenne die Schwierigkeiten, und wir alle wollen uns nicht darüber hinwegtäuschen. Es besteht eine Papierknappheit nicht nur bei uns, sondern ich möchte sagen, fast in allen Ländern. Auch in Amerika besteht eine gewisse Papierknappheit. Es ist immerhin genügend Papier für die Presse da, wie sie bis jetzt besteht. Man könnte leicht

einen Teil abspalten, um wenigstens eine oder zwei Parteizeitungen für jede große Partei zuzulassen.

(Beifall.)

Wir wollen gar nicht, daß das System auf einmal völlig geändert und die sogenannte unabhängige Presse beseitigt wird. Aber wir wollen die freie Konkurrenz, wir wollen Fairneß.

(Beifall.)

Ich glaube, ich könnte die Versicherung abgeben - leider fällt es in vielen Fällen gar nicht so schwer -, daß die Presse, die wir schaffen würden, in ihrem Inhalt und in ihrem Niveau mit der bestehenden Presse wetteifern könnte.

(Beifall.)

Für unsere Partei darf ich sagen: Wenn wir heute daran leiden, daß wir oft die gleiche Sprache sprechen und uns doch nicht verstehen, so ist daran zum Teil auch die Tatsache mit schuld, daß wir in unserer Partei kein großes Organ für die Gestaltung der öffentlichen Meinung haben.

(Sehr richtig!)

Mit einem Mitteilungsblättchen von vier Seiten kann man eine Partei geistig nicht halten.

(Sehr richtig!)

Wenn darin von einem Schriftsteller irgendein Wort geäußert wird, es fällt sofort ganz anders aus, als wenn in einer großen Zeitung die verschiedenen Meinungen nebeneinander stehen.

(Sehr richtig!)

Ich hoffe und wünsche, daß wir endlich das Versprechen eingelöst bekommen, daß die Parteipresse zugelassen wird, und zwar so rasch wie möglich, damit nicht noch mehr Unglück geschieht.

(Beifall.)

Wie verzerrt ist das Bild unserer Entwicklung oft in der Vergangenheit wiedergegeben worden! Wenn einer von uns etwas äußert, sofort muß er damit rechnen, daß es aus dem Zusammenhang herausgerissen wird und durch die öffentliche Meinung durchgewirbelt wird; es ist selbstverständlich, daß die Folge davon Unklarheiten, Verzerrungen und Auseinandersetzungen sind. Auseinandersetzungen sind notwendig. Denn Auseinandersetzungen, die anständig und fair durchgeführt werden, sind das Zeichen des Lebens innerhalb der Partei. Es wäre ein Unglück, wenn wir Auseinandersetzungen von vorneherein unterbinden würden. Denn eine Christlich-Soziale Union eignet sich nicht zu einer Marschkolonne, zu einer Partei, die kollektivistischen Inhalt hat.

Wenn von der SPD und auch von uns aus gelegentlich auf die Flügelbildung hingewiesen wird, wenn von der SPD-Seite aus gesagt wird, daß man deswegen keine aktionsfähige Union hätte, so mag es da und dort zutreffen, daß die Verhandlungen schwieriger zu führen sind. Aber auf der anderen Seite ist es auch ein Beweis dafür, daß man dort doch noch stark in dem Denken des alten Parlamentarismus steckt, den man heute ablehnt, und daß man noch nicht gewillt ist, die neue Demokratie aufzubauen.

(Sehr richtig!)

Denn sonst müßte man sich freuen, daß es möglich ist, daß sich Menschen von Mensch zu Mensch, von einer Partei zur anderen Partei verständigen können und daß es nicht notwendig ist, daß die jeweilige Partei immer geschlossen als Marschkolonne auftritt. Selbstverständlich ist es wünschenswert, daß wir uns aus Selbstdisziplin ohne Zwang zu einer geschlossenen Meinungsbildung durchringen.

(Beifall.)

Ich habe die Hoffnung, daß es uns gelingt. Aller Anfang ist schwer, auch der Anfang unserer Demokratie. Wir haben immer erklärt, wir sind eine neue Partei. Eine neue und junge Partei sein heißt, daß wir Ringende, Suchende sind. Wir geben es ehrlich zu. Wenn andere Parteien erklären, daß sie fertige und abgeschlossene Programme, Vorschläge und Dogmen haben, so tut es uns leid. Wir stellen fest: Wir sind eine junge und lebendige Partei. Wir sind noch nicht vergreist.

(Beifall.)

Es hat mit Ausnahme der letzten Zeit die Sozialdemokratie eine starke Geschlossenheit nach außen gezeigt. In sich sind die Verhältnisse durchaus nicht so klar, wie es nach außen oft scheint.

(Sehr richtig!)

Wenn man bei uns von Flügeln spricht, wenn man bei uns davon spricht, daß Auseinandersetzungen stattfinden, dann dürfen wir sagen: Gebt endlich einmal, wenn ihr schon als geschlossene Partei immer dastehen wollt, das Bekenntnis dazu ab, ob ihr noch den materialistischen Marxismus als die Grundlage eurer Ideologie anerkennt oder nicht!

(Beifall.)

Wir weichen hier keiner Auseinandersetzung aus. In Nürnberg beim Parteitag der SPD ist man der Auseinandersetzung über die Frage des Marxismus ausgewichen.
Wenn Dr. *Hoegner* klar erklärt hat, daß er selbst nicht von dem Marxismus als einer Grundlage für die Gesellschaftsordnung von heute ausgehe, dann darf ich dem entgegenhalten, daß selbst in Bayern schon andere Erklärungen abgegeben worden sind, daß aber vor kurzem, als die Entscheidungen in Frankfurt gefallen waren, der Vorsitzende der hessischen Sozialdemokratischen Partei[6] klar die Parole ausgegeben hat, daß damit der Klassenkampf wieder beginne.

(Hört!)

Soweit sind wir wenigstens in der Klarheit, daß wir wissen, daß dort noch Menschen sind, die es ganz eindeutig auf den Klassenkampf abstellen.
Wir wissen, wie gefährlich diese Parteien sind. Wenn wir uns nur damit befassen wollten, die materielle Not durch eine materialistische Weltanschauung und durch Klassenkampf zu überwinden, dann wäre die menschliche Gesellschaftsordnung in Gefahr, in der Zukunft zusammenzustürzen.

(Zustimmung.)

Wir haben gesehen, wohin materialistisches Denken in der Vergangenheit geführt hat, wir haben gesehen, wohin dann der Kollektivismus dieser materialistischen Grup-

[6] Gemeint ist vermutlich Wilhelm Knothe.

pen geführt hat, als sie den Staat erobert haben, und wir haben dafür noch andere Vergleichsbeispiele. Sie wollen wir nicht als Beispiel dafür nehmen, wie wir unsere Gesellschaftsordnung gestalten wollen.

(Sehr gut!)

Ich darf es mir ersparen, die anderen bayerischen Parteien in diesem Zusammenhang noch zu betrachten. Ich glaube, wir sind uns im großen und ganzen über die Bewertung klar; wir werden sowieso in der Zukunft noch auf diese Fragen zu sprechen kommen müssen.
Nur eines darf ich vielleicht noch bemerken: Wenn bei uns in Bayern jetzt der Versuch gemacht wird, eine eigene bayerische Partei zu schaffen, und wenn dabei auch Parteifreunde von uns mitbeteiligt sind,

(Hört, hört!)

so erlasse ich als Landesvorsitzender der Union an alle Parteifreunde der Union im ganzen Lande die Aufforderung zur Entscheidung: Entweder für uns oder für die Bayernpartei!

(Beifall.)

Doppeltes Spiel ist das Zeichen von Charakterlosigkeit.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir können auch nicht die Notwendigkeit dieser Partei für Bayern erkennen. Wir sind Bayern und lieben unsere Heimat. Wir von der Christlich-Sozialen Union, ganz gleichgültig, ob wir in Bayern oder in Franken geboren sind, lieben Bayern. Auch wenn gelegentlich das Spiel der Kräfte so geht, daß dort vielleicht sogar die Mundart anstößt, fällt es keinem Menschen ein, davon auszugehen, daß etwa einer von uns Bayern aufgeben oder nicht wünschen sollte, daß Bayern ein entsprechendes Gewicht beim Aufbau des deutschen Vaterlandes haben muß,

(Beifall.)

und zwar um Bayerns willen und um Deutschlands willen!

(Starker Beifall.)

Aber das, was sich von der Bayernpartei-Seite her zeigt, erscheint uns getragen von dem Partikular-Chauvinismus, den wir als die gleiche Gefahr ansehen wie den Nationalismus auf der Ebene der Staaten, auf der deutschen Ebene.

(Zustimmung.)

Nationalismus und Partikular-Chauvinismus werden das ganze Volk in Deutschland und werden auch Bayern gefährden,

(Zustimmung.)

und zwar deswegen, weil dadurch solche Zerrungen und Verzerrungen eintreten werden, daß wir auch dort wahrscheinlich die Ausgewogenheit des neuaufgebauten Staates nicht erwarten können.
Was hat denn eine partikular-chauvinistische Partei in Bayern für eine Bedeutung dann, wenn die deutschen Entscheidungen fallen?

(Sehr richtig!)

Sie bleibt auf kleine Gebiete beschränkt und auch dort in diesen Gebieten sind mindestens schon 20% der Wähler Flüchtlingswähler. Wenn eine solche Partei entsteht, dann entsteht höchstens die Tendenz, die anderen Parteien zu zerreißen und zu schwächen, noch eine Partei neben die großen Parteien hinzustellen oder den Anlaß zur Entwicklung mehrerer Parteien, wie auch einer Flüchtlingspartei, zu geben.

(Erneute Zustimmung.)

So würden wir Entwicklungen wiedererleben, die wir hinter uns gebracht haben wollen mit der Zeit, die endgültig abgeschlossen sein soll.
Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, ich darf es mir ersparen, auf die bayerische Politik im einzelnen einzugehen. Sie haben gestern die Referate des Herrn Ministerpräsidenten und unserer Minister gehört, sie werden zum Teil noch heute nachmittag ergänzt werden. Wir haben einen Überblick gewonnen. Ich habe mich hier vor Ihnen nur für mein Verhalten seit der letzten Landesversammlung zu rechtfertigen. Ich werde aber auf Einzelheiten nur eingehen, wenn es in der Diskussion gewünscht wird.
Grundsätzlich darf ich sagen: Es wurde damals von der Landesversammlung eine Entscheidung getroffen in meiner Abwesenheit, weil ich während der Landesversammlung bekanntlich zu General *Clay* gerufen wurde. Als ich zurückkam, fand ich diese Entscheidung vor. Als Landesvorsitzender glaubte ich mich an die Entscheidung der Landesversammlung gebunden.

(Beifall.)

Die Entscheidung erging für eine Regierungsbildung nur durch die Union. Die Mehrheit der Fraktion hatte eine andere Meinung.
Es wurde dann die Koalitionsregierung gebildet. Ich habe diese Entscheidung anerkannt und zunächst die Erklärung abgegeben, daß die Regierung nach ihren Taten von uns beurteilt werden wird. Als ich dann gesehen habe, daß diese Beurteilung der Regierung nach ihren Taten dazu führen mußte, auf jeden Fall die Politik des Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* anzuerkennen, habe ich mich sofort dahin entschieden, den Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* in seiner Politik zu unterstützen.

(Großer Beifall.)

Es kam dann eine Schwierigkeit, die dazu geführt hat, daß aus dem ganzen Lande - ich möchte sagen - ein Wirbel der Empfindungen an mich herankam. Meine lieben Freunde, manchmal ist es wirklich so, daß so viel an mich herangetragen wird, daß ich kaum mehr dem nächsten meiner Freunde und dem besten meiner Mitarbeiter trauen dürfte, wenn ich alles das glauben würde. Aber ich sah doch, daß bestimmte Stimmungen da waren, die wollten, daß der Kultusminister *Hundhammer* fallen sollte. Man hat es mir dann schwer verdacht - und zwar nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Partei und an anderer Stelle in der Öffentlichkeit -, daß ich dann im Landtag es nicht habe soweit kommen lassen, daß Kultusminister *Hundhammer* durch eine Interpellation der Freien Demokratischen Partei zu Fall gebracht werden konnte. Ich habe mich auch dafür vor Ihnen in Ihrer Gesamtheit zu rechtfertigen.
Meine lieben Freunde, eine Entscheidung in einem Wirbel der Empfindungen, in einem Durcheinander ist rasch und leicht getroffen. Wir standen am Ende der Sitzungsperiode des Landtags, und innerhalb von einigen Stunden kann ich keine Entscheidung von so weittragender Bedeutung für die Union fällen lassen. Da muß ich versu-

chen, eine gewisse Ruhe zu gewinnen, damit in ihr die Entscheidungen getroffen werden.

(Sehr richtig!)

Es war ferner notwendig, darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Union selbst in sich so stark sein müßte, daß sie eine Frage für sich entscheidet

(Zustimmung.)

und daß eine solche Entscheidung nicht von außen her der Union aufgezwungen wird.

(Beifall.)

Ich wende mich immer gegen den Versuch, mich für andere Parteien für ihre Politik mißbrauchen zu lassen.

(Erneute Zustimmung.)

Ich tue es schon deswegen, weil ich von jedem meiner Parteifreunde das gleiche erwarten muß.

(Nochmaliger Beifall.)

Gerade in der letzten Zeit entstanden hier Schwierigkeiten besonderer Art. Über Bayern wird heute nicht nur in Bayern durch den Bayerischen Landtag oder durch die Bayerische Regierung, sondern über Bayern wird heute bereits auf einer Reihe anderer Ebenen entschieden. Im Länderrat, in der Bizone - der Vereinigung der englischen und der amerikanischen Zone - und auch auf höherer Ebene fallen heute die Entscheidungen über uns. Wir dürfen uns nicht irgendwie Glauben machen wollen, daß Bayern eine Insel der Glücklichen bleiben könnte, wenn es sich etwa hier heraussen halten könnte.

(Sehr richtig!)

Es ist doch nicht einmal das Können möglich; denn die Entscheidungen liegen nicht mehr in unserem Willen.
Die Bizone - die Vereinigung der amerikanischen und der englischen Zone - hat eine weittragende Bedeutung für unser bayerisches und für unser gesamtdeutsches Schicksal. Diese Bizone ist ein Provisorium; darüber sollen und müssen wir uns klar sein. Wir wollen nicht, daß nur die beiden Zonen zusammentreten und die Länder der beiden Zonen zusammengeschlossen werden. Gerade jetzt, wo wir auf der Ebene der Bizone Politik mitgestalten dürfen, wollen wir eine freie und eindeutige Aussprache: Wir wollen die deutsche Einheit!

(Lebhafter Beifall.)

Wir warten auf den Tag, an dem die französische und die russische Besatzungszone einschließlich Berlins zur Bizone dazukommen werden, damit wir endlich einen gemeinsamen Boden wieder unter die Füße bekommen, damit wir endlich eine deutsche Wirtschaft aufbauen und auf diese Weise wieder Handel und Wandel zwischen den einzelnen deutschen Gliedstaaten herstellen können!

(Starke Zustimmung.)

Alle Worte, alle partikular-chauvinistischen Worte nützen nichts. Wir brauchen Substanz für unser Volk, damit es leben kann; und Substanz muß geschaffen werden, wo die Voraussetzungen dafür bestehen, im Süden und im Norden, im Westen und im

Osten Deutschlands. Wir werden nicht leben können ohne den Norden Deutschlands, und Deutschland kann nicht leben ohne seinen Osten!

(Dr. *Horlacher*: Ohne Bayern auch nicht!)

Dr. *Horlacher* hat gerade dazwischengerufen: Ohne Bayern. Wenn ich von wir gesprochen habe, so bin ich selbstverständlich davon ausgegangen, daß wir [ohne] Bayern nicht werden leben können. Ich bitte endlich einmal dahin zu kommen, daß wir uns nicht ewig vorhalten, wer die weiß-blaue Fahne höher hält!

(Außerordentlich stürmischer Beifall!)

Ich werde Ihnen den Beweis erbringen, daß ich kein Föderalist des Wortes, sondern der Tat bin!

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Gerade auf der Ebene der Bizone hat es sich gezeigt, wie wichtig es ist, daß wir eine klare Politik machen und daß wir unsere Linie kennen und einhalten, mögen die anderen sagen, was sie wollen!

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Was bedeuten die Entscheidungen von Frankfurt, von denen diese letzte sogenannte Krisis der Union ausgegangen ist?

(Dr. *Horlacher*: Irrtum! - Weiterer Zuruf: Disziplin halten!)

Leider bin ich nicht Versammlungsleiter; ich könnte mich sonst mit Zwischenrufen befassen wie in einer Volksversammlung, Herr Präsident *Horlacher*!

(Sehr richtig!)

Aber bei einem Referat, das den Weg der Union zeigen soll, den ich mitverantworten will, wäre ich sehr dankbar, wenn ich mich nicht wie in einer Volksversammlung verhalten müßte.

(Laute Zustimmung. - Dr. *Horlacher*: Wir haben uns auch Zwischenrufe gefallen lassen müssen unter Deiner Leitung! - Widersprechende Zwischenrufe. - Unruhe.)

Darf ich um Ruhe bitten!
Ich stelle an die Versammlung die Frage: Wird gewünscht, daß ich jetzt einen anderen Parteifreund zum Versammlungsleiter bestelle?

(Widerspruch.)

Es sind widersprechende Erklärungen da. Ich darf die Frage an die Versammlung richten: Wird die Bestellung eines Parteifreundes zum Leiter der Versammlung während der Rede gewünscht oder nicht?

(Widersprechende Zurufe.)

Wer enthält sich? - Wer ist dafür, daß jetzt ein Versammlungsleiter bestellt wird?

(Zurufe: Dr. *Ehard*!)

- Wer ist dagegen? - Das ist die Mehrheit. Auch Herr Präsident *Horlacher* ist dagegen, wofür ich ihm dankbar bin.

(Heiterkeit.)

Ich bitte um Ruhe! Meine lieben Freunde, ich darf dazu bemerken: Nur keine Angst, wir verstehen uns trotz allem.
Die Frankfurter Entscheidungen sind für die Gesamtunion und insbesondere auch für die bayerische Union von besonderer Bedeutung. Sie wissen - ich darf es als bekannt voraussetzen, um nicht alles mögliche wiederholen zu müssen - den Aufbau des Wirtschaftsrates und des Exekutivrates oder des Exekutivausschusses. Ich darf nur kurz sagen: Für die beiden Zonen, die amerikanische und englische Zone wurde ein Wirtschaftsrat gebildet, der die Entscheidungen nahezu in allen wirtschaftlichen Fragen von weitesttragender Bedeutung hat. Er bestimmt, wie die einzelnen wirtschaftlichen Fragen gesetz[es]mäßig, verordnungsmäßig zu lösen sind. Daneben steht das Exekutivdirektorium oder der Exekutivrat, das die Regierung sein soll, ein Zwischenorgan zwischen den Direktoren und dem Wirtschaftsrat, das von den deutschen Ländern der beiden Zonen aus besetzt wird.
Im Wirtschaftsrat ist das Stimmenverhältnis so, daß die Union 21 Stimmen, die SPD 20 Stimmen hat. Es kommen dann die Freie Demokratische Partei mit fünf Stimmen, die Kommunisten mit drei Stimmen, das Zentrum mit zwei Stimmen, die Niedersächsische Landespartei mit zwei Stimmen und die WAV mit einer Stimme.[7] Es ist also ein Gremium, das relativ klein ist und bei dem es wirklich auf jede Stimme ankommt.
Der Exekutivrat oder der Exekutivausschuß, wie er ursprünglich hieß, ist ein Gremium, das sicher ursprünglich gedacht war als ein Gremium von Wirtschaftsexperten, die dann ihrerseits die besten Wirtschaftsexperten als Direktoren bestellen sollten. So war sicher die amerikanische Konzeption, die ursprünglich zugrunde gelegt wurde. Es wäre gut, wir könnten selbst bei uns, in unserem Staatswesen einmal daran denken, ob wir nicht ähnliche Konstruktionen einrichten müssen, um eine bessere Ausgewogenheit auch in die Staatsidee und in die Demokratie zu bringen. Aber Voraussetzung dafür ist dann auch die Klarheit in der Zusammensetzung. Dieser Exekutivrat ist [so] zusammengesetzt, daß heute sechs Sozialdemokraten und zwei Nichtsozialdemokraten darin sind. Von Bayern ist als Vertreter Dr. *Seelos* von der Bayerischen Regierung bestimmt worden.
Bei der Wahl der Direktoren hat der Exekutivrat bestimmte Vorbehalte gehabt. Er hatte dann die Absicht, zur Wahl des Wirtschaftsdirektors den sozialdemokratischen Minister Dr. *Kubel* vorzuschlagen. Dr. *Kubel* gilt bei unseren Freunden als klarer Marxist. Wir hatten bestimmte Hemmungen, nun so rasch an eine solche Entscheidung heranzugehen; die grundsätzlichen Entscheidungen werde ich noch erwähnen. Aber die rein vernünftigen augenblicklichen Erregungen gingen auch dahin, daß die Sozialdemokratie immer darauf hingewiesen hat, sie habe den Wirtschaftsdirektorposten in Minden erobert. Da konnten wir sagen: Mit dem Inhaber dieses Wirtschaftsdirektorpostens in Minden, Dr. *Agartz*, hatten wir gerade nicht die besten Erfahrungen gesammelt!

(Sehr richtig!)

Im Gegenteil, es bestand allgemein die Meinung, daß es Dr. *Agartz* nicht gelungen ist, die Wirtschaft in Ordnung zu bringen und dafür zu sorgen, daß wirklich ein vernünftiger Aufbau vollzogen wurde, und ich glaube, die Sozialdemokratie gibt sich gar keine

[7] Die tatsächliche Stimmverteilung im Wirtschaftsrat sah folgendermaßen aus: CDU/CSU 20, SPD 20, FDP vier, KPD drei, Zentrum zwei, DP (bis Juni 1947: Niedersächsische Landespartei) zwei, WAV eine; Potthoff/Wenzel, Handbuch politischer Institutionen, S. 188ff., 313f.

besondere Mühe, sich dabei zu verteidigen. Was wir festgestellt haben, war zunächst nur der Aufbau einer bizonalen Bürokratie; und wir sind der Meinung, daß, wenn wir zusammenkommen, das erste Ziel nicht der Aufbau der Bürokratie ist.

(Zustimmung.)

Wir unsererseits haben erklärt, daß es uns nicht möglich sei, einen SPD-Direktor für die Abteilung Wirtschaft zu wählen; denn die sämtlichen Wirtschaftsministerposten in den acht deutschen Ländern sind durch Sozialdemokraten besetzt. Wir waren der Auffassung, daß es zur Herstellung einer demokratischen Balance notwendig sei, diesen Direktorposten nicht durch einen Sozialdemokraten zu besetzen.

(Sehr richtig!)

Ich sage ausdrücklich, daß unsere erste Auffassung nicht etwa die war, daß die Union den Mann unter allen Umständen stellen müßte. Wir hatten im Gegenteil sogar vorgeschlagen, daß eventuell ein Neutraler gestellt werden sollte, der keiner der beiden Parteien angehört. Diesen Vorschlag hat die SPD unter Führung von Dr. *Schumacher* abgelehnt.

(Pfui! - Hört!)

Nun wurden[8] in der Presse wiederholt Erörterungen angestellt, daß bei dieser Gelegenheit Herr Dr. *Adenauer* und ich einander sehr nahegekommen seien und daß wir - wie man es gerne dargestellt hat - Arm in Arm marschiert seien. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Dr. *Adenauer* ist der Zonenvorsitzende der englischen Zone; ich darf sagen, daß er als Mitglied des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU weitestgehend das Vertrauen der amerikanischen Zone hat. Ist es nicht unser gutes Recht, daß wir, wenn uns die Fraktion der Union zu den Besprechungen lädt, um die Entscheidungen mit uns gemeinsam zu treffen, dann als Parteivorsitzende wirklich zusammen beraten und eine Entscheidung für die Union in ihrer Gesamtheit gemeinsam - Fraktion und Partei - treffen?

(Beifall.)

Die Herren der Sozialdemokratie sind vor und während der Tagung nach Hannover zu Dr. *Schumacher* - wie man sich ausdrückte - zum Befehlsempfang gefahren.

(Hört!)

Wir in der Union geben keine Befehle; bei uns kam die Entscheidung einmütig nach freier Aussprache innerhalb der Fraktion und zwischen Fraktion und Partei.
Die SPD hat uns darüber hinaus dann den Vorschlag gemacht, daß wir dann den Direktor für die Ernährung stellen sollten; die anderen Posten waren uninteressant geworden. Wir haben unsererseits dann die SPD daran erinnert, daß vielleicht nächstens schon der Direktorposten für die Arbeit zu besetzen sei und dann dadurch wir eine Einigung finden könnten, daß die SPD das Direktorium für die Arbeit übernehmen und wir das Direktorium für die Wirtschaft behalten würden. Die Sozialdemokratische Partei hat die beiden Direktorenposten beansprucht, den für Wirtschaft wie den für Arbeit!

(Hört!)

[8] In der Vorlage: "hat".

Die Sozialdemokratische Partei kann nicht den Totalitätsanspruch auf Wirtschaft *und* Arbeit in Deutschland erheben; und wir würden pflichtvergessen sein, wenn wir der Sozialdemokratie die totale Macht über Wirtschaft und Arbeit überantworten würden!

(Lebhafter Beifall.)

Herr Dr. *Schumacher* hat einmal den Ausspruch getan: "Deutschland wird sozialdemokratisch sein oder es wird nicht sein."

(Zurufe: Oho!)

Er hat es dann - so war es wenigstens in der Presse wiedergegeben, um ausdrücklich darauf hinzuweisen -, offensichtlich weil er erkannt hat, daß dieser Totalitätsanspruch zu weit ging, dahin formuliert: "Deutschland wird sozialistisch sein oder es wird nicht sein." Wenn wir möchten und darauf hinweisen, daß das Christentum das ganze Leben des Menschen, des sozialen Menschen durchdringt, dann ist das nicht ein parteimäßiger Totalitätsanspruch, sondern dann ist das eine Verpflichtung, die wir vor dem deutschen Volk und vor der Menschheit haben, die Menschheit im Sinne des Christentums zu erneuern; denn wir sind der Auffassung, daß die Menschheit wieder vom Christentum durchdrungen sein muß, wenn sie sich nicht selbst vernichten soll.

(Beifall.)

Wir wissen, daß uns eine Ideologie gegenübertritt, die auf vielen Gebieten schon zur Weltanschauung, ja zur Religion geworden ist.

(Zustimmung.)

Meine lieben Freunde, ich weiß, daß mir der Vorwurf gemacht wird, ich sei viel ausserhalb Bayerns gewesen. Ich war in der englischen Zone zum Wahlkampf und habe dort den Freunden der Union geholfen; ich war in Berlin und habe dort den Freunden der Union geholfen; ich habe in anderen Gebieten gesprochen. Ich werde in den nächsten Tagen wieder sprechen, und zwar in Leipzig und in Berlin, wenn ich nicht ein Mißtrauensvotum erhalte.

(Heiterkeit.)

Dann darf ich aber zu dieser Feststellung sagen: Was nützt es uns, wenn Bayern sich konservativ abkapselnd glaubt, eine festgegründete, konfessionssichere Position für immer zu sein? Es ist notwendig, daß unsere christliche Weltanschauung offensiv wird!

(Beifall.)

Das Gute ist immer in Gefahr, dem Bösen zu erliegen,

(Sehr richtig!)

weil das Böse sich jeden Mittels bedienen kann, während das Gute Hemmungen haben muß, die schon in seinem Inhalt begründet sind.

(Erneute Zustimmung.)

Es muß das Gute aber versuchen, unter allen Umständen die Kraft des Guten durch das Beispiel des Guten hinauszutragen.

(Laute Zustimmung.)

Für mich sind die Frankfurter Entscheidungen nicht etwa unter parteitaktischen Gesichtspunkten oder nur unter diesen Gesichtspunkten gefallen. Für mich geht es um Grundsätze; für mich war es eine Gewissensfrage. Deswegen habe ich es bedauert, daß man kein Verständnis dafür hat, daß diese Fragen von letztem entscheidenden Werte sind. Können wir es als Christlich-Soziale Union vor unseren Wählern, vor unserem Volk verantworten, daß wir nicht den Versuch machen, den Inhalt unserer christlichen Idee durchzusetzen? Sollen wir anderen, sollen wir Parteien, die, wie ich vorhin festgestellt habe, noch keine klare Erklärung abgegeben haben, ob sie die materialistische marxistische Geschichtsauffassung noch als ihren Lebensinhalt anerkennen, ganz Deutschland überantworten? Ich glaube, der Großteil unseres Volkes draussen hat unsere Entscheidung gebilligt, und ich habe das von den Leuten immer und immer wieder gehört und mitgeteilt bekommen. Vielfach war die Meinung vorhanden: Endlich hat die Union Haltung genommen!

(Sehr lebhafter Beifall.)

Ich weiß, es war für die Mitglieder der Christlich-Sozialen Union in der Fraktion der CDU eine Entscheidung von weitesttragender Bedeutung; es fiel uns sehr schwer, weil die SPD im Exekutivrat vorgeschlagen hatte, daß unser Parteifreund Dr. *Baumgartner* zum Direktor für Ernährung und Landwirtschaft bestellt werden sollte. Ich habe mich, als ich nach Frankfurt fuhr, mit *Baumgartner* in voller Freundschaft noch besprochen und habe ihm dabei, obwohl damals schon Mitteilungen eingingen, daß seine Chancen nicht sehr groß waren, erklärt, wir wollten uns dafür einsetzen, daß er zum Direktor bestellt werden sollte. Ich darf hier feststellen: Es war eine sehr ernste Unterhaltung, in der wir uns über die Möglichkeiten seiner Arbeit besprochen haben, darüber, ob er erfolgreich arbeiten könne. *Baumgartner* hat mir noch die Zahlen mitgegeben, damit ich auch droben zeigen könnte, wie *Baumgartner* das Erfassungssystem durchgeführt hat; und es gab auch Situationen in der Fraktion der CDU, wo ich diese Zahlen den Freunden aus dem Norden vorhalten mußte, wo ich ihnen erklärte: Wir wollen deswegen *Baumgartner* als Direktor für Ernährung und Landwirtschaft haben, weil wir der Auffassung sind, daß wir bei uns in Bayern das Erfassungssystem stärker, schärfer durchführen wie bei Euch; und in der Bizone müssen wir auf gleicher Ebene arbeiten.

(Zustimmung.)

Unsere Freunde der Fraktion der CDU haben in den beiden Sitzungen, die entschieden haben, bis zum letzten Moment an *Baumgartner* festgehalten. Ich bin nochmals dafür eingetreten und stelle fest, daß Dr. *Semler*, der zum Direktor für die Wirtschaft vorgeschlagen worden war, in dieser Sitzung sein Amt nochmals ausdrücklich zur Verfügung gestellt hatte mit der Bitte, einen norddeutschen Wirtschaftler zum Direktor zu bestellen und nicht ihn und dafür Dr. *Baumgartner* zum Direktor für Ernährung zu wählen.

(Bravo-Rufe.)

Wir haben uns dabei allerdings nicht etwa von den Beeinflussungen leiten lassen, die von außen her kamen. Selbst Pressevertreter, die der SPD nahestanden, kamen dauernd an unsere Leute und an mich heran und erklärten: Ihr werdet doch Euren *Baumgartner* nicht fallenlassen! Ihr werdet doch Euren *Baumgartner* nicht fallen lassen! - Meine lieben Freunde, das Manöver war zu offensichtlich: Man wollte die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU sprengen, um auf diese Weise die Wirtschaft zu er-

obern! Unsere Leute sollten zusammen mit der SPD für *Baumgartner* und dafür gleichzeitig auch für den sozialdemokratischen Wirtschaftsdirektor stimmen.

(Hört!)

Hier lag die Entscheidung des Gewissens, von der ich vorhin gesprochen habe. Hätten Sie an meiner Stelle in einem solchen Augenblick die Union in Deutschland geopfert, auch auf die Gefahr hin, daß Sie in Bayern zur Verantwortung gezogen werden?

(Zurufe: Nie!)

Ich hätte es vor meinem Gewissen nicht verantworten können. Lieber sprechen Sie mir heute das Mißtrauen aus; aber vor meinem Gewissen bin ich dann gerechtfertigt!

(Lebhafter Beifall.)

Ich bedauere diese Entscheidung. Ich darf aber hier auch noch ein sehr ernsthaftes Problem behandeln; ich bin immer für offene, ehrliche Aussprache, allerdings in vernünftigen Formen. Es war in Frankfurt auch eine Aussprache zwischen dem Vertreter der Gewerkschaften, Herrn *Reuter*, und mir. Er hat auch geglaubt, ich sollte doch dem Standpunkt der Sozialdemokratie Rechnung tragen. Er hat auf die bayerische Koalition hingewiesen, auf die Notwendigkeiten dieser Koalition und auf die enge Bindung mit unserem Bauernverband. Ich habe allerdings dabei die Auffassung, daß der Bauernverband ein neutraler Verband ist

(Sehr richtig!)

und daß in dem Fall die Neutralität auch so gehalten sein soll, daß nicht etwa dadurch die Union überlagert wird, daß zwei verschiedene Mächtegruppen miteinander auftreten.

(Erneute Zustimmung.)

Es würde mir das leid tun, und zwar leid tun im Interesse der Union und im Interesse unserer bayerischen Bauern.

(Dr. *Horlacher*: Wir lassen uns von keiner Partei bestimmen!)

Wir können es nicht auf eine Unklarheit darüber ankommen lassen, daß wir nicht einen Staat der Bauern-, Arbeiter- und Beamtenräte wollen.

(Sehr richtig!)

Er läßt sich nicht kombinieren mit einer Demokratie, die auf die Parteien gebaut ist. Meine lieben Freunde, ich weiß, daß ich, wenn Sie abstimmen, damit vielleicht Stimmen verliere; ohne weiteres! Ich würde es als eine Pflichtverletzung ansehen, wenn ich Sie nicht auf die Bedeutung dieser Frage hinweisen würde.

(Zustimmung.)

Ich habe als Landesvorsitzender das Mandat, für die Union zu stehen gegen jedermann;

(Laute Zustimmung.)

und ich glaube, ich habe meine Pflicht zu erfüllen getrachtet.
Ich weiß, es sind gewisse Schwächen da. Die große Gefahr in unserer Demokratie liegt heutzutage in der Namensgläubigkeit der Menschen.

(Sehr richtig!)

Hie *Schumacher*, hie *Kaiser*, hie *Adenauer*, hie *Müller*, hie *Hundhammer*, hie *Horlacher*, hie *Schlögl* und so geht es weiter, und so zerreißen wir uns zum Schluß und wissen zuletzt noch nicht einmal, was diese Namen beinhalten.

(Nochmalige Zustimmung.)

Das war der Grund dafür, daß ich seit dem Winter, als nach der letzten Landesversammlung eine große Zerreißprobe für die Union war, versucht habe, die Union in sich so durchzugliedern, daß sachliche Gesichtspunkte tragend werden sollten. Ich wollte nicht beschlußmäßig Arbeitsgemeinschaften der Reihe nach aufstellen lassen. Was wird, muß organisch wachsen, wenn es leben und Bestand haben soll.
Es sind jetzt nebeneinander gewachsen die Arbeitsgemeinschaft der Jungen Union, die Arbeitsgemeinschaft der Frauen der Union, die Arbeitsgemeinschaft der Ausgewiesenen, der Flüchtlinge, die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmergruppen, und wir werden noch Handel und Gewerbe zusammenfassen. Die Frage der Bauern wird vom Bauernverband zu lösen sein; wir werden uns darüber verständigen. Dadurch will ich den Versuch machen, daß Zusammenarbeit und Auseinandersetzungen in der Union nicht mehr um Namen, nicht mehr um Persönliches geführt werden, sondern daß sachliche Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt werden.

(Allgemeiner starker Beifall.)

Es ist selbstverständlich, daß die Junge Union die Kombination zwischen den Erfahrungen des Alters und der Aktivität der Jugend zu finden versuchen muß.

(Sehr gut!)

Es ist eine Aufgabe der Frauen der Union, das ausgleichende Element zu sein und die Liebe in die Union hineinzutragen.

(Zustimmung.)

Es ist die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft der Ausgewiesenen, der Flüchtlinge der Union, mit uns im Geiste der Christlich-Sozialen Union dafür zu sorgen, daß diese verarmten Menschen nicht der Gefahr der geistigen Verproletarisierung erliegen, und ihnen das Bewußtsein zu geben, daß sie auch in der Union eine Stätte haben.

(Nochmaliger Beifall.)

Die Notwendigkeit der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmergruppen ist, glaube ich, jedem von uns klar.

(Sehr richtig!)

Wir haben heute die Einheitsgewerkschaft, und das Problem der Einheitsgewerkschaft beschäftigt viele unserer Freunde. Wir können noch nicht feststellen, daß die Einheitsgewerkschaft schon ein gelungener Versuch wäre.

(Zustimmung.)

Deswegen wollen wir nicht damit jetzt etwa eine eigene Gewerkschaft bilden, eine solche vielleicht - ich sage es ehrlich heraus, damit es anderswo verstanden wird - *schon* bilden. Aber wir wollen unsere Arbeitnehmergruppen in der Union so stark machen, daß sie erstens in der Union selbst den sozialen Geist durchsetzen können und daß sie zweitens nach außen die Erklärung abgeben können: Wenn die Einheitsgewerkschaft nicht neutral ist, dann sind wir so kräftig, daß wir selbständig handeln können!

(Starker Beifall.)

Wir werden Handel, Gewerbe und Industrie noch bearbeiten. Ich habe seit ungefähr fünf Monaten mit dieser Umgruppierung begonnen; in einem halben Jahr ist das Problem natürlich nicht endgültig gelöst. Aber beim Gewerbe, beim Handel sind schon sehr schöne Ansatzstellen da, und es wird auch dort gelingen, diese Gruppen, die zu uns gehören wie wenige Gruppen, in der Union zu verankern;

(Zustimmung.)

denn nicht umsonst erklären wir immer und immer wieder: Wir wollen aufgrund unserer ganzen christlichen Konzeption die Unterstützung des Mittel- und Kleinbetriebs; wir wollen die Entflechtung des Groß- und Monopolbetriebs. Denn nur durch die Förderung des mittleren und kleinen Betriebs werden wir wirklich das Kollektiv auch in der Wirtschaft auflösen können.

(Erneute Zustimmung.)

Meine lieben Freunde, man hat mich im Zusammenhang mit Frankfurt dann mit dem Beinamen des Reaktionärs belegt; voriges Jahr geschah es mit anderen Beinamen. Selbst aus der eigenen Partei heraus wurde dem Parteifreund *Adenauer* dieser Beiname beigelegt, und ich wurde ihm als Reaktionär zugesellt. Oh Gott, wer ist eigentlich Reaktionär? Jeder, der nicht an das glaubt, was man ihm aufbrummen will!

(Gelächter und Zustimmung.)

Und so läßt es mich kalt.
Man hat gesagt, ich hätte keine Linie. Meine lieben Freunde, es gibt einmal die Grundlinie.

(Zuruf: Und die krumme Linie!)

Da ist der Ausgangspunkt für mich nicht nur eine Partei, sondern eine Volksbewegung, getragen vom Christentum, von der sozialen Idee und von der Demokratie; und das Ziel ist die geistige Erneuerung der Menschheit im Sinne des Christentums.

(Sehr richtig!)

Aber auf dem Weg von der Basis zum Ziel kann ich mich nie und nimmer an starre Methoden klammern und damit meinem Gegner das Denken und die Arbeit erleichtern.

(Teilweise Zustimmung.)

Man darf mir auch nicht zumuten, daß ich vorher etwa davon Leuten Mitteilung mache, bei denen ich annehme, daß es dann infolgedessen sofort innerhalb von 24 Stunden bei der SPD besprochen wird; denn ich habe ja gestern schon erklärt, ich wurde auch unterrichtet, daß die Geheimsitzung von der Fraktion dorthin auch 24 Stunden vorher mitgeteilt war, obwohl ich noch nichts davon wußte. Und so glaubte ich auch hier, daß ich den Gegner weder mittelbar noch unmittelbar über die Pläne der Union unterrichten müßte.

(Bravo-Rufe.)

Ich habe mich vor Ihnen zu verantworten, nicht vor Gegnern, sondern vor Freunden.
Wir müssen aber als Union heute klar und eindeutig unserem Volke sagen, was wir realistisch wollen, wenn wir das Wort Christentum aussprechen; denn wir dürfen nie und nimmer uns des Verbrechens an unserer Religion schuldig machen, das Wort Christentum im politischen Tageskampf zu mißbrauchen und zu verbrauchen.

(Beifall.)

Wir müssen uns - und koste es Splitter - dazu durchringen, klar und eindeutig zu sagen, wie in der realistischen Politik in Bayern und darüber hinaus das Wort "Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst!" die Grundlage der Struktur der Gesellschaftsordnung bilden soll.

(Nochmaliger Beifall.)

Ich habe Ihnen vorgelegt eine Schrift: "Grundgedanken zu einem System der wirtschaftlichen Leistungssteigerung, des gerechten Lastenausgleichs und sozialen Arbeitsfriedens." Ich werde Ihnen nachher vorschlagen, daß sie Ihnen vorgelegt und verlesen wird, wenn es gewünscht wird, und daß wir uns dann über diese sachliche Politik unterhalten.
Meine lieben Freunde, wenn irgend jemand aus persönlichen Gründen die Union verlassen will, dann soll er sie verlassen!

(Lebhafter Beifall.)

Wir als Christlich-Soziale Union werden dann unseren guten Namen zu retten versuchen.

(Zustimmung.)

Wenn wir aber diese Rettung versuchen, dann müssen wir uns, wenn wir beisammen sind, dazu entschließen, daß diese sachliche Arbeit geleistet wird und daß nicht die Nervenkraft eines Menschen, der das Beste zu tun versucht, durch persönliche Nörgeleien und Gemeinheiten verbraucht wird.

(Erneuter starker Beifall.)

Ich hoffe, daß man es mir erspart zu sagen, was ich unter dem Begriff Gemeinheit verstehe und was ich in letzter Zeit in dieser Hinsicht erlebt habe. Ich glaube, daß keiner das erlebt hat und bis zum Letzten den Kelch der Verbitterung leeren mußte. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, daß ich die letzte Woche, als man sehr, sehr weit ging in dem Spiel der Kräfte, soweit war, daß ich einmal in einem Moment geglaubt habe, daß ich Ihnen heute erklären müßte: Ich werde nie mehr eine Wahl in einer Partei annehmen, in der so etwas möglich ist!

(Hört, hört!)

Aber es wird und muß das auf anderen Ebenen ausgetragen und geschlichtet werden, nicht in den Stimmungen und nicht in den Leidenschaften.

(Sehr richtig!)

Und so bitte ich auch Sie: Wollen wir nicht leidenschaftlich ringen, sondern wollen wir uns ruhig auseinandersetzen.

(Bravo!)

Ringkämpfer, Athleten müssen nicht unbedingt auch das Sinnbild im Wappen der Demokratie sein, ebensowenig wie der Maulwurf; sondern wir wollen dafür sorgen, daß wir in Ruhe die Entscheidungen treffen können. Bitte, meine lieben Freunde, entscheiden Sie über mich, ob ich meine Pflicht getan habe oder nicht. Ich werde leben und sterben für die christliche Idee, und ich werde arbeiten für die Christlich-Soziale Union!

(Lebhafte und anhaltende Beifallskundgebung.)

Damit eröffne ich die Debatte. Sind die Parteifreunde damit einverstanden, daß ich vorher das Ergebnis der Abstimmung bekanntgebe, oder wollen wir es zurückstellen?

(Widersprechende Zurufe.)

Das Ergebnis wird bekanntgegeben.
Dr. *Rinke*: Die Abstimmung über das Vertrauensvotum für Herrn Dr. *Hundhammer* in seiner Eigenschaft als Staatsminister für Unterricht und Kultus ergab folgendes Resultat:
Abgegeben wurden 502 Stimmen; mit Ja stimmten 323 Delegierte;

(Bravo-Rufe und Beifall.)

mit Nein stimmten 154.

(Pfui!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich weise den Pfui-Rufer zurecht.

(Zustimmung.)

Wer war es?

(Zuruf: Ein Landtagsabgeordneter!)

Gut, dann wird mit Zustimmung der Versammlung der Rufer nicht festgestellt. Aber ich hoffe, daß der Betroffene sich dann zur Ordnung gerufen fühlt.
Dr. *Rinke*: Stimmenthaltungen 25.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Wort hat Dr. *Hundhammer* zu einer Erklärung.
Dr. *Hundhammer*: Die Situation ist geklärt. Ich danke der Landesversammlung für das Vertrauen und hoffe, daß es mir gelingen wird, auch von den restlichen Stimmen noch einen beträchtlichen Teil in weiterer sachlicher Arbeit zu gewinnen.

(Bravo-Rufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, darf ich jetzt nach der Zeiteinteilung fragen. Wir können für die kommende Nacht noch für alle Teilnehmer Quartier behalten, wenn wir wollen. Wohin geht der Wunsch?

(Dr. *Hundhammer*: Heute abschließen!)

Darf ich darüber abstimmen lassen? Soll heute abgeschlossen werden oder nicht? Wer ist dafür, daß heute abgeschlossen wird? - Offensichtlich die überwiegende Majorität.
Können wir schon eine Zeit festlegen? Ich halte es für sehr schwierig. Es wird gewünscht, daß als Zeitpunkt 18 Uhr festgesetzt wird.

(Widerspruch.)

Ich muß, bevor die Debatte angeht, feststellen: Wer reist vor 18 Uhr ab?

(Zuruf: Der Sonderzug geht um 17.10 Uhr!)

Ich höre, der Sonderzug geht um 17.10 Uhr. Darf ich vorschlagen, daß dann bis 16.30 Uhr durchverhandelt wird?

(Unruhe.)

Also, nehmen wir uns vor, bis 16 Uhr durchzuverhandeln.

(Zuruf: Ich glaube nicht, daß das Essen für uns gekocht bleibt!)

Es wird also vorgeschlagen, daß das Essen eingenommen wird

(Zuruf: Höchstens eine Stunde!)

- höchstenfalls eine Stunde -, damit uns das nicht verloren geht. Wollen wir jetzt in die Debatte eintreten?

(Zuruf: Zuerst essen!)

Dann darf ich jetzt eine Essenspause einlegen. Ich bitte, Punkt 13.30 Uhr wieder hier zu sein.

Die Tagung wird um 12.32 Uhr unterbrochen.
Die Sitzung wird um 13.55 Uhr wiederaufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir setzen die Sitzung fort. Ich darf zur Abwicklung der Tagesordnung jetzt einige Fragen aufwerfen. Es haben sich bisher 22 Redner gemeldet. Dabei darf ich feststellen, daß sich ein großer Teil der Redner bereits heute früh vor meiner Rede gemeldet hat. Meine lieben Freunde, es scheint mir eigenartig zu sein, wenn die Wortmeldungen schon am Morgen nach bestimmten Gruppen abgegeben werden, bevor man sich einen Rechenschaftsbericht angehört hat.

(Sehr richtig!)

Darf ich Ihnen - ich glaube, ich bin dabei objektiv - den Vorschlag machen, daß sämtliche Wortmeldungen kassiert werden

(Zurufe: Jawohl!)

und daß Wortmeldungen von jetzt an eingereicht werden? - Erhebt sich ein Widerspruch? - Nein. - Es sind zwei dagegen. Im übrigen ist der Vorschlag einstimmig angenommen.

(Bravo-Rufe.)

Dann sind sämtliche Wortmeldungen kassiert und erst von jetzt ab wieder zulässig.
Dann darf ich dazu noch folgendes sagen: Ich schlage jetzt vor - denn wir wollen sachliche Arbeit leisten -, daß, bevor in die Diskussion eingetreten wird, noch die Grundgedanken zum System der wirtschaftlichen Leistungssteigerung, des gerechten Lastenausgleichs und sozialen Arbeitsfriedens verlesen werden. Denn wenn Sie mir Ihr Vertrauen weiterhin geben, werden das die Richtlinien für die realistische Politik sein, die ich in der Fraktion wie in der Partei durchzusetzen versuche. Man soll nicht nach persönlichen Gesichtspunkten urteilen, sondern nach sachlichen.
Damit Sie wissen, welche Linie ich einhalte, um, wie ich mich immer ausdrücke, Substanz zu schaffen und Substanz zu fördern und den Nutzeffekt dem Volksganzen, vor allem der großen Schicht der Verarmten, zugute kommen zu lassen, darf ich vorschlagen, daß Ihnen mein Entwurf vorgelegt wird. Sind Sie einverstanden und erhebt sich ein Widerspruch? Es erhebt sich kein Widerspruch.
Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung! Nachdem wir bereits seit gestern im Besitz dieses Dokumentes sind, schlage ich vor ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nein, *Kroll*, es ist nicht durch alle Hände gegangen! Man kann es praktisch nicht so halten. Man muß sich wirklich die Mühe geben, es anzuhö-

ren! Es kann von einem Herrn - ich möchte meine Stimme schonen - in gut zehn Minuten vorgelesen werden. Für sachliche Arbeit werden wir bestimmt zehn Minuten oder eine Viertelstunde Zeit haben! Darf ich vorschlagen, daß es von einem Mann mit kräftiger Stimme vorgelesen wird, von unserem Parteifreund *Allwein*. - Ich bitte um Ruhe!
Dr. *Allwein*: (Beginnt mit der Verlesung des Wirtschafts- und Sozialprogramms der Christlich-Sozialen Union in Bayern, siehe Anlage.[9])

(Während der Verlesung: Dr. *Zwicknagl*: Zur Geschäftsordnung!
Es ist unmöglich, daß ein Schriftstück von 22 Seiten Länge hier verlesen wird!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es sind keine 22 Seiten, es sind nur zehneinhalb Seiten!
Dr. *Zwicknagl*: Eine große Anzahl ist überhaupt nicht in der Lage, den Worten zu folgen, weil der Lärm zu groß ist und weil die Stimme nicht durchhält. Es handelt sich auch um ein Konzentrat; das hilft uns in der heutigen Stunde nichts! Wir haben ganz andere Fragen zu behandeln.

(Sehr richtig!)

Ich würde deshalb bitten, in die Diskussion einzutreten und die entscheidenden Fragen zu behandeln, um die es geht. Es geht um den Bestand der Union! Das würde ich vorschlagen, statt ein Schriftstück zu verlesen, das in monatelanger Arbeit von Spezialisten gemacht worden ist, dessen Inhalt sehr gut ist und dem wahrscheinlich die große Mehrheit dieses Hauses zustimmen wird. Darüber dürfen wir die wichtigste Frage, die jetzt kommt, nicht hintansetzen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, ich habe vorhin gefragt. Hier scheiden sich die Meinungen. Ich bin der Auffassung, zuerst kommt die sachliche Arbeit, kommt eine klare sachliche Linie; dann soll man entscheiden und die anderen persönlichen und sonstigen Fragen austragen. Mit Technik und Regie allein werden Sie nämlich die Krisis der Union und die Krisis der Demokratie nicht lösen! Sie werden sie nur lösen, wenn die Union eine Idee zur sachlichen Arbeit durchsetzt!

(Dr. *Zwicknagl*: Ich bitte um Abstimmung!)

Es ist schon abgestimmt. Ich bitte das nächste Mal meinen Parteifreund *Zwicknagl*, daß er wie jeder andere sich rechtzeitig zur Geschäftsordnung meldet und nicht während eines Vortrags unterbricht.
Dr. *Zwicknagl*: Herr Dr. *Müller*, wir haben nicht gewußt, daß es sich um ein zwanzig Seiten langes Exposé handelt. Es ist vorhin erklärt worden ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe ausdrücklich erklärt, es dauert zehn bis höchstenfalls 15 Minuten. Die Versammlung war damit einverstanden, die Zeit für diese sachliche Arbeit aufzuwenden. Erhebt sich ein Widerspruch?

(Zurufe: Ja!)

Dann müssen wir nochmals abstimmen. Wer dafür ist, daß diese Grundgedanken vorgetragen werden und nachher in die Diskussion eingetreten wird, den bitte ich, die Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Das erstere war nach allgemeiner Meinung die große Majorität.

[9] Der Text findet sich im Anhang, Dok. Nr. X, S. 1742ff.

*Allwein*, fahre fort! Ich bitte, von jetzt an Störungen zu unterlassen!

(Zuruf: Anderer Vorleser!)

Dann lese ich selbst vor. Entschuldigt, es tut mir leid!

(Zuruf: Alles Regie, bis zum Sonderzug!)

Ich verbitte mir den Zwischenruf, es sei Regie! Ich darf bekanntgeben, daß der Sonderzug um 18.30 Uhr fährt. Ich weise den Vorwurf, daß das hier Regie sei, zurück. Meine lieben Freunde, es kommt darauf an, ob jemand nur zum Stänkern herkommt, oder zur Arbeit!

(Große Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe!

(Zuruf eines Delegierten von Oberbayern: Ich protestiere dagegen, daß ohne Einverständnis ein Sonderzug verschoben wird! Wir müssen nach Hause!)

Ich glaube, daß der allergrößte Teil der Versammlungsteilnehmer damit einverstanden ist, daß wir bei der Reichsbahn veranlaßt haben, daß der Sonderzug verschoben wird. Nachdem wir einmal zur Arbeit beisammen sind, soll man wenigstens die Stunde noch opfern!

(Zuruf: Wo sollen wir in München über Nacht bleiben? Wir können nicht auf der Straße über Nacht bleiben!)

Ich bitte um Ruhe!

(Dr. *Baumgartner*: Diskussion wollen wir haben!)

Dr. *Baumgartner*, ich glaube, Sie sind Demokrat!
Dr. *Baumgartner*: Eben weil wir Demokraten sind!
Dr. *Schedl* fährt mit der Verlesung der Grundsätze fort.

(Während der Verlesung Zuruf Dr. *Baumgartner*: Wir wollen nicht zehn Seiten vom Parteigenossen *Schedl* hören!)

(Die Verlesung wird unter gelegentlicher Unruhe zu Ende geführt.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich stelle den Antrag, diese Ihnen bekanntgegebenen Grundgedanken zum System der wirtschaftlichen Leistungssteigerung, des gerechten Lastenausgleichs und sozialen Arbeitsfriedens werden als Wirtschafts- und Sozialprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern geschlossen bekanntgegeben.
*Donsberger*: Zur Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß das, was gerade verlesen worden ist, weder in der Landesvorstandschaft der Christlich-Sozialen Union, noch im Sozialpolitischen Ausschuß der Christlich-Sozialen Union behandelt und beschlossen worden ist.

(Hört, hört!)

Ich möchte deshalb den Antrag stellen, daß diese Grundgedanken der Parteivorstandschaft als Material zur Weiterbearbeitung überwiesen werden.

(Sehr gut!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wenn wir ewig so weitermachen,

(Sehr richtig!)

dann wird die Union nicht zu einem Entschluß kommen und immer nur negativ Propaganda gegen Sozialisierung machen und nie etwas Positives dazu sagen. Was Ihnen vorgelesen wurde, ist mit maßgebenden Leuten besprochen worden. Ich glaube, mein Freund *Krehle* ist genau im Bilde darüber. Er gilt als Fachmann der Sozialpolitik. Es wurde wiederholt darüber gesprochen. Es ist mit *Semler* vom Wirtschaftsausschuß besprochen worden. Wir theoretisieren nur, und praktische Arbeit wird nicht geleistet!

(Beifall.)

*Donsberger*: Zur Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren, ich möchte feststellen, daß dem Staatssekretär *Krehle* als dem Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses von dieser Sache nichts bekannt ist.

(Hört, hört!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: War nicht Freund *Pfeiffer* (?) bei Dir?
*Donsberger*: Ich möchte weiter feststellen, daß nach dem Inhalt der Satzung die Landesleitung nicht berechtigt ist, solche Unterlagen vorzulegen. Ich möchte feststellen, daß zur Vorlage einer solchen Unterlage an eine Landesversammlung ein Beschluß der Vorstandschaft vorausgehen muß. Nur dann hat die Landesleitung das Recht, Derartiges vorzulegen.
Ich bedauere außerordentlich, daß dadurch eine besondere Schärfe hereingetragen worden ist, obwohl die Ansätze heute Vormittag wieder dafür vorhanden waren, um zu einer Einigung zu kommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, nach den Statuten kann der Landesvorsitzende Anträge stellen. Werden sie angenommen, ist es recht; werden sie abgelehnt, können Sie anders beschließen. Und ich sehe nicht ein, warum wir uns darüber aufregen. Aber Sie müssen sich klar sein: Die Union muß etwas leisten! Wenn Sie aus dieser Tagung nur mit Gezänk herausgehen, dann wird Ihnen das Volk draussen die Quittung geben!

(Sehr richtig!)

Dr. *Schlögl*: Zur Geschäftsordnung: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin der Vorsitzende des Agrarpolitischen Ausschusses der Christlich-Sozialen Union. Ich stelle fest, daß zum Kapitel Landwirtschaft weder der Ausschuß noch ich gefragt worden sind, auch nicht der Landeswirtschaftsminister.[10]

(Hört, hört!)

Ich bitte die Bauern dringend, diesem Programm nicht zuzustimmen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es für uns in manchen Punkten untragbar ist. Manche Punkte sind gut.

(Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! - Darf ich an den Herrn Vorsitzenden des Agrarpolitischen Ausschusses der Union, der seit zwei Jahren besteht, die Frage richten, ob dieser Ausschuß auch nur einmal getagt hat?

(Heiterkeit und Beifall. - Wiederholte Zurufe: Antwort.)

[10] Gemeint ist wohl Landwirtschaftsminister Joseph Baumgartner.

Dr. *Zwicknagl*: Meine Freunde, darf ich um die Bekanntgabe der Namen bitten, die diese Ausarbeitung vorgenommen haben?

(Zuruf: Das hat damit nichts zu tun!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf Ihnen ruhig sagen, die Grundgedanken habe ich durch die Referenten für die Ausschüsse ausarbeiten lassen, die jeweils mit den Persönlichkeiten aus den Ausschüssen Fühlung genommen haben. Ich habe das deswegen machen lassen, weil ich in Frankfurt die Notwendigkeit gesehen habe, dem Sozialisierungsdogma ein aktives Programm der Union entgegenzustellen. Darüber kann ich keine Zeit verlieren, sondern muß handeln.
Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung!
*Sporer*: Es hätte auf die Tagesordnung gehört! So überrumpelt man die Menschen!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Sporer*, ich entziehe Ihnen das Wort! Sie haben sich gar nicht zu Wort gemeldet!
Dr. *Horlacher*: Ich habe meine Gründe, warum ich Euch allen empfehle, dieses Programm anzunehmen.

(Unruhe.)

Erstens wird dadurch die Weltgeschichte noch nicht enschieden; zweitens braucht das Programm die notwendigen Ausführungsbestimmungen.
Ich habe genau gehört: Das pompöse Programm hat obenstehend: Sozialer Lastenausgleich. In dem ganzen Programm ist das Wort Sozialer Lastenausgleich nur an einer Stelle vorgekommen. So einfach ist der Lastenausgleich zwischen denen, die unbeschädigt durch den Krieg hindurchgekommen sind, und denen, die durch den Krieg geschädigt sind und alles verloren haben, nicht, daß ich das in einem Satze erledigen kann. Deswegen können Sie es ruhig ablehnen oder annehmen. Wir werden uns doch mit den Problemen beschäftigen müssen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe ausdrücklich zur Einleitung gesagt, es sollen die Grundlinien sein, nach denen Fraktion und Partei arbeiten werden.

(Zuruf: Abstimmen!)

Darum geht es auch. Daß es selbstverständlich ausgearbeitet und weiterentwickelt werden muß, ist eine Naturnotwendigkeit. Es kommt darauf an, daß man einmal startet.
Ich darf es ferner sagen: Es handelt sich, damit *Horlacher* und ich uns richtig verstehen, nicht nur um den Kriegslastenausgleich, sondern um den sozialen Lastenausgleich, auch darum, den entsprechenden strukturellen Ausgleich innerhalb der Gesellschaftsordnung zu finden.
Ich darf zum Schluß kommen und zur Abstimmung schreiten. Der Antrag ist bekannt. Wer enthält sich?

(Zuruf: Welcher Antrag?)

Es besteht der Antrag auf Annahme dieser Grundgedanken als Wirtschafts- und Sozialprogramm der Christlich-Sozialen Union.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Wir sind in der Abstimmung; es gibt keine Meldung zur Geschäftsordnung während der Abstimmung. Wer enthält sich? - 73 haben sich enthalten. Wer ist dagegen? - 19 sind dagegen. Wer ist dafür? - Das ist die überwiegende Majorität.

Wir treten dann in die Debatte ein.
*Allwein*: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung zur Abgabe einer Erklärung.
Meine Damen und Herren, mein juristisches Gewissen zwingt mich zu folgender Erklärung: Die Abstimmung, eine schon vorhandene Rednerliste ungültig zu machen, widerspricht dem Rechte, insbesondere nachdem ein großer Teil derjenigen, die sich zum Wort gemeldet hatten, bei dieser Abstimmung nicht anwesend war. Die Folge davon ist, daß die wirklich zuerst Gemeldeten nun zum Schluß daran kommen werden, weil mit Bekanntgabe des Beschlusses massenweise Rednermeldungen herausgegeben worden sind.

(Zuruf: Die vorbereitet waren!)

Das Vertrauen der Versammlung hat mich berufen. Ich würde der Pflicht, die mir dieses Vertrauen auferlegt, zuwiderhandeln, wenn ich diese Maßnahme mitmachen und decken würde. Ich trete daher von meinem Posten als zweiter Schriftführer zurück.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Es ist vorhin mit größter Majorität beschlossen worden, daß neue Wortmeldungen vorzunehmen sind.

(Dr. *Baumgartner*: Diktatur! Überrumpelung!)

Herr Dr. *Baumgartner*, ich darf nochmals bitten, denken wir daran, daß wir uns, auch wenn wir im Hintergrund stehen, demokratisch benehmen!

(Anhaltende Unruhe.)

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Zur Geschäftsordnung!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! Meine lieben Freunde, wir verlieren nur Zeit.
Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Ich habe eine einzige Frage. Ich bin der Meinung, wir müssen etwas Positives zustande bringen. Ich möchte an den Herrn Vorsitzenden jetzt die Frage richten, welche Anträge er noch zur Sache zu stellen hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe Ihnen heute meinen Standpunkt über die Partei und über die Politik der Partei dargelegt. Ich weiß, daß von der Fraktion ein anderer Antrag beschlossen wurde, nämlich ein Direktorium einzurichten. Ich darf Ihnen hierzu erklären: Durch technische und Regie- - ich möchte in diesem Fall sagen - maßnahmen allein läßt sich die tieferliegende Krisis in der Christlich-Sozialen Union nicht überwinden. Sie läßt sich nur überwinden durch eine organische Durchgliederung der Partei und durch eine sachliche Arbeit, durch die Scheidung der Geister innerhalb der Union nach sachlichen Gesichtspunkten und, wenn es sein muß, auch durch eine Klärung im Gesamtrahmen, auch wiederum nach sachlichen Gesichtspunkten.
Aus diesem Grunde habe ich Ihnen heute entwickelt, daß die Partei in sich selbst nach Arbeitsgemeinschaften durchgegliedert wird. Die Arbeiten sind eingeleitet; der Aufbau ist im Gange. Es wäre zwecklos, im Augenblick abrupt irgendeine Entscheidung zu treffen, die den organischen Aufbau stört.

(Hört, hört!)

Ich darf dazu weiter erklären: Meine lieben Freunde, ich habe Ihnen absichtlich heute gesagt, daß ich es eventuell auf letzte Entscheidungen ankommen lasse und eventuell die Vertrauensfrage stellen muß, und zwar deswegen, weil es unmöglich ist, so weiterzuarbeiten, wie es bisher in der Union der Fall war.

(Sehr gut! - Zuruf Dr. *Horlacher*: So geht es auch nicht mehr weiter!)

Wenn man zu Methoden gegriffen hat, wie ich sie im Laufe der letzten Wochen erlebt habe,

(Zuruf: Sagen Sie es!)

dann ist man bereit, alles auf sich zu nehmen! Das erkläre ich denen, die bis zum Letzten gegangen sind, soweit, daß einem alles bis *daher* steht!

(Pfui-Rufe. - Zuruf: Was denn?)

Ich sehe daher in der heutigen Entscheidung die einzige Möglichkeit, nicht in der kleinen Kraftprobe, wie sie nach Frankfurt versucht wurde. Denn es war kennzeichnend, daß, wie ich erklärt habe, die Geheimsitzung der Fraktion einberufen und gleichzeitig dem Landesvorstand der SPD davon Mitteilung gemacht wurde.

(Zuruf: Unerhört! - Zuruf Dr. *Baumgartner*: Das ist nicht wahr!)

Hierzu sage ich: Wenn ein Angriff von außen im Gange ist, stehe ich gerade, auch wenn er von innen her gegen mich vorgetragen wird! Ich lasse es infolgedessen auf letzte Entscheidungen ankommen.
Ich war im Zusammenhang mit dem Frankfurter Ereignis der Auffassung, daß es nötig sein wird, daß ich eine sachliche Entlastung in der Union erhalte. Ich habe mir damals selbst überlegt, daß wir dahin kommen müssen, daß die Statuten zu beschliessen sein werden, was der ordentlichen Landesversammlung im letzten Jahr vorbehalten war, daß der Landesvorsitzende durch zwei Stellvertreter vertreten wird.

(Sehr richtig!)

Ich darf dazu aber sagen: Meine lieben Freunde, wenn Sie es so machen wollen, wie es hier vorgetragen wurde, daß ein Führungsgremium mit drei Leuten gewählt wird, dann werden Sie den Kompromiß zum tragenden Dogma der Union machen!

(Dr. *Baumgartner*: Sehr richtig, das andere ist Diktatur!)

Dann werden Sie bei jeder Wahl in der Landesversammlung, in der die Vertreter des ganzen Landes da sind und bei der immer eine besondere Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit vorhanden sein wird, nur die Zerrungen und Zerreißproben erleben! Es wäre viel organischer und gesünder, wenn die beiden Vertreter von dem kleineren Gremium des Landesausschusses gewählt würden, der nach unseren Statuten aus etwa 140 Leuten besteht. Sie kommen sonst in der Landesversammlung zu der letzten Entscheidung, ob die Union nach den Gesichtspunkten der Einigkeit der beiden Konfessionen im öffentlichen Leben zusammengehalten wird

(Widerspruch.)

oder ob das ständische Interesse die Union überlagert.
Hier können Sie Klarheit nur dadurch gewinnen, daß Sie diese Entscheidungen aus dem großen Gremium heraus in den Landesausschuß verlagern, der kleiner ist und nur 140 Leute umfaßt. Er wird übrigens auch vom ganzen Lande getragen. Das sind die Möglichkeiten einer organischen Entwicklung. Was ich aber für notwendig angesehen habe, wäre, daß in den Statuten - darüber muß man sich hernach auch sehr ernsthaft Gedanken machen - ein Rat von weisen Männern geschaffen wird, ein Ältestenrat, der die Sauberkeit in der Union wieder als tragendes Prinzip durchsetzt.

(Dr. *Baumgartner*: Die Sauberkeit wollen wir ja!)

Der Ältestenrat sollte aus drei festen Mitgliedern und drei Stellvertretern bestehen. Er sollte nicht nach Gruppengesichtspunkten gewählt werden, sondern es sollte wirk-

lich ein Rat der Weisen sein. Wir müssen die Überzeugung haben, daß diese Männer wirklich die christliche Idee verfechten.

(Sehr gut!)

Sie sollen dafür sorgen, daß alle charakterlosen, korrupten und denunziatorischen, intrigentenhaften Elemente aus der Union verschwinden.

(Bravo! Lebhafter Beifall. - Zuruf: Sind überhaupt solche drin?)

Dann wird die Union wieder die Basis zur Arbeit haben. Wenn Sie aber hier eine Zerreißprobe beginnen und dafür die Verantwortung übernehmen wollen,

(Zuruf: Jawohl!)

dann tragen Sie die letzte Verantwortung!

Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Ich darf vorschlagen, daß die Aussprache beginnt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich übergebe den Vorsitz mit Ihrem Einverständnis, so wie es im letzten Jahre auch der Fall war, Stadtpfarrer Dr. *Muhler*, Mitglied des Landesvorstandes. Erhebt sich ein Widerspruch? - Nein! Dann darf ich Dr. *Emil Muhler* bitten, den Vorsitz zu übernehmen.

Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Bevor Sie weggehen, möchte ich fragen, ob eine Möglichkeit besteht, daß nach der Rede des Vorsitzenden, die sehr ausgiebig war - ich habe mich heute früh als erster zum Wort gemeldet -, der Vertreter der Opposition das Wort bekommt, um auf dem Parteitag die Gesichtspunkte darzulegen, die weite Teile der Union bewegen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf rein geschäftstechnisch noch eine technische Frage bekanntgeben, bevor Dr. *Muhler* den Vorsitz übernimmt. Wer noch übernachten will und kein Quartier mehr haben sollte, kann im Priesterseminar über Nacht bleiben. - Ich übergebe hiermit den Vorsitz an *Muhler*.

(Dr. *Muhler* übernimmt den Vorsitz.)

*Kurz*: Ich darf kurz darauf verweisen, daß mir mitgeteilt wird, daß der Sonderzug, der um 17.10 Uhr abgehen sollte, erst um 18.30 Uhr abfährt.

(Unruhe.)

Es wird mir gesagt, daß das unmöglich ist, weil Verschiedene die Anschlußzüge in München nicht mehr erreichen. Ich darf auch darauf aufmerksam machen, daß in München heute keine Straßenbahn fährt und daß alle, die nach München mit dem Sonderzug kommen, zu Fuß ihren Heimweg antreten müssen. Ich möchte daher gebeten haben, daß der Sonderzug wie vorgesehen um 17.10 Uhr abfährt. Ich stelle darüber den Antrag.

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Soeben höre ich, daß auch mit dem Zug um 17.10 Uhr die Anschlußzüge nicht mehr erreicht worden wären,

(Widerspruch.)

Fernzüge sicher nicht. Das muß ich den einzelnen überlassen; wir können nicht über die Züge abstimmen.

Ich erteile das Wort dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. *Ehard*. Wir haben keine Zeit zu verlieren.

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Liebe Parteifreunde, meine Damen und Herren! Wenn man vor einer ernsten Entscheidung steht, dann soll man in aller Kürze zunächst ein-

mal Rechenschaft ablegen, was ist, was sein kann, und man soll die Mittel überlegen, mit denen man über Schwierigkeiten hinwegkommt.
Zunächst: Was ist? Es stehen hinter uns eineinhalb Millionen Wähler, die uns das Vertrauen geschenkt haben. Was wollen diese Wähler? Diese Wähler wollen vor allen Dingen, daß in dieser jungen, erst aufzubauenden Demokratie positiv gearbeitet und weniger geredet wird.

(Sehr gut!)

Mit Reden und mit Entschließungen allein, mit Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen lassen sich die Schwierigkeiten unserer heutigen Zeit nicht meistern.

(Sehr richtig!)

Und nun darf ich aus meinem Herzen einmal keine Mördergrube machen. Wäre mancher von Ihnen Ministerpräsident, wäre mancher von Ihnen in die Regierung, in die jetzigen Schwierigkeiten gestellt, die sich herumstellen durch die äußeren Dinge, durch die Menschen der anderen Parteien, durch die Zonen, durch die Besatzungsbehörden, durch die Zusammenarbeit mit den anderen Besatzungsbehörden und - Gott sei es geklagt - durch die eigenen Freunde,

(Sehr gut!)

dann würden Sie vielleicht verstehen, wenn ich Ihnen sage: Bitte, helft doch zusammenzustehen, helft doch, praktisch zu arbeiten, laßt doch das Reden, laßt doch die persönlichen Gehässigkeiten! Gibt es denn keine Möglichkeit, darüber hinwegzukommen?
Neben den Wählern steht eine große Partei. Diese Partei braucht nur geschlossen zu sein, um ein Gewicht darzustellen, das sozial, wirtschaftlich und politisch ein ausschlaggebender Faktor wird.

(Zustimmung.)

Wenn diese Partei einig ist, wenn diese Partei selbst die Grundsätze der Demokratie zu würdigen versteht! Und wenn man noch so scharf aufeinanderplatzt, muß man sich sagen: Wir platzen aufeinander, und wenn es nicht anders geht, stimmen wir ab; und die Minderheit muß so vernünftig sein, sich der Mehrheit zu beugen, wobei sie ihre Meinung keineswegs unter den Tisch zu werfen braucht, sondern die Mehrheit sehr stark beeinflussen kann.
Das ist das Zweite. Was haben wir sonst? Ist es sehr unbescheiden, wenn ich Ihnen sage: Sie haben doch eine Regierung? Ist es sehr unbescheiden, wenn ich heute einmal - ich tue es ungern - sage: Hat Ihnen diese Regierung nicht schon wiederholt trotz der schwierigsten Verhältnisse eine Plattform gegeben, auf die Sie nur zu treten brauchen?

(Sehr richtig!)

Ich gebe Ihnen das Versprechen, solange ich an dieser Stelle bin, wird die Regierung Ihnen weiterhin eine Plattform bieten! Auf diese Plattform kann ich treten; von dieser Plattform aus kann ich ganz entscheidende Dinge tun, trotz der Schwierigkeiten der Zeit. Unter einer einzigen Voraussetzung: Ich muß mich auf meine Freunde verlassen können!

(Sehr richtig!)

Ich muß wissen, daß Sie hinter mir stehen! Ich muß auch wissen, daß Sie dann hinter mir stehen, wenn in Ihren Reihen verschiedene Meinungen sind und wenn eine Mehrheit einer Minderheit gegenübersteht! Ich muß wissen, daß sich die Minderheit der Mehrheit oder umgekehrt die Mehrheit der Minderheit nicht wie einem Todfeind gegenübersieht!
Ich muß mir weiter darüber Rechenschaft ablegen: Worüber geht denn heute der Streit bei dieser Landesversammlung?

(Zuruf: Um gar nichts!)

Ich bin gewohnt, die Dinge realistisch und nüchtern zu sehen, um sie in aller Ruhe auszusprechen. Sind wir doch ganz ehrlich: Es ist der Streit um das Problem *Hundhammer* und das Problem *Müller*.

(Sehr richtig!)

Um beide Personen gruppiert sich Gunst und Haß nach beiden Seiten. Als ob die Welt von Personen allein abhängig wäre!

(Sehr richtig!)

Personen, wenn sie noch so bedeutend sind, kommen und gehen. Auch Parteien kommen und gehen; aber sie dürfen nicht wegen einzelner Personen kommen und gehen, sie dürfen nicht wegen einzelner Personen auseinanderfallen.
Betrachten wir das Problem *Hundhammer*. Schön, meine Damen und Herren, man hat heftig über den Kultusminister *Hundhammer* in diesem Kreise gestritten. Das ist Ihr gutes Recht als Partei. Ich bin sogar - und hier, mein lieber Freund *Baumgartner*, nimm mir das nicht übel - mit einer kleinen Variante der ketzerischen Meinung, daß ein Minister, wenn er nun einmal Exponent einer Partei ist, keineswegs davor zurückzuscheuen braucht, auch vor der Landesversammlung und vor seiner Partei - ich gebrauche das Wort - Rechenschaft abzulegen; schon deshalb, weil er sich dabei den Rücken außerordentlich stärken kann.

(Sehr richtig!)

Und nun komme ich zum Problem *Hundhammer*. Man hat heftig gestritten. Unser Parteifreund *Hundhammer* ist in seiner Rechenschaft - das, glaube ich, war Ihrer aller Eindruck - außerordentlich geschickt und sachlich gewesen.

(Sehr richtig!)

Man hat darüber abgestimmt. Nun muß man sich doch Rechenschaft darüber geben, worüber man abgestimmt hat. Es war ein allgemeines Vertrauensvotum beantragt. Ein großer Teil, der größte Teil hat das Vertrauensvotum mit Ja beantwortet. Eine Minderheit hat dieses Vertrauensvotum verneint. Ich rechne jetzt einmal die Stimmenthaltungen, die ja auch zahlenmäßig keine Rolle spielen, nicht mit. Was heißt das? Das heißt, daß hier ein Teil sich ohne weiteres geschlossen für die Kulturpolitik und die Tätigkeit des Kultusministers einsetzt und sie bejaht. Heißt das, daß die Minderheit etwa dem Kultusminister ein Mißtrauen aussprechen will?

(Zuruf: Nein, das heißt es nicht!)

Ich weiß, daß Sie das auch gar nicht sagen wollten! Es heißt nur, daß eine Minderheit dem Kultusminister gegenüber unter dem Gesichtspunkt des Verlangens eines vollen Vertrauens gewisse Vorbehalte macht.

(Sehr richtig!)

Minister *Hundhammer* hat die ganz richtige Folgerung daraus gezogen, die ich als Ministerpräsident auch ziehe. Er hat nämlich gesagt: Die absolute Mehrheit ist für mich; die Minderheit mißachte ich nicht, sondern ich höre, was diese Minderheit allenfalls wirklich zu sagen hat. Ich lade diese Minderheit ein, zu mir zu kommen, mir ihre Bedingungen, ihre Ausstände, die sie glaubt, haben zu müssen, zu sagen, und ich bin bestrebt, diese Dinge, die hier entweder als Mißverständnisse oder als Vorbehalte oder als Ressentiments oder vielleicht auch als wirkliche sachliche Einwände bestehen, mit ihr auszugleichen. Ist das nicht eine absolut demokratische und - ich stehe nicht an, das Wort zu gebrauchen - kavaliermäßige Erledigung einer solchen Sache?

(Sehr richtig! - Beifall.)

Das werden alle sagen, das wird jeder zugestehen können, wenn er guten Willens ist.
Wir haben also hier eine Plattform wegen des Kultusministers. Jetzt bleibt der Parteivorsitzende, unser Parteifreund Dr. *Josef Müller*. Nun muß ich auch hier nüchtern die Tatsachen nehmen, wie sie sind. Es bestehen - es hat keinen Zweck, darüber hinwegzusehen - gewisse Vorbehalte auch gegenüber dem Parteivorsitzenden, nicht für seine Person, sondern für seine Tätigkeit als Parteivorsitzender. Es heißt, er herrscht vielleicht zu autokratisch, er herrscht vielleicht so, daß man zu wenig in die Karten gukken kann; er herrscht vielleicht gar nicht so, aber es macht den Eindruck. Der eine ist offener und beanstandet etwas schärfer. Der andere sagt: Plein pouvoir, Du kannst machen, was Du willst, Du bekommst immer meinen Beifall! Der andere wieder sagt: Nein, Du kannst machen, was Du willst, Du bekommst immer das Gegenteil von mir gesagt!
So kommt man nicht weiter. Denn eine große Partei wie unsere - wir hören das immer - hat große Spannungen, große Gegensätze. Wir berauschen uns daran, Beifall zu spenden, wenn es heißt, man muß die Bogen weit spannen, um die Gegensätze überwinden zu können. Aber mit dem Beifall allein, meine lieben Freunde, ist es nicht getan! Man muß eben - ich nehme jetzt das Beispiel *Hundhammer* als Fall, nicht für seine Person - versuchen, hier auch die Schwierigkeiten zu erleichtern und aus den Angeln zu heben.
Nun hat unser Freund *Müller* bereits eine Andeutung gemacht: Wir müßten doch einmal konkretisieren. Lösen wir sie einmal von den Personen. Dann kommen wir, wenn ich jetzt nur im großen gesehen ein Bild geben möchte, wie man aus der Schwierigkeit herauskommen kann, etwa auf folgendes Bild: Der Alleinherrscher als Vorsitzender, als alleiniger Mann, wird beanstandet; also muß ich etwas machen, was auf ein etwas größeres demokratisches Forum abgeladen wird. Nennen wir es Vorstandschaft, nennen Sie es im übrigen, wie Sie wollen! Wissen Sie, ich bin wieder viel zu sehr Jurist in meinem Leben gewesen, als daß ich mich jetzt an ein einzelnes Wort hänge. Denn mit Worten läßt sich trefflich streiten; Sie kennen das Gedicht! Man muß die Leute mit Worten streiten lassen, wenn die Sache so ist, daß sie sich auf die Grundsätze einigen können.
Eine Vorstandschaft muß aus mehreren Personen bestehen, aber nicht so, daß sie nicht aktionsfähig ist, meinetwegen aus zehn oder zwölf. Sie können auch 15, Sie können neun sagen; das ist ganz nebensächlich.
Nun brauche ich so etwas Ähnliches - nennen Sie es auch, wie Sie wollen! - nur der Sache nach, wie einen geschäftsführenden Vorstand, der nun, um die Spitze, die man findet und von der man glaubt, daß sie gegen irgend jemand gerichtet ist, abzubiegen, aus drei Personen bestehen könnte. Das könnte man sagen, der Landesvorsitzende

muß unter allen Umständen von der Landesversammlung gewählt werden. Der zweite und dritte Vorsitzende muß auch da sein. Überlegen Sie sich, ob die Landesversammlung den Zweiten und Dritten wählt, oder ob, wie es Freund *Müller* vorschlägt, der Landesausschuß diese beiden Leute wählen soll! In beiden Fällen wäre es eine demokratische Wahl, in beiden Fällen wären diese drei Leute - und das ist das Entscheidende - vorhanden und müßten in irgendeiner Form zusammenwirken. Daß der erste Vorsitzende irgendeinen gewissen Vorrang - primus inter pares oder so etwas Ähnliches - hat, versteht sich von selbst. Aber die anderen müßten auch an der Geschäftslast, an der Sachbearbeitung beteiligt sein. Nehmen Sie drei Leute, die entsprechend verteilt sind und den Gedanken der Union gleichzeitig zur Geltung bringen; dann haben Sie diese erste Schwierigkeit beseitigt! Nehmen Sie in den Vorstand eine Reihe von Leuten herein, einmal die Vorsitzenden dieser Arbeitsgemeinschaften oder aber der anderen Gruppen, der Jungen Union, der Frauen oder Bauernschaft. Das ist nicht so wichtig; das muß der Erfindungsgabe des einzelnen überlassen bleiben können.
Nehmen Sie in das Gremium noch ein paar Figuren herein, die infolge ihrer Stellung nun eigentlich hineingehören und heute leider nicht drin sind. Das ist nun einmal der Ministerpräsident, von seiner Person ganz abgesehen; mindestens ein Exponent des Kabinetts, wenn der Ministerpräsident nicht Unionsmitglied sein sollte. Das ist zwangsläufig der Landtagspräsident, oder, wenn er nicht zu unserer Partei gehören sollte, ein entsprechender Vertreter im Landtagspräsidium. Das ist selbstverständlich drittens der Fraktionsvorsitzende. Und die gehören hinein. Dieses Gremium, das an sich nicht sehr groß und daher an sich aktionsfähig ist, könnte sich über die entscheidenden und wichtigen politischen Dinge klar werden.
Diese Grundsätze wären, glaube ich, gesund. Wir müssen uns zweitens, ganz abgesehen von irgendeiner Person, überlegen: Wie kommen wir dazu, die Institutionen zu schaffen? Nun wäre der normale, korrekte, satzungsmäßige, gesetzliche, von der Mehrheit genehmigte und sanktionierte Weg folgender: Man müßte diesen Vorschlag dem Landesausschuß unterbreiten. Der Landesausschuß soll ihn im einzelnen beraten und darüber beschließen. Er müßte seine Beschlüsse der Landesversammlung vorlegen. Ich kenne den Einwand, der mir wiederholt entgegengebracht worden ist: Ja, unseren lieben Freund *Müller* haben wir zum Teil - nicht alle - im Verdacht, daß er so etwas hinausschiebt. Bitte, die Landesversammlung braucht nur zu sagen: Wir wollen das; wir beauftragen den Landesausschuß, befristet bis zum Soundsovielten, zusammenzutreten und über diese Dinge zu reden, diese Dinge zu beschließen und der nächsten Landesversammlung vorzulegen.

(Sehr richtig!)

Aus! Dann könnte eigentlich nichts mehr passieren!
Streiten Sie sich noch meinetwegen um ein Drittes - das ist die Frage der Taktik, des Vertrauens -, ob Sie heute gleich irgendeine Sicherung dafür schaffen wollen, daß diese Dinge auch richtig dem Landesausschuß zugeleitet, dort richtig beraten und dann der Landesversammlung vorgelegt werden! Ich meine, damit wäre doch das Problem gelöst. Dann gäbe es auch kein Problem *Müller* mehr!

(Sehr richtig!)

Es ist bei uns so bedauerlich, daß man bei Personen, denen man, wie auch unserem Freund *Müller* große Verdienste um die Partei unter keinen Umständen absprechen kann und auch -spricht, immer nur sagt: Entweder alles oder nichts! Vielleicht ist das auch ein - ich will nicht sagen Fehler -, aber auch nicht ganz richtig, daß es unser

Freund *Müller* vielleicht auch zu stark in dieser Form nuanciert. Ich meine, man müßte sich hier sehr wohl entgegenkommen können. Es ließe sich da ausgezeichnet ein Weg finden, um aus dieser Schwierigkeit herauszukommen. Dann wären wir auch aktionsfähig.

Ich muß sagen, ich habe mit einer gewissen Betrübnis das Bild der Verlesung dieser Grundsätze über mich ergehen lassen. Auch hier möchte ich aus meinem Herzen keine Mördergrube machen. Was da drinsteht, ist sehr gut, mag ausgezeichnet sein; ich für meine Person kann es nicht bis zum letzten beurteilen, weil ich keine Möglichkeit hatte, es vorher zu lesen und weil ich es hier in dieser Versammlung zum ersten Mal gehört habe. Nun mag sein, daß unsereiner mit allen möglichen Vorbehalten an die Sache herangeht, und daß Sie vielleicht das leichter und schneller schlucken, als ich es zu schlucken vermocht habe.

(Unruhe und Heiterkeit.)

Es ist auch möglich, daß man sagt: Wenn der *Müller* uns das vorlegt, kann nichts passieren, das ist unter allen Umständen richtig, und wir sagen zu allem Ja und Amen. Auch das, meine Damen und Herren, ist ein Grundsatz, der sich hören läßt; denn der *Müller* ist ja nicht irgendwer, und der *Müller* hat ja bisher auch bewiesen, daß er bestimmt den Unionsgedanken in der stärksten Weise fördert. Nur muß man nicht allen zumuten, daß sie denselben Standpunkt einnehmen und darf es denen nicht übelnehmen, die sagen: Ich möchte es trotz des persönlichen Vertrauens einmal kritisch prüfen und untersuchen; ich möchte mich auch nicht nur auf meinen eigenen Kopf und meine zwei Augen verlassen, sondern hätte gerne auch mit anderen darüber gesprochen. Denn eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, du sollst sie hören alle beede. Aber beide Teile müssen sich deshalb noch nicht die Köpfe blutig schlagen. Ich meine, es wäre sehr wohl möglich, sich darüber zu verständigen.

Was wäre nun - auch das müssen wir uns überlegen -, wenn wir hier mit heißen Köpfen auseinandergehen, wenn wir keinen Weg suchen und auch die Plattform nicht finden, die man doch an sich nach meiner unbescheidenen Meinung sehr leicht schaffen könnte? Dann entstehen zwei Gruppen, zwei Parteien. Was ist dann? Dann haben wir zunächst einmal den Bruderkrieg, der bekanntlich schlimmer ist, als wenn zwei sich als Gegner gegenüberstehen. Wir haben dann genau das, was das Schlimmste ist, was uns heute in dieser schlimmen Zeit passieren kann, daß nämlich der eine immer anderer Meinung ist wie der andere.

Ich habe einmal eine ganz reizende, interessante Szene unter sehr prominenten Leuten erlebt - sie waren nicht aus diesem Raum. Es handelte sich um zwei Hitzköpfe in einer sehr prominenten Stelle. Sie haben sich miteinander gestritten, das heißt sie haben sehr sachlich miteinander geredet und sind nicht zusammengekommen. Der eine hatte seine Gründe und der andere seine Gegengründe. Schließlich sagte der andere: Und nun habe ich erst recht einen besonderen Grund, gegen Ihre Meinung zu sein, weil Sie nämlich dafür sind!

So wollen wir das nicht machen! Man könnte das auch vermeiden; denn wenn die einen bloß deshalb gegen eine vernünftige Lösung sind, weil die anderen dafür sind, besteht die große Gefahr, daß die einen sich an eine Gruppe anlehnen, die ganz ausserhalb unserer eigenen Anschauung, unserer eigenen Grundsätze steht. Wie sollen wir mit fremden, mit anderen, mit gegensätzlichen Leuten und Parteien verhandeln, wie sollen wir uns mit denen zurechtfinden, wenn wir uns als Brüder und Parteifreunde nicht über eine gegensätzliche Meinung verständigen könnten? Ich kann mir das nicht vorstellen.

Wir müssen dabei doch eines sagen: Zwei Dinge haben auf dieser Landesversammlung einen sehr starken Eindruck auf mich gemacht.
Die Junge Union ist eine Sache, die gärt, eine Sache, die gerne in die Luft springt. Man sagt auch, die Junge Union sagt sehr scharf ihre Meinung, schießt auch gewiß über das Ziel hinaus. Das Bild, das die Junge Union hier auf der Landesversammlung in dem Streit der Meinungen geboten hat, fordert von mir allen Respekt. Denn für einen alten Hasen sollte es nicht so schwer sein, seine Meinung zu revidieren, wenn er sieht, es geht halt nun einmal nicht ganz zusammen, ich habe mich geirrt[11], und der oder jener hat schon recht und hat mich eigentlich überzeugt! Aber für einen Jungen ist das nicht so ganz leicht, wenn er eine Meinung hatte und sichtbar, deutlich und ehrlich sagt: Ich habe mich überzeugt, es ist nicht so, ich bin infolgedessen der Meinung, wir machen es anders. Allen Respekt! Das ist das eine.
Das zweite, was mich sehr beeindruckt hat, war die Erklärung unserer Frauengruppe.

(Bravo!)

Meine Herren - und nun wende ich mich nur an die Herren der Schöpfung -, warum sind sich denn die Frauen so klar in ihrer Linie, daß man ohne ein Zusammenarbeiten nicht weitermachen kann? Ich will Ihnen das Geheimnis sagen. Sie werden von mir erwarten, daß ich sage: Jawohl, die Frau ist mehr gefühlsmäßig eingestellt, sie ist mehr für Liebe und Nächstenliebe und sonstige Dinge.

(Heiterkeit.)

Jawohl, sehr schön! Ich denke noch viel realistischer: Weil die Frau sich mit den täglichen Dingen des Lebens herumschlagen muß und weil es einfacher ist, über große Prinzipien schöne Reden zu halten, Billigung oder Mißbilligung durch Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen auszudrücken und schöne Entschließungen zu fassen, bei denen nichts herauskommt, als notdürftig den Suppentopf zu füllen und die schlechte Laune des Mannes über sich ergehen zu lassen, wenn er nach Hause kommt und es ist nichts da.

(Sehr gut! Beifall.)

Das ist so ausgedrückt, daß die Sache auch eine humorvolle Seite haben könnte. Sie hat aber eine sehr ernste Seite; denn überlegen wir uns alle - das werden mir die jungen Leute aus allen Gegenden, die jetzt vom Felde zurückkommen, seien es Studenten oder Handwerker oder Arbeiter, das werden mir insbesondere die Heimatverwiesenen zugeben -, wie schwer es ist, sich in den alltäglichen Dingen des Lebens zurechtzufinden. Wir müssen uns mit ihnen zurechtraufen.
Ich habe es bei irgendeiner Gelegenheit schon einmal ausgesprochen, und mir kommt das Bild immer wieder: Was wir hier treiben, ist ja ein Schattenspiel. In einigen Wochen redet kein Mensch mehr davon!

(Sehr gut!)

Die Not der Zeit wird uns zwingen zusammenzustehen; sie wird von uns verlangen zu arbeiten, zu improvisieren, sie wird verlangen, daß wir zum Freund oder zum Nachbarn oder zum Feinde gehen, auch wenn er uns einmal in einer Landesversammlung nicht gefallen hat, und ihn bitten: Komm doch und hilf! Wir wollen zusammenstehen,

[11] In der Vorlage: "gefreut".

denn es geht nun einmal nicht anders! Und nun meine ich, man könnte eine Diskussionsgrundlage haben, auf der man vernünftig reden kann, damit man praktisch weiterkommt.
Ich hätte nur noch zwei Bitten: Bevor Sie in die Diskussion eintreten und über irgendeine Entschließung abstimmen, möchte ich bitten, daß wir uns alle gegenseitig eine Generalabsolution erteilen

(Sehr gut!)

und alles das, was vielleicht nach der persönlichen Seite zu scharf, zu feindlich ausgesehen haben mag, ausschalten. Und ein Zweites: Daß wir den Vorsatz fassen - denn sonst hat auch die Generalabsolution nicht sehr viel Zweck -, nun vernünftig und praktisch weiterzuarbeiten und alles das draußen zu lassen, was nur zu persönlicher Verstimmung und Gehässigkeit, zu persönlichen Differenzen, zum Auseinanderfallen, statt zum Zusammenstreben führt.
Auch da gebe ich unserem Freunde durchaus recht, wenn er sagt, wir müßten so ein Auffangreservoir haben, das auffängt, was von einem Parteifreund gegen den anderen Parteifreund geschleudert wird. Nennen Sie es Ältestenrat; setzen Sie ihn nach Personen zusammen, auf die Sie Ihr Vertrauen setzen! Er soll nicht allzugroß, aber auch nicht ganz klein sein. Ich glaube, den Gedanken unseres Freundes richtig verstanden zu haben: Hat ein Parteifreund gegen den anderen einen Anwurf, gleichviel, ob persönlicher oder wirtschaftlicher oder familiärer oder was weiß ich für einer Art, und hat er in seinem Busen den Drang, zur Presse zu gehen und über ihn irgendein kleines Kännchen auszugießen, dann soll er gehalten sein - und diese Parteidisziplin, glaube ich, kann man von jedem verlangen -, zunächst an dieses Gremium zu gehen

(Sehr richtig!)

und ihm zu sagen: Der Herr XY z.B. ist ein furchtbares Schwein - dann kann er sich ausschleimen -, denn er läßt sich, wie z.B. der Ministerpräsident, ein Haus mit 35 Zimmern bauen, oder er schiebt Zement, oder er läßt sich, ich weiß nicht wieviel Dutzend Schuhe machen, oder was weiß ich alles. Es gibt auch schlimmere Sachen, diese sind noch gar nicht so schlimm!
Das Gremium kann zunächst einmal die beteiligten Leute hören und versuchen, einen Ausgleich herbeizuführen. Das Gremium selbst soll gar nicht über den Ausschluß oder Nichtausschluß entscheiden, damit es mit dieser Frage nicht belastet ist. Dazu ist das Schiedsgericht da. Tut einer das nicht: Schwupp, Schiedsgericht; dann ist der Mann in der Partei nicht mehr zu halten.
Das wäre ein Gedanke, der allen Ernstes zu überlegen ist. Ein solches Gremium könnte man, wenn die Landesversammlung einverstanden ist, aus dem Handgelenk heute bilden. Aber es gehört jedenfalls in die Satzung mit hinein und sollte bei dieser Gelegenheit mit hineingearbeitet werden. Mein Vorschlag geht also dahin, daß man dieses Gremium, diese Vorstandschaft mit dieser dreigliedrigen Spitze bildet, wobei Sie sich überlegen können, ob die Landesversammlung alle drei wählen soll oder nur den Vorsitzenden - den auf jeden Fall - und ob die anderen zwei vom Landesausschuß gewählt werden sollen.
Die Vorstandschaft hätte die wichtigsten politischen Dinge zu entscheiden, und zu ihr würden eine Reihe von Leuten kraft ihres Amtes gehören. Die Landesversammlung würde dann einen Auftrag an den Landesausschuß geben, befristet, meinetwegen bis Mitte Oktober. Soviel ich weiß, wird dieser Landesausschuß, wie Freund *Müller* sagt, neuerdings ohnehin durchgewählt und steht in seiner neuen Schönheit da, so daß man

annehmen kann, daß das bis Mitte Oktober geschieht. Der Auftrag der Landesversammlung an den Landesausschuß würde also heißen, darüber zu beraten, zu formulieren und der nächsten Landesversammlung endgültige Vorschläge vorzulegen.
Darüber könnte man diskutieren. Diskutieren Sie bitte darüber! Ich glaube, es ist fruchtbarer als eine Diskussion über alles andere.
Haben Sie diese Grundlagen, dann kann man über persönliche Dinge entscheiden. Und hier sage ich ganz offen: Ob Sie diese persönlichen Dinge im Augenblick oder in einigen Wochen entscheiden, ist nicht so wichtig. Sie müssen aber wissen, in welcher Richtung Sie gehen sollen. Die Personen müssen sich finden. Eine Partei wie die CSU müßte meines Erachtens doch diesen Personenkreis, der aus zehn, zwölf Personen besteht, wirklich schaffen können! Man sollte es sogar glauben, man müßte sich darüber einigen können. Ich glaube sogar, man könnte verlangen, daß sich bei einer Wahl eine Minderheit der Mehrheit fügt, wenn man in Gottes Namen der Meinung ist, es soll der und nicht ein anderer sein.
Das wollte ich zur Sache sagen. Ich hätte noch einen Antrag außerhalb dieser Sache, den ich zurückstellen möchte. Ich komme lieber darauf zurück, wenn wir zum Schluß der Sitzung kommen. Der Antrag befaßt sich mit den Kriegsgefangenen.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Liebe Parteifreunde! Zunächst ist es mir ein Bedürfnis, dem Herrn Ministerpräsidenten zu danken für die Worte, die er an uns gerichtet hat.
Aber wie soll es jetzt weitergehen? Ich stehe an sich vor einer technischen Unmöglichkeit. Zuerst haben sich 22 Redner gemeldet, die Hälfte schon vor dem Referat, die Hälfte nach dem Referat. Es wurde zu Beginn der heutigen Nachmittagssitzung - es waren allerdings viele noch nicht da, aber doch die Mehrzahl - vorgeschlagen, die 22 zu kassieren und neue Meldungen anzunehmen. Die Mehrheit der Anwesenden war damit einverstanden.
Nun hat sich aber natürlich als Folge daraus ergeben, daß viele von denen, die sich zuerst gemeldet hatten und die damals momentan noch nicht anwesend waren, nichts wußten und sich infolgedessen nicht melden konnten, sich jetzt nachträglich gemeldet haben, aber hinten, während die anderen jetzt ganz vorne sind. Was soll man jetzt machen? 22 Redner anzuhören, ist überhaupt unmöglich.

(Zuruf: Schluß der Debatte!)

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Liebe Parteifreunde, fassen wir einen großen Entschluß: Wir stellen alles andere zurück, wir diskutieren einmal über die Möglichkeit einer sachlichen Grundlage!

(Zustimmung und Beifall.)

Wäre es nicht möglich, nachdem es nun schon einmal auf der Rednerliste anders steht, daß zwei Redner sich dazu äußern, der eine von der einen, der andere von der anderen Seite - sagen wir gleich: Ein *Müller*- und ein Nicht-*Müller*-Exponent;

(Heiterkeit.)

manchmal muß man die Dinge beim rechten Namen nennen.

(Sehr gut!)

Liebe Freunde, Vertrauens- und Mißtrauensvoten abgeben können Sie immer noch; aber Sie müssen doch erst wissen, wo die Reise hingeht. Sie müssen doch eine Grundlage haben, dann können Sie sagen: Der paßt mir, der paßt mir nicht, bei dem ist mir die Nase zu lang und bei dem ist sie mir zu kurz. Das kann man alles tun. Ich muß

aber erst eine Grundlage haben; ich muß wissen, wo ich hin will; ich muß ganz stur auf ein Ziel zugehen. Darüber sollen wir zuerst Klarheit haben.
Also, bitte, machen Sie es doch so! Stellen Sie alles andere zurück! Wenn irgend jemand etwas mehr sagen will, so wird ein anderes Mal darüber zu reden sein. Aber ich meine, das ist so wichtig, das ist so entscheidend für die weitere Arbeit, das ist eine Vorarbeit für die nächste Landesversammlung, bei der wirklich unter allen Umständen die endgültige Klärung, die endgültige Entscheidung über diese maßgebenden Fragen fallen muß. Wir kommen aus dieser Situation nicht heraus, wenn eben nicht eine starke Minderheit einer großen Mehrheit - ich will nicht untersuchen, wer das ist - diese Konzession macht. Ich kann eine andere Lösung nicht sehen.
Ich würde also vorschlagen: Seien Sie damit einverstanden, daß unter Zurückstellung alles anderen ein Exponent und ein anderer Exponent sich gemeinsam zu dieser Angelegenheit äußern. Sie werden sehen, wir kommen so viel weiter.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Der Herr Ministerpräsident hat mir aus dem Mund genommen, was ich vorschlagen wollte. Ich wollte vorschlagen, daß wir einen Redner von der einen Seite und wieder einen von der anderen hören. Ich hätte sogar gedacht, ob es nicht möglich wäre, daß wir uns einigen könnten auf - sagen wir einmal - drei von der einen und drei von der anderen Seite.

(Widerspruch.)

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Darf ich noch einen Vermittlungsvorschlag machen. Einer von herüben, einer von drüben; und nehmen Sie noch einen, der die Sache rein technisch mit ein paar Worten Ihnen mitteilt!

(Widersprechende Zurufe. Zuruf: Ministerpräsident Dr. *Ehard*!)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Herr Ministerpräsident, haben Sie den Vorschlag als Antrag formuliert? -
Der Herr Parteifreund Dr. *Müller* möchte einen Antrag stellen. Ich glaube, es wird gut sein, wenn wir ihn noch hören.
Dr. *Müller*: Unter Bezugnahme auf das, was der Ministerpräsident gerade ausgeführt hat und was ich vorhin vorgeschlagen habe, darf ich folgenden Antrag stellen:

> Die Landesversammlung wählt einen Ältestenrat der Union, bestehend aus drei Mitgliedern und drei Stellvertretern. Der Ältestenrat hat die Aufgabe, Differenzen innerhalb der Partei zu bereinigen und dafür Sorge zu tragen, daß intrigante, charakterlose, korrupte, denunziatorische und ehrgeizige Elemente aus der Partei entfernt werden.
> Alle Mitglieder der Union sind verpflichtet, sich der Entscheidung des Ältestenrats zu unterstellen und belastendes Material, das sie bei irgendeiner Stelle gegen einen Parteifreund verwenden wollen, dem Ältestenrat vorher zu unterbreiten. Doppelte Parteizugehörigkeit gilt als Charakterlosigkeit.

Ich dachte mir, um konkret zu sprechen, als Mitglieder des Ältestenrats aus dem politischen Sektor den Parteifreund *Ehard*, in dem Fall als Parteifreund, nicht als Ministerpräsident; dazu den Parteifreund *Seidel*, der auch ein ruhiger Mann ist, zur Ergänzung als Stellvertreter. Dann dachte ich, weil ich davon ausgehe, daß auf jeden Fall das tragende Prinzip das gemeinsame christliche Prinzip ist, an Parteifreund *Muhler*

und als Stellvertreter an Parteifreund *Meixner*. Dann wollte ich den Oberregierungsrat *Eichhorn* von evangelischer Seite und als seinen Stellvertreter Parteifreund *Prittwitz*

(Zuruf: Oho!)

vorschlagen.
Ich glaube, daß man wirklich sagen kann, daß das ein Rat weiser und erfahrener Leute ist, dem man sich unterstellen kann. Wenn Sie nämlich diesen Ältestenrat nach politischen Kräftegesichtspunkten wählen, ist der ganze Sinn der Institution wieder verpfuscht.

(Sehr richtig!)

Sie müssen davon ausgehen, daß es Persönlichkeiten sind, denen Sie die nötige Diskretion und Verantwortung zutrauen können.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ich nehme jetzt an, daß die Versammlung mit dem Vorschlag von Herrn Ministerpräsidenten *Ehard* einverstanden ist, daß wir zunächst einmal von beiden Seiten einen Redner sprechen lassen. Dann unterhalten wir uns weiter.

(Sehr richtig!)

Als Vertreter der Gegenseite hat sich Dr. *Horlacher* gemeldet. Ich bitte Dr. *Horlacher*, jetzt zu sprechen.
Dr. *Horlacher*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe zunächst die Bitte, daß jetzt einmal ein Beispiel demokratischer Ordnung gegeben wird

(Zurufe: Oho!)

- Sie können keine Minute ruhig sein! - und daß einmal vollkommene Ruhe herrscht, damit man die Gedanken entwickeln kann, die nicht zur Untermauerung der Opposition dienen, sondern letzten Endes zum Ausgleich innerhalb der Union, mit dem Ziel, die Einigung in der Union über Personen hinweg endlich herbeizuführen! Das ist das Thema, und das ist doch wirklich schön und gut und des Schweißes der Edlen wert!

(Heiterkeit.)

Worum handelt es sich? Ich bin der Geburtshelfer des Herrn Dr. *Josef Müller*.

(Gelächter.)

Hier sitzt er!

(Heiterkeit.)

Und wer eine solch wichtige Tat vollbracht hat, hat auch das Recht, an seinem Kinde Kritik zu üben,

(Erneute Heiterkeit.)

und zwar so, daß es dabei nicht zugrunde geht. Von der Anwendung der *Hundhammerschen* Prügelstrafe will ich absehen.

(Anhaltende Heiterkeit.)

Dr. *Josef Müller* hat heute früh eine wunderbare Rede gehalten, und zwar mit einer solch advokatischen Schläue, daß ich beinahe selber darauf hereingefallen wäre. Aber ich kenne den *Ochsensepp* besser wie Ihr alle, denn er hat mich ja früher zu Beginn der Zeiten, als wir die Grundsteine der Union gelegt haben, tagtäglich in meinem Bü-

ro besucht. Darauf warte ich jetzt schon seit Monaten. Ich hoffe, daß er wieder einmal zu mir kommt; aber es ändern sich die Zeiten!
In den sachlichen Grundlagen hat sich, wenn ich mit dem Dickkopf hie und da wieder gesprochen habe, eigentlich gar nichts geändert; es sind nur die persönlichen Versteifungen, die eine Rolle spielen, und die Art seiner Geheimniskrämerei, die er an sich hat und die hie und da mal gelüftet werden muß.
Ich sehe die Lage so an, daß wir meist in der Sache einig sind. Wenn das nicht der Fall wäre, dann wäre es sehr betrüblich. Die Grundlinie muß sein, daß das christliche Glaubens- und Sittenbekenntnis die Grundlage für die gesamte Tätigkeit der Union abzugeben hat. Von dieser Grundlage aus muß das ganze Sozialwirtschaftsprogramm und alles, was damit zusammenhängt, erarbeitet und in der Zukunft durchgeführt werden.
Wir haben auch über die staatspolitischen Fragen gesprochen. Aber, Herr *Josef Müller*, es ist ein Irrtum, daß die Differenzen wegen Frankfurt entstanden sind! Das habe ich heute früh schon wieder bemerkt. Ich kann Ihnen, soweit es meine Person betrifft, versichern, daß mich Frankfurt, nachdem die Entscheidung dort gefallen ist, auf dem Parteitag nicht mehr interessiert. Es sind andere Dinge, die sich schon seit Monaten, schon seit einem Jahr wie eine schleichende Krisis durch die Anhänger der Union hindurchziehen. Liebe Freunde, ist es so oder ist es nicht so?

(Zustimmung.)

Von Ort zu Ort und von Land zu Land! Es handelt sich um die innere Ordnung der Union; die Union ist im Innern nicht in Ordnung.
Glauben Sie mir: Mich ärgert nichts so sehr wie ein Wort, wenn es nur ausgesprochen oder angedeutet wird; das ist das Wort Führer. Wenn einer das Wort Führer ausspricht, dann ist er schon unten durch bei mir.

(Heiterkeit.)

Wir haben Führer genug gehabt; wir brauchen keine mehr. Was wir brauchen, sind Vorsitzende, die die Geschäfte ausführen, die die ausführenden Organe für die Beschlüsse sind, die die Mitglieder einer Gesellschaftsform in ihren Gremien fassen.

(Sehr richtig!)

Schauen Sie sich dann das Programm der Union an, das nun einmal der weitgehenden Kritik meiner Freunde begegnet, denn sie sagen, es sei diktatorisch aufgebaut. Ich habe es genau durchgelesen; mir kommt es auch nicht restlos auf ein Programm an, sondern auf den Geist und die Seele, die der Durchführung eines Programms innewohnt. Und wenn ich mir so das Programm durchsehe, dann müßte ich den Herrn Dr. *Josef Müller* wegen Verletzung der Verfassung der Union in den Anklagezustand versetzen.

(Unruhe.)

Laßt mich nur ausreden! Denn Organ der Union ist nicht der Landesvorsitzende allein. Das ist durchaus nicht der Fall; es würde ja sonst einer Diktatur oder einem ähnlichen Instrument entsprechen. Es heißt ausdrücklich in § 43:

> Organe des Landesverbandes sind: Die Landesversammlung, der Landesausschuß, die Landesvorstandschaft, die geschäftsführende Landesvorstandschaft, der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft, die Arbeits- und Organisationsausschüsse.

Bei diesen Organen der Union ist nicht einmal die Rede von dem Landesvorsitzenden, sondern der Landesvorsitzende ist selber wieder Beauftragter dieser Organe der

Union. Hier werden die Beschlüsse gefaßt. Es ist das auch in der Satzung der Union genau niedergelegt.
Es heißt dann in § 56:

Der Landesvorsitzende führt die Geschäfte der Union.

Daraus geht hervor, daß er nicht die politische Bestimmung der Union in der Hand hat, sondern daß er die Geschäfte der Union zu leiten hat. Das sind wesentliche Unterschiede. Insofern ist die Satzung absolut demokratisch.
Es handelt sich jetzt darum, den Inhalt der Union auch demokratisch zu gestalten. Und da liegt der Hase im Pfeffer!
Wenn heute der Herr *Josef Müller* in der Generalversammlung meines Raiffeisen-Verbandes gewesen wäre, wäre [er] als Direktor abgesetzt worden, denn er hat darüber, worüber er Rechenschaft geben sollte, nicht berichtet.

(Widersprechende Zurufe: Doch!)

Es muß auf der Landesversammlung berichtet werden über die Tätigkeit der Organe der Union, wieviel Sitzungen die Landesvorstandschaft, der Landesausschuß gehabt hat, was dort beschlossen worden ist.
Ja, meine lieben Freunde, es sind ja die Beschlüsse unserer letzten Landesversammlung gar nicht ausgeführt worden!

(Sehr richtig!)

Wir haben dort einen Beschluß gefaßt, ich glaube, mit etwa 453 gegen 87 Stimmen; es hat sogar eine mühsame Auszählung gegeben. Da ist ein detaillierter Antrag, ich glaube, von Freising vorgelegt und dem Landesausschuß überwiesen worden, damit er diesen berät und damit bei der nächsten Landesversammlung darüber Bericht erstattet wird.

(Zuruf: Der ordentlichen Landesversammlung!)

Das ist bisher unterblieben.

(Mehrere Zwischenrufe.)

Bitte, meine verehrten Herren, entschuldigen Sie doch etwas nicht mehr, was Sie nicht entschuldigen können! Es ist doch seit 15. Dezember bis zum heutigen Tag nahezu schon die ganze Zeit verstrichen, und es wäre nötig gewesen, daß das Beratungsergebnis längst vorläge. Denn das ist das wichtigste, was zur Bereinigung der inneren Krise der Union führen kann. Das hat zu geschehen.
Ich will nur die Richtlinien eines Antrags skizzieren. Ich will mich, damit es ja keine Verstimmung gibt, nicht einmal dazu versteifen, zu sagen, es muß bestimmt so oder so aussehen, sondern ich will Ihnen bloß die Richtlinien geben, die für das künftige Zusammenleben der Union von Bedeutung sind.
Dazu gehört vor allen Dingen, daß an die Stelle eines Mannes mehrere treten!

(Sehr richtig!)

Das ist meine feste Überzeugung; denn die Partei ist so groß und innerlich doch etwas vielgestaltig, daß dieser Vielgestaltigkeit auch in der Führung der Geschäfte Rechnung getragen werden muß. Ich spreche es einmal ganz offen von der Leber weg aus: Zur Bereinigung der Krise in der Union wäre es das allerbeste, wenn eine gewisse Zeit lang zur Erledigung dieser wichtigen juristischen Fragen neben dem Herrn Dr.

*Müller* unser Ministerpräsident Dr. *Ehard* die Führung unserer Union übernehmen würde.

(Beifall.)

Wir müssen aus dem Dilemma heraus. Ich hätte den dritten Mann auch gleich vorzuschlagen: Unseren Parteifreund *Sühler* von der landwirtschaftlichen Seite, einen sehr vernünftigen Mann.

(Bravo-Rufe.)

So können die Verhältnisse in Ordnung gebracht werden.
Die beiden Herren brauchen ja nicht definitiv beauftragt zu werden, sondern kommissarisch; die nächste Landesversammlung soll dann die Änderungsvorschläge für die Statuten machen.
Das ist aber nur der geschäftsführende Teil der Vorstandschaft. Was wir noch brauchen, ist eine Landesparteileitung, in der die Vorstandschaft und auch verschiedene andere Personen vertreten sind; denn wir müssen in den schwierigen Zeiten in der Landesparteileitung eine Verzahnung mit der Staatsregierung und mit der Landtagsfraktion haben,

(Sehr gut!)

damit hier eine einheitliche Zusammenarbeit stattfindet. Dann können noch eine Reihe von Vertretern aus den sonstigen Kreisen entsandt werden. Herr Kollege *Lacherbauer* könnte Ihnen, wenn Sie sich dafür interessieren, dann später kurz einen näheren Namensvorschlag machen. So haben wir in dem Fünfer-Kollegium, das von der Fraktion aus beauftragt war, uns die Dinge gedacht.
Was dann, liebe Freunde, neben dieser organisatorischen Neugestaltung notwendig ist, ist daß das Pressewesen der Union eine grundlegende Umgestaltung erfährt.

(Zustimmung.)

Der Herr Parteivorsitzende hat in dankenswerter Weise davon gesprochen, daß er eine Parteipresse wünscht. Aber ich muß Ihnen jetzt gewissermaßen als Vertreter der Opposition dazu sagen: Es war bis jetzt nicht einmal möglich, daß die Union in ihrer kleinen Parteipresse hat Ordnung halten können! Diese Ordnung muß erst hergestellt werden. Die Union selbst muß erst in ihrem kleinen Parteiblatt beweisen, wie eine richtige Parteipresse geleitet sein muß.

(Sehr gut!)

Das ist bisher nicht der Fall gewesen. Und warum? Weil die Konstruktionsfehler der Partei, das Hinausschieben der Verantwortung auf einen Mann, das absolut den Statuten der Union widerspricht, dazu geführt hat, daß die Teile der Union, auf die es eben auch ankommt und auf die es unseren Wählern ankommt, nicht zu Wort gekommen sind.
Wie soll denn eine gute Parteibenachrichtigung für unsere Mitglieder aussehen? Liebe Freunde, da ist schwer gesündigt worden. Was aus unserem Parteiorgan verschwinden muß, ist das persönliche Zeug. Das hat darin nichts zu suchen; das gehört in andere Instanzen. Hinein gehört, was die einzelnen Glieder der Partei leisten, was die Landtagsfraktion leistet, welche Gesetzentwürfe verabschiedet, welche Anträge gestellt worden sind, was unsere Leute dazu gesagt haben und was im Landtag von den Anträgen der Unionsmitglieder angenommen worden ist.

Sie können es doch nicht leugnen, daß Leute von uns im Landtag ganz hervorragende Reden gehalten haben, die nicht einmal von der Partei ausgewertet worden sind! Ich erinnere nur an die beispiellose Rede unseres Freundes *Baumgartner*, die den minutenlangen Beifall des ganzen Hauses gefunden hat; ich erinnere an die Arbeit unseres Freundes *Lacherbauer*; ich erinnere an die vielen Leute, die die tägliche Kleinarbeit im Parlament zu bewältigen haben und die eine ganze Unsumme von vernünftigen Anträgen gestellt haben, wodurch unserer Bevölkerung schon hie und da große Hilfe zuteil wurde. Das ist das, was in der Presse zum Ausdruck kommen muß, damit unsere Mitglieder sehen, wie es bei uns zugeht und welche sachliche Arbeit bei uns geleistet wird.
Dazu gehört ein Presseausschuß her, der die nötigen Richtlinien gibt. Meine lieben Freunde, dazu gehört auch noch die Benachrichtigung durch unsere Mitglieder. Unter der Leitung von *Josef Müller* sind die Leute, die ihm nicht besonders gut gefallen haben, meistens überhaupt nicht zu Wort [ge]kommen.

(Sehr richtig!)

Das ist ein Zustand, der geändert werden muß. Ich reiße mich ja nicht um Ämter; ich komme im Rundfunk so zu Wort. Aber es ist doch selbstverständlich, daß unsere Leute, die in den verschiedenen Berufsständen hervorragende Arbeit zu leisten haben, soweit sie Mitglieder der Union sind, naturgemäß auch im Rundfunk ihre Stimme erklingen lassen können. Dieser jetzige Zustand muß geändert werden.
Wenn das geändert wird, und die Gesamtunion nach Mehrheits- [und] Minderheitswillen ihre Berücksichtigung findet, dann werden Sie sehen, wie rasch der Friede in der Union einkehrt.

(Sehr richtig!)

Dann wird Einigkeit werden. Dann muß auch das Generalsekretariat der Partei so besetzt sein, wie es etwa dem Mehrheitswillen der Union entspricht.

(Beifall.)

Dazu ist auch notwendig, daß die Verhältnisse durch ein mehrgliedriges Organ einer entsprechenden Ordnung entgegengeführt werden.
Dann, liebe Freunde, ist es auch notwendig, daß auf einem Parteitag, zumindest aber in der Landesvorstandschaft, Rechenschaft gegeben wird über die Finanzlage[12] der Partei.

(Sehr richtig!)

Das ist auch eine sehr, sehr wesentliche, oft sehr unangenehme Aufgabe auf der organisatorischen Seite des Aufbaus der Partei. Das ist das, was eine Parteiorganisation leisten muß. Und gerade beim Personalaufbau müssen wir sehr vorsichtig sein.
Dann gäbe es noch eine ganze Reihe von Einzelfragen, die hier behandelt werden müssen und die für die Union von Interesse sind. Ich komme dann bald zum Schluß, aber es [ist] notwendig, daß ich das ausführe.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Haben Sie einen Antrag zu stellen?
Dr. *Horlacher*: Ja, das geschieht dann durch Kollegen *Lacherbauer*; den Antrag bringen wir nach. Die Debatte wird ja noch etwas länger dauern; Kollege *Lacherbauer*, ich bitte, den Antrag zu formulieren, damit wir ihn dann fertig haben.

[12] In der Vorlage: "Bilanzlage".

Es handelt sich dann um die wichtigen Probleme des Tages. Ich habe ja gestern schon kurze Ausschnitte über die Ernährungs- und Landwirtschaftslage gegeben. Ich will mich entsprechend beschränken; es wäre viel dazu zu sagen. Aber was uns auf der Seele brennt, ist die Klarstellung von ein paar Punkten, auf die wir nicht verzichten können und die auch in die Öffentlichkeit dringen muß. Das ist auch der Wille der Fraktion, damit das dumme Geschwätz vom Partikularismus endlich einmal aufhört. In einer Frage sind wir in der Union absolut einig: Daß wir sobald wie möglich die Wiederherstellung der deutschen Zusammengehörigkeit haben müssen, denn ohne die können wir einfach nicht leben!

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Das haben wir von unserer Seite aus immer in den Vordergrund geschoben. Und es hat mich gefreut, gestern im Rundfunk zu hören, wie der Herr Chefredakteur *Frentzel* das bezüglich der sogenannten Gruppe, der ich angehören soll, ganz richtig zur Darstellung gebracht hat. Aber das beseelt uns alle; da gibt es keinen Unterschied.
Ich glaube aber, in dem zweiten Punkt haben wir auch keinen Unterschied, und es sind vielleicht nur verschiedene Nuancierungen vorhanden: Nämlich, daß das, was früher war, was zum Unglück geführt hat, der unselige Zentralismus, nicht mehr kommen kann und nicht mehr kommen darf!

(Bravo-Rufe.)

Deswegen stellen wir die bayerische Frage ebenfalls in den Vordergrund. Wir in Bayern können stolz sein auf die Tradition unserer Heimat!

(Sehr richtig!)

Die weiß-blaue Farbe unserer Republik ist mit der Vergangenheit des Nationalsozialismus nicht belastet.

(Sehr gut!)

Aber die schwarz-weiße Fahne des Preußentums ist belastet mit der Zugehörigkeit der Hohenzollernprinzen zum Nationalsozialismus.

(Widerspruch und Unruhe.)

Das ist auch ein Unterschied zwischen Süd und Nord; und deswegen können wir - wie auch der Herr Parteivorsitzende gesagt hat - mit Stolz unsere weiß-blaue Fahne aufheben, nicht als Kennzeichen, daß wir uns absondern wollen, sondern als Kennzeichen, daß wir auf den Grundsätzen der Treue und der Reinheit den Aufbau des ganzen deutschen Vaterhauses vollzogen haben wollen! Wir sind der inneren Überzeugung, daß die Konsolidierung des deutschen Südens eine absolute Notwendigkeit ist. Da bedauern wir es außerordentlich, daß die französische Zone nicht zu unseren Arbeiten stoßen kann; denn der deutsche Süden muß jetzt einen wesentlichen Teil der Aufbauarbeit für den deutschen Norden mit leisten, weil es die Struktur des ganzen deutschen Vaterhauses erfordert, weil wir gemeinsam darum kämpfen, daß auch unsere Ostgebiete wieder zum gesamtdeutschen Raum zurückkehren können.
Das sind Aufgaben, die wir zu erfüllen haben. Deswegen stehen wir auf dem Standpunkt, daß der Aufbau des deutschen Bundesstaates von unten nach oben erfolgen muß, unter Zustimmung aller deutschen Staaten, die diesen deutschen Bund abschliessen. Das sind klare Vorstellungen. Es kann der eine den anderen nicht mehr majorisieren.

Dann, meine lieben Freunde, bedrängt uns alle eine Frage, die auch einmal gelöst werden muß und an deren Lösung wir nicht mehr vorübergehen können, weil es die breiten Teile unseres Volkes einfach verlangen. Das ist die bayerische Verwaltung.

(Zuruf: Zur Sache!)

Sehen Sie, ich bin sofort am Ende! Das gehört zur Sache, denn in dem Referat von *Müller* wurden alle diese Probleme auch behandelt. Das ist eine allgemeine politische Aussprache, in der ich diese Fragen erörtern kann. Ich habe dazu auch den Auftrag der Fraktion.
Treffe ich nicht die Meinung des bayerischen Volkes, die da heißt: An den obersten Spitzen der Justiz und Verwaltung haben in erster Linie Leute zu sitzen, die die eigene Sprache und die Gewohnheiten dieses Landes verstehen und den Willen der Bevölkerung vollziehen können!

(Beifall.)

Dieser Grundsatz hat nicht nur zu gelten für Bayern

(Zwischenrufe.)

- lassen Sie mich zuerst ausreden, bevor Sie daneben reden! -, sondern für sämtliche deutschen Staaten. Ob das Württemberg-Baden, Hessen usw. ist, ist ganz gleichgültig. Da ist es ja vorgekommen, daß ein Berliner Landrat von Wegscheid war. Der versteht ja unsere Waldler kaum; da hat also ein Landrat bloß durch einen Dolmetscher mit seinen Leuten verkehren können!

(Heiterkeit.)

Man muß ja nur die Verhältnisse immer so lassen können, wie sie sind.
Es kommt ein Grundsatz hinzu, nämlich der, daß die Ausgewiesenen den Einheimischen gleichgestellt sind.

(Zustimmung.)

Wir haben ja dafür die Grundsätze aufgestellt. Der Herr Kultusminister [*Alois Hundhammer*] hat uns die erfreuliche Tatsache mitgeteilt, daß von 16.000 Lehrern 5000, glaube ich, den Ausgewiesenen zuzuzählen sind. Es kann uns also niemand den Vorwurf machen, daß wir einseitig sind.

(Zurufe: Zur Sache! - Schluß!)

Dann habe ich noch einen Punkt auszuführen: Wir sind sicher gegen niemanden eingestellt, der in einem anderen Lande wohnt oder von einem anderen Lande kommt. Aber wir wissen aus der Erfahrung der Jahre 1919 bis 1925, daß nach Bayern mit Vorliebe Leute zugewandert sind, die kein Gewinn für Bayern waren.

(Zustimmung.)

Soweit solche Leute nicht in Arbeit stehen und bei uns wesentliche Aufgaben zu erfüllen haben, sondern soweit sie nur in den schönen Orten Bayerns wohnen und vielleicht eine Auffassung mitbringen, die allzusehr an frühere Zeiten erinnert, und sie in ihre frühere Heimat zurückkehren können, muß ihnen die Rückkehr unter allen Umständen erleichtert werden.

(Erneute Zustimmung.)

Das sind Gesichtspunkte, die ich im Interesse unserer Heimat vorbringen wollte, die sicher niemandem zunahegehen und das herbeiführen wollen, was herbeizuführen ist.

Und so, liebe Freunde, bitte ich Sie, nun einmal den Weg zu gehen, den der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] aufgezeigt hat. Bei gutem Willen aller Beteiligten muß dieser Weg zum Erfolge führen.

(Bravo!)

Das wünsche ich; und ich wünsche insbesondere, daß dieser Weg nicht durch eine starre Haltung des bisherigen Parteivorsitzenden verbaut wird!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Als nächstem Redner, von der anderen Seite - wenn ich so sagen muß und darf -, erteile ich das Wort unserem Parteifreund Dr. *Kroll*. - Ich bitte um Ruhe!

Dr. *Kroll*: Meine lieben Parteifreunde! Ich glaube, ich werde Ihre Aufmerksamkeit nur kurz in Anspruch nehmen.

Worum es hier geht, scheint zweierlei zu sein. Zunächst als Grundlage: Wir haben eine schwere Erschütterung in der Union, eine Krisis, die behoben werden muß. Darüber sind wir uns alle klar.

Es scheint zwei Wege zu geben, die beschritten werden können. Der eine Weg ist der einer Umänderung der Satzung, vielleicht ein Umbau konstruktiver Art; der zweite Weg, vielleicht der schwierigere, ist eine Frage der Entscheidung über die Personen.

Meine lieben Freunde, auch ich, obwohl ich jung bin, darf sagen, daß ich zu den Mitbegründern der Union in Bayern gehöre. Ich habe das Vergnügen, die Freude und auch manchmal die Nachteile gehabt, in der Nähe von Dr. *Josef Müller* zu weilen. Ich darf auch sagen, daß ich, zum Teil wenigstens, die anderen Herren kenne.

Wenn heute über Mängel in der Führung der Partei gesprochen wird, so darf ich zunächst auch für mich in Anspruch nehmen, daß wir diese Mängel sehr früh in den Bezirksversammlungen in Oberfranken und an anderer Stelle gerügt haben. Mängel können auftreten durch Unfähigkeit, sie können auftreten durch Schwierigkeiten von außen, sie können durch das Zusammenspielen verschiedener Faktoren entstehen. Gar keine Frage, daß die Person Dr. *Josef Müllers* mit ihren Vorzügen auch schwere Mängel in die Führung der Union hineingetragen hat, was vielleicht zum Charakteristikum eben einer Persönlichkeit gehören mag.

Wir haben nun im Verlauf der Entwicklung gesehen, daß die Spannungen besonders dadurch entstanden, daß nicht nur in den sachlichen Geschäften Differenzen auftraten, wie sie von Dr. *Horlacher* eben geschildert wurden, sondern daß im Zusammenspiel der Persönlichkeiten vielleicht durch etwas zu viel bajuwarisches Blut, das eben im raschen Zorn sich in einer mangelnden Ausgeglichenheit äußert, Spannungen entstanden, die oft schwer zu lindern waren. Ich will gar nicht behaupten, daß es Möglichkeiten gibt, sich in seinem Persönlichen so zu verhalten, daß man es einmal - es klingt ja so banal, es zu sagen - auch in der Politik vollständig vermeidet, sich zu ärgern. Mit anderen Worten: Wenn es jeder, der an der Spitze steht, vermiede, sich über die persönlichen Dinge zu sehr zu ereifern, wäre schon manches gewonnen.

Worum es uns aber geht, ist das eine: Daß die Mängel in der Parteiführung so klar werden und hier auch - ich möchte sagen - mit viel sachlichen und ganz wenig unsachlichen Worten umrissen werden konnten, ist eigentlich das Verdienst des Systems, das in den Satzungen niedergelegt ist. Ich glaube, wir sind uns darüber klar, daß ein gewaltiger Unterschied besteht, ob bei der Auswahl durch ein Parlament - das ist eben hier die Landesversammlung - an die Spitze *ein* Mann gestellt wird, analog dem Ministerpräsidenten im großen Parlament, und der eine Mann verantwortlich ist für seine

Regierung - sprich hier: für die Politik der Union -, oder ob mehrere Männer hingestellt werden.
Ich habe darüber nachgedacht; ich kann beim besten Willen nicht verstehen, warum man zwei grundlegend verschiedene Prinzipien in unser politisches Leben hineintragen will. Während man sich im Landtag in der Verfassung klar auf das Prinzip der Verantwortung des Ministerpräsidenten gestellt und sogar abgelehnt hat, daß die Minister ein einzelnes Mißtrauensvotum bekommen können - nur eine Mißbilligung ist ihnen im Parlament zugestanden worden -, will man die Führung der Landespartei grundlegend auf das Kollegialsystem abstellen. Ich erblicke darin einen Widerspruch, den ich nicht für gut halte.
Ich darf auf folgendes aufmerksam machen: Ein Direktorium von drei Personen bedeutet nach meiner Meinung Unklarheit und Verschwommenheit in der Verantwortung.

(Zustimmung und Beifall.)

Ist ein Mann herausgestellt und bewährt er sich nicht, dann, liebe Freunde, könnt Ihr sagen: Meinetwegen, der Dr. *Josef Müller* hat sich nach einem oder zwei Jahren nicht bewährt. Aber Ihr wißt, wer sich bewährt hat und wer sich nicht bewährt hat! Verbraucht Ihr dagegen drei Köpfe in einem Direktorium, dann wird jeder sagen: Ich bin es nicht gewesen, an mir ist es nicht gelegen, der andere war schuld; und es gibt überhaupt keine Klarheit der Verantwortung.

(Beifall.)

Es soll - so wurde mir gesagt - geradezu eine Krankheitserscheinung der Demokratie in der Weimarer Zeit gewesen sein, daß die Parteiführungen oft so unklar zusammengestellt waren, daß sich letztlich niemand für entscheidende Dinge als verantwortlich herausstellte. Das wollen wir vermeiden; wir müssen aus der Vergangenheit eine Lehre ziehen. Das Kollegialsystem der unklaren Verantwortung von Weimar ist genauso schwer zu ertragen wie die Diktatur des Nazireiches.

(Sehr richtig!)

Die sinnvolle Synthese lautet so: Eine vom Volke gewählte Vertretung bestellt eine Führung, die deutlich und klar für das, was sie tut, verantwortlich ist. Nur so ist überhaupt Klarheit in eine Führung, in die Führung der Geschäfte auch einer Landespartei, hineinzubringen.
Ich werde mich stets aufs schärfste dagegen verwahren, ein unklares Kollegialsystem einzuführen, das am Ende kein Mensch durchschaut und bei dem ich glaube, daß, wenn die drei nicht Engel sind, die sich heiß und innig lieben, von Anbeginn bis zum Ende möglicherweise Krisen noch schlimmerer Art erzeugt werden, als wir sie bisher gehabt haben.

(Beifall.)

Ich spreche es offen aus: Über einen Mann soll nicht ein gutes System, soll nicht das bißchen gesunde Demokratie, das wir aufgebaut haben, jetzt stürzen! Dieses System ist zugleich dasjenige, das sich in den angelsächsischen Ländern bewährt hat; sehen Sie sich den Premierminister von England, sehen Sie sich den Präsidenten der Vereinigten Staaten und die dortigen Parteiführer an! Eher sind wir dafür, daß diese Versammlung sich klar entscheidet: Entweder sie will *Müller* behalten oder sie will einen anderen, nach ihrer Meinung besseren Führer an seine Stelle setzen.

(Zustimmung.)

Nach meiner Meinung - ich möchte das auch den erfahrenen Parlamentariern zurufen - kann die Demokratie nicht gewinnen, wenn sie von Führern spricht - sie soll auch nicht von Bauernführern sprechen! -,

(Beifall.)

sondern nur dann, wenn der Mann, der die Autorität in irgendeinem Bereich zu vertreten hat, nicht unter allen Umständen ständig daran gehindert wird, Gedanken, die er hat, zu verwirklichen. Die einzige Möglichkeit besteht darin, klare Verantwortung herauszustellen.

Ich will noch ein paar persönliche Worte hinzufügen: Wir haben im Verlauf der Landesversammlung ein sehr eigentümliches Schauspiel erlebt. Die Versammlung begann mit der Rede des Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*], und man hat das Gefühl gehabt, es war eine Stimmung im Saal, die dadurch besonders gekennzeichnet war, daß sich beide Gruppen wie die Kletten an diesen Mann hingen, der dies unsagbare Talent zum Ausgleichen und zum Beruhigen besessen hat.

(Beifall.)

Er ist die Persönlichkeit, auf die wir im Notfall als auf den letzten Rettungsanker schauen, der die Union durch die Schwierigkeiten durchsteuern kann.

(Sehr richtig!)

Er möge sich dieser unerhörten Belastung und unerhörten Aufgabe bewußt sein; und wir sind überzeugt, daß er die Schwierigkeiten voll und ganz kennt!

Aber hier geht es um etwas anderes, es geht jetzt darum, daß meine Freunde sich mit mir beraten haben und daß wir unter allen Umständen ein unklares Kollegialsystem ablehnen. Wir wollen feststellen, ob der Mann, der die Union gegründet, sich dabei die Ärmel hochgekrempelt und manchmal ein wenig wild um sich geschlagen hat, der im Eifer des Gefechtes Worte gebraucht, die diesen oder jenen verletzen können, der aber auch wieder in seiner ganzen bärenmäßigen Gutmütigkeit jedem die Pranke zur Versöhnung hinstreckt, ob dieser Mann noch das Vertrauen der Versammlung besitzt, oder ob ein anderer an seine Stelle treten soll.

(Bravo-Rufe. - Zustimmung und Beifall.)

Meine lieben Freunde, das allein ist mannhaft, das allein ist klar, und dafür allein kann sich auch die junge Generation, zu deren Sprechern ich mich in diesem Fall noch rechnen darf, erwärmen.

Ich darf noch zwei Worte über die Demokratie und ihre Zukunft hinzufügen: Die Krisen, die wir hier erleben, und die Krisen, die wir draußen erleben, erschüttern das Vertrauen in die Demokratie aufs schwerste. Das Volk will aber sehen, wer für diese Erscheinungen der Erschütterungen verantwortlich ist;

(Sehr gut!)

es will sich eines Tages an die Männer halten, die dafür verantwortlich waren. Wir werden das Vertrauen in die Demokratie nicht erhöhen, wenn wir den alten Kunstkniff der Taktiker, der Routiniers, die wir sehr genau kennen, anwenden, die Verantwortung zu verschleiern.

(Starker Beifall.)

Aus diesem Grunde stellen wir den Antrag, das Direktorium abzulehnen, über die Vertrauensfrage für Dr. *Müller* abstimmen zu lassen und, wenn es nicht anders mög-

lich ist, den besten Mann aus Ihrer Mitte, den Sie haben wollen, zum neuen Landesvorsitzenden wählen zu lassen!

(Bravo-Rufe und lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Meine lieben Parteifreunde, wir haben jetzt zunächst zwei Redner von den beiden Seiten gehört.

(Zurufe: Schluß!)

Laßt mich doch weiterreden! Bevor wir uns jetzt darüber schlüssig werden, ob wir noch weitersprechen wollen oder nicht, ist es unbedingt notwendig, daß wir einmal hören, was für Anträge gestellt sind, damit wir dann dafür oder dagegen sprechen können.
Es ist zwar sowohl vom Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] wie von Herrn Dr. *Kroll* verschiedenes vorgeschlagen worden, aber ich habe noch keinen formellen Antrag. Ich bitte doch, einen formellen Antrag zu stellen. Nur ein Herr hat sich bis jetzt gemeldet, der einen Antrag stellen will, das ist Herr *Haunhorst*. Ich bitte ihn, den Antrag zu verlesen, und bitte die anderen, die einen Antrag stellen wollen, auch Dr. *Kroll*, sich gleichfalls zu melden.

(Dr. *Lacherbauer*: Ich bitte, dazu sprechen zu dürfen!)

Sie haben sich bei mir noch gar nicht gemeldet. Ich bitte jetzt Herrn *Haunhorst* zu sprechen.

(Dr. *Lacherbauer*: Ich bitte, meine Wortmeldung vorzumerken!)

*Haunhorst*: Wie der Herr Ministerpräsident vorhin schon betont hat, haben wir von der Jungen Union uns stets bemüht, sachlich zu bleiben. Leider habe ich diese Sachlichkeit hier, auch in dieser kurzen Zweimänner-Debatte, nicht gefunden. Ich glaube, wir wollen zum Abschluß über ein Thema kommen, zu dem der Herr Ministerpräsident uns sehr klare Vorschläge gemacht hat, und uns weiter über eine politische Lage unterhalten, die, wenn sie so weitergeht wie bisher, die Union an den Abgrund bringen wird.
Ich stelle daher folgenden Antrag:

> Die Landesversammlung wolle beschließen:
> Die vom Herrn Ministerpräsidenten eingebrachten Vorschläge werden an den Landesausschuß verwiesen, der sie nach Neuwahl seiner Vertreter bis Mitte November zu beraten und notwendig werdende Änderungen in die Satzungen einzubauen hat.
> Der Vorschlag des Landesausschusses wird der nächsten ordentlichen Landesversammlung der Union zur Beschlußfassung vorgelegt.
> Zur Leitung der Bearbeitung wird von der Landesversammlung ein fünfköpfiger Ausschuß eingesetzt.

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Es haben sich jetzt gemeldet ...

(Zuruf: *Lacherbauer* mit seinen Anträgen!)

Dr. *Kroll*: Die Formulierung des Antrages lautet:

> Alle Anträge auf Satzungsänderung sind abzulehnen. Es ist die Vertrauensfrage für Dr. *Müller* zu stellen.

Dr. *Müller*: Ich habe gerade den Herrn Vorsitzenden [*Emil Muhler*] ums Wort gebeten. Ich wollte erklären: Ich stelle hiermit die Vertrauensfrage an die Versammlung!

(Beifall.)

Wir wollen Klarheit schaffen. Wir wollen nicht wie die Katze um den heißen Brei herumreden. Infolgedessen darf ich, wenn der Antrag gestellt ist, der jetzt vorgesehen war, bitten, daß ich noch das Wort zu einer sachlichen Stellungnahme zu den Vorwürfen bekomme, die mir gemacht wurden. Es versteht sich von selbst, daß ich mich dazu äußern kann. Dann bitte ich, darüber zu beraten.

Dr. *Horlacher*: Ich wollte es vermeiden, während der heutigen Sitzung eine Schärfe in die Verhandlungen hineinzubringen. Ich muß aber dazu reden und den Antrag stellen:

> Die Einheit der Union erfordert eine Parteileitung, die den Erfordernissen der Einheit Rechnung trägt und die Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion gewährleistet. Die bisherige Parteileitung ist dazu nicht in der Lage. Es wird ihr daher das Mißtrauen der Landesversammlung ausgesprochen.

(Widersprechende Zurufe.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Meine lieben Parteifreunde, die Lage ist jetzt geschäftsordnungsmäßig geklärt. Es liegt zunächst der Antrag Dr. *Kroll* auf die Vertrauensfrage für Dr. *Müller* vor und zweitens der Antrag von Dr. *Horlacher*, das Mißtrauen auszusprechen.

(Dr. *Hundhammer*: Und der Antrag *Haunhorst* über die Vorschläge des Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*]!)

Die zwei Anträge sind also gestellt. Die anderen sind, glaube ich, zunächst ohne Bedeutung. Wir können ja hernach darüber abstimmen, wenn noch der Wunsch dazu besteht.

Es fragt sich jetzt nur noch, ob über die Vertrauensfrage noch einmal in die Debatte eingetreten werden soll.

(Widerspruch.)

Ich glaube, das müssen wir Dr. *Müller* jetzt zugestehen. Wollen wir Dr. *Müller* noch das Wort geben, damit er zu der Frage Stellung nimmt?

(Zurufe: Nein!)

Dr. *Müller*: Meine lieben Parteifreunde!

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ich bitte um Ruhe!

Dr. *Müller*: Für jeden gerechten Menschen versteht es sich von selbst, daß man sich dann, wenn Angriffe vorgetragen sind, rechtfertigen kann, zumal wenn man zur Rechenschaft gezogen wird. Ich glaube, darüber gibt es keine Diskussion unter demokratisch denkenden Menschen.

Ich darf die Vorwürfe, soweit ich sie mir notiert habe, vornehmen. Es wäre natürlich in dem Fall genauso zweckmäßig gewesen, sie mir vorher bekanntzugeben, als mich dann damit im einzelnen zu überraschen.

Ich darf vielleicht damit beginnen: Die Geburtshilfe des Herrn Dr. *Horlacher* wird durchaus anerkannt. Aber sie darf nicht dahin führen, daß man sagt: Mein Kind wäre schon gut, wenn es meinen Willen tut!

(Heiterkeit.)

Denn dazu bin ich dann vielleicht doch zu stark zur selbständigen Persönlichkeit

(Zuruf: Lauter!)

und nicht zur abhängigen Persönlichkeit geraten.

(Sehr richtig!)

Zu den Vorwürfen, die über die Arbeitsweise und dagegen gemacht wurden, daß soundso viel nicht vorbereitet wurde, darf ich Ihnen, meine lieben Parteifreunde, sagen, daß selbst für diese Landesversammlung mir die Zeit weggenommen wurde durch ekelhafte Geschichten, die ich Ihnen noch nicht einmal sagen kann und sagen will. So wird die Arbeitskraft eines Menschen, der nächtelang dauernd auf der Straße liegt, nur durch Querenniereien und Stänkereien mit dem Persönlichsten verbraucht. Ich möchte nicht ins Detail gehen. Ich nehme nie in meinem Leben irgend etwas zu tragisch, wenn es mich selbst angeht. Aber die Leute werden erleben, daß ich mich um meine Ehre und die meiner Familie zu wehren weiß!

Was mich angeht, darf ich sagen: Ich lache über die Gerüchte, die umgehen. Ich müßte schon einen solchen Frauenverbrauch haben, daß ich fünf oder sechs gleichzeitig - sagen wir einmal - nebeneinander bedienen dürfte, und es könnte dann bald keine Frau, die bei uns in der Union tätig ist, mehr mit mir reisen, obwohl es nötig ist, daß wir schließlich gemeinsam irgendwo hinfahren. Man sollte endlich einmal diese Flüsterpropaganda nicht mehr ernst nehmen, so wie ich es selbst halte; dann hört sie vielleicht von selbst auf.

Zu dem anderen, zur Geheimniskrämerei, habe ich heute früh schon Stellung genommen. Man kann eben nicht als Parteivorsitzender alles sagen, wenn man nicht die Gewißheit hat, daß es auch wirklich von allen gleichermaßen im Interesse der Partei behandelt wird.

(Sehr richtig!)

Dann muß ich lieber die Verantwortung übernehmen, vor Ihnen geradestehen und die Vertrauensfrage stellen. Ich kann nicht zulassen, daß andere Parteien Vorteile daraus ableiten, daß sie in die Partei hineinlangen können.

(Sehr richtig!)

Und die Konkurrenz *Michael Horlachers* in der Union und im Bauernverband, der ein neutraler Verband ist! *Michel*, ich weiß, Du willst nicht, daß man den Bauernverband in den Mund nimmt,

(Dr. *Horlacher*: Im Gegenteil!)

Aber schließlich bist Du ja dort eine Potenz, und die soll hier eingesetzt werden. Gleichzeitig ist aber die Potenz mit der Potenz der Gewerkschaften verbunden; und da kommt es einmal darauf an, daß Du genauso Dein Gewissen erforschst, wie ich es erforsche. Dann wollen wir sehen, welche Mittel letztlich entscheiden.

Es ist auch sonst so, *Michel Horlacher*. Ich habe mir von Dir jetzt meine Sünden vorhalten lassen. Ich will nicht Deine Sünden alle miteinander nennen.

(Heiterkeit.)

Eine haben wir gemeinsam: Wenn wir einen guten Schluck erwischen, trinken wir ihn gemeinsam! Aber das andere; wir haben ja gestern auch so etwas erlebt. Wenn zum Beispiel der Landesvorstand einberufen ist, dann gibt es einige, die sehr brav und sehr

treu sind und immer - ich möchte sagen - fast mit der Pünktlichkeit kommen, die ich immer einzuhalten pflege. Aber unser Freund *Horlacher* hat es nun einmal an sich, daß er dann mit eineinhalb, zwei Stunden Verspätung ankommt. Dann geht es ungefähr so wie gestern, dann sind wir alle die blöden Hunde und verstehen nichts davon, und dann geht es auf und davon. Wenn er einen guten Tag hat, dann lacht er am Schluß dazu; und hat er einen schlechten Tag, dann wird die Tür zugeschlagen.

(Heiterkeit.)

So sind wir halt beide geraten. Ich habe manchmal den Eindruck, das ist gerade nicht die richtige Arbeit innerhalb eines solchen Vorstandes.
Deswegen bin ich auch der Auffassung, daß solche Wahlen in einem Gremium wie dem Landesausschuß vollzogen werden sollen, wo man es sich noch einmal ausdrücklich überlegt, wo die Leute, die hingehen, sich dann wirklich die Zeit nehmen und die ganze Persönlichkeit und ihre Arbeitskraft einsetzen.
Im Pressewesen kann ich Ihnen ruhig das eine oder andere zugeben. Ich habe Ihnen heute gesagt, diese vier Seiten sind so kurz, daß Entgleisungen gelegentlich vorkommen können. Ich habe es schon einmal in der Fraktion erklärt: Die Fraktion hat einen eigenen Presseausschuß bestellt, aber der Presseausschuß ist heute ebensowenig aktiv geworden, wie vorher irgendwie eingegriffen worden ist.

(Zuruf: Er ist nie einberufen worden!)

Wer hätte ihn einberufen sollen? Der Presseausschuß selbst muß tätig werden! Ihr dürft ja nicht denken, daß ich, wenn Ihr einen eigenen Ausschuß bildet, dann auch unter allen Umständen wieder die Initiative ergreifen muß!

(Sehr richtig!)

Man darf von einem Mann schließlich nicht alles erwarten! Da wollen wir die Verantwortung miteinander teilen und wollen uns nicht gegenseitig anklagen.
Ich darf weiter dazu sagen: In einer so kleinen Zeitung wirkt alles viel stärker, als wenn man eine vernünftige, gute Zeitung hätte.
Aber dann kommt wieder ein Appell, in der Richtung meines Freundes oder meiner Freunde von der Opposition. Wenn ich seit Jahren energisch für eine Parteipresse eintrete, damit wir nicht nur ein Organ nach außen, sondern auch nach innen haben, dann darf es nicht passieren, daß z.B. unser Parteifreund *Schlögl* erklärt: Wir brauchen keine Parteipresse

(Hört!)

und diese Erklärung der gesamten Öffentlichkeit übergibt. So können wir auch nicht arbeiten. Da muß dafür gesorgt werden, daß wirklich vernünftige Verhältnisse geschaffen werden und daß man dann zusammenhält und sich nicht die Prügel hinschmeißt. Ihr könnt hinstellen, wen Ihr wollt, wenn ihm *die* Prügel hingeworfen werden, die mir hingeworfen wurden, dann wird keiner ewig über die Prügel wegkommen. Denn ich glaube, ich bin so kräftig geraten, daß ich sogar bei einem gelegentlichen Stolpern noch nicht ganz auf meinen Bauch hinfliege.

(Heiterkeit.)

Die schöne Frage von wegen meiner Preußenliebe oder -liebschaft: Meine lieben Freunde,

(Zuruf: Ist ja gar nicht wahr!)

ich habe es ja ewig gehört. Es ist mir ja jetzt Auskunft versprochen worden, wieviel Preußen ich bei der Landesgeschäftsstelle liebe. Ich habe hier nur den Überblick. Es sind da: 22 Bayern, neun Flüchtlinge, ein Süddeutscher und fünf Preußen. Die Verhältnisse sind also doch so, daß man es noch einigermaßen ertragen kann. Aber ich habe soundso oft schon gebeten, daß mir gute bayerische Hilfskräfte gegeben werden; ich bin bereit, jeden Tüchtigen anzunehmen und ihm bei ungefähr gleichen Qualitäten den Vorzug zu geben.

(Sehr richtig!)

Aber Ihr verlangt von mir Leistung; infolgedessen muß ich auch Männer haben, die etwas leisten.

(Zustimmung.)

Und daß sich einer in der Arbeit für die Partei verbrauchen kann, hat gerade der bisherige Landesgeschäftsführer *Liedig* bewiesen, der sich wirklich so aufgearbeitet hat, daß er jetzt krank auf der Nase liegt.

Man muß es auch anerkennen, wenn die Leute arbeiten. Man muß es erst recht anerkennen, wenn sie buchstäblich über der Arbeit zusammenbrechen. Wir haben andere Verhältnisse, als sie früher waren. Stellen Sie sich nur unseren Schriftwechsel vor, voran die Entnazifizierungsgeschichten, stellen Sie sich vor, wie viele, viele Leute aus dem ganzen Lande an uns schreiben, welcher Wust von Briefeinlauf bewältigt werden muß, der früher nicht vorhanden war. Stellen Sie sich die anderen Probleme vor, das Flüchtlingsproblem und sonstige Probleme, und Sie werden zugeben, daß mit dem kleinen Apparat in den wenigen Räumen - wie dort die Angestellten aufeinander sitzen! - es furchtbar schwer ist, die Arbeit zu bewältigen.

Was die Geldverhältnisse anbetrifft, so ist in diesem Jahr eine gründliche Prüfung vorgenommen worden. Ich kann ruhig erklären, daß jederzeit eine weitere Prüfung vorgenommen werden kann.

(Zuruf: Wir haben nichts davon gehört!)

Der Prüfungsbericht ist dem Vorstand vorgelegt worden. Nach der einen Seite wurde in der Flüsterpropaganda behauptet, daß ich von den Russen mit vier bis fünf Millionen für meine Politik bezahlt worden sei und dafür Angestellte bezahle. Nach der anderen Seite hat die Flüsterpropaganda durchgegeben, daß ich mit der Union 600.000 RM Schulden hätte; dazu kam noch die Lüge, daß ich persönlich meine Schneiderrechnung erst nach einem halben Jahr bezahlt hätte.

Meine lieben Freunde, bitte, prüfen Sie die ganzen Geldverhältnisse nach, durch wen Sie wollen! Sie sind herzlich dazu eingeladen! Über eines sind Sie sich klar: Die Union ist die größte, aber die ärmste Partei. Wir haben mit relativ geringen Mitteln einen wirklichen Apparat aufzubauen; denn wir leben nur von unseren Beiträgen und haben nahezu keine Spenden. Sie können es sich vorstellen, was es heißt, einen Apparat für eine so große Partei innerhalb kurzer Zeit mit diesen geringen Mitteln aufzubauen! Ich glaube, wenn Sie die Prüfung vollzogen haben, wird ein gerechter Mann das ohne weiteres anerkennen.

Zur Frage der Parteipresse bin ich verpflichtet, noch einen Hinweis zu geben, gerade weil unsere Redaktion angegriffen wurde. Ich will nicht den ganzen Brief verlesen; er ist zwei Seiten lang. Ich darf nur sagen, daß der Hauptschriftleiter [*Josef Mauerer*] darauf hinweist, daß er gerade im Verhältnis zur Fraktion zu seiner Entschuldigung vorbringen muß, daß er mehrfach den Fraktionsvorsitzenden gebeten habe, so wie es

früher bei der Bayerischen Volkspartei üblich gewesen sei, zu den Fraktionssitzungen zugelassen zu werden. Das ist jeweils abgelehnt worden.

(Dr. *Hundhammer*: Aber der Generalsekretär[13] der Partei war dort!)

Das ist eine Frage, die wir nicht allein zu beantworten haben, sondern die allein die Fraktion mitzuverantworten hat. Wenn der Generalsekretär dort ist, bedeutet das nicht, daß der Pressereferent dort ist.

(Dr. *Hundhammer*: Aber über den Landtag hätte er berichten können!)

Es ist ferner die Einrichtung einer Fraktionskorrespondenz vorgeschlagen worden, vor allem um das auszuwerten, was die Fraktion im Landtag arbeitet. Auch da erklärt er, es sei ihm abgelehnt worden. Er sagt, daß er vor nicht allzu langer Zeit eine Aussprache mit Dr. *Schlögl* gehabt habe, in deren Verlauf man einig geworden sei, daß die Parteipresse doch möglich sei und daß er auch Dr. *Schlögl* um die Benennung von Mitarbeitern aus den Kreisen der ihm nahestehenden Parteifreunde gebeten habe, genauso, wie ich es bisher gemacht habe. Aber Sie werden nicht immer die richtigen, brauchbaren und fragebogenreinen Mitarbeiter bekommen. Das ist nämlich auch eine Sorge, die ein Mann hat, der die Kräfte zur Verfügung stellen muß. Hier können wir uns auch rechtfertigen, wenn Sie mir das Sündenregister im einzelnen vorlegen wollen.

Meine lieben Freunde, Vertrauensfrage bedeutet immer Gewissenserforschung. Ich habe mich immer überprüft über die Maßnahmen, die ich als Parteivorsitzender getroffen habe, ob sie wirklich im Sinne der Union liegen. Ich habe vorhin einen Antrag gestellt auf die Einrichtung bzw. Wahl eines Ältestenrates. Er soll, wie ich gesagt habe, die Aufgabe haben, daß die Partei von unsauberen, charakterlosen, ehrgeizigen und sonstigen Elementen gereinigt wird. Denn ich sehe als erste Voraussetzung an, daß in die Partei Sauberkeit hineinkommt und daß, wenn schon gestritten wird, die unsauberen Elemente hinausfliegen.

Ich erkläre Ihnen weiter dazu: Wenn Sie diesen Ältestenrat wählen, so werde ich, wenn die Überprüfung beginnt, ein gutes Beispiel geben und mich als erster der Prüfung durch diesen Ältestenrat unterstellen. Wenn der Ältestenrat auch nur in einem Falle mir vorwerfen kann - er braucht es noch nicht einmal nachzuweisen -, daß ich aus ehrgeizigen Motiven eine Entscheidung getroffen hätte, die nicht im Interesse der Union lag - denn den Ehrgeiz habe ich, die Union kräftig zu machen -, dann bin ich bereit, sofort nicht nur niederzulegen, sondern, wenn ich nicht für würdig befunden werde, auch aus der Union auszuscheiden. Was ich von anderen verlange, muß ich dann auch von mir verlangen. Ich würde diesen Appell an alle anderen auch richten.

Dann bekommen wir eine Basis. Eine Krisis, wie wir sie haben - das muß ich nochmals feststellen -, ist mit den Mitteln der Regie und der Technik allein nicht zu lösen. Unser Volk draußen erwartet, daß wir das klarstellen. Wenn wir dem Volk sagen, wir werfen ehrgeizige Elemente hinaus, bekommen wir von dort den besten Widerhall; denn die größte Befürchtung, die die Leute draußen haben, ist, daß die Politik von den Politikern des Ehrgeizes wegen getrieben wird.

(Sehr richtig!)

[13] Gemeint ist wohl Franz Josef Strauß, der als Vertreter der Landesleitung in der Fraktion fungierte.

Ich glaube, mich gerechtfertigt zu haben. Wenn irgendwelche Fragen zu stellen sind, stehe ich selbstverständlich weiterhin zur Verfügung und bin bereit, jede Gewissenserforschung weiterhin mitzumachen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Meine lieben Parteifreunde, ich frage Sie, ob Sie damit einverstanden sind, daß wir jetzt zur Abstimmung schreiten.

(Zustimmung. - Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Wir stimmen ab über das Vertrauensvotum für Dr. *Josef Müller*.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Dr. *Müller*: Das Mißtrauensvotum kommt zuerst.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Also stimmen wir zuerst über das Mißtrauensvotum ab.

(Widerspruch.)

Zunächst müssen wir das Mißtrauensvotum erledigen, dann können wir uns über das Vertrauensvotum aussprechen.

(Unruhe. - Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Ich erteile niemandem das Wort. Die Sache ist absolut klar.
Ich frage nur: Wer ist dagegen, daß wir jetzt zur Abstimmung schreiten?

(Zuruf: Welche Abstimmung?)

Zur Abstimmung über das Mißtrauensvotum. Wer ist dagegen?

(Zuruf: Zur Abstimmung!)

Es ist offenbar die Mehrheit dafür.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Wir schreiten jetzt zur Abstimmung über das Vertrauensvotum.

(Zuruf: Geheime Abstimmung?)

Selbstverständlich wird geheim abgestimmt.

(Dr. *Baumgartner*: Zur Geschäftsordnung zum fünften Mal!)

Vielleicht verliest der Antragsteller seinen Antrag, und dann stimmen wir ab.
Ich rede und nicht Sie! (zu Dr. *Baumgartner* gewendet.)

(Dr. *Baumgartner*: Zum sechsten Mal zur Geschäftsordnung! Zum siebten Mal zur Geschäftsordnung! Zum achten Mal zur Geschäftsordnung!)

Der Antragsteller hat das Wort!

(Dr. *Baumgartner*: Zum neunten Mal zur Geschäftsordnung!)

Auch der Dr. *Baumgartner* muß sich fügen!

(Dr. *Baumgartner*: Zum zehnten Mal zur Geschäftsordnung! - Lebhafte Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe und den Antragsteller, den Antrag nochmals zu verlesen.

(Dr. *Baumgartner* ruft wiederholt zur Geschäftsordnung. -
Zuruf: Wird geheim abgestimmt?)

Es ist klar; es wird geheim abgestimmt. Ich bitte, die Stimmzettel zu verteilen. Ich bitte nur nochmals, den Antrag zu verlesen.
Dr. *Horlacher*:

> Die Einheit der Union erfordert eine Parteileitung, die den Erfordernissen der Einheit Rechnung trägt und die Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion gewährleistet. Die bisherige Parteileitung hat diese Aufgaben nicht erfüllt. Es wird ihr daher das Mißtrauen ausgesprochen.

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Wer für den Mißtrauensantrag ist, den Dr. *Horlacher* eingebracht hat, stimmt mit Ja. Wer nicht mit dem Antrag Dr. *Horlacher* einverstanden ist, stimmt mit Nein. Es werden jetzt wieder wie in der Frühe die verschiedenen Herren durch die Reihen gehen und die Namen der Stimmberechtigten verlesen. Ich würde den Wahlausschuß von heute früh bitten, daß er wieder in Aktion tritt.

(Zuruf: Ist nur Dr. *Müller* gemeint oder die ganze Parteileitung?)

Es handelt sich doch um ein Mißtrauensvotum gegen Dr. *Müller*.
(Die Abstimmung beginnt.)

(Während der Abstimmung: Es herrscht Unklarheit. Zwischenrufe. Ist die Wahl schon angegangen? Zustimmende Zurufe.)

Wollen wir die Sache doch jetzt so machen: Die Formulierung des Antrages Dr. *Horlacher* war unklar.

(Zuruf: Wir sind in der Abstimmung!)

Es wird gefragt, ob unter Parteileitung Dr. *Müller* gemeint ist oder jemand anders. Wollen wir es doch so machen: Wer für Dr. *Müller* ist, stimmt mit Ja, wer dagegen ist, stimmt mit Nein.

(Unruhe.)

Es ist doch viel klarer so: Ja für *Müller*, Nein gegen *Müller*.

(Anhaltender Widerspruch.)

Die bisherigen Stimmzettel werden zurückgezogen. Eine andere Farbe wird ausgegeben, und dann wird einfach abgestimmt: Für *Müller*: Ja, gegen *Müller*: Nein.
Ich gebe bekannt, daß der Antragsteller Dr. *Horlacher* damit einverstanden ist, daß wir so abstimmen. Die rosa Stimmzettel werden zurückgezogen, es werden jetzt grüne ausgegeben. Dann bedeutet Ja für Müller, Nein gegen *Müller*.
(Die Abstimmung wird neuerdings vorgenommen.)
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ich bitte, Platz zu nehmen! - Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden der Wahlkommission zur Bekanntgabe des Resultats.
Dr. *Rinke*: Die Abstimmung über das Vertrauensvotum

(Zurufe: Lauter!)

für den Landesvorsitzenden Dr. *Josef Müller* ergab folgendes Resultat:
Insgesamt wurden abgegeben 510 Stimmen.
Davon lauteten auf Ja: 308;

(Bravo-Rufe und lebhafter Beifall.)

auf Nein: 192; Enthaltungen: zehn.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Damit ist der Antrag über das Vertrauen für Herrn Dr. *Josef Müller* entschieden.

Ich übergebe jetzt die Leitung der Versammlung wieder dem Herrn Landesvorsitzenden.

(Lebhafter Beifall.)

(Landesvorsitzender Dr. *Josef Müller* übernimmt den Vorsitz.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich danke der Landesversammlung für das Vertrauen, das sie mir ausgesprochen hat. Ich werde mich bemühen, mich des Vertrauens in jeder Hinsicht würdig zu erweisen.
Ich bitte alle, die geglaubt haben, mir bei dieser Abstimmung ihr Vertrauen nicht geben zu können, um ihre Mitarbeit!

(Bravo!)

Es ist selbstverständlich, daß wir zusammenhelfen wollen und das derartige Entscheidungen, die in der Demokratie eine Selbstverständlichkeit und eine Notwendigkeit sind, nachher dann ihre Konsequenzen nach beiden Seiten haben. Es gibt dabei nur eine Konsequenz: Die Entscheidung ist getroffen, Sie wird von allen anerkannt, und was vorher war, ist quittiert und abgeschlossen. Jetzt wird neu begonnen, und zwar in der Arbeit für die Union!

(Bravo-Rufe, Beifall.)

Es hat sich, wie mir mitgeteilt wird, als erster Dr. *Lacherbauer* zu Wort gemeldet.
*Haußleiter*: Zur Geschäftsordnung! Es liegt noch der Antrag *Haunhorst* auf Annahme der Vorschläge des Bayerischen Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] vor.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu vielleicht gleich selbst Stellung nehmen. Ich bitte zu entschuldigen, ich habe die Erklärung im Moment vergessen.
Meine Herren! Nachdem die eine Entscheidung getroffen ist, schlage ich Ihnen folgendes vor. Wir wollen keine Zerreißproben machen und nicht davon ausgehen, daß die Majoritätsverhältnisse jetzt so oder so geartet sind, sondern ich werde meinerseits jetzt, sobald es irgendwie möglich ist, eine Landesausschußsitzung einberufen. Ich hoffe, daß die Wahlen von unten nach oben bis zum Landesausschuß vollzogen sein werden bis zur zweiten Oktoberhälfte, wenn alles klappt. Es hängt ja nicht allein von mir ab, sondern von den Bezirksversammlungen draußen, denn diese müssen auch von den Kreisen her neu durchgewählt sein. Wenn alles gut und rasch geht, dann beabsichtige ich, in der zweiten Hälfte des Oktober eine Landesausschußsitzung einzuberufen und in ihr die Gedanken vorzutragen, eventuell in schriftlicher Form ausgearbeitet vorzulegen, die ich Ihnen heute schon über die Entwicklung der Organe der Landesvorstandschaft und des Landesvorstandes dargelegt habe.
Ich darf nochmals wiederholen, meine Konzeption geht dahin - da finde ich mich völlig einig mit Parteifreund *Ehard* -, daß wir wahrscheinlich im Vorschlage bei der ordentlichen Landesversammlung den Vorstand um einige Leute erweitern werden müssen. Vielleicht werden es zehn bis zwölf Leute werden.
Ich habe es schon jetzt, vor allem in Frankfurt, als ich nicht hier war, als Mangel empfunden, daß nicht Dauervertreter da waren, sondern daß jeweils nur von Fall zu Fall Vertreter bestellt werden mußten. Mein Vorschlag wird dahin gehen, daß der Landesausschuß im Einvernehmen mit dem Landesvorsitzenden zwei Stellvertreter, und zwar dauernde Stellvertreter, des Landesvorsitzenden bestellt, die dann in Übereinstimmung mit dem Landesvorsitzenden die Partei leiten.

(Bravo! Zustimmung.)

Es ist aber nach der Entwicklung, die wir genommen haben, selbstverständlich, daß das Präsidialsystem als Grundprinzip bleibt, wie wir es auf Anregung der Militärregierung, die die amerikanischen Erfahrungen zugrunde gelegt hat, entwickelt haben, daß also ein Mann die Verantwortung gegenüber der Landesversammlung hat, sie allerdings dann - möchte ich sagen - in der Arbeit so, daß diese Verantwortung eine subsidiäre ist, mit zwei Stellvertretern teilt. Sie sollen aber dann, weil er die Verantwortung als erster trägt, in Übereinstimmung mit ihm gewählt werden.
Ich glaube, daß das die Grundlage ist, zu einer vernünftigen Entwicklung zu kommen. Wir können uns hier nicht zusammenraufen und auseinanderraufen. Das sind die Gedanken. Der Landesausschuß soll diese Gedanken ernsthaft mitüberprüfen, und die ordentliche Landesversammlung wird dann am ersten Tag die Gelegenheit haben, die letzten, endgültigen Entscheidungen über die organische Entwicklung der Union zu treffen.
Es werden dann die jetzt bereits organisch gewachsenen Arbeitsgemeinschaften auch in die Verfassung der Union eingebaut; denn die Statuten kann man ja nicht im Handumdrehen ändern. Sie sind ja die Verfassung der Union, der größten Partei Bayerns, die eine Majoritätspartei ist, und sie müssen infolgedessen ernsthaft und nicht nur von Gelegenheitsgremien durchdacht werden.
So hoffe ich, daß wir dann alles für und wider miteinander prüfen und daß wir dann das Beste für die nach unserer Auffassung beste Partei herausarbeiten.

(Bravo-Rufe!)

Ich glaube, daß das auch Ihr Wille ist, wenn Sie mir Ihr Vertrauen geschenkt haben, daß in dieser Richtung weitergearbeitet wird.
*Kurz*: Zur Geschäftsordnung! Ist es nicht möglich, den Sonderzug erst morgen abfahren zu lassen?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es geht leider nicht, wir wollen uns aber kurz fassen, denn die Freunde wollen abfahren. Der Sonderzug geht um 18.30 Uhr.

(Zuruf: Höchste Zeit!)

- *Lacherbauer*, vielleicht nicht ablesen, sondern nur kurze Worte!
Meine lieben Freunde, ich habe Ihnen vorhin gesagt, ich halte das für dringend notwendig, und darf hier zu dem Antrag für den Ältestenrat beantragen, daß auch diese Frage durch den Landesausschuß gleichzeitig überprüft und entschieden wird.

(Zustimmende Zurufe.)

Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich mußte das zur Abstimmung bringen, solange die Freunde noch hier sind.
Jetzt darf ich Dr. *Lacherbauer* bitten zu sprechen.
Dr. *Lacherbauer*: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen, die der Herr Landesvorsitzende soeben gemacht hat, machen es mir leicht, Ihnen einen Antrag zu unterbreiten, der im wesentlichen die Gedanken wiedergibt, die heute der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] vorgetragen hat. Ich möchte es mir schenken, eine weitere Begründung für diesen Antrag zu geben. Es ist sehr viel davon gesprochen worden, und alle Anwesenden wissen und kennen die Gründe für und wider.
Ich darf nur ganz kurz erklären, daß die Fraktion sich am 21. August der Substanz nach auch für diesen Antrag ausgesprochen hat und daß fünf Mitglieder, die gewählt waren, an diesem Antrag gearbeitet haben. Ich möchte diesen Antrag zur Verlesung bringen, und ich bitte Sie, ihm dann Ihre Zustimmung zu erteilen:

Die außerordentliche Landesversammlung beauftragt den Landesausschuß, spätestens bis Ende Oktober 1947 eine Änderung der Satzung zu beraten und seinen Beschluß in der nächsten ordentlichen Landesversammlung vorzulegen, und zwar auf folgender Grundlage: Es wird eine Landesleitung geschaffen, bestehend aus zehn bis 15 Personen. Ihr müssen kraft Amtes angehören: Der Ministerpräsident bzw. ein anderes CSU-Mitglied der Staatsregierung, der Landtagspräsident bzw. ein anderes Präsidialmitglied der CSU, der Fraktionsvorsitzende.
Ihr müssen auch angehören ein dreigliedriger geschäftsführender Vorstand. Dieser Vorstand besteht aus einem ersten Vorsitzenden, der von der Landesversammlung gewählt sein muß, und einem zweiten und dritten Vorsitzenden, die entweder von der Landesversammlung oder vom Landesausschuß zu wählen sind. Die Aufteilung der Sachgebiete unter diese drei Vorsitzenden wird durch eine Geschäftsordnung geregelt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, ich darf Ihnen vorschlagen, diesen Antrag als Material dem Landesausschuß zu überweisen, und zwar deswegen, weil wir, wie ich ja vorhin gesagt habe, das doch organisch und vernünftig durchdenken wollen und nicht den Landesausschuß schon mit einem Mandat binden wollen. Ich bitte, daß wir uns darüber einigen, denn sonst entsteht die Gefahr, daß ein Teil der Leute schon abgereist ist und die anderen stimmen. Ich glaube, wir können uns einigen. Sie kennen die beiderseitigen Vorschläge, die nur wenig auseinanderliegen, dem Inhalt und der Richtung nach, und es handelt sich nur darum, daß dann dort beiderseits gleiche Gesichtspunkte entwickelt werden können und der Landesausschuß nicht schon mit einem bestimmten Druck belastet ist.

(Dr. *Hundhammer*: Aber mit dem Auftrag, der nächsten ordentlichen Landesversammlung seinen Beschluß vorzulegen!)

Ich habe ja selbst vorhin schon gesagt, es wird vorgesehen, daß die nächste ordentliche Landesversammlung dann berät, und zwar den Vorschlag, den ich Ihnen gemacht habe, und den Vorschlag, wie er hier gemacht wird. Man wird dann sehen, wie man eine gute organische Lösung bekommt.
Darf ich den Antrag stellen, den vorgetragenen Antrag von Fraktionsmitgliedern - denn die Fraktion als solche ist in den Statuten nicht als Organ vorgesehen, das Anträge stellt - dem Landesausschuß als Material zu überweisen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? - Der Antrag ist angenommen.
Jetzt darf ich Ministerpräsident Dr. *Ehard* das Wort geben.
Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Liebe Parteifreunde, meine Damen und Herren! Es ist nun einmal in der Demokratie immer so, daß, wenn eine Abstimmung erfolgt, die auf des Messers Schneide herüber und hinüber getrieben wird, und das Ergebnis vorliegt, dann beide Teile nicht vollständig befriedigt sind. Das ist nun einmal notwendig, anders ist es wohl nicht möglich, eine demokratische Entscheidung herbeizuführen.
Nachdem sie aber jetzt herbeigeführt ist, bitte ich Sie dringend, das zu befolgen, was ich vorhin im Falle unseres Freundes *Hundhammer* gesagt habe und was jetzt auch in dem unseres Freundes *Müller* zu sagen ist. Für diejenigen, die ihm das Vertrauen gegeben haben, ist es ja kein Problem. Für die anderen bleibt es ein Problem, aber sie sollen daraus die Konsequenzen ziehen, die man ziehen muß, um demokratisch weiterarbeiten zu können. Man soll persönlich ohne jeden Vorbehalt mit einem Mann zusammenarbeiten, dem die Mehrheit das Vertrauen uneingeschränkt schenkt, und

man soll zusammenhalten; denn nur auf die Weise ist es möglich, eine Partei nicht nur zu gründen, sondern zusammenzuhalten und besonders auch arbeitsfähig zu machen.

Wenn nun darüber hinaus dieser Antrag eingebracht worden ist, der den Landesausschuß beauftragt, vorzubereiten, zu beschließen und zu beraten eine Satzungsänderung und seine Beschlüsse dann der Landesversammlung vorzulegen, und wenn uns der jetzt mit neuem Vertrauen versehene Landesvorsitzende erklärt, daß diese Fragen auf der nächsten Landesausschußsitzung bis zur zweiten Hälfte des Oktober etwa beraten, durchgesprochen und dann zu einer endgültigen Entscheidung und Entschliessung der nächsten ordentlichen Landesversammlung vorgelegt werden, dann ist, glaube ich, dieser Minderheit auch ein Recht geworden, wenn auch nicht so, wie sie es sich vielleicht vorstellt.

Eine Garantie dafür aber, daß das geschehen und nicht versanden wird, müssen wir jetzt aus dem Versprechen des neubestätigten Landesvorsitzenden entnehmen; und daran, an diesem Wort, wollen wir ihn festhalten.

Nun darf ich persönlich noch etwas sagen: Ich bin der Meinung, daß zwischen der Regierung einerseits und der Parteileitung andererseits ohne Rücksicht auf die Person um der Sache willen ein einheitliches und sachliches Zusammenarbeiten notwendig ist,

(Sehr richtig!)

das wir auf der Vertrauensbasis von anständigen Männern und anständigen Charakteren, die es ja auch im politischen Leben geben soll,

(Heiterkeit und Zustimmung.)

unter allen Umständen aufrecht erhalten müssen. Darum bitte ich den Landesvorsitzenden, dem das Vertrauen von der großen Mehrheit ausgesprochen worden ist, um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit mir und mit der Staatsregierung! Ich bitte ihn insbesondere auch um volle Offenheit, wenn das eine oder andere auszusprechen oder auch nicht auszusprechen ist! Und ich bitte ihn, mich auch darin zu unterstützen, daß diese Klärung, die notwendig ist - mag sie dann in der endgültigen Entscheidung lauten wie immer -, bis zur nächsten Landesversammlung vorbereitet und dann zur Abstimmung gebracht wird, damit wir die Gemüter beruhigen, damit wir das Vertrauen auch in die Parteileitung unerhört stärken.

Nachdem unser Freund *Müller* selber das Versprechen gegeben hat, halte ich ihn daran hier vor der Landesversammlung fest!

(Bravo-Rufe. - Lebhafter Beifall. - Ministerpräsident Dr. *Ehard* und Landesvorsitzender Dr. *Müller* reichen sich die Hand.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich habe heute schon bei meinem Referat die Erklärung abgegeben: Ich habe den Ministerpräsidenten *Ehard* von dem Augenblick an unterstützt, in dem klar war, daß seine Politik fast in den meisten Punkten in der Linie verläuft, die meine Politik im gleichen Falle gewesen wäre. Es war eine loyale Zusammenarbeit, und ich darf wohl sagen, wir haben uns sehr weitgehend offen ausgesprochen und unsere Linie immer loyal durchgehalten. Es wird dabei bleiben, und ich wünsche, daß wir durch die weitere Zusammenarbeit noch mehr zusammenwachsen werden im Interesse der Union. Die Union wird den Nutzen haben.

Es kann manchmal sein, daß die Regierungspolitik eine andere ist wie die Parteipolitik. Aber auch hier gilt Fairneß und Loyalität für die Zusammenarbeit auch in einem

Fall, in dem wir vielleicht anderer Meinung sein sollten über Regierungspolitik und Parteipolitik. Denn ich muß in erster Linie an die Union denken - ich denke gleichermaßen an das Interesse des Volkes -, der Ministerpräsident hat seine Regierungspolitik einzuhalten. Wenn wir als Union an der Regierung beteiligt sind, dann wollen wir loyal an ihr beteiligt sein; und wir wollen dann erst recht den Träger der Regierung unterstützen, der unser Parteifreund ist.

(Zustimmung.)

Ich darf Ministerpräsident Dr. *Ehard* das Wort weitergeben.

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Jetzt habe ich, liebe Parteifreunde, noch eine Bitte. Ich darf nämlich - von mir aus ist das selbstverständlich - die Unterstützung auch vom Landesvorsitzenden dafür erbitten, daß dasselbe Verhältnis wie die Schaffung des Vertrauens mit der Restminderheit, die das Vertrauen für unseren Freund *Hundhammer* nicht ausgesprochen hat, ebenso hier hergestellt wird,

(Sehr richtig!)

und daß man auch hier die Verbindung sucht. Nicht daß man sich in die Arme fällt, sondern daß man durch Aufklärung, durch persönliche sachliche, vernünftige Aussprache, durch eine enge persönliche Fühlungnahme das ausräumt, was Ressentiments sind, und sich über das verständigt oder über das abstimmt, was sachliche Gegensätze sind.

Meine Unterstützung kann ich dem Freund *Hundhammer* in diesem Bestreben zusichern. Ich glaube, annehmen zu dürfen, daß auch unser Freund *Müller* damit ohne weiteres einverstanden ist, denn wir wollen das dann schon ganz auf die demokratische Linie ausrichten.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich vielleicht dazu gleich etwas erklären: Ich weiß, wie schwierig diese Frage ist, sie ist eine der schwierigsten Fragen, die für die Union bestehen. Das weiß *Hundhammer* selbst. Wir wollen aber nicht mit der Verbissenheit einander gegenübertreten, wie es leider gelegentlich der Fall ist. Enge auf der einen Seite löst eventuell Hartnäckigkeit auf der anderen Seite aus. Es ist in dem Fall nicht in meiner Verfügungsmacht allein, diese Frage zu lösen. Hier darf ich an beide Gruppen appellieren, und ich will dafür sorgen, daß Gespräche eingeleitet werden, durch die die beiden Gruppen einander näherkommen.

(Beifall.)

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Nun, liebe Parteifreunde, meine Damen und Herren, habe ich noch etwas. Ich möchte noch einen Antrag einbringen; aber ich werde ihn nur zu verlesen brauchen und bin sicher, daß Sie mir alle zustimmen werden. Er lautet:

> Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Eichstätt gedenkt mit besonderer Wärme der deutschen Kriegsgefangenen, die noch fern der Heimat weilen müssen, und sendet ihnen den Gruß der Heimat mit dem innigen Wunsch, daß die baldige Heimkehr beschleunigt werden könne.
>
> Die Landesversammlung ersucht den Ministerpräsidenten und die Staatsregierung dringend, ihre bisherigen tatkräftigen Bemühungen zugunsten dieser Kriegsgefangenen mit unermüdlicher Energie weiterzuführen, um eine Milderung ihres harten Loses zu erreichen.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich über den Antrag abstimmen lassen. Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Der Antrag des Parteifreundes *Ehard* ist einstimmig angenommen.

(Starke Zustimmung und Beifall.)

Ich muß geschäftsordnungsmäßig noch rasch etwas erledigen. Der Sonderzug fährt in einer halben Stunde, ich werde mich sehr beeilen.
Es liegt noch ein Antrag *Wilhelm* vor:

> Die Landesversammlung ist der Ansicht, daß die Stellung eines Ministers mit der Funktion eines Fraktionsvorsitzenden aus demokratischen Gründen nicht vereinbar ist.

Ich bitte, mit dem Einverständnis des Antragstellers vorschlagen zu dürfen, daß dieser Antrag auch als Material an den Landesausschuß hinübergegeben wird. Einverstanden, *Wilhelm*? - Erhebt sich ein Widerspruch dagegen?

(Zurufe: Nein!)

Der Antrag ist einstimmig angenommen.
*Michel*: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte darum, daß die Rede des Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] von gestern morgen gedruckt und verteilt wird.

(Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das wird geschehen.
Meine lieben Freunde, wir haben die Tagesordnung nicht ganz abwickeln können. Es fehlen noch Referate der Staatsministerien des Innern, für Wirtschaft, für Arbeit und der Justiz. Es wäre sicher sehr notwendig gewesen, diese Referate halten zu lassen. Andererseits sind auch die Referate zur Wirtschaftspolitik und zum Lastenausgleich, die gehalten werden sollen, noch nicht vorgetragen worden. Ich darf diese Referate bis zur nächsten Landesversammlung in deren zweiten Teil zurückstellen, soweit sie dann noch aktuell und notwendig sind. Wir wollen immer sachliche Arbeit leisten. Sind Sie mit dem Vorschlag einverstanden, daß die Referate zurückgestellt werden

(Zurufe: Jawohl!)

und daß ferner alles, was noch an Anträgen nicht behandelt ist, zurückgestellt wird bis zur nächsten Landesversammlung?

(Zustimmende Zurufe.)

Es erhebt sich kein Widerspruch.
*Von Prittwitz-Gaffron*: Zur Geschäftsordnung! Es liegen, soviel ich weiß, noch Resolutionen vor. Ich möchte anfragen, ob es nicht möglich wäre, vielleicht diese noch zur Diskussion zu bringen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf die Resolutionen verlesen lassen. Es liegt ein Antrag des Verbandes Neu-Ulm der Landesversammlung vor, der sowohl für die Landtagsfraktion als auch für die anderen Parteistellen bindend ist. Die Resolution des Zwischenstaatlichen Ausschusses der Christlich-Sozialen Union in Bayern darf ich verlesen lassen und zur Abstimmung bringen. Ich bitte, die Resolution gleich zu verlesen; es ist nur eine Seite!
Dr. *Schedl*:

> Angesichts der bevorstehenden Londoner Konferenzen über den deutschen Friedensvertrag spricht die Christlich-Soziale Union die Hoffnung aus, daß Sachverstän-

dige aus den Kreisen der demokratischen Kräfte Deutschlands zugezogen werden. Die Christlich-Soziale Union ist sich bewußt, daß der kommende Friede eine Wiedergutmachung des von *Hitler* über Europa heraufbeschworenen Unglücks bringen muß. Sie hält sich aber für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die junge deutsche Demokratie sich nur unter Friedensbedingungen entwickeln kann, die dem deutschen Volk nach außen und innen erträgliche Lebensmöglichkeiten sichern.
Eine der Voraussetzungen hierfür besteht in der baldigen Anerkennung unserer Staatspersönlichkeit durch Schaffung einer wenigstens provisorischen deutschen politischen und wirtschaftlichen Gesamtorganisation. Die Union glaubt, daß die Sicherung des europäischen Friedens und die Wohlfahrt der europäischen Völker in einer neuen Form wirtschaftlicher Zusammenarbeit und einer gemeinsamen Ausnutzung der europäischen Produktionsstätten gefunden werden muß. Massenausweisungen und territoriale Neuabtretungen, die nicht mit dem Willen der betroffenen Bevölkerungsteile übereinstimmen, werden Europa nie gesunden lassen. Die Union sieht in der Gestaltung des Friedens und der Beziehungen Deutschlands zur Welt Fragen, die jenseits der Parteipolitik liegen und die daher baldigst zum Gegenstand einer gemeinsamen Aussprache aller Faktoren des öffentlichen Lebens gemacht werden müssen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich diese Resolution zur Abstimmung bringen. Wer enthält sich? - Wer ist gegen die Resolution? - Die Resolution ist einstimmig angenommen.
*Bartel*: Zur Geschäftsordnung! Ich spreche im Namen Tausender von Flüchtlingen und Ausgewiesenen, mit denen ich in Verbindung stehe, wenn ich den Herrn Vorsitzenden bitte, auf die Tagesordnung der nächsten Landesversammlung auch ein Referat über Flüchtlingswesen zu setzen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist schon jetzt vorgesehen gewesen, ist aber leider auch ausgefallen. Es wird bestimmt auf der Tagesordnung stehen, gerade auch im Zusammenhang mit der Frage des Lastenausgleichs.
Es sind sonst einige Anträge vorgelegen; ich darf sie alle dem Landesausschuß als Material hinübergeben. Für den Fall, daß der Landesausschuß eventuell aus Dringlichkeitsgründen über die Resolutionen einen Beschluß fassen sollte, soll er beschließen!
Meine lieben Parteifreunde! Dann darf ich Ihnen nochmals den Dank für die treue Mitarbeit aussprechen. Es ist manchmal etwas hart hergegangen. Aber wir wollen doch zufrieden sein mit dem Erfolg, damit, daß wir uns dazu durchgerungen haben, daß die Union als Union lebend geblieben ist.

(Bravo-Rufe. - Beifall.)

Ich habe noch die Verpflichtung, mich bei der Stadt, bei den bischöflichen und allen sonstigen Behörden dafür zu bedanken, daß sie uns während dieser Tagung soviel Hilfe geleistet haben.

(Beifall.)

Ich bedanke mich im Namen der Union bei unseren Parteifreunden in Eichstätt und bei allen Freunden, die diese Tagung vorbereitet haben und uns so vorbildlich ihre Dienste zur Vorbereitung und auch während der Tagung zur Verfügung gestellt haben.

(Erneuter Beifall.)

Und nun, meine lieben Freunde, soll alles, was trennend zwischen uns war, klein werden; groß soll werden das Ziel! Wir wollen an der Stelle, an der wir stehen, an der Spitze, aber auch draußen im Lande bis zum kleinsten Mitarbeiter, zusammenstehen! Es lebe die Christlich-Soziale Union in Bayern!

(Sehr lebhafter Beifall.)

Ich schließe damit die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union.

Ende der Tagung um 18.28 Uhr.

# Nr. 29

## Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 3. und 4. Januar 1948 in Erlangen

Tagesordnung:[1]
1. Finanzstatut und Satzung
2. Termine und Tagungsorte der nächsten Sitzungen von Landesausschuß und Landesversammlung
3. Politische Aussprache: Referat Dr. Semler, Berichte des Landesvorsitzenden und des Ministerpräsidenten

Tagungsort: Erlangen, Logensaal, Universitätsstraße 26

Anwesend:[2] Ankermüller, Bartel, Barth, R. Berger, Birkl, Boehlke, Böck, A. Braun, Breidbach, Butterhof, Centmayer, Dietrich, B. Dötsch, Donderer, Donsberger, Eberhard, Ebner, Eggensberger, Ehard, Eichhorn, Emmert, Euerl, Fackler, H. Fink, H. Fischer, J. Fischer, M. Fischer, Frommknecht, Gamperl, Geiger, Geiselberger, Grasmann, Grieser, L. Hagenauer, Hassel, H. Haunhorst, Haußleiter, Heinlein, Heiszler, Heubl, Hoechstetter, Höhenberger, Hönekopp, Horlacher, Hundhammer, Imler, Jahn, Jaeger, Käss, Kahn, Karpf, Klytta, K. Köhler, E. Kraus, Krehle, Kroll, K.A. Kroth, Krüger, Kübler, Lacherbauer, Lallinger, A. Lang, C. Lang, Lingmann, Luksch, von Luschka, Mauerer, Mayr, H. Meier, Meyer-Sprekkels, Mikolaschek, Montgelas, Hans Müller, J. Müller, Muhler, Mutzbauer, Nerreter, Ostwald, Ott, Pfeiffer, Pflaum, Hans Pflüger, Heinr. Pflüger, Piechl, Pieterek, Prechtl, von Prittwitz-Gaffron, Probst, Reichstein, Rindt, Rinke, Rüttger, Sattler, F.L. Sauer, Schachtner, F. Schäfer, K. Schäfer, Schedl, G. Schmid, K. Schmid, A.W. Schmidt, Schrott, A. Schubert, Schütz, Schwägerl, Schwalber, Sedlmayr, Seidel, Seitz, Semler, Sporer, Stang, K. Staudinger, Steber, Stiller, F.J. Strauß, R. Stücklen, Sühler, O. Thomas, Weinkamm, Weixler, Wilhelm, K. Wimmer, F. Wittmann, Zehner

ACSP, CSU-Landesausschüsse

Die Sitzung wird um 10.33 Uhr durch den Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen-Union in Bayern, Dr. *Josef Müller*, eröffnet.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Als Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern eröffne ich die für heute einberufene Landesausschußsitzung unserer Partei. Ich stelle fest, daß keine Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung erhoben werden, ich stelle fest, daß von 125 ordnungsmäßigen Mitgliedern des Landesausschusses bisher 78 erschienen sind, so daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Ich werde nachher vorschlagen, daß wir irgendeinen Punkt vorausnehmen, der so ist, daß die Freunde, die noch nicht da sind, nichts besonderes versäumen werden.

---

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes. Die im Einladungsschreiben des Landesvorsitzenden vom 20. Dezember 1947 (ACSP, NL Müller 10/4) bekanntgegebene und zu Beginn der Sitzung wiederholte geplante Tagesordnung lautete: "1. Politische Aussprache, 2. Satzung und Finanzstatut, 3. Wahlen nach § 48 der Satzung, 4. Sonstiges." Tatsächlich wurde die vorgesehene Reihenfolge der Themen wie oben geändert; der Punkt 3 wurde bis zur nächsten Sitzung des Landesausschusses (24. Januar 1948) zurückgestellt.

2 Laut handschriftlichem Sitzverteilungsplan und maschinenschriftlicher Liste der Stimmberechtigten in der Anlage zum Protokoll, ergänzt anhand des Protokolltextes. Die hinsichtlich der aufgeführten Personen mit dem Sitzverteilungsplan identische Liste der Stimmberechtigten enthält keine Unterschriften oder andere Vermerke über tatsächliche An- und Abwesenheiten. Dem Protokolltext selbst ist zu entnehmen, daß zu Beginn der Sitzung 78 (s.o.) und am Abend des 3. Januar zeitweise 108 von 125 Stimmberechtigten (S. 1314) anwesend waren, es ist daher nicht auszuschließen, daß hier einige Personen fälschlich als anwesend geführt werden.

Meine lieben Parteifreunde! Meine erste Pflicht ist es, Sie alle zu begrüßen. Ich begrüße die Vertreter der Militärregierung; die Presse habe ich vormittags noch nicht in den Sitzungsraum hereinkommen lassen, weil ich verschiedene Fragen zunächst einmal der innerparteilichen Besprechung vorbehalten wollte.
Ich wünsche Ihnen allen ein recht glückliches neues Jahr. Das Jahr 1947 war voller Sorgen, das Jahr 1948 wird voller Sorgen sein. Wir wissen es, und doch müssen wir den Mut haben, mit den Sorgen fertig zu werden. Das Christentum ist eine Weltanschauung der positiven Lebenshaltung. Wir können uns infolgedessen nicht dem Gedanken der Verzweiflung hingeben, sondern wir müssen arbeiten, arbeiten für die christliche Kultur und Durchdringung der Menschheit mit dieser Kultur und durch diese Kultur. Wir müssen arbeiten für unser notleidendes, schwergeprüftes Volk. Die Arbeit obliegt uns allen, gleichgültig, an welcher Stelle wir sind. Sie obliegt vor allen Dingen den Männern der Regierung, die in erster Linie die Verpflichtung gegenüber der Partei, aber auch gegenüber unseren Wählern und gegenüber dem gesamten Volke haben, ihre ganze Arbeitskraft für das Volk einzusetzen. Ich habe bisher immer die Auffassung vertreten, daß wir als Parteifreunde uns gegenseitig nicht Lobhudeleien sagen sollen und daß wir uns nicht besonders grüßen. Heute glaube ich, daß es als Selbstverständlichkeit angesehen wird, gerade bei Beginn eines neuen Jahres, wenn ich unsere Parteifreunde aus der Regierung, vor allem unseren Parteifreund *Ehard*, besonders begrüße und für die Arbeit der letzten Jahre danke

(Beifall.)

und ihm und allen unseren Freunden für die Arbeit des letzten Jahres vollen Erfolg wünsche.
Wir haben im letzten Jahr für die Union bestimmt so gearbeitet, daß die Union vor den Wählern und vor dem Volk bestehen kann. Ich glaube, wenn man früher an der Aktivität und der Stärke der Union im Augenblick der Entscheidung zweifeln konnte, dann hat das letzte Jahr uns gezeigt, daß wir bei allen Auseinandersetzungen, bei allen Spannungen, wie sie in einer so großen Partei üblich sind, imstande waren, uns durchzusetzen und in kurzer Zeit volle Arbeit zu leisten. Möge es im nächsten Jahr genauso bleiben. Möge das nächste Jahr noch so voller Sorgen, voller Arbeit sein, mögen uns die Sorgen in Bayern und für Bayern bedrücken. Es werden uns darüber hinaus die Sorgen für Deutschland bedrücken. Wir dürfen sagen, es werden auch innerhalb des Deutschen Reiches Sorgen entstehen. Wir wollen die Kraft haben, mit allem fertig zu werden, und Gott gebe uns diese Kraft.
Damit darf ich die Sitzung eröffnen. Ich gebe die Tagesordnung bekannt:

1. Politische Aussprache
2. Satzung und Finanzstatut
3. Wahlen nach § 48 der Satzung und
4. Sonstiges

Wird gegen die Tagesordnung ein Einspruch erhoben? Ich stelle fest, es ist das nicht der Fall.
*Haunhorst*: Die Wahl nach § 48 müßte als Punkt 2 der Tagesordnung aufgenommen werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich möchte feststellen, ob Einspruch gegen die Tagesordnung als solche erhoben wird. Über die Reihenfolge der Tagesordnung sprechen wir anschließend.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Ich bitte bloß um die Feststellung, daß wir jetzt über den Inhalt der Tagesordnung abstimmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir stimmen nur über die Tagesordnung als solche ab. Die Reihenfolge und alles andere bleibt offen. Ich glaube, gegen den Inhalt der Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben. Damit ist die Tagesordnung genehmigt.
Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, schlage ich vor, die Reihenfolge der einzelnen Tagesordnungspunkte zu ändern, und zwar deswegen, weil ein Teil der Freunde noch fehlt. Wir wollen die politische Aussprache erst beginnen, wenn wir die Gewißheit haben, daß alle interessierten Parteifreunde wirklich anwesend sind. Bei den augenblicklichen Witterungsverhältnissen ist damit zu rechnen, daß Verspätungen eintreten, so daß ich annehmen möchte, daß bis Mittag sicher alle anwesend sein werden. Ich glaube, wir könnten diesen Punkt dann am besten am Nachmittag in Angriff nehmen. Wir müssen noch eine Änderung insofern vornehmen, als wir die Wahlen vorausstellen müssen, bevor wir Abstimmungen von Bedeutung vornehmen, bei denen mit knappen Mehrheiten entschieden wird, weil das Mandat der Mitglieder des Landesvorstandes, die vom Landesausschuß gewählt wurden, zu Beginn des Oktobers erloschen war, so daß die Wahlen naturnotwendigerweise stattfinden müssen vor entscheidenden Abstimmungen, damit diese Abstimmungen dann nicht aus formalen Gründen bekämpft werden können.
Ich würde vorschlagen, zunächst als ersten Punkt der Tagesordnung das Finanzstatut zu behandeln. Denn bei der Behandlung des Finanzstatuts muß eine Reihe von Paragraphen verlesen werden. Dadurch wird Zeit beansprucht. Es sind sicher alle Parteifreunde an den Finanzstatuten interessiert, aber es wird kein besonderer Schaden sein, wenn der eine oder andere bei der Behandlung des Finanzstatuts fehlt. Erhebt sich gegen diesen Vorschlag ein Widerspruch?
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Ich melde keinen Widerspruch an, sondern ich würde darum bitten, daß wir uns grundsätzlich klar werden, wie wir die Zeit ausnützen wollen, denn wir haben heute vormittag ungefähr zweieinhalb Stunden zur Verfügung. Heute nachmittag werden wir vielleicht vier Stunden haben, sind zusammen sechseinhalb Stunden. Morgen vormittag haben wir wahrscheinlich nicht mehr als zweieinhalb Stunden, das macht zusammen neun Stunden. Wir haben eine ganze Reihe von sehr wichtigen Aufgaben zu lösen. Da dieser Landesausschuß doch fruchtbar werden und auf mehreren Gebieten Erfolge bringen soll, glaube ich, wir sollten uns grundsätzlich klar darüber werden, wie wir die Zeiteinteilung vornehmen wollen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde vorschlagen, Dr. *Pfeiffer*, daß wir das zurückstellen, bis Mittag die Debatte darüber war, weil es selbstverständlich ist, daß die meiste Zeit für die politische Aussprache verwendet wird. Denn der Landesausschuß soll ja soundso viele Dinge vorwegnehmen, die die Landesversammlung belasten würde. Wir werden am Schluß dazu kommen zu beschließen, daß die Landesversammlung schon in diesem Monat stattfinden soll, so daß wir uns manche Dinge für die Landesversammlung sparen können und dafür heute die Grundlinien herausarbeiten können. Die Landesversammlung ist ja ein viel größeres Gremium. Heute muß nach altem Brauch vor allem den Freunden, die aus den Bezirken draußen kommen, Gelegenheit zu einer fruchtbringenden Aussprache gegeben werden, weil bei der Landesversammlung die Bezirke bekanntlich nicht so in Erscheinung treten wie beim Landesausschuß. Deswegen wird die politische Aussprache von besonderer Bedeutung sein.

Ich habe deswegen das Finanzstatut vorweggenommen und diese ganzen Debatten weggelassen, weil nun einmal das Finanzstatut erledigt werden muß

(Sehr richtig!)

und weil es ein besonderer Umstand ist, der durch das Verlesen der Paragraphen Zeit beansprucht. Deswegen habe ich gedacht, wir behandeln zuerst die Finanzstatuten. Dann sehen wir, wie wir mit der Zeit durchkommen. Bevor wir dann jeweils an den nächsten Punkt herangehen, können wir uns darüber unterhalten, mit welchem Tempo die einzelnen Punkte behandelt werden sollen. Man kann soundso viel kürzen, besonders wenn die früher bei uns manchmal üblichen Geschäftsordnungsdebatten erspart bleiben sollen.

Infolgedessen würde ich vorschlagen, daß wir jetzt mit dem Finanzstatut beginnen und nachher in die anderen Punkte eintreten und die weitere Zeiteinteilung vornehmen, wenn die anderen Freunde anwesend sind.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Da ich die gleichen Gesichtspunkte vertrete, wie der Herr Vorsitzende, glaube ich, daß es trotzdem zweckmäßig ist, wenn wir eine gewisse Ökonomie der Kraft und der Zeit eintreten lassen. Ich möchte zur Begründung dessen, was ich gesagt habe, noch einen Gedanken beifügen: Wir haben in diesem Landesausschuß zwei Aufgaben zu lösen, die beide von einer großen Wichtigkeit sind. Die eine nach innen in der Partei, die andere nach außen für unser Wirken nicht nur in der bayerischen, sondern in der gesamtdeutschen Politik. Es ist vollkommen richtig, daß wir genügend Raum für die politische Aussprache haben müssen, in der möglichst viele Vertreter der Bezirke zu Wort kommen sollen. Nun steht aber auf der Tagesordnung gemäß dem Wunsch der Landesversammlung von Eichstätt auch die Beratung der Satzungen. Satzungsberatungen sind bekanntermaßen Dinge, bei denen man alles zerreden und alles zerflattern kann, bei denen aber auch leicht große Minderheiten überstimmt werden können. Wir haben für die geschäftliche Verhandlung den Sachverhalt, daß nur ein Vorschlag vorher den Teilnehmern des Landesausschusses mitgeteilt worden ist und daß wir heute bei Beginn der Sitzung einige andere Anregungen und Anträge unterbreitet bekommen haben. Beide Dinge sind von einer so grundsätzlichen Bedeutung, daß sie eine gewisse Zeit erfordern. Ich muß sagen, es wäre vielleicht zweckmäßig gewesen, wenn man eine Vorerörterung dieser Dinge so betrieben hätte, daß nicht ein Referat zu jedem dieser Vorschläge hier im Plenum des Landesausschusses notwendig gewesen wäre.

Ich verstehe, daß das Finanzstatut von Paragraph zu Paragraph behandelt werden kann. Vorschläge zur Abänderung werden aber sachlich begründet werden müssen. Wenn wir damit anfangen, daß wir bei der Behandlung der Satzungen im Plenum des Landesausschusses zur Begründung Referat an Referat reihen, dann wird dadurch soviel Zeit in Anspruch genommen, daß entweder die Zeit für die politische Aussprache verkürzt [wird] oder daß die notwendige Zusammenschmelzung der verschiedenen Vorschläge nicht in Ruhe vor sich gehen kann.

Deswegen würde ich der Meinung sein, daß es eine Erleichterung unserer ganzen Arbeit wäre, wenn man nicht das Plenum mit der ersten einführenden Erörterung der vorliegenden Vorschläge befassen, sondern wenn man das Plenum entlasten würde, indem zunächst in einem kleineren Kreis die heute erst zur Kenntnis von vielen Tagungsteilnehmern gekommenen Entwürfe überarbeitet würden. Dann würde man sehen, ob man nicht zu einem einheitlichen Vorschlag dieser Gesamtkommission für das Plenum kommen könnte, wodurch sich die Satzungserörterungen vielleicht we-

sentlich vereinfachen und abkürzen ließen. Dabei würden dann Erörterungen für eine ganze Reihe von Punkten überhaupt wegfallen.
Ich komme zu diesem Vorschlag einer konzentrierten Arbeitsform, weil eine Reihe von Mitgliedern des Landesausschusses morgen nach Tisch bereits wieder wegfahren muß. Wir ersparen uns damit Geschäftsordnungsdebatten und können sofort eine konzentrierte Form der Arbeit vereinbaren. Wir müssen mit unserer politischen Arbeit in aller Geschlossenheit vor das Land, vor Deutschland und auch vor das Ausland hintreten. Wir müssen daher Zeit haben für die Durcharbeitung der großen politischen Probleme, bei denen sehr viel zu sagen sein wird. Denn es gibt auf den verschiedensten Gebieten Dinge, über die die führenden Personen der Partei zu berichten haben, wofür wir auch außerhalb der Aussprache allein schon für die Berichterstattung eine gewisse Zeit brauchen.
Deswegen möchte ich, um Geschäftsordnungsdebatten zu vermeiden, einen Arbeitsplan festgestellt wissen, der uns Zeit läßt für eine echte Erfüllung unserer Aufgaben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich glaube, wir verlieren durch die Debatte auch viel Zeit,

(Sehr richtig!)

während wir, wenn wir mit den Finanzstatuten begonnen hätten - ich habe nicht gesagt Statuten oder Satzung und Finanzstatuten, sondern nur Finanzstatuten allein, ich habe auf die Uhr geschaut *Anton* [*Pfeiffer*] - damit fertig wären. Wir haben zwei Tage und eine Nacht dazwischen, mittags werden die Leute überhaupt erst zum ersten Mal miteinander reden können. Ein Teil war wohl schon gestern abend da, aber ein großer Teil ist erst heute vormittag gekommen, so daß unseren Freunden Gelegenheit gegeben sein muß, über Mittag miteinander zu reden. Dann kann man am Nachmittag, wenn die Debatte beginnt, ruhig sagen: Jetzt wollen wir so oder so weiterfahren. Ich glaube, so ist es am gescheitesten. Denn ein Punkt der Tagesordnung muß erledigt werden, damit wir fertig werden. Ich werde selbst sehen, daß man die Zeit so sparen kann, daß man durchkommt. Aber man wird Zeit wesentlich sparen, wenn Geschäftsordnungsdebatten möglichst vermieden werden.
Darf ich vorschlagen, daß jetzt das Finanzstatut behandelt wird? Erhebt sich ein Widerspruch gegen die Behandlung des Punktes Finanzstatut? Wer ist dagegen? Es ist niemand dagegen. Dann wird jetzt der Punkt der Tagesordnung "Finanzstatut" behandelt, also nicht der ganze Punkt Satzungen und Finanzstatut, sondern lediglich der Punkt Finanzstatut.
Ich darf zu diesem Punkt Finanzstatut den Parteifreund Dr. *Grasmann* bitten, das Wort zu ergreifen.
Dr. *Grasmann*: Meine sehr geehrten Parteifreunde! Das Finanzstatut hat eine lange Vorgeschichte. In sehr eingehenden Besprechungen ist es entstanden. Es ist, glaube ich, in drei Verhandlungen in der Finanzkommission beraten worden und dann noch auf schriftlichem Wege im Meinungsaustausch zustande gekommen. Das durch die Finanzkommission durchgelaufene Finanzstatut wurde dann dem Vorstand zugeleitet und ist ohne Erinnerung von Seiten des Vorstandes geblieben. Ich glaube, es ist das Zweckmäßigste, wenn ich es ihnen kurz vorlege. Das Finanzstatut bezieht sich natürlich auf grundsätzliche Bestimmungen in der Satzung. Die Satzung wird nachher beraten. Ich glaube, daß wir das Finanzstatut zunächst einmal in seiner Gesamtheit durchberaten können, ohne auf die drei Paragraphen Rücksicht zu nehmen, die in der Satzung herangezogen werden. Der Wortlaut des Finanzstatuts ist:

Finanzstatut der Christlich-Sozialen Union in Bayern.
Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union hat in seiner am 3. Januar 1948 stattgefundenen Sitzung folgendes Finanzstatut gemäß §§ 48, 60 und 66 der Satzung der Christlich-Sozialen Union beschlossen.

Auf die drei Paragraphen kommen wir später.

§ 1

Finanzierung der Aufgaben

(1) Die zur Durchführung der Aufgaben der Christlich-Sozialen Union in Bayern (im folgenden kurz Union genannt) erforderlichen Mittel werden durch Mitgliederbeiträge, Aufnahmegebühren, Sammlungen und Spenden aufgebracht.
(2) Grundlage der Finanzierung sind die Mitgliederbeiträge.

Ich schlage vor, daß wir nach jedem Paragraphen eine kurze Pause machen, und bitte dann, sich zu diesem einzelnen Paragraphen zu äußern.
*Rinke*: Rein formal! Es sind doch drei Paragraphen der Satzungen angeführt. Bei der Satzungsabänderung würde die Reihenfolge der Paragraphen geändert werden, worauf hier Rücksicht genommen werden müßte.
Dr. *Grasmann*: Wir können die Satzungsparagraphen, die angesprochen[3] sind, vorlegen. Es ist vielleicht doch zweckmäßiger.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn die Nummer geändert wird, so kann das nachgetragen werden.
Dr. *Grasmann*: Selbstverständlich! Zu § 1 scheint keine Bemerkung vorzuliegen.

§ 2

Mitgliederbeiträge

(1) Die Mitgliederbeiträge werden durch die Ortsverbände oder durch die Kreisverbände, soweit keine Ortsverbände bestehen, erhoben.
(2) Die Zahlung der Beiträge wird durch Beitragsmarken, die auf die Rückseite der Mitgliedskarte zu kleben und durch Datumsstempel zu entwerten sind, quittiert.
(3) Die Beitragsmarken werden vom Landesverband herausgegeben. Die Bezirksverbände fordern den Bedarf ihrer Kreisverbände beim Landesverband an. Die Kreisverbände statten ihre Ortsverbände mit Beitragsmarken aus.
(4) Es ist den Unterverbänden nicht gestattet, selbst Beitragsmarken herzustellen.

§ 3

Höhe und Fälligkeit der Mitgliederbeiträge

(1) Die Mitgliederbeiträge werden in der Regel monatlich erhoben.
(2) Der Jahresbeitrag wird vom Landesausschuß festgesetzt.
(3) Die Ortsvorstandschaften bzw. Kreisvorstandschaften, soweit keine Ortsverbände bestehen, können die Beiträge in besonderen Fällen auf Antrag herabsetzen, stunden oder erlassen.

[3] In der Vorlage: "angezogen".

Ungeachtet dessen haben die Ortsverbände jedoch die Beitragsanteile an den Kreis-, Bezirks- und Landesverband für jedes Mitglied auf der Basis des Jahresgrundbeitrages abzuführen. Hiervon abweichende Regelungen müssen mit dem Kreis-, Bezirks- oder Landesverband vereinbart werden.

*Sporer*: Darf ich fragen: Soll dann das gesamte Geld von den Mitgliederbeiträgen zu guter Letzt an die Landeszentrale kommen, so daß die einzelnen Kreise für sich kein Verfügungsrecht über das Geld haben?
Dr. *Grasmann*: Ich würde vorschlagen, in dieser Frage bis § 4 zu warten. Daraus ergibt sich dann die Klarheit.

§ 4

Abrechnung und Abführung von Beitragsanteilen

(1) Die Ortsverbände haben jeweils bis zum 10. Januar, April, Juli und Oktober mit den Kreisverbänden über die im vorhergegangenen Vierteljahr veräußerten Beitragsmarken abzurechnen und gleichzeitig einen Beitragsanteil von 90 Teilen des Grundbeitrages pro Monat und Mitglied an den Kreisverband zu überweisen.
(2) Die Kreisverbände haben jeweils bis zum 17. Januar, April, Juli und Oktober mit den Bezirksverbänden über die im vorhergegangenen Vierteljahr umgesetzten Beitragsmarken abzurechnen und gleichzeitig pro Monat und Mitglied zu überweisen:
a) an die Geschäftsstelle des Kreisverbandes 30 Teile des Grundbeitrages.
b) an den Bezirksverband zehn Teile des Grundbe[i]trages.
(3) Die Bezirksverbände haben jeweils bis zum 24. Januar, April, Juli und Oktober mit dem Landesverband über die im vorhergegangenen Vierteljahr umgesetzten Beitragsmarken abzurechnen und gleichzeitig pro Monat und Mitglied an den Landesverband 50 Teile des Grundbeitrages zu überweisen.

*Sporer*: 90%!
Dr. *Grasmann*: 90 Teile! Das kommt auf das gleiche hinaus.
*Mayr* (Fürth): 30% für den Kreisverband halte ich für zuwenig. Der Kreisverband muß für alle Unkosten aufkommen, für die Plakatierung, für die Versammlungsräume, für das Zahlen der Redner, für die Fahrten, kurz für alles. Da erachte ich 30% für viel zuwenig. Es ist ganz ausgeschlossen, daß wir mit 30% auskommen.
Dr. *Gamperl*: Ich verzichte!
Dr. *Rindt*: Ich hätte ein formales Bedenken. Ich weiß nicht, ob nicht der Ausdruck Teile mißverstanden werden kann. Wollen wir nicht den Ausdruck 100 Teile als Richtschnur einsetzen?

(Zuruf: Prozent!)

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Durch diese Paragraphen ist grundsätzlich die Entscheidung getroffen, daß die Finanzgebarung zentral erfolgt und von oben nach unten die Auflage gemacht wird. Der Ortsverein hat die Durchführung und die Beitreibung zu machen, hat aber dann von dem, was er auf die Beine bringt, 90% wieder nach oben abzugeben. Das Prinzip der Finanzierung ist wie das der Satzung gegenwärtig, daß die Partei nicht von unten her auf Ortsvereinen aufgebaut ist, sondern daß es eine Landespartei ist, die ihre Anweisungen von oben nach unten gibt. Das ist bei diesem Pa-

ragraphen des Finanzstatutes zum Ausdruck gebracht, in dem die Pflicht des Ortsvereines festgelegt ist. Er heißt hier Ortsverband, obwohl er ein Ortsverein ist, ein wirkliches selbständiges politisches Glied für die örtlichen politischen Dinge.
Nach dem Finanzstatut wird durch Befehl von oben nach unten die Auflage gemacht. Nach diesem Prinzip sind der Ortsverein und die anderen Unterteile Teile, die nicht durch den Zusammenschluß den Landesverband bilden, sondern die von oben her gesteuert werden.
Im übrigen möchte ich bemerken, daß ich es für sehr zweckmäßig halte, die Statuten nicht paragraphenweise, sondern im ganzen zu verlesen, da sich sonst der Zuhörer kein richtiges Bild von den Statuten machen kann. Es wäre besser, er könnte im ganzen zu ihnen Stellung nehmen.
Das wären meine Bedenken, die ich früher schon geäußert hatte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würdige die Bedenken sehr, aber, meine lieben Freunde, es muß irgend etwas beschlossen werden, und es ist allgemein üblich, daß Paragraph für Paragraph verlesen wird, weil dann die einzelnen Paragraphen genehmigt werden müssen. Man kann dann höchstens sagen: Wir wollen am Anfang oder am Schluß eine Generaldebatte und dazwischen nur Zwischendebatten. Aber hier würde ich doch bitten, Dr. *Anton Pfeiffer*, wenn Zweifel geäußert werden, wie die Finanzierung behandelt werden soll, zu bedenken: Irgend jemand muß dafür da sein, der die Partei finanziert und die Beiträge entsprechend für die gesamte Partei auswerten kann. Man kann nicht die einzelnen Grüppchen draußen den Wahlkampf durchführen lassen. Nach meinem Empfinden wird die Bayerische Volkspartei kaum anders vorgegangen sein, als hier die Union vorgeht.

(Sehr gut!)

Dr. *Geiselberger*: Auch ich wollte klargestellt wissen, ob die Debatte über das Finanzstatut sich in den Zwischenbemerkungen zwischen den einzelnen Paragraphen erschöpfen soll, oder ob am Schluß eine Generaldebatte stattfindet.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Am Schluß findet eine Generaldebatte statt. Ich lasse absichtlich noch nicht über die einzelnen Paragraphen abstimmen, sondern nur zur Erleichterung der Debatte, des Prozedierens, Paragraph für Paragraph verlesen und Zwischenbemerkungen machen. Kleinigkeiten können meinetwegen schon gestrichen werden. Am Schlusse kommt aber die Generaldebatte und dann der Antrag auf Annahme der Statuten.
Dr. *Geiselberger*: Dann bin ich damit einverstanden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Man kann streiten, ob die Paragraphen einzeln oder en bloc angenommen werden sollen.
Dr. *Geiselberger*: Wenn gegen einen Paragraphen im Augenblick kein Widerspruch erfolgt, so ist damit noch keine Zustimmung zu dem Paragraphen ausgesprochen, auch nicht zu den allgemeinen Tendenzen und Prinzipien des Finanzstatuts. Denn da scheint am Schlusse, genau wie Dr. *Pfeiffer* ausgeführt hat, allerhand zu sagen zu sein.
Dr. *Rindt*: Ich habe richtig verstanden, daß sich der Paragraph nur auf Mitgliedsbeiträge bezieht, nicht auf Spenden und andere Dinge. Insoferne sehe ich hier kein zentralistisches Prinzip. Es muß letzten Endes aus der Gemeinschaft irgendeine feste Norm für den Mitgliedsbeitrag festgelegt werden. Daß wir die Mitgliedsbeiträge als Grundlage für eine kernhafte Führung der Finanzangelegenheit hernehmen, scheint mir schon notwendig zu sein.
Dr. *Horlacher*: Unabhängig von dem Aufbau der Partei aufgrund der Statuten von unten nach oben ist die Frage der Finanzierung der Partei von Wichtigkeit. Andererseits

verstehe ich den Wunsch, daß die Kreisverbände über den entsprechenden Anteil verfügen wollen. Ich würde es für ausreichend halten, wenn wir eine Änderung in der Weise vornehmen würden, daß an den Kreisverband 40% und an die Landeszentrale auch 40% gegeben werden. Ich glaube, das ist eine geringe Verschiebung, die noch erträglich ist und die den Bedenken Rechnung trägt.
Im übrigen ist es Aufgabe der Kreisverbände, die Finanzierung auch auf andere Weise sicherzustellen. Denn wie die Verhältnisse jetzt liegen, ist es bei dem jetzigen Mitgliederstand der CSU kaum möglich, die gesamte Finanzierung durchzuführen. Es werden auch Finanzierungsmöglichkeiten gesucht werden müssen, wie sie hier im § 1 angegeben sind. Ich würde bitten, sich bei der Sache nicht allzulange aufzuhalten, sondern die kleine Korrektur vorzunehmen. Ich spreche hier auch aus organisatorischer Kenntnis. Der Herr Schatzmeister weiß selber, wie die Verhältnisse anderwärts gelagert sind. Das Finanzstatut hat in der Regel mit dem Aufbau irgendeiner Organisation das wenigste zu tun. Nur handelt es sich darum, daß die Landesgeschäftsstelle, die notwendig ist, nicht in der Luft hängt, wenn den Unterverbänden zuviel Bewegungsfreiheit gegeben wird. Die Landesgeschäftsstelle, die die Hauptarbeit im Wahlkampf und auch sonst zu leisten hat, darf nicht vollständig in der Luft hängen und darauf angewiesen sein, wieviel sie von unten nach oben hinaufbekommt. Sie darf nicht auf die Gnade der anderen Verbände angewiesen sein. Das ist unmöglich. Eine Ordnung ist hier unbedingt notwendig. Das muß bei jeder guten Organisation so sein, unbeschadet der Selbständigkeit der Kreisverbände draußen. Es ist das lediglich eine Frage der Finanzierungsordnung.
Ich würde bitten, diese Änderung vorzunehmen. Sie ist vielleicht noch tragbar und beruhigt nach verschiedenen Richtungen hin.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Aber auch hier werden die Beschlüsse im Rahmen der Generaldebatte am Schlusse gefasst werden. Es kommt nur auf die Anregung an.
*Köhler*: Ich glaube durchaus, daß die Bezirksverbände die 10% brauchen. Überlegen Sie sich aber, daß der Bezirksverband nur eine Dazwischenschaltung zwischen Landesverband und Kreisverband ist und nur zwischen beiden vermittelt. Ich würde daher glauben, daß der Bezirksverband mit 5% auskommen könnte.

(Zurufe: Nein, unmöglich!)

Auf jeden Fall müssen die Kreisverbände mehr als 30% haben und müssen die Gelder für den Landesverband ihre Höhe haben. Das sind die zwei Stufen der Union, die die meisten Unkosten zu tragen haben, das dürfte einwandfrei feststehen. Ich bin in der Praxis tätig und weiß ganz genau, was diese beiden Institutionen zu leisten haben. Sie müssen daher die größten Zuwendungen an Beiträgen haben.
*Dietrich*: Ich bitte, die städtischen Bezirksverbände von dieser Regelung auszunehmen, denn in den städtischen Bezirksverbänden ist die Lage anders. Dort wird die Geschäftsstelle durch den Bezirksverband geführt. Es müßte die Regelung getroffen werden, daß bei städtischen Bezirksverbänden der Anteil des Kreisverbandes zu einem gewissen Anteil an den Bezirksverband übergeht. In den Großstädten kann eine einzige Geschäftsstelle für die Finanzierung bestehen.
Dr. *Grasmann*: Ich würde dem Vorschlag von Herrn Präsident *Horlacher* zustimmen. Wir müssen den Bezirksvereinen schon eine gewisse finanzielle Entfaltungsmöglichkeit geben.

(Zuruf: Den Kreisverbänden!)

Sie sagten doch, den Bezirksvereinen kann man ruhig weniger geben. Ich wollte von unten nach oben aufbauen. Lassen Sie den Ortsverbänden zunächst einmal ihre 10%,

dann geben wir der mittleren Stufe die 40% und der Zentrale ebenfalls 40%. Ich glaube, daß das der richtige Weg ist.
Die Ortsverbände brauchen nicht zu viel Mittel haben, weil sie später ohnedies abgeschöpft werden. Wir wollen, wie Sie aus dem späteren noch sehen werden, draußen keine Vermögenshaltung haben. Das ist erstens schwer zu überwachen, und zweitens ist es nicht notwendig, daß die untersten und mittleren Organe eine Vermögensanhäufung vornehmen. Ich glaube, wenn wir bei der Generaldebatte zur grundsätzlichen Seite kommen, dann könnten wir mit der Regelung einverstanden sein, wie sie jetzt durch den Vorschlag *Horlacher* in Aussicht genommen ist. Sie trägt den Bedürfnissen Rechnung. Wir sind ja erst ein neuentstehendes Gebilde. Wir wollen die jetzige Regelung nicht auf Ewigkeit haben. Wenn sich im Laufe der Jahre durch die Entwicklung unseres neuen Gebildes andere Bedürfnisse herausstellen, kann man wieder Änderungen in den Anweisungen vornehmen.
Dr. *Eichhorn*: Nur zu einer Äußerlichkeit! Die Beitragsmarke ist an sich etwas sehr schönes. Nur verlangt sie, daß sie gleichen Wert hat. Das ist aber nicht der Fall, so daß die Abrechnung der Beitragsmarken ziemlich kompliziert vor sich gehen wird, da eine beträchtliche Reihe von Parteifreunden nicht voll bezahlen werden. Das wird sich insbesondere nach der Währungsregelung sehr stark geltend machen. Es muß überlegt werden, ob mit der Beitragsmarke eigentlich ein nennenswerter Zwang erreicht wird.
Dr. *Grasmann*: Wir müssen irgendeine Regelung finden. Die Währungsreform ist ein Zeitpunkt, der natürlich eine Rolle spielen wird. Unsere Satzungen sollen langfristige sein. Deshalb haben wir sie so aufgebaut, daß wir die uns vorschwebenden Sorgen der Währungsreform aus dieser Sache ausgeschieden haben. Daß zum Zeitpunkt der Währungsordnung unsere Finanzierung sehr schwierig sein wird und wir neue Wege gehen und uns erlauben müssen, Sie auch kurzfristig vor neue Überlegungen zu stellen, darüber müssen wir uns wohl klar sein.
Dr. *Eichhorn*: Zahlt jetzt alles voll?
Dr. *Grasmann*: Nein!
Dr. *Eichhorn*: Dann sind die Marken nicht gleichwertig.
Dr. *Grasmann*: Wir haben vorhin ausgeführt, daß die Unterverbände die Unterschiede bei der Finanzierung ausgleichen müssen. Irgendeine Methode müssen wir finden. Einem Flüchtling wird beispielsweise der Beitrag erlassen. Er bekommt seine Beitragskarte und keine entwerteten Beitragsmarken. Es wird hineingeschrieben, daß er als Mitglied ohne Beitrag geführt wird.
*Fischer* (Augsburg): Das ist die wichtigste Frage. Es würde mich interessieren, wieviel Kreisvorsitzende hier sind.

(Zuruf: Aufstehen! - Geschieht.)

Das ist nicht schlimm. Wenn lauter Ortsvorsitzende hier wären und wir wollten den Finanzausgleich durchführen, dann würden diese die größten Batzen verlangen für ihren Ortsverband. Daß die Kreisvorsitzenden von ihrem Gesichtspunkt aus den größten Anteil wollen, ist selbstverständlich.
Wir müssen hier besonders die Ausführungen *Horlachers* bedenken. Zuerst kommt der Landesverband, weil sich dieser außer den Beitragsmarken am wenigsten helfen kann. Der Kreisverband kann sich helfen. Ich möchte den Kreisverband kennen, der das nicht kann. Ich möchte sogar sagen: Der Kreisverband, der sich nicht helfen kann, ist nicht richtig in Ordnung. Ich weiß, daß sich bei den Kreisverbänden eine ganze

Reihe, mehr als die Hälfte, ausgezeichnet helfen. Aber von den Mitteln, die außer dem Beitrag aufkommen, fließt nichts mehr nach oben. Wir dürfen uns heute nicht überreden lassen durch irgendwelche weinerlichen Ausführungen von unteren Organen, die oberen aushungern zu lassen und nicht leistungsfähig zu machen.

(Widerspruch und Unruhe.)

Da oben muß Politik gemacht werden und die kann nur mit Geld gemacht werden. Die Voraussetzung dazu muß sein, daß die Verteilung so vor sich geht, daß Bezirks- und Landesverband auch tatsächlich davon leben können. Der Kreisverband hat andere Möglichkeiten. Der Bezirksverband muß heute auch schon zum Betteln gehen. Er tut sich schwerer, weil er die Bekanntschaften nicht so hat wie der Kreisverband. Er ist schon mehr, ich möchte fast sagen, Behörde und Zwischeninstanz. Der Kreisverband steht noch mitten drin und kann sich helfen und zum Maier und Fritz und Max gehen und kann sagen: Rück einmal heraus. Sie rücken dann auch heraus.
Wir können heute mit der Mentalität, daß sich jeder scheut, Mitglied zu werden, auf dem Wege des Beitragseinganges nicht Bezirks- und Landesverband finanzieren. Es gibt aber Leute, die sehr wohl einsehen, daß sie uns wenigstens Geld geben, ohne daß sie die großartige Schneid aufbringen, sich in unsere Mitgliederlisten einzutragen.
*Schäfer* (Ingolstadt): Dem Kollegen *Fischer* muß ich entgegentreten. Da muß er schon einen Kreisvorsitzenden draußen machen. Ich glaube, die Herren, die jetzt zwei Jahre Kreisvorsitzende machen, wissen es. Der Kollege *Horlacher* redet immer von Wahlkämpfen. Wer hat den Wahlkampf bezahlt, Kollege *Horlacher*? Haben wir nicht die letzten fünf Pfennige abliefern müssen für das letzte Flugblatt? Müssen wir nicht restlos alles bezahlen? Uns wäre es draußen interessant, denn wir müssen unseren Mitgliedern gegenüber Rechenschaft ablegen, einmal etwas Schriftliches zu bekommen, zu was die Gelder in München verwendet werden. Wir müssen auch Rechenschaft geben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es kommt ein Bericht!
*Schäfer* (Ingolstadt): Es ist eine Unmöglichkeit, daß wir die Gelder abliefern und wir kennen die Verwertung nicht. Hätten wir doch etwas in der Hand! In jedem Verein hat man eine Jahresabschlußrechnung. Davon sehen wir in unserer Partei nichts. Daran krankt die Sache. Aber mit 30 Pfennig im Kreisverband durchzukommen, wie es sich *Fischer* vorstellt, ist eine Unmöglichkeit. Die Gelder fließen nicht so herein, wie er sagt. Die großen Herren, die die Gelder im Dritten Reich bezahlt haben, zahlen heute fünf Mark. Die Nazis halten sich schon zurück und lassen uns auf diesem Gebiet versaufen.
Darum bitte ich, nicht so oberflächlich über die Kreisverbände hinwegzugehen. Der Kreisvorsitzende muß draußen die Arbeit machen. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen. Wenn Sie den Kreisverbänden noch länger die heutigen Lasten aufhalsen, dann werden Sie keinen Kreisvorsitzenden mehr finden, der Ihnen die Arbeit draußen macht. Wer kämpft sich draußen mit den Flüchtlingen, mit der Neugründung von anderen Parteien usw. herum? Doch der Kreisvorsitzende. Die ganze Woche muß er herumfahren.

(Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: So können wir eine Debatte nicht führen.
*Schäfer* (Ingolstadt): Es mußte einmal gesagt werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde Kollegen *Schäfer* bitten, in diesem Falle seine Ausführungen sachlich zu halten und nicht in eine allgemeine Unterhaltung überzugehen.

*Schäfer* (Ingolstadt): Das ist nicht allgemeine Unterhaltung. Das müßt ihr in München schon wissen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das wissen wir und wir werden nachher einen Überblick geben. Meine lieben Freunde, schließlich und endlich sind die Kreisgeschäftsführer nach den Statuten von uns zu finanzieren, und die Partei muß organisiert werden. Wir brauchen die Geschäftsführer, und dafür braucht man Geld, *Schäfer*.
*Mutzbauer*: Wenn ich dazu auch etwas sagen darf: Ich glaube, daß sich die Kreisverbände ein bißchen zu wichtig nehmen. Vor allen Dingen eins, meine Herren, Landesverband, Bezirksverband, das sind die Verbände, die finanziell stark sein müssen. Denn sie führen im wesentlichen alle wichtigen Kämpfe. Sie können mir nicht weismachen, daß z.B. der Bezirksverband München oder Nürnberg-Fürth mit einem zehnprozentigen Anteil auskommen kann.

(Sehr richtig!)

Wer wird mir das schon erzählen!

(Zuruf: Wenn er genug Mitglieder hat!)

Wie stellen Sie sich vor, daß man einen Bezirksverband mit 10% Anteil finanziert? Wer soll da eigentlich noch etwas machen? Stellen Sie sich einen Wahlkampf in Nürnberg-Fürth vor. Das erfordert ein ganz anderes finanzielles Aufgebot, wie z.B. der Wahlkampf im Kreisverband Altdorf oder in einem anderen Kreisverband.
Das möchte ich zu bedenken geben. Ich möchte bitten, den Vorschlag des Parteifreundes *Dietrich* noch einmal in Erwägung zu ziehen, daß für die Bezirksverbände eine andere Regelung getroffen werden muß als wie die vorgesehene. Es ist völlig unmöglich, daß ein Bezirksverband mit 10% auskommen kann.

(Zuruf: Nur die städtischen können es nicht!)

*Kübler*: Liebe Parteifreunde! Ich bin Bezirksvorsitzender und Kreisvorsitzender. Aber ich muß sagen, die finanzielle und auch persönliche Hauptarbeitslast liegt auf den Kreisverbänden.

(Sehr richtig!)

Wenigstens ist das bisher so gewesen. Da müßte schon eine vollständige Umkehr vorgenommen werden.

(Unruhe.)

Der Paragraph 4, der jetzt zur Debatte steht, kann nur in Verbindung mit § 3 beurteilt werden. Hier heißt es in Absatz 3 ausdrücklich:

> Die Ortsvorstandschaften bzw. Kreisvorstandschaften, soweit keine Ortsverbände bestehen, können die Beiträge in besonderen Fällen auf Antrag herabsetzen, stunden oder erlassen.
>
> Ungeachtet dessen haben die Ortsverbände jedoch die Beitragsanteile an den Kreis-, Bezirks- und Landesverband für jedes Mitglied auf der Basis des Jahresgrundbeitrages abzuführen. Hiervon abweichende Regelungen müssen mit dem Kreis-, Bezirks- oder Landesverband vereinbart werden.

Es ist heute vom Vorredner schon anerkannt worden, daß wir eine Reihe von Flüchtlingen haben, die wir doch nicht abseits stehen lassen und die wir auch in unsere Partei hineinbringen wollen. Von diesen Flüchtlingen kann ich nicht den vollen Beitrag

verlangen. Nach § 3 ist der Kreisverband verpflichtet, den Anteil in der vollen Höhe abzuführen. Machen Sie mir einmal das Kunststückchen vor, daß das auf die Dauer möglich ist. Mein Kreisverband ist einer der besten, die es gibt, auch in der Beitragszahlung. Dieses Zeugnis kann die Landesgeschäftsstelle ausstellen. Das gleiche ist beim Bezirksverband der Fall. Es ist unmöglich, es in der Zukunft zu tun, wenn wir für jedes Mitglied, das wir infolge der beschränkten Vermögensverhältnisse nicht mit dem vollen Beitrag heranziehen können, nun die Ausfallgarantie übernehmen sollen. Der Kreisverband muß unbedingt finanziell stärker gemacht werden, wenn es so bleibt, wie es in der Vergangenheit war, daß er die größte finanzielle und persönliche Last zu tragen hat. Wir müssen überall Jugend- und Flüchtlingsvertreter hinschicken. Ich habe noch nie gehört, daß man irgendeinen Pfennig Zuschuß bekommen hätte.

(Anhaltende Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich wäre dankbar, wenn persönliche Unterhaltungen unterbleiben würden, sonst muß sich der Redner zu sehr anstrengen.

*Kübler*: Alle diese Kosten müssen bisher vom Kreisverband getragen werden. Ich würde deshalb dringend bitten, die Kreisverbände finanziell sicherzustellen. Es ist nicht richtig, daß die Bezirksverbände so sehr viel zu leisten haben. Ich habe in meinem Bezirksverband die Anordnung getroffen, daß weitere Beitragsteile nicht mehr an den Bezirksverband abgeführt zu werden brauchen, sondern den Kreisverbänden zur Verfügung bleiben. Weil diese nach meiner Erfahrung viel stärker finanziell und auch persönlich in Anspruch genommen werden. Ich bin dabei sehr gut gefahren.

(Zuruf: Wir sprechen von den großstädtischen Bezirksverbänden!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. Keine persönlichen Unterhaltungen.

*Kübler*: Ich kann aus meiner Erfahrung, die sehr eingehend ist, das eine sagen: Wir müssen im Interesse der Partei die Kreisverbände finanziell stärken, damit sie finanziell schwache Freunde der Union als Mitglieder aufnehmen können.

*Haußleiter*: Meine Damen und Herren! Ich glaube, es gibt keinen größeren Gegner irgendeiner Form von Münchner Zentralismus als unsere fränkischen oder schwäbischen Parteifreunde. Wir heißen heute Herrn Dr. *Pfeiffer* in unseren Reihen herzlich willkommen. Aber ich möchte sagen: Hier geht es nicht um die Frage des Zentralismus oder des Föderalismus, sondern um die Schlagkraft der Partei als solcher. Und da müssen wir von der Überlegung ausgehen, daß nicht einer alles haben kann, sondern daß wir zu einem wohlabgewogenen Kompromiß kommen müssen. Diesen sehr gut abgewogenen Kompromiß hat meiner Ansicht nach unser Parteifreund *Horlacher* bereits vorgeschlagen. Das Verhältnis 40 zu 40 scheint mir gut. Wir wollen nicht in den Fehler verfallen, die Schlagkraft der Partei dadurch zu untergraben, daß wir die Zentrale aktionsunfähig machen.

Meine Damen und Herren! Wir haben schon einmal aktionsunfähige demokratische Parteien erlebt. Wir müssen diese Aktionskraft so stark wie möglich machen. Auf der anderen Seite steht aber der Kreisverband vorne in der Front der politischen Auseinandersetzungen. Der Bezirksverband frettet[4] sich selber durch, wie es die Meister des Bezirksverbandes bisher schon wunderbar verstanden haben. Ich habe einiges auf diesem Gebiet an wunderbaren Leistungen bei uns droben in einem armen Bereich erlebt.

[4] Ein bayerischer Ausdruck für abmühen.

Ich möchte zum dritten Mal den *Horlacherschen* Kompromiß vorschlagen. Er ist gut abgewogen. Zu einer besseren Abgleichung der Verhältnisse kommen wir nicht. Die Partei oben kann dann leben. Ich schlage vor, daß ein genauer Bericht über ihre Arbeit erscheint, damit unsere Freunde draußen endlich wissen, was gearbeitet wird und wie die Mittel verwendet werden. Den Bericht, glaube ich, bekommen wir dann. Dann bitten wir, machen wir keine längere Diskussion, weil wir noch Wichtigeres zu erledigen haben. Nehmen wir also diesen gut abgewogenen Kompromiß an, der der Union die Möglichkeit zu wirklich durchgreifender Arbeit gibt.

(Beifall.)

*Lallinger*: Es hat niemand bestritten, daß die Kreisverbände die Hauptlast zu tragen haben. Aber Tatsache ist doch, daß die Organisation von oben her den Ton in ganz Bayern angeben muß. Wir draußen warten geradezu oft darauf, daß auch der Landesverband endlich einmal wieder in Erscheinung tritt. Das sind ja, glaube ich, meistens die Kritiker, die nun heute dem Landesverband oder dem Bezirksverband ihre finanzielle Existenzberechtigung absprechen möchten. Vom Bezirksverband Oberpfalz beispielsweise weiß ich von den letzten zwei und zweieinhalb Jahren: Wenn der nicht gewesen wäre, wären auch die Kreisverbände nicht. Wir wären bei der Wahl nicht so weit gekommen. Tatsache ist, daß die Kreisverbände in der Oberpfalz vielfach das Material ohne Bezahlung vom Bezirksverband bekommen haben.

*Schubert* (Würzburg): Zu dem Thema Kreisverband - Bezirksverband kann ich, glaube ich, den besten Beitrag liefern. In Würzburg haben wir ein Büro Kreisverband, ein Büro Bezirksverband und ein Büro Würzburg-Land. Die Verhältnisse bei diesen drei Organisationen klappen überhaupt nicht. Infolgedessen wäre mein Vorschlag schon immer gewesen, Bezirk und Kreis müssen zusammen vertreten werden. Ich halte den Bezirk in dieser Form für überflüssig.

*Butterhof*: Es kann hier nicht darum gehen, einen Wettstreit zwischen Kreis- und Bezirksverbänden zu veranstalten, sondern das Wesentliche scheint eine gesunde, kräftige Finanzierung der Union zu sein. Unser Herr Innenminister [*Willi Ankermüller*] hat neulich einmal gesagt, wir hätten die Tendenz, daß Bayern anfängt, in eine Reihe von kleineren Republiken zu zerfallen. Wenn wir zu weit gehen und die Kreisverbände allzu stark machen, soll der Teufel noch die Politik in Bayern machen. Denn wenn von oben keine Möglichkeiten gegeben sind, Mittel anzusetzen, um Leute anzubringen, um Propagandamaterial hereinzuwerfen, dann werden die Kreise nie zu einer geschlossenen Aktion in ganz Bayern kommen. Ich bitte Sie also, den Weg einzuschlagen, den der Herr Präsident *Horlacher* vorgeschlagen hat und der wirklich gangbar erscheint. Es wäre dabei noch einmal ausdrücklich festzustellen, daß für die großstädtischen Bezirksverbände eine Sonderregelung zu treffen ist.

Noch ein Wort zu den Beiträgen. Aus meiner Erfahrung weiß ich, daß vor allem die minderbemittelten Kreise, vor allem die Flüchtlinge ihr Markerl Beitrag überall gern bezahlen.

*Kraus* (Würzburg): In Würzburg bestehen nicht drei Büros, sondern zwei, ein Büro in Würzburg mit dem Bezirksverband von Unterfranken, dem Würzburg-Land angeschlossen ist, ferner ein Büro Würzburg-Stadt. Es wäre sehr gut, wenn auch Würzburg-Stadt sich diesem Büro anschließen würde, weil die Büroräume ohnedies so beieinander liegen und sehr groß sind.

Auf der anderen Seite möchte ich noch erwähnen: Ich stehe auf dem gleichen Standpunkt wie Präsident *Horlacher*. Die Kreisverbände müssen etwas stärker gehalten wer-

den. Der Bezirksverband kann ohnedies von diesen 10% leben, weil die Kreisverbände die Plakatierung und alles tragen müssen.

(Zuruf: Wo denn? In den Städten nicht!)

Dr. *Geiselberger*: Meine sehr verehrten Herren! Ich habe den Eindruck, daß sich die Debatte bei jedem Paragraphen ausdehnt. Sie zerflattert. Ich würde deshalb doch vorschlagen, daß wir nur am Schlusse debattieren.

Ich hätte es begrüßt und ich glaube, die Sache wäre wichtig genug gewesen, wenn alle Teilnehmer der heutigen Versammlung eine Abschrift des Finanzstatutes in die Hand gedrückt bekommen hätten, um sich selbst vorher bereits das Statut zu Gemüte führen zu können.

Nachdem das nicht geschehen ist, glaube ich, daß wir die Befürchtungen des Herrn Ministers Dr. *Pfeiffer* durchaus teilen müssen, daß wir mit dieser Form der Debatte ins Uferlose kommen, wenn über jeden Paragraphen so lange debattiert wird wie allein über diesen Verteilungsschlüssel.

Ich würde deshalb vorschlagen, daß wir das Finanzstatut jetzt zur Kenntnis nehmen, es vorlesen lassen und am Schluß in eine allgemeine Gesamtdebatte über das Finanzstatut eintreten. Sonst kommen wir nach meinem Dafürhalten überhaupt zu keinem Ende und zu keiner anderen Arbeit.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist interessant, daß der Mann, der sich am Anfang selbst zu Wort gemeldet und eine gewisse Debatte über die Kreisverbände ausgelöst hat, nachher gern kürzen möchte.

Dr. *Geiselberger*: Welche Debatte habe ich ausgelöst?

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wäre infolgedessen zweckmäßig, nach demokratischen Grundsätzen ...

Dr. *Geiselberger*: Herr Vorsitzender, ich möchte ausdrücklich feststellen: Ich habe kein Wort über den Verteilungsschlüssel zwischen Kreisverband oder Bezirksverband oder Landesgeschäftsstelle gesprochen. Diese Debatte ist erst hernach ausgelöst worden. Ich habe nur gesagt, es wird grundsätzlich über das Finanzstatut eine Debatte zu pflegen sein. Sonst habe ich nichts gesagt. Über diesen Detailpunkt habe ich kein Wort gesagt. Das möchte ich ausdrücklich feststellen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist notwendig, eine gewisse Schlüsselung durchzuführen, und das Finanzstatut ist eben ein Statut. Es mag noch so unangenehm sein, die Paragraphen im einzelnen durchzugehen. Die Partei braucht eine finanzielle Grundlage.

Dr. *Horlacher*: Ich glaube, wenn wir den Paragraphen annehmen, wird es rascher gehen. Mir scheint wichtig zu sein, daß der Anteil der Kreisverbände und des Landesverbandes auf die gleiche Stufe von 40% gestellt wird. Dann können wir in der allgemeinen Debatte rasch darüber hinwegkommen. Auch scheint ein Zusatz notwendig, daß bezüglich der großstädtischen Bezirksverbände eine Sonderregelung vorbehalten bleibt. Das muß mit den großstädtischen Bezirksverbänden ausgehandelt werden. Da wollen wir keinen Beitragssatz festlegen.

Wie die Beträge eingezogen werden, ob mit Beitragsmarken oder zu einem Teil, ist gleich. Die Verluste müssen gleichmäßig in den Prozentzahlen mit enthalten sein, sonst kennt sich niemand aus. Die quotenmäßige Verteilung des Beitragsaufkommens muß so gehandhabt werden, wie die Beiträge aufkommen. Das braucht nicht beschlossen zu werden. Man kann protokollarisch feststellen, daß das so gemeint ist. Dann wäre man über diese Schwierigkeit auch hinweg.

Ich würde die allgemeine Debatte nicht so ausdehnen. Denn die anderen Paragraphen werden kein so großes Kopfzerbrechen machen.
*Euerl*: Ich verzichte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit ist die Rednerliste erschöpft. Ich würde vorschlagen, wir behalten uns vor, am Schlusse die Anträge stellen zu lassen, die aus der Debatte heraus notwendig erscheinen. Ich bitte zum nächsten Paragraphen überzugehen.
Dr. *Grasmann*: Es folgt § 5.

Umlagen, Sammlungen

(1) Die Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände können für besondere Zwecke Umlagen erheben und Sammlungen durchführen.
(2) Die Erhebung von Umlagen und [die] Veranstaltung von Sammlungen ist jedoch nur mit Zustimmung der Landesvorstandschaft gestattet. Die Landesvorstandschaft kann die Zustimmung mit Auflagen verbinden.

(Zurufe: Ausgeschlossen, unmöglich! Unruhe.)

Ich muß dazu sagen: Wenn wir anfangen, draußen regellos zu sammeln, kommen wir in sehr unglückliche Verhältnisse. Wir haben das schon erlebt. Es ist nicht schwierig anzufragen, und eine begründete Sammlung wird bestimmt nicht abgelehnt werden. Aber wir haben Fälle gehabt, wo gleichzeitig von verschiedensten Unterorganen Sammlungen veranstaltet worden sind, die durch Zufall an den Landesschatzmeister gekommen sind. Wir bekommen dadurch draußen eine derartige Regellosigkeit und Verstimmung, daß die jetzige Regelung zweckmäßig erscheint. Man kann sich doch nüchtern und sachlich darüber verständigen, ob man eine Sammlung durchführt oder nicht.

(Zuruf: Der Paragraph wird praktisch sowieso nicht durchgeführt.
Wenn wir den Paragraphen auch beschließen, macht
es trotzdem jeder Ortsverein wie er will.)

Dann können wir nichts machen. Aber wir müssen auf eine gewisse Disziplin halten. Wir haben in der kurzen Zeit von 13 Monaten schon die Erfahrung gemacht, daß sich Sammlungen direkt überschnitten haben. Sie müssen sich vorstellen, was das draußen für eine Verärgerung auslöst. Ich würde schon bitten, daß wir uns darüber verständigen. Wir sind ein Verein und wollen von oben nicht befehlen, sondern uns in jedem einzelnen Fall überlegen, ob eine Sammlung wichtig ist, ob sie zweckmäßigerweise auf eine breitere Plattform gestellt oder auf einen anderen Zeitpunkt verschoben wird.
*Fackler*: Darf ich auf ein praktisches Beispiel hinweisen? Der Vorsitzende des Ortsvereins wird 50 Jahre alt. Man will ihm ein Geschenk machen. Nach dieser Bestimmung hier muß man bei der Sammlung bei der Landesvorstandschaft anfragen.
Dr. *Grasmann*: Lieber *Fackler* ...
*Fackler*: Daraus ersehen Sie, wie am Schlusse alles Mögliche ins Lächerliche ausarten kann.
Ein anderes Beispiel: In unserem Kreisverband 2 in München haben wir eine Weihnachtsfeier mit Kinderbescherung durchgeführt. Wenn wir erst beim Landesverband angefragt hätten, ob wir die Dinge, die wir dazu gebraucht haben, sammeln dürfen, dann würden wir wahrscheinlich erst nächstes Weihnachten zu einer Weihnachtsbescherung kommen.

Dr. *Grasmann*: Meine Herren! Um diese Fälle handelt es sich doch bestimmt nicht. Wenn z.B. die Studentengruppe München oder wenn die Junge Union sammelt, ist es doch zweckmäßig, wenn man sich vorher darüber verständigt. Um diese Dinge handelt es sich. Es handelt sich nicht um die Fälle, daß Sie einem Vorsitzenden zum 50. oder 60. Geburtstag ein Geschenk machen wollen; das kann man doch nicht als Sammlung bezeichnen.
Über die Beitragsfrage kann man sich ja auch verständigen. Wir wollen ja keinen Wettlauf haben, daß der eine Bezirksverein eine große Weihnachtsveranstaltung macht und der andere nicht. Auch darüber sollte man sich in den Kreisen der Union verständigen.

(Zurufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. Man kann sich zum Wort melden, wenn man sprechen will; aber man soll nicht einen Vortrag in Form eines Zwischenrufes halten.
*A.W. Schmidt*: Darf ich vielleicht vorschlagen, daß statt "Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände" hier "Unterorganisationen der Partei" gesagt wird. Denn das Beispiel, das Herr Präsident *Grasmann* genannt hat, ist ja richtig, daß nicht Teile der Organisation der Union, wie z.B. die Junge Union oder die Studentengruppe, eine Extrasammlung veranstalten sollen. Dagegen sind die Ortsverbände doch kleine Organisationsgruppen, die etwas organisieren dürfen.
*Gamperl*: Ich möchte, nachdem ich das jetzt einige Zeit beobachte, doch den Antrag stellen, daß Zwischendebatten nicht mehr durchgeführt werden. Wer etwas zu bemerken hat, soll es sich notieren und bei der Schlußdebatte anbringen. Das erhebe ich zum Antrag.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde vorschlagen, daß wir zum nächsten Paragraphen übergehen, und wäre dankbar, wenn dann nur äußerstenfalls Zwischenanfragen gestellt werden. Ich glaube übrigens, daß größere Debatten durch die weiteren Paragraphen nicht mehr ausgelöst werden und daß wir dann in der Generaldebatte das große Waschen anfangen.
Dr. *Grasmann*:

§ 6

Aufnahmegebühren

(1) Die Ortsverbände bzw. Kreisverbände, soweit keine Ortsverbände bestehen, können die Erhebung einer Aufnahmegebühr von neueingetretenen Mitgliedern beschließen.
(2) Die Aufnahmegebühr verbleibt den Ortsverbänden. Über ihren Empfang ist auf der Vorderseite der Mitgliedskarte durch Eintragen des Betrages und Unterschrift zu quittieren.

§ 7

Legitimation

(1) Die Mitglieder legitimieren sich gegenüber den Verbänden und Organen der Union durch die Mitgliedskarte.
(2) Die Legitimation gilt nur dann als erbracht, wenn die Mitgliedskarte in allen Teilen ausgefüllt und über den zuletzt fälligen Betrag quittiert ist.

§ 8

Haushaltsführung

(1) Die Kreis- und Bezirksverbände sowie der Landesverband decken ihren Finanzbedarf durch die gemäß § 4 abzuführenden Beitragsanteile.
(2) Sie sind zur ordnungsgemäßen Buchführung verpflichtet.
(3) Die Verwaltung des Vermögens steht den Schatzmeistern zu.
(4) Die Orts-, Kreis- und Bezirksverbände sowie der Landesverband können vermögensrechtliche Verpflichtungen nur im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eingehen. Für vermögensrechtliche Nachteile, die der Union und ihren Unterverbänden aus der Nichtbeachtung dieser Vorschrift entstehen, haften die Mitglieder der Vorstandschaften, die die Verpflichtungen eingegangen sind, einzeln und insgesamt.
(5) Die Vorstandschaften beschließen, bis zu welchem Betrag der Schatzmeister Rechtsgeschäfte, die den Verband der Union, für den sie gewählt sind, vermögensrechtlich verpflichten, selbständig abschließen kann. Alle Rechtsgeschäfte und vermögensrechtlichen Willenserklärungen, die diesen Betrag überschreiten, müssen zuvor von der Vorstandschaft mit Dreiviertelmehrheit beschlossen sein. Sie bedürfen außerdem der Unterschrift des Vorsitzenden, des Schatzmeisters und eines weiteren Vorstandschaftsmitgliedes.

§ 9

Haushaltsplan

(1) Die Kreis- und Bezirksverbände sowie der Landesverband haben zu Beginn eines jeden Geschäftsjahres einen Haushaltsplan aufzustellen, der genaue Angaben über Herkunft und Höhe der Einnahmen sowie Höhe und Zweck der Ausgaben enthalten muß.
(2) Die Haushaltspläne sind nach dem Kontenplan der Landesgeschäftsstelle zu gliedern. Bei den Kreis- und Bezirksverbänden sind mindestens die Hauptgruppen dieses Kontenplanes vorzusehen:

I. Einnahmen:
   1) aus Aufnahmegebühren, Beiträgen und Umlagen von aus Aufnahmegebühren, Beiträgen und Umlagen von aus Aufnahmegebühren, Beiträgen und Umlagen von
      a) Kreisverbänden
      b) Bezirksverbänden
      c) Fraktionen
      d) Mitgliedern
   2) aus Vertrieb von Plakaten, Zeitschriften und Flugblättern
   3) aus geleisteter Werbung und Mitarbeit für die Unions-Presseorgane
   4) aus Spenden von:
      a) unmittelbaren Spendern
      b) Kreisverbänden als Ausgleich für nicht geleistete Beitragszahlungen
      c) Unterorganisationen der Union
      d) Sammlungen
   5) aus Darlehen (Kreditgewährungen)
   6) sonstigen Einnahmen.

II. Ausgaben:

1) Personenkosten
   a) Gehälter
   b) Honorare
   c) Aufwandsentschädigungen
   d) Vorschüsse
   e) Sozialabgaben
   f) erstattete Auslagen und Aufwandsentschädigungen an Mitglieder der Vorstandschaften gemäß §§ 13, 23 und 35 der Satzungen
2) Raumkosten
   a) Mieten
   b) Heizung, Beleuchtung, Reinigung
   c) Instandhaltung
   d) Sonstige Raumkosten
3) Kosten für Werbung und Reise
   a) Werbedrucksachen
   b) Plakate, Zeitschriften und Flugblätter
   c) Rednerhonorare
   d) Wahlpropaganda
   e) Repräsentationskosten
   f) Reisespesen
4) Kosten des Wagenparks
   a) Fahrzeugbeschaffung
   b) Wartung
   c) Betriebsstoff
   d) Ersatzteile
   e) Garagenmiete
   f) Kraftfahrzeugsteuer, Kraftfahrzeugversicherung
5) Allgemeine Verwaltungskosten
   a) Porto
   b) Telefon- und Telegrammgebühren
   c) Kosten des Geldverkehrs und Zinsen
   d) Zeitschriften, Zeitungen und Bücher
   e) Bürobedarf
   f) Schreib- und Übersetzungsarbeiten
   g) Fahrtkosten und Frachtkosten
   h) Versicherungsprämien ohne Kfz-Versicherung
   i) Anschaffung von Büromaschinen und Möbeln
   j) Miete für Büromaschinen und Möbel
   k) Abschreibungen
   l) außerordentliche Aufwendungen
   m) sonstige Verwaltungskosten
   n) Zinsen
   o) Rückzahlung von Darlehen
6) Der Haushaltsplan ist der nach §§ 23, 35 und 48 der Satzung zuständigen Versammlung zur Beschlußfassung vorzutragen und nach Genehmigung vom Vorsitzenden, Schatzmeister und Geschäftsführer zu unterschreiben.

7) Die Haushaltspläne der Kreis- und Bezirksverbände sind innerhalb einer Woche nach Genehmigung in Abschrift dem Landesverband zur Kenntnis zu bringen.

§10

Jahresrechnung

(1) Die Orts-, Kreis- und Bezirksverbände sowie der Landesverband haben am Schluß jeden Geschäftsjahres eine Jahresrechnung zu erstellen.
(2) Die Gliederung der Jahresrechnung muß der des Haushaltsplanes entsprechen (§ 9 des Finanzstatuts Abs. 2).
(3) Die Jahresrechnung ist der nach §§ 23, 33, 35 und 48 der Satzung zuständigen Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen und nach Genehmigung vom Vorsitzenden, Schatzmeister und Geschäftsführer zu unterschreiben.
(4) Die Jahresrechnung ist innerhalb einer Woche nach Genehmigung in Abschrift dem Landesverband zur Kenntnis zu bringen.
(5) Die Entlastung des Vorstandes und des Schatzmeisters obliegt der Mitgliederversammlung.

§ 11

Kassen- und Rechnungsprüfung

(1) Für die Kassen- und Rechnungsprüfung gelten die Bestimmungen des § 64 der Satzung.

§ 12

Auflösung

(1) Bei einer etwaigen Auflösung der CSU in Bayern bestimmt der Landesausschuß über die Verwendung des Vermögens.
(2) Bei Auflösung von Orts- oder Kreisverbänden geht deren Vermögen auf den Landesverband über.

§13

Finanzausschüsse

(1) Den Schatzmeistern der Kreis- und Bezirksverbände sowie des Landesverbandes sind Finanzausschüsse zur Seite zu stellen. Im Finanzausschuß des Landesverbandes ist dem verantwortlichen Leiter der Landesgeschäftsstelle Sitz und Stimme einzuräumen.
(2) Den Vorsitz führen die Schatzmeister.
(3) Die Finanzausschüsse haben die Aufgabe, die Schatzmeister zu beraten und zu unterstützen, insbesondere aber bei der Sicherstellung der Finanzierung der Aufgaben und Einrichtungen der Union tatkräftig mitzuwirken.
(4) Die Schatzmeister legen die Empfehlungen der Finanzausschüsse ihren Vorstandschaften zur Beschlußfassung vor.

§ 14

Gemeinsame Kreisgeschäftsstellen

(1) Wird für mehrere Kreisverbände eine gemeinsame Kreisgeschäftsstelle errichtet, so bestellen die beteiligten Kreisvorstandschaften aus ihrer Mitte einen

Vorsitzenden und einen Schatzmeister, denen die Leitung der Kreisgeschäftsstelle und die Überwachung der Finanzgebarung obliegt.

(2) Die Bestellung erfolgt für jeweils ein Geschäftsjahr.

(3) Die beauftragten Vorsitzenden und Schatzmeister sind an die gemeinsamen Beschlüsse der beteiligten Kreisvorstandschaften gebunden.

(4) Die Kreisgeschäftsführer haben die Weisungen der beauftragten Vorsitzenden und Schatzmeister nach den Bestimmungen ihrer Dienstordnung auszuführen.

§ 15

Inkrafttreten

(1) Dieses Finanzstatut tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1947 in Kraft.

(2) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nun würde ich vorschlagen, bevor wir in die Generaldebatte über das Finanzstatut eintreten, den Finanzbericht zu hören. *Schachtner* gibt den Finanzbericht der Partei.

*Schachtner*: Liebe Parteifreunde! Die Tagesordnung der heutigen Landesausschußsitzung sieht auch einen Bericht über die Unions-Finanzen vor.

Soviel mir bekannt ist, geschieht dies zum ersten Male. Es wäre daher nötig, einen Rechenschaftsbericht über das Geschäftsjahr 1946 und über das vergangene Jahr 1947 zu geben sowie einen Voranschlag für das Jahr 1948 vorzulegen. Dieser Zahlenstoff wäre aber derart umfangreich, daß er nicht, ohne Ermüdungserscheinungen auszulösen, vorgetragen werden könnte. Ich habe mir daher vorgenommen, Ihnen hauptsächlich einen vergleichenden Kassenbericht für das Jahr 1947 zu geben, dem die Einnahmen und Ausgaben des Vorjahres gegenüberstellt werden. Auf diesen Erfahrungswerten aufbauend, komme ich dann abschließend zu einem Voranschlag für das Jahr 1948.

Vorweg möchte ich sagen, daß bei der Darlegung der Unions-Finanzen keine Sensationen zu erwarten sind. Wir sind nicht überschuldet, wir schwimmen aber auch nicht im Geld, wie uns verschiedentlich nachgesagt wird. Wir schlagen uns recht und schlecht durch, wobei es uns nicht immer leicht fällt, die Einnahmen und Ausgaben in der Waage zu halten.

Seit 1. März 1946 führt die Landesgeschäftsstelle eine eigene Kasse und Bücher. Für die früheren Monate hat der Bezirksverband München die Kassengeschäfte der im Entstehen begriffenen Landesgeschäftsstelle geführt. Unsere Buchführung und die Abschlüsse entsprechen den handelsüblichen Grundsätzen und tragen sämtlich den Bestätigungsvermerk einer zugelassenen Treuhandgesellschaft. Durch die monatliche Berichterstattungspflicht an die Militärregierung sind wir außerdem gezwungen, kurzfristig unsere Kassen abzuschließen. Es ist daher möglich, den Kassenbericht bis einschließlich November 1947 zur Darstellung zu bringen.

Die Geschäftsstelle des Landesverbandes der Christlich-Sozialen Union in Bayern hat in den abgelaufenen elf Monaten rund RM 678.000 eingenommen und rund RM 668.000 ausgegeben.

Das Schwergewicht bei den Einnahmen stellen mit rund RM 243.000 oder 35,9% die Einnahmen aus Umlagen und Beiträgen. Mit enthalten sind in dieser Position RM 20.000, die uns die Landtagsfraktion zur Verfügung stellte. Bei der Beurteilung der Einnahmen aus Umlagen und Beiträgen ist zu berücksichtigen, daß bis heute noch kein Finanzstatut existiert, das die Finanzierung der Unions-Ausgaben sichern würde.

Ein vorläufiger Auszug aus einem noch zu genehmigenden Voranschlag der Landesgeschäftsstelle, der erst im Mai 1947 herausgegeben wurde, löste vielfach Widerspruch aus.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich unterbrechen. Es ist eine telefonische Anmeldung nach München getätigt worden; jemand von hier hat ein Gespräch angemeldet.
Staatsminister Dr. *Ankermüller*: Ich bin angesprochen worden, daß für mich ein Gespräch vorgelegen hätte; ich möge mich melden.
*Schachtner*: Einmal, weil er mitten im Jahr erschien, dann wegen des Normalsatzes von RM 1 und schließlich, weil er von keinem Führungsorgan der Union genehmigt war, also beinahe nach Diktat aussah. Um die Landesleitung nicht mittellos werden zu lassen, hat die Landesgeschäftsstelle zur Selbsthilfe gegriffen. Es ist ihr gelungen, laufend ordentliche Einnahmequellen zu erschließen und, was nicht ganz unbedeutend sein dürfte, Vorarbeit für das endgültige Finanzstatut zu leisten.
Verschiedentlich haben sich die Unionsmitglieder schon daran gewöhnt, daß die Union im Monat RM 1 wert ist. Die bisherigen Beitragsleistungen für das Jahr 1947 machen etwa 38% des Überweisungssolls aus. Da kein Rechtstitel für die Mitgliedsbeiträge 1947 besteht, ist dieses Ergebnis nach dem Grundsatz "besser fix wie nix" ganz erfreulich. Die oberpfälzischen und niederbayerischen Kreisverbände haben bereits über 67 bzw. 60% ihrer Soll-Beiträge für das Jahr 1947 bezahlt. Dabei ist zu bedenken, daß auch beim Vorliegen von Unionsbeschlüssen die Zahlungsfreudigkeit unserer Unterverbände nicht größer ist.
Ich nenne folgende Beispiele: Nach dem Beschluß eines erweiterten Arbeitsausschusses der Union wurden die Bezirksverbände für das erste Halbjahr 1946 verpflichtet, eine Umlage von je RM 3000 zu leisten. Sie ist im wesentlichen nicht eingegangen. Mit Rücksicht auf die Ungeklärtheit der Rechtslage sind die hierauf noch offenstehenden Forderungen gegen neun Bezirksverbände in der Bilanz 1946 nicht aktiviert worden. Der Beitragspflicht der Kreisverbände für das zweite Halbjahr 1946 liegt dagegen ein protokollierter Beschluß des erweiterten Landesausschusses vom 6. Juli 1946[5] zugrunde. Von einem Beitragssoll in Höhe von RM 168.000 gingen 1946 nur RM 54.000 ein, das sind 32,3%. Die noch ausstehenden Forderungen von Verbandsbeiträgen wurden in die Bilanz 1946 mit aufgenommen.
Zur zweitgrößten Einnahme-Quelle ist mit rund RM 120.000 oder 17,8% die sogenannte Abgeordneten-Umlage geworden, die auch als Spenden der Kreisverbände zum Ausgleich für nicht geleistete Beitragszahlungen bezeichnet wird. Auch um diese Finanzquelle herum entstand viel Wind. Sie sollte in gemeinsamer Zusammenarbeit zwischen den Abgeordneten und deren Stimmkreisen aufgebracht werden. Die Belastung ist je nach der Spanne zwischen tatsächlichem Mitgliederstand und dem Soll-Mitgliederstand von 8% der Unionswähler recht unterschiedlich. Sämtliche Kreise mit überdurchschnittlicher Durchsetzung kommen mit niedrigeren Anteilen an der Gesamtumlage davon, während diejenigen Bezirke, die noch nicht den allgemeinen Durchsetzungsgrad erreicht haben, eine höhere Umlagelast zu tragen haben. Bei 46 von 180 Kreisverbänden scheint die Zusammenarbeit mit den Abgeordneten oder Nachfolgemännern nicht zu funktionieren, da sie von ihrer Umlagelast überhaupt noch nichts abgedeckt haben.
Mit ziemlich gleich großen Beträgen erscheinen die Einnahmen aus dem Vertrieb von Plakaten, Zeitschriften, Flugblättern sowie die Einnahmen aus geleisteter Werbung

[5] In der Vorlage: "1947", offensichtlich ein Schreibfehler.

und redaktioneller Mitarbeit für die Bayerische Rundschau. Es sind dies jeweils über RM 100.000 oder rund je 15% der Gesamteinnahmen. Unsere Forderungen gegenüber den Bezirks- und Kreisverbänden, vor allem aus Plakatrechnungen, bestimmten das Bild der Vorjahres-Bilanz. Die starke finanzielle Beanspruchung der Unterverbände infolge der Wahlkämpfe hatte den schleppenden Zahlungseingang verursacht. Wir haben daher bei den Abschluß-Besprechungen die Ansicht vertreten und durchgesetzt, daß diese Forderungen voll aktiviert werden. Die Entwicklung im neuen Jahr hat uns recht gegeben. Es sind insgesamt nur noch RM 3494 an Plakatschulden aus dem Jahre 1946 offen. Das scharf durchgeführte Mahnwesen der Landesgeschäftsstelle hat nicht unwesentlich dazu beigetragen.
Nicht unbeachtlich sind die Erlöse aus dem Verkauf von Unions-Bausteinen, der erst vor drei Monaten begonnen hat und der Landesgeschäftsstelle inzwischen immerhin über RM 61.000 erbrachte. Berücksichtigt man, daß nur die Hälfte des Nennwertes der Landesgeschäftsstelle zufließt, dann zeigt sich, daß bereits für mehr als RM 120.000 Unions-Bausteine verkauft wurden. Innerhalb der Gesamteinnahmen stellt diese Einnahmequelle fast ein Zehntel dar. Das Vertriebsgeschäft hat sich gut angelassen und uns schöne Beispiele selbstloser Unionsarbeit geliefert.
Die Größenordnungen der übrigen Einnahmeposten, wie die der Kreditgewährung, der unmittelbaren Spenden, der Spenden der Ausschüsse und der Jungen Union sowie der sonstigen Einnahmen, sind unerheblich.
Ein Vergleich mit dem Vorjahr zeigt, daß die Einnahmen um 46% erhöht werden konnten. Bei den vergleichbaren Einnahmeposten haben nur die Erträge aus Umlagen und Beiträgen eine Zunahme erfahren. Mit welcher Unsumme von Klein- und Mahnarbeit die Steigerung dieses Einnahmepostens erreicht werden konnte, können nur die unmittelbar Beteiligten ermessen. Die Einnahmen aus dem Vertrieb von Plakaten, Zeitschriften und Flugblättern bleiben etwa um 15% hinter denen des Vorjahres. Bekanntlich wurden von er Landesgeschäftsstelle für die Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung und zum Landtag 403.717 Plakate sowie 4.508.150 Flugblätter und Bandstreifen zentral beschafft und verteilt. Die in Rechnung gestellten Preise bewegten sich für Plakate zwischen 15 und 25 Pfennig je Stück, für die Flugblätter zwischen RM 6,20 und RM 7,20 je 100 Stück. Unter Berücksichtigung der Fertigungskosten verbleibt der Landesgeschäftsstelle zur Bestreitung der Verwaltungs- und Vertriebskosten eine Spanne von nur 16% des Gesamterlöses.
Die Mittel, die uns von der Bayerischen Rundschau zuflossen, erscheinen um 37% gekürzt. Ursachen sind einmal die vorgenommenen Papierkürzungen und die damit verbundenen Auflagenminderungen sowie die Tatsache, daß die beim Jahresabschluß erscheinenden größeren Zuschüsse für die Partei noch nicht festgestellt bzw. überwiesen wurden. Im gleichen Maße bleiben die Erträge aus unmittelbaren Spenden hinter dem Aufkommen des Vorjahres zurück, erklärlich, da für die völlig neu erscheinenden Ertragspositionen, wie die Abgeordneten-Umlage, Unions-Bausteine, Spenden der Ausschüsse und der Jungen Union, der Kreis der Unions-Spenden schon erfaßt wurde.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Wie hoch ist der Betrag von der Rundschau?)

Das gebe ich anschließend [bekannt], Herr Staatsminister. - Wir haben in den Dienst der Finanzwerbung auch die Treibstoffzuteilungen gestellt, sicher eine nicht ganz moralische Maßnahme. Es ist aber auch die einzige Gegenleistung, die die Landesleitung an gut zahlende Kreisverbände zur Verfügung stellen kann. Um die Meinung über die

monatlichen Treibstoffprämienberechnungen zu erforschen, haben wir im letzten Arbeitsbericht den Kreisverbänden die Frage vorgelegt, welche Maßstäbe sie für die monatlichen Treibstoffzuteilungen vorschlagen würden. Nach den eingegangenen Berichten sind mit dem bisherigen Verfahren 39 Kreisverbände voll einverstanden. Das bisherige Verfahren wird von zehn Kreisverbänden abgelehnt, und neue Vorschläge wurden von 59 Kreisverbänden eingereicht. Diese neuen Vorschläge sind so widerspruchsvoll und in ihren Kombinationen so weitgehend, daß wir beim besten Willen den Wünschen nicht gerecht werden können. Da unsere Treibstoffzuteilungen die Zahl der politischen Gemeinden, die bestehenen Ortsverbände, die Zahl der Unionswähler, die Organisationsdichte, die Mitgliederzunahme und die Durchsetzung der Unions-Wähler mit Mitgliedern berücksichtigten, wird der Mehrzahl der Vorschläge bereits Rechnung getragen. Die geforderten Mengen sind aber derart hoch, daß die der Landesgeschäftsstelle zugeteilten Kontingente nicht annähernd zu ihrer Abdekkung ausreichen würden. Wir haben nicht die Absicht, freiwillig von dem bisher geübten System, auch nach dem Eingang der Gelder zu verteilen, ganz abzugehen, da es der Union zur wesentlichen Verstärkung ihrer Finanzkraft verhilft.
Sie werden mit Recht fragen: "Wo bleibt das viele Geld?" Die Antwort erhalten wir bei der Betrachtung der Ausgabenseite. Die Personalkosten, die fast drei Viertel der aufgewendeten Gelder einnehmen, sind der Hauptposten unserer Ausgabenseite. Die Union spielt als Arbeitgeber für etwa 150 Personen keine unbedeutende Rolle. Sehr zu meinem eigenen Leidwesen sind wir durch diese fixen Kosten in der eigentlichen Parteiarbeit sehr gehemmt. Es wäre nach Beendigung der organisatorischen Anlaufzeit ein Weg zu suchen, der uns in dieser Hinsicht entlastet. In den vergangenen elf Monaten sind für Personalkosten über RM 482.000 ausgegeben worden. Die ausschließliche Beschäftigung hauptamtlicher Kreisgeschäftsführer scheint noch nicht die Ideallösung der Parteiapparatur zu sein. Ob es die gemeinsame Geschäftsführung benachbarter Kreisverbände oder die nebenamtliche Weiterbetreuung durch die bisherigen Geschäftsführer nach deren Unterbringung in gesicherte Positionen ist, das ist die Frage. Vielleicht können Sie uns in dieser Richtung Ihre Vorschläge machen. Den bisher gezahlten Gehältern ist die Tarifordnung für Angestellte im öffentlichen Dienst zugrunde gelegt. Die Bruttogehaltsaufwendungen der Landesgeschäftsstelle betragen im Monatsdurchschnitt 1947 RM 47.000. Davon entfallen 75% auf die Kreis- und Bezirksgeschäftsstellen. In drei Bezirke der Union (nach Mittelfranken, der Oberpfalz und Schwaben) fließen höhere Gehaltsaufwendungen, als von diesen Gebieten an Zahlungen geleistet werden. Die Kosten für Werbung und Reise betragen rund RM 77.000, sind also in einer Höhe angefallen, die diesen Titel mit 11,5% bereits an die zweite Stelle rücken läßt. Dabei sind wir ständig bemüht, die Reisetätigkeit aus Kostengründen zu drosseln. Nicht immer läßt sich das bei den Aufgaben, die der Union gestellt sind, rechtfertigen, und nicht immer fällt es uns leicht, die Flüchtlingssachbearbeiter auf ihre Reisespesen, die sie oft selbst vorschießen, warten lassen zu müssen. Die Allgemeinen Verwaltungskosten betragen rund RM 51.000 oder 7,6% aller Ausgaben. Sie umfassen die nicht unerheblichen Telefon- und sonstigen Postkosten, den Bürobedarf, die Schreib- und Über-setzungsarbeiten usw. Zu diesen Ausgaben wird bei der Besprechung des vorgeplanten Finanzhaushaltes 1948 näheres zu sagen sein.
Der Vergleich mit den Vorjahreszahlen zeigt, daß uns die Aufwendungen für die beschäftigten Mitarbeiter in die Steigerung der Kosten hineingebracht haben. Sie sind in den vergangenen elf Monaten um 149% höher als im Vorjahr. Die Aufwendungen für

Werbung und Reise übertreffen diese Zuwachsquote. Sie sind um 290% höher angefallen.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Summe?)

Gebe ich auch an, Herr Staatsminister. Für den im denkbar schlechten Zustand befindlichen Wagenpark sind Kosten im neuen Jahr entstanden, die um 137% über denen des Vorjahres liegen.

Die Raumkosten treten mit einer Erhöhung um 63% in Erscheinung. Die Allgemeinen Verwaltungskosten und die sonstigen Ausgaben bleiben unter dem Vorjahresniveau.

Ich komme jetzt zur Vorplanung für das Jahr 1948. Die bisher gesammelten Erfahrungswerte geben uns Anhaltspunkte für eine voraussichtliche Haushaltsrechnung des Jahres 1948. Der Voranschlag für die Landesgeschäftsstelle der Christlich-Sozialen Union schließt mit einer Gesamtausgabensummme von RM 947.000, nähert sich also ganz beachtlich der Millionengrenze. Für den Außenstehenden zunächst ein ungeheurer Betrag, der auf einen Inflationshaushalt schließen läßt. Durch die bestehenden Geldverhältnisse ist zweifellos der wahre Geldbedarf der Union verdeckt. Wenn wir jedoch die Wählerzahlen oder die Mitgliederzahlen heranziehen, dann zeigt sich, daß die Landesgeschäftsstelle für das Jahr 1948 pro Unionswähler einen Ausgabenbetrag von 59 Pfennig und pro Unionsmitglied von ca. RM 12 veranschlagt. So gesehen, erscheint uns - bei Berücksichtigung der politischen Aufgaben, die der Union gestellt sind - die Ausweitung des Finanzhaushaltes durchaus nicht als zu hoch. Voraussetzung für die Abdeckung der Ausgaben ist die Intensivierung der Finanzwerbung.

Liebe Parteifreunde! Gestatten Sie mir nun noch einige Erläuterungen zum Voranschlag der Haushaltsrechnung. Als ordentliche Aufwendungen sind vorgesehen insgesamt RM 858.000, und zwar zunächst für die Büros der Ausschüsse und der Jungen Union RM 5000, für die Landesgeschäftsstelle selbst 368.000 oder 39% der Ausgabenseite, für Personalkosten der Bezirks- und Kreisgeschäftsführer sowie deren Hilfskräfte RM 485.000, also insgesamt RM 858.000. Die Aufwendungen für die Arbeitsgemeinschaft der Jungen Union belaufen sich in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Oktober 1947 auf RM 4000, für das Parlament der Jungen Union auf RM 1300 und für den Wirtschaftspolitischen Ausschuß auf RM 700. Von diesen Kostenstellen sind im gleichen Zeitraum über RM 3500 als Spenden eingegangen, so daß die Aufwendungen innerhalb vier Monaten netto RM 2500 betragen.

Die auf das Büro der Ausschüsse und der Jungen Union und auf das Parlament der Jungen Union entfallenden Personalkosten sind in den Personalkosten der Landesgeschäftsstelle mit enthalten.

Nach dem Personalstand vom 31. Oktober 1947 wurden bei der Landesgeschäftsstelle 40 Personen beschäftigt. Dieser Personalstand wurde auch dem Voranschlag zugrundegelegt, ebenso das bisher gezahlte Durchschnittsgehalt von monatlich RM 350. Die Ausrechnung sieht also wie folgt aus: 40 Beschäftigte je RM 350 in zwölf Monaten ergibt RM 168.000 zuzüglich 5% gesetzliche soziale Abgaben RM 8400, plus freiwillige soziale Aufwendungen für Verpflegung und Sonstiges RM 5600. Hinzukommen noch Honorare für gelegentliche Mitarbeit RM 10.000, ergibt zusammen RM 192.000. Für Raumkosten sind RM 16.000 vorgesehen.

Unter Zugrundelegung der bisherigen Aufwendungen entfallen davon auf die Miete Paul-Heyse-Straße RM 3960, auf die Miete Herrnstraße RM 3600. An Reinigungskosten werden RM 3000, für Heizung und Beleuchtung RM 3500, für Instandhaltung und sonstige Raumkosten RM 1500 angenommen.

Der veranschlagte Betrag für Werbung und Reise in Höhe von RM 82.000 gliedert sich aufgrund der Erfahrungswerte wie folgt: Reisespesen RM 55.000, Zeitungen, Zeitschriften und Bücher als Eigenbedarf RM 5000, Plakate und Flugblätter RM 15.000, Werbedrucksachen RM 2500, Rednerhonorare RM 2000, Nebenkosten für Versammlungen RM 2000, Repräsentationskosten RM 500.
Der veranschlagte Betrag für Kraftfahrzeugkosten in Höhe von RM 32.000 entspricht ebenfalls den bisherigen Aufwendungen. Es sind vorgesehen für Betriebsstoffe RM 15.000, für Kraftfahrzeugsteuer, Gebühren und Versicherungsprämien RM 2500, Ersatzteile und Instandsetzungen RM 12.500, Garagenmieten, Reinigung und Sonstiges RM 2000.
Die Allgemeinen Verwaltungskosten in ihrer Gesamthöhe von RM 46.000 basieren gleichfalls auf den bisherigen Aufwendungen und verteilen sich auf folgende Einzelbeträge: Telefon- und Telegrammgebühren RM 20.000, Porti- und sonstige Postkosten RM 10.000, Kosten des Geldverkehrs RM 300, Bürobedarf RM 6000, Schreib- und Übersetzungsarbeiten RM 2000, sonstige Verwaltungskosten RM 6500.
Den letzten und größten Posten innerhalb der ordentlichen Aufwendungen machen die Personalkosten der Bezirks- und Kreisgeschäftsführer und deren Hilfskräfte mit RM 485.000.
Die Landesvorstandschaft hat gemäß § 63 der Satzung das Recht zur Errichtung von Bezirks- und Kreisgeschäftsstellen mit der Maßgabe, daß das Personal dieser Geschäftsstellen durch die Landesvorstandschaft angestellt und bezahlt wird. Nach dem Stichtag vom 31. Oktober 1947 befanden sich im Anstellungsverhältnis bei der Landesgeschäftsstelle acht Bezirksgeschäftsführer, fünf Hilfskräfte und 97 Kreisgeschäftsführer. Für den Voranschlag sind die Bezirksgeschäftsführer und deren Hilfskräfte mit je zehn angesetzt, da die bisherigen praktischen Erfahrungen die Notwendigkeit der Besetzung dieser Stellen seitens der Landesgeschäftsstelle bewiesen haben. Dagegen wird es voraussichtlich nicht notwendig sein, die bisher erreichte Zahl der Kreisgeschäftsführer noch nennenswert zu erhöhen, so daß diese Zahl im Voranschlag nur mit 100 statt der urspünglich angestrebten Endzahl von 125 Kreisgeschäftsführern angesetzt wurde.
Nach diesen Grundlagen und unter Beibehaltung des bisherigen durchschnittlichen Gehaltsniveaus errechnet sich folgender Gehaltsaufwand: Für zehn Bezirksgeschäftsführer mit einem Durchschnittsgehalt von RM 550 in zwölf Monaten RM 66.000, für 100 Kreisgeschäftsführer sowie zehn Bezirkshilfskräfte bei einem Durchschnittsgehalt von RM 300 in zwölf Monaten RM 396.000, zusammen RM 462.000. Hinzuzurechnen sind 5% gesetzliche soziale Abgaben, das sind RM 23.000, so daß sich der Personalaufwand für Bezirks- und Kreisgeschäftsführer sowie deren Hilfskräfte auf RM 485.000 beläuft.
Neben den wiedergegebenen ordentlichen Aufwendungen von RM 858.000 rechnen wir mit außerordentlichen Aufwendungen im Jahre 1948 in einer Gesamthöhe von RM 89.000. Zunächst haben wir an weitere Anschaffungen von Büromaschinen und Büromöbeln gedacht. Es ist beabsichtigt, 15 Schreibmaschinen [für] je RM 350, also für RM 5250, und diverse Büromöbel sowie sonstiges Büroinventar im Gesamtwerte von RM 4750 anzuschaffen, zusammen also für RM 10.000.
Der größte Teil der neuzubeschaffenden Büromaschinen soll den Bezirks- und Kreisgeschäftsstellen zur Verfügung gestellt werden. Weiter ist im Hinblick auf den unbefriedigenden Zustand der zur Zeit bei der Landesgeschäftsstelle laufenden Kraftfahrzeuge und der sich daraus ergebenden hohen laufenden Instandsetzungskosten die

Beschaffung eines Personenkraftwagens aus neuer Fertigung in Aussicht genommen. Den größten Betrag innerhalb der voraussichtlichen außerordentlichen Aufwendungen nimmt der geplante Ausbau des Büros München Paul-Heyse-Straße 29-30 ein, der mit RM 60.000 veranschlagt wird. Es handelt sich um den Ausbau des zweiten Stockes und des Dachgeschosses, die für die Dauer von zehn Jahren gemietet wurden. Dabei übernimmt die Union die gesamten Ausbaukosten, zu deren Abgeltung ihr auf die Dauer von zwei Jahren Mietfreiheit gewährt wird. Als außerordentliche Aufwendungen wird weiterhin eine Teilrückzahlung des im Jahre 1947 aufgenommenen Betriebskredites vorgesehen.
Die Zuschüsse, die der Landesschatzmeister und der Landesvorsitzende im Laufe des Jahres 1946 zunächst in Form von Darlehen gegeben haben, bleiben bis zur endgültigen Ausbuchung in der Schwebe. Die dem Bezirksverband München gestundeten Beträge sind durch einen gemeinsamen Kontenabgleich aus der Welt geschafft worden.
Von dem am 30. Januar 1947 ebenfalls durch den Landesschatzmeister aufgenommenen Betriebskredit in Höhe von RM 30.000 bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank München wurden im Jahre 1947 bereits RM 5000 zurückgezahlt, so daß derselbe noch mit RM 25.000 zu Buch steht. Als Teilrückzahlung im Jahre 1948 sind RM 10.000 roh veranschlagt. Die gesamte Rückzahlung sollte, sobald es die Kassenlage erlaubt, erfolgen.
Dies hängt aber letzten Endes von der allgemeinen Entwicklung der Aufwendungen und Erträge ab. Bei den hohen Bankzinsen wäre eine möglichst schnelle Abdeckung anzustreben.
Als letzter außerordentlicher Ausgabeposten erscheint mit RM 5000 eine Teilabschreibung auf die im Jahre 1946 angeschaffte Betriebs- und Geschäftsausstattung.
Im Geschäftsabschluß steht das im Jahre 1946 angeschaffte Anlagenvermögen bei einem Anschaffungswerte von RM 19.000 noch mit rund RM 17.000 zu Buch. Hiervon sind zur Tilgung im Jahre 1947 RM 7000 vorgesehen, so daß das Anlagevermögen am 1. März 1948 voraussichtlich einen Buchwert von RM 10.000 darstellt. Dieser Betrag soll im Laufe von zwei Jahren abgeschrieben werden. Die ab 1. Januar 1947 vorgenommenen Anschaffungen sollen nach Möglichkeit in den Jahren, in welchen die Anschaffungen jeweils erfolgten, zur Gänze abgeschrieben werden.
Alle diese Aufwendungen, die sich nach den bisherigen Erfahrungen mit größter Wahrscheinlichkeit in der dargestellten Größenordnung im kommenden Etatjahr einstellen werden, abzudecken, ist das Problem der Unionsfinanzierung. Wir müssen uns klar darüber sein, daß die Finanzierung politischer Parteien immer und überall - selbst in dem reichen Amerika - Schwierigkeiten bereitet. Die Union, die in Bayern stimmenzahlmäßig die stärkste Partei ist, gehört mitgliedermäßig gesehen zu den ärmsten. Dabei ist die Union mit anderen Parteien der jetzigen Zeit oder der Vorzeit, etwa mit der Bayerischen Volkspartei, auch in finanzieller Hinsicht nicht mehr zu vergleichen.
Tatsache ist, daß uns das Gesetz des Handelns vielfach von unseren Gegnern aufgezwungen wird. Meist sind auch die Ausgaben schon entstanden und der verantwortliche Leiter der Kassengeschäfte muß nachträglich sehen, wie er das Geld dafür herbringt.
Die Unionskasse ist sehr konjunkturempfindlich. Sie registriert alle Ausschläge der politischen Situationen. Bei guter Unionspolitik werden wir auch gesunde Unionsfinanzen haben.
Zur Finanzierung im Jahre 1948 sind Einnahmen in einer Gesamthöhe von RM 940.000 zu Soll gestellt. Die einzigen ordentlichen Einnahmen sind die Erträge aus

den Mitgliederbeiträgen. Nach dem vorläufigen Finanzstatut soll der Landesgeschäftsstelle die Hälfte der von den Mitgliedern zu zahlenden Beiträge zufließen. Bei der Zahl von rund 80.000 Unionsmitgliedern ergibt dies bei dem angenommenen Normalbetrag von RM 12 im Jahr RM 480.000. Welche Beträge die Bezirks- und Kreisverbände an die Landesgeschäftsstelle in Zukunft abzuführen haben, ist für die künftige Finanzgebarung ebenso entscheidend wie die Pünktlichkeit, mit welcher der Landesgeschäftsstelle diese Beträge zufließen.
Stellt man zum Vergleich diesen ordentlichen Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen nur die vorgeplanten reinen Personalkosten in Höhe von RM 677.000 gegenüber, dann sehen wir das Kernproblem der Unionsfinanzierung. Den allzu stürmischen Einwendungen unserer Unterverbände, die da glauben, die Landesleitung der Christlich-Sozialen Union könnte allein bei dem augenblicklichen Stand ihrer Mitglieder durch die Beiträge finanziert werden, sollen diese Zahlen entgegengehalten werden.
Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich Ihnen die Tatsache bekenne, daß die stimmzahlmäßig stärkste Partei Bayerns, die Christlich-Soziale Union, mitgliederschwach ist. Inwieweit es uns gelungen ist, die Unionsanhängerschaft für die Unionsmitgliedschaft zu gewinnen, können wir bei Gegenüberstellung der Wählerstimmen mit den Mitgliederzahlen der Union messen. Dabei müssen wir leider feststellen, daß der Erfolg der Wahlarbeit und der Stand der Mitgliederwerbung noch weit auseinanderliegen. Es ist jedem Eingeweihten bekannt, daß nach wie vor eine große Partei[en]scheu im Volke steckt. Aber haben wir auch immer und überall alles getan, um dieser Furcht zu begegnen?
Nimmt man die Intensität der Mitgliederwerbung unter die Lupe, dann kann man feststellen, daß der Durchsetzungsgrad mit Unionsmitgliedern noch vielfach sehr gering ist. Er beträgt im Landesdurchschnitt erst 5%, das heißt also, daß erst jeder zwanzigste Unionswähler Unionsmitglied ist. Um die Parteistärke der SPD zu erreichen, die bei der Wahl mit 722.000 Stimmen hinter der Union zurückblieb, müßte die Unionsmitgliederzahl etwa 8% der Unionswähler ausmachen. Um diese Größenordnung zu erreichen, müßten im gesamten Land Bayern noch 47.000 neue Mitglieder geworben werden. Wird das bisherige Tempo der Mitgliederwerbung beibehalten, dann benötigen wir fast noch einmal ein Jahr, um die SPD-Stärke zu erreichen. Sie kennen vielleicht alle die Äußerung von Oberst *Burns*, wonach die Militärregierung der Meinung ist, daß nur dann, wenn mindestens 50% der Wähler auch gleichzeitig Mitglieder seien,

(Allgemeine Heiterkeit.)

bei der Kandidatenaufstellung der Wille der Wählerschaft in ausreichender Weise zum Ausdruck kommt.
Wenn wir diese allzu optimistische Vorstellung auch nicht erreichen werden, so ist dem doch zu entnehmen, daß auch für Union die Mitgliederwerbung im Interesse der Demokratie und wahren Vertretung des Wählerwillens dringend notwendig ist.
Es ist auch nicht so, daß die Landesleitung allein wegen der Beiträge auf Mitgliederwerbung ausgeht. Unsere Wahlstatistik bestätigt uns nämlich, daß eine größere Parteimitgliederschaft im allgemeinen eine sichere Zahl von Stimmen bedeutet.
Nach diesem statistischen Exkurs kommen wir zu unseren voraussichtlichen Einnahmen im Jahre 1948 wieder zurück. Für die Werbung und redaktionelle Mitarbeit an der Bayerischen Rundschau und den übrigen Unionspresseerzeugnissen rechnet die Landesgeschäftsstelle mit einem Jahresertrag von RM 100.000.

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Welche Summe wurde im abgelaufenen Jahr abgeführt?

*Schachtner*: Im abgelaufenen Jahr wurden von der Bayerischen Rundschau RM 108.000 an die Landesgeschäftsstelle abgeführt. Dabei wird angenommen, daß dem Verlag Bayerische Rundschau im kommenden Jahr etwa die gleichen Papierkontingente zur Verfügung stehen wie im zweiten und dritten Quartal 1947 und die vertraglich vereinbarten Abrechnungssätze von 1,2 Pfennig je Unions-Mitteilung und von 4,0 Pfennig je Bayerische Rundschau zugrunde gelegt werden. Die für das zweite Halbjahr 1946 erfolgte Nachvergütung über die vorgenannten Sätze hinaus ist unberücksichtigt geblieben, da noch ungewiß ist, inwieweit mit einer solchen gerechnet werden kann.

Als größter Einnahmeposten erscheint in unserem Haushaltsvoranschlag der Erlös aus dem Verkauf von Unions-Bausteinen, RM 250.000. Von den im Herbst 1947 gedruckten Unions-Bausteinen mit einem Gesamtnennwert von RM 690.000 wurden an Bezirks- und Kreisgeschäftsstellen Bausteine im Nennwerte vom RM 551.000 zum Vertrieb übergeben. Nach dem Kassenbericht für die Monate Januar bis November 1947[6] sind der Landesgeschäftsstelle bis jetzt über RM 61.000 zugeflossen. Es sind demnach, da ja nur die Hälfte des Aufkommens der Landesgeschäftsstelle überlassen wird, Bausteine im Werte von mehr als RM 122.000 bereits verkauft worden. Es wird notwendig sein, mit größtem Nachdruck darauf hinzuarbeiten, daß die Gesamtauflage im Laufe des Jahres 1948 zum Verkauf gelangt.

Unmittelbare Spenden können nach den bisherigen Erfahrungswerten in einer Höhe von RM 10.000 erwartet werden. Aus Spenden als Ausgleich für nichtgeleistete Beitragszahlungen, also auf die sogenannte Abgeordnetenumlage, müssen noch RM 100.000 eingehen. Die Gesamthöhe der unseren Abgeordneten und ihren Stimmkreisen auferlegten Umlage beläuft sich auf rund RM 387.000. In acht Monaten gingen hier schon RM 108.000 ein. Am 1. Januar 1948 werden schätzungsweise noch für RM 250.000 Abgeordnetenumlagen offenstehen. Bei genügendem Nachdruck darf damit gerechnet werden, daß im Jahre 1948 der veranschlagte Betrag der Landesgeschäftsstelle zur Verfügung gestellt wird. Eine besondere Unterstützung in dieser Richtung wäre für uns ein Hinweis seitens der Fraktionsleitung.

Bei der Aufstellung des Voranschlags der Haushaltsrechnung für das Jahr 1948 blieben unberücksichtigt die Beschaffung und der Vertrieb von entgeltlichem Werbematerial, da sich der Umfang dieser Werbemaßnahmen nicht vorausschätzen läßt. Die dabei entstehenden Erlöse werden sich, wie die Erfahrungen aus dem Jahr 1946 zeigen, decken. Ferner blieben außer Ansatz Sonderaufwendungen für etwaige Wahlgänge, da sich deren Umfang ebenfalls nicht im voraus abschätzen läßt. Ebenso Einnahmen aus rückständigen Mitgliedsbeiträgen, da voraussichtlich am Ende des Jahres 1948 noch rückständige Beiträge für 1948 gleichfalls unberücksichtigt bleiben.

Der Haushaltsplan wurde aufgestellt, ohne das endgültige Finanzstatut zu kennen. Es ist demnach eine ausreichende Beweglichkeit zu belassen. Für eine Reserven- oder Kapitalbildung sind noch nicht die geringsten Ansätze gemacht. Sie werden daher meinen Wunsch verstehen, wenn ich Sie am Schluß meiner Ausführungen bitte, uns nicht allein zu lassen, sondern mitzuhelfen, daß die Union, die so reich an personellen und ideellen Werten ist, auch an Geldwerten bereichert wird.

(Beifall.)

[6] In der Vorlage: "1945". Mit dem Verkauf der Bausteine wurde erst 1947 begonnen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Man muß oft sagen: Laßt Zahlen sprechen. In diesem Falle war es notwendig, daß einmal die Zahlen für sich und die Arbeit gesprochen haben, die geleistet wurde.

Ich fühle mich verpflichtet, Ihnen etwas zu erklären. Es gab in der Vergangenheit manche Leute, die damals, als noch die Dissonanzen da waren, geglaubt haben, auch von der Geldseite her innerhalb der Partei Politik machen zu können. Die Leute vergessen, daß sie im Rahmen der Gesamtpartei sich selbst schaden, wenn sie der Partei dadurch schaden, daß sie ihr den Kredit nehmen. Die unsinnigsten Gerüchte sind durch das Land getragen worden. Ich wurde mindestens zehn, zwölfmal von außerhalb der Partei stehenden Leuten darauf angesprochen, ob es stimme, daß die Partei Schulden von 700 bis 800.000 Mark habe.

Auf der anderen Seite sah ich mich sogar veranlaßt, das Ehrengericht in einem Bezirk in Anspruch zu nehmen, weil ein Parteifreund erklärt hatte, daß ich nicht die Partei als solche, aber doch meine Politik mit Beiträgen aus russischer Quelle finanzieren würde. Es wurde die Summe von drei bis vier Millionen Mark genannt, wobei dann Sonderzuwendungen gegeben wurden. Wir konnten wirklich sagen, in diesen Zeiten ist nichts unsinnig genug, um verbreitet und geglaubt zu werden. Unzweckmäßig ist es bestimmt von jedem, wenn er über diese nüchternen Angelegenheiten draußen so spricht, daß die Partei und die Gebefreudigkeit der Leute leidet.

Wir haben, wie Sie gehört haben, einen Mitgliederstand von etwa genau 82.000. Nicht alle zahlen. Sie wissen, daß die Flüchtlinge eventuell ausgenommen werden können. Aber ich darf hier feststellen, die Beobachtung hat gezeigt, daß die Flüchtlinge fast durchwegs ihre Beiträge besser bezahlen als viele andere, die einen dicken Geldbeutel haben.

(Hört, hört!)

Ebenso ist festzustellen, daß die armen Arbeiter, die sich schwer tun, mindestens genausogut zahlen wie manche Leute draußen auf dem Lande, denen es nicht so schwer zu fallen bräuchte.

Wenn wir den Mitgliederstand betrachten, müssen wir sagen: Eigentlich handelt es sich bei 82.000 Mitgliedern noch nicht um eine Partei, die so konsolidiert ist, daß die Mitglieder tragend sein werden. Es hat sich gezeigt, daß die Union zunächst eine Sammelpartei war, daß die Partei in ihrer Größe fast eine Art Volksbewegung in gutem Sinne des Wortes war, getragen zunächst aus dem Ideellen heraus. Wir können und wir müssen unsere Idee vertreten. Aber wir können mit der Idee allein keine Politik machen.

Eine Partei muß betrachtet werden als eine Gruppierung von Menschen im öffentlichen Leben, die eine Idee durchsetzen wollen. Aber auf der Seite, von der Sie gehört haben, ist die Partei nichts anderes als eine bloße Firma, und sie muß nach denselben Gesichtspunkten geführt und verwaltet und aktiviert werden. Der Mitgliederstand läßt sich zunächst noch eher als ein großer Klub ansprechen. Wir sind noch nicht so weit, daß wir die Basis erreicht hätten, die wünschenswert wäre. Wir werden sie nicht so leicht erreichen.

Oft macht man dabei die Beobachtung, daß draußen in dem einen oder anderen Kreis aktiver geworben werden könnte. Wenn man manche Kreise sieht, könnte man den Eindruck haben, daß die Leute dort zunächst einmal die Partei gegründet haben und gar nicht daran interessiert sind, zu viele neue Mitglieder hereinzubringen, vielleicht manchmal aus der Tendenz heraus, daß sie auch bei Kanditatenaufstellungen unter

sich bleiben wollen. Auch das ist für die Partei nicht ohne weiteres richtig. Eine Partei muß sich dem Leben anpassen und Leute werben, die vielleicht nicht ohne weiteres bisher gesellschaftlich mit denen beisammen waren, die die Partei im einzelnen Bereich tragen. Wir werden darauf noch zu sprechen kommen, wenn wir den Einbau der Arbeitsgemeinschaften in der Union behandeln, weil ich versuche, auf diese Weise eine neue Plattform für die organische Weiterentwicklung der Partei zu finden.
Wenn Sie weiter die Arbeit der Partei beachten, so können Sie feststellen, daß die Rundschau als kleines Presseorgan immerhin Beträge in ansehnlicher Höhe abwirft, durchwegs im Jahre über 100.000 Mark. Wir können uns ungefähr vorstellen, wie es sein würde, wenn wir ein wirkliches Presseorgan hätten.

(Sehr richtig!)

Dann würden manche Sorgen von dieser Seite her erspart bleiben.
Ich darf hier nebenbei bemerken: Bei den Besprechungen, die ich jetzt in Berlin auch mit OMGUS geführt habe, habe ich im Zusammenhang mit ganz anderen Fragen und mit der Weiterentwicklung der Gesamtpolitik auch die Frage des eigenen Presseorgans nochmals, und zwar sehr scharf und betont, zur Sprache gebracht. Seit einem Jahr liegt die Zusage vor, seit einem Jahr wird aber die Lizenz immer wieder mit der Begründung hinausgezögert, daß nicht entsprechend Papier vorhanden sei.

(Zuruf: Es gibt 150 Zeitschriften!)

Ich habe darauf hingewiesen, daß man bestimmt damit rechnen könne, daß wir in gute Konkurrenz zu einem Großteil der sogenannten unabhängigen Presse treten würden und daß es zur Entwicklung einer freien Demokratie notwendig sei, diese Konkurrenz zu gestatten. Wir wollen sicher nicht nur wegen der finanziellen Auswirkungen eine Parteipresse haben. Aber ich wollte gerade in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß wir bestimmt noch ein besseres Fundament bekommen werden, wenn wir diese eigene Parteipresse entwickeln.
Dabei bitte ich Sie aber auch, nicht zu vergessen: Es sind Ausgaben zu machen. Denn eine Partei vom Niveau der Union muß auch das entsprechende Niveau in der Bildung der öffentlichen Meinung erzielen. Wir bekommen heute nicht ohne weiteres alle Kräfte nur dadurch, daß wir sagen: Arbeiten Sie für die Union, arbeiten Sie für Ihre Weltanschauung. Auf dieser Seite müssen Sie antreten und zahlen! Wir müssen dabei immer daran denken, daß wir die Leute vernünftig bezahlen müssen.
Es gibt Leute, die manchmal der Auffassung waren, daß der eine oder der andere Angestellte unserer Geschäftsstelle zu hoch bezahlt sei. Ich darf Ihnen erklären: Ich habe überall, auch in Aufsichtsräten, bei Firmen, in denen ich tätig war, das Prinzip vertreten: Man soll nicht nur immer vom Christentum und von der sozialen Haltung reden, sondern man muß auch in der eigenen Partei, in der eigenen Firma das befolgen.

(Sehr richtig!)

Wenn manche Leute da nörgeln, mögen sie lieber das Wort vom Gebot der Nächstenliebe nicht so oft in den Mund nehmen.
Ich darf ferner darauf hinweisen: Die Partei hat in der Aktion klein angefangen. Der erste Wahlkampf wurde mit Hilfe unseres *A.W. Schmidt* noch aus drei Räumen und meiner Kanzlei heraus geschlagen. Ich denke immer noch an die Zeit, als wir beisammen saßen und damals mit ganz wenigen Leuten die ersten Wahlen geschlagen und gewonnen haben. Tag und Nacht wurde gearbeitet. Ich darf auch hier feststellen, nachdem *Schmidt* anwesend ist: Ohne die damalige Zusammenarbeit wäre die Union nicht gewachsen.

Bei der weiteren Konsolidierung der Partei war es notwendig, mehr Räume zu schaffen, mehr Leute zu bekommen. Sie bekommen heute nicht so leicht die Leute her. Sie wissen, daß noch die besonderen Schwierigkeiten vorhanden waren, die sich aus dem Entnazifizierungsgesetz heraus ergeben haben. Die Tatsache, daß Sie bei Einstellungen immer und immer wieder darauf Rücksicht zu nehmen hatten, daß in der eigenen Partei in dieser Hinsicht dann mit Schmutz geworfen wurde und Leute abgeschossen wurden, die in diesem Bereich tätig waren, all das hat die Arbeit gehemmt.
Wir mußten dann am Anfang Leute hereinnehmen, von denen wir später feststellen mußten, daß sie doch nicht Entsprechendes geleistet haben. Wir mußten die Leute austauschen. Leider haben sich dabei manche besonders gefreut, wenn sie die Gelegenheit gehabt haben, auf diese Weise innerhalb der Union mitzuhelfen, schmutzige Wäsche zu waschen, dadurch, daß sie zu dem einen oder anderen hingelaufen sind, der nun einmal dem für die Partei in dieser Zeit verantwortlichen Landesvorsitzenden nicht wohlgesinnt war. Man hat irgendwelche Ziffern hingeworfen, um Durcheinander zu schaffen. Trotzdem, es mußte geklärt, es mußte umorganisiert werden. Es ist viel und schwer gearbeitet worden.
Ich fühle mich verpflichtet, auch vor Ihnen festzustellen: Unser Parteifreund *Liedig* hat in der vergangenen Zeit eminent gearbeitet. Er hat Tag und Nacht gearbeitet. Er ist schwer erkrankt, und man kann ruhig sagen, er hat sich damals für die Union aufgearbeitet. Man mochte in der einen oder anderen organisatorischen Frage sagen, was man wollte, aber man muß es anerkennen, wenn sich die Menschen bei der Kleinheit der Verhältnisse überanstrengen und wirklich ihre ganze Kraft für die Partei einsetzen, nicht nur des Geldes wegen - das gilt für alle diese Leute -, sondern auch der Idee wegen.
Vergessen Sie nicht, daß die Geschäftsstelle durch die anormalen Verhältnisse überbelastet ist. Die Leute, die dort arbeiten, gehen nicht und können nicht auf den Schwarzen Markt gehen, um sich mit ihrem Verdienst etwas zu kaufen. Sie arbeiten für wenig Geld. Auf der anderen Seite aber darf man doch davon ausgehen, daß sie viel arbeiten müssen. Denken Sie nur daran, wieviel Arbeit uns durch die Entnazifizierung entstanden ist, wieviele Briefe von Leuten draußen hereinkommen, die alle Hilfe haben wollen. Es wäre interessant, Ihnen einmal den Stoß von Briefen zu zeigen, die in dieser Beziehung bearbeitet werden mußten.
Hier muß ich Sie nachträglich noch um Verständnis dafür bitten, daß die Geschäftsstelle beim besten Willen nicht mit allen Arbeiten fertig werden konnte. Drei Wahlen in einem Jahr ist zuviel Arbeit, gleichzeitig dann die normale und die durch die anormalen Verhältnisse bedingte Arbeit. Wieviele von unseren Freunden brauchen heute bei den anormalen wirtschaftlichen Verhältnissen Hilfe in der Herstellung von Verbindungen. Da bin ich der Auffassung, daß vielleicht von der einen oder anderen behördlichen Stelle, die uns nahesteht, doch etwas mehr geschehen könnte.

(Sehr richtig!)

Es mag dabei sicher gelten, daß wir nicht einseitig sein wollen und daß wir nicht etwa eine, wie man es im landläufigen Sinne nennt, Vettern- und Basenwirtschaft treiben wollen. Aber manche unserer Leute sollten doch nicht überobjektiv und gern bereit sein, wenn jemand von einer anderen Partei kommt, mit Rücksicht auf die Folgen, die dort entstehen könnten, zu helfen, dagegen bei der eigenen Partei den besonders scharfen Maßstab anzulegen.

(Sehr richtig! Beifall.)

Die Partei hat sich viel schwerer getan, als man sich im Staat getan hat. Denn der Staat schafft sich eben Geld. Er hat leichter die Möglichkeit, sich Geld zu schaffen. Bei ihm kann wesentlich besser gearbeitet werden, als es in der Partei geschieht. Beim Staat und in der Wirtschaft kann man bestimmt von einer großen Bürokratie sprechen. Ich glaube, die Verhältnisse, wie sie hier dargestellt worden sind, zeigen Ihnen, daß man bestimmt nicht von einer Parteibürokratie sprechen kann. Wir haben uns hier, wenn wir die Zahlen studieren, noch vor Augen zu halten, daß die räumlichen Verhältnisse - das wissen Sie großenteils selbst - in der Paul-Heyse-Straße zu ungünstig geworden sind. Wenn die Referenten mit den Schreibkräften zu dreien in einem Raum sitzen, dann sind sie eben nervenmäßig so überbelastet, daß sie nicht voll arbeiten können. Diese Leute müssen mehr Raum haben, um wirklich etwas leisten zu können.

Deswegen haben wir uns auch darüber verständigt, daß wir den Aufbau eines Stockwerkes und eines Dachgeschosses in der Paul-Heyse-Straße in Angriff nehmen wollen. Wir hoffen, daß dann bis zum Frühjahr die Möglichkeit des Umzuges gegeben wird. Wir müssen das auch schon deswegen machen, weil wir doch hoffen, daß wir bald die Parteipresse bekommen werden. Wir brauchen dann die bisherigen Räume bestimmt auch noch für diese Zwecke. Infolgedessen ist diese Ausgabe absolut notwendig.

Sie wissen, was es heute bedeutet, mit diesen Sorgen belastet zu sein. Vor allem wissen Sie, was es bedeutet, zu bauen und Anschaffungen zu machen, wenn man nichts zum Kompensieren hat. Wir müssen daher damit rechnen, daß wir bei aller sparsamen Wirtschaft nicht billiger arbeiten können, als es Ihnen hier vorgeschlagen wurde.

Es sind andere Ausgaben da, für Kraftwagenpark usw., alles Ausgaben, die heute Selbstverständlichkeiten geworden sind. Denn die Partei bekommt bestimmmt nicht die besten Wagen. Ich bin jahrelang jetzt herumgefahren und kann jetzt wirklich sagen, daß wir oft Glück gehabt haben, daß wir mit dem Wagen noch fahren konnten. Wenn sich das langsam bessert, dann begrüßen wir das und hoffen, daß es auch für die Partei aktiviert werden kann.

Ich habe das der Generaldebatte vorausgeschickt. Wir treten jetzt in die Generaldebatte ein. Ich darf um Wortmeldungen bitten.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Meine Damen und Herren! Der Herr Parteivorsitzende hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, was es für ein peinlicher Zustand war, daß über die Finanzlage der Partei allerlei unerfreuliche Gerüchte im Umlauf waren. Ich muß sagen, vieles davon wäre vermieden worden, wenn die befreienden Darlegungen, die heute mit dem ersten Finanzbericht vor dem Landesausschuß erfolgt sind, schon zu einem früheren Zeitpunkt gekommen wären.

(Sehr richtig!)

Denn wenn es auch bei der großen Häufung des vorgetragenen Stoffes und bei der konzentrierten Darstellung nicht möglich war, jede einzelne Position mit durchzudenken, sich ein ganz klares Bild zu machen, so bleiben doch ein paar große Hauptlinien als Eindrücke übrig. Und da steht an der Spitze die wohl von jedem von uns zu teilende Anerkennung für die geleistete Arbeit. Niemand von uns verschließt sich der Erkenntnis, daß die Aufbauarbeit der Partei unter Voraussetzungen geschah, die für eine geschäftliche Führung einer Organisation denkbar ungünstig gewesen sind, und daß in diesen zweieinviertel Jahren sehr viel geleistet worden ist. Denn wie schon betont wurde, die normale Arbeit mußte ja geleistet werden, während ungewöhnliche Dinge, wie mehrere Wahlkämpfe usw., durchgeführt werden mußten. Infolgedessen

ergibt die Wertung der Arbeit, über die heute berichtet wurde, eine unbedingte, wohl von jedem zu teilende Anerkennung.
Da gerade hier hin und wieder etwas düstere Gedanken importiert werden, glaube ich, daß gerade ich vorschlagen darf, daß wir einmütig den in der Parteiarbeit tätigen Damen und Herren unseren vollen Dank und unsere Anerkennung aussprechen. Hier möchte ich weiter bemerken: Die uns genannten Beträge als monatliche Vergütung halte ich für nahezu am unteren Rand des Möglichen liegend. Denn eine ordentliche Arbeit muß auch die Anerkennung finden, daß sie eine geordnete bürgerliche Existenz gewährt und eine Durchschnittsfamilie nicht mit mehr Sorgen belastet, als das in unseren volksdurchschnittlich vergleichbaren Schichten der Fall ist.
Dazu möchte ich weiter bemerken: Jede Investierung von Geld zur Verbesserung der technischen Einrichtungen und eine Erhöhung der Schlagkraft der Partei halte ich für absolut gerechtfertigt, so z.B. die Ausstattung mit Maschinen, die Sicherung des Raumbedarfes, insbesondere die Verbesserung des Fahrzeugparkes und was damit zusammenhängt. Das spricht ohne weiteres für sich.
Wir kommen nun zur Frage der Finanzierung der Gesamtpartei, die damit zusammenhängt. Wir dürfen nicht vergessen, wenn wir als Landesausschuß beisammen sind, daß der Haushaltsplan, der heute von uns genehmigt wird, die Verantwortung auf uns legt und in gewissem Sinne uns persönlich, jeden einzelnen und uns alle miteinander verpflichtet, für die Aufbringung von rund einer Million Mark tätig zu sein, damit das, was wir von uns aus beschließen, nicht bloß eine Phrase ist, sondern daß es auch wirklich am Ende des Jahres eine Erfüllung darstellt.
Nun kommen wir zur Frage der Beiträge und zum System, also zum Grundsätzlichen auch unseres Finanzstatutes, wobei ich mir vorbehalten darf, je nachdem auf das eine oder andere bei aller Kürze noch einmal zurückzukommen. Ich darf feststellen: Es wird auch bei bester Organisationsform eine Reihe von Kreisverbänden und Ortsvereinen geben, die nur gerade ihre eigenen Bedürfnisse finanzieren können. Es wird Überschußverbände geben, die im wesentlichen die Landespartei finanzieren werden, und es wird tatsächlich Defizitverbände geben. Wir haben aus dem Rechenschaftsbericht gesehen, daß an mehrere Bezirke, ich glaube Schwaben, Mittel- und Ober-franken mehr hinausgezahlt wurde als hereinkam. Ich halte das mindestens bei Mittel- und Oberfranken für einen natürlichen Zustand. Denn obwohl mancherlei Schwierigkeiten, die früher dem Aufbau ganz großer Parteigebilde mit Ausnahme der Sozialdemokratie in Franken entgegenstanden, durch den Unionsgedanken überbrückt sind, gibt es trotzdem noch eine Diaspora für den Unionsgedanken, weil ein Teil der Kreise, die wir glaubten, durch die Union gewinnen zu können, eben noch im Banne einer anderen politischen Partei steht, gerade in Franken.
Ich halte für die Erhaltung eines schlagkräftigen Apparates die volle Solidarität der Landespartei und der Bezirks- und Kreisverbände für notwendig, damit ohne Rücksicht auf die rein regionale oder lokale Leistungsfähigkeit die politische Idee der Union überall in richtiger Weise werbend und aufklärend verbreitet werden kann.
Nun kommt die Frage, wie die Mitglieder erfaßt werden können. Ich bekenne es ganz offen: Ich halte es für einen schmerzlichen Zustand, daß man gegenwärtig die Parteiorganisation noch als eine Art Parteiklub bezeichnen muß. Wir müssen uns vor allen Dingen klar werden, was die Grenzen des Erreichbaren sind. Vor dem Jahr 1933 galten für eine normale Partei erreichbar 10% der Wähler als eingeschriebene Mitglieder. Wenn die Organisationsarbeit sehr gut funktioniert hat, waren bis zu 16% erfaßbar, was ich z.B. von München als Ergebnis einer sehr langen und sehr detaillier-

ten Arbeit weiß. Eine Partei von unserer Struktur müßte 10% der Wählerstimmen als dauernde Mitglieder erfassen können. Solange die Mitgliederzahl unter 8% liegt, ist es tatsächlich ein ausgesprochen schlechtes Ergebnis.
Wir müssen also unsere Organisationsarbeit darauf richten, mindestens 10% zu erfassen. Nun kommt die grundsätzliche Einstellung: Auch wenn wir irreguläre Zeitverhältnisse haben, halte ich es für notwendig, daß die normale Grundlage der Parteifinanzierung der Eintrittsbetrag und der laufende Beitrag ist, bei dem es örtlich verschieden ist, ob er monatlich oder vierteljährlich oder ganzjährlich kassiert werden muß. Ich bin der Meinung, die Höhe des monatlichen Beitrages müßte man dem Ortsverein überlassen, er müßte nur von oben her die Auflage bekommen, was er den übergeordneten Organisationsformen abliefern muß. Man müßte meines Erachtens einmal von der Seite ausgehen, daß man sich den unbedingt notwendigen Apparat einmal genau unter dem Gesichtspunkt durchdenkt, was jeder einzelne Teil des Landesverbandes zu leisten hat. Es gibt Dinge, die nur rein örtlich gemacht werden können, es gibt Aufgaben, die im Kreisverband erledigt werden müssen, wobei aber der Kreisverband nicht sehr oft die Flugblätter herstellen muß.
Der Kreisverband wird im normalen Beharrungszustand mehr eine Verteilungsstelle sein. Es kann woanders wieder anders sein. Ich will nur sagen, was ich an Betrachtungsweisen für notwendig halte. Es wird, wenn das Wahlgesetz z.B. den Bezirksverband mit der Aufstellung der Kandidatenlisten betraut, eine Menge Arbeit geleistet werden müssen, wie der Unterversand von Materialien in einer für den Regierungsbezirk bestimmten Rednerorganisation und derartige Dinge. Wieder andere Dinge müssen beim Landesverband gemacht werden, wenn sie in politischer und technischer Beziehung den ganzen Landesverband und das ganze Land betreffen.
Wenn man nun das ganze Gerippe überschaut, kommt man zu dem Ergebnis, daß wir zur Zeit für die abgegebenen Stimmen - das sind ich glaube rund 1,6 Millionen Wähler - eine Million aufbringen sollen, daß wir also fünfachtel Mark, also etwas über 60 Pfennige von der abgegebenen Stimme für den Organisations - und Propagandabedarf mobilisieren müssen. Vor dem Jahre 1933 hat man ungefähr die Hälfte dieses Betrages gerechnet, und das war eine Ziffer, die sich langsam erarbeitet hatte aus der Zeit nach der Stabilisierung der Währung, wo also auch am Anfang die Beitrittsfreudigkeit mit der Beitragsverpflichtung ziemlich gering gewesen ist. Dann hat sich das im Laufe von ungefähr acht bis neun Jahren so entwickelt.
Wir werden nun - und das ist nun der springende Punkt, wenn ich an die Verantwortungspflicht des Landesausschusses appelliere - uns über ein Organisationsgefüge klar werden müssen, das wir auch nach der Umwertung aufrechterhalten können. Unbedingt aufrecht erhalten müssen wir eine ganz schlagkräftige Landespartei, unbedingt erhalten müssen wir als schlagkräftig die zehn Bezirksverbände. Meine persönliche Meinung geht aber dahin, daß wir nicht in der Lage sein werden, 100 Kreissekretariate durchzuhalten.

(Sehr richtig!)

Es ist sehr viel besser, daß man diese Dinge vorher erwägt und sich das Optimum von Wirksamkeit ausdenkt mit einem der finanziellen Leistungsfähigkeit angepaßten Bedarf und einem Bedarf, der sich im wesentlichen aus normalen Einnahmen finanziert. Zu diesen normalen Einnahmen zähle ich erstens das, was in so günstiger Weise durch die periodischen Publikationen der Landespartei hereinkommt, und zweitens die Rückvergütung dessen, was an Material hinausgeht und wobei unter Umständen

auch noch weitere laufende Informationen denkbar wären, und drittens eine Mehrleistung der Abgeordneten in einer genau festzulegenden Form.
Im ganzen sage ich: Die Schlagkraft der Partei hängt nicht nur davon ab, daß wir finanziert sind, sondern auch davon, wie wir finanziert sind. Wenn wir auch nur zu einem nennenswerten Teil unserer Ausgaben auf ein Spendensystem angewiesen sind, dann sind wir nicht mehr völlig frei und unabhängig. Eine Partei, die davon abhängt, daß im kritischen Zeitpunkt die Geschäftsführer und die Druckereischulden bezahlt werden können, kann in ihrem Wesen nicht mehr wirklich demokratisch sein.
Deswegen lege ich auf die Frage des Finanzstatutes und der allgemeinen Statuten einen so großen Wert, weil [wir] - und hier darf ich nur eine Sekunde lang auf eine Erfahrung verweisen, die mir sonst hin und wieder unter die Nase gerieben wird wegen der Organisation, bei der ich diese Erfahrung gesammelt habe - in keiner Form davon abhängig werden dürfen, daß der Geschäftsführer und die Drucksachen bezahlt werden können. Sonst geht eine lähmende Apathie durch alle Teile der Parteiorganisationen. Dann könnten die gewählten politischen Exponenten der Partei nicht mehr frei und unabhängig jene Politik machen, die sie aus tiefster Erkenntnis der Sache heraus erstreben, weil Bindungen eintreten würden.
Nachdem hier von den finanziellen Dingen gesprochen worden ist, darf ich nur noch mit einem Wort auf das Gebiet der Satzungen kommen. Wir müssen zu einer Satzungsform kommen, die alle Kräfte der Partei in freudiger Arbeit zusammenführt. Deswegen nehmen Sie aus dieser Überzeugung heraus den Ernst, mit dem ich heute früh davon gesprochen habe, daß wir diese Dinge heute formen müssen, daß wir aber bei den großen Aufgaben, die wir politisch heute zu erörtern haben, sie wohl nicht formen können, indem wir alles auch in unseren Satzungen so erörtern, wie wir das mit den Finanzen getan haben in jetzt zweieinhalb Stunden. Wenn wir uns nicht auf das System besinnen, daß wir die Fragenkomplexe anders behandeln, daß wir sie in lato behandeln, wie es jetzt geschehen ist, dann werden wir in dieser Vollsitzung des Landesausschusses eine der beiden großen Aufgaben nicht befriedigend lösen können.
Das ist mein Bekenntnis zu dieser Sache. Ich möchte noch einmal bemerken: Ich kann letzten Endes abstimmungsmäßig, wenn ich ganz ehrlich vor mir selber bin, weder zum Finanzstatut noch zum Rechenschaftsbericht mehr als global ja sagen. Es stecken bei genauer Betrachtung so viele Einzelfragen in den beiden Dingen drin, jede Einzelfrage sehr wichtig, jede befriedigend lösbar, aber nicht lösbar in einer Aussprache von zwei Stunden.
Bei den Satzungen, über die wir sprechen werden, wird es uns genauso gehen. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir alle Gegensätze, die in der Vergangenheit mehr persönliches Gesicht hatten, die aber meiner Meinung nach doch auch tiefe sachliche Meinungsverschiedenheiten enthalten, durch ein etwas anderes System der Behandlung heute erledigen müssen, nachdem wir nicht in der glücklichen Lage sind, daß wir uns durch schriftliche Vorlage der einschlägigen Dinge haben darauf vorbereiten können.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu feststellen, meine lieben Freunde, selbst wenn wir jetzt zweieinhalb Stunden debattiert haben: Wir müssen die finanziellen Grundlagen der Partei einmal debattieren. Das blieb uns früher erspart. Aber vergessen Sie nicht, in den zweieinhalb Jahren wurden erst nach einem Jahr die Statuten ge-

schaffen. Man muß Erfahrungen sammeln, man kann eine Organisation nicht aus dem Handgelenk hinstellen. Wir werden wahrscheinlich auch heute in dieser Hinsicht zunächst doch nur eine Zwischenregelung haben. Die Partei wird nach der Währungsumstellung wieder ganz neue Gedanken über ihre weitere sachliche Grundlage anstellen müssen.
Ich möchte nicht lange zur Debatte sprechen, sondern nur Feststellungen treffen. Bei der Frage der Kreissekretariate bitte ich zu bedenken: Wir haben die Erfahrung gesammelt, daß dort, wo Kreissekretäre waren, die Mitgliederwerbung anders gelaufen ist als in dem Bereich, wo keine waren. Es ist eben ein circulus vitiosus, oder, wie man sagt, die Katze beißt sich in den Schwanz. Man braucht die Kreissekretäre, um den Geldumsatz zu finanzieren. Wo man sie nicht hat, bekommt man das Geld nicht herein. Infolgedessen soll man an ihre Anstellung gehen. Meine Auffassung war, man geht noch jetzt in der Zeit der Inflation daran, wo man etwas Geld hereinbekommt, wo man bei den Bausteinen Spenden bis zu 50 Mark erhält. Man soll jetzt versuchen, einen Apparat hinzustellen. Wenn wir nachher aus Sparsamkeitsgründen verkleinern müssen, haben wir wenigstens einen gewissen Anlauf erzielt.
Das wird jeder Firmeninhaber tun. Dabei vergessen Sie eines nicht: In diesem Falle muß jeder Firmeninhaber ein Risiko eingehen. Wenn viele Leute darüber reden würden, würde die Organisation damit nicht besser geworden sein und besser werden. Denn die Tatsache, daß wir nicht [mehr] Mitglieder bekommen haben, liegt nicht allein an der Landesgeschäftsstelle oder am Landesvorsitzenden, auch nicht an Ihnen, die Sie draußen sind, sondern sie ist bedingt durch die Ereignisse. Denken Sie nur an die Fragebogengeschichte. Sie hat viele Leute abgestoßen, die nicht in die Partei hineingegangen sind. Es werden jetzt draußen wieder neue Kreissekretäre verlangt, und ich bin der Auffassung, wir müssen die Mittel aufbringen, um sie zu finanzieren.
Dr. *Barth*: Herr Staatsminister *Pfeiffer* hat soeben gesagt, daß aus dem Bezirksverband Oberfranken weniger Geld hereinkäme als dorthin ausbezahlt werden müßte. Es ist ihm hierbei eine Verwechslung mit der Oberpfalz unterlaufen. Damit entfällt, wenigstens in diesem Zusammenhange, der Hinweis auf die Einstellung bestimmter Bevölkerungsgruppen in ihrer Beitrittsfreudigkeit zu unserer Union.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Der Redner hat aber Ober- und Mittelfranken gesagt.
*Schachtner*: Mittelfranken, Oberpfalz und Schwaben!
Dr. *Barth*: Ich möchte das besonders unterstreichen, weil gerade in unserem Grenzgebiet entlang der russischen Zonengrenze die Angst sehr groß ist, daß die Russen kommen könnten und dann die Unionsmitglieder hängen. Erst vor wenigen Tagen, bei einer Rede auf einem Dorfe, hat das ein Bauer ganz eindeutig erklärt. Es war das ein Grund, warum ich schon an den Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] mit der Bitte herangetreten bin, einmal in unmittelbare Grenznähe zu kommen. Denn hier, weiter nach dem Süden hin, kennt man nicht den Druck, der bei uns auf der Bevölkerung lastet.

(Sehr richtig!)

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Meine Damen und Herren! Ich bedauere zunächst, daß uns weder das vorgesehene Finanzstatut noch die Zahlen des Finanzberichtes schriftlich vorgelegen sind. Das würde es möglich machen, ein viel klareres Bild über viele Dinge zu gewinnen. Ich möchte vorweg als erste Anregung geben, daß uns in künftigen Fällen solche Unterlagen schriftlich an die Hand gegeben werden, und zwar frühzeitig.

(Sehr richtig!)

Ein zweiter Wunsch, den ich habe, ist der, daß uns auch ein Prüfungsbericht an die Hand gegeben wird. Ich weiß nicht, welche Stelle die Prüfung vorgenommen hat. Jedenfalls würde für uns der Prüfungsbericht von Wert und von Bedeutung sein.
Nun zu den Zahlen als solchen! Wir haben einen Etat vor uns und einen Apparat, der außerordentlich umfangreich ist und der, glaube ich, im Moment der Währungsumstellung dem Parteivorsitzenden und dem Sekretär sehr große Sorgen machen wird. Wir sind draußen - ich spreche als Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern - nicht der Meinung, daß es immer glücklich war, den Apparat dort ohne vorheriges Benehmen mit den Vorsitzenden aufzubauen, die im Kreis- oder im Bezirksverband von dem betreffenden Beamten der Partei betreut werden sollen. Ich halte es nicht für richtig, daß, wie es in meinem eigenen Wahlkreis, in Ebersberg, passiert ist, plötzlich jemand auftaucht und zum Vorsitzenden sagt: Ich bin der Geschäftsführer in Ihrem Bezirk. Es muß doch eine Zusammenarbeit zwischen den Vorsitzenden des Kreis- oder Bezirksverbandes - in erster Linie kommen die Kreisverbände in Frage - und dem Parteiapparat sichergestellt sein.
Ich möchte mich den Ausführungen des Herrn Ministers weiter anschließen, der der Auffassung war, daß der Ausbau der Sekretariate draußen mit sehr großer Vorsicht und Zurückhaltung in Angriff genommmen werden soll. Der Kassenberichter hat selber gesagt, daß verschiedentlich eher ein Abbau ins Auge gefaßt werden müßte.
Ich würde noch das Problem aufwerfen, ob sich das System, das hier bezüglich der Finanzierung aus Mitgliederbeiträgen vorgesehen ist, als richtig erweist. Wenn man im vorhinein sagt: Es müssen 50% der Beiträge an das Landessekretariat abgeführt werden, so wird darin unter Umständen für Verbände, die an sich schon stark sind - ich denke hier bei uns in Oberbayern an Laufen mit mehr als 2000 Mitgliedern -, eine gewisse Hemmung bezüglich der weiteren Mitgliederwerbung liegen. Wir haben solche Fälle, daß die Verbände sagen: Wir können uns halten; wir sind nicht mehr sehr bemüht. Und das, was dabei erarbeitet werden kann, würde im wesentlichen aufhören müssen.

(Widerspruch.)

Es ist eine Erfahrung, die bisher zutage getreten ist.
Eine Frage, die ich dann noch gerne beantwortet hätte und die ich aus einem schriftlichen Bericht, aus einer Bilanz, wohl hätte ersehen können, ist die, welche Schulden tatsächlich vorhanden sind. Es wurde ein Bankkredit mit RM 25.000 genannt. Bestehen sonst noch Schulden?
*Schachtner*: Vielleicht noch Außenstände, wie unbezahlte Lieferantenschulden, die aber nicht von größerer Bedeutung sind.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Also keine wesentlichen Schulden außer den RM 25.000, auch nicht solche der Partei beim Verlag drüben?
*Schachtner*: Im Gegenteil.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Das ist wesentlich, weil es mir bei Beurteilung der Situation von Bedeutung ist.
Dr. *Grasmann*: Es muß der zwölfte Monat noch abgestrichen werden.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Da würde ich gerne hören, wie der Kassenbericht der Verlagsgeschäfte ist. Ich glaube, daß der Landesausschuß ein Recht hat, auch zu erfahren: Wie verlaufen die Kassengeschäfte für den Parteiverlag, und welcher Rechenschaftsbericht, welcher Geschäftsbericht, welcher Prüfungsbericht liegt dort vor?
Das Finanzstatut scheint mir jetzt, so plötzlich hingelegt, nicht so solide geprüft wer-

den zu können, daß eine endgültige Festlegung auf dieses Statut möglich wäre. Ich möchte jedenfalls heute ein solches Statut, weil wir eines brauchen, vorübergehend für tragbar und tolerabel halten; aber ich möchte ihm nicht als dauerndem Statut hier beipflichten und zustimmen.
Dann die Frage der Beitragsfinanzierung. So wie die Finanzierung im neuen Etat uns vorgelegt wird, ist sie ein schwimmender Etat; denn der ganze Etat baut zu einem sehr hohen Prozentsatz auf Spenden, auf den Bausteinen, auf, er baut auf in sehr wesentlichem Umfang auf nicht absolut gesicherten Einnahmen. Ich glaube, man müßte es darauf abstellen, lieber die Ausgabenseite strenger zusammenzustreichen, als sich auf ein so unsolides Podium zu begeben, als welches mir der Etat zunächst doch erscheint. Das muß doch möglich sein. Ich habe sehr lange selber Etats aufgestellt und bin für Etats verantwortlich gewesen. Ich möchte nicht die Geschäftsführung einer so großen, bedeutungsvollen Organisation auf einen nicht klar gesicherten finanziellen Boden gestellt wissen. Ich möchte deswegen meinerseits eher einer Zusammenstreichung des Etats, einer Einschränkung vor allem auf der Ausgabenseite, das Wort reden.
Wenig oder gar nichts wurde noch gesagt von der Finanzierung der Wahlen, die ja heuer durchzuführen sind. Wir haben Ende April die Gemeindewahlen durchzuführen, wir haben Ende Mai die Wahlen zu den Landkreistagen durchzuführen und vielleicht auch die zu den Bezirkstagen der Regierungsbezirke. Auch das wird ein Problem sein, das heuer für die Finanzgebarung und andererseits für die Parteiarbeit sehr, sehr wesentlich ins Gewicht fällt.
Im ganzen gesehen muß ich also sagen: Wir danken für den Bericht, den wir erfahren haben. Aber wir sehen der Entwicklung, die vor uns liegt, nicht beruhigt entgegen, und es scheint mir doch bezüglich der Außenstellen der Partei auf alle Fälle, vielleicht aber auch - man kann das ohne einen genauen Detailbericht, einen Revisionsbericht, nicht sagen - im Landessekretariat eine Zusammenfassung möglich.

(Bravo-Rufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf hier vielleicht dazwischen noch bekanntgeben, und zwar erstens zu der Frage der Vorlage des Finanzberichts: Über den Statuten sind Kommissionen, wer weiß wie lange, gesessen, und zwar deswegen, weil wir nie etwas von oben nach unten aufoktroyieren wollten. Wir haben großenteils die Bezirksvorsitzenden zu Aussprachen zugezogen, haben die Bezirksgeschäftsführer geholt, weil wir ja erst die Erfahrungen sammeln mußten, um eine vernünftige Grundlage zu bekommen. Es handelt sich ja dabei nicht um Paragraphen, sondern es handelt sich darum: Wie soll man es anpacken, wie soll man überhaupt ein System hineinbringen? Wir werden - da gehe ich mit *Hundhammer* ziemlich weitgehend einig - genauso vorgehen, wie wir seinerzeit bei den Statuten vorgegangen sind: Sie werden angenommen, sie werden genauso mit einfacher Mehrheit geändert werden können, wenn es sich nachher, gerade nach der Währungsumstellung, zeigen sollte, daß in irgendeiner Weise eine Abänderung des Finanzstatuts notwendig werden sollte. Eine solche Firma - in dem Fall habe ich Firma gesagt - braucht auch Erfahrungen. Sie können nicht die Grundsätze einer Privatfirma auf eine Partei übertragen.
Ich darf hier auch feststellen: Wenn gewünscht wurde, die Zahlen vorher mitzuteilen, so hätte ich mich, meine lieben Freunde, nicht entschließen können, das zu tun. Denn eine Partei muß unter ganz anderen Gesichtspunkten arbeiten wie eine Privatfirma. Da interessieren die Zahlen bestimmt den Gegner enorm. Aber wir sind daran inter-

essiert, daß er nicht jede Zahl in unserem Finanzbericht kennt. Der Finanzbericht ist in diesem Fall hier dem Landesausschuß vorgetragen. Entweder Sie haben Vertrauen oder nicht. Haben Sie Vertrauen, dann werden Sie auch Anfragen stellen und sich hier die restlose Aufklärung holen. Sie werden das nächste Mal dann vielleicht wieder eine Frage stellen. Aber Sie können nicht verlangen, daß Ihnen diese Zahlen vorher zugeschickt werden, damit Studien angestellt werden, damit aber auch andere Leute die Zahlen mitstudieren können, wie es aufgrund der Erfahrungen, die wir bisher gesammelt haben, der Fall ist.
Ich darf dann vielleicht den Prüfungsbericht verlesen, das ist mit Recht gefordert worden. Der Prüfungsbericht ist sehr lang.

(Widersprechende Zurufe.)

Ich darf vielleicht die wesentlichen Feststellungen, die Sie interessieren, verlesen,

(Zuruf: Ergebnis!)

so wie sie in jeder Aufsichtsratssitzung bekanntgegeben werden.
Es hat die Deutsche Waren-Treuhand-Aktiengesellschaft geprüft. Sie hat festgestellt:

> Die Bücher sind gewissenhaft und sauber geführt. Soweit wir feststellen konnten, sind die Buchungs- und Kassenbelege mit zwei geringfügigen Ausnahmen lückenlos vorhanden. Buch- und Kassenführung waren in der Hand einer Buchhalterin vereinigt, welche nach der uns mündlich erteilten Auskunft außerdem Kassen- und Postscheckvollmacht hatte. Infolgedessen sind einzelne Belege von der gleichen Person sachlich richtig befunden, zur Zahlung angewiesen, ausbezahlt und verbucht worden. Unsere Prüfungen haben jedoch keinerlei Anhaltspunkte für einen Mißbrauch aus der Vereinigung dieser Funktionen in einer Hand ergeben.

Dann ist noch als wesentlich angestrichen - ich lese die angestrichenen Stellen vor:

> Eine schriftliche Anweisung über die den leitenden Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle erteilten Vollmachten, insbesondere hinsichtlich der Verfügungsberechtigung gegenüber der Kasse, fanden wir nicht vor. Wir haben jedoch auch in dieser Hinsicht keine Anhaltspunkte für etwaigen Mißbrauch der tatsächlich ausgeübten Vollmachten ermittelt.

Es wird mir gerade von *Grasmann* gesagt, daß die angeführten kleinen Beanstandungen behoben sind.
Die Schlußfeststellung lautet:

> Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtgemäßen Prüfung der Bücher und Schriften und den uns von der Geschäftsführung erteilten Aufklärungen und Nachweisen entsprechen die Buchführung und der Jahresabschluß den handelsüblichen Grundsätzen, mit der Einschränkung, daß wir die Aufwendungen der beiden ersten Monate des Geschäftsjahres in unsere Prüfungen nicht einbeziehen konnten, weil uns für diesen Zeitraum keine Buchungs- und Kassenbelege vorlagen.

Das ist 1946. Damals war es noch München; infolgedessen waren die Buchungsbelege bei München geführt und nicht bei der Landesgeschäftsstelle. 1947 ist erst abgeschlossen und wird daher erst überprüft werden. Wir hoffen, daß dabei erstens die kleinen Mängel behoben sind und daß wir zweitens den gleichen guten Prüfungsbericht bekommen werden, wie wir ihn jetzt haben.

Damit sind die Auskünfte, die ich zu geben habe, erteilt. Ist noch irgend etwas zu sagen?

(Zuruf.)

Zu den Besonderheiten wegen Laufen kann vielleicht *Schedl* Stellung nehmen.

Dr. *Schedl*: Meine Damen und Herren! Wie die Geschäftsführung ins Laufen gekommen ist, weiß ich nicht; ich war damals noch nicht da. Ich darf aber aus meiner Erfahrung als Bezirksgeschäftsführer sagen, daß die Kreisgeschäftsführer in der Oberpfalz und in Niederbayern, soweit ich das am Anfang teilweise mit betreut habe, damals nicht etwa angestellt wurden gegen den Willen der Ortsvereine oder der Kreisverbände, sondern sie wurden jeweils in genauer Verabredung und in genauer Übereinstimmung berufen. Zunächst einmal wurde grundsätzlich gesagt: Es soll einer hinkommen. Dann kam die Frage: Wer erscheint unter den gegebenen Bewerbern als der geeignete, um dorthin zu kommen? So wird es auch weiterhin gehandhabt.

Ich habe gegenwärtig nur die Schwierigkeiten, daß ich aufgrund der finanziellen Situation allen Wünschen, Kreisgeschäftsführer anzustellen, nicht gerecht werden kann. So oft ich beispielsweise im Landtag bin, kommt der eine oder andere der Herren Abgeordneten und verlangt sofort einen guten Kreisgeschäftsführer für seinen Stimmkreis oder seine Stimmkreise. Aufgrund der finanziellen Lage habe ich bisher gesagt: Bitte, setzen Sie sich beim nächsten Landesausschuß für ein gutes Finanzstatut und für die Beibehaltung des Organisationsapparats ein, dann bekommen Sie sofort Ihren Geschäftsführer; jetzt kann ich es nicht machen, weil es die Situation nicht gestattet.

Zur Frage der Beitragszahlung bei hoher Mitgliederzahl: Zum angeführten Fall Laufen wäre zu bemerken, daß Laufen von dem Monatsbeitrag von einer RM ganz einwandfrei 50% an die Landesgeschäftsstelle abführt. Es sind auch ähnliche Fälle von anderen großen Kreisverbänden da; dort läßt es sich auch machen. Festzustellen wäre allgemein, daß es wesentlich mit an der Aktivität der hauptamtlichen Kräfte hängt, daß die Gelder eingehoben werden. Man muß zum Kassieren zum Parteifreund hingehen - er kommt in den seltensten Fällen und bezahlt von sich aus; er denkt ja wahrscheinlich nicht daran -, damit dann auch die Gelder im Rahmen der Partei entsprechend verwendet werden können.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Parteiverlag!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Moment, dazu ist *Mauerer* da.

Ich darf vielleicht noch etwas Grundsätzliches zur Frage der Geschäftsführer sagen, weil zwei Fälle bemängelt worden sind. Ich darf Ihnen hier versichern: Ich habe das Prinzip, daß die Landesgeschäftsstelle als solche unabhängig von irgendwelchen Richtungen innerhalb der Partei ist. Und als Schwierigkeiten auftraten, habe ich die Schwierigkeiten behoben. Es waren Schwierigkeiten da - das wissen wir alle -, das eine oder andere Mal mit Recht, Beanstandungen, die uns überzeugen konnten, daß man vielleicht im einen oder anderen Fall von dort eben etwas unternommen hatte, was nicht im Interesse der Gesamtpartei lag. Diese Organisation, dieser Apparat muß funktionieren, gleichgültig, ob man sich in der Partei die Köpfe verdrischt, oder ob man gemeinsam, Seite an Seite, durch dick und dünn geht.

Das ist das Prinzip, das ich aufgestellt habe und das ich letzthin erst unseren Leuten in der Geschäftsstelle wieder klar gemacht habe. Ich bin deshalb auch in der Zeit der Spannungen bewußt nicht in die Geschäftsstelle gegangen, um nicht durch meine Anwesenheit die Leute auch nur in ein moralisches Abhängigkeitsverhältnis von irgendeiner Seite der Partei zu bringen; denn wenn die Geschäftsstelle nicht funktioniert,

leidet die Gesamtpartei, leidet nicht etwa nur ein Flügel darunter. Das ist ein Prinzip, das ich aufgestellt habe und das auch von jedem durchgehalten werden muß, der an meiner Stelle steht.
Ich habe es bisher auch bei der Bestellung der Kreisgeschäftsführer so gehalten. Ich gehe davon aus. Ich bin - das wissen Sie alle - ein Anhänger des Prinzips der verantwortlichen Demokratie, wo einer die volle Verantwortung trägt. Er muß infolgedessen auch Vollmachten haben; aber die Kunst besteht darin, die Vollmacht zu haben und von der Vollmacht keinen Gebrauch machen zu müssen. Daher habe ich auch die Vollmachten damals beansprucht und von Ihnen bekommen, die Geschäftsführer zu bestellen. Aber mit meinem Willen ist noch kein Geschäftsführer bestellt worden ohne Absprache mit dem Kreisvorsitzenden oder dem Bezirksvorsitzenden, und zwar deswegen, weil ich auch da der Auffassung bin: Es ist eine Zusammenarbeit notwendig. Infolgedessen will ich wohl das Recht haben zu prüfen, welcher der tüchtigste Kerl ist, den ich hinstellen kann, nicht nach den Richtungsgesichtspunkten, sondern nach der Tüchtigkeit, und dann eventuell dem Kreisvorsitzenden zu sagen: Den kann man gut empfehlen. Auch wenn ich einen Vorschlag habe, wird immer sein Vorschlag akzeptiert, wenn sein Vorschlag besser ist als der Vorschlag, den wir haben. Ich glaube, das Prinzip müßte auch jeder durchhalten, der an dieser Stelle steht; und ich werde meinerseits nie von diesem Prinzip abweichen.
Parteiverlag! Parteifreund *Mauerer* ist, glaube ich, da. Ich darf meinerseits dazu sagen: Sie wissen, die Lizenz für die Bayerische Rundschau, für das Mitteilungsblatt, ist mir gegeben. Da aber der Parteivorsitzende allein nicht die volle Verantwortung für den gesamten Inhalt übernehmen kann - es ist praktisch sogar unmöglich, den Inhalt immer vorher zu lesen -, wurde damals gleich gefragt, wer noch mit bestellt werden kann, der alle Voraussetzungen erfüllt, die von der Information Control Division an einen Lizenzträger gestellt werden. Es wurde damals mit in Absprache mit dem Landesvorstand - ich glaube, es war damals noch der vorbereitende, der erste Parteiausschuß; ich weiß nicht genau, wie wir ihn geheißen haben - *Mauerer* bestellt. Wir beide sind Lizenzträger mit eigener Verantwortung, auch mit eigener wirtschaftlicher Verantwortung. Es ist das nicht immer das Angenehme; man darf nicht immer nur an die Plus-Seite, sondern muß auch an die Minus-Seite denken. Es ist also auf diese Weise eine Einzelkaufmann-Firma, bestenfalls eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts, die zwischen uns besteht, oder eine offene Handelsgesellschaft in der Weiterentwicklung. Sie wissen, daß man da für jede eingegangene Schuldverpflichtung mit dem vollen persönlichen Vermögen haftbar ist. Das bitte ich zu bedenken, und Sie werden es infolgedessen auch nicht verübeln können, daß dann bestimmte Rückstellungen, Rückstellungen auch für Steuern, zu machen waren. Sie wissen ja, wenn Sie privatkaufmännisch etwas verstehen, wie hoch heute diese Steuern sind, die jeder Betrieb zu zahlen hat und die - ich weiß den genauen Steuersatz nicht; das kann vielleicht *Mauerer* besser sagen -, die aber sehr, sehr hoch hinaufgehen. Und die Besprechungen mit dem Finanzamt laufen noch schwer.
Wir werden dann eines Tages zu einer Regelung für alle Parteien kommen müssen. Bisher habe ich es so gehalten, daß die Beträge, die an die Partei abgeführt wurden, so abgeführt wurden, daß wir steuerlich nicht benachteiligt waren; denn aus lauter Rechthaberei heraus wird man ja denn doch nicht unter allen Umständen dem Staat höchste Steuern zahlen wollen und müssen. Infolgedessen wurden die Beträge nach langer Prüfung und, nachdem ich auch Fühlung genommen hatte mit ähnlichen Gebilden in anderen Zonen, um dort die Praxis zu erfahren, die Beträge so gegeben, daß

sie ein Gegenwert sind für geleistete Arbeit, also ein Gegenwert für die Früchte der Propagandaarbeit und der Werbungstätigkeit für die Rundschau. Nur auf die Weise können Sie sich unnötige Steuern ersparen, wenn Sie eine Leistung hinlegen, denn der Verlag ist ja ein persönlicher Verlag, kein Parteiverlag, weil den Parteien als solchen die Lizenz nicht gegeben wurde.
Meine persönliche Auffassung ist: Sobald die rechtlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind, soll der Verlag übergeführt werden in eine GmbH, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, eine GmbH, die dann, auch wenn persönliche Träger dort sind, so der Partei zur Verfügung steht, daß sie in der Weiterentwicklung immer in der Hand der Partei bleibt, so gestaltet, daß dann, wenn Parteizeitungen erscheinen, diese Parteizeitungen auch in dem Vermögen und im Einflußbereich der Partei bleiben, damit nicht irgend jemand aus der Partei heraus sich mit dem Namen der Partei ein Zeitungsunternehmen aufbauen kann und dadurch einen übermäßigen Machteinfluß auf die Partei gewinnt. Wir sind noch nicht soweit, daß wir das erzielt haben. Es liegen noch nicht die rechtlichen Voraussetzungen dafür vor. Solange, bis sie vorliegen, habe ich diese Praxis eingeführt, die allerdings mit persönlichen Risiken für mich verbunden ist, weil ich nach wie vor für die Steuer haftbar bin, ebenso als *Mauerer*, und weil wir darüber hinausgehend noch die Haftung auch in strafrechtlicher und weiterer Hinsicht für den Inhalt allein tragen müssen.
Jetzt würde ich bitten, daß *Mauerer* einen ungefähren Überblick über den Parteiverlag gibt.

(Zuruf: Es ist schon 13.30 Uhr!)

Ja, es ist schon 13.30 [Uhr]. Vielleicht dürfte ich bitten, *Mauerer*, sich zu kürzen und das Wesentliche zu sagen. Es können ja dann Fragen gestellt werden.
Ich würde, bis *Mauerer* anfängt, rein technisch vorschlagen: Wir werden dann schliessen. Über die Finanzstatuten kann man sich dann wohl auch persönlich unterhalten. Mittlerweile werden die Anträge vorbereitet, die notwendig sind, die formellen Anträge, Genehmigungsanträge, Abänderungsanträge, soweit sie vorliegen, Wünsche, die ausgesprochen worden sind. Da werden wir uns ja im kleineren Kreis noch unterhalten, welche Vorschläge wir Ihnen dann aufgrund der Debatte machen. Ich würde vorschlagen, am Nachmittag dann sofort mit diesen Anträgen zu beginnen. Wenn Sie nicht eine große Debatte darüber durchführen, können wir ziemlich rasch damit fertig sein. Dann beginnen wir mit den anderen Punkten. Wir unterhalten uns dann nachmittags darüber, welcher Punkt der Tagesordnung als nächster behandelt werden soll, damit unter allen Unständen alles richtig durchgeführt werden kann. Bitte, *Mauerer*!
*Mauerer*: Meine Damen und Herren! Bei den Parteigremien ist es bis jetzt leider immer so gewesen, daß der Vertreter der Parteipresse nicht eingeladen wurde; zum großen Teil waren die betreffenden Sitzungen auch nicht zugänglich. Ich muß leider feststellen, daß ich auch für die heutige Ausschußsitzung keine Einladung bekommen habe, daß ich also sozusagen schwarz hier bin.

(Hört!)

Da ich dementsprechend auch keinerlei Unterlagen hier habe, kann ich Ihnen nicht sehr viel Auskünfte über die Angelegenheiten des Parteiverlags geben, die gut fundiert und schriftlich vorliegen. Ich kann Ihnen nur eine Versicherung aus dem Handgelenk hier abgeben, nämlich die, daß die Bilanz aufgestellt ist und daß unsere finanziellen Verhältnisse bis jetzt in Ordnung waren. Ich bin selbstverständlich jederzeit bereit, dem zuständigen Gremium auch einen entsprechenden Rechenschaftsbericht vorzulegen.

Im wesentlichen haben Sie von den Zahlen, die an die Partei gegeben worden sind, gehört. Wir haben jetzt in letzter Zeit gewisse Rückstellungen insofern gemacht, als ich es für absolut notwendig hielt, die redaktionellen Vorarbeiten für den Fall zu leisten, daß wir eines schönen Tages doch zur Tageszeitung kommen. Wir haben infolgedessen auch bereits verschiedene Nachrichtengeräte und Nachrichtenapparaturen angeschafft und haben für diese Dinge und für diese Zwecke entsprechendes Geld verauslagt. Ich muß in diesem Zusammenhang auch noch darauf verweisen, daß - was Sie ja alle wissen - unsere Auflage im Verlauf des letzten Jahres ganz erheblich gekürzt wurde. Daher haben sich die Beiträge an die Partei im letzten Vierteljahr etwas verringert. Wir haben jetzt auch gewisse Auslagen gehabt für die Herausgabe unseres Buches, für das die Eingänge noch nicht da sind.

(Unruhe.)

Das sind Einzelheiten, die vielleicht im großen und ganzen nicht interessieren.
Aber was ich im wesentlichen sagen möchte und sagen kann, was Sie auch aus den Berichten bereits gehört haben, ist folgendes: Die finanzielle Situation des Parteiverlages ist durchaus gesund und braucht in keiner Hinsicht irgendeine Prüfung zu scheuen. Das ist im wesentlichen das, was ich zu sagen habe. Ich bin gerne bereit, nach entsprechender Vorbereitung Ihnen die einzelnen Angaben besser fundiert vorzutragen.
Staatsminister Dr. *Seidel*: Meine lieben Parteifreunde! Als ich vorhin die Ziffern gehört habe, die der Parteiverlag an die Partei abgeliefert hat, war ich außerordentlich erstaunt. Solange wir eine an die Person gebundene Lizenz besitzen, solange wird es nicht möglich sein, daß z.B. eine Stadt ein Theater nach ordentlichen geschäftlichen Grundsätzen führen kann, solange wird es auch nicht möglich sein, daß eine Partei aus einer Zeitung, für die zwei Lizenzträger bestimmt sind, ordentliche Abführnisse ziehen kann. Ich habe unseren Parteivorsitzenden im Verdacht, daß er sich überwunden und einen guten Steuerjuristen zugezogen hat, um dieses Problem zu lösen; denn es ist wirklich eine Schwierigkeit, auf der einen Seite die Steuersätze zu beachten, auf der anderen Seite die sich aus diesem eigenartigen Lizenzwesen ergebenden persönlichen Haftungsschwierigkeiten auszugleichen und es trotzdem fertigzubringen, immerhin einen Betrag von 108.000 RM in die Parteikasse fließen zu lassen.
Ich bitte den Herrn Vorsitzenden aber, bei den zukünftigen Besprechungen mit der Militärregierung, mit OMGUS, auf diese Schwierigkeiten hinzuweisen. Solange wir nicht in der Lage sind, eine Parteizeitung, unabhängig von einer persönlichen Lizenz im bisherigen Umfang und in der bisherigen Übung, zu erhalten, wird es nicht möglich sein, ein Parteiorgan zu schaffen, das unabhängig nur den Interessen der Allgemeinheit der Partei dienen kann.

(Bravo-Rufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dazu darf ich vielleicht nur eine Feststellung treffen. Die Anregung von *Seidel* ist sehr gut. Aber, meine lieben Freunde, in der Politik muß man Politik machen; und ich bitte Sie, dabei zu bedenken, daß z.B. in der englischen Zone das dahin geführt hat, daß die Parteien nicht die Lizenz bekommen haben, sondern wieder nur einzelne Leute, und die mit der Auflage, an eine Partei überhaupt nichts zu leisten. Z.B. die Verhältnisse in Hamburg, die Verhältnisse in Köln beweisen das. Dort ist auf die Weise sogar die weitere Erscheinung aufgetreten, daß diese Pressemenschen - das möchte ich eben unter allen Umständen verhindern - dann völlig ausserhalb der Partei stehen, mit dem Namen der Partei ihre Leser bekommen, aber

nicht nur vermögensrechtlich der Partei keine Hilfe geben, sondern auch politisch ihre Politik völlig unabhängig von der Gesamtpartei gestalten.
Deswegen muß man in langsamer, vernünftiger organisatorischer Entwicklung zu dem endgültigen Status kommen, daß dann einmal vielleicht eine GmbH geschaffen werden kann und daß dann die Rechte, soweit sie übertragen werden können, auf diese GmbH übertragen werden. Ich bitte, mir zu vertrauen, daß ich da wirklich alles tun werde, was im Interesse der Gesamtpartei liegt, so wie ich es bisher, ohne dazu verpflichtet zu sein, als Selbstverständlichkeit gehalten habe, dafür zu sorgen, daß das, was wir irgendwie herausarbeiten können, der Partei zustatten kommt, und zwar dadurch, daß wir eben diese steuerrechtliche Möglichkeit als Gegenleistung für die Werbung und die Propaganda schaffen. Große Diskussionen darüber wären deswegen nicht sehr zweckmäßig, weil Sie damit nur die vernünftige Weiterentwicklung stören könnten.
Dr. *Horlacher*: Reden wir doch aneinander nicht vorbei! Das Wesentliche der Angelegenheit ist, daß die Lizenzträger, die hier genannt worden sind, dick und fett werden. Das ist nämlich die Sorge!

(Heiterkeit.)

Wir wollen doch nicht aneinander vorbeireden!

(Zurufe.)

Das ist die Sorge, Herr Kollege *Hundhammer*.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Das ist die Sorge nicht, daß die anderen nicht dick und fett werden sollen. Die werden es auch ohne das. Aber die Partei soll dadurch gestützt werden! - Große Heiterkeit. - Erneuter Zuruf: *Michel* [*Horlacher*], hast Du eine Lizenz? - Gelächter und Heiterkeit.)

Jede Lizenz, die an einen Berufsverband oder eine Partei gegeben ist, ist natürlich gewissermaßen der eigentlichen Kontrolle entzogen. Dafür können aber die Lizenzträger nichts. Es ist dann Aufgabe solcher Lizenzträger, in der Vorstandschaft, im engeren Kreis, der dazu unser Vertrauen hat, einmal Rechenschaft zu geben. Wie wird die Rechenschaft aussehen? Ich weiß von vorneherein, wie sie aussieht. Man wird sich bemühen, so viel hinüberzugeben an irgendeine Stelle der Partei, wie es nur möglich ist, als Werbungs- und Propagandakosten. Das ist eine Sache, die mit dem zuständigen Finanzamt ausgehandelt werden muß. Die Geschicklichkeit war so groß, daß ein wesentlicher Betrag ausgehandelt worden ist. Darüber kann man also befriedigt sein.
Das andere ist eine Frage der inneren Sicherung des Unternehmens. Hier wird man auch die entsprechenden Rückstellungen machen, auch im Einvernehmen mit den Finanzbehörden. Unsere dritte Konsequenz ist die, daß diejenigen, die in der Lizenzpresse sind, auf bestimmte Einnahmen angewiesen sind und das übrige im Unternehmen bleibt. Da bleibt allerdings auch nicht viel; denn das übrige nimmt die Finanzbehörde weg. Es ist da tatsächlich nicht mehr herauszuholen, als hier geschildert worden ist. Ich habe auf dem Gebiet vollstes Vertrauen.
Ich möchte zu den übrigen Ausführungen nicht weiter sprechen, sondern dann nur meine Abänderungsanträge anbringen. Das kann man dann über Mittag machen. Die anderen Ausführungen waren gut und schön. Ich will die Sache nicht verzögern, nachdem unser Kalorienstand jetzt allmählich aufgebraucht ist, damit wir heute nachmittag mit größerer Kalorienmenge wieder an die Erörterung des Statuts gehen können.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es sind noch zwei Redner gemeldet. Ich bitte, die Redner zu verlesen.
Dr. *Schedl*: *Haußleiter, Donsberger, Fischer, Josef.*
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit sind also die Wortmeldungen für jetzt erledigt. Die Freunde müssen sich nachmittags weiter zu Wort melden. Ich würde vorschlagen, sich dann nachmittags neu zu Wort zu melden. Darf ich jetzt abschließen und die Rednerliste als erledigt erklären.
Dr. *Schedl*: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie noch einen Augenblick um Geduld. Ich darf zunächst feststellen, daß versehentlich zu viel Freunde im Gremium der stimmberechtigten Delegierten sitzen. Ich bitte Sie zu beachten, daß eigentlich für eine klare Abstimmung die Delegierten vorne und die Gäste rückwärts in den durchgehenden Stuhlreihen sitzen. Dann darf ich Sie noch bitten, die Plätze entsprechend dem Delegiertenausweis zu besetzen, damit eine allenfallsige schriftliche oder namentliche Abstimmung rasch durchgeführt werden kann. Die Vorbereitungen sind getroffen.
Die Hochwasserkatastrophe, die durch den neuen Föhneinfall wieder eingetreten ist, macht einige Umfahrten notwendig: Zur Ratsbergstraße Umleitung über Wiesmannstraße - Ludwigsbrücke; nach Heßdorf über Forchheim; nach Herzogenaurach über Fürth oder Emskirchen. Nicht erreichbar sind gegenwärtig nach der letzten Meldung, die ich habe, Büchenbach, die Stadtrandsiedlung und Alt-Erlangen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Um 15 Uhr kann die Sitzung weitergehen, unter der Voraussetzung, daß die Lokale aufgesucht werden, die auf den Delegiertenausweisen stehen. Dort ist Vorbereitung getroffen, daß unsere Damen und Herren sofort gegen Abgabe des Abschnitts am 3./4. ihr Essen bekommen. Ich darf noch sagen, daß das normale Essen auch bereits durch den Tagungsbetrag abgegolten ist; es ist uns auch Zusatzessen gegeben worden.
Sind Sie damit einverstanden, daß wir bis 15 Uhr schließen? - Kein Widerspruch. Um 15 Uhr beginnt also die Sitzung wieder.

Die Sitzung wird um 13 Uhr 35 Minuten unterbrochen.
Die Sitzung wird um 15.23 Uhr wieder aufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Verhandlung wird wieder aufgenommen. Ich darf Ihr Einverständnis annehmen, daß von jetzt an die Presse anwesend ist. Ich darf hier erklären: Man braucht nicht zu denken, daß wir heute vormittag besondere Geheimnisse besprochen hätten. Aber es ist eine Selbstverständlichkeit für jede Partei, daß sie z.B. ihre finanziellen Fragen im Kern besprechen will. Sonst stehen wir auf dem Standpunkt, daß wir keine Geheimnisse haben, daß der Wille, wie er im Landesausschuß festgestellt wird, auch wenn er vielleicht nach Auseinandersetzungen gefunden wird, ohne weiteres von der ganzen Öffentlichkeit wahrzunehmen ist. Wir haben die Öffentlichkeit nicht zu scheuen, im Gegenteil, unser Wunsch ist es, daß wir mit den Männern, die die öffentliche Meinung bilden, gut zusammenarbeiten.
Ich darf vorschlagen, daß wir jetzt die Debatte über den Finanzbericht, der heute vormittag gegeben wurde, endgültig abschließen. Denn hier sind alle Fragen geklärt worden. Ich darf bitten, die Anträge zu verlesen. Später kommt die Enddebatte über das Finanzstatut.

(*Sporer*: Mir gefällt der Finanzbericht nicht, weil die Besetzung der Kreissekretariate von der Landesgeschäftsstelle ...)

Das gehört zum Finanzstatut. Da mußt Du Dich hernach melden.

Dr. *Grasmann*: Ich habe die Anträge nicht selber verfaßt und weiß nicht recht, ob ich sie lesen kann.
Dr. *Käss*: Es werden folgende Anträge gestellt:

1. Die Jahresrechnung 1946 wird gemäß § 10 der Satzung genehmigt und dem Schatzmeister Entlastung erteilt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich gleich darüber abstimmen lassen. Wer enthält sich? Eine Stimmenthaltung. Wer ist dagegen? Einstimmig angenommen bei einer Enthaltung.
Dr. *Käss*:

2. Der Landesausschuß der CSU in Bayern wolle beschließen: Gemäß § 48 Ziffer 2e der Satzung der CSU in Bayern wird das in Anlage[7] beigefügte Finanzstatut der CSU mit Wirkung ab 1. Januar 1947 in Kraft gesetzt.

Genügt das? Muß nicht der Haushaltsplan genehmigt werden?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jetzt kommt zuerst der Haushaltsplan. Über das Finanzstatut wird nicht diskutiert werden. Über das Jahr 1947 kann er in der nächsten Landesausschußsitzung beschlossen werden, weil der Bericht für 1947 erst nach Prüfung durch die Treuhandgesellschaft gegeben werden kann.
Wir kommen jetzt zum Antrag wegen des Voranschlages für 1948. Ich stelle folgenden Antrag:
Dr. *Käss*:

Der Haushaltsvoranschlag für 1948 der CSU in Bayern wird gemäß § 48 Ziffer 2d der Satzung genehmigt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf darüber abstimmen lassen. Wer enthält sich? Sechs Enthaltungen. Wer ist dagegen? Bei sechs Enthaltungen einstimmig genehmigt.
Jetzt kommen wir noch zur Enddebatte über das Finanzstatut. Ich bitte, diese Debatte möglichst kurz zu halten.
Dr. *Horlacher*: Ich glaube, die Sache können wir möglichst rasch machen: Der erste Änderungsantrag geht dahin, in § 4 Ziffer 2a anstatt 30 Teile 40 Teile zu setzen. Dieser Abänderungsantrag betrifft den Kreisverband, der statt 30 Hundertstel 40 Hundertstel erhält.
Dann muß eine Ziffer 4 aufgenommen werden, die lautet:

Bei den großstädtischen Bezirksverbänden bleibt Sonderregelung vorbehalten.

Das wären die zwei Änderungen zu § 4. Man könnte die Änderungen sofort beschliessen, wenn keine Debatte gewünscht wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Auswirkung ist klar.
Dr. *Grasmann*: Ich habe darauf hingewiesen, daß das Finanzstatut einen vorläufigen Charakter trägt. Die Organisation ist jung, und wir wissen nicht, wie sich die Dinge entwickeln. Infolgedessen ist es meines Erachtens heute vielleicht problematisch, sich über die Dinge lang zu unterhalten. Ich bin gleich auf den Vorschlag *Horlacher* eingegangen, weil wir erst im Laufe des kommenden Jahres sehen, wie wir durchkommen. Die Änderung wirkt sich natürlich nach oben und unten beim Landesverband bzw.

[7] Diese Anlage findet sich im Anhang, Dok. Nr. XX, S.1811ff.

beim Kreisverband um 20% aus. Trotzdem habe ich mir einen Stoß gegeben und gesagt: Bitte schön, wollen wir der ruhigen Entwicklung der Dinge entsprechend dem Vorschlag *Horlachers* zustimmen.
Ich würde also vorschlagen, daß wir die beiden Abänderungsvorschläge annehmen. Erstens den Abänderungsvorschlag von 30 auf 40 bei der Kreisgeschäftsstelle, wodurch sich die letzte Ziffer, der Anteil des Landesverbandes, von 50 auf 40 Teile ermäßigt. Zweitens schlage ich vor, die Formulierung aufzunehmen:

Für die Bezirksverbände München, Augsburg, Nürnberg erfolgt Sonderregelung.

Würzburg bleibt offen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf darauf hinweisen, daß die Annahme des Antrages eins 20% weniger Einnahmen beim ordentlichen Etat für die Landesgeschäftsstelle ausmachen. Das bedeutet 96.000 Mark minus. Ist dann der Etat durchzuhalten?
Dr. *Grasmann*: Ich muß allgemein nochmals zum Voranschlag sagen: Wir haben heute vormittag über den Etatvoranschlag gesprochen. Es gibt wohl kein Unternehmen und keine öffentliche Körperschaft oder ein ähnliches Gebilde, wie es die Union darstellt, die in der Lage wären, einen Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1948 nur auf einigermaßen brauchbarer Grundlage aufzustellen. Die Zukunft des Jahres 1948 ist derartig ungewiß, daß es sehr schwer sein wird zu balancieren. Der Herr Kultusminister *Hundhammer* hat sehr recht, wenn er sagt: Dieser Etat ist ein sehr schwimmender Etat. Denn alle Positionen sind schwimmend. Ich habe den Etat sehr verspätet zu Gesicht bekommen und habe mich dabei gefragt: Ist es überhaupt zweckmäßig, Ihnen heute schon einen Jahresvoranschlag zuzumuten, den Sie hier genehmigen sollen? Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß die Herren, die sich der Stimme enthalten haben, sehr guten Grund dazu haben. Denn es ist fast unmöglich, einen Voranschlag vorzulegen, der Aussicht hat, eingehalten zu werden.

(Sehr richtig!)

Trotzdem ist es ja schon hervorgehoben worden, daß es eine dankenswerte Aufgabe der Landesgeschäftsstelle war, daß sie sich den Kopf darüber zerbrochen hat. Das ist eine Selbstverständlichkeit für die Landesgeschäftsstelle. Aber es war für Sie alle interessant zu sehen, wie man sich die Zukunft denkt. Ob sie so kommen wird, bezweifle ich sehr. Deshalb bin ich auch der Auffassung, daß [wir] diese so hoch liegende Zahl von 96.000 Mark, die ich in den Augen des Hauptgeschäftsführers auch zu werten bitte, wegen der Problematik der ganzen Zahlen doch nicht allzu tragisch nehmen sollen. Wir müssen die Finanzierung des Landesverbandes im Jahre 1948 über kurz oder lang doch auf eine vollkommen neue Basis stellen.
Infolgedessen bitte ich Sie, meinen Gedankengängen zu folgen, daß wir uns vielleicht im Herbst des Jahres 1948 gerade über diese Schlüsselung des § 4 noch einmal unterhalten müssen. Deshalb bitte ich, dem Vorschlag *Horlachers* zuzustimmen, trotz der Auswirkungen, die er auf diesen problematischen Haushalt zunächst haben wird.
*Nerreter*: Mir scheinen die Ausführungen des Herrn Vorredners nicht ganz folgerichtig zu sein. Gerade wenn man glaubt, daß man einer unsicheren nächsten Zukunft entgegengeht, erscheint es doch zweckmäßig, der Landesvorstandschaft die entsprechenden Mittel an die Hand zu geben, damit sie dann in der Lage ist, im Notfall mit entsprechenden Mitteln einzugreifen.

(Zuruf: Und die anderen?)

Dr. *Schedl*: Meine Damen und Herren! Es geht mir im Augenblick nicht so sehr um die genannte Summe, sondern es handelt sich darum, daß durch diese Änderungen zunächst, und zwar solange das Finanzstatut gilt oder gelten wird, die ordentlichen Einnahmen um 20% verringert werden. Denn 10% der Gesamtsumme des Mitgliederbeitrages machen, auf die Hälfte umgelegt, 20% aus. Das ist eine glatte Rechnung für mich, das heißt nicht für mich persönlich, sondern für den Etat der Landesgeschäftsstelle.

Gerade wenn wir einen unsicheren Etat machen, bedingt durch die allgemeinen Verhältnisse, müßten wir zusehen, daß wenigstens in der Grundmodulierung getan wird, was getan werden kann. Die Kreisverbände, die 10% mehr bekommen sollen, bekommen in Wirklichkeit 33,33% mehr von dem, was sie früher hatten. Die Kreisverbände haben nicht die Hauptauslagen. Die Geschäftsführer werden von der Landesgeschäftsstelle aus bezahlt. Ich bitte Sie, das nochmals zu erwägen. Denn die an sich kleine Zahl von 10% wird auf längere Sicht erhebliche Auswirkungen haben.

Dr. *Horlacher*: Von den aufgeteilten Geldern geht aber finanziell nichts verloren. Wenn es sich im Laufe der Zeit herausstellt, daß dadurch ein erhöhtes Leben in den Kreisverbänden Platz greift, wenn ihnen ein Teil der Einnahmen verbleibt, kommt es wieder herein. Das ist so wie mit dem Zylinder vom Bürgermeister, der seine Jahresrechnung beanstandet bekommen hat, weil er sich einen Zylinder angeschafft hat. Es wurde beanstandet, daß der Zylinder auf die Gemeindekasse verrechnet war. Der Bürgermeister hat zurückgeschrieben und trotzdem war dann der Hut in der Rechnung drin.

(Heiterkeit.)

So ähnlich ist es mit dem Verhältnis zwischen Kreisverband und Landesverband. Das läßt sich nach verschiedener Richtung hin bestimmt organisieren. Das kann man ruhig der Entwicklung überlassen. Es dient aber dazu, Beruhigung bei den Kreisen zu schaffen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir sind heute früh bei der Diskussion davon ausgegangen, daß es zwischen Kreisverband und Bezirksverband geht. Jetzt geht es zwischen Kreisverband und Landesverband. Niemand kann voraussehen, wie sich die Verhältnisse entwickeln werden. Wenn ich nicht scharf dagegen Stellung nehme, daß in diesem Fall die Landesgeschäftsstelle gekürzt wird, dann deswegen, weil wir im kommenden Jahr die Gemeindewahlen haben und die Hauptlasten draussen auf den Kreisen liegen werden. Das ist einer der Gründe, warum ich in diesem Fall versuchen würde, einen Ausgleich zu finden.

Allerdings hat *Schedl* recht: So wie der Vorschlag gemacht ist, ist die Kürzung zu groß. Da kann man bei uns nicht die Balance in der Landesgeschäftsstelle halten. Deswegen könnte man überlegen, wie es wäre, wenn man den Betrag halbiert und 5% sagen würde, so daß die Minderung nur 10% ausmachen würde, also 48.000 Mark. Soviel müßte man bei uns sparen, und es würde den Kreisverbänden eine gewisse Basis geben.

Ich glaube, das wäre eine gerechte und vernünftige Lösung, die wirklich mit einer solchen Mehrheit angenommen werden könnte, daß man das Empfinden haben könnte, wir sind uns auch in diesem Punkte einig.

Dr. *Horlacher*: Ich schlage vor, anstatt 30% bei den Kreisverbänden 35% und anstatt 50% bei Landesverband 45% zu sagen. Dann ist auch der Ausgleich gegeben.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut, machen wir es so.

*Schwägerl*: Es wird eine Schwierigkeit bedeuten, wenn wir diese Änderung vornehmen, weil bereits verschiedene Kreisverbände für das Jahr 1947 die 10% mehr bezahlt haben. Ich möchte mein Geld wieder zurückhaben, das ist eine Selbstverständlichkeit. Da muß Gerechtigkeit walten. Es hat keinen Sinn, wenn wir hier wegen der 5% schon einen Kuhhandel machen wollen. Wir wollen sehen, was Ende des Jahres los ist. Wenn die Währungsumstellung gekommen ist, kann man immerhin noch eine Änderung machen. Es bleibt in einer Kasse. Der Landesverband ist uns sicher. Wenn wir kein Geld haben, muß der Landesverband für uns aufkommen. Das ist ganz logisch. Wenn die Verbindung zwischen Landesverband, Bezirksverband und Kreisverband entsprechend ist, wird es eine prima Sache werden. Wenn kein Mensch hinkommt, können sie sich nicht aussprechen.
Ich bin dafür, daß wir die Satzung so lassen: 50%, 30, 10 und 10. Bei mir haben sämtliche Ortverbände geäußert, sie wollen mindestens 30% haben. Ich muß sagen, die Ortsverbände haben die ganzen Kassierereien vorzunehmen, und es ist ganz klar, daß die Hauptarbeit wieder nur auf ihnen liegt. Es ist nicht so einfach. Die wenigsten, die hier sind, sind Ortsverbandsvorstände. Sie sind höchsten[s] Kreisverbandsvorstände oder Bezirksverbandsvorstände.
Ich bitte darum, daß die 50% bleiben.
*A.W. Schmidt*: Ich würde den Vorschlag machen, daß, wenn schon die Kreisverbände eine Erhöhung ihrer Beiträge bekommen, im gleichen Atemzug die Kreisverbände verpflichtet werden, ihre alten Schulden endgültig abzutragen, mindestens bis zum 28. Februar. Das macht mindestens 80.000 Mark aus.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das können wir nicht einklagen.
*Mayr* (Fürth): Ich würde vorschlagen 45 und 35%. Dann würde ich aus zwei Gründen, nämlich aus Gründen der Haftung und aus dem Grunde einer guten Abrechnung, die Rechtskraft erst zum 1. Januar 1948 aussprechen. Eine rückwirkende Kraft müßte ich ablehnen. Wir würden sämtliche Vorstandsmitglieder nachträglich mit der Haftung belasten.
*Schwägerl*: Dann sind diejenigen, die ehrlich waren, wieder die Dummen.

(Zuruf: Im Gegenteil! Widerspruch.)

Dr. *Horlacher*: Bei § 4 Ziffer 2a muß es heißen anstatt 30 Teile 35 Teile und bei Ziffer 3 in der letzten Zeile anstatt 50 Teile 45 Teile. Dann kommt eine neue Ziffer 4 dazu:

Bei den Beizrksverbänden München, Augsburg Nürnberg erfolgt Sonderregelung.

Im letzten Paragraph, im § 15, muß es heißen:

Dieses Finanzstatut tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1948 in Kraft.

Dr. *Grasmann*: Dann muß ein Antrag angenommen werden, der Ihrem Vorschlag entspricht und heißen muß:

Für das Jahr 1947 ist die Schlüsselung nach § 4 10 Ortsverband, 30 Kreisverband, 10 Bezirksverband und 50 Landesverband.

Dann ist es der Status, wie er war, so daß die Verbände, die bereits ordnungsgemäß bezahlt haben, nicht die Dummen sind.
*Schwägerl*: Die anderen müssen auch zahlen.
Dr. *Grasmann*: Die anderen müssen nachzahlen.
Dr. *Geiselberger*: Zum letzten Vorschlag möchte ich zu bedenken geben, daß Bezirksverbände und Kreisverbände da sind, die für das Jahr 1947 nur sechs Mark kassiert

haben. Wie sollen diese in der Lage sein, jetzt nachträglich aus einem Beitrag von zwölf Mark pro Jahr diese Summen abzuführen?
Staatsminister Dr. *Krehle*: Das soll die Vorstandschaft persönlich bezahlen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir haben uns den Überblick draußen verschafft, wir wissen ungefähr, was draußen los ist.
Dr. *Geiselberger*: Ich möchte nicht auf den unberechtigten Vorwurf eingehen, den Du heute vormittag gemacht hast. Ich beteilige mich jetzt nicht an der Debatte über die Schlüsselverteilung. Da ich mich am Vormittag nicht beteiligt habe, tue ich es jetzt auch nicht.
Was ich in meinem Kreisverband aufbringe, davon gebe ich zum allermindesten 90% an meinen Bezirksverband und an den Landesverband ab. Ich selbst begnüge mich mit dem Rest von höchstens 10% für den Kreisverband. Aber ich erinnere daran, und vielleicht erinnerst Du Dich auch daran: Ich habe bereits bei der letzten Ausschußsitzung, wo über den Mitgliedsbeitrag von einer Mark verhandelt worden ist, meine Bedenken zum Ausdruck gebracht, ob wir diesen Beitrag von allen unseren Parteimitgliedern würden hereinbekommen können. Ich habe damals meine Bedenken geäussert und die Erfahrungen des letzten halben Jahres und letzten Jahres haben meine Bedenken leider gerechtfertigt.

(Sehr richtig!)

Es war nicht möglich ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Da gibt es nur einen Ausweg: Verdoppelung der Mitgliedschaft.
Dr. *Geiselberger*: Nein, die Praxis wird so aussehen: Mit zwölf Mark werden wir eine Halbierung unserer Mitgliederzahl bekommen. Das war wenigstens das Ergebnis der Anfrage, die ich an alle meine Ortsverbände hinausgegeben habe, wie die Mitteilung von der Festsetzung eines Jahresbeitrages von zwölf Mark gekommen ist. Auf meine Anfrage ist von den Ortsverbänden die Antwort gekommen: Bei Erhebung von zwölf Mark werden wir mit einem Mitgliederverlust von 50% rechnen müssen.
Staatsminister *Krehle*: Es kommt darauf an, wie man die Frage stellt.
Dr. *Geiselberger*: Nein, Herr Minister! Ich habe die letzte Aufstellung, die wir von der Finanzabteilung des Landessekretariats bekommen haben, hier. Aus ihr geht hervor, daß bis zum Dezember erst 38% des Umlagesolls für 1947 erfüllt worden sind. Wenn wir diese Zahlen lesen, kommen mir meine großen Bedenken, ob die letzten 60% von den Kreisverbänden im Jahre 1948 für die Landeskasse noch hereinkommen werden.
Aufgrund dieses Ergebnisses für das Jahr 1947 habe ich meine großen Bedenken, ob die Ziffern, die wir heute genannt bekommen haben, nicht auf tönernen Füßen stehen, ob sie praktisch verwirklichbar sind. Ich sage noch einmal: Ich wende mich nicht gegen den Verteilungsschlüssel und bin nach wie vor bereit, 90% der Mittel, die ich in meinem Kreisverband aufbringe, für den Bezirk und für das Land zur Verfügung zu stellen. Aber ich habe meine Bedenken aufgrund meiner Erfahrungen, ob ich in der Lage bin - und ich glaube, viele Kreisvorsitzende werden darin mit mir übereinstimmen - von allen bisherigen eingeschriebenen Mitgliedern einen Beitrag von zwölf Mark hereinzubekommen. Das ist das einzige große Bedenken, das ich gegen den Voranschlag habe.
Wenn ich heute umgekehrt davon gehört habe, daß unser Mitgliederstand von 82.000 für Bayern das untere Minimum dessen ist, was eine an sich schlagkräftige Partei an Mitgliedern ihr eigen nennen sollte, dann habe ich meine Bedenken, ob sich nicht auf

dieser Basis die Mitgliederzahl der eingeschriebenen Mitglieder noch weiter verringern wird. Bei einer weiteren Verringerung der Mitgliederzahl wird der Etat, den wir für 1948 aufgestellt haben, auch ins Rutschen kommen.
*Dietrich*: Zur sofortigen Erledigung der von Parteifreund *Horlacher* in Aussicht genommenen Sonderregelung bei großstädtischen Bezirksverbänden möchte ich folgenden Antrag stellen:

Bei großstädtischen Bezirksverbänden wird der Verteilungsschlüssel des Kreisverbandes mit dem des Bezirksverbandes vertauscht.

(Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Er wird vereinbart.
*Dietrich*: Die Regelung kommt nie.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Leichter draußen als hier.
*Butterhof*: Meine Damen und Herren! Wenn einer praktisch draußen steht, wie Sie alle, weiß er, was es für eine Schwierigkeit ist, anstatt 50 Pfennig eine Mark zu bekommen. Wenn festgestellt wird, daß mit 82.000 Mitgliedern kaum eine aktionsfähige Partei gegeben ist, dann kommt das zum großen Teil davon her, weil die Mitglieder nicht einmal bereit sind, eine Mark im Monat für die Durchsetzung ihrer christlichen Ideen auf politischem Gebiet zu opfern. Wenn ich an Diasporagegenden denke wie Nürnberg oder Oberfranken, so muß ich feststellen, daß dort die Leute automatisch zahlen. Sie zahlen ihr Markerl, und der Fall hat sich.
Meine Damen und Herren! Ich glaube, es kommt darauf an, daß wir selbst ernsthaft anfangen, es den Leuten zu sagen. Ich habe es in der letzten Zeit erlebt, daß auch auf Versammlungen in Gegenden, wo das Geld sehr schwer sitzt, bei genügender Darstellung der Aufgaben, die zu bewältigen sind, der dauernden Finanznot, in der wir uns befinden, ein Verständnis zu erzielen ist. Ich glaube, daß der Landesausschuß als das berufene Gremium hier einen Entschluß faßt, der allen Mitgliedern draußen nahelegt, daß wir dieses Märkelchen haben müssen, solange wir es noch aufbringen können. Dann wird es die Mitgliederschaft bereitwilliger zahlen, vor allem wenn sie sieht, daß die Union wirkliche Unionspolitik macht. Daran liegt auch viel.

(Sehr richtig!)

Frau Dr. *Probst*: Meine Herren! Ich glaube, wir müssen auch eine gewisse Staffelung bei Familienangehörigen eintreten lassen. Wir können nicht für jedes weitere Mitglied den gleichen Beitrag in gleicher Höhe verlangen. Das ist eine Anregung, die von verschiedener Seite schon an mich herangetragen worden ist.
Dann habe ich gewisse Bedenken, wenn ich das gleich hier äußern darf, in der Frage der Benzinzuteilung, hier gleichsam als Zuckerl für brave Kinder mehr Benzin zu geben. Denn gerade in Kreisen, die brachliegen, brauchen wir Benzin und nicht in Kreisen, die an sich schon florieren. Auf diese Weise werden die Kreise, die an sich schon sehr schwer und hart in der Arbeit sind, weiter geschädigt. Ich möchte das doch noch zu bedenken geben.
Dr. *Grasmann*: Was Frau Dr. *Probst* mit Staffelung meint, haben wir im § 3 vorgesehen, aber nicht im Einzelfall, sondern generell. Wir haben vorgesehen, daß die Orts- bzw. Kreisvorstandschaften, soweit keine Ortsverbände bestehen, die Beiträge in besonderen Fällen auf Antrag herabsetzen können. Wir wollen nicht so viele einzelne Fälle aufführen. Da müßten wir Flüchtlinge und verschiedene andere Fälle auch eigens nennen. Deshalb haben wir es so gefaßt.

Ich darf noch um Zustimmung zu folgender Ergänzung bitten: Ich habe mir die Dinge gerade noch einmal überlegt und gesehen, daß in § 10 "Jahresrechnung" etwas vergessen worden ist, nämlich wie die Jahresrechnung des Landesverbandes vorgenommen werden soll. Bei den übrigen Organisationen macht es die Mitgliederversammlung. Beim Landesverband wäre das zu umständlich. Die Jahresrechnung muß hier wohl vom Landesausschuß vorgenommen werden. Und darum darf ich Ihnen vielleicht noch einen Nachsatz oder Zusatz verlesen, der lautet:

> Die Entlastung des Landesvorstandes und des Landesschatzmeisters obliegt dem Landesausschuß.

Also dem Gremium, das heute hier versammelt ist. Ich bitte, das noch nachtragen zu dürfen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren! Hier stehen so viele Anträge, daß ich sie wirklich nicht alle überblicken kann. Ich glaube, wir müssen [uns] zunächst einmal mit der grundsätzlichen Annahme des Finanzstatutes befassen, so daß es vom 1. Januar 1947 an in Wirksamkeit gesetzt wird, daß aber für das Jahr 1948 in Abänderung des § 4 folgende Regelung beschlossen wird. Wir müssen die Rechtsgrundlage für die Einhebung der Beiträge auch für das letzte Jahr bekommen. Infolgedessen muß das Finanzstatut in Wirksamkeit gesetzt werden vom 1. Januar 1947 an. Das vom Landesschatzmeister vorgetragene Statut wird von ihm selbst in § 4 dergestalt geändert, daß es in Ziffer 2a 35 Teile heißen muß - Ziffer 2b bleibt -, in Ziffer 3 statt 50 Teile 45 Teile.
Ist das jetzt klar oder muß der § 4 noch einmal verlesen werden?

(Zuruf: Nein!)

Zu dieser Änderung brauchen wir keinen Antrag.
Ich glaube, wir können von einer nochmaligen Verlesung absehen.
*Mayr* (Fürth): Die Frage der Haftung beginnt auch erst am 1. Januar 1948.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Frage der Haftung der Vorstandschaft muß für das vergangene Jahr auch eine Rechtsgrundlage haben. Infolgedessen muß das Finanzstatut vom 1. Januar 1947 ab in Wirksamkeit gesetzt werden. Sonst hängt der gesamte Apparat in der Luft.
Das Finanzstatut ist bekannt in der Abänderung, wie es jetzt vorgetragen wurde. Ich stelle den Antrag, das vom Landesschatzmeister vorgelegte Finanzstatut wird beschlossen und mit Wirkung vom 1. Januar 1947 an in Kraft gesetzt. Es wird dann ein zweiter Antrag kommen, der Ihnen bekannt ist.
Dr. *Horlacher*: Zu § 5! Da heißt es:

> Die Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände können für besondere Zwecke Umlagen erheben und Sammlungen durchführen.
> Die Erhebung von Umlagen und Veranstaltung von Sammlungen ist jedoch nur mit Zustimmung der Landesvorstandschaft gestattet. Die Landesvorstandschaft kann die Zustimmung mit Auflagen verbinden.

Diesen letzten Zusatz halte ich im Interesse der Finanzgebarung und Finanzwerbung für außerordentlich verhängnisvoll. Ich würde bitten, den Absatz 2 zu streichen und höchstens zu sagen:

> Bei Erhebung von Umlagen erheblicher Art und bei Veranstaltung von größeren Sammlungen ist jedoch die Landesvorstandschaft in Kenntnis zu setzen.

Das würde meines Erachtens vollständig genügen. Da hat die Landesvorstandschaft doch das Recht, da und dort regelnd einzugreifen, wenn es sich um größere Sachen handelt. Aber die Werbung durch kleinere Sammlungen möchte ich den Ortsverbänden überlassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ganz so kann man es nicht machen. Aber wir müssen auch da rasch eine Einigung finden. Denn es ist selbstverständlich, daß nicht beide durcheinander sammeln können. Wir müssen schon auf eine gewisse Steuerung der Sammlungen hinwirken. Dagegen stimme ich völlig zu, daß man kleine Sammlungen nicht unterbinden kann und soll. Wie können wir das vernünftig machen?
Dr. *Grasmann*: Ich habe heute früh schon kurz begründet, weshalb wir eine derartige Fassung brauchen. Ich will aber angesichts der hier vorgebrachten Gründe auf den letzten Satz -

die Landesvorstandschaft kann die Zustimmung mit Auflagen verbinden

- verzichten. Dieser Satz kann tatsächlich mißverstanden und als Härte empfunden werden. Ich will ihn preisgeben, aber den ersten Satz möchte ich unbeschränkt lassen, ohne den Zusatz "von erheblichem Ausmaß". Denn das Überlassen dessen, was erheblich ist und nicht erheblich, müßte schon von uns aus hier festgestellt werden. Man kann ja von vorneherein gar nicht feststellen, ob eine derartige Sammlung erheblich wird oder nicht.
Ich habe schon gesagt, für eine Weihnachtsveranstaltung oder den Geburtstag des Herrn Vorsitzenden braucht doch nicht bei der Landesleitung angefragt zu werden. Aber bei Sammlungen solcher Art, wie ich es heute früh skizziert habe, z.B. bei Sammlungen der Jugend- oder Studentenorganisation muß unbedingt gefragt werden, weil sich unter Umständen die Dinge überschneiden können.
Ich würde also vorschlagen, den ersten Satz zu belassen und den zweiten auf Anregung von Herrn Dr. *Horlacher* zu streichen!
Dr. *Horlacher*: "Nur mit Kenntnis der Landesvorstandschaft"! Fassen Sie es doch so:

Die Erhebung von Umlagen und Veranstaltung von Sammlungen ist jedoch nur mit Kenntnis der Landesvorstandschaft gestattet.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: "Nur in Übereinstimmung mit der Vorstandschaft"! Machen wir diese Lösung! Dann lautet der § 5 Ziffer 2:

Die Erhebung von Umlagen und Veranstaltung von Sammlungen ist jedoch nur in Übereinstimmung mit der Landesvorstandschaft gestattet.

Der weitere Satz fällt weg. Die Abänderungsvorschläge sind in den Entwurf des Finanzstatutes eingearbeitet.
*Dietrich*: Der Antrag Nürnberg ist noch zu verbescheiden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Da würde ich vorschlagen, daß wir uns erst im Landesausschuß damit befassen, wenn die Bezirksverbände Nürnberg-Fürth, München und Augsburg mit ihren Kreisverbänden keine Einigung finden. Grundsätzlich wäre es vernünftiger, man würde dort selbst eine Einigung finden, weil die Verhältnisse an diesen Stellen wieder verschieden sind. Infolgedessen würde ich bitten, auf diesen Antrag zunächst zu verzichten, mit dem Vorbehalt, daß ...

(Zuruf: Die Regelung würde den Bezirksverbänden überlassen!)

Das ist schon vorgesehen. Dazu liegt schon ein Abänderungsvorschlag vor, eingereicht von *Horlacher*, bei § 4 eine Ziffer 4 anzufügen:

> Bei den Bezirksverbänden München, Augsburg, Nürnberg erfolgt Sonderregelung.
>
> (Zuruf: Erfolgt die Sonderregelung durch die Bezirksverbände!)
>
> Bei den Bezirksverbänden München, Augsburg, Nürnberg erfolgt die Sonderregelung durch die Bezirksverbände im Benehmen mit ihren Kreisverbänden.

Auch dieser Abänderungsvorschlag ist bekannt und stenographisch festgehalten, so daß ich über den Antrag abstimmen darf auf Annahme des Finanzstatutes und Inkraftsetzung vom 1. Januar 1947 ab. Mit dem Vorbehalt, daß für 1948 noch Sonderregelung beschlossen wird.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Redaktionell ist zu § 12 noch zu sagen, daß er nicht mit § 67 der Satzung übereinstimmt. In § 67 der Satzung heißt es am Schluß:

> Bei Auflösung des Landesverbandes geht das Vermögen der Union je zur Hälfte an die Caritas und an die Innere Mission.

Der § 12 des Finanzstatutes sagt etwas anderes.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Regelung im § 67 ist die weitere Konsequenz. Zunächst würde der Landesausschuß beschließen. Der Landesausschuß kann nur beschließen, wenn er überhaupt noch da ist. Ist er nicht mehr da, dann gilt hier wohl die Satzung. Denn die Satzung sieht die Regelung für den Fall vor, daß kein beschlußfähiges Gremium mehr da sein sollte, so daß ich glaube, daß dieser Einwand wegfällt.
Ich darf zur Abstimmung schreiten.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Darf ich fragen: Gilt das Statut als vorläufig in Kraft gesetzt oder als endgültig bindende Maßnahme?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist nicht vorgesehen, daß das Statut mit qualifizierter Mehrheit abgeändert werden muß. Infolgedessen kann der Landesausschuß jederzeit eine Abänderung beschließen.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Wenn ein Antrag aus der Situation heraus eingebracht wird?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sonst müßte ein Paragraph enthalten sein, daß die Statuten mit einer Mehrheit von soundso viel abgeändert werden können. Dieser Paragraph ist nicht enthalten. Infolgedessen kann der Landesausschuß jederzeit anders beschließen.
Wir kommen endgültig zur Abstimmung. Wer enthält sich? Acht Enthaltungen. Wer ist gegen den Antrag? Bei acht Enthaltungen ist der Antrag einstimmig angenommen.
Jetzt kommt ein neuer Antrag, der noch dazukommen muß, bevor wir den Abänderungsantrag zu § 4 stellen. Gemäß § 3 des Finanzstatutes wird der normale Jahresbeitrag auf RM 12 festgesetzt. Dies ist im Finanzstatut offen gehalten. Der Antrag muß vorweggenommen werden. Darf ich darüber abstimmen lassen? Wer enthält sich? Einer! Wer ist dagegen? Elf sind dagegen. Wer ist dafür? Das ist die weit überwiegende Mehrheit. Ich brauche nicht abzuzählen. Damit ist auch dieser Antrag angenommen.
Jetzt kommt der Antrag, der die Regelung für das Jahr 1948 enthält.
Dr. *Grasmann*: Für das Jahr 1947 waren es die Sätze, wie wir sie drin hatten. Für das Jahr 1948 sind die Sätze 10, 35, 10, 45.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dieser Antrag ist bekannt. Ich darf darüber abstimmen lassen. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Einstimmig angenommen. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung "Finanzstatut" erledigt.
Wir haben jetzt die Wahl, ob wir als weiteren Punkt der Tagesordnung den Punkt Satzung nehmen wollen, oder ob wir die politische Aussprache beginnen wollen. Soweit ich während der Mittagspause festgestellt habe, herrscht allgemein der Wunsch, daß zunächst das Thema Satzung besprochen werden soll und daß dann, weil es eine Möglichkeit gibt, eventuell die Zwischenzeit zu Aussprachen oder Besprechungen innerhalb eines kleineren Kreises auszunützen, zwischen der politischen Aussprache die Besprechungen stattfinden können oder auch am Abend, für den Fall, daß eine Pause eintritt.
Darf ich das Einverständnis des Landesausschusses annehmen, wenn wir jetzt als nächsten Punkt der Tagesordnung den Punkt Satzung behandeln?
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Meine Damen und Herren! Es ist 16 Uhr. Um 20 Uhr beginnt eine öffentliche Kundgebung der CSU Erlangen mit dem Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] als Redner. Wir können nicht länger als bis 19 Uhr beisammen bleiben. Das sind drei Stunden. Morgen nachmittag bis 14 Uhr spätestens muß der Ministerpräsident wegfahren, weil ihn eine Pflicht am Abend in Frankfurt ruft. Wir haben im günstigsten Fall morgen vormittag dreieinhalb Stunden zur Verfügung. Ich stelle einmal ganz ausdrücklich fest, daß der Sinn des Beschlusses von Eichstätt in Satzungsdingen gewesen war, daß wir durch die Parteileitung im Laufe des Monats Oktober eine Vorlage bekommen. Wir haben keine Vorlage bekommen. Wir haben heute einen von der Parteileitung ausgearbeiteten Entwurf erhalten,[8] der sehr viele beachtliche Gesichtspunkte enthält, der also richtig durchgesprochen werden muß.
Nachdem nun vorher kein Material zur Verfügung stand und auf wiederholte Anfrage bei der Geschäftsstelle keines zur Verfügung gestellt werden konnte, ist ein Vorschlag ausgearbeitet worden, der vom Bezirksverband Oberbayern aufgenommen und Ihnen durch vorherige Zusendung unterbreitet wurde.[9] Dieser Vorschlag enthält ebenfalls eine Reihe von Gesichtspunkten, welche durchaus diskutiert und, wenn möglich, in Einklang gebracht werden müssen mit dem Material, das uns heute übergeben worden ist. Es ist das absolut unmöglich in der jetzt zur Verfügung stehenden Zeit zu tun. Denn die Mitglieder des Landesausschusses, welche die vorhergehende Einsendung studiert hatten, hatten sicher keine Zeit, heute während der Finanzdebatte das Studium der anderen unterbreiteten Vorschläge vorzunehmen.
Angesichts dieser Sachlage habe ich die ganz ernste Befürchtung, daß in einem Zeitpunkt, wo nicht bloß die Augen von allen an der bayerischen Politik interessierten Menschen auf uns schauen, sondern wo man in ganz Deutschland auf uns als einen wichtigen Teil der Arbeitsgemeinschaft CDU-CSU sieht, wo wir auch im Ausland beachtet werden, wir zu dem großen wichtigen Gebiet der wirklichen Politik nur in geringem Umfange kommen und in einer unbefriedigenden Weise in einer Aussprache Gefahr laufen, durch die Zeit und die Zahl der Redner diminuiert zu werden. Ich bitte Sie daher, daß man zu einer Normalbehandlung von derart wichtigen Anträgen übergeht, indem man sie einer Vorbearbeitung in einem engeren Kreis unterzieht.

[8] Dieser Entwurf konnte nicht ermittelt werden.
[9] Der Entwurf findet sich im Anhang, Dok. Nr. XX, S. 1816ff.

Ich unterbreite dem Landesausschuß einen Antrag, der darauf abzielt, das Ziel der Satzungsänderung durch folgendes Verfahren harmonisch und sachgemäß zu erreichen.

Der Landesausschuß wolle beschließen:

1. Es wird ein Satzungsausschuß von - ich habe zunächst gesagt - elf Mitgliedern gewählt, der für die Landesversammlung - die bekanntermaßen in drei Wochen stattfinden soll - einen Satzungsentwurf vorbereitet.
2. Diesem Ausschuß werden die für heute eingelaufenen Anträge übergeben mit dem Auftrag, einen Ausgleich als Ziel zu erstreben. Nötigenfalls werden der Landesversammlung für einzelne Bestimmungen Alternativvorschläge unterbreitet, das heißt aus dem Kreis dieser Kommission, wenn nötig, ein Minderheits- und ein Mehrheitsantrag.
3. Der nächsten Landesversammlung soll zur Überprüfung und vorläufigen Verbescheidung dieses Entwurfes eine zweistündige Landesausschußsitzung vorausgeschickt werden, die mindestens sieben Tage vorher unter Übersendung des modifizierten Satzungsentwurfes einzuberufen ist. In dieser Sitzung spricht nur je ein Referent, der sein Referat vorher den Mitgliedern des Landesausschusses schriftlich vorlegt.

Auf diese Weise wird die Möglichkeit geschaffen, daß elf Mitglieder - vielleicht könnte man zu 13 kommen, aus Gründen, die ich gleich sagen werde - die Sache sorgfältig vorbereiten, eine modifizierte Vorlage mit Mehrheits- und Minderheitsvotum unterbreiten, so daß, wer in die Beratung eintritt, genau darauf vorbereitet worden ist. Wer sich dann nicht vorbereitet, hat schließlich kein Recht mitzureden.

(Sehr richtig!)

Da es sich hier um das Zusammenschweißen der ganzen Partei handelt, lege ich sehr großen Wert darauf, daß eine von allen gebilligte Satzung sehr sorgfältig geschaffen wird.

Die Begründung zu meinem Antrag lautet:

1. Der befriedigenden Bereinigung der Frage der Umgestaltung der jetzigen Satzungen aufgrund der gemachten Erfahrungen kommt sehr bedeutende Tragweite zu.
2. Einer der vorliegenden Anträge konnte vor der heutigen Sitzung nicht studiert werden, da er erst bei Beginn der Sitzung in die Hände der Teilnehmer kam - oder sind es zwei? Diese Anträge enthalten sehr wichtige Einzelheiten.
3. Alle Anträge zusammen enthalten wenigstens zwölf zu diskutierende Punkte. Diese Diskussion müßte die politische Aussprache sehr abkürzen und könnte trotzdem keine befriedigende Lösung in dieser Sitzung des Landesausschusses finden.

(Sehr gut!)

4. Der Dringlichkeit könnte Genüge geleistet werden durch Einhaltung der im Antrag genannten Termine, so daß wir mit dieser Sache bis zum 24./25. Januar, für welche Tage die Landesversammlung vorgesehen ist, fertig werden. Dann hätten wir in der Termineinhaltung das gleiche erreicht, wie wenn wir heute im Galopp über die Dinge hinweggehen und eine Minderheit nach der einen oder anderen Seite überritten wird und die Landesversammlung wiederum in endlose Diskussionen hineingerät.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, zu diesem Verfahren überzugehen, das die Satzungsbehandlung normalisiert, so wie es im Sinne der Eichstätter Beschlüsse gewesen ist.
Ich mache darauf aufmerksam: Wenn der Landesausschuß zu dem Ergebnis kommt, er wird in eine Debatte über die Satzungsentwürfe eintreten, und sei es auch nur über einzelne Punkte, dann fühlen sich die Vertreter der einen Auffassung gezwungen, das Ganze einer Diskussion zu unterstellen und ihren Standpunkt, der mit dem innersten Gefüge der Partei sehr viel zu tun hat, voll und breit darzulegen. Dann bin ich aber sicher, daß es dann zu einer politischen Aussprache in genügendem Rahmen und zu einer Formung des politischen Willens der Union in diesem ganz besonders wichtigen Augenblick nicht kommt.
Daher bitte ich Sie inständig, in der Richtung zusammenzuwirken, daß wir ein normales und dadurch fruchtbares und erfolgbringendes Verfahren anwenden.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es zeigt sich in solchen Fällen immer - ich darf darauf hinweisen -, daß sich einige Freunde besonders veranlaßt fühlen zu klatschen. Ich glaube, wir tun uns viel leichter und handeln viel vernünftiger, wenn wir in diesen Aussprachen - denn es handelt sich bei der Landesausschußsitzung immer um eine Aussprache - von Beifalls- und Mißfallenskundgebungen absehen.

(Zuruf: Das hätte man vorher auch schon machen müssen!)

Das ist eine viel vernünftigere Auseinandersetzung.
Ich darf ferner zu dem, was *Pfeiffer* vorgetragen hat, sagen. Die Landesversammlung hat damals folgendes beschlossen:

> Die vom Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] eingebrachten Vorschläge werden an den Landesausschuß verwiesen, der sie nach der Neuwahl seiner Vertreter bis Mitte November zu beraten und notwendig werdende Änderungen in die Satzungen einzubauen hat. Der Vorschlag des Landesausschusses wird der nächsten öffentlichen Landesversammlung der Union zur Beschlußfassung vorgelegt.

Die Neuwahl der Mitglieder dieses Landesausschusses war endgültig abgeschlossen am 6. Dezember. Damals hat als letzter Bezirksverband Unterfranken seine Mitglieder neugewählt gehabt. Wenn wir hier Beschlüsse fassen, müssen wir uns an die geltenden Statuten halten. Dazu ist eben notwendig, daß in einer guten Demokratie die Partei von unten nach oben durchgewählt ist.
Wenn *Pfeiffer* ferner von Oktober gesprochen und erklärt hat, es hätte der Antrag schon im Oktober vorgelegt werden müssen, dann darf ich daran erinnern, daß damals in Bayern die Regierung gebildet wurde.
Damals bin ich, gerade unter Beeinflussung auch durch Herrn *Pfeiffer* in den damaligen zuständigen Gremien, in die Regierung hineingegangen. Ich glaube, man konnte so viel Loyalität von allen Seiten erwarten, daß in einem solchen Fall das Interesse des Volkes und der Gesamtunion irgendeinem Sonderinteresse bei der Behandlung dieser Statuten vorangeht.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Das ist ein Mißverständnis meiner Worte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Pfeiffer*, ich habe keine Schärfe hereingebracht. Ich darf hier feststellen: Ich habe mir größte Mühe gegeben, in der Union zusammen mit der Regierung für die Union zu arbeiten. Ich habe die Loyalität bis zum Letzten durchge-

halten. Ich darf erwarten, daß auch in den Fragen, die die Partei betreffen, die Loyalität von allen Seiten gehalten wird und Fairneß ein Prinzip für alle Seiten ist.

(Sehr richtig!)

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Selbstverständlich.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dabei kann erwartet werden, daß die Schärfe, wie sie jetzt von *Pfeiffer* in die Debatte hereingebracht wurde, nicht anhält.

(Widerspruch.)

Wir müssen dazu kommen, daß wir endlich einmal offene Fragen bereinigen, daß bestimmte Prinzipien besprochen werden. Sie können nicht nur in einem kleinen Ausschuß besprochen werden. Es muß festgestellt werden, welche Haltung die Bezirksverbände einnehmen, welche Haltung die gesamte Partei einnimmt, nicht nur, welche Haltung von dem einen oder anderen eingenommen wird. Um Überreiten irgendeiner Gruppe kann es sich dabei nicht handeln. Dieser Ausdruck ist bedauerlich gewesen.
Ich darf dann zu den weiteren ...
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Zur Aufklärung, zur Richtigstellung! Ich glaube, von objektiver Seite nicht in dem Sinne verstanden worden zu sein, daß ich nicht die Entwicklung vom Monat Oktober absolut in Rechnung gestellt hätte, sondern, wogegen ich Einspruch erhebe, ist, daß heute von Seiten der Parteileitung wichtige Anträge unterbreitet werden, die den Mitgliedern des Landesausschusses vorher nicht vorgelegt worden sind, die man nicht durchstudieren konnte, sondern daß auf wiederholte Anfrage von der Geschäftsstelle erklärt wurde, es läge nichts da und es könne nichts übergeben werden.
Es haben sich dann mehrere Leute zusammengesetzt und eine Ausarbeitung gemacht, die vom Bezirksverband Oberbayern aufgenommen worden ist. Wir bekommen nun heute von der Landesparteileitung eine Ausarbeitung, die wir nicht studieren können. Dieses Nichtvorbereitetsein in normaler Weise ist der Punkt meiner Beanstandung.
Selbstverständlich kann ich mich an meine eigene Haltung im Monat September und Oktober sehr gut erinnern. Wenn die Beanstandung einer nicht normalen Vorbereitung als Schärfe angesehen wird, so bedauere ich das außerordentlich. Ich habe das Interesse, daß wir über alle Gegensätze hinweg endlich einmal aus diesen peinlichen Auseinandersetzungen herauskommen. Das kann nur durch Normalisierung des Verfahrens geschehen.
Meine Damen und Herren! Wir haben keine andere Wahl, als daß wir, wenn diese Frage aufgerollt wird, sie behandeln oder daß wir Politik treiben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bisher ist Politik getrieben worden! Die Angriffe gingen nicht etwa von der Parteileitung aus. Ich verzichte darauf, weiter diese Themen zu behandeln. Ich würde bitten, daß jetzt der nächste Redner, *Haußleiter*, spricht.
*Haußleiter*: Unser Parteifreund *Pfeiffer* hat uns heute schon sehr viele wesentliche Anregungen zur Verfahrensfrage gegeben. Wir wollen nicht in der Diskussion über Verfahrensfragen steckenbleiben. Ich glaube, in einem wesentlichen Punkt müssen wir ihm zustimmen: Die Einzelheiten der Satzungsänderung können wir heute nicht definitiv und im einzelnen beraten. Darüber sind wir uns einig. Aber ebenso klar ist der Auftrag der Landesversammlung an den Landesausschuß, die entsprechenden Beschlüsse für Satzungsänderungen zu fassen und sie vorzulegen. Bitte, überlegen Sie nun mit mir einen Weg, in dem wir Auseinandersetzungen vermeiden und uns wirklich auf einer gemeinsamen Basis finden können. Ich meine, es wäre folgender Weg:

Wir gehen nicht in die Einzelheiten der Diskussion, aber wir entscheiden die zwei entscheidenden und wichtigen Probleme, um die es hier grundsätzlich geht, damit der Ausschuß, der dann den Entwurf durchberät, eine gewisse klare Marschroute hat. Das bedeutet, meine Freunde, keine Vergewaltigung der Minderheit. Das wollen wir nicht. Denn die Minderheit wird ja dann immer vor die Landesversammlung treten und von sich aus Vorschläge machen können. Aber eines widerstrebt mir als undemokratisch durchaus, daß wir jetzt einen Ausschuß wählen und ihm die ganze Entscheidung überlassen sollen.

(Zuruf: Mißverständnis!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Kraus*, durch besonders kräftigen Stimmaufwand geht die Debatte nicht weiter.
*Kraus*: Das ist doch so, daß lauter Diskussionen Zeit vergeuden.
*Haußleiter*: Der Ausschuß würde ganz ohne Zweifel ohne Marschroute von der Landesversammlung arbeiten können. Ich schlage vor, wir bilden den Ausschuß, den Parteifreund *Pfeiffer* vorschlägt. Über zwei Punkte aber sprechen wir uns aus, damit der Ausschuß weiß, was der Landesausschuß grundsätzlich will.

(Sehr richtig!)

Dann entscheiden wir nach Mehrheit und Minderheit.
Meine Damen und Herren! Das ist das demokratische Verfahren. Anders können wir nicht. Wenn wir einer solchen Entscheidung ausweichen, hieße das, wir lassen die Minderheit über die Mehrheit bestimmen und das wäre undemokratisch. Ich glaube, da sind Sie mit mir alle einer Meinung.
Unterhalten wir uns also über folgende zwei Grundprobleme, die zur Debatte stehen: Halten wir das Präsidialsystem der bisherigen Verfassung aufrecht, daß ein Mann die Verantwortung trägt und sich die Mitarbeiter sucht, oder gehen wir über zum Kollegialsystem, wie wir es vor 1933 hatten? Das ist eine klare Frage. Stellung zu nehmen ist Sache des Landesausschusses, die Einzelheiten auszuarbeiten Sache des Satzungsausschusses, den wir wählen.
Ebenso ist es mit der zweiten Frage: Halten wir das regionale, das föderative System in der Zusammensetzung unserer Parteigremien aufrecht oder gehen wir über zu einer Verteilung der Stimmen nach der Zahl der Mitglieder?
Das sind meiner Ansicht nach die zwei entscheidenden Grundfragen, um die es in der ganzen Auseinandersetzung der Union geht.

(Widerspruch.)

Erlauben Sie mir, ich habe es immer getan, in dieser Frage die Dinge beim Namen zu nennen. Wenn Parteifreund *Pfeiffer* sagt: Ja, wenn über diese Fragen hier gesprochen wird, müssen wir auch in alle anderen Einzelheiten hineingehen, so leuchtet mir das nicht ganz ein, meine Freunde. Aber wir wollen dann niemanden bedrücken, dann müssen wir es in Kauf nehmen. Aber es ist dann seine Verantwortung, wenn er diesen Prozeß für notwendig hält, wenn dadurch die politische Diskussion erschwert oder gefährdet wird.
Ich meine, ein vernünftiger Kompromiß wäre besser: Der Ausschuß berät die Einzelheiten, die große Marschroute, komprimiert auf diese zwei grundsätzlichen Entscheidungen, legt in demokratischer Diskussion und Abstimmung der[10] Landesausschuß

[10] In der Vorlage: "den".

fest. Dann haben wir eine Entscheidung. Ich glaube nicht, daß die Union dieses Fortschleppen und Verlegen der Entscheidungen in die Ausschüsse und dann doch nicht Rechtzeitigfertigwerden auf die Dauer verträgt. Wir haben es erlebt.
Meine Freunde! Sprechen wir uns nüchtern, sachlich, klar über die Tatbestände aus: Hier die Frage Präsidialsystem oder Kollegialsystem, hier die Frage, ob regionales System oder Stimmenverhältnis nach der Zahl der Mitglieder. Das sind die zwei Grundfragen. Werden diese entschieden, dann geht der Ausschuß mit klaren Grundlagen an seine Arbeit. Der Landesausschuß aber hat dann die Aufgabe nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt, zu der er von der Landesversammlung beauftragt worden ist.
Dr. *Horlacher*: Ich würde bitten, diese Frage einmal wirklich leidenschaftslos zu behandeln und einmal keine Zwischenrufe, auch keine Beifallskundgebungen zu veranstalten. Ich möchte vor allen Dingen nicht haben, daß diese Frage der Satzungsänderungen wieder so ein Gesicht bekommt, als sei sie eine Frage, die wieder einer Krisis der Parteiführung nahekommt.

(Sehr gut!)

Das möchte ich unter keinen Umständen haben. Auch möchte ich mit aller Deutlichkeit als Politiker betonen: Seit der Zeit, in der wir in Eichstätt beieinander waren, ist schon viel Wasser den Berg hinuntergeflossen; wir sehen es zur Zeit an den Hochwassern. Die Lage hat sich also vollständig verändert; und ich bin Politiker genug, daß ich mich immer der jeweiligen Lage, die da und dort eintreten kann, anpasse.

(Anhaltende Heiterkeit.)

Wir sind wieder bei den Grundsätzen angelangt! Die Grundsätze müssen schon dasein; aber die Grundsätze dürfen nicht ein solches Übermaß erreichen, daß der politische Verstand dadurch verdummt wird.
Worauf es mir ankommt, sind folgende Dinge: Einmal kommt es mir darauf an, daß die Union wirklich das Gesicht einer Union trägt, denn der Zeitpunkt dazu ist notwendigerweise da, und die Zeit drängt so sehr danach wie noch nie. Darüber brauchen wir miteinander gar nichts zu reden. Wer da der Parteivorsitzende ist, das tritt bei mir, wenn ich das erörtere, vollständig in den Hintergrund. Bei manchen mag dies in den Vordergrund treten; bei mir ist das momentan gar nicht der Fall, sondern mir kommt es darauf an, daß die Organe der Partei, die ja in der Satzung enthalten sind, von dem jeweiligen Vorsitzenden so eingesetzt werden, wie es die politische Lage erfordert. Und es sind genug Organe da: Die engere Landesvorstandschaft, die Landesvorstandschaft, der Landesausschuß und die Landesversammlung. Da ist schon viel Demokratie drin; wenn das Instrument richtig gespielt wird, reicht es zur Unterhaltung restlos aus.
Es kommt dann noch die Sonderunterhaltung derjenigen, die immer noch auf dem Standpunkt vom Oktober 1947 stehen, nämlich die Sonderunterhaltung, ob jetzt an der Spitze der Partei ein, zwei oder drei Vorsitzende stehen. Das ist eine Frage für sich. Wir müssen doch die Kinder immer beim Namen nennen. Wir gehen um den heißen Brei herum. Es sind große Diktionen, die darin enthalten sind. In Wirklichkeit handelt es sich bloß um die zwei Bestandteile: Wie sieht die Führung der Partei aus? Wie ist die Zusammensetzung des Parteiapparates? Um die zwei Fragen dreht es sich, und über die zwei Fragen müssen wir uns unterhalten.
Deshalb wäre es ganz gut - dazu braucht man keine langen Reden zu halten -,

(Heiterkeit.)

wenn der Herr *Pfeiffer* seinen Standpunkt in aller Kürze darstellen würde. Wir sind jetzt durch die wiederholten Diskussionen auf dem Gebiet so weit fortgeschritten, daß wir nicht mehr schwerfällig sind. Wir haben rasch begriffen, worum es sich da handelt. - Ebenso soll der Herr Dr. *Josef Müller*, genannt *Ochsensepp*, auch seinen Standpunkt darlegen, oder ein Herr seiner näheren Umgebung, damit wir den Entwurf, den die Parteileitung gemacht hat, uns auch zu Gemüte führen können. Das wäre die Diskussion zu diesem Punkt. Alle anderen Punkte würde ich zunächst einmal zurückstellen.
Es gibt da auch verschiedene Lösungen. Es gibt nicht nur eine; es gibt mehrere. Es gibt nicht nur die Lösung *Pfeiffer*, es muß nicht einer dasselbe Liedchen pfeifen, sondern es gibt auch andere Lösungen. Wir wollen die Lösungen dann hier einmal hören; man kann sie in dem Kreis sicher gut hören. Wenn das erledigt ist, können wir vielleicht eine Abstimmung darüber herbeiführen, welcher Lösung der eine oder andere Mann zuneigt, damit diese Kommission dann eine Richtlinie hat, wie sie die übrigen Satzungsparagraphen entsprechend umgestalten und ausgestalten muß.
Ist diese Frage erledigt, dann kommt die Frage des Aufbaus der Partei. Da ist die Entsendung der Vertreter zu klären. Von welchen Maßstäben geht man bei der Entsendung der Verteter aus? Entweder von der Stimmenzahl der Partei in den Bezirken oder von den Wählern in den einzelnen Bezirken oder von der Einwohnerzahl der einzelnen Bezirke? Es gibt also verschiedene Maßstäbe. Man müßte durchsprechen, welcher Maßstab hier den einzelnen Interessen am besten Rechnung trägt. Am besten aber, man entfernt sich davon. Es gibt nämlich auch noch andere Maßstäbe; das sind ideale Maßstäbe, die bei mir auch eine Rolle spielen.

(Bravo!)

Bei mir spielen nicht bloß die rechnerischen Maßstäbe, sondern auch die idealen Gesichtspunkte eine Rolle, die ich trotz mancher Meinungsverschiedenheiten nie aus dem Auge verliere; denn die Dinge, aus dem Handgelenk gestaltet und geordnet, sind meistens nicht gut.
Also, die zwei Punkte, Herr Minister *Pfeiffer*, das sind die wesentlichen. Wollen wir einmal den Stier bei den Hörnern packen, fangen wir einmal da an! Aber in aller Liebe und Freundschaft, so wie es die Weihnachts- und Neujahrszeit gebietet; sonst haben ja unsere kürzlichen Neujahrswünsche gar keinen Wert. Wir wollen also wünschen, daß wir in Frieden und Eintracht diese Entscheidung erreichen. Es falle die Entscheidung so oder so; erkennen wir die Entscheidung an, und die Geschichte ist für uns erledigt! Aber es darf nach außen hin nicht das Gesicht tragen, als ob es sich hier um die Beseitigung eines krisenhaften Zustandes in der Partei handeln würde. Das möchte ich unter keinen Umständen haben. Fangen wir also an, indem wir den Punkt eins einmal zur Diskussion stellen, das heißt die Zusammensetzung der engeren Vorstandschaft, und indem hier einmal die Gesichtspunkte dargelegt werden vielleicht von je einem Redner oder noch einem dritten Redner dazu.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es haben sich noch fünf Redner gemeldet. Ich glaube nicht, daß sich alle Redner zur Geschäftsordnung gemeldet haben.
Ich darf zu dem, was *Horlacher* gesagt hat, persönlich nur feststellen: Ich selbst habe keinen Vorschlag gemacht. Ich habe in der Landesversammlung meine Meinung geäußert, und dabei bleibe ich. Ich bleibe bei dem, was ich erklärt habe, um dort wirklich allen Strömungen zu begegnen. Ich habe erklärt: Ich bin der Auffassung, daß unter Aufrechterhaltung des Grundsatzes des Präsidialprinzips einer, ganz gleichgültig, wie er heißt - mir geht es dabei wirklich um die Entwicklung der Union auch in der

fernen Zukunft und nicht um mich -, die Verantwortung trägt. Er ist zu wählen von der Landesversammlung.
Dann soll man zwei Stellvertreter haben; diese beiden Stellvertreter sollen gewählt werden vom Landesausschuß. Ich habe die Gründe damals entwickelt. Ich brauche nicht im einzelnen darauf einzugehen. Die Hauptgründe sind folgende: Es besteht sonst eine Gefahr. Wenn die Landesversammlung ein größeres Gremium, und sei es auch nur drei Leute, wählt, dann wird der Kompromiß zum Prinzip erhoben dadurch, daß man dann leicht zum Vorsitzenden den Kontrahenten, der die nächste Stimmenzahl hat, dazupackelt. Zum Schluß wird zusammengepackelt, und es kommt keine klare Entscheidung heraus. Einer hat die Verantwortung; versagt er, macht er Fehler, dann bekommt er sein Mißtrauensvotum, hat abzutreten oder wird eben nicht mehr gewählt. Die zwei anderen, die ihn vertreten müssen, sind eine Notwendigkeit, wenn unsere Christlich-Soziale Union noch mehr arbeiten muß in der Gesamtunion Deutschlands. Dann wird die Zeit des jeweiligen Landesvorsitzenden so beansprucht, daß er schon aus diesen Gründen heraus Vertreter haben muß. Es empfiehlt sich dann, zwei Vertreter zu haben.
Bis jetzt hätte ich das Recht gehabt, die Vertreter selbst zu bestellen. Ich habe aber bisher so gehandelt, daß ich damals, als die Leute in den engeren Vorstand berufen wurden, ausdrücklich die Zustimmung des Landesausschusses eingeholt habe, ausgehend von dem Prinzip, das ich heute zum Ausdruck gebracht habe: Eine Vollmacht muß man haben, damit man entscheiden kann, aber die Kunst besteht darin, daß man die Vollmacht nicht ausnützt. Das war das Prinzip, das ich gehabt habe. Aus dem Grund habe ich auch keine eigenen Vorschläge entwickelt, weil ich die Vorschläge aus der Union selbst heraus kommen lassen wollte.
Es liegen nun drei Vorschläge vor: Ein Vorschlag von *Pfeiffer*, eingereicht von *Hundhammer* - für den Bezirksverband Oberbayern hast Du ihn, glaube ich, eingereicht -, ein Vorschlag von der Jungen Union; unter Zugrundelegung der verschiedenen Vorarbeiten hat die Landesgeschäftsstelle ihrerseits, und zwar *Schedl*, der auch seine Erfahrungen gesammelt hat, nach Besprechung mit verschiedenen Herren und Dr. *Käss*, der die Entwicklung der Union von allem Anfang an mitgemacht hat, dann noch einen Vorschlag ausgearbeitet, der versucht hat, allen Wünschen gerecht zu werden, auch den vorliegenden Vorschlägen, und das noch aufzunehmen, was dort nicht vorgesehen war.
An einem liegt mir bei allen Vorschlägen und bei allen Diskussionen: Das ist die Notwendigkeit der Einarbeitung der Arbeitsgemeinschaften in die organische Konstruktion der Union. Ich bin der Auffassung, wir leiden in Deutschland viel zu stark darunter, daß wir heroische Politik, Politik von Heroen machen und uns viel zu viel über Namen unterhalten. Wenn Auseinandersetzungen notwendig sind - sie sind in einer so großen Partei notwendig -, dann müssen sie unter realen Gesichtspunkten geführt werden und unter Gesichtspunkten der Realpolitik des Alltags. Deswegen soll die Union so gegliedert sein, daß sie getragen wird von diesen Arbeitsgemeinschaften: Arbeitsgemeinschaft Junge Union, Arbeitsgemeinschaft der Frauen der Union, Arbeitsgemeinschaft Ausgewiesene - Union der Ausgewiesenen -, Arbeitsgemeinschaft Arbeitnehmergruppen. Es ist dann noch im Aufbau oder im Anfang des Aufbaues die Arbeitsgemeinschaft Handel, Gewerbe und Industrie. Innerhalb der Bauern, die in der Union vertreten sind, war es bisher nicht notwendig, eine eigene Arbeitsgemeinschaft zu schaffen, weil wir uns sonst nur in eine Konkurrenz mit dem Bauernverband begeben hätten. Infolgedessen habe ich bisher davon abgesehen, hier eine eigene Pla-

nung vorzusehen. Daran liegt mir, weil ich glaube, daß dann sachliche Gesichtspunkte in die Politik der Union kommen, daß eine gewisse Dynamik in die Union hineinkommt und daß auch die Bewegkraft der Gesamtunion verstärkt wird. Das sind die einzigen Interessenpunkte, die ich selbst im Rahmen der Gesamtdiskussion vertreten werde.

Nun liegt die Anregung *Horlacher* vor: Zunächst soll vielleicht *Pfeiffer* kurz die Gesichtspunkte des Vorschlages *Pfeiffer/Hundhammer* vortragen. Dann würde ich auch einen kurzen Vortrag der Hauptgesichtspunkte des Vorschlags der Jungen Union für zweckmäßig halten; dann kurze Darstellung dessen, was die Landesgeschäftsstelle vorlegen will. Wir kennen dann die Prinzipien, die Freunde wissen ungefähr, in welche Linie die einzelnen Vorschläge gehen.

Dann kommt die Abstimmung über die Frage, ob bestimmte Prinzipien vorentschieden werden sollen. Wir sind uns, glaube ich, alle darüber klar, daß noch ein kleiner Ausschuß gebildet wird; darüber besteht wohl Klarheit und Einstimmigkeit. Dagegen ist noch die Frage zu entscheiden, ob Vorentscheidungen getroffen werden über die zwei Prinzipien, die von *Haußleiter* aufgezeigt wurden. Dann kommt die Frage, wie die Debatte weitergeführt wird. Ich glaube, man könnte mit der weiteren Prozedur einverstanden sein.

Darf ich *Pfeiffer* bitten zu sprechen.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Es tut mir sehr leid, ich kann nur zur Geschäftsordnung sprechen.

Es liegt ein Antrag *Pfeiffer* vor, der folgenden Standpunkt einnimmt, den ich noch einmal vertreten will: Es liegen nun für den Landesausschuß nicht weniger als drei Ausarbeitungen vor. Die eine habe ich vor zehn Minuten in die Hand bekommen; der Betreffende sagte mir, daß er die Ausarbeitung der Landesleitung bis jetzt überhaupt noch nicht gesehen hat.

(Hört!)

Meine Damen und Herren, das betrachte ich als eine Bagatellisierung einer so wichtigen Frage. Drei Arbeitskreise und ernsthafte Gruppen von Menschen befassen sich damit, etwas Gesundes zu erarbeiten, und dann soll man einfach darüber hinweggehen und kurzerhand in einer ganz anders gesteuerten Debatte einen ganz anderen Weg gehen. Das ist eine Bagatellisierung, die ich der Wichtigkeit der Sache nicht als angemessen erachte.

Ich habe keine Verzögerungspolitik getrieben, denn es ist auf drei Wochen begrenzt. Ich habe keine Verzögerungspolitik empfohlen. Ich habe auch nicht irgendwie ein Prinzip empfohlen, sondern ich habe vorgeschlagen, daß dieser Kreis die drei Ausarbeitungen zusammenfassend überprüfen und dort, wo es notwendig ist, ein gemeinsames Referat erstatten soll mit Mehrheitsvotum und mit Minderheitsvotum, damit eine geklärte Sachlage vor den Landesausschuß kommt; nur zu dem Zwecke. Es kann dabei durchaus herauskommen, daß die Anregungen, die der Herr Vorsitzende vorhin besprochen und die der Parteifreund *Haußleiter* seinerseits auch geäußert hat, und andere Anregungen dabei von der Gesamtpartei angenommen werden. Was ich will, ist ein gesetzmäßiges Verfahren in der Regelung unserer inneren Angelegenheiten. Und das halte ich nicht für gegeben, wenn so verfahren wird, daß jetzt plötzlich Entscheidungen vorweggenommen werden sollen und dann der übrige kleine Rest von dem, was die Leute ausgearbeitet haben, einer Kommission gegeben wird, die das dann auch noch behandeln kann.

So ist es in Wirklichkeit. Ich will nicht, daß diese Kommission nun die Anträge annimmt, an deren Ausarbeitung ich mit beteiligt gewesen bin als einer von mehreren, die das gemacht haben, weil ihnen auf ihre Anfrage die Geschäftsstelle gesagt hat, sie habe kein Material zur Verfügung. Das bitte ich festzuhalten, und deswegen habe ich den Antrag gestellt, weil ich glaube, daß wir damit innerhalb von drei Wochen zu einer guten und sauberen Bereinigung dieses Problems kommen, ohne daß wir heute unsere Debatte mit einer weitgehenden Auseinandersetzung über einige Einzelfragen erhitzen müssen, die dann durch die ganze Satzung hindurchgehen und infolgedessen nicht mit wenigen Worten abgetan werden können.
Darum bitte ich Sie noch einmal, dem Antrag, den ich gestellt habe, Ihre Zustimmung zu erteilen, damit wir das auf diesem Weg normalisieren. Im übrigen darf ich feststellen, daß auch der Herr Parteivorsitzende schon zur Sache und nicht nur zur Geschäftsordnung in diesen Dingen gesprochen hat, so daß also auch ich einiges einstreuen durfte.
Dr. *Kroll*: Ich möchte zur Geschäftsordnung nur folgende Bemerkung machen: Wenn wir das Verfahren *Pfeiffer* annehmen - und das scheint an sich das Logische und Einwandfreie zu sein zur Abkürzung überhaupt des Verfahrens, zur Gewinnung [von] Zeit für die politische Debatte -, dann ist folgendes zu bedenken: Damit wir in der Lage sind, die Kommission richtig zusammenzusetzen, dürfte es sich, Herr Staatsminister, empfehlen zu wissen, für welche Grundprinzipien die betreffenden Herren, die in die Kommission gewählt werden, stimmen. Aus diesem Grunde ist es meines Erachtens erforderlich, diese grundlegende Entscheidung über das Präsidialprinzip und über die Frage der Massierung von Stimmen durch Parteimandate usw. vorher herbeizuführen, also über die zwei Fragen, die *Haußleiter* aufgeworfen hat. Dies nicht nur deshalb, weil der Landesausschuß die Aufgabe hat, eine Marschroute festzulegen - was meiner Überzeugung nach auch richtig ist -, sondern auch deshalb, um überhaupt in der Lage zu sein, diese Kommission sinnvoll zusammenzusetzen. Wenn wir das nämlich nicht tun, dann würde die Zusammensetzung dieser Kommission unter Umständen nach Zufallsgesichtspunkten erfolgen und würde den Willen des heutigen Landesausschusses nicht widerspiegeln.
Ich bitte auch den Herrn Vorsitzenden unbedingt, dem Antrag des Herrn Staatsministers insoweit Folge zu leisten, als die Debatte unbedingt beschnitten werden muß. Wir haben zwei grundlegende Gesichtspunkte, die als die Hauptfaktoren bei den Satzungsänderungen in Erscheinung treten.

(Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Wenn Sie das machen, entscheiden Sie damit heute die Satzung! Es liegen doch drei Entwürfe vor, die zusammengearbeitet werden sollen!)

Die Bearbeitung müßte dann erst erfolgen, Herr Staatsminister! Wir sind uns doch darüber klar, daß hier aus grundlegenden Ideen heraus eine Entscheidung getroffen werden müßte. Die Kommission könnte es ja praktisch auch nicht tun, und wir würden erleben, daß wir die Satzungsdebatte in der Landesversammlung noch einmal bekämen, wo sie uferlos werden würde, weil die Zahl der Beteiligten dort eine viel größere ist. So unangenehm es ist, daß die politische Aussprache überhaupt zurückgestellt werden muß - ich bedauere das außerordentlich, denn es liegt mir sehr viel daran, etwas über die grundlegenden Dinge zu erfahren -, so muß ich auf der anderen Seite doch bitten zu beachten, daß logischerweise, damit überhaupt eine Kommission zusammengestellt werden kann, über die zwei Kardinalfragen des Präsidialprinzips und der Zusammenballung von Wählerstimmen vorher entschieden werden muß.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf vielleicht noch etwas dazwischenschalten und hier darauf aufmerksam machen, daß kein Vorschlag von oben aus ausgearbeitet wurde. So liegt es auch da. Die Landesversammlung hatte damals vorgesehen, daß ein fünfköpfiger Ausschuß gewählt wird, wie ich vorhin gerade festgestellt habe. Die Anträge wurden bekanntlich damals am Schluß der Landesversammlung beschlossen, und es wurde übersehen. Niemand hatte darauf aufmerksam gemacht, daß dieser fünfköpfige Ausschuß noch gewählt wurde. Wir stehen also heute davor, daß wir selbst arbeiten müssen.
Auf der anderen Seite wurde eben gesagt, daß von der Landesgeschäftsstelle nichts vorgelegt worden sei - es war auch von der Geschäftsstelle nichts vorgelegen - und daß dadurch *Hundhammer/Pfeiffer* irgendeinen Vorschlag bis dahin eingebracht haben, weil sie offenkundig darauf gewartet haben, daß zuerst ein anderer einen Vorschlag hinlegen soll. Die Junge Union hat zwar einen angekündigt gehabt, hat ihn aber auch erst in letzter Zeit gebracht. Das Natürliche wäre ja in einem solchen Fall, daß die Landesgeschäftsstelle wartet, bis die beiden anderen Vorschläge da sind, so daß nicht einer immer auf den anderen wartet.

(*Donsberger*: Warum ist die Landesvorstandschaft nicht einberufen worden?)

Die Landesvorstandschaft war jetzt mindestens jeden Monat beisammen. Aber der Landesvorstand hat in den letzten Monaten ziemlich viel andere Dinge zu entscheiden gehabt. Das bitte ich jetzt nicht zu verkennen, auch wenn man glaubt, daß man im Augenblick wieder aus Parteipolitik heraus in den alten Kampf zurückfallen muß. Ich würde das enorm bedauern.
Es liegt - wir kommen sonst in zu lange Geschäftsordnungsdebatten - der Antrag von *Pfeiffer* vor, überhaupt sofort zur Bildung eines Ausschusses überzugehen und die Debatte von vorneherein abzukürzen. Es liegt ein Antrag vor: Die drei Entwürfe werden in den Grundlinien vorgetragen - nur in den Grundlinien -, damit der Landesausschuß eine bestimmte Klarheit bekommt; dann entscheidet er erst über den Antrag *Pfeiffer*. Es liegt ein weiterer Antrag vor: Es werden zwei Grundprinzipien vorweg entschieden; damit der Ausschuß in bestimmter Linie arbeitet und nicht nur nach irgendeinem Kompromiß sucht, soll jetzt vom Landesausschuß, dem die Verantwortung übertragen ist, eine Grundlinie hier herausgearbeitet werden. Ich halte es in dem Fall für das Zweckmäßigste, wenn ich darüber abstimmen lasse, ob der Landesausschuß die drei Entwürfe im Grundprinzip so vorgetragen haben will, daß jeder Redner fünf, höchstenfalls acht Minuten spricht.

(Zurufe: Nein!)

Mit Nein ist noch nicht abgestimmt. - Darf ich über diesen Antrag abstimmen lassen, das heißt über den Antrag, daß die drei Entwürfe im Prinzip von drei Rednern vorgetragen werden, die fünf bis acht Minuten reden. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Wer ist für den Antrag? - Der Antrag ist mit 60 zu 36 Stimmen angenommen. Damit bitte ich, jetzt die einzelnen Entwürfe vorzutragen. Ich darf vielleicht *Pfeiffer* bitten, die Grundsätze des Entwurfs *Pfeiffer/Hundhammer* darzulegen, und bitte alle drei Redner, sich auf fünf bis acht Minuten einzurichten.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Ich lehne es ab, eine Zumutung zu erfüllen, die darin besteht, einen Gegenstand von dieser außerordentlichen Wichtigkeit, wie ich sie als gegeben ansehe, und einen Gegenstand, den ich fern von persönlichen Meinungsverschiedenheiten erörtert sehen möchte, in einer Zeit zu behandeln, die nicht im entferntesten dafür ausreicht, und in einer Situation, in der ich nicht schuld sein will, wenn der Landesausschuß dann nicht zur Erfüllung seiner höchsten Aufgabe kommt.

Staatsminister Dr. *Seidel*: Zur Geschäftsordnung! Ich glaube, daß unser Kollege Dr. *Pfeiffer* die Prozedur mißversteht. Diese Kurzvorträge sollen ja lediglich dazu dienen, den Versammelten einen Überblick über diese drei Entwürfe zu geben.

(Zuruf: Das ist ja gar nicht notwendig!)

Ohne Entscheidung! Erst hernach soll ja entschieden werden, ob dem einen Antrag stattgegeben werden kann, einen Ausschuß zu bilden, oder ob man über die Grundprinzipien abstimmt. Ich kann diese Entscheidung im Augenblick nicht treffen, denn ich kenne bislang nur einen Entwurf. Ich kenne nicht Euren Entwurf und kenne nicht den von der Jungen Union. Ich muß mich infolgedessen erst informieren; und das geschieht am besten, indem hier mit wenigen Worten gesagt wird, was in jedem Entwurf steht. Dann kommt ja erst die Entscheidung darüber, was geschehen soll. So habe ich wenigstens die Prozedur verstanden.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Es ist vorhin gesagt worden, daß der Landesausschuß in einigen Punkten heute die Direktiven aufstellen soll.

(Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe gesagt: Nach dem Vortrag wird die Frage behandelt, ob der Antrag *Haußleiter* angenommen wird, die zwei Punkte vorzuentscheiden. Wenn die drei Herren referiert haben, werden wir also dann die Debatte haben, ob über die zwei Punkte vorentschieden wird. Das ist doch klar.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Also, es handelt sich um eine reine Kurzinformation.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es handelt sich um die Grundlinien des Entwurfs *Pfeiffer/Hundhammer*. Du kommst zuerst, dann kommt ein Redner der Jungen Union. Wer redet für die Junge Union? Darf ich das gleich feststellen?

(Zuruf.)

*Butterhof*. Dann spricht *Schedl* zu dem Vorschlag, zum Teil der Kombination, die von der Landesgeschäftsstelle gemacht wurde. - Ich habe, damit wir uns mit dieser Ausarbeitung der Grundlinien nicht zu lange aufhalten - weil sonst die Einzeldebatten wieder losgehen - gebeten, daß jeder der Redner sich auf fünf bis acht oder bis zehn Minuten beschränkt; um zwei Minuten hin oder her geht es dabei nicht. Darf ich jetzt *Pfeiffer* das Wort erteilen.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Unter dieser Voraussetzung, daß mit dieser Ausführung von nur wenigen Minuten keine Präjudizierung für einen Auftrag an die Kommission herbeigeführt wird, bin ich nach dieser Belehrung bereit, kurz die Grundgedanken darzulegen, aus denen heraus der Entwurf entstanden ist.

Ich möchte über die Vorgeschichte des Entwurfs zunächst bemerken, daß im Sommer ein Fraktionsausschuß gewählt wurde, der sich mit diesen Problemen befaßt hat, daß auf der Landesversammlung in Eichstätt eine leider außerordentlich verkürzte Debatte stattgefunden hat, daß dann weiter sich eine Anzahl von Personen mit den Problemen befaßt haben und daß diese sich dann verpflichtet fühlten, einen Vorschlag zu machen, den sie normal unterbreiten wollten.

Grundgedanken dieses Vorschlages sind:

1. daß die Partei föderalistisch gegliedert sein soll;
2. daß die Willensbildung in der Partei immer durch ein Gremium erfolgen soll;
3. daß es kein Gremium in der Partei geben soll, das auf Berufung beruht, sondern nur Gremien, die durch Entsendung aus wählenden und gewählten Körperschaften hervorgegangen sind, und

4. daß bei der Repräsentanz der Partei die verschiedenen Faktoren der Partei in einer einigermaßen gerechten Weise mit ihrem Gewicht in die Waagschale fallen sollen, aber in einer Art und Weise, daß die schwächeren Teile nicht durch die stärkeren Teile überritten werden können, daß dagegen die stärkeren Teile in der Repräsentanz auch etwas stärker hervortreten als bisher und daß dann auch keine zu starken Kumulierungen im Stimmrecht bei den einzelnen Personen erfolgen sollen.

Nun erstens zum Grundgedanken, daß die Partei föderalistisch aufgebaut sein soll. Die öffentlichen Angelegenheiten, welche durch die Partei behandelt werden, gliedern sich in Angelegenheiten des Ortes, des Kreises, des Bezirks und des ganzen Landes mit dem Blick hinein in die Gesamtheit von Deutschland, unter Umständen über Deutschland hinaus. Die normale Grundzelle der Partei ist jene Zusammenfassung von Parteiangehörigen, welche die örtlichen Angelegenheiten behandelt. Diese Grundzelle ist im vollsten Sinn des Wortes ein Verein, und zwar der Ortsverein der CSU; er behandelt die rein örtlichen Angelegenheiten und stellt seine Delegierten in jene höhere Einheit, welche die Angelegenheiten des Kreises behandelt. Daher als Grund der Ortsverein mit einer ziemlich weitgehenden Selbständigkeit.

Die Ortsvereine bilden dann zur Bearbeitung der öffentlichen Angelegenheiten die höhere Einheit, den Kreisverband. Das ist dann nicht mehr ein Verein, sondern ein Verband. Die nächsthöhere Einheit entsteht auf die gleiche Weise als Bezirksverband, wobei ich darauf hinweise, daß ja die Gliederung der Partei auch einigermaßen konform sein muß mit den Grundsätzen, die in der Verfassung festgelegt sind; und das sind zum Beispiel die Regierungsbezirke, ist jenes Territorium, auf dem der Wahlkreis beruht. Dann kommt als oberstes der Landesverband. Die organisatorischen Aufgaben sind von oben nach unten stärker.

Die rein politischen Aufgaben sind von unten nach oben zugespitzt. In einer allerobersten Spitze liegt die Erfüllung jener politschen Aufgaben, welche nicht nur Aufgaben des Landes behandeln, sondern welche übers Land hinausgehen, in die Verbindung zur CDU im Parteipolitischen innerhalb Deutschlands, im Gesamtdeutschen, und bei Fragen wie Frieden und Stellungnahme zu jenen Dingen auch ins Außenpolitische hinein.

Dementsprechend geht nun unser Vorschlag dahin, nicht zu sagen: Wir sind eine Landespartei, der man einfach als Nummer angehört, und man muß dann überall akzeptiert werden, wohin man vom Ortsverein aus kommt. Die normale Grundlage ist die Gemeinschaft, die durch das gemeinsame politische Bekenntnis gefunden ist, der Ortsverein, der sich dann nach oben zu höheren Verbänden zusammenschließt.

Dementsprechend muß man z.B. in der Finanzierung dem Ortsverein das Recht geben, seine Angelegenheiten auch finanziell so zu ordnen, wie er es für zweckmäßig findet. Er kann also den Ortsbeitrag nach seinen Bedürfnissen festsetzen. Er muß aber jeweils die Pflichten gegenüber den höheren Verbänden erfüllen. Er muß auch ein Recht darüber haben, wen er aus den örtlichen Verhältnissen und aus seiner Kenntnis der Personen heraus für geeignet ansieht, Mitglied der CSU zu sein.

Das führt zu dem Problem, ob man Angehöriger des Landesverbandes ist oder der CSU eines Ortes. Nur um das zu streifen! Das verstehe ich unter dem Begriff föderalistischer Aufbau der Partei, wobei das geistige Rüstmaterial von oben kommt und die, wie ich sagte, geistigen großen politischen Aufgaben von unten nach oben sich verdichten und verstärken. Die organisatorischen Aufgaben müssen von oben nach unten

gelöst werden, wobei das Rüstzeug, die Ausarbeitung von Rednermaterial, die Presseerzeugnisse usw., durch die Einrichtung der Landespartei geschaffen wird.
Das ist Nummer 1. Nummer 2 ist der Gesichtspunkt einer Demokratisierung unserer Satzungen. Er geht dahin, daß alle Entscheidungen wichtiger Art durch Gremien und nicht durch Einzelpersonen getroffen werden müssen. Es ist heute bei der Erörterung dieses Punktes schon durchgeklungen, als die Begriffe Präsidialsystem und Komiteearbeit auftauchten, als ob unser Vorschlag aus einer persönlichen Gegensätzlichkeit gegenüber dem Parteivorsitzenden so geformt worden sei. Der Parteivorsitzende weiß, daß ich mich gerade über diesen Punkt ihm persönlich gegenüber in den letzten Tagen sehr klar und eindeutig geäußert habe. Ich bitte also das, was ich sage, durchaus nicht unter dem Gesichtspunkt eines Gegensatzes anzunehmen oder beurteilen zu wollen, sondern aus folgender Überlegung heraus: Der Aufgabenkreis an der Spitze ist sehr groß und sehr vielseitig und infolgedessen rein physisch durch eine Einzelperson auf die Dauer überhaupt nicht zu lösen.
Nummer 2: Es gibt bei diesen Aufgaben eine ganze Anzahl, bei denen eine Einzelperson, wenn sie die richtige Nase und viel Geschick hat, selbständig und allein oft auch hintereinander das Richtige treffen kann. Aber wir müssen Einrichtungen haben, die unabhängig von wechselnden Personen sind. Wir müssen in unseren Satzungen eine Formung haben, welche auch das Gedeihen der Partei, mindestens ihre Sicherheit, auch dann gewährleistet, wenn die Personen wechseln, was alltäglich jedem von uns passieren kann. Ich halte es nicht für richtig, daß das ganze große Gebiet der Vertretung der Partei, sei es in anderen Zonen, sei es hier in Bayern, in allen inneren bayerischen Fragen ähnlich wie in Vereinsfragen durch eine Person und die von ihr beauftragten Personen bewältigt werden kann. Ich bin der Meinung, daß eine wirklich demokratische Politik erfordert, daß die Leitung der Partei eine große Bewegungsfreiheit hat, daß aber bei der Größe der Probleme - wir haben die Aufgabe Westzone, wir haben die Frage Frieden, wir haben die Frage Ostzone und alle möglichen Dinge, die ich hier gar nicht zu detaillieren brauche - alles, was im Namen der Partei geschieht, mindestens einem engeren Kreis von Personen bekannt ist und mit denen durchgesprochen ist, welche die Gesamtkräfte der Partei repräsentieren.
Das geschieht dadurch, daß nicht nur eine Person an der Spitze der Partei steht, sondern wir drei Vorsitzende haben, die unter sich eine Arbeitsverteilung vornehmen, nicht einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter, sondern einen ersten mit besonderem Gewicht ausgestatteten Parteivorsitzenden, einen zweiten, einen dritten Parteivorsitzenden und dazu ein Gremium, in welchem der Ministerpräsident, der Landtagspräsident, der Faktionsvorsitzende und mindestens ein oder zwei Bezirksvorsitzende ihren Platz haben.
Auf dieser etwas breiteren Plattform soll die Willensbildung für die Repräsentanz der Partei nach außen entstehen.

(*Rinke*: Wo sind die Flüchtlinge? Frau Dr. *Probst*: Wo sind die Frauen?)

Ich habe im ganzen nur einen Grundsatz angegeben. Wenn Sie unseren Antrag lesen, können wir das alles einbauen. Das ist mühelos zu machen.
Deswegen kommt eine Überlegung über die Demokratisierung dieses Aufbaues zu dem Ergebnis, daß notwendig ist ein schnell handlungsfähiges Organ, ein Landesvorstand, der verhältnismäßig klein ist, eine etwas größere Landesvorstandschaft, die, sagen wir einmal, alle sechs, acht Wochen zusammentritt, ein Landesausschuß, der in der bisherigen Weise zusammentritt, und dann die Landesversammlung, oder in Zif-

fern gekleidet sagen wir einmal 12 oder 15, 40, 120, 500. So ungefähr ist die Pyramide aufgebaut. Das ist das zweite.
Das dritte ist dann die Verteilung in der Willensbildung innerhalb der Partei, das heißt die Repräsentanz in den einzelnen Organen der Partei. Das sind also die Vertretung der Gemeinden in den Kreisverbänden, die Vertretung der Kreisverbände in den Bezirksverbänden, der Bezirksverbände im Landesverband. Es ist absolut selbstverständlich, daß alle Einheiten der Partei mit einem Mindestgewicht in allen Organen vertreten sein müssen.
Nun frage ich Sie aber: Es gibt bedeutende Unterschiede, die entweder im Gewicht der Partei, in der Stimmenzahl liegen oder in der Erfassung von Mitgliedern und damit auch in der Stärkung der Grundlagen und der Finanzierung der Partei. Ich sage Stärkung der Grundlagen der Partei. 300.000 Mark, meine Herren, aufgebracht in Beiträgen von vielen Namen mit dem Akt der Beitragszahlung, Entgegennahme der Parteikarte und der Willenserklärung sind mir viel lieber als der gleiche Betrag in zwei oder drei Spenden von zwei oder drei Leuten.
Wenn die einzelnen Ortsvereine eine hohe Mitgliederzahl erreichen, so bedeutet das, daß die Zahl der Wähler, die sich dauernd und fest mit der Partei verbinden, groß ist. Damit wird das politische Gewicht der Partei sehr stark gestärkt. Soll nun diese Leistung im Aufbau der Partei unberücksichtigt bleiben und einfach nicht zur Kenntnis genommen werden? Man kann nun als Maßstab für die Vertretung nach oben die Mitgliedszahl oder die Stimmziffer im einzelnen Ortsverein nehmen. Dabei wird hier ein Vorschlag gemacht, der dahin geht, daß alle untersten Einheiten, die richtig nach den Satzungen organisiert sind, ihre Vertretung in den höheren Körperschaften haben, daß aber, wenn ein überdurchschnittliches Maß von Leistung aufgewiesen wird, eine Zusatzstimme dazukommen soll in Anerkennung der besonderen Leistung an politischem Gewicht durch den Stimmzettel oder an Arbeit für die Parteiorganisation durch Mitgliedergewinnung. Wenn der Grundsatz der Staffelung, der in diesem Entwurf berücksichtigt ist, sich bei einer Nachprüfung als nicht ganz praktisch erweisen sollte, so kann man das ändern. Aber ich halte das Prinzip für unbedingt notwendig, daß besondere Arbeit für die Partei auch besonderes Mitspracherecht gewährt.
Dann kommt der vierte Punkt, der die Häufung des Einflusses durch Häufelung bei Stimmübertragung betrifft. Es widerspricht dem Grundsatz einer wirklichen Demokratie, daß es möglich ist, daß für eine Körperschaft der Partei Vertreter erscheinen, welche eine solche Anzahl von Stimmübertragungen in der Hand haben, daß die Urwähler, ohne daß sie an der Aussprache beteiligt waren, ohne daß sie das Für und Gegen bei einem Gegenstand hören konnten, vertreten werden durch den Mann Nummer 12, Nummer 15, der ihre Übertragungen in der Hand hat und dann ihr Gewicht, das heißt das Ergebnis ihrer Überlegungen, in die Waagschale wirft, ohne daß sie selber dabeigewesen sind. Ich glaube, daß eine solche verantwortungsvolle Abgabe einer Stimme nur dann vertreten werden kann, wenn sie sich auf ein kleineres Maß beschränkt und wenn die Stimme, die für einen anderen abgegeben wird, aus einem Gebiet stammt, das mit dem des mit der Übertragung Ausgestatteten eng benachbart ist, also ungefähr die gleiche politische Auffassung und die gleichen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zur Grundlage hat.
Sie finden aus diesen Gründen einen Vorschlag, daß Stimmübertragung recht genau zu umschreiben, mit gewissen Kautelen zu versehen und auf zwei oder höchstens drei Übertragungen in einer Hand zu begrenzen ist.

Das sind die wesentlichen Gesichtspunkte. Wenn man nun heute sagt, es wird die Frage des Föderalismus angeschnitten, so liegt das wohl mehr in der Richtung dieses Anschneidens der Frage, daß damit die Stimmübertragungen und die Vertretung in den Körperschaften nur dann als föderalistisch gelten, wenn sie vollkommen ungehemmt vorgenommen werden können. Ich und die anderen Freunde, die an diesem Vorschlag mitgearbeitet haben, haben hier die Auffassung, die ich Ihnen vorgetragen habe. Ich rekapituliere die vier Punkte in Kürze:

1. Föderalistischer Aufbau von unten her, vom Ortsverein als der natürlichen Grundlage der Gemeinschaft in der Politik.
2. Keine berufenen Gremien, sondern nur gewählte, und die wichtigen Entscheidungen immer im Einvernehmen mit einem Gremium. Wenn vorgeschlagen ist erster, zweiter und dritter Parteivorsitzender, ein durchaus starkes politisches Gewicht beim ersten Parteivorsitzenden und in diesen Dingen keine Kleinlichkeit, aber auch andererseits Einhaltung eines festen politischen Grundsatzes.
3. Besondere Leistung für die Partei muß ihren Niederschlag finden in einem gleicherhöhten Mitspracherecht, nicht in ein und derselben Form für alle.
4. Einschränkung der Stimmübertragungen und des Mehrfachstimmrechts.

Wir haben es bei der Landesversammlung in Eichstätt gesehen, daß bei den Abstimmungen mehrere Angehörige der Landesversammlung eine ganze Anzahl Stimmen abgeben konnten, je nachdem sie durch eine Satzungsbestimmung der Landesvorstandschaft angehören, durch eine andere dem Landesausschuß. Da sind verschiedene Leute gewesen, die durch mehrere Funktionen in der Partei zwei oder gar drei Stimmen abgeben konnten. Außerdem haben wir eine ganze Anzahl von Vertretern, welche mehrere Stimmübertragungen von anderen Stimmberechtigten in Händen hatten, ganz nennenswerte Zahlen! Das soll auch auf eine dem demokratischen Grundsatz entsprechende Form zurückgeführt werden, daß also abstimmt der mit Überlegungskraft ausgestattete, persönlich anwesende Vertreter, nicht daß eine Häufelung von Stimmrechten auf einzelne Personen stattfindet, sei es auf die eine oder andere Weise.

Ich darf nun zu den anderen Vorschlägen noch sagen: Ein flüchtiger Überblick hat mir gezeigt, daß, von anderen Überlegungen ausgehend, in beiden anderen Entwürfen sehr wichtige, interessante und berücksichtigenswerte Gesichtspunkte vorliegen. Es ist meines Erachtens auch möglich, in der angeschnittenen Frage Präsidial- oder Gremiumsspitze eine Verständigung zu erzielen. Man spricht die Frage durch und bringt am Schluß zwei oder drei Alternativlösungen in Vorlage und ist dann gar nicht weit voneinander entfernt.

Bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit habe ich bei meinen eigenen Vorschlägen und Ausführungen vieles nicht sagen können, was noch hätte gesagt werden müssen, obwohl es wichtig wäre, weil es zu sehr ins Detail gehen müßte. Deswegen erkenne ich die gleiche Wichtigkeit auch den beiden anderen Ausarbeitungen zu, und darum halte ich es im Sinne einer höheren Gerechtigkeit für notwendig, daß die Leute, ehe sie entscheiden, alle diese Dinge durchdenken können. Dann werden sie wahrscheinlich finden, daß man wesentlich näher beisammen ist als es den Anschein hat, wo ich zu meinem großen Erstaunen den Eindruck habe, daß diese Darlegungen oder die Wünsche auf diesem Gebiet immer noch unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, als ob hier persönliche Gegensätze ausgetragen werden sollen.

Meine Damen und Herren! Der 12. September[11] hat eine so fundamentale Änderung in den politischen Verhältnissen gebracht, daß ich ja ein gewissenloser Idiot wäre, wenn ich solche Dinge, die ich als so wichtig ansehe, unter dem Gesichtspunkt von vergangenen Gegensätzlichkeiten betrachten würde.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf feststellen: Unser Freund *Pfeiffer* hat annähernd 30 Minuten gesprochen. Ich stelle es nur fest im Hinblick auf die anderen Redner. Ich muß ihnen ungefähr das gleiche Recht zuerkennen. Ich würde nur bitten, daß die Zeit nicht voll beansprucht würde, damit wir dann zu den weiteren Entscheidungen kommen.
Ich darf jetzt den Redner der Jungen Union bitten, vom Rednerpult aus zu sprechen.
*Butterhof*: Wenn ich die Ehre habe, Ihnen die Grundsätze darzulegen, die die Junge Union bei der Ausarbeitung ihres Entwurfes bewegt haben, dann muß ich sagen, es sind im wesentlichen ganz ähnliche Bedenken, wie sie eben zum Ausdruck gebracht wurden. Sie können von uns als jungen Menschen überzeugt sein, daß wir am allerwenigsten daran denken, uns um persönliche Spannungen, an die wir uns in der Union geradezu schon gewöhnt haben, zu kümmern oder rückwärts zu schauen. Denn gerade wir Jungen müssen vorwärts schauen und dabei immer eines im Auge behalten, daß wir heute daran sind, in einzelner, mühevoller Arbeit die Grundlagen zu schaffen für eine Demokratie, in der wir und unsere Kinder leben sollen.
Das allein können die Gedanken sein, die uns bewegt haben. Ihr Niederschlag ist eindeutig. Der Vorschlag, den die Junge Union unterbreitet, gliedert sich in zwei Teile: Der erste hat im wesentlichen sehr viel redaktionellen Charakter, wie das bei Satzungsänderungen wohl immer der Fall sein muß, befaßt sich aber nebenbei vor allem mit dem Einbau der Arbeitsgemeinschaften in die Christlich-Soziale Union. Denn hierin erblicken wir eine gesunde und nach natürlichen Gesichtspunkten sich gebende Ordnung innerhalb einer sonst sehr breiten und formlosen Masse von Parteiangehörigen, die hier auf ihre einzelnen Interessen angesprochen, mit diesen einzelnen Interessen zur Arbeit herangezogen und zur Belebung des ganzen politischen Geschehens tätig gemacht werden.
Die ganzen Paragraphen befassen sich im wesentlichen eigentlich mit der Darstellung dieses Verhältnisses der Arbeitsgemeinschaft[en] der Union, und ich glaube, daß es nach vielen Mißverständnissen unterdessen klar geworden ist, daß diese Arbeitsgemeinschaften keine Fremdkörper innerhalb der Partei sind oder, wie andere schon gesagt haben, eine Partei in der Partei, sondern daß sie ganz natürliche Gliederungen darstellen, unter denen man die Mitglieder zu spezieller Arbeit heranziehen kann, will und, wie der Erfolg zeigt, es auch tut. Wir haben überall einen Zuwachs an Mitgliedern, vor allem an aktiven Mitgliedern dadurch, daß wir sie bei ihren unmittelbaren persönlichen Interessen anpacken und in die Politik hineinführen.
Die weiteren Formulierungen befassen sich dann noch mit der Zusammensetzung der einzelnen Gremien, auch zunächst von diesem Gesichtspunkt aus. Ich möchte mich aber bei diesem ersten Teil des Entwurfs nicht lange aufhalten, sondern sofort zum zweiten Teil übergehen, der nämlich der tatsächlich wesentliche ist. Die Union hat eine Satzung. Diese Satzung wird seit langer Zeit angegriffen. In dieser ursprünglichen Satzung ist das Prinzip der verantwortlichen Führung für manchen Geschmack

[11] Das Datum ist falsch. Der Landesausschuß der SPD beschloß am 14. September 1947 die Auflösung der Koalition, am 15. September erfolgte der Rücktritt der SPD-Minister und Staatssekretäre, am 20. September 1947 bestätigte der Landtag die neue Regierung Ehard.

etwas zu heftig verankert. Es mag sein, daß vielleicht gerade durch die ab und zu auftretende Häufung von Stimmen oder von Doppelmandaten tatsächlich Gefährdungen auftreten, die man leicht abschaffen kann. Was uns aber wesentlich erscheint, ist, daß wir einen Mann haben, an den wir uns wenden können und zu dem wir sagen können: Du, mein Lieber, bist schuld daran, oder Du, mein Lieber, hast das gut gemacht. Wenn wir jemand haben, dem wir unser Vertrauen geben, für den wir arbeiten und den wir dann nach Ablauf seiner Zeit auch gewissenhaft zur Rechenschaft ziehen können, dann wissen wir, daß das, was wir politisch wollen, auch durchgeführt wird.
Wenn wir dagegen hier eine Spitze bauen, in der sich mehrere die Verantwortung teilen, dann haben wir es in der Praxis schon erlebt, daß er eine sagt: Ich bin es nicht gewesen, das ist der gewesen, oder das sind die zwei anderen gewesen. Es findet sofort eine Verwischung der Verantwortung statt, und wir kommen dahin, wohin wir auf keinen Fall kommen wollen, zu einer schwach geführten, schlecht aktionsfähigen Partei, die eines Tages genauso das Opfer totalitärer Angriffe sein würde, wie es unsere Parteien schon einmal gewesen sind.

(Sehr richtig!)

Sehen Sie, gerade wir, die wir durch diese ganzen Schrecken der letzten Jahre und seit 1933 gegangen sind, die unser junges Leben geprägt haben, wir haben eine geradezu höllische Angst davor, daß deshalb, weil wir keinen Mut zur klaren Verantwortung zeigen, vielleicht wieder die Zustände kommen könnten, wie wir sie schon einmal hatten. Deswegen sagen wir: Wir beten keinen Führer an, ganz gleich, wie er heißt, aber wir haben, weil wir immer noch davon überzeugt sind, daß unser deutsches Volk im Grunde anständig ist, das Vertrauen, daß aus der Wahl einer Partei ein Mann hervorgehen kann, dem man auch trauen kann; und wir haben das feste Empfinden, daß dann, wenn unsere Partei föderalistisch von unten her arbeitend ihre Willensbildung richtig durchführt, sie nicht durch eine Diktatur verführt werden kann.
Diese beiden Grundelemente des Vertrauens sind bei uns fest verwurzelt. Denn wenn wir die nicht hätten, meine Damen und Herren, würden wir es so machen wie die Mehrzahl unseres Volkes. Dann würden wir uns vielleicht sogar von der Politik der Union abwenden. Denn auch hier fehlt manchmal an manchen Stellen klare Verantwortung, auch hier fehlt manchmal - man muß das einmal aussprechen - sauberes, präzises Reagieren. Und warum? Deshalb, weil das Verhältnis von Parteiführung zu Parteimitgliedschaft nicht klar genug ist, weil eine klare Willensbildung noch nicht erfolgt und weil demnach der Repräsentant der Partei, sei es in der staatspolitischen Ebene, sei es im Kommunalpolitischen, oft genug nicht mit dem Rückhalt auftreten kann, den er eigentlich bräuchte.

(Sehr gut!)

Hier ist es also notwendig, einen Mann wirklich stark herauszustellen. Bei der Vielfalt unseres politischen Lebens - und darin muß ich Ihnen vollkommen zustimmen, Herr Staatsminister - ist es natürlich eine geradezu unmögliche Beanspruchung, wenn ein Mann nun alle Aufgaben auch wirklich selbst ausführen soll. Deshalb stehen wir ebenfalls auf dem Standpunkt, daß hier eine gesunde Arbeitsverteilung stattfinden muß. Es muß also dieser Führer einer Partei - ich gebrauche das Wort, wenn es auch vielleicht einen schlechten Namen bei Ihnen hat - uns wirklich allen vorangehen können. Er muß mit uns gehen können, wenn dieser Parteivorsitzende Leute hat, auf die er die Aufgaben verteilen kann. Dann wird er auch nicht unter der Belastung zusammenbrechen.

Deshalb geht unser Vorschlag noch weiter. Wir wollen nicht eine Vorstandschaft, in die nun aus verschiedenen Interessen heraus diese oder jene Leute hineingewählt werden, die dann miteinander wursteln und schauen, wie sie mit der Geschichte fertig werden, sondern wir wollen etwas, was auch hier zu einer Verantwortung des einzelnen führt. Deshalb sieht unser Vorschlag vor, daß die Vorstandschaft außer dem Landesvorsitzenden und seinen beiden Stellvertretern aus je einem Mitglied für folgende Geschäftsbereiche bestehen soll: Und nun folgt Staats-, Kommunalpolitik, Verwaltung, Kultur- und Erziehungspolitik, Wirtschaftspolitik usw. Wir hätten hier also die Verantwortung noch weiter ausgeprägt, indem wir uns nicht nur an den Parteivorsitzenden halten können, sondern auch an den einzelnen Mann in der Vorstandschaft und den wir fragen können: Wo bleibt Deine Arbeitsgemeinschaft, Freund, wozu haben wir Dich dahin gewählt, wenn Du nichts tust, und wer hat Dir das Recht gegeben, hier in einem Sinn zu verfahren, der durchaus nicht in unserem Auftrag lag?
Dies, meine Damen und Herren, sind die Grundgedanken unseres Entwurfes: Verantwortliche Demokratie im Gegensatz zur weichen, verwischten Demokratie, die die Möglichkeit bietet, daß man hinter den Kulissen spielt, klare Verteilung der Arbeit, klare Verteilung der Verantwortung. Dann ist es für uns selbstverständlich, daß wir Föderalisten sind. Darüber brauchen wir nicht zu reden. Wir stehen allerdings nicht auf dem Standpunkt, daß Zahl allein schon eine Leistung in einer Partei bedeute. Denn wenn wir darnach gehen wollen, werden immer jene Kreise die Oberhand bekommen, die bevölkerungsmäßig so zusammengesetzt sind, daß die Mentalität der Bevölkerung am besten auf das Programm der Partei anspricht. Dann werden diese Kreise immer in die Hinterhand kommen, in denen es geradezu eine Leistung ist, vielleicht überhaupt 50 oder 100 Mann zusammenzubekommen.

(Sehr richtig!)

Dann werden gerade jene Leute, die geeignet sind, den so neuen, so wesentlichen und so wertvollen Gedanken der Union bei uns in Bayern und bei uns in Deutschland und in einem weiteren Rahmen gesehen darüber hinaus voranzutragen, immer in der Minderheit sein gegenüber der bloßen Mehrzahl.
Ich weiß nicht recht, wo hier das Verdienst der Zahl liegen soll. Ich glaube, wir hätten alles Interesse daran, auch diesen Kreisen jede Möglichkeit der Entfaltung zu geben.
Deshalb bestehen wir auch darauf, daß die Gremien der Partei nach den bisherigen Grundsätzen zusammengesetzt werden. Eines allerdings möchten wir dabei auch verändert wissen, nämlich daß diese vielen automatischen Mitgliedschaften, die heute vorhanden sind, verschwinden. Denn wir sehen gar nicht ein, warum z.B. in einer Kreisversammlung normalerweise die Kreistagsabgeordneten in der Überzahl sein sollen. Das ermöglicht nämlich nicht mehr die Kritik der Partei an der Körperschaft.

(Sehr richtig!)

Denn hier diktiert die Körperschaft in der Partei, und wir wenden uns gegen jede Gleichschaltung, die auf diese Art und Weise erzielt wird. Deshalb sind wir sehr für eine ausgesprochene Einschränkung dieser automatischen Mitgliedschaften. Es genügt meiner Ansicht nach vollkommen, wenn diejenigen Leute, die als Delegierte in öffentlichen Körperschaften sitzen, wirkliche Unionsmitglieder sind, also aktive Leute im Sinne der Union, einen Verbindungsmann bei den Gremien der Partei sitzen haben, damit eine wirklich fruchtbare Zusammenarbeit stattfinden kann. Denn wir stehen ja alle gemeinsam auf dem Grundsatz, daß den Delegierten bindende Beschlüsse sowieso nicht mitgegeben werden können.

Ich darf also ebenfalls kurz noch einmal zusammenfassen: Das Hauptgewicht unseres Vorschlages liegt darin: Einbau der Arbeitsgemeinschaften in die Organisation der Christlich-Sozialen Union, Herausstellung einer wirklich verantwortlichen, arbeitsfähigen, kontrollierbaren Parteileitung, also eines ersten Vorsitzenden, der Stellvertreter haben soll, und einer möglichst nach Fachreferaten gegliederten Vorstandschaft, und eine absolute Bewahrung des föderalistischen Prinzips in der Zusammensetzung unserer Parteigremien bei Ausschaltung der vielen automatischen Mitgliedschaften.
Dr. *Schedl*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den beiden ausgezeichneten Überblicken über die vorgelegten Satzungsentwürfe ist es schwer, noch den Überblick über einen dritten Entwurf zu geben. Denn es scheint mir im wesentlichen das bereits gesagt zu sein, was zu unseren gegenwärtigen Satzungen gesagt werden kann. Ich bin bei dem Entwurf, den ich ausgearbeitet habe, vom Beschluß der Landesversammlung in Eichstätt ausgegangen. Ich habe versucht, die mannigfachen Anregungen, die schriftlich und mündlich von draußen gekommen sind, einzuarbeiten.
Neben einer größeren Anzahl von redaktionellen Änderungen, die ja normalerweise bei dieser Gelegenheit angebracht werden können, habe ich dann versucht, eine homogene und in sich geschlossene Satzung in der Weise abzuändern, daß die wesentlichen Erfahrungen in unserer Unionsarbeit seit 1945 darin ihren Niederschlag finden, und zwar Erfahrungen, die draußen im Kreis wie im Bezirk gemacht werden - ich habe sie selbst überall gemacht -, Erfahrungen, die auf der Landesbasis gemacht werden - ich habe sie auch gesammelt - und letzten Endes Erfahrungen, die die Arbeitsgemeinschaften nach teilweise einjähriger Anlaufsfrist gesammelt haben.
Zunächst war nach meinem Dafürhalten notwendig, in den unteren Gremien der Union eine gewisse Reinigung in der Form durchzuführen, daß dort nach guter demokratischer Art die Gremien sich wirklich ihren eigenen Willen bilden können, daß nicht eine Überlagerung durch automatische Delegierung in diese Gremien Platz greift. Aus diesem Grunde sind auf Orts-, Kreis- und Bezirksbasis die automatischen Stimmrechte im wesentlichen weggefallen.
Selbstverständlich darf das nicht dazu führen, daß die Träger öffentlicher Mandate gewissenmaßen völlig neben der Union stehen und dann zwangsläufig eine Art zweigleisige Politik gemacht werden müßte oder zumindest gemacht werden könnte. Es ist vorgesehen, daß von allen Körperschaften einzelne, in jedem Fall ein Mann, der Fraktionsvorsitzende, voll stimmberechtigt in die Gremien der Partei auf Orts-, Kreis- und Bezirksbasis hineinkommt. Gleichzeitig mußte naturgemäß auch, um von anderer Seite her eine Überfremdung zu beseitigen, wenn ich so sagen darf, die automatische Stimmberechtigung derer in Wegfall kommen, die den höheren Gremien der Union angehören, insbesondere den Gremien auf Landesbasis, und die bis zur Stunde in den unteren Gremien automatisch Sitz und Stimme haben.
Ich möchte Sie nur an ein konkretes Beispiel erinnern, nämlich daran, daß etwa die Bezirksvorstandschaften sich aus mindestens sieben gewählten Persönlichkeiten zusammensetzen, dem Bezirksvorsitzenden und sechs weiteren Mitgliedern, und den im Bereich des Bezirks gewählten Landtagsabgeordneten. Das hat in der Praxis teilweise dazu geführt, daß die gewählte Vorstandschaft, die zu einem bestimmten Zweck durch das Vertrauen der Gremien berufen wurde, gar nicht mehr ihren Willen, wenn es so weit gekommen wäre, hätte durchsetzen können, weil wesentlich mehr nicht gewählte, automatische Delegierte im gleichen Gremium mit Sitz und Stimme saßen.
Eine zweite wesentliche Aufgabe erschien mir der Einbau der Arbeitsgemeinschaften. Die Arbeitsgemeinschaften haben eine sehr wesentliche Aufgabe zu erfüllen. Es ist

bekannt, daß sie zu erheblichem Teil schon sehr schöne und sehr erfreuliche Erfolge erzielt haben, daß sie nicht nur neue Mitglieder an die Union heranbringen, sondern daß sie auch von sich aus Leben in die Partei hineinbringen. Denken Sie etwa an das doch gewiß recht gute, aktive Leben, das die Junge Union gelegentlich da und dort hineinbringt. Denken Sie daran, was die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer zu leisten angefangen hat, was die Arbeitsgemeinschaft der Flüchtlinge alles schon getan hat und nicht zuletzt die Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der Union.
Aus diesem Grund war es notwendig, diese Arbeitsgemeinschaften organisch von unten nach oben, vom Ort bis zum Land, in die Gesamtpartei einzubauen und ihnen auch die Möglichkeit zu geben, daß in allen Gremien der Partei die berufenen, gewählten Vertreter dieser Arbeitsgemeinschaften Sitz und Stimme haben.
Mit dem Einbau der Arbeitsgemeinschaften hat sich bei genauer Überlegung als überflüssig erwiesen der berufsständische Rat, nicht der Beirat, der in Orts- und Kreisverbänden gebildet werden kann. Denn dort ist bei der Anlaufzeit, in der die Arbeitsgemeinschaften noch stehen, nicht immer die volle Wirksamkeit der Arbeitsgemeinschaften gegeben, wohl aber in den Bezirksverbänden und im Landesverband. Die Arbeitsgemeinschaften haben sich hier eingespielt, und der berufsständische Rat ist nach meiner Überzeugung damit auf dieser Ebene überflüssig geworden.
Meine Damen und Herren! Eine der entscheidenden Fragen war die: Wie soll nun die Parteispitze gestaltet sein? Hier ist vorgesehen, daß der Landesvorsitzende seine verantwortliche Stellung behält. Politische Entscheidungen größerer Bedeutung konnte und kann er nach den bisherigen Satzungen nicht fällen. Die politische Linie der Union wird von der Landesversammlung festgelegt bzw. vom Landesausschuß. Daran war nichts zu ändern. Es erschien aber notwendig, daß dem Landesvorsitzenden zwei Stellvertreter zur Seite gegeben werden, die die Aufgabe haben, ihn im Falle seiner Verhinderung zu vertreten. Eine Verhinderung ist ja nicht nur gegeben durch die Fülle von Arbeit, sondern eine Verhinderung der Amtsführung ist ja auch nach anderer Richtung hin denkbar und möglich. In diesem Fall soll einer der beiden Stellvertreter vom Landesvorsitzenden beauftragt werden, in Aktion zu treten.
Um aber klar und deutlich den verantwortlichen Mann herauszustellen, ist vorgesehen, daß die Landesversammlung nur den Landesvorsitzenden wählt.
Er ist ihr gegenüber verantwortlich. Seine Stellvertreter wären nach meinem Entwurf vom Landesausschuß zu wählen.
Es soll aber nicht nur etwa diesen drei Persönlichkeiten die Entscheidungsgewalt in der Union in die Hand gegeben werden. Der Landesvorstand, bisher der geschäftsführende Landesvorstand - das geschäftsführend kann man weglassen -, ist etwas umgestaltet. Aus einem siebenköpfigen Gremium ist ein sechzehnköpfiges Gremium geworden. Wenn aber der Landesvorsitzende schon die volle Verantwortung trägt, dann muß er doch wenigstens in etwa die Möglichkeit haben, auch in seinen engeren Vorstand eine bestimmte Anzahl von Persönlichkeiten zu berufen. Ich habe nach reiflichen Überlegungen vorgeschlagen, daß der Landesvorsitzende fünf Mitglieder in den Landesvorstand beruft, daß darüber hinaus die Spitzen der Arbeitsgemeinschaften automatisch Mitglieder des Landesvorstandes sind, damit auch von der anderen Seite her Aktivität gewährleistet ist, damit sichergestellt ist, daß alles in unserer breiten Partei zu Wort kommen kann.
Außerdem erschien es mir notwendig, eine Koordinierung der Arbeit in der Partei wie im Staat irgendwie auch in der Spitze herzustellen. Aus diesem Grunde ist vorgesehen, daß der Ministerpräsident und der Landtagspräsident, sofern sie der Union an-

gehören, Mitglieder dieses Landesvorstandes sind. Gehören Sie nicht der Union an, haben die in der Regierung vertretenen Mitglieder der Union bzw. die im Landtagspräsidium vertretenen Mitglieder der Union jeweils einen Vertreter zu bestellen. Auch der Vorsitzende der Landtagsfraktion ist in diesen Landesvorstand zu delegieren, damit die Arbeit von Fraktion und Partei noch viel mehr aufeinander abgestimmt werden kann und mehr im Zusammenklang steht.

Im wesentlichen unverändert ist das etwas größere Gremium der Landesvorstandschaft geblieben. Es ist hier lediglich vorgesehen, daß nicht die gesamte Regierung in ihr vertreten ist, sondern die Minister dort sind. Die Erfahrung hat gezeigt, daß sonst unter Umständen die gesamte Regierung, die Hälfte, vielleicht auch noch mehr der ganzen Landesvorstandschaft ausmachen kann. Das ist und war nicht der Sinn dieser Bestimmung.

Noch ein Wort zur Frage, nach welchem Schlüssel die unteren Verbände der Union nach oben hin vertreten sein sollen. Ich habe mich der Mühe unterzogen und habe nicht nur überlegt, sondern durchgerechnet, was das Ergebnis ist, wenn hier mit einem Mal die Zahl allein spricht, und nur die Zahl. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß es doch zweckmäßiger erscheint, das bisherige Prinzip des gebietsständischen Föderalismus beizubehalten. Ich will hier nicht auf die Überlegung eingehen, ob das Prinzip der Zahl nicht zugleich und gewissermaßen zwangsläufig das Prinzip des Zentralismus ist. Ich will Ihnen nur einige andere Überlegungen mitteilen, die mich geleitet haben.

Zunächst scheint es mir notwendig, daß die Union in den Gebieten gestärkt wird, in denen sie am härtesten kämpfen muß.

(Sehr gut!)

Wenn wir uns weiter ausbreiten wollen, wenn wir stärker werden wollen, nicht nur mitgliedermäßig, sondern auch wahlstimmenmäßig, dann, meine Damen und Herren, scheint es mir unerläßlich, unseren Parteifreunden und denen, die noch zögernd abseits stehen, die Gewißheit zu geben, daß sie in der Union ihr Gewicht haben, auch wenn sie zahlenmäßig gesehen nicht so schwer wiegen wie die Freunde aus Gegenden, in denen sich, ich möchte sagen, so gesehen netter und freundlicher leben läßt. Denken Sie etwa an die fränkischen Gebiete und an die dortigen Verhältnisse. Wenn wir die Union in Franken nicht preisgeben wollen - und ich spreche aus einer Erfahrung, die ich in einem harten Wahlkampf dort oben gesammelt habe, es wird bald zwei Jahre -, dann müssen wir den Leuten die Gewißheit geben, daß sie bei uns nicht nur die Geduldeten sind, sondern daß auch sie mit allem, was sie uns mitbringen, das entsprechende Gewicht und den Einfluß haben.

Ich bin dabei weiter von der Überlegung ausgegangen, daß auch in einzelnen Berufsständen dieser Grundsatz aufrechterhalten werden muß. Denken Sie etwa an die Großstädte mit der überwiegenden Arbeiterbevölkerung. Wenn wir die Arbeiter bekommen wollen, dann können sie nicht nur als Gäste und als Wähler dasein, dann müssen wir ihnen auch einen entsprechenden Einfluß einräumen. Mir scheint, meine Damen und Herren, wenn wir die immer naturgegebenen verschiedenartigen Interessen der Stände freiwillig aufeinander abgleichen und abstimmen wollen, um nicht zu irgendeiner Form eines Klassenkampfes zu kommen, den wir ablehnen, dann müssen wir bei uns selber damit anfangen, dann müssen wir bei uns selber die Chance geben, daß in unseren eigenen Gremien diese Dinge mit einem gesunden Sinn und, wenn Sie wollen, mit einer gewissen Freimütigkeit betrieben werden.

Ich habe mich dabei, auch das gestehe ich gerne ein, leiten lassen von den Erfahrungen, die mit unserem Prinzip anderwärts gemacht wurden. Denken Sie etwa an das Prinzip des gebietsständischen Föderalismus in den Vereinigten Staaten, denken Sie an das gleiche Prinzip in der Schweiz, und denken Sie an dieses Prinzip in den UN, in den Vereinigten Nationen. Dort etwa hat das kleine Chile dieselbe Anzahl von Vertretern wie die großen Vereinigten Staaten von Nordamerika.

(Zuruf: Und Rußland das Vetorecht und die Kleinen haben nichts zu reden. Wie man so etwas heranziehen kann!)

Ich versuchte im wesentlichen zu sagen, was ich glaubte sagen zu wollen. Bestehen bleibt der verantwortliche Parteivorsitzende, der zur Seite hat nicht Gremien - so hat man manchmal den Eindruck, wenn man sich unterhält -, die er willkürlich und wahllos zusammensetzt und beruft, damit sie das tun, was er will, sondern Gremien, die auch wohlüberlegt und abgewogen sind. So, glaube ich, wäre es der Union möglich, alle die Arbeiten zu leisten, die geleistet werden müssen, sofern wir weiterhin Politik in der Union und als Union treiben wollen, sofern wir uns weiterhin mit aller Macht und Kraft einsetzen wollen, einen christlichen und sozialen Staat aufzubauen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir haben die drei Vorschläge gehört. Ich glaube, Sie haben mit mir den Eindruck gewonnen, daß alle drei Vorschläge wohl bedacht sind und daß es sich lohnen wird, diese drei Vorschläge zu prüfen. Man kann die Prüfung bestimmt nicht - da gehe ich einig mit allen - in diesem Kreis allein jetzt durchführen. Das würde zu viel Zeit beanspruchen. Auf der anderen Seite war es notwendig, daß nicht eine Planung von oben her erfolgt, sondern daß auch Sie Ihre Meinung sagen und sagen können, daß draußen von den Bezirken her das Leben kommt, das die Partei trägt. Es hätte keinen Sinn, wenn wir nur Statuten machen würden, die Paragraphen bleiben. Es ist notwendig, daß wirklich eine Aktivität entwickelt wird. Ich glaube, wir werden dabei gemeinsam festgestellt haben: Es sind in den Linien schon Verschiedenheiten der Konzeption vorhanden. Sie sind nicht so groß, wie man es vielleicht im allgemeinen annimmt.

Es geht im wesentlichen darum, wenn ich bei der Spitze anfange: Der Vorschlag Junge Union geht in dieser Hinsicht ziemlich weitgehend einig mit dem Vorschlag von der Landesgeschäftsstelle. Ich bemerke ausdrücklich, daß ich diesen Vorschlag nicht selbst gemacht und auch nicht weiter beeinflußt habe, weil wir nur bestimmte Gesichtspunkte herausgestellt haben und unsererseits warten wollten, welche Vorschläge von draußen hereinkommen. Darnach ist die Spitze so dargestellt: Ein Landesvorsitzender, der voll verantwortlich ist, gewählt wird infolgedessen auch vom größten Gremium der Partei, von der Landesversammlung; zwei Stellvertreter, gewählt vom Landesausschuß, also Ihrem Gremium. Zum Unterschied von der Landesversammlung repräsentiert dieses Gremium stärker die Bezirke und bringt auf diese Weise schon einen höheren Grad des Willens mit. Hier können eventuell Kompromisse gefunden werden. In der Landesversammlung über Kompromisse zu verhandeln, zu streiten, würde der Landesversammlung als dem größten Gremium der Union zu viel Zeit wegnehmen.

(Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Sehr richtig!)

Das ist der Grundgedanke, wie er hier entwickelt wird.

Die Frage der Vollmachten lasse ich im Augenblick draußen. Darüber kann gesprochen werden, weil es nur darauf ankommt, daß der Landesvorsitzende so weitgehende Vollmachten hat, daß er im Augenblick, in dem entschieden werden muß, die Ent-

scheidung treffen kann, für die er dann der Landesversammlung und den anderen Gremien verantwortlich ist, die er einberuft.
Bisher hatten wir nun unmittelbar folgend den Landesvorstand oder, wie er geheißen hat, den geschäftsführenden Landesvorstand. Er bestand aus sieben Mitgliedern. Nach den Statuten waren die sieben Mitglieder vom Landesvorsitzenden aus den Mitgliedern der Landesvorstandschaft zu bestellen. Die Landesvorstandschaft, wenn ich das gleich beifügen soll, war so zusammengesetzt: Landesvorsitzender, Landesvorstand, normalerweise, wenn er gewählt ist, die sämtlichen Regierungsmitglieder und zehn von den Bezirken gewählte Mitglieder, dazu Frauenvertreter, Vertreter der Jungen Union, Vertreter der Flüchtlinge. Aus diesem Gremium also konnte nach den Statuten der Landesvorsitzende sieben bestellen. In der Praxis ist es so gehandhabt worden, daß ich dem Landesausschuß Vorschläge gemacht habe, und die Vorschläge habe ich gutheißen lassen.
Nach den Statuten wäre es so gewesen, daß ich das Recht gehabt hätte, bis zu zwei Stellvertreter selbst zu bestellen. In der Praxis ist es so gewesen, daß man sich von Fall zu Fall verständigt hat. Der jetzige Vorschlag geht dahin, daß zwei dauernde Stellvertreter bestellt werden. Es wird intern eine Arbeitsteilung vorzunehmen sein, aber die volle Verantwortung trägt nach wie vor der Landesvorsitzende, der von der Landesversammlung durch das Mißtrauensvotum zur Rechenschaft gezogen werden kann. Er muß natürlich vor jedem anderen Gremium Rechenschaft [ab]legen. So ist es ungefähr in der Spitze.
Der Differenzpunkt unten, wenn ich es richtig verstanden habe, geht darum: Wie soll die Landesversammlung den Willen der Partei repräsentieren? Ein Prinzip, das bisher durchgehalten wurde, ist, daß jeder Kreis zwei Vertreter bestellt. Daneben kamen dann der Landesausschuß, die Landtagsmitglieder. Jeder der 180 Kreise hat also zwei Vertreter bestellt. Der Vorschlag Junge Union, wenn ich richtig verstanden habe, geht dahin: Nicht automatisch Mitgliedschaft der Landtagsmitglieder, die auf anderer Ebene gewählt worden sind, in allen Gremien draußen, sondern die Mitgliedschaft zu diesen entscheidenden Gremien soll durch Wahl erfolgen. Darüber hier zu diskutieren, würde bestimmt zu weit führen. Es würde eine Diskussion auslösen, die ich selbst in der Landesversammlung für unzweckmäßig halte.
Das ist mein persönlicher Gesichtspunkt im Augenblick. Man mag darüber debattieren. Man sollte die Entwicklung abwarten und nicht etwa aus Ressentiments heraus die Entscheidungen treffen. Der andere Gesichtspunkt ist: Bestellung nach der Zahl der Mitglieder oder Wähler oder nach der Zahl der Einwohner des jeweils in Betracht kommenden Kreises oder der jeweiligen Stadtbezirke. Das ungefähr sind, glaube ich, die Hauptgesichtspunkte, wenn ich sie so richtig herausgestellt habe. Ich glaube, da bist Du auch mit mir einig und die anderen Referenten werden auch darüber einig sein.
Für unsere Debatte handelt es sich um die Aufnahme des Vorschlages *Haußleiter*. Die Grundlinien sind entwickelt. Wir sind, glaube ich, da darf ich Ihre Zustimmung annehmen, wenn kein Widerspruch erfolgt, darüber einig, daß von diesem Landesausschuß noch ein Gremium zu bestellen ist, das die Vorschläge überarbeiten und einem Landesausschuß, der unmittelbar vor der Landesversammlung tagen soll, Bericht erstatten soll. Über die Bestellung eines solchen Gremiums, glaube ich, erfolgt kein Widerspruch. Sie ist damit angenommen.
Es kommt nun also darauf an, wieviele Köpfe dieses Gremium umfassen soll. Die Mitglieder müssen von uns gewählt werden. Wir haben aber sowieso noch Wahlen

vorzunehmen. Infolgedessen würde ich diese Debatte nicht damit belasten, sondern die Wahlen zurückstellen bis morgen früh, weil man in persönlichen Aussprachen erledigen kann, was hier Zeit kostet. Wir wollen morgen früh sowieso die anderen Wahlen noch stattfinden lassen.
Dagegen ist die Frage zu klären Präsidialsystem - wenn ich den kurzen Ausdruck nehmen darf, also Landesvorsitzender, von der Landesversammlung gewählt, zwei Stellvertreter, vom Landesausschuß gewählt - oder Kollegialsystem bzw. Direktorialsystem - ich weiß nicht, wie man das bezeichnen soll, der Ausdruck ist gleichgültig. Soll darüber jetzt eine Debatte geführt und eine Entscheidung getroffen werden? Ich glaube, die Linien sind herausgearbeitet, so daß die Debatte nicht einmal sehr lang zu sein braucht.
Aber ich will mich dabei nicht einmischen.
Ferner sollen dem Gremium vom Landesausschuß bestimmte Weisungen gegeben werden, so daß in dem Gremium bestimmte Diskussionen nicht mehr notwendig sind. Oder soll dieser Ausschuß damit seine Arbeit anfangen, daß er vielleicht die ganzen Entwürfe zusammenwirft und etwas Neues macht?
Jetzt müssen wir darüber entscheiden: Antrag *Haußleiter* oder nicht? *Rindt* hat sich zu Wort gemeldet. Ich bitte, jetzt aber nur zu diesem Punkt zu reden: Sollen diese zwei Punkte zur Vorentscheidung vorweggenommen werden oder nicht?
Dr. *Rindt*: Ich würde vor meiner Wortmeldung zunächst bitten, daß der Antrag noch einmal wiederholt wird. Ich würde also Kollegen *Haußleiter* ersuchen, den Antrag zu wiederholen.
*Haußleiter*: Ich habe vorhin folgendes gesagt: Wir sind von der Landesversammlung beauftragt worden mit einer klaren Weisung, Entscheidungen zu treffen. Die Entwürfe, die uns vorgelegt worden sind, enthalten eine Reihe ausgezeichneter organisatorischer Anregungen, über die sich ein Ausschuß ohne weiteres einigen kann und die er durchbesprechen kann. Die grundsätzlichen Entscheidungen, die die Substanz der Union betreffen, muß der Landesausschuß hier fällen. Zu dieser Entscheidung sind wir in demokratischem Verfahren von unten gewählt; wir müssen auch hier die Verantwortung auf uns nehmen.
Ich habe infolgedessen den Antrag gestellt, der Landesausschuß möge darüber entscheiden, ob die Entwürfe des zu wählenden Ausschusses aufgrund des Präsidialsystems oder aufgrund des Kollegialsystems ausgearbeitet werden sollen; er möge zweitens darüber entscheiden, ob das gegenwärtige System der regionalen, föderativen Vertretung der Kreisverbände aufrechterhalten wird oder ob in Zukunft die Stärke der Vertretung der Kreisverbände nach der Stimmenzahl ihrer Mitglieder erfolgen soll. Das sind die wesentlichen Entscheidungen, um die es bei der Änderung der Satzung geht. Ich greife nicht ein in die Sachdiskussion. Ich habe hier nur diesen Antrag wiederholt, weil, meine Damen und Herren, ein merkwürdiges und unsicheres Bild entstünde, wenn wir diese Entscheidungen einem siebenköpfigen Ausschuß übertragen würden,

(Zuruf: Das ist nicht beantragt!)

ohne daß dieser Ausschuß klare Richtlinien von uns erhielte. Wir wissen ja nicht, wer die Minderheit ist; wir haben ja jetzt zu entscheiden. Meine Damen und Herren, weichen wir doch einer Abstimmung nicht aus! Warum denn? Unterstützen wir hier die demokratische Entscheidung! Ich bin der Überzeugung, daß dann ja die Minderheit von sich aus immer noch an die Landesversammlung gehen kann; ihre Rechte sind

nicht beschnitten. Wir haben eine Pflicht. Sie ist uns von der Landesversammlung auferlegt. Tun wir unsere Pflicht!

Dr. *Rindt*: Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht auf den sachlichen Inhalt der Dreier-Frage eingehen, vor allen Dingen aus einem Grund nicht: Um dem einen oder anderen Herrn nicht das Gefühl zu geben, sein Referat sei doch der Anlaß gewesen, eine bestimmte Linie in meinen Worten zu vertreten. Ich möchte nur folgendes feststellen: Wir haben im wesentlichen drei Vorschläge in manchmal sehr weit ins einzelne gehenden Zügen gehört. Dabei wird jedem von uns klar geworden sein, daß diese drei Vorschläge uns Gedanken brachten, die sehr zentraler Natur sind, die unter Umständen sogar an das Wesen der Union überhaupt gehen, und daß auf der anderen Seite auch Gedanken an uns herangetragen und uns kundgegeben wurden, die nicht so sehr wesenhaft waren, die vielleicht mit grundsätzlicher Thematik ausgestattet waren, aber doch nicht etwas Wesenhaftes für die Union bedeutet haben. Es hat sich auch klar herausgestellt, daß zwei Punkte die ausschlaggebenden sind, an denen unsere jetzige Satzung entweder in einem Teil der Fragen krankt, während der andere Teil der Fragen nicht angegriffen wird, oder nicht. Das ist, wie nun schon verschiedene Vorredner betont haben, das Prinzip der Wahl zwischen dem Präsidial- und dem Kollegialsystem und auf der anderen Seite das Prinzip der Festlegung der Vertreterzahlen nach bestimmten Gesichtspunkten, einerseits von der Menge irgendeiner Bevölkerung oder der Wähler oder der Mitgliederschaft[12] her, andererseits von dem Territorialsystem her gesehen.

Nun, meine Freunde, wie würde die Sache weitergehen, wenn wir jetzt folgendermassen verhandeln und handeln würden? Punkt 1: Wir würden also einen Ausschuß einsetzen. Das wollen wir alle; der soll auch kommen. Das ist meine Überzeugung von vorneherein gewesen, daß wir in dem heutigen Gremium über so wichtige Dinge wie die Satzung nicht in cumulo abstimmen, irgendwelche Satzungsänderungen so durchschleusen oder durchsetzen können. Wir übergeben also nun die Satzungen irgendeinem Arbeitsausschuß. Dieser Arbeitsausschuß legt dann dem Landesausschuß, der kurz vor der nächsten Landesversammlung einzuberufen ist, seine Vorschläge vor, und der Landesausschuß wird dann genauso eine ähnliche Entscheidung treffen müssen, wie er sie heute durchzuführen hat, nämlich sich für das eine oder für das andere zu entscheiden. Ich sage: Wie er sie heute durchzuführen hat unter der Voraussetzung, daß der Antrag *Haußleiter* durchgeht und daß wir uns heute darüber klar werden, ob das Präsidial- oder das Kollegialsystem in bezug auf die Parteileitung und das eine oder das andere Prinzip in bezug auf die Gremienvertretung in der Partei festgelegt werden.

Meine Damen und Herren, das bedeutet also mit anderen Worten nur ein Hinausschieben vielleicht um 18 Tage; aber nicht bedeutet es und kann es bedeuten die Hinwegnahme der Verantwortung vom Landesausschuß, daß sich der Landesausschuß als das Gremium, das zur Entlastung der Mitgliederversammlung gewählt wurde, von der Verantwortung weg entfernt, diese Entscheidung zu treffen.

(Sehr gut!)

Ob wir es heute tun oder in ungefähr drei Wochen, ist ein und dasselbe, denn, meine Damen und Herren, seien wir uns darüber klar: Die meisten von uns sind in der Union von Anfang an dabei, und von Anfang an hat jeder einzelne sich irgendwelche

[12] In der Vorlage: "Mitgliederschicht".

Gedanken gemacht, ob man nun in dieser oder in jener Hinsicht unser Gefüge noch besser, noch straffer machen könnte, oder ob man unsere Organisation vielleicht da und dort auflockern müßte, ob man dies oder jenes Prinzip stärker oder schwächer einbauen müsse. Jeder von uns weiß heute genauso, wie in drei Wochen, wie er über diese Punkte zu entscheiden hat.
Ich möchte es bei aller Freundschaft zu jedem einzelnen lieber nicht gehört haben, daß heute zweimal der Ausdruck gefallen ist, daß von uns eine Minderheit überritten wird. Ich glaube nicht, daß der Herr Sprecher dieser Worte auf dem Standpunkt des Landtagskollegen steht, der unserem Parteivorsitzenden einmal in der Verfassunggebenden Landesversammlung zugerufen hat: Was ist Demokratie? Wissen Sie denn das? Demokratie ist der Terror der Minderheit durch die Mehrheit! Ich glaube also nicht, daß der Sprecher dieser Worte auf diesem Standpunkt steht. Ich möchte aber für alle Fälle feststellen, daß es zum Prinzip der Demokratie gehört, daß sich eben eine Minderheit der Mehrheit nach einigermaßen vernünftigen Grundsätzen zu fügen hat. Ich wiederhole die vorhin gesprochenen Worte: Ich habe keine Ahnung, wo sich die Mehrheit oder Minderheit befindet. Aber ich lehne es für meine Person ab, in dem Augenblick, wo eine Minderheit irgendwo mit ihrem Willen nicht durchkommt, nun vielleicht zu einer Minderheit zu gehören, die dann behauptet: Wir sind nicht durchgekommen, weil der Versammlungsleiter ein Diktator war. Gewöhnlich ist das doch so. Und ich bitte zu bedenken, ich bitte es sachlich zu bedenken, daß schon viele Angriffe deshalb erfolgt sind und daß vielleicht auch ein Gutteil der Vorschläge zur Abänderung der Satzung aus einem gewissen Ressentiment herausgewachsen sind, weil man vielleicht nicht so ganz in Gemeinschaft demokratisch zu denken gelernt hat und auch als Minderheit eine Niederlage einstecken kann. Dabei klopfe ich an meine eigene Brust und denke an meine eigene kurze politische Vergangenheit.
Insofern möchte ich also bitten, daß wir uns nicht um eine Verantwortung, die uns auferlegt ist, um drei Wochen gewissermaßen - verzeihen Sie den Ausdruck; ich habe im Augenblick keinen anderen - drücken, sondern daß wir die Verantwortung heute schon auf uns nehmen; denn das ist kein Neuland für uns. Darüber werden wir uns heute noch unterhalten wollen und sollen. Wir wissen ganz genau, daß wir uns über die einzelnen Punkte bisher schon Gedanken gemacht haben und wohin unsere Überzeugung geht. Ich möchte also den Antrag stellen, daß über die Punkte Präsidialprinzip und Kollegialprinzip einerseits und das Prinzip der mitgliedermäßigen Stärkenvertretung oder des Territorialsystems andererseits abgestimmt wird. Ich möchte bitten, daß Sie dem Antrag *Haußleiter* zustimmen.
Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Damen und Herren! Ich will mich von vorneherein bemühen, ganz losgelöst von Machtkämpfen - weil ich wirklich keine führe - und von allen möglichen Erinnerungen der Union einen Kompromißvorschlag zu unterbreiten und dabei die Systeme - ob Präsidialsystem oder Kollegialsystem oder wie sie alle heissen - außer acht lassen. Ich habe vor der Vereinigung in Caux den Satz geprägt, daß wir Deutsche an dem Übel leiden, immer zu viel Theorien zu haben und zu wenig einfach zu denken. Das Einfache ist nämlich das Beste; und wenn wir hier einfach denken, so, glaube ich, könnte die Gesamtpartei den Grundsatz annehmen, daß einer der Vorsitzende sein muß. Das können Sie einrichten, wie Sie wollen, denn bei einem Vorsitzenden und einem Gremium, die miteinander streiten, kann keiner den Vorsitzenden mehr machen. Soviel Verantwortung erfordert also die Partei, daß ein vom Gesamtgremium der Partei gewählter Vorsitzender dasein muß.

Ich könnte mir auch vorstellen, daß sich die Gesamtpartei wirklich darauf einigen kann. Nachdem das Gremium des Landesausschusses ja immerhin ein ganz respektables Gremium ist,

(Heiterkeit.)

die Durchschnittsverhältnisse des Landes darstellt und die besten Köpfe und die größten Kampfhähne der Partei darin vertreten sind, sind hier die Ausgleichsmöglichkeiten in hinreichendem Maße gewährleistet. Von diesem Gesichtspunkt aus kann man daher dem Grundsatz zustimmen, daß die beiden Stellvertreter vom Landesausschuß gewählt werden. Ich glaube, darüber sollte man sich gar nicht mehr streiten. Wenn ich die drei Referate einander gegenüberhalte, so hat sich doch im wesentlichen die Linie schon herausgebildet, die auf dieser Ebene liegt.
Dann kann der gewählte Ausschuß noch darüber befinden, welche zusätzlichen Leute hineinkommen. Ich glaube, da sind die Differenzen auch nicht so groß. Es bleibt vielleicht die eine Differenz noch übrig - und über die Differenz kann man noch sprechen -, ob der Landesvorsitzende dann noch das Recht haben soll, von sich aus die Mitglieder zu berufen oder ob die auch auf andere Weise sichergestellt werden können.

(Gelächter.)

Ja, bitte, das ist doch ganz klar; es könnte auch gewählt oder sonstwie gemacht werden!

(Erneute Heiterkeit.)

Sie brauchen ja dabei nicht an *Loritz* zu denken.
Da kann man diesem Arbeitsausschuß, der die endgültigen Formulierungen trifft und dem man gar nicht vorgreifen will, die Richtlinien geben: Es wird an der Person eines verantwortlichen Landesvorsitzenden festgehalten. Zweitens: Es werden zwei stellvertretende Vorsitzende durch den Landesausschuß gewählt. Es wird ein Parteivorstand gebildet, dem noch mehrere Mitglieder angehören sollen. Als Grundlage für die Bestimmung der Mitglieder gelten die drei Vorschläge, denn sie enthalten drei vernünftige Gedanken. Das läßt sich doch in einer Einheit vereinen, damit wir dann zu dem 16- oder 18-gliedrigen Gesamtvorstand kommen. Das wäre dieser Punkt.
Das kann also zu keinen großen Schwierigkeiten mehr führen. Es könnte nur zu Schwierigkeiten führen, wenn man innerhalb der Union wieder eine große Auseinandersetzung entdeckt, von der ich aber möchte, daß sie nicht mehr in den Vordergrund tritt. Damit wären die drei Vorsitzenden gesichert, und es wäre das Übergewicht des Vorsitzenden für den Teil der Union, der eine starke Betonung des ersten Vorsitzenden will, auch gesichert. Dann ist doch allen Verhältnissen Rechnung getragen.
Dann kommt eine zweite wichtige Sache: Die Delegierung der Leute der Partei im Durchschnitt des Landes für die Vertretung in der Landesversammlung. In meiner Brust wohnen zwei Seelen, eine fränkische und eine altbayerische. Ich kann mir nicht helfen, meine Jugendzeit habe ich in Franken verbracht, und ich kann mich erinnern, wie die fränkischen Verhältnisse liegen. Da muß ich meinen altbayerischen Freunden, zu denen ich selber gehöre - ich bin seit 1907 hier unten -, sagen, daß der politische Kampf in der fränkischen Ebene etwas ganz anderes ist wie in der altbayerischen.

(Sehr richtig!)

Daran müssen wir endlich einmal festhalten. Man muß den Leuten in der politisch-christlichen Diaspora draußen - wenn ich mich so ausdrücken darf - auch eine gewisse

Grundlage für ihre Tätigkeit einräumen, damit sie mit Idealismus an ihre Arbeit gehen. Das halte ich auch für wesentlich. Deswegen kann ich mich von dem Grundsatz, von dem Regelgrundsatz nicht entfernen, daß die zwei Vertreter der Kreise unter allen Umständen festgehalten werden müssen. Aber was ich darüber hinaus denke, ist: den regionalen Ausgleich - jetzt vermeide ich das Wort föderalistisch, denn das bringt ja alles durcheinander - halte ich für notwendig. Und der regionale Ausgleich - damit könnte man diesen Arbeitsausschuß auch beauftragen - könnte wirklich auf der Bezirksebene erfolgen. In der Landesversammlung - hier sind die Bezirke sowohl wählermäßig wie einwohnermäßig in der Größe verschieden - kann man den Bezirken, die einwohnermäßig und wahlrechtsmäßig eine größere Einheit darstellen, zusätzlich Vertreter geben. Dagegen könnten auch die Franken nichts haben. Dann ist ausgeglichen; denn auf der Hauptebene der Gesamtvertreter, der zweimal 180 Vertreter, ist alles gleichmäßig behandelt, ist die Arbeit gleichmäßig eingeschätzt. Die Arbeit eines tüchtigen Kreisvorsitzenden draußen in einem fränkischen Diaspora-Kreis kann unendlich mühsamer sein als die Arbeit in einem altbayerischen Kreis mit guter alter Wählerbevölkerung. Das ist ganz klar. Man soll den Idealismus dieser Leute nicht hindern und nicht stärkenmäßige Maßstäbe anwenden. Denn die stärkenmäßigen Maßstäbe würden hier verstimmend wirken, dann würde man sagen: Wir werden ja doch überstimmt, da ist die andere Seite dieser Kreise. Warum sollen wir uns hier anstrengen? Das hat für uns doch keinen Wert.

Aber in der Bezirksebene sollte man den Ausgleich schaffen. Da ist der Regierungsbezirk Oberbayern mit viel größeren Wählerstimmen, der bekommt eben mehr Bezirksstimmen. Wir können den Arbeitsausschuß auch da beauftragen, hier einen Maßstab zu finden, um den regionalen Unterschieden der Partei entsprechend, sowohl was die Einwohnerzahl als [auch] was die Wählerstimmen und was die Zahl der Mitglieder anbelangt, einen Ausgleich auf der Bezirksebene zu schaffen. Da läßt sich der Ausgleich finden, dabei könnten die wenigsten Verstimmungen eintreten. So stelle ich mir die Sache vor.

(Zuruf: Also nur für den Bezirk!)

Wir haben die 360 Vertreter der Kreise, dazu Bezirksvertreter, und hier kann der Ausgleich geschaffen werden. Das halte ich für absolut möglich und für absolut gerecht. Man kommt dann den einen nahe, die im Süden sagen, daß sie mit ihrer Stärke der Parteiorganisation berücksichtigt werden sollen, und hört die anderen, die sagen: Wir, bei unserer vielen Arbeit in der christlichen Diaspora, haben auch ein Recht. Auch denen trägt man damit Rechnung.

Ich glaube, das wäre eine Modalität, die des Schweißes der Edlen wert wäre. Wenn da elf vernünftige Menschen zusammensitzen und unser Kollege *Pfeiffer* ein wunderbares Liedchen dazu pfeift,

(Heiterkeit.)

so, glaube ich, werden wir nach einiger Zeit einen gemeinsamen Vorschlag zustande bringen, der mit Begeisterung, Enthusiasmus und zur ewigen Erinnerung von der Landesversammlung angenommen werden könnte.

Das sind meine Gedankengänge. Das wären die Kompromißvorschläge, die dieser Rat der Weisen mit auf den Weg bekommen soll.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, ich würde nun vorschlagen, daß wir jetzt möglichst rasch über den Antrag *Rindt/Haußleiter* abstimmen, denn ich muß immer auf die Uhr schauen. Wenn wir jetzt noch lange debattieren, sehen wir nämlich, daß wir auf einmal schon mitten im Thema drinstehen. Wir haben jetzt eigentlich

die Diskussion schon ziemlich durchgeführt und können bald zur zweiten Abstimmung übergehen.
Vergessen Sie nicht: Wir kommen nachher dazu. Die Landesversammlung soll am 24./25. sein. Dort muß die große politische Aussprache stattfinden, denn dort ist das ganze Forum der Partei. Heute und morgen soll noch eine - wenn ich so sagen will - politische Voraussprache stattfinden. Der 24./25. ist bereits in drei Wochen. Am Tag vorher kann dann eventuell noch ein Landesausschuß sein; denn ich kann es nicht an einem der beiden Tage machen, sonst kürze ich die beiden Tage und verliere Zeit für die politische Aussprache und für die Willensentscheidung der Partei.
So wird es sein. Tausend Leute unterzubringen, wird nahezu unmöglich.

(Zuruf: Es sind ja nicht so viel! Bei der Landesversammlung sind es 525 Leute!)

Es sind rund 600. Es kommen sehr viele Leute von draußen. Wir haben das letzte Mal in Eichstätt über 1000 Leute unterzubringen gehabt.

(Dr. *Hundhammer*: Die Pressevertreter sowieso!)

Das Thema müssen wir ohnehin noch behandeln. Wir wollen nicht in die Debatte übergehen.
Es kommt mir nur darauf an, Ihnen die Zeit vorzurechnen. Wir haben jetzt die Debatte ziemlich durchgeführt. Wir sollten jetzt, wenn Sie wünschen, nur noch mit vielleicht einem Redner für und wider das Thema behandeln, das hier durch den Antrag berührt wurde, und vielleicht den Vorschlag *Horlacher* zugrundelegen und heute die Entscheidung treffen. Dann haben wir wenigstens dieses Thema abgeschlossen. Der Ausschuß kann dann innerhalb kurzer Zeit die ganzen Vorschläge verarbeiten. Wir rechnen, daß wir im nächsten Landesausschuß vielleicht mit einer Debatte von drei, vier Stunden längstens fertig werden, und können dann vor die Landesversammlung hoffentlich mit einem einigen Vorschlag hintreten, der höchstens noch Alternativen offenläßt.
Darf ich jetzt, damit keine Zeit mehr verloren wird, über den Antrag abstimmen lassen?
Staatsminister Dr. *Seidel*: Zur Geschäftsordnung! Ich bin der Auffassung, daß der Antrag Dr. *Pfeiffer* der weitergehende ist. Infolgedessen müssen wir wohl über ihn zuerst abstimmen.

(Sehr richtig!)

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Ich möchte zu meinem Antrag nichts mehr sagen. Ich bitte nur die Herren *Haußleiter* und Dr. *Rindt*, meinen Antrag noch einmal zu lesen. Dann werden sich zwei wesentliche Irrtümer herausstellen, denen sie bei ihren Ausführungen zum Opfer gefallen sind. Erstens soll nämlich der von mir beantragte Ausschuß keine Entscheidung treffen.

(Dr. *Rindt*: Das habe ich nie behauptet!)

Nein, das hat Herr Kollege *Haußleiter* behauptet. Er soll die Dinge nur besser durchstudieren, weil sie für heute nicht hinreichend vorbereitet waren!
Nr. 2: Der Landesausschuß in seiner heutigen Zusammensetzung wird auch in drei Wochen der gleiche Landesausschuß sein, aber die Dinge werden besser gereift sein, als sie heute sind, es wird eine ganze Anzahl von Mitgliedern des Landesausschusses, die heute nicht anwesend sind, daran teilnehmen, wenn der Landesausschuß zusammen mit der Landesversammlung stattfindet, und es wird ein geschlosseneres Bild der

ganzen Sache entstehen. In den Parlamenten hat man die zweite Lesung. Wir haben weder die Vorlagen in der Hand gehabt, noch haben wir eine zweite Lesung. Wenn das, was heute in der Aussprache auch von *Haußleiter*, von *Rindt* und insbesondere von *Horlacher* vorgetragen wurde, diesem Ausschuß zur Verfügung steht, dann, glaube ich, wird es vielleicht in ganz wenigen Punkten noch einen Mehrheits- und einen Minderheitsvorschlag geben.
Deswegen, weil keine schriftlichen Vorlagen zur Vorbereitung da waren, weil eine Reihe von Leuten fehlen, bin ich der Meinung, daß die Sache heute noch nicht gereift ist. Die Verantwortung soll vom Landesausschuß in seiner heutigen Zusammensetzung nicht weggenommen werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf, damit kein Zweifel aufkommt, nachdem *Pfeiffer* gesagt hat, es fehle eine Reihe von Leuten, feststellen: Es sind 108 Stimmberechtigte da von 125, also ein Prozentsatz, der sicher so ist, daß er sich kaum wesentlich verbessern wird.

(Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Jawohl, richtig!)

Dr. *Horlacher* hat das Wort zu seinem Vorschlag.
Dr. *Horlacher*: Ich will jetzt einen Antrag formulieren. Der Antrag *Pfeiffer* bleibt, solange er nicht zurückgenommen ist, als der weitergehende Antrag aufrechterhalten; über ihn muß auf jeden Fall abgestimmt werden.
Ich stelle jetzt aber folgenden Gegenantrag:

Es wird erstens ein Arbeitsausschuß zur Vorbereitung der Satzungsänderungen gebildet.

- Das stimmt mit *Pfeiffer* überein.

Diesem Arbeitsausschuß werden zweitens sämtliche vorliegenden Anträge über Satzungsänderungen überwiesen.
Drittens werden dem Arbeitsausschuß folgende Richtlinien für die Arbeit mitgegeben:

(Zuruf: Empfehlungen! - Gegenrufe: Richtlinien!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Mit Zwischenrufen ist die Entscheidung nicht getroffen.
Dr. *Geiselberger*: Ich habe mich schon lange zu Wort gemeldet!
Dr. *Horlacher*: Liebe Freunde, ich würde schon an Richtlinien festhalten, denn irgendwo müssen wir einmal zu Ende kommen.

1. An einem von der gesamten Landesversammlung gewählten ersten Landesvorsitzenden wird festgehalten.
2. Es werden durch den Landesausschuß zwei stellvertretende Landesvorsitzende gewählt - damit der Streit einmal aus dem Weg geräumt ist.
3. Die Landesvorstandschaft ist dann noch weiter zu ergänzen aufgrund der vorliegenden Vorschläge, die zu den Satzungsänderungen gemacht sind.

- Der Arbeitsausschuß hat also hier weitgehend Bewegungsfreiheit. Ich stelle mir vor, daß hier eine Einigung leicht zu erzielen ist.
Das ist der erste Teil. Jetzt kommt Teil zwei:

Was die Frage des Aufbaues des Partei anlangt, bekommt der Arbeitsausschuß folgende Richtlinien:

1. An der Vertretung der Kreise für die Landesversammlung wird aus grundsätzlichen Erwägungen festgehalten.

2. Der Arbeitsausschuß soll aber einen Ausgleich herbeiführen durch die unterschiedliche Zahl der Bezirksvertreter, entsprechend der unterschiedlichen Grösse der Bezirke, den unterschiedlichen Stimmverhältnissen und dem Stand der Parteimitglieder.

Diese Richtlinien dienen dem Arbeitsausschuß. Er soll für den Ausgleich in der Bezirksebene einen Modus finden. Daß das auf der Bezirksebene geschehen soll, habe ich ja eingehend begründet: Es soll hier einmal in der Grundlage der Partei ohne Rücksicht auf Größe allen Kreisen Rechnung getragen werden, und zweitens sollen die unterschiedlichen regionalen Verhältnisse dadurch auch ihre Berücksichtigung finden.
Ich glaube, das wäre eine Richtlinie, nach der der Arbeitsausschuß, wenn das angenommen würde, sehr rasch zu einem Ergebnis kommen würde, das dann von der ganzen Union gutgeheißen wird. Das erhebe ich zum Antrag. Ich glaube, der Herr Kollege *Müller* muß es doch leichter verstehen, was ich auseinandergesetzt habe, als wenn es schriftlich vorliegt. Ich sage Ihnen ehrlich: Ich war dankbar, daß man das heute vorgetragen hat. Ich habe mich viel leichter getan, als wenn ich es selbst hätte lesen müssen.

(Heiterkeit.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Alle Wortmeldungen in hohen Ehren. Ich will Sie nicht beeinflussen, auf Ihr Wort zu verzichten. Aber ich darf darauf hinweisen, daß sieben Wortmeldungen vorliegen; und ich muß der Reihe nachgehen. Frau *Maria Probst* hat das Wort zur Geschäftsordnung.
Dr. *Probst*: Meine Herren! Es ist mir unmöglich, diesem Antrag auf Überweisung so wesentlicher Fragen an einen Unterausschuß zuzustimmen, ohne vorher Garantien über die Zusammensetzung dieses Ausschusses zu haben. Ich stelle daher den Antrag, daß diesem Ausschuß auf jeden Fall angehören müssen die Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaften der Union.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das läßt sich hören. Aber trotzdem: Wir müssen morgen früh alles vornehmen, und darauf kann man ja nachher Wert legen. Aber es ist bestimmt ein guter Vorschlag.
Ich darf aber jetzt darauf aufmerksam machen, daß sieben Wortmeldungen da waren. Können wir nicht die Debatte abkürzen? Es spricht heute abend Parteifreund *Ehard* in einer öffentlichen Kundgebung. Wenn wir alle tagen, so weiß ich nicht, ob sich das in einem solchen Falle ziemt; zumindest müßten nach meinem Empfinden die Ministerkollegen oder ein paar von ihnen dort sein.

(Abwehrende Geste Dr. *Ehards*.)

Gut, ein paar müßten dort sein. Vielleicht können wir, damit ich ungefähr die Zeit einteilen kann, einen Überblick gewinnen. Sind die Parteifreunde damit einverstanden, daß wir heute abend tagen? Denn ich muß meine Zeiteinteilung darnach richten. Wie lange wollen wir dann jetzt Sitzung halten?

(Zurufe: Bis 19 Uhr! - Bis 19.30 Uhr!)

Wir haben morgen Wahlen, die uns mindestens auch eine Stunde kosten werden. Ich dachte, es bei der politischen Aussprache folgendermaßen zu halten; ich darf das hier vielleicht einflechten. Vorgesehen war nur ein Referat von Parteifreund *Semler*, weil diese Politik im Moment akut war und Parteifreund *Semler* auf der Landesversamm-

lung nicht zu Wort gekommen ist. Ich habe sonst keine Referate im eigentlichen Sinn vorgesehen, sondern wollte es darauf ankommen lassen, daß von draußen her der Wille zum Ausdruck gebracht wird, Auskünfte zu erteilen, denn die große politische Aussprache wird ja schon in drei Wochen auf der Landesversammlung stattfinden. Aber trotzdem wollen wir, wenn wir jetzt beisammen sind, wenigstens zwei bis drei Stunden für die politische Aussprache kalkulieren. Ich müßte also, wenn wir uns jetzt über die Zeit schlüssig werden, schon bitten, dann vorzusehen, daß wir heute bis 20 Uhr arbeiten,

(*Fackler*: Zur Geschäftsordnung!)

daß nur einige Minister zum Vortrag *Ehard* hinuntergehen und daß wir morgen früh dann bis 14 Uhr tagen. Ich bitte, *Fackler*, zu dieser Zeiteinteilung.

*Fackler*: Ich glaube, weder die Öffentlichkeit, noch unsere Parteifreunde, die aus dem ganzen Lande da sind, würden es verstehen, wenn sie die Gelegenheit, einmal den Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* sprechen zu hören, nicht ausnutzen könnten. Ich bin daher dafür, daß wir spätestens um 19 Uhr Schluß machen, weil wir auch noch zum Abendessen und dann in die Kundgebung des Ministerpräsidenten gehen müssen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist mir nur angenehm. Ich muß nur wegen der Zeiteinteilung Bescheid wissen.

*Kahn*: Ich stelle den Antrag, die Rednerliste zu streichen und über den Antrag Dr. *Horlacher* sofort abzustimmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag ist gestellt, aber ich muß die Zeiteinteilung berücksichtigen können. Ich glaube, wenn wir nur bis 19 Uhr tagen, kommen wir morgen bis 14 Uhr nachmittag nicht durch.

(Zuruf: Eher anfangen!)

Morgen ist Sonntag, und ich glaube, wir müssen es unseren Freunden möglich machen, daß sie in die Kirche gehen können. Infolgedessen können wir morgen wahrscheinlich nicht vor 8.30, 9 Uhr anfangen.

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Zur Zeiteinteilung! Ich halte ein Tagen über 19 Uhr hinaus nicht für möglich. Der Kreis derjenigen, der an den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten Interesse hat, ist sehr groß. Wir müssen vorher abendessen. Hernach gibt es keine Möglichkeit mehr. Andererseits sollen, wenn über 19 Uhr hinaus getagt wird, wichtige Beschlüsse gefaßt werden, an denen wir alle zusammen sehr interessiert sind. Deswegen kann nach 19 Uhr praktisch nicht mehr gearbeitet werden. Ich bitte deshalb, um 19 Uhr zu schließen.

Dr. *Rindt*: Ich sehe nur die Möglichkeit, die eine oder andere Konsequenz zu ziehen. Entweder wir machen um 19 Uhr Schluß, gehen in die Kundgebung und arbeiten hernach weiter, oder aber wir nehmen einen Punkt von der Tagesordnung weg und verlegen ihn in die Sitzung vor der Landesversammlung.

*Hönekopp*: Ich schlage vor, daß wir um 21.30 Uhr weiterarbeiten. Dann verlieren wir keine Zeit.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir tagen nur, wenn alle oder nahezu alle Freunde da sind. Sonst hat es keinen Sinn.

*Dietrich*: Wir sollen bis nach Nürnberg zurück. Wir haben hier kein Quartier und können daher nicht dableiben.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Nürnberger werden zurückgebracht. Klarheit gewinnt man nur durch Abstimmung. Ich frage: Soll heute abend nach der Rede des Ministerpräsidenten *Ehard* noch getagt werden oder nicht? Wer ist dafür, daß ab 21.30 Uhr getagt wird? Wer ist dagegen?

Es hat keinen Zweck. Es ist ungefähr halb und halb, ob es eine Stimme hinüber oder herüber mehr ist, ist gleichgültig. Wir tagen um 21.30 Uhr nicht, denn der Großteil wird nicht da sein und das Tagen hätte keinen Sinn. Wir müssen Zeit gewinnen. Dann wird bis 7.15 Uhr getagt. Wir müssen bis dahin fertig sein.
Wir machen weiter. Es steht der Antrag *Kahn*, daß über den Antrag *Horlacher* sofort abgestimmt werden soll. Wird über den Antrag *Kahn* eine Debatte gewünscht? Ich darf darüber abstimmen lassen. Der Antrag ist bekannt.

(Zuruf: Nein!)

Er ist nicht bekannt. Der Antrag *Kahn* geht dahin, daß über den Antrag *Horlacher*, der nachher noch verlesen wird, der im Prinzip wenigstens bekannt ist, sofort abgestimmt werden soll. Ich lasse über den Antrag *Kahn* abstimmen. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Wer ist dafür?
61 zu 23. Damit ist der Antrag *Kahn* angenommen, und wir schreiten zur Abstimmung über den Antrag *Horlacher*. Zur Geschäftsordnung möchte ich bemerken: Damit sind die Anträge *Pfeiffer* wie die Anträge *Rindt* und *Haußleiter* überholt, so daß sie in Wegfall kommen.
Ich lasse zur Abkürzung der Debatte ...
Dr. *Käss*: Zur Beschleunigung, damit wir uns im Gestrüpp der Verfahrensvorschriften nicht verfehlen. Der Antrag *Pfeiffer*, daß ein Ausschuß eingesetzt wird, scheint im Prinzip die einheitliche Meinung aller zu sein. Die Abstimmung geht darum: Soll ihm eine gewisse Marschroute mit auf den Weg gegeben werden. Dazu liegt ein Antrag *Rindt* und *Horlacher* vor. In einem Punkt, Person des Landesvorsitzenden, gleichen sie sich. In dem anderen Punkt ist der Antrag *Horlacher* modifiziert gegenüber dem Antrag *Rindt*. Die anderen Fragen sind von sekundärer Wichtigkeit, wie das Gremium zusammengesetzt ist und dergleichen. Was der Ausschuß beschließt, wird doppelt filtriert, weil es noch einmal über den Landesausschuß laufen muß.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich schlage vor, über den Antrag *Horlacher* wird in Teilen abgestimmt.
*Pfeiffer*: Ich bin einverstanden. Unter der Voraussetzung, daß aus meinem Antrag übernommen wird, daß gegebenenfalls ein Mehrheits- und ein Minderheitsbericht erstattet wird, betrachte ich meinen Antrag als erledigt, wenn also der Antrag *Horlacher* in diesem Sinne angenommen wird, daß bei Meinungsunterschieden ein Minderheitsbericht erstattet wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist eine Selbstverständlichkeit. Das Recht besteht immer.
Dr. *Geiselberger*: Ich habe vorhin bereits den Zwischenruf gemacht und ich glaube, man könnte ein einmütiges Votum erreichen. Ich glaube, im Sinne der Freunde zu sprechen, wenn anstelle von "Richtlinien" "Empfehlungen" gesetzt wird.

(Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist ein so wesentlicher Unterschied, daß ein eigener Antrag gestellt werden müßte und wir über den Antrag auch abstimmen lassen müssen.
Dr. *Geiselberger*: Das ist ein so wesentlicher Unterschied, daß sich viele Freunde nicht entschließen können, dem Antrag *Horlacher* zuzustimmen.

(Allgemeine Unruhe.)

Staatsminister Dr. *Ankermüller*: Zur Geschäftsordnung! Wir streiten wirklich um Worte. Eben ist auf die Anfrage des Kollegen *Pfeiffer* die Antwort gegeben worden, daß

ohne Rücksicht auf das Ergebnis in einem späteren Landesausschuß, wenn die Frage entschieden wird, zwei Vorschläge an die Landesversammlung gemacht werden, nämlich ein Mehrheits- und ein Minderheitsantrag. Damit ist meiner Ansicht nach dem Wort "Richtlinien" der Boden weggenommen. Dann ist praktisch die Grundlage der Empfehlung gegeben.

(Widerspruch und Unruhe.)

Dr. *Horlacher*: Herr Kollege! Er darf froh sein, daß er bloß Innenminister ist. Einen Metzgermeister könnte er nicht machen, da gäbe es schlechte Würste. Es handelt sich darum: Das Mehrheits- und Minderheitsvotum kann sich nur auf das beziehen, was mein Antrag offenläßt bezüglich der Verwertung der Vorschläge. Es kann sich nicht auf die Richtlinien beziehen. Die Partei muß endlich zu einer einheitlichen Meinung kommen. Deswegen hat mein Antrag gelautet - ich darf ihn wiederholen:

1. Der Arbeitsausschuß wird gebildet.

Da sind wir einig.

2. Dem Arbeitsausschuß werden sämtliche vorliegenden Anträge auf Satzungsänderungen überwiesen.

Darin waren wir auch einig.

3. Dem Arbeitsausschuß werden folgende Richtlinien mitgegeben:
   I. Was die Bildung der Spitze der Partei betrifft:
      1. An einem von der Landesversammlung gewählten Landesvorsitzenden wird festgehalten.
      2. Dem Landesvorsitzenden werden zwei stellvertretende Vorsitzende beigegeben, die durch den Landesausschuß gewählt werden.
      3. Das Gremium der Landesvorstandschaft soll noch ergänzt werden unter Berücksichtigung der Vorschläge, die in den Anträgen über Satzungsänderungen vorliegen.

Da wollen wir dem Arbeitsausschuß Bewegungsfreiheit lassen. Hier ist ein Mehrheits- und Minderheitsgutachten durchaus möglich. Da ist der Streitpunkt in diesen Dingen nicht so groß, als daß wir uns nicht einigen könnten. Es sind in den Vorschlägen eine Reihe von Punkten enthalten, in denen sich leicht ein Ausgleich finden läßt.

   II. Was den inneren Aufbau der Partei anbelangt als der Durchschnittsvertretung der gesamten Wählerschaft in Bayern wird dem Arbeitsausschuß folgende Richtlinie mitgegeben:
      1. An der Vertretung der Kreise durch zwei bevollmächtigte Vertreter für die Landesversammlung wird festgehalten.
      2. Es wird ein Ausgleich herbeigeführt in den regionalen Unterschieden der Bezirksvertreter in der Landesversammlung durch die unterschiedliche Zahl, die sich sowohl aus Bevölkerung, Einwohnerzahl, Stimmzahl und eingeschriebenen Mitgliedern ergibt. Darüber hat der Arbeitsausschuß die entsprechenden Vorschläge auszuarbeiten.

(Zuruf: Nicht im Landesausschuß!)

Genauso im Landesausschuß! Diese Frage betrifft den unterschiedlichen Aufbau der Partei. Der Ausgleich soll hierbei nicht auf der Kreisebene gesucht werden, weil hier

verschiedene Gesichtspunkte dagegen sprechen, die ich geschildert habe. Er soll vielmehr auf der Bezirksebene gesucht werden. Da ist er möglich und vernünftig.
Diese Richtlinie soll dem Arbeitsausschuß mitgegeben werden. Im übrigen hat er aufgrund der Vorschläge, die vorliegen und die noch verschiedene andere Punkte enthalten, Bewegungsfreiheit, um ein entsprechendes Gutachten zu erstatten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, durch die Frage Landesausschuß wird die Angelegenheit besonders kompliziert. Sie ist bei allen drei Vorschlägen unter diesem Gesichtspunkt nicht durchgedacht,

(Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Jawohl, für Oberbayern schon!)

so daß sehr große Unterschiede zu dem Vorschlag *Horlacher* da sind.
Dr. *Geiselberger*: Könnte man den Vorschlag *Horlacher* bezüglich Landesversammlung auch gleichzeitig ausdehnen auf die Zusammensetzung des künftigen Landesausschusses?
*Haußleiter*: Zur Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren! Meiner Ansicht nach können wir so verfahren, wie es vorgeschlagen ist, wenn wir Punkt für Punkt über den *Horlacherschen* Vorschlag abstimmen. Das scheint mir das richtige Verfahren zu sein. In vielen Dingen sind Sie der gleichen Meinung. Nur auf einen Punkt muß ich Sie aufmerksam machen: Wir müssen in Nordbayern an der regionalen Gliederung und Vertretung festhalten, und wir können da meiner Ansicht nach keinen Kompromiß machen. Ich halte das für genauso wichtig, wie die Frage der Flüchtlinge, der Vertretung der Arbeitnehmer. Kürzen wir also das Verfahren ab, indem wir jetzt über die *Horlacher*-Vorschläge Punkt für Punkt abstimmen.

(Zuruf: Nein!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Mit Zwischenrufen geht es nicht. Ich muß mit der Zeit fertig werden.
*Fackler*: Ich stelle fest, es wird über den Antrag *Horlacher* abgestimmt. Das ist durch Abstimmung festgelegt und nicht, daß wir in eine sachliche Debatte eintreten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe ausdrücklich gesagt: Punkt für Punkt abstimmen oder in Teilen.
*Fackler*: Das ist nicht beschlossen worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn Sie wünschen, streiten wir darüber nicht. Ich lasse sofort darüber abstimmen. Soll über den Antrag *Horlacher* in Teilen abgestimmt werden oder nicht? Wer ist dafür, daß in Teilen abgestimmt wird? Wer ist dagegen?
Das erste war die Majorität. Wird das bezweifelt? Nein! Gut, dann wird in Teilen abgestimmt.

I. Punkt:

1. An einem von der Landesversammlung gewählten Landesvorsitzenden wird festgehalten.

Ich lasse darüber abstimmen. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

2. Es werden durch den Landesausschuß zwei stellvertretende Landesvorsitzende gewählt.

Ich lasse darüber abstimmen.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Ich bitte noch als Eventualvorschlag: ein erster und zweiter Stellvertreter.

Dr. *Horlacher*: Es hat geheißen zwei Stellvertreter.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Es müßte kommentiert sein in diesem Sinne.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darüber können wir uns noch unterhalten. Ich lasse über diesen Punkt 2 abstimmen. Ich brauche ihn nicht wiederholen zu lassen, er ist bekannt. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

3. Die Landesvorstandschaft ist noch weiter zu ergänzen unter Berücksichtigung der Vorschläge, die in den Anträgen über Satzungsänderungen vorliegen.

Ich lasse darüber abstimmen. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Einstimmig angenommen.

II. Punkt. Er betrifft den inneren Aufbau der Partei.

Bezüglich der Durchschnittsvertretung der gesamten Wählerschaft in Bayern werden dem Arbeitsausschuß folgende Richtlinien mitgegeben:

1. An der Vertretung der Kreise durch zwei bevollmächtigte Vertreter für die Landesversammlung wird festgehalten.

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Ich bitte doch die Frage zu prüfen, ob nicht ein Vertreter je Kreisverband genügen würde, um das Gesamtgremium nicht so übermäßig groß zu machen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es würde sich das in der Debatte verschieben. Ich würde bitten, daß man den Antrag läßt, weil sonst auch noch die Frage der Debatte über die Mitgliedschaft der Landtagsabgeordneten in der Landesversammlung hereinkommt.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Der Ausschuß soll es prüfen können.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Also, ich lasse darüber abstimmen. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Drei sind dagegen. Ich brauche gar keine Gegenprobe zu machen. Der Antrag ist gegen drei Stimmen angenommen.

2. Der Arbeitsausschuß soll einen Ausgleich herbeiführen durch die unterschiedliche Zahl der Bezirksvertreter in der Landesversammlung.

Ich lasse darüber abstimmen. Wer enthält sich? Wer ist dagegen?
Dr. *Schedl*: Ich bitte, die Hände erhoben zu lassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: 53 dagegen. Wer ist dafür? Der Antrag ist mit 53 zu 45 abgelehnt.
Dr. *Käss*: Darf ich eines schnell sagen: Ist es nicht zweckmäßig, die Frage dem Ausschuß zu überlassen? Wir haben keine Bezirksvertretung in der Landesversammlung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darüber ist abgestimmt.
Dr. *Käss*: Es gibt bis jetzt keine Bezirksvertretung in der Landesversammlung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darüber ist abgestimmt, und damit ist das Prinzip abgelehnt. Damit ist der Antrag *Horlacher* behandelt und entschieden.
Ich darf nur die Zeit kontrollieren. Wir haben jetzt die Frage der Bildung des Ausschusses zu erledigen, wenn ich diese Frage gleich behandeln darf. Ich weiß nicht, ob ich Ihnen vorschlagen soll, den Ausschuß jetzt schon zu bilden oder gemeinsam mit den Wahlen. Soll der Ausschuß jetzt gebildet werden?

(Jetzt!)

Wir haben noch eine halbe Stunde Zeit. Ich darf um Vorschläge für diesen Ausschuß bitten.
Frau Dr. *Probst*: Ich darf an meinen Antrag von vorhin erinnern.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf den Antrag *Probst* vorwegnehmen. Frau *Probst* hat vorhin den Antrag gestellt, die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft[en] in der Union sind Mitglieder dieses Satzungsausschusses.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Wieviel sind das?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist die Arbeitsgemeinschaft Junge Union, die Arbeitsgemeinschaft der Frauen der Union, die Arbeitsgemeinschaft der Union der Ausgewiesenen, die Arbeitsgemeinschaft Arbeitnehmergruppe der Union. Handel und Industrie ist im Aufbau. Da ist, glaube ich, kein Vorsitzender gewählt. Dann müßte die Landwirtschaft, die keine eigene Arbeitsgemeinschaft hat, auch einen Vertreter bestellen. Arbeitnehmer sind nur in Handel, Gewerbe und Industrie drin. Es ist selbstverständlich, daß man sie nicht eigens zusammenfassen kann.
Ich lasse über den Antrag Frau *Maria Probst* gleich abstimmen.
*Fackler*: Ich bin der Auffassung, daß der Antrag nicht der zweckdienlichen Behandlung der Materie dient. Ich glaube, daß Leute hineingehören, die im Ausbau von Satzungen bewandert sind, und nicht Leute, die aufgrund einer bestimmten Eigenschaft zu einer Berufsgruppe gehören. Es müßten Leute sein, die geeignet sind, eine Satzung auszuarbeiten, meiner Auffassung nach also vornehmlich ein Teil Juristen und ein Teil Organisationspraktiker.

(Anhaltende Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte nicht für mich, sondern für die Redner, wenn ich sage: Wenn Sie sich wirklich unterhalten wollen, dann machen Sie es draußen.
*Rinke*: Die Flüchtlinge sind bisher in allen Gegenden stiefmütterlich weggekommen. Das werden Sie bestätigen müssen. Auch in dem Vorschlag Dr. *Hundhammer* waren die Flüchtlinge nicht mit einem Wort erwähnt, vielleicht aus Versehen. Wir müssen erhöhten Wert darauf legen, daß wir endlich in die Gremien kommen, wo etwas beschlossen wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, wir brauchen kein Statut, *Fackler*! Ich glaube, es versteht sich von selbst, daß die Statuten der Dynamik der Union gerecht werden.
Staatsminister Dr. *Seidel*: Ein großer Ausschuß ist hier fehl am Platz. Nachdem wir uns - das ist der allgemeine Eindruck - im wesentlichen über die Dinge klar sind, genügt es, wenn ein fähiger und kenntnisreicher Redaktionsausschuß gebildet wird. Nach meinem persönlichen Empfinden wären drei geeignete Leute notwendig, für jeden Vorschlag einer, nämlich für den Vorschlag Oberbayern, den Vorschlag Junge Union und den Vorschlag Landesgeschäftsstelle.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Da gehe ich nicht ganz einig. Es handelt sich nicht allein darum, ein Satzungswerk zusammenzuzimmern, das dem Aufbau der Union gerecht werden soll. Infolgedessen würde ich schon der Auffassung sein - es braucht deswegen dort nicht soviel geredet zu werden -, daß wir so vorgehen: Es soll[en] vertreten sein die Arbeitsgemeinschaft[en], dann möglichst Vertreter, die nach regionalen Gesichtspunkten bestellt werden - es muß nicht so sein, aber möglichst. Das müssen aber Leute sein, die bisher wirklich mitgearbeitet haben. Der Ausschuß kann ja irgendwelche interne Referenten haben. So kann am praktischsten gearbeitet werden.
Ich darf über den Antrag Frau *Probst* abstimmen lassen. Er ist bekannt und lautet:

> Die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft[en], dazu ein Vertreter der Landwirtschaft und von Handel, Gewerbe und Industrie sind Mitglieder dieses statutenschaffenden Ausschusses.

Wer enthält sich? Fünf Enthaltungen! Wer ist gegen den Antrag Frau Dr. *Probst*? 26! Wer ist für den Antrag Frau Dr. *Probst*? 51 dafür! Damit sind - ich stelle es ausdrücklich fest, damit keine Unklarheit besteht, und bitte Dr. *Käss*, es festzustellen, damit der Ausschuß nachher funktioniert - jetzt Mitglieder des Ausschusses geworden: Der Vorsitzende der Jungen Union, die Vorsitzende der Union der Frauen oder der Frauen der Union, der Vorsitzende der Union der Ausgewiesenen der Union,

(Zuruf: Gibt es nicht!)

dann der Vertreter der Union der Ausgewiesenen, der Vertreter der Union der Arbeitnehmergruppe, dann ein Vertreter der Landwirtschaft und, von Euch bestellt, ein Vertreter der im Aufbau befindlichen Arbeitsgemeinschaft Handel, Gewerbe und Industrie.
Das sind also sieben Mitglieder, die bestellt sind. Jetzt bitte ich um weitere Vorschläge.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Ich habe mich zum Worte gemeldet. Ich würde es für selbstverständlich halten, daß von den Kreisen, die den Antrag ausgearbeitet haben, den Oberbayern vertritt, jemand in den Ausschuß kommt. Ich schlage vor Herrn Minister *Pfeiffer*, der die Materie am besten kennt. Dann möchte ich vorschlagen den Abgeordneten *Donsberger*, damit für die Fraktion jemand dabei ist, und für die Jugend den Herrn Dr. *Jaeger*.

(*Butterhof*: Soweit kommt es!)

*Schwägerl*: Dr. *Pfeiffer*, Dr. *Rindt*, *Emmert* (Nürnberg), *Barth* von Oberfranken, *Kübler* und Dr. *Kroll*.
*Seitz*: Weiterer Vorschlag: *Franz Butterhof* und *Haunhorst*.
*Schwägerl*: *Horlacher* bei den Bauern!
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Wir müssen auch die Namen der anderen Vertreter haben. Ich bitte, nochmals zu wiederholen.
*Schwägerl*: Dr. *Pfeiffer*, Dr. *Rindt*, *Emmert*, Dr. *Barth*, *Kübler*, *Kroth* (Schweinfurt). Offenkundig geht der Vorschlag davon aus, daß auf diese Weise von jedem Bezirk einer drin ist, der sich mit der Materie befaßt hat und befassen soll.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Hundhammer*, könntest Du nicht das Prinzip auch anerkennen? Wir müssen ja den Ausschuß entsprechend zusammennehmen.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Wir kennen die anderen Leute nicht, die als Vertreter der Gruppen drin sind.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer würde für die Junge Union drin sein?

(Zuruf: *Butterhof*!)

*Butterhof*: Die Frage ist so nicht zu klären. Wir haben Zeit gehabt, Erfahrungen mit einem dreiköpfigen Direktorium zu machen. Folglich haben wir keinen Vorsitzenden. Wir müssen erst einig werden, wer dieses Amt ausübt.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Die Junge Union benennt jemand. Einverstanden!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit fallen von Dir die zwei Vorschläge weg. *Jaeger* ist auch von der Jungen Union und sitzt im Vorstand mit drin. Sind wir uns einig, daß die zwei Vorschläge wegfallen?
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Welche zwei Vorschläge fallen weg?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es fällt weg *Jaeger*.

(Zuruf: Ich möchte fragen, ob von der Oberpfalz jemand bestimmt ist.)

*Schwägerl*: Da nehmen wir am besten *Schedl* her, der die Satzungen ausgearbeitet hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut, einverstanden! Dann ist jeder Bezirk vertreten. Die Namen der anderen Vertreter sind: Junge Union bleibt ihr selbst überlassen, für die Frauen wird es Frau *Lang-Brumann* sein, für die Flüchtlinge *Rinke* oder *Schütz* oder einer von Euch.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Wir bitten vom Bezirksverband Nürnberg die Nominierung von *Donsberger* zurückzunehmen und schlagen *Dietrich* vor.)

*Emmert* ist vorgeschlagen für Nürnberg.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: *Donsberger* für die Fraktion!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Könnten wir uns nicht dahin einigen, die Vorschläge *Schwägerls* anzuerkennen? Kann ich über sie abstimmen lassen?
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Ich lege Wert darauf, daß wir *Donsberger* hereinnehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann würde ich über *Donsberger* nachfolgend abstimmen lassen.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Wenn *Donsberger* dazukommt, dann sind wir einverstanden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wird der Protest gegen *Donsberger* zurückgezogen? Dann müßte ich darüber abstimmen lassen.

(Zuruf: Das hat aber Folgen, meine Herren!)

Heute wurde noch nicht gedroht.

(Zuruf: Nein, aber so geht es auch nicht, daß man einen überhaupt nicht zum Zug kommen läßt! Mehrere Zwischenrufe.)

Ich bitte um Ruhe.

(Zuruf: Ich bitte, daß die Delegierten aus dem Bezirk Mittelfranken ihren eigenen Vertreter vorschlagen!)

Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung! Dem Wesen des Systems, das vorgeschlagen wurde, die Vertreter der Arbeitsgemeinschaften zu bestellen, entspricht es, wenn jetzt einfach von jedem Bezirksverband ein Vertreter bestellt wird; dann ist Schluß mit der ganzen Debatte

(Dr. *Horlacher*: Jeder Regierungsbezirk!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist jetzt vorgeschlagen, von jedem der sieben alten Regierungsbezirke einen Vertreter zu bestellen und damit die Frage für abgeschlossen zu erklären. Darf ich um den Vorschlag für den Regierungsbezirk Oberbayern bitten.

(Zuruf: *Pfeiffer*!)

*Pfeiffer* ist hierfür vorgeschlagen. Bitte jetzt die anderen Regierungsbezirke!
Dr. *Schedl* (aufgrund von Zurufen): Schwaben-Augsburg: *Rindt*; Niederbayern: *Kübler*; Mittelfranken: *Emmert*; Oberfranken: *Barth*; Oberpfalz: *Schedl*; Unterfranken: *Kroll*.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Meine Damen und Herren! Es war nicht sehr leicht für einen, der sich so in die Materie eingearbeitet hat, wie ich das getan habe, und ehrlich so daran hängt, auf diesem Weg die absolute Geschlossenheit der Partei zu sichern und festzuhalten. In der Durcharbeitung der Dinge hat sich schon sehr lange der Kol-

lege *Donsberger* von der Landtagsfraktion sehr bemüht. Wenn nun heute gegen den Kollegen *Donsberger* hier von verschiedenen Seiten ein Veto eingelegt wird, wenn der Vorsitzende der Landtagsfraktion einen Kollegen, der sich so lange und eingehend mit der Materie vertraut gemacht und so positiv mitgearbeitet hat, vorschlägt und er nun auf diese Weise abgelehnt würde, dann wäre das der einzige Mißklang, der hier im Personellen zu verzeichnen wäre. Ich würde es sehr begrüßen, wenn im Rahmen dieses Ausschusses auch der vom Vorsitzenden der Landtagsfraktion genannte Kollege *Donsberger* mitarbeiten würde, und zwar durch Zustimmung des ganzen Landesausschusses.

Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung! Ich glaube, es bestehen an sich keine Bedenken, nachdem wir verschiedene Teile der Union hier zu Wort haben kommen lassen, auch einen Vertreter der Landtagsfraktion bei diesem Gremium hinzuzuziehen. Aber dieser Vertreter müßte von der Fraktion gewählt sein; er könnte, da es dem Geiste der Satzungsänderungen, wie sie von Oberbayern vertreten wurden, widersprechen würde, unmöglich berufen werden. Ich würde also vorschlagen, daß man dann einen Vertreter der Landtagsfraktion in der Fraktion wählt und diesem Gremium hinzugibt.

(Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Das ist frühestens in zehn Tagen möglich!)

*Kübler*: Niederbayern verzichtet auf seinen Vertreter zugunsten von *Donsberger*. Ich weiß, daß *Donsberger* einer unserer wertvollsten Mitarbeiter ist.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Kübler*, alles in Ehren ...

Dr. *Horlacher*: Ich bitte, es doch dabei zu belassen und in Mittelfranken den Widerspruch aus Gründen, die im allgemeinen Interesse der Union liegen, zurückzustellen. Ich glaube, wenn die Mittelfranken oder ein Teil der Mittelfranken sich nicht dazu entschließen können, so wird sich die Mehrheit, die jetzt anwesend ist, dafür entscheiden können, daß Herr *Donsberger* als Vertreter der Fraktion hineingewählt wird. Wir dürfen hier nicht stehen bleiben. Die Fragen, die um *Donsberger* entstanden sind, werden auf einem anderen Blatt ausgehandelt, nicht hier mit der Satzungsänderung.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich jetzt an Mittelfranken die Frage richten: Könnte sich nicht Mittelfranken entschließen, da ja *Donsberger* für die Fraktion vorgeschlagen wurde und das eine Frage der Fraktion ist ...

*Mayr* (Fürth): Nicht Mittelfranken, sondern Nürnberg/Fürth hat gegen *Donsberger* gestimmt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Könnte sich Nürnberg/Fürth nicht entschließen, den Einspruch zurückzuziehen? Wir haben vorhin einstimmige Beschlüsse gefaßt. Ich lasse sehr ungern abstimmen.

*Butterhof*: Meine Damen und Herren, ich will hier keine unnötige Schärfe hereintragen. Aber die Benennung des Kandidaten *Donsberger* in diesem Fall würde für unsere Nürnberger eine glatte Ohrfeige in weiten Kreisen sein. Das hat mit persönlicher Feindschaft oder sonst etwas gar nichts zu tun. Herr *Donsberger* liegt eben politisch auf einer anderen Linie; er hat selbst schon gesagt, daß er es für das Zweckmäßigste hielte, wenn eine katholische und evangelische Partei entstünde. Meine Damen und Herren, unter diesen Umständen kann man nicht annehmen, daß der Herr Abgeordnete *Donsberger* der Christlich-Sozialen Union der geeignete Mann ist, um in einem Gremium mitzuwirken, das die Satzungen und damit die Grundgesetze der Union bestimmen soll.

(Bravo-Rufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Einspruch wird nicht zurückgezogen. Ich muß infolgedessen abstimmen lassen. - *Hundhammer*, bitte.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Wenn man so Stellung nimmt, dann würde die logische Konsequenz sein, daß man von der anderen Seite gegen andere Persönlichkeiten auch Bedenken geltend machen würde. Damit kommen wir aber zu keinem Ergebnis, sondern gerade, wenn verschiedene Meinungen da sind, sollen sie in dem Gremium in sich ausgetragen werden. Nachdem aber jetzt noch dazu Niederbayern sich bereit erklärt hat, *Donsberger* als Vertreter für Niederbayern zu benennen, ist der Fall glatt. Sonst würde die Fraktion in ihrer nächsten Sitzung beschließen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde vorschlagen: Der Verzicht Niederbayern kann nicht angenommen werden; *Kübler*, das gibt es nicht, und zwar deswegen, weil die Bezirke vertreten werden müssen. Das wäre ein großer Fehler.
Ich muß wohl dann über den Antrag abstimmen lassen. Mir wäre es am liebsten, ich könnte es so machen, daß wir jetzt beschließen würden: "Ein Vertreter der Fraktion".

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Das ist mir recht!)

Darf ich dann abstimmen lassen, daß beschlossen wird: "Und ein Vertreter der Fraktion". Ich bitte, Platz zu nehmen, damit ich durchzählen kann. Wer ist gegen den Antrag, daß zu den hier bereits Gewählten noch ein Vertreter der Fraktion von der Fraktion benannt wird? - Wer enthält sich? - Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen. Damit bleibt der Fraktion die Benennung dieses Vertreters überlassen.
Meine lieben Freunde, ich danke Ihnen, daß Sie mitgeholfen haben, dieses schwierige Thema zu bewältigen. Ich darf bitten, Platz zu behalten. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Kundgebung des Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* um eine halbe Stunde verschoben ist.

(Zuruf: Wo?)

Dr. *Schedl*: Die Versammlung findet im Kolosseum statt. Für die Herren Minister, die an der Kundgebung teilnehmen, ist ein eigener Raum hinter der Bühne bis zum Beginn reserviert. Auffahrt über die Henckelstraße in die Schulstraße. Die Polizeiposten weisen die Herren Minister ein. Die Minister sind gebeten worden, auf der Bühne Platz zu nehmen; dasselbe gilt für die Herren Staatssekretäre, soweit sie anwesend sind.

(Zuruf: Und den Landtagspräsidenten! - Heiterkeit.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Darf ich jetzt vielleicht, damit die Zeit ausgenützt ist und Sie morgen früh nicht belastet sind, folgendes sagen:

(Zurufe.)

Die Kundgebung ist um eine eine Stunde verschoben. Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß über die Wahl noch nicht ganz abgestimmt ist.

(Zurufe.)

Das stimmt nicht ganz, Frau *Maria Probst*. Es ist schon im einzelnen abgestimmt. Ich darf aufgrund dieser Anregung über die Wahl der Mitglieder des Arbeitsausschusses im ganzen abstimmen lassen. Die Namen der Vertreter sind bekannt.

(Widerspruch. - Zuruf: Es sind nur die Namen der Vertreter der Frauen bekannt, wogegen die Namen der Vertreter der Flüchtlingsgruppe noch nicht bekannt sind!)

Dort ist gesagt worden: Die Vertreter; infolgedessen werden sie von der Organisation selbst benannt. Das ist auch das demokratische Prinzip. Ich brauche die einzelnen Organisationen nicht zu wiederholen. Ich lasse dann en bloc über die Liste abstimmen, wie sie vorhin im einzelnen festgestellt wurde.
Dr. *Schedl*: Es handelt sich um die Vertreter der einzelnen Arbeitsgemeinschaften, ferner die folgenden namentlich genannten Vertreter der Bezirke: Dr. *Pfeiffer*, Dr. *Rindt*, *Emmert*, Dr. *Barth*, *Kübler*, Dr. *Kroll*, Dr. *Schedl*, und einen Vertreter der Fraktion, der von der Fraktion noch benannt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Liste ist bekannt. Ich lasse en bloc abstimmen. Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Gegen eine Stimme angenommen.

(Heiterkeit.)

Ich darf für heute schließen. Wann beginnen morgen die Gottesdienste?
Dr. *Schedl*: Evangelischer Gottesdienst ist um 9.30 Uhr, katholische Gottesdienste sind um 6.45, 8 und 9 Uhr.

(Zuruf: Beginn der Sitzung 9 Uhr!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Um 9 Uhr Beginn wird vorgeschlagen. Auch ich schlage vor, morgen früh um 9 Uhr zu beginnen. Ist jemand dagegen? - Dann beginnt morgen die Tagung früh um 9 Uhr.
Ich danke und schließe für heute.

Die Sitzung wird um 19 Uhr 9 Minuten vertagt.
Die Sitzung wird am 4. Januar 1948 um 9.34 Uhr fortgesetzt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Tagung wird fortgesetzt. Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung. - Ich bitte um Ruhe. - Wir haben als offene Punkte noch zu behandeln: Politische Aussprache; Wahlen nach § 48 der Satzung; Sonstiges. Ich darf vielleicht den Punkt Sonstiges vorwegnehmen und einen sonstigen Punkt zuerst behandeln, nämlich die Frage der Landesversammlung.
Fest steht das Datum: 24./25. Januar. Das haben wir gestern schon festgestellt. Fest steht aufgrund unserer Vereinbarung von gestern, daß der Landesausschuß vorher zusammentreten wird. Wir wollen uns dann zweckmäßigerweise über den Tagungsort unterhalten. Ich habe Ihnen schon gesagt: Wesentlich bestimmend für die Auswahl des Tagungsortes ist die Tatsache, daß wir nicht nur rund 1000 Personen, sondern, wie mir gestern abend noch erklärt wurde, 1200 Personen unterbringen müssen. Ferner hat sich Eichstätt nicht unbedingt mehr als zweckmäßig erwiesen; so gut die Tagungen im allgemeinen vorbereitet waren und so sehr dankbar wir unseren Freunden von dort waren, hat es sich doch gezeigt, daß die Tagung in einem Raum wie in diesem Theater, das den ganzen Tag abgeschlossen ist, in dem man den ganzen Tag im künstlichen Licht tagt, sehr unzweckmäßig geworden ist.

(Zuruf: Künstliche Stimmung!)

Ich glaube, daß dadurch die künstliche Stimmung noch besonders forciert worden ist.

(Zuruf: Vor allem, weil die Raucher nicht rauchen können!)

Sehr richtig, auch das! Ich habe daher unseren Freunden auf jeden Fall ein Tagungslokal vorgeschlagen, in dem man natürliches Licht hat.
Nun haben wir hin und her überlegt. Der Landesausschuß hat sich, glaube ich, dreimal, nicht nur zweimal, im ganzen mit der Frage befaßt. Wir sind die einzelnen Orte

durchgegangen. Es wurde uns erklärt, für München sei es nicht möglich, 1200 Leute unterzubringen,

(Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Spielende Kleinigkeit!)

und es sei auch sonst die Tagung in München nicht ohne weiteres wünschenswert, weil die Leute auseinandergerissen würden, wenn sie zur Tagung zusammen sind. Wir haben dann festgestellt, ob irgendein anderer Ort in Betracht käme. Ich weiß nicht, welche Orte alle damals in Betracht gezogen worden sind. Rothenburg ging nicht, es ist kein entsprechendes Tagungslokal da. Regensburg hat Interesse; das ging nicht, weil die Leute nicht unterzubringen sind. Burghausen hat sich zur Unterbringung erboten, es würde auch gehen. Es hat dann Marktredwitz sich erboten, allwo unser tüchtiger, allen bekannter *Schwägerl* sitzt, der bekanntlich ein organisatorisches Genie ist. *Schwägerl* hat uns erklärt, er würde 1200 Leute unterbringen. Es kommen die Verkehrsschwierigkeiten in Betracht. Wir im Vorstand sind der Meinung: Burghausen liegt nicht an der Bahn; für eine Landesausschussitzung würde es nicht viel ausmachen, aber bei der Landesversammlung sollte man einen Ort haben, der auch irgendwie mit der Bahn zu erreichen ist.

(Zuruf: Burghausen hat Bahnverbindung!)

Ja, aber auf Umwegen.

Mir persönlich wäre es völlig gleichgültig; ich würde genauso gerne nach Burghausen wie nach Marktredwitz gehen. Aber ich glaube, daß Burghausen im Sommer einmal besser wäre, wie im Winter, denn man muß immerhin ein paarmal umsteigen, bis man hinkommt. Es wäre für eine Sommertagung bestimmt ein sehr schöner Tagungsort. Bei einer Wintertagung müßte *Schwägerl* jetzt einmal feststellen, wie die Unterbringungsverhältnisse in Marktredwitz sein werden. Die Feststellung des Tagungsorts wäre ja nach den Statuten dem Vorstand überlassen; aber wenn wir schon die Gelegenheit haben, gemeinsam darüber zu beraten, wäre es mir natürlich sehr angenehm, die Meinungsäußerung des Landesausschusses zu haben. Wie werden die Leute dann in Marktredwitz untergebracht, und wie wird für sie gesorgt? Es kommt nämlich auch darauf an, daß die Leute das Gefühl haben, daß für sie gesorgt ist; sonst kommen sie mit zu schlechter Stimmung.

*Schwägerl*: Wir würden uns sehr freuen, wenn sich in Marktredwitz, in nordost-oberfränkischem Gebiet, das ja an und für sich von München aus immer sehr benachteiligt worden ist,

(Heiterkeit.)

einmal sämtliche Minister und vor allem die gesamte Union treffen würden. Ich glaube, die Versorgung würde sichergestellt sein. Wunsiedel hat sich auch bereit erklärt, soundso viele Herren und Damen unterzubringen. Außerdem ist ja alles sehr leicht mit der Bahn zu erreichen; wir haben direkte Linien von München und von Nürnberg nach Marktredwitz, ohne daß man umsteigen muß. Die Unterbringung wäre also schon möglich.

Dr. *Schedl*: Meine Damen und Herren! Ich habe mich sehr bemüht, für die Landesversammlung rechtzeitig einen Tagungsort ausfindig zu machen. Denn ich kann organisatorisch, so leid es mir tut, in Eichstätt, in dem kleinen Theater, nicht mehr 1200 Leute unterbringen und zehnminutenweise die vor der Tür sich Stoßenden und Drängenden mit allen Mitteln, die man aufwenden kann, beruhigen. Wenn im Theater etwas passiert, kann niemand die Verantwortung tragen; ich kann sie auch nicht über-

nehmen. Ich möchte derartige Experimente nicht mehr machen, und das letzte Mal war es ein Experiment. Es war gebeten worden, daß weniger Gäste kommen. Es sind rund 600 Gäste da gewesen. Meine Damen und Herren, unterbringen muß ich sie, wenn sie da sind; ich kann die Parteifreunde, die Interesse an der Union haben, dann nicht nach Hause schicken.

Nun galt es also, diese Frage des Tagungsortes, der Quartiere und der Bahnverbindung zu klären. Marktredwitz liegt an der D-Zugstrecke München-Hof und an der D-Zugstrecke Nürnberg-Hof, ist somit direkt zu erreichen, und die vielen Vertreter der Kreise, die sich ja in München oder in Nürnberg normalerweise sammeln, steigen nur einmal um. Burghausen, das mir angeboten war - allerdings nach Marktredwitz -, hat den Nachteil, daß man in München umsteigen muß und dann noch in Altötting oder sonstwo. Man muß zwei-, dreimal umsteigen, bis man hinkommt. Die Unterbringung in Quartieren ist nirgendwo in einem Ort mehr möglich, weder in Eichstätt noch sonstwo. Es ist aber in Marktredwitz dafür Sorge getragen, daß die Delegierten Betten bekommen, und zwar durchaus in Einzel- oder Doppelzimmern, im äußersten Fall in Dreibettzimmern. Massenunterkünfte werden nicht in Anspruch genommen. Etwas anderes ist es für die Schlachtenbummler. Da kann man es nicht machen; das geht auch nicht in München. Ich habe in München unlängst 30 Leute unterbringen müssen; es war mir sehr schwer, das fertigzubringen.

(Dr. *Ehard*: 30 ist falsch, das ist immer zuwenig!)

Ich werde mich in Zukunft darnach richten und werde nur noch mit 300 anfangen.

Zu diesen Gründen zählt insbesondere die Verkehrsfrage. Man muß im Winter mit Zugverspätungen rechnen; neuerdings auch im Sommer, aber in erster Linie im Winter, wenn eine Frostperiode einfällt. Die Züge funktionieren nicht, niemand kann etwas dafür. Die D-Züge fahren immer noch auf den Hauptstrecken. Wer aber zwei-, dreimal umsteigen muß, kommt womöglich am Ende der Tagung dort an. Das sollte auch vermieden werden. Aus diesem Grunde habe ich dann auch vorgeschlagen, man soll eben nach Marktredwitz gehen, zumal die Parteifreunde in Marktredwitz schon das letzte Mal, als Eichstätt wegen der Quartierfrage problematisch war, sich noch 14 Tage vor der Landesversammlung bereit erklärt hatten, die Tagung dort durchzuführen. Ich habe mir dann die Sachen auch angesehen. Organisatorisch ist offenbar alles sichergestellt.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Meine Damen und Herren! Ich halte im Winter, Ende Januar, Marktredwitz für absolut unmöglich

(Zustimmung.)

für einen großen, sehr bedeutenden Teil der Parteifreunde, und zwar deshalb, weil meiner Kenntnis nach - Verzeihung, ich bin hier vielleicht etwas anderer Auffassung wie unser Freund *Schwägerl* - in Marktredwitz die unterzubringenden Leute auch auf die Umgebung verteilt werden müssen, was im Winter ein ganz anderes Problem ist, als im Sommer. Außerdem liegt Marktredwitz derart an der nordöstlichen Peripherie von Bayern, daß, wenn dorthin der ganze Strom von soundso viel 100 Menschen gehen soll, der allergrößte Teil für den Anmarsch zwei oder eineinhalb Tage rechnen muß.

Ich glaube, das Normale wäre unter den jetzt gegebenen Verhältnissen für eine Tagung im Januar, daß man auch einmal nach München käme. Ich bin fest überzeugt, wenn in den Kreisen der Münchner Parteifreunde bekannt wird, daß wir soundso viel 100 Quartiere brauchen, werden sie bei rechtzeitiger Bekanntgabe auch mobil ge-

macht werden. Wir haben drei Wochen zur Vorbereitung dieser Angelegenheit. Ich glaube, dann wird es funktionieren.
Außerdem bitte ich, noch an folgendes zu denken: Es gehört sich auch, daß bei den Veranstaltungen, bei der Landesversammlung, der Großteil der Staatsregierung, die Fraktion usw. anwesend ist. Die Leute der Fraktion haben ihre ständigen Quartiere in München. Die Leute der Regierung, die teilnehmen sollen, insbesondere der Ministerpräsident, sind gegenwärtig soviel auf der Landstraße und im Zug, daß es für sie wichtig ist, auch einmal einen Samstag/Sonntag, wenn sie auch an etwas teilnehmen, doch immerhin in München zu sein. Ich halte Marktredwitz für eine Wintertagung nicht für geeignet; für eine Sommertagung ist es ausgezeichnet.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist eine rein technische Frage. Ich darf vielleicht nur eines bemerken. In München ist es viel schwerer, so viele Leute unterzubringen, wie an jedem anderen Ort.
*A.W. Schmidt*: Darf ich darauf hinweisen, daß kürzlich die Soziale Woche in München war, bei der dort über 1000 Leute untergebracht wurden.
Dr. *Schedl*: Das war unter anderen Voraussetzungen in der Quartierfrage.

(Zuruf: Es waren jetzt Universitätsferien!)

Staatsminister *Krehle*: Meine lieben Freunde, die Unterbringung zur Sozialen Woche in München war viel leichter möglich. Erstens hatten wir eine größere Zeitspanne zur Vorbereitung zur Verfügung. Zweitens konnten wir hierbei an die kirchlichen Gemeinschaften herangehen, damit Quartiere zur Verfügung gestellt wurden. Ich halte es also für sehr schwer möglich, in München gegenwärtig 12 bis 1300 Leute unterzubringen, vor allem in der kurzen Vorbereitungszeit.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Soviel sind es nicht!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Soviel sind es doch!
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Ich kann die Auffassung nicht teilen, daß in München für 1200 Leute Quartier gemacht werden müßte. Es kommen zunächst ernstlich in Frage die wirklichen Mitglieder der Landesversammlung, und das sind im Höchstfall 550. Unter diesem Kreis sind - wie vorhin schon gesagt worden ist - die über 100 Abgeordneten, die in München mit Quartieren versorgt sind. Es sind mit Quartieren versorgt alle diejenigen, die zum Apparat des Büros der Landesleitung gehören, die ganze Staatsregierung und die Presse. Damit haben sie schon einen ganz großen Teil. Auch andere fallen weg.

(*Kraus*: Und die herumliegen!)

Die um München rundum liegen außerdem, so daß die Zahl der Quartiere, die dort notwendig sind, nicht den Umfang hat. Ich würde daher schon bitten, an München festzuhalten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich kann ruhig sagen: Wenn ein Mann wie *Krehle*, der die Erfahrungen gesammelt hat, sagt: Es ist praktisch unmöglich ...

(Zurufe: Nein!)

Es hat nichts mit Nein, Nein zu tun; immer hat aber die Organisation damit zu tun. *Hundhammer* hat bestenfalls 300 Leute aufgezählt, die untergebracht sind; dann habe ich immer noch mit 800 Menschen zu rechnen. Wenn es nicht klappt, wer bekommt dann die Vorwürfe?

Dr. *Horlacher*: Ich möchte erklären: Ich werde für Marktredwitz stimmen, aus dem einfachen Grund, weil ich dort Jugenderinnerungen habe ...

(Heiterkeit.)

*Hönekopp*: Ich möchte auch für Marktredwitz darum plädieren, weil die Tagung in Marktredwitz eine Stärkung unserer Ostmark bedeuten würde und unsere Freunde dort ein sehr schweres Arbeiten haben.
Dr. *Geiselberger*: Ich glaube, es dürfte auch möglich sein, für München die umliegenden Kreisstädte - Freising, Dachau - unschwer als Quartierorte mit einzubeziehen, genauso wie es auch unmöglich ist, in Marktredwitz allein alle 1200 Menschen unterbringen zu können, oder wie es auch hier in Erlangen unmöglich war, alle Teilnehmer in Erlangen selbst unterzubringen. Es war auch jetzt kein Vergnügen, von Erlangen wieder nach Fürth oder Nürnberg fahren zu müssen. Es wäre nach meinem Dafürhalten dann durchaus möglich, von München aus Leute in Dachau oder Freising oder sonstwo unterzubringen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Also die Unterbringung in Dachau wird in Aussicht genommen.

(Heiterkeit.)

Ich möchte aber nicht zuviel Zeit damit verlieren.
Dr. *Schedl*: Ich möchte bemerken, daß von München nach Freising immerhin 33 Kilometer sind, während von Marktredwitz nach Wunsiedel nur acht Kilometer sind. Auch das ist bei der Kalkulation beachtet worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Für mich ist folgendes entscheidend: Wir haben es im Vorstand durchgerechnet; wir haben alles reiflich überlegt; wir sind am Schluß bei Marktredwitz geblieben. Marktredwitz hat vorbereitet; *Schwägerl* hat uns erklärt, er übernimmt die Garantie. In allen anderen Plätzen müßte man jetzt erst sehen, wie man mit der Vorbereitung anfangen kann. Ich würde infolgedessen vorschlagen, bei Marktredwitz zu bleiben.
Dr. *Stang*: Ich möchte noch einen Augenblick folgendes in die Waagschale werfen: In München sind soundso viele Bekannte von Teilnehmern an dieser Tagung, bei denen man wohnen kann. Nach meiner Ansicht ist in München die Sache am leichtesten zu machen, auch aus den Gründen, die der Herr Minister Dr. *Hundhammer* angeführt hat, daß soundsoviele an sich schon in München Wohnungen haben. Unsere Abgeordneten wohnen alle dort. 200 bis 300 Leute fallen damit schon weg. Die Augsburger können nach Hause fahren. Es kommt Freising als Unterbringungsort in Frage. Nach meiner Ansicht ist die leichte Organisation in München gegeben. *Krehle*, bitte, er hat Erfahrungen gesammelt.
Frau Dr. *Meyer-Spreckels*: Darf ich als Frau noch einmal an den Idealismus erinnern. Die Stärkung der bayerischen Ostmark ist wirklich eine ganz bedeutungsvolle Sache. Ich möchte das, was *Hönekopp* gesagt hat, in jeder Weise unterstützen. Es wäre das eine derart wichtige ideelle Unterstützung, daß wir tatsächlich die Opfer einer Reise auf uns nehmen sollen, wie das ja auch die Leute oben immer machen müssen, wenn sie nach unten fahren. Wie oft müssen sie die Nächte stehend verbringen. Mit Marktredwitz besteht gute Zugverbindung, so daß ich nicht verstehen kann, daß man diese Frage so stark in die Waagschale wirft. Wir sind doch eine Partei, der man Ideale und Opfer zumuten kann. Die Stützung der Ostmark ist von ungeheurer Bedeutung.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Debatte wird darüber geschlossen. Ich kann nicht den ganzen Vormittag mit der Debatte über den Tagungsort vergehen lassen. Der Vorstand hat an sich darüber zu entscheiden. Ich lasse darüber entscheiden, sonst debattieren wir bis 10, 10.30 Uhr über den Tagungsort. Ich lasse abstimmen und würde folgendes vorschlagen: Ich werde abstimmen lassen, wer gegen Marktredwitz als Tagungsort ist. Sollte sich die Mehrheit gegen Marktredwitz entscheiden, so werde ich sofort versuchen, die Organisierung in München in Angriff nehmen zu lassen, muß mir aber vorbehalten, daß der Vorstand dann, wenn die Organisation technisch nicht so möglich ist, daß die Unterbringung der Leute garantiert werden kann, auf Marktredwitz zurückgreift. Es ist nicht umsonst dem Vorstand überlassen, den Tagungsort festzusetzen, weil man das leider nicht nur nach den gefühlsmäßigen Momenten machen darf, sondern auch nach praktischen Gründen. Dabei wäre zu berücksichtigen, daß man in München einen Saal finden muß. Denn in ein Theater wie in Eichstätt gehe ich nicht gern einige Tage mit einer so großen Versammlung hinein. Es kommen sonst leicht wieder die bekannten Witze heraus, wie sie in Eichstätt gemacht worden sind. Darf ich jetzt darüber abstimmen? Wer ist gegen Marktredwitz als Tagungsort? Bitte abzählen! 27!

Wer ist für Marktredwitz als Tagungsort? 51! Ich brauche nicht zu fragen, wer sich der Stimme enthält. Damit steht fest, daß die Tagung in Marktredwitz sein wird. Der Landesausschuß tritt vorher zusammen. Die Tagung selbst findet am 24. und 25. statt, mit Beginn am 24. um 10 Uhr. Es vergeht immer leicht eine Stunde, bis wir anfangen können. Denn vor der Landesversammlung muß die Präsenzliste festgestellt werden. Ich werde vielleicht versuchen, den Beginn auf 9.30 Uhr festzusetzen, damit wenigstens diejenigen, die in Marktredwitz bereits sind, rechtzeitig dort sind und die Formalitäten erledigt werden können.

Ich bitte die Freunde, die heute hier sind, dafür zu sorgen, daß sich die Leute tatsächlich um 9.30 Uhr im Tagungslokal melden, damit die Anwesenheit festgestellt werden kann. Die technischen Voraussetzungen können nur erfüllt werden, wenn alle mithelfen.

Dann darf ich Ihre Zustimmung annehmen, wenn wir den Beginn der Landesausschußsitzung auf den Vortag 18 Uhr abends festsetzen.

(Dr. *Rindt*: Zu kurz!)

Bitte, es taucht allerdings die Frage auf, ob wir dann durchkommen. Wir haben die Statuten zu besprechen. Wir hätten Zeit von 18 bis 20 Uhr und eventuell die Abendstunden. Ich möchte es so halten, daß die Freunde noch den ganzen Tag bei Licht die Anreise haben.

Dr. *Rindt*: Ich würde vorschlagen, wir beginnen um 16 Uhr, damit wir bei der Satzungsbesprechung nicht in Zeitnot kommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut, es wird vorgeschlagen Beginn 16 Uhr. Einverstanden. Darf ich hier gleich festsetzen - die entsprechenden Stellen werden noch eingeladen: Tagung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 23. Januar, 16 Uhr, in Marktredwitz.

*Kahn*: Noch eine Organisationsfrage für die Landesversammlung: Vielleicht ist es möglich, jedem der Bezirksverbände eine gewisse Anzahl von Gästekarten zur Verfügung zu stellen, damit die unnötigen Anfahrten von Gästen, die plötzlich nicht mehr unterkommen, dadurch unterbunden werden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist im allgemeinen nicht zweckmäßig, die Anwesenheit von Gästen zu unterbinden. Es kommt darauf an, daß sie untergebracht werden.

*Schwägerl* bekommt den Kopf abgeschlagen, wenn er wirklich versagt. Denn wenn wir schon nach Marktredwitz gehen, muß er dafür sorgen, daß die Leute dort untergebracht werden und daß es klappt. Infolgedessen möchte ich die Gästezahl nicht begrenzen. Die Anwesenden werden gebeten, darauf Rücksicht zu nehmen, daß man nicht etwa Leute dazuruft. Aber wenn die Öffentlichkeit zugelassen ist, wird sie von uns nicht begrenzt werden.
Dr. *Geiselberger*: Ich möchte vorschlagen, ob es nicht möglich wäre, den Mitgliedern durch das Landessekretariat Zulassungskarten von München aus für die Schnellzüge zu besorgen. Es ist für die Auswärtigen ganz unmöglich, zur rechten Zeit Zulassungskarten zu bekommen. Das wäre eine Frage, die wichtig ist. Die wenigsten Parteimitglieder werden in der Lage sein, von Südbayern aus mit dem Auto nach Marktredwitz fahren zu können.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Also von Südbayern aus! *Schwägerl*, gib Obacht! Erstens, es geht unmittelbar die Bahn von München aus nach Marktredwitz.
Dr. *Schedl*: Es soll dafür gesorgt werden, daß an den fahrplanmäßigen Schnellzug in München ein bis zwei Wagen angehängt werden. Die Frage der Zulassung wäre damit geregelt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Autobahn geht bis Berneck. Von dort aus sind es noch 40 Kilometer. Das ist also auch bei schlechtem Wetter zu machen, da von Berneck aus die Ostmarkstraße läuft.
Die Zulassungskarten bitte ich also, in Aussicht zu nehmen. Sie müßten wenigstens in der ungefähren Anzahl angefordert werden.
Besteht sonst noch irgendein technischer Wunsch, der berücksichtigt werden muß? Ich bitte aber, keine Zeit darüber zu verlieren. Das ist nicht mehr der Fall. Dann darf ich die Debatte über Landesversammlung, Termin usw. schließen.
Frage: Nächster Punkt der Tagesordnung? Es liegt vor der Punkt politische Aussprache und der Punkt Wahlen nach § 48. Für die politische Aussprache ist ein Referat von *Semler* vorgesehen.

(Dr. *Semler*: Hier!)

Ich habe mit dem Ministerpräsidenten *Ehard* vereinbart, daß wir selbst kein Referat halten werden, da in drei Wochen die Landesversammlung ist. Dort wird sowieso die bekannte grundlegende Rede über Politik gehalten werden. Ich habe infolgedessen vorgeschlagen, wir wollen es so halten, daß wir beide auf Anfragen antworten. Damit hoffe ich, daß wir den Punkt politische Aussprache in ungefähr zwei Stunden durchbekommen, wenn wir immer alle daran denken, daß wir in drei Wochen die große politische Aussprache in der Landesversammlung haben.
Ich frage: Soll der Punkt der Tagesordnung Wahlen nach § 48 der Satzung noch heute vormittag behandelt werden oder nicht? Ich bitte zu sagen, wenn die Wahlen notwendig wären.
Dr. *Schedl*: Es sind notwendig zu wählen zehn Mitglieder für die Landesvorstandschaft und drei Vertreter der Jugend zur Landesvorstandschaft, zwei Vertreter der Frauen zur Landesvorstandschaft. Ferner ist zu wählen das Landesschiedsgericht mit einem Vorsitzenden und vier Beisitzern und jeweils einem Vertreter sowie zwei Kassenprüfer.

(Zuruf: Ständebeirat!)

Dr. *Kroll*: Meine lieben Parteifreunde! Wir haben jetzt zwei Tage hintereinander trockenes Brot bekommen, Finanzstatut, Satzungsänderungen, lauter technische Din-

ge. Wenn man uns nicht an diesem technischen Stroh ersticken will, bitte ich dringend, uns endlich einmal etwas zu bieten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Gefahr ist sehr groß, daß Du erstickst.
Dr. *Kroll*: Ich schlage vor, daß sofort in die politische Aussprache eingetreten wird und wir das Referat des Direktors des Amtes Wirtschaft anhören. Wir sind hierher gekommen, um sachlich etwas zu erfahren. Wir können die Wahlen auf die nächste Landesausschußsitzung verschieben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir können uns vorstellen, wie unangenehm der Erstikkungstod für unseren Freund *Kroll* ist. Aber ich darf darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen, daß jetzt als nächster Punkt der Tagesordnung der Punkt politische Aussprache behandelt wird? Niemand ist dagegen.
Damit treten wir in die Behandlung des Punktes politische Aussprache ein. Ich darf meinen Freund *Semler* bitten, sein Referat zu erstatten.
Dr. *Semler*: Meine Parteifreunde! Vorab muß ich um Entschuldigung bitten, denn ich bin seit zwei Tagen abscheulich erkältet und stockheiser. Ich werde mich bemühen, mich so gut verständlich zu machen, wie ich kann.
In den ersten Tagen dieses Jahres wäre es nicht ohne Reiz, eine Bilanz zu ziehen und einen Rückblick auf die wirtschaftliche Entwicklung des vorigen Jahres zu geben. Denn in einem solchen Rückblick wäre auch zu bemerken, was sich in den uns besonders interessierenden Gebieten der beiden Westzonen ereignet hat. Aber die Stunden, die uns zur Beratung für die wichtigen politischen Tagesfragen zur Verfügung stehen, sind kurz bemessen. Ich kann mir vorstellen, daß Sie den Wunsch haben, von mir lediglich solche Daten zu erfahren, die für Ihre politische Beurteilung der augenblicklichen Situation von Bedeutung sind. Da ich aber den Vorzug habe, heute vor Ihnen, dem Landesausschuß auch Rechenschaft ablegen zu können für die Arbeit, die wir im letzten halben Jahr in Frankfurt geleistet haben, so möchte ich Sie bitten, mir zu gestatten, hie und da auch auf diese Arbeit kurz einzugehen.
Durch das Scheitern der Londoner Konferenz sind unsere Augen nicht mehr allein auf das Vereinigte Wirtschaftsgebiet gerichtet, wie wir heute die beiden Westzonen zu nennen gewohnt sind, sondern die politische Entscheidung, die nun in Kürze auch von deutscher Seite getroffen werden muß, und zwar höchst bedeutsam und grundsätzlich, muß sich stützen auf die Beurteilung - soweit der wirtschaftliche Sektor in Frage kommt - der Lage aller vier Zonen. Wir müssen wohl oder übel wieder beginnen, das deutsche Gebiet in seiner Gesamtheit zu betrachten, wenn wir die richtigen Entscheidungen sowohl staatspolitisch wie wirtschaftspolitisch treffen wollen. Und da ist die Lage nun in der Tat ungewöhnlich unterschiedlich und zum Teil sehr schwer zu übersehen und zu beurteilen.
Über die Verhältnisse in unserem Vereinigten Wirtschaftsgebiet ist es nicht schwer, Ihnen einen relativ klaren Überblick zu geben. Schwieriger ist es bereits, die Verhältnisse in der französischen Zone richtig zu sehen, und ganz ungemein schwierig, sich ein Urteil über die russische Zone zu bilden, wobei ich eine Bemerkung einflechten darf, die mit dem Gegenstand nicht unmittelbar zu tun hat. Ich vermisse in den Äußerungen unserer maßgebenden politischen Führer so oft die fünfte Zone. Haben wir denn endgültig auf die polnische Zone schon Verzicht geleistet?

(Sehr richtig!)

Es wird auch in der Presse immer von den vier Zonen gesprochen. Noch ist die Oder-Neiße-Linie nicht Gesetz. Infolgedessen würde ich meinen, wir sollten, wenn wir über

gesamtdeutsche Probleme uns unterhalten, nicht von vier Zonen reden, wie es die Alliierten zu tun pflegen, sondern wir sollten ruhig den Mut haben, auch einmal von fünf Zonen zu sprechen.

(Zustimmung.)

Wenn wir alle den heißen Wunsch haben, daß trotz des Londoner Ergebnisses es eines Tages über kurz oder lang möglich sein muß, die deutschen Gebiete wieder zusammenzuschließen, dann müssen wir uns überlegen, wie wir vom deutschen Standpunkt aus wieder zu einer solchen gemeinsamen deutschen Lösung kommen sollen. Die staatspolitischen Erwägungen hier anzudeuten, ist nicht meine Aufgabe. Meine Aufgabe ist lediglich zu sagen, wie sich das wirtschaftliche Bild stellt und welche Möglichkeiten sich da ergeben.

Bevor ich mir erlaube, meine persönliche Meinung zu dieser Frage zu sagen, nehmen Sie einige wenige Tatbestände entgegen. Wir müssen betrachten die landwirtschaftliche Produktion der Zone, die industrielle Leistungsfähigkeit und das gegenwärtige industrielle Ergebnis, wir müssen ferner betrachten die Außenwirtschaft zwischen den Zonen und dem Ausland. Zur landwirtschaftlichen Lage braucht hier im Augenblick von meiner Seite aus nichts gesagt [zu] werden. Ich komme nachher in ganz anderem Zusammenhang auf die Ernährungsfrage zurück. Dagegen möchte ich mindestens darauf hinweisen, welche ungewöhnlichen Spannungen sich in kurzen zweieinhalb Jahren zwischen der industriellen Leistungsfähigkeit der vier Zonen gezeigt haben. Wir müssen im deutschen Kreis nüchtern, vielleicht bedrückt, aber doch klar erkennen, daß von einer Einheit Deutschlands auf wirtschaftlichem Gebiete keine Rede mehr sein kann. Der industrielle Osten hat sich in diesen zwei Jahren in einer Weise von der Grundlage gemeinsamer deutscher Wirtschaftsführung, wie wir sie seit Jahrzehnten in Deutschland geübt haben, entfernt, daß es lange Jahre brauchen wird, bis der Osten Deutschlands mit dem Westen wirtschaftlich wieder zu einer Einheit zusammengefügt werden kann. So bedauerlich das ist, so falsch wäre es, leichthin über diesen Punkt hinwegzugehen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, auch in unseren Westzonen, sind so ungeheuer groß, daß wir diesen Punkt mit allem Ernst betrachten müssen. Es ist ja nicht nur so, daß die russischen Demontagen das Industriebild im Osten verwüstet haben. Das wäre vielleicht noch die kleinste Sorge. Ich erinnere aber daran, wie sich das Verkehrsbild im Osten gestaltet, daß sich leider auch im Bereiche der deutschen Wirtschaftsverwaltungen drüben unter dem unerhörten Druck der Sowjets die Auffassungen gewandelt haben, so daß sie heute mit den alten deutschen [Auffassungen] und mit denen, die uns alle in den Westzonen beherrschen, kaum mehr in einem Punkt in Einklang gebracht werden können. Mit anderen Worten: Wenn es zu einem Zusammenschluß wirtschaftlicher Natur der vier Zonen kommen würde, so würden wir vor wirtschaftlichen Problemen stehen, die ganz ungemein schwierig sind, nicht nur allein von der wirtschaftlichen, finanziellen oder verkehrsmäßigen Seite, nein, sondern von der geistigen und psychologischen her.

Das bitte ich Sie alle, sehr ernsthaft zu bedenken, wenn ich nunmehr den Spiegel umdrehe und sage, wie es bei uns im Westen aussieht. Auch nicht sehr schön, meine verehrten Freunde. Immerhin, verglichen mit der Ostzone dürfen wir sagen, daß bei uns die wirtschaftlichen Verhältnisse, ich will nicht sagen, bereits konsolidiert sind, aber immerhin die Aussicht bieten, bei kluger Behandlung der Wirtschaftsfragen in etlichen Jahren konsolidierbar zu werden. Freilich, eines ist notwendig: Es geht nicht an, daß im Westen im Bereich der deutschen Grenze eine Lücke klafft, über die sichtbar

und unsichtbar das Ergebnis deutscher Arbeit unentwegt gratis und franko abfließt, nämlich die französische Grenze. Es ist nicht nur so, daß die französische Besatzungsmacht das Produkt ihrer Zone über ihre Grenze nach Frankreich nimmt und dagegen Reichsmark zahlt, sondern leider sind die Grenzen nicht so bewachbar, daß nicht auch ein großer Teil des Produktes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, also der amerikanischen und britischen Besatzungszone, über die französische Zone den Weg aus den deutschen Grenzen hinaus ohne Devisengegenwert geht.
Es ist unbedingt erforderlich, daß diese Lücke geschlossen wird. Es geht nicht an, daß unsere Verkehrsverwaltung der notleidenden französischen Zone Waggons zur Verfügung stellt und wir beobachten, wie diese Waggons nach wenigen Wochen den Weg nach Frankreich genommen haben. Wenn das auf diesem Gebiet schon möglich ist, dann können Sie sich vorstellen, was im Güterverkehr vor sich geht, wo die Kontrollen nicht möglich sind und wo wertvolle deutsche Güter, ich will nicht sagen täglich, aber doch sehr regelmäßig den Weg über die französische Grenze ohne Gegenwert ins Ausland nehmen.
Die französische Zone ist in mancher Hinsicht glücklicher daran als die drei anderen Zonen. Manche Probleme sind dort nicht so kompliziert. Wir werden trotzdem große Mühe haben, bei einer Vereinigung mit der französischen Zone das Lebensniveau des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auch nur einigermaßen so halten zu können, wie wir es möchten, oder es gar zu steigern. Denn es ist wohl selbstverständlich, daß wir unseren Deutschen in der französischen Zone, wenn sie einmal mit uns vereinigt sind, dieselben Bedingungen bieten müssen und werden wie allen Deutschen im Vereinigten Wirtschaftsgebiet.
Und nun zu unserem Vereinigten Wirtschaftsgebiet! Meine Damen und Herren! Als die Union sich im Juli entschloß, die politische Verantwortung für die Wirtschaftsverwaltung in beiden Zonen zu übernehmen, als unser Landesvorsitzender in Frankfurt den Mut hatte, zusammen mit Dr. *Adenauer* Unions-Leute dorthin zu setzen und ihnen die Verantwortung in die Hand zu geben, da waren wohl in vielen Kreisen unserer Parteifreunde sehr ernste Bedenken vorhanden und auch am Platze. Niemand wird es ihnen, von denen sehr, sehr viele damals bedenklich den Kopf geschüttelt haben, verargen wollen, daß sie starke Zweifel daran hatten, ob es überhaupt möglich sei, eine solche Verantwortung zu übernehmen, und ob es im Interesse der Union läge, die SPD aus der Verantwortung zu entlassen und die volle Verantwortung auf uns zu nehmen.
Es war in der Tat eine außerordentlich risikovolle Situation. Ich möchte nicht so weit gehen zu sagen, daß wir mit unserem Ritt über den Bodensee bereits am sicheren Ufer angekommen sind. Aber eines darf ich sagen: Als wir uns in diesem Augenblick voller Risiken und Gefahren in Frankfurt entschlossen, dieses Amt zu übernehmen, da mußte klar sein, daß nur dann die allergeringste Chance für einen Erfolg gegeben war, wenn wir vom ersten Tag an unbedingt eine klare wirtschaftliche Politik machen. Und diese Politik mußte verständlich sein. Sie war hart, meine Herren! Ich habe sie dem Wirtschaftsrat vorgetragen. Der Wirtschaftsrat hat diese Politik gebilligt, die dahin ging, in allen wesentlichen Fragen, die einer Sanierung dienen konnten, auf die Anwendung der Mittel verzichten zu müssen - denn diese Mittel sind uns nicht in die Hand gegeben worden -, die sich der Kontrollrat vorbehalten hat, was viel schlimmer ist, als wenn sie sich die beiden Militärregierungen vorbehalten haben. Wir mußten an die Arbeit gehen in dem Bewußtsein, leere Hände zu haben und vermutlich auf Monate hinaus weiter mit leeren Händen arbeiten zu müssen, dann aber auf der anderen

Seite die Möglichkeit zu sehen, immerhin Grundlagen für eine kommende Sanierung vorzubereiten. Mehr nicht. An eine Sanierung konnten wir überhaupt noch gar nicht denken. Wir konnten überhaupt nicht einmal daran denken, die wirtschaftlichen Verhältnisse für unsere Bevölkerung auch nur im geringsten zu bessern.
Das Ausmaß der Zerstörungen, die nach dem Krieg in Deutschland angerichtet worden sind, ist ja den allermeisten gar nicht gewärtig. Heute müssen wir beinahe sagen, daß im Jahre 1945 eine goldene Zeit war, heute, wo wir gegen die Widerstände aller Art, auch seitens der beiden Besatzungsmächte täglich kämpfen müssen. Wenn wir eine Aussicht haben wollten, im Jahre 1948 zu einer Sanierung unserer Wirtschaft und damit überhaupt erst zur Grundlage des Wiederaufbaues zu kommen, dann mußten wir eines tun, nämlich ganz bescheiden einige Bausteine verankern, auf denen man weiterbauen konnte.
Das war sehr bitter für unsere Bevölkerung. Die Mengen an Grundstoffen, die nun einmal die Voraussetzung jeder industriellen Wirtschaft sind, waren begrenzt und sind es auch heute noch.
Es war die Entscheidung zu treffen: Wo sind diese Mengen einzusetzen? Die Versuchung war sehr groß, sich populär zu machen, sie überall dorthin zu verteilen, wo zunächst einmal der Wunsch am größten war. Meine Herren, wir haben dem widerstanden, eiskalt und hart. Das hat alle getroffen. Das hat auch Sie hier in Bayern getroffen, schwer getroffen. Denn zu allem Unglück kam dann noch die Dürre dazu. Ich weiß genau, was Sie hier in Bayern in der Zeit auszustehen hatten, als die Speicherwerke leer waren, als die Flüsse kein Wasser führten. Ich habe versucht, Ihnen soweit zu helfen, wie es ohne Beeinträchtigung der wichtigsten Dinge nötig war. Das war sehr wenig! Ich hätte Ihnen mehr helfen können, meine Herren: Ich habe es nicht getan. Und reißen Sie mir den Kopf ab: Hätte ich in diesem Falle etwas für Bayern getan, hätte ich den Strom abgezweigt, hätte ich die Kohlen dafür hergebracht, dann wären sie woanders nicht da gewesen. Wir mußten zu einer Konsolidierung der Steinkohlenförderung, zu einer Erhöhung der Eisen- und Stahlproduktion kommen. Ich mußte die Kohle-Energiewirtschaft so weit absichern, daß wir in diesem Winter keine Katastrophe hatten.
Heute, im Januar, dürfen wir - und das ist ein erfreulicher Punkt - folgendes sagen: Drei große Katastrophenmöglichkeiten lagen für diesen Winter vor: der Zusammenbruch unserer Energiewirtschaft, der Zusammenbruch unseres Eisenbahnverkehrs und der Zusammenbruch unserer Ernährungslage.

(Sehr richtig!)

Die beiden ersten Gefahren sind heute schon behoben. Wenn wir heute noch acht Wochen Frost bekommen, weder der Verkehr noch die Energie wird uns fehlen. Denn wir haben auf Ihre Kosten hier - und sagen Sie es ruhig weiter draußen, auch wenn Sie mit anderen Ländern verhandeln -, wir haben weitgehend auf Kosten Ihrer Energieversorgung in den kritischen Dürremonaten die Energiewerke bis zu sechs Wochen bevorratet und die Reichsbahn bis zu 26 Tagen. Vergleichen Sie das damit, daß die Energie im letzten Winter, als der Zusammenbruch kam, Kohlen für neun Tage und die Reichsbahn für drei bis vier Tage hatte. Jetzt im Januar kann ich die Bevorratung der Reichsbahn von 23 auf 18 Tage heruntersetzen und auf diese Weise der Industrie - die Ausgabe von Hausbrandkohlen ist ja verboten - den Kohlenausgleich geben, der durch den Ausfall der Rheinschiffahrt eingetreten ist.
Ich mache nichts vor, ich lege Rechenschaft ab. Solange ich hier in diesem Amt stehe, werde ich nicht anders handeln. Denn ich sehe immer nur einen Weg: Wir können

uns nur durch eigene Kraft selbst helfen. Ich gebe nichts auf die Versprechungen von draußen.

(Sehr richtig!)

Aber es geht langsam, und ein Heilungsprozeß ist mit Schmerzen verbunden. In einem erbitte ich Ihr Vertrauen: Sie mögen mir glauben, daß ich, wenn es nötig ist, genauso wie es in der Dürrezeit mit Bayern geschehen ist, den anderen Ländern der Westzone ebensolche Opfer zumuten werde wie Ihnen, wenn es im Interesse des gesamten Wiederaufbaues nötig ist. Über diese zwei Punkte sind wir einig. Das können Sie nach Hause nehmen.

Meine Herren! Ich bitte Sie, es draußen zu sagen: Die Angst war im November riesengroß. Zuerst hatten wir die Dürre, die leeren Speicher, und wir wußten nicht, wie es mit dem Verkehr werden sollte. Meine Herren! Nicht nur durch den milden Dezember ist es anders gekommen. Es war elend schwer, die Zustände bei der Reichsbahn auch nur um ein weniges zu bessern. Sie sind noch weit entfernt davon, brauchbar und zuverlässig zu sein. Von den 30.000 Leichtschadwagen rede ich nicht. Sie wieder herzustellen, war nicht so furchtbar schwierig. Schwieriger war es schon, das Reparaturprogramm für das Jahr 1948, das die Reichsbahn bei Einsatz aller ihrer Kräfte auf 20 bis 22.000 Waggons festgesetzt hatte, auf 50.000 zu steigern.

Noch sind die 50.000 Waggons nicht repariert, aber die Voraussetzungen für die Reparatur haben wir im wesentlichen gelegt, und wir sind immerhin dabei, unter schärfster Heranziehung der privaten Reparaturmöglichkeiten die Chance sicherzustellen, daß wir im Jahre 1948 diese 50.000 Waggons reparieren werden. Leider können wir sie nicht in Stahlform reparieren. Aus der Lage unserer Forsten heraus wäre es sehr erwünscht, wir könnten auf das Holz verzichten. Es geht nicht. Wir müssen die Wagen in Holz reparieren, und das bedeutet, daß wir, vom innerdeutschen Bedarf aus gesehen, neben Grubenholz im Jahre 1948 den größten Aufwand an Schnittholz für die Reichsbahnreparaturen haben. Wir sind dann mit 50.000 reparierten Schwerschadwagen immer noch mit mehr als 30.000 Waggons Ende 1948 zu kurz.

Das Neubauprogramm kann angesichts der belegten Kapazitäten erst Anfang 1949 anlaufen. Es soll ein Vollstahlprogramm werden. Ich komme gleich darauf, wie wir den Stahl beschaffen müssen. Um eine Entlastung schon im Jahre 1948 zu schaffen, haben wir einen Teil der Reparaturen schweren Herzens nach Belgien gelegt. Denn diese Reparaturkosten stehen in gar keinem Verhältnis zu dem Nutzeffekt, den diese schwerbeschädigten Waggons für uns haben. Denn die Reparatur kostet uns einen Arbeitsaufwand, der teilweise höher ist als derjenige für den Bau neuer Waggons. Das haben nicht wir, das hat nicht mein Amt zu vertreten, sondern das haben die Militärregierungen befohlen.

Ich habe jetzt in diesem Punkt eine Änderung vorgenommen. Ich habe diese Reparaturverträge nicht verlängert, sondern mit dem Einverständnis der Militärregierungen kurz vor Weihnachten von der Tschechoslowakei 5000 funkelnagelneue und ganz moderne Güterwagen gekauft. 1200 davon werden im Januar geliefert, und dann schliessen die weiteren Lieferungen an. Ich bin fest entschlossen, auf diesem Weg weiterzugehen und zu Lasten anderen Einfuhrbedarfs unter Umständen bis zu 10 bis 12.000 neue Waggons zu kaufen, die uns selbstverständlich eine sehr fühlbare Entlastung unseres Verkehrs bringen werden.

Ich sage mir dabei, daß der Verkehr das A und das O jeder modernen Industriewirtschaft ist. Es hat keinen Zweck, daß wir hier und dort flicken, wenn uns letzten Endes

die entscheidenden, großen Verbindungsstränge auseinanderreißen. Infolgedessen bin ich der Auffassung, daß auch da Härte am Platz ist, daß wir andere Punkte zurückzustellen haben, bis wir das entscheidende Grundelement, nämlich den Verkehr, wieder in Ordnung gebracht haben. Wir haben Aussicht, bis Ende 1948 den Verkehr der Reichsbahn einigermaßen gesichert den Bedürfnissen angepaßt zu haben.
Das gilt auch für die Lokomotiven. Die Lokomotivensituation ist wesentlich günstiger. Sie ist nicht so schwierig wie die Wagensituation. Auch da brauchen wir ein Jahr voller Anstrengungen. Denn mit dem bekannten Programm B ist es nicht getan, und dieses Programm B haben wir noch nicht einmal erreicht. Da, wie in anderen Fällen, muß ich allerdings jetzt um Hilfe bitten, und diese dringende Bitte richtet sich an die sämtlichen Landesregierungen und vor allem an die Arbeitsminister. Das Problem ist heute nicht mehr ein Kohlen-, Eisen- oder Energieproblem. Das Problem ist heute ein Arbeitsproblem.
Freilich - und da komme ich zu dem entscheidenden Punkt - der dritte Punkt der Krise dieses Winters, die Ernährungskrise, ist nicht überwunden. Das Arbeitsproblem kann kein Arbeitsminister lösen, das weiß ich, wenn nicht die Ernährungsfrage geordnet wird.

(Sehr richtig!)

Und da kommen wir zum ersten Punkt, der in den Verhandlungen der nächsten Tage so überaus wichtig ist. Und meine Bitte an unsere beiden Exponenten, an unseren Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] ebenso wie an unseren Landesvorsitzenden, geht dahin: Bleiben Sie hart in diesem Punkt! Wir steuern in eine ganz schwere Ernährungskrise hinein, nicht nur wegen der Kartoffeln, nicht nur wegen der Situation, die wir übersehen. Nein, die wenigsten haben ja erkannt, wohin diese Politik der amerikanischen Militärregierung hinzielt, dieses Drücken auf die deutsche Ablieferungspflicht, dieses Versagen der Importmöglichkeiten hat ja einen ganz anderen Sinn. Man will den amerikanischen Steuerzahler von Kosten entlasten, und der Herr *Clay* wird vielleicht den Wunsch haben, einen guten Abgang zu haben - zu unseren Lasten. Denn jeder Mensch in der Welt weiß, daß mit 1500 Kalorien, die noch nicht einmal verteilt werden, kein Mensch leben kann und daß wir drei Jahre nach dem Krieg jetzt in das Hungerelend überhaupt erst hineinsteuern sollen, nach dem Willen der Militärregierung. Und darum, meine Herren, hier ist der entscheidende Punkt für alles, was materielle Politik bedeutet:
Wir können den wirtschaftlichen Aufbau nicht voranbringen, wenn wir nicht unserer Bevölkerung eine Ernährung geben, die schwere Arbeit durchhalten läßt.

(Sehr richtig!)

Das können wir nicht aus unserer eigenen Ernährungslage heraus, und wenn sich unsere Landwirtschaft noch soviel Mühe gibt und wenn die Industriewirtschaft der Landwirtschaft noch mehr hilft. Wir werden das tun, verlassen Sie sich darauf, Freund *Horlacher*, wir machen soundso viele Sachen, und wir werden es nicht daran scheitern lassen, daß die Landwirtschaft nicht ihre Geräte und Maschinen bekommt.
Aber was nützt das alles? Heute möchten sich die Amerikaner aus der Verantwortung der Zerreißung Deutschlands herausziehen. Jalta ist ein Viermächteabkommen gewesen, und damals hat man gewußt, daß der deutsche Osten der Lieferant der deutschen Ernährung gewesen ist. Heute uns vorzuwerfen, die Landwirtschaft tut ihre Pflicht nicht, das kann man weiß Gott nicht. Und auf der anderen Seite, was hat man für uns getan? Die Importe, die wir jetzt bekommen hätten, haben wir leider nicht kaufen

dürfen. Man hat den Mais geschickt und das Hühnerfutter, und wir zahlen es teuer - geschenkt wird es nicht. Wir zahlen es in Dollar aus deutscher Arbeit und deutschen Exporten und sollen uns noch dafür bedanken. Es wird Zeit, daß deutsche Politiker darauf verzichten, sich für diese Ernährungszuschüsse zu bedanken.

(Lebhafter Beifall!)

Verzeihen Sie, meine Damen und Herren, wenn ich etwas heftig geworden bin, aber ich bin an dem Punkt angelangt, der der entscheidende Pivot-Punkt[13] unserer ganzen auch politischen Entwicklung des nächsten Jahres sein wird. Sie mögen noch so gute Verhandlungen führen, wir mögen uns in der Wirtschaft noch so sehr anstrengen, es gelingt nicht, wenn nicht das Volk im Jahre 1948 ausreichend zu essen hat.

(Sehr richtig!)

Ich habe den Mut dazu, dem Volk schwere Verzichte zuzumuten. Ich habe es getan, und ich halte es durch, solange man mich auf diesem Platz haben will. Ich tue es nicht einen Tag länger, wenn uns nicht von anderer Seite die Voraussetzungen bewilligt werden, die erfüllbar sind und die uns überhaupt erst ermöglichen, in unserer eigenen Arbeitsleistung das zu schaffen, was man von uns erwartet.
Es scheint so - wir wissen es noch nicht -, daß man uns in den nächsten Tagen sagen wird, daß Deutschland vorerst noch nicht in den Marshall-Plan einbezogen wird und wir eine Übergangskredithilfe bekommen, die, wie mir scheint - ich weiß es auch noch nicht genau -, mit ihrer Milliarde nicht das bedeutet, was wir erhoffen und gedacht haben. Wenn das dahin führt, daß aus der Kredit-Übergangshilfe wir auch noch die Verbindung mit dem Kredit A hergestellt bekommen, das heißt, daß die Ernährungseinfuhren über kurzfristige Kreditfinanzierung mit Verzinsung bearbeitet werden sollen, dann ist die Wirtschaftsführung in Deutschland nicht mehr voranzuführen und dann kommt eines Tages der Moment, wo verantwortliche deutsche Männer sagen müssen: Meine Herren Alliierten, nun führen Sie lieber freundlichst die Sachen selber weiter, es geht nicht. In diesem Punkt müssen wir hart bleiben. Und meine Bitte an die Regierungen und Parteiführungen geht dahin, diesen Punkt mit absoluter Energie und Härte festzuhalten.

(Bravo!)

Man kann über viele andere Dinge reden, meine Herren! Wir wollen gar nicht verkennen, daß in den letzten Monaten gerade von seiten der amerikanischen Militärregierung uns in beträchtlichem Maße Konzessionen gemacht worden sind, und ich bin der Letzte, der die große Hilfe verkennt, die von privater Seite aus Amerika täglich uns zufließt. Wir wollen uns gar nicht mißverstehen, wir wollen uns auch nicht hineinreden in einen Zorn. Das wäre grundverkehrt. Wir wollen auch nicht vergessen, daß wir diesen Krieg verloren haben und auch nicht, daß Deutschland eine moralische Pflicht zur Wiedergutmachung hat. Das hat alles damit gar nichts zu tun, aber ich sage es, weil es so leicht durcheinandergebracht wird. Nein! Das wir wiedergutmachen müssen, ich glaube, darin stimmen wir überein. Für uns, die wir alle miteinander haften, ist es bitter. Es war verdammt bitter, in Wiesbaden die Demontage zu schlucken. Es war so billig zu protestieren. Die Ministerpräsidenten haben nicht protestiert, der Wirtschaftsrat hat nicht protestiert, sondern wir haben gewarnt, gewarnt, die Demon-

[13] Angelpunkt.

tagen unvorsichtig und töricht durchzuführen. Denn sie schaden Deutschland und nützen in der Welt niemand.
Vielleicht wird es uns[14] gelingen, aus dieser Politik heraus für Deutschland noch mehr zu erreichen, als es bisher schon der Fall war. Ich darf und will darüber nicht sprechen. Diese Dinge eignen sich nicht für die Öffentlichkeit. Unsere Bemühungen sind nicht ganz umsonst gewesen, die Haltung der Ministerpräsidenten in Wiesbaden war nicht ganz töricht. Ob wir noch mehr erreichen werden, weiß ich nicht. Wir haben einiges erreicht.
Wenn ich heute mit Vertrauen auf die Entwicklung in der Eisenindustrie sehen kann, so liegt es zum Teil daran, daß wir nach den letzten acht Wochen jetzt etwas gesichertere Verhältnisse vor uns sehen, als es bei der Veröffentlichung des Demontageplanes der Fall war. Sie werden mir zugeben, daß Eisen und Stahl Elemente sind, ohne die eine Wirtschaft überhaupt nicht zu führen ist. Wir sind in der glücklichen Lage, in Deutschland nicht nur das größte Eisenvorkommen Europas zu besitzen, sondern an der Ruhr auch die modernste und beste Eisenindustrie, die es auf der Welt gibt. Sie ist allerdings kaputt. Sie ist nicht durch *Hitler* und den Krieg allein zerstört. Gewiß, sie ist schwer in Anspruch genommen worden, und es hätte viel Mühe und Arbeit gekostet, sie wieder hinzubringen. Daß sie heute nicht leistungsfähig ist, daß wir uns mühen müssen, auf 400.000 Tonnen im Monat zu kommen, was immerhin - ich glaube wir erreichen diese Zahl im März - eine Steigerung um 100% gegen die letzten Jahre darstellt, aber eine Lapalie ist gegen die wirkliche Leistungsfähigkeit der Ruhr, das danken wir der englischen Besatzungspolitik.
Meine Herren! Das klingt so, als wollte ich hier eine chauvinistische Rede halten. Sie kennen mich, meine Herren, es liegt mir fern. Aber wir sind ein geschlossener Kreis von Parteifreunden. Ich soll Ihnen Rechenschaft geben. Und da muß auch offen einmal etwas ausgesprochen werden. Wir haben an der Ruhr in Kohle und Eisen die Folgen zu tragen für die Experimente der englischen Labour-Regierung.

(Lebhafte Zustimmung!)

Wenn wir eben jetzt auch in der Kohle die Entscheidung an uns genommen haben und hoffen dürfen, daß wir in der Kohle jetzt langsam zu einer Normalisierung der Verhältnisse kommen werden, so ist in der Eisenindustrie die Situation immer noch so, daß kein Deutscher ein Wort zu reden hat, ich auch nicht.

(Hört, hört!)

Die Eisenindustrie an der Ruhr ist noch vollkommen in englischer Hand, und Herr *Dinkelbach* - das wird oft verkannt - mit seiner Treuhandverwaltung ist keine deutsche, sondern eine hundertprozentige englische Einrichtung.
Die Eisenindustrie, die an der Ruhr gewachsen war, stand in der Welt in technischer und kaufmännischer Hinsicht einzigartig da. Ich spreche gar nicht von den Eigentumsverhältnissen. Die Frage Sozialisierung spielt in diesem Zusammenhang für mich gar keine Rolle. Sie hat auch gar nichts damit zu tun, sondern es kam darauf an, daß die Verbundwirtschaft zwischen Kohle und Eisen, die so einzigartig gewachsen ist und die ein solcher Wert für Deutschland war, in sinnvoller Form in unsere neuen Verhältnisse übergeführt wurde. Und wenn dort sozialisiert werden sollte - das ist eine Entscheidung politischer Natur -, dann konnte man das sehr wohl unter Erhaltung der wirtschaftlichen Zusammenhänge.

[14] In der Vorlage ist das Wort unleserlich.

Was jetzt dort geschehen ist, ist ein bewußtes Auseinanderreißen, eine gewaltsame Zerstörung, die vielleicht nie mehr reparierbar ist. Und trotzdem! - ich erwähne das auch deshalb, damit Sie sehen, was für Verhältnisse man vorfindet und womit man alle Tage kämpfen muß - werden wir das Eisen hochbringen. Wir müssen es! Wir werden im Jahre 1948 auf die Hälfte des Industrieplanes kommen, auf rund 5,5 Millionen Tonnen. Das ist noch viel zuwenig für das, was wir alles brauchen. Im Augenblick können wir aber nicht wesentlich höher kommen. Denn die Relation zwischen Kohle, Schrott, Erz und Energie ist gewertet. Wir können nicht hexen.
Ich greife noch einmal auf die Kohle zurück. Wir haben im Oktober/November eine ziemlich sprunghafte Steigerung der Förderung erlebt. Es hat sich gezeigt, daß es unschwer möglich ist, die Förderung zu steigern. Technisch sind jetzt bei dem Einsatz von rund 400.000 Menschen unter Tage und auf den Gruben weit mehr beschäftigt als im Frieden. Zweifellos war auch mit den bestehenden Einrichtungen eine konstante Förderung von 300.000 Tonnen mit Spitzen bis zu 325.000 Tonnen täglich zu erzielen. So weit sind wir noch nicht. Im Gegenteil, die Förderung ist vor Weihnachten scharf rückläufig gewesen, vor allem deshalb, weil die Bergleute herausgelaufen sind, um Kartoffeln[15] aus den umliegenden Bezirken zu holen und ihre Care-Pakete zum grossen Teil zu vertauschen.
Die Kartoffelsituation ist in der Tat an der Ruhr heute der entscheidende Punkt. Ich sage Kartoffeln, im Grunde heißt das Ernährung. Es kommt nicht darauf an, daß nur der Bergmann seine drei oder dreieinhalb Tausend Kalorien pro Tag hat. Er bekommt sie. Er muß daneben die Familie versorgen. Es kommt dabei nicht nur Frau und Kind in Betracht, sondern er muß darüber hinaus das Gefühl haben, daß um ihn herum die Menschen einigermaßen leben.
Von uns aus gesehen sieht das Problem so aus: Da ist der Bergmann mit dreieinhalb Tausend Kalorien täglich. Und daneben, hundert Meter weiter, steht der Arbeiter in der Hütte. Er bekommt nichts. Er hat im letzten Winter manchmal nur 800 Kalorien bekommen. Beide Männer stehen nebeneinander. Der Bergmann hat Schnaps, Zigaretten, Kleidung und dazu die gute Ernährung. Und der andere hat nichts. Und wie ist es bei der Reichsbahn? Die abgestellten Arbeiter und Angestellten auf den Gruben bekommen die Zulagen, und hinter der Weiche, hundert Meter davon, steht der andere, der genau denselben Wagen schiebt und der auch 800 Kalorien bekommt. Dieser Zustand kann nicht aufrechterhalten werden. Ich sage eines: Wir werden im März, wenn die Ernährungslage nicht grundsätzlich geändert wird, Streiks haben. Das steht fest. Damit fällt unser wirtschaftliches Programm zusammen. Noch braucht im März keine bessere Ernährung dazusein. Das kann kein Mensch schaffen. Was die Leute wissen wollen, ist, daß die politische Führung auf deutscher Seite es ernst meint mit einer Wendung im Ernährungsproblem und es sich nicht mehr gefallen läßt, daß wir auf den Hungerrationen sitzen. Das muß geschehen. Das muß in der nächsten Woche, lieber Freund *Müller*, auf deutscher Seite den Engländern und Amerikanern so klar gesagt werden, daß sie wissen: Die Gefahr steht vor der Türe, könnt ihr es ändern? Und wenn sie es nicht tun, stellen wir uns, meine Herren, selber an die Spitze des Streiks, nicht da draußen, aber wir selber werden in den Streik treten.
Es ist das Kernproblem, und darum komme ich immer wieder darauf zurück.

[15] In der Vorlage: "Kohlen". In einer Abschrift der Rede Semlers in der Anlage zum Protokoll (ACSP, CSU-Landesausschüsse, 3. und 4. Januar 1948) heißt es "Kartoffeln", was offensichtlich auch hier gemeint war.

Die Eisen- und Stahlproduktion muß gesteigert werden. Wir haben einige Erfolge erzielt. Es ist nach schwerem Kampf mit den Engländern gelungen, uns die Freiheit in der Erzeinfuhr zu erstreiten. Der englische Plan war der, daß wir voll gebunden sein sollten und nur noch über London Schwedenerze kaufen sollten. Ich habe einen bösen Handel machen müssen. Beides habe ich frei bekommen. Ich habe etwas opfern müssen in einem noch einmaligen Schrottkontrakt. Aber das ist der letzte, und nunmehr sind wir frei in der Erzeinfuhr. Wir können nach den 1,25 Millionen Tonnen, die wir von England fürs erste Halbjahr haben kaufen müssen, nunmehr von Schweden kaufen und wir können, nachdem wir 100.000 Tonnen Schrott zu sechs Schilling pro Tonne nach England haben liefern müssen, unseren Schrott in der Welt verkaufen, wohin wir wollen. Ja, meine Herren! Das war nicht ganz einfach. Als ich mein Amt antrat, erhielt ich die Auflage, eine Million Tonnen Schrott für sechs Schilling nach England zu liefern. Das habe ich abgelehnt. Daraufhin habe ich einen Befehl bekommen, mich gegen den Abschluß nicht quer zu legen. Ich habe die Achseln gezuckt. Als dann noch nicht abgeschlossen wurde, wurde mir befohlen, zu sechs Pfund zu verkaufen. Daraufhin bin ich zu den Generälen gegangen und habe ihnen gesagt: Meine Herren, ich bitte [um] einen Befehl zur Lieferung von einer Million Tonnen Schrott zu sechs Pfund. Dann ist das eine Reparationsleistung, die werde ich ausführen. Aber ihr könnt keiner deutschen Stelle befehlen, freiwillig einem Vertrag zuzustimmen, der nicht auf Weltmarktbasis abgeschlossen ist.

(Beifall.)

Als ich mein Amt antrat, haben wir die Tonne Kohle für zehn Dollar verkauft und irgendwelchen Interessenten fünf Dollar pro Tonne geschenkt. Aber seit September zahlen uns alle Abnehmer 15 Dollar. Das ist der heutige ordentliche europäische Preis. Genauso werden wir es auch in anderen Fällen halten. Wir werden den Engländern abgewöhnen müssen, nach drei Jahren weiterhin die deutsche Wirtschaft auszuplündern.

(Beifall.)

Ich weiß nicht, wieweit gegenwärtig ist, daß die beiden Westzonen schon in einer sehr engen Verbindung mit den anderen europäischen Ländern auf gewissen Gebieten stehen. Wir sind ja immer noch sehr abgeschlossen und auf das an Nachrichten angewiesen, was man uns so über Radio und Zeitungen zudosiert. Tatsächlich entwickelt sich auf dem Gebiet der europäischen Wirtschaft eine Gemeinschaftsorganisation, die für uns ungemein bedeutsam ist und in der wir hoffentlich - es sieht so aus - in absehbarer Zeit auch in vielen Fällen ratend mit teilnehmen können. Sie existiert auf dem Gebiet der Energiewirtschaft bereits. Sie existiert auf gewissen Teilen des Transportwesens und sie existiert vor allem in der Kohle. Das bitte ich mit zu bedenken, wenn wir in den Dispositionen nicht frei sind, nicht völlig frei auch dann, wenn man im weiteren Maße die deutschen Stellen mit der freien Erledigung der anfallenden Arbeiten betraut.

Diese Gemeinschaftsorganisationen können eines Tages in der Tat für Europa von allergrößter Bedeutung werden, nicht nur die ICO, die Kohlenorganisation, sondern in allererster Linie der Energiepool. Das hat natürlich auch für die Energieerzeugung und die Kraftquellen unseres eigenen Landes seine Folgen. Immerhin, wir haben doch bereits der europäischen Gesamtvereinbarung zu danken, daß an einem ganz entscheidenden Punkt der Industrieplan wieder durchbrochen ist. Das Verbot der Neuerrichtung großer Kraftquellen ist hinsichtlich der beiden Werke, die wir bei Neuss jetzt

auf der Braunkohle errichten werden, nicht mehr da, und der Ausbau dieser beiden großen Werke wird uns in eine noch sehr viel engere Verbindung mit der europäischen Gesamtenergiegemeinschaft bringen.
Vor allem möchte ich warnen und mich damit an die Bayerische Staatsregierung wenden. Die Entwicklung in der Energieversorgung an der Ruhr wird konstant vor sich gehen. Ich glaube, wir dürfen hoffen, daß wir, wenn nicht ernste Rückschläge kommen, im Laufe der nächsten vier bis fünf Jahre eine Energieerzeugung haben werden, die weitgehend die Abgaben für Winterstrom ermöglicht. Trotzdem warne ich Bayern davor, sich darauf zu verlassen. Die alten Vorkriegsverhältnisse werden nicht wiederkehren. Vom bayerischen Standpunkt aus sollte man zwei Probleme sehr dringlich beachten: Die Möglichkeit, aus Wasser Winterstrom zu beschaffen, was nur über die Vergrößerung und Neuerrichtung von Speicherwerken geht, und zum zweiten - und das ist ein Punkt, der nicht unmittelbar hierher gehört, aber die Energie betrifft, *Seidel* ist nicht da, er müßte das vertreten - möchte ich dringend bitten, das Augenmerk darauf zu richten, daß die Industrie in Bayern nach der Geldordnung mit den gegenwärtigen Strompreisen nicht existieren kann. Es ist undenkbar, daß eine Industrie, die stromintensiv ist, mit acht Pfennigen betrieben werden kann, schon um deswillen nicht, weil nebenan Württemberg mit niedrigeren Strompreisen arbeitet und in Nordwestdeutschland man oft Preise von viereinhalb bis fünf Pfennig für den gleichen Strom hat. Das wirft hier bei Ihnen ein Problem auf, das Problem der Gemeindefinanzierung. Gerade in diesem Kreis darf ich sagen, daß das eine schwere Sorge ist. Ich weiß es. Bisher haben die Gemeindeetats sehr weitgehend auf den Stromeinnahmen basiert. Diese Dinge sind bekannt. Trotzdem rate ich Ihnen dringend, diese Frage jetzt ernstlich zu studieren. Denn der Ansturm wird nach der Geldordnung kommen, und ich kann mir nicht vorstellen, daß wir ein Interesse daran haben, wichtige Industrien, die für Bayern sehr bedeutsam und deren Einnahmen auf lange Sicht auch für den Staatshaushalt immerhin beachtlich sind, aus dem Lande zu treiben, was geschehen wird, wenn der Strompreis so bleibt, wie er heute noch in Bayern ist. Er ist im Verhältnis zu den anderen deutschen Ländern vollkommen abnorm. Noch haben Sie Zeit, Sie haben ein Vierteljahr Zeit oder wie lange, ich weiß es nicht, wann die Geldordnung kommt. Aber wenn sie kommt, muß diese Frage in Bayern gelöst sein. Sonst werden Sie erleben, daß eine Reihe von Industrien ihre Türen schließen.
Der Weg zu den internationalen europäischen Gemeinschaften, von denen ich sprach, muß aufgemacht werden. Die Türen müssen geöffnet werden, und wir müssen dort Anschluß gewinnen. Denn da fallen in den nächsten Jahren zweifelsohne Entscheidungen, die ihre schweren Rückwirkungen auch auf die gesamte deutsche Wirtschaft haben. Die Aussicht besteht, wie denn überhaupt der zweite Punkt neben der Steigerung unserer wirtschaftlichen Grundelemente das Freikämpfen im Außenhandel gewesen ist und noch heute Aufgabe meiner Verwaltung ist. Für jeden von uns, der draußen auf der Straße geht oder heimkommt, bleiben die Sorgen gleich, die der Alltag bringt. Wir ärgern uns über das Bezugscheinsystem, daß wir nichts bekommen, über Kompensationen, den grauen, mittelgrauen und Schwarzen und dunkelgrauen Markt. Das sind Dinge, die uns täglich ärgern und die täglich kritisiert werden.
Meine Herren, das sind alles nur Symptome. Ist denn das deutsche Volk verrückt und unmoralisch geworden, sind denn sämtliche Leute verrückt geworden? Sind unsere Industriellen nicht mehr bei Sinnen? Glaubt denn ein ernsthafter Mensch, daß es dem Bauern nicht hundertmal lieber wäre, wenn er anständiges, gutes hartes Geld für seine Butter und Eier bekommt, anstatt daß er hinten herum sich alles eintauschen

muß? So ist es nicht. Das sind Krankheitssymptome, die äußerliche Erscheinungen darstellen, aber nicht die Krankheit selber sind. Gewiß, man muß auch als Arzt, wenn solche Geschwüre aufbrechen, natürlich die Wunde behandeln. Jeder Arzt wird zunächst sagen: Woher kommt das Geschwür? Er wird dann der Sache nachgehen und den wirklichen Krankheitsherd feststellen. Festgestellt haben wir ihn lange. Man hat uns nicht die Mittel zur Operation gegeben. Darum bitte ich Sie um eines sehr: Beurteilen Sie die Wirtschaftsverwaltungen - ich spreche nicht nur von meiner, sondern auch von jenen der Länder - etwas gerechter. Man soll alle Auswüchse, die in Eigennutz bestehen und die man erwischen und verfolgen kann, schärfstens verfolgen. Allerdings, Herr Justizminister [*Josef Müller*], müssen die Gerichte funktionieren und diese Leute wirklich am Kragen bekommen.

(Sehr richtig!)

Aber damit ist es natürlich nicht getan, sondern man muß den Dingen an der Wurzel begegnen.

Und dann vor allem auch noch einmal ein ernstes Wort! Daß es dazu gekommen ist, da haben wir Deutschen bei Gott nicht Schuld. Wir haben diese Situation seit der Kapitulation nicht herbeigeführt. Wenn heute Befehle kommen, daß Kompensationen bis zum Letzten verboten werden und mit ganz entsetzlichen Strafen und Drohungen gegen die Mitglieder der Staatsregierung zu verfolgen sind, so kann ich nicht finden, daß wir es notwendig haben, unsere Wirtschaft von uns aus auch noch endgültig zugrunde zu richten. Jeder Mensch weiß, daß man heute ohne Kompensationen praktisch einfach nicht mehr durchkommen kann. Wir möchten sie alle sofort abschaffen. Uns wäre es allen wohler, wenn sie nicht notwendig wären. Wer hat bis heute die Währungsreform hintertrieben? Wir Deutschen? Können wir dafür, wenn der Kontrollrat sich seit einem Jahr über nichts mehr einigt? Kann ich dafür, daß jetzt Ihr Bayern 300 Millionen oder wieviel in Eurem Etat aufgeknackt bekommt und alles über den Haufen geworfen wird wegen der idiotischen Subventionen für Kohle und Eisen da oben? Wollen Sie sagen, daß nicht jeder Kohlenverbraucher in der Industrie die 1,50 RM oder zwei RM ganz gern bezahlt hätte? Er hat ohnedies kaum Kohlen bekommen. Hätte man rechtzeitig den Kohlenpreis heraufgesetzt und das Kostenminimum ausgeglichen, dann ständen nicht über zwei Milliarden im Etat der britischen Zone, die jetzt freundlichst auch auf die süddeutschen Länder umgelegt werden. Jetzt, wo die wirklich schwersten wirtschaftlichen Fehler der Besatzungsmächte offenkundig sind und auch für den Laien offenkundig werden, jetzt sollen wir die Verantwortung dafür übernehmen.

Jetzt schiebt man uns freundlichst die Freiheit des Handelns zu. Ja, wo ist sie denn, die Freiheit des Handelns? Seit Monaten verlange ich die Heraufsetzung der Kohlen- und Eisenpreise. Nicht daran zu denken! Kontrollratsbeschluß! Hier im Süden hat man vernünftigerweise die Preise der landwirtschaftlichen Schlüsselprodukte, der bekannten Kontrollratsprodukte, heraufgesetzt. In der britischen Zone hat man jetzt 1947 wieder 3,5 Millionen Subventionen daraufbezahlt; wahrscheinlich werden Sie sie auch noch bekommen. Nein, meine Herren, so geht es wirklich nicht.

Das ist Punkt 2. Wir haben ganz bestimmte Voraussetzungen, ohne die die wirtschaftliche Sanierung des Jahres 1948 nicht durchzuführen ist; und diese Voraussetzungen müssen erfüllt werden, weil sie erfüllt werden können. Es geht ja leider nicht ohne Planung. Die Wirtschaft ist nun einmal in diesem Augenblick sicher nicht - und auf längere Sicht wahrscheinlich auch nicht - ohne sinnvolle Planung zu führen. Ich habe

darauf verzichtet, für das Jahr 1948 Pläne in die Wolken zu machen unter Nachweisen, wenn das oder wenn das eintritt, sondern ich habe mich hingesetzt mit unseren Leuten und habe gesagt: Für was können wir schaffen? Nun, ich gebe 20% darauf, dann wollen wir es schaffen. So sind wir vorangegangen, so haben wir unsere Pläne gemacht. Und diese Pläne lassen sich durchführen, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt werden. Die erste Voraussetzung habe ich vorhin genannt: Eine Ernährungswirtschaft, die es gestattet, dem arbeitenden Menschen seine Kräfte zu erhalten und sie voll einzusetzen. Die zweite Voraussetzung ist wieder ein anständiges Geld für eine ehrliche Arbeit. Das muß kommen im Jahre 1948.
Der Zeitpunkt: Darüber mag man nachdenken. Es ist nicht notwendig - glauben Sie mir, meine Damen und Herren -, daß im Zeitpunkt der Währungsordnung bereits alle Läger voll und alle Läden überfüllt sind. Das ist nicht notwendig. Aber etwas anderes ist notwendig: Daß in dem Moment der Währungsordnung das Volk das Gefühl hat, von jetzt an geht es regelmäßig weiter! Ich muß der Bevölkerung sagen können: Wenn ab morgen nunmehr das neue Geld da ist und eure Löhne in dem neuen Geld bezahlt werden, könnt ihr zwar nicht sofort alles wieder kaufen - natürlich kommen Läger, kommen die gehorteten Waren heraus. Es ist gar nicht so arg, glauben Sie mir! Die ersten Monate werden wir überbrücken; und wenn ich die Dollars in die Tasche bekomme, die ich brauche, um rasch kaufen zu können, wenn sich offenkundig zeigt: Hier ist ein Mangel an dem und dem Artikel, wenn unsere Bevölkerung das Gefühl bekommt: Jawohl, jetzt fängt es an, wieder vernünftig in Deutschland zu werden - dann hat es Zeit! Aber man darf die Bevölkerung nicht betrügen. Wir dürfen keine Währungsordnung machen, wenn hinter uns nichts ist.

(Sehr richtig!)

Also, die Ware braucht noch nicht dasein. Das Gefühl genügt, wenn ich im Laufe des Jahres nachschieße und wenn langsam die Dinge beginnen, wieder zu roulieren. Aber ich muß die Rohware kaufen können; und wovon soll ich für eine Währungsordnung die Rohware kaufen, wenn ich heute nur noch auf Exporterlöse angewiesen bin, deren Gestaltung ich bis heute noch nicht einmal in der Hand gehabt habe! Doch, seit vorvorgestern dürfen wir wenigstens unsere Importpläne alleine machen. Das haben wir erreicht.

(Heiterkeit.)

Aber kaufen tun immer noch jene.
Und nun auch noch ein Wort der Kritik. So schlimm, wie es geworden ist, hätte es nicht zu werden brauchen, wenn der Einfuhr- und der Ausfuhrhandel anders gesteuert worden wäre. Wir haben Millionen und Millionen von Dollars auf Konto liegen gehabt im Jahre 1947. Wir haben gefleht und gebeten, uns diese Dollars zum Einkauf von Waren zur Verfügung zu stellen. Nein, die sind auf dem Konto liegen geblieben, liegen geblieben und liegen geblieben. Die hätten vier-, fünfmal roulieren können, und wir hätten nach Deutschland Waren einführen können. Aber bei der JEIA sind sie liegen geblieben.

(Zuruf: Warum sind sie liegen geblieben?)

Ich will Ihnen das Warum [nicht] sagen: Da kann sich jeder denken, was er will. Mir kommt es auf etwas anderes an: Ich schaue, daß ich die Dollars bekomme. Drum haben wir dies jetzt erreicht, daß wir den Außenhandel nun nach unseren Plänen aufziehen dürfen. Wir legen jetzt die Pläne zur Genehmigung vor. Und wir wollen schauen,

daß wir ihn von diesen Fesseln, in denen er bisher war, befreien. Einen Schritt haben wir auch wieder fertiggebracht. 14 Tage vor Weihnachten habe ich die Genehmigung bekommen: Ich darf jetzt mit allen Staaten der Welt wieder direkte Handelsvertragsverhandlungen führen. Das wird uns wieder ein Stück voran bringen, denn diese bisherigen Verträge haben den Außenhandel stranguliert, statt ihn zu fördern.

(Sehr richtig!)

Alles das, meine Herren, kostet täglichen Kampf und tägliche Arbeit. Weit davon entfernt, Ihnen das Bild erschöpfend vorstellen zu können, lag mir ja nur daran, Ihnen die Hauptpunkte zu zeigen, Ihnen zu zeigen, worauf es ankommt bei den Entscheidungen. Denn nun kommen noch - damit bin ich auch bald am Schluß - die entscheidenden Punkte. Und da wende ich mich wieder an unsere beiden Männer, die ja unsere Union nachher in den Verhandlungen vertreten werden. Wir müssen darauf bestehen, daß die Währungsreform in einem Zeitpunkt und in einer Art durchgeführt wird, die es uns erlaubt, die Verantwortung als Politiker zu tragen.

(Sehr richtig!)

Es darf nicht immer wieder passieren, daß uns diese Dinge als erledigte Sachen auf den Tisch geflattert kommen und wir dann die Ehre haben, sie auszuführen. Meistens stellen wir dann noch fest, daß sie in der Form gar nicht auf uns passen und in der Form gar nicht bei uns ausgeführt werden können.
Einen Punkt möchte ich allerdings zur Diskussion stellen; ich will Ihnen gleich meine persönliche Meinung sagen. Von der Wirtschaft aus gesehen müssen wir verlangen, daß vor der Währungsreform die Steuerreform erfolgt.

(Sehr richtig!)

Nicht das leiseste technische Bedenken besteht dagegen. Es kann nur das bedenklich scheinen, daß entweder der Kontrollrat nicht funktioniert - denn diese Frage muß vom Kontrollrat entschieden werden - oder daß anderweitige Gesichtspunkte maßgebend sind, die nicht erlauben, die wirtschaftenden Menschen von dieser strangulierenden Steuergesetzgebung zu befreien. Wir müssen wenn die Wirtschaft nach der Geldreform wieder in Gang kommen soll, verlangen, daß Einkommens-, Körperschafts- und Vermögenssteuer neu gestaffelt werden. Dabei wird jeder vernünftige Mensch einsehen, daß wir mit sehr hohen Steuern rechnen müssen. Die Länder brauchen das Geld, der Staat hat entsetzliche Aufgaben zu erfüllen, und jeder von uns wird für soundso viele andere, die nicht arbeiten können, mitverdienen müssen; das wissen wir, glaube ich, alle. Aber was geschehen muß, ist: Die Staffelung muß so erfolgen, daß für eine Mehrleistung auch wieder ein Anreiz da ist und daß nicht jede Mehrleistung einem womöglich noch Vermögen kostet.

(Sehr richtig!)

Es besteht nicht der leiseste Grund, meine verehrten beiden Herren, die Steuerreform hinter die Währungsreform zurückzustellen. Auch die Finanzminister tun gut daran, wirtschaftlich zu denken; sie tun gut daran, sich zu überlegen, daß eine gesunde Wirtschaft ihnen mehr Steuern bringt, als eine strangulierende Steuergesetzgebung.

(Zustimmung.)

Daher bitte ich auch, daß in dem Punkte der Steuerreform mit äußerster Schärfe und Härte verlangt wird, daß die Steuerreform so schnell wie möglich Platz greift. Denn -

ich glaube, ich irre mich nicht - wenn eine vernünftige Steuerreform in den nächsten drei Monaten publiziert wird und wir von der Union in unserer Presse und über Wort und Schrift den Leuten sagen: Schaut her, jetzt geht es an! Güter, das geht langsam. Geld, Vorsicht! Aber jetzt geht es an. Die Steuerreform ist das erste. Die Preisberichtigung muß parallel gehen. Wir müssen die Preisberichtigung in Kohle und Eisen haben; sonst kann kein deutsches Land einen Etat aufstellen. Es ist undenkbar, daß wir laufende Subventionen in den Etats nach der Geldordnung verankern können. Schon heute hat der Finanzminister ein schweres Nachgeben; denn woher soll er die Einnahmen nehmen, um die unabdingbaren Aufgaben, die ihm auferliegen, zu bestreiten? Überhaupt werden die Landesregierungen, jetzt, wo das neue Etatjahr beginnt, ja schon Sorgen haben müssen, wie sie dann in Verbindung mit der Geldordnung und unter den neuen Verhältnissen, die sich dann darstellen, die Lasten auch der Bürokratie weitertragen wollen.

(Sehr gut!)

Ich möchte den Versuch machen, ob es auf unserem Gebiet nicht gelingt, den Riesenapparat, den heute die Wirtschaftsverwaltung aller Stellen, einschließlich meiner eigenen, darstellt, so zeitig reduzieren zu können, daß der Erfolg einigermaßen in einem Verhältnis zu dem Aufwand und den Kosten steht. Das allerdings setzt wiederum voraus, daß diese Maßnahmen, wie die Durchführung der Geldordnung und die anderen, die ich angedeutet habe, in einem vernünftigen Zusammenhang miteinander durchgeführt werden. In dem Moment kann die Wirtschaftsverwaltung draußen damit beginnen, beim Wirtschaftsamt in Ort und Stadt und Dorf kann die Funktion zurückgezogen werden. Man wird dann anders bewirtschaften und vor allem da, wo es sich um Güter handelt, die noch auf drei Jahre Mangelgüter sind, um Schuhe und Kleidungsstücke, um das, was das Volk braucht und was gerecht verteilt werden muß. Aber ich brauche nicht mehr alle Kaninchenfelle zu bewirtschaften, und es ist nicht notwendig, daß ich 30 Leute in Minden sitzen habe, die über die Kaninchenfelle beraten.

(Heiterkeit.)

Drum: Mit welchen Mitteln wollen wir nun versuchen, das zu erreichen? Ich habe zu Ihnen gar nichts über den Frankfurter Apparat gesprochen. Meine Herren, eines allerdings darf ich in diesem Zusammenhang politisch kurz streifen: Wir stehen vor der eigentlichen Entscheidung - wenn wir das alles bedenken, was ich mir eben erlaubte, Ihnen vorzutragen -, vor der eigentlichen Entscheidung ja jetzt erst, wenn es sich fragt: Ist nun London ein endgültiger Mißerfolg, etwas Endgültiges oder nicht? Da möchte ich von meinem Standpunkt etwas sagen, nur eines. Ich will nicht dazu Stellung nehmen, ob man abwarten, ob man politisch noch ein Jahr zuwarten, ob man eine Westregierung anstreben soll oder nicht, ob man hier eine deutsche Regierung machen soll und die Russen drüben tun läßt, was sie wollen. Ich fühle mich nicht berufen, eine solch staatspolitische Entscheidung Ihnen vorzutragen. Eines müssen Sie bei diesen Überlegungen bedenken - und unsere führenden Männer müssen bei ihren Entschlüssen und Vorhaben das auch bedenken: Die schönste staatsrechtliche Konstruktion nützt Ihnen gar nichts, wenn unter Ihnen die Balken krachen und zerbrechen. Daher habe ich mir erlaubt, die entscheidenden wirtschaftlichen Voraussetzungen darzustellen, die nötig sind, damit das Gebälk hält. Wenn die erfüllt werden - das, glaube ich, darf ich sagen -, dann ist es ziemlich egal, ob man diesen komischen Wirtschaftsrat mit seinen Institutionen noch ein halbes Jahr weitermachen läßt oder ob man ihn ändert.

Der Apparat ist gut oder schlecht, aber es läßt sich arbeiten - die Versicherung kann ich geben -, wenn wir die Balken zusammenhalten, wenn die Voraussetzungen erfüllt werden, können wir noch ein halbes Jahr weitermachen. Vielleicht ist eines Tages die Möglichkeit geschaffen, daß wir die deutsche Lage wieder zusammenbringen und wir eine Westregierung machen können. Die läßt sich machen. Es wäre gescheiter, sie nicht auf dem Wirtschaftsrat aufzubauen. Das ist eine Institution, der alle Praktiken zur Verfügung stehen, damit das erhalten wird, was noch erhalten werden kann, und in der auf lange Zeit im wesentlichen der Boden da war, den Kampf mit den Alliierten zu führen, um den Restbestand für unsere Zukunft zu erhalten. Darauf ein zukünftiges ganzes staatsrechtliches Gebilde aufzubauen, würde mir nicht gut erscheinen. Es ist auch gar nicht nötig. Diese Entscheidungen, meine Herren, lassen sich unmittelbar treffen. Es ist nicht wahr, was uns die Amerikaner jetzt dauernd vorgaukeln wollen, daß diese wirtschaftlichen Voraussetzungen unabdingbare Voraussetzungen für die eine oder andere politische Lösung wären. Nein, die politische Lösung, die staatspolitische Lösung läßt sich so finden, wie wir alle miteinander es für richtig halten und ist nicht abhängig davon, wie die wirtschaftlichen Voraussetzungen sind. Wohl aber sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen notwendig für jede staatspolitische Lösung, ganz egal, wie sie gefunden werden soll.
Diese wirtschaftlichen Voraussetzungen - und damit wende ich mich noch einmal an unsere beiden führenden Männer unserer Partei - müssen Sie in Frankfurt nächste Woche erstreiten. Darum müssen Sie kämpfen; und wenn Sie das tun, dann machen Sie sich selber den Weg frei für die staatspolitische Lösung, die im Interesse Deutschlands liegt.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich danke in Ihrer aller Namen und im eigenen Namen unserem Parteifreund *Semler* für das von ihm erstattete Referat.
Sie erinnern sich an die Tage des letzten Sommers, in denen die Entscheidung in Frankfurt fiel für den Aufbau des damals neu gebildeten Wirtschaftsrats. Es waren für die Union die vielleicht bis dahin entscheidungsvollsten Stunden. Wir waren uns darüber klar: In den einzelnen Ländern war der Aufbau der Demokratie, der Aufbau der Staats- und Wirtschaftsordnung so weit gestaltet worden, daß die Länder als solche die Möglichkeit hatten, eine Basis für eine Weiterentwicklung des eigenen Landes, des eigenen Bestandes zu erreichen, daß sie aber auch bereits so weit fundiert waren, daß sie miteinander zusammenwirken konnten, um eine gemeinsame deutsche Wirtschaft und Gesellschaftsordnung schaffen zu helfen. Es ging uns damals nicht um einen Parteienstreit, nicht darum, ob etwa die SPD in die Verantwortung mitgenommen werden sollte oder nicht; es ging uns um die Klarheit der Erkenntnis, daß nur durch eine nüchterne Politik unserem Volk Brot und Arbeit geschafft werden kann. Da helfen keine Parteidogmen. Idealismus ist notwendig; in der Politik aber muß man in solchen Stunden nüchtern und frei von Gefühlswerten bleiben, und man muß die Entscheidungen so treffen, daß man nach bestem Wissen und Gewissen dafür garantieren kann, daß nur nach wirtschaftlichen Prinzipien gehandelt wird, gerade angesichts der Tatsache, daß durch zwei Kriege in einer Generation viel Substanz verwirtschaftet ist und daß die Substanzschaffung das Allerwichtigste geworden ist.
Damals haben wir nach reiflicher Prüfung, nachdem wir keine Möglichkeiten mehr sahen, in nüchterner Weise mit der SPD zusammenzuarbeiten, die Verantwortung für

die Union allein übernommen, gestützt von einigen anderen kleinen Parteien. Als wir die Verantwortung übernommen haben, war für uns gleichzeitig die schwerste Frage zu lösen: Wer wird der Mann sein, der das Direktorium für Wirtschaft übernimmt, das wichtigste Direktorium, das damals bestanden hat? Wer werden die anderen Männer sein, die die anderen Direktorien übernehmen? Denn es hängt nun einmal der Erfolg - und in der Politik ist vielfach der Erfolg entscheidend - davon ab, daß Männer gefunden werden, die das Wissen haben, das notwendig ist,

(Sehr richtig!)

daß Männer gefunden werden, die auch nicht vor Risiken zurückweichen, die - in klarer Erkenntnis der Notwendigkeiten - die Notwendigkeiten auch anfassen und nicht vor irgendwelchen Schwierigkeiten ausweichen. Wir haben damals unseren Freund *Semler* zum Direktor für Wirtschaft bestellt. Ich glaube, das Referat, das er Ihnen über die Arbeit, die er bisher geleistet hat, gegeben hat, zeigt, daß wir einen guten Griff gemacht haben, daß wir die Auswahl dieser Persönlichkeit unter allen Umständen verantworten konnten.

(Starker Beifall.)

Wir werden mit ihm zusammenarbeiten, so wie er bisher mit uns ausgezeichnet zusammengearbeitet hat. Denn nur durch gemeinsame Arbeit können die Aufgaben in Angriff genommen werden, die noch auf uns warten. Die Aufgaben werden nicht kleiner sein. Im Gegenteil, es ist zu erwarten, daß gerade die Themen, die er angeschnitten hat - Thema der Währungsumstellung und andere Themen -, uns vor viel schwierige[re] Aufgaben stellen, als wir sie je in Angriff zu nehmen hatten.

(Sehr richtig!)

Wir müssen uns darüber klar sein, daß dieser Vorgang sich weitestgehend auswirken wird auf die Gestaltung unserer wirtschaftlichen Struktur. Und die Gestaltung der wirtschaftlichen Struktur ist auch wesentlich mitbestimmend für die Erreichung unseres Ziels.

Worte allein genügen nicht, nur Arbeit kann uns helfen. *Semler* hat gearbeitet. Wir danken ihm nicht nur für das Referat, wir danken ihm hier auch für die Arbeit, die er bisher an seinem Posten für die Union, für das deutsche Volk und für Bayern geleistet hat.

(Allgemeiner Beifall.)

Wir haben noch manche Sorgen innerhalb des Frankfurter Bereichs offen. Ich halte es im allgemeinen nicht für zweckmäßig, die Sorgen so zu besprechen, daß jeder weiß, daß im Augenblick gerade ein Problem offen ist. Ich weiß z.B. nicht, ob es zweckmässig ist, die ganzen Sorgen, die wir um die Währungsumstellung haben, heute in die öffentliche Diskussion zu bringen. Ich halte das für unzweckmäßig. Hier gilt eines: Vertrauen zu denen, die die Aufgabe anfassen; Vertrauen auch dazu, daß sie die letzten Möglichkeiten überlegen, und Vertrauen dazu, daß sie nie und nimmer ihr eigenes Interesse, sondern nur das Interesse des gesamten Volkes im Auge behalten. Um dieses Vertrauen bitten wir nicht nur für uns hier innerhalb Bayerns, sondern wir bitten auch darum, daß Sie den Männern vertrauen, denen wir selbst unser Vertrauen geschenkt haben.

Vielleicht wird es notwendig sein, in Frankfurt da und dort einmal auch an Veränderungen zu denken, für den Fall, daß bestimmte weiter gehende Aufgaben in Angriff

genommen werden müssen. Denn die Frage der Bizone ist eine Frage, die für uns bisher als solche bestanden hat. Sie wird bald eine Ausweitung erfahren, denn die Bizone ist nur ein Provisorium. Wir stehen vor schwersten Fragen und vor schwersten Entscheidungen, Entscheidungen, die uns zum Teil zugeschoben werden; wenn wir uns nur an das eine Wort erinnern, daß alliierte Staatsmänner nicht an die Schaffung einer Westregierung dächten, wenn sie nicht von den Deutschen gefordert werde. Ein Wort, das uns vor Probleme stellt, mit denen wir als Deutsche bestimmt nicht allein, mit denen wir kaum fertig werden können.

Denken Sie nur daran: Das Herniederlassen des Eisernen Vorhangs würde bedeuten, daß wir etwa 20 Millionen Menschen aufgäben, zumindest vorübergehend aufgäben. Die Auswirkungen, die sich daraus in der Haltung der Bevölkerung ergeben würden, sind nur annähernd zu übersehen. Sicher ist, daß in diesem Augenblick ein Nationalismus vor allem in der Jugend wachsen würde,

(Sehr richtig!)

der größte Gefahrenquellen für die Zukunft in sich birgt. Hier das Richtige zu finden, wird eminent schwer sein. Die Bevölkerung in der Ostzone wartet darauf, daß wir richtig entscheiden, nicht nur für uns, sondern für Gesamtdeutschland. Wir dürfen unter keinen Umständen die Menschen, die in dieser Zone arbeiten und leiden, aufgeben.

(Laute Zustimmung.)

Wir haben sicher unsere Sorgen. Aber wenn Sie mit den einzelnen Menschen dort sprechen - nicht nur mit den Parteimenschen, sondern auch mit anderen, mit denen ich gesprochen habe, als ich jetzt dort war -, dann sehen Sie: Die Leute klammern sich - ich möchte sagen - an den Strohhalm, der ihnen noch geblieben ist, daß sie von uns gerettet werden aus ihrer materiellen und moralischen Not.

Wir haben unsere eigenen Sorgen. Wir haben es gemerkt, als wir in den letzten Monaten die Auseinandersetzungen über die Kartoffelfrage und andere Fragen hatten. Diese Sorgen sind dort noch viel, viel größer geworden. Denken Sie nur daran, daß die einzelnen Bauern draußen, die ihr Ablieferungssoll nicht erfüllen können, ihr Vieh weggenommen bekommen; sie werden dadurch so in ihrem Lebensniveau gedrückt, daß man annehmen darf, sie werden über kurz oder lang ein solches Niveau erreichen, daß innerhalb Deutschlands nicht mehr das gleiche Niveau der gesellschaftlichen Ordnung gilt. Hier dafür zu sorgen, daß die Leute dort noch den Boden unter den Füßen fühlen, daß sie sich noch einigermaßen als freie Menschen fühlen, ist für uns eine selbstverständliche Verpflichtung.

Sie haben in den letzten Tagen die Ereignisse in der Ostzone wahrgenommen, die Ereignisse für die Union der Ostzone. Sie haben hier von *Semler* einen Einblick bekommen in die Frankfurter Politik, in das, was sich innerhalb der beiden Zonen, der amerikanischen und der englischen Zone, tut. Die Union ist eine gesamtdeutsche Partei; sie ist die größte Partei Deutschlands. Sie hat aufgrund dieser Tatsache besondere Verantwortungen nicht nur vor dem deutschen Volk der Gegenwart, sondern auch vor dem deutschen Volk der Zukunft und vor Europa,

(Sehr richtig!)

denn Deutschland ist in Europa und bleibt in Europa, und niemand kann es verantworten, daß ein Teil Deutschlands aus europäischem Denken hinausgleitet.

(Beifall.)

Darum geht im Augenblick die Auseinandersetzung, die unsere Freunde in der Ostzone führen. Es geht nicht um Personen. Gewiß, wir in Deutschland neigen im allgemeinen zum politischen Heroismus oder zur Heroisierung der Politik und zur Schaffung von politischen Heroen. Wir sollten mehr dazu kommen, daß der Realismus durchgesetzt wird und daß die einzelnen Persönlichkeiten sich heroisch opfern für eine nüchterne Politik, die keine Lorbeeren einbringt und keinen Beifall der durch Instinkt gereizten Massen. Es geht auch dort nicht etwa um heroische Kämpfe allein. Der einzelne Mann draußen, der für die Union arbeitet, hat einen Heroismus, der von uns Männern der Christlich-Sozialen und Christlich-Demokratischen Union in ganz Deutschland anerkannt werden muß,

(Sehr richtig!)

denn er arbeitet unter Verhältnissen, von denen wir uns zum Teil keine Vorstellung machen. Für ihn steht jeweils der Schrecken des nächsten Tages immer im Vordergrund des Interesses und der Weg in das moderne KZ oder noch weiter. Diesen Männern unsere Anerkennung zu zollen, ist uns eine selbstverständliche Verpflichtung nicht nur als Partei, sondern auch aus unserem christlichen Gewissen heraus. Wir selbst werden helfen, um die Schwierigkeiten zu überwinden.

Die Begegnung, die - wenn ich darüber jetzt berichten darf - in Berlin stattgefunden hat, hat nichts zu tun mit Sensationellem. Leider fehlt heute gelegentlich das Verständnis auch innerhalb der Presse für die Nüchternheit dieser Tatsachen angesichts der Not des deutschen Volkes, und aus Fragen, die für uns wirklich nichts mit Sensation zu tun haben, werden dann manchmal sensationelle Vorgänge gestaltet. Die Auseinandersetzungen, wie sie dort jetzt auch zwischen der russischen Militärregierung und uns stattgefunden haben, wurden nicht etwa ausgelöst durch das Interesse an einem sensationellen Vorgang. Es geht uns hier um das Entscheidende: Ist es möglich, in diesem Teil Deutschlands, der von der russischen Militärmacht besetzt ist, die freie Persönlichkeit zu erhalten oder nicht? Ist es möglich, eine einheitliche deutsche Demokratie in allen vier Zonen zu gestalten oder nicht? Und ist es möglich, das Lebensniveau des deutschen Volkes in allen vier Zonen so zu gestalten, daß kein Teil des deutschen Volkes verzweifeln muß? Das sind Aufgaben, die gestellt sind für unsere Christlich-Soziale und Christlich-Demokratische Union Deutschlands.

Ich darf hier vielleicht noch das Problem um die Personen *Kaiser* und *Lemmer* behandeln. Glauben Sie nicht, daß es dabei nur um diese Personen geht!

(Sehr gut!)

Sicher, Persönliches spielt immer eine Rolle. Wir haben im letzten Jahr selbst Erfahrungen gesammelt, daß persönliche Fragen heute mit grundsätzlichen Fragen vermengt werden und daß die Kämpfe auch stark aufs Persönliche abgestellt sind. Es ging hier darum: *Kaiser* und *Lemmer* waren von der Zonenversammlung der Christlich-Demokratischen Union der russischen Besatzungszone zu Zonenvorsitzenden gewählt. Es ist nicht ausgeschlossen - und das ist sehr vorsichtig ausgedrückt -, daß die Vorgänge in Berlin doch irgendwie im Zusammenhang stehen mit den Entscheidungen, die in London getroffen worden sind. Es ist selbstverständlich, daß sich die Politik, die auf der großen Ebene gespielt wird, irgendwie bei uns auswirkt. Es ist durchaus möglich, daß das Politbüro in Moskau sich zur Zeit vor die Aufgabe gestellt sieht, seine Einflußsphäre nach einer Abgrenzung abzusichern, die vorgenommen wurde. Und hier werden wir darüber wachen, daß sich nicht ein Gleichschaltungsvorgang in-

nerhalb der russischen Besatzungszone entwickelt, der Ähnlichkeit hat mit dem Gleichschaltungsvorgang des Jahres 1933.

(Sehr gut!)

Wir haben erlebt, was die Kollektivierung des Jahres 1933 bedeutet hat, und wir werden uns aufgrund unserer christlichen Weltanschauung gegen jeden Versuch stemmen, ein neues Kollektiv des Nationalismus und des Sozialismus und des Nationalismus und des Kommunismus zu schaffen.

(Beifall.)

Denn Nationalkommunismus ist die gleiche Gefahr wie der Nationalsozialismus.

(Sehr richtig!)

Wir werden mit der Sprache nicht zurückhalten dürfen, wenn wir vor unserem Gewissen bestehen wollen.

(Zustimmung.)

Wir wollen sicher die Verständigung mit den anderen Völkern der Welt; wir wollen vor allem eine gute Zusammenarbeit mit unseren Nachbarvölkern. Die Zusammenarbeit mit dem russischen Nachbarvolk läßt sich an und für sich schon schwieriger gestalten allein im Hinblick auf die Tatsache, daß wir hier in Mitteleuropa in unserer Geschichte immer mehr Kontakt mit dem Westen und mit dem Süden als mit dem Osten hatten. Wir stehen zum ersten Mal vor der Tatsache, daß eine russische Besatzungsmacht auf deutschem Boden steht bis vor Fulda und Kassel, und wir wissen, daß wir nicht etwa eine Oase der Glücklichen im übrigen Deutschland schaffen können. Weil wir das wollen, lehnen wir auch jede Propaganda von unserem Volk oder von Politikern unseres Volkes gegen andere Völker, gegen jedes andere Volk ab. Wir wollen allen Völkern, die unsere Nachbarvölker sind, und allen Völkern der Welt die Sicherheit geben gegen einen expansiven deutschen Nationalismus. Wir haben genug von zwei Kriegen in einer Generation; wir wollen keinen dritten Krieg haben.

(Sehr gut!)

Aber wenn wir - das habe ich in Berlin bei der grundsätzlichen Auseinandersetzung erklärt, als die beiden russischen Besatzungsoffiziere in unserer Vorstandssitzung erschienen waren - diese Sicherheit geben, dann müssen wir *eine* Sicherheit verlangen: Die Sicherheit dagegen, daß unsere Kultur nicht durch eine uns wesensfremde Kultur überlagert wird.

(Beifall.)

Diese beiden Sicherheiten sind Voraussetzung für die Verständigung von Volk zu Volk, und wir werden infolgedessen jeden Versuch bekämpfen, der darauf hinausläuft, unsere Kultur zu überlagern und ein wesensfremdes Denken in die deutsche Gesellschaft zu bringen.

Der Vorgang ist in der Presse dargestellt worden; ich habe ihn vor kurzem am Radio behandelt. Ich brauche hier nicht weiter darauf einzugehen. Ich habe nichts anderes getan, als das, was ich bisher bei allen Tagungen der Union festgehalten habe. Unsere Demokratie ist darauf begründet, daß uns bestimmte Rechte zugestanden worden sind. Wir wissen noch nicht einmal, ob wir selbst den Wunsch gehabt hätten, bereits im Jahre 1945/46 die Möglichkeit zum Aufbau politischer Parteien eingeräumt zu er-

halten. Vielleicht war es sogar verfrüht, und es wäre besser getan gewesen, die Besatzungsmächte hätten auf längere Zeit sichtbar die Verantwortung behalten, nachdem wir ja doch durch ihren Willen überlagert sind.

(Sehr richtig!)

Aber wenn uns schon die Möglichkeit gegeben wurde, durch den Aufbau deutscher Parteien eine deutsche Demokratie zu gestalten, wenn uns schon die Möglichkeit gegeben ist, unsere Staatsordnung selbst zu gestalten, dann muß die Freiheit des Willens gelten in allen vier Zonen, dann muß die Freiheit der Parteien in allen vier Zonen zu entwickeln sein - oder wir verzichten darauf.

(Zustimmung.)

Denn wir können nicht mit einer Verantwortung vor der Geschichte belastet werden, die wir nicht tragen können, weil wir nicht den freien Willen haben, das zu tun, was wir für richtig halten. Das gilt gegenüber jeder Besatzungsmacht. Wir machen keine Blockpolitik, weil wir wissen, wie Deutschland zerrissen würde, wenn die Mächte gegeneinander geraten würden; dann würde der Krieg immer auf deutschem Boden beginnen, und Deutschland wäre restlos und endgültig verloren. Wir haben genügend von den Ruinen, die bisher innerhalb unseres Vaterlandes bestehen.
Aber wenn wir diese Blockpolitik ablehnen, dann erwarten wir, daß dabei der Tatsache Rechnung getragen wird, daß unser Volk nicht verzweifeln darf aus der wirtschaftlichen Not heraus; denn die Not ist wirklich so groß geworden, daß unser Volk, das zur Hälfte verarmt ist, kaum mehr mit dieser Not fertig wird. Wir stehen bereits im dritten Jahre nach Abschluß des Krieges, und wenn bisher unser Lebensstandard so gehalten wurde, daß wir einsichtig werden sollten - vielleicht hat das gelegentlich mitgespielt, denn wir kennen ja die Themen: Morgenthau-Plan usw. -, dann mag man vergessen: Alles kann über die Kraft gehen, wenn die Kraft zu lange strapaziert wird. Die Nervensubstanz unseres Volkes ist allmählich restlos verbraucht. Wenn uns geholfen wird, begrüßen wir jeden, der uns heute als Retter hilft, und das deutsche Volk wird durch eine anständige Gesinnung beweisen, daß es jeder Hilfe würdig ist. Wir weisen aber auch darauf hin, daß der Aufbau unserer Wirtschaft im Interesse der Weltwirtschaft liegt, denn die gesamte Weltwirtschaft ist auch ein einheitliches Ganzes geworden und muß auch einheitlich so entwickelt werden, daß alle Menschen beitragen zum Wohle aller Menschen. Gegenseitigkeit lohnt sich immer.
Wir sind allmählich in den Verhandlungen im Anlaufen. Es wird manchmal schwer sein, die richtigen Worte zu finden, um das richtige Verständnis zu erwecken. Wir müssen uns über eines klar sein - ich habe das erst festgestellt, als ich im letzten Monat in Luxemburg war zu einer vorbereitenden Besprechung für die Tagung von Politikern der christlichen europäischen Parteien. Die Gegensätze zum Deutschen - ich will nicht sagen der Haß, aber es scheint manchmal wirklich mit diesem Wort noch belegt werden zu müssen, die Haltung, die man draußen einnimmt -, sind doch so groß, daß wir wirklich um Verständnis ringen müssen und daß wir uns schwer tun, auch bei den Menschen, die unserem Denken vielfach nahe stehen, das richtige Verständnis für das deutsche Volk zu finden. Hoffentlich wird diese Zeit bald überwunden werden. Der Haß, der von *Hitler* gesät wurde, ist tausendfach aufgegangen. Aber es liegt nicht nur in unserem Interesse, sondern im Interesse der gesamten Menschheit, daß bald an die Stelle des Hasses die Liebe tritt, daß bald an die Stelle des Hasses das Verständnis für die Bereitschaft zur Verwirklichung des Gebotes Christi -

"Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst" - tritt. Das Gebot gilt nicht nur für den Menschen zum Menschen, sondern auch für Volk zu Volk;

(Sehr richtig!)

es gilt dieses Gebot für die christlichen Politiker in allen Ländern gleichermaßen.
Wir werden uns Mühe geben, dabei zu zeigen, daß innerhalb des deutschen Volkes eine Wandlung vor sich gegangen ist, daß aber die Gefahr besteht, daß die Entwicklung leicht rückläufig werden kann. Es war nicht uninteressant, daß bei einem Gespräch mit einfachen Menschen in der russischen Zone diese, nachdem sie ihre wirtschaftliche Not dargestellt hatten, mich frugen, ob man bei uns auch davon spreche, daß *Hitler* noch lebe; es war interessant festzustellen, wie die Menschen sich, nachdem sie sich gelöst hatten, von vorneherein wieder an die Hoffnung klammern, daß irgendein Mensch wieder kommen könnte, der dieses Volk retten würde. Die Gefahr, daß aus der Not heraus sich ein neues Kollektiv bildet und daß dieses Kollektiv dann wieder einen Diktator schafft, ist wirklich groß geworden.

(Sehr richtig!)

Wir werden uns als Christlich-Soziale und Christlich-Demokratische Union gegen diese Entwicklung stemmen. Aber unsere Kraft allein wird nicht ausreichen. Dazu ist notwendig, daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen für das deutsche Volk geschaffen werden, daß der deutsche Mensch Persönlichkeit sein kann, frei von Furcht und frei von der Not des Alltags.

(Starker Beifall.)

Ich würde, um die Zeit entsprechend einzuteilen, vorschlagen, daß wir uns jetzt die Themenstellungen vornehmen. Ich weiß nicht, ob wir die Frage hier vorbehandeln wollen, was in den nächsten Tagen sein soll. (Zu Dr. *Ehard* gewandt:) Würdest Du jetzt vielleicht dazu ein paar Worte sagen? Dann würden wir vielleicht die Anfragen stellen lassen, damit wir mit dem Thema durchkommen. Ich erteile das Wort unserem Parteifreund *Ehard*.

(Beifall.)

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Liebe Parteifreunde! Ich werde mich sehr kurz fassen. Die Frage ist im Augenblick sehr einfach: Was geschieht in Frankfurt, und was haben wir dort zu erwarten?
Es wird Sie ebenso wie mich sehr interessiert haben, daß unser Freund Dr. *Semler* wiederholt neben dem Landesvorsitzenden auch den Ministerpräsidenten zitiert hat und daß er uns beiden nahegelegt hat: Landgraf, werde hart! Dazu möchte ich zunächst eines sagen: Der Wind, der mir bisher von der wirtschaftlichen Abteilung in Frankfurt her geweht hat, war zum großen Teil anders. Es ist sehr häufig doch so gewesen, daß man mit mehr oder weniger dürren Worten erklärt hat: Die Ministerpräsidenten und die Länder haben hier gar nichts zu sagen. Es scheint also Gefahr im Verzug zu sein, daß man jetzt auf die Ministerpräsidenten zurückgreift oder wenigstens die Hoffnung hat, daß die Ministerpräsidenten noch etwas Wesentliches zu sagen haben und auch zu sagen sich entschließen.
Aber die Frage ist so zu stellen: Dürfen wir denn überhaupt etwas zu sagen haben? Wir haben bei dieser Frankfurter Organisation ja bisher erlebt, daß wir vor ein Diktat gestellt worden sind. Keine deutsche Stelle war bei der Vorbereitung und bei der Einrichtung sowohl nach der rechtlichen wie der tatsächlichen Seite beteiligt, sondern

man hat uns diese Organisation so, wie sie jetzt ist, hingelegt und hat erklärt: So, jetzt lauft und schaut, daß ihr damit fertig werdet! Daß sie mangelhaft ist, hat man von Anfang an erkannt. Es hat sich herausgestellt, daß es so vielleicht auch nicht weitergehen kann.

Was nun in Frankfurt geschieht, welche Tagesordnung uns vorgelegt wird - liebe Parteifreunde, ich weiß es bis zum Augenblick nicht. Ich nehme an, daß man von alliierter Seite auf uns zugeht oder uns etwas vorschreibt und daß wir vorerst gar keine Möglichkeit haben, auf die andere Seite hinzuzugehen. Es ist immerhin auch charakteristisch, daß gewisse Vorbesprechungen mit den maßgebenden Leuten der Alliierten bereits stattgefunden haben und noch stattfinden werden, an denen die Ministerpräsidenten und auch die Parteivorsitzenden nicht beteiligt sind,

(Hört, hört!)

sondern die verschiedenen Exponenten des Wirtschaftsrats, insbesondere der Präsident des Wirtschaftsrats, ich glaube, auch der Exekutivrat. Neulich ist auch, glaube ich, davon die Rede gewesen, daß auch die Direktoren zugezogen werden sollen. Ich weiß nicht, was das nun sein soll.

Liebe Parteifreunde, ich habe es, glaube ich, für meine Person bisher immer bewiesen, daß ich mir im geeigneten Augenblick kein Blatt vor den Mund nehme.

(Zustimmung.)

Ich werde es auch in Frankfurt nicht tun und mir nicht irgendeine Zurückhaltung auferlegen, selbstverständlich bei aller entsprechenden Sachlichkeit in der Form.

Und nun: Was kann denn in Frankfurt geschehen, oder was könnte geschehen? Eine Frage, mit der man sich sehr ernstlich befassen und über die man sich Gedanken machen muß. Man könnte daran denken: Es muß nun irgend etwas Entscheidendes in der Westzone geschehen, nachdem die Ostzone abgetrennt ist. Liebe Parteifreunde, ich muß nun zunächst eines sagen. Wir haben es fast bis zum Überdruß betont, daß wir die Einheit Deutschlands nicht aufgeben, daß wir unter allen Umständen daran festhalten und daß wir nichts tun wollen, um diese Einheit zu stören.

(Zustimmung.)

Aber ich möchte nun doch eine Ergänzung dazu geben, weil wir uns ja auf den realen Boden der Tatsachen stellen müssen.

(Sehr richtig!)

Wir müssen nämlich auch dafür sorgen, daß die Leute in der Westzone nicht verhungern und daß die Leute in der Westzone leben können; denn wenn auch die Westzone vor die Hunde geht, dann hilft uns diese wunderbare Stimmung über die Einheit des Deutschen Reiches gar nichts mehr.

(Beifall.)

Ich muß zunächst die Realitäten sehen und muß versuchen zu aktivieren, was zu aktivieren ist, um dann von hier aus auch wieder eine Verbindung, eine praktische Verbindung mit dem Osten herstellen zu können, das heißt mit den Menschen, mit den Deutschen des Ostens, mit den deutschen Ländern, die in der russischen Zone zur Zeit festgesetzt sind.

Kein Mensch von uns wird nun vernünftigerweise daran denken, jetzt etwa eine staatsrechtliche Konstruktion im Westen hinzusetzen, die bereits irgend etwas präjudiziert.

Es besteht aber eine andere Gefahr: Diese Wirtschaftsorganisation in Frankfurt muß funktionieren, da besteht gar kein Zweifel. Sie wird vielleicht - ich weiß es nicht - eine Änderung erfahren; sie wird wohl eine Änderung erfahren müssen, wenn sie funktionieren soll. Nun besteht hier eine ganz große Gefahr, nämlich die, daß wir hier auf dem Weg über die Wirtschaft ein zentralistisches Machtinstrument bekommen,

(Zustimmung.)

das bereits alle künftigen staatsrechtlichen Organisationen, wie sie nun sein mögen, einfach präjudiziert.

(Sehr richtig!)

Wenn wir einen Wirtschaftsdirektor im Westen bekommen, können Sie staatsrechtlich machen, was sie wollen, dann werden Sie damit einfach restlos überfahren.

(Erneute Zustimmung.)

Diese Sache ist nicht ernst genug zu nehmen, denn ein zentralistischer Block im Westen, über das Wirtschaftspolitische staatsrechtlich zustande gekommen, und ein zentralistischer Block im Osten, das bedeutet, daß zwei Teile Deutschland sich so gegenüberstehen, daß sie sich reiben müssen und daß ein Ausgleich nur durch eine Explosion möglich ist.

Wir müssen also unter allen Umständen dafür sorgen und dafür zu sorgen versuchen, daß diese Westkonstruktion nicht [nur] staatsrechtlich - das ist im Augenblick nicht wichtig -, [sondern] auch wirtschaftlich so bleibt, daß die Länder ihre Funktionen maßgebend behalten können. Denn nur so können wir zu einem späteren vernünftigen Aufbau, vorläufig vielleicht im Westen - wer weiß wann, aber sicher -, mit den übrigen Ländern des Deutschen Reiches zusammenkommen und können eine Verbindung herstellen, die das Ganze wieder zusammenschweißt und zusammenbringt. So nur können wir auch ein vertrauensvolles Verhältnis zu den umliegenden Ländern, zu den umliegenden Ländern Europas herstellen. Wenn wir einen wirtschaftlich zentralistischen Block haben, der dann natürlich auch ein politisch zentralistischer Block im Westen werden muß, dann hat es weiter gar keinen Zweck mehr, den Versuch zu machen, daß man in einer gütlichen Weise zurecht kommen kann.

Man redet so viel oder jetzt öfters von den Fehlern der alliierten Besatzungsmächte. Dazu darf ich doch auch vielleicht einmal ein Wort sagen. Man sollte auf das hinweisen, was die Besatzungsmächte selber tun und sollte daraus Schlüsse ziehen. Es gibt z.B. eine Reihe von Dingen, die man einmal aussprechen sollte. Wir kennen und sehen die Verhältnisse im Osten, das heißt in der russisch besetzten Zone. Jeder in Deutschland weiß das. Auch die Alliierten wissen es. Keiner getraut sich etwa folgendes zu sagen: Dieser Nürnberger Prozeß, der, auf völkerrechtlichen Grundsätzen aufgebaut, zu einer Verurteilung von Leuten gekommen ist, ist von uns noch nicht richtig erkannt, jedenfalls aber nicht richtig ausgewertet worden.

(Sehr gut!)

Ich meine, es wird allmählich an der Zeit, einmal zu sagen: Wir erkennen diese Grundsätze an; wir stellen uns auf diese Grundsätze, jawohl! Wir verlangen aber, daß diese Grundsätze auch gegen die anderen angewendet werden.

(Lebhafter, andauernder Beifall.)

Bei einem näheren Studium des Nürnberger Prozesses ergeben sich nämlich außeror-

dentlich interessante Konsequenzen. Liebe Parteifreunde, ich möchte das im Augenblick nur ganz kurz andeuten, sie liegen nicht nur auf strafrechtlichem Gebiet.

(Sehr richtig!)

Das ist ja ganz naiv, das zu glauben. Diese Materialien und das Urteil sind ausgezeichnet begründet, viel zu gut begründet - für die anderen nämlich -,

(Heiterkeit.)

viel zu gut begründet, als daß ein Jurist, der auch etwas von diesen Dingen versteht, nicht eine Reihe von Folgerungen daraus ziehen könnte, auch auf zivilrechtlichem Gebiet, auch auf dem Gebiet des Rechtsverhältnisses der Besatzungsmacht zu den Leuten, die in den von ihr besetzten Ländern wohnen müssen.

(Erneute Zustimmung.)

Es ließe sich darüber vieles sagen; ich werde dazu auch bei Gelegenheit noch einiges mit besserem Material zu sagen haben.

(Beifall.)

Ein Zweites, auch nur andeutungsweise. Ich habe mich, seit ich das Ministerpräsidium übernommen habe, mit vielen anderen immer darum bemüht, die Kriegsgefangenenfrage vorwärts zu treiben. Nun muß ich immer wieder eines betonen: Wir haben auf amerikanischer Seite die denkbar größte Unterstützung und das wirklich beste Verständnis gefunden, und wir hätten ohne diese Unterstützung bisher vieles nicht erreicht, was tatsächlich erreicht worden ist. Aber darauf muß man doch bei der Gelegenheit hinweisen: Es ist bei den Verhandlungen in Jalta etwas ausgemacht worden, was, glaube ich, auch nicht mit den Grundsätzen, die im Nürnberger Prozeß zugrunde gelegt worden sind, übereinstimmt und was dort sehr streng bestraft worden ist.

(Sehr gut!)

Man hat nämlich dort eigentlich - nun, wenn ich es grob ausdrücken will, es ist sonst nicht meine Art, das zu tun, so muß ich sagen: - Menschenhandel getrieben.

(Zustimmende Zurufe.)

Man hat Kriegsgefangene, die man selbst gemacht hat, einer anderen Macht ausgehandelt. Nun sage ich das jetzt nicht etwa deshalb, um irgendeinen Vorwurf zu erheben - nichts liegt mir ferner -, sondern nur, um eine andere, eine kleine juristische Folgerung daraus zu ziehen, die so lautet: Wenn ich etwas selbst veranlaßt habe, dann bin ich auch dafür verantwortlich, daß ich das, wenn ich es als falsch erkenne, wieder rückgängig mache.

(Sehr richtig!)

Ich meine, die amerikanische Besatzungsmacht hat ein so starkes wirtschaftliches, politisches internationales Gewicht, daß sie jetzt wohl die Möglichkeit hätte, einmal zu verlangen, daß die Gefangenen, die aus amerikanischer Gefangenschaft meinetwegen in die französische oder sonst irgendwohin gekommen sind, ihr jetzt zurückgegeben werden. Und, liebe Parteifreunde, wenn das erreicht wäre, dann wüßte ich hundertprozentig, daß diese Gefangenen von der amerikanischen Besatzungsmacht morgen zurückgegeben würden.

(Erneute laute Zustimmung.)

Es ließen sich noch manche von diesen Dingen etwas besser auswerten, und ich meine - ich möchte das hier nur andeutungsweise vortragen -, man könnte unseren deutschen Volksgenossen im Osten vielleicht manche praktische Unterstützung zuteil werden lassen, wenn man diese Dinge aus dem Gedankenkreis, der uns die ganze Zeit nahegebracht worden ist, heraus einmal etwas praktisch darlegen würde. Ich glaube, das könnte keineswegs schaden. Ich bin sogar der Meinung, daß uns das gar nicht übelgenommen werden kann; ich bin sogar der Meinung, daß man uns deshalb sehr loben müßte, weil wir ja fast drei Jahre gebraucht haben, aber immerhin jetzt allmählich lernen zu lesen, wo etwas geschrieben steht,

(Heiterkeit.)

und weil wir auch wirklich in einer demokratischen Form die Folgerungen aus dem zu ziehen bereit sind, was man uns als richtig und zweckmäßig gelehrt hat.

Ein Wort noch zur Ernährungsfrage: Ich bin mit diesen Fragen im Laufe der letzten Wochen persönlich sehr stark beschäftigt gewesen, und ich habe sehr schwere Sorgen deshalb gehabt - ich darf nicht sagen im Zusammenhang mit dem Kartoffelkrieg, aber mit der statistischen Zahl von Kartoffeln. Die statistische Zahl mag ja - auch das ist ein kleiner Fehler, der vielleicht gebessert werden könnte - sehr wertvoll sein. Sie darf aber das wirkliche Leben nicht totschlagen. Das Beispiel, das ich immer wieder bringe, ist doch, glaube ich, für meinen kleinen Laienverstand überzeugend. Wenn ein Dutzend Sachverständige, ausgezeichnete, tüchtige Leute, vor einem Keller stehen und schätzen, in diesem Keller liegen 50 Zentner Kartoffeln, und wenn ich mir dann zwei handfeste Männer kommen lasse und lasse die Kartoffeln heraustun und abwiegen und es sind nur 30 Zentner Kartoffeln drin, so bin ich der Meinung, daß diese Schätzung falsch ist. Ich weiß bloß nicht, ob es klug ist, an dieser Schätzung festzuhalten, damit man sich nichts vergibt, oder ob es besser ist zu sagen: Es war halt falsch, und von dem, was wirklich vorhanden ist, kann ich herunterbeißen, und von den andern 20 Zentner, die nicht im Keller gefunden sind, kann ich es nicht.

Nun hat die Sache eine sehr ernste Seite. Es kommt bei diesen Schätzungen noch etwas dazu: Sie kennen die Geschichte mit diesen 8% Kartoffelanbauflächenvermehrung, die uns etwa 250.000 Tonnen kostet. In diesen 250.000 Tonnen stecken die 134.000 Tonnen, die wir von Bayern aus in die anderen Länder der Zone abliefern müßten. Ich habe den Befehl gehabt, das abzuliefern. Es ist nur dadurch nicht dazu gekommen, daß ich gesagt habe: Ich bedauere, ich kann die Verantwortung nicht dafür übernehmen. Ich bin bereit, einen militärischen Befehl entgegenzunehmen. Aber ich möchte ihn vom Herrn General *Clay* oder in seinem Auftrag von unserem Gouverneur schriftlich haben. Ich habe diesen Auftrag bis heute nicht schriftlich erhalten.

In der Zwischenzeit hat sich aber doch die Meinung durchgesetzt, daß man diese Statistik und diese Berechnung einigermaßen prüfen sollte. Ich halte, Gott sei Dank, gewisse Auswirkungen dieser Verhandlungen für möglich. Es müßten uns ja für die nicht gelieferten Kartoffeln - das ist auch von Frankfurt her verlangt worden, nicht von Herrn Dr. *Semler* - Brotgetreide abgezogen werden. Das war nicht nur angedroht, das stand auch schon auf dem Papier, so daß die Brotration auf 8500 Gramm und für uns in Bayern etwa auf 7500 Gramm heruntergesunken wäre, eine sehr bittere und ernste Entwicklung, die uns im Laufe der letzten Zeit sehr schwere Sorge bereitet hat. Ich muß sagen, ich bin sehr beglückt, daß ich vorgestern die Mitteilung bekam, daß es bei den 10.000 Gramm Brot auch in der 110. Lebensmittelperiode bleibt.

(Beifall.)

Damit ist der Januar zunächst gedeckt.

Wir leben, liebe Parteifreunde, und das ist eine sehr ernste Sache, in der Ernährungswirtschaft tatsächlich buchstäblich von der Hand in den Mund, und wir wissen im Augenblick noch nicht, was im Februar ist. Wir wissen auch nicht, wie die Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Fettversorgung zu überwinden sind. Da bin ich allerdings der Meinung, daß sie überwunden werden könnten. Denn das Fettproblem ist kein Transportproblem, ist auch, zwar für uns, aber nicht für die anderen, kein so großes Mangelproblem, daß es nicht etwa möglich wäre, diese wenigen 100 Tonnen, die praktisch notwendig sind, aufbringen zu können.
Wir werden über diese Schwierigkeiten wohl hinwegkommen können, weil wir hinwegkommen müssen. Aber hier müssen wir immer wieder eines sagen: Wir befinden uns zur Zeit in dem Zustand eines Ertrinkenden, der dem Ufer nahe schon an die Grasnarbe greift, den aber die Kräfte verlassen und der notwendig die helfende Hand braucht, und zwar in dem Augenblick jetzt braucht, weil er nämlich sonst in die Fluten zurücksinkt. Wenn er sich dann nicht mehr aufhelfen kann und man langt darnach, wenn er verschwunden ist, ist es zu spät.

(Zustimmung.)

Das ist die Situation, in der wir uns jetzt im Augenblick befinden. Es ist zugleich die Situation der nächsten drei und vier Monate. Und man kann nicht ernst und nachdrücklich genug folgendes sagen: Ich kann mit einem Volk, das völlig in Unordnung geraten ist, geistig und körperlich, in dem es zu allen möglichen politischen, sozialen und anderen wirtschaftlichen schweren Erschütterungen gekommen ist, weil es dazu kommen muß, eine Wirtschaft, wie sie im Augenblick ist, nicht aufbauen. Da helfen die besten Pläne, die besten Ansätze nichts.
Und noch ganz zuletzt ein weiterer ganz großer Fehler der Besatzungsmacht. Wenn sie das einsieht, werden wir über die Schwierigkeiten hinwegkommen und werden eine Demokratie aufbauen können. Wir haben dazu wenigstens die Chancen. Sieht sie das nicht ein, hilft sie uns in diesem Augenblick nicht, dann gibt es nur zwei Möglichkeiten: Es werden entweder die Kommunisten oder die Nationalisten gestärkt. Eines so schlimm wie das andere.

(Sehr richtig!)

Denn die aufbauenden Kräfte, die weitaus breite Masse der aufbauenden Kräfte, der aufbauwilligen und der aufbaufähigen, liegen in diesem breiten Block der Mitte, und der wird lahmgelegt. Aber aktiviert werden die anderen, die immer letzten Endes dahin führen, wohin wir zweimal gekommen sind.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke meinem Parteifreund *Ehard*. Ich darf hier den Dank nicht nur aussprechen für die Worte, die er an uns gerichtet hat, sondern auch für die Arbeit, die er geleistet hat.

(Beifall.)

Meine lieben Freunde! Ich darf jetzt wieder die Zeiteinteilung vornehmen. Wir haben 12 Uhr. Wann wollen wir schließen?

(Zuruf: 14 Uhr!)

Dann darf ich eine Frage vorwegnehmen: Sollen heute noch die Wahlen behandelt werden, oder soll dieser Punkt der Tagesordnung bis zur Landesausschußsitzung zu-

rückgestellt werden, die, wie wir vorhin festgestellt haben, am 23. Januar vor der Landesversammlung stattfindet? Darf ich darüber abstimmen lassen? Soll jetzt heute noch - ich mache es in der Form der Frage, weil es sich um ein reines Geschäftsordnungsthema handelt - der Punkt Wahlen aufgrund Paragraph soundso der Statuten

(Zuruf: Paragraph 48!)

behandelt oder zurückgestellt werden? Wer ist für Behandlung? Wer ist für die Zurückstellung? Das letztere ist die Mehrheit. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung bis zum 23. zurückgestellt.

(Zurufe.)

Wir haben also noch Zeit.
Ich würde vorschlagen, wir machen einen Kompromiß. Es ist gerufen worden 13 Uhr, von anderer Seite 14 Uhr. Wir tagen bis ungefähr 13.30 Uhr. Einverstanden? Ich werde sehen, wie ich dann vielleicht die Debatte kürzen kann. Ich würde bitten, so vorzugehen, daß die Redner jetzt nicht grundlegende Themen entwickeln, sondern Anfragen stellen und eventuell Ergänzungen verlangen. Als Wortmeldungen liegen vor erstens *Barth*, zweitens *Nerreter*.
*Nerreter*: Meine sehr verehrten Parteifreunde! Wir haben soeben drei große Referate gehört, das wirtschaftspolitische Referat unseres Parteifreundes Dr. *Semler* und die beiden staatspolitischen Referate unseres Herrn Landesvorsitzenden und unseres Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*]. Es widerstrebt mir etwas, über die drei Referate hinweg einfach zur Tagesordnung überzugehen. Ich muß eines sagen: Ich fühle mich nicht kompetent, sachlich auch nur irgend etwas hinzuzufügen. Jedes Wort eines persönlichen Dankes, das nur formal sein könnte, müßte hinter dem zurückbleiben, was wir alle empfinden. Aber ich darf ein Bekenntnis ablegen, das sich aus meiner persönlichen Situation ergibt, die sich mit Ihrer weitgehend deckt.
Die meisten, die hier anwesend sind, sind für die Gründung der Christlich-Sozialen Union in ihrem Gebiet in irgendeiner Weise verantwortlich. Alle sind für das Gedeihen der Christlich-Sozialen Union in irgendeinem räumlichen oder sachlichen Gebiet unseres Heimatlandes verantwortlich. Diese Verantwortung wird nicht von uns genommen werden. Wir können uns dieser Verantwortung nicht entziehen. Sie tritt oft täglich an uns heran. Wir müssen Rede und Antwort stehen in kleinerem und größerem Kreise. Wir werden von unseren Leuten gefragt: Warum haben wir nun die Christlich-Soziale Union gegründet, warum sollen wir an der Christlich-Sozialen Union festhalten?
Diese Fragen werden nicht nur, wie man mir erzählte, in Altbayern gestellt, sondern aus ähnlichen, wenn auch korrespondierenden Gründen in Franken. Es ist nicht immer leicht, und es war das vor allem in den letzten Wochen nicht, auf diese Fragen die richtigen Antworten zu finden,
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
besonders insoweit, als diese Fragen den Sektor eines bestimmten Ministeriums betrafen. Da wußten wir unseren Wählern und Mitgliedern keine Antwort zu geben. Es ist für mich das Erlebnis des heutigen Vormittags, daß wir etwas Greifbares mit nach Hause bekommen konnten, daß wir unseren Leuten sagen können: Ja, es war richtig, die Gründung der Christlich-Sozialen Union war kein Fehlgriff. Denn nur die Christlich-Soziale Union konnte die Grundlage für eine Politik bieten, wie sie hier getrieben wird.
Nun hätte ich ein Bitte: Setzen Sie uns in die Lage, das unseren Leuten auch sachlich im einzelnen zu erklären. Es war wohl niemand fähig, das alles mitzuschreiben, was

hier ausgeführt wurde, auch nicht in Stichworten. Ich möchte daher an die Landesvorstandschaft die Bitte richten, uns die drei Referate mit einem Abdruck zugänglich zu machen, den wir dann unseren Leuten im Lande draußen zugänglich machen können.

(Beifall. Anhaltende Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Unterhaltungen können genauso leicht vor der Türe geführt werden!

*Barth*: Wenn ich diesen Sonntagvormittag mit dem Sonntagvormittag in Eichstätt vergleiche, dann kann man nur sagen: Welch ein Unterschied! Deswegen danken wir den Herren Freunden, die uns diese Referate erstattet haben, für diese zielweisenden Ausführungen.

Das wenige, was ich sagen will, gruppiere ich zweckmäßigerweise in die drei Abschnitte Wirtschaft, Sozialpolitik und Politik selbst. In Coburg haben wir eine sehr schöne Einrichtung, die übrigens eine prachtvolle Erziehungsschule für jeden tätigen Politiker ist, die sogenannten Bürgerversammlungen, die ein allgemeines Thema gesetzt bekommen und in denen sich dann in festgesetzter Zeitfolge die Redner der dort vorhandenen vier Parteien äußern können. In der Diskussion - das ist vor allem die Probe - kann der Sprecher jeder Partei beweisen, was er ist und was er kann. Ich bin in diesen Bürgerversammlungen längst dazu übergegangen, nicht wie die Sprecher der anderen Parteien von den 13 oder 14 Jahren der Hitlerzeit und ihren Folgen zu sprechen. Die kennen nämlich, ich darf einmal sagen, die ungeborenen Kinder bereits. Das braucht man nicht mehr zu erzählen.

(Zuruf: Das ist wieder vielfach vergessen!)

Ich bin längst dazu übergegangen zu sagen, was in den zweieinhalb Jahren seit dem Zusammenbruch geschehen ist. Ich bin längst dazu übergegangen - es ist jedesmal die Militärregierung dabei und läßt eifrig mitstenographieren - zu sagen - das geht uns hier in dieser Zone an -, mit welcher säuglingshaften Ahnungslosigkeit die Amerikaner zu uns gekommen sind.

Ich will das hier im einzelnen nicht ausführen. Aber nur indem wir den Mut haben, unablässig von uns aus gesehen, draußen von unten her, ich will sagen, zu bohren, schaffen wir die Möglichkeit, daß die einzelnen Militärregierungen in ihren Berichten, die sie nach oben weitergeben müssen, auch berichten, wie es uns zumute ist, daß wir kein Negervolk sind, das eine tantenhafte Betreuung braucht, daß wir unserem Charakter, unserer Tüchtigkeit nach wohl in der Lage sind, das zu tun, was wir heute als Deutsche, wenn auch als in einem dummen Krieg besiegte Deutsche, leisten können, für uns und für die Welt. In dieser Hinsicht hat es mich sehr gefreut, von Herrn Dr. *Semler* zu hören, daß wir damit in der richtigen Linie uns bewegen. Es scheint mir vor allem wichtig zu sein, diese wirtschaftlichen Angriffe, ich will einmal sagen, selbst in die Hand zu bekommen. Denn es ist ein grober Unfug, wenn jedes Export- oder Importgeschäft - ich denke vor allem an das Exportgeschäft - zur Voraussetzung hat, daß der exportierende Geschäftsmann erst ein ganzes Buch von Formularen ausfüllen muß.

Es wurde auch von der Energiewirtschaft gesprochen. Was sie für uns bedeutet, haben wir in unserem eigenen Haushalt erlebt. Ich möchte hier nur darauf hinweisen, daß am mittleren Lech seit Jahr und Tag eine Reihe von Staustufen im Ausbau begriffen ist. Wieweit sie arbeiten, entzieht sich meiner Kenntnis, wieweit sie Energie liefern, weiß ich im einzelnen nicht. Ich weiß aber das eine, daß die Firmen, die dort beteiligt sind, aus Gründen, auf die hier einzugehen zu weit führen würde, immer noch daran

arbeiten, obwohl die Werke längst fertig sein könnten. Es wäre vielleicht zweckmäßig nachzugrasen, warum dort immer noch gearbeitet werden muß, obwohl die Schleusenkammern schon während des Krieges fertig gewesen sind.
Ein Zweites, was gerade mir in unserer oberfränkischen Ecke sehr am Herzen liegt: Auch ich glaube, daß es bei den Schritten in dieses schwere Jahr 1948 hinein notwendig ist, dem einfachen Manne Vertrauen zu schenken. Er weiß nicht mehr, woran er sich noch anklammern kann und soll. Es muß ein Vertrauen vorbereitet werden, ähnlich wie es 1923/1924 vorhanden war, als dieses - ich will den Ausdruck wiederholen - Wunder der Rentenmark geschaffen wurde. Ohne dieses Vertrauen wird auch die Währungsreform nicht gelingen. Ich glaube, es ist ein sehr zweckmäßiger Schritt, dieses Vertrauen herbeizuführen, wenn endlich diese unselige Steuergesetzgebung verschwindet und durch eine vernünftige Regelung der Steuersätze ersetzt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!

(Zuruf: Neue Gesichtspunkte!)

Ein Drittes, was ich hier zur Anregung äußern möchte, ist die Gefahr, in der unsere Jugend schwebt und der ich von Berufs wegen mit großer Sorge ins Antlitz schaue. Für 17-, 18-jährige ist es ein Problem, wieso es in diesen Zeiten den Guten schlecht geht und den Lumpen gut. Das ist für einen werdenden Menschen zuviel. Ich sehe mit großer Sorge, wie nicht alle Schüler meiner Anstalt den Versuchungen der Zeit widerstehen können. Es wäre Zeit, einen gesunden Boden unter den Füßen zu bekommen. Nur von dem Geistigen, Moralischen her läßt sich dieser Boden legen.
Das andere, was ich mit Sorge gerade bei den älteren Gymnasiasten beobachte und vor allem dem Herrn Kultusminister [*Alois Hundhammer*] zur Beachtung sagen möchte, ist die Gefahr, daß unter dem Druck der Zeit und ihrer Verhältnisse tatsächlich ein neuer Nationalismus erwacht. Es ist tatsächlich so, wie die Zeitschrift Free World vom 24. November des vergangenen Jahres schreibt: Wenn die Besatzungsmächte keinen gemeinsamen Nenner für ihre Interessen suchen, werden sie ihren eigenen Ruin vollenden. Denn dann werden die Geschichten von gestern morgen wieder anfangen.
Ein großer Teil unserer Jugend ist soweit. Sie fühlt sich getreten, sie fühlt das Heiligste, was sie kennt, in den Staub gedrückt. Nur mit geistigen und moralischen Predigten ist diese Entwicklung eines, ich möchte sagen, Instinktes wiederum nicht zu steuern.
Und das Dritte ist - der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] hat es angeschnitten, es lag auch mir am Herzen - die Auswertung der Nürnberger Prozesse. Ich hatte Gelegenheit, durch Vermittlung die Prozeßakten weitgehend einzusehen. Es ist erschütternd festzustellen, wie einseitig und wie unbedeutend die Berichterstattung in unseren Zeitungen ist. Hier ist geschichtliches, wissenschaftliches[16] Material in Fülle ausgebreitet. Man muß Anklage und Verteidigung nur nebeneinanderstellen, um das herauszuholen, was für uns lebenswichtig ist. Es wäre sehr die Frage, ob es nicht möglich ist, in einem objektiven Bericht in Broschürenform - es erscheinen Tausende von Broschüren mit einem Inhalt, der geradezu als Mist bezeichnet werden kann -,

(Sehr richtig!)

in einer objektiven Darstellung eine Auswertung dieser Nürnberger Akten zu geben. Es müßten allerdings Männer sein von Einsicht, von Übersicht und von einem großen Gerechtigkeitsgefühl, um hier eine politische Tat zu tun.

[16] In der Vorlage: "wirtschaftliches".

Das weitere, und damit komme ich zum Schluß, ist die Frage unseres gesamtdeutschen Verfassungslebens. Hier möchte ich nur eine Anfrage stellen: Es ist in der letzten Zeit zum Teil in alarmierender Form über verfassungsrechtliche Besprechungen in den Zeitungen geschrieben worden, die in Ellwangen und im Anschluß daran in München stattfanden. Vielleicht ist es möglich, von einem der Teilnehmer über den Inhalt dieser Besprechungen Auskunft zu bekommen. Denn es ist nicht so, wie es einer der Teilnehmer in einer Zeitungsnotiz in einem Presseinterview geäußert hat, daß sich nicht zuständige Stellen mit solchen Fragen befassen. Meiner Meinung nach ist jeder tätige und einsichtige Politiker zuständig, sich Gedanken zu machen und sie zu äußern. Aber wenn sie geäußert werden, dann hat auch die Öffentlichkeit ein Recht, Auskunft darüber zu bekommen, was da geredet wurde. Daher meine Bitte, sich über den Inhalt dieser Ellwanger Tagung hier zu äußern.

Dr. *Kroll*: Ich bin erstaunt, meine lieben Parteifreunde! Die Ausführungen von Herrn Dr. *Semler* haben uns heute vielleicht doch erstmalig einen Schleier weggezogen, der erzeugt wurde durch Presse und Propaganda. Sie haben gezeigt, daß unsere Lage viel kritischer und ernster ist, als wir geglaubt haben. Ich darf Herrn Dr. *Semler* für diese mutigen Worte, die er gefunden hat, besonders danken. Ich bin tief erschüttert zu hören, daß z.B. die Einfuhren, die wir bisher bekommen haben, anscheinend durchaus nicht derartige Vergünstigungen waren, wie sie in der Presse dargestellt werden. Wenn Herr Dr. *Semler* einen Ausdruck gebraucht hat wie diesen, daß wir auf diese Art von Mais, ich glaube, so sagte er etwa,

(Zuruf: Hühnerfutter!)

verzichten könnten, daß wir gute Dollars für diese Einfuhren geben müssen, dann bitte ich, endlich einmal klarzustellen, wie ein derartiger Antagonismus möglich ist. Es heißt auf der einen Seite immer, daß wir Einfuhren erhalten, die wir nicht bezahlen können, und auf der anderen Seite erfahren wir heute zu unserem großen Erstaunen, daß ein Dollarguthaben im Jahre 1947 nicht angetastet werden konnte, obwohl wir es dringend für Einfuhren benötigten. Genaue Auskunft, Zahlen und Unterlagen wären hier auch für jeden kleinen Politiker auch draußen im Lande dringend erforderlich.

Wir haben von den Hemmungen des Exports gehört, und ich möchte hier ein deutliches Wort sagen: Wir werden so lange keine Freude an unserer Demokratie haben, als man nicht jede Voreingenommenheit gegenüber einem Wiederaufleben der deutschen Wirtschaft auch von alliierter Seite zurückstellt. Diese Voreingenommenheit ist auch darin zu erblicken, daß bis vor kurzem immerhin noch sehr beträchtliche Hemmungen für den Export bestanden haben und vor allem eine Freizügigkeit in der Einfuhr von Dingen, die wir am dringendsten brauchen, nicht vorhanden war, daß Lebensmittel und Rohstoffe etwa aus der Schweiz, wo sie nach den Quellen uns angeboten wurden, nicht hereinkommen konnten, weil die Einfuhrlizenzen nicht erteilt wurden.

Ich glaube, hier sagen zu müssen, daß es auf die Dauer nicht geht, daß sich unsere besten Männer vergeblich abmühen mit dem Willen, zum Wohle des Volkes etwas zu leisten, wenn ihnen ungesagte Hemmnisse in den Weg gelegt werden. Wir haben zumindest das Recht zu verlangen, daß diese Männer durch die Presse zu Gehör kommen und daß es in einer Demokratie gestattet ist, völlig frei und unvoreingenommen über alle Erschwernisse offen zu reden, die uns heute noch von den Besatzungsmächten bereitet werden, damit wir überhaupt einmal klarkommen über die Frage, ob an einen Wiederanstieg und Wiederaufbau Deutschlands noch zu denken ist oder nicht.

Es ist hier ein Problem berührt worden, das von weittragender Bedeutung ist - ich hatte Gelegenheit, kürzlich im Landtag darüber zu sprechen -, die Frage nämlich: Wie soll in der gegenwärtigen Not die Steuerung der deutschen Wirtschaft überhaupt vorgenommen werden? Es wird davon gesprochen, daß der Frankfurter Zentralismus unerträglich sei. Ich glaube, auch sagen zu dürfen, daß in jeder Notsituation jede Anwendung von Zwang als hart empfunden wird. Ich darf mir aber gestatten, auf einen Punkt aufmerksam zu machen: Solange wir nicht in der Lage sind einzuführen, was wir brauchen, und einen Export zu haben, wie er nötig ist, um die Einfuhren zu bezahlen, werden wir von einer Einfuhrregulierung und einer richtunggebenden Lenkung der Einfuhrverteilung nicht abkommen. Das heißt aber für das Deutschland der beiden Westzonen folgendes: Eine Einfuhrlenkung zieht für jeden kundigen Wirtschaftler unbedingt eine weitere Planung nach sich. Solange wir auf eine gewisse Planung nicht verzichten können, um planvoll die Einfuhren anzusetzen, ist es mir schleierhaft, wie man vielleicht eine derartige Lenkung von einer zentralen Stelle her so auflockern will, daß gewissermaßen die einzelnen Länder von sich aus Planungsvorgänge entwerfen können, ohne daß sie sich hermetisch gegen alles übrige abschließen und völlig autark werden.

Ich sehe hier einfach folgendes: In der Zeit der Not, solange wir eine Rahmenplanung brauchen, die gar nichts mit einer alten Planung im Sinne der Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftskrise zu tun hat, solange wird es einer Steuerung bedürfen; und solange wir diese Steuerung haben, werden wohl oder übel sich die einzelnen Länderinteressen irgendwie nach diesem Gesamtplan richten müssen, was nicht heißt, daß die Länder bei der Aufstellung der Pläne nicht in erster Linie zu berücksichtigen wären.

Aber ich komme nun auf etwas weiteres. Unser Landesvorsitzender hat noch immer sehr schöne Worte für den Kampf in der Ostzone gefunden. Ich persönlich glaube, daß dieser Kampf nicht mehr zu einem Erfolge führen wird. Das ist meine persönliche Meinung, denn ich glaube, das man gegen einen Terror im Grunde nicht mehr kämpfen kann. Wir haben gegen den Nationalsozialismus in diesem Sinn nicht erfolgreich kämpfen können; man wird auch gegen die SED-Politik nicht erfolgreich kämpfen können, ohne einfach die Menschen zu riskieren, die dort noch im Einsatz sind. Aber eines ist sicher: Wenn es darauf ankommt, einmal das Abendland in der Stunde seiner schwersten Not noch zu retten, dann ist eine solche Rettung meines Erachtens überhaupt nur möglich, wenn man endlich begreift, daß dieser Krieg unter allen Umständen einmal beendet sein muß und daß der Aufbau Europas - oder, sagen wir genauer, Westeuropas - zu beginnen hat. Das ist nur möglich, wenn man eine übergreifende Planung für den gesamten westeuropäischen Bereich aufbaut, wenn man von der Frage der Reparationen und der ewigen Frage der Vergeltung absieht und dieses Europa, das ja im ganzen krank ist, zu stärken versucht. Solange man vor allen Dingen auch im Zuge der Besatzungspolitik die französische Zone ausplündert, solange der Engländer daran geht, das Produktionspotential der englischen Zone mit immer wieder neuen Maßnahmen zu hemmen, ist ja nicht daran zu denken, daß ein abendländischer Gedanke wachsen könnte, der eines Tages einmal den Bolschewisten entgegengestellt werden könnte.

(Sehr richtig!)

Es kommt aber darauf an, heute abendländisch zu denken; es kommt darauf an, die engen Mauern des kleinen Denkens zu durchbrechen und dafür zu sorgen, daß die

verantwortlichen Männer sich zusammensetzen und gemeinsame Pläne für Europa aufstellen. Wir verfangen uns immer wieder in diesen kleinen Dingen, nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil die Besatzungsmächte uns doch nur mit halben Maßnahmen zu Hilfe kommen.

Bezüglich des Aufbaus einer Demokratie in Deutschland glaube ich, es ist sehr richtig, wenn gesagt wird, daß zum Aufbau einer Demokratie unbedingt eine wirtschaftliche Gesundung Voraussetzung ist. Wir haben aber leider auch einen schwerwiegenden Fehler begangen: Wir haben die Demokratie zu restaurieren versucht, wie ich es in den letzten Jahren der Weimarer Demokratie kennengelernt habe. Wir haben heute bereits wieder das Vielparteiensystem; wir haben den örtlichen Kampf aller gegen alle. Ich habe immer wieder betont, daß nach meiner Überzeugung eine grundlegende Reform der demokratischen Institutionen erforderlich ist, nicht nur in Richtung des Föderalismus, sondern auch in Richtung einer Reform des Wahlrechts zu einem Personalwahlrecht hin.

(Sehr richtig!)

Wenn wir nicht dazu kommen, das Vielparteiensystem zu verabschieden, das meines Erachtens nur eine verkappte Form der Anarchie und keine echte demokratische Form ist, wenn wir nicht dazu kommen, dem Gedanken des Personalwahlrechts Raum zu geben, dann wird eine innere Befriedung Deutschlands beinahe künstlich verhindert werden.

Ich fasse zusammen und darf den Wunsch äußern, daß die beiden Worte, die heute gesprochen wurden, uns auch noch weiterhin in Zukunft, mit Tatsachen belegt, bekannt gemacht werden, damit wir einmal wissen, woran wir sind. Das Mißtrauen im Volk ist ungeheuer; es glaubt ja fast niemand mehr, daß man uns gut will, und wir haben den dringenden Wunsch, daß der Glaube darnach ein echter sein könnte. Darum müssen wir Bescheid wissen und nicht durch eine Verschleierungstaktik über die wichtigsten und verheerendsten Tatsachen nicht ins Bild gesetzt werden.

Wir haben aber darüber hinaus auch den Wunsch, daß in Deutschland die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um die Westzone so stark wie möglich zu machen, und die Länder müssen gewisse Einbußen - möchte ich sagen - für sie vorübergehend in Kauf nehmen. Wir haben ferner den dringenden Wunsch, es möge nunmehr endgültig dafür gesorgt werden, daß der Friede einzieht und die unnützen Hemmnisse abgebaut werden, die sich eines Tages bitter rächen werden, vielleicht dann, wenn es zu spät ist und wenn dieses Westeuropa gleichfalls sich in der Stunde der Not zum Osten und nicht mehr zum Westen schlagen wird.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf vielleicht zu dem, was hier gerade wegen des Kampfes in der Ostzone gesagt wurde, noch eine Feststellung treffen, die ich vorbehalten wollte. Man mag daran zweifeln, ob die Leute standhalten. Ich habe aber den Stoß von Telegrammen gesehen - wirklich ein Stoß von Telegrammen -, der eingegangen ist von den Leuten der CDU in der Zone, und zwar von den Kreisvorsitzenden, Kreisverbänden usw. Der Inhalt der Telegramme, die durch die russische Zensur gelaufen sind, hat mir klar gemacht, daß die Leute dort unter allen Umständen durchhalten wollen und daß infolgedessen unsere Verpflichtung darin besteht, nicht etwa Konsequenzen im Sinne einer Auflösung der CDU usw. zu ziehen, sondern ihnen das Bewußtsein zu geben, daß sie in ihrem Ringen unterstützt werden.

(Zuruf Dr. *Rindt*: Sind die Absender verhaftet worden?)

Nein, die Absender sind nicht verhaftet worden. Ich darf feststellen: Es ist in dem Zusammenhang, auch in dem mit dem Volkskongreß, keine Verhaftung vorgenommen worden. Es mußten zum Teil die Kreisvorsitzenden und vor allem die Geschäftsführer dort antreten; sie sind zu langen Einvernahmen über die Situation bestellt worden.

(Zuruf: Und abgesägt worden!)

Abgesägt ist noch niemand worden; man hat es nur anders erlebt, z.B. bei *Schneider*, Thüringen. Ich habe mit *Schneider*, Thüringen, sehr ausführlich darüber gesprochen. Man hat *Schneider*, Thüringen, mit guten Worten und mit etwas weniger guten Worten behandelt, guten Worten in dem Sinn, daß man gesagt hat: Du bist deutscher Patriot, wir sind russische Patrioten; wir Patrioten helfen zusammen.

(Heiterkeit.)

Auf der anderen Seite hat man *Schneider*, Thüringen, daran erinnert, daß er schon einmal wegen unklarer Vergangenheit verhaftet war und daß diese Vergangenheit immer noch nicht restlos klar sei, Dinge, die wir allerdings auch sonst beobachten konnten.

Man hat die Leute zu den Besprechungen - oder Unterhaltungen, will ich sagen - des Morgens in der Frühe um fünf oder sechse bestellt, zu einer Zeit, die sich natürlich immer etwa so auswirkt: Wenn einer aus dem Bett heraus zu einer Aussprache geholt wird, dann wird er bestimmt nicht das Empfinden haben, daß diese Aussprache zu diesem Zeitpunkt besonders angebracht ist. Aber eine Verhaftung wurde in diesem Zusammenhang nicht vorgenommen. Ich muß das erklären, damit man ungefähr weiß, wie das Ganze vor sich geht. Wir können uns aber vielleicht später einmal noch eingehend darüber unterhalten.

Ich darf hier vielleicht nur noch eines zu dem beifügen, was vorhin unser Parteifreund *Ehard* zur Gefangenenfrage gesagt hat; das ist etwas sehr Wichtiges. Ich würde in diesem Fall aber die Presse bitten, das im Interesse unserer Gefangenen nicht weiter in die öffentliche Diskussion zu bringen, denn hier geht es wirklich nicht darum: Wer macht Propaganda um Hilfe für die Gefangenen? Wer macht Propaganda dadurch, daß er immer wieder zeigt, wie er daran denkt? Sondern es geht - ich möchte sagen - darum, um diese Menschen zu ringen, die dort doch Arbeitsmenschen geblieben sind.

(Zuruf: Sklaven!)

Ich möchte einen anderen Ausdruck vermeiden, denn man wird leicht erinnert an die Zeit des alten Rom, wo die besiegten Völker, die besiegten Soldaten eben, zurückgehalten wurden und als Sklaven arbeiteten.

Ich habe bei jeder Besprechung, die ich mit Vertretern der russischen Besatzungsmacht hatte, bei allen Gelegenheiten, vor allem, als sie auf den Marshall-Plan hinwiesen, ihn als eine einseitige Angelegenheit ansahen und es verurteilten, daß *Kaiser* sich für den Marshall-Plan ausgesprochen hatte, immer darauf hingewiesen: Sicher, Ihr habt nicht diese Kreditmöglichkeiten, aber Ihr könntet auch etwas tun, was sich bei unserem Volk so auswirkt wie die Kredithilfe, die Amerika letztlich in Aussicht gestellt hat. Wenn Ihr unsere Kriegsgefangenen jetzt herausgäbt, dann würde diese Haltung bestimmt vom deutschen Volk anerkannt werden. Wenn Ihr nur die Kriegsgefangenen zurücklaßt, die krank geworden sind, wenn von diesen einer nach dem anderen zurückkommt, dann seid Euch darüber klar, daß sich das immer gegen Euch auswirken wird. Es wäre infolgedessen auch zweckmäßig, wenn Ihr auf einmal Schluß machen und nicht erst warten würdet, bis Ihr gehalten seid, die Gefangenen heraus-

zulassen. Die Frist, die sie selbst als vereinbarte Frist anerkennen, ist der 31. Dezember 1948.
Bei der vorletzten Unterhaltung über diese Frage habe ich im Laufe eines Gesprächs dreimal die Kriegsgefangenenfrage ernsthaft aufgegriffen, und zwar mit dem rein persönlichen Hinweis auf eigenes Familienschicksal, darauf, daß eine Schwester von mir von zweien von drei Söhnen, die in Rußland sind, überhaupt nichts weiß. Ich habe das nur als Beispiel dafür angeführt, wie eben eine deutsche Familie darunter leiden würde, daß sie noch nicht weiß, ob diese Menschen noch am Leben sind. Dabei wurde dann erklärt, man müsse bedauerlicherweise davon ausgehen, daß höchstwahrscheinlich diejenigen, die noch keine Nachricht gegeben hätten, nicht mehr am Leben seien.

(Zuruf: Stimmt nicht!)

Ich habe dann darauf hingewiesen, daß diese Zahlen in [der] Diskussion sind. Dabei wurde mir mitgeteilt: Wir haben nicht mehr als die 900.000 Kriegsgefangenen. Ich habe dazu erklärt: Wo sind denn die anderen?

(Zuruf: Millionen!)

Denn es handelt sich dann mindestens noch um einen Betrag von einer Million - um eine Million Menschenleben und nicht um eine Million, die ganz einfach eine Summierung von sonstigen Werten ist -, und eine Million Menschenleben kann nicht ganz einfach ausgelöscht sein. Es wurde mir dann erwidert, daß eben nicht so viele in Gefangenschaft gekommen seien. Ich habe betont, daß dagegen andere Ziffern stehen, die klar bestehen.
Ich habe mittlerweile festgestellt, daß die Angabe von 900.000 bestimmt nicht wahr ist, sondern daß es Bereiche gibt, in denen Kriegsgefangene sind, die bis heute noch nicht den Kontakt mit ihren Familien finden konnten und die auch dort zunächst nicht weiter offenkundig in Listen geführt sind.
Als die Auseinandersetzung zwischen den russischen Offizieren und mir dann vorbei war und ich aus dem Raum hinausgegangen war, fand nochmals eine Besprechung statt, die in der Presse nicht weiter behandelt ist und die ich auch nicht weiter behandeln will. Nach meiner Erklärung, nachdem ich dazu aufgefordert hatte, daß die russischen Offiziere den Raum verlassen - das ist in der Presse bekannt geworden - und das begründet hatte mit dem Hinweis auf freie Demokratie usw. - das brauche ich nicht zu wiederholen -, da protestierte der Oberstleutnant *Nassarow* gegen die in meiner Rede ausgesprochenen Drohungen und Beleidigungen. Ich habe dann beim Hinausgehen, als eine gewisse Pause - auch eine Pause des Schweigens - eingetreten war, erklärt: Wir haben keine Erfahrungen in Drohungen, aber Ihre Anwesenheit wird als Drohung, als Bedrohung der Demokratie, ausgedeutet[17] werden.
Dann fand noch eine Besprechung statt, zu der man mich noch hinzugebeten hatte. Bei dieser Gelegenheit wurde wieder hingewiesen auf gewisse Schwierigkeiten bei *Kaiser* und *Lemmer*, die ich hier nicht weiter behandeln möchte. Hier wurde dann auch das Thema der Kriegsgefangenen aufgeworfen und gesagt, wenn man nun in öffentlichen Reden diese Themen erörtern würde, so wie sie in leidenschaftlicher Weise behandelt würden, dann bestünden Bedenken dagegen, die Gefangenen vorzeitig zu entlassen, während man sich im Anschluß an meine letzte Unterredung überlegt habe, ob man nicht im nächsten Vierteljahr vielleicht doch Gefangene in größerem Ausmaß

[17] In der Vorlage: "ausgebeutet".

entlassen könnte. Ich muß allerdings hier ausdrücklich bemerken, daß das stattfand nach und im Rahmen der Auseinandersetzung, so daß ich nicht etwa sagen könnte, daß damit unbedingt eine Realität zum Ausdruck gebracht wurde.
Wir werden nicht nachgeben, um dieses Los unserer Brüder oft im wahrsten Sinne des Wortes zu kämpfen und sie heim zu bekommen. Ich bitte bei manchen Besprechungen, die geführt werden, daran zu denken: Manche Worte müssen unter dem Gesichtspunkt formuliert werden, daß wir diese Möglichkeiten nicht verschließen können, wenn wir uns nicht vor unserem Gewissen versündigen wollen.
Ich darf damit diese Erklärung abschließen und nur bitten, daß nicht durch öffentliche Diskussion die Behandlung dieser Frage erschwert wird, denn nur nüchterne Verhandlung und ernsthafte Arbeit kann dabei helfen. Öffentliche Diskussion im unzweckmäßigen Augenblick könnte sehr störend sein. Es kann sein, daß der Moment kommt, wo in der Öffentlichkeit absolute Klarstellungen erfolgen müssen. Im Augenblick ist es noch nicht so. Ich muß ja bei der Landesversammlung wohl oder übel auch nochmals auf dieses Thema kommen. Ich bitte, in der Öffentlichkeit auch die Worte zu bemerken, daß noch nicht alle Brücken abgebrochen sind und daß wir dabei auch davon ausgehen müssen, daß offensichtlich auch in London noch nicht alle Brücken abgebrochen worden sind. Ich bewerte das Londoner Ergebnis so, daß es weder positiv noch negativ eine klare Entscheidung gebracht [hat].
Damit dürfen wir zu den anderen Diskussionen zurückkehren. Ich darf jetzt vielleicht Herrn Dr. *Pfeiffer* das Wort zur Abgabe einer Erklärung geben. Ich war vorhin nicht da; ich glaube aber, die Erklärung ist notwendig geworden im Zusammenhang mit der bekannten sensationellen Angelegenheit Ellwangen.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Was um die letzte Ellwanger Besprechung herum gemacht worden ist, müßte man eigentlich als eine große Gaudi bezeichnen, weil nämlich da künstlich etwas erfunden und in die Luft gesetzt wurde, was überhaupt nicht vorhanden war.
Die Situation ist sehr einfach. Die Länderratsarbeit hat im Oktober 1945 begonnen, und im Laufe des Jahres 1946 hat sich ergeben, daß aus Kreisen der CDU und der CSU immer wieder Regierungsmitglieder dort zusammenkommen und ein, zwei Tage miteinander verbringen. So hat sich eine Atmosphäre des Vertrauens zwischen ihnen gebildet. Diejenigen, die am öftesten zusammenkamen, sind der jetzige stellvertretende hessische Ministerpräsident *Werner Hilpert* und *Gögler*[18] (?), der Staatssekretär in der Staatskanzlei in Württemberg. Man sah, es wäre recht zweckmäßig, wenn wir vielleicht in Form eines geselligen Zusammenseins die Regierungsmitglieder der beiden Parteien aus den drei Ländern der amerikanischen Zone des öfteren beisammen hätten, damit man sich persönlich näher kennenlernt; man sollte dabei ein wenig Diskussionsstoff geben und im übrigen ein Wochenende nett miteinander zubringen.
Da haben wir uns zusammengezählt, und es sind 27 Leute zusammengekommen. Wir haben uns gefragt: Wo kann man nun übers Wochenende für 27 Leute Unterkunft finden? Da hat sich herausgestellt, daß das weit und breit nur möglich ist, wenn für diese interne Unterhaltung und das Zusammensein ein Exerzitienhaus zur Verfügung stünde, wo die Exerzitien am Samstag zu Ende gehen und die neuen am Montag wieder anfangen. So ist das Kloster Schöneberg, das Exerzitienhaus Ellwangen, in diese Angelegenheit hineingekommen. Das ist die Vorgeschichte.

[18] In der Vorlage: "Göttner".

Der Vorgang selbst ist dann seit ungefähr einem halben Jahr hier, eben weil hier ein Samstag/Sonntag frei ist, zustandegekommen. Dann war das erste Zusammensein, wobei *Hilpert*, *Gögler*[19] (?) und *Pfeiffer* immer das Hausrecht ausüben und die Familienrepräsentation machen. Wir stellen die Aussprache bei diesem Zusammensein immer unter einen großen inneren Gesichtspunkt. Das erste Mal - dabei hatte ich die Zuständigkeit, den Vorsitzenden zu berufen - stellten wir die Tagung unter das Gedächtnis der Märtyrer des christlichen Staatsgedankens. Denn es war ungefähr am Hinrichtungstag von *Eugen Bolz*, dem Württembergischen Staatspräsidenten; er war auch Reichstagsabgeordneter von Ellwangen und der Württembergische Justizminister *Beyerle* war Landtagsabgeordneter mit *Bolz* zusammen gewesen.

(Zuruf: *Bolz* ist hingerichtet worden?)

*Bolz* ist hingerichtet worden. Er ist am 23. Dezember 1944 zum Tode durch den Strang verurteilt, dann zur Guillotine begnadigt und am 23. Januar 1945 hingerichtet worden. - In dessen Gedächtnis haben wir dann getagt. *Beyerle* als Vorsitzender hat ein außerordentlich interessantes Referat über den christlichen Staatsgedanken erstattet - "Der Inhalt des Christentums als Boden für eine praktische Staatspolitik". Das war also außerordentlich eindrucksvoll. Man hat darüber lange diskutiert.

Dann sind wir auch auf die merkwürdige Idee gekommen, einen bekannten religiösen Redner mitzunehmen; das war der Pater *Hugo Lang* von den Benediktinern. Bei dem Sonntagsgottesdienst, der am Sonntag früh für uns ist, hält er immer eine Predigt, entweder über die geistige Lage des Volkes oder über die Pflichten der Regierenden gegenüber dem Volk und seinen Nöten. Also durchaus eine absolut akzeptable Angelegenheit; so sind wir Demokraten beisammen und tauschen unsere Gedanken aus.

Das zweite Mal war die Tagung dann dem Gedächtnis der den Märtyrertod gestorbenen Bekenner des christlichen Staatsdenkens, der Leute in den Konzentrationslagern, gewidmet. Hierbei hat *Werner Hilpert* den Vorsitz geführt, der sechs Jahre in Buchenwald gewesen ist. Es hat der hessische Kultusminister *Stein* ein unglaublich interessantes Referat gehalten, über das christliche Abendland und den Anprall des Ostens gegen die Idee des christlichen Abendlandes. Dabei haben wir wieder unsere Gedanken ausgetauscht.

Das dritte Mal sprach ein anderer Freund. Es hat sich aber schon beim ersten Mal gezeigt, und der Eindruck war so groß, daß man sagte: Laden wir doch aus den anderen Zonen auch ein paar Freunde ein. So haben wir dann vor allem *Jakob Kaiser* und Dr. *Josef Müller*, der damals Parteivorsitzender, aber noch nicht Regierungsmitglied war, und Dr. *Adenauer* eingeladen. Das ist ganz selbstverständlich. Wir haben immer abgezählt: Wieviel Betten können wir in Schöneberg und in Ellwangen zur Verfügung haben? Dadurch hat sich der Kreis bestimmt.

Der Kern sind die Regierungsmitglieder aus den Ländern der amerikanischen Zone, und das Vorgehen ist immer das gleiche. Bei der dritten Tagung hat dann jemand über ein Wirtschaftsprogramm gesprochen, über Gedanken zu einem Wirtschaftsprogramm. Da hat man beschlossen, das weiter zu verarbeiten und der Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU für ihre weiteren programmatischen Arbeiten für die beiden Parteien zur Verfügung zu stellen.

So haben wir dann in einer vierten Tagung, die genauso angelaufen ist, als Kollegen den hessischen Fraktionsvorsitzenden *von Brentano* dort gehabt, der Verfassungsge-

[19] In der Vorlage: "Göttner".

danken, Verfassungsphilosophie und Verfassungsprobleme erörtert hat. In dem Zusammenhang kam man dann darauf, daß da so viel Positives, Wahres und Schönes gebracht worden ist, und es wurde geplant, es in einigen Wochen unter dem Titel "Ellwanger Gespräche" mit Predigten von Pater *Lang* und mit Einführungsworten von *Hilpert* und mir herauskommen zu lassen. Es ist längst geplant, daß das herauskommt. Dann wurde festgestellt, daß in der Arbeitsgemeinschaft die Verfassungsarbeiten noch nicht sehr weit gediehen sind. Daher sagte man: Publizieren wir doch die Sache, indem wir der Arbeitsgemeinschaft die Unterlagen über Verfassungsfragen usw. zugänglich machen. Es hieß, wie man das machen solle. Da schlug ich vor: Packen wir die Gelegenheit beim Schopf! Nehmen wir acht oder zehn Leute zusammen und halten wir eine Art Kollegium in der Form, daß innerhalb von zwei Tagen einmal der ganze Stoff durchgekaut und zusammengestellt wird! Dann werden wir wieder in Schöneberg zusammenkommen, das heißt jedes Mal, wenn es wieder reif ist. Legen wir das der freien Arbeitsgemeinschaft vor; dann geht es als eingeschriebener Brief an die Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU als Unterlagen für eine Formung der Stellung der Partei zu den Dingen.

Es ist uns, die wir ständig in diesen Verfassungsarbeiten drinstehen, eine Wohltat, wenn wir planmäßig und systematisch mit Leuten aus der gleichen Arbeit das durchsprechen. Das ist nämlich gar keine Rhetorik, das sind keine Phrasen und keine Deklamationen. Niemand spricht länger als acht bis zehn Minuten, außer dem Referenten. Es ist also eine sehr präzise Arbeitsform. So haben wir das damals beschlossen.

(Zuruf: Es geht mal für den Landesausschuß auch anders!)

Ich lege niemandem ein Hindernis in den Weg.

Daraufhin fand also am 9. und 10. Dezember in München diese Ausarbeitung statt. Irgendeine Waschfrau hat davon etwas läuten gehört, und dann ging dieser ganze Zauber los. Er hat seine herrlichste Ausprägung jetzt in der Zeitschrift Der Spiegel in Hannover gefunden, wobei ich sagen muß: Es ist faktisch in dem Artikel so gut wie gar nichts wahr, außer dem Wort Schöneberg und dem Bild, auf dem der Ministerpräsident *Ehard* und ich darauf sind. Sonst ist also von dem Ergebnis nichts wahr.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Das ist überhaupt die Ablagestelle für Lügeneier aus Bayern!)

Warum soll man überhaupt der Sache sehr lange nachlaufen? Es genügt ja, daß die Leute, die wirklich an unserer Arbeit Interesse haben, wissen, wie die Dinge geschehen sind.

Dann ist [es] dazu gekommen, daß ich eine Einladung nach Marburg, glaube ich, hatte, und daß ich dort den französischen Verteidigungsminister getroffen habe. Das war natürlich alles sehr interessant; auf die Weise bekomme ich nämlich eine interessante Biographie zusammen und einen Titel meines Buches. Danach haben wir also einen Bund katholischer Staaten ausgedacht, dann haben wir den Donaustaat vorbereitet.

(Zuruf: Süd gegen Nord!)

Die zwei Dinge sind vielleicht doch richtig: Süden gegen Norden und Vereinigung katholischer Staaten. Es waren mehrere evangelische Minister aus der britischen Zone dabei. Sie sehen, das spricht dafür, daß wir dort immer planen, Süden gegen Norden auszuspielen. Außerdem spricht die Mitarbeit dieser evangelischen Minister auch sehr dafür, daß wir einen Bund katholischer Staaten herbeiführen wollen.

(Heiterkeit.)

Im übrigen habe ich die evangelischen Kollegen - es sind immer sechs bis acht von ihnen da - wiederholt gebeten, es würde uns, wenn sie einen vortrefflichen Kanzelredner wüßten, sehr freuen, wenn einer von den evangelischen Männern, die sich zu diesen Problemen äußern wollen, zu uns käme. Ich kann Ihnen ganz bestimmt sagen: Wir werden es mit großer Regelmäßigkeit wiederholen, weil diese Angelegenheit für alle Kreise innerlich erhebend und fruchtbar gewesen ist und weil es für uns alle eine seelische Konzentration war. Man muß die Politik nicht immer bloß vom Alltag her betrachten, sondern gemeinsam steigen wir katholischen und evangelischen Brüder miteinander immer wieder ungefähr eineinhalb Tage in den ethischen und religiösen Urquell unserer Seele hinunter, damit wir den Dreck, der alltäglich an uns herankommt, wieder leichter tragen können. Das ist Schöneberg!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ein Wort zu dem Thema: Ich wäre allerdings der Auffassung, daß wir unter uns die Plaudereien über Schöneberg nicht lange fortsetzen müßten. Ich darf dazu eines erwähnen: In dem einen Artikel, den ich letzthin gesehen habe, wurde auch davon gesprochen, daß ich zur Tarnung damals nach Berlin geschickt worden sei. Ich glaube, die Leute, die mich kennen, werden am wenigsten annehmen, daß ich mich wegschicken lassen würde, wenn ich glauben würde, ich sei irgendwo notwendig. Wird zu dem Thema noch unbedingt das Wort gewünscht? Wenn es nicht unbedingt notwendig ist, dann würde ich vorschlagen, daß wir es beenden.

*Barth*: Ich danke Herrn Staatsminister *Pfeiffer* für seine Aufklärung, die wir draußen brauchen, um dem Gewäsch entgegenzutreten. Wir haben sie bekommen und können sie verwerten. Es ist genug für uns zu wissen, daß sich hier ein privater Zirkel zusammengefunden hat, wenn er auch in diesem Fall, man darf sagen, aus Prominenten besteht, ebenso wie sich Männer in derselben Sorge um unser künftiges Schicksal auch anderswo zusammengefunden haben.

*Von Prittwitz-Gaffron*: Ein kurzes Wort dazu: Wir sind alle Herrn Dr. *Pfeiffer* sehr dankbar. Wenn ich mir eine Bemerkung erlauben darf: Wenn eine solche Veranstaltung z.B. in München stattfindet wie die letzte, würde sich meines Erachtens sehr viel vermeiden lassen, wenn der Presse rechtzeitig ein kleines Stichwort gegeben würde. Ich habe mir damals erlaubt, das einem der Teilnehmer vorzuschlagen. Es ist leider nicht berücksichtigt worden. Ich glaube, die Kombinationen werden immer dann gemacht, wenn die Presse keinen Anhaltspunkt hat.

Da ich das einzige Mitglied des sogenannten Heppenheimer Verfassungsausschusses bin, darf ich zur Verteidigung der Arbeit sagen: Herr Dr. *Pfeiffer*, Sie haben es so hingestellt, als hätten wir nur einen Gedanken hingeworfen. Wir haben, wie Herr *von Brentano* bestimmt berichtet hat, einen fix und fertigen, nicht wörtlichen Entwurf, aber Inhalt einer künftigen Bundesverfassung zusammengestellt. Das wollte ich bemerken, weil ich glaube, daß man einerseits Regierungsentwürfe und andererseits Parteientwürfe machen kann und die Arbeit organisch weiterentwickeln lassen muß. Ich hoffe, daß wir Ihren Vorschlag in Heppenheim weiterberaten könnten.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Die Heppenheimer Sache war in dieser Sache nicht klargemacht worden. Das ist einer der Irrtümer, für die ich nichts kann.

*Von Prittwitz-Gaffron*: Dafür kann Heppenheim auf der anderen Seite nichts.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wichtig ist: Die Vorschläge, die ausgearbeitet und weiterverarbeitet worden sind, gehen zuerst an den Verfassungsausschuß der Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutsch-

lands. Sie gehen dann über den Vorstand an die Arbeitsgemeinschaft, so daß wirklich die Sicherung dadurch gegeben ist, daß sie so bearbeitet werden, daß niemand glaubt, daß etwa aus dem Hintergrund heraus eine deutsche Verfassung gestartet werden könnte, von irgend jemand, der nicht in die volle Verantwortung und die Gesamtpartei eingebaut ist. Das ist das Entscheidende.

(Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Sehr richtig, so ist es!)

Frau *Krüger*: Ich bin leider beschämt, daß ich nach so vielen großen Ausführungen auch noch zu Ihnen spreche. Aber als Frau möchte ich bei Ihnen Hilfe und Unterstützung suchen, und zwar im Zusammenhang mit Dingen, die hier in großer Linie bereits behandelt worden sind. Mein Bezirksvorsitzender Dr. *Barth* hat darauf hingewiesen, wie der einfache Mann bei uns oben mißtrauisch geworden ist gegenüber den Dingen der Union. Dr. *Kroll* hat es ausgeführt und im großen und ganzen wurde auch in den anderen Referaten gesagt, daß die Taten für uns sprechen müssen. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß wir oben, ich möchte sagen an der russischen Grenze, oben in Hof, den festen Willen haben, alles zu tun. Aber ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß ein großer Teil von Oberfranken, wo die Rundfunkhörer nur im Besitze von kleinen Geräten sind, Tag und Nacht nichts anderes hören können, als den Leipziger und die ihm angeschlossenen Sender. Diese Sender bringen künstlerisch ein so hervorragendes Programm, daß die Hörer diese Sender sehr gerne einstellen und dann auch nicht abschalten, wenn hernach die politischen und sonstigen Kommentare kommen. Ich brauche nur den Namen *Gessner* zu nennen und Ihnen sagen, daß jetzt bei dem einfachen Volk Fragen der Einheit Deutschlands diskutiert werden, wie wir es begrüßen würden, wenn sie von uns aus dorthin getragen worden wären. Aber das Volk diskutiert sie vom Standpunkt *Molotows* aus.

Das sind Einbrüche in unser oberfränkisches Leben, wie man sie hier sehr unterschätzt. Bedenken Sie bitte, daß wir Flüchtlinge, besonders wenn wir geistig eingestellt sind, zum großen Teil nicht mehr über das verfügen, was uns in Zeiten der Trauer früher ein Trost war, nämlich Bücher. Wir sind also glücklich, wenn wir einen Rundfunkapparat haben können. Aber nicht nur, wer geistig eingestellt ist, sondern auch, wer leichte Lektüre liest, nimmt den Rundfunk als Ersatz für vieles andere.

Stellen Sie sich nun bitte vor: Wir haben ununterbrochen nur die Möglichkeit, uns über die Vorgänge in Bayern durch den Spiegel der russischen Sender zu informieren. Denn die Tageszeitungen, die uns zur Verfügung stehen, die Frankenpost, sind auch nicht der Spiegel, der der wahren Arbeit der CSU und ihren Aufgaben gerecht wird.

(Sehr gut!)

Wir haben die Gemeindewahlen vor uns. Sie können gewiß sein, daß man Verfehlungen im Kommunalapparat oder im höheren Regierungsapparat in dieser Zeitung sehr stark behandelt, wenn es sich um Mitglieder handelt, die nicht der SPD angehören.

(Sehr richtig!)

Sie können gewiß sein, daß in der Frage der Entnazifizierung sehr geschickt Gift eingestreut wird. Ja, man fragt sich bisweilen sogar, wie es eigentlich möglich ist, daß es in einem von der CSU regierten Staat wie Bayern, wo die SPD in der Zeit der größten Verantwortlichkeit in Opposition gegangen ist, noch Menschen gibt, die an verantwortlicher Stelle auch in der Presse immer wieder dieses Gift gegen die ehrlich gewollte Arbeit der Regierung ausstreuen können.

(Zuruf: Sehr richtig! Regierungspräsidium in Ansbach!)

Dann möchte ich die Regierung von ganzem Herzen bitten: Helfen Sie uns kleinen Leuten draußen und auch uns Frauen. Denn wir 60% Frauen sollen für die anderen Frauen geradestehen, sollen Ihnen etwas Positives sagen. Wir müssen die Frauen aus einer Lethargie aufrütteln, in die sie gekommen sind, entweder weil sie politisch noch gar nicht denken können, oder weil sie durch die Entnazifizierung und ihre Folgen in der schwersten Weise getroffen sind. Helfen Sie uns, daß wir die Möglichkeit haben, die Probleme in der geistigen Höhe, wie sie hier gebracht worden sind, sozusagen in einer 1000-Worte-Volksausgabe dem einfachen Volk klarzumachen. Diese Radiostimme soll auch wirklich in jeden kleinen Volkssender in Oberfranken hineindringen. Das wäre ein großes Plus.
Auf der anderen Seite muß ich weiter betonen: Unterschätzen Sie nicht die geradezu frontalen Angriffe, die drüben hinter dem Eisernen Vorhang sich gegen uns vorbereiten. Ich meine nicht militärisch. Aber es sickert soviel zu uns herein, sei es unter der Maske der Flüchtlinge, sei es im Wege von Interzonenpässen und dem notwendigen Austausch von Wirtschaftsgeschäften kleiner Art. Da sind so viele unkontrollierbare Elemente dabei, die bestimmt mit ganz anderen Aufträgen nach Bayern kommen. Wir wollen keinen Eisernen Vorhang machen. Aber nehmen wir einmal das Beispiel der Mühle her. Da wird ein breites Gatter angebracht, damit nur das klare Wasser hindurchkommt und nicht das unklare, weil sonst das Getriebe der Mühlräder entzweigeht. Sorgen Sie dafür, daß das klare Wasser des gegenseitigen Verständnisses aus der Ostzone zu uns kommt. Dann wird es unser Getriebe befruchten.
Sorgen Sie dafür, daß wir unsere mühevolle Aufbauarbeit durchführen können. Ich bekenne mich als Christin dazu, daß wir den ideellen Standpunkt für die Ostzone vertreten müssen. Denn der Glaube kann Berge versetzen. Sorgen Sie dafür, daß in dieser Aufbauarbeit alles getan wird, um uns und unseren Kampf oben zu unterstützen und auf der anderen Seite wirklich den großen Plänen, von denen hier gesprochen wurde, etwas näher zu treten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Wort hat *Schedl* zu einer kurzen technischen Erklärung.
Dr. *Schedl*: Um 15.20 Uhr fährt ein Sonderzug nach Nürnberg mit Anschluß nach allen Hauptrichtungen. Darf ich fragen, wie groß die Teilnehmerzahl wäre. Um 13.50 [Uhr] fährt auch noch einer. Die Teilnehmerzahl ist sehr gering. Er wird nicht fahren können.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann bitte ich, sehr rasch das Thema zu beenden.
*Haußleiter*: Die Rundfunklage in Oberfranken ist schlecht. Ich möchte zu den Ausführungen von Frau *Krüger* nur sagen, daß ich seit einigen Monaten schon die Rundfunkfrage betreibe und hoffe, früher oder später doch wohl den Sender Bayreuth zu bekommen, damit endlich diese sehr wirkungsvolle, gefährliche Propaganda, die droben einsickert und die ganze Stimmung gerade an der Grenze verwandelt, abgebogen wird. Das möchte ich nur als Ergänzung zu den Erklärungen von Frau *Krüger* sagen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf vielleicht hier etwas dazwischenfügen. Unser Parteifreund *Weixler* hat einen Antrag folgenden Wortlauts gestellt:

> Der Landesausschuß der CSU hält die Sicherung der demokratischen Grundrechte, und zwar in allen Teilen Deutschlands, für die Voraussetzung für das Zusammenleben des deutschen Volkes. Deshalb billigt er die von dem Vertreter der Union in Berlin eingenommene Stellung und versichert die CDU der Ostzone und ihre Exponenten *Kaiser* und *Lemmer* seiner besonderen Sympathie.

Ich wäre eigentlich der Meinung gewesen, wir hätten in der Landesversammlung dazu Stellung genommen, da sie ja schon in drei Wochen tagt. Darf ich kurzhändig feststellen: Ich glaube, der Majoritätswunsch geht dahin, den Antrag bis zur Landesversammlung zurückzustellen.

(Zuruf: Wenn nicht die Gefahr besteht, daß es da zu spät ist!)

Nein! Es wird nicht zu spät sein. Der Antrag ist für die Landesversammlung vorgemerkt.
Dann darf ich noch eine Erklärung abgeben, die ich in anderem Zusammenhang abgeben wollte:

> Die furchtbare soziale Not, die einen großen Teil unserer Menschen, vor allem die Flüchtlinge und Heimkehrer, wirtschaftlich und auch seelisch belastet und ihnen die lebendige Anteilnahme am Geschehen unserer Zeit unmöglich macht, kann nicht durch staatliche Anordnungen allein überwunden werden. Es gilt, jeden einzelnen zum Kampf gegen die Not aufzurufen und die Kräfte der Selbsthilfe zu wecken. Auch die CSU muß hierin angesichts ihrer politischen Aufgabe und ihrer programmatischen[20] Berufung auf das Christentum eine ihrer vornehmsten Aufgaben sehen. Ich halte es daher für richtig, ein Sozialwerk der CSU ins Leben zu rufen. Ich beauftrage den Parteifreund Dr. *Eugen Rindt* im Benehmen mit der Landesgeschäftsstelle der CSU, die notwendigen sachlichen und organisatorischen Vorschläge hierzu auszuarbeiten, mit dem Ziel einer Aktivierung der sozialen Selbsthilfekräfte innerhalb der Union und innerhalb unseres ganzen öffentlichen Lebens.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie damit Ihr Einverständnis erklären würden. Ich brauche hierzu keine größeren Ausführungen zu machen. Es handelt sich hier um eine sachliche, ruhige Vorarbeit, die geleistet werden soll. Infolgedessen möchte ich jetzt damit beginnen, ohne große Erklärung und ohne große Begrüßung, wie ich damals auch mit den Arbeitsgemeinschaften begonnen habe. Ich habe zu *Rindt* das Vertrauen, daß er bestimmt gute Arbeit leisten wird.
Darf ich Ihre Zustimmung annehmen? Es erhebt sich kein Widerspruch. Angenommen.
*Michel Horlacher* hat noch das Wort.
Dr. *Horlacher*: Ich werde nicht länger sprechen, nur ein abschließendes Wort zu den Ellwanger Besprechungen. Ich habe nichts dagegen, wenn sich Sünder an bestimmten Orten zusammenfinden, um eine Bekehrung zu versuchen. Das ist ein gutes Werk. Das wollen wir in keiner Weise verhindern.
Zur Sache selbst! Da handelt es sich um folgendes: Ich habe zuerst überlegt, ob ich zu der Landesausschußsitzung fahren soll. Der *Ochsensepp* ist Zeuge dafür, daß ich noch im letzten Augenblick geschwankt habe. Ich bin mit dem Ziele hierher gekommen, um an der Gestaltung von Verhältnissen mitzuwirken, die mir schon lange auf dem Herzen liegen. Es ist gelungen, hier an diesem Ort in Erlangen dem weihnachtlichen Wunsch unserer Wähler Rechnung zu tragen, nämlich den Frieden in der Union endlich herzustellen.

(Bravo!)

[20] In der Vorlage: "proklamatischen".

Dieser Unionsvogel, von dem ich in Eichstätt gesprochen habe, ist jetzt endlich ausgeflogen, und ich glaube, es muß auch in die Öffentlichkeit hinausgetragen werden, daß jetzt eine Periode bei der Union abgeschlossen ist,

(Zuruf: Endgültig!)

nämlich die Periode der Geschichtenmacherei. Wir haben bisher in unserer Union immer so Geschichtchen zur Unterhaltung gemacht. Das war aber keine Unterhaltung für uns und unsere Wähler. Es ist das auch hinausgedrungen. Jetzt soll hinausdringen, daß wir diesmal eine Tagung haben, die wirklich mit dem Wort Geschichte bezeichnet werden kann. Daran wollen wir festhalten.

Ich bekenne ganz offen - ich habe das seit einiger Zeit zur Richtschnur meines Lebens gemacht -, daß ich dem Herrn Dr. *Semler* ursprünglich mit großem Mißtrauen gegenübergestanden bin, weil ich gesagt habe, er ist ein guter Theoretiker, wird aber auch die Verhältnisse nicht besonders meistern. Ich habe mir heute die Verhältnisse ganz objektiv angeschaut und habe die Referate des Herrn *Semler*, des Herrn Dr. *Müller* und zum Schluß das Referat des Herrn Ministerpräsidenten auf mich wirken lassen. Ich muß sagen, und jeder Ehrliche von Ihnen muß auch sagen: Wenn Sie sich das Ganze überlegen, so haben wir doch hier Worte gehört, die jeder unterschreiben kann.

(Sehr richtig!)

Da sind Worte gebraucht worden, die den Weg nach vorwärts führen,

(Sehr gut!)

so steil und steinig der Weg auch sonst sein mag, und es ist unsere Pflicht, hinter diesen Männern zu stehen

(Sehr richtig!)

und die Geschichtenmacherei in der Union endlich abzuschließen.

(Sehr gut! - Sehr richtig!)

Es hat keinen Zweck. Die Union ist nicht die Fortsetzung irgendeiner anderen Parteigruppierung. Die Union ist eben die Union, und die Union ist auf dem Marsche, wirklich eine Union zu sein.

Es war eine Art Christbaumbescherung für uns. Die Weihnachtszeit, habe ich in einer Rundfunkbotschaft gesagt, ist eine gute Zeit. Sie war auch eine gute Zeit für die Union, und für diese Bescherung dürfen wir dankbar sein.

Ich will nicht den Antrag stellen - ich habe es ursprünglich im Sinne gehabt, es wäre mir auch gelegen, den Herren *Müller*, *Semler* und Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] besonders das Vertrauen auszusprechen. Davon will ich absehen. Ich sehe am Beifall allein, daß diese Männer endgültig das Vertrauen der Union genießen.

(Lebhafter Beifall.)

Glauben Sie mir, es wird dadurch ein Aufatmen durch die Wähler der Union gehen.

(Sehr gut!)

Jeder kann an seinem Platze innerhalb der Union mitarbeiten.

(Zuruf: Und nun an die Arbeit!)

Ich spreche solches Lob nicht mehr aus, weil ich die Eigenschaft habe, daß ich gerne auf das oder jenes eifersüchtig bin. Es kommt aus ehrlichem Herzen, wenn ich mich

entschließe, ein solches Lob in dieser Stunde auszusprechen. Insbesondere waren die Worte, die Herr Dr. *Müller* - der *Ochsensepp* hat auch schlechte Tage - in der Gesamthaltung der Politik heute gebraucht hat so, daß sie als Unterlage für unsere gesamte Propaganda dienen müssen.

(Sehr richtig!)

Es mag einer auf dem realistischen Boden stehen wie nachher der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*]. Das ist auch sein gutes Recht. Man muß den realen Verhältnissen Rechnung tragen. Vergessen wir nicht, daß letzten Endes die Idee das ist, was die Herzen der Menschen beherrscht.

(Sehr richtig!)

Selbst wenn wir das momentan nicht erreichen können, darf die Idee nicht in den Hintergrund treten.

Insbesondere möchte ich auch zur amerikanischen Seite sprechen. Ich stehe hier auf dem Standpunkt, daß es sich bei unserer Lage, wie sie sich jetzt entwickelt hat, gar nicht mehr um eine deutsche Frage handelt, sondern um eine europäische und um eine Weltfrage. Wenn das die Welt nicht anerkennt, dann ist das, was uns geboten wird, keine Demokratie echten Grades, sondern nur eine demokratische Form. Nach meiner Überzeugung muß die Demokratie in den Herzen jedes einzelnen und in den Herzen der Völker wohnen. Dann wird sie die Botschaft werden, an der die Welt gesunden kann, und die Botschaft, die dem Kollektivismus entgegentritt.

Bei dieser Gelegenheit bedauere ich eines außerordentlich. Ich gehöre nicht zu denen, die andere Parteien angreifen. Aber ich muß hier doch einmal ein Wort an den Führer der SPD sagen. Ich kann den Führer der SPD, den Herrn Dr. *Schumacher*, mit seiner Gesamthaltung nicht verstehen, die einem übertriebenen Zentralismus entgegengeht. Das kann ich nicht verstehen.

(Sehr gut!)

Er ist damit nichts anderes wie der Schrittmacher der Diktatur, ganz gleichgültig, von welcher Seite sie kommt.

(Lebhafter Beifall.)

Das soll er sich einmal gesagt sein lassen. Das muß einmal ausgesprochen werden.

Die Geschichte ist dazu da, um aus ihr zu lernen. Glauben Sie mir, wer diktatorische Wege geht, der hat immer etwas im Hintergrund, was für die Seele des wirklich demokratisch denkenden Menschen nicht paßt. So stehe ich auf dem Standpunkt, nicht zuviel Theorie, nicht allzu viel Spiel mit dem Wort Zentralismus und Föderalismus zu betreiben, sondern sich auf das zu begeben, was unser Volk für seinen Neubau braucht.

Und da sage ich insbesondere zu meinen bayerischen Freunden: Ich will nicht zu denen gehören, die neben dem Wagen herlaufen und kräftig bellen und bloß die Lautsprecher machen, wenn sie zusammenkommen, und sonst keinen Finger rühren. Da ist mir die Politik der Union schon die richtigere, daß wir uns auf den Karren hinaufsetzen und mitkutschieren. Denn letzten Endes sind *wir* die, die die demokratische Idee des Südens auch dem Norden zu vermitteln haben,

(Sehr richtig!)

und der Norden muß uns dankbar sein, wenn er hier die Hilfskräfte aus dem Süden bekommt, das heißt wir müssen zusammenarbeiten und nicht auseinanderarbeiten.

Der Herr *Semler* hat einen Vortrag gehalten, der von grundsätzlicher und grundlegender Bedeutung war. Ich bin ein bißchen Egoist. Ich habe selbst große Verbände zu leiten und gebe Obacht, was los sein könnte. Ich gehöre hier zu den Zuhörern, die Obacht geben, ob sie wirklich für ihre Sache etwas profitieren können. Und da ist es so, daß man hieraus so viel profitieren kann, daß dieser Vortrag gedruckt werden muß und allen Mitgliedern der Union zur Verfügung stehen muß, damit wir auch geistig das unterbauen, was hier wirtschaftlich und auch gegenüber der Besatzungsmacht notwendig ist. Das andere, was notwendig ist, kann ich mir vielleicht für den Parteitag vorbehalten. Auf diese Worte möchte ich mich beschränken.
So wollen wir jetzt von der Parteiversammlung hier in Frieden voneinander scheiden mit dem Gelöbnis, daß wir in den Zeiten der Not zusammenstehen und zusammenarbeiten. Das will die Wählerschaft der Union.

(Beifall.)

So soll diese Versammlung hier den Grundstein legen für unsere zukünftige Arbeit.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Es liegen noch acht Wortmeldungen vor. Darf ich die Parteifreunde bitten, auf das Wort zu verzichten? - Es ist verzichtet. Ich darf dann zum Schluß ...
Dr. *von Luschka*: Verzichtet ist etwas zuviel gesagt. Ich möchte mir vorbehalten, das nächste Mal auf das Problem zurückzukommen, über das ich sprechen muß.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf eine Frage an Sie richten, bevor ich schließe. Es ist vorgeschlagen worden, daß die *Semler*-Rede gedruckt wird. Ich habe mittlerweile überlegt, ob ich Ihnen nicht den Vorschlag machen soll: Wir waren ein kleineres Gremium, die Landesversammlung ist das entscheidende Gremium der Union. Ich möchte nicht gerne wiederholen. Aber ich hielte es doch für gut, wenn dieses Referat vor der Landesversammlung erstattet würde. Einverstanden? Dann werde ich Parteifreund *Semler* bitten, vor der Landesversammlung ein Referat in dem Sinne, wie er es heute gehalten hat, zu erstatten, das dann gedruckt wird. Das kann ich zurückstellen.
Meine lieben Freunde! Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden: Ich plane seit einiger Zeit im Hinblick auf die Wahlen die Einrichtung eines kommunalpolitischen Informationsdienstes. Ich werde diese Frage später behandeln. Ich möchte nur heute darauf hinweisen, daß die Freunde, die daran mitarbeiten wollen, mir möglichst bald ihre Bereitschaft mitteilen sollen. Dafür wäre ich sehr dankbar allen, die draußen die Erfahrungen sammeln in der Arbeit der Gemeinden. Jeder muß mithelfen. Nur dann können wir etwas leisten.
Meine lieben Freunde! Damit darf ich jetzt, bevor ich endgültig schließe, zunächst eine Dankespflicht erfüllen. Ich glaube, in aller Namen zu sprechen, wenn ich unseren Freunden aus Erlangen für die Arbeit danke, die sie bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Tagung geleistet haben.

(Beifall.)

Wir müssen anerkennen, wieviel Kleinarbeit in der Vorbereitung einer solchen Tagung steckt. Sie verdienen unseren ehrlichen Dank dafür.
Wir sind nach Erlangen gegangen, um zu zeigen, daß die Union nicht nur in Eichstätt oder in München, sondern überall zu Hause ist, auch in Erlangen. Wir werden immer wieder daran festhalten, daß der Landesausschuß wechselt, um dafür zu sorgen, daß

das Interesse an der Arbeit des Landesausschusses ein allgemeines wird, daß auch unsere Freunde im ganzen Lande dabei wissen, sie sind eine Grundfeste der Union. Ich danke Ihnen allen für die Mitarbeit, die Sie in dieser Tagung für die Union geleistet haben.
Wir haben zwei Tage gearbeitet, und es ist sicher kein Selbstlob, wenn ich sage, wir haben uns redlich angestrengt, für die Union das Beste zu leisten. Jeder einzelne, der gesprochen hat, hat so gesprochen, daß die Union wirklich dankbar sein kann für solche Mitarbeiter. Es war manchmal anders. Gott sei Dank ist diese Zeit hinter uns, Gott sei Dank wird jetzt in der gesamten Union gearbeitet. Wir stehen zusammen, und wir werden zusammenstehen, und niemand wird imstande sein, die Union auseinanderzubringen. Das sei ein für allemal festgestellt. Keinem Gegner der Union wird es gelingen, sie zu zertrümmern. Dafür ist bei uns gesorgt. Wir haben das in Bayern erreicht, wir sind dabei, in ganz Deutschland das gleiche zu erreichen.
Die Union als die größte Partei Deutschlands hat eine besondere Verantwortung. Sie ist sich dieser Verantwortung bewußt. Alle Männer der Union werden in der gesamtdeutschen Union das gleiche leisten, was wir hier leisten. Wir unsererseits in Bayern werden in Bayern und für Bayern arbeiten. Wir Bayern werden in Deutschland und für Deutschland arbeiten. Gott segne unsere Arbeit!

Schluß der Sitzung 13.15 Uhr.

# Nr. 30

## Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 24. Januar 1948 in Marktredwitz

Tagesordnung:[1]
1. Bericht der Satzungskommission, Dr. Kroth, Stellungnahme Pfeiffers
2. Neuwahlen nach § 48 der Satzung
3. Verschiedenes

Tagungsort: Marktredwitz, Katholisches Vereinshaus, Jean-Bauer-Straße

Anwesend:[2] J. Braun, Ehard, Emmert, Haußleiter, Horlacher, Kroll, K.A. Kroth, J. Müller, Pfeiffer, Rindt, Schedl, O. Thomas und weitere Teilnehmer.

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Die Sitzung wird um 14 Uhr durch den Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Dr. *Josef Müller*, eröffnet. Mit der wörtlichen Niederschrift wird während des Referats von Dr. *Kroth* (Schweinfurt) um 15.19 Uhr begonnen.
Dr. *Kroth*: ... Wir haben ohne Schwierigkeiten eine Einigung darüber erzielt, daß die Arbeitsgemeinschaften überall mit maßgebendem Einfluß eingebaut werden sollten. Wir haben weiter ohne weiteres Übereinstimmung erzielt in der Frage der automatischen Delegationen. Wir sind dann auch verhältnismäßig einfach zu dem Beschluß gekommen, das Präsidialsystem einzubauen. Herr Dr. *Pfeiffer* hat nach seinen ursprünglichen Einwendungen dann doch gesehen, daß das Verhältnis zwischen dem ersten Landesvorsitzenden und seinen beiden Stellvertretern ein sehr persönliches sein und werden muß und daß dieses Verhältnis gesetzmäßig sehr schwer zu umreißen ist. Wir haben über diesen Punkt des Präsidialsystems und auch über die Frage regional- oder zahlenmäßige Struktur eine ausgiebige Debatte gehabt.

(Zuruf: Was sind die Ergebnisse?)

Wir haben stundenlang über diese Frage diskutiert, weil der Satzungskommission daran lag, hier unbedingt eine Lösung zu finden, die allen annehmbar ist. Es ist uns leider nicht ganz gelungen. Wir haben, um den Wünschen von Oberbayern zu entsprechen oder näher zu kommen, einen Ausweg darin erblickt, daß wir die Landtagsabgeordneten als sitz- und stimmberechtigt wieder in der Landesversammlung verankert haben. Wir haben darin einen naheliegenden und natürlichen Ausgleich gesehen für die Forderung des Gewichtes nach der Zahl. Denn nach den Statistiken, die wir da noch einmal besonders herangezogen haben, haben wir festgestellt, daß die mitgliederstarken Verbände ihre Abgeordneten durchgebracht haben, während die mitgliederarmen auf ihre Abgeordneten haben verzichten müssen.

---

1 Laut Einladungsschreiben des Landesvorsitzenden vom 9. Januar 1948 (ACSP, CSU-Landesausschüsse, 24. Januar 1948) war als einziger Tagesordnungspunkt vorgesehen: 1. Neuwahlen nach § 48 der Satzung (Bericht der Satzungskommission). Tatsächlich verschoben sich Reihenfolge und Gewichtung wie oben. Die Einladung war für den 23. Januar erfolgt, die Sitzung verschob sich jedoch wegen des Generalstreiks in Bayern auf den 24. Januar 1948.

2 Eine Teilnehmerliste ist nicht auffindbar, die genannten Anwesenden wurden anhand des Protokolltextes ermittelt. Tatsächlich nahmen an dieser Sitzung 89 Personen teil, vgl. S. 1392.

Es hat sich dann höchstens vielleicht noch darum gehandelt, noch 25 zusätzliche Stimmen festzulegen, um vielleicht dadurch den Wünschen von Oberbayern ganz zu entsprechen. Aber es hat sich herausgestellt, daß dazu ein so kompliziertes Material notwendig war, daß die ganze Prozedur als ziemlich fragwürdig erschien. Dr. *Horlacher* hat zu diesem Punkt auch noch einmal ganz ausführlich gesprochen. Er hat darauf hingewiesen, daß wir gerade durch die sogenannten mitgliederarmen Verbände diesen Vorsprung bzw. diese Mehrheit in der Partei gewonnen haben und daß es sich wirklich nicht lohnt, hier große Mathematik anzuwenden, um hier auch rein zahlenmäßig einen Ausgleich zu finden.
Ich kann dann vielleicht gleich zu den Ergebnissen unserer Arbeit übergehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich unterbrechen? *Kroth* hat jetzt ungefähr einen Überblick über die Grundlinien dieser Debatte gegeben. Ich würde vorschlagen, daß jetzt *Pfeiffer* seinerseits einige Worte spricht und daß wir nachher Paragraph für Paragraph durchnehmen. Ich bitte zu entschuldigen, aber ich möchte hier Zeit sparen, soweit es irgendwie geht. Wir sollten jetzt schon die Landesversammlung beginnen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] macht dann einige Vorschläge zum Beginn der Landesversammlung, der auf 16.30 Uhr festgesetzt wird, und fährt dann nach einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten *Braun* zu dieser Frage fort:
Ich bitte Freund *Anton Pfeiffer*, seinerseits die Grundprinzipien, wie sie in der Diskussion hervorgetreten sind, vorzutragen. Dann werden wir vielleicht, wenn es notwendig ist, ganz kurz debattieren und dann Paragraph für Paragraph vornehmen.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Die widrigen Umstände, unter denen wir heute tagen müssen, und die Zeitnot, in der Entscheidungen gefällt werden sollen, liegen gewiß nicht im Verschulden der Leitung unseres Ausschusses und der Landesleitung. Aber trotz alledem kann ich nicht umhin zu erklären: Ich glaube nicht, daß man in der vorgesehenen Zeit von ein- oder eineinhalb Stunden eine Frage entscheiden kann, welche für einen bedeutenden Teil der Parteiangehörigen eine sehr weittragende Bedeutung hat.

(Sehr richtig!)

Ich halte es insbesondere nicht für angängig, daß wir heute unter Zeitdruck in 50 oder 80 Minuten etwas verbescheiden sollen, was man vorher besser und gründlicher und richtiger hätte erledigen können.
Damit diese Behauptung bewiesen wird, muß ich den Bericht des Herrn Kollegen *Kroth* leider in einigen Punkten ergänzen. Der Ausschuß, der die Satzungen überarbeiten sollte, ist vor gut drei Wochen eingesetzt worden. Die erste Sitzung war anberaumt ungefähr eine Woche später, mußte dann in gemeinsamer Übereinstimmung verlegt werden und sollte nun am letzten Dienstag vor acht Tagen stattfinden. Sie wurde dann auf Wunsch des Herrn Landtagspräsidenten [*Michael Horlacher*] auf den Dienstag dieser Woche verlegt.
Sie wissen, daß ich als Vertreter des Bezirksverbandes Oberbayern ersucht wurde, an der Kommission teilzunehmen. Ich habe mir als einer der Mitarbeiter an dem Satzungsentwurf von Oberbayern die Mühe gemacht und habe die drei im letzten Landesausschuß vorgelegten Satzungen sehr genau kollationiert, eine Synopsis gemacht, habe sie durchgearbeitet und, obwohl der Ministerpräsident [*Hans Ehard*] in dieser Woche von München abwesend sein mußte und infolgedessen auch mir aufgrund meiner dienstlichen Stellung eine größere und umfangreichere Arbeit [ob]lag, habe ich es ermöglicht, mich den ganzen letzten Dienstag freizumachen, und ich habe acht Stunden an den Beratungen dieser Kommission teilgenommen.

Ich habe im politischen Teil wie bei der Durcharbeitung der Satzungen darauf hingewiesen, daß fünf Punkte bei dieser Satzungsrevision verabschiedet werden sollen und daß dabei für einige Punkte vom Landesausschuß Richtlinien erteilt worden seien. Das eine sei die Einarbeitung der Arbeitsgemeinschaften, was ganz glatt und ohne Reibung vor sich ging. Das andere war die Frage der Zusatzstimmen für die leistungsstarken, leistungshohen Kreisverbände. Das dritte war die Frage der Zusammensetzung der Parteispitze, das vierte die Häufelungen von Stimmen auf einzelne Personen, welche in der Partei mehrere Funktionen haben. Es ist nach meiner Auffassung ein Unfug, daß jemand drei Stimmen abgeben darf, weil er z.B. Abgeordneter und Minister ist und sonst noch eine Funktion in der Partei hat. Denn Gehirn hat er auch nur eines, und er kann nur mit einem Gehirn zu den Beratungen beitragen. Infolgedessen soll er nur eine Stimme haben, und es soll keine Häufelung der Stimmen geben. Der letzte Punkt ist die Art der Stimmübertragung, die nach den gegenwärtigen Satzungen so möglich ist, daß jemand ein Portefeuille herauszieht wie in der Inflationszeit und eine ganze Serie von ihm übertragenen Stimmen abgibt, so daß also gebundene oder instruierte Stimmen ohne Teilnahme an der Verhandlung abgegeben werden können, was doch dem Sinn der Demokratie widerspricht.
Wir haben nun acht Stunden die Dinge besprochen. Das war an dem kritischen Tag, an dem sich die Verhältnisse dem Streik zuneigten. In den Abendstunden habe ich ein Gespräch mit dem Herrn Parteivorsitzenden und mit dem Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] in Frankfurt geführt. Für Mittwoch war die Zuspitzung der Lage sichtbar. Um 21.30 Uhr oder 22 Uhr abends trug ich das der Kommission vor, in deren Gegenwart ich ja praktisch die Telefonate führte, und wies darauf hin, daß wir uns sehr gut zusammengearbeitet und die Frage der Arbeitsgemeinschaften gut gelöst hätten und daß ich glauben würde, wir würden am nächsten Tag, am Mittwoch, wo wir um 11 Uhr zusammentreten sollten, uns auch über die Frage der Zusatzstimmen und über die Bildung der Parteispitze gut verständigen können. Ich nannte auch die anderen beiden Punkte und betonte ganz ausdrücklich, daß zur Behebung von Spannungen - da ich genau weiß, daß für einzelne Teile der Partei das sehr wichtig ist - eine Verständigung über diese Punkte am Mittwoch notwendig sei.
Ich machte dazu einige weitere Ausführungen. Zur Frage der Zusatzstimmen für die hochleistenden Kreisverbände verblieben wir dahin, daß ich am Mittwoch vormittag um 11 Uhr einen Vermittlungsvorschlag unterbreiten würde, der sich auf Ziffern stütze. Es wurde auch vereinbart, daß vom Landessekretariat statistische Unterlagen beigebracht würden, und ich sagte, wir werden wahrscheinlich in wenigen Minuten darüber einig sein. Ebenso hatte ich mir die Sache mit der Parteispitze und den Aufgaben des Landesausschusses überlegt.
Nun trat der Umstand ein, daß ich am Mittwoch vormittag um 9.30 Uhr ungefähr dienstlich durch Rücksprachen zuerst mit dem Herrn Innenminister [*Willi Ankermüller*] und dann mit dem Herrn Parteivorsitzenden in seiner amtlichen Eigenschaft in Anspruch genommen war. Ich ließ daher etwas nach 11 Uhr dem Ausschuß mitteilen, ich könnte an der Sitzung von 11 - 13 Uhr nicht teilnehmen. Dagegen würde ich am Nachmittag dasein können. Ich habe dann auf sein Ersuchen dem Abgeordneten *Hagn* gesagt, er könne für mich hingehen, er solle aber nur dasein, um mich zu informieren, denn er ist nicht Angehöriger des Bezirksverbandes Ober-bayern, dessen Angehöriger ich als Abgeordneter für die Stimmkreise Freising-Stadt und -Land bin. Ich wurde verständigt, daß die Sitzung um 14 Uhr weitergeht. Ich sagte, ich kann erst ge-

gen 15 Uhr dasein. Ich war da, um zu erfahren, daß die Entscheidung bereits in meiner Abwesenheit gefällt worden war.

(Hört, hört!)

Ich stellte die Frage: Ist die Angelegenheit verbeschieden oder kann sie wiederaufgenommen werden? Daraufhin wurde mir gesagt: Ja, eigentlich ist sie verbeschieden, und zwar durch die Kommission. Daraufhin fragte ich erneut: Ich habe gestern vorgetragen, worum es sich handelt. Es wurde gestern vereinbart, daß statistisches Material beigebracht werde, da mir bisher in die Unterlagen nie Einblick erlaubt worden sei.

(Unruhe.)

Ich habe erklärt, ich wolle einen Vermittlungsvorschlag machen. Darauf wurde mir gesagt, als Minister können Sie natürlich jederzeit das Wort ergreifen, aber natürlich nur, wenn wirklich neue Gesichtspunkte vorgetragen werden. Daraufhin habe ich erklärt: Ich bin hier nicht Minister, ich bin hier der Parteifreund *Pfeiffer* und bin der Beauftragte des Bezirksverbandes Oberbayern. Dann wurde mir eine erläuternde Darstellung über den Vorgang vom Vormittag gegeben, der mich dann gar nicht interessierte. Denn wenn ich nicht kontradiktorisch an einer Besprechung teilnehme und selber nicht Stellung nehmen kann, verzichte ich auf ein Referat.
Dann fragte ich ausdrücklich: Besteht die Möglichkeit, daß im Ausschuß die Sache noch einmal besprochen wird, oder ist die Angelegenheit erledigt? Ich habe dreimal gefragt und habe dann die Antwort bekommen: Ja. Ob dann noch eine zweite Lesung, wie sie vereinbart war, stattgefunden hat, weiß ich nicht. Ich habe dann noch die Entscheidung des Ausschusses mitgeteilt bekommen, die auf die Wünsche von Oberbayern in gar keiner Weise eingeht,

(Hört!)

eine Entscheidung, die gefällt wurde, ohne meinen Vermittlungsvorschlag zu hören. Daraufhin habe ich erklärt: Was ich nach der persönlichen Seite gesagt habe, will ich auslassen, ich halte das für politisch unklug, ich behalte mir die endgültige Stellungnahme des Bezirksverbandes Oberbayern zu diesen Dingen vor. Ich wußte ungefähr, wie die Stimmung in den zuständigen Bezirksorganen war, und habe erklärt: An der Teilnahme an redaktionellen Angelegenheiten habe ich bei meiner sonstigen Arbeit keine Zeit. Es wurde mir dann noch von verschiedenen Seiten gesagt: Es muß doch endlich einmal ein Ende werden, und es eilt.
Und nun frage ich Sie, meine Damen und Herren: Wenn es so eilt, muß dann diese Entscheidung, die gegen den größten Bezirksverband der ganzen Partei geht, in den 90 Minuten stattfinden, in denen der Vertreter dieses Bezirksverbandes aus höheren dienstlichen Gründen nicht anwesend sein konnte?

(Sehr richtig!)

Nun darf ich aber nach dieser Ergänzung - ich habe darüber dem Herrn Parteivorsitzenden einen Brief geschrieben, und ich nehme an, daß ein offizielles Protokoll von der Sitzung vorhanden ist, wo man das alles nachlesen kann - noch ein paar Worte sagen. Hier interessiert mich in erster Linie die Sache mit den Zusatzstimmen.
Meine Damen und Herren! Nach den letzten Darlegungen im Landesausschuß hat die Partei 82.500 eingeschriebene Mitglieder bei 180 Kreisverbänden. Auf den Landesdurchschnitt treffen demnach je Kreis [...][3]

[3] Seite 5 des Originalprotokolls fehlt und konnte nicht ermittelt werden.

Organisationsleistung - zwei Stimmen in der Landesversammlung hat, daß für überschüssige Stimmen darüber hinaus auf je 250 eine Zusatzstimme kommt, aber nur, wenn die ersten 125 überschritten sind, also ab dem 126. Mitglied von den nächsten 250. Um eine Überwalzung der kleinen Kreisverbände praktisch unmöglich zu machen, soll drittens kein Kreisverband mehr als zwei Zusatzstimmen haben, das heißt also, daß ein Kreisverband mit 1800 Stimmen nur soviel Vertretung haben darf als vier mal 250 entspricht.
Wenn der von mir vorgetragene Antrag angenommen wird, dann besteht ein Teil der Ungerechtigkeit immer noch weiter. Denn dann hat z.B. ein Kreisverband, der 1600 eingeschriebene Mitglieder hat, auf 400 Mitglieder praktisch eine Stimme in der Landesversammlung, und einer, der 70 eingeschriebene Mitglieder hat, hat auf 35 Stimmen einen Vertreter in der Landesversammlung. Auf alle Fälle hat auch der kleinste und organisationsschwächste Kreisverband zwei Vertreter und der stärkste kann nicht mehr als vier Vertreter haben.
Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie doch um eine Überlegung: Abgesehen von der Fairneß eines Ausgleiches innerhalb der Partei bitte ich Sie um eine einfache Überlegung. Sie reduzieren die Organisationslust und die praktische Leistungslust für die Organisation auf ein Minimum in den starken Kreisverbänden, wenn Sie dort gar keinen Ausgleich und keinen Ansporn geben. Dann werden Sie sehr bald erleben, daß man die Achsel zuckt und sagt: Sehr gut, Landesparteileitung, jammere über den Organisationsstand.
Sie müssen weiter bedenken, die Organisation ist doch das Rückgrat gegen den Flugsand. Es gibt in der Politik immer Flugsand, der hin- und herschwankt. Die organisierten Mitglieder, die durch den Willensakt der Bezahlung des Beitrages jedes Jahr ein-, zwei- oder viermal ihr Bekenntnis zu der Partei erneuern, sind der beste Rückhalt der Partei.
Nun ist gegenüber dieser Überlegung eingewendet worden: Die starken Kreisverbände seien ja schon dadurch hinreichend berücksichtigt worden, daß ihre Vertreter in der Landesversammlung sitzen, während die schwachen Kreisverbände keinen Vertreter oder Vertreter zusammen [sic!] im Landtag hätten. Ich meine, die Landtagsabgeordneten als Vertreter in der Landesversammlung stellen gewissermaßen eine Gegenleistung von der allgemeinen staatspolitischen Seite her dar, aber keine Gegenleistung für ein organisatorisches Verdienst. Die Landtagsabgeordneten und die Stimmzahlen, die bei den Wahlen erreicht werden, sind einerseits ein Ergebnis guter Organisation und der Propaganda, andererseits ein Ergebnis guter Politik, nicht zuletzt auch ein Ergebnis schlechter Politik und schlechter Propaganda der Gegner.
Aus diesen Faktoren kumuliert sich in einem bestimmten Zeitabschnitt der politische Erfolg in den Wahlen. Und wenn die Landtagsabgeordneten Mitglieder der Landesversammlung sind, dann ist diese Tatsache damit keineswegs abgegolten. Der andere Faktor der Bewertung ist die organisatorische Leistung. Diese kommt zum Ausdruck in der Schaffung dieses festen Rückgrates durch die Mitgliederzahlen und durch Stützung der parteifinanziellen Sektoren. Aus der letzten Sitzung führe ich meinen Grundsatz an: Die Partei muß gesund finanziert werden aus den kleinen Beiträgen, aus den Mitgliederbeiträgen. Denn wenn sie von großen Spenden abhängig ist, ist sie nicht mehr demokratisch, weil sie in Abhängigkeit von Interessentengruppen kommen kann. Das müssen wir unbedingt verhindern, wenn wir weiter freibewegliche Politik machen wollen, die unserem Gewissen und politischem Ethos entspricht.
Ein dritter Maßstab wäre noch das rein Finanzielle. Diese Frage ist in der Kommission von jemand angeschnitten worden, nicht von mir. Ich möchte sie hier nicht an-

schneiden. Ich möchte nur auf die Mitgliedschaften abheben, denn ich möchte hier vermeiden, daß es irgendwie aussieht, daß man mit dem Geld im Kleinen und Großen innerhalb unserer Körperschaften bezahlen kann.
Das sind Überlegungen, meine Damen und Herren, aus denen heraus ich am Mittwoch einen Ausgleichsvorschlag in der von mir vorgetragenen Form geben wollte, der den Schwächeren alles läßt und den Stärkeren einen kleinen Ausgleich für nachgewiesene Leistung gibt. Dabei unterstreiche ich noch einmal: Alle Nachweise innerhalb der Organisation müssen auf Mitgliederlisten, auf individuellen Namensangaben und auf Mitgliedsnachweisen beruhen und dürfen nicht en bloc hingenommen werden, daß man soundso viele Leute habe.
Wie ist das zahlenmäßige Ergebnis? Wir haben 180 Kreisverbände, mal zwei sind 360. Nach den, wie ich vorhin schon sagte, nicht vollständigen Ziffern würde sich dann ergeben, daß in die Landesversammlung jetzt schätzungsweise ca. 60 dritte Vertreter kommen würden und ca. 30 vierte Stimmen. Ein Block von ungefähr 30 Kreisverbänden, vielleicht noch mehr, würde die verdiente fünfte oder sechste Stimme nicht bekommen.
Zusammenfassend sage ich eines: Politische Leistung auf dem Wege über die Abgeordneten in der Landesversammlung geht in Ordnung. Die organisatorische Leistung ist nicht entsprechend bewertet, wenn der von mir gemachte Vermittlungsvorschlag nicht angenommen wird. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, es ist eine wichtige Sache für einen bedeutenden Teil der Kreisverbände. Es ist nicht richtig, daß bei der jetzigen Gliederung die Vorteile nur bei einem Landesteil liegen würden, ebenso wie es nicht richtig ist, daß bei der Neuregelung diese Vorteile nur bei dem einen Landesteil liegen würden. Es gibt Diasporagebiete der Partei, und denen den Schutz zu gewähren, bemühe ich mich auf die vorgetragene Weise.
Das ist die eine Frage, und ich wäre Ihnen herzlich dankbar für Verständnis für diese Situation. Ich mache Sie darauf aufmerksam: Als es sich beim letzten Landesausschuß darum handelte, welche Richtlinien die Kommission bekommen soll, da standen sich 52 gegen 45 Stimmen gegenüber, eine Ausgleichsrichtlinie aufzutragen. Das Stimmverhältnis lautete also 45 zu 45 plus sieben, und die sieben, die noch dazu zum Teil äußerst zögernd die Hand erhoben, waren das Zünglein an der Waage. Das spricht mir dafür, daß die Situation schon damals, als sie nicht so geklärt war, wie ich es jetzt vorgetragen habe, von einem sehr bedeutenden Teil des Landesausschusses als bereinigungsreif in dem von mir vorgetragenen Sinn angesehen wurde. Freund *Horlacher* hatte damals einen Ausgleich über die Bezirksverbände vorgeschlagen. Das ist alles viel komplizierter, als wenn wir die Bestimmung annehmen: bis 500 nachgewiesene Mitglieder erhält jeder Kreisverband zwei Vertreter, und dann tritt eine Staffelung dergestalt ein, daß noch zwei weitere hinzutreten können, aber nie mehr als zwei weitere Zusatzstimmen.
Ich habe bereits den anderen Punkt kurz genannt, daß nämlich keine Häufelungen vorgenommen werden sollen, weil ich es für falsch halte, daß aufgrund verschiedener Funktionen die gleiche Person mehrere Stimmen hat. Ich darf hier gleich auf die Stimmübertragungen eingehen. Ich habe vor ein paar Minuten den jetzigen Entwurf gelesen, der in meiner Abwesenheit zu diesem Paragraph festgestellt wurde. Ich darf hierzu auch gleich meine Stellungnahme umreißen. Meiner Ansicht nach ist eine Stimmübertragung nur möglich von einem Nachbarkreis auf den anstoßenden, wo also eine territoriale und damit auch eine gewisse Gesinnungsgemeinschaft politischer Art vorhanden ist. Ich bin der Meinung, es sollte nicht mehr als eine Stimmübertra-

gung möglich sein. Es können allerdings auch Verhältnisse eintreten, wie gerade heute, daß man also einmal die zwei Stimmen eines Kreisverbandes auf den gleichen Vertreter übertragen kann. Auf den gleichen Vertreter soll aber keine Stimmübertragung von verschiedenen Kreisverbänden stattfinden, weil, wie gesagt, bei den Beratungen doch das Gehirn und die individuelle Teilnahme des einzelnen das Maßgebende ist. Ich werde bei den entsprechenden Paragraphen darauf noch zurückkommen.
Das war, glaube ich, in dem Antrag Oberbayern seinerzeit das Wichtigste.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir müssen dann die Paragraphen durchstudieren.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Ich ergreife dann nicht mehr das Wort.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich muß mit der Zeit kalkulieren. Der Referent hat 15 Minuten gesprochen, Du annähernd eine halbe Stunde. Ich will nicht unterbrechen, wenn etwas Wesentliches zu sagen ist. Nur möchte ich konzedieren, daß bei den wesentlichen Paragraphen eine kurze Debatte nötig ist.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Über die Frage der Parteispitze habe ich auch nur sehr wenig gesagt. Ich bin damit fertig. Ich bitte, die Verhandlung weiterzuführen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, richtig zu verstehen: Ich will nicht unterbrechen. Ich muß konzentrieren. Es kommen verschiedene Freunde nach, die diese speziellen Debatten noch mitmachen sollen, bevor sie die Stimme abgeben.
*Thomas*: Zur Geschäftsordnung! Der Beginn unserer Landesausschußsitzung läßt zweifellos erkennen, daß die gesamte Tagung, die wir nun durchzuführen haben, wieder in endlosen Debatten über organisatorische Fragen verlaufen wird. Meine Damen und Herren! Haben wir nichts anderes zu tun? Ich glaube, wir dürfen wissen, daß das Volk, das hungert, auf uns schaut. Verschließen wir doch die Augen nicht davor, daß draußen das Volk am Verhungern ist. Ich stelle deswegen den Antrag, meine Damen und Herren, daß wir den Punkt Satzungsänderungen überhaupt von unserer Tagesordnung streichen

(Sehr richtig!)

und dafür im Landesausschuß beschließen, daß die Tagesordnung auf der Landesversammlung insofern abgeändert wird, daß die Minister, die Mitglieder der Regierung, sich nun auf Referate vorbereiten, die darauf abgestellt sind, zu beweisen, wo eigentlich die Schuld für unsere riesengroße Not liegt. Denn niemand glaubt, daß diese Not in diesem Ausmaße unbedingt durch die Verhältnisse notwendig ist.
Ich schlage vor, daß ferner die Regierungsmitglieder in der Landesversammlung über diesen Punkt als den ersten Punkt der Tagesordnung referieren, damit wir erkennen können, wo die Schuld liegt. Wenn die Schuld bei unserer Regierung liegt, müßten wir darüber klar Bescheid wissen. Kommt diese Schuld im wesentlichen von außen her, meine Herren und meine Damen, ich glaube, dann können wir ebenfalls offen und ehrlich sprechen. Denn wir haben die Chance dessen vor uns, der nichts mehr zu verlieren hat und deswegen offen reden kann.

(Beifall.)

Wir bekommen im Monat noch eine Brotzeit als Monatsration vorgesetzt. Ich glaube, hier sind wir an einem Punkt, wo wir offen reden können, weil wir nichts mehr zu verlieren haben. Ich glaube, darüber haben wir auf unserer Tagung zu debattieren. Und wenn keine Zeit für andere Fragen mehr übrig bleibt, ist [es] nicht schade darum. Wir können es uns aus Prestigegründen nicht leisten, hier nur Organisationsfragen zu behandeln.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Die Anregung von unserem Parteifreund *Thomas* ist wohl verständlich. Aber Sie müssen davon ausgehen, daß diese Fragen den Landesausschuß und die Landesversammlung seit langem beschäftigen und daß eine Partei auch organisatorisch imstande sein muß, in Notzeiten so zusammengeschweißt zu sein, daß bestimmte Entscheidungen getroffen werden können. Ich gehe mit *Thomas* einig, daß die Debatte auch in der Landesversammlung beschränkt werden soll, soweit es irgendwie möglich ist, gerade weil wir durch den verspäteten Beginn der Landesversammlung in der Zeit beschränkt worden sind. Aber die Fragen, die im letzten Landesausschuß vorbereitet worden sind, und die in diesem Landesausschuß kurz behandelt werden müssen, müssen zu einer gewissen Entscheidung gebracht werden.

(Sehr richtig!)

Denn sonst gehen wir mit Schwierigkeiten in die nächsten Monate hinein, und die Partei steht vor großen Aufgaben und hat dabei in sich gewisse Spannungen, die beseitigt werden können, wenn man versucht, eine vernünftige Lösung zu finden.
Ich darf also jetzt, da *Thomas* einen Antrag zur Tagesordnung oder, besser gesagt, zur Geschäftsordnung gestellt hat, zunächst über den Antrag *Thomas* abstimmen lassen. Ich wäre dankbar, wenn dieser Antrag so formuliert werden könnte, daß er darauf abgestellt ist, die Verhandlung in der Zeitausnützung möglichst zu beschränken.
Dr. *Horlacher*: Der Parteifreund *Thomas* hat vollständig recht, daß die Partei über die Zwirnsfäden der Satzungserörterungen möglichst bald hinwegkommt. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, darüber hinwegzukommen, denn eine einige Union wird die Dinge viel besser beraten können als eine ständig um die Satzungen sich drehende Union. Deswegen muß dieser Punkt, das ist mein fester Wille, bei der jetzigen Landesversammlung einmal aus dem Weg geräumt werden, ob die Entscheidung so oder so fällt, es muß endlich einmal Schluß sein. Ich spreche nicht aus der Schule, wenn ich noch folgendes hinzusetze: Es muß endlich dazu kommen, daß die Organe der Union über die Politik der Union entscheiden und nicht Sonderzirkel in München oder sonstwo.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, jetzt keine Geschäftsordnungsdebatten mehr zu machen, sonst verlieren wir über die Geschäftsordnung Zeit. Ich darf über den Antrag *Thomas* abstimmen lassen. Wer ist dafür, daß die Entscheidungen über Statutenänderungen jetzt und in der diesmaligen Landesversammlung behandelt und getroffen werden? Ich habe ausdrücklich gefragt: Wer ist dafür?

*Thomas*: Das ist nicht mein Antrag. Mein Antrag ist dahingehend formuliert:

> Der Landesausschuß wolle beschließen, die Tagesordnung der Landesversammlung wird dahin abgeändert, daß als erster Punkt die Regierungsmitglieder darüber referieren, wie die Not so groß werden konnte, und daß darüber eine Aussprache kommt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Thomas*, das kommt sowieso.
*Thomas*: Aber wir werden keine Zeit mehr dazu haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir haben selbstverständlich Zeit dazu. In der Landesversammlung wird voraussichtlich, wenn Sie einverstanden sind, heute verhandelt werden erstens die Statutenänderung als erster Ausgangspunkt, zweitens wird die Politik der Union durch mein Referat behandelt werden. Dann kommt die Wahl. Denn die Wahl

muß vorgenommen werden, *Thomas*, weil ich nur auf ein Jahr gewählt bin. Meine Frist wäre im Dezember abgelaufen gewesen. Ich konnte nur deswegen weiter amtieren, weil ich in der Landesversammlung in Eichstätt ein Vertrauensvotum bekommen habe. Sonst hätte ich unter allen Umständen schon im Dezember die Landesversammlung abhalten müssen. Deswegen muß auch das abgeschlossen werden, *Thomas*. Da hilft alles nichts. Dann wird heute die Wahl sein.
Morgen früh wird dann der Ministerpräsident *Ehard* mit einem Referat beginnen, und zwar werden wir bald das Arbeiten anfangen. Dann ist vorbereitet ein Referat des Wirtschaftsministers *Seidel*, an das sich dann die Debatte anschließt, die *Thomas* wünscht. Die Tagung wird sich bis morgen nachmittag etwa zwischen 15.30 und 15.45 [Uhr] erstrecken können, weil der Sonderzug um 16.30 Uhr

(Zuruf: Um 17 Uhr!)

um 17 Uhr abfahren wird, so daß wir bis 16 Uhr tagen können. Wenn wir also keine lange Geschäftsordnungsdebatte führen, meine lieben Freunde, wird die Zeit reichlich ausgenützt werden können, um die Probleme zu behandeln, die *Thomas* wünscht. Infolgedessen wäre es viel vernünftiger, *Thomas*, auch Du hättest uns die Geschäftsordnungsdebatte erspart.
Darf ich bitten, *Ehard*! Nein, *Ehard* will sich wahrscheinlich melden zur Frage *Pfeiffer*. Ich muß aber den Geschäftsordnungsantrag zuerst behandeln. Ich darf gleich abstimmen lassen. Der Antrag *Thomas* ist bekannt, oder muß er noch bekanntgegeben werden? Wer ist gegen den Antrag *Thomas*? Das ist die weitaus große Majorität. Wir brauchen nicht abzuzählen. Ich darf die Gegenprobe machen. Wer ist dafür? Nur drei sind dafür. Der Antrag ist also mit überwiegender Majorität abgelehnt.
Dann bitte ich, [uns] möglichst Geschäftsordnungsdebatten zu ersparen. Ich darf vielleicht die durch den Vortrag Dr. *Pfeiffers* behandelten Fragen des Prozedierens des Ausschusses jetzt rasch behandeln, um auch das abzukürzen. Aus dem Referat *Pfeiffer* ist vielleicht ein kleiner Vorwurf bemerkbar, der sich doch gegen die Parteileitung richtet, nicht wegen der Behandlung der ganzen Probleme, wenn ich *Pfeiffer* richtig verstanden habe, sondern wegen der Tatsache des Nichtbekanntgebens des Zifferntmaterials für die Fundierung der Anträge *Pfeiffer*. Hierzu darf ich folgendes erklären:
Meine lieben Freunde! Der Landesgeschäftsführer hat mir den Wunsch *Pfeiffers* vor einigen Tagen vorgetragen. Ich habe die Weisung schon längere Zeit an die Landesgeschäftsstelle gegeben, und zwar aufgrund bestimmter Erfahrungen, daß keinerlei Zahlenmaterial herausgegeben wird, sondern daß jeweils nur den Ausschüssen, wenn sie tagen, das Zahlenmaterial bekanntgegeben wird.

(Zurufe: Sehr richtig! Warum?)

Denn ich habe keine Veranlassung, um es konkret zu sagen, der Bayernpartei auch Einblick in unsere weitere Entwicklung zu geben, um so mehr, als Agitationsredner dort früher ja in unseren eigenen Reihen standen. Ich darf, wenn sich kein Widerspruch erhebt, Ihre Zustimmung dazu annehmen, daß ich auch in Zukunft keinem, wer es auch sein mag, außerhalb einer Tagung Einblick in innerorganisatorische Vorgänge der Union gebe.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Ich bin Ausschußmitglied und nicht Vertreter der Bayernpartei.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Pfeiffer*, Du hast die Möglichkeit, im Ausschuß jede Aufklärung zu verlangen.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Habe ich erbeten!

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Aber sonst wird aus dem Hause heraus kein Material gegeben.

(Sehr richtig!)

Ich darf darüber gleich abstimmen lassen, um das zu erledigen. Wer ist gegen die von mir getroffene Anordnung, daß keinerlei Organisationsmaterial an irgend jemand ausserhalb einer Sitzung gegeben wird? Diese Maßnahme ist einstimmig gebilligt.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Innerhalb der Sitzung?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jeder Einblick, der verlangt wird.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Habe ich nicht bekommen!
*Haußleiter*: Zur Geschäftsordnung! Meine lieben Freunde! Ich mache einen ganz einfachen Vorschlag der Prozedur. Wir haben die Aufgabe, die wiederhergestellte Einheit der Union zu festigen. Das können wir nur, indem wir die wirklichen Entscheidungen in der Landesversammlung [fä]llen, auch über die Satzung, damit hier einmal ein klare Grundlage für unsere Weiterarbeit gegeben ist.
Ich schlage folgendes vor: Wir vertagen die Entscheidung im Landesausschuß und verlegen sie in die Landesversammlung, wo sie getroffen werden muß, und zwar verfahren wir dort in folgender Weise: Wir stellen die drei oder vier Grundfragen zur Debatte, um die die Reformvorschläge unserer Parteifreunde *Hundhammer-Pfeiffer* gehen. Werden sie im Sinne der Ausschußarbeit entschieden, dann kann die Landesversammlung im großen den Vorschlag des Ausschusses billigen. Werden sie gegen den Vorschlag des Ausschusses entschieden, dann muß der nächste Landesausschuß die neuen Vorschläge aufgrund der grundsätzlichen Entscheidung der Landesversammlung ausarbeiten. Das scheint mir ein rascher, klarer Weg zur Regelung einer Frage, die wir unter allen Umständen so entscheiden müssen, daß in dieser Notzeit die Einheit der Union gefestigt und hergestellt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es steht der Antrag *Haußleiter*. Ist er bekannt oder soll er nochmals formuliert und wiederholt werden? Es wäre wohl besser gewesen, ihn im einzelnen zu formulieren. Denn irgendwie müssen die Statuten durchbesprochen werden. *Haußleiter*, es hat gar keinen Sinn, es hilft nichts, sonst werden wir jede Landesausschußsitzung und jede Landesversammlung wieder damit zu tun haben.
Infolgedessen würde ich vorschlagen, daß angefangen wird die Statutenänderungen bekanntzugeben, und dann erst auch über den Antrag *Haußleiter* abzustimmen. Warum wollen wir nicht an die Schwierigkeiten gehen und vorher schon vor ihnen zurückweichen? *Haußleiter*, stelle Deinen Antrag im Augenblick zurück.

(Haußleiter stimmt zu.)

Der Antrag *Haußleiter* ist zurückgestellt. Es werden die Änderungen bekanntgegeben. Ich würde vorschlagen, daß Dr. *Schedl* Änderung für Änderung rasch bekanntgibt.

(Zurufe: Sie sind bekannt! Wir haben sie nicht bekommen!)

Sie werden jetzt rasch verlesen.
Dr. *Schedl* gibt die Änderungen der Satzung bekannt, wie sie von der Satzungskommission vorgeschlagen worden sind. (Siehe Anlage![4])
Bei Verlesung der Neufassung des § 4 schaltet der Vorsitzende [*Josef Müller*] ein: Darf ich grundsätzlich zur Prozedur vorausnehmen, damit die Paragraphen formell in der

[4] Diese Anlage konnte nicht ermittelt werden. Vgl. aber den Satzungsänderungsentwurf vom Februar 1948 im Anhang, Dok. Nr. XXII, S. 1825ff.

Landesversammlung rascher behandelt werden, daß nur über Paragraphen debattiert wird, bei denen ein Widerspruch angemeldet wird. Ich bitte, einen solchen grundsätzlichen Widerspruch jeweils durch Zwischenruf anzumelden.
Dr. *Schedl* verliest die Änderungen bis § 23 einschließlich.
Nach einem Zwischenruf, daß die Verlesung abgekürzt werden solle, erteilt Vorsitzender [*Josef Müller*] dem Vorsitzenden des Ausschusses zur Satzungsänderung, *Emmert* (Nürnberg), das Wort, der ausführt:
Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte die Ehre, dem Ausschuß für Satzungsänderungen vorzustehen. Als solcher bin ich Ihnen einige Erläuterungen schuldig. Ich hatte geplant, die Satzungen in zwei Lesungen durchzuberaten. Sie wissen alle, es standen uns zwei Tage zur Verfügung. Am ersten Tag haben wir in der Früh um 10 Uhr begonnen und nachts um 22.30 Uhr geendet. Am nächsten Tag konnten wir erst um 11 Uhr beginnen und haben bis spät abends getagt. Es war nicht möglich, zwei Sitzungen durchzuführen, um alles einzuarbeiten, wie wir es besprochen hatten.
Ich kann aber grundsätzlich feststellen: Es bestand Einmütigkeit darüber, daß alle Auffassungen, die vorgetragen worden sind, in der Satzung ihren Niederschlag finden können. Es bestand vor allem darüber Einstimmigkeit, daß kein Punkt da wäre, der die Satzung als ganzes auch nur einen Augenblick irgendwie gefährden könnte. Ich bin von dieser Linie am ersten Verhandlungstag in keiner Weise abgewichen. Daß sich am zweiten Tag kleine Meinungsverschiedenheiten ergeben haben, um das kurz zu streifen, da war ich zufällig nicht anwesend und habe es nicht zu vertreten. Ich habe aber die feste Überzeugung, wenn der Ausschuß Zeit gehabt hätte, die Sache in der zweiten Lesung zu beraten, hätten wir Ihnen heute einen Text vorlegen können, der alle hundertprozentig befriedigt hätte. Es war angesichts der wirklich weittragenden Probleme technisch und zeitlich nicht möglich, die Satzung so restlos durchzuarbeiten, wie wir es selbst gewünscht hätten. Dazu war einfach die Zeit zu kurz.
Ich wollte in der zweiten Lesung auch noch ein neues Thema damit verquicken. Wir wollten prüfen, ob der erste Entwurf auch unserer allgemeinen Forderung entspricht, daß der politische Normalverbraucher in der Satzung zu seinem Rechte kommt.

(Sehr gut!)

Das möchte ich ausdrücklich feststellen. Ich habe den Eindruck als Vorsitzender der Satzungskommission, daß nicht der geringste Zweifel darüber bestehen kann, daß wir uns alle restlos einig werden. Ich bitte Sie daher, nun folgendem zuzustimmen.

1. Die Satzung als solche, wie sie in der letzten (?) Landesversammlung vorgelegen hat, wird grundsätzlich als Rahmensatzung gebilligt.
2. Wir setzen einen Ausschuß ein, der die paar kleinen Korrekturen, ich möchte beinahe sagen Schönheitsfehler, noch in die Reihe bringt. Nachdem ich eine grundsätzliche Übereinstimmung der Auffassungen feststellen möchte, ist Raum für jede Auffassung. Die Wünsche von Oberbayern, die man nicht ohne weiteres ablehnen kann, haben eine gewisse Berechtigung und lassen sich meines Erachtens auch gut unterbringen. Ich nehme an, daß auch die Oberbayern in ihren Forderungen zuletzt auf das Gesamtinteresse der Union blicken und nur so viel anmelden werden, als zu vertreten ist.

Ich möchte also vorschlagen, den Ausschuß zu ermächtigen, die zweite Lesung durchzuführen und Ihnen morgen einen verbindlichen Entwurf vorzuschlagen. Über die Hauptfragen, das Direktorialsystem oder Präsidialsystem können Sie, wenn Sie wollen, heute abend schon beschließen. Das steht Ihnen frei.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist ein Antrag zur Geschäftsordnung, aber ein relativ unklarer Antrag, möchte ich ehrlich sagen.
Dr. *Horlacher*: Wir müssen über diese Sachen hinwegkommen. Das hindert ja nicht, daß bei der nächsten Landesversammlung wieder Satzungsänderungen beantragt werden, auch wenn wir uns, wie ich annehme, mit großer Mehrheit auf diese neue Satzung geeinigt haben, wobei die wesentlichen Punkte in der Landesversammlung noch einmal kurz dargestellt werden. Das ist eine Frage, die jederzeit möglich ist. Aber zunächst ist es notwendig, daß wir in den Grundfragen der Union eine Einigung und Entscheidung herbeiführen. Je eher das ist, liebe Freunde, desto besser ist es für die Union.

(Sehr richtig!)

Es muß einmal mit dem ewigen Gestreite einer Satzungsänderung aufhören. Denn viele Mitglieder draußen haben kein Interesse an diesen Auseinandersetzungen. Viele Mitglieder draußen spüren an den Auseinandersetzungen über die Satzungsänderung, daß noch gewisse Restbestände politisch grundlegend gegenteiliger Auffassungen in der Union vorhanden sind.[5] Deswegen sind wir - ob wir die jetzigen Änderungen nun in der Landesversammlung endlich herbeiführen oder nicht - der Ansicht, daß es gut ist, wenn ein solcher Streit über die Satzungsänderung aufhört, wobei es jedem einzelnen, wenn er dann noch begründete Änderungen zur Satzung vorbringen will - selbstverständlich auch dem Kreisverband Oberbayern -, unbenommen bleiben kann, das jederzeit zu tun. Das geschieht aber dann auf einem ganz anderen Blatt, nachdem die grundlegenden Formfragen der Union zur Entscheidung gebracht sind.

(Bravo-Rufe.)

[*Ein*] *Vertreter der Jungen Union*: Die Junge Union hat heute bereits in einem ihrer Gremien zu dem Satzungsänderungsvorschlag Stellung genommen. Ich möchte bereits hier in der Landesausschußsitzung feststellen, daß die Junge Union es sehr begrüßen würde, wenn wir möglichst schnell zu einer festen Formulierung kommen würden, denn dieser Vorschlag entspricht auch im wesentlichen den Wünschen der Jungen Union. Sie begrüßt es ferner, wenn Herr Präsident *Horlacher* heute bekannt gibt, daß jederzeit auch noch Änderungsvorschläge eingebracht werden können, und würde also ihrerseits diese Vorschläge bei einer anderen Gelegenheit einbringen, um heute die Zeit für wesentlich wichtigere und drängendere Fragen einzusparen.
Dr. *Rindt*: Meine Freunde! Ich habe bei den beiden Diskussionen einen etwas merkwürdigen Eindruck. Das gleiche Gremium, das heute hier sitzt, hat in Erlangen für die Satzungskommission Richtlinien gegeben. Wir sind heute in der ganzen Diskussion wieder auf dem Standpunkt angelangt, daß wir, nachdem wir unseren Willen schon das letzte Mal ziemlich eindeutig formuliert haben, die gleiche Geschichte wieder von vorne beginnen. Ich lehne eine derartige Taktik von vorneherein ab. Entweder es gilt ein Beschluß von uns, oder er gilt nicht. Wenn er nicht gilt, werde ich mich in Zukunft an keiner Abstimmung mehr beteiligen.

(Sehr richtig!)

[5] Der Diskussionsbeitrag Horlachers ist in der Vorlage bis hierher von zwei Stenographen festgehalten und übertragen worden. Zwischen beiden Fassungen sind leichte Abweichungen festzustellen, die jedoch den Sinn und Tenor seiner Ausführungen nicht verändern.

Ich stelle daher den Antrag, daß in diesem Gremium über die Frage der verantwortlichen Führung der Partei oder des Kollegialsystems nicht mehr diskutiert wird, denn diese Frage ist in diesem Gremium das letzte Mal eindeutig entschieden worden. Ich stelle weiterhin den Antrag, daß über gebietsmäßige oder mitgliederzahlenmäßige Entsendung in den Landesausschuß und in die Landesversammlung in diesem Gremium nicht mehr abgestimmt wird. Darüber ist bereits das letzte Mal abgestimmt worden. Wir drehen uns in einem circulus vitiosus, wir fangen immer wieder von vorne an. Damit kommen wir nicht weiter.
Dr. *Pfeiffer* sagte, bei der Abstimmung über die zahlenmäßige Vertreterentsendung ist eine Mehrheit von nur ungefähr sieben Stimmen durchgegangen. Ich habe - vielleicht bin ich noch zu jung - den Eindruck, daß in der Demokratie im Landtag Gesetze auch mit einer einzigen Stimme Mehrheit endgültig beschlossen werden können. Das ist ja demokratisches Prinzip. Und da kann man - ich muß das wiederholen - von einem Überreiten oder Überwalzen einer Minderheit nicht sprechen. Die Mehrheit, ganz gleich, eine welch große Mehrheit es war, hat sich für einen bestimmten Punkt entschieden. Wir dürfen also, wenn sich eine gewisse Minderheit ungerecht behandelt fühlt, die Dinge von diesem Gremium dann nicht an die Landesversammlung verweisen.

(Zurufe: Es *wird* überwalzt! - Eine Mehrheit wird überwalzt!)

Ich bitte doch, ein bißchen mitzudenken. Ich habe jetzt nicht von dieser praktischen Organisationsform, von den 28% oder sonst etwas gesprochen, die Parteifreund *Pfeiffer* aufgezeigt hat, sondern ich habe von Abstimmungen in diesem Kreis, in dem Gremium damals in Erlangen gesprochen.

(Zuruf: Da waren 51% mit 28% vertreten, entschuldigen Sie, Herr Doktor!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf hier vielleicht einen Moment unterbrechen, damit durch die Zwischenrufe nicht ein falsches Bild entsteht, so wie es schon geschehen ist. Es werden dann immer - darauf ist nämlich z.B. auch ein Antrag zurückzuführen - Gerüchte gebildet, als ob z.B. in Eichstätt voriges Jahr ein einziger Mann 120 Stimmen weitergegeben hätte. All diese Gerüchte schaden.
Ich darf ferner gerade angesichts der Anwesenheit der Presse hier feststellen: Die statistischen Unterlagen ergeben, daß die Mitgliederziffer in Oberfranken organisch langsam im Wachsen und ungefähr im entsprechenden Verhältnis die oberbayerische im Abnehmen begriffen ist. Vielleicht gibt das dem einen oder anderen zu denken.

(Zustimmende Zurufe. - Dr. *Hundhammer*: Sehr richtig! Sehr beachtlich!)

Dr. *Kroll*: Liebe Parteifreunde! Ich stelle den Antrag: Ich stelle fest, daß die Landesversammlung seit sieben Minuten begonnen hat; ich stelle die Frage, ob wir an ihr teilnehmen wollen.

(Heiterkeit.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist die praktischste Anregung, die gegeben worden ist.
Es stehen eine Reihe von Anträgen; es stand zunächst der Antrag *Pfeiffer*.

(Dr. *Pfeiffer*: Der kann an jeder anderen Stelle beraten werden!)

Der Antrag *Pfeiffer* wird mit Zustimmung *Pfeiffers* in die Landesversammlung, wenn

es zweckmäßig ist, hinübergenommen, denn dort muß ja dieses Thema auch besprochen werden.
Es steht ein Antrag *Rindt*.

(Unruhe und Zwischenrufe.)

Ich bitte, hierzubleiben. Es hat keinen Sinn, wenn der eine oder andere weggeht. Wir sind beschlußfähig, und ich lasse jetzt abstimmen. Ich habe festgestellt: Es sind von den 127 Vertretern des Landesausschusses 89 anwesend - zwei oder drei davon können auf dem Gange sein, so daß wir also jetzt abstimmen können.
Ich muß über bestimmte Fragen abstimmen lassen. Ich lasse über folgendes abstimmen:

> Die Diskussion über die wesentlichen Punkte der Statutenänderung wird in die Landesversammlung verlegt.

Wer ist gegen diesen Antrag? - Einstimmig angenommen. Damit ist die ganze Debatte beendet. Wir können dann in der Landesversammlung die praktische Handhabung überlegen.
Ich muß jetzt einen weiteren Antrag stellen:

> Das Mandat der vom Landesausschuß für die Landesvorstandschaft gewählten Vertreter wird bis zu einer Landesausschußsitzung verlängert, die noch im Laufe des Februar stattfindet.

Ich muß damit die Legalität der Mandatsträger herstellen.

(Zuruf: Lieber bis März!)

Ich kann die Legalität nicht uferlos verlängern, sondern ich muß hier terminieren. - Wer ist gegen diesen Antrag? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Ich habe noch folgenden weiteren Antrag:

> Das Mandat der bisherigen Vorsitzenden der Organisations- und Arbeitsausschüsse der Partei wird bis zu einer im Februar stattfindenden Landesausschußsitzung verlängert.

Wer ist gegen diesen Antrag? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

> Das Mandat der für das Landesschiedsgericht bestellten Vertreter wird bis zu einer im Februar stattfindenden Landesausschußsitzung verlängert.

Wer ist gegen diesen Antrag? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Dann stelle ich, da ich als Landesvorsitzender die Verantwortung dafür habe, den Antrag:

> Es findet eine neue Landesausschußsitzung spätestens in der zweiten Hälfte des Februar statt.

Wer ist gegen diesen Antrag? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Damit komme ich zum Punkt "Verschiedenes". Es ist angesichts des Zeitmangels eine unwichtige Debatte, darf ich hier feststellen. Wird zum Punkt "Verschiedenes" das Wort gewünscht?

Dr. *Rindt*: Ich wollte das Wort wünschen, aber ich stelle die Angelegenheit in die Landesversammlung zurück, wenn dort vom Vorsitzenden Gelegenheit geboten werden wird, noch zu diesem Punkt zu sprechen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gerne. Um welchen Punkt handelt es sich?
Dr. *Rindt*: Er betrifft die sogenannte Arbeitsgemeinschaft katholischer Politiker.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dazu ist bei der Debatte über die Arbeitsgemeinschaften Gelegenheit. Denn in den Statuten, die ich - um es mit *Anton Pfeiffer* zu sagen - auch gestern das erste Mal gesehen habe, und zwar deswegen, weil ich die Debatte in der Arbeitsausschußsitzung absichtlich nicht beeinflussen wollte, ist, wie ich festgestellt habe, ausdrücklich vorgesehen, daß Arbeitsgemeinschaften nur mit Zustimmung des Landesausschusses gebildet werden können. Dort ist Gelegenheit zu dieser Debatte. Damit ist auch der Punkt "Verschiedenes" erledigt.
Meine lieben Freunde! Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Mitarbeit und schließe die Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union.

Schluß der Sitzung um 16.37 Uhr.

# Nr. 31

## Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union am 24. und 25. Januar 1948 in Marktredwitz

Tagesordnung:[1]
1. Satzungsänderung, Schiedsordnung
2. Politik der Union, Aussprache, Wahl des Landesvorsitzenden
3. Politik der Bayerischen Staatsregierung, Bericht des Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard [Bericht des Wirtschaftministers Hanns Seidel], Aussprache
4. Verschiedenes

Tagungsort: Marktredwitz, Städtische Turnhalle, Jean-Bauer-Straße

ACSP, CSU-Landesversammlungen; Schriftführer: Ludw. Blum

Die Landesversammlung wird am 24. Januar 1948 um 17.18 Uhr[2] unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Dr. *Josef Müller* eröffnet.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Als Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern eröffne ich die ordentliche Landesversammlung der Union. Es war bisher immer üblich, daß vor Beginn der Landesversammlung ein Gottesdienst stattgefunden hat und daß wir in diesem Gottesdienst den Segen Gottes auf unsere Arbeit herabgerufen haben. Diesmal hat sich der Beginn der Landesversammlung verzögert aus Gründen, die Ihnen allen bekannt sind. Infolgedessen hat auch der Großteil unserer Freunde nicht an dem Gottesdienst heute morgen teilnehmen können. Ich darf infolgedessen Ihre Zustimmung annehmen, wenn ich Sie bitte, sich zu erheben und gemeinsam den Segen Gottes auf unsere Arbeit für die Union und unser Volk herabzuflehen.
(Die Anwesenden erheben sich zu einem kurzen stillen Gebet.)
Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich eröffne und wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich dem Bürgermeister des Ortes zu einer kurzen Begrüßung das Wort geben.
Bürgermeister *Pöhlmann*: Sehr verehrte Anwesende, liebe Gäste! Für die Stadtverwaltung Marktredwitz und gleichzeitig für den Kreisverband Wunsiedel möchte ich Sie hier recht herzlich willkommen heißen. Wir freuen uns in Marktredwitz, daß Sie seinerzeit die hiesige Stadt als Tagungsort für die Landesversammlung gewählt haben. Sie dürfen versichert sein, daß bei uns alles getan wurde, um zu einem Gelingen der Tagung zu kommen.

(Beifall.)

Die schwierigen Zeitumstände kennen Sie selbst am besten.

---

1 Laut Einladungsschreiben vom 9. Januar 1948 (ACSP, CSU-Landesversammlungen, 24. und 25. Januar 1948) und Wortlaut des Protokolls, vgl. S. 1402, ergänzt durch die Zusatzinformation in den eckigen Klammern.

2 Im Einladungschreiben vom 9. Januar 1948 (wie Anm. 1) war der Beginn der Versammlung für 9.30 Uhr angekündigt. Der Termin verschob sich infolge des Generalstreiks in Bayern und der aus dem gleichen Grund notwendigen Verschiebung der für den 23. Januar geplanten Landesausschußsitzung, vgl. Dok. Nr. 30, S. 1379ff.

Ich wünsche nun der Landesversammlung der Union vollen Erfolg und einen guten Verlauf, und ich möchte Sie bitten, daß Sie Marktredwitz und das Fichtelgebirge in einem guten Andenken behalten. Gleichzeitig möchte ich Sie auch einladen zur Besichtigung der Industrieschau, die hier im Kaiserhof-Saal auf gedrängtem Raum stattfindet.
Auch dazu ergeht herzliche Einladung. Hoffentlich besuchen Sie uns auch einmal bei einer günstigeren Jahreszeit hier in Marktredwitz.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es obliegt mir nicht nur, dem Herrn Bürgermeister von Marktredwitz, unserem Parteifreund, für die Worte zu danken, die er an uns gerichtet hat. Ich glaube in Ihrer aller Namen sprechen zu dürfen, wenn ich bereits jetzt der Stadt und ihren Bewohnern und vor allem auch unseren Parteifreunden für die Arbeit der Vorbereitung dieser Landesversammlung danke. Ich glaube, wir alle haben den Eindruck, daß unsere Freunde in der kurzen Zeit, die ihnen zu dieser Vorbereitung verblieben ist, ganz ausgezeichnet gearbeitet haben.

(Bravo!)

Wir danken der Stadt und ihren Bewohnern für die freundliche Aufnahme, die wir gefunden haben. Wir haben in der Landesausschußsitzung in Erlangen gerade deswegen Marktredwitz gewählt, weil die Union zeigen will, daß sie allüberall in Bayern zu Hause ist. Es kam uns darauf an, gerade auch hier in diesem Winkel Bayerns - denn manche betrachten die Gegend hier bald an der Grenze Bayerns liegend - zu Hause zu sein, bei einer Bevölkerung, die der Struktur der Union am besten entspricht.

(Bravo!)

Denn wir sind keine einseitig eingestellte Partei. Wir sind eine Partei, die für alle Stände, für alle Schichten des Volkes da ist und für alle Schichten des Volkes arbeitet, weil hier alle Schichten vertreten sind.

(Beifall.)

Wir haben deshalb auch Marktredwitz gewählt, weil uns die Wirtschaftsform hier in diesem Bereich vorbildhaft zu sein scheint für die künftige Entwicklung in Bayern.

(Bravo!)

Wir wissen, daß Bayern übervölkert ist. Wir wissen, daß es notwendig ist, eine gesunde, vernünftige Wirtschafts- und Sozialstruktur zu finden. Es hätte keinen Sinn, wenn die Bevölkerung Bayerns in den Großstädten neu zusammengeballt würde und wenn die Großstädte durch das Anwachsen der Bevölkerung noch mehr erweitert würden. Die Vergangenheit hat die Gefahren der Übervölkerung gezeigt. Die Gefahren werden sich in der Zukunft noch mehren. Wir wollen nicht die Vermassung in den Großstädten, wir wollen die Auflockerung der Bevölkerung über das ganze Land hinweg.

(Bravo!)

Wir wollen eine vernünftige Verteilung der Industrie über das ganze Land hinweg, weil durch diese vernünftige Verteilung der Industrie nicht nur der Wirtschaft gedient ist, nicht nur der Industrie selbst, sondern allen Berufsschichten, weil sich dadurch

auch eine entsprechende wirtschaftliche und soziale Umgestaltung für alle übrigen Stände des Volkes forcieren läßt. Wir wissen, daß z.B. der Landwirt dadurch gewinnt, daß innerhalb seines Bereiches eine Industrie aufgebaut wird, weil er dann seine Wirtschaft umstellen kann.

Wir kennen die Schwierigkeiten, die z.B. für die Landwirtschaft nach einer Währungsumstellung entstehen werden. Hier scheint es uns notwendig zu sein, in gesunder Streusiedlung, so wie das hier gegeben ist, allen die Möglichkeit zur Entwicklung der höchsten Aktivität im Wirtschaftsleben zu geben, weil dadurch am besten der Persönlichkeitswert für eine gesunde Strukturgestaltung des sozialen Körpers herausgearbeitet wird. Hierin ist diese Gegend vorbildlich. Wir wollen zeigen, daß wir in dieser Gegend nicht nur diskutieren, wie die Verhältnisse sind, sondern daß wir durch das Zusammenleben von Nord und Süd in Bayern auch noch mehr zusammenwachsen. So wie wir da zusammenwachsen, wollen wir dann hinauswachsen über Bayern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie dann alle begrüßen, die Sie aus ganz Bayern hierhergekommen sind. Ich begrüße alle Gäste, ich begrüße alle Parteifreunde. Ich darf im besonderen begrüßen die Herren Vertreter der Militärregierung und darf hier feststellen: Es mag sein, daß wir nicht immer miteinander zufrieden sind. Vielleicht beruht das auf Gegenseitigkeit.

(Heiterkeit.)

Aber wir wissen, daß wir mit unserer amerikanischen Militärregierung gut zusammenarbeiten können und nicht nur zusammenarbeiten müssen. Wir sollen uns gegenseitig näherkommen, auch durch eine freie Aussprache.

(Bravo!)

Es wird das noch im einzelnen zu behandeln sein.

Ich begrüße dann alle, die für die Union in den verantwortungsvollen Ämtern der Regierung arbeiten, an der Spitze unseren Parteifreund *Ehard*.

(Lebhafter Beifall und Bravo-Rufe.)

In normalen Zeiten werden wir bestimmt nicht besondere Begrüßungen vornehmen, weil wir hier in diesen Gremien Parteifreunde sind, die in jeder Weise zusammenarbeiten, und weil die Arbeit eine selbstverständliche Pflicht ist. Aber gerade in diesen Tagen der Entscheidungen und nachdem wir wichtige Entscheidungen für Bayern hinter uns haben, habe ich es für meine Pflicht gehalten, hier von dem Usus abzuweichen und eine besondere Begrüßung vorzunehmen.

Ich begrüße dann insbesondere auch die Freunde, die von der Union aus Deutschland zu uns gekommen sind. Von den Freunden innerhalb unserer Zone ist bis jetzt unser Freund *Andre* erschienen, der Landesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Partei in Württemberg. Ich glaube, ich brauche nicht besonders zu betonen, wie sehr uns dieser Besuch freut. Denn wir werden mit unserem Nachbarland Württemberg zusammenarbeiten, und wir von der Union werden vor allem mit der Union in Württemberg aufs engste zusammenarbeiten.

Gerne hätte ich auch unsere Parteifreunde aus dem Norden und aus dem Osten Deutschlands begrüßt. Ich hätte gerne begrüßt unseren Freund *Adenauer* aus der englischen Zone. Er hat mir ein Telegramm übermittelt und mich gebeten, Ihnen die besonderen Grüße der Christlich-Demokratischen Union der englischen Zone auszusprechen.

(Bravo!)

Es war ihm leider nicht möglich zu erscheinen, da seine Frau sehr schwer erkrankt ist und er um jeden Tag geizen muß, den er von Köln oder von Bonn abwesend ist.
Jetzt darf ich dafür - last not least - mit Freude begrüßen meinen Freund *Otto Lenz*, der für die Christlich-Demokratische Union der Ostzone und Berlins im Auftrage *Jakob Kaisers* erschienen ist.

(Lebhafter Beifall.)

Ich bin fest überzeugt, daß der eine oder andere bei der Begrüßung übersehen worden ist. Ich bitte, es mir nicht zu verübeln. Ich werde im Notfall Begrüßungen nachholen. Ich darf jetzt die Begrüßung beenden.

(Zuruf: Und *Semler*?)

Ich darf in die Arbeit eintreten und vielleicht noch später auf einzelne Dankesworte zurückkommen. Bevor ich aber in die Tagesordnung eintrete, darf ich unserem Freund, Minister *Andre* aus Württemberg das Wort erteilen.
Minister *Andre*: Verehrte Damen und Herren! Ich möchte mit einem Geheimnis beginnen. Wir haben nämlich in Württemberg jetzt wieder das Recht, "Grüß Gott" zu sagen. Und so begrüße ich Sie mit einem herzlichen schwäbischen "Grüß Gott".

(Die Versammlung erwidert den Gruß.)

Ich bin aber auch gekommen, um Herrn Dr. *Müller* und den bayerischen Parteifreunden für die Wahlhilfe zu danken, die sie uns geleistet haben. Wir sind bereit, auf diesem Gebiet Gegenseitigkeit zu üben. Vielleicht sind auch einmal die Bayern geneigt, den einen oder anderen Schwaben zu sich in ihr schönes Land einzuladen, wenn Wahlen kommen.
Ich wollte gestern mit dem Schnellzug nach hier fahren. Er ging nicht. Streik in Bayern! Alles streikte, sogar die Staatsbeamten, die Eisenbahner und andere Kreise. Unsere Gewerkschaften waren etwas vernünftiger.

(Beifall.)

Ich muß sagen, sie haben beschlossen, nicht zu streiken.

(Bravo!)

Der sozialdemokratische Landtagspräsident *Wilhelm Keil* hat am letzten Mittwoch anläßlich der Eröffnung der Landtagssitzung in kurzer gedrängter Rede dargelegt, daß nicht gestreikt werden kann und darf, weil der Streik das eigene Volk schädigen würde.

(Beifall.)

Wenn das einer von uns sagt, dann glauben das die anderen nicht. Vielleicht werden sie aber doch solche gewichtige Stimmen, wenn sie von alten Sozialdemokraten kommen, etwas beachten lernen. Man möchte das wünschen.
Ich will jetzt nicht zu diesem Streik sprechen. Ich denke, das ist zunächst Aufgabe Ihrer führenden Herren. Ich will ihnen keinen Satz und kein Wort wegnehmen. Aber die Feststellung glaubte ich machen zu müssen, daß bei uns der Streik von sozialdemokratischer Seite mit Bestimmtheit verworfen und abgelehnt worden ist.
Im übrigen bin ich gekommen, um hier zu lernen. Wenn ich auch weißgraue Haare habe, man ist im Leben immer Lehrling und man lernt nie aus. Ich möchte Gutes bei Ihnen lernen. Also müssen Sie sich auch entsprechend verhalten, nicht wahr?

(Beifall und Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Sie sind in Not mit der Zeit, und ich will dieser Not Rechnung tragen, indem ich zusammenfassend nur feststelle: Wäre die Union nicht da, sie müßte gegründet werden!

(Sehr richtig!)

Denn wir sind die Träger derjenigen Ideen, die geeignet sind, ein Volk neu aufzubauen, ihm neue Grundlagen und eine neue Zukunft zu geben. Wir kämpfen um Deutschlands Einigkeit, wir kämpfen um einen Frieden fürs ganze deutsche Volk. Und da ist es notwendig, daß alle Parteigruppen, die früher vorhanden waren, zu einer großen politischen Einheit, zu einer tragenden Säule, ja ich möchte sagen zur ersten tragenden Säule in unserem Staats- und Volkskörper zusammengefaßt werden. Das ist in der Union geschehen. Für die Einigkeit in der Union gilt es, Opfer zu bringen, damit das Ganze wieder gedeihen und vorangebracht werden kann.
In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Tagung allerbesten Erfolg.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke unserem Freund Minister *Andre* für seine Worte. Ich danke der Union in Württemberg für die Bereitschaft zu gemeinsamer Arbeit. So wie wir in den vergangenen Wahlen geholfen haben, so werden wir auch auf die Hilfe Württembergs rechnen, wenn wir selbst in unserer Arbeit stehen. Wir werden gemeinsam unsere Probleme besprechen in der Gesamtunion, und wir werden uns unterstützen, wo wir nur können.
Ich darf jetzt Dr. *Otto Lenz* von Berlin bitten, für die Christlich-Demokratische Union der Ostzone und Berlins zu sprechen.

(Beifall.)

Dr. *Lenz*: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich danke Ihnen zunächst für die herzliche Berüßung, die Sie mir als dem Vertreter von *Jakob Kaiser* und *Ernst Lemmer*

(Lebhafter Beifall.)

und damit als dem Vertreter der Union Berlins und der Ostzone, die jetzt in einem schweren Ringen um ihre Existenz steht, entgegengebracht haben. Im Namen von *Jakob Kaiser* und *Ernst Lemmer* entbiete ich dem Parteitag der CSU Bayerns die allerherzlichsten Grüße. Zu ihrem großen Bedauern sind beide wegen der besonders schwierigen Lage der Partei in Berlin und der Ostzone, die Sie ja kennen, an ihrem persönlichen Erscheinen verhindert. Sie bedauern dies um so mehr, als sie durch ihr persönliches Erscheinen gern den Dank zum Ausdruck gebracht hätten für die Unterstützung, die die bayerische CSU insbesondere durch ihren derzeitigen Vorsitzenden Herrn Dr. *Josef Müller* und eine große Reihe anderer bayerischer Parteifreunde uns in Berlin so häufig haben zuteil werden lassen.

(Bravo!)

Seien Sie überzeugt, daß alle Parteifreunde in Berlin und in der Ostzone, die zu den Grundsätzen einer wahren christlichen und demokratischen Union stehen, ihren Parteitag mit besonderem Interesse verfolgen. Denn wir sind uns bewußt, daß die Christlich-Soziale Union Bayerns eine der stärksten und wichtigsten Stützen der Gesamtunion Deutschlands ist. Die Union steht heute überall in Deutschland in einer Situation, die in ganz besonderem Maße ein Festhalten und eine Besinnung auf die Grund-

sätze ihrer Politk erforderlich macht. Sie wissen, daß die CDU in Berlin und in der Ostzone zur Zeit einen erbitterten Kampf um ihre demokratische Freiheit führt. Es ist, wie ich hier betonen möchte, kein Kampf gegen die Besatzungsmacht und das russische Volk. Wir müssen aber darauf bestehen, daß man uns die Freiheit läßt, die Auffassung zu vertreten und in demokratischer Form durchzusetzen, die wir für richtig halten.

(Zustimmung und Beifall.)

Dabei stoßen wir in Berlin und in der Ostzone auf den Totalitätsanspruch einer Partei, die wir als einen entschiedenen Gegner einer freien demokratischen Entwicklung und unserer christlichen Anschauungen ansehen müssen.

(Sehr richtig!)

Dieser Kampf um die Grundrechte einer freien Demokratie muß bis zum Letzten durchgekämpft werden. Wir müssen uns bewußt sein, daß das, was uns jetzt an demokratischer Freiheit zusteht, im wesentlichen ohne unser Zutun uns zugefallen ist und daß wir erst beweisen müssen, daß wir wirklich bereit sind, um die demokratische Freiheit zu kämpfen.

(Sehr richtig!)

Die geistige Not, meine sehr verehrten Damen und Herren, in der sich unsere aufrechten Parteifreunde im Osten befinden, übersteigt noch bei weitem die materielle Not, die überall auf uns lastet. Um einen Satz aus der letzten Rede *Jakob Kaisers* in Berlin zu zitieren:

> Welchen Sinn soll die Niederschlagung des Hitlersystems gehabt haben, wenn auch in der Nachhitlerzeit das Einstehen für Freiheit und Aufrechtheit nicht gewürdigt wird?

(Zustimmung.)

Diejenigen aber, die diesen Kampf durchfechten müssen, können sich nur dann stark genug fühlen, wenn sie wissen, daß die Gesamtunion hinter ihnen steht.

(Erneute Zustimmung.)

Sie müssen getragen sein von dem leidenschaftlichen Willen eines entscheidenden Teiles des deutschen Volkes, die Grundsätze der persönlichen Freiheit und einer wirklichen christlichen und demokratischen Politik durchzusetzen.

(Bravo!)

Wir bitten Sie deshalb, und das möchte ich ganz besonders im Namen von *Jakob Kaiser* zum Ausdruck bringen, uns auch weiterhin Ihre moralische Unterstützung in dieser Auseinandersetzung zu gewähren.

(Jawohl!)

Wo wir auch hinblicken, wächst die Not um uns ins Unmeßbare. Möge dies wenigstens den einen Erfolg haben, daß wir als Union immer fester und einiger zusammenstehen in dem Willen zur Selbstbehauptung unseres Volkes. Ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß Ihr Parteitag in ganz besonderem Maße diesem Ziele dienen möge. Sie, die Bayerische Christliche-Soziale Union, ist ein entscheidender Teil der Gesamtunion. Hiermit grüße ich Sie!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Dr. *Otto Lenz* für die Worte, die er im Namen der Christlich-Demokratischen Union der Ostzone und Berlins zu uns gesprochen hat. Ich darf im Namen der Christlich-Sozialen Union in Bayern die Erklärung abgeben: *Jakob Kaiser, Ernst Lemmer*, aber auch jeder Mann und jede Frau aus der russischen Zone und jeder Freund der Christlich-Demokratischen Union der Ostzone darf und muß wissen, daß wir Bayern in diesen Stunden zu unseren deutschen Brüdern in dieser Zone stehen.

(Lebhafter Beifall.)

Wir von der Christlich-Sozialen Union wissen, daß unsere Freunde aus der Union dort in einem harten Kampf stehen, auch für uns,

(Sehr richtig!)

auch für unser geistiges Gut.

(Erneute Zustimmung.)

Wir wissen, daß die Entscheidungen, die dort fallen, Entscheidungen über die Frage sind, ob sich die Persönlichkeit frei von Furcht in Deutschland in allen Zonen entwikkeln kann.

(Zustimmung.)

Wir werden nicht in nationalistische Hetze übergehen. Wir wissen, daß unseren Freunden dort alles ferner liegt als Appelle an den Instinkt. Aber wir wissen auch, in welcher materiellen, moralischen und geistigen Not sich unsere Freunde im allgemeinen dort befinden. Sie dürfen und müssen unserer Hilfe sicher sein.

(Beifall.)

Ich darf im Anschluß daran das mir soeben übergebene Telegramm *Jakob Kaisers* verlesen:

> Durch unaufschiebbare Verpflichtungen leider verhindert, an Eurer Tagung teilzunehmen, bitte ich, der Verbundenheit aller Freunde in Berlin und der Ostzone mit Euch sicher zu sein. Unsere aufrichtigen Wünsche begleiten Eure Verhandlungen. Wir sind überzeugt, daß sich Geist und Inhalt unserer Arbeit mit unserer Sorge um eine neue, freie, demokratische Ordnung unseres gesamten Volkes begegnet. *Kaiser.*

(Beifall.)

*Ernst Lemmer* hatte noch bis gestern vor, heute zur Tagung zu kommen. Leider sind technische Schwierigkeiten eingetreten.

(Zurufe.)

Ich darf dann bekanntgeben, daß Glückwunschtelegramme eingegangen sind von dem Landesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union in Baden, Parteifreund *Heurich*:

> Kommen zum Parteitag unmöglich, da dringende Geschäfte mich abhalten. Ich wünsche Ihrem Parteitag guten Verlauf und hoffe, daß er dazu beitragen wird, der CDU und CSU eine geschlossene Reichsführung zu ermöglichen.
> Gez. *Heurich*

Es ist ein Telegramm eingegangen von einem vielen von uns sehr lieb gewordenen Freund, vom stellvertretenden Ministerpräsidenten von Hessen, dem Landesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union in Hessen, Dr. *Werner Hilpert*:

Allen Freunden ein herzliches Glückauf!

(Bravo!)

Damit darf ich die Begrüßungen beenden. Es sind mir vorhin Wortmeldungen zugegangen. Ich weiß nicht, ob die Wortmeldungen zu diesem Punkt gehören oder zum allgemeinen Verlauf der Tagung. Es haben sich gemeldet *Hans Bartel*, [...][3] Sind es Gäste oder Vertreter?

(Zuruf: Vertreter!)

Wenn es Vertreter sind, darf ich die Wortmeldungen zurückstellen, bis wir zur Behandlung der Tagesordnung gekommen sind. Ich darf dann die Tagesordnung bekanntgeben.
Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich unserem Parteifreund Kultusminister *Hundhammer* das Wort geben zu einer Mitteilung.
Staatsminister Dr. *Hundhammer* (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Ich weiß nicht, warum Sie klatschen. Aber ich habe eine wichtige Mitteilung.
Liebe Parteifreunde! Gestern hat Herr Staatsrat *Fritz Schäffer* von der Militärregierung die Mitteilung bekommen, daß er wieder volle politische Bewegungsfreiheit hat.

(Lebhafter Beifall.)

Er kann wieder wählen und gewählt werden. Der Herr Parteivorsitzende hat ihm gestern abend eine schriftliche Einladung für heute hierher zugehen lassen. Es war ihm nicht möglich, dieser Einladung noch Folge zu leisten. Herr Staatsrat *Schäffer* hat mich aber gebeten, alle Freunde hier zu grüßen und allen zu danken, wie er sich ausdrückt, die in der Zeit seiner Verbannung seiner gedacht haben, und er läßt denen danken, die mitgeholfen haben, ihm wieder die Freiheit zu verschaffen auch in der staatsbürgerlichen Betätigung.

(Bravo!)

Er läßt insbesondere auch die Freunde in der Fraktion grüßen.

(Erneute Bravo-Rufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke. Ich darf dann die Tagesordnung bekanntgeben.

1. Satzungsänderung, Schiedsordnung,
2. Politik der Union, Aussprache, Wahl des Landesvorsitzenden,
3. Politik der Bayerischen Staatsregierung, Bericht des Ministerpräsidenten Dr. *Hans Ehard*, Aussprache,
4. Verschiedenes.

Ich darf annehmen, daß sich kein Widerspruch gegen die Festsetzung dieser Tagesordnung erhebt und daß keine Einwände wegen Versäumnis irgendwelcher formaler Vorschriften erhoben werden. Ich darf die letztere Einschränkung vor allem deswegen hinzusetzen, weil wir durch den Streik verhindert worden sind, rechtzeitig zu beginnen.

[3] In der Vorlage folgt eine halbzeilige Lücke.

Es lag das nicht in unserer Macht. Auf der anderen Seite habe ich mich trotz Bedenken, die von der einen oder anderen Freundesseite geäußert wurden, für verpflichtet gehalten, diese Landesversammlung unter allen Umständen abzuhalten, gerade angesichts des Streiks.

(Bravo-Rufe!)

Erhebt sich ein Widerspruch gegen die Tagesordnung? Das ist nicht der Fall. Ich darf zum normalen Ablauf dann vielleicht folgendes bemerken: Es ist jetzt 17.50 Uhr. Wir können heute tagen, solange wir es wünschen. Für Verkehrsmöglichkeiten zu den Quartieren ist gesorgt. Ich würde vorschlagen, daß wir uns zuerst über den ersten Punkt der Tagesordnung unterhalten. Wir sehen dann, wie weit wir in der Diskussion kommen. Wir lassen dann eine befristete Pause von längstens einer Stunde eintreten. Im Anschluß daran soll dann mein Referat stattfinden, so daß wir heute abend noch zur Wahl kommen, um das abgeschlossen zu haben, und morgen früh mit der Rede des Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] beginnen können. Sodann ist eine Rede des Wirtschaftsministers [*Hanns Seidel*] vorgesehen. Im Anschluß daran soll die Aussprache über die Regierungspolitik stattfinden. Der heutige Tag soll also der Parteipolitik, der morgige der Union vorbehalten sein, und zwar im Bezug auf die Regierungspolitik in Bayern und im gesamtdeutschen Bereich.
Wenn ich dann während der Debatte etwas kürzen darf und wenn vor allem Geschäftsordnungsdebatten vermieden werden, dann glaube ich, dem Wunsche vieler zu entsprechen, der auch vorhin in einem Antrag im Landesausschuß zum Ausdruck gekommen ist, daß vor allem die wirtschaftliche Not unseres Volkes in dieser Landesversammlung in ihrem Ursprung und in ihren Ursachen behandelt wird.

(Sehr richtig!)

Ich darf mir vorbehalten, wenn die Debatten sich etwas zu lange ausdehnen, daß ich dann, ohne einen formalen Beschluß über Abkürzung der Redezeit herbeizuführen, den einen oder anderen Redner vorsichtig durch Erheben darauf aufmerksam mache, daß er etwas kürzen möge. Ich darf mir auch vorbehalten, daß ich unwesentliche Punkte, die nicht zur Frage der Grundlinien der Politik der Union und der Regierung gehören, aus der Debatte wegnehme, denn wir müssen konzentriert arbeiten, um das aufzuholen, was uns durch den Streik an Zeit genommen wurde.

(Sehr richtig!)

Wir werden das bei gutem Willen bestimmt auch fertigbringen.
Wir treten dann in den 1. Punkt der Tagesordnung ein: "Satzungsänderung, Schiedsordnung". Ist die Schiedsordnung hier?
(Dr. *Schedl* bejaht.)
Die Schiedsordnung ist vom Landesausschuß genehmigt worden. Sie ist bekannt, weil sie mit der Satzung bekanntgegeben wurde. Darf ich Ihnen vorschlagen, daß wir von einem Verlesen der Schiedsordnung absehen.

(Zustimmung und Widerspruch, Zurufe: Vorlesen!)

Es erhebt sich ein Widerspruch. Meine lieben Freunde, ich weiß nicht, warum in dem Punkt einer vom Landesausschuß genehmigten Schiedsordnung ein Widerspruch erhoben wird, wenn man dabei wirklich Zeit sparen kann.

(Sehr richtig!)

Denn die Schiedsordnung kann in der Debatte wirklich aus der Landesversammlung herausgenommen werden. Wenn Sie nicht zufrieden sind, können Sie die Schiedsordnung ohne weiteres in einer anderen Landesversammlung behandeln lassen. Denn so wie die Entwicklung läuft, glaube ich nicht, daß die nächste Landesversammlung erst in einem Jahr sein wird, sondern wir werden uns vorbehalten müssen, in sehr wichtigen Zeitpunkten wieder zusammenzutreten.
Infolgedessen darf ich nochmals meinen Vorschlag aufnehmen, die Schiedsordnung nicht im einzelnen zu verlesen. Ich darf den Antrag stellen:

Die vom Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union beschlossene Schiedsordnung der Christlich-Sozialen Union in Bayern wird genehmigt und in Kraft gesetzt.

Wird hierzu eine Debatte gewünscht?

(Nein!)

Es ist das nicht der Fall. Dann darf ich über meinen Antrag abstimmen lassen. Wer enthält sich? Wer ist ...

(Zuruf: Wir können doch nicht über etwas abstimmen, was wir nicht kennen!)

Fünf Enthaltungen! Wir sind in der Abstimmung. Ich habe vorhin ausdrücklich gefragt. Fünf Enthaltungen. Wer ist dagegen?
Da ein Widerspruch rückwärts geltend gemacht wird, darf ich ausdrücklich noch abstimmen lassen, wer dafür ist. Wer ist dafür? Bei fünf Enthaltungen gegen zwei Stimmen angenommen.
Dann darf ich zum Thema Satzungsänderung kommen. Meine lieben Freunde, der Landesausschuß in Erlangen hat das Thema der Satzungsänderung eingehend behandelt. Es wurde dort viel hin und her debattiert. Der Landesausschuß hat aber einen Beschluß gefaßt, der einen Ausschuß ein[ge]setzt und diesem Ausschuß bestimmte Richtlinien mitgegeben hat. Der Beschluß des Landesausschusses zu einem Antrag *Horlacher* hat gelautet:

1. An einem von der Landesversammlung gewählten Landesvorsitzenden wird festgehalten.
2. Es werden durch den Landesausschuß zwei Stellvertreter des Landesvorsitzenden gewählt.
3. Die Landesvorstandschaft ist noch weiter zu ergänzen unter Berücksichtigung der Vorschläge, die in den Anträgen über Satzungsänderungen vorliegen.

Der Ausschuß hat getagt und hat die einzelnen Probleme bearbeitet. Ich darf hier die Erklärung abgeben: Ich habe mich absichtlich, da es ja auch um die Frage Präsidialsystem oder nicht ging, um jeden Eindruck zu vermeiden, als ob ich etwa irgendwie meinen persönlichen Einfluß in persönlichem Interesse geltend machen würde, zurückgehalten und habe genauso wie jeder von Ihnen erst heute von den Vorschlägen Kenntnis genommen, die der Ausschuß unterbreiten wird. Ich darf nun den Referenten des Ausschusses, *Kroth*, bitten - das heißt wir brauchen das nicht. *Kroth* hat im Landesausschuß referiert. Ich glaube, wir dürfen hier abkürzen. Wir haben die Debatte zum Teil im Landesausschuß mitgemacht.
Ich darf dann vielleicht bitten, daß als wesentliche Punkte noch die Fragen behandelt werden, die der Beschluß des Landesausschusses zum Gegenstand hat. Weiter handelt es sich darum, daß wir im einzelnen noch die Vertretung der Kreise besprechen. Ich glaube, wir führen zuerst eine kurze Debatte durch und gehen erst dann dazu über, zu

verlesen, wie die Abänderungsvorschläge lauten. Denn ein Großteil der Abänderungsvorschläge betrifft nur rein formale Vorgänge.
Zur Abänderung der Statuten darf ich vielleicht etwas sagen, was ich grundsätzlich vom Landesausschuß erwartet hatte, was ich aber auch Ihnen grundsätzlich vortragen möchte. Ich weiß, wie die Debatte um das Präsidialsystem geht. Ich weiß, welche Schwierigkeiten in den Auseinandersetzungen über eine gerechte Lösung der Vertretung der einzelnen Kreise bestehen. Mir selbst kommt es am meisten darauf an, daß die Union sich löst von der Debatte um einzelne Namen, von der Debatte um das, was man Namensflügel heißt.

(Sehr richtig!)

Ich habe in der Zeit, in der man vielleicht etwas anderes von uns erwartet hatte, in der man erwartet hatte, daß die Union auseinanderkrachen würde - das war nach der Bildung der Regierung im letzten Winter -, eine Neuorganisation der Union in Angriff genommen, eine Durchgliederung der Union in Arbeitsgemeinschaften. Denn ich bin der Auffassung, Auseinandersetzungen innerhalb einer so großen Partei wie der Union sind notwendig. Wir sind keine Marschkolonne, und wir wollen keine Marschkolonne werden.

(Sehr richtig!)

Jede positive Auseinandersetzung ist nur das Zeichen, daß eine Partei lebt und daß sie nicht veraltet ist und nur irgendein Programm übernimmt. Infolgedessen werden auch sachliche Auseinandersetzungen immer ermöglicht werden müssen. Wir müssen dafür sorgen, daß Auseinandersetzungen nach sachlichen Gesichtspunkten innerhalb unserer Partei möglich sind. Sie müssen dazu dienen, um eine gesunde Demokratie nicht nur in der Breite zu entwickeln, sondern um die Partei in der Gesamtdemokratie sich richtig auswirken zu lassen. Infolgedessen wurden die Arbeitsgemeinschaften geschaffen.
Die Arbeitsgemeinschaft Junge Union ist Ihnen so bekannt, daß ich darüber nicht weiter zu reden brauche. Sie ist die erste Organisation innerhalb der Union gewesen. Wir haben dabei nicht nur an die Überwindung des Generationenproblems gedacht, sondern gerade diese Aktivität der Jugend wird immer einsetzen müssen, um die Union als solche jung zu erhalten.
Wir haben daneben eine Arbeitsgemeinschaft Frauen der Union aufgebaut. Während die Arbeitsgemeinschaft Junge Union rasch gewachsen ist, ist die Arbeitsgemeinschaft Frauen der Union erst in der Weiterentwicklung. Wir wissen aber, was wir den Frauen in der Union bereits zu verdanken haben, und ich darf bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die Union die einzige Partei in Bayern ist, die Frauen als Volksvertreter im Parlament hat.

(Bravo!)

Wir wollen den Frauen in der Volksvertretung zur Geltung verhelfen in unserer jungen Union. Wir wissen, daß ihr belebender und ausgleichender Geist den Geist der Union immer fördern wird.
Daneben wurde, wenn ich zeitlich vorgehen darf, dann die Union der Ausgewiesenen und der Flüchtlinge geschaffen. Sie war deswegen beschleunigt zu gründen, weil wir wissen, welche Gefahr darin besteht, daß etwa die Ausgewiesenen, die Flüchtlinge sich bei uns als Fremdkörper im Lande fühlen würden und sie auch innerhalb der Union Fremdkörper sein sollten. Wir werden mit Hilfe dieser Arbeitsgemeinschaft

Union der Ausgewiesenen die Tendenzen zur Verproletarisierung, zur geistigen Verproletarisierung innerhalb der Flüchtlinge bekämpfen.
Wir werden damit aber auch die Flüchtlinge so in die Union hereinführen, daß sie sich bei uns wirklich zu Hause fühlen können.

(Bravo!)

Neben diese Arbeitsgemeinschaft der Union der Ausgewiesenen wurde bereits die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmergruppen in der Union gestellt. Meine lieben Freunde, gerade die letzten Tage haben uns bewiesen, wie notwendig die Aktivierung dieser Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmergruppen in der Union ist.

(Sehr richtig! Christliche Gewerkschaften!)

Unsere Freunde aus der Arbeitsgemeinschaft vertreten mit mir zum überwiegenden Teil die Auffassung, daß wir jetzt noch nicht eigene christliche Gewerkschaften gründen sollten.

(Zurufe: Aber Zeit wäre es, warum nicht?)

Aber wir dürfen eines feststellen: Die letzten Tage waren eine Kraftprobe. Durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmergruppen sind wir von jetzt an jederzeit in den Stand gesetzt, selbständig zu handeln, wenn wir dazu gezwungen werden sollten, weil die Einheitsgewerkschaft nicht mehr neutral ist.

(Lang anhaltende, stürmische Zustimmung.)

Neben diese Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmergruppen in der Union tritt die Arbeitsgemeinschaft mit den Unterteilungen für Handel, Gewerbe und Industrie. Wir von der Union gehen davon aus, daß die Förderung der Persönlichkeit im Wirtschafts- und Sozialleben vor allem dadurch eintritt und wirksam wird, daß die Entwicklung von unten nach oben innerhalb der Wirtschafts- und Sozialstruktur immer organisch gefördert wird.
Wir sehen unsere Aufgabe darin, Klein- und Mittelbetriebe in besonderem Maße zu fördern, weil wir wissen, daß nicht etwa die Umstellung des privatkapitalistischen Monopols zum gewerkschaftskapitalistischen Monopol eine gesunde Lösung bedeuten würde,

(Beifall.)

weil wir wissen, daß nicht die von der Gewerkschaftsbürokratie getragene Wirtschaft die gesunde Form unseres Wirtschaftslebens wäre,

(Sehr richtig!)

sondern weil wir wissen, daß nur der Fleiß des kleinen Mannes im Klein- und Mittelbetrieb soviel für unser Volk an Substanz schafft und gewinnt, daß nur dadurch die Gesamtheit des Volkes den größten Nutzeffekt aus dem Wirtschaften hat.

(Beifall.)

Nicht Parteidogmen aus alter Zeit können dem Volk in solcher Notzeit helfen. Helfen kann nur die Arbeit zur Produktionssteigerung. Helfen kann nur, wenn mit Hilfe dieser Produktionssteigerung die Substanz so wird, daß dadurch ein gesunder Ausgleich innerhalb der Schichten des Volkes möglich wird. Helfen kann dann nur der dadurch bedingte soziale Arbeitsfrieden.

(Sehr richtig!)

Diesem Ziel dient diese Gliederung für Handel, Gewerbe und Industrie, die neben die Gliederung der Arbeiterunion gestellt ist.
Daneben wird die Union der Bauern, die Arbeitsgemeinschaft der Bauern in der Union treten.

(Zustimmung.)

Denn wir wissen, wieviel wir gerade in der Notzeit dem so viel gelästerten Bauern, der im Prinzip anständig ist, verdanken.

(Lebhafter Beifall.)

Wir schämen uns nicht der Bauern, die in der Union zu Hause sind, auch wenn man zum Schluß jeden Bauern als Schieber behandeln möchte. Soweit ist es noch nicht. Gott sei Dank ist unser Volk und auch der Bauer im großen und ganzen anständig geblieben.

(Erneuter Beifall.)

Meine lieben Freunde, ich habe Ihnen damit die Arbeitsgemeinschaften entwickelt und habe damit gleichzeitig eine grundsätzliche Betrachtung verbunden, die mir notwendig erschien, um den organischen Aufbau der Union so offen zu entwickeln, daß jeder draußen wissen soll, daß die Union durch diese organische Durchgliederung an Kraft gewonnen hat und daß es niemandem mehr möglich sein wird, etwa einen Teil aus der Union herauszusplittern.

(Sehr gut!)

Wenn Splitterungen erfolgen, so werden sie von jetzt an die Union bestimmt nicht mehr gefährden. Es kam mir darauf an, diese Arbeitsgemeinschaften in den Statuten unter allen Umständen so fest zu fundieren, daß sie weiterentwickelt werden können. Ich gebe zu, daß damit vielleicht noch nicht die letzte Lösung gefunden ist. Wir werden uns nachher bei den Statutenbesprechungen darüber noch unterhalten können. Ich würde Sie nur bitten, auch die Debatte darüber möglichst abzukürzen.
Darf ich jetzt fragen, ob das Wort zu dem vorher erwähnten Beschluß des Landesausschusses der Union in Erlangen gewünscht wird? Der Antrag war von *Horlacher* gestellt worden. Vielleicht kann Horlacher dazu kurz Stellung nehmen und, wenn es gewünscht wird, dann noch Parteifreund *Pfeiffer*.
Dr. *Horlacher*: Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei Betrachtung der gesamtpolitischen Lage, in der wir uns befinden, muß ein Gedanke vornedran stehen: Es ist der Gedanke, daß über alle früheren persönlichen und sonstigen Differenzen hinweg nunmehr die Einheit der Union und ihre sachliche Arbeit über alles gehen muß.

(Lebhafter Beifall.)

Das war auch der Sinn der Landesausschußsitzung in Erlangen. Und wenn ich die Stimme unseres Volkes richtig herausgehört habe, so ist ein Aufatmen durch die Reihen der Union gegangen,

(*Semler*!)

daß endlich die Periode der Geschichtchen der Union aufhört und die Union sich als geschichtlicher Faktor in unser bayerisches und deutsches Geschehen einschaltet.

(Mehrfache Zustimmung.)

Unter solchen Gesichtspunkten muß die Gesamtfrage der Satzungsänderungen behandelt werden.

Lassen Sie mich dazu eines sagen: Satzungsänderungsanträge sehen nach außen hin oft sehr harmlos aus,

(Sehr richtig!)

aber es können sich hinter den Satzungsänderungen Dinge verbergen, die doch etwas anderes sind wie bloße Satzungsänderungen.

(Erneute Zustimmung.)

Deswegen muß heute mit diesem Formalinstrument der Satzungsänderung - und das ist meine feste Überzeugung - durch die entsprechenden Beschlüsse der heutigen Landesversammlung Schluß gemacht werden.

(Sehr richtig!)

Denn es muß die Bahn frei gemacht werden für die sachliche Arbeit in der Union.
Nun zu den Satzungsänderungen selbst. Da sind einige Probleme vorhanden. Eines davon betrifft die Frage der Gesamtleitung der Partei. Hier muß man sich manche Dinge gründlich überlegen und das Für und Wider abwägen. Hier bin ich aber doch letzten Endes, ohne darüber mit jemand lange konferiert zu haben, zu der Überzeugung gekommen: Wenn in der Union wirklich alles von einem einheitlichen Willen getragen ist und die Union wirklich eine neue, echte Union und nicht mehr die Fortsetzung irgendwelcher anderen früheren Gebilde ist, dann ist auch diese Frage zu einer raschen Lösung zu bringen.

(Beifall.)

Denn dann handelt es sich darum, durch die Wahl in der Landesversammlung einen Landesvorsitzenden zu wählen, der im Querschnitt des Landes Bayern von allen, die guten Willens sind, getragen werden kann.

(Erneuter Beifall.)

Es handelt sich auch darum, daß die Union in allen Gebieten Bayerns den Querschnitt durch die gesamten Verhältnisse Bayerns darstellt.

(Sehr richtig!)

Deswegen ist es ganz gut, daß der Landesvorsitzende von der Landesversammlung gewählt wird. Ich glaube, es braucht sich heute eigentlich keiner darum zu reißen, Landesvorsitzender zu sein.

(Beifall und Heiterkeit.)

Es ist ohnehin eine sehr schwere und oft undankbare Arbeit,

(Sehr gut!)

die mit ungeheuer viel Mühen verbunden ist. Denn es gilt nicht nur die bayerischen Verhältnisse zu berücksichtigen, sondern wir müssen, wenn wir wirklich eine Union sind, auch die Union im gesamtdeutschen Raum beeinflussen und erfassen.

(Lebhafter Beifall.)

Das entspricht auch dem Geist der Union. Gewiß soll die Union die besonderen Belange unseres bayerischen Vaterlandes vertreten und sich für sie einsetzen. Aber die Union ist ja nicht allein eine bayerische Partei,

(Widerspruch.)

sondern die Union ist auch eine christliche Partei.

(Sehr richtig!)

Die Verteidigung des christlichen Kulturideals aber erfordert es, daß die gesamtdeutsche Union über Bayern hinaus zu einer Einheit zur Verteidigung der Rechte zusammentritt, die an die Lebensexistenz unseres ganzen deutschen Volkes heranrühren.
So ist die Union derartig in die Arbeit hineingestellt, daß jeder mit ihr zufrieden sein kann. Es kommt noch hinzu: So sehr unsere Jugend mit Recht auch in Bayern für unsere bayerischen Belange eintritt - ich habe selbst einen Sohn zu Hause und weiß, was die Jugend denkt -, so sehr möchte ich betonen, daß der gesamtdeutsche Überblick gerade in der Jugend eine hervorragende Rolle spielt.

(Bravo!)

Es handelt sich also darum, daß die richtige Konstruktion unseres deutschen Vaterlandes auf echter föderalistischer Grundlage zum Nutzen Bayerns und zum Nutzen des Ganzen geschaffen wird. Und da können wir für die Absprachen, die der Herr Landesvorsitzende bisher in Berlin, in Frankfurt, oder sonstwo geführt hat, überaus dankbar sein.

(Bravo!)

Wir können um so dankbarer sein, weil er sich hier ja - das wird mir der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] und der Herr Staatsminister *Pfeiffer* bestätigen - in voller Übereinstimmung auch mit diesen beiden hervorragenden Vertretern unserer Politik befunden hat.

(Erneute Bravo-Rufe.)

Die Arbeitslast des Landesvorsitzenden ist aber so groß geworden, daß sich von selbst die Frage erhebt, ihm Stellvertreter beizugeben. In dem neuen Satzungsentwurf sind auch zwei Stellvertreter vorgesehen. Sie sollen aber nicht von der höchsten Parteiinstanz gewählt werden, sondern von der nächsthöheren Parteiinstanz, vom Landesausschuß.

(Zuruf: Warum nicht von der Landesversammlung?)

Das hat seine guten Gründe. Es ist wohlabgewogen. Es hat etwas für sich, daß einer mit erhöhten Vollmachten für die gesamtpolitische Führung der Partei verantwortlich ist.

(Sehr richtig!)

Darüber kommen wir nicht hinweg. Der Landesvorsitzende soll auch die Bewegungsfreiheit haben, seinen Stellvertreter dort einzusetzen, wo es notwendig ist.
Das ist eine Frage der inneren Parteikonstruktion, die durch die einstimmigen Beschlüsse des Landesausschusses in Erlangen vorgezeichnet worden ist.

(Zurufe: Nein, nein!)

Dabei ist noch die Frage zu erörtern, welche sonstigen Mitglieder beigegeben sind; das wird in den näheren Erläuterungen zu den einzelnen Paragraphen der Satzung noch zu behandeln sein.
Ein wichtiger Streitpunkt bei den Satzungsänderungen war dann die regionale Vertretung der Partei. Ich gebe zu, daß man bezüglich der Entsendung der Vertreter insbesondere aus den Kreisverbänden hier verschiedener Meinung sein kann. Aber, liebe Freunde, wenn ich mir das Ganze übersehe, so meine ich, dürfte es eigentlich auch keine Meinungsverschiedenheiten geben. Wenn wir überall im ganzen Land tüchtige

Unionsanhänger haben und sie nach den gleichen Linien und der gleichen inneren christlichen Gesinnung ausgerichtet haben, dann dürfte es nicht eine so schwerwiegende Rolle spielen, ob der eine in seinem Kreis zahlenmäßig mehr Mitglieder hinter sich hat oder der andere weniger.

(Beifall.)

Wenn also wirklich die innere Einheit der Partei

(Zuruf: Wir sind keine Marschkolonne!)

in dem Herzen jedes einzelnen leben würde,

(Zuruf: Wenn!)

dann würden diese Kämpfe um die innere Zusammensetzung der Partei gar keine Rolle spielen können.

(Beifall.)

Noch etwas kommt hier dazu, wenn Sie alles übersehen. Nehmen wir an, wir haben in Bayern das letzte Mal 104 Abgeordnete der CSU aufgebracht. Die Unterschiede in Bayern sind auch im Parteikampf vorhanden. Ich selbst habe meine Wiege in Franken stehen und weiß, wie schwer gerade hier auf diesem Boden um die christlichen Ideale gekämpft werden muß.

(Sehr gut!)

Das ist in ganz Bayern der Fall, aber in erhöhtem Maße beispielsweise auch in den Gebieten, in denen wir uns jetzt gerade befinden.

(Sehr wohl!)

Wir haben Gebiete in Bayern, auf deren Stimmen es für die Gesamtmajorität der Partei letzten Endes ankommt; denn ohne sie haben wir die Majorität nicht.

(Beifall.)

Daher dürfen die einen, die unter günstigeren Verhältnissen arbeiten, nicht die anderen zurücksetzen,

(Zuruf von Oberbayern: Tun wir ja nicht!)

sondern müssen sich sagen ...

(Umgekehrt! und andere Zurufe von Oberbayern.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, es sitzt Oberbayern sehr weit rückwärts rechts. Ich wäre dankbar, wenn Sie sich inmitten des Gremiums fühlen und nicht immer vom Hintergrund soviel Zwischenrufe machen würden. Die Debatte wird nämlich besser durchgeführt, wenn die Disziplin der Versammlung gewahrt wird; sonst kommen wir nicht in konzentrierter Arbeit durch.

(Sehr richtig!)

Ich wäre also dankbar, wenn Zwischenrufe höchstens dann, wenn sie sachlich fördernd wirken, und dann auch nur möglichst selten kämen.

Dr. *Horlacher*: Dann können die regionalen Unterschiede gar keine so große Rolle spielen. Denn es kann sein und ist auch so, daß in vielen Gebieten Nordbayerns der politische Kampf um die Existenz der Union ungleich schwerer ist wie in anderen Gebieten.

(Beifall. - *Braun*: Auch in Oberbayern.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Braun*, ich darf, nachdem ich vorhin festgestellt habe, daß wir konzentriert arbeiten wollen, Sie jetzt rügen, denn wir haben ernsthaftere Sorgen zu besprechen, als nur durch Zwischenrufe Störungen hervorzurufen.

(Beifall.)

Dr. *Horlacher*: Wenn der einzelne soviel Gedanken in sich trägt, dürfte das nicht die ausschlaggebende Rolle spielen, außer man will durch die entsprechenden Veränderungen in den Majoritätsverhältnissen andere Ziele verfolgen.

(Sehr richtig!)

Ich kann mir da nicht helfen, denn es könnte gar nicht darauf ankommen, ob bei dem Zahlenspiel 30 oder 40 auf der einen oder auf der anderen Seite stehen, wenn in der Union Einheit und Geschlossenheit die überragende Rolle spielen würden.

(Sehr richtig!)

Dann kommt noch etwas anderes hinzu. Die Union ist ja eine neue Partei; sie muß unter allen Umständen eines beachten, was ein Grundbestandteil der deutschen Politik ist. Wenn das nicht beachtet wird, dann haben wir schon wieder Halbprofil-Politiker. Das ist, daß unsere katholischen und protestantischen Mitbrüder in gleichem Maße an der Arbeit der Union freudigst Anteil nehmen können.

(Starker Beifall.)

Gerade wenn ich - wenn ich das sagen darf; ich tue es ungern, um hier nicht Spaltungen hineinzubringen - von Altbayern aus daran denke, unter welchen Verhältnissen wir hier in Franken arbeiten müssen, dann muß ich feststellen: Die Majoritätsentscheidung für die 104 Abgeordneten liegt gerade auch im nordbayerischen Gebiet.

(Beifall.)

Deswegen sollte man keine Verstimmung eintreten lassen; das ist auch nicht notwendig, weil ja wieder ein Ausgleich durch die unterschiedliche Zahl der Mandate in den einzelnen Regierungsbezirken erfolgt.

(Sehr richtig!)

Das gleicht sich also aus. Wenn eine grundsätzlich gleiche Behandlung in der Entsendung der Vertreter stattfindet, dann sind auf der anderen Seite aber auch die Vertreter belohnt, deren Kreise zwar weniger Mitglieder aufweisen, die aber eine unendlich schwerere Arbeit haben, als andere Gebiete.

(Erneute Zustimmung.)

So möchte ich bitten, daß man auch über diese Dinge hinwegkommt. Zu den einzelnen Paragraphen wird dann noch zu reden sein; ich will hiermit die Debatte nicht mehr länger aufhalten. Ich trage nur einen einzigen Wunsch in mir: Schon nach Erlangen bin ich - ich hatte vorher mit niemand gesprochen - mit dem Wunsch hingegangen, daran mitzuarbeiten, daß die Union zu einer Einheit zusammengeführt wird, und ich würde mich freuen, wenn unsere Freunde, die vielleicht noch etwas anderer Ansicht sind, das, im Ganzen gesehen, im Interesse unseres Volkes zurückstellen würden. Über Satzungsänderungen kann ja, wenn sich Notwendigkeiten ergeben, jederzeit wieder gesprochen werden. Aber es muß einmal hier ein Strich unter die Rechnung gemacht werden; es muß die Bahn freigemacht werden. Wir brauchen die Einheit der Union bei der großen wirtschaftlichen Not unseres Volkes so notwendig wie das tägliche Brot.

(Beifall.)

Ich würde wünschen, daß dieser Parteitag der Union den Namen tragen würde: Parteitag der Einigung der Union - die niemand mehr angreifen und niemand zerstören kann.

(Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf jetzt dem Parteifreund *Pfeiffer* das Wort geben. Es hat sich in Erlangen gezeigt, daß zwei Meinungen bestanden haben: Die eine Meinung, die jetzt zum Ausbruch [sic!] kam und die am Schluß eine Mahnung zur Einigung war, und eine andere Meinung, die Parteifreund *Pfeiffer* vortragen wird und die damals die Form eines Antrags von Oberbayern gefunden hatte.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Wäre es nicht möglich, daß man das Rauchen einstellt!)

Es wird gebeten, das Rauchen einzustellen. Ich würde vorschlagen, daß wir das Rauchen einstellen, und zwar deswegen, weil wir heute in diesem Raume noch sehr lange tagen werden. Ich wäre also dankbar, in dem Fall meinem Vorbild zu folgen.

(Heiterkeit.)

Sie wissen, daß es für mich kein leichtes Opfer ist, darauf zu verzichten.
Jetzt darf ich Freund *Pfeiffer* das Wort geben.
Dr. *Pfeiffer*: Meine Damen und Herren, ich bin mir bewußt, daß mir eine sehr undankbare Aufgabe zufällt, indem ich in die Welt der Realität innerhalb der Partei zurückkehren und absolut nüchtern auf Dinge zu sprechen kommen muß, die wichtig dafür sind, daß, wie der Herr Vorredner sagte, heute durch Bereinigung der Satzungsfragen der Weg für positive sachliche Arbeit freigemacht wird.
Mein Herr Vorredner hat darauf hingewiesen, daß er nach Erlangen gegangen ist, ohne vorher mit irgend jemandem zu sprechen. Ich sehe darin einen sehr bedauerlichen Umstand; denn offensichtlich hat der Herr Vorredner die Reise nach Marktredwitz auch angetreten, ohne vorher mit irgend jemandem ernsthaft über diese Probleme zu sprechen.

(Sehr gut! Sehr wahr! - bei Oberbayern.)

Denn andernfalls wüßte er ganz genau, daß die Angelegenheit der Satzungen - auch die bestehende Satzung, nicht nur die Anträge auf Abänderung - auf das Gebiet gehört, von dem er gesagt hat: Die Anträge auf Satzungsänderungen sehen manchmal ganz harmlos aus und es verbirgt sich dann dahinter etwas ganz besonderes.

(Bravo-Rufe.)

Meine Damen und Herren, auch für bestehende Satzungsänderungen gilt das! Wir haben in unserer Satzung Bestimmungen, die ganz harmlos aussehen und hinter denen sich etwas ganz besonderes verbirgt.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, es ist - um das vorwegzunehmen - in der Argumentation meines Herrn Vorredners gesagt worden, daß es sich, soweit ein bestimmter Antrag, ein bestimmtes Problem fränkische Gebiete betrifft, bei diesen um Gebiete handelt, in denen die Mehrheit der 104 Abgeordneten unserer Fraktion im Landtag maßgeblich gefestigt oder entschieden wird. Auf diesen Punkt ist er zweimal eingegangen, auch dabei, als er von dem Ausgleich der Zahlenverhältnisse in der Landesversamm-

lung durch die Abgeordneten sprach und sagte, in Franken liege die Majoritätsentscheidung für die 104 Abgeordneten. Wenn ich in diesem Augenblick damit auf das politische Gebiet übergehen wollte, könnte ich sogar unter Hinweis auf Sondierungen, die ja gar nicht mühsam sind, feststellen, daß in Schwaben, in Oberbayern, in München, in Niederbayern, in der Oberpfalz bei den ungefähr einer Million Stimmen, die dort in Frage kommen, gegenüber den anderen 500.000 Stimmen vielleicht etwas wie die Mehrheitsentscheidung für die 104 Abgeordneten liegen könnte.

(Heiterkeit.)

Wenn man die innerpolitische Entwicklung der letzten Monate dort mit offenen Augen ansieht und wenn man das vor dem Gang nach Erlangen, vor dem Gang nach Marktredwitz und vor der Rede über diese Dinge sondiert hätte, dann wäre vielleicht das eine oder andere Wort etwas vorsichtiger ausgefallen.

(Sehr richtig!)

Dann habe ich weiter noch etwas Grundsätzliches zu sagen: Ich gehe mit dem Herrn Vorredner vollkommen darin einig, daß die Erörterung von Satzungsfragen losgelöst von persönlichen Gegensätzen sein muß, die einmal innerhalb der Partei eine Rolle gespielt haben. Ich weiß, daß auch ich von außen her, besonders in der Presse, in diesem Spiel eingesetzt worden bin, ohne daß es den tatsächlichen Verhältnissen entsprach. Ich glaube, der Herr Vorredner wird mir bestätigen, daß ich bei all diesen Arbeiten bemüht bin, über bestehende Schwierigkeiten hinweg eine Verständigung zu finden, um den Gedanken der Union in der positiven inneren Zusammenarbeit zu festigen, damit wir die notwendige Stärke nach außen haben.
Ich empfinde es als peinlich, daß ich nun über bestimmte Anträge referieren soll und in meinem Ohr noch den Klang von Worten habe, daß es - so ungefähr dem Sinne nach - ja eine Bagatelle sei, wenn man die Mehrheitsverhältnisse ändern wolle, oder ob denn mit Änderung der Majoritätsverhältnisse nicht andere Ziele verfolgt würden. Meine Damen und Herren, als Vertreter des Bezirksverbandes Oberbayern, in dessen Auftrag ich an den Satzungsarbeiten mitgewirkt habe, lehne ich eine derartige Unterstellung aufs allerschärfste ab.

(Beifall bei Oberbayern.)

Es handelt sich für die Anhänger dieser Idee um eine bestimmte Konzeption über den demokratischen Aufbau einer Partei; und wenn dieser Aufbau den Vorschriften der Fairneß und der Gerechtigkeit entspricht - an innerem Geist wird es nicht fehlen -, dann lasse ich mir das nicht diminuieren, auch nicht in der Beleidigungsform, daß mit der Änderung der Majoritätsverhältnisse vielleicht andere Ziele verfolgt werden sollten.
Ein letztes noch zu den Ausführungen meines Herrn Vorredners! Wir sind auf dem Boden der Satzungsbesprechungen, auf dem Boden kühler, sachlicher Auseinandersetzungen. Seine Ausführungen über die Parteispitze, über das Prinzip, nach dem der Parteivorsitzende zu berufen ist, und über seinen Aufgabenkreis gehen bereits auf das Gebiet des Hochpolitischen und des Innerparteipolitischen über, das absolut zu vermeiden ich mir vorgenommen habe. Infolgedessen werde ich auch auf die hierbei vorgenommenen Apostrophierungen meiner Person nicht weiter eingehen.
Nun zu den Anträgen, die ich im Auftrag des Bezirksverbandes Oberbayern zu vertreten habe. Ich stelle den Antrag:

Der Artikel 44 der Landessatzung soll folgende Fassung der Litera a erhalten:

- es handelt sich um die Zusammensetzung der Landesversammlung -

Die Landesversammlung besteht aus je zwei stimmberechtigten Vertretern aller Kreisverbände.

- das heißt, Grundbestand sind bei 180 Kreisverbänden 360 Mitglieder -

Kreisverbände, die über mehr als 500 eingeschriebene Mitglieder aufgrund von Mitgliederlisten mit der Landesleitung abrechnen, erhalten für je weitere 250 nachgewiesene Mitglieder einen zusätzlichen Vertreter. Ein Rest von 126 Mitgliedern gilt für voll. Mehr als zwei Zusatzvertreter werden nicht zugeteilt.

Zur Begründung führe ich an: Nach dem gegenwärtigen Stand haben wir 180 Kreisverbände. 91 Kreisverbände bilden die Mehrheit. Wenn man die Zahl der organisierten Mitglieder der Kreisverbände so untereinander schreibt, daß sie mit dem schwächsten beginnen und mit dem stärksten endigen, dann ergibt sich, daß die 91 Kreisverbände, welche die Mehrheit bilden, nur ungefähr 28% der eingeschriebenen Mitglieder der Partei umfassen, so daß also einer Organisationsleistung von 28% ein Stimmrecht von 51% in jenem Teil der Landesversammlung gegenübersteht, welcher aus den Kreisverbänden gebildet wird. Oder wenn man die abgegebenen Stimmen zugrunde legt, dann haben 33% der abgegebenen Stimmen 51% des Entscheidungsgewichts innerhalb der Vertreter der Kreisverbände.
Der Durchschnitt der Mitglieder beträgt nicht ganz 500. Es gibt eine Anzahl von Kreisverbänden, welche noch nicht 100 eingeschriebene Mitglieder haben.

(Hört!)

Der Durchschnitt von 500 Mitgliedern pro Kreisverband - ich nehme Bezug auf die in der Presse veröffentlichten Ziffern von der letzten Landesausschußsitzung - errechnet sich angesichts des Umstandes, daß - nach der mir zugänglichen Aufstellung - eine Anzahl von zwölf Kreisverbänden vorhanden ist, [die] noch nicht 100 Mitglieder hat. Der Durchschnitt von nicht ganz 500 ergibt sich nur daraus, daß den ganz schwachen Kreisverbänden ganz starke Kreisverbände gegenüberstehen. Der stärkste mir bekannte hat an jenem Stichtag 2391 Mitglieder gehabt; er hatte also das über dreißigfache der Mitgliederzahl des schwächsten Kreisverbandes. Wenn ich unter diesen Umständen nun vorschlage, daß man jeden Kreisverband so behandelt, wie wenn er 500 eingeschriebene Mitglieder hätte, so liegt darin meines Erachtens ein Entgegenkommen, das jedes Verständnis für die Lage der schwachen Kreisverbände beweist.
Es gibt drei Maßstäbe, auf denen man die Entscheidung über die Eingliederung in der Landesversammlung aufbauen kann. Der eine Maßstab ist die Stimmenziffer, die bei den Wahlen erreicht worden ist. Die Wahlziffern sind aber die Komponenten aus verschiedenen Umständen; diese Umstände sind: gute Organisationsarbeit der eigenen Partei, gute Politik der eigenen Partei, gute Propaganda der eigenen Partei; schlechte Politik der Wahlgegner und schlechte Propaganda der Wahlgegner. Aus diesen Komponenten entsteht dann der Wahlerfolg der Partei, der aber zeitgebunden ist, an den Augenblick und an die Sphäre, in der die Wahlen eben stattfinden. Wenn man diesen Faktor als abgeglichen ansehen will, indem die Landtagsabgeordneten Mitglieder der Landesversammlung sind, dann haben wir einen Maßstab von 15.000 und einigen hundert Stimmen, die durchschnittlich auf einen Landtagsabgeordneten der CSU in Bayern treffen.
Der andere große Maßstab ist die organisatorische Arbeit, ist das Rückgrat für die Widerstandskraft der Partei zum Auffangen des Flugsandes, der in politisch unruhi-

gen Zeiten hin und her wandert, ist das Gerippe für die Durchführung der Wahlen, aus denen erst der politische Erfolg erwachsen kann. Die Landesversammlung, der Landesausschuß, die Landesvorstandschaft endlich aber sind Organisationen der Partei zu Bezirken. Infolgedessen ist es normal und vernünftig, die Vertretung in den Organen der Organisation auch auf der Leistung der Organisationsteile aufzubauen.
Man sagt immer, daß die Vertretung der Kreisverbände nach einem föderativen Prinzip geschehen muß, indem jeder Kreisverband die gleiche Vertretung hat. Dabei exemplifiziert man sehr gerne auf die Vereinigten Staaten, ohne dabei darauf hinzuweisen, daß das dort zwar für den Senat gilt, daß daneben aber noch das House of Representatives besteht, dessen Mitgliederzahl sich nach der Bevölkerungszahl, der Zahl der abgegebenen Stimmen und der aus ihnen hervorgegangenen Abgeordneten richtet, und daß das House of Representatives gegenüber dem Senat, der nach dem regionalen Prinzip zusammengesetzt ist, weitergehende Zuständigkeiten besitzt.
Der dritte Maßstab sind die finanziellen Leistungen für die Partei. Diese habe ich grundsätzlich außer Betracht gelassen, weil ich kein Geldbeutel-Prinzip mit dem Prinzip der Repräsentanz in den Parteiorganen vermengen möchte. Die Organisation und die Erschließung aller organisatorischen Kräfte erscheint mir noch aus dem Grund so wichtig, damit wir uns im kleinen aus den normalen Beiträgen gesund finanzieren können, denn wenn wir auf große Spenden angewiesen sind, besteht die Gefahr der Abhängigkeit von Interessentengruppen. Und eine Partei, die auch nur in diese Gefahr kommen könnte, käme, besonders in Zeiten der Geldknappheit, die uns bevorstehen, damit auch in Gefahr, daß sie nicht mehr als demokratische Partei unabhängig nach dem Ethos ihrer großen politischen Ideale entscheiden, sondern, wenn auch nur in einzelnen Aktionen, Handlanger von Geldgebern werden könnte. Deswegen ist mir die Ermutigung der organisatorischen Arbeit so außerordentlich wichtig.

(Bravo!)

Ich fasse diesen Punkt zusammen: Gegenwärtig trifft im schwächsten Kreisverband ein Vertreter auf 40 eingeschriebene Mitglieder, im stärksten Kreisverband ein Vertreter auf zwölfhundert eingeschriebene Mitglieder.

(Hört!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß bei allem Schutz der Schwachen eine Differenz von 1:30 nicht mehr mit den Geboten der Fairneß und der Gerechtigkeit übereinstimmt.

(Zustimmende Zurufe.)

Nun möchte ich jeden Kreisverband behandelt wissen, wie wenn er 500 eingeschriebene Mitglieder hätte; und ich möchte den stärksten Kreisverband behandelt wissen, wie wenn er nicht mehr als 1000 Mitglieder hätte. Mit anderen Worten: Die Zusatzstimmen, die ich beantragt habe, sind so zu limitieren, daß kein Kreisverband mehr als zwei Zusatzstimmen und diese Zusatzstimmen auch nur dann bekommen kann, wenn er ein Mitglied mehr hat, als die Hälfte der zusätzlich geforderten Stimmen. Das heißt bis 625 Mitglieder in der Praxis haben alle Kreisverbände zwei Vertreter; von 626 bis 876 haben sie nur eine, von 876 bis ganz hinauf eine zweite Zusatzstimme. Es würde sich nach den rohen Unterlagen, die ich, weil mir die ganz zuverlässigen nicht ganz zugänglich gemacht werden konnten, habe, folgende Auswirkung ergeben: 25 Kreisverbände würden je zwei Zusatzstimmen bekommen; das wären 50 Zusatzstimmen. Und 27 Kreisverbände würden je eine Zusatzstimme erhalten, so daß statt

360 - wenn ich das berechne - 437 Vertreter der Kreisverbände in der Landesversammlung sitzen würden.
Nun wird man vielleicht sagen: Das stellt eine unbillige Vergrößerung dar und kann die Mehrheitsverhältnisse stark oder nicht stark verändern. Eine Anzahl der Zusatzstimmen fällt aber auch auf Franken, nicht bloß auf die anderen altbayerischen Kreisverbände.
Von etwas wurde bei dieser Frage nicht gesprochen; das hat der Herr Vorredner eben nicht sehen können, weil uns dieser Entwurf, der nicht eine Arbeit der ganzen Kommission ist, erst zu Beginn der Sitzung ausgehändigt wurde. Dieser Satzungsentwurf sieht vor, daß nach § 44 in die Landesversammlung noch aus jedem Bezirksverband je ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaften und zwei Vertreter der Jungen Union kommen sollen. Das sind, da wir sechs Arbeitsgemeinschaften haben, sechs Vertreter und ein Zusatzvertreter für die Junge Union. Die bekommen ihre Zusatzvertreter, so daß also für die Landesversammlung schon dadurch 70 weitere Vertreter vorgeschlagen werden! Fallen die auch darunter, daß sie das Stimmverhältnis ändern oder die Versammlung zu groß machen? Wenn man das Prinzip der Arbeitsgemeinschaften, an dessen Einarbeitung in die Satzungen ich aufs loyalste mitgearbeitet habe, anerkennt, dann muß man die gleiche Gerechtigkeit und Billigkeit auch der Organisationsarbeit der Kreisverbände zugute kommen lassen.

(Beifall bei Oberbayern.)

Mithin möchte ich dann noch bemerken, daß das gleiche Prinzip bei Artikel 47, bei der Bildung des Landesausschusses, einschlägig ist, wobei jetzt fünf Vertreter der Bezirksverbände in den Landesausschuß zu wählen sind. Hier stelle ich den Antrag,

daß die Kreisverbände, die mehr als 500 Mitglieder haben, einen weiteren Vertreter in den Landesausschuß bekommen.

Denn auch bei diesem Organ werden weitere 70 Vertreter der Arbeitsgemeinschaften von den Bezirksverbänden hinzugewählt. - Das gleiche Prinzip ist dann selbstverständlich auch bei der Landesvorstandschaft anzuwenden; dort wäre aber die Zahl auf 8000 festzusetzen. Denn was den Vertretern der Arbeitsgemeinschaften recht ist, ist auf allen Stufen der Partei dem normalen Mitarbeiter billig.

(Sehr gut!)

Das ist diese Gruppe. Ich habe meine Anträge soeben begründet.
Jetzt zu einigen anderen Vorschlägen dieses Satzungsentwurfs. Ich werde in diesen Fragen sehr kurz sein, das heißt so kurz, als es möglich ist. Ich sehe in diesem Satzungsentwurf einen Vorschlag zu Artikel 45 unserer Satzung, und zwar soll dort eine Ziffer c eingeschoben werden, wonach es Aufgabe der Landesversammlung ist, die allgemeinen Richtlinien der Politik für die Partei und ihre Vertreter in Landtag und Regierung festzusetzen. Meine Damen und Herren, dieser Vorschlag steht nicht in Übereinstimmung mit unserer Verfassung.

(Sehr richtig!)

Denn Artikel 13 II unserer Verfassung erklärt, daß die Abgeordneten nur ihrem Gewissen verantwortlich und nicht an Aufträge gebunden sind.

(Zurufe.)

Ja, nun kommt der Einwurf: Sie dürfen dann auch nicht Mitglieder der Landesversammlung sein. Sie werden in den Satzungsentwürfen eine Bestimmung finden, die ich

sehr bedenklich finde, gegen die ich aber nicht opponiert habe, weil man damit einmal Erfahrung sammeln muß. Dieser Vorschlag geht dahin, daß praktisch die von den Parteiorganisationen aufgestellten Vertreter im öffentlichen Leben in den maßgeblichen oberen Parteiorganen Mitstimmrecht haben sollen. Sie sollen also nach dieser Satzung zu reinen Auftragsempfängern werden; sie unterstehen dann im gewissen Sinn einer politischen Beauftragung und haben an dem Rad zu tanzen, an dem sie angehängt werden.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Redner spricht noch.

(Zuruf: Wir wissen ja noch gar nicht, was in der Satzungsänderung vorgeschlagen wird! Es kann doch nicht vorher schon darüber konferiert werden. Die Änderungen müssen in der Landesversammlung erst bekanntgegeben werden. Es weiß ja noch keiner, was alles geändert werden soll!)

Ich darf vielleicht hier einfügen: Es wurde vorhin festgestellt, daß jetzt die Prinzipien behandelt werden. Ein Prinzip war das Prinzip der Arbeitsgemeinschaften; dann kommt das Prinzip des Präsidialsystems; und hier geht es jetzt um das Prinzip des Stimmrechts in der Landesversammlung. Wir werden auf die Weise konzentrieren können, denn es hat keinen Sinn, Paragraph für Paragraph vorzulesen.
Dr. *Pfeiffer*: Ich habe in meinen Ausführungen die in allen einschlägigen Paragraphen der Satzung wiederkehrenden Anordnungen vorgetragen und gleichzeitig kritisiert.
Ich komme noch zu einem anderen Punkt; das ist die Bildung der Parteispitze. Hier stehen sich zwei Prinzipien gegenüber, von denen der Bezirksverband Oberbayern und ich persönlich folgendes vertrete: Der Umfang der Geschäfte in der Parteiführung ist so groß, daß er von einer Person nicht bewältigt werden kann. Es ist infolgedessen eine verantwortliche Arbeitsteilung notwendig. Die erste Gruppe ist die politische Repräsentanz der Partei nach außen, und sie gibt von selber ein gewisses Übergewicht. Organisations- und Finanzierungsarbeit muß unter der Verantwortung der Parteileitung stehen, ist aber nicht frei von politischer Bedeutung. Ebensowenig ist die Propaganda für die Partei frei von politischer Bedeutung. Infolgedessen müssen nach meiner Auffassung drei Personen in Arbeitsteilung und aus einheitlichem politischem Geist heraus die Parteispitze bilden. Darüber hinaus ist es nach meiner und nach der Ansicht von vielen Parteifreunden im Lande noch notwendig, daß wichtige Entscheidungen im Kollegium, wenn auch in einem kleinen Kollegium, und nicht unter den Augen einer Person gefaßt werden.

(Bravo! bei Oberbayern.)

Man kann mit einer Person einmal eine Zeitlang sehr viel Glück haben. Irrtümer oder Fehler dieser Person können aber genauso schwerwiegende Folgen für die Gesamtpartei haben, wie das Gutfunktionieren Erfolg bringen kann.
Nun hat man in dem Satzungsentwurf hier, einer Anregung aus dem Landesausschuß folgend, vorgeschlagen, daß der Parteivorsitzende einen engeren Landesvorstand bilden soll. In diesem engeren Landesvorstand müssen nach dem vorliegenden Entwurf sein: eine Frau, ein Ausgewiesener, ein Vertreter der jungen Generation, ferner die beiden Stellvertreter des Landesvorsitzenden. Für den Landesvorstand bestimmt die Landesvorstandschaft Art und Umfang der Aufgaben. Dieser Landesvorstand soll vom Landesvorsitzenden gebildet werden. Es wird dann später vorgeschlagen, er solle vom Landesausschuß gebildet werden, und zwar zur Beratung dringender Angelegen-

heiten. Meine Damen und Herren, hier kommt noch ein anderer sehr wichtiger Faktor dazu: Dringende politische Angelegenheiten werden nach diesem Vorschlag, der bindend werden soll, dann von den drei Landesvorsitzenden und von diesem Vorstand verbeschieden, bei dem bestimmte Kategorien genannt sind. "Politische Angelegenheiten dringender Art fallen unter die gleiche Bestimmung".
Nun kennt die Verfassung aber als verantwortlich keine Partei; die Verfassung kennt als verantwortlich die Abgeordneten - darüber habe ich Ihnen vorgetragen -, den Ministerpräsidenten und in gewissem Umfang die Minister. Die Zusammenfassung der Abgeordneten geschieht im Landtag. Deswegen gehört nach meiner Meinung in ein solches Gremium unbedingt der Landtagspräsident, wenn er zu uns gehört, oder ein Mitglied des Präsidiums, wenn der erste Präsident nicht zu uns gehört. Die Zusammenfassung unserer Abgeordneten, die aufgrund der Verfassung Verantwortung tragen, geschieht in der Fraktion; und daher gehört der Fraktionsvorsitzende ebenfalls in dieses Gremium. Die Durchsetzung der Richtlinien der Politik, die Vertretung Bayerns nach außen, liegt nach der Verfassung beim Ministerpräsidenten; infolgedessen gehört es sich, daß in diesem Spitzenorgan, das in wichtigen Angelegenheiten rasche Entscheidungen treffen muß, auch diese drei Personen sitzen, denen nach der Verfassung besondere Verantwortung obliegt. Wenn man das schon aus innerparteilichen Erwägungen heraus tun will, so ist mir das vollkommen gleichgültig; diese Vorschläge sind unabhängig von den Personen der Partei. Ich halte sie im Interesse der Gesamtheit für notwendig.
Ich habe nur noch zwei Punkte zu erwähnen: Ein weiterer Vorschlag, den ich für wichtig halte, ist, daß keine Häufelungen von Stimmen auf eine Person stattfinden sollen. Gegenwärtig dürfen eine Reihe von Angehörigen dieser Landesversammlung - dazu gehöre ich selber - aufgrund verschiedener Funktionen in der Partei zwei- oder gar dreimal eine Stimme abgeben, nicht eine übertragene Stimme, sondern Stimmen aufgrund der Funktionen, die man einnimmt.
Der letzte, mir sehr wichtige Vorschlag geht dahin, daß eine Stimmübertragung nur zwischen Kreisverbänden stattfinden soll, die aneinander stoßen, damit jemand, der einem anderen Kreisverband Stimmen überträgt, sie nur abgibt, wenn er ungefähr aus der gleichen politischen Atmosphäre stammt, wie der Kreisverband, der ihn vertreten soll.

(Zurufe: Nein!)

Es soll nicht der Zustand eintreten, daß sich durch Übertragung der Stimmen von mehreren Kreisverbänden bei einzelnen Personen eine Häufung in der Stimmabgabe vollzieht.
Letzten Endes, meine Damen und Herren, ist es ja wichtig, daß unsere Versammlungen nicht eine Maschine sind, die wie eine Guillotine auf einen Ruck hin niedersaust, das Wort abschneidet, Abstimmungen herbeiführt usw., sondern daß sich in unseren Beratungen eine Beteiligung von möglichst vielen Gehirnen ergibt, daß dabei eine Beteiligung aller Herzen erfolgt. Nur wenn die Einheit auf diesem echten Zusammenschluß auch im Kleinen und in aller Herzen beruht, dann werden wir die großen moralischen und politischen Ziele mit Erfolg angehen können, die Ihnen vorhin von meinem Herrn Vorredner und insbesondere von unserem Herrn Parteivorsitzenden umrissen worden sind.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf während der Besprechung zwei Telegramme bekanntgeben. Ich habe vorhin schon mitgeteilt, daß *Konrad Adenauer* seine Grüße übermitteln ließ. Es ist mittlerweile folgendes Telegramm eingegangen:

Honnef am Rhein, dringend
Bin leider wie mitgeteilt verhindert. Wünsche besten Erfolg.
*Konrad Adenauer*

Es ist ferner folgendes Telegramm von *Peter Altmeier*, dem Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der CDU in Rheinland-Pfalz, eingegangen:

Einladung erst heute eingegangen. Teilnahme daher leider nicht möglich. Wir senden allen Freunden der CSU herzliche rheinpfälzische Grüße und Wünsche. In treuer Verbundenheit alles Gute.

(Beifall.)

Ich darf nur nebenher bemerken, daß die Verzögerung nicht bei uns lag. Leider brauchen ja Briefe von einer Zone zur anderen mehr Zeit als früher. Die Einladung ist sofort im Anschluß an die Erlanger Landesausschußsitzung ausgegeben worden. Man sieht aus diesem Vorgang, wie weit wir in Deutschland heute auseinanderliegen und schon räumlich getrennt sind.
Meine lieben Freunde, ich darf dann die Debatte fortsetzen. Ich habe Ihnen versprochen, zu konzentrieren. Ich würde Ihnen daher vorschlagen, jetzt einmal über ein Thema abstimmen zu lassen, das offenkundig keinem Widerspruch begegnet, nämlich über die Anerkennung des Prinzips der organischen Durchgliederung der Union in Arbeitsgemeinschaften, das von der Landesversammlung zu genehmigen ist. Da ist kein Widerspuch gekommen. Ich stelle den Antrag:

Die Landesversammlung heißt die Durchgliederung der Christlich-Sozialen Union in Arbeitsgemeinschaften gut. Neu zu gründende Arbeitsgemeinschaften müssen vom Landesausschuß genehmigt werden.

Erhebt sich ein Widerspruch dagegen, daß ich darüber gleich abstimmen lasse? - Das ist nicht der Fall. Ich darf über den Antrag abstimmen lassen. Ich brauche ihn nicht mehr zu wiederholen. Wer enthält sich? - Wer ist gegen diesen Antrag? - Der Antrag ist einstimmig angenommen. Damit ist ein Prinzip entschieden.
Ich darf übrigens bitten, mir nach dem Brauch, den ich im Augenblick nicht beachtet habe, zur Unterstützung noch einen Schriftführer aus der Landesversammlung zu geben. Ich würde vielleicht München bitten, ihn in dem Fall zu stellen; vielleicht darf ich den Parteifreund *Blum* bitten, herau[f]zukommen.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Zur Geschäftsordnung! Liebe Parteifreunde! Wir haben jetzt durch die beiden Herren Vorredner bereits die beiden Standpunkte vertreten gehört; es hat jemand für die Anträge von Oberbayern gesprochen, und jemand hat den anderen Standpunkt vertreten. Ich würde es für besser halten, jetzt darüber abzustimmen.

(Sehr gut!)

Allerdings möchte ich bei der sehr weittragenden Bedeutung dieser Abstimmung vorschlagen, die Abstimmung schriftlich vorzunehmen. Aber nicht, daß wir debattieren, was Zeit kostet und an der Einstellung zu den Fragen wahrscheinlich nichts ändern wird!

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, es ist der Antrag gestellt, ohne weitere Debatte abzustimmen. Ich weiß nicht, *Hundhammer*, ob man jetzt schon so prozedieren soll; wir bekommen gerade das, was wir nicht wollen.

(Unruhe.)

Ich würde vielleicht vorschlagen, Prinzip für Prinzip vorzunehmen, so wie ich das eine Prinzip vorweggenommen habe, und dann beim jeweiligen Prinzip abstimmen zu lassen, ob darüber eine Debatte stattfinden soll. Ich halte das für besser, weil wir dann ein für allemal geklärt haben, was die Landesversammlung aus der Debatte heraushaben will und was davon noch für später offenbleibt.

(Zuruf: Antrag auf Schluß der Debatte!)

Ich darf den Antrag *Hundhammer* mit seinem Einverständnis so aufgefaßt wissen, daß ich jetzt bei jedem Prinzip feststellen lasse, ob noch eine Debatte gewünscht wird. Wenn wir uns so vereinbaren, ersparen wir uns ja auch eine Geschäftsordnungsdebatte. *Hundhammer* ist damit einverstanden. - Es erhebt sich kein Widerspruch gegen dieses Vorgehen, stelle ich fest.
Wir nehmen vielleicht dann als erstes Prinzip das Prinzip des Präsidialsystems heraus.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Ich hätte lieber das Prinzip der Zusatzstimmen für die stärkeren Kreise zuerst!)

Da dürfte doch die stärkste Debatte losgehen, *Hundhammer*. Ich sehe von oben ungefähr die Vorgänge, und ich glaube, hier beim Präsidialsystem wird es weniger Debatten geben, als bei dem System der Zusatzstimmen. Soweit ich einen Überblick habe, war die Versammlung damit einverstanden, daß ich zunächst das Prinzip des Präsidialsystems zur Abstimmung stelle.

(Zurufe: Jawohl!)

Kein Widerspruch.
Ich darf vielleicht das Prinzip dadurch herausstellen, daß ich hier über den Beschluß, der in Erlangen am Schluß einstimmig gefaßt wurde, nochmals abstimmen lasse. Der Beschluß hat damals gelautet:

1. An einem von der Landesversammlung gewählten Landesvorsitzenden wird festgehalten.

Dazu gehört selbstverständlich der weitere Beschluß:

2. Es werden durch den Landesausschuß zwei Stellvertreter des Landesvorsitzenden gewählt.

Darf ich jetzt darüber abstimmen lassen, ob über diesen Antrag noch eine Debatte gewünscht wird.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Zur Geschäftsordnung!)

*Braun*: Es hat sich in der Landesausschußsitzung in Erlangen und in der Landesausschußsitzung des heutigen Tages gezeigt, daß über die Satzungsänderungen Stunde um Stunde debattiert worden ist. Es ist unmöglich, daß ein Gremium von 500 Leuten heute über die Einzeländerungen der Satzung hier abstimmt.

(Lebhafter Widerspruch.)

Ich schlage vor, über die Satzung wird jetzt en bloc abgestimmt, so oder so. Eine Einzelabstimmung ist unmöglich.
Ich stelle den Antrag:

Über die Satzungsänderung wird jetzt im Ganzen abgestimmt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Nach meinem Empfinden wäre das denkbar undemokratisch, und zwar deswegen, weil dann Paragraph für Paragraph abgestimmt werden muß und nicht en bloc. Wir können uns die Abstimmung über formale Paragraphen ersparen. Aber Prinzipien müssen jeweils von der Landesversammlung als dem höchsten Gremium der Union einzeln behandelt werden. Da gibt es leider keine Zeitersparnis. Ich darf infolgedessen darüber abstimmen lassen: Wünscht die Landesversammlung ...
Dr. *Geiselberger*: Das ist das dritte Mal, daß ich in der Landesversammlung nicht zum Wort zugelassen werde.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es hat hier niemand feststellen können, daß Sie sich zum Wort gemeldet haben.
Dr. *Geiselberger*: Ich brauche zu meiner Erklärung keine zwei Minuten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut, dann soll Herr *Geiselberger* sprechen. Wollen Sie zur Geschäftsordnung oder zu dem Antrag auf Abstimmung sprechen?
Dr. *Geiselberger*: Zur Abstimmung möchte ich sprechen. Ich möchte verhüten, daß wir Vertreter von Oberbayern mit der Abstimmung über die Frage, ob Präsidialsystem oder Kollegialsystem in der Landesparteileitung wieder vor Überraschungen gestellt werden, wie uns das in Erlangen geschehen ist. Ich muß feststellen, daß wir Vertreter von Oberbayern in Erlangen wieder einmal, ich sage, das Opfer einer überlegenen Regieführung geworden sind. Ich stelle fest, daß die sogenannte Einmütigkeit in der Abstimmung in Erlangen dadurch zustande gekommen ist, daß wir Vertreter Oberbayerns der Meinung waren, daß der Vermittlungsantrag *Horlacher* ein einziges Ganzes sei.

(Zuruf: Ja!)

Aus diesem Grunde haben wir Oberbayern, um unseren guten Willen zu einer Verständigung zu bekunden, für Punkt 1 - das ist für die Beibehaltung eines einzigen Landesvorsitzenden - gestimmt. Wir haben zum größten Teil für Punkt 2 - das ist für die Wahl von zwei Stellvertretern des Landesvorsitzenden durch den Landesausschuß - gestimmt. Wir mußten es aber dann erleben, daß die Minderheit, die von Herrn Minister *Pfeiffer* zahlenmäßig nachgewiesene Minderheit, die aber heute über die Stimmenmehrheit im Landesausschuß verfügt, uns Oberbayern im dritten Punkt des Antrages *Horlacher* - das ist über die Frage der Zusammensetzung der Landesversammlung - niedergestimmt hat.
Wir wollen nicht, daß unser guter Wille zur Verständigung mißachtet wird. Wir wollen der Möglichkeit aus dem Wege gehen, daß wir der Frage, über die wir gestimmt haben, eventuell unsere Zustimmung geben, dabei aber erleben müssen, daß uns von anderer Seite kein Entgegenkommen in Fragen bewiesen wird, die für uns von genauso großer prinzipieller, nicht machtpolitischer Bedeutung sind.

(Bravo-Rufe!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bedauere, daß Parteifreund *Geiselberger* einen solchen Ton in die Unterhaltung bringt.

(Sehr richtig!)

Denn es gibt nichts Schlimmeres, als wenn *Geiselberger* den Vorwurf mancher Kreise außerhalb der Union aufnimmt, als ob die Willensbeschlüsse, die einstimmig gefaßt wurden, bei denen klare Majoritäten da waren, etwa nur durch geschickte Regieführung zustande gekommen seien. Meine lieben Freunde, kommen Sie doch nicht mehr auf die Mätzchen vom vorigen Jahr in Eichstätt, wo die Presse behauptet hat, daß Studenten hingeschickt worden seien.

(Lebhafter Beifall.)

Ich darf hierzu sachlich feststellen, und ich bitte Parteifreund *Geiselberger* aufzumerken: Hier liegt das Protokoll von Erlangen vor. Ich darf dabei bemerken, daß das Protokoll in jeder Landesausschußsitzung und in jeder Landesversammlung von zwei beeideten Landtagsstenographen geführt wird. Darnach war der Ablauf folgender:

> Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich schlage vor, über den Antrag *Horlacher* wird in Teilen abgestimmt.
> Staatsminister Dr. *Pfeiffer* - ich darf einschalten, als Vertreter von Oberbayern: Ich bin einverstanden. Unter der Voraussetzung, daß aus meinem Antrag übernommen wird, daß gegebenenfalls ein Mehrheits- und ein Minderheitsbericht erstattet wird, betrachte ich meinen Antrag als erledigt, wenn also der Antrag *Horlacher* in diesem Sinn angenommen wird, daß bei Meinungsunterschieden ein Minderheitsbericht erstattet wird.

Ich stelle fest, daß *Pfeiffer* heute im Landesausschuß - und er wird es anerkennen - heute von mir Gelegenheit erhalten hat, den Minderheitsbericht zu erstatten. Ich stelle also fest, daß in loyaler Ausführung auf Vorschlag *Pfeiffers* Gelegenheit gegeben wurde, einen Minderheitsbericht zu erstatten.
Ich darf annehmen, daß damit der Vorwurf *Geiselbergers* erledigt ist. Ich darf dann darüber abstimmen lassen: Wird eine Debatte gewünscht über das Prinzip Präsidialsystem oder Direktorialsystem, also Beschluß Erlangen, ein Landesvorsitzender, gewählt von der Landesversammlung, zwei Stellvertreter des Landesvorsitzenden, gewählt vom Landesausschuß.

(Zuruf: Von der Landesversammlung!)

Gewählt vom Landesausschuß war der Beschluß in Erlangen.

(Ständige Zwischenrufe.)

Mit Zwischenrufen wird es nämlich nicht einfacher. Wenn Sie das nicht wollen, müssen wir eine Debatte herbeiführen.
Es meldet sich während dieser Abstimmung Parteifreund *Braun* zu der Frage, ob eine Debatte gewünscht wird.
*Braun*: Nein ich erinnere an meinen Antrag, es möge en bloc über die Satzungsänderungen abgestimmt werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es steht ein formaler Antrag *Braun*:

> Die Landesversammlung wolle beschließen, es wird en bloc über die gesamten Satzungsänderungen abgestimmt.

Wird dazu eine Debatte gewünscht?

(Zurufe: Nein!)

Es wird keine Debatte gewünscht. Ich stimme über den Antrag *Braun* ab. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag *Braun*? Ich darf die Gegenprobe machen, denn es

scheint die weitaus größere Majorität zu sein. Wer ist für den Antrag *Braun*? Ich glaube, es wird anerkannt, daß der Antrag *Braun* mit überlegener Majorität abgelehnt wurde.
Wir kommen dann zu meiner Anfrage: Wer ist dafür, daß über das Prinzip Präsidialsystem - Direktorialsystem vor der Abstimmung eine Debatte durchgeführt wird?

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Schluß!)

Wir sind in der Abstimmung.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Eine Feststellung!)

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Eine Feststellung! Ich glaube, es liegt über die Fassung von Erlangen insofern ein Irrtum vor, als der Beschluß bei der Abstimmung von einem großen Teil der Teilnehmer nicht in dem Sinne genommen wurde, daß damit eine Entscheidung über das Präsidialsystem gefallen ist. Denn wenn da die Entscheidung über das Präsidialsystem hätte sein müssen, hätte ich nicht die Erklärung abgegeben, die ganz richtig aus dem Protokoll hervorgeht.
*Haußleiter*: Zur Geschäftsordnung! Ich halte den Vorschlag unseres Parteifreundes *Hundhammer* für ausgezeichnet, nach den beiden Referaten über die wesentlichen Entscheidungen abzustimmen. Ich glaube, wir wollen jetzt nicht um die Auslegung der Entschließung von Erlangen diskutieren, sondern wir wollen jetzt abstimmen, ob wir das Präsidialsystem oder das vom Parteifreund *Pfeiffer* vorgeschlagene Kollegialsystem für richtig halten. Ich glaube, jeder von uns weiß genau, worum es geht. Wir brauchen keine Diskussion.
*Schulz* (Haßfurt): Wir stimmen hier ab über den letzten Punkt und haben in einer Stunde die Satzungen geklärt.

(Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich möchte bitten, daß die Namensmeldungen hier oben abgegeben werden.
*Schulz* (Haßfurt): Wenn bei den Delegiertenversammlungen den anderen Delegierten eingeräumt wird zu sprechen, habe ich auch das Recht des Sprechens. Ich kann nämlich ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es würde sich empfehlen, an dem alten Prinzip der schriftlichen Wortmeldung festzuhalten.
*Schulz* (Haßfurt): Herr Vorsitzender, wenn ich noch einen Vorschlag machen darf, der die Gemüter beruhigt. Ich sehe die Hauptschwierigkeit darin, daß Präsidialsystem und Wahlsystem miteinander verquickt wird. Vielleicht können wir Franken den Oberbayern, die das Kollegialsystem wünschen, entgegenkommen, wenn wir diesen Antrag in zwei Anträge teilen, nämlich, 1. wird Kollegialsystem gewünscht, 2. werden die Vertreter von der Landesversammlung als der obersten politischen Instanz gewählt oder vom Landesausschuß.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das wäre eine Komplizierung.
Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Damen und Herren! Wir machen uns gegenseitig das Leben schwer.

(Sehr richtig!)

Wir haben in Deutschland die besondere Gepflogenheit, daß wir für Entscheidungen, die wir treffen, und mögen sie noch so einfach sein, immer Fremdwörter gebrauchen. Es handelt sich nach meiner Überzeugung, wie ich in Erlangen ausgeführt habe, nicht

darum, für die Wahl des ersten Vorsitzenden für die Landesversammlung das Präsidialsystem zu wählen, sondern ihm das Kollegialsystem gegenüberzustellen. Wir haben vielmehr in Erlangen beschlossen, daß wir an dem einfachen System der verantwortlichen Demokratie festhalten. Das ist kein Präsidialsystem und kein Kollegialsystem, sondern es heißt verantwortliche Demokratie, es heißt, daß der von der Landesversammlung gewählte Landesvorsitzende ganz naturgemäß der Partei als solcher verantwortlich bleibt. Er ist auch verantwortlich den Organen der Partei, die ja satzungsgemäß eingesetzt sind, dem engeren Vorstand, dem erweiterten Vorstand, dem Landesausschuß. Die besonderen Befugnisse dieser Gremien sind auch festgesetzt.
Unter solchen Gesichtspunkten sind die Verantwortlichkeiten der Partei genau festgelegt. Wenn das angenommen wird, haben wir künftig einen Landesvorsitzenden, der durch die Wahl durch die Landesversammlung erhöhte Verantwortung trägt. Nachdem er die Arbeit allein nicht bewältigen kann, kommen zwei Stellvertreter hinzu, gewählt durch den Landesausschuß zum Zeichen dafür, daß sie zwar auch Verantwortung tragen, aber daß die höhere Verantwortung der Parteivorsitzende trägt, und zwar die höhere Verantwortung für alle Entscheidungen.

(Zustimmung und Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich dann zur Abstimmung schreiten?

(Zurufe: Nein! Widerspruch.)

Es wird dann darüber abgestimmt. Ich darf hier den Beschluß von Erlangen verlesen:

1. An einem von der Landesversammlung gewählten Vorsitzenden wird festgehalten.

Darf ich abstimmen? Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Ich bitte abzuzählen. 63 dagegen! Wer ist dafür? Es ist die weitaus größere Majorität, aber ich würde vorschlagen, bei diesem wichtigen Beschluß doch abzuzählen.
Die Abstimmung hat ergeben: 63 gegen den Antrag, 194 für den Antrag. Damit ist dieser Antrag angenommen.
Dr. *Lacherbauer*: Zur Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren! Ich habe folgende Auffassung: Es hätte über den gesamten Antrag abgestimmt werden müssen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist ja schon ...
Dr. *Lacherbauer*: Nein, wegen der Vertretung ist noch nicht abgestimmt. Es ist lediglich über die Frage abgestimmt worden, ob ein Vorsitzender von der Landesversammlung gewählt wird. Ich bin überzeugt, daß viele für diesen Vorschlag gestimmt hätten, wenn gleichzeitig darüber abgestimmt worden wäre, daß auch zwei Vertreter bestellt werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jetzt kommt der nächste Antrag. Er ist vorhin schon verlesen worden.
Dr. *Lacherbauer*: Die ganze Abstimmung ist zerrissen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Aber es kommt ja Punkt für Punkt! Nächster Antrag, Beschluß Erlangen:

Es werden durch den Landesausschuß zwei Stellvertreter des Landesvorsitzenden gewählt.

Darf ich über diesen Antrag abstimmen lassen?
Dr. *Jäger*: Zur Abstimmung! Ich beantrage, getrennt darüber abzustimmen - daß zwei Vertreter gewählt werden, darüber sind wir wohl jetzt einig -, ob sie vom Landesausschuß und [oder] von der Landesversammlung gewählt werden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, mit diesem Abstimmungsmodus kann man einverstanden sein. Es wird zunächst darüber abgestimmt:

Der Landesvorsitzende wird durch zwei Stellvertreter vertreten.

Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.
Jetzt kommt der zweite Teil:

Die beiden Stellvertreter des Landesvorsitzenden werden vom Landesausschuß gewählt.

Darf ich darüber abstimmen lassen? Kein Widerspruch. Ich lasse abstimmen. Wer enthält sich?

(Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Der weitergehende Antrag zuerst!)

Wer enthält sich? Es ist kein weitergehender Antrag gestellt worden. Zumindest muß man davon ausgehen, entschuldige *Ehard*: Bisher hat[ten wir] das Prinzip, die beiden Stellvertreter werden im Einverständnis mit dem Landesausschuß bestellt. Infolgedessen ist das kein Abgehen von dem alten Prinzip. Es gibt nach meinem Empfinden hier keinen weitergehenden und engeren Antrag.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Landesversammlung ist weitergehend!)

Infolgedessen muß man darüber abstimmen lassen. Im Gegenteil, nach der Auffassung der Majorität in Erlangen ist das andere der weitergehende Antrag.

(Zuruf: Abstimmen!)

Da dieser Beschluß in Erlangen gefaßt wurde, darf ich hier ohne Debatte über Formalitäten wohl über diesen Antrag abstimmen lassen. Mit der Annahme des Antrages der Wahl der beiden Stellvertreter durch den Landesausschuß würde ein weiterer Antrag einer Wahl durch die Landesversammlung selbstverständlich überholt sein.

(Mehrfache Zustimmung.)

Ich darf darüber abstimmen lassen:

Die beiden Stellvertreter des Landesvorsitzenden werden vom Landesausschuß gewählt.

Wer enthält sich? Wer ist gegen diesen Antrag? Ich bitte abzuzählen. 86! Die Gegenprobe: Wer ist dafür? Dieser Antrag ist mit 196 zu 86 angenommen.
Es steht jetzt fest: Die beiden Stellvertreter des Landesvorsitzenden werden durch den Landesausschuß gewählt. Damit ist ein alter Streit aus der Debatte der Landesversammlung herausgenommen.

(Beifall.)

Jetzt kommt die Abstimmung über ... Wie darf ich dieses Prinzip formulieren? Ich bitte die beiden Herren Referenten, dazu zu helfen.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Prinzip der Zusatzstimmen!
*Schulz* (Haßfurt): Dieses Prinzip ist nicht ganz durchdacht. Damit wir nicht auf jeder Landesversammlung wieder über Satzungsänderungen abstimmen müssen, schlage ich vor, dieses Prinzip der Zusatzstimmen gleich in die Kreisversammlung hineinzutragen, indem jeder Ortsverband nicht durch zwei Mitglieder, sondern ebenfalls nach

dem entsprechenden Prinzip, wie es heute für die Landesversammlung angewandt wird, bestellt wird.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, man sieht daraus, wie schwierig es ist, hier allen Wünschen gerecht zu werden. Ich fürchte, daß wir bei einer Änderung auf dieser Ebene in die größten Schwierigkeiten geraten würden. Es würde dann eine Debatte ausgelöst, die Frage nämlich, ob die Fraktion an der Landesversammlung teilnimmt. Ich weiß nicht, ob man dieses Prinzip noch debattieren soll oder nicht.
Zum Wort hat sich noch gemeldet gehabt *Michel*.
*Michel*: Zur Geschäftsordnung! Ich beantrage schriftliche Abstimmung.
*Zwicknagl*: Zur Geschäftsordnung! Meine Parteifreunde! Ich glaube, über diesen Antrag soll jede Partei noch einen Redner vorschicken. Ich glaube nämlich, daß dieser Antrag jetzt schon von außerordentlicher Wichtigkeit ist, insbesondere in Oberbayern. Es sind Imponderabilien dabei, die wir alle hier berechnen müssen. Deswegen würde ich bitten,

(Zuruf: Bayernpartei!)

daß jetzt einer, der den Antrag gestellt hat, diesen noch einmal begründet, damit wir uns hinterher nicht Vorwürfe machen.
Dr. *Geisner* (Gunzenhausen): Ich würde den Vorschlag machen, daß der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] noch einmal zu dieser Sache spricht.

(Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Anregung ist offenkundig nicht aufgenommen worden und ich glaube, (zum Ministerpräsidenten gewendet) Du hast auch kein Interesese daran zu sprechen.
Es wurde der Wunsch geäußert, daß vor der Abstimmung noch ein Redner für und ein Redner gegen den Antrag sprechen dürfe. Wird dazu das Wort gewünscht, aber nur zu dieser Frage?
*Haußleiter*: Ich glaube, klarer als unser Parteifreund *Pfeiffer* diese Tatsache vor uns entwickelt hat, kann es keiner der anderen Redner tun. Ich gestehe Ihnen, daß mein Freund *Rindt* und auch ich mich zum Wort gemeldet hatten. Wir könnten auch von uns aus das eine oder andere dazu sagen. Wir wollen verzichten. Die Dinge sind geklärt. Ich schlage vor, wir stimmen ab, um die Entscheidungen zu bringen, die aufgrund der ausgezeichneten klaren Darlegungen von *Horlacher* und *Pfeiffer* jetzt nötig geworden sind.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich bitten, *Michel Horlacher*, wie heißt der formulierte Antrag? Du warst der Hauptreferent. Ich darf dann den Antrag vielleicht dahingehend formulieren.
Dr. *Horlacher*: Der Antrag lautet:

> Es wird an dem Prinzip der gleichmäßigen Vertretung durch je zwei Vertreter seitens der Kreisverbände festgehalten.

Nachdem ich schon das Wort habe, möchte ich noch etwas dazu sagen. Ich habe mir die ganze Debatte überlegt.

(Widerspruch.)

Ist das gestattet?

(Zustimmung und Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! Das Wort wird nicht durch einen Zwischenruf abgeschnitten, sondern das Wort kann ich geben und ablehnen. *Michel Horlacher* hat das Wort. Ich habe nicht unterbrochen. Ich bitte infolgedessen, nicht durch Zwischenrufe den Ablauf der Verhandlungen zu erschweren.
Dr. *Horlacher*: Von der grundsätzlichen Bemerkung, die ich vorhin gemacht habe, nehme ich kein Wort weg und setze ich keines hinzu. Ich habe aber gesagt, wenn alles genau Obacht gegeben hat: Die grundsätzliche Linie ist die gleichmäßige Vertretung aller Kreise. Aber es wäre schon des Schweißes der Edlen wert, damit die letzte Mißstimmung in der Partei beseitigt wird, dem Landesausschuß über diese Frage noch einmal ein besonderes Gutachten erstatten zu lassen, allerdings mit der Maßgabe, daß heute die Satzung einmal so oder so entschieden wird.
Nun kommt hinzu, daß der Antrag *Pfeiffer* eine Lücke aufweist. Er geht aus von feststehenden Zahlen, die schon zurückliegen. Die feststehenden Zahlen ändern sich von Jahr zu Jahr. Es wird sich immer ein anderes Bild ergeben.

(Unruhe.)

Ich kann das Ganze nicht auf heute abstellen. Mein Vermittlungsvorschlag würde heissen:

> Die Kreisverbände, die über besonders starke Mitgliederzahlen verfügen, können Zusatzstimmen erhalten. Das Nähere wird durch Beschluß des Landesausschusses festgelegt.

(Vielfacher Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! Durch Zwischenrufe wird nicht abgestimmt. Ich darf jetzt abstimmen lassen.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle fest, daß jetzt wieder ein Redner für den Antrag *Horlacher* gesprochen hat und noch kein Redner gegen den Antrag *Horlacher*. - Sehr richtig!)

Es hat kein Redner für den Antrag *Horlacher* gesprochen, sondern *Horlacher* hatte das Wort zur Geschäftsordnung und hat es erweitert.

(Zuruf.)

Es wird der Wunsch geäußert, daß eventuell jemand - ich will gerecht sein - von der anderen Seite das Wort ergreifen kann. Wünscht jemand das Wort?
*Braun*: Ich sage nur einige Sätze. Ich bin Vertreter eines Kreisverbandes, der in den letzten drei Monaten seine Mitgliederzahl um 20% gemehrt hat, und zwar in Oberbayern. Ich habe diese Werbung durchgeführt im Interesse der Erstarkung der Union. Im Interesse der Erstarkung der Union bitte ich Sie nun alle, das Naturrecht zu berücksichtigen, daß die Mitglieder das Recht haben, in der Landesversammlung entsprechend vertreten zu sein.

(Sehr richtig!)

Der Antrag *Pfeiffer* geht weitab von den Aufträgen, die ich mitbekommen habe. Aber trotzdem erklären wir uns bereit, mit dem weitgehenden Antrag *Pfeiffer* einverstanden zu sein. Ich bitte Sie im Interesse der Zukunft der Union in Bayern südlich und nördlich der Donau: Geben Sie unserem Antrag, nämlich Vertretung der Mitglieder entsprechend dem Antrag *Pfeiffer* Ihre Stimme.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf abstimmen lassen. Es hat zuerst *Horlacher* für seinen Antrag gesprochen und ein Redner dagegen. Das genügt. Erhebt sich ein Wi-

derspruch dagegen, daß ich abstimmen lasse? Nein! Dann wird abgestimmt über den Antrag:

An der Vertretung der Kreise durch zwei bevollmächtigte Vertreter für die Landesversammlung wird festgehalten.

Wer enthält sich?
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Das ist eine andere Fragestellung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist in Erlangen ausdrücklich ...

(Starke Unruhe, Zurufe: Abstimmen!)

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Zur Abstimmung! Wir sollen über einen Antrag abstimmen, der in meinem Antrag als erster Teil enthalten ist.

(Sehr richtig!)

Ich muß für meine Haltung dabei wissen, ob dann der Rest meines Antrages noch einmal, und zwar nicht zur Debatte, sondern zur Abstimmung gestellt wird. Denn selbstverständlich sind wir aufgrund meines Antrages alle mit dem eben verlesenen Antrag einig. Die Frage ist, ob das nur interpretiert wird oder ob dann die Staffelung, das heißt die Zusatzstimmen zur Abstimmung gestellt werden, wie ich jetzt beantragt habe. Ich stimme natürlich für diesen Antrag, wenn er nicht meinen Antrag ausschließt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist so zu verstehen, wenigstens so war es zu verstehen: An der Vertretung der Kreise durch zwei bevollmächtigte Vertreter für die Landesversammlung wie bisher

(Staatsminister Dr. *Frommknecht*: Ohne Zusatzstimmen?)

ohne Zusatzstimmen wird festgehalten.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Dann ist mein Antrag der weitergehende.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nein, *Pfeiffer*, Deiner ist eine Abänderung der Satzungen und nicht der weitergehende.
*Sporer*: Es ist ein Antrag da, daß Zusatzstimmen gewährt werden sollen, nicht daß der bisherige Zustand aufrechterhalten bleibt. Denn sonst hätten wir keine Abstimmung gebraucht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich hierzu feststellen, weil es sich um eine Geschäftsordnungsfrage handelt, daß in den Beschlüssen von Erlangen, die bisher immer der Abstimmung zugrunde gelegt worden sind, *Pfeiffer* einen Einwand gebracht hat, der die Klarheit der Formulierung betraf. Dieser Einwand war berechtigt, um die Klarheit der Abstimmung festzulegen. Infolgedessen wird daran festgehalten: Hier wird ein Abänderungsantrag vorgenommen. Wir sind bisher von den Statuten ausgegangen. Infolgedessen habe ich nach wie vor die Erlanger Beschlüsse des Landesausschusses der Abstimmung in der Landesversammlung zugrunde gelegt, weil der Landesausschuß den Auftrag hatte, die Statutenänderungen vorzubereiten.

(Sehr richtig!)

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Zur Abstimmung oder zur Geschäftsordnung! Ich möchte ganz klar wissen: Bedeutet die Annahme dieses Antrages die Ablehnung des Antrages *Pfeiffer*, der wesentlich weitergeht und der ein Abänderungsantrag ist. Ich verlange, daß mein Antrag mit jenem Ernst der Abstimmung gestellt wird, mit dem er von so vielen Bezirksverbänden unterstützt wird.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf hier einmal feststellen, Dr. *Pfeiffer*, entschuldige, bei aller Freundschaft: Der Einwand, daß der Antrag nicht mit Ernst zur Abstimmung gestellt wird, stimmt nicht, ebensowenig wie vorher die Behauptung, daß bei Abstimmungen diese und jene diminuiert würden. Ich muß eine Formulierung finden, bei der ich mir Geschäftsordnungsdebatten erspare. Hier bin ich bisher immer von den Beschlüssen des Landesausschusses ausgegangen. Infolgedessen halte ich es für richtig, auch in diesem Falle bei aller Leidenschaft die Beschlüsse des Landesausschusses nach wie vor hier zur Abstimmung zu stellen, weil der Landesausschuß die Aufgabe hatte, diese Landesversammlung in dieser Hinsicht vorzubereiten.

(Sehr richtig!)

*Haußleiter*: Zur Geschäftsordnung!

(Zuruf : Zur Geschäftsordnung!)

Ich schlage vor, wir verfahren anders. In diesem Falle ist ein Antrag *Pfeiffer* gestellt, der die Änderung der Satzungen betrifft - was wesentlich ist. Deshalb scheint es mir vernünftig - wir wollen doch zu einer wirklichen Einigung und zur Beseitigung der Ressentiments kommen -, wenn wir in diesem Falle nicht starr formal an den Erlanger Formulierungen festhalten, sondern das Für oder Gegen den Antrag *Pfeiffer* festhalten und klar demokratisch abstimmen.
*Mathäser*: Ich schlage vor, daß wir nach Stimmzetteln abstimmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich um den Namen bitten.

(Zuruf: *Mathäser*!)

Ein berühmter Name!
Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Es entspricht der Gerechtigkeit und Objektivität, wenn an folgendem festgehalten wird: Erstens, an der grundsätzlichen Auffassung, daß die Landesversammlung von zwei Vertretern der Kreisverbände beschickt wird, ändert sich nichts. Darüber stimmen wir ab. Dazu kommt der Zusatzantrag *Pfeiffer*. Das ist ein Zusatzantrag.

(Zurufe: Nein!)

Bitte, habt doch keine Angst vor der Abstimmung! Was den ersten Antrag anbelangt, so ist auch *Pfeiffer* der Überzeugung: An der Grundlage von je zwei Vertretern für die Kreisverbände wird festgehalten. Über den Zusatzantrag *Pfeiffer* betreff Zusatzstimmen wird nachher abgestimmt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich sämtliche Geschäftsordnungsdebatten dadurch abkürzen, daß wir jetzt über den Abstimmungsmodus abstimmen. Dann bekommen wir einmal Klarheit. Sonst bekommen wir nur Debatte.

(Zustimmung.)

Ich habe vorhin erklärt: Ich habe bisher die Beschlüsse von Erlangen zur Abstimmung gestellt. Ich darf jetzt darüber abstimmen lassen, ob der Erlanger Beschluß mit der Maßgabe der Abstimmung zugrunde gelegt wird, daß an der Vertretung der Kreise durch zwei bevollmächtigte Vertreter der Landesversammlung unter Ausschluß von Zusatzstimmen festgehalten wird, oder ob eine Änderung erwünscht wird.
*Braun*: Zur Richtigstellung! In Erlangen ist kein Beschluß gefaßt worden, sondern es wurden Richtlinien für eine Kommission beschlossen, nicht für die Landesversammlung. Das stelle ich ausdrücklich fest. Der Ausdruck Erlanger Beschluß kann hier

nicht zu Recht bestehen. Ich bitte, das Protokoll nachzulesen und sich zu überzeugen, daß in Erlangen diese Beschlüsse für den vorbereitenden Ausschuß gefaßt wurden.

(Zuruf: *Braun* hat vorgeschlagen für den Ausschuß, aber nicht für die Landesversammlung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Braun*, durch Tonstärke überzeugt man nicht.

(Sehr richtig!)

Darf ich darüber abstimmen lassen,

(*Braun*: Nein!)

ob abgestimmt werden soll - ich gehe so vor - über den Abänderungsantrag *Pfeiffer* für die Statuten?

(Zustimmung.)

Wer ist dafür, daß nach diesem Modus abgestimmt wird?

(Unruhe, Zuruf: Nicht verstanden!)

Ich wiederhole: Wer ist dafür, daß zuerst über den Antrag *Pfeiffer* auf Statutenänderung im Sinne der Zuteilung eines Zusatzstimmrechtes für die Kreise abgstimmt wird. Es ist die Mehrheit. Wer ist dagegen? Damit ist dieser Antrag angenommen.
Wir stimmen jetzt über den Antrag *Pfeiffer* ab. Ich bitte, ihn nochmals formuliert bekanntzugeben. Darf ich um Ruhe bitten! Ich darf die Zurufer und Zwischenrufer daran erinnern, daß wir uns am Anfang konzentrierte Arbeitsfreude vorgenommen haben. Infolgedessen bitte ich, nicht soviel von rückwärts her dazwischenzurufen. Dadurch wird die Verhandlungsführung nicht erleichtert.
(Zu Dr. *Pfeiffer* gewendet) Willst Du ihn bekanntgeben?
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Der Artikel 44 der Landessatzung soll folgende Fassung der Litera a erhalten:

Die Landesversammlung usw. besteht aus:

a) je zwei Stimmberechtigten aller Kreisverbände. Kreisverbände, die über mehr als 500 eingeschriebene Mitglieder aufgrund von Mitgliederlisten mit der Landesleitung abrechnen, erhalten für je weitere 250 nachgewiesene Mitglieder einen zusätzlichen Vertreter. Ein Rest von 126 Mitgliedern - das ist nämlich die Hälfte - gilt für voll. Mehr als zwei Zusatzvertreter werden nicht zugeteilt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Augenblick, *Pfeiffer*, darf ich noch zur Aufklärung fragen: Wer entscheidet im Falle von Dissonanzen zwischen Landesleitung und Kreisen über die zahlenden Mitglieder?
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Die Buchführung der Mitgliederlisten und die Abrechnung.

(Zurufe: Abstimmen! Zur Geschäftsordnung! Welcher Zeitpunkt ist maßgebend?)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Welcher Zeitpunkt soll maßgebend sein?
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Jeweils das vorhergehende Geschäftsjahr.
Dr. *Gamperl*: Zur Geschäftsordnung! Darf ich die Erklärung abgeben, daß in meinem Bezirksverband es vorgekommen ist, daß 100 Mitglieder sozusagen geschoben wurden.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Das ist ja widerlich!)

Erst nach dem Rücktritt des Geschäftsführers ist das aufgekommen. Auf diese Möglichkeiten möchte ich dabei hinweisen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich abstimmen lassen? Es steht zur Abstimmung der Antrag *Pfeiffer*. Wer enthält sich?
Dr. *Jäger*: Es ist dreimal geheime Abstimmung verlangt worden. Darüber wurde noch nicht gesprochen.

(Zuruf: Das ist der wichtigste Punkt der gesamten Abstimmung!)

*Bartel*: Zu dem Antrag auf geheime Abstimmung! Ich höre bereits bei einigen Landesversammlungen zu und auch bei einigen Landesausschußsitzungen. Ich bin nicht einer der Ihren, wenn Sie Bayern meinen. Ich komme aus dem Sudetenland, auch aus einem Parlament. Da war es wahrscheinlich manchmal etwas härter. Denn wir hatten ja außer mit politischen Schwierigkeiten auch noch mit nationalen Schwierigkeiten zu tun. Aber was ich hier sehe und beobachte, das geht doch manchmal etwas über meine Hutschnur, besonders wenn Anträge für solche Belange auf geheime Abstimmung kommen. Sind Sie mir nicht böse, aber das ist böser Wille.

(Lebhafter Beifall.)

So kommen wir nicht weiter. Draußen warten Millionen Menschen, auch meine Landsleute, auf ganz andere Dinge.

(Erneuter lebhafter Beifall.)

Unsere Parteileitung und unsere Regierung, an der Spitze unser wackerer *Ehard*, bemühen sich, uns aus der Not herauszuführen. Erschweren Sie durch solche ungeschickten Anträge nicht die Aussprache.
Dr. *Jäger*: Der Vorredner hat drei Mitglieder der Landesversammlung des bösen Willens bezichtigt.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich um Ruhe bitten. *Jäger*, ich mache darauf aufmerksam, daß uns die geheime Abstimmung den ganzen heutigen Abend kostet, und zwar deswegen, weil wir jetzt hier geheim abstimmen müssen. Da geht eine halbe Stunde vorüber. Wir müssen dann unterbrechen, und wir können die Sitzung nicht mehr aufnehmen. Ich würde empfehlen, daß *Jäger* eine Erklärung abgibt, ob er auf dem Antrag besteht oder nicht. Besteht er auf dem Antrag, so muß aufgrund der alten Weisungen der Militärregierung geheim abgestimmt werden.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Ich bitte, den Antrag auf geheime Abstimmung zurückzuziehen. Machen wir die Sache in einem Ruck fertig.

(Sehr richtig!)

Dr. *Jäger*: Ich bin bereit, den Antrag zurückzuziehen, vielleicht beweist das dem Herrn, daß bei uns kein böser Wille vorhanden ist. Es wäre gut, wenn er das ausdrücklich feststellen würde.
*Bartel*: Ich nehme sehr gern meinen Vorwurf zurück, wenn es so ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist damit der Antrag auf geheime Abstimmung zurückgezogen?

(Zustimmung.)

Darf ich um Ruhe bitten. Ich bitte die Herren Delegierten und Damen, sich zu setzen. Sonst ist die Geschäftsordnung nicht aufrechtzuerhalten. Sie werden gemerkt haben, daß der Saal eine schlechte Akustik hat. Sie können sich nicht vorstellen, wie unange-

nehm es bei diesem Durcheinander ist, die Verhandlung zu leiten. Ich bitte, mir in diesem Falle - ich mache es selten - zu helfen. Aber angesichts dieser sehr schlechten Akustik wäre ich sehr dankbar für die Unterstützung. Sie erleichtern damit die Durchführung der Tagesordnung.
Ich darf über den Antrag *Pfeiffer* abstimmen lassen. Er ist bekannt. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag *Pfeiffer*? Ich bitte abzuzählen.

(Unruhe.)

Es wird der Vorschlag gemacht, daß bei der Abstimmung in Reihen aufgestanden wird, sonst kommen wir nicht durch. Darf ich vielleicht bitten, daß die ersten sechs Reihen aufstehen. Wer ist gegen den Antrag *Pfeiffer*?

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Wir sind in der Abstimmung.

(Zuruf: Es gibt einen Irrtum, weil einzelne Leute nur aufstehen und die Hand nicht hochhalten, obwohl sie gegen den Antrag stimmen wollen. Es muß geklärt werden, ob das Aufstehen ohne Handerheben auch genügt.)

Das Aufstehen genügt selbstverständlich.
(Es wird in der Form abgestimmt, daß jeweils mehrere Reihen sich erheben.)
Darf ich bitten, Platz zu nehmen. 106 und 114. 210 waren gegen den Antrag *Pfeiffer*.
Darf ich die Gegenprobe machen? Wer ist für den Antrag *Pfeiffer*? Wir müssen hier genauso vorgehen. Darf ich bitten Platz zu nehmen. Ich habe nur den Überblick gewinnen wollen. Ich bitte jetzt jeweils wieder reihenweise aufzustehen.
(Geschieht.)

(Zuruf: Wer das gezählt hat, ist ein erster Mathematiker. Das kann niemand zählen!)

Meine lieben Freunde! Ich bitte, Platz zu nehmen. Ich habe den Eindruck, daß diese Abstimmung angesichts der Schwierigkeiten angefochten werden kann, um so mehr, als die Abstimmung gezeigt hat, daß eine schwache Majorität für die Ablehnung und ein große Minorität für die Annahme des Antrages *Pfeiffer* war. Infolgedessen kann ich es auch nicht verantworten, diese Abstimmung hier zugrunde zu legen. Denn bei so wichtigen Fragen soll man nicht Majoritäten anerkennen, die nachher angefochten werden können.

(Dr. *Zwicknagl*: Zur Geschäftsordnung!)

Darf ich Ihnen vorschlagen - *Zwicknagl*, einen Augenblick -, daß die soeben vorgenommene Abstimmung annulliert wird.

(Zuruf: Das Ergebnis!)

Das Ergebnis war unklar.

(Dr. *Zwicknagl*: Welches Ergebnis?)

Darüber wird noch debattiert, weil ein Teil der Stimmen von hier oben aus und ein Teil von unten aus gezählt wurde. Das sind solche Unsicherheiten, daß es sich von selbst versteht, daß solche Abstimmungen annulliert werden. Darf ich diese Abstimmung annullieren und in diesem Falle zu einer neuen Abstimmung schreiten.

(Anhaltende Unruhe. - Dr. *Geiselberger*: Zur Geschäftsordnung!)

*Geiselberger*, durch Geschäftsordnungen werden wir nur dahin kommen, daß wir nicht ...

(Dr. *Geiselberger*: Ich bitte um keinen Ordnungsruf, ich sage Regie!)

Meine lieben Freunde! Ich stelle hier fest, daß der Zwischenruf Regie gemacht worden ist. Ich weise diesen Zwischenruf zurück. Es wurde hier - da ich gerade Rosenheim erwähne - von Parteifreund *Hundhammer* selbst anerkannt, daß sich die Annullierung angesichts der Unklarheit empfiehlt. Ich bitte infolgedessen, so vorzugehen: Auf jeder Seite stehen jetzt die Parteifreunde mit den blauen Binden, die zählen. Wir müssen bei solchen vagen Minoritäten für die eine oder andere Reihe

(Zuruf: Nicht Reihe!)

jetzt auch die Stimmübertragungen berücksichtigen, weil sonst Anfechtungen vorgenommen werden können. Ich bitte, die neuen Abstimmungen vornehmen zu können.
Dr. *Schedl*: Ich bitte darum, daß sich die Delegierten auf die Plätze setzen. Es sind im Saale zweimal 13 Abstimmer eingeteilt. Ich bitte die Abstimmer, jeder seinen Block durchzuzählen. So kann eigentlich nichts mehr passieren. Parteifreund Ministerpräsident *Ehard*!
Ministerpräsident Dr. *Ehard* (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Liebe Parteifreunde! Wir sind an dem wundesten Punkt angelangt, den wir in irgendeiner Form überwinden müssen. Jeder von uns weiß - und wer es nicht weiß, dem sage ich es jetzt -, hier steht die Einheit der Partei auf dem Spiel.

(Sehr richtig!)

Nicht mehr und nicht weniger! Sehen Sie die Zeichen der Zeit nicht? Ich bitte Sie, darauf zu achten.
Nun frage ich Sie: Was steht denn bei dieser jetzigen Abstimmung auf der einen Seite auf dem Spiel

(Zuruf: Nichts!)

und was kann für die eine oder andere Richtung praktisch denn herauskommen? Es ist nun einmal in einer Demokratie so, daß nicht jeder Recht bekommen kann. Daß die Meinungen auseinandergehen, daß sie oft sehr scharf aufeinanderplatzen. Gut, die Meinungen sollen geklärt werden, und man kann dann abstimmen. Eine Abstimmung aber so gewaltsam durchgeführt, kann sehr gefährlich sein, wenn sie eben diesen wundesten Punkt berührt.
Und nun frage ich Sie: Wäre es denn so ganz unmöglich, einen Vermittlungsvorschlag anzunehmen, der wirklich für alle tragbar ist?
Ich meine, das wäre sehr wohl möglich. Man kann darüber reden, ob man jetzt meinetwegen für 250 oder für 500 einen Vertreter hinzunimmt oder nicht. Aber ich glaube, es ist berechtigt, wenn eine große Mehrheit oder eine große Minderheit, gleichviel auf welche Seite Sie sich stellen, das eine oder andere verlangt. Dann könnte man sagen: Schön, es ist nun einmal so, daß die Zahl auch ein Gewicht hat und daß man dieser Zahl auch ein Gewicht zukommen lassen soll,

(Sehr richtig!)

daß man ganz gewiß die stärkere, die schwierigere, die unter Umständen ganz besonders schwierige Arbeit kleiner Verbände würdigen soll.
Kann man aber den anderen, die ja auch allein durch ihre Masse wirken, die - das ist ein Naturgesetz - durch die Masse ihrer Vertreter eine ganz andere Bewegkraft ausüben können, nicht auch entgegenkommen? Nehmen Sie von dem Antrag *Pfeiffer*, der sich meines Erachtens doch die Mühe gibt, eine Vermittlung zu schaffen,

(Sehr richtig!)

meinetwegen noch etwas hinweg, geben Sie eine Zusatzstimme! Ich bin überzeugt, Sie können die ganze Debatte auf eine sehr einfache, friedliche Weise beenden und Sie können - liebe Parteifreunde, ich warne Sie - einer Gefahr vorbeugen, die jetzt auftaucht, die wir aber bannen können und die wir bannen müssen.

(Sehr richtig!)

Teilen Sie es noch einmal, daß es weniger werden, damit die einen, die sehr stark für eine Richtung sind, der anderen Richtung nachgeben können.
Wenn ich mir das Ganze so betrachte und sehe, um welche Dinge eigentlich gestritten wird, so kommt es mir vor, wie ein Schattenspiel, ein Schattenspiel um ein Nichts.

(Sehr richtig!)

Schauen Sie sich allein die Ernährungslage an. Wir wissen heute noch nicht, ob wir die nächsten Monate überstehen und das Volk ernähren können; wir wissen heute noch nicht, mit welch unerhörten Erschütterungen wir rechnen müssen; wir wissen heute noch nicht, was uns die Besatzungsmacht im Laufe der nächsten Monate beschert oder nicht beschert; wir wissen vieles andere noch nicht, was ich Ihnen lieber nicht sagen will. Wir sehen Probleme heraufkommen, mit denen wir fertig werden müssen, mit denen wir fertig werden können, wenn wir einig sind. Glauben Sie, es wird besser, wenn wir auseinandergehen, wenn wir uns teilen, wenn wir uns die Köpfe blutig schagen? Ganz gewiß nicht.
Sie mögen über die Farbe des Hauses, sie mögen über die Ausstattung mit Vorhängen reden, wenn Zeit ist! Jetzt müssen wir in erster Linie die Frage ins Auge fassen: Wie kann unser Volk leben?

(Sehr richtig!)

Ich kann Ihnen das eine versichern: Die Sorgen um die Ernährungsfrage, die Sorgen um große politische Fragen sind so groß, daß ich es nicht verstehen könnte, wenn man über diese Frage stolpern müßte und wenn es nicht möglich wäre, in dieser Frage wirklich zu einem Frieden zu kommen. Sie können es ja immer wieder ändern, wenn sich etwa herausstellt, daß es wirklich unerträglich ist.
Ich bitte Sie also, vor dieser Abstimmung doch noch einmal zu überlegen, ob es nicht möglich ist, sich auf einem Mittelweg zu finden. Es kann nicht so schwer sein!

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, ich darf völlig in Übereinstimmung damit jetzt eine Frage aufwerfen. Wir müssen ohnehin eine Pause eintreten lassen. Denn ich glaube, wir wollen doch heute abend tagen; wenn wir hier zur Arbeit sind, dann wollen wir die Zeit ausnützen. Wir können aber nicht bis 23, 24 Uhr ohne Essenspause tagen. Darf ich vorschlagen, daß wir jetzt eine Essenspause von einer Stunde einlegen, uns um 21.15 Uhr wieder hier treffen und dann neuerdings in die Tagesordnung eintreten.

(Zuruf: Zuerst abstimmen?)

Die Pause kann dazu benützt werden, zu überlegen, ob ein Ausweg möglich ist.
Ich darf Ihnen nämlich das Abstimmungsergebnis von vorhin, das mir jetzt vorliegt, bekanntgeben. Wenn wir jetzt abstimmen werden, kommen ähnliche Stimmverhältnisse heraus. Danach war der Antrag *Pfeiffer* mit 210 zu 197 Stimmen abgelehnt worden. Es hat also keinen Sinn, mit einer so schwachen Minorität oder Majorität eine

Balance zu halten. Wir müssen die Essenspause ausnützen, um irgendeinen Weg zu finden. Ich darf jetzt unterbrechen. Ich bitte pünktlich um 21.15 Uhr wieder hier zu sein.

Die Sitzung wird um 20.14 Uhr unterbrochen und um 21.46 Uhr wiederaufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Bevor wir in die weiteren Besprechungen eintreten, darf ich mit besonderer Freude den Vertreter der Christlich-Demokratischen Union Lindau, Graf *Spreti*, begrüßen, der soeben erschienen ist.

(Beifall.)

Ich darf vor unseren Besprechungen zunächst Graf *Spreti* das Wort erteilen.
Graf *Spreti* (mit Beifall begrüßt): Verehrte Landesversammlung! Als Kreisvorsitzender der Christlich-Demokratischen Partei Lindau bin ich hierher gekommen, um der Verbundenheit des Kreises Lindau mit unserem bayerischen Heimatland Ausdruck zu geben.

(Beifall.)

Ich stehe vor Ihnen als, ich glaube, einziger Vertreter der französischen Zone. Wir in Lindau schwimmen etwas, nachdem unser Herz nach Bayern und unsere aufgetragene politische Verpflichtung uns nach Württemberg zieht. Seien Sie gewiß, daß wir - alle Parteien - uns bayerisch fühlen und bayerisch bleiben werden!

(Beifall.)

Erlauben Sie mir aber ein Wort zur heutigen Landesversammlung. Wir in Lindau leben an einem Drei-Länder-Eck, und vielleicht hören wir mehr wie Sie das Echo aus Österreich, das Echo aus der Schweiz und auch das Echo aus Frankreich. Ich bitte und beschwöre Sie als einer der Jüngeren hier: Halten Sie zusammen! Die Welt sieht mehr auf uns, als Sie vielleicht denken.

(Sehr richtig!)

Wenn Sie, wie wir im Kreise Lindau, Gelegenheit hätten, die Schweizer wie die österreichische wie, durch die Nouvelles de France, die französische Presse zu lesen, so würden Sie selbst daraus sehen können, welch schlechten Eindruck es macht, wenn man in bezug auf die Christlich-Demokratische oder Christlich-Soziale Union von einem Zerfall, von einer Uneinigkeit oder von sonstigen ähnlichen Charaktereigenschaften spricht. Ich will keine langen Ausführungen machen. Aber ich bitte Sie noch einmal: Halten Sie zusammen, bilden Sie die Einigkeit aller christlichen Kreise, die in ganz Europa heute ein Bollwerk gegen das bilden müssen, was als schwarzes Gewölk aus dem Osten gegen uns heraufzuziehen droht! In diesem Sinn wünsche ich Ihnen einen glücklichen Verlauf der heutigen Tagung.

(Starker Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Graf *Spreti* für seine Worte. Ich bitte, unseren Landsleuten in Lindau den Dank der Christlich-Sozialen Union für ihre Treue zu überbringen. Wir halten zu Lindau, so wie Lindau zu uns hält; und wir warten nur auf die Stunde, in der Lindau nicht mehr als Gast, sondern als gleichberechtigter Vertreter wieder bei uns sein wird.

(Zustimmung.)

Wir treten in die Besprechungen ein. Zur Geschäftsordnung hat sich Dr. *Horlacher* gemeldet.

Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Damen und Herren! Es hat mich außerordentlich gefreut, daß zu Beginn der Sitzung sich in den Zustimmungserklärungen der Versammlung im großen und ganzen doch Einmütigkeit in den Grundlinien der Union gezeigt hat. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Union über den Zwirnsfäden dieser Vertretungen für die Landesversammlung nicht scheitern darf.

(Bravo-Rufe.)

Deswegen schlage ich vor, jetzt in den Beratungen über diesen Punkt der Satzungsänderung - das andere wird dann rasch über die Bühne gehen - eine Vertagung bis morgen früh eintreten zu lassen

(Zurufe: Nein!)

- ich bitte, zunächst einmal zuzuhören, was jetzt noch kommt - und eine Kommission aus den beiden Parteien einzusetzen, die heute abend noch die Dinge in Ordnung bringt.

(Starker Widerspruch.)

Ich bitte, über meinen Antrag abzustimmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Es ist der Antrag gestellt, eine Kommission einzusetzen, die über Nacht verhandeln soll. Ich darf gerade angesichts der Leidenschaftlichkeit der Zwischenrufe und angesichts der Tatsache, daß ich vorhin, um wirklich eine gerechte Lösung zu finden, mit Ihrer Zustimmung ein Abstimmungsergebnis annulliert habe, das eine Majorität von 210 zu 197 gegen den Vorschlag *Pfeiffer* ergeben hätte, bitten, daß nicht ein Teil jetzt eine Kraftprobe versucht. Es hat keinen Sinn: es gibt tiefere Gründe. Wenn die Leidenschaftlichkeit hier zum Ausbruch kommt, dann fürchte ich, wird die Debatte so lang werden, daß wir uns mit dem Ernst der Zeit zu wenig werden auseinandersetzen können, weil wir dann für diesen Ernst der Zeit keine Zeit mehr haben.

(Sehr gut!)

Infolgedessen darf ich über den Antrag, den *Horlacher* gestellt hat, abstimmen lassen, die Debatte auf morgen zu verlegen und während der Nacht Verhandlungen zwischen den verschiedenen Gruppen eintreten lassen. Zu dieser Frage hat sich Ministerpräsident *Ehard* zum Wort gemeldet.

(Dr. *Horlacher* zu Dr. *Pfeiffer* gewandt: Aber sonst soll ich Euch den Karren aus dem Dreck ziehen!)

Ministerpräsident *Ehard* (mit Beifall begrüßt): Liebe Parteifreunde! Ich meine, es ist, - ob wir jetzt heute oder morgen abstimmen - gut, einmal zu versuchen, die Dinge so zu konkretisieren, daß man weiß, ob man nun einfach über ein abgerundetes Ding abstimmt oder ob man vielleicht versuchen soll, noch eine kleine Variation anzubringen. Man kann in dieser Frage nicht allen Wünschen gerecht werden. Aber ich glaube, es ließe sich ein vermittelnder Vorschlag finden.

Ich würde, um die Möglichkeit einer Einigung zu finden, vorschlagen, etwa so zu prozedieren: Es wird die Zahl der nach einer Mitgliederliste nachgewiesenen Mitglieder zugrunde gelegt: auf je 500 oder bis zu 500 je zwei Vertreter und dann die Zusatzvertreter. Ich würde vorschlagen, die von Dr. *Pfeiffer* beantragte Zahl von 250 auf 300 zu

erhöhen, also für je 300 einen weiteren Vertreter als Zusatzvertreter zuzulassen und für Reststimmen, die mehr wie 151 sind, einen Vertreter zu bewilligen, im ganzen aber nicht mehr als zwei Zusatzvertreter zuzulassen. Das ist, glaube ich, ein einfacher und übersichtlicher Vorschlag, über den man erstens reden und zweitens ohne Leidenschaft abstimmen kann, wenn man auf beiden Seiten bedenkt, daß schließlich jeder etwas nachgeben muß, und wenn man das große Ziel einer Einigung dabei im Auge hat. Ob es dazu notwendig ist, im kleineren Kreis diesen Vorschlag noch einmal zu debattieren

(Zurufe: Nein!)

und noch einmal darüber zu schlafen, das ist eine Sache, die ich Ihnen überlasse.
Ich meine, man muß die Angelegenheit einmal konkret anpacken und versuchen, zu einer Einigung zu kommen. Ich möchte Ihnen diesen Vorschlag im besten Willen und in der Absicht, eine Einigung zu erzielen und zu erhalten, hiermit machen.

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Der vom Herrn Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* gemachte Vorschlag verfolgt das Ziel, einen Weg zur Güte zu finden. Ich würde meinen Freunden, obwohl sie mir vorher so nachdrücklich zugeredet haben, eine Veränderung nicht mehr mitzumachen, empfehlen, trotzdem dem Vorschlag *Ehard* zuzustimmen.

(Bravo!)

Ich bitte, nachdem jetzt hier ein Entgegenkommen auch von der einen Seite gezeigt ist, die anderen Parteifreunde, sich doch auf diese Basis zu stellen und damit die Frage zum Abschluß zu bringen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir standen noch in der Geschäftsordnungsdebatte, ob die Diskussion heute noch durchgeführt werden soll.

(Jawohl! - Weitere Zurufe.)

Ja, *Hundhammer*, so geht es ja auch nicht, daß auf einmal einer ruft: Ohne Debatte! Wenn einer für die eine Richtung gesprochen hat, muß ich die Debatte im ganzen zulassen; und dann weiß ich nicht, wie lange die Debatte dauern wird. Denn so leidenschaftlich in dem Fall Oberbayern kämpft, so leidenschaftlich wird Franken kämpfen, wo mindestens genauso schwere Kämpfe ausgetragen werden wie in Altbayern.
Wir wollen das Thema ruhig in aller Öffentlichkeit klarstellen, und zwar deswegen, weil ja die Öffentlichkeit vertreten ist. Es geht in Altbayern um - ich möchte sagen - die Konkurrenz mit der Bayernpartei, in Franken um die Konkurrenz mit anderen Parteien. Hier die vernünftige Lösung zu finden - es geht da nicht um Rechthaberei -, ist Gewissensfrage; und aus dieser Gewissensfrage heraus, in der Sorge um den Bestand der Union, würde ich selbst die Auffassung vertreten: Wir sollten heute nicht Entscheidungen herbeiführen,

(Widerspruch.)

sondern wir sollten die Entscheidungen in Ruhe überlegen. Jeder vernünftige Mensch beschläft eine Entscheidung von so weittragender Bedeutung.
Bitte, nur zu dem Thema, ob heute oder morgen abgestimmt werden soll.

Dr. *Wildenauer*: Ich bin der Ansicht, daß wir heute noch abstimmen sollen, und zwar deswegen, weil ich den dringenden Wunsch habe, daß wir morgen zu produktiver gemeinsamer Arbeit kommen.

(Beifall bei Oberbayern.)

Wenn wir heute über etwas anderes verhandeln, dann wird immer der Schatten dieses ungelösten Problems über uns schweben. Wenn wir aber dieses Problem so oder so gelöst haben, dann werden wir ungehindert sein und morgen einen ganzen Arbeitstag vor uns haben.

(Sehr gut!)

Im Hinblick darauf möchte ich vorschlagen: Stimmen wir heute leidenschaftslos darüber ab, jeder nach seinem Gewissen.
*Lei*: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle den Antrag, daß ohne weitere Debatte sofort eine Probeabstimmung durchgeführt wird.

(Große Heiterkeit.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! Ich glaube, über diesen Antrag brauche ich nicht abstimmen zu lassen, denn die Probeabstimmung würde die endgültige Abstimmung sein müssen. Alles andere wäre ein Theaterspiel. Es hat sich zunächst noch *Haußleiter* zum Wort gemeldet.
*Haußleiter*: Meine Damen und Herren! Als der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] das Podium hier bestieg, da wußten wir alle, daß er in einer kritischen Lage einen Vermittlungsvorschlag machen wollte. Und ich glaube, wir alle sind uns in einem völlig einig: Die Not der Zeit ist der dringendste Appell an uns, die Einigkeit und Einheit der Union zu wahren.
Ich möchte Ihnen ganz klar den Unterschied zwischen Eichstätt am 31. August vorigen Jahres und heute sagen: Damals waren die Auseinandersetzungen um die Schaffung der Unionsregierung gegangen; das war ein Zwiespalt, der uns sachlich getrennt hat, der mit Schärfe ausgefochten werden mußte. Heute haben wir diese Unionsregierung, die den demokratischen Willen des bayerischen Volkes klar und eindeutig repräsentiert und vertritt. Und ich meine, keiner darf sie gefährden und jeder muß sehr vorsichtig sein, der hier mit irgendwelchen Drohungen kommt: Ich gehe zu jener Partei, oder: Wenn Ihr nicht nachgebt, dann passiert dies oder jenes! Das hungernde Volk versteht das nicht, meine Damen und Herren!

(Beifall.)

Fragt es uns nach den Hintergründen der Satzungsdebatte, oder überlegt es sich nicht vielmehr: Sind die Leute wahnsinnig oder geht es da um ganz andere Dinge, die sie nicht aussprechen?

(Sehr richtig!)

Wir müssen dieser Situation Rechnung tragen. Ich bin dafür, daß wir uns heute abend aussprechen und daß wir heute abend abstimmen.

(Sehr richtig!)

Ich möchte sagen: Wir haben viel Verständnis für unsere oberbayerischen Freunde. Ich weiß, wie die Situation ist. Halten Sie uns nicht für einseitig! Halten Sie uns nicht für einseitig, denn auch wir hier sind in einer schwierigen Lage. Und, bitte, spielen wir

nicht mehr die einzelnen Gegenden Bayerns gegeneinander aus! Bedroht ist die Welt die wir vertreten wollen, die christliche und soziale Welt.

(Lebhafter Beifall.)

Deshalb habe ich vorhin fast gelächelt; ich habe mir gesagt: Wie oft fahren wir Oberfranken nach München und beklagen uns über die Benachteiligung Oberfrankens durch die Oberbayern. Jetzt, habe ich mir gedacht, sind einmal die Oberbayern nach Oberfranken gekommen, um sich bei uns über ihre Benachteiligung zu beklagen. Es ist gleichsam eine Gegenrechnung, die sie uns aufstellen. Wir sagen: Welche Vorzüge haben sie drunten? Die Regierung in München! Der Politiker, der in München und in Oberbayern an Ort und Stelle ist, kann in manchem rascher, leichter eingreifen, hat ein anderes Schwergewicht. Wir empfinden manches Mal die Anmarschwege von hier oben nach drunten als beschwerlich, und manches Mal überlassen wir auch unseren Münchner und oberbayerischen Freunden Entscheidungen, weil wir zu weit von der Quelle weg sind. Nennen wir doch die Dinge beim Namen!

(Zuruf von Oberbayern: Und die Arbeit! - Gegenrufe: Oho!)

Wir müssen also die Dinge vernünftig ausgleichen.

Als wir die Satzung schufen, sagten wir: Eine neue Partei will neue Wege. Gib denen, die neu zu ihr kommen, eine Chance! Das war der Sinn der Satzungen und des föderativen Prinzips, wie wir es damals genannt haben. Ich will nicht um Worte streiten. Der Sinn war folgender: Macht die Tore weit auf für die, die wegen der Belastungen der Vergangenheit heute zögern, in Parteien hineinzugehen! Laßt sie Vertrauen gewinnen!

Legt Euch nicht auf einen erstarrten Bestand fest, sondern gebt dem Neuen, das wachsen will, eine Chance! Das war der Sinn der Satzung von damals.

Nun, meine Freunde, haben wir zwei, drei Jahre hinter uns. Wir haben in Oberbayern die Bayernpartei, die die Enge, eine Krähenwinkelei, als ihr eigenes Ideal aufstellt. Wir haben in Franken Gebiete, wo mancher nicht zu uns zu kommen wagt, weil er Angst hat, ich weiß nicht vor was, vor Krieg, vor der Propaganda der SED oder KPD, wo die Leute zögern, Farbe zu bekennen,

(Zuruf von Oberbayern: Das tun ja unsere auch!)

und wo wir unseren Freunden Mut zureden und sagen müssen: Bekennt Euch zu Eurem christlichen Standpunkt. Christ sein, das heißt mutig sein! Das sagen wir ihnen hier. Nun gleichen wir ab, gleichen wir aus und überlegen uns, was wir tragen können. Wie verbinden wir das Neue, das noch wachsen muß, das nicht erstarren darf - Erstarrung ist für uns heute Tod; wachsen müssen wir, ausbreiten müssen wir uns! -, mit den Sorgen unserer oberbayerischen Freunde?

Ich würde Ihnen einen Vorschlag machen. Er geht auf das ein, was der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] gesagt hat; er geht vielleicht einen Schritt weiter. Er ist weiträumig, für alle annehmbar und spielraumgebend dem Wachstum, auf das wir warten. Rechnen Sie so: Bis zu 500 Mann die zwei Stimmen, die wir haben. Das hat sich bewährt, meine Freunde. Schimpfen Sie nicht auf die Satzungen: Mit diesen Satzungen haben wir 52% der Stimmen des Landes erhalten! Es sind keine schlechten Satzungen. Rechnen Sie also so! Dann gehe ich auf die Andeutung ein, die der Herr Ministerpräsident bei seiner ersten Rede gemacht hat, sagen wir: Gut, ein Ausgleich! Die nächsten vollen 500 Mitglieder: Eine zusätzliche Stimme.

(Zustimmung und Widerspruch.)

Das bedeutet einen vernünftigen Ausgleich. Das können wir im Norden tragen, und das macht das Wachstum der Partei, dort, wo organisiert wird, bezahlt.
Also bis zu 500 Mitgliedern zwei Stimmen. Für die nächsten vollen 500 die eine Zusatzstimme, und für die nächsten vollen 500 noch eine; und dann ist Schluß.

(Sehr gut!)

Bitte, überlegen Sie sich diesen Vorschlag. Wir wollen nicht mit 250 und 300 rechnen; das sind keine Maßstäbe für eine Partei, die Millionen von Wählern hat. Wir müssen ja einmal jeden dritten Wähler als Mitglied der Partei bekommen. Rechnen Sie nicht so lange, haben Sie Mut! Dann nehmen wir den Zyklus der 500 und gehen wir diesen Weg. Wir helfen den südbayerischen Freunden; wir schaffen eine Basis, von der aus wir in Nordbayern Angriffe, wir seien eine Partei der Erstarrung geworden, abwehren können. Gehen wir miteinander diesen Weg zur einigen Union, die geschlossen hinter ihrer Regierung steht!

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit sind wir in die sachliche Debatte eingetreten. Ich glaube, ich brauche über den Antrag, ob eine sachliche Debatte durchgeführt werden soll, nicht mehr abstimmen lassen. Es hat sich noch *Butterhof* zum Wort gemeldet.
*Butterhof*: Meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*], den wir alle sehr verehren, hat vorhin ernste Worte gesagt, und ich muß sagen, er hat auch gefährliche Worte gesagt. Denn er hat davon gesprochen, daß dieser Punkt, bei dessen Erörterung wir im Augenblick stünden, die Einheit der Union bedrohe.
Meine Damen und Herren, das verstehe ich nicht. Denn Sie stehen doch - ich glaube, das bei den oberbayerischen Freunden genauso annehmen zu dürfen, wie ich es von allen anderen Freunden in der Union annehme - mit wirklicher innerer Leidenschaft und erfüllt von dem schweren Verantwortungsbewußtsein gegenüber einer christlichen Partei in Ihrer Arbeit.

(Bravo-Rufe.)

Ich kann mir nicht vorstellen, daß man aus Satzungsgründen daran denken könnte, die Einheit einer solchen Partei zu zerstören und damit die Einheit der christlichen Bewegung in ganz Deutschland zu gefährden.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, stellen Sie es sich doch einmal vor! Machen wir hier den Kladderadatsch: Was passiert dann in Frankfurt? Brechen wir hier auseinander, was sollen sich dann unsere Freunde in der Ostzone denken? Ich komme eben von einer Tagung der Jungen Union in Berlin. Ich kann Ihnen sagen, meine Freunde: Was man dort heute an seelischem und menschlichem Elend sieht, muß einen tieftraurig machen; das muß in jedem einzelnen von uns die Verantwortung aufwecken. Da muß ich, wie Herr Dr. *Horlacher*, sagen: Zwirnsfäden sind das, was man hier mit Satzungsfragen spinnt!
Denn sind wir darüber ehrlich: Die paar Stimmen mehr und die paar Stimmen weniger, um die wir hier feilschen, werden weder die Union, noch eine bestimmte Richtung in ihr retten.

(Sehr richtig!)

Retten wird die Union nur, wenn wir diese kleinlichen Bedenken zurückstellen und den Gedanken der Einheit betonen und zusammenhalten.

(Widerspruch.)

Meine Freunde! Ich weiß, daß da hinten eine geschlossene Opposition gegen alles sitzt. Ich kann das ganz gut beobachten. Ich sitze auch da hinten. Sind Sie doch etwas ruhiger, und denken Sie mit uns allen daran: Die Union darf an solchen Dingen nicht zerbrechen. Wenn Sie hier den Weg beschreiten, daß Sie diese Erfüllung ganz präziser Forderungen als conditio sine qua non darstellen, dann werden Sie erleben, daß sich die junge Generation von Ihnen abwendet. Denn sie wird fragen: Hier sind Leute am Werk

(Anhaltende Unruhe.)

- momentan habe ich das Wort -, die mit Satzungsdingen operieren und zu keiner wirklich großen Idee mehr fähig sind.

(Lebhafter Beifall.)

Wir bemühen uns in einem heißen Kampf, in allen Großstädten, draußen am Land, in allen deutschen Ländern, die junge Generation für ein christliches Ideal und für eine christliche Politik zurückzugewinnen. Denn sie selbst werfen dieser jungen Generation ja vor, daß sie durch den Nationalsozialismus verderbt sei, daß sie also keine innere Bindung mehr zu diesen Dingen habe. Es ist tatsächlich so, daß hier große Schwierigkeiten vorhanden sind.

(Zuruf: Thema!)

Wie sollen wir diesen skeptischen Menschen plausibel machen, daß es Ihnen und uns ernst ist um unser Christentum, wenn wir mit Zwirnsfäden arbeiten, anstatt mit praktischer Tat.

(Bravo!)

Meine Damen und Herren! Was wir hier erleben ist etwas, das uns alle erschüttert, das uns packt und unsere Arbeitsmöglichkeiten vernichten wird. Schauen Sie an, wie geschlossen die Vertreter einer anderen Weltanschauung vorstürmen. Die fragen nicht nach Satzungen,

(Sehr richtig!)

sie fragen nicht einmal nach Gesetz,

(Zustimmung und Widerspruch.)

sondern sie unterdrücken in der rücksichtslosesten Weise die freie Meinungsäußerung, nicht nur der demokratischen Parteien im allgemeinen, sondern speziell unserer christlichen Freunde. Wollen wir die im Stiche lassen deswegen, um hier in Bayern, wo es verhältnismäßig noch am besten ist, irgendwelche kleinlichen Vorteile gegeneinander zu erzielen oder irgendeine Linie voranzutreiben, die sich dann im Laufe der Zeit aus solchen Satzungsdingen entwickeln soll?

(Zuruf: Kürzer fassen!)

Momentan habe ich das Wort, solange es mir der Herr Vorsitzende [*Josef Müller*] nicht entzieht.

(Unruhe, Zuruf: Sie haben den Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] korrigiert!)

Wenn Sie sagen, ich habe den Herrn Ministerpräsidenten korrigiert, so möchte ich das ganz entschieden zurückweisen.

(Zuruf: Das ist Tatsache!)

Denn wenn der Herr Ministerpräsident hier auf der Landesversammlung spricht, dann bin ich mir darüber im klaren, daß er mir als dem kleinen Parteimitglied ge-

nauso das Wort und die freie Meinung gönnt wie jedem anderen auch. Wenn ich in irgendeiner sachlichen Differenz zu ihm stehe und diese in anständiger Weise vorbringe, wird das nicht die leiseste Verstimmung aufkommen lassen. Denn wir wissen sehr wohl zu unterscheiden zwischen persönlichem Anstand und sachlichen Differenzen.

(Bravo!)

Eines möchte ich am Schlusse noch einmal sagen: Meine Freunde, überspitzen Sie nichts. Treiben Sie es nicht so weit, daß Sie

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!

- von vorneherein erklären: Entweder wird das angenommen oder wir gehen,

(Zuruf: Das hat niemand gesagt, das ist lauter Unsinn!)

sondern suchen Sie den Weg zur Verhandlung, seien Sie vernünftig und stellen Sie sich mit uns auf den Boden einer wirklich Christlich-Sozialen Union.

(Zuruf: Auch die anderen! Lebhafter Beifall.)

Dr. *Horlacher*: Ich bitte aber um vollkommene Ruhe, meine verehrten Damen und Herren. Wenn jetzt nicht vollkommene Ruhe in einer so ernsten Sache eintritt und einige glauben, sie können durch Zwischenrufe einem eine Meinung aufdrängen, dann ziehe ich auch meine Konsequenzen. Das wird vielleicht auch eine Wirkung auf das Land draußen haben. Denn schließlich bin ich ...

(Unruhe, Zurufe: Oho!)

Bitte, das sage ich Euch allen Ernstes: Den Kampf mit Euch nehme ich in jedem Bezirk auf. Es handelt sich um folgendes: Hier scheint ja nicht mehr allein die Vernunft zu herrschen. Wir haben hier eine Reihe von Vorschlägen gehört, es ist kein Mensch mehr in der Versammlung, der nicht gewillt wäre, einem vernünftigen Ausgleich den Weg zu ebnen.

(Sehr richtig!)

Ich frage die Versammlung, ob noch einer da ist. Es ist also keiner mehr da.

(Heiterkeit.)

Folglich muß auch der Vernunft der Weg geebnet werden, wobei alle anderen Hintergründe ausscheiden.

Der einzige, richtige Weg ist der, daß sich heute abend vier oder sechs Leute zusammensetzen, die Dinge anhand der neuesten Ziffern - und nicht der Ziffern vom Juli 1947, denn das sind ständig fließende und ständig wachsende Ziffern, die sich immer wieder verändern können - durchbesprechen, und daß wir morgen der Versammlung den Ausgleichsvorschlag unterbreiten.

(Widerspruch.)

Warum denn nicht? Ja, wollen Sie das Schicksal der Union von zwölf, von acht oder zehn Stunden abhängig machen?

(Anhaltende Unruhe.)

Wollen Sie

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!

- es auf ein Zufallsergebnis ankommen lassen? Ist das das richtige, oder ist es richtiger, wenn sich vernünftige Leute von beiden Seiten zusammensetzen, um Ihnen morgen einen vernünftigen gemeinsamen Vorschlag zu unterbreiten?

Ich glaube, das letztere ist das richtige. Ich stelle hiermit den formellen Antrag, daß eine engere Kommission eingesetzt und morgen früh durch diese Kommission der Ausgleichsvorschlag der Landesversammlung unterbreitet wird und daß jetzt zunächst die Debatte über diese Frage abgebrochen wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es steht jetzt ein Antrag von Dr. *Horlacher* zur Geschäftsordnung, der jetzt bekanntgegeben wurde, dahin formuliert:

> Die Debatte wird jetzt abgebrochen. Es wird eine Kommission bestellt, die über Nacht Vorschläge für die morgige Tagung ausarbeitet.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Ich darf darauf hinweisen, meine lieben Freunde: Wenn diese Geschäftsordnungsdebatten so wie bisher weitergeführt werden, dann ist es hundertprozentig unmöglich, mit der Tagesordnung fertig zu werden. Darüber sind Sie sich klar. Ich darf das vor allem meinen Freunden der rückwärtigen Rechten sagen. Es empfiehlt sich, in diesem Falle immer noch mit Ruhe eine Debatte durchzuführen und zu versuchen, die Arbeit zu leisten und nicht nur um die Geschäftsordnung zu debattieren.
*Michel*: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle den Antrag, daß über den Antrag *Ehard* abgestimmt wird.

(Zuruf: Jawohl!)

Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es steht zunächst ein Antrag zur Geschäftsordnung von *Horlacher*. Er geht diesem Antrag vor, weil er ein Antrag zur Sache ist.
Dr. *Kroll*: Ich stelle den Antrag, daß über den Antrag *Horlacher* nach Schluß der Rednerliste abgestimmt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf die Rednerliste bekanntgeben: *Schnitzer* (Traunstein), Dr. *Kroll*, *Rindt*, *Gamperl*.
Es ist der Antrag gestellt auf Schluß der Rednerliste. Dann soll abgestimmt werden über den Geschäftsordnungsantrag *Horlacher*. Wird der Antrag auf Schluß der Rednerliste angenommen oder erhebt sich ein Widerspruch gegen den Antrag.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist die Rednerliste geschlossen. Ich kann nämlich, liebe Freunde, bei Abstimmungen nicht immer auf Zwischenrufe reagieren. Wenn bei Abstimmungen dazwischengerufen wird "zur Geschäftsordnung", erbitte ich Ihre Zustimmung dafür, daß ich in Zukunft keine Geschäftsordnungsdebatte mehr zulasse.

(Sehr richtig!)

Sonst kommen wir nicht weiter. Das ist völlig ausgeschlossen.
Die Rednerliste ist damit geschlossen. Ich darf dann das Wort geben. Wer ist der nächste?

(Zuruf: Dr. *Kroll*)

Dr. *Kroll*: Meine lieben Freunde! Es war nicht meine Absicht, mich in diesen Streit hier einzumengen. Aber ich glaube, wir müssen doch etwas tun, damit wir nicht allmählich in den Zustand einer Viehauktion hineingeraten,

(Sehr richtig!)

wo, ich möchte sagen, die besten Stücke meistbietend versteigert werden. Wir haben uns nämlich schon viel mehr angenähert, als es hier, nach der Leidenschaft zu urteilen, zu sein scheint. Ich glaube, ich darf Ihnen sagen, daß es gar nicht lohnt, daß wir jetzt allzugroße Worte um diese Dinge gebrauchen. Wir wollen nicht den Anschein erwecken, als sei die Hitze des Gemütes soweit zum Kochen geraten, daß unsere Hirne dabei verbrannt seien. Wir wollen die Leidenschaften ruhig sich etwas abkühlen lassen. Es gibt zwei oder drei vernünftige Vorschläge, die hier beraten werden können. Es wird sich wohl nicht anders machen lassen: Wenn wir uns jetzt nicht in ganz wenigen Minuten verständigen sollten, dann wird es sich nicht lohnen, daß wir die Nacht über diesen Gegenstand debattieren. Dann müßte man sich leider vertagen, obwohl das nicht gut ist. Es wäre besser, wenn wir jetzt rascher zum Ziele kämen.
Ich glaube, ich spreche hier nicht nur für einen engeren Kreis, sondern auch für einen größeren, wenn ich sage: Der Vorschlag, der gemacht wurde, auf je 500 Stimmen noch einen weiteren Abgeordneten zu stellen, mag gewiß nicht so günstig sein, wie es der Vorschlag war, den der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] mit seinen 300 Stimmen gemacht hat. Aber Sie werden mir zugestehen, daß der Schritt von der Festhaltung von grundsätzlich zwei Abgeordneten in jedem Kreis bis zu 300 bzw. bis zu 500 ein grundsätzlicher Schritt war und daß die Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Oberpfälzer und Schwaben grundsätzlich bereits den Oberbayern entgegengekommen sind. Ich glaube, das wird auch von allen anerkannt. Und ob wir uns jetzt noch um die Zahl 300, die nicht so schön ist wie die 500, streiten, ist meines Erachtens nicht mehr des Schweißes der Edlen wert.

(Sehr richtig!)

Wir könnten uns, glaube ich, über diese Zahl weiß Gott verständigen. Und wenn es wirklich nicht möglich sein sollte, sich auf dieser einen Linie der 500 entgegenzukommen und festzulegen, dann würde ich doch die oberbayerischen Freunde bitten, opfert halt die Nacht und macht eine Kommission und treibt ein wenig Arithmetik in der Nacht, zieht die Wurzel oder die Quadratwurzel. Vielleicht wird es dann gescheiter.
Ganz offengestanden, ich war ganz überrascht, ich war ganz erschüttert, daß unser Freund *Haußleiter* plötzlich so großartig sein kann. Er hat uns überhaupt nicht gefragt. Wir sind das von ihm gar nicht gewohnt. Da gibt er auf einmal großartig etwas zu, und jeder denkt auf der einen Seite: Wenn es der *Haußleiter* sagt, sind die anderen bereit, noch viel mehr zu geben. Denn *Haußleiter* ist doch der Exponent einer Richtung, der doch von den Oberbayern, ich möchte sagen, ein wenig mit Vorsicht beobachtet wird. Er wird mit noch viel mehr Vorsicht betrachtet als ich armer Nichtbayer. Ich glaube, da hat man zu mir noch mehr Vertrauen.
Es ist also so, das darf ich hier sagen, daß *Haußleiter* in diesem Falle nicht als äußerster Exponent der einen Seite gesprochen hat, sondern er hat da plötzlich eine Rührung in seinem Herzen gehabt, eine Freundschaftsanwandlung, eine echt oberbayerische Liebe, zu der ihn kein Mensch ermächtigt hatte. Wir sind fast vom Stuhl gefallen, als er so weit ging.
Und nun, liebe Freunde, will ich Euch eines sagen: Weiter als *Haußleiter* können wir leider auch nicht mehr gehen, sonst können wir uns in Oberfranken nicht mehr sehen lassen. Seid also vernünftig, streitet Euch jetzt nicht, beachtet das Entgegenkommen, macht nicht krumme und ungerade Zahlen, macht Zahlen, die man so schön dividieren kann wie die 500 und einigt Euch. Zeigt einmal, daß das Ganze nichts anderes

war, nicht ein Streit um Worte oder Prinzipien oder Zwirnsfäden nach der anderen Seite, sondern nur ein Ausbruch jenes bajuwarischen Temperaments, das sich noch immer so furchtbar auf jeder Landesversammlung gezeigt hat.

(Heiterkeit und Beifall.)

Nun zeigt aber, daß hinter diesem streitbaren Harnisch die innere Freude und das Entgegenkommen sitzt, daß so ein Funken, der letzte Rest der christlichen Nächstenliebe vorhanden ist, die ja bei uns doch nur noch in kleinsten Dosen gereicht wird, und daß wir uns jetzt einigen ohne großes Geschrei auf jene schöne runde Zahl der fünf Hunderter, dann habt Ihr bewiesen, daß Ihr Willen zu Einigkeit besitzt.

(Lebhafter Beifall.)

*Schnitzer* (Traunstein): Meine lieben Parteifreunde! Es ist nicht die erste Landesversammlung, die ich heute besuche. Ich war bereits bei der ersten Landesversammlung in München dabei, und wir haben damals den Satzungen zugestimmt, obwohl wir wußten, daß sie uns nicht entsprachen, aus dem Bedürfnis heraus mitzumachen und Nebensächlichkeiten auf spätere Zeiten zu verschieben.
Wir haben damals den Zwirnsfaden nicht gesponnen. Wir haben damals auch bereits gewußt, daß wir vor der Not stehen. Deshalb sind wir immer wieder zurückgetreten. Wir waren in Eichstätt damit einverstanden, daß man die Abstimmung über die Satzung noch einmal verschiebt. Aber heute verlangen wir, daß abgestimmt wird

(Zuruf: Warum?)

und daß auch unsere Bedürfnisse und unsere Ansichten hier vertreten und anerkannt werden. Wir haben heute eine Demokratie und wollen die demokratischen Grundsätze auch in unserer Partei vertreten wissen.

(Zustimmung.)

Demokratie heißt doch, daß die Mehrzahl entscheiden soll. Wir sind so vernünftig, daß auch eine Minderheit berücksichtigt werden muß. Deshalb sind wir immer und immer wieder zurückgetreten, weil wir wissen, daß wir in Notzeiten leben, daß wir die Pflicht haben, energisch zu sein. Aber es gibt auch ein Moment, über das wir nicht hinwegkommen können, wenn wir den Wünschen unserer Wähler Rechnung tragen wollen.
Unser Herr Dr. *Pfeiffer* hat bereits ein sehr weitgehendes Entgegenkommen gezeigt.

(Unruhe.- Widerspruch.)

Sie müssen bedenken, es gibt Kreisverbände, die mit vier, fünf, sechs Vertretern hier in der Landesversammlung sitzen und nur einige hundert Mitglieder haben, und die ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, hier unterbrechen zu dürfen. Ich bitte, keine solchen Unrichtigkeiten zu sagen. Es besteht sonst wieder die Gefahr, daß solche vielleicht etwas unüberlegt ausgesprochenen Worte draußen verdreht werden. Diese Behauptung trifft, rein zur Sache, nicht zu.

(Zuruf: Beweisen!)

Bitte, schauen Sie die Statistiken nach. Deswegen habe ich eingegriffen, damit nicht eine falsche unbewiesene Behauptung in die Presse geht.
*Schnitzer*: Wieviel Vertreter hat die Stadt Nürnberg?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist ein Bezirksverband. Ich möchte und kann nur soviel feststellen, daß der Mitgliederstand von Nürnberg-Fürth, wozu beim Bezirksver-

band Fürth-Land noch dazukommt, in der Mitgliederzahl in der ungefähr gleichen Relation zu München steht. Es ist das keine erfreuliche Tatsache vielleicht für beide Städte.

*Schnitzer*: Wir hätten gern das Verhältnis zu Traunstein gehört. Wir haben dort über 1400 Mitglieder und möchten gern den Vergleich ziehen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn wir anfangen, Traunstein mit seinen 1400 Mitgliedern zu vergleichen, wird sich Freund *Kübler* melden, es kann sich Kronach, es kann sich Hiltpoltstein melden. Das würde ein falsches Bild ergeben. Ich möchte nicht, daß wieder Versionen auftauchen, die unrichtig sind.

*Schnitzer*: Ich bin unterbrochen worden,

(Heiterkeit.)

weil ich eine falsche Behauptung aufgestellt haben soll. Man hat sie mir aber nicht widerlegt. Bitte, hier müssen die Mitgliederlisten sein.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf hier vielleicht feststellen: Nürnberg-Stadt hat sechs Vertreter, München 20. Die Relation ist ungefähr gleich, so daß man hier keinen Unterschied machen kann. Bitte, spielen Sie nicht immer Franken gegen Altbayern und Altbayern gegen Franken aus.

(Lebhafter Beifall.)

Ich bitte den Redner fortzufahren, aber, wenn es irgendwie geht, darauf Rücksicht zu nehmen, daß wir noch sehr wichtige Dinge zu besprechen haben und nicht über Zahlen diskutieren wollen, die nicht bedeutend sind.

*Schnitzer*: Ich bedauere nur, daß ich unterbrochen werde, während meine Vorredner nicht unterbrochen wurden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf hier erklären: Ich mußte unterbrechen, um Nachteile für die Union zu vermeiden.

(Sehr richtig! Beifall.)

Darf ich fragen: Wird eine Einwendung dagegen erhoben, daß ich den Redner unterbrochen habe? Wird gewünscht, daß der Redner noch in ähnlicher Weise weiterfahren kann, oder wird der Wunsch geäußert, daß er seine Ausführungen vielleicht auf etwa zwei oder drei Minuten begrenzen möchte. Ich möchte hier nicht abbrechen, um nicht ungerecht zu sein. Aber ich würde bitten, daß sich der Herr Redner entsprechend der Vereinbarung, die wir am Anfang miteinander getroffen haben, auf weitere zwei bis drei Minuten beschränkt.

*Schnitzer*: Ich habe nur zur Sache gesprochen. Ich habe nicht über politische Verhältnisse gesprochen wie meine Vorredner, sondern bin bei der Sache geblieben. Mir wird meine Zeit beschränkt, das muß ich feststellen. Ich halte mich daran, daß die Zeit beschränkt bleibt, aber ich bin der Ansicht, daß wir sehr weit entgegengekommen sind, und ich bitte die Herren von Franken usw. nicht über den Zwirnsfaden zu stolpern, den sie uns immer gespannt vorhalten. Wir schlagen vor, daß der Vorschlag unseres hochverehrten Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] zur Abstimmung kommt, dem wir jederzeit zustimmen können.

Dr. *Rindt*: Meine Freunde! Etwas möchte ich gleich an den Anfang stellen. Ich wundere mich ein bißchen darüber, daß man dieser sicher sehr wichtigen Angelegenheit einen derartig breiten Raum zubilligt - ich wiederhole auch die Worte unseres verehrten Ministerpräsidenten - in einer Zeit, die geladen ist mit Not.

(Sehr richtig!)

Ich möchte an den Anfang meiner kurzen Ausführungen den einen Hinweis stellen, das heißt ihn wiederholen: Wenn uns die Presse, die anwesend ist, einen Streich spielen will, dann muß sie nur darauf besonders eingehen, daß wir soviel Zeit mit diesen Auseinandersetzungen verbracht haben.

(Erneute Zustimmung.)

Das ist die beste Propaganda für die anderen Parteien.
Zur Sache selbst! Meine Freunde, ich kann mir nicht vorstellen, daß Zusatzvertreter einen solch ungeheuren Aufschwung in der Mitgliederwerbung herbeiführen könnten.

(Sehr richtig!)

Praktisch ist es doch draußen so: Wir alle stehen doch mittendrin, und ich bitte, mir das offene Wort zu verzeihen, wir sollen uns nicht in irgendwelche Gedanken verrennen. Unsere Menschen und wir selbst sind überlagert von der Not, vom Hunger und in gewissen Distrikten von einer ganz ausgesprochenen Furcht, die besonders in den Grenzgebieten, in den Vorpostengebieten gegen irgendeine SED-Überlagerung, sehr stark ist.

(Sehr richtig!)

In diesem Zusammenhang, meine Freunde, müssen wir die Mitgliederwerbung sehen. Wir müssen die Mitgliederwerbung weiterhin nach den Richtlinien der anderen Parteien und den dadurch in unseren eigenen Bezirken entstehenden Kämpfen betrachten. Wissen Sie von jener Vereinbarung der SPD zum Beispiel, daß man Oberbayern aus dem Kampf der Mitgliederwerbung zunächst etwas mehr herauslassen will, weil man sich in erster Linie auf die fränkischen Bezirke und auf Schwaben stürzen will, weil hier viel mehr die großen Industriezentren vorhanden sind?
Glauben Sie, wenn man immer so irgendwie direkt oder indirekt in Oberbayern - ich bitte, das ganz objektiv sagen zu dürfen und auch auffassen zu wollen - die Gefahr und das Gespenst der Bayernpartei heraufkommen sieht, in bezug auf Franken und auf Schwaben haben wir hinsichtlich der FDP, des Kampfes gegen diese intensivste Propaganda und Personalpolitik und in bezug auf die Propaganda und sonstige Politik der FDP in den genannten Gebieten nicht mehr mit Gespenstern zu tun, sondern mit seit langen, langen Monaten bestehenden Realitäten.
Darüber hinaus müssen wir noch einmal ganz kurz auf diesen Angstkomplex gerade in den Randgebieten zu sprechen kommen. Dieser Angstkomplex, meine Freunde, ist so sehr vorhanden, daß gerade hier das Wort Nietzsches zutrifft "nur der Täter erkennt". Nur wer dort wohnt und parteimäßig länger gearbeitet hat, weiß, wie der Druck, der durch den Nazismus damals auf uns allen lag, sich plötzlich in den Gemütern dieser Menschen durch die fortgesetzte Propaganda, durch die fortgesetzten Drohungen und all diese Dinge in besonderer Weise wieder zeigte.
Bitte betrachten Sie die Angelegenheit der Mitgliederwerbung und des Mitgliederstandes von dem Gesichtspunkt her, daß bei jedem Kampf nicht jene Gegend ausschlaggebend ist, die vom Kampf entfernt liegt, sondern - ich will das militärische Wort gebrauchen, ohne in den Verdacht zu kommen, daß ich Militarist bin - die Front ist in einem Kampf das ausschlaggebende, nicht die Etappe.

(Sehr richtig!)

Und wenn auch, das weiß ich, denn ich selbst bin Münchner, bin Oberbayer, heute in Oberbayern, vielleicht auch in Schwaben der Kampf gegen die Bayernpartei mehr und

mehr aufkommt, so kraß in bezug auf Angsterzeugung, auf Angst vor dem kommenden Terrorismus einer irgendwelchen Überlagerung aus dem Osten wird dieser Kampf nicht sein. Die Front ist und bleibt dort, wo ich sie bezeichnet habe.

(Sehr richtig!)

Wenn wir daher - und ich unterstütze den Vorschlag von *Haußleiter* und von *Kroll* - heute schon zu dieser Abstimmung kommen müssen, wenn wir es wirklich nicht vorziehen, in vollkommener sachlicher Ruhe und in vollkommen sachlichem Ernst die Dinge noch einmal in einem kleineren Kreis zu besprechen, wenn das also nicht möglich ist - liebe Freunde, Sie brauchen nicht ungeduldig zu sein, Sie werden Ihren Willen bekommen, so oder so -, dann möchte ich darauf hinweisen, daß es nicht mehr notwendig ist, Oberbayern etwas zuzugestehen, sondern auch in erster Linie die Verhältnisse am vordersten Kampfplatz gegen irgendwelche Überlagerungen vom Osten her mit zu berücksichtigen. Es geht, meine Freunde, ja letzten Endes um das Prinzip, daß ein Mann auf Vorposten in kürzester Zeit vielleicht wertvoller sein wird, als zwei oder unter Umständen fünf, vielleicht sogar zehn Mitglieder der Union, die nicht in diesem Großkampfeinsatzgebiet stehen.

(Sehr gut!)

Man spricht davon, daß in gewissem Sinne eine Leistungsbelohnung für prachtvolle Organisationsarbeit durch entsprechende Zusatzvertreter in der Landesversammlung, im Landesausschuß gegeben werden soll, und man sagt, daß, falls das nicht der Fall wäre, man andererseits nicht dafür garantieren könnte, ob die weitere Organisations- und Werbearbeit in diesen Gebieten sich so fortsetzen würde, wie sie begonnen hat. Man spricht also mit anderen Worten davon, daß eine gewisse Schlaffheit der Freude an der Arbeit in der Union eintreten könnte.
Andererseits, meine Freunde, ist es aber doch so: Wenn man schon dieses Gewicht auf Zusatzvertreter legt, dann bitte [ich], auch jene zu betrachten, die unter einem viel größeren Einsatz manchmal um einen einzigen Menschen und um seinen Bekennermut ringen müssen, wenn er vielleicht gegen die Angst seiner Umwelt und gegen seine eigene Angst angeht und zum Bekenner wird. Ich bitte zu beachten, daß, wenn gerade die Grenzgebiete zur östlichen Zone, zu der von der SED beherrschten Zone, irgendwie in den Hintergrund gedrängt würden, auch gerade auf unseren Parteiversammlungen, wäre da die Gefahr für die Kreise nicht viel größer, daß sie entmutigt würden, daß sie sagen würden: Wir stehen gewissermaßen ganz vorne, wir haben alles unmittelbar auszuhalten, aber wenn wir kommen und etwas wollen, wir werden dauernd und dauernd von jenen anderen überstimmt, die nur deshalb - so sagen jene - so viele Mitglieder und damit auch so viele Zusatzvertreter hereinbringen können, weil sie unsere Kämpfe nicht haben.

(Sehr richtig!)

Meine Freunde! Wenn ich auch laut gesprochen habe und wenn es auch so ist, als wäre ich - vielleicht mache ich den Eindruck - irgendwie erregt: Ich gestehe Ihnen, ja, ich bin erregt. Es geht mir bei dieser Auseinandersetzung wirklich nur um die Union. Ich glaube, ich habe in all diesen Gremien bisher nie viel gesprochen und immer dort und dann, wenn ich, ob es Landesausschuß oder Landesversammlung war, den Eindruck hatte, daß hier irgendein Prinzip angeschlagen wird, an dem eines Tages vielleicht die Union Schaden leiden oder zerbrechen könnte, dann habe ich meinen Mund aufgemacht. Die ganze bisherige Vergangenheit der Union - soweit man mich

nicht kennt, kann man das in den entsprechenden Protokollen nachlesen - hat mir immer noch recht gegeben, daß mich mein Instinkt bei meinen Bemühungen doch immer irgendwie auf das Richtige hinzieht.
Meine Freunde! Wenn nun gerade von einem Flüchtlingsverteter, gerade von einem anderen Vertreter des fränkischen Kreises, gerade auch von mir - ich bitte zu entschuldigen, wenn ich mich noch einmal nenne - als einem altbayerischen Menschen, einem Südbayer, dieser Kompromißvorschlag von 500 zu 500 gemacht wird, dann glauben Sie nicht, daß das ein Feilschen wäre, um irgendwelche anderen Vorschläge hinunterzubügeln oder doch irgendwie recht zu behalten. Die Union steht mir viel höher, tausendmal höher, als daß ich mein Recht bekomme, um das es gar nicht geht. Es ist ein Vorschlag, der abgewogen ist, um Einheit und Einigkeit bei uns zu finden und aufrechtzuerhalten, wobei die Bedürfnisse Oberbayerns genauso berücksichtigt werden sollen, wie jene großen Bedürfnisse gerade des Vorpostenplatzes Franken, nicht nur von heute, sondern auch von morgen.
Wenn wir also, meine Freunde, und das ist mein letzter Satz, nicht dazu kommen können, eine Entscheidung auf morgen zu vertagen, um sie noch einmal zu überlegen, dann bitte ich Sie um der Union willen: Stimmen Sie diesem Vorschlag zu. Er ist abgewogen, er ist vielleicht die Lösung für die Einheit der Union auch heute, wie wir schon manches Mal die Lösung für die Einheit der Union von irgendeinem Rednerpult aus durchsetzen durften.

(Beifall.)

Dr. *Gamperl*: Meine lieben Parteifreunde! Die Oberpfalz zählt zu Altbayern. Ich selbst bin Oberbayer und habe wirklich, wie ein *Horlacher* gesagt hat, zwei Seelen in meiner Brust.

(Hört!)

[Als] gebürtiger Oberbayer fühle ich mit den Bayern und Altbayern, und als Bezirksvorsitzender der Oberpfalz habe ich ein Recht, nach dem Norden Bayerns hinauf zu fühlen, der auf einer ganz anderen Basis die Verteidigung der Union zu führen hat. Aus meiner bayerischen Herkunft her würde ich es aufs tiefste bedauern, wenn die Oberbayern restlos geschlagen würden. Wir wollen nicht die Bitterkeit der Niederlage hinterlassen, wir wollen eine Einigung haben, bei der beide Teile zufrieden sein können.

(Sehr richtig!)

Die Oberpfalz hat ebenso wie die Franken droben eine weitausgebreitete Industrie, sie hat ebenso wie die Oberbayern eine weitgehende Landwirtschaft. Aber die Oberpfalz grenzt auch an jene Teile, von denen die größte Gefahr für uns alle droht. Und wenn nun Freund *Haußleiter* in seinem Vorschlag weiter gegangen ist, als weite Kreise von Franken und der Oberpfalz es gewünscht haben, so möchte ich daraus den Schluß ziehen: Wir haben etwas nachgegeben, wir haben etwas geopfert. Und Sie, meine Freunde von Oberbayern, sehen Sie zu, daß Sie auch Ihren Teil beitragen und auch etwas opfern, damit die Sache nicht eine Prestigefrage wird und nicht ein Teil vom anderen geschlagen und dadurch zu Unlust an der Mitarbeit verurteilt wird.

(Bravo!)

Bedenken Sie wohl: Die vorige Abstimmung hat ergeben 197 zu 210 für Nordbayern. Die Entscheidung, die kommen wird, ist unklar. Aber eines wünschte ich hier im Gegensatz zu unserem Landesvorsitzenden, daß die Entscheidung heute noch fällt.

(Sehr richtig!)

Denn wir wollen ruhig schlafen, und jeder, der die Sache hier ernst nimmt, wird nicht ruhig schlafen, solange nicht die Gefahr gebannt ist, daß in der Union ein gegenseitiges Mißtrauen herrscht, das nur schwer wieder zu beseitigen wäre. Wir von der Oberpfalz können uns fast als das Zünglein an der Waage betrachten. Darum erkläre ich hiermit: Wir würden nach dem Vorschlag von Herrn Minister *Pfeiffer* gewaltig gewinnen. Aber wir sind bereit, darauf zu verzichten, um die allgemeine Einigkeit herzustellen.
Ich bitte daher, stimmen Sie dem Vorschlag unseres Parteifreundes *Haußleiter* zu. Wir werden hernach alle froh sein, wenn es so geschehen ist. Wir werden froh sein, gemeinsam den Kampf für die Zukunft führen zu können.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit ist die Rednerliste erschöpft. Ich darf jetzt darauf hinweisen, daß wir vorhin vereinbart haben, daß jetzt über den Geschäftsordnungsantrag *Horlacher* abgestimmt würde, der dahin geht, daß eine Kommission über Nacht noch das ganze Problem durchdenken und daß morgen die Landesversammlung endgültig entscheiden soll.

(Unruhe.)

Ich bitte *Horlacher* fragen zu dürfen: Wird der Antrag aufrechterhalten?

(Zuruf: Zurückziehen!)

Dr. *Horlacher*: Wenn ich wüßte, daß sich ein großer Teil der Union auf den Vorschlag *Haußleiter* einigen könnte, dann ziehe ich meinen Antrag zurück.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag ist zurückgezogen. Ich darf dann den Antrag *Haußleiter* verlesen. Der Antrag *Haußleiter* ...

(Zuruf: Antrag *Ehard* zur Abstimmung, er ist zuerst gestellt!)

Meine lieben Freunde, es geht jetzt wieder die Geschäftsordnungsdebatte los. Ich war vorhin so fair zu Ihnen, daß ich eine Abstimmung annulliert habe, die zugunsten der Freunde war, die den Kompromißvorschlag gemacht haben. Ich sollte Fairneß für Fairneß erwarten. Es tut mir sonst furchtbar leid, wenn ich vorhin die Versammlung gebeten habe, einen Kompromiß zu suchen, um eine gerechte Lösung zu finden. Ich muß infolgedessen im Sinne dieser Lösung zunächst über den Antrag *Haußleiter* abstimmen lassen, weil er im Sinne dieser Richtung liegt. Wenn der Antrag *Haußleiter* abgelehnt würde, würde die Abstimmung kommen über den Antrag *Ehard*. Sonst kann man in Zukunft Fairneß nicht mehr durchhalten.
Ich darf den Antrag *Haußleiter* verlesen. Er lautet:

> Jeder Kreisverband erhält für die ersten 500 Mitglieder zwei Vertreter zur Landesversammlung. Für je weitere 500 Mitglieder erhält jeder Kreisverband eine zusätzliche Stimme, jedoch nicht mehr als insgesamt zwei zusätzliche Stimmen.

Der Antrag ist unterzeichnet von Dr. *Kroll* und von *Haußleiter*. Ich darf über den Antrag abstimmen lassen.

(*Thomas*: Zur Geschäftsordnung!)

Es ist vorhin vereinbart worden; während der Abstimmung wird niemand[em] mehr das Wort zur Geschäftsordnung erteilt.

Ich darf so abstimmen lassen, daß ich zunächst feststelle, ob sich klare Majoritäten im Bilde ergeben. Wenn ich sehe, daß die Stimmenzahl ungefähr gleich verteilt ist, werde ich vorschlagen lassen, daß man in diesem Fall dann rasch abstimmen läßt durch die Abzähler, die auf der Seite bereit stehen. Ich möchte nur das Abstimmungsverfahren erleichtern.
Ich darf zunächst die Abstimmung so vornehmen lassen, daß man die Majoritäten klar sieht. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag *Haußleiter*? Ich bitte abzuzählen. 18 und 41. Gegen den Antrag *Haußleiter* waren 59.
Ich darf zur Gegenprobe schreiten. Wer ist für den Antrag *Haußleiter*? Ich bitte, es festzustellen und sich zu überzeugen. Ich glaube, wir können feststellen, es ist die überwiegende Majorität. Ich bitte ...

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Die Abstimmung bezweifle ich nicht!
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Glauben wir!)

Wird bezweifelt, daß diese Abstimmung eine sehr klare Majorität für *Haußleiter* ergeben hat? Die Abstimmung wird nicht bezweifelt. Dann ist diese Abstimmung abgeschlossen.

(Bravo-Rufe und lebhafter Beifall.)

Meine Freunde! Damit haben wir - ich glaube, mit den beiden Referenten einig zu gehen - die wesentlichen Punkte, die zu Differenzen führen könnten, jetzt alle erledigt. Oder ist noch irgendein Punkt unklar, der wichtig wäre, *Pfeiffer*, *Horlacher*? Ich habe vorhin gesagt, ich möchte die Referenten fragen. Infolgedessen möchte ich mich überzeugen.
Es besteht kein wesentlicher Differenzpunkt mehr. Dann darf ich vorschlagen, daß wir die Statutenänderung mit dieser Maßgabe als Unterlage eines Beschlusses nehmen und daß der Landesausschuß beauftragt wird, die, ich möchte sagen, rein gesetzestechnische Formulierung vorzunehmen, damit wir hier nicht die wesentlichen Paragraphen verlesen müssen. Besteht darüber Einverständnis? Dann stelle ich den Antrag:

> Die Landesversammlung wolle beschließen:
> Die von den Referenten vorgetragenen Satzungsänderungen werden unter Zugrundelegung der in dieser Landesversammlung zu prinzipiellen Punkten getroffenen Entscheidungen vom Landesausschuß, der im Februar dieses Jahres einzuberufen ist, texttechnisch formuliert und im Namen der Landesversammlung in Kraft gesetzt.

Sind Sie mit dieser Formulierung des Antrags allseits einverstanden? Werden Bedenken erhoben?

(Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Nein!)

Ich möchte nur, daß wir uns über diese Dinge möglichst noch einigen und keine Majorisierung vornehmen. Mit dieser Maßgabe ...
*Schulz* (Haßfurt): Ich bitte, in diese Formulierung mit hinein zu nehmen, daß dieses Prinzip, das wir einführen, auch auf die Kreisversammlung ausgedehnt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Diese Prinzipien sind beschlossen. Wir können keine neuen Gesichtspunkte mehr hineinbringen. Oder wird es gewünscht?
Ich will auch da gerecht sein. Wird gewünscht, daß noch ein weiteres Prinzip entwikkelt wird?

(Mehrfache Ablehnung.)

Erhebt sich ein Widerspruch dagegen, daß ich über diesen Antrag zur Tagesordnung übergehen darf?

(Zustimmung.)

Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich habe meinen Antrag formuliert. Muß er nochmals bekanntgegeben werden?

(Zurufe: Nein!)

Mit der Annahme des Antrages, um es ganz klarzustellen, würde feststehen: Der Landesausschuß ist damit ermächtigt, die Statuten unter Zugrundelegung dieser hier getroffenen Entscheidungen texttechnisch zu formulieren - also keine prinzipiellen Entscheidungen mehr zu treffen - und im Namen der Landesversammlung in Kraft zu setzen. Denn die grundsätzliche Autorität bleibt bei der Landesversammlung.

(Zuruf: Ab wann?)

Mit Wirkung von dem Beschluß des Landesausschusses an. Der Landesausschuß wird dann im Februar dieses Jahres tagen.
Der Antrag ist bekannt. Ich lasse über meinen Antrag abstimmen. Wer enthält sich? Eine Enthaltung. Wer ist gegen meinen Antrag? Ich bitte abzuzählen. Sieben gegen meinen Antrag. Wer ist für den Antrag? Es steht fest, daß alle gegen sieben für den Antrag waren.
Damit, meine lieben Freunde, haben wir eine Arbeit für die Union geleistet, die sehr schwierig war. Ich möchte aber sagen, sie ist doch hoffentlich des Schweißes der Edlen wert gewesen, und ich würde nur bitten, daß alle Freunde ...
*Schmitt* (Sulzbach): Ich bitte ums Wort zu einer textlichen Berichtigung bzw. zur Behebung eines Zweifels. Bei der Verlesung des Antrags *Kroll* sind von Ihnen, Herr Vorsitzender, die Worte so gestellt worden, daß es geheißen hat "für je 500". Oder heißt es "bis zu 500"? Das war es, was Herr *Thomas* vorhin sagen wollte und was er als Geschäftsordnungszwischenruf machen wollte.

(Zurufe, allgemeine Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut. Ist die Landesversammlung damit einverstanden, daß wir dahin ändern: Bis zu 500 Mitglieder? Es war das klar.

(Zustimmung.)

(Anmerkung: In einer kurzen Unterredung in der Pause bestätigt der Landesvorsitzende auf Anfrage von Staatsminister Dr. *Hundhammer*, daß der Beschluß auszulegen sei: Von 501 bis 1000 eine Zusatzstimme usw.)

Meine lieben Freunde, ich danke Ihnen für die Arbeit, die Sie hier geleistet haben. Ich bitte jetzt alle anzuerkennen: Wir haben wirklich eine Verständigung versucht und haben vorhin klar gezeigt, daß wir nicht etwa nur majorisieren wollen. Bitte, heißen Sie die Verständigung auch durch die Tat gut. Streiten Sie nicht mehr draußen um diese Punkte. Arbeiten wir, damit wirklich die Union leben kann.
Darf ich jetzt zur Weiterentwicklung der Tagesordnung folgendes feststellen: Wir haben jetzt 23 Uhr. Ich glaube, wir sollten jetzt keine weiteren Punkte mehr behandeln.

(Zurufe: Doch, doch, weitermachen!)

Denn wir sind alle übermüdet. Wir können nicht gut die Nacht durchtagen.

(Zurufe: Doch!)

Es käme dann die Frage der Wahl des Landesvorsitzenden. Ich müßte vorher meinen Bericht über meine Tätigkeit geben, und es versteht sich von selbst, daß ich einen Rechenschaftsbericht geben muß, daß ich gleich die Grundlinien der Politik der Union entwickeln müßte, für den Fall, daß ich das Vertrauen wieder erhalten soll. Ich glaube, man kann das nicht so überstürzen, man kann nicht den Vortrag und die Wahl auseinanderreißen. Das würde niemand verstehen.
Infolgedessen würde ich dankbar sein, wenn wir jetzt beschließen, würden, daß wir heute Schluß machen. Morgen früh um 8 Uhr ist in der katholischen Kirche Gottesdienst für die Katholiken und in der evangelischen Kirche für die evangelischen Freunde. Wir beginnen Punkt 9 Uhr. Ich bitte aber, unter keinen Umständen zu spät zu kommen.

(Sehr richtig!)

Wir werden dann morgen weiterarbeiten. Ich würde vorschlagen, daß vorgesehen wird, daß wir eventuell keine Mittagspause einlegen, sondern lieber von 9 Uhr bis 15 Uhr durchzutagen.
Darf ich Ihre Zustimmung dazu annehmen? Hat sich noch jemand gemeldet? Es hat sich niemand mehr gemeldet. Es ist noch eine Ansage zu machen.
Dr. *Schedl*: Ich bitte, folgendes zu beachten: Die Freunde, die in Waldershof und Brand wohnen, fahren zunächst mit dem Omnibus. Das sind jeweils drei Kilometer. Die Omnibusse kommen wieder zurück und bringen dann die anderen Freunde nach Arzberg. Die Freunde von Wunsiedel finden am Bahnhof den Zug.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich für heute schließen mit dem Wunsche "Gute Nacht", auf Wiedersehen morgen Punkt 9 Uhr.

Die Landesversammlung wird um 23.05 Uhr auf den 25. Januar vertagt.
Die Sitzung wird am 25. Januar um 9 Uhr 36 Minuten fortgesetzt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich eröffne den heutigen Sitzungstag. Vor Beginn der Debatte darf ich zu einer Feststellung dem Parteifreund *Rindt* das Wort erteilen.
Dr. *Rindt*: Meine Freunde! Ich weiß nicht, ob Sie von den über die Landesversammlung in Bayern kursierenden Gerüchten bereits gehört haben. Um Zweifel zu vermeiden, möchte ich Sie darüber aufklären, daß wir erstens eine Bonzenversammlung sind,

(Zuruf: Das wissen wir schon!)

daß wir zweitens anscheinend auch eine Schieber- und Wucherergesellschaft,

(Hört, hört!)

vor allen Dingen eine Schwarzhändlergesellschaft sind. Es wurden, wie mir gesagt wurde, sogar im Radio z.B. diese und ähnliche Nachrichten, die ich Ihnen ganz kurz wiedergeben möchte, durchgegeben.

(Zuruf Ministerpräsident Dr. *Ehard*.)

Man spricht zwar nicht von den 1,5 Millionen; aber man spricht z.B. davon, daß sich ein Waggon der Reichsbahn, der als mit Sauerkraut beinhaltet deklariert wurde, durch irgendeine Ungeschicklichkeit beim Verladen oder beim Rangieren geöffnet hätte, daß eine Kiste aufgegangen wäre und man daraufhin feststellen hätte können, daß Butter statt Sauerkraut nach Marktredwitz verschoben worden sei, ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, in dem wir hier die Landesversammlung haben.

(Heiterkeit.)

Dann möchte ich noch mitteilen, daß wir uns gegenwärtig von zwei sehr fetten schwarzgeschlachteten Ochsen

(Heiterkeit.)

und einem ebenso gut genährten Schwein ernähren, das ebenfalls schwarzgeschlachtet ist.

(Zuruf: Das waren aber sicher rote Ochsen!)

Man hat bisher immer versucht, einzelne von uns, die irgendwo exponiert waren, durch einen sehr systematisch angelegten Denunziationsfeldzug zu erledigen. Nun geht man, weil man anscheinend die große Gefahr erkennt, die von der Union für bestimmte andere Parteien[4] ausgeht, so weit, die offizielle Körperschaft der Landesversammlung in der deutschen Öffentlichkeit ganz bewußt zu disqualifizieren.

(Pfui-Rufe.)

Man versucht, uns schlecht zu machen, um wieder einmal im Trüben fischen zu können.

(Zuruf: Wir kennen ja die Brüder!)

Meine Freunde, wir kennen sie; aber ich habe den Eindruck, daß wir, gerade wenn wir in der heutigen Notzeit, wo die Menschen so leicht irgendwelchen Gerüchten nachlaufen und irgendwelchem Schlechtmachen verfallen können - denken Sie an 1932! -, als die höchste Körperschaft der CSU insgesamt angegriffen werden, hiergegen offiziell auch entsprechende Gegenschritte unternehmen müssen, um diesen Dingen von vorneherein die Spitze abzubrechen.

(Beifall.)

Ich glaube, wir haben das Vorrecht, sagen zu dürfen, daß wir jeden Kampf - den politischen Kampf und den sonstigen Kampf, auch den Wahlkampf - in Bayern durchwegs fair und anständig geführt haben.

(Zurufe: Sehr richtig! - Leider! - Zu fair!)

Diese Anständigkeit verführt aber unsere politischen Gegner immer dazu zu glauben, daß wir weich und schwach sind.

(Zustimmende Zurufe.)

Ich bitte Sie und bitte den Herrn Landesvorsitzenden, noch in diesem Augenblick durch eine Resolution oder durch irgendeine entsprechende Erklärung an die - Gott sei Dank anwesende - Presse, an die DENA usw., die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen, um diese Dinge mit einem anderen Ton zu beantworten, als man ihn bisher im gegnerischen Lager von uns gewöhnt war.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Parteifreund *Kastner* hat zu diesem Punkt das Wort.
*Kastner*: Meine sehr verehrten Parteifreunde! Ich hatte nicht vor, Sie anläßlich Ihres Besuches in unserer Stadt mit dem alltäglichen Gewäsch des politischen Lebens zu langweilen. Nachdem aber mein hochgeschätzter Herr Vorredner, der stellvertreten-

[4] In der Vorlage: "Praktiken".

de Fraktionsführer Dr. *Rindt*, Veranlassung nahm, auf diese Dinge einzugehen, fühle ich mich als Vorsitzender des Ortsverbandes Marktredwitz der Christlich-Sozialen Union verpflichtet, zu diesen Ausführungen einige grundsätzliche Bemerkungen zu machen.

Wir in Marktredwitz haben, als uns der Auftrag zuteil wurde, Sie gestern und heute als Gäste zu empfangen, zu bewirten und unterzubringen, alles dazu getan; über alle Schwierigkeiten hinweg haben wir in der breitesten Öffentlichkeit unserer kleinen Stadt Verständnis gefunden.

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Wir wußten, daß unsere politischen Gegner in ihrem alten Ladenhüter-Schrank noch einige unverbrauchte Flugblätter aus dem Jahre 1932 auf Lager hatten, Grammophonplatten, die schon längst abgespielt waren, die aber gut genug waren, um für Sie die Eingangsouvertüre zu spielen. Als man uns am Anfang der abgelaufenen Woche mit den Gerüchten über den Waggon mit Butter, deklariert als Sauerkraut überschüttet hat, da habe ich anläßlich einer Versammlung in Nagen (?), als Parteifreunde mich frugen, wie das mit den Butterschiebungen in Marktredwitz stehe, während man in Oberfranken keine Butter bekomme, nur ironisch erklärt: Ich brauche, wenn am Mittwoch mein persönlicher Waggon Butter ankommt, ein paar Personen, um mitzuhelfen, ihn auszuladen, da ich durch die Organisationsarbeit verhindert bin, es selbst zu tun. Und als man davon sprach, daß die Fleischkürzungen oder gar der Fleischentzug - verursacht durch die schwere Ernährungskrisis, die unser hochverehrter Herr Ministerpräsident gestern abend bereits streifte - durch die CSU-Landestagung hervorgerufen sei, habe ich den Leuten vorgerechnet, daß diese Normalverpflegung eben auch unseren demokratischen Parteien anderer Fakultät gewährt wird und gewährt wurde und daß wir als die stärkste und die Regierungspartei für uns natürlich dasselbe Recht in Anspruch nehmen. Ich habe ihnen erklärt, daß die ganze Verpflegung für Sie, meine hochverehrten Gäste und lieben Freunde, lediglich ein halbes Rindvieh ausmacht; und diese Quatscher sind nicht nur ein halbes Rindvieh, sondern ein Generalrindvieh!

(Heiterkeit.)

Und ebenso die, die sagen, daß die CSU-Landesversammlung die Fleischversorgung Bayerns gefährde.

Daß irgendwelche noch nicht klar festgestellte Freunde einen Lockschuß in Form eines abgezogenen Flugblattes abgegeben haben, das sie uns gestern morgen in den Briefkasten steckten, das lassen Sie meine Sorge sein! Das gibt mir Anlaß, bei dem künftigen Wahlkampf zur Stadtratswahl mit den Hintertreppen- und Rattenpolitikern aufzuräumen, die sich bisher nur an einer Freistatt ernährt und auf Kosten der Union gelebt haben.

(Lebhafter Beifall.)

Ich habe vorhin erklärt: So saubere Männer als unsere derzeitige Staatsregierung, als unser hochverehrter Herr Ministerpräsident Dr. *Ehard* und seine Mitarbeiter, wie die Staatsminister *Pfeiffer*, *Hundhammer*, *Seidel*, *Ankermüller*, *Krehle* und wie sie alle heissen, habt Ihr in Euren Reihen noch nicht aufzuweisen gehabt!

(Beifall.)

Und wenn Eure Minister früher durch Polizeischutz und unter Polizeigeleit

(Zuruf: Pension *Hoegner*!)

irgendwo hingestellt worden sind, dann dürfen wir das auch für uns verlangen, nicht weil wir uns vor Euch fürchten, sondern weil es ein Gebot des Anstands und des bürgerlichen Takts in der Demokratie ist. Wir lassen es uns einfach nicht verbieten, höflich und anständig zu sein. Wegen der Fettknappheit und der Fettlei[b]igkeit wollen wir erst einmal Untersuchungen anstellen, wer den größeren Ranzen trägt.

(Heiterkeit.)

Da werden wir auch einmal auf die Forderung zurückkommen, daß wir den Weg der Demokratie vollständig gehen wollen. Wir werden es künftig unter keinen Umständen mehr dulden, daß wir die Regierung bilden und die anderen um die Kugel schieben. Wir verlangen, daß auf der Kegelbahn Kegel und Keil eine Linie sind.

(Beifall.)

Den Vertretern der verehrten Presse möchte ich sagen, sie möchten nicht allen Dreck aufnehmen, sonst müßte das den Glauben an die Gerechtigkeit diffamieren.

(Erneuter starker Beifall.)

Wenn ich in meinen alten Akten von 1932 nachlese, kommt es mir vor, wie ein gelinder Traum, wie wenn man zwei, drei Stunden geschlafen hätte, und der Dreck ist derselbe und die Kiste ist die gleiche. Damit kommen wir nicht weiter. Entweder wir sind gewillt, als anständige Menschen im Staate Demokraten zu sein, oder wir vernichten dieses Ideal, indem wir uns in einen Schmutzbereich begeben. Mögen die andern in die Dreckpfütze steigen! Die Christlich-Soziale Union wird sich, getreu ihrer Firma, künftig positiv im christlichen Sinne betätigen. Wir müssen uns einig sein, müssen sozial arbeiten für unsere schwer schaffende Arbeiterschaft, für die Union, für die Einigkeit auch unseres schwer ringenden Vaterlandes. Gott gebe, daß mit uns Bayern bald eine bessere Auferstehung erlebe!

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke unserem Parteifreund *Kastner*. Ich darf, bevor ich dazu Stellung nehme, dem Landesgeschäftsführer das Wort zu einer kurzen Feststellung geben.

Dr. *Schedl*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zusatzverpflegung, die Sie hier bekommen, ist genau die Verpflegung, die nach den gekürzten Sätzen für alle Tagungen ausgegeben wird. Die Regelung ist bizonal. Bedauerlicherweise sind wir als erste Tagung unter die neuen Kürzungen, die verständlich sind, gefallen. Mehr als irgend jemand anders haben wir wenig bekommen. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, was allen anderen recht ist, das könnte der stärksten Partei Bayerns nicht mehr als billig sein. Aus diesem Grund habe ich um die Zusätze nachgesucht und sie ohne weiteres bekommen. Es ist gar nichts da, was irgendwie von hintenherum gekommen wäre. Alles, was gekommen ist, kann jeder nachprüfen und kann jeder auch haben, wenn er eine Tagung abhält.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf im Anschluß an diese Debatte, die ich deswegen herbeigeführt habe, weil ich Gerüchtebildungen entgegenwirken wollte, folgendes erklären: Ich glaube, Sie sind mit mir einverstanden, wenn ich im Namen der Christlich-Sozialen Union all diese gemeinen Verdächtigungen zurückweise, wenn ich feststelle, daß grobe Unwahrheiten im politischen Kampf verwandt werden und daß wir diese unfairen Kampfmethoden ablehnen.

(Bravo-Rufe.)

Wir wollen uns nicht zu lange dabei aufhalten. Ich darf aber die Presse bitten, in dem Fall ihrerseits wirklich auch Diener der Wahrheit zu sein.

(Beifall.)

Sonst könnte es dahin kommen, daß wir eines Tages vielleicht gemeinsam aussprechen müßten: Armes deutsches Volk, Du hast dich in der Zeit der schlimmsten Not schlecht benommen! Ich glaube, wir, die wir alle in der gleichen Not sind - Sie von der Presse genauso wie wir, die wir in der Öffentlichkeit oder sonst an irgendeinem Platz stehen -, wollen uns alle diesen Vorwurf später nicht machen lassen, daß wir in der Notzeit auf Gemeinheiten gekommen sind, daß die Moral des Volkes noch mehr verfallen ist, als sie in der Hitlerzeit verfallen war.

(Sehr gut!)

Wir wollen gemeinsam daran arbeiten, daß auch in dieser Hinsicht wieder ein Aufbau der Moral eintritt und daß wir wieder feste Begriffe bekommen. Zu diesen Begriffen gehört aber, daß Lüge im politischen Leben genauso verboten sein muß wie im Leben, das jeder normale Mensch für sich führt.

(Zustimmung.)

Es gibt keine zweierlei Moral; es gibt keine Moral für die öffentliche Meinungsbildung und keine Moral für den Menschen als solchen, die verschieden davon ist.

(Bravo-Rufe.)

Wir wollen dahin kommen, daß wieder gesunde Begriffe ein gesundes Fundament für die öffentliche Meinung sind.
Ich darf das jetzt vielleicht bereits vorwegnehmen, bevor ich zu den anderen Themen Stellung nehme, und darf damit diesen Punkt für uns als abgeschlossen betrachten. Ich halte es für unzweckmäßig, eine eigene Resolution hier zu beschließen; ich glaube, die Feststellung genügt.
Im Anschluß daran, nachdem wir etwas Unangenehmes erlebt haben, darf ich mich dann wieder einer angenehmen Aufgabe zuwenden. Es ist heute, leider verspätet - ich darf annehmen, durch besondere Verhältnisse verspätet -, noch Herr Staatssekretär *Strauß*, der Vertreter des Landesverbandes Hessen der CDU, eingetroffen. Es ist ferner Herr *Ziegler*, der Vertreter des Landesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union in Südbaden und Ministerpräsidenten *Wohleb*, eingetroffen.

(Beifall.)

Ich darf die Freunde begrüßen und vielleicht zuerst Staatssekretär *Strauß* das Wort zu einer kurzen Begrüßung geben.
Staatssekretär *Strauß*: Meine sehr verehrten Freunde! Der Landesverband Hessen der Christlich-Demokratischen Union entbietet Ihnen durch mich seine besten Grüße und Wünsche. Ich muß Sie aber bitten, mich nur als einen Ersatzmann zu betrachten. Der Vorsitzende des Landesverbandes, Minister Dr. *Hilpert*, hatte den innigen Wunsch, an Ihren Beratungen teilzunehmen, um so mehr, als er selbst ein Sohn dieser fränkischen Erde ist; seine Geburtsheimat ist Wunsiedel, das in unmittelbarer Nähe liegt. Er ist im letzten Augenblick durch dringende Kabinettsberatungen verhindert worden, hier unter Ihnen zu erscheinen, und hat mich beauftragt, seine Stelle einzunehmen. Ich habe infolgedessen gestern an Ihren Beratungen nicht teilnehmen können und kann Sie erst heute begrüßen.

Wir Hessen legen besonderen Wert darauf, bei Ihren Veranstaltungen vertreten zu sein, verbinden uns doch mit Ihnen besonders innige Bande. Ihr Land, Württemberg-Baden und Hessen waren die ersten deutschen Länder, die nach dem Zusammenbruch wieder zu einem eigenen staatlichen Leben gekommen sind. Bezeichnend ist, daß das nicht nur in allen drei Ländern gleichzeitig erfolgte, sondern daß diese Länder den ersten Schritt in eine neue Zukunft von vorneherein gemeinsam antraten. Sie haben sich bereits im Herbst 1945 im Stuttgarter Länderrat gefunden und haben in allem Notwendigen ihren Weg einheitlich und gemeinsam beschritten. Es war für mich eine besondere, auch persönliche Freude, von Herrn Minister *Hilpert* zu Ihnen entsandt zu werden, denn es war mir vergönnt, in Zusammenarbeit mit Ihren Herren, die zugleich die führenden Männer des Bayerischen Staates waren, an dieser Arbeit in Stuttgart mitzuwirken.
Hessen und Bayern sind benachbart. Gerade in Franken darf ich das erwähnen, da der Menschenschlag in Franken und in dem größten Teil von Hessen ja ein sehr verwandter ist. Wir blicken, wie alle anderen Landesverbände Deutschlands, mit besonderer Hoffnung auch auf das Schicksal und die Zukunft der Christlich-Sozialen Union Bayerns. Wir sind uns im Süden und Norden alle bewußt, daß die Christlich-Soziale Union Bayerns einer der Hauptpfeiler, wenn nicht *der* Hauptpfeiler, einer christlich-demokratischen Politik in ganz Deutschland ist. Wir wissen, daß das Schicksal der anderen Landesverbände mit dem Ihrigen eng verbunden ist und von ihm abhängt. Wir wünschen daher, daß die weitere Entwicklung Ihrer Partei zu einem geschlossenen, in sich geschlossenen Landesverband sich in Bahnen vollzieht, die zugleich das Schicksal der Gesamtpartei der Christlich-Sozialen und Christlich-Demokratischen Union Deutschlands bestimmen. Denn wir in den andern Ländern halten den Zeitpunkt für gekommen, wo unser Verhältnis einer Verbindung bedarf.
Wir sind - das wissen wir - im Gedanklichen alle weitestgehend einig. Wir müssen es aber auch im Organisatorischen sein. Und ich hoffe, Ihre Tagung möge dazu beitragen, daß aus den verschiedenen Unionen der einzelnen Landesverbände möglichst bald eine Gesamt-Union für alle Länder Deutschlands wird. In diesem Sinne wünsche ich Ihren Beratungen einen guten Fortgang und einen vollen Erfolg.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Staatssekretär *Strauß*. Ich darf nachholend noch bemerken, daß Staatssekretär *Strauß* der Vertreter unseres Parteifreundes Dr. *Semler* als Direktor für Wirtschaft ist. Ich danke ihm und bitte, unseren Freunden der CDU in Hessen unsere Grüße zu bestellen und ihnen zu erklären, daß wir gerne bereit sind, mit der CDU in Hessen sowohl für die amerikanische Zone, wie für den Aufbau einer Union Deutschlands zusammenzuarbeiten.
Ich darf dann Herrn *Helmut Ziegler* als Vertreter der Christlich-Demokratischen Union von Südbaden das Wort erteilen.
*Ziegler*: Sehr verehrte Damen und Herren, meine lieben bayerischen Freunde! Es ist mir eine besondere Ehre und eine große Freude, Sie heute hier im Namen der CDU Badens aus der französischen Zone begrüßen und Ihnen für Ihre Landesversammlung alles Gute und einen guten Verlauf wünschen zu dürfen. Gerne wäre unser Landesvorsitzender, Herr Staatspräsident *Wohleb*, selbst heute bei Ihnen erschienen, aber es war ihm durch die Umbildung und Neubildung unserer badischen Regierung nicht möglich.
Ich habe eine weite Reise hinter mir, und es ging nicht ohne Schwierigkeiten. Ich möchte das nur zur Entschuldigung sagen, daß ich erst heute morgen und nicht schon

gestern gekommen bin. Aber trotz aller Schwierigkeiten und gerade deshalb möchte ich betonen, daß wir einen Wert, einen großen Wert sogar, darauf legen, auch drüben von unserer Südwest-Ecke, vom Oberrhein her, in enge und herzliche Verbindungen und Beziehungen mit Bayern und mit der Christlich-Sozialen Union Bayerns [zu] gelangen.

(Zustimmung und Bravo-Rufe.)

Ich kann Ihnen sagen: Trotz aller Verleumdungen, von denen wir ja vorhin gehört haben und die leider in sehr reichem Maße durch die deutsche Presse gehen, blickt man bei uns auch heute noch immer mit einem gewissen Vertrauen und mit einer gewissen Ehrfurcht hinüber nach Bayern, gleichsam auf unseren großen Bruder.

(Beifall.)

Bayern ist uns gerade in staatspolitischer Hinsicht ein besonderes Vorbild gewesen. Bayern ist der Ort des deutschen Föderalismus,

(Beifall.)

und Sie wissen, daß auch bei uns, wenn auch vielleicht in bescheidenerem Rahmen, der Föderalismus eine Wohnstatt, ein Heim hat.
Und gerade deshalb darf ich Ihnen sagen: Zeigen Sie sich stets des Vertrauens, das wir auf Bayern und auf seine Christlich-Soziale-Union setzen, gerade in dieser Hinsicht für würdig. Dann kann Bayern wirklich zu einem richtungweisenden Eckpfeiler eines neuen deutschen Bundes und zu einem Land werden, an dem Deutschland genesen kann.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Herrn Staatsrat *Ziegler*. Ich bitte, den Freunden der Christlich-Demokratischen Union in Südbaden unsere Grüße zu überbringen und die Bereitschaft zu gemeinsamer Arbeit.
Ich darf im Anschluß daran, um Gerüchtbildungen zu vermeiden - ich richte mich in diesem Falle in erster Linie an die Herren und Damen auf der äußersten Rechten -, bekanntgeben, daß *Schlögl* uns ein Telegramm geschickt hat, daß er leider verhindert ist, zu kommen, weil er wirklich - und man kann es glauben - in Frankfurt aufgehalten ist. Alle Kombinationen, die in dieser Richtung gehen, sind haltlos. Das darf ich hier gegenüber der Presse feststellen.
Meine lieben Freunde! Wir treten dann in die Behandlung der Tagesordnung ein. Für heute ist zum Beginn der Tagesordnung vorgesehen mein Bericht über die Tätigkeit der Union im letzten Jahr, über die Grundlinien, die sie eingehalten hat, über die Grundlinien der Politik der Union, die sie einhalten wird für den Fall, daß Sie mir wieder bei der Wahl das Vertrauen geben werden. Wir haben gestern bei Besprechung des sogenannten Präsidialprinzips davon gesprochen, daß der Landesvorsitzende unserer Partei gewisse Vollmachten hat dadurch, daß er von der Landesversammlung gewählt ist und daß daher diese Vollmachten über das Maß der Vollmachten der anderen Vorstandsmitglieder hinausgehen. Deswegen hat diese Landesversammlung die besondere Aufgabe, hier nach bestem Wissen und Gewissen eine Entscheidung zu treffen, weil durch diese Wahl die Weiterentwicklung der Union wesentlich mitbestimmt wird.
Nach dem Referat werde ich meinen Rücktritt erklären. Es wird dann die Wahl stattfinden. Ich darf jetzt vielleicht schon um Ihr Einverständnis bitten - um die Vorberei-

tung zu treffen -, daß nach meinem Rücktritt den Vorsitz unser Parteifreund *Horlacher* als Mitglied des Vorstandes übernimmt. Es ist von der ersten Landesversammlung an bei uns immer so gehandhabt worden, daß ein Mitglied des engeren Vorstandes an meine Stelle hier tritt. Bisher war das unser Parteifreund Dr. *Muhler*. Er kann heute leider nicht dasein. Ich glaube, Ihr Einverständnis annehmen zu können, wenn ich den Präsidenten des Bayerischen Landtages bitte, daß er angesichts seiner großen Erfahrungen, angesichts aber auch der Tatsache, daß er im Vorstand bisher aufs engste mit uns zusammengearbeitet hat, dann den Vorsitz nach meinem Rücktritt bis zur Neuwahl eines Parteivorsitzenden führt.

(Beifall.)

Ich darf jetzt durch Sie eine Wahlprüfungskommission bestellen lassen. Um nicht länger aufzuhalten, darf ich vielleicht vorschlagen, daß Parteifreund *Blum*, der Ehrenschriftführer dieser Versammlung ist, Mitglied dieses Wahlausschusses ist. Das letzte Mal war als Flüchtlingsvertreter unser Parteifreund *Rinke* Mitglied des Wahlausschusses. Wenn Sie einverstanden sind, darf ich vielleicht *Rinke* bitten, wieder im Wahlausschuß mitzuwirken. Ich würde dann vielleicht um den Zuruf eines Namens von Oberbayern bitten.

(Zuruf: *Strauß*!)

*Strauß* von Oberbayern! Darf ich noch um einen vierten, vielleicht von Schwaben, bitten.

(Zuruf: Dr. *Rindt*!)

Dr. *Rindt*! Und dann ein Mitglied der Fraktion.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: *Kurz*!)

Damit hat der Wahlausschuß fünf Mitglieder. Ich glaube, damit wäre er gerecht zusammengesetzt. Sind Sie mit dieser Zusammensetzung einverstanden, oder erhebt sich ein Widerspruch? Sie sind einverstanden.
Meine lieben Freunde! Dann darf ich mir mit Ihrem Einverständnis das Wort geben zu meinem Referat.
Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde!
In einer Zeit der Not und der Stürme hat sich die Union zu formen begonnen. Wenige Monate nach dem Zusammenbruch begannen die Besprechungen, die zu ihrer Gründung führten. Am 8. Januar 1946 wurde sie als Landespartei zugelassen. Am 30. und 31. März 1946 trafen sich erstmals die gewählten Vertreter aus ganz Bayern in Bamberg. Am 17. Mai 1946 trat in München erstmals die nach den Satzungen gewählte Landesversammlung der Union zusammen. Am 14. und 15. Dezember 1946 schuf die zweite Landesversammlung der Union in Eichstätt durch Annahme der Satzungen und des Programms der Union gesicherte Grundlagen für die weitere Arbeit.
Bis dahin kann man als die entscheidende Aufgabe der Union die der Sammlung aller Kräfte, die der Konzeption der Union nahestanden, bezeichnen. Es galt, aus dem Chaos der Zeit heraus die Menschen zur Arbeit für eine Idee zusammenzuführen, die ein klares und dauerhaftes Fundament für einen neuen geistigen und gesellschaftlichen Aufbau bilden konnte, die aber doch so umfassend und weit blieb, daß sie wirklich Aussicht hatte, einen so großen Teil unserer Bevölkerung zu sammeln, daß sie auch zahlenmäßig einen maßgebenden Einfluß bei der demokratischen Willensbildung sich versprechen konnte.

Etwa mit dem Zeitpunkt der Landesversammlung im Dezember 1946 verschob sich die zentrale innere Aufgabe der Union. Die Wahlen des Jahres 1946 hatten ihr durch das Vertrauen der Wähler eine eindeutige Majorität gegeben. Die Idee hatte sich durchgesetzt. Die Sammlung war vollzogen. Nun galt es, die vielfachen in ihr wirksamen Kräfte zu einer organischen Einheit zu verbinden und zusammenwachsen zu lassen. Leitgedanke für sie mußte das Grundprinzip der Union sein, die von Anfang an weniger eine Partei sein wollte, als eine Volksbewegung, getragen von den demokratischen, christlichen und sozialen Kräften unserer bayerischen Heimat im Zusammenwirken mit den gleichgerichteten Kräften unseres deutschen Vaterlandes.
Die regierungspolitischen Vorgänge der Zwischenzeit sind Ihnen bekannt. Im Dezember 1946 wurde in Bayern ein Koalitionskabinett gebildet. In den folgenden Monaten reiften in Bayern wesentliche Entscheidungen heran, daß ich es für richtig hielt, den Willen der Gesamtunion in einer außerordentlichen Landesversammmlung in Eichstätt am 30./31. August 1947 zum Ausdruck kommen zu lassen. Wir sind in der Union vor Auseinandersetzungen nie zurückgeschreckt, wenn sie notwendig erschienen. Wenn sich neues Leben bildet, sind Wehen unvermeidlich. Parteien, die immer nur Auseinandersetzungen vermeiden, laufen sehr bald [in] die Gefahr der Stagnation. Die Auseinandersetzungen müssen aber von dem positiven Willen, das gemeinsame Ziel zu fördern, getragen sein. Viele von uns glaubten mit mir, daß eine Unionsregierung das Verantwortungsbewußtsein aller Gruppen der Union so stärken würde, daß die Union instandgesetzt wäre, das Beste für das gesamte Volk zu erreichen. Der Beweis wurde durch den Tatsachenablauf erbracht. Denn als unmittelbar nach Eichstätt die SPD in Verkennung der Auseinandersetzungen in der Union, die nicht ganz in Einklang zu bringen sind mit Hannoveranischen Gewohnheiten und deswegen aus der Hannoveranischen Perspektive aus nicht richtig einkalkuliert wurden,

(Sehr richtig!)

uns die Chance gab zu friedvollem Zusammenwirken im Interesse des Volkes und die Koalition verließ, waren wir innerhalb einer Woche die einzige Regierungspartei in Bayern geworden, und die Regierung, die wir innerhalb der Frist von wenigen Tagen gebildet haben, hat bestimmt, bisher wenigstens, schon das eine dem Volke bewiesen, daß sie aktionsfähig ist, bestimmt nicht weniger als die vorhergehende Koalitionsregierung.

(Beifall.)

Diese Landesversammlung der Union hat die Bestimmung zu treffen über die Wahl des Landesvorsitzenden.
Sie hat zu entscheiden über die Richtigkeit der Politik der Männer ihres Vertrauens für das abgelaufene Jahr und über die Grundlinien der Politik für das folgende Jahr.
Die letzte ordentliche Landesversammlung hat über das Programm der Union beschlossen. Wir können heute rückblickend feststellen, daß wir keinerlei Veranlassung haben, von diesem Programm abzuweichen, daß wir es auch für die Zukunft als die Grundlinie unserer Arbeit betrachten werden.
Die Satzung der Union, wie sie damals beschlossen wurde, hat sich - das dürfen wir feststellen - ebenfalls im wesentlichen bewährt. Es sind einige Änderungen jetzt vorgenommen worden, die im Rahmen unserer Tagesordnung entschieden wurden.
Als eine Grundaufgabe der Union haben wir es, in einem gewissen Gegensatz zu früheren Parteivorstellungen, immer betrachtet und gleichzeitig als ein Prinzip unserer Arbeit beachtet, in unseren Menschen eine geistige Dynamik auszulösen, um sie dann

nach ihrer Abklärung in verfassungsmäßige Bestimmungen zu formen. Aus dieser Haltung heraus mußten wir uns auch bemühen, uns von der Gefahr der Namensflügel loszulösen, ebenso wie von der Gefahr regionaler Aufsplitterung und regionaler Eigenbröteleien und dahin zu wirken, daß für die Zusammenarbeit wie für die Auseinandersetzungen sachliche Gesichtspunkte maßgebend waren. Nur so konnten und können wir einen gesunden Ausgleich im Sinne des Zieles der Union erhoffen.
Basis und Endziel unserer Arbeit in der Union bleibt die geistige Erneuerung des Menschen im Sinne der christlichen Kulturvorstellung, bleibt die Durchbildung der Persönlichkeit, die sich nur Gott und durch Gott den Mitmenschen verantwortlich fühlt.
Diese Gründe waren der entscheidende Ausgangspunkt für die Schaffung der Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Union. Ich habe gestern im einzelnen die Arbeitsgemeinschaften entwickelt, und ich glaube, daß durch deren Weiterbildung die Union fest fundiert sein wird. Es wäre falsch, bei allen Betrachtungen über die Ziele und über die Politik einer Partei wie der Union, als einer gesunden Bewegung des Volkes, unsere Zeit gleichzusetzen mit der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg oder mit anderen schicksalhaften Epochen der neueren Zeit. Inzwischen hat sich unsere Staatsordnung und unsere geistige Situation grundlegend geändert. Seit dem Ersten Weltkrieg hat sich die Welt so mit Spannungen selbst geladen, daß auch der oberflächliche Betrachter erkennt, daß nicht nur die Organisation eines Landes oder die Beziehungen zwischen Ländern fragwürdig geworden sind.
Wir stehen in einer schmerzhaften Entwicklung von einer alten zu einer neuen Welt. Vergleiche ermöglichen uns etwa das Zeitalter der Völkerwanderung oder die Neuformung Europas nach der Entdeckung Amerikas, vor allem aber die Geschichte Roms in der Zeit des entstehenden Christentums. Auch damals war die Vermassung Symptom der sozialen Struktur und der totalitäre Zug, kommend aus der sozialen Unsicherheit einer niederbrechenden Wirtschaftsordnung und dem gleichzeitig sich zeigenden Drang zur Expansion, vermengte den Erlösungsgedanken in der geistigen Welt mit der cäsaristischen Machtvorstellung.
Wir haben in unserer Jugend vielleicht nicht begriffen, wie das Cäsarentum zur Macht kam und vor allem, welche gesellschaftlichen Wandlungen damit verbunden waren. Heute, nach dem Erlebnis des Nationalsozialismus, verstehen wir diese Zeit, bangend davor, daß Cäsarismus durch Cäsarismus, der Kaiser-Gott Claudius durch den Kaiser-Gott Nero abgelöst werden könnte, mit allen furchtbaren Auswirkungen auf die geistige Struktur des Volkes und der Menschheit.

(Sehr richtig!)

Denn mit dem Zusammenbruch des *Hitlerschen* Cäsarismus sind keineswegs noch alle Vorstellungen von einer kollektivistischen Machtballung aus den Gehirnen verschwunden, wenn auch die Vorzeichen vielleicht gewechselt haben oder wechseln werden. Wir erkennen heute, daß *Hitler* ein auslösender Dämon gewesen ist, der die Initialzündung gegeben hat, daß aber das Böse ihn überlebt hat.

(Sehr richtig!)

Wir hoffen, daß die Völker aus der Entwicklung lernen und erkennen, auf welche Weise sich jeder Cäsarismus kraft eines inneren Gesetzes durchzusetzen trachtet, wie rasch die Freiheit verloren sein kann, auch wenn dieser Prozeß getarnt wird durch formaldemokratische Oberfläche, wie oft jeder Cäsarismus Hand in Hand geht mit einem expansiven Nationalismus, einst wie heute.

(Sehr richtig!)

Schon einmal, nach *Schlageters* Tod, hat *Radek* in seinem berühmten Brief das große Bündnisangebot des Kommunismus an den deutschen Nationalismus gemacht.
So ist unser Kampf um eine geistige Überwindung des Kollektivs in jeder Form, um eine demokratische, also dem Cäsarismus entgegengesetzte Staats- und Gesellschaftsform identisch mit dem Kampf um menschliche Freiheit schlechthin.

(Beifall.)

Uns geht es bei allen praktischen Problemen des Lebens um diesen Kampf um eine wirkliche Freiheit. Um nur einen Einzelfall zu nehmen: Auch im Rahmen unseres Kampfes um eine gesunde, vernünftige Denazifizierung kämpfen wir um geistige Freiheit unseres Volkes von der Vergangenheit.

(Bravo-Rufe.)

Wir kämpfen um die Loslösung des einzelnen gegenüber dem Phantom kollektiver Schuld und kollektiver Strafe.

(Lebhafter Beifall.)

Die Amerikaner müssen verstehen, so wie wir verstehen, daß sie nicht ein drittes Mal über den Ozean wollten und daß sie deswegen mit bestimmten Erscheinungen wie der des expansiven Nationalismus bei uns aufräumen wollten, daß unsere Forderung, die Denazifizierung so bald wie möglich zu bereinigen, auch bestimmt war durch den Willen, das Phantom kollektiver Schuld und kollektiver Strafe zu beseitigen. Die nichtlizenzierte Partei der Verzweifelten ist heute in Deutschland auf dem Wege zur Majorität.

(Sehr gut! Desto stärker wird die Bayernpartei!)

Auch im Rahmen des Wirtschaftlichen kämpfen wir um die Freiheit unseres Volkes von Furcht und von der Not des Alltags.
Wir müssen die geistigen und sozialen Grundlagen der neuen Welt gewinnen, wenn ihr Signum das des Christentums sein soll. Das Schwergewicht der Masse, der Materie, das dem Geist entgegenwirkt, belastet heute in der Zeit der Not die Verwirklichung der Idee. Der Mensch besteht aus Leib und Seele. Solange er lebt, sind beide nicht zu trennen. Ihre Gemeinschaft ist eben der Mensch. Das alte Wort ist berechtigt, daß eine gesunde Seele sein soll in einem gesunden Leibe. So müssen wir zunächst auf das leibliche Wohl der Menschen bedacht sein, gleichermaßen wie auf ihre Seelsorge. Wenn wir für ihre Seele sorgen wollen, müssen wir sie zunächst vor der Not schützen, bevor wir ihnen geistige Nahrung bieten. Jeder Idealismus, der das verkennt, ist in Gefahr, in der breiten Schicht der Hungernden der Lächerlichkeit zu verfallen.

(Sehr richtig!)

Der wird der beste Politiker sein, der Idealismus der Idee mit dem Realismus der aktiven Tat in der Politik verbinden kann.

(Sehr richtig!)

In der Wirtschaftspolitik ist es notwendig, konkret den Alltag zu betrachten, konkret das Morgen zu kalkulieren. Ein guter Wirtschaftsaufbau ist die conditio sine qua non. Für den Aufbau der Staats- und Gesellschaftsordnung ohne tragende Wirtschaftsbalken gibt es keine gesunde politische Demokratie.

(Sehr richtig!)

Weder Monopolkapitalismus noch privatwirtschaftlicher Liberalismus noch der Gewerkschaftsmonopolismus können Dogmen für die Wirtschaft werden.

(Beifall.)

Die Propheten dieser Dogmen aus alter Zeit haben sich durch die Gegenwartsentwicklung überlebt. Wir würden erwarten, daß jeder die Konsequenz aus dieser Tatsache zieht und daß jeder in der konkreten Tagespolitik das sieht, was dem Volk not tut,

(Sehr richtig!)

daß jeder erkennt, daß unser Volk verflucht arm geworden ist, daß die Substanz nach zwei Kriegen so zusammengeschrumpft ist, daß Substanzförderung und Substanzerhaltung die erste Aufgabe des wirtschaftenden Menschen ist.

(Sehr richtig!)

Derjenige, der durch Arbeit, in welcher Position er auch stehen möge, die Produktion steigert, um die Substanzbildung zu fördern, dient dem Volke,

(Beifall.)

nicht der Prophet, der alte Dogmen in neuer Gestalt schmackhaft zu machen versucht.

(Sehr richtig!)

Wenn wir in den letzten Tagen Erschütterungen bei uns in Bayern erlebt haben, wenn die Erschütterungen über ganz Deutschland hinweggegangen sind, so können wir dabei eines feststellen: Es ging und geht unserem Volk nicht darum zu demonstrieren, auf der Straße zu demonstrieren, von einer Partei gegen die anderen. Und wenn die Gewerkschaften ehrlich geredet hätten, dann hätten auch sie erklären müssen, als sie die Regierung mit der Schuld für die Gegenwart belastet haben: Sie haben den Esel geschlagen und haben den Bauern gemeint.

(Sehr richtig!)

Als Esel haben sie uns, die Regierung, behandelt, in völliger Verkennung der Tatsache, daß wir zu arbeiten versucht haben. Der Bauer, den sie gemeint haben, waren die Amerikaner.

(Stürmischer Beifall.)

Ich liebe immer eine offene Sprache, auch wenn man bei der nächsten Demonstration mit Hunderttausend neuerdings schreit, daß man mich aufhängen will.

(Zuruf: Nazimethoden!)

Ich war schon einmal am Galgen gestanden, und ich schrecke nicht vor diesem Weg zurück, wenn ich mich durch mein Gewissen verpflichtet fühle, mich hinzustellen und die Wahrheit zu sprechen.

(Stürmischer Beifall.)

Die Gewerkschaften mögen bedenken: Auch wir wissen genau die Hintergründe ihres Denkens. Wir wissen, daß sie den Radikalismus auffangen wollten. Sie hätten uns das ruhig allen in der Presse eröffnen können. Aber sie mögen eines nicht verkennen: Im Wettlauf des Radikalismus siegt der Radikalste.

(Sehr richtig!)

Es ist, wenn ich das Wort von vorhin aufnehmen darf, interessant, wie sich der Radikalismus von rechts und links paart. In der Zirkus Krone-Versammlung, bei dem Schautheater der Bayernpartei, wurde gedroht, daß ich aufgehängt würde. Bei der Gewerkschaftsdemonstration am Königsplatz in München wurde die gleiche Drohung ausgesprochen.

(Hört, hört!)

Gleiche Kampfmethoden, gleiche billige Ziele.

(Zuruf: Wie 1932!)

Auch damals - und da hat der Zwischenrufer recht - paarten sich Rechts- und Linksradikalismus und die Demokratie starb an dieser Kreuzung.

(Beifall.)

Wir wollen nüchtern bleiben. Meine lieben Freunde, ich nehme im allgemeinen diese Dinge nicht so tragisch. Denn von der Drohung des Aufhängens bis zum Zappeln am Galgen - und das habe ich buchstäblich ausprobiert - dauert es immer noch etwas länger als die Leute meinen. Ich habe auch damals, als ich buchstäblich zum Galgen ging und als ich gefesselt war, den wahren Galgenhumor nicht verloren. Gelegentlich dürfte sich ein solcher Galgenhumor auch für uns in dieser Notzeit empfehlen. Wir würden dann vielleicht leichter mit dem Alltag fertig werden.
Aus dem Galgenhumor heraus möchte ich den beiden radikalen Gruppen jetzt etwas sagen: Gott, manchmal nimmt man bei uns die Bayernpartei tragisch und ernst. So arg ernst nehme ich sie nicht in der Konkurrenz. Denn wir haben ja schon eine Partei, die mit ähnlichen Methoden gekämpft hat, erlebt. Und auch *Loritz* redet jetzt nur aus dem Hintergrund heraus.

(Sehr richtig!)

Auch dieses Geschrei, wie es jetzt vom Zirkus Krone her ertönt ist, wird sich eines Tages überleben angesichts der Tatsache, daß ganz andere Probleme Grundlage der Entscheidungen auch in Bayern sein werden.

(Sehr richtig!)

Und so möchte ich den Herrschaften, die ihre Vorstellungen im Zirkus Krone gegeben haben, vielleicht nur eines als Antwort sagen, wenn man mit etwas Humor ihre Kundgebungen liest, wenn man davon hört, wie [sie] sich zum Beispiel zur lächerlichen Phrase hinreißen lassen, ich würde nach Karlshorst fahren zum Befehlsempfang, und wenn sie ähnliche trübe Mätzchen machen - man hat ja auch von dieser Seite einmal schon behauptet, ich würde von *Molotow* mit vier bis fünf Millionen bestochen sein für meine Politik in Bayern usw.: Sie möchten doch die Bergpredigt besser studieren und möchten statt des Wortes "selig sind die Armen im Geiste" das Wort setzen "selig sind die Armen an Geist".

(Heiterkeit.)

Den Radikalen von der anderen Seite her, die am Königlichen oder Königsplatz in München, je nachdem ob alte oder neue Zeit, mich aufhängen wollten, darf ich eines sagen: Ihr habt doch aus der Not heraus demonstriert, Ihr wolltet doch Fleisch haben. Glaubt Ihr, wenn Ihr mich aufhängt, dann gewinnt Ihr damit Fleisch? Menschenfleisch ist eine schlechte Kost, und ich glaube, daß in dieser Hinsicht mein Fleisch

nicht besser ist als anderes Fleisch. Bekanntlich kann man aus dem Corpus, wenn man wirklich materialistisch, nach der wirklich guten materialistischen Auffassung arbeitet, bestenfalls Seifenlauge machen. Ich würde hoffen, daß selbst alle die Freunde dieser Seite im politischen Leben, die dort stehen, eine *Müller-Sepp*-Fettseife aus Reinlichkeitsbedürfnis zurückweisen würden.

(Große Heiterkeit.)

Meine lieben Freunde! Wir wollen zum Ernst zurückkehren. Aber ich konnte es mir nicht ersparen, meinen Gegnern vorher zu sagen, wie ernst ich sie nehme. Das habe ich soeben bewiesen.

(Heiterkeit.)

Viel wichtiger ist es, daß sich die Gegner mit uns überlegen, daß sich bei einem Lebensstandard von 1550 Kalorien

(Zuruf: Auf dem Papier!)

auf dem Papier eine Dauerzwangswirtschaft nicht aufrechterhalten läßt.

(Lebhafte Zustimmung.)

Man kann da bestenfalls durch Gesetzesbestimmungen die natürliche Entwicklung flicken. Flickwerk aber wird nicht ausreichen für die Behebung der Wirtschaftsnot. Die menschliche Natur wird darnach drängen, diese Zwangswirtschaft im einzelnen zu überwinden und die Bestimmungen des Rechtes zu durchlöchern.

(Sehr richtig!)

Es könnte uns nichts Schlimmeres passieren, als wenn durch diese Entwicklung unserem Volke noch endgültig und restlos auch das Rechtsbewußtsein verloren ginge.

(Sehr gut!)

Die englische Zeitung Manchester Guardian hat die wirkliche Lage im heutigen Deutschland nüchterner erkannt als die aus machtpolitischen Gründen den Streikbefehl gebende Münchner Gewerkschaftsführung, als die Zeitung schrieb: Die Strenge des Gesetzes kann gegen die verbrecherischen Neigungen einer Minderheit wirksam werden. Aber gegen ein ganzes Volk gewandt, das getrieben wird von der Not, führt sie sich selbst ad absurdum.

(Sehr richtig!)

Nach unserer Auffassung genügt es nicht, nur mit Einzelmaßnahmen zu helfen, nach unserer Meinung ist es notwendig, daß wir wirklich durchgreifende Hilfe bekommen und daß wir nicht nur das Flickwerk in der Wirtschaft überwinden durch Flickwerk im Rahmen des Rechtes. Wir müssen unsere Wirtschaft heute bestimmt noch planvoll leiten. Nach unserer Auffassung ist Wirtschaftslenkung nur möglich und berechtigt als Synthese zwischen staatlicher und privater Initiative. Und unserer Auffassung von Wirtschaftsdemokratie entspricht einerseits die Ausschaltung wirtschaftlicher Herrschaftsansprüche einzelner, aber auch von Gruppen oder des Staates, andererseits die weitgehende Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe. Not tut eine durchgreifende Entbürokratisierung der Wirtschaft und eine gleichzeitige Aktivierung der Persönlichkeit.

(Beifall.)

Hierzu ist eine Reform des Steuersystems unerläßlich.

(Sehr gut!)

Das Steuersystem von heute ist widernatürlich geworden und führt sich selbst ad absurdum.

(Beifall.)

Durch Änderung der Steuergesetzgebung muß ehrliche Arbeit wieder lohnend und sinnvoll werden.

(Sehr richtig!)

Das Ziel unserer Wirtschafts-, Sozial- und Staatspolitik ist gegenwärtig die Überwindung des Zwischenstadiums zwischen Krieg, Zusammenbruch und einem wirklichen Frieden.
In den Frieden weist schon der Marshall-Plan. Was würde aber der schönste Plan nützen, wenn der Anschluß an diese Friedenszeit nicht gelingt? Der Hauptschlüssel der Durchführung des Marshall-Plans liegt nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa im Ruhrgebiet.

(Sehr richtig!)

Der Marshall-Plan muß, wenn er eine wirkliche Lösung sein will, die Verbindung zur Zukunft herstellen. Wird der Anschluß an die Zukunft nicht erreicht, dann bleibt der schönste Plan Theorie. Die Hilfeleistung muß also so rechtzeitig kommen, daß die Brücke von der Gegenwart zur Zukunft geschlagen werden kann. Das Gesamtinteresse Europas im Ruhrgebiet verlangt sofortige und ausreichende Ernährungshilfe, damit die Produktion weiterläuft.
Unter diesem Aspekt des Marshall-Plans ist auch die Rede Dr. *Semlers* in Erlangen zu würdigen,

(Sehr gut! - Beifall.)

nicht unter den Aspekten, die uns allmählich von Konkurrenzseite mehr und mehr unterstellt werden und die gelegentlich bis an die Grenze der Gemeinheit gehen,

(Zuruf: *Reuter*!)

wenn man etwa dabei eine andere ausländische Macht immer so schön apostrophierend im Zusammenhang mit dieser Rede bringt.

(Beifall. - Zuruf: Sie hat gestimmt!)

Aufgrund unserer Weltanschauung sind wir freie Persönlichkeiten.

(Sehr gut!)

Wir treten ein für die Freiheit gegenüber jedermann.[5] Wir werden niemandem zuliebe oder zuleide als christliche Politiker unsere Politik gestalten, niemandem von aussen her. Wir werden keine Blockpolitik treiben, sondern wir werden als deutsche Politiker deutsche Politik gestalten.

(Lebhafter Beifall.)

Wir hoffen, daß durch die Debatte über die *Semler*-Rede und durch Klärung der Streitpunkte der Schleier des Mißverständnisses und Mißtrauens in der deutschen Bevölkerung beseitigt wird.

---

[5] In der Vorlage: "Jemandem".

Zu den schwierigsten Problemen gehört auch die Lösung der Währungsfrage. Sie ist zwar nicht unbedingt in der technischen Durchführung, aber in ihrer Gesamtplanung mit Steuerreform und Lastenausgleich verbunden, auch wenn diese drei Vorgänge nicht in einem Akt zusammenfallen werden, sondern wenn sie organisch, aber in rascher Folge aufeinander wirken werden. Wir stehen vor schwersten Entscheidungen, die vielleicht Veranlassung geben werden, auch im kommenden Jahre eine außerordentliche Landesversammlung einzuberufen. Dann, wenn es um den Lastenausgleich geht, dann, wenn es um ein gerechtes Steuersystem geht, kommt die Bewährungsprobe. Dann wird jeder Farbe bekennen müssen, wieweit er das Gebot Christi "Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst" ernst nimmt im praktischen Alltag, in der praktischen Realpolitik.

(Beifall.)

Die Gefahren des Hungernationalismus sind übergroß. Denn all das, was sich jetzt auch im Rahmen der Konkurrenz zeigt, ist immer und immer wieder zu subsumieren unter den Begriff des Hungernationalismus.

(Sehr gut!)

Not verführt zum Kollektivismus, wenn der Glaube des einzelnen an eine aktive Überwindung erlahmt und Hoffnungslosigkeit Platz greift. Die Not, gekennzeichnet durch den gegenwärtigen Lebensstandard, ist eine Not, die leicht zu kollektivem Handeln verführt. Wenn es uns nicht gelingt, im Zusammenwirken mit den Besatzungsmächten, um es konkret zu sagen, im Zusammenwirken mit den Amerikanern in absehbarer Zeit einen vernünftigen Lebensstandard zu erzielen, dann wird der Hungernationalismus so wachsen, daß auch wir nicht mehr damit fertig werden.

(Sehr richtig! Dr. *Kroll*: Es wird nur gelingen, wenn es die Amerikaner wollen!)

Es hat nicht viel Sinn, immer auch von amerikanischer Seite uns einseitig anzuklagen, weil wir angeblich die letzten Möglichkeiten, die Ernährungsreserven zu erfassen, nicht ausgeschöpft hätten.

(Sehr richtig!)

Es hat ebensowenig Sinn, wie es keinen Sinn hat, wenn wir nur die Mächte attackieren, weil nach der Meinung eines Großteils des Volkes nicht genügend Hilfe gegeben worden ist. All diese gegenseitigen Anklagen helfen uns nicht im Aufbau vernünftiger Zustände.

(Sehr richtig!)

Es hilft uns nur, wenn wir zusammenstehen und uns nicht gegenseitig anklagen.

(Sehr wahr!)

Wir können nicht dadurch das Elend beseitigen, daß wir die Schuld von einem auf den anderen schieben. Nur gemeinsam kann die Basis für eine Besserung erarbeitet werden. Wenn jemand ins Wasser gefallen ist, kommt es darauf an, ihn zunächst mit vereinten Kräften herauszufischen und nicht lange zu debattieren, wer die Schuld trägt, daß der arme Teufel ins Wasser gefallen ist.

(Sehr richtig!)

Die USA-Zwischenhilfe an Frankreich und Italien ist vor der Entscheidung über den Marshall-Plan gegeben worden. Sie zeugt von der realistischen Einsicht, daß schnelle

Hilfe im richtigen Ausmaß die Voraussetzung für das Wirksamwerden langfristiger Kredite ist. Wir unsererseits wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß wir kreditwürdig sind. Wir wollen nicht nur mit dem Wort an jeden einzelnen appellieren, daß er aufgrund des christlichen Gebotes, des christlichen Moralbegriffes verpflichtet ist, das Letzte für den Nächsten zu geben, wenn er noch irgendeine größere Reserve hat, als er vor seinem Gewissen verantworten kann. Wir wollen durch die Tat auch dafür helfen, daß jeder das Letzte gibt, und wir wollen die Schweine, die sich in der Notzeit des Volkes bereichern, wirklich auch dahin bringen, wohin sie gehören.

(Beifall. Zuruf: Alle gehören unter das deutsche Gesetz!)

Wir wollen dafür sorgen, daß wieder ein normales Rechtsbewußtsein Allgemeingut wird. Aber wenn ich mich verpflichtet fühle, die Korruption in jeder Weise zu bekämpfen - und ich habe das als Justizminister versucht durch die Einrichtung eines eigenen Antikorruptionsdezernates -, so darf ich auch hier wiederholen, was ich immer und immer wieder in Verhandlungen auch in Berlin an zuständiger Stelle betont habe: Solange nicht ein einheitliches Rechtsbewußtsein Allgemeingut innerhalb eines Territoriums ist, solange werden Zwangsmaßnahmen als ungerecht empfunden werden, weil sie dann nur einen Teil der dort wohnenden Bevölkerung treffen.

(Beifall.)

Wir verstehen vollkommen, daß die Militärregierung ihre eigenen Leute nicht dem deutschen Gesetz unterstellt. Denn es war kaum noch da, daß eine Besatzungsmacht unter die Rechtsordnung des besetzten Gebietes gegangen wäre. Aber mit Sorge erfüllt uns die Entwicklung um die DP-Lager. Deswegen müssen wir erwarten, daß in dieser Hinsicht das zweierlei Rechtssystem beseitigt wird.

(Beifall.)

In über 540 Fällen in einem Vierteljahre konnte die Polizei, als sie auf frischer Tat

(Hört, hört!)

den Leuten folgte, in DP-Lagern nicht wirksam durchgreifen. Denn sie muß dann immer noch die Zustimmung der MP einholen und bis dann die MP mitwirkt, vergehen 24 Stunden. Mittlerweile sind diese Verbrecher längst verschwunden.

(Hört, hört!)

Wir erwarten deswegen, daß die dort stehenden Menschen auf unser Existenzniveau kommen,

(Sehr richtig!)

um so mehr, als dort auch soundso viele sich befinden, die mehr Schuld an der Entwicklung der Vergangenheit hatten als ein Großteil unseres Volkes.

(Lebhafter Beifall.)

Wir erwarten, daß die Polizei diesen Verbrechern wie jedem anderen Verbrecher auch folgen kann. Ein Verbrecher ist und bleibt ein Verbrecher, gleichgültig ob er in einem DP-Lager oder in einer deutschen Wohnung wohnt.

(Beifall. Zuruf: Gäste des Führers waren sie!)

Wir erwarten, daß diese Verbrecher auch der deutschen Justiz unterstellt werden,

(Beifall und Zustimmung.)

daß kein Unterschied gemacht wird zwischen den in den DP-Lagern befindlichen und den außerhalb der DP-Lager befindlichen Menschen.

(Zuruf: Auch in der Ernährung!)

Vor dem Recht muß jeder gleich sein. Das ist eine conditio sine qua non für eine echte Demokratie.

(Beifall.)

Wir hoffen, daß auf diese Weise auch einmal die Hilfe gegeben wird, die wir benötigen, damit wir bei uns wieder auch einen Boden unter die Füße bekommen, damit auch bei uns wieder eine Rechtsbasis geschaffen werden kann. Sonst könnte angesichts der Tatsache, daß unser Volk mit so vielen wurzellosen Elementen durchsetzt ist, leicht die Gefahr entstehen, daß wir in eine Entwicklung geraten, die auch mit Bajonetten nicht zu verhindern ist.

(Sehr richtig!)

Wenn ein Volk in Not kein Ventil findet, das aus der Not herausführt, dann besteht die Gefahr der Revolution. Eine Revolution, die aus der Not heraus geboren wird, kann nicht mit Bajonetten verhindert werden. Das wurde durch die Entwicklung im zaristischen Rußland bewiesen, das wird bewiesen in der Geschichte. Wir hoffen, daß es nicht auch noch durch unsere Geschichte bewiesen werden muß.

(Sehr richtig!)

Wir wollen allen diesen Menschen in Not helfen, wir wollen den Flüchtlingen helfen, den Ärmsten der Armen, die ihre Heimat und noch dazu Hab und Gut verloren haben. Wir wollen den Heimkehrern helfen, die die schönsten Jahre ihres Lebens versäumt haben, als sie nicht etwa freiwillig, sondern auf Gebot der Staatsgewalt hinaus mußten in den Krieg. Wir wollen denen helfen, die jahrelang zurückgehalten werden und die in Gefahr sind, wenn es so weitergeht, als unfreie Menschen unfreie Arbeit leisten zu müssen. Das hat man in der Zeit des alten Roms, die ich vorhin zum Vergleich herangezogen habe, um auch hier offen das Wort auszusprechen, Sklavenarbeit geheißen.

(Zustimmung und Beifall.)

Möge der moderne Mensch, der immer so stolz auf die Entwicklung der letzten Jahrhunderte und Jahrtausende ist, nicht zurücksinken in diese Vergangenheit.

(Sehr gut!)

Man apostrophiert manchmal gern das finstere Mittelalter. Aber die Kerker von heute sind oft finsterer als die Stätten des Mittelalters,

(Sehr richtig!)

und die Methoden der Folterung in der modernen Zeit sind buchstäblich und im übertragenen Sinne manchmal noch viel grausamer, als sie in jener apostrophierten mittelalterlichen Zeit waren.

Wir wollen gemeinsam einen Weg aus dieser Not herausfinden, wir wollen das mit der Arbeit. Wir erwarten aber auch, daß diejenigen, die jetzt über unser Schicksal zu entscheiden haben, dafür sorgen, daß wir uns auch in dieser Hinsicht frei fühlen können von Furcht und von der Gefahr der Not der Zeit. Wir wollen dafür sorgen, daß vor allem unsere Jugend, wenn sie zurückkehrt, wieder in das Leben zurückfindet. Diese

jungen Menschen sind aus ihrem Leben, sie sind aus ihrem Studium für lange Zeit herausgerissen worden. In der Jugend hat es gegärt und gärt es heute. Und so werde ich der Landesversammlung nach einer Fühlungnahme im Landesausschuß noch den Vorschlag unterbreiten, daß wir uns in besonderer Weise annehmen wollen um die Jugend und um ihre Betätigung auf allen Gebieten, sowohl auf dem geistigen Gebiet wie auch auf dem Gebiet des Sports.

(Beifall.)

Ich werde vorschlagen, daß, wenn es möglich sein soll, in besonderer Weise durch die Ernennung eines eigenen Staatssekretärs im Rahmen des Kultusministeriums die Möglichkeit für die Zusammenfassung der Jugendarbeit und für die Betreuung des Sports geschaffen wird.

(Beifall.)

Ich sehe das als eine besondere Aufgabe für uns an. Gerade dadurch wollen wir den Beweis erbringen, daß wir recht haben, wenn wir immer und immer wieder erklären: Wir sind eine junge Partei, wir sind die Partei der Jugend. Den Beweis hat die Junge Union bisher schon erbracht.

(Zustimmung und Beifall.)

Wir werden als junge Partei nicht nur in Bayern, in der Christlich-Sozialen Union, unseren Weg gehen. Den gleichen Weg, den wir gehen, gehen unsere Bruderparteien in den anderen deutschen Ländern und Zonen. Wir arbeiten mit den anderen christlichen Parteien in Deutschland im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands zusammen. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß wir zusammengehören. Wir werden in der Ostzone wie in den anderen Zonen den Beweis dafür erbringen, daß wir uns als Brüder in Christo in einer gemeinsamen Partei, in einer gemeinsamen Bewegung des Volkes, die getragen ist von den christlichen, sozialen und demokratischen Elementen, wohlfühlen und daß wir gemeinsam für unser ganzes Volk arbeiten.

(Beifall.)

Wir wollten und wollen keinen zentralistischen Aufbau, auch nicht innerhalb dieser Partei. Unser tragendes Prinzip in der gesamten Staatspolitik, aber auch in der Politik der Union ist ein gesunder organischer Föderalismus.

(Bravo!)

Denn nur dadurch wird eine vernünftige Ausgeglichenheit erzielt.

(Zustimmung.)

Durch zentralistische Machttendenzen kann man vielleicht gelegentlich einmal einen Willen rascher durchsetzen. Aber die Rückwirkungen können dann allzuleicht die Erreichung des Zieles gefährden.

(Sehr richtig!)

So wollen wir auch innerhalb der Union dieses Prinzip verwirklichen. Wir wollen keine zentralistische Partei werden, sondern wir wollen auch einen gesunden föderativen Aufbau. Auch dann werden wir schlagkräftig bleiben, wenn wir mit irgendeinem Gegner, wenn wir mit dem größten Gegner fertig werden müssen, den es in der Gegenwart gibt, mit der wirtschaftlichen und moralischen Not unseres Volkes.

(Zuruf: Ohne Streik!)

Wir haben in der letzten Zeit in der Union unsere besonderen Sorgen gehabt. Wir sorgen uns vor allen im Rahmen der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands um unsere Brüder und Schwestern in der Ostzone. Der Kampf, den wir dort führen, ist kein Kampf für eine Partei, ist kein Kampf für die Union allein. Der Kampf, den wir dort führen, ist der Kampf um die deutsche Demokratie, ist der Kampf um den deutschen Menschen. Wir wollen dort unseren Brüdern in diesem Kampf um ihre persönliche Freiheit zur Seite stehen. Es geht in der Ostzone darum, ob es möglich ist, eine Partei noch wirklich durchzuhalten, der die freie Persönlichkeit, die nur Gott und durch Gott dem Nächsten verantwortlich ist, das tragende Ideal ist. Es geht nicht etwa um die Auseinandersetzung Deutschlands mit Rußland, um die Frage Berlin-Moskau. Wir Deutsche wissen, wohin diese Konkurrenz[6] zwischen den Völkern in der Vergangenheit geführt hat. Wir haben in unserer Generation zwei Kriege erlebt. Wir haben den Krieg satt und wollen keinen dritten Krieg haben.

(Beifall.)

Aber wenn wir allen Völkern, vor allem unseren Nachbarvölkern, Sicherheiten gegen einen expansiven deutschen Nationalismus schaffen wollen, der ihnen wieder zur Gefahr werden könnte dadurch, daß wir unser Volk entsprechend beeinflussen, dann erwarten wir eine Sicherheit gerade im Hinblick auf das Verhältnis zu Rußland, nämlich die Sicherheit, daß unsere Kultur, unsere christliche Kultur in Deutschland nicht durch eine wesensfremde Kultur überlagert wird.
Darum geht der Kampf. Wir danken von dieser Stelle aus unseren Brüdern und Schwestern von der Christlich-Demokratischen Union der Ostzone; wir danken *Jakob Kaiser*, *Ernst Lemmer* und jedem einfachen Mann und jeder einfachen Frau der Union für die Haltung, die sie in dieser Not zeigen.

(Beifall.)

Das Deutschland der Zukunft wird ihnen den Dank zollen, den manche Politiker von heute ihnen nicht geben wollen.

(Erneuter Beifall.)

Ich empfinde die Polemik, die von Hannover aus durch Herrn *Schumacher* und durch die SPD getrieben wurde, in der heutigen Zeit als unmöglich.

(Sehr richtig!)

Wenn ich z.B. die Sopade, den Informationsdienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, für den einer der engsten Mitarbeiter *Schumachers* verantwortlich ist, vom 8. Januar 1948 nehme und wenn ich die erste Seite sehe, die die Schlagworte für die Parteipropaganda draußen gibt, und da einen Satz lese: SMA gegen CDU-Delegierte für *Jakob Kaiser*, so kann man sich nur an den Kopf greifen, ob dieser Gemeinheit.

(Zustimmung und Pfui-Rufe.)

Meine lieben Freunde, jedermann weiß, daß die SMA in diesem Kampf nicht für *Jakob Kaiser* war. Ich nehme an, daß die letzte Absicht hierbei auch nicht war, etwa das

[6] In der Vorlage: "Konferenz".

zu behaupten; aber in einem solchen Falle muß man sich auch eine schlagwortmäßige Formulierung überlegen.

(Sehr richtig!)

Ich würde mich hüten, gegen Herrn *Schumacher* ein solches Wort formulieren zu lassen.

(Zuruf: Das ist das Vorrecht von Herrn *Schumacher*!)

Ich muß auch im Hinblick auf die Haltung des Herrn Dr. *Schumacher* zu uns, vor allem zu den Vorgängen der letzten Zeit, eine Feststellung treffen. Herr Dr. *Schumacher* hat sich laut Zeitungsmitteilungen in bezug auf die Christlich-Demokratische und die Christlich-Soziale Union folgendermaßen geäußert:

> Es geht nicht an, in verschiedenen Zungen zu reden und Nationalismus auf der einen und Devotheit auf der anderen Seite herauszukehren.

(Unerhört!)

> Es liegt mir fern, auf Dr. *Semler* die Vorwürfe zu konzentrieren, die der CSU zu machen sind. Die CSU ist bekannt durch ihre Ergebenheit gegenüber den Alliierten

(Zurufe: Oho! - Und London!)

> und durch ihre nationale Tratscherei im engen Kreise.

(Weitere empörte Zurufe: London und Amerika! - Gewerkschaften! - *Reuter*!)

Meine lieben Freunde! Ich darf dazu folgende Erklärung abgeben: Eine Schnoddrigkeit, die bei uns nicht besonders beliebt ist, bewirkt leider auch Gegenerscheinungen, wie die Rüpeleien, wie wir sie in den letzten Tagen von der Bayernpartei erlebt haben. Beide Formen der Entgleisung aber dienen letztlich gewissen Bestrebungen, die ihr Zentrum in der Ostzone haben.

(Sehr richtig!)

Ich möchte nicht Polemik gegen Polemik setzen. Aber diese Erklärung, die in Ruhe abgegeben ist, mag Herrn *Schumacher* zu denken geben. Er löst durch seine Haltung letztlich die partikular-chauvinistische Leidenschaft bei uns aus.

(Sehr gut!)

Denn diese Schnoddrigkeit wird auch von jedem abgelehnt werden, der im übrigen die Preußenhetze nicht mitmacht.

(Sehr richtig!)

Es geht uns nicht um Liebedienerei; es geht uns nicht, wie Herr *Schumacher* hier behauptet, um Ergebenheit gegenüber den Alliierten. Herr *Schumacher* und seine Leute gefallen sich immer und immer wieder darin, nur für sich einseitig das Recht zu beanspruchen, frei reden zu können.

(Bravo-Rufe.)

Wenn jemand von uns frei redet, dann kommen Demonstrationen eines Herrn *Reuter* usw.

(Zustimmung und Pfui-Rufe.)

In solchen Momenten muß es sich dann selbst die Bayerische Regierung gefallen lassen, von diesen Herren als Bagage bezeichnet zu werden.

(Zurufe: Unerhört! - Nazi-Methoden!)

Diese Methoden, die die Herrschaften zu gebrauchen belieben, führen sich von selbst ad absurdum und sind uns nur ein Beweis dafür, wie wenig diese Menschen in der jetzigen Notzeit unserem Volk an Geistesgut zu bieten haben.

(Allgemeiner Beifall.)

Wir werden als Christlich-Soziale Union in Bayern so arbeiten, wie wir in der Vergangenheit für jedermann und für unser Volk in seiner Gesamtheit gearbeitet haben.

(Sehr richtig!)

Wir werden im Rahmen der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands zusammenwirken, auf daß diese Zeit zwischen Krieg und Frieden überwunden werden möge. Wir werden - das mag ruhig gesagt sein, damit nicht auch hier wieder die so gern beliebten Kombinationen angestellt werden - auch mit allen denen zusammenwirken, die im Ausland in christlichen Parteien arbeiten und bereit sind, uns die Hand zu gemeinsamer Arbeit zu geben.

(Beifall.)

Ich werde - auch wenn daran Kommentare geknüpft werden ähnlich, wie es bei anderen Tagungen von uns der Fall war - an dem Treffen christlicher Politiker in Luxemburg teilnehmen.

(Erneuter Beifall.)

Es sind gleichzeitig *Konrad Adenauer* und *Jakob Kaiser* eingeladen,

(Bravo!)

und ich glaube, die Tatsache, daß wir drei gemeinsam dorthin gehen werden, bietet Gewähr dafür, daß dort nicht dunkle Pläne geschmiedet werden, die etwa Deutschland in seiner Gesamtheit oder ein einzelnes Land gefährden könnten.

(Sehr richtig!)

Aber wir werden es uns nicht nehmen lassen, mit christlichen Politikern Europas zusammenzutreffen, um zu erwägen, wie die christliche Politik in allen europäischen Ländern verwirklicht werden kann.

(Allgemeiner Beifall.)

In der heute verteilten Nummer der Frankenpost wird dieses Treffen mit der Bemerkung apostrophiert:

> Diese Anschlußsuche der deutschen christlichen Parteien, die nicht zuletzt durch die ständigen Angriffe der Linksparteien hervorgerufen wurde, stößt im Ausland auch auf wachsende Bereitschaft, nachdem sich die deutschen Sozialisten und Kommunisten auch bereits in die Kreise der ausländischen Bruderparteien einzufügen vermochten. Von der britischen Presse wird ein christlicher Westblock als tragendes Element einer ausgeglichenen Europapolitik besonders im Interesse des Marshall-Plans begrüßt.

Ich darf dazu erklären: Bei der Tagung wird man sich, wie bekannt wurde, über das deutsche Wirtschaftsproblem unterhalten. Ich glaube, daß es für unser Volk gut ist, wenn bei solchen Besprechungen auch Deutsche die Erfahrungen der Deutschen in Deutschland wiedergeben können und wenn nicht etwa nur Ausländer Berichte geben.

(Sehr gut!)

Wenn wir dann dort die Wahrheit über unsere deutschen Verhältnisse sagen, werden wir dem deutschen Volke dienen, dem deutschen Volke mindestens ebenso dienen, wie das Dr. *Schumacher* nach den Äußerungen im Anschluß an seine Reisen nach London und nach Amerika dokumentiert hat.

(Zurufe: Sehr richtig! - Positives!)

Man mag uns nicht Blockpolitik unterstellen. Wir haben Herrn Dr. *Schumacher*, als er dort hinging, auch keine Sonderpolitik unterstellt.

(Zustimmende Zurufe.)

Es geht darum, daß wir deutschen Demokraten allmählich wirklich Demokraten werden und einander und jedermann in Deutschland gleiche Rechte zugestehen.

(Beifall.)

Wir wollen nicht verkennen, daß wir, wenn wir als Deutsche insgesamt mit diesen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, es schwer haben, mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden. Das war auch der Grund dafür, daß wir im letzten Sommer den Versuch gemacht haben, von der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands aus darauf hinzuwirken, daß alle deutschen Parteien einmal an einem Tisch gemeinsam über die Not des deutschen Volkes sprechen sollten. Wenn uns nachher von Herrn Dr. *Schumacher* unterstellt wurde, wir hätten damit den Versuch gemacht, ihn an die SED hinzudrängen, so darf ich dazu eine Feststellung treffen: Es lag uns ferne, zwei sozialistische Parteien zusammenzubinden, wenn sie nicht wieder zusammenkommen wollen.

(Sehr richtig!)

Wir sind Anhänger der Freiheit; wenn sie miteinander im Rahmen des Sozialismus

(Zuruf: Marxismus!)

konkurrieren wollen und wenn die eine mehr und die andere weniger marxistisch ist, so liegt es in ihrer Freiheit, den Konkurrenzkampf entsprechend zu führen.

(Zwischenruf: *Entsprechend* zu führen!)

Sie sollten nur so wie wir die Bereitschaft haben, dort, wo es ums Ganze geht, dort, wo es um die Beseitigung der materiellen und moralischen Not unseres Volkes geht, zusammenzuhelfen, damit wir uns nicht alle in späterer Zeit vor dem Volk, vor allem vor der jungen Generation, dafür verantworten müssen, daß wir in dieser Zeit nichts anderes zu tun wußten, als Parteigezänke auszutragen.

(Zuruf: Brunnenvergiftung! - Beifall.)

Wir lehnen jede Uniformität in dieser Hinsicht ab. Wir haben es abgelehnt, am Volkskongreß teilzunehmen, und wir werden es ablehnen, und zwar deswegen, weil bei diesen Volkskongressen nicht etwa die deutsche Einheit, sondern immer nur die deutsche Zerrissenheit dokumentiert wird.

(Sehr richtig!)

Weil wir die Wirtschaftseinheit Deutschlands und auch ein gemeinsames Zusammenwirken im Rahmen des Staatlichen für dringend notwendig erachten, gerade deswegen wollen wir jede Demonstration der deutschen Zerrissenheit vermieden wissen.

(Sehr gut!)

Jeder Deutsche, jede deutsche Partei soll es vermeiden, hierdurch einer Propaganda von außen her Nahrung zu geben.

(Bravo-Rufe!)

Wenn wir dabei heute oft in den Schwierigkeiten gegenüber den ausländischen Mächten stehen, so wollen wir nicht verkennen, daß die Schwierigkeiten auch dadurch bedingt sind, daß bis heute noch nicht einmal entschieden ist, wie sich unser Status im Rahmen des Völkerrechtlichen darstellt.

(Sehr richtig!)

Wir gehen wohl zum großen Teil davon aus, daß auf unsere Verhältnisse die Haager Konvention zutrifft. Das wird aber von offiziellen Stellen der Besatzungsmacht abgelehnt. Aber selbst in der Öffentlichkeit der Besatzungsländer wird unser Standpunkt oft vertreten. Gerade wegen dieser Unsicherheit möchten wir erhoffen, daß so bald wie möglich ein vertragsmäßiger modus vivendi gefunden wird.

(Zustimmung. - Zuruf: Wir sind kein Kolonialvolk!)

Wir vermeiden es dabei, über ein Besatzungsstatut zu sprechen, weil wir zum Teil darin wohl einen Rückschritt sehen möchten. Wenn jetzt nahezu drei Jahre nach dem Zusammenbruch, nach der bedingungslosen Kapitulation, nicht ein vertragsmäßiger modus vivendi gefunden wird, dann wissen wir nicht, wie lange wir noch darauf warten müssen. Denn niemand in der Welt hatte wohl im Jahre 1945 damit gerechnet, daß die Besatzungsmächte in so kurzer Zeit in einen so großen Interessenkonflikt geraten würden, wie er heute feststellbar ist.

(Zustimmung.)

In London wurden von keiner der beteiligten Mächte die letzten Konsequenzen gezogen, weil offensichtlich alle Mächte Bedenken trugen, aus den gegebenen Konsequenzen wirklich die letzten Konsequenzen zu ziehen.

(Sehr richtig!)

So sind auch wir außerstande, eine konsequente Politik zu gestalten.
Wenn von General *Clay* vor kurzem erklärt wurde, die Besatzungsmächte des Westens würden keinen Weststaat schaffen, es sei denn, daß die Deutschen ihn verlangen würden, so darf ich feststellen: Unsere Not ist so groß, daß wir so rasch wie möglich irgendeinen Ausweg aus der Not finden wollen.

(Sehr gut!)

Es geht uns nicht um staatliche Konstruktionen; es geht uns darum, daß nicht das Ruhrgebiet und damit ganz Deutschland explodiert und daß nicht durch eine solche Explosion die Explosionswellen über ganz Europa und die Welt hinweggehen.

(Sehr gut!)

Wir unsererseits können aber keine Konsequenzen ziehen, die nicht die anderen selbst zu ziehen bereit sind. Nach wie vor ist der Kontrollrat nicht aufgelöst und bei soundso vielen Maßnahmen finden noch Berufungen auf Kontrollratsbestimmungen statt. Solange der Kontrollrat besteht, sind auch wir Deutsche außerstande und nicht in die Möglichkeit versetzt, unsererseits Konsequenzen zu ziehen, und zwar deswegen, weil auch wir dann die Konsequenzen der Konsequenzen fürchten, so wie die anderen die Konsequenzen ihrer Konsequenzen dort gefürchtet haben.

Die Konsequenz, die wir vor allem scheuen müssen, ist das Wachsen einer nationalistischen Gefahr, mit der wir nicht fertig werden. Denn wenn Deutschland in Teile zerrissen würde, wenn der Vorhang wirklich eisern würde und nicht beseitigt werden könnte, dann bestünde die Gefahr, daß dieses zerrissene Deutschland so viel Irredenta-Möglichkeiten bieten würde, wie manche Gebiete Europas und der Welt in der Vergangenheit.

(Sehr gut!)

Und wir wissen, daß jede neue Irredenta nach Kriegen immer wieder neue Kriege ausgelöst hat.

(Sehr richtig!)

Wegen dieser Gefahr müssen wir bitten, daß man uns nicht zuviel Verantwortung zumutet. Jeder von uns ist bereit, vor seinem Gewissen Verantwortungen zu übernehmen; aber keiner kann mehr Verantwortungen übernehmen, als er aufgrund seiner physischen und moralischen Kraft tragen kann.

So wollen wir unsererseits auch dann, wenn wir heute unsere Entscheidungen getroffen haben, den Weg der Nüchternheit in der Politik, in der Politik des Alltags, gehen, vor allem aber den Weg, der auch unsere Ideen durchsetzen soll. Und so versuchen wir nochmals, uns auf den geistigen Kern unserer inneren Unruhe und unserer Not zu besinnen.

Das Tempo unserer wirtschaftlichen Entwicklung, der Umformung unserer geistigen und sozialen Struktur hat ein solches Ausmaß angenommen, daß wir Deutsche kaum mehr Schritt halten können. Diesem Tempo entspricht nicht das Tempo unserer geistigen Erneuerung, entspricht auch nicht das Tempo der Demokratisierung unserer Wirtschaft und der Bildung einer freien Demokratie in Deutschland überhaupt. Auf diesen Gebieten bewegt sich die Entwicklung im Zeitlupentempo. Wenn aber zwei Entwicklungen nebeneinander herlaufen, von denen die eine im Zeitlupentempo, die andere in der Hast des Raketenflugzeugs erfolgt, dann müssen notwendigerweise Disharmonien entstehen. Heute sind wir Zeugen solcher Disharmonien in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft, die notwendigerweise zu unserer deutschen Unruhe, unserer Richtungslosigkeit und Verlorenheit beitragen. Aus ihnen gilt es herauszufinden, wenn wir an einen geistigen, aber auch an einen materiellen Aufbau denken wollen.

Unser Volk hat gelitten, verloren und geleistet. Es hat große Leistungen in der Vergangenheit vollbracht, Leistungen, die einer besseren Zielsetzung wert gewesen wären. Und es hat Unglaubliches gelitten. Uns ist es bestimmt, jetzt noch ein Letztes zu leisten und zu leiden. Wir müssen unser Herz in beide Hände nehmen und dürfen es nicht billigen Oppositionsinstinkten hingeben. Denn auf dieser Ebene darf sich die Aktivität der Leistung wie der Opposition nicht banalisieren zu einem Appell an die Instinkte.

Zwölf Jahre lang hat *Hitler* die Deutschen in geistiger Versklavung gehalten. Es sind mehr Deutsche im Kampf um die geistige Freiheit gefallen, als die eine oder andere Siegerarmee Verluste gehabt hat.

(Sehr richtig!)

Aus der Phase des Leidens, aus der Schule der Not gilt es nun hineinzuwachsen in die Verantwortung der Zukunft, in die geistige, wahre Befreiung der Selbstverantwortung des abendländischen Menschen, wie sie eine echte Demokratie voraussetzt, wie sie aber nur möglich ist, aus dem Ethos von Wert und Würde.

Verantwortungslose Kritik lehnen wir ab. Wert und Würde ohne verantwortliche Kritik aber ist unmöglich. Darum scheint mir das Kontrollratsgesetz Nr. 40, das das Verbot der Kritik an Maßnahmen der Militärregierungen ausspricht, mit dem fortschreitenden Aufbau unserer Demokratie unverträglich geworden zu sein.

(Beifall.)

Wir glauben, daß es an der Zeit wäre, zu prüfen, ob dieses Gesetz noch mit den oft verkündeten Zielen der Alliierten in Einklang gebracht werden kann.

(Zustimmung.)

Denn bei Erlaß des Gesetzes war nicht angenommen worden, daß die Zeit zwischen Krieg und Frieden unabsehbar würde und daß die Komplikationen zwischen den Mächten uns unmittelbar vor die Pflicht zu klarer Meinungsäußerung stellen, wenn wir nicht Quislinge werden wollen.

(Sehr richtig!)

Das ist ja heute eine unserer entscheidenden Aufgaben geworden, wieder eine echte, wertorientierte, nicht mehr affektbetonte öffentliche Meinung in Deutschland zu formen. Heute droht diese öffentliche Meinung manchmal zu einem unberechenbaren Gespenst zu werden. Sie ist affektbeladen, weil jeder irgendwie Unrecht erfahren zu haben glaubt.
Ich weiß: In jedem Herzen sitzt die Not und ein Bedürfnis nach Opposition. Ich weiß auch, wie schwer es für innere Not und inneres Verwundetsein ist, zum rechten Wort zu finden, da doch rechte Not und rechtes Verwundetsein nach dem rechten Ausdruck drängt. Darum wird der Redner, der den Menschen das unausgesprochene Wort der Opposition vom Munde nimmt, so leicht vom Führer zum Verführer. Darum steht heute noch mehr wie sonst der Redner vor der Versuchung, nicht zum Sprecher zu werden, der der echten Not Worte verleiht und Hilfe bringt, sondern zum Schädling, der die Gabe des Wortes mißbraucht und die angestaute Flut der Nöte und Schmerzen leichtfertig in falsche Kanäle leitet.
Das ist heute unsere Sorge in Deutschland. Unsere Menschen hungern zutiefst nach Wert und Würde, wie nach Brot. Ich habe es im ersten Aufruf der Christlich-Sozialen Union im Jahre 1945[7] ausgesprochen, und dieses Wort hat heute seine Geltung behalten. Die Menschen fühlen, daß es nicht tragbar ist, Kuli zu sein und Kuli zu bleiben.

(Sehr richtig!)

Daraus entspringt die Gefahr, daß sie Kulis für den Nationalismus werden.

(Zustimmende Zurufe.)

So sehen wir heute die Gefahr, daß der deutsche Mensch sich in eine affektbetonte Opposition hineinsteigert, die ihm an sich wesensfremd ist, die Gefahr, daß Fehler begangen werden, von deutschen und von anderen Mächten, die die deutsche öffentliche Meinung in eine verhängnisvolle Fehlentwicklung hineindrängen. Nicht nur das deutsche Volk allein hätte unter den Folgen solcher Fehler zu leiden.

(Sehr gut!)

[7] Gemeint sind "Die zehn Punkte der Christlich-Sozialen Union", der Text findet sich im Anhang, Dok. Nr. IV, S. 1713f.

Es wäre an der Zeit, dieser inneren Sehnsucht aller guten Kräfte im deutschen Volk nach Wert und Würde Rechnung zu tragen,

(Bravo!)

diesem Drang der wahren öffentlichen Meinung nach Ausdruck Spielraum zu geben. Es wäre an der Zeit, sich darauf zu besinnen, daß es keine historische Schuld gibt, die nicht in irgendeiner Weise die Schuld aller wäre.

(Starker Beifall.)

Echte Politik kann nur machen, wer die Fähigkeit, die großen Linien zu sehen, verbindet mit der Begabung, handelnd seine Erkenntnisse in die Tat umzusetzen. Wir werden im Rahmen dieser Versammlung noch mehrfach Gelegenheit haben, die konkreten Fragen der praktischen Verwirklichung unserer Grundsätze zu behandeln. Eines scheint mir dazu wie für unser ganzes öffentliches Leben wesentlich: Die Not, die ein gewisses Maß überschreitet, drängt den Menschen zum Pessimismus der Ausweglosigkeit. Erst dadurch würde aber die Not unüberwindbar. Viele unserer Menschen sind diesem Zustand nahe. Gerade die Ehrlichen und Klarsehenden stehen vor der furchtbaren Versuchung, die Hände willenlos in den Schoß zu legen und sich von der Flut treiben zu lassen.
Dies wäre das wirkliche Verhängnis. Was wir vor allem anderen brauchen, ist der Wille zum Widerstand gegen die mechanisierende Not, der Mut, den Ausweg aus der Not herauszufinden und zu gehen, ist die Bereitschaft, sich gegen die Tendenz des Treibenlassens zu stemmen, ist der Optimismus zum Leben, der Wesensinhalt echten Christentums ist. Wir arbeiten für diesen Glauben des Lebens; durch unsere Arbeit soll und muß unser Volk seinen Lebensmut, soweit er wankend geworden ist, wiedergewinnen. Unser Volk soll leben, nicht nur um seiner selbst willen, sondern um ganz Europas und des Weltfriedens willen.

(Lebhafter Beifall.)

Mit dieser Erklärung, die ich zum Schluß ausgesprochen, und mit den Feststellungen, die ich getroffen habe, habe ich versucht, in der Verwirklichung durch die Tat im vergangenen Jahr meine Pflicht zu erfüllen. Ich habe versucht, das Vertrauen, das Sie in mich gesetzt haben, nicht zu enttäuschen. Ich erkläre hiermit meinen Rücktritt von dem Amt des Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern und bitte Sie, nach bestem Wissen und Gewissen Ihre Wahl vorzunehmen. Ich trete zurück mit dem Wunsch: Es lebe die Christlich-Soziale Union in Bayern, Gott segne unsere bayerische Heimat, Gott segne unser schwergeprüftes deutsches Volk, Gott gebe der Menschheit den Frieden.
Der Vorsitz geht für die Wahl über auf unseren Parteifreund Dr. *Michel Horlacher*.
[Vorsitzender] Dr. *Horlacher*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke dem Herrn Parteivorsitzenden für seine programmatischen Darlegungen. Ich selbst kann mich auf den Standpunkt stellen, daß diese Darlegungen nicht nur mich voll befriedigt haben, sondern daß die Union stolz darauf sein könnte, einen solchen Mann an der Spitze der Partei zu haben.

(Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Es kommt noch weiter hinzu, daß ich dem Rechenschaftsbericht des Parteivorsitzenden noch etwas nachtragen muß, was er selber aus Bescheidenheit oder aus sonstigen Gründen nicht tun konnte.

(Zuruf: Nicht so lange!)

Ich fasse mich kurz. Ich bitte, sich zu beruhigen. Es handelt sich hier um eine wichtige Angelegenheit, die auch in der Parteiversammlung noch restlos zur Kenntnis gebracht werden muß.
Auch gegen Dr. *Müller* war auf seinen eigenen Antrag ein Spruchkammerverfahren anhängig. Das Verfahren gegen Dr. *Josef Müller* ist eingestellt worden. Es heißt hier am Schluß - worauf nach meiner Überzeugung alle Politiker der Christlich-Sozialen Union stolz sein können: Der öffentliche Kläger stellt das Verfahren ein und führt zum Schluß nach Prüfung aller Verhältnisse folgendes aus:

> Damit sind alle gegen Dr. *Müller* ins Feld geführten Vorwürfe untersucht. Eine Belastung konnte nirgends gefunden werden. Das Verfahren war daher einzustellen. Es würde zu weit führen, alle von Dr. *Müller* zu seiner Rechtfertigung angeführten Tatsachen im einzelnen anzuführen. Die beste Zusammenfassung in der Würdigung seiner Gesamtpersönlichkeit ist enthalten im Schreiben des Weihbischofs Dr. *Neuhäusler* vom 13. Dezember 1946 an den früheren Sonderminister Dr. *Pfeiffer*, das auszugsweise folgenden Satz enthält: "Aber ich fühle mich geradezu im Gewissen verpflichtet, offen zu bekennen, daß ich es als Groteske empfand, daß man nun das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus anwendet gegen einen Mann, der wie wenige mehr als ein Jahrzehnt gekämpft und Freiheit und Leben riskiert hat, um das deutsche Volk vom Nationalsozialismus zu befreien."

(Lebhafter Beifall.).

Meine lieben Freunde! Ich habe damals in der Fraktion, als solche Dinge zur Sprache gekommen sind, den Herrn Parteivorsitzenden gedeckt. Die Fraktion ist damals meinem Antrag einstimmig gefolgt. Ein Wesensbestandteil der Demokratie, liebe Freunde, ist die anständige Gesinnung im Herzen des einzelnen.

(Beifall.)

Deswegen hat es mich als anständigen Demokraten geradezu empört, daß es sogenannte Demokraten, die sie doch sein wollen, heute fertigbringen, einem solchen Mann, der sein Leben riskiert hat, den Ruf entgegenzuschleudern: "Hängt ihn auf".

(Pfui-Rufe.)

Das ist eine grenzenlose Entgleisung und die größte Gemeinheit, die sich Demokraten unter sich selbst leisten können.

(Sehr richtig!)

Es kommt hinzu, daß das Handlanger sind, die dem Vermächtnis des Nationalsozialismus zum Sieg verhelfen.

(Sehr richtig!)

Wißt Ihr dieses Vermächtnis, in dem es heißt: Die Not des Volkes muß so groß werden, daß man die wahren Schuldigen, die wir waren, die Nazis, nicht mehr erkennt, sondern jene anklagt, die Ordnung in dieses Chaos hineinbringen müssen.

(Beifall.)

Wenn wir das bedenken, müssen wir weit davon entfernt sein, uns solchen Dingen anzuschließen.
All das veranlaßt mich, Herrn Dr. *Josef Müller* im Namen der engeren Vorstandschaft der CSU wieder zum Landesvorsitzenden vorzuschlagen.

(Stürmischer Beifall.)

Nun müssen wir sehen, daß wir rasch zu Ende kommen. Es liegt hier ein Geschäftsordnungsantrag von *Konrad Kübler* für Niederbayern vor. Es soll Gelegenheit gegeben werden, daß im Anschluß an das Referat des Parteivorsitzenden je ein Vertreter der Bezirke sprechen soll

(Widerspruch.)

zur Stellungnahme zum Referat und zur Wahl.

(Zuruf: Zurücknehmen!)

Meine lieben Freunde, wir wollen doch das Referat des Herrn Ministerpräsidenten noch anhören.

(Sehr richtig!)

Das halte ich für unbedingt notwendig.

(Sehr richtig!)

Nachdem dann im Anschluß daran noch zur allgemeinen Politik gesprochen werden kann und diese Dinge ja von der Geeignetheit der Person des Landesvorsitzenden als solchem getrennt sind, würde ich bitten, daß aus der Versammlung heraus entsprechende Vorschläge erfolgen.

(Zuruf: Dr. *Semler*!)

Eine ganze Menge Redner haben sich gemeldet. Ich glaube, es sind zwölf. Das ist unmöglich. In diesem Falle würde ich den Antrag *Kübler* für den richtigen halten, daß sich jeder Bezirksvorsitzende nur kurz zur Wahl des Vorsitzenden äußert.

(Zuruf: Abstimmen!)

*Michel*: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte zur Abstimmung zu schreiten und Schluß der Debatte zu machen.

[Vorsitzender] Dr. *Horlacher*: Nachdem weitere Vorschläge zur Wahl des Landesvorsitzenden mir nicht vorliegen, muß ich über den Antrag abstimmen, ohne Debatte in die Abstimmung einzutreten.

(Beifall.)

Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich, sich in diesem Falle vom Platz zu erheben.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Schriftliche Abstimmung!)

Ich bitte um die Gegenprobe. Einstimmig angenommen.

(Lebhafter Beifall.)

Meine lieben Freunde! Nun schlage ich Euch vor, damit ja kein Vorwurf gemacht werden kann, die Abstimmung doch geheim vorzunehmen.

(Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Verlangen die Amerikaner!
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Wird beantragt!)

Das weiß ich schon, Herr Ministerpräsident. Ich muß das ordnungsgemäß tun. Wir wollen rasch in die Abstimmung eintreten. Herr Dr. *Schedl*, die Liste wird verlesen, die Zettel sind einzuwerfen, das entsprechende Bedienungspersonal für die Abstimmung steht zur Verfügung.

Dr. *Schedl*: Meine Damen und Herren, es sind zweimal 13 Abstimmer mit genauen Listen da und mit den Wahlurnen. Ich bitte, bei der Verlesung die Ruhe zu bewahren und auf den Plätzen sitzen zu bleiben, und zwar auf den numerierten Plätzen, die auf

den Delegiertenausweisen vorgesehen sind. Dann kann die Abstimmung in wenigen Minuten durchgeführt sein.
Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte bekanntzugeben, wie abgestimmt wird, ob mit Ja oder Nein, oder ob der Name hingeschrieben wird.
[Vorsitzender] Dr. *Horlacher*: Ich würde bitten, damit ja bei der Abstimmung kein Vorwurf gemacht werden kann, den Namen darauf zu schreiben. Dr. *Müller* allein genügt schon. Wir wissen schon, daß das der *Ochsensepp* ist. Dr. können Sie auch noch weglassen.

(Allgemeine Heiterkeit.)

(Es folgt die schriftliche Abstimmung.)
Dr. *Schedl* (am Schluß der Abstimmung): Meine Damen und Herren, es ist selbstverständlich, daß die Urnen zusammen geöffnet und die gesamten Stimmzettel zusammenkommen und dann erst mit der Auszählung begonnen wird.
[Vorsitzender] Dr. *Horlacher*: Das dient zur Kenntnis.
Während die Auszählung vorgenommen wird, geht die Tagung weiter. Es scheint alles abgestimmt zu haben. Dann bitte ich jetzt, Platz zu nehmen. Ist noch jemand im Saale, der noch nicht abgestimmt hat? Die Abstimmung ist geschlossen. Das Resultat wird festgestellt.
Nun müssen wir disponieren. Ist die Versammlung jetzt damit einverstanden, daß während der Feststellungen des Wahlresultates der Herr Ministerpräsident mit seinem Referat beginnt? Zweite Frage: Sollen wir durchtagen,

(Zurufe: Jawohl!)

oder sollen wir dann eine Pause machen?

(Zurufe: Nein, Durchtagen!)

Der Sonderzug nach München geht in Marktredwitz um 17 Uhr ab, also nachmittags um fünf Uhr, so daß wir schon eine Pause machen könnten, wenn Sie das wünschen.

(Zurufe: Nein!)

Das ist nicht der Fall. Der Herr Ministerpräsident hat das Wort. Ich bitte um Ruhe.
Wir müssen noch einen Augenblick Pause eintreten lassen, weil sich der Herr Ministerpräsident an einem Ort befindet, an den jeder hingehen muß.

(Heiterkeit.)

Dr. *Schedl*: Meine Damen und Herren, der Sonderzug nach München fährt um 17 Uhr ab Bahnhof Marktredwitz. Er hält in Nabburg, Schwandorf, Haidhof, Regensburg, dort Ankunft 19.29 Uhr. Auf der Weiterfahrt wird gehalten in Neufahrn, Landshut, München. Ankunft um 22.12 Uhr.

(Zuruf: In Freising muß gehalten werden!)

Halt in Freising wird eingelegt.
Die Nürnberger Zugverbindungen waren auf der Einladung bereits vermerkt, daran hat sich nichts geändert. Quartierbestellung für München bitte sofort bei Herrn Dr. *Schwiegk* vorzunehmen.
[Vorsitzender] Dr. *Horlacher*: Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.
Ministerpräsident Dr. *Ehard* (mit stürmischem Beifall begrüßt): Liebe Parteifreunde, meine Damen und Herren! Auf dem letzten Parteitag in Eichstätt habe ich mich

grundsätzlich mit der Gedanken- und Ideenwelt unserer Partei beschäftigt, um auf diese Weise einen Beitrag zur lebendigen Gestaltung unserer gemeinsamen politischen Weltanschauung beizutragen. Ich hatte vor, heute anders vorzugehen und über konkrete Fragen zu Ihnen zu sprechen. Es gibt eine ganze Reihe von sehr wichtigen Fragen, über die heute zu reden wäre, einmal über die Auswirkung der Londoner Konferenz, über die Frage unseres Ernährungsproblems, über die Frage, was in Frankfurt vor sich geht.

(Sehr richtig!)

Ich weiß nicht, ob ich Ihre Zeit mit all diesen Dingen jetzt so lange in Anspruch nehmen kann.

(Zurufe: Doch!)

Ich glaube, es haben viele von Ihnen das Bedürfnis, daß auch die Delegierten selbst das Wort ergreifen. Ich bin deshalb bereit, mich zunächst auf ein paar kurze Bemerkungen zu beschränken.

(Zuruf: Nein!)

Ich möchte nur ein paar kurze Dinge herausgreifen. Zur Frage der Ernährung! Es bedarf kaum großer Ausführungen, daß das Ernährungsproblem das schwierigste überhaupt ist und daß wir uns heute in einer Krise befinden, die die schwerste ist, die wir vielleicht auf diesem Gebiet überhaupt zu überwinden haben. Es ist das keine Überraschung. Wir haben von der Staatsregierung schon im vorigen Sommer darauf hingewiesen. Man hat davor gewarnt. Man hat darauf aufmerksam gemacht, als dieses Dürrejahr sichtbar geworden ist, daß man zur rechten Zeit Vorsorge treffen müsse. Man hätte damals leicht, und ohne daß es allen sehr wehe getan hätte, gewisse Kürzungen vornehmen können, um dann gewisse Reserven zu schaffen. Das ist nicht geschehen. Trotz unserer Warnungen! Und jetzt ist das eingetreten, was man lange vorausgesagt hat.

(Zuruf: Gewußt hat!)

Wir sind davon nicht überrascht. Und nun erleben wir - ich brauche Ihnen dazu keine sehr großen Ausführungen zu machen - merkwürdige Dinge. Man sagt, die Brotration in Bayern muß gekürzt werden,

(Zuruf: Pfui!)

weil die Bauern nicht richtig abgeliefert haben. Man sagt aber nichts davon, daß bis zum 31. Dezember 1947 75% der Brotgetreideumlage hätten abgeliefert sein sollen und daß von diesen 75% in Bayern tatsächlich 73% abgeliefert worden sind.

(Hört, hört!)

Man spricht von den nicht in die Zone gelieferten Kartoffeln.

(Nicht gewachsen!)

Man spricht nicht davon, daß sie nicht gewachsen sind. Man spricht davon, daß diese Kartoffeln verschoben worden sind. Nun gut, wenn man etwa 700.000 Tonnen braucht, um das Notwendigste damit zu versehen, und den Normalverbraucher dann noch nicht einmal mit einem Zentner Kartoffeln versehen kann, weil dann immer noch eine Unterbilanz von etwa 70.000 Tonnen vorhanden ist, und wenn Sie sich überlegen, es mögen 20, es mögen 30, es mögen 50.000 Tonnen verschoben worden

sein - schon eine ungeheure Zahl -, dann haben Sie immer noch eine Unterbilanz von mindestens 10 bis 15.000 Tonnen.
Aber was hier getrieben wird, ist ein überaus gefährliches Zahlenspiel, das sich praktisch auf dem Rücken des einzelnen auswirkt. Man sagt: 8% Kartoffelanbaufläche habt Ihr mehr als tatsächlich angegeben worden sind. Das bedeutet, wenn man die Rechnung von Frankfurt zugrunde legt, 250.000 Tonnen Kartoffeln. In diesen 250.000 Tonnen stecken 134.000 Tonnen, die wir von Bayern abliefern sollten, die wir aber nicht haben. Ich sagte eben, wenn man die Frankfurter Rechnung zugrunde legt. Es ist hier nämlich eine merkwürdige Erscheinung zu beobachten. Die Statistiken, die aufgestellt werden, sind nämlich keineswegs einheitlich.
Man rechnet auf seiten der Militärregierung mit einer besonderen Statistik, man rechnet in Frankfurt mit einer besonderen Statistik, und wir in Bayern haben aufgrund der realen Tatsachen auch eine Statistik aufgestellt. Wäre es dann nicht zweckmäßig, wenn man dieses Durcheinander dadurch beseitigen würde, daß man sich auf allen Seiten in einer vernünftigen Zusammenarbeit auf eine Statistik einigt, um dann wirklich brauchbare Zahlen zu bekommen?
Diese Zahlen sind auch sonst sehr gefährlich. Sie wissen ja, es sind, ich weiß nicht wieviel, ein, zwei oder drei oder vier Millionen, Schweine in Bayern schwarz geschlachtet worden, das heißt sie sind verschwunden, zigtausend Tonnen Fleisch! Irgendwo! Jeder, der das liest, nimmt an, diese Schweine sind gezählt worden und dann am Schluß dieser Zählung verschwunden. Weil sie verschwunden sind, zieht man den an sich richtigen Schluß, daß sie verschwunden sind und nicht der allgemeinen Ernährung zugeführt werden. Dann müssen sie irgendwo schwarz verschwunden sein. So ist es aber nicht. Diese ein, zwei oder drei oder vier Millionen Schweine sind nämlich nur ein Zahlenspiel. Sie sind nur eine Zahlenannahme aufgrund von ganz anderen Voraussetzungen, weil früher einmal die Menge da war, deshalb müßte sie jetzt auch dasein.

(Heiterkeit.)

Es ist also gar nicht etwa so, daß man jetzt aufgrund einer Zählung positiv sagen kann: Bitte, das fehlt, wo ist die Rechnung?
Dieses Zahlenspiel ist außerordentlich gefährlich. Es führt dann auch zu den Maßnahmen, die wir jetzt in Frankfurt auch wieder sehen. Man sagt, die ganze Ernährung ist ja kein Problem. Die Erfassung muß besser gestaltet werden, und das ganze Ernährungsproblem ist restlos ausgezeichnet gelöst.

(Zuruf: Auf dem Papier!)

Eine gefährliche Sache! Ich bin auch überzeugt, daß da und dort irgendwo noch etwas ist, was man nicht erfassen konnte. Wo in aller Welt kann man in einer Notzeit, wie die heutige es ist, alles erfassen?

(Sehr richtig!)

Aber - und das ist nun die große Frage -, wenn man alles bis zum letzten erfassen, wenn man alle Taschen ausleeren würde, ich bin überzeugt, daß für die Allgemeinheit in der großen Masse nichts oder fast gar nichts herauskommen würde.

(Sehr richtig!)

Aber wer fällt uns bei dieser Erkenntnis, die den Tatsachen durchaus nüchtern ins Auge sieht, am meisten in den Rücken? Die eigenen Volksgenossen,

(Sehr richtig! - Zuruf: Die Gewerkschaften!)

die nichts besseres zu tun wissen, als immer den anderen anzuschuldigen.

(Zuruf: Pfui!)

Sie wissen ja, die Schuldfrage ist auch so ein Kapitel, das heute sehr viel und sehr breit getreten wird, manchmal deshalb, weil einer die Schuld auf den anderen schieben will. Deshalb redet er auch von der Schuld, von der Kollektivschuld, beschuldigt den anderen aller möglichen Dinge usw.
Ich sage, es ist ein gefährliches Spiel, das getrieben wird. Denn die Ernährung kann man nicht auf eine Kalorienarithmetik abstellen,

(Sehr richtig!)

und das, was wirklich noch vorhanden ist, ist die allerkleinste Reserve, die noch einen Teil des Volkes davor bewahrt, daß alle verhungern.

(Sehr richtig!)

Und nun wird zum großen Teil wegen dieser Einstellung unserer Deutschen selbst verlangt, daß die Erfassung noch straffer zusammengefaßt wird. In Frankfurt ist dieser Tage ein Gesetz über die Verschärfung dieser Erfassung beschlossen worden. Man nennt es dort das Speisekammergesetz.[8] Nun soll darnach jeder, der über größere Mengen verfügt, anmelden, was für Mengen er hat. Es soll aber auch der einzelne Hausvater anmelden, ob er gewisse Mengen hat.

(Zurufe: Pfui, das sind doch Narren, alles steht auf dem Papier!)

Man muß hier zwei Dinge unterscheiden. An sich wollen und sollen wir uns grundsätzlich einer schärferen Erfassung nicht widersetzen. Aber einmal muß doch betont werden, daß wir in Bayern insoweit ein recht gutes Gewissen haben.

(Sehr richtig!)

Liebe Parteifreunde! Ich bin als Ministerpräsident oft genug sehr scharf aus unseren eigenen Reihen angegriffen worden, weil wir zu scharf erfassen. Nun höre ich plötzlich von Frankfurt oder von irgendwo anders her, daß wir zu wenig erfassen. Ja, was ist denn da eigentlich noch richtig? Ich sage aber: Es ist notwendig, wir sind das unseren eigenen Volksgenossen und dem Ausland gegenüber schuldig, daß wir uns der Möglichkeit einer schärferen Erfassung und der Vorschrift für eine solche grundsätzlich nicht widersetzen. Ich habe aber doch das Bedenken, ob diese Art der Erfassungsverschärfung nicht den Bogen schon sehr stark überspannt.

(Sehr richtig!)

Ich weiß nicht, ob unser Volk sehr viel Verständnis dafür hat, daß es zwar nicht mit einem Gramm Fett mehr bedient wird, daß es aber etliche 15 oder 20 Millionen Fragebogen über sich ausgeschüttet bekommt.

(Zuruf: Auf dem Papier!)

[8] "Nothilfegesetz zur Ermittlung, Erfassung und Verteilung von Lebensmitteln".

Bis die ausgewertet sind, wird auch eine Zeit vergehen! Wir müssen klar und deutlich erkennen und aussprechen: Auch wenn wir alles tun, auch wenn wir alles herauspressen, auch wenn wir die letzte Tasche umleeren: Das Ernährungsproblem ist kein Erfassungsproblem mehr, es ist ein ausgesprochenes Mangelproblem.

(Sehr richtig!)

Es ist einfach auf manchen und vielen Gebieten nichts vorhanden.
Das gilt insbesondere von einem Gebiet, vom Fett. Wir haben kein Fett. Und wenn wir kein Futter haben, um das Vieh zu ernähren - das Dürrejahr hat uns die Ernährung für das Vieh weggenommen -, dann können wir auch keine Milch in solcher Menge abliefern. Das ist eine ganz einfache, nüchterne Rechnung.

(Zuruf: Schweinemord!)

Aber ich bin der Meinung, das Fettproblem könnte gelöst werden.

(Walfang!)

Es ist kein Transportproblem, es zeigt sich auch, daß die internationale Lage keineswegs so ist, daß überall ein überaus großer Fettmangel herrscht.

(Hört, hört!)

Hier müßten wir eigentlich alle zusammen, ohne Rücksicht auf die Partei und ohne daß die einen den anderen in den Rücken fallen, ganz klar aussprechen: Wir müssen gerade auf dem Fettgebiet Hilfe, und zwar bald, möglichst sofort, vom Ausland erbitten.

(Beifall.)

Die amerikanische Besatzungsmacht und das amerikanische Volk haben uns so viele Beweise ihrer Hilfsbereitschaft geliefert, daß wir sehr wohl in diesem vielleicht kritischsten Augenblick unserer Geschichte überhaupt, auch die Bitte aussprechen dürfen, daß sie uns helfen, und zwar jetzt helfen, nicht dann, wenn es zu spät ist.

(Sehr richtig!)

Ich bin der ketzerischen Meinung, daß diese Hilfe geleistet werden kann. Ich bin sogar der ketzerischen Meinung, daß die Devisen dafür vorhanden sind.

(Hört, hört! - Beifall.)

Ich will Sie in diesem Zusammenhang nicht weiter mit diesen Fragen aufhalten. Ein Wort zu dem vergangenen Streik. Hier möchte ich eine Frage an Sie stellen: Geht es den Menschen in Bayern wirklich so viel schlechter als in jedem anderen deutschen Land, daß es hier allein notwendig war, für ein ganzes Land als erstem einen Generalstreik auszurufen?

(Sehr gut! - Zurufe: Pfui! - Weitere Zurufe: Es war ein Streik gegen die Regierung!)

Dieser Streik hat nach außen hin ohne Zweifel die Wirkung und das Aussehen eines politischen Generalstreiks.

(Zuruf: War es auch! Sie wollten die Hand an die Gurgel des Staates legen!)

Man hat ja nicht etwa auf den Plakaten mehr Fett verlangt, sondern man hat verlangt, daß die Hungerregierung verschwindet.
Ich weiß, daß die offiziellen Gewerkschaftsvertreter das bestreiten,

(Zurufe: Herr *Reuter*, die Pharisäer!)

nicht Herr *Reuter*, und daß sie versichern, sie haben den besten Willen gehabt und es ist ihnen vollkommen ferngelegen, einen politischen Generalstreik auszurufen.

(Widerspruch, Gelächter. - Zuruf: Das behaupten sie allein!)

Sie wollten damit etwas Schlimmeres abhalten. Ich glaube ihnen das, den offiziellen Gewerkschaftsvertretern. Ich bin vielleicht immer noch so naiv, überhaupt zu glauben, daß auch in der Politk das ehrliche Wort immer noch das beste Wort ist.

(Zurufe: Das war einmal! Hoffentlich!)

Aber sind wir denn durch diesen Generalstreik auch nur um ein Kleines weitergekommen?

(Zuruf: Im Gegenteil!)

Nein, keineswegs! Man hat uns ganz offiziell erklärt, dieser Streik richtet sich ja gegen die Unfähigkeit der deutschen Regierung. Die haben es ja nicht fertiggebracht, die nötigen Maßnahmen zu treffen, um all das zu beseitigen und das beizubringen, was notwendig ist. Ich meine, so können wir nicht weiterkommen. Wir müssen - und ich muß das wiederholen, und diesen Appell richte ich an alle auch über diesen Saal hinaus - von uns aus alles tun, um beizubringen, was noch vorhanden ist. Wir müssen aber auch laut und deutlich sagen: Es ist nichts mehr darüber hinaus da. Wir brauchen jetzt eine Hilfe. Denn der Ertrinkende braucht eine Hilfe gleich, nicht erst, wenn alle möglichen schönen Pläne ausgeheckt oder vielleicht durchgeführt sind. Wir wissen sehr wohl, daß man die Produktion steigern kann, daß man außerordentlich gute Pläne haben kann, um dies oder jenes zu verbessern. Aber das ist zunächst eine Zukunftsmusik, die uns für den Augenblick und für die nächsten Monate nichts hilft.
Nun darf ich vielleicht ein paar Worte zu den Frankfurter Vorgängen sagen. Sie wissen, liebe Parteifreunde, es hat am 8. und 9. Januar in Frankfurt in Gegenwart der beiden Generäle der Besatzungsmächte [*Lucius D. Clay*, *Sir Brian Hubert Robertson*] eine Ministerpräsidentenkonferenz stattgefunden. An diese Ministerpräsidentenkonferenz haben sich eine ganze Reihe von Legenden, so will ich einmal sagen, angeschlossen. Wie war denn die Sache? Ich darf Ihnen das nach dem äußeren Abgang kurz erzählen. Ich habe, und nicht nur ich, auch die anderen Ministerpräsidenten haben am Tag vorher und noch am gleichen Tag nicht gewußt, was für Vorschläge uns unterbreitet werden.

(Hört, hört! Interessant!)

Ich habe sie ebenso wie die anderen Ministerpräsidenten zum ersten Male aus dem Munde der beiden Generäle gehört, mündlich dargelegt.

(Hört, hört!)

Wir hatten keine schriftliche Unterlage.

(Zuruf: Befehlsempfänger!)

Wir hatten die Möglichkeit, uns am nächsten Tag dazu zu äußern.
Sie müssen in diesen Dingen ja immer drei Sachen bedenken.
1. Die Besatzungsmacht - das ist ihr gutes Recht - kann ja selbst entscheiden und braucht uns nicht zu fragen. 2. Die Besatzungsmacht kann uns anhören, wenn sie das für zweckmäßig hält. Auch dieses Anhören kann in der Form geschehen, daß man die Person fragt, oder in der Form, daß man den Mann mit dem Amt fragt. Und 3., dann

ist erst noch die Frage, inwieweit dieses Anhören von der Besatzungsmacht gewertet und praktisch in die Tat umgesetzt wird. Das ist nämlich die nüchterne Tatsache, und darüber muß man sich auch vollkommen im klaren sein.
Und nun das Ergebnis dieser Ministerpräsidentenkonferenz: Die Frankfurter Wirtschaftsorganisation ist so, wie sie im Augenblick steht, nicht marschierfähig geworden. Sie hat sich auch keine sehr große Beliebtheit, ich glaube auch nicht bei uns, zu erwerben vermocht. Der Gedanke der Besatzungsmächte, diese Frankfurter Organisation müsse deshalb umgebaut werden, und zwar in einer solchen Form, daß sie leichter lauffähig wird, daß die Maschine besser läuft, ist allein der Zweck der Frankfurter Besprechungen gewesen.
Das allein ist das Ziel dieser Frankfurter Besprechungen.
Das wurde von Seiten der beiden Kommandeure [*Lucius D. Clay, Sir Brian Hubert Robertson*] ausdrücklich hervorgehoben und wurde von deutscher Seite ganz besonders betont. Es ist also nicht an dem, daß man auch nur den Versuch machen will, in Frankfurt eine Verfassung oder eine vorläufige Verfassung eines Weststaates oder der beiden Zonen zu konstruieren. Dazu wäre ja auch bei den terminmäßigen Arbeiten, wie sie dort geschehen müssen, keine Zeit. Es ist aber notwendig, das zu betonen.
Ich weiß, daß durch diese Frankfurter Organisation - nicht rechtlich, nicht staatsrechtlich, auch vielleicht nicht politisch, aber tatsächlich - so etwas wie eine vorläufige Verfassung vorausgenommen, präjudiziert werden möchte, wie man das mit einem Fremdwort zu sagen pflegt.
Nun wurde uns am Schluß dieser Konferenz gesagt: Es wird den Deutschen ein Konzept eines Vorschlags über diese Umorganisation der Frankfurter Organisation in etwa acht bis zehn oder zehn bis zwölf Tagen übermittelt. In der Tat haben wir diesen Vorschlag am letzten Donnerstag nachmittag um 15 Uhr ausgehändigt bekommen, genau 14 Tage nach Abschluß der Konferenz. Es wurde zunächst verlangt, daß man am Montag zusammentritt und am Dienstag vormittag die endgültige Stellungnahme abgibt.

(Hört, hört!)

Es wurde darauf hingewiesen, daß man die Stellungnahme der Ministerpräsidenten und einiger Herren des Wirtschaftsrats wünsche. Ich habe den Standpunkt eingenommen: Ich habe für meine Person nichts zu sagen, weil ich meine Person von dem Amt des Ministerpräsidenten nicht zu trennen vermag; wenn ich mich also äußere, dann kann ich mich nur als Ministerpräsident äußern. Das werde ich auch tun.
Im einzelnen ist Ihnen ja ungefähr bekannt, wie diese Neuorganisation wohl aussehen wird. Ich kann Ihnen Einzelheiten jetzt nicht vortragen. Aber das eine wird doch sichtbar: Daß dort die Richtung nach einer sehr straffen Organisation jeden Tag besser hervortritt.

(Hört, hört! Sehr richtig!)

Eine Frage in diesem Zusammenhang, die oft an mich gestellt wird, ist: Soll man sich denn überhaupt an Verhandlungen beteiligen, von denen man im vorneherein weiß, daß man nur einen sehr beschränkten Einfluß auf das Ergebnis ausüben kann? Oder soll man etwa sagen: Nein, das tut man nicht; oder - wie man so zu sagen pflegt: Macht Eure Sache alleine! Ich bin der Meinung, daß ein solcher Standpunkt ganz falsch wäre. Warum? Wenn wir uns abseits stellen, uns separieren, haben wir keine Möglichkeit, ja zu sagen, haben wir auch keine Möglichkeit, nein zu sagen. Das letztere ist unter Umständen vielleicht wichtiger als das erstere,

(Sehr richtig!)

und zwar deshalb, weil ich der Ansicht bin, daß wir nicht nur der Besatzungsmacht gegenüber für das verantwortlich sind, was wir sagen, sondern daß wir vor allem auch unserem Volk und dafür verantwortlich sind, wie sich unsere Geschichte später abwikkelt.

(Sehr richtig!)

Noch ein anderer Grund besteht. Wir können uns abseits stellen und sagen: Dieses Spiel wollen wir nicht mitmachen. Glauben Sie, liebe Parteifreunde, daß wir dadurch irgend etwas ändern?

(Sehr gut!)

Doch, ich glaube, wir ändern etwas: Es werden sich nämlich Dutzende finden, die das gerne, lieb und gerne auf den Wink hin machen,

(Sehr richtig!)

die williger sind und die weniger die deutschen Interessen im Auge haben. Das muß einmal gesagt werden.

(Sehr richtig!)

Wenn ich das sage, stelle ich mich keineswegs in Gegensatz zu amerikanischen oder englischen Auffassungen. Denn dort ist ja die Demokratie zu Hause. Sie ist ja dort groß geworden. Von dort wird uns ja - liebe Parteifreunde, ich sage das allen Ernstes - insbesondere das Beispiel der Demokratie immer entgegengehalten; nur bin ich so unvorsichtig, daraus die Folgerung zu ziehen, daß ich gerne auch das demokratisch freie Wort für mich in Anspruch nehme.

(Beifall.)

Ich darf vielleicht in dem Zusammenhang noch auf eines hinweisen: Bei der ersten großen Versammlung der Bayernpartei bin ich selbst und ist die Staatsregierung sehr heftig angegriffen worden. Man hat gesagt, man hätte nicht alles Mögliche getan. Man muß das richtigstellen, und zwar deshalb, weil es nicht gut ist, wenn solche Unrichtigkeiten weitergeredet werden. Ich muß schon sagen, es ist ein starkes Stück, mir vorzuwerfen, die Bayerische Regierung krieche vor dem Frankfurter Zentralismus auf dem Bauch,

(Heiterkeit. - Pfui-Rufe.)

ich hätte durch mein Verhalten bei den wichtigsten verfassungspolitischen Entscheidungen einen schwarzen Tag in der bayerischen Geschichte heraufbeschworen. Dazu kann ich Ihnen nur so am Rande folgendes sagen: Es war ein Zufall, daß ich einen Tag vor der Frankfurter Konferenz in Frankfurt gewesen bin; und ich habe bei der Gelegenheit von deutscher Seite, die jetzt davon redet, daß das ein schwarzer Tag des Föderalismus gewesen sei, Vorschläge - schriftliche Vorschläge - gesehen, über die ich Ihnen bei Gelegenheit gerne einmal erzählen möchte.

(Hört, hört!)

Dann würden Ihnen die Augen übergehen über Zentralismus usw. Ich habe verhindert, daß diese Vorschläge weitergegeben worden sind.

(Bravo-Rufe.)

Es wird gesagt, ich hätte dort die vitalsten und wichtigsten Interessen des bayerischen Volkes den Parteiinteressen der CSU geopfert. Dazu kann ich eigentlich überhaupt

nichts sagen. Bei einer solchen Konferenz kann man einseitig einen Parteistandpunkt einnehmen; dann steht man bekanntlich allein und kann sich nie verständigen. Denn daß alle acht Ministerpräsidenten und alle Leute, die vom Wirtschaftsrat zugezogen werden, derselben Partei angehören, kann man doch nicht gut verlangen. Wenn sie aber verschiedenen Parteien angehören und jeder Koch nur seine Parteisuppe kocht, dann ist es überhaupt vollständig unmöglich, auf deutscher Seite eine einheitliche Meinungsbildung zu erzielen und mit dieser Meinungsbildung den anderen, den Besatzungsmächten, entgegenzutreten.

(Sehr richtig! Sehr wahr!)

Liebe Parteifreunde, wir haben es in der amerikanischen Zone in Stuttgart beim Länderrat praktisch exerziert; es ist durchaus möglich, daß man sich auch in schwierigen Fällen trotz verschiedener Parteizugehörigkeit und ohne daß man von seiner grundsätzlichen Auffassung irgend etwas aufgibt, auf einer einheitlichen Linie einigt. Im Länderrat in Stuttgart zum Beispiel mußten, um ein Gesetz zustande zu bringen, um einen Beschluß gültig sein zu lassen, die Beschlüsse alle einstimmig gefaßt werden; und es ist sehr wohl möglich gewesen, diese einstimmige Beschlußfassung herbeizuführen.

Es wird gesagt, ich hätte die Finanzhoheit Bayerns preisgegeben. Wie ist denn die Wirklichkeit? Es ist bei dieser Umorganisation des Frankfurter Statuts unter anderem vorgesehen, daß der Wirtschaftsrat ein eigenes Haushaltsrecht hat. Daß er ein eigenes Haushaltsrecht hat, um seine eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, das haben wir ja vorher schon gewußt; dahinter hat zunächst niemand von uns etwas besonderes gesehen. Nun wurde uns aber gesagt: Nein, anders: dieses Haushaltsrecht bezieht sich nicht nur auf die Organisation als solche, sondern bezieht sich auf die Bedürfnisse der beiden Zonen und auf das, was der Wirtschaftsrat als solche Bedürfnisse ansieht, also auf Einrichtungen und auf alle möglichen anderen Dinge, die der Wirtschaftsrat in Frankfurt etwa für die beiden Zonen für möglich oder für notwendig hält. Und dazu bedarf es natürlich der Einnahmen. Diese Einnahmen sollten aus den Überschüssen von Post und Eisenbahn usw. gefunden werden, die - nebenbei bemerkt - ein Vielfaches mehr sind, als der Haushalt der Frankfurter Organisation bisher ausmachte, so daß man nach unserer bescheidenen Rechnung weitere Einnahmequellen nicht zu suchen brauchte. Nun wurde gesagt: Darüber hinaus soll dieser Wirtschaftsrat in Frankfurt auch über die Zölle und Verbrauchsabgaben verfügen können, und er soll auch noch die Möglichkeit haben, eine Quote der Einkommenssteuer für sich in Anspruch zu nehmen.

(Hört, hört!)

Was haben die Ministerpräsidenten dazu gesagt, als sie das zum ersten Mal gehört haben und als man ihnen erst am zweiten Tag erklärt hat, was damit gemeint ist? Sie haben übereinstimmend gesagt: Nach unserer Meinung geht das nicht; nach unserer Meinung genügt es vollständig, wenn dem Wirtschaftsrat in Frankfurt wie bisher die Überschüsse von Post und Eisenbahn usw. zur Verfügung stehen.

(Sehr richtig!)

Das ist die Wahrheit!

(Bravo-Rufe.)

Von einer Aufgabe der Finanzhoheit kann mit keinem Wort die Rede sein; denn darüber ist in dieser Form überhaupt nicht gesprochen worden.

Ich hätte mich, ist weiter gesagt worden, in Frankfurt so völlig entmannt, daß es ein Luxus wäre, überhaupt noch eine Bayerische Staatsregierung darzustellen, man könnte den Ministerpräsidenten ruhig durch einen Verwaltungsinspektor oder einen bizonalen Gauleiter ersetzen.

(Pfui-Rufe.)

Ja, man hat sich nicht gescheut, meine Haltung in Frankfurt als schamlos zu bezeichnen und mich reif für den Kadi des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zu erklären.

(Heiterkeit.)

Kadi, Verhaftung, durchbrennen! Weiter ist dann wohl auch die Version erzählt worden, ich sei bereits nach der Schweiz getürmt. Allen Ernstes! Meine Frau sei ja bereits nach der Schweiz geflüchtet! Dazu kann ich nur das eine sagen: Wenn man mit solchen einfach unrichtigen und unverantwortlichen Referaten bayerische Politik machen will, dann sehe ich allerdings sehr sorgenvoll in die bayerische Zukunft.

(Sehr richtig!)

Das Erscheinen einer neuen Partei - um darauf noch mit einem Wort zurückzukommen - mit einem radikalen bayerischen Akzent auf der politischen Bühne Bayerns hat aber immerhin eine sehr symptomatische Bedeutung, die man vom staatspolitischen Standpunkt aus nicht gering achten darf, auch wenn die ersten Lebensäußerungen nicht gerade so sind, daß man sie oft ganz ernst nehmen kann. Um so ernster ist das zu nehmen, was sich hier, angetrieben durch eine allgemeine Unzufriedenheit, auf dem Felde der politischen Bewegungskräfte wieder einmal anzubahnen scheint. Es ist kein Zweifel, daß hier eine neue Art von Radikalismus zum Ausdruck drängt. Ich sage das ohne jede Spitze. Not- und Katastrophenzeiten, wie die unsrige, haben erfahrungsgemäß immer die Entstehung radikaler Bewegungen begünstigt; wir brauchen nur an die Entstehungszeit des Nationalsozialismus selber zu denken. Diejenigen, die den Gedanken einer Parteigründung nach der Art der in der Entstehung begriffenen Bayernpartei begrüßen, versprechen sich davon eine Förderung der bayerischen Sache. Sie sind der Meinung, daß damit der Vertretung der bayerischen Dinge ein besonders schwungvoller und erfolgreicher Antrieb verliehen würde.
Wenn ich mir die gleiche Meinung zu eigen machen könnte, so würde mich keine eigene Partei, keine politischen Bindungen und Rücksichten daran hindern können, in meiner Eigenschaft als Bayer und sogar als Bayerischer Ministerpräsident ein solches Beginnen aufrichtig zu begrüßen. Was ist angenehmer, als in einer großen Sache, die einem und uns allen hier am Herzen liegt und für die man alle Opfer zu bringen bereit ist, wirkliche Bundesgenossen zu finden! Angesichts der Rolle, die Bayern als dem am besten fundierten Staatsgebilde bei der bevorstehenden Neuordnung der staatlichen Verhältnisse Deutschlands zufällt, kann die innere bayerische Front gar nicht stark genug gemacht werden,

(Sehr richtig!)

weil davon auch die Stärke und der Erfolg der bayerischen Front nach außen hin abhängen wird.
So wird es für die Zukunft Bayerns und Deutschlands von großer Bedeutung sein, wie die parteipolitischen Verhältnisse in Bayern in der nächsten Zeit beschaffen sein werden, ob sie sich nach der Richtung der Kräftigung und Konsolidierung der staatsbejahenden bayerischen Kräfte entwickeln oder ob sie dem zermürbenden Prozeß einer

die Gesamtkraft mindernden Aufspaltung verfallen werden. Ich befürchte nicht nur, sondern ich bin fest davon überzeugt, daß die Bayernpartei, wenn sie den betretenen Weg weiter beschreiten würde und so Gestalt und Gewicht bekäme, kein Faktor der Stärkung, sondern ein Element der Spaltung in unseren Landen werden würde.

(Sehr richtig!)

Das aber müßte eine nicht wiedergutzumachende Schwächung der bayerischen Position bedeuten, noch dazu in einem Augenblick, der vielleicht ein entscheidender Wendepunkt in der bayerischen Geschichte ist, in dem alles darauf ankommt, wie sich Bayern als Ganzes verhält.

(Sehr richtig!)

Es wäre ja nicht das erste Mal in der Geschichte der politischen Bewegungen in Bayern, daß sich ein gewisser sektier[er]ischer bayerischer Radikalismus Luft schaffen will und mit dem Auseinanderreißen beginnt, wo Zusammenhalt und Zusammenfinden besonders notwendig wäre.
So droht in der Tat die Gefahr, daß aus der Bayernpartei, wie sie sich augenblicklich präsentiert, die Partei eines bayerischen Schismas wird. Jedes Schisma kommt aber nicht von ungefähr; es entsteht in der Regel aus einer Unzufriedenheit von Menschen, die sich in der Gemeinschaft, der sie bisher angehörten, nicht mehr ganz zurechtfinden. Daher muß bei der Betrachtung eines solchen Vorgangs auch immer die Frage gestellt werden, ob die Kräfte, die für den Zusammenhalt verantwortlich sind, nicht irgendwie, irgendwo, auf irgendeine Weise versagt haben. Es ist kein Zweifel, daß die Krisis, die sich in der durch die Bayernpartei heraufbeschworenen Spaltungsgefahr anmeldet, gleichzeitig auch in gewissem Sinn eine Krisis des Zusammenhaltens unserer CSU ist.
Ich halte diese Krise für die wichtigste und ernsteste politische Angelegenheit unserer bayerischen Politik, weil sie - und deshalb komme ich überhaupt darauf zu sprechen - aufs engste mit dem Schicksal und der Zukunft der bayerischen Sache verbunden ist. Man sollte sich also sehr ernst und sehr eindringlich mit diesen neuesten Angelegenheiten befassen und nicht leichthin darüber hinweggehen, wie wenn nichts wäre und wie wenn sich alles vollkommen und restlos in bester Ordnung befände.

(Ganz richtig!)

Es handelt sich hierbei nicht nur um eine Angelegenheit des Parteiinteresses, sondern - ich betone das ganz besonders - um eine sehr ernste staatspolitische Angelegenheit. Es geht darum, daß unsere Partei jene Verfassung erhält und behält, die sie wirklich krisenfest macht und jeder auch noch so großen Belastungsprobe standhalten läßt.

(Sehr gut!)

Es ist eine Binsenwahrheit, daß die bayerische Sache abhängig ist von einer großen, umfassenden, fest in sich ruhenden, machtvollen bayerischen Partei.

(Sehr richtig!)

Die einstige Bayerische Volkspartei, die ein ansehnliches, festgefügtes und darum ausserordentlich stabiles bayerisches Parteigebilde gewesen ist, war für die Erfüllung der Aufgaben, die sie sich gestellt hatte, doch zu schwach. Die Forderungen, die sie in der bayerischen Sache vertrat, standen sehr oft im Mißverhältnis zu ihren tatsächlichen machtmäßigen Möglichkeiten, sich durchzusetzen. Um wirklich bayerische Politik ma-

chen zu können, bedarf es einer Partei, die umfassender und universaler in ihrer Zusammensetzung, die kräftiger im Innern und überzeugender nach außen ist, als es die Bayerische Volkspartei in ihren besten Zeiten war.
Gerade aus dieser Erkenntnis heraus haben die Männer, die zu einem großen Teil aus der ehemaligen Bayerischen Volkspartei kommen, nach dem Wiedererwachen des geknechteten demokratischen Lebens den Ruf der Christlich-Sozialen Union ergehen lassen zur Vereinigung aller bayerischen Kräfte ohne Unterschied des Standes und der Konfession, wenn sie sich nur durch die Wahl einer christlich fundierten Staats- und Gesellschaftsauffassung gebunden fühlen. Das bayerische Volk ist mit einem bemerkenswerten Verständis diesem Ruf gefolgt, und es ist die Christlich-Soziale Union als eine der größten Hoffnungen eines neuen Bayern entstanden. Es wurde ihr vom bayerischen Volk ein großer Wechsel für Bayern ausgestellt. Denn darüber muß man sich klar sein, daß die Gründungsgeschichte auch dieser jüngsten bayerischen Partei aufs engste mit dem wiedererwachenden Glauben an Bayern als einen Rückhalt für die Überwindung des Chaos verbunden war, in das Deutschland nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes verfallen ist. Diesen Glauben nicht zu enttäuschen, muß ein Grundprinzip der Politik der Christlich-Sozialen Union sein und bleiben.

(Beifall.)

Als eine bayerische Partei mit einer bayerischen Zielsetzung hat die Christlich-Soziale Union in der schwersten Zeit unseres Vaterlandes eine große Aufgabe auf sich genommen, die zugleich eine eminent deutsche Aufgabe ist. Nach diesem Gesetz, nach dem sie angetreten ist, muß die Christlich-Soziale Union marschieren, oder sie wird fallen.

(Sehr richtig!)

Hat es - müssen wir uns fragen - in unseren Reihen wirklich an einer notwendigen Klarheit und Entschiedenheit und vor allem an dem inneren Glauben bei der Verfolgung des Weges gefehlt, der Bayern, wenn es seine Aufgabe erfüllen soll, nun einmal bei dem Wiederaufbau der deutschen Verhältnisse aus innerer Notwendigkeit vorgeschrieben ist? Es sollte auch die Aufgabe und Pflicht eines Parteitags, wie der heutige es ist, sein, diesen Dingen auf den Grund zu gehen und die Schlüsse für das weitere politische Verhalten daraus zu ziehen. Die Frage des Zusammenhalts der Partei ist bei weitem nicht nur eine Frage der Einigkeit auf Delegiertenversammlungen, wie wir sie heute abhalten, sondern entscheidend ist es, daß draußen unsere Wählerschaft zusammenbleibt.

(Sehr richtig!)

Ihr Verhalten, ihre Haltung, ihr Vertrauen ist die Probe darauf, ob diejenigen, die das Gesicht der Politik der Partei bestimmen, Erfolg oder Mißerfolg gehabt haben.

(Sehr richtig!)

Möge durch die heutige Landesversammlung - nicht nur durch das, was hier geredet wird, sondern durch die politischen Impulse, die von hier ausgehen sollen und werden - der Glaube und die Überzeugung draußen in unseren Landen gestärkt werden, daß es einfach nicht wahr ist, daß die Christlich-Soziale Union als Sachwalterin der ihr anvertrauten bayerischen Interessen versagt hat.

(Sehr gut! Bravo!)

Die bayerische Politik steuert darauf hin, Bayern als Staat endlich in ein richtiges Verhältnis zu seiner deutschen Umwelt zu bringen und es so zu einem fruchtbringenden Glied einer gesunden und echten deutschen Föderation zu machen, die ihrerseits wiederum auf die föderative Umgestaltung des europäischen Staatslebens hinwirkt.

(Bravo-Rufe und Zustimmung.)

Eine solche Politik, die einen ganz bestimmten Plan einer staatlichen Neuordnung in sich trägt, bedarf eigenständiger politischer Organisationen, die in sich selbst ruhen und ihre politischen Impulse aus sich selbst empfangen; das heißt wir brauchen eine Landespartei, die ihre oberste politische Instanz in sich selbst hat und die frei ist von irgendwelchen Weisungen, die von außen an sie kommen.

(Beifall.)

Die Christlich-Soziale Union ist als eine selbständige Landespartei gegründet, und es widerspräche ihrem natürlichen Entwicklungsgesetz, nach dem sie angetreten ist, wollte man sie etwa in ein Teilstück einer Reichspartei umwandeln.

(Erneuter Beifall.)

Reichsparteien entstehen - das ist nun eine Erfahrung und ein politisches Gesetz - immer unter dem Einfluß zentralistischer Tendenzen.

(Nochmalige Zustimmung.)

Das absolute Festhalten an unverwaschenen eigenständigen Prinzipien, wie wir es für unsere Partei für unbedingt notwendig halten, ist kein Hinderungsgrund für eine enge Tuchfühlung mit den gleichgesinnten und gleichgerichteten Parteien außerhalb Bayerns. Ganz im Gegenteil,

(Sehr wahr!)

die Idee der freien Arbeitsgemeinschaft ist ein durchaus föderatives Prinzip.

(Sehr richtig!)

Ist es doch der Sinn aller föderativen Haltungen, sich nicht abzukapseln, sondern sich in Freiheit zu verbinden, wo gemeinsame Interessen auf dem Spiele stehen, die nur in gemeinsamer Zusammenarbeit gelöst werden können.

(Sehr richtig!)

Wir können uns keine föderalistische Politik vorstellen, die sich des Zusammenhangs mit Deutschland nicht bewußt ist und für die, von Bayern aus gesehen, Deutschland nur noch einen geographischen Begriff darstellt. Hier scheiden sich die Geister,

(Sehr wahr!)

weil sich die politischen Prinzipien scheiden. Ein bayerisches Programm, dem das übrige Deutschland Luft wäre, wäre kein föderalistisches, sondern ein separatistisches Programm.

(Sehr richtig!)

Hier können wir nicht mittun, und hier werden wir nicht mittun; hier wird auch das bayerische Volk nicht mittun.
Das Wort Deutschland ist in Bayern nicht ausgestorben und wird hier niemals aussterben. Wer sich unterfangen wollte, es auszulöschen, könnte so zum ungewollten Auf-

peitscher neuer nationalistischer Instinkte werden, die sich sowieso genug unter der Decke spürbar zeigen. Davor aber möge uns der Himmel und die Vernunft unseres Volkes behüten!

(Bravo!)

Wir können die Geschichte der nationalen Entwicklung in Deutschland, die nach den Befreiungskriegen in Deutschland einsetzte und in die das bayerische Volk als ein Stück des deutschen Volkes mit einbezogen wurde, nicht einfach von uns streifen, ebensowenig, wie das andere Völker konnten, die vor uns und in weit verstärktem Maße den Weg zum Nationalstaat gegangen sind.
Wenn uns unsere Erkenntnis und unsere Erfahrung heute auch dahin führt, daß für uns das nationalstaatliche Prinzip kein reiner Segen war und sich gerade als Prinzip einer Neuorganisation unseres staatlichen Lebens tatsächlich überholt hat, so heißt das doch nicht, daß die Idee der Nation sich überlebt hat und von uns Deutschen aufgegeben werden müßte. Das kann nicht sein. Und auch das bayerische Volk ist dazu gar nicht fähig. Mit solchen negativen Forderungen belastet man nur die föderalistische Idee.

(Sehr richtig!)

Niemand wird auf den Gedanken kommen, wenn er von den anderen europäischen Völkern die Umwandlung ihres nationalstaatlichen Denkens in ein europäisches föderatives Denken verlangt, von ihnen die Aufgabe ihres nationalen Gemeinschaftsbewußtseins zu fordern. Darum können wir mit dem Satze, wie wir ihn in diesen Tagen gehört haben, und der heißt "unser Vaterland ist Europa und unsere Heimat ist Bayern" nichts anfangen,

(Sehr richtig!)

wenn damit etwa gesagt sein sollte, es schicke sich nicht mehr für eine Partei, für eine bayerische Partei so zu sagen: Unser gemeinsames Vaterland ist Deutschland

(Lebhafter Beifall.)

und unser engeres, vielgeliebtes Vaterland ist Bayern, das Gott schützen möge.

(Starker Beifall.)

Die Pflege des europäischen Gedankens ist wahrlich eine gute und schöne Sache, die des Schweißes aller fortschrittlich gesinnten Menschen wert ist, die einen Ausweg aus der Not suchen, in die die europäische abendländische Menschheit geraten ist, und die es aus der Verkrampfung in ihren nationalen Partikularismen zu lösen gilt. Aber wir wollen und dürfen uns nicht in einen vagen Europäismus verflüchtigen, uns darin verlieren, vor allem nicht, solange er noch ein so zartes Pflänzlein und noch so stark von handfesten Nationalismen der anderen Völker überwuchert ist.

(Sehr richtig!)

Wir müssen den Boden unter den Füßen behalten und uns jedem Narkotikum schöner Schlagworte versagen, die zunächst leider noch allzu ferne, sehr ferne Wunschträume sind.
Wir wollen keine Politk der Schlagworte und keine Politik der starken Worte machen. Politik heißt Programme und die Möglichkeiten, sie auszuführen, in Einklang bringen. Wir wollen aber auch nicht in eine Politik des bayerischen Ressentiments verfallen,

die überall anstößt und dadurch ihre Ziele gefährdet. Es gibt eine gewisse Art von Menschen, die wir als Preußen bezeichnen, mit denen sich der süddeutsche Mensch nun einmal nicht versteht. Diese Art von Preußentum ist mit dem Verschwinden des preußischen Staates nicht ausgestorben,

(Sehr richtig!)

ebensowenig wie die Abneigung gegen, ich betone, diese Art von Preußentum bei uns in Bayern niemals aussterben wird. Aber, liebe Parteifreunde, das hat mit Zentralismus und Föderalismus ganz und gar nichts zu tun.

(Sehr richtig!)

Es ist nicht gut, auf solche angeborene und eingeborene Stimmungen eine Politik auf weite Sicht gründen zu wollen.
Etwas ganz anderes wieder ist das Problem der ungeheuren Überfremdung unseres Landes, wie sie durch das Heer der Flüchtlinge, der Evakuierten ...
[Vorsitzender] Dr. *Horlacher*: Darf ich einen Moment unterbrechen. Es kommt ein neues Kapitel. Die Presse wartet auf die Bekanntgabe des Wahlresultates. Einen Augenblick, es wird sehr rasch bekanntgegeben werden.

(Lebhafter Widerspruch, Zurufe: Weitermachen, unerhört!)

Es ist ein Irrtum, weil man in diesem elenden Saal immer so schlecht hört.
Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Liebe Parteifreunde! Ich sage also: Etwas ganz anderes ist das Problem der ungeheuren Überfremdung unseres Landes, wie sie durch das Heer der Flüchtlinge, der Evakuierten und der sogenannten verschleppten Personen erfolgt ist. In einer Zeit, wo die Decke überall zu kurz ist, ist es verständlich, daß Reibungen und Verstimmungen auftreten müssen, wenn noch Fremde hinzukommen, die unter diese zu kurze Decke kriechen müssen und keine andere Decke zur Verfügung haben. Aber auch diese Probleme haben mit Unitarismus und mit Föderalismus gar nichts zu tun, und auch ein Bayern, das sich völlig von der übrigen Welt abkapseln würde, könnte mit diesem Problem nicht anders fertig werden als wir mit ihm fertig werden müssen und können.

(Beifall.)

Es ist das kein Problem der Ausscheidung, sondern ein Problem der Eingliederung in einen Volkskörper. Gibt man ihm auch nur den Anschein, als sei es ein Problem des Ausscheidens, dann schafft man höchstens seelische und geistige Einstellungen bei den sich betroffen Fühlenden, die den Prozeß einer gesunden Eingliederung überaus erschweren und belasten.

(Sehr richtig!)

Man kann eben, wie man die bayerische Frage auch ansieht, aus Bayern keine Insel der Seligen machen. Wir können uns nicht aus dem Schicksal unserer Gesamtnation herausschälen. Unser bayerischer Weg ist der gleiche, den Bayern immer gehen wollte, seit es eine deutsche Frage gibt. Immer hat die Wegerichtung nach Deutschland hinein und nicht aus Deutschland heraus gelautet.

(Zustimmung.)

Doch war das Deutschland, in das jemals der bayerische Weg einmündete, nicht das Deutschland, das sich Bayern vorstellte. Das gilt vom Reiche *Bismarcks*, das gilt vom Reiche der Weimarer Republik,

(Sehr richtig!)

das gilt erst recht von jenem unseligen Dritten Reich.

Trotz dieser Enttäuschungen, in denen sich nichts anderes als die tragische staatliche Fehlentwicklung Deutschlands ausdrückt, wollen wir den Wegweiser der bayerischen Politik nicht umstellen, weil wir trotz allem daran glauben, daß es einen Weg gibt, der auf Deutschland zu führt und gleichzeitig Bayern seiner natürlichen Bestimmung beläßt.

(Bravo!)

Das soll unser Weg sein. Unsere bayerischen Wünsche und unsere bayerischen staatspolitischen Ziele sind so, daß wir dabei das Unglück Deutschlands nicht vergrößern wollen dadurch, daß wir es schwächen, indem wir uns von ihm trennen. Dieses Wort in diesem Zusammenhang, daß wir das Unglück Deutschlands nicht vergrößern wollen, indem wir uns von ihm trennen, ist nicht von mir. Es stammt schon aus dem Munde des Bayerischen Ministerpräsidenten, der zuerst als erster nach dem Zusammenbruch den Versuch unternahm, mit der Aufräumung des Schuttes zu beginnen, von unserem Freunde *Fritz Schäffer*.

(Beifall.)

Es ist also nicht an dem, daß die verantwortlichen Männer etwa seit der Zeit des Zusammenbruches bis heute ihre Politik in dieser Richtung in irgendeiner Form geändert hätten. In diesen furchtbaren Notzeiten, in denen die Gemüter der Menschen so leicht radikalen Schlagworten verfallen und wo der Anreiz zu allerlei neuem Demagogentum so groß ist, bedarf es einer Front der Vernünftigen, der Nüchternen und der Gewissenhaften, das heißt derer, die ein Gewissen und eine Verantwortung in sich spüren. Solange die Front der Christlich-Sozialen Union in Bayern steht, wird auch eine feste Mauer gegen den Radikalismus stehen. Lassen Sie uns weiterbauen an dieser Mauer, daß sie immer stärker werde, und lassen Sie uns vor allem dafür sorgen, daß denen, die diese Mauer so gern zerbröckeln wollen, nicht von uns selbst Mauerbrecher in in die Hände gegeben werden.

(Sehr richtig!)

Das erfordert nicht nur den Willen zur inneren Einheit, den wir wohl alle ehrlich haben, sondern auch die Konkordanz einer Politik, die diese Einheit ermöglicht.

(Bravo!)

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß wir ganz, ganz schwere Monate vor uns haben, die schwersten vielleicht, die bisher gewesen sind. Wie wir über sie hinwegkommen und wie wir sie meistern wollen, das wird nicht zuletzt abhängen von dem Beitrag, den die Christlich-Soziale Union dazu zu leisten imstande sein wird. Dieser Beitrag wird wiederum davon abhängen, in welcher inneren Verfassung sich die Christlich-Soziale Union in dieser Zeit der schweren Krisis unseres Volkes befinden wird, die ja gleichzeitig immer auch eine Zeit der Bewährungsprobe ist.
Mögen von dieser Landesversammlung Kräfte ausströmen, die unsere Partei befähigen, sich an Haupt und Gliedern zu bewähren. Wollen wir nicht streiten über das, was morgen zu tun ist, sondern laßt uns tun, was das Heute gebietet, damit wir morgen überhaupt noch etwas zu tun haben.

(Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

[Vorsitzender] Dr. *Horlacher*: Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] für seine Ausführungen. Ich brauche wohl nicht noch besonders zu betonen, daß die Ausführungen bei uns die freudigste Zustimmung gefunden haben. Der Herr Mini-

sterpräsident, das darf ich wohl einmütig feststellen, genießt das einmütige und vollste Vertrauen der Landesversammlung.

(Stürmische Zustimmung.)

Wir kommen nun zur Bekanntgabe des Wahlresultates bezüglich der Wahl des Landesvorsitzenden. Bitte, Herr Freund *Blum*!

*Blum*: Meine Damen und Herren, das Ergebnis zeigt folgende Zahlen: abgegebene Stimmen 447. Davon entfielen auf Dr. *Müller* 348,

(Großer Beifall.)

auf Herrn Dr. *Ehard* fünf, *Pfeiffer* zwölf, *Baumgartner* eine, *Schäffer* eine.

(Zuruf: Langsam, nochmals!)

Ich wiederhole nochmals: Dr. *Müller* 348, Dr. *Ehard* fünf, *Pfeiffer* zwölf, *Baumgartner* eine,

(Zuruf: Hört, pfui!)

*Schäffer* eine,

(Zuruf: Aha!)

*Hundhammer* eine, *Michel* eine. Enthaltungen wurden 33 gezählt, Neinstimmen 45.

[Vorsitzender] Dr. *Horlacher*: Den einstimmig Gewählten möchte ich meinen besonderen Glückwunsch zum Ausdruck bringen.

(Beifall und Heiterkeit.)

Meine lieben Parteifreunde, das Wahlresultat, das soeben bekanntgegeben wurde, ist eines der erfreulichsten Resultate, das die Christlich-Soziale Union zu verzeichnen hat. Es sind 447 Stimmen abgegeben worden. 33 Parteifreunde haben keine Stellung bezogen, weder mit Ja noch mit Nein, noch mit einem Namen, sondern sie haben sich nicht beteiligt und sich enthalten. 414 Parteifreunde haben eine bestimmte Willenserklärung für bestimmte Parteifreunde für den Landesvorsitz kundgetan. Es steht also fest, daß sich 414 Stimmen an der wirklichen Abstimmung beteiligt haben. 348 sind auf Dr. *Josef Müller* entfallen. Das sind 87% [sic!] der Stimmen.

(Anhaltender Beifall.)

Nun möchte ich an die Parteifreunde, die sich nicht entschließen konnten, Dr. *Josef Müller* die Stimme zu geben, die Bitte richten, daß sie loyal in der Partei wie bisher mitarbeiten möchten.

(Bravo!)

Sie möchten dabei den Gesichtspunkt beachten: Ein solches Wahlergebnis bei der Wahl des Landesvorsitzenden bedeutet für jeden, der in der Union tätig ist, daß hier durch die starke Einheitskundgebung der Partei jeder Parteifreund mitgerissen sein muß.

(Beifall.)

Ich möchte an unsere Parteifreunde die Bitte richten, daß eines eintreten möchte: Wir wollen die Partei über die Person stellen, und wenn wir eine verantwortliche Person als Landesvorsitzenden für ein Jahr gewählt haben, dann ist es unsere Pflicht, diesen Mann der Union zu unterstützen, gleichgültig, wie wir in der Wahl Stellung genommen haben. Das kommt dann der gesamten Union zugute.

(Zustimmung.)

Das muß ein Brauch der Demokratie sein. Es muß aufhören das Erzählen von Gerüchten und das Geraune von Geschichten, es muß anfangen die Arbeit in der Partei. Wer etwas auszusetzen hat oder wer etwas zu sagen hat, möge sich nicht an einen x-beliebigen wenden, nicht an Sonderzirkel innerhalb der Partei, sondern er möge sich an die zuständigen Parteiorgane wenden.

(Beifall.)

Zu dem Geraune gehört, liebe Freunde, ich sage es heraus, wie ich es mir denke, der *Josef Müller* ist stark zentralistisch eingestellt. Das ist doch das Geraune, liebe Freunde! Wir kennen es ja, wir hören es in manchen Gebieten landauf und landab. Was ist in Wirklichkeit daran? In Wirklichkeit ist es so, daß seit langem schon jeder Spatz auf dem Dach, der in der Staatskanzlei oder sonstwo zu tun hat, weiß, daß unsere drei Vertreter in Frankfurt a.M. und Dr. *Müller* in der Staatsregierung keine unterschiedliche Auffassung zwischen Bayern und Deutschland besitzen.

(Beifall.)

Ich liebe es nicht, andere Parteien als Konkurrenzfaktoren in die Waagschale zu werfen. Ich liebe es vielmehr, daß wir den Mut haben, das zu vertreten, was wir als richtig empfinden.

(Sehr richtig!)

Wir wollen für Bayern das haben, was Bayern gehört, und wollen aber dem Deutschen das geben, was ganz Deutschland gehört.

(Beifall.)

Jetzt bin ich am Ende. Beim letzten Parteitag habe ich gesagt: Ich war der Geburtshelfer vom *Ochsensepp*. Das bin und bleibe ich. Er kann jetzt wieder sein Amt übernehmen.

(Beifall.)

Bei einer solchen Vertrauenskundgebung ist es schon wieder eine halbe Diktatur, wenn man fragt, ob er die Wahl annehmen will. Das ist doch selbstverständlich. Aber ich frage ihn ausdrücklich, ob er die Wahl annehmen will.
(Dr. *Müller* übernimmt wieder den Vorsitz, wobei er mit langanhaltendem Beifall begrüßt wird.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich nehme die Wahl an.

(Lebhafter Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir so reichlich gegeben haben. Ich habe als erstes vor der Landesversammlung das feierliche Versprechen zu geben: Ich werde als der von Ihnen gewählte Landesvorsitzende meine Pflichten für die Christlich-Soziale Union in Bayern nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen, ohne Rücksicht auf persönliche Vor- oder Nachteile. Ich werde nur der Union dienen, niemandem einzelnen. Das ist die Verpflichtung, die ich gerade übernommen habe durch einen solchen Vertrauensbeweis, wie Sie ihn mir gegeben haben. Ich bitte alle Freunde, diejenigen, die mich gewählt haben, und diejenigen, die glaubten, mir Ihr Vertrauen nicht geben zu können: Helft zusammen, damit die Union am Schlusse als Sieger dastehe, nicht ein einzelner.

Das Wahlresultat, wie es bekanntgegeben wurde, freut mich nicht so sehr um meiner eigenen Person willen, weil es mir nur noch mehr Verpflichtung auferlegt, gerade im Hinblick auf das enorme Ausmaß des Vertrauens, sondern ich werte in diesem Augenblick dieses Wahlresultat als eine Antwort an alle Gegner der Union, die glauben oder glaubten, die Union könnte durch Angriffe von außen zersplittert werden. Wir werden einig sein, wenn es gilt, einen Dritten abzuwehren.

(Beifall.)

Wir haben im vergangenen Jahre gezeigt, daß wir trotz Meinungsverschiedenheiten in Kürze zu der Verantwortung für die Gesamtunion in der Regierung in Bayern zusammentreten konnten.

Ich darf in diesem Augenblick des Amtsantritts bitten, daß wir so wie bisher zusammenarbeiten, der Ministerpräsident *Hans Ehard* als Chef der Staatsregierung und ich als Parteivorsitzender.

(Dr. *Ehard* und Dr. *Müller* reichen sich die Hände.)

(Stürmischer, anhaltender Beifall.)

In dem kommenden Jahr stehen uns schwere Aufgaben bevor. Wir werden die Gemeindewahlen haben. Wir werden vielleicht auch sonst antreten müssen, um die Union zur Geltung zu bringen. Einer allein ist nicht fähig, die Arbeit zu bewältigen. Wir alle müssen zusammenhelfen. Sie haben mir Ihr Vertrauen gegeben. Ich bitte Sie alle in diesem Augenblick um Ihre Mitarbeit. Wir wollen arbeiten für die Christlich-Soziale Union in Bayern, wir wollen arbeiten, damit diese gute Volksbewegung, die nicht nur Partei ist, wie ich jetzt noch einmal betone, die getragen ist von den Elementen des Christentums, des sozialen und demokratischen Gedankens, damit diese Bewegung alle erfasse, die guten Willens sind. Wir sind guten Willens. Wir wollen jetzt in diesem Augenblick auch erklären: Wir erwarten, daß alle anderen Parteien mit uns den gleichen Willen haben, unserem armen Volk zu dienen.

(Anhaltender Beifall.)

Ich halte es für das Zweckmäßigste, wenn wir jetzt keine Pause eintreten lassen und, bevor wir in die Diskussion eintreten, noch das Referat unseres Parteifreundes *Seidel* über Wirtschaftspolitik hören und dann anschließend die Diskussion durchführen. Darf ich Ihr Einverständnis annehmen?

(Es erfolgt kein Widerspruch.)

Dann erteile ich unserem Parteifreund *Seidel* das Wort zu seinem Referat über Wirtschaftspolitik. Ich bitte um Ruhe.

Staatsminister Dr. *Seidel*: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! In der letzten Woche sind gegen die Regierung der CSU konzentrische und massive Angriffe geführt worden. Die politischen Hintergründe dieser Angriffe sind eindeutig. Für den aufmerksamen Beobachter unserer Lage, der trotz der allgemeinen Not und deren Auswirkung von seinem Verstande noch Gebrauch macht, war es klar, daß der sachliche Gehalt dieser Angriffe gering war und daß es sich im wesentlichen um eine billige Spekulation auf die Vergeßlichkeit und die Hoffnungslosigkeit unseres Volkes handelt. Man wußte, ein hohler Magen erzeugt oft einen hohlen Kopf

(Sehr richtig!)

und beide zusammen sind eine gefährliche Kombination, die das Unterscheidungsvermögen zwischen Ursache und Wirkung außer Funktion setzt. Man wußte ferner, daß man sich auf die Presse verlassen konnte.

(Sehr richtig!)

Tatsächlich stehen wir vor der bemerkenswerten Tatsache, daß man die Forderungen der Gewerkschaften im vollen Wortlaut wiedergegeben hat, während die Erklärung der Staatsregierung nur auszugsweise mit den entsprechenden Tönungen veröffentlicht wurde.

(Lebhafte Zwischenrufe: Immer das alte Lied! Empörende Oberparteilichkeit!)

Man wußte, meine lieben Parteifreunde, endlich, daß eine verantwortungsbewußte Regierung, die sich in Arbeit und Sorge erschöpft, keine Zeit haben werde, das Volk in Rede, Plakat und Druckschrift anzusprechen.
Wir wundern uns deshalb nicht, daß bei einem Teil unseres Volkes das Ablenkungsmanöver gelungen ist.

(Sehr richtig!)

Das war zu erwarten. Wir freuen uns aber, daß wir heute vor dem Forum der Presse in seltener Einmütigkeit Gelegenheit haben, die Dinge zu klären, unseren Standort zu überprüfen und Ursache und Maß unserer Not festzustellen, um zu sehen, was geschehen ist und was noch geschehen kann. Je gründlicher und gewissenhafter wir das tun, um so mehr Aussicht haben wir, in die Breite unseres Volkes zu wirken. Mir fällt dabei die Aufgabe zu, diese Überprüfung auf dem Gebiete der Wirtschaft vorzunehmen. Ich werde es nüchtern und abseits jeder dogmatischen Einseitigkeit tun.
Meine lieben Parteifreunde! Eine der schlimmsten Wirkungen des Zusammenbruchs des nationalsozialistischen Regimes und der bedingungslosen Kapitulation ist die Aufhebung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands durch die Zonengrenzen. Deutschland war vor dem Jahre 1938 das stärkste Industrieland in Westeuropa. Es stand an erster Stelle der Welt in der Produktion von Braunkohle, an zweiter in der Erzeugung von Stahl und elektrischem Strom und an dritter in der Förderung von Steinkohle. In seiner Ernährung war es nur zu etwa 25% von ausländischer Zufuhr abhängig, während z.B. Großbritannien in dieser Hinsicht zu etwa 70% einfuhrabhängig war und auch heute noch ist. Durch die Zonentrennung sind vier, mit Berlin eigentlich sogar fünf ungewohnte volkswirtschaftliche Gebilde in Deutschland entstanden, die es früher nie gegeben hat und die beinahe stärker voneinander abgeschlossen sind, als es sonst ausländische Staaten zu sein pflegen.
Dazu kommt, daß das große landwirtschaftliche Überschußgebiet östlich der Oder-Neiße mit 28% des anbaufähigen Bodens und nur 14% der Bevölkerung überhaupt aus Potsdam-Deutschland herausgenommen ist. Der gewaltige innere Strom von industriellen Rohstoffen und Waren vom Westen nach Osten und der Gegenstrom von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom Osten nach dem Westen ist durch die Zonentrennung mit einem Schlage versiegt. Die kleinen Nebenströme von industriellen Rohstoffen und Gütern vom Osten, insbesondere von Schlesien nach dem Westen und von manchen bearbeiteten Erzeugnissen der Landwirtschaft vom Westen nach Osten sind ebenfalls versiegt.
Das Berliner Institut für Wirtschaftsforschung hat errechnet, daß sich der innere Umsatz zwischen den Zonen vor dem Kriege bei einem Gesamtwert der damaligen Produktion von 60 bis 70 Milliarden RM auf 20 Milliarden RM belaufen hat und daß er 1946 im Interzonenhandel auf nur eine Milliarde zusammengeschrumpft ist.
Diese Tatsache allein macht schon klar, warum die Wirtschaft nicht mehr funktioniert. Infolge des mangelnden inneren Austausches und des Wegfalles der Gebiete östlich der Oder-Neiße fehlen nicht nur die Nahrungsmittel, es fehlen auch Produktionsmittel, von den Saatkartoffeln und dem sonstigen Saatgut angefangen bis zu den

verschiedensten Maschinen und Maschinenteilen. Es fehlt die Mitteldeutsche Braunkohle in ausreichender Menge. Seit dem 5. Dezember fehlt sie ganz. Es fehlt die für Bayern frachtgünstige schlesische Kohle, es fehlen die Textilmaschinen und Ersatzteile aus Sachsen, die optischen und Präzisionsinstrumente aus Mitteldeutschland, die Strümpfe und die sonstigen Textilien aus Sachsen usw. Umgekehrt klagt die sowjetische Zone über den Mangel an Steinkohle, Stahl, Maschinen und anderen Erzeugnissen der gewerblichen Wirtschaft.

Durch die Zusammenfassung der amerikanischen und britischen Zone wurden nicht ganz 60% der wirtschaftlichen Kräfte Vorkriegsdeutschlands, und zwar ohne die Gebiete östlich der Oder-Neiße, wieder vereinigt. Die US-Zone ist dabei arm an Grundrohstoffen wie Kohle und Eisen, aber durch Bayern etwas günstiger in der Ernährung gestellt als die britische Zone. Außerdem hat die amerikanische Zone ihre vielgestaltige Verfeinerungsindustrie in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet eingebracht.

Wir wissen, daß die Vereinigung der beiden Zonen eine Reihe von Schwierigkeiten gebracht hat. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß durch sie letzten Endes eine ausgewogenere Wirtschaft als vorher entstanden ist, die als Ganzes ein starkes Exportpotential aufweist. 60% der Exporte Deutschlands westlich der Oder-Neiße entfielen 1938 auf die jetzige Doppelzone. Allerdings ist diese Doppelzone, wiederum als Ganzes gesehen, ebenso wie die französische Zone in der Ernährung schon nach dem Vorkriegsstand außerordentlich abhängig gewesen von der Zufuhr aus den Ostgebieten und aus dem Ausland. Heute ist die Doppelzone mit ihrer erhöhten Bevölkerungszahl und nach völliger Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit ihrer Landwirtschaft bestenfalls fähig, aus eigener Kraft die Hälfte des Pro-Kopf-Verbrauches an Nahrungsmitteln der Vorkriegszeit zu decken.

Die zweite wirtschaftliche Wirkung des Zusammenbruches und der bedingungslosen Kapitulation war und ist das ungenügende Anlaufen der industriellen Produktion. Deutschland hat im Jahre 1946 im Durchschnitt erst ein Drittel des Produktionsvolumens von 1938 erreicht. Im Jahre 1947 wurde es auf durchschnittlich 40% erhöht. Wir in Bayern stehen mit 42% an der Spitze. Dagegen ist in den westeuropäischen Ländern 1946 die Produktion schon nahe an die Vorkriegsproduktion herangekommen und 1947 dürfte im allgemeinen der Vorkriegsstand schon überschritten worden sein. Das ungenügende Anlaufen der Produktion hängt zum Teil mit der Zonentrennung zusammen, weil eben unzählige, in der Produktion benötigte Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren aus anderen Zonen nicht zu beschaffen waren.

Zum Teil erklärt sich das Zurückbleiben Deutschlands aber auch aus der Haltung der Besatzungsmächte. Nach der Besetzung ist die industrielle Erzeugung, wohl im Zusammenhang mit dem Sicherheitsbedürfnis der Besatzungsmacht und wohl auch der damals noch gültigen *Morgenthau*-Politik

(Sehr gut!)

zunächst einmal stillgelegt worden. Die Betriebe konnten erst durch Einzelgenehmigungen wieder anlaufen. Es ist verständlich, daß sich bei einem solchen System die Produktionsgenehmigungen zeitlich weit auseinanderzogen und nicht aufeinander abgestimmt wurden, so daß sich aus diesen Intervallen erneut Verzögerungen für ein weiteres Ingangkommen der Gesamtproduktion, verschärft durch die Zonentrennung, ergaben.

Die Stillegung und die zögernde Ingangsetzung der Produktion hängt ferner eng zusammen mit der Demilitarisierungspolitk der Besatzungsmächte. Das deutsche Volk,

das endlich in Ruhe und Frieden seiner Arbeit nachgehen will, hat gegen diese Demilitarisierungspolitik keine grundsätzlichen Einwendungen erhoben. Es muß aber festgestellt werden, daß die lange Zeit ungeklärte Frage des zusätzlichen Abbaus von Kapazitäten der Industrie die wirtschaftliche Erholung außerordentlich verzögert hat.

(Sehr richtig!)

Die Unsicherheit in der Frage der Demontage, der Restitutionen, also der Reparationen überhaupt, hat nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Wirtschaft erstaunliche Nachteile gebracht.

(Sehr gut!)

Das Deutschland vor 1938 hat rund ein Fünftel des gesamten europäischen Binnenhandelsumsatzes gestellt. Der Rückgang dieses europäischen Binnenhandels auf etwa die Hälfte, wahrscheinlich sogar nur ein Drittel des früheren Umfanges ist durch den Ausfall Deutschlands mit der Folge bewirkt worden, daß viele Bedürfnisse Europas, die es selbst decken konnte, nunmehr durch kreditierte Einfuhr aus Übersee, insbesondere den Vereinigten Staaten, gedeckt werden müssen.
Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß trotzdem die erwarteten Erleichterungen in der Demontagefrage nicht eingetreten sind. Es erscheint mir wichtig, auf eine amerikanische Stimme zu verweisen, die sicher als objektiv bezeichnet werden muß. Es ist die Stimme des früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten, die Stimme *Herbert Hoovers*, der vor kurzem erklärte:

> Die Demontage deutscher Betriebe in einem Augenblick, in dem die Menschen in aller Welt Hunger leiden und sogar verhungern, würde für Amerika bedeuten, daß die Lebensmittelverknappung und die hohen Steuern nicht aufhören, da wir dann vergebens jährlich eine Milliarde Dollar aufwenden müßten, um Millionen deutscher Arbeitsloser am Leben zu erhalten. Wenn man den gewaltigen Produktionsapparat Westdeutschlands vernichtet, werden weniger Waren für den täglichen europäischen Bedarf hergestellt, der Wiederaufbau der Welt erleidet eine Verzögerung und der amerikanische Steuerzahler wird noch mehr belastet. Daher

- so fordert *Herbert Hoover* -

> muß die Demontage der deutschen Fabriken aufhören, ohne daß damit der künftigen Regelung der Reparationsfrage vorgegriffen wird.

(Beifall. - Zuruf: Bravo, *Hoover*!)

Dieser Stellungnahme *Herbert Hoovers*, die durch ähnliche Meinungen anderer bedeutender amerikanischer Persönlichkeiten ergänzt werden könnte, steht der strikte Befehl der Besatzungsmächte gegenüber, die befohlenen Demontagen bis zum 31. März dieses Jahres unter allen Umständen und mit allen Mitteln und in erster Priorität durchzuführen.

(Zurufe: Pfui! Das soll die Presse bringen!)

Eine weitere Ursache für unsere Wirtschaftsnot ist der fortschreitende Zerfall der Bewirtschaftung. Meine lieben Parteifreunde! Es muß anerkannt werden, daß die Aufrechterhaltung des rigorosen Preis- und Lohnstops und der Rationierung ein Verdienst der Besatzungsmächte ist. Wir können uns gar nicht vorstellen, welche Auswirkungen eine Abschaffung dieses unerfreulichen Erbes des früheren Regimes für Wirtschaft und Sozialleben gehabt hätte, besonders als die Millionen entwurzelter Flücht-

linge ohne Hab und Gut in die westlichen Gebiete aufzunehmen waren. Ohne Zweifel hätte sich eine Inflation in größtem Ausmaß mit ihren verheerenden Folgen entwikkelt.
Preis- und Lohnstop, Bewirtschaftung und Rationierung sind aber die Mittel einer Wirtschaftspolitik, die nicht auf friedliche Wirtschaft, sondern auf Aufrüstung und Krieg abgestellt ist. Sie sind nur so lange wirkungsvoll, als eine rücksichtslose absolute Staatsmacht alles öffentliche und private Leben unter schärfster Aufsicht hält, eine Aufsicht, die durch allgegenwärtige und fast allmächtige Organe jeden Betrieb, jeden Bauernhof und jeden Haushalt im Auge behält. Diese absolute Staatsmacht existiert aber nicht mehr. Wir müssen uns im klaren darüber sein, daß mit ihrem Wegfall die grundlegende Voraussetzung für die Wirksamkeit einer durchgreifenden Bewirtschaftung entfallen ist.

(Sehr richtig!)

Die Autorität des neuen Staates kann nicht anders als schwach sein in einer Zeit des allgemeinen Mangels und in einer Zeit der Ruinen. Dem neuen Staat war noch kaum Gelegenheit gegeben, eine durchgreifende Verbesserung der Lebensbedingungen zu erreichen. Gewiß nicht aus seiner Schuld allein. Es war ihm unmöglich, wirkliche Erfolge zu erzielen und dadurch seine Autorität zu stärken. Nichts ist aber so erfolgreich wie der Erfolg, sagt ein englisches Sprichwort.
Die Autorität der Besatzungsmächte nun, die nach der bedingungslosen Kapitulation völkerrechtlich die Verantwortung für Deutschland übernommen haben und einstweilen Inhaber der Souveränität sind, kann ihrem Wesen nach die frühere absolute Staatsgewalt nicht ersetzen. Infolge all dieser Umstände ist im Grunde genommen der Zwangswirtschaft der Boden entzogen, und niemand darf sich wundern, daß sie fast auf allen Gebieten weitgehend versagte. Zu diesem Versagen tragen natürlich noch andere Umstände erheblich bei, wie ungenügende Ernährung, die die sogenannte Moral der Tausend Kalorien hervorbrachte, die Verzögerungen und Schwierigkeiten der Produktion, die zunehmende Funktionsunfähigkeit des Geldwesens und anderes mehr.
Eine weitere Hypothek aus dem früheren Regime belastet unsere Wirtschaft, nämlich das durch Rüstung und Kriegsfinanzierung zerrüttete Geld- und Währungssystem. Es könnte und kann nur durch den Preis- und Lohnstop und die Beibehaltung der Zwangswirtschaft aufrecht erhalten werden. Für eine Friedenswirtschaft ist es aber gleichzeitig nicht mehr tauglich. Das Bargeld[9] ist in Deutschland von sechs Milliarden vor dem Krieg auf mehr als 60 Milliarden RM, die Giro- und Sparguthaben sind von nicht ganz 50 Milliarden RM schätzungsweise auf 250 Milliarden RM angewachsen. Vieles davon ist sicherlich durch die Wiederherstellung von okkupierten Staaten und Staatsteilen, durch die Abtrennung von deutschen Gebieten, durch Zerstörungen und Sperrungen von Konten beseitigt oder stillgelegt worden. Was aber übrig geblieben ist, übersteigt noch immer alle Grenzen eines vernünftigen Geldbestandes. Die sogenannten Güter, für deren Erzeugung dieses Geld ausgegeben und angesammelt wurde, sind längst in die Luft geblasen und haben nie einem normalen Verbrauch gedient.
In einer Friedenswirtschaft muß aber das Geld knapp sein und es muß dafür gesorgt sein, daß es nur für produktive Zwecke im Wege von Notenbankkrediten in den Um-

[9] In der Vorlage: "Fahrgeld".

lauf kommt und daß es mit Rückzahlung der Kredite immer wieder zur Notenbank zurückströmt. Das jetzige Geld hat seine Funktion als Tauschmittel weitgehend eingebüßt. Die Wirtschaft braucht aber Güter. Da die Wirtschaftsbehörden nur noch zum Teil die Güter gegen Geldzahlung beschaffen können, ist die Wirtschaft weitgehend zum Tausch übergegangen, und zwar sowohl in der Landwirtschaft wie in der gewerblichen Wirtschaft. In den ersten zwei Jahren nach Kriegsende war es vielleicht gut, daß der Geldüberhang noch fortbestanden hat. Durch ihn wurden sowohl mittels der überhöhten Steuern die außerordentlichen Staatsausgaben, nämlich Besatzungskosten, Wohlfahrtsausgaben für Flüchtlinge und anderes mehr als auch der Preisstop wenigstens zum Teil finanziert. Ich erinnere hier nur an den gestoppten Kohlepreis, der unter den Gestehungskosten liegt. Bereits im Frühjahr 1946 aber wurde der Geldüberhang mehr und mehr ein Hemmnis der Belebung.
Ein Beispiel, das gleichzeitig das Versagen der Funktion des Geldwesens und der Bewirtschaftung zeigt, ist folgender Vorgang: Um die Kohleproduktion zu erhöhen, sahen sich die Besatzungsmächte wie die deutsche Verwaltung veranlaßt, den um 20% erhöhten Geldlohn mit Hilfe des Bergarbeiter-Punktsystems in einen kaufkräftigen Reallohn zu verwandeln. Die Besatzungsmächte taten noch ein übriges dazu, indem sie die Care-Pakete gewährten.
Damit wurde das System der gleichmäßigen Rationierung an einem entscheidenden Punkt für eine relativ kleine Anzahl von Arbeitern durchlöchert.

(Sehr richtig!)

Wenn es auch im Interesse einer für die Gesamtwirtschaft entscheidenden Produktion geschah, so wurde im Grunde damit anerkannt, daß der reine Geldlohn nicht mehr die Kraft hat, zu genügenden Leistungen anzureizen, und daß damit das Geldsystem nicht mehr genügend funktionsfähig ist.

(Sehr richtig!)

Es erwies sich jedoch gleichzeitig als unmöglich, weitere Punktsysteme für andere wichtige Wirtschaftszweige zu bewilligen. Die Wirtschaftsverwaltung hätte die Punkte nicht beliefern können, nachdem schon das Bergarbeiter-Punktsystem zusammen mit anderen Zuweisungen an Sonderbedarfsträger die Zuteilungen an Normalverbraucher stark in den Hintergrund gedrängt hatten.
Man konnte infolgedessen nicht umhin, zu erlauben, daß die Industrie Verbrauchsgüter, Sachprämien und ähnliche unmittelbare Zuteilungen an ihre Arbeiter einrichtete. Da das aber keinesfalls in allen Beschäftigungszweigen möglich ist, ist es kein Wunder, wenn der Arbeitskräftemangel in vielen Zweigen nicht behoben werden kann. Er ist nicht nur bedingt durch die Schwierigkeiten der Unterbringung von anzuwerbenden Arbeitern aus anderen Gegenden, sondern auch durch die zunehmende Unfähigkeit des Geldes, Leistungen und Güter zu kaufen. Manche Arbeitskräfte verzichten deshalb auf eine geregelte Tätigkeit in unselbständiger Arbeit und ziehen es vor, sich ein billiges und gutes Leben durch Betätigung am Schwarzen Markt zu verschaffen.

(Sehr richtig!)

Eine weitere Folge des Zusammenbruchs, meine lieben Freunde - und das halte ich für sehr entscheidend - ist die Tatsache, daß eine zusammenhängende Wirtschaftspolitik, die sinngemäß alle wirtschaftlichen Angelegenheiten gleichmäßig umfassen muß, bisher unmöglich war. Die Befugnisse der deutschen Stellen sind in manchen Angele-

genheiten weitgehend. In anderen sind sie viel enger begrenzt, und in gewissen Angelegenheiten werden wir nur um unsere Meinung gefragt.

(Hört!)

Besonders fühlbar wird dies auf dem Gebiete des Außenhandels. Die Organisation des deutschen Außenhandels liegt trotz aller Erleichterungen letzten Endes in den entscheidenden Punkten immer noch bei der Besatzungsmacht. Ich will nicht verschweigen, daß in der letzten Woche eine Reihe von Erleichterungen gekommen sind, die diese Situation etwas ändern. Die Ursache für die Tatsache, daß diese Erleichterungen bisher noch nicht gekommen sind oder so spät kommen, ist der fehlende Friedenszustand.

Die mangelnde Bewegungsfreiheit im Außenhandel bewirkt, daß wir die benötigten Rohstoffe im Rahmen der erlaubten Produktion mit unseren Exporterlösen nicht selbst und vor allen Dingen nicht dort einkaufen können, wo sie am billigsten zu haben sind.

(Sehr richtig! Hört, hört!)

Die schönsten Produktionsplanungen nützen nichts, wenn nicht rechtzeitig die benötigten ausländischen Rohstoffe in ausreichender Menge beschafft werden. Eine Volkswirtschaft ist nun einmal ein Ganzes. Sie kann nur dann befriedigend funktionieren, wenn alle komplementären Teile in Gang sind, und dazu gehört auch die Aussenwirtschaft.

Die Ausfuhr der Doppelzone hat bis November 1947 eine Ziffer von 194 Millionen Dollar erreicht. Sie wird für das ganze Jahr 1947 mit 230 Millionen Dollar veranschlagt. Das im Washingtoner Abkommen vorgesehene Soll von 300 Millionen Dollar wurde also zu einem beträchtlichen Teil erreicht. Die durch die laufende Ausfuhr von uns selbst zu deckende Einfuhr belief sich aber bis Ende Oktober 1947 auf nur rund 30 Millionen Dollar,

(Zuruf: Hört!)

während im Washingtoner Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien vom Dezember 1946 eine Einfuhr von 350 Millionen Dollar für 1947 vorgesehen war.

(Dr. *Kroll*: *Semler* hat doch recht gehabt!)

Ich glaube, Ihnen, meine lieben Parteifreunde, mit diesen Tatsachen, die auch der geschickteste Gewerkschaftsfunktionär nicht entkräften kann,

(Sehr richtig!)

klargemacht zu haben, daß unsere Wirtschaftsnot von uns Deutschen allein nicht beseitigt werden kann. Das weiß heute jeder Mann und jede Frau.

(Zuruf: Nur der *Reuter* nicht!)

Man kann diese Not nicht mit kleinen Mittelchen aufheben. Man kann es nur, wenn man die Ursachen beseitigt. Auf keinen Fall kann man es mit einem Streik, der nur dazu beiträgt, die anlaufende Produktion und damit das wirkliche Heilmittel zu stören. Es gibt nämlich, meine lieben Parteifreunde, nur einen wirklichen Ausweg aus unserer fatalen Situation, soweit wir Deutsche in Frage stehen, und das ist die Steigerung der Produktion.

(Sehr richtig!)

Soweit wir von deutscher Seite aus zu einer solchen Steigerung überhaupt in der Lage sind, ist von allen Stellen das Menschenmögliche getan worden. Unser Parteifreund Dr. *Semler*

(Lebhafter Beifall.)

und seine Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt haben erkannt, daß zunächst einmal die Grundstoffindustrie, also der Bergbau, Eisen und Stahl, die Energiewirtschaft, Verkehr und die Landwirtschaft gestärkt werden müssen. Das bedeutet natürlich eine gewisse Zurücksetzung der Verbrauchsgüterindustrie. Es bedeutet mit anderen Worten, daß der Verbraucher zunächst noch mit seinen Wünschen zurückstehen muß. Aber, liebe Parteifreunde, einmal mußte der Anfang gemacht werden.

(Sehr richtig!)

Kohle ist das Blut, Eisen und Stahl das Knochengerüst der Wirtschaft. Ohne ausreichenden Frachtraum kann die Kohle nicht an die Wirtschaft herangebracht werden, ohne elektrische Kraft kann sie nicht arbeiten und ohne Betriebsmittel kann die Landwirtschaft ihre Leistungsfähigkeit nicht steigern.

(Sehr richtig!)

Erst wenn die Grundstoffindustrien wieder ihre volle Leistung erbringen, kann die Konsumgüterindustrie eine wirkliche Versorgung der Bevölkerung durchführen.

(Sehr gut!)

Niemand kann leugnen: Produktion ist alles, und niemand kann leugnen, daß ein Streik ohne reales Ziel in unserer Notlage diesen fundamentalen Leitsatz einer vernünftigen Wirtschaftspolitik negiert.

(Beifall.)

Meine Freunde, die Gewerkschaften glauben, daß mit einer restlosen Erfassung der industriellen Erzeugnisse alles getan sei. Welche primitive Auffassung! Es gibt kein Land der Welt, das eine restlose Erfassung durchführen könnte. Wissen denn die Gewerkschaften nicht, daß andere Länder - ich erinnere an Frankreich und Italien -, in deren Regierungen die Sozialisten maßgeblich beteiligt waren und sind, eine solche restlose Erfassung auch nicht zuwege bringen, obwohl es ihnen wesentlich besser geht als uns?
Natürlich wissen es die Gewerkschaften. Aber einem Teil ihrer Funktionäre kommt es auf etwas ganz anderes an. Natürlich wissen sie, daß es dort ebenfalls einen Schwarzen Markt gibt, daß selbst in Rußland, dem Lande der Staatswirtschaft[10], und in England, dem diszipliniertesten Volke der Welt, ein Schwarzer Markt existiert. Sie wissen auch, daß die Lüge der 1550 Kalorien auch den anständigsten Menschen bedrückt.
Mit 1500 Kalorien kann man nicht leben und nicht arbeiten,

(Beifall.)

[10] In der Vorlage: "Staatsheimat".

so sagen uns die Ernährungswissenschaftler nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt. Es wäre heute kein Gewerkschaftsfunktionär mehr am Leben, wenn er sich seit 1945

(Stürmischer Beifall.)

nur mit einer Normalverbraucherration zufrieden gegeben hätte!

(Zuruf: Wie der Herr *Reuter*, der dicke Kopf!)

Denn er müßte dann nach dem Urteil der Ernährungswissenschaftler entweder bereits gestorben sein oder sich gerade zum Sterben hinlegen.

(Heiterkeit.)

Aber, liebe Parteifreunde, diese Lüge der 1000 [sic!] Kalorien führt den Menschen zwangsläufig zum Schwarzen Markt mit seinen verheerenden wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Folgen. Ich glaube, Ihnen aber vorhin klargemacht zu haben, daß die Doppelzone auch bei den besten Erfassungsmethoden die Kalorienzahl nicht so erhöhen könnte, daß der Schwarze Markt beseitigt würde.

(Sehr richtig!)

Doch kehren wir zu den Erzeugnissen der industriellen und gewerblichen Erzeugung[11] zurück! Wie steht es denn da mit der Erfassung? Gestatten Sie mir zunächst einige grundsätzliche Bemerkungen.

Man kann die industriellen Verbrauchsgüter hinsichtlich der Erfassungsmöglichkeit nicht ohne weiteres mit den landwirtschaftlichen Erzeugnissen vergleichen. Bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen handelt es sich um Massengüter, die begrifflich und mengenmäßig verhältnismäßig leicht abgerechnet werden können; bei den industriellen Erzeugnissen haben wir es mit einer Vielzahl von Artikeln zu tun, die wiederum in den verschiedensten Sorten, Qualitätsabmessungen usw. hergestellt werden. Aus diesem Grunde ist es häufig schon schwierig, aus den zugeteilten Rohstoffen einen Schätzungswert der daraus erfolgten Produktion von einzelnen Artikeln zu bekommen.

Wir sind also zunächst auf die Angaben der Firmen angewiesen, wie sie uns im wesentlichen in den Industrieberichten übermittelt werden. Es ist natürlich möglich und es ist sicher auch der Fall, daß die Angaben der Firmen oft hinter dem tatsächlichen Produktionsausstoß zurückbleiben. Die Firmen sind dazu in der Lage, wenn sie sich aus irgendwelchen dunklen Kanälen oder durch unzulässige Manipulationen in den Besitz von Rohstoffen zu setzen wußten, die ihnen nicht auf ordnungsgemäßem Wege zugeteilt wurden. In diesem Fall können sie mit Erfolg diese Schwarzproduktion in ihren Berichten verheimlichen.

Diese Gefahr ist in besonderem Maße bei der Zuteilung von Rohstoffen im Wege des sogenannten Fertigungskontingents gegeben. Darunter ist zu verstehen, daß einer Firma eine bestimmte Menge Rohstoffe mit der Auflage zugeteilt wird, daraus eine genau festgelegte Menge von Fertigerzeugnissen herzustellen. Aus der Erkenntnis dieser Gefahr heraus ist die bayerische Wirtschaft mehr und mehr von diesem Fertigungskontingent abgegangen und hat bei einer Reihe von lebenswichtigen Artikeln des täglichen Bedarfs die Rohstoffzuteilung an den Nachweis des erfolgten Verkaufs der Fertigwaren geknüpft.

(Sehr gut!)

[11] In der Vorlage: "Erzeugnisse".

Dieses sogenannte durchlaufende Bezugsrecht wird entsprechend der voraussichtlichen Produktionskapazität dem Letztverbraucher zugeteilt, von dem aus es über den Handel als dessen Wiederbezugsrecht zur Industrie und von dieser als Nachweis über erfolgte Verkäufe an die Wirtschaftskontrollstellen zurückfließt. Damit ist die Gewähr dafür gegeben, daß keine Zwischenstufe der Wirtschaft auf Kosten der Verbraucher Lager halten kann; denn sonst müßte der betreffende Betrieb zum Erliegen kommen.
In Bayern ist das durchlaufende Bezugsrecht bereits eingeführt bei Möbeln, Parkett, textiler Bekleidung, Eisen und Metallen, Schuhen und Treibriemen, Seifen und Waschmitteln, Treibstoffen und Tabakwaren. Bei weiteren lebenswichtigen Arikeln ist die Einführung des durchlaufenden Bezugsrechts durch unseren Parteifreund Dr. *Semler* auf bizonaler Grundlage in Vorbereitung.

(Bravo!)

Sämtliche Zweige der gewerblichen Wirtschaft melden - so habe ich Ihnen gesagt - den Wirtschaftskontrollstellen durch den sogenannten Industriebericht ihre laufende Produktion. Diese Unterlagen dienen als Grundlage für Planung und Verteilungsmaßnahmen. Es kommt so wesentlich darauf an, daß die Industrieberichte richtig sind, da sonst eine ordentliche Planung und eine gerechte Verteilung nicht möglich ist. Ich habe daher am 24. November 1947, also einen Monat, nachdem ich das Bayerische Wirtschaftsministerium übernommen hatte, angeordnet, daß im Bereiche des Leders, der Textilien und von Glas und Keramik alle gemeldeten Warenbestände überprüft werden.
Damit Sie sich ein Bild machen können, wie diese Anweisung aussieht, verlese ich Ihnen einige Sätze aus einer solchen Anweisung:

> Die Versorgung mit Roh- und Hilfsstoffen ist gegenwärtig und auch in absehbarer Zeit so unzureichend, daß selbst der vordringlichste Bedarf an Verbrauchsgütern aus der laufenden Produktion nicht gedeckt werden kann. Die Bevölkerung Bayerns leidet an einem geradezu unvorstellbaren Mangel an Spinnstoffwaren, Bekleidung, Schuhen und Haushaltsgeräten. Zur Linderung dieser Not müssen daher die Warenbestände der Industrie und des Handels herangezogen werden.
> Sie werden daher angewiesen, unverzüglich Ihr Hauptaugenmerk dem Abbau und der Überprüfung der Bestände bewirtschafteter Waren in der Textil- und Bekleidungswirtschaft zuzuwenden und dabei wie folgt zu verfahren:
> 1. Sämtliche Firmen der Textil- und Bekleidungsindustrie sind unverzüglich auf den Beschluß des Arbeitsausschusses Textil und Bekleidung des Länderrats Stuttgart hinzuweisen, wonach die Betriebe den Umfang einer Vier-Wochen-Produktion nicht überschreiten dürfen.
> 2. Die Firmen sind anzuweisen, die Mengen der Vier-Wochen-Produktion zu errechnen und der Landesstelle binnen acht Tagen zu melden.
> 3. -

- und das ist das Entscheidende -

> Der über eine Vier-Wochen-Produktion hinausgehende Lagervorrat ist innerhalb von vier Wochen unter Beachtung der Bewirtschaftungsvorschriften auszuliefern.

Es kommen dann weitere Bestimmungen über die technische Durchführung dieser Anweisung.

Darüber hinaus habe ich ebenfalls am 24. November 1947 ein scharfes Vorgehen gegen nichtgemeldete, also schwarze Warenlager angeordnet.

(Bravo-Rufe.)

Ich bin überzeugt, daß Sie diese Maßnahmen draußen schon zu spüren bekommen haben. Endlich wurden mit Entschließung meines Ministeriums vom 22. September - also zwei Tage, nachdem ich mein Amt übernommen hatte - und am 9. Januar 1948 die Regierungswirtschaftsämter angewiesen, den Ausweichlagern gewerblicher Betriebe ihr besonderes Augenmerk zu widmen.
Liebe Parteifreunde! Diese Maßnahmen können nicht gesteigert werden, wenn sie sich nicht überschlagen sollen, und sind in ihrer Schärfe von ähnlichen Maßnahmen anderer Länder in keiner Weise übertroffen worden, obwohl ich der einzige nichtsozialistische Wirtschaftsminister der Doppelzone bin.

(Beifall.)

Es muß daher einmal mit aller Deutlichkeit festgestellt werden. Ich habe am 20. September 1947 mein undankbares Amt übernommen. Die Gewerkschaften werden nicht behaupten wollen, daß es bis dahin keine Warenhortungen gegeben hat.

(Sehr richtig!)

Ich frage deshalb: Warum haben sie nicht vor dem 20. September meinen sozialistischen Vorgänger [*Rudolf Zorn*] angegriffen? Warum schwieg man damals, obwohl nichts geschah?

(Beifall und Bravo-Rufe.)

Ich bin weiterhin davon überzeugt, daß die Zeitungen diese Maßnahmen in großen Schlagzeilen gebracht hätten, wenn sie von meinem sozialistischen Vorgänger erlassen worden wären.

(Erneuter lebhafter Beifall.)

Da sich ein CSU-Minister zu diesen energischen Maßnahmen entschloß, schwieg man sie tot.

(Pfui-Rufe.)

Wie haben nun, meine lieben Parteifreunde, die Gewerkschaften auf diese Maßnahmen reagiert? In ihrer Antwort an die Bayerische Staatsregierung haben sie erklärt:

> Für die Erfassung der industriellen und gewerblichen Güter für den täglichen Bedarf hat das Wirtschaftsministerium wohl neuerdings Anordnungen erlassen.

(Hört!)

> Aber es hat auch hier wiederum nicht alles getan, um die Durchführung sicherzustellen.

Die Gewerkschaften haben zum Beispiel verlangt, daß die zulässigen Kompensationen der Kontrolle durch die Betriebsräte unterstellt werden,

(Heiterkeit.)

und haben dazu eingehende Vorschläge gemacht.

> Dem hat das Ministerium nicht stattgegeben. Die im November 1947 eingeleiteten Maßnahmen, auf die sich die Staatsregierung beruft, sind geradezu geeignet, der Warenhortung bei Industrie und Handel den größten Vorschub zu leisten.

(Zurufe: Unerhört!)

Meine lieben Parteifreunde! Diese Antwort ist widerspruchsvoll, unbegreiflich und außerordentlich billig.

(Zurufe: Gemein! - Dumm!)

Was haben zunächst die Kompensationen mit der Warenhortung zu tun? Aber übersehen wir diesen Gedankenfehler! Daß sie notwendig sind und daß das von meinem Ministerium angeordnete Verfahren bezüglich der Kompensationen, die ja in diesem Zusammenhang gar nichts zu tun haben, sachlich richtig und zweckmäßig ist, können die Gewerkschaften nicht bestreiten. Sie können es schon um deswillen nicht, weil sie der gleichzeitig von meinem Ministerium aus erfolgten Regelung der Sachwertabgabe an die Arbeitnehmer mit zugestimmt haben.

(Heiterkeit.)

Und was fordern sie nun? Sie fordern, daß die Betriebsräte zur Kontrolle der Kompensationen eingeschaltet werden.

(Zuruf: Zum Schieben!)

Ich will mich gar nicht auf die Bestimmungen des Kontrollratsgesetzes über die Rechte und Pflichten der Betriebsräte zurückziehen, die es fraglich erscheinen lassen, ob eine solche Kontrolle durch den Betriebsrat überhaupt zulässig ist. Das Entscheidende ist folgendes: In der Praxis ist eine solche Kontrolle durch die Betriebsräte sehr wenig zweckmäßig, weil nämlich die Betriebsräte eine hervorragende Kompensationsfreudigkeit an den Tag legen, wenn es sich um die Beschaffung von Lebensmitteln, Schuhen und Textilien usw. für die Arbeiter handelt.

(Zustimmung. - *Krempl*: Der Schieber in Schwandorf hat allein 300 Zentner Mehl selber gefressen!)

Wir machen in der letzten Zeit sogar die Wahrnehmung, daß sich manche Betriebsräte in harmonischer Gleichgesinnung mit ihrem Unternehmer gegen die Überprüfung der gemeldeten Warenbestände und gegen den Abzug der festgestellten Übermengen wenden.

(Hört, hört! - Schriftführer *Blum*: Und die Gewerkschaften, Herr Minister!)

Hier zeigt sich mit Deutlichkeit der Unterschied zwischen Theorie und Praxis, zwischen Wirklichkeit und Propaganda!

(Sehr richtig!)

Die Behauptung, daß die Maßnahmen meines Ministeriums geradezu geeignet seien, der Warenhortung bei Industrie und Handel Vorschub zu leisten, ist entweder wider besseres Wissen oder aber aus einer erschreckenden Ignoranz aufgestellt.

(Zuruf: Aus Dummheit!)

Beides ist gleich bedauerlich. Ist es ein Handeln wider besseres Wissen, dann muß man mit tiefer Sorge für die zukünftige deutsche Entwicklung erfüllt werden, handelt es sich aber um Unwissenheit, dann muß man bei der Bedeutung, die den Gewerkschaften zukommt, und bei ihrer weitgehenden Einflußmöglichkeit auf den wirtschaftlichen Ablauf der Geschehnisse geradezu erschrecken.

(Sehr richtig!)

Sie haben vorhin den Wortlaut meiner Anordnungen gehört; ich habe es deshalb nicht

nötig, die Unsinnigkeit der Gewerkschaftsbehauptung zu beweisen. Sie liegt so offensichtlich auf der Hand, daß jedes Wort überflüssig ist.

(Sehr richtig!)

Ich glaube aber, liebe Parteifreunde, daß in diesem Zusammenhang ein anderes Wort notwendig ist. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß der arbeitende Mensch ein Teil der Wirtschaft ist und daß seine Interessen im Organismus der Wirtschaft geschützt werden müssen. Die Gewerkschaft als berufene Vertreterin des arbeitenden Menschen hat deshalb eine bedeutungsvolle Aufgabe, die vom Staat anerkannt und gefördert werden muß. Der arbeitende Mensch ist aber immer nur ein *Teil* der Wirtschaft, und die Gewerkschaft ist und bleibt eine Interessenvertreterin.

(Sehr richtig!)

Sie ist es ebenso, wie der industrielle Fach- und Berufsverband. Beide bieten vielversprechende Möglichkeiten und können bei richtiger Einordnung in das Ganze von Staat und Wirtschaft Gutes stiften. Aber man kann ihnen aber keinen schlechteren Dienst erweisen, als wenn man ihnen Funktionen zuweist, die sie selbst und das Ganze notwendigerweise korrumpieren müssen.

(Sehr richtig!)

Überläßt man nämlich die Wirtschaftslenkung den Korporationen, dann haben wir in der Wirtschaftspolitik nichts anderes als das, was der Lynch-Justiz im Strafrecht entspricht. Wenn die Regulierung des Wirtschaftsprozesses den Korporationen - den Gewerkschaften oder den industriellen Verbänden - überlassen wird, so wird sie zu einer bewußt politischen Entscheidung,

(Sehr gut!)

die man nicht an staatsfremde Instanzen delegieren kann, ohne den Staat selbst aufzulösen.
Wir müssen deshalb alle Forderungen ablehnen, die geeignet sind, die Wirtschaft an eine der Korporationen auszuliefern.

(Sehr richtig!)

Würden wir solchen Forderungen nachgeben, so müßte das zwangsläufig zur Wiederkehr des allmächtigen Staates führen, der sich in der einen oder anderen Vereinigung eine außerordentliche Bastion schafft, durch die er seinen Willen tief in die private Wirtschaft hineinträgt.

(Zuruf: Totalitär!)

Meine lieben Parteifreunde! Gestatten Sie mir zum Schluß nur noch einige wenige Feststellungen zu unserer augenblicklichen Lage in Bayern. Die Kohlenlage ist ohne Zweifel besser als im Vorjahre. Die Industrie ist besser bevorratet als im Vorjahre; auch der Hausbrand ist besser gestellt als damals. Und ich möchte darauf hinweisen, daß wir jüngst durch die Verwaltung für Wirtschaft die Mitteilung erhalten haben, daß unser Anspruch wegen der Kopfzahl-Berechnung der bayerischen Haushalte anerkannt wurde und daß wir zusätzlich 35.000 Tonnen Braunkohle zugewiesen erhalten haben.

(Bravo-Rufe.)

Wir müssen abwarten, ob sie auch tatsächlich versandt werden.

(Heiterkeit.)

Hier möchte ich einen grundsätzlichen Irrtum der Bevölkerung aufklären: Die Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt ist nur für die Verteilung der Kohle zuständig, für den Versand waren es bisher alliierte Stellen; in Zukunft soll es die deutsche Kohlenbergbauleitung sein. Ich hoffe, daß die deutsche Kohlenbergbauleitung unsere bayerischen Rechte als die des revierfernsten Gebietes anerkennt und dafür Sorge tragen wird, daß wir die zugeteilte Kohle auch tatsächlich erhalten.
Nun gestatten Sie mir noch ein Wort zur Schuhverteilung; denn ich weiß, daß das unsere Verbraucher am meisten interessiert. Ich mache folgende Feststellung: In den Monaten Oktober 1947 bis Januar 1948 einschließlich sind 1.680.757 Bezugsmarken für Lederschuhe, also für Straßen- und Arbeitsschuhe, ausgegeben worden.

(Bravo-Rufe.)

Die letzten Verteilungen werden sich im Laufe der nächsten zwei bis drei Wochen in der Bevölkerung auswirken. Ich stelle fest, daß dieser Betrag fast genauso hoch ist, als der in den neun Monaten, die dem Oktober 1947 vorausgegangen sind.

(Zurufe: Hört, hört! - Wie unter den Sozialdemokraten!)

Ich möchte zum Schluß noch eine kleine Bemerkung zu den Beständen aus den amerikanischen Armeelagern machen. Es wurden bisher zugewiesen: 25.600 Wollmäntel, 100.000 Wolldecken, 5200 Windblusen, 10.000 Baumwollunterhosen und 3000 Wollunterhosen. Das war der Anfang; und ich habe die Hoffnung - diese Hoffnung muß sich erfüllen, wenn die gemeldeten Ziffern über die bereits abgeschlossenen Kontrakte richtig sind -, daß dieser Strom sich verbreiten wird und daß wir in absehbarer Zeit in der Lage sein werden, aus diesen Beständen dem Normalverbraucher etwas zukommen zu lassen.

(Bravo!)

Ich möchte feststellen, daß die amerikanische Militärregierung für Bayern Wert darauf legt, daß diese Waren nicht an Sonderbedarfsträger innerhalb des Landes Bayern, sondern an den Normalverbraucher ausgegeben werden.

(Beifall.)

Meine lieben Parteifreunde! Es gäbe zu all diesen Dingen noch eine ganze Menge zu sagen; ich will es infolge der vorgeschrittenen Zeit unterlassen. Noch ist die arme, ausgehungerte und gequälte Bevölkerung Deutschlands und auch Bayerns vom Arbeitswillen beseelt; noch besitzen unsere Unternehmer Initiative; noch sind wir entschlossen, mit letzter Kraft ans Werk zu gehen. Ich glaube, Ihnen dargelegt zu haben, daß wir alles, was von deutscher Seite geschehen konnte, getan haben. Wir können aber die Krisis nicht beseitigen, wenn wir vom Ausland nicht die nötige Hilfe bekommen. Diese Hilfe zeichnet sich im Marshall-Plan ab. Wir sehen im Marshall-Plan das Bestreben, in den besetzten Ländern nicht Kolonialpolitik zu treiben, sondern sie in den europäischen Wiederaufbau einzugliedern.

(Bravo-Rufe.)

Aber es könnte sein, daß dieser Marshall-Plan erst wirksam wird, wenn unsere Kraft erschöpft ist; es könnte sein, daß die Kraft der troisième force - wie man sie in Frankreich bezeichnet -, das heißt die Kraft jener Menschen, die sich gegen den Ansturm von rechts und links stemmen, erschöpft sein könnte, bevor die segensreiche Wirkung eines solchen Planes eintritt. Wir wollen deshalb hoffen, daß dies nicht geschieht. Wir

jedenfalls sind entschlossen, unsere ganze Kraft aufzuwenden, um unserem armen, gequälten Volk Erleichterung zu verschaffen.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke unserem Parteifreund Dr. *Seidel* nicht nur für die Worte, die er gesprochen hat, sondern auch für die Arbeit, die er geleistet hat.

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Wir wissen, daß kein Wirtschaftsminister und kein Direktor für Wirtschaft Lorbeeren verdienen kann. Wir wissen, wie schwer ihre Arbeit ist. Wir versprechen ihnen unsere Hilfe und unsere Unterstützung.
Bevor wir in die Debatte eintreten, darf ich folgenden Antrag verlesen lassen.
Dr. *Schedl*:

Die Landesversammlung wolle beschließen:
Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern gibt der Erwartung Ausdruck, daß alle Siegermächte in Anerkennung des natürlichen Menschenrechts auf Freiheit und der Bestimmungen des internationalen Rechts die seit langen Jahren, drei Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation, noch in Unfreiheit gehaltenen deutschen Kriegsgefangenen freigeben.

(Allgemeiner Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn sich kein Widerspruch erhebt, darf ich annehmen, daß dieser Antrag einstimmig angenommen wurde. - Ich darf ferner folgenden Antrag verlesen lassen.
Dr. *Schedl*:

Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern hält die gleichheitliche Sicherung der demokratischen Grundrechte in allen Teilen Deutschlands für eine unbedingte Voraussetzung des Aufbaues der deutschen Demokratie. Deshalb billigt die Landesversammlung die von den Vertretern der Union in Berlin eingenommene Haltung und versichert die CDU der Ostzone und ihre Vorsitzenden *Jakob Kaiser* und *Ernst Lemmer* der besonderen Sympathie.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist kein Widerspruch erhoben; ich stelle fest, daß dieser Antrag einstimmig angenommen ist. - Unter Bezugnahme auf einen Beschluß des Landesausschusses und aufgrund einer Aussprache, die ich jetzt gerade noch mit Ministerpräsident *Ehard* gehabt habe, bringe ich folgenden Antrag ein:
Dr. *Schedl*:

Die Landesversammlung wolle beschließen:
Jugendarbeit und Sportbetreuung werden zusammengefaßt und, wenn möglich, einem Staatssekretär im Kultusministerium unterstellt.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf hierüber abstimmen lassen. Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

(Bravo-Rufe.)

Es wurde dann auf der Versammlung ein weiterer Antrag gestellt, den ich zu verlesen bitte.
Dr. *Schedl*:

Referat des Herrn Landesvorsitzenden Dr. *Müller* drucken und den Kreisverbänden bald zugehen lassen,

(Zurufe: Alle drei!)

desgleichen das des Herrn Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* und des Herrn Wirtschaftsministers [*Hanns Seidel*]. *Detsch*, Rosenheim.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag ist von einem oberbayerischen Vertreter gestellt worden. Ich glaube, das freut uns alle ganz besonders.

(Bravo!)

Darf ich über den Antrag abstimmen lassen? Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

(Zurufe: Dr. *Semlers* Rede dazu! *Semler* fehlt noch! *Semler* soll noch sprechen!)

Dr. *Schedl*:

Die Landesversammlung beauftragt den Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, die Frage zu prüfen, ob der am 23. Januar 1948 durchgeführte Generalstreik politisch neutral war oder ob hier nicht deutliche Anzeichen darauf hinweisen, daß einseitig parteipolitische Ziele verfolgt wurden.

(Sehr richtig! Bravo!)

Der Landesvorsitzende wird gebeten, entsprechende Maßnahmen vorzubereiten, um in Zukunft zu verhindern, daß eine Organisation, die politisch neutral sein muß, nicht zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht wird.

(Sehr richtig!)

Gegebenenfalls ist die Gründung einer christlichen Gewerkschaft umgehend vorzubereiten.

(Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich über den Antrag ohne Debatte abstimmen lassen? Wird eine Debatte gewünscht?

(Zurufe: Nein, nicht nötig!)

Es wird keine Debatte gewünscht. Ich darf abstimmen lassen. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist bei zwei Enthaltungen angenommen.
Dr. *Schedl*:

Die Landesversammlung erwartet von der Staatsregierung, besonders vom Herrn Kultusminister [*Alois Hundhammer*], daß alle Schritte unternommen werden, die geeignet sind, unsere bewährte, organisch gewachsene Schulorganisation zu erhalten.
Dr. *Barth*.

(Sehr richtig! Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich abstimmen lassen? Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist gegen eine Stimme angenommen.

(Bravo!)

Ich darf dann feststellen, daß hier keine Anträge mehr vorliegen. Dagegen liegen noch zehn Wortmeldungen vor.

(Zuruf: *Semler* soll sprechen!)

Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung! Einem allgemeinen Wunsche der Versammlung Ausdruck gebend, stelle ich den Antrag, Herrn Dr. *Semler* für einige Sätze das Wort zu erteilen.

(Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich erteile Dr. *Semler* das Wort.

Dr. *Semler* (mit stürmischem Beifall begrüßt): Meine lieben Parteifreunde! Als ich in Erlangen gesprochen hatte, haben einige unserer Freunde vorgeschlagen, ich möchte meine Rede hier auf der Landesversammlung wiederholen. Liebe Freunde, eine solche Rede wiederholt man nicht.

(Sehr richtig!)

Wer meine Rede mitangehört hat

(Zuruf: Ein bißchen lauter!)

und wer sie gelesen hat, dem muß eines klar geworden sein, daß diese Rede nicht um eines billigen Glanzes Willen gehalten wurde.

(Zustimmung und Beifall.)

Ich habe gesprochen zu dem Kreis unserer führenden Männer der Partei. Ich habe geglaubt, in einem geschlossenen Kreis zu sprechen.

(Sehr gut!)

Ich habe zu ihnen gesprochen und in Sonderheit zu den zwei Männern, die unsere Partei in den folgenden Tagen in den wichtigen Verhandlungen in Frankfurt vertreten sollten, unserem Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] und unserem Landesvorsitzenden. Ich habe gesprochen, nicht um Kritik zu üben, ich habe gesprochen aus der großen Sorge heraus, daß es bald nun nicht mehr weitergehen könnte,

(Zuruf: Als Deutscher!)

und ich habe gesprochen als der Mann, der mit Ihrem Vertrauen auf den Posten in Frankfurt berufen wurde und verantwortlich sein soll - allen Deutschen in beiden Zonen - dafür, daß unsere Wirtschaft nicht zusammenbricht.

(Sehr richtig! Beifall.)

Wenn ich einiges gesagt habe, was vielleicht für einen vertrauten Kreis, niemals aber für die Öffentlichkeit sich eignet, und wenn ich mit diesen Worten jemanden verletzt haben sollte, dann habe ich das getan, was jeder anständige Mensch daraufhin tut: Ich habe mich entschuldigt. Ich habe mich bei General *Clay* entschuldigt, und ich sage das öffentlich.

Aber was habe ich gesagt? Sie haben eben einen sehr, sehr eingehenden Bericht über die Lage unserer Wirtschaft erfahren, und ich habe wie Sie sehr aufmerksam zugehört. Ich habe nicht feststellen können, daß das, was ich in Erlangen sachlich gesagt habe, sich von dem unterscheidet, was unser Bayerischer Wirtschaftsminister [*Hanns Seidel*] heute gesagt hat.

(Beifall.)

Und wenn ich Anklage erhoben habe, so nicht in Verkennung dessen, was wir bekommen haben, vor allem nicht in Verkennung der großen Hilfe, die wir Amerikas privaten Menschen verdanken.

(Beifall.)

Und was ich da gesagt habe, ist in den Zeitungen allerdings unterschlagen worden.

(Pfui-Rufe. - Zuruf: Das Positive hat man nicht geschrieben in den Zeitungen, parteiische Presse!)

Ich habe nicht aufhetzen wollen. Ich weiß zu gut, was wir auch uns selber aus unserer Gesinnung heraus schuldig sind. Ich habe gesagt, daß wir für alles das zu haften haben, was die deutsche Vergangenheit leider der Welt zugefügt hat, daß wir zu haften haben für den Krieg, daß wir uns dessen bewußt sind und das nicht vergessen wollen. Auch das hat kein Mensch gebracht.

(Pfui-Rufe!)

Nein, aus reiner, größter Sorge um unser Dasein war das diktiert, was ich in Erlangen gesagt habe, aus keinem anderen Grunde. Hier war kein Komplott zwischen Dr. *Müller* und mir geschmiedet. Wir sahen keine große Ehre darin, hier Besatzungsmächte anzugreifen. Ein halbes Jahr lang habe ich mich ehrlich bemüht, in täglicher Verhandlung für uns das zu erreichen, was wir haben mußten, und erst in der letzten Sekunde, im letzten Augenblick, wo wir jetzt unmittelbar vor dem Aufflackern des großen Feuers und des Elends stehen, habe ich in einem Kreis verantwortlicher Männer meine Meinung offen ausgedrückt. Ich habe den Arbeiter in Schutz genommen, denn es ist nicht wahr, daß er sich um die Arbeit drückt. Ich habe den Bauern in Schutz genommen, denn es ist nicht wahr, daß er seine Lebensmittel verschiebt. Ich habe den Unternehmer in Schutz genommen, denn es ist nicht wahr, daß der Unternehmer lieber kompensiert, als daß er im ordentlichen Geschäftsverkehr seine Geschäfte macht.

(Sehr richtig!)

Das habe ich gesagt.

Ich habe nur eine Hoffnung: Wie man auch meine Rede beurteilen mag, auch draussen in der Welt - vielleicht war sie nicht klug - eines hat sie hoffentlich erreicht, daß bei uns und daß draußen die Menschen nachgedacht haben

(Zuruf: Das haben sie!)

und sich vielleicht bewußt geworden sind, daß uns nun in dieser letzten Minute geholfen werden muß. Und wenn das zu dem Erfolg beiträgt, dann freue ich mich, daß ich diese Worte gebraucht habe.

(Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Dr. *Semler*. Ich darf hier auf die Rede Bezug nehmen, die ich heute gehalten habe und auf meine dort abgegebene Stellungnahme. Es ist mir unmöglich, ich bedauere es, dadurch, daß die Akustik überanstrengt ist, nun nochmals zu schreien. Selbst meine Freunde von Oberbayern müssen mir also infolgedessen etwas nachsehen, wenn ich etwas leiser spreche.

Es wurde noch ein Antrag eingebracht von Bamberg-Stadt. Ich bitte, ihn zu verlesen.

Dr. *Schedl*:

> Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union am 24./25. Januar 1948 wählt den Landesvorsitzenden in Abweichung des § 45 ausnahmsweise diesmal statt auf die Dauer eines Jahres auf die Dauer von 18 Monaten.

Begründung: Die ordentliche Landesversammlung, welche die Wahl des Landesvorsitzenden für die Dauer eines Jahres vornimmt, tagt jeweils im Winter. Auf dem Gebiete der Beheizung, des Raumes, der Ernährung, der Unterkunft, des Transportes sowie der Beleuchtung stehen der Landesversammlung im Winter angesichts der Notlage unseres Volkes wesentlich größere Hemmnisse entgegen als im Sommer. Ja, sie könnte bei einem außerordentlich strengen Winter sogar unmöglich gemacht werden. Durch die einmalige Verlängerung der Wahlzeit wird es ermöglicht, daß die jeweilige ordentliche Landesversammlung in die Sommerzeiten mit ihren wesentlich günstigeren Vorbedingungen fällt.
Die Landesversammlung vom 24./25. Januar 1948 in Marktredwitz wolle gleichzeitig beschließen, daß analog dieser einmaligen verlängerten Wahldauer für den Landesvorsitzenden auch die Wahldauer zu den Organen der Orts-, Kreis- und Bezirksverbände verlängert wird.
Gez. *Hergenröder*, Vorsitzender des Kreisverbandes Bamberg der Christlich-Sozialen Union, Delegierter zur Landesversammlung

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dazu darf ich folgende Erklärung abgeben: Es wäre, wenn man den Antrag einbringen wollte, zweckmäßiger gewesen, ihn vor der Wahl einzubringen,

(Sehr richtig!)

und zwar deswegen, weil sonst Bedenken bestehen könnten, daß eine Amtsdauer nach einer vollzogenen Wahl zugunsten des Gewählten verlängert wird.
*Ostwald*: Zur Geschäftsordnung! Ich darf dazu bemerken, daß ich geglaubt habe, daß der Antrag im Sinne des Vorstandes gelegen hat. Ich habe vorhin beim Vorsitzenden von Oberfranken nachgefragt. Er wußte auch nichts davon. Ich hatte geglaubt, daß dieser Antrag von Dr. *Barth*, Oberfranken, heraufgegeben wurde. Wir haben zweifelsfrei angenommen, daß der Antrag bereits vor der Wahl Dr. *Müllers* in den Händen des Vorstandes gewesen ist.
*Hergenröder*: Der Antrag ist bereits vor acht Tagen schriftlich bei der Landesleitung und beim Landesvorsitzenden eingereicht worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe ihn leider nicht gesehen!
- Er ist außerdem allen Kreisverbänden vor der Wahl schriftlich zugestellt worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn der Antrag an alle Kreisverbände gestellt würde, würde mein Einwand entfallen. Ich habe ihn leider nicht gelesen.
*Hergenröder*: Das Datum, an welchem er auf die Post gegeben worden ist, ist auf dem Antrag vermerkt.

(Zuruf: Stimmt nicht!)

Dr. *Schedl*: Am 15. Januar 1948.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird möglich sein, daß wir tatsächlich eine günstigere Zeit für die ordentliche Landesversammlung heraussuchen müssen.
*Hergenröder*: Darf ich meinen Antrag noch einmal begründen. Wir müssen damit rechnen, daß die Not unseres Volkes bis zum nächsten Winter nicht behoben ist. Wenn wir nicht außerordentlich günstige Witterungsverhältnisse hätten, könnte es sein, daß die Durchführung einer Landesversammlung im Winter überhaupt in Frage steht. Nehmen Sie nur an, wir hätten heute vielleicht 25 bis 30 Grad Kälte.

(Zuruf: Und 30 Zentimeter Schnee!)

und weiß Gott welche Schneeverhältnisse.

Ich würde die Landesversammlung bitten, diesem Antrag zuzustimmen. Denn Sie haben dann die Wahl des Vorsitzenden und der sonstigen Organe ja nur ein einziges Mal auf 18 Monate verlängert und haben von diesem Zeitpunkt ab die Möglichkeit, Ihre Landesversammlungen jeweils in den Sommer hinein zu verlegen. Sie können dann die Ferienzeit mit anderen Unterbringungsmöglichkeiten, mit anderen Ernährungsmöglichkeiten, mit anderen Tagungsmöglichkeiten ausnützen. Wir können im Sommer bis 22 Uhr tagen und noch bei Licht heimfahren, während wir hier im Winter außerordentlichen Schwierigkeiten begegnen.
Ich bitte deshalb die Landesversammlung, meinem Antrag zuzustimmen.

(Sehr richtig! - Zuruf: Ich würde den Antrag stellen, daß der Antrag der Landesvorstandschaft überwiesen wird.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das hat keinen Sinn, das ist unmöglich. Legitimiert ist nur dieses Gremium, ist nur die Landesversammlung.

(Zuruf: Abstimmen!)

Denn sie ist die höchste gesetzgebende Institution.
Ich darf für mich die Erklärung abgeben: Ich würde die Ermächtigung nur dann persönlich akzeptieren, wenn mittlerweile die Verhältnisse so sind, daß ich mit gutem Gewissen die Verlängerung der Amtsdauer vertreten kann, das heißt also, deutsch gesagt, wenn nicht durch einen Landesausschuß eventuell ein Mißtrauensvotum eingebracht würde. Ich müßte zur Vorbedingung machen, daß ich ein Mißtrauensvotum des Landesausschusses eventuell beachte für den Fall, daß man nicht mehr mit meiner Politik einverstanden sein sollte und dann eine neue Landesversammlung einberufen würde.
Zu dieser Erklärung halte ich mich persönlich für verpflichtet.
Darf ich dann darüber abstimmen lassen?

(Zustimmung.)

Der Antrag ist bekannt. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Ich bitte zu zählen. 16. In diesem Falle muß ich um die Gegenprobe bitten. Wer ist für den Antrag? Wir müssen die Zahlen feststellen.
Dr. *Schedl*: Ich bitte die Stimmzähler, in Funktion zu treten.

(Zuruf: Es ist die Mehrheit!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist die weitüberwiegende Mehrheit. In diesem Falle könnte bezweifelt werden, ob die Versammlung noch beschlußfähig ist. Es ist festgestellt worden, daß die Versammlung beschlußfähig ist. Damit darf ich wohl die Feststellung treffen - auch im Einverständnis mit denen, die dagegen gestimmt haben -, daß der Beschluß mit weitüberwiegender Majorität gefaßt wurde. Wird das bezweifelt? Es wird auch von denen anerkannt, die dagegen gestimmt haben.
Es liegt noch ein Antrag vor. Ich bitte, ihn zu verlesen. Ich bitte um Ruhe.
Dr. *Schedl*:

> Die Bayerische Staatsregierung wird gebeten, bei den Besatzungsmächten dafür einzutreten, daß aus den aus unseren Exporten zur Verfügung stehenden Devisen sofort Mittel zur Beschaffung von Fett freigegeben werden.
> Antrag *Ott*, Augsburg

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich abstimmen lassen? Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Dr. *Schedl*: Es folgt ein weiterer Antrag:

Der Kreisverband München-Land bittet die Landesversammlung zu beschließen, daß

1. der Landesausschuß einen Ausschuß einsetzt, der prägnante Leitsätze zur Währungsregelung aufstellt und diese zur Aufklärung der Bevölkerung vor der Gemeindewahl veröffentlicht;
2. daß für jeden Kreis ein Landtagsabgeordneter als verantwortlicher Vertreter eingeteilt wird, sofern er nicht einen eigenen Vertreter bei den Landtagswahlen erhalten hat;
3. daß die Parteileitung und die Bezirksverbände den nachgeordneten Organen und Verbänden Themen zur Diskussion stellen, um die Ansicht dieser Organe und der Mitglieder in wichtigen Fragen zu erforschen und so die politische Willensbildung zu fördern.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich dazu erklären: Ich bitte, diesen Antrag zurückzunehmen, und zwar deswegen, weil bereits innerhalb der Partei ein eigener Währungsausschuß besteht, der sehr aktiv arbeitet. Auf der anderen Seite eignen sich Währungsfragen nicht zur Diskussion in der Öffentlichkeit. Ich wäre infolgedessen dankbar, wenn der Antrag zurückgenommen würde. Ist der Antragsteller hier?
Dr. *Ammann*: Die Mitgliedschaft hat ausdrücklich gebeten, daß diese Frage in prägnanter Form allgemein beantwortet werde, weil sie diese Frage ganz besonders beunruhigt und sie daher eine Klärung und Stellungnahme der CSU hierzu wünscht. Ich möchte ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich zur Abkürzung der Debatte, weil wir am Schlusse sind, folgendes feststellen: Der Währungsausschuß der Union ist sehr aktiv. Es gehören dazu Leute wie der frühere Reichskanzler *Luther*, wie Dr. *Schniewind*, wie der Zentralbankdirektor *Grasmann*, drei wirkliche Fachleute. Sie arbeiten zusammen mit dem Währungsausschuß in Frankfurt. Aber wir müssen davon ausgehen: Währungsfragen dürfen nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden, weil niemand im Volk einen Vorteil aus einem Sonderwissen ziehen darf.
Dr. *Ammann*: Darf ich dazu sagen: Wir wollen Leitsätze darüber, was die Union denkt. Wir wollen nicht haben, daß ein Vorteil entsteht. Wenn aber Bedenken seitens der Landesversammlung für den Punkt 1 bestehen, dann werde ich es vertreten, daß ich diesen 1. Punkt zurückziehe und unseren Mitgliedern erkläre, warum Bedenken seitens der Landesversammlung bestehen. Ich bitte aber, die Punkte 2 und 3, die getrennt davon sind, noch eimal zur Diskussion bzw. zur Abstimmung zu stellen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der 1. Punkt ist zurückgezogen. Ich halte es für notwendig, daß hier keinerlei Bindungen eingegangen werden. Ich könnte es nicht vor dem Volk verantworten, daß irgendeine Gruppe irgendwelche Vorteile zieht. Und, lieber Freund *Ammann*, es kommt doch dazu! Man muß daran denken, daß der Bauer, wenn man ihm das bekannt gibt, eventuell vielleicht doch noch weniger ablieferungsfreudig sein könnte. Wir wissen, welche Bedeutung die Währungsfrage bei manchen Leuten hat. Es würde zu Unausgeglichenheiten führen. Infolgedessen halte ich es für besser, diesem Antrag nicht stattzugeben.
Dr. *Ammann*: Ich bin voll und ganz damit einverstanden und ziehe den Punkt 1 zurück. Ich werde das bei den Mitgliedern meines Orts- und Kreisverbandes vertreten.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich über den Punkt 2 abstimmen lassen. Ich bitte, ihn zu verlesen.
Dr. *Schedl*:

Die Landesversammlung wolle beschließen, daß für jeden Kreis ein Landtagsabgeordneter als verantwortlicher Vertreter eingeteilt wird, sofern er nicht einen eigenen Vertreter bei den Landtagswahlen erhalten hat.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dieser Antrag hat mit Währung speziell nichts zu tun.

(Dr. *Ammann*: Gar nichts!)

Dann darf ich darüber abstimmen lassen. Der Antrag ist ohne weiteres zu vertreten. Wer enthält sich? Zwei Enthaltungen! Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist bei zwei Enthaltungen einstimmig angenommen.
Ich bitte, den letzten Punkt zu verlesen.
Dr. *Schedl*:

Die Landesversammlung wolle beschließen, daß die Parteileitung und Bezirksverbände den nachgeordneten Verbänden und Organen Themen zur Diskussion stellen, um die Ansicht dieser Organe und der Mitglieder in wichtigen Fragen zu erforschen und so die politische Willensbildung zu fördern.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich den Antrag ohne Diskussion zur Abstimmung stellen? Ich bitte um Ruhe. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Bevor wir dann in die Diskussion treten, darf ich aus Gründen der Loyalität unter Bezugnahme auf Erklärungen, die im Hinblick auf die Presse abgegeben worden sind, folgendes Schreiben der DENA verlesen lassen.
Dr. *Schedl*:

Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten und Justizminister Dr. *Josef Müller*, München, Justizministerium, Holbeinstr. 11, München, 22. Januar 1948

Sehr geehrter Herr Dr. *Müller*!

Zur Ihrer telefonischen Anfrage, in welchem Umfange die DENA den Bescheid der Bayerischen Staatsregierung an die Gewerkschaft weitergegeben hat, teile ich Ihnen mit, daß weder von uns noch von unserer Zentrale wesentliche Kürzungen vorgenommen wurden.

(Zuruf: Wesentliche!)

Wir haben lediglich den Anfang und das Ende des Schreibens der Bayerischen Staatsregierung zusammengefaßt und anschließend die sieben Punkte gebracht. Zu Ihrer Information lege ich Ihnen eine Kopie des Textes bei, wie er von unserer Zentrale an die Zeitungen weitergegeben wurde. Es ist selbstverständlich, daß bei der bestehenden Papierknappheit

(Lachen und Heiterkeit.)

verschiedene Zeitungen nur eine Kurzfassung bringen konnten.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
Ihr, Unterschrift.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf hierzu feststellen: Ich habe das Ganze durchgesehen, es trifft zu, daß die DENA - und das ist wichtig im Hinblick auf die Neutralität der Nachrichtenagenturen - ihrerseits tatsächlich keine wesentliche Kürzung vorgenommen hat, sondern nur rein stilistische Zusammenfassungen.
Dagegen dürfen wir hier feststellen: Bei Anerkennung dieser neutralen Haltung müssen wir nochmals darauf verweisen, daß man von einem Teil der bayerischen Presse wirklich mehr Unabhängigkeit und Neutralität hätte erwarten dürfen.

(Zuruf eines Pressevertreters: Nennen Sie doch die Zeitungen!)

Denn ein Teil dieser Presse ...

(Zurufe: Alle, Schwäbische Landeszeitung, Frankenpost, SPD!)

Es wird sich bei anderer Gelegenheit einmal die Möglichkeit [er]geben, dieses Thema zu behandeln.

(Zuruf: *Frenzel*!)

Denn wir wollen gerecht sein und unsererseits Gerechtigkeit erwarten.

(Zustimmung.)

Darf ich damit dieses Thema abschließen. Es hat sich dann zur Abgabe einer Erklärung Parteifreund *Euerl* zu Wort gemeldet. Ich darf jetzt vielleicht nur Erklärungen abgeben lassen und alle Reden zurückstellen. Wir haben jetzt nach meiner Uhr kurz vor 15 Uhr. Einige Freunde brechen schon auf. Ich würde darum bitten, daß Sie nicht aufbrechen. Wenn Sie einverstanden sind, dann tagen wir längstens noch eine Viertelstunde. Halten wir doch diese Viertelstunde gemeinsam aus. Ich werde versuchen, alles zu kürzen, und ich bitte alle die, die jetzt reden, ihrerseits darauf Rücksicht zu nehmen, daß das Ganze noch bis zum letzten Augenblick zusammenhalten soll.

(Sehr gut!)

Ich darf Sie also bitten, sich lediglich auf zwei oder drei Minuten zu begrenzen. Dann können wir sogar noch eher fertig werden.

(Zuruf Dr. *Rinke*: Ich bitte dringend, daß die Flüchtlinge endlich zu Wort kommen.)

*Euerl*: Der heutige Verlauf der Landesversammlung war für uns alle ein Erlebnis.

(Sehr richtig!)

Wir haben uns seinerzeit zusammengeschlossen in dem Gedanken, das christliche Wollen und das christliche Wirken in der Politik fort- und durchzusetzen. Die evangelischen Vertreter in der Christlich-Sozialen Union stehen nach wie vor zu diesem Gedanken und werden unerbittlich daran festhalten.

(Bravo!)

Es ist notwendig, daß wir jetzt in der Zeit der Not, daß wir jetzt, wo der politische Kampf auf Hochtouren läuft, zusammenstehen und zusammenhalten in einem einigen und großen Willen.
Daß gerade der Generalstreik, der durchgeführt worden ist, nicht ein Streik war, um dem Volk zu helfen, sondern um die politischen Leidenschaften aufzupeitschen und zu erschüttern, geht aus einem Plakat hervor, das in Nürnberg am Freitag früh angeschlagen worden ist, mit der Überschrift "Eierausgabe". Und dann folgt eine Reihe von katholischen Anstalten in Eichstätt, die Eier bevorzugt zugewiesen erhalten ha-

ben. Es wurde auf diesem Plakat verschwiegen, daß die Werkküchen, die Krankenhäuser, die Kinderheime und sonstige Anstalten solche Eier zugewiesen bekommen haben. Es sollte lediglich auch hier wieder gerade im protestantischen Franken eine Spaltung in die Union getragen werden. Ich habe bereits veranlaßt, daß ein Gegenplakat, das die Dinge aufklärt, angeschlagen wird.

(Beifall.)

Wir haben es heute erlebt, daß wir einig sind in Idee und im Gedanken und daß wir die Christlich-Soziale Union auch hindurchretten wollen durch die Not unseres Volkes zum Segen unseres Volkes.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. Meine lieben Freunde, es handelt sich darum, daß ich eigentlich noch gern das Referat eines Flüchtlingsvertreters hätte halten lassen.

(Vielfache Zustimmung.)

Ich würde aber vorschlagen, damit ja alle noch beisammen bleiben und nicht der eine oder andere davonläuft, daß wir heute kurze Erklärungen unseres Parteifreundes *Schütz* hören. In der Landesausschußsitzung im Februar wird eigens ein Referat unserer Flüchtlingsfreunde vorgesehen. Sind Sie damit einverstanden? Dann bitte ich *Schütz*, das Wort zu ergreifen.

*Schütz*: Geschätzter Parteitag, liebe Parteifreunde! Dr. *Rinke* und ich hatten uns vorgenommen, in dieser kritischen Stunde auch für unseren Sektor heute einmal ein ganz offenes Wort zu sagen.

(Bravo!)

Die Kürze der Zeit macht es wiederum unmöglich. Ich muß mich also auf eine ganz kurze Erklärung beschränken. Ich wollte im Anschluß an das, was Dr. *Rinke* vorher sagen wollte, drei Gedanken in den Vordergrund stellen. Ich wollte erstens zwei oder drei Sätze zu der grundsätzlichen politischen Situation der Flüchtlinge sagen. Ich wollte zweitens drei ganz aktuelle Tagesfragen, die uns berühren, anführen und ich wollte drittens ein Wort zu der Organisation der Flüchtlinge in der Union sagen.

Ganz kurz grundsätzlich zum Politischen. Liebe Freunde! Es ist nämlich nicht so, daß sich die Union bloß mit den gewiß außerordentlich bedeutungsvollen Ereignissen auseinandersetzen müßte in Oberbayern und Niederbayern, nennen wir es offen, von der Bayernpartei her. Der Parteivorsitzende hat in seiner Rede eine Redewendung gebraucht, die den Nagel auf den Kopf trifft, nämlich: Die nichtlizenzierte Partei der Verbitterten ist die stärkste Partei im Lande.

(Sehr richtig!)

Ich halte es für eine außerordentlich große politische Entscheidung, wenn die Union nicht ein Ventil schafft, um diese nichtlizenzierte Partei und ihre Anhänger in die Reihen der legalen politischen Front einzugliedern.

(Sehr richtig!)

Liebe Freunde! Ich kann nur in Schlagworten sprechen und deshalb wird alles etwas massiv. Ich bedauere das. Ich habe im Zusammenhang mit der letzten Regierungsbildung dem Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] und zwei anderen Mitgliedern des Kabinetts erklärt, ich würde es ablehnen, in der Union mitzuarbeiten, wenn die Union die Flüchtlingsfragen und alles, was damit zusammenhängt, zunächst und zuerst nur vom Standpunkt des Stimmengewinns betrachten würde.

(Sehr richtig!)

Die Flüchtlingsfrage ist nicht zuerst eine Frage der Wählerstimmen, sie ist im letzten - nehmen Sie es mir nicht übel - eine Frage um Sein oder Nichtsein der süddeutschen und der westdeutschen Staaten überhaupt.

(Sehr richtig!)

Die Flüchtlinge neben dem Landtag, die Flüchtlinge nicht im Senat, die Flüchtlinge nicht im Gewerkschaftsrat, die Flüchtlinge überall daneben!

(Sehr richtig!)

Und das alles legitimiert mit einer demokratischen Verfassung!
Liebe Freunde! Zwei Millionen Menschen ohne Sprecher in einem demokratischen Staat, das widerspricht den demokratischen Grundsätzen.

(Mehrfache Zustimmung.)

Die lizenzierten Parteien stehen vor der Entscheidung: Wollen sie diesen Zustand legitimieren, oder wollen sie ihn beseitigen?

(Zuruf: Beseitigen!)

Liebe Freunde! Wer so, wie ein dünner Kreis unserer Parteifreunde, Sonntag für Sonntag sich in ebenso großen Versammlungen wie dieser mit den Vertriebenen Aug in Aug auseinandersetzen muß, der weiß, wie schwer es ist,

(Sehr richtig!)

diese Menschen bei Hoffnung und Zuversicht zu erhalten.

(Sehr gut!)

Wir tagen hier in Marktredwitz. Fragen Sie mich nicht, mit welcher inneren Beklemmung ich in diese Stadt gefahren bin, in diese Stadt, wo man bei gutem Wetter die Staufenburg von Eger sieht, die Heimat, die wir verlassen mußten. Liebe Freunde, helfen Sie uns mit, nämlich durch Ihre praktische Arbeit, den Zustand des Danebenstehens zu beseitigen.
Zweitens: Drei aktuelle Dinge, drei neuralgische Punkte hat das Flüchtlingsproblem: die Bauernfrage, die Beamtenfrage und die Wohnungsfrage. Es gibt noch ein oder zwei Dutzend andere Dinge, aber die drei sind die entscheidenden. 120.000 Flüchtlingsbauern leben in Bayern. Wenn Sie alle Bodenquellen ausschöpfen, die uns zur Verfügung stehen, können vielleicht 15.000 angesiedelt werden. Fragen Sie die anderen 100.000, die vom Bauern über Nacht zum Bettler geworden sind, was das für diese Menschen bedeutet.

(Sehr richtig!)

Nicht unsere Proleten, die wir mit ins Land gebracht haben, sind die für den Radikalismus anfälligsten, sondern die Gruppen, die vor ein paar Monaten in ihrer Heimat noch tatsächlich etwas dargestellt haben.

(Sehr richtig!)

Ich weiß, daß Bayern und die anderen Länder den Boden nicht auf einem Cyklotilapparat vervielfältigen können, daß er seine Grenzen hat. Mit um so größerer Leidenschaft müssen wir dafür einstehen, daß der zur Verfügung stehende Boden nicht hintenherum anders verteilt wird. Wer das legitimiert und deckt, liebe Freunde, der treibt die Leute in die Verzweiflung und nimmt uns die Legitimation, vor die Leute

hinzutreten und zu sagen: Es ist alles getan, was getan werden konnte, so daß keinem Menschen mehr zu tun übrig blieb. Wenn Sie uns nicht helfen, daß wir diese Erklärung mit sauberem Gewissen abgeben können, schneiden Sie uns das Wort ab, mit unseren eigenen Leuten in Zukunft überhaupt noch zu reden.

(Zustimmung.)

Das gleiche gilt in ähnlicher Form von der Beamtenfrage, das gleiche auch vom Wohnungsproblem. Ich weiß ganz genau, wir haben nur noch einen Bruchteil von den Wohnungen, die wir hatten, und wir haben zwei Millionen Menschen mehr, die wir in dem Bruchteil unterbringen müssen.

(Zuruf: Nürnberg und Weltgewissen!)

Es gibt nur zwei Wege. Bauen ist der erste. Wir wissen, wie klein die Möglichkeiten sind, diesen Weg zu beschreiten. Der zweite aber ist - und ich kann es niemand ersparen, Freunde - teilen! Etwas anderes bleibt gar nicht übrig.

(Sehr richtig!)

Mich haben die Ausführungen unseres sehr geehrten Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] gewiß außerordentlich erbaut. Aber mich hat es zutiefst geschmerzt, als ich über die Heimatvertriebenen nur ein einziges Wort hörte, nämlich in der Kategorie derer, die das Land überfremden. Das war ein Schmerz für mich. Liebe Freunde, Sie werden diesen Schmerz verstehen, wenn Sie sich in unsere Lage versetzen. Wachen Sie und helfen Sie mit, daß wir nicht zu den Elementen gehören, die das Land überfremden. Helfen Sie uns doch mit, daß wir Einheimische werden.

(Lebhafter Beifall.)

Niemand wünscht das mehr als wir selbst. Wenn Sie das wollen, liebe Freunde, müssen Sie entschieden, eindeutig und bis zur letzten Konsequenz auch in den eigenen Reihen den Leuten entgegentreten, die sich diesen Bestrebungen oft mit einem sehr legalen Gesicht, aber doch auch mit einem kalten Herzen entgegenstellen.

(Sehr richtig!)

Zur Organisation sage ich kein Wort. Ich hoffe, daß wir in der Landesausschußsitzung ausführlich darüber reden können. Auch dazu gibt es viel zu sagen.
Zum Schluß ein einziges Wort noch: In diesem Jahre werden es 600 Jahre, daß die Deutsche Universität in Prag als die erste deutsche Universität im Abendland erstand. "Die Fahnen sind - das Band ist zerrissen - zwar schwarz, rot und gold, Gott selbst mag es wissen, was er hat gewollt." Die Prager Universität rüstet unter anderen Fahnen und Bändern zu ihrem Jubeltag. Es wird kein einziger von denen dabei sein, für die durch 600 Jahre diese Universität bestand. Ich fürchte mich schon vor dem Tag, wo wir in der Zeitung lesen müssen, daß an diesem schmerzlichen Tag, wo jeder Deutsche aus Böhmen, Mähren und Schlesien in tiefster Trauer das Haupt verhüllen wird, Vertreter deutscher Universitäten, wahrscheinlich jenen schmerzlichen Tag noch verschönern helfen werden.

(Zuruf: Pfui!)

Liebe Freunde! Helfen Sie uns in diesem Land, daß wir die 600-jährige Tradition dieses Hauses an der Moldau nicht begraben müssen, dem ganz Mitteleuropa, das ganze Abendland soviel verdankt.

Liebe Freunde! Und einen anderen Jubeltag feiern wir in den nächsten Tagen, den 80. Todestag *Stifters*, jenes Mannes, dessen Wittiko, dessen Bote zu den anderen Völkern den Tod erlitt, weil er verkannt wurde, weil ihn die anderen nicht hören wollten, weil er Frieden reden wollte, wo die anderen Haß predigten, und dessen Hochwald auf der letzten Seite von der Heimat nichts anderes übrig blieb wie rauchende Ruinen. Dieser *Stifter* starb vor 80 Jahren, weil er selbst Hand an sein Leben legte, in der Erkenntnis, daß seine Mission im böhmischen Raum zerbrach, daß seine Stimme zur Versöhnung der Völker überhört wurde.
Lassen Sie sich von diesem sterbenden *Stifter* vom Böhmischen und vom Bayerischen Wald herüber, vom Arber, vom Rachel und vom Lusen nur das eine Wort sagen: Vernehmen Sie die Stimme derer, die zu Ihnen gekommen sind, die Ihnen die Hand reichen und Sie blutenden Herzens bitten: Helfen Sie uns mit zu überwinden den Begriff, daß wir hier das Land überfremden, daß wir Fremde wären. Wir möchten hier daheim sein, weil wir entweder irgendwo daheim sein oder verzweifeln müssen. Ein *Stifter* konnte verzweifeln und die Weltgeschichte ging ihren Gang weiter. Aber wenn zwei Millionen Menschen in Ihrem Bayerland verzweifeln müßten, dann würde die Geschichte dieses Landes mit oder ohne Bayernpartei eine andere Farbe erhalten.

(Sehr richtig!)

Alles andere erspare ich mir. Die Arbeitsgemeinschaft der Union der Ausgewiesenen hatte ebenfalls eine Entschließung vorbereitet, die diese Gedanken beinhaltet. Soll ich sie zur Verlesung bringen?

(Zustimmung.)

Die Christlich-Soziale Union betrachtet die Frage der Heimatvertriebenen als eines der Hauptprobleme, dem sich Deutschland nach dem Zusammenbruch gegenüber sieht. Unser Rechtsempfinden gebietet uns, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Ausweisung unserer deutschen Brüder und Schwestern aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat den elementarsten Grundsätzen des Natur- und Völkerrechts widerspricht

(Bravo!)

und daß hierzu eine Wiederherstellung des alten Rechtszustandes erfolgen muß, wenn nicht der Glaube an eine neue, bessere Weltordnung endgültig zerbrechen soll.

(Sehr richtig!)

Nachdem jedoch das Scheitern der Londoner Konferenz die Verwirklichung unserer Erwartungen in die Ferne gerückt hat, ist es mehr denn je unsere Aufgabe, die Eingliederung der Heimatvertriebenen in das politische und wirtschaftliche Leben des Landes mit allen Mitteln zu beschleunigen. Jedem einzelnen von uns, insbesondere den in der Union, in den kommunalen Körperschaften, im Staatsdienst, in der Wirtschaft oder wo auch immer Tätigen erwächst hierdurch die unabweisbare Pflicht, an dieser Aufgabe tatkräftig mitzuarbeiten, einer Aufgabe, die nicht zuletzt der Erhaltung des sozialen Friedens dient und damit im wohlverstandenen Interesse aller Bewohner dieses Landes liegt.
Für unsere Arbeit in den kommenden Monaten scheinen drei Probleme besonders hervor: Die unbefriedigende, zum Teil menschenunwürdige Unterbringung der Ausgewiesenen muß durch eine noch straffere Erfassung des vorhandenen Wohnraums

(Bravo!)

sowie durch Ermutigung und Förderung aller vernünftigen Bauvorhaben verbessert werden. Die Fertigstellung absichtlich unvollendet gelassener Neubauten hat notfalls unter Anwendung behördlichen Zwanges zu erfolgen.

(Beifall.)

Der Einbau der Angehörigen des öffentlichen Dienstes muß im Rahmen des Flüchtlingsgesetzes und unter Beachtung der einzelnen Besoldungsgruppen durchgeführt werden. Desgleichen ist die Eingliederung der gewerblichen und freien Berufe in das Erwerbsleben unter Überwindung aller selbstsüchtigen Regungen, insbesondere des Konkurrenzneides, vorzunehmen.
Das nach Durchführung der Bodenreform zur Verfügung stehende Land muß unverzüglich gerecht auch an die Flüchtlingsbauern zur Verteilung kommen.

(Zuruf: Alles!)

Wir wissen, daß angesichts der allgemeinen deutschen Not unsere Arbeit Stückwerk bleiben wird. Um so notwendiger ist, den Heimatvertriebenen durch Stärke unseres Einsatzes und die Art, wie wir ihnen von Mensch zu Mensch gegenübertreten, die Überzeugung zu übermitteln, daß alles nur Mögliche geschieht, um ihnen eine menschenwürdige Existenz wieder gewinnen zu helfen.

Alles andere beim Landesausschuß.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke *Schütz*.
Zu einer kurzen Erklärung für die Schlesier erhält Parteifreund *Rinke* das Wort. Ich bitte um Ruhe.
Dr. *Rinke*: Ich werde mich sehr beeilen. Liebe Parteifreunde! Freund *Schütz* hat im Drange der Geschäfte etwas vergessen. Es ist inzwischen ein freudiges Familienereignis in der Union eingetreten. Wir haben im Laufe der letzten Woche die Union der Ausgewiesenen aus der Taufe gehoben.

(Beifall.)

Damit haben wir für die Ausgewiesenen die Phalanx geschaffen, die alle unsere Wünsche vorwärtstragen wird, mögen sie hier in Bayern liegen oder mögen es Wünsche bezüglich der Grenzfragen sein.

(Bravo!)

Sie wissen, daß wahrscheinlich noch im Laufe dieses Jahres außer den Kreistags- und Gemeindewahlen Landtagswahlen stattfinden dürften.

(Widerspruch.)

Die SPD hat das in der Presse ganz offen angekündigt.

(Zuruf: Wir sind nicht die SPD!)

Die SPD hat es angekündigt. Durch einen Volksentscheid sind die Dinge möglich. Wie sind wir für diese Wahl gerüstet? Wir haben das unsere getan durch die Gründung und die Organisation der Union der Ausgewiesenen. Das weitere liegt jetzt bei Ihnen.

(Sehr richtig!)

Worte haben wir genug gehört. Nun wollen wir Taten sehen.

(Bravo!)

Der Zustand ist der, daß die Tür zum bayerischen Haus, zu dem wir auch Eingang finden wollen, nicht ganz geöffnet ist. Bis jetzt ist nur ein Spalt geöffnet und durch diesen Spalt reicht man uns Almosen heraus.

(Widerspruch.)

Wir wollen aber als Gleichberechtigte, als gleichberechtigte Mitglieder und Bewohner des bayerischen Hauses Eingang finden, nicht nur im Interesse der Ausgewiesenen, sondern vor allem im Interesse der Union und im Interesse des Bayerischen Staates und des bayerischen Volkes.
Wenn wir von Rechten sprechen, so sind wir auch von unseren Pflichten überzeugt. Sie dürfen überzeugt sein, daß wir es mit unseren Pflichten gegenüber dem Bayerischen Staat, dem bayerischen Volk und der Union genauso ernst nehmen wie die Altbayern. Wir werden uns von keinem Altbayern in unserer Pflichterfüllung unserem Bayernlande gegenüber übertreffen lassen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. Ich glaube, daß mein Freund *Rinke* mit Bezugnahme auf Altbayern wohl die Erscheinung der Bayernpartei gemeint hat.
Ich darf jetzt einem Altbayern, nämlich unserem Parteifreund *Lang*, das Wort geben.
Abgeordneter *Lang*: Bayerische Männer und Frauen! Wenn am Schlusse der heutigen Tagung ein einfacher Bauer hier einige Worte spricht, so halte ich das für zweckmässig, zweckmäßig deshalb, weil wir christlichen Bauern und Bäuerinnen durch unsere Wählermassen das Rückgrat der Christlich-Sozialen Union sind und bleiben wollen.

(Beifall.)

Die Ausführungen des Vertreters der Ausgewiesenen veranlassen mich, bei dieser Gelegenheit doch auch einen Appell an unsere christlichen Bauern in Bayern zu richten, daß wir von uns aus freiwillig den Lastenausgleich vorwegnehmen und uns bereit erklären, wo immer es möglich ist, Land zur Verfügung zu stellen.

(Beifall.)

Es ist unsere Aufgabe, in unseren Organisationen dafür zu wirken.
Vielleicht darf ich ein weiteres Stichwort hier hereinwerfen: Unseren christlichen Bauern in Bayern geht es genauso wie den christlichen Arbeitern in Bayern. Wir sind mit unseren unpolitischen, überparteilichen Organisationen nicht immer zufrieden. Wir können nicht zufrieden sein, denn es besteht die ungeheure Gefahr, daß unsere weltanschauliche Ausrichtung auf dem Lande durch diese Verwässerung getrübt und gefährdet wird. Wir waren damals, als wir unsere weltanschaulichen Organisationen auf dem Lande hatten, besser daran als heute,

(Zuruf: So ist es richtig!)

und der Zug der Zeit wird dahin führen, daß wir auf diesem Gebiete wieder aufholen.

(Sehr richtig!)

Ein weiteres Wort möchte ich an Sie richten als ein Abgeordneter von der südlichsten Grenze des Bayernlandes, wo die Bayernpartei heute Kundgebungen abhält. Da möchte ich die Christlich-Soziale Union bitten, auf dem Lande einen Aufklärungs- und Werbefeldzug zu veranstalten.

(Beifall.)

Wir Bauern sind doch schon so klug zu erkennen, was hier eigentlich gespielt wird. Gehen wir hinaus in unsere Dörfer, und sagen wir es ihnen, daß es darum geht, die Christlich-Soziale Union zweitrangig zu machen, sie zur zweiten Partei zu machen. Das ist doch im Grunde genommen das Ziel aller dieser Herren da unten oder da oben.

(Zuruf: *Hoegner*!)

Jawohl, es ist ein alter Traum *Hoegners*, die Christlich-Soziale Union um einen Rang zurückzudrängen. Wenn wir das unseren Bauern sagen, werden sie immun sein. Wenn wir sie weltanschaulich aufklären, dann haben wir viel getan.

Und noch ein Wort an unsere Normalverbraucher: Die Bauern sitzen heute auf der Anklagebank, ich sage unschuldig auf der Anklagebank. Man macht uns verantwortlich für die Not des Volkes. Ich habe in diesen Tagen bei der Herfahrt im Eisenbahnabteil soundso oft hören müssen, daß diese Verbrecher, die Bauern, aufgehängt gehören. Ist das der Dank für das, was wir getan haben?

(Sehr richtig!)

Wir sind nicht schuld an den heutigen Zuständen.

(Sehr richtig!)

Wir klagen jene an, die schon nach dem Zusammenbruch durch ihre Maßnahmen die heutigen Verhältnisse verschuldet haben. Es ist nicht die CSU-Regierung, wie man heute sagt. Wenn man damals, vor zwei Jahren, die Produktionssteigerung propagiert hätte, anstatt von Schweinemord als der Grundlage der Fetterzeugung zu reden, oder wenn man damals nicht von Viehbestandsverminderung gesprochen hätte, wenn man damals alles ganz anders aufgezogen hätte, wäre unsere Lage heute eine wesentlich andere.

Ich möchte nun an Sie, die Normalverbraucher in der Christlich-Sozialen Union, die Bitte richten: Seid so gut und wirkt hier aufklärend in der Bevölkerung. Wir werden der Union, das sage ich abschließend, die Treue halten, wir christlichen Bauern. Wir fordern aber auch von Euch Treue. Treue um Treue!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bevor ich in der Debatte weiterfahre, darf ich über die Resolution, die Ihnen vorhin Parteifreund *Schütz* vorgelegt hat, abstimmen lassen. Die Resolution ist bekannt. Wer enthält sich? Wer ist gegen die Annahme dieser Resolution? Damit ist die Resolution einstimmig angenommen.

Zu einer sachlichen Feststellung hat das Wort erbeten der Parteifreund *Michel*. Ich bitte *Michel*, nur kurze sachliche Feststellungen zu treffen. Ich darf davon ausgehen, daß noch fünf Minuten bis halb sind. Punkt halb wird geschlossen.

Abgeordneter *Michel*: In meiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter möchte ich nun doch mitteilen, daß der Bayerische Staat rund 240 Millionen Mark im Jahr für die Flüchtlingshilfe ausgibt und daß auch in der Wirtschaft etwas getan wird. Um einige Zahlen zu nennen: 70% der Fabrikation in der Herdherstellung sind für Flüchtlinge vorweg beschlagnahmt.

(Dr. *Rinke*: Das war einmal!)

Auf dem Sektor des Schulwesens sind vom Kultusministerium 5000 Flüchtlinge als Volksschullehrer eingestellt worden, weit mehr, als den Flüchtlingen anteilsmäßig zustehen, dazu über 1000 Mittelschullehrer, die Flüchtlinge sind.

(*Schütz*: Genau 760!)

Es sind über 1000 Flüchtlinge.

(Dr. *Rinke*: Das Kultusministerium ist der große Lichtblick!)

Der Bayerische Landtag, die bayerische Volksvertretung, die Christlich-Soziale Union im Bayerischen Landtag tun das Bestmögliche für die Flüchtlinge. Sie dürfen davon überzeugt sein, daß wir uns der Verantwortung, die uns übertragen ist, voll und ganz bewußt sind, wenn auch vielleicht nicht sehr viele Flüchtlingsabgeordnete im Bayerischen Landtag vertreten sind.

(Zuruf: Sie haben eine Ahnung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf die Debatte über das Flüchtlingswesen dadurch schließen, daß ich den Appell aufnehme, den Parteifreund *Lang* als oberbayerischer Bauer vor allem an alle Bauern gerichtet hat. Ich erkläre namens der Christlich-Sozialen Union: Wir erwarten von allen unseren Mitgliedern und unseren Wählern, daß sie in aktiver Tat den Flüchtlingen helfen und sich freiwillig bereit erklären, wenigstens so viel zu geben, daß alle diese Menschen im wahrsten Sinne des Wortes den Boden unter die Füße bekommen. Wir werden uns nächstens im Landesausschuß im einzelnen darüber unterhalten, wie die Politik der Union in dieser Weise aktiviert werden kann.

Ich darf fragen, ob eine weitere Debatte in der Landesversammlung gewünscht wird. Es ist das nicht mehr der Fall. Dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte ich Sie, sich nur noch einen Augenblick zu gedulden. Es obliegt mir als neugewähltem Landesvorsitzenden jetzt die Aufgabe, Ihnen allen zu danken, nicht nur für das Erscheinen, sondern auch für die Mitarbeit in dieser Landesversammlung. Wir haben wirklich gearbeitet. Und mögen die Diskussionen manchmal scharf gewesen sein, es ist dabei ein positives Ziel erreicht worden, daß nämlich eine Willensklärung in der Union eingetreten ist, eine Willensklärung dahin, daß wir alle zusammenhelfen wollen, daß wir fertig werden wollen mit allen Problemen dieser schweren Zeit.

Ich bitte Sie alle, wenn Sie heimkehren: Tragen Sie den Geist des Positiven, der positiven Arbeit und Mitarbeit hinaus aufs ganze Land. Lassen Sie diesen Geist wirken, damit der Geist der Union, der Geist des Christentums sich durchsetze im Volk. Stehen wir Mann an Mann, stehen wir nicht nur im Wahlkampf zusammen, stehen wir zusammen gegenüber allem, was sich an Schwierigkeiten bildet. Wir wollen und wir müssen mit der Not der Zeit fertig werden.

Ich habe erklärt, das Christentum ist die Religion des Optimismus. Wir wollen nicht verzweifeln, wir wollen unserem Volke helfen. Unser Christentum ist Dienst am Volk. Ich danke Ihnen allen für diesen Dienst. Ich danke denen, die hier mitgewirkt haben. Ich danke vor allem nochmals unseren Marktredwitzer Freunden

(Beifall.)

und der ganzen Marktredwitzer Bevölkerung.

(Bravo!)

Ich verabschiede mich jetzt von Ihnen allen bis zur nächsten ordentlichen Landesversammlung, wobei ich einschalten darf, daß sie nach den Weisungen der Militärregierung in einem Jahr sein müßte, daß es also auf jeden Fall zu dem Beschluß, der gefaßt wurde, notwendig sein wird, im entsprechenden Zeitpunkt eine neue Willenserklärung der Militärregierung für eine eventuelle Verlängerung der Amtsdauer einzuholen. Bis zu dieser Landesversammlung, wahrscheinlich aber schon vorher, wenn große

Entscheidungen zu treffen sein werden, verabschiede ich mich mit dem Gruß, der in unserer Heimat immer üblich war, Grüß Gott!
Ich schließe damit die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

Schluß der Versammlung um 15.33 Uhr.

# Nr. 32

## Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 28. und 29. Februar 1948 in Regensburg

Tagesordnung:[1]
1. Politische Aussprache
2. Satzungsänderung
3. Neuwahlen
4. Sonstiges

Anwesend:[2] Ankermüller, Bartel, Barth, Birkl, Böck, Boehlke, Breidbach, Butterhof, Centmayer, B. Dötsch, Donsberger, Donderer, Eberhard, Ebner, Eggensberger, Ehard, Eichhorn, Emmert, Euerl, Fackler, H. Fink, F. Fischer, H. Fischer, J. Fischer, M. Fischer, Gamperl, Geiger, Grasmann, Hagn, Hassel, H. Haunhorst, Haußleiter, Heinlein, Heiszler, Heubl, Hoechstetter, Höhenberger, Horlacher, Hort, Hundhammer, Imler, Jahn, Kahn, Karpf, Klytta, K. Köhler, Krehle, Kroll, K.A. Kroth, Krüger, Kübler, Lacherbauer, Lallinger, A. Lang, C. Lang, Liedig, Lingmann, Luksch, von Luschka, Mayr, H. Meier, Meyer-Spreckels, Mikolaschek, J. Müller, Muhler, Nerreter, Ostwald, Ott, Pfeiffer, Pflaum, Hans Pflüger, Heinr. Pflüger, Piechl, Pieterek, Prechtl, von Prittwitz-Gaffron, Probst, Rathgeb, Reichstein, Rindt, Rinke, Rüttger, Sattler, F.L. Sauer, F. Schäfer, K. Schäfer, F. Schäffer, Schedl, Schlögl, G. Schmid, K. Schmid, A.W. Schmidt, Schrott, A. Schubert, Schütz, Sedlmayr, Seidel, Sporer, K. Staudinger, F.J. Strauß, R. Stücklen, Sühler, O. Thomas, Weinkamm, Wilhelm, K. Wimmer, F. Wittmann, Zehner

ACSP, CSU-Landesausschüsse

Die Sitzung wird nach einer durch die verspätete Ankunft der Hauptzüge bedingten Verzögerung um 11.55 Uhr unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Dr. *Josef Müller*, eröffnet.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich eröffne die Landesausschußsitzung der Christlich-Sozialen Union. Die Einberufungen sind rechtzeitig ergangen. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß keine Einwendungen wegen Versäumnissen aus formalen Gründen erhoben werden. Ich begrüße Sie alle, die Sie erschienen sind, mit einem herzlichen Grüß Gott. Ich begrüße die Vertreter der amerikanischen Militärregierung und alle Ehrengäste. Ich begrüße alle Freunde aus dem ganzen Land und danke Ihnen allen für das Erscheinen.

Bevor ich selbst spreche, bitte ich das Wort erteilen zu dürfen dem Vertreter des Kreisverbandes Regensburg, Oberstadtschuldirektor *Staudinger*.

*Staudinger*: Liebe Parteifreunde! Ich habe den ehrenvollen Auftrag, Sie im Namen des Kreisverbandes Regensburg auf das herzlichste zu begrüßen. Wir freuen uns, daß Sie zu uns nach Regensburg gekommen sind. Wir wünschen der heutigen Tagung einen großen Erfolg. Möge endlich einmal der Boden geschaffen werden, auf dem mit aller

---

[1] Laut Wortlaut des Protokolls, vgl. S. 1556. Die Reihenfolge der Themen wurde dem tatsächlichen Sitzungsverlauf angepaßt.

[2] Laut Anwesenheitsliste, ergänzt anhand des Protokolltextes. In fünf Fällen ist die Anwesenheit nicht zweifelsfrei bescheinigt; diese Personen wurden nicht aufgenommen. Die Delegierten des Bezirksverbands Oberbayern - R. Berger, A. Braun, Geiselberger, Jaeger, Montgelas, Stiller und Weixler - blieben der Sitzung fern.

Klarheit unsere Ideen vertreten werden können. Möge die Grundlage geschaffen werden, daß wir arbeiten können zum Nutzen der Partei, aber auch zum Segen unseres Volkes.
Das ist der Wunsch, den ich hiermit im Namen des Kreisverbandes zum Ausdruck bringen möchte.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Oberstadtschuldirektor *Staudinger*, ich danke dem Kreisverband Regensburg nicht nur für die Worte der Begrüßung, sondern auch für alle Arbeit, die in Vorbereitung dieser Tagung geleistet wurde. Wir wissen, wieviel Arbeit für jeden einzelnen, wieviel Arbeit für den Bezirksverband an der Vorbereitung einer solchen Tagung hängt. Wir hoffen, daß sich diese Arbeit und diese Mühe für uns alle und vor allem für den Kreisverband Regensburg lohnt.
Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Wir tagen in Regensburg, einer Stadt einer alten Tradition. Es war einmal eine freie Reichsstadt. Die Freiheit hat hier gelebt, die Freiheit wurde von hier ins ganze deutsche Land hinausgetragen. Diese Stadt hat ein Schicksal hinter sich und hat deutsches und bayerisches Schicksal erlebt. Von hier aus wurden nicht nur die Befehle hinausgegeben, die damals der Reichstag im Mittelalter beschlossen hat, von hier aus wurde Kultur ins ganze Land hinausgetragen und weit die Donau entlang.
Dieser Strom verbindet die Völker, er ist auch in Bayern kein Trennungsstrich und kein Äquator, sondern wir wissen, daß wir uns alle zwischen Nord und Süd die Hand reichen über diesen Strom hinweg. Nichts trennt uns, nichts darf uns in Bayern trennen. Und wenn an Ereignisse von heute von manchen die Hoffnung geknüpft wird, von manchen außerhalb Bayerns, daß vielleicht mit unseren Entwicklungen auch bayerisches Schicksal dadurch entschieden werden könnte, daß Nord und Süd auseinanderklaffen, diese Hoffnung wird auf alle Fälle enttäuscht werden.

(Bravo!)

Wir wollen immer und überall zeigen, daß wir Bayern sind, ob wir nördlich oder südlich der Donau wohnen. Und wenn wir da und dort vielleicht eine andere Konzeption haben, wenn die Menschen nicht gleich geraten sind, so besagt das nichts. Bayern ist zu einer Einheit geworden, seitdem es in Napoleons Zeiten zusammengebracht wurde. Die Zeiten gehen rasch vorüber. Manches, was heute wichtig erscheint, ist morgen und übermorgen unwichtig geworden.

(Sehr richtig!)

Wir dürfen auch nicht verkennen, wenn wir Entscheidungen von weittragender Bedeutung treffen: Es geht nicht nur um den Augenblick. Der Augenblick ist rasch vorüber. Es geht um die Geschichte unserer Heimat, um die Geschichte unseres Vaterlandes, um die Geschichte der Menschheit. Wenn wir heute hier in Regensburg tagen, so empfinden wir die Bedeutung des letzten Satzes, daß heute in dieser Zeit Geschichte gemacht und Geschichte erlebt wird, wenn wir von hier aus östlich schauen und wenn wir die Entwicklung beachten, die östlich des Bayerischen und Böhmerwaldes gegenwärtig vor sich geht. Es trennen uns in dieser Hinsicht keine Grenzen. Die Grenzen sind in der modernen Entwicklung nicht mehr von der gleichen Bedeutung wie früher. Auch Gebirge trennen uns nicht mehr. Was dort in dem Lande östlich des Bayerischen und Böhmerwaldes vor sich geht, berührt auch unser eigenes Erleben und wird es in der Zukunft berühren. Mit ernster Sorge betrachten wir die Entwick-

lung dort, und wir hoffen nur, daß unsere christliche Kultur dort bestehen kann. Ich darf es hier ruhig aussprechen: Trotzdem wir noch nicht ganz drei Jahre vom Kriege entfernt sind, die Gegensätze zwischen den Völkern haben sich verwischt, und wir fühlen mit den Menschen, die dort den Kampf für die christliche Kultur austragen werden, als Brüder in Christo.

(Sehr richtig!)

Wir wollen das nicht vergessen, wenn wir heute und morgen hier diskutieren und wenn wir uns vielleicht auseinandersetzen. Kleinigkeiten dürfen uns nicht daran hindern, daran zu denken, daß es in der heutigen Zeit um große Auseinandersetzungen geht und gehen wird, um die Auseinandersetzung hie christliches Kulturdenken, hie kollektivistisches Denken. Wir werden, gleichgültig wo wir stehen, als Christen uns behaupten.

Seit der Marktredwitzer Tagung habe ich gerade das Zusammenleben der christlichen Politiker in Luxemburg miterleben können. Es war ein wirkliches Erlebnis, zu beobachten und auch mitzuwirken bei dem Treffen der christlichen Politiker und der Vertreter der christlichen Parteien in Luxemburg. Man war vielleicht am ersten Abend noch so gestimmt, daß man befürchtete, daß doch Dissonanzen bestehen könnten, die uns doch nicht zu wirklicher Zusammenarbeit kommen lassen. Noch wurde am ersten Abend über ein vorbereitetes Referat diskutiert, das sich mit der Kriegsschuldfrage befaßte und in dem darauf hingewiesen wurde, daß Deutschland die Verantwortung für zwei Kriege zu übernehmen hätte. Aber schon die Aussprachen vor Beginn der Tagung und erst recht während der Tagung haben gezeigt, daß auch wir christlichen Politiker weiter sind. Noch kaum drei Jahre nach dem Kriege war die Gemeinschaft christlichen Denkens schon so stark geworden, daß wir ganz klar erkennen konnten: Die christlichen Parteien Europas werden zu gemeinsamem Wirken im christlichen Geist zusammenwachsen, und wir werden darüber hinaus zusammenhelfen, um Europa als Föderation zu schaffen.

Wir sehen dabei nicht nur die Probleme des Geistigen, sondern auch die Situation von heute. Wir empfinden unsere Situation als die härteste. Aber bei den Aussprachen hat sich gezeigt, daß in jedem Lande das Erlebnis der schaurigen Kriegs- und der Nachkriegszeit, aber auch der Hitlerzeit so stark geworden ist, daß kein europäisches Volk mehr gegen ein anderes europäisches Volk stehen will. Die Völker Europas müssen sich einen, um die christliche Kultur, die von Europa hinausgetragen wurde, zu behaupten und nochmals zu erneuern, oder Europa wird das Schicksal des alten Griechenlands in der Zeit seiner Aufspaltung in Kleinstaaterei erleiden.

Vergessen wir das auch für uns hier nicht, vergessen wir es auch nicht, wenn wir heute das Verhältnis Bayerns zum übrigen Deutschland betrachten. Wenn heute das Land östlich des Bayerischen und Böhmerwaldes eine andere Konzeption verwirklichen würde, wenn dort der kollektivistische Geist siegen würde, dann würde ein Großteil Deutschlands unmittelbar gefährdet sein und es wären rasch Brücken geschlagen zwischen den Gebieten, die heute in der Auseinandersetzung stehen, in denen sich unsere Brüder von der Christlich-Demokratischen Union mit Not behaupten, von der Zone, die von Rußland besetzt ist, und dem Land, das eine kommunistische Verfassung verwirklichen würde.

Wenn aber diese Entwicklung eintreten würde, dann meine lieben Freunde, würden auch Reden im Zirkus Krone über ein selbständiges Bayern nichts mehr nützen.

(Zustimmung und Beifall.)

Denn Bayern kann dann keine Insel der Glücklichen bleiben, wenn die geistige und materielle Not zum Zusammenbruch Deutschlands führt.

(Sehr richtig!)

Die Reden sind leichthin gehalten, und es ist so schön, historische Vergleiche zu bringen. Es ist so leicht zu sagen, wir wollen den gleichen Status, den heute Österreich hat. Denn unsere Geschichte ist mindestens genauso alt.
Gerade solche Reden erinnern an die Kleinstaaterei im alten Griechenland.

(Sehr richtig!)

Gerade in einer solchen geistigen Haltung ist die griechische Kultur, die vorher noch tragend gewesen war, zusammengebrochen. Wenn wir in die neueste Geschichte zurückgehen, können wir sagen, meine lieben Freunde: Deutsch-Österreich als selbständiges Land konnte nicht leben und nicht sterben. Als *Hitler* 1938 vorgedrungen ist, war ein Widerstand unmöglich. Noch Tage vorher glaubte man von Österreich, es könne sich selbst behaupten, und Tage nachher war eine Welle über Österreich hinweggegangen. Wenn wir den Separatismus, der im Zirkus Krone vorgetragen wurde, in Bayern verwirklichen würden, dann müßten wir das gleiche Schicksal für Bayern befürchten.

(Sehr richtig!)

Gerade deswegen wollen wir als Bayern darauf hinwirken, daß wir nicht in die Isolierung gehen. Wir wollen uns als Bayern in Deutschland behaupten. Wir wollen dafür sorgen, daß Bayern wirklich ein lebensfähiges Glied in diesem Deutschland, das wachsen wird, wird. In dieser Hinsicht wollen wir auch von dieser Tagung aus dafür sorgen, daß Klarheit geschaffen wird.

(Sehr richtig! Hoffentlich!)

Die Union ist nicht als separatistische Partei begründet worden. Die Union wollte nicht die Abspaltung von den christlichen Brüdern außerhalb Bayerns. Wir werden auch nicht zulassen, daß der Separatismus in Bayern siegt.

(Sehr richtig!)

Klare Fronten bringen eine klare Entscheidung. Ich glaube mich verpflichtet, das hier aussprechen zu müssen, damit jeder erkennt, worum es heute letzten Endes geht. Ich habe in Marktredwitz auf die Gefahren des Hungernationalismus hingewiesen. Auch der Partikularchauvinismus, um mein altes Wort aufzunehmen, wächst aus dem Hunger heraus in besonderer Weise.
Ich anerkenne wirklich das Gefühlsleben, das im einzelnen wächst. Ich anerkenne, daß der Heimatbegriff, daß die bayerische Heimattreue etwas Edles ist. Wir alle lieben Bayern. Wir lieben es mindestens genauso wie diejenigen, die heute ein politisches Geschäft daraus machen wollen, daß sie immer und immer nur so tun, als ob Bayern allein in der Welt wäre.

(Sehr richtig!)

Bayern bleibt Bayern treu und die Christlich-Soziale Union wird sich in der Treue zu Bayern von niemandem übertreffen lassen.

(Bravo!)

Aber die Christlich-Soziale Union sorgt auch dafür, daß Bayern einen entsprechenden Platz in Deutschland bekommen wird.

(Beifall.)

Proteste allein schaffen keine Geltung, sondern nur aktives Mitwirken beim Aufbau Deutschlands wird dafür sorgen, daß Bayern sich und seine Rechte zur Geltung bringen kann.

(Sehr richtig!)

Wer sich ausschließt, verliert.
Wir werden dafür sorgen, daß diese Politik mehr noch, als es bisher geschehen ist, auch jetzt in Frankfurt durchgesetzt wird. Wir wissen alle, Frankfurt, die Bizone, ist ein sehr ernstes und schwieriges Problem für uns geworden. Die Anfangszuckungen sind zweifelsohne verständlich. Aber die Gegensätze, die in und um Frankfurt aufgetreten sind, bedeuten mehr als Anfangszuckungen. Mit ernster Sorge beobachten wir häufig, wie auch dort nicht immer die nötige Klarheit herrscht. Hier sei festgestellt: So klar unsere Front für uns als Föderalisten in der Union gegen Separatismus ist, so klar ist unsere Front gegen den Zentralismus.

(Beifall.)

Die Zentrale muß so stark sein, daß sie mit der Not von innen und außen bei den zentralen Maßnahmen, die zur Behebung der Not ergriffen werden, fertig werden kann. Aber nie und nimmer wird die Zentrale allein mit der Not fertig werden, wenn nicht alle zusammenwirken, um die Not zu bekämpfen. Sollte Frankfurt glauben, allein die Not zu beheben, sollte es glauben, nur durch Gesetze und Befehle die Not beheben zu können, so wäre das eine große Täuschung. Nur dann, wenn alle deutschen Länder den Kampf gegen die Not aufnehmen, nur dann, wenn die Gesetze so sind, daß sie die deutschen Länder durchführen können, nur dann werden wir der Not Herr werden. Es muß die Ausgewogenheit gefunden werden zwischen der Notwendigkeit zentraler Maßnahmen und der Selbständigkeit der einzelnen Länder in der Behebung der wirtschaftlichen und geistigen Schwierigkeiten.
Es geht ja heute nicht nur etwa um den materiellen Zusammenbruch, der moralische Zusammenbruch unseres Volkes ist in vieler Hinsicht noch viel größer als der materielle. Aber der moralische Zusammenbruch kann nie und nimmer durch die Zentrale behoben werden. Wir, die wir die christliche Kultur verwirklichen wollen, wissen, daß der Zentralismus kulturverflachend gewirkt hat. Gerade aus dieser Erfahrung heraus wollen wir auch dafür sorgen, daß unsere bayerische Kultur leben kann. Wir wollen dafür sorgen, daß die Werte dieser bayerischen Kultur, die eine christliche Kultur ist, ganz Deutschland zugute kommen.

(Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei den einzelnen Maßnahmen, die in Frankfurt jetzt zu ergreifen sind, wird von großer Bedeutung sein, was Frankfurt, was die Bizone aus sich selbst machen wird. Wir haben immer und immer wieder betont, die Bizone ist ein Provisorium, wir wollen sobald wie möglich die deutsche Wirtschaftseinheit schaffen, weil wir ohne sie eben zusammenbrechen. Und wenn Deutschland zusammenbricht, so wird der Zusammenbruch angesichts der zentralen Lage Deutschlands in Europa Wellen schlagen über ganz Europa hinweg. Deutschland ist das zentrale Problem für Zentraleuropa, und aus Deutschland heraus wird sich vielleicht entscheiden, ob Pläne für die Sanierung der Weltnot und vor allem der europäischen Not verwirklicht werden können.
Ich habe das letzte Mal in Marktredwitz betont, der Schlüssel zum Marshall-Plan liegt im Ruhrgebiet, dort, wo das wirtschaftliche Leben pulsiert. Dort muß sich beweisen,

ob wir fähig sind, eine Wirtschaftsordnung wieder so zu schaffen, daß jedes dieser zentralen Gebiete in seiner Produktivität ganz Europa zugute kommt. Wenn es uns aber nicht gelingt, diese Wirtschaftsnot zu beheben, wenn wieder Wirtschaftskrisen von dem Ausmaße der Krisen vor 1933 eintreten, dann, meine lieben Freunde, nützen auch schöne Worte nichts. Wie nahe glaubten wir uns vor 1933, noch in der Zeit *Brünings*, der endgültigen Lösung, und 100 Meter vor dem Ziel haben die Nerven versagt, weil die Auswirkungen der Deflationszeit, weil die Zeit der Arbeitslosenkrise dazu beigetragen hat, daß das Kollektiv der Masse zur Diktatur hingesteuert wurde.
So wollen wir nie vergessen: Durch Paragraphen, durch Statuten allein kann nicht Leben geschaffen werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß auch die entsprechende Existenzbasis entsteht, damit auch die geistige Haltung der Völker bewahrt werden kann. Noch sind wir in unserer wirtschaftlichen Entwicklung nicht weitergekommen. Noch haben wir einen Lebensstandard von 1550 Kalorien,

(Heiterkeit.)

die zum Teil nur Papierkalorien, keine effektiven Kalorien sind.

(Sehr richtig!)

Noch hoffen wir, daß wenigstens in den nächsten Monaten uns die Hilfe [zuteil] wird, daß unserem Volk Fett gegeben werden kann oder daß andere Lebensmittel hergeschafft werden.
Es geht dabei um sehr ernsthafte Auseinandersetzungen. Ich darf hier nochmals betonen, um zum aktuellen Problem zu sprechen: Wenn andere Parteien, wenn gerade die SPD in den letzten Tagen geglaubt hat, daß es uns im Falle *Semler* etwa um parteipolitische Geschäfte gegangen wäre, oder wenn man gar von einer Niederlage gesprochen hat, meine sehr verehrten Damen und Herren, uns ging es nicht um die Parteipolitik, und wir empfinden auch diesen Ausgang nicht als Niederlage.

(Sehr richtig!)

Wir empfinden ihn deshalb nicht als Niederlage, weil wir als Deutsche ein deutsches Wort offen sprechen wollten von Demokraten zu Demokraten über unsere wirkliche Situation.

(Sehr richtig!)

Es wäre sicher besser gewesen, wenn die Worte so formuliert worden wären, es wäre besser, wenn sie in der Zukunft immer so formuliert würden, daß man immer weiß, daß es wirklich nur um reale Dinge geht. Aber wir beachten dabei auch: Wenn das demokratische Wort gesprochen wird, dann muß es so gesprochen werden, daß dabei nicht ein Appell an die nationalen Instinkte entsteht.
Mit banger Sorge betrachten wir das Anwachsen des Nationalismus,

(Sehr richtig!)

und jedes Wort, das heute gesprochen wird, muß unter diesem Gesichtspunkt auf die Waagschale gelegt werden. Denn wir als Christen wissen, daß der Instinktnationalismus eine Gefahr ist für reales Denken, für die reale Verwirklichung unserer christlichen Kultur. Denn der Instinktnationalismus täuscht die Menschen hinweg über ihre wirkliche Lage, und er führt leicht zu expansivem Denken und Handeln. Wir bekämpfen jede Expansionsgefahr, wir bekämpfen sie deswegen, weil wir wissen, daß die Expansionsgefahren dann, wenn sie von uns nicht bekämpft werden, wenn sie innerhalb

aller europäischen Länder wieder wachsen würden, daß sie dann auch unser Schicksal in Europa besiegeln würden.

(Sehr richtig!)

Wir haben genug von zwei Kriegen in einer Generation. Einen dritten Krieg wollen wir uns und unseren Kindern ersparen.

(Zustimmung und Beifall.)

Meine lieben Freunde! Die Worte, die heute in den öffentlichen Versammlungen gesprochen werden, lassen in dieser Hinsicht manchmal an Klarheit zu wünschen übrig. Man hat manchmal das Empfinden, als ob wir bei allen Diskussionen doch zu stark in einer gewissen Nervosität drin wären, daß jeder seine eigenen Probleme als die dringendsten Probleme der Zeit ansieht. Und wenn wir heute erleben, wie schwer sich unsere junge Demokratie tut, wenn wir heute die Tonart verfolgen, die manchmal in den Auseinandersetzungen angeschlagen wird, so möchte man manchmal sagen: Ja, vergessen denn diese Leute, daß das Volk draußen für diese Auseinandersetzungen, für diese Streitereien keinen Sinn hat?

(Sehr richtig!)

Das Volk will Brot und Arbeit, und es will, daß die Menschen, die Verantwortung übernommen haben, in erster Linie daran denken und nicht in erster Linie daran, ob einer etwas mehr oder weniger Macht und Geltung hat.

(Beifall und wiederholte Zustimmung.)

Ich darf jetzt zu dem aktuellen Thema übergehen, das uns in dieser Tagung auch beschäftigen wird. Die Haltung, die ich Ihnen soeben gesagt habe, hat mich dazu bestimmt, daß ich, als Herr Staatsrat Dr. *Schäffer* auf der Bezirkstagung Oberbayern die schweren, massiven Angriffe gegen mich vorgetragen hat, geschwiegen habe, weil wir nicht durch eine Stellungnahme in der Presse zu diesen Angriffen den Eindruck einer kleinlichen Streiterei entstehen lassen wollten.

(Bravo.)

Ich weiß, daß damit die Gefahr entstand, daß man sagen konnte, er schweigt, und wer schweigt, hat Unrecht und gesteht Unrecht ein.
Ich habe es bedauert, hören zu müssen, daß gestern und vorgestern auch Herr Staatsrat *Schäffer* einen ähnlichen Schluß aus meiner Haltung gezogen hat.

(Widerspruch.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wäre mir nicht schwer gefallen, Stellung zu nehmen, und ich war auch wirklich stark versucht zu antworten. Aber ich habe mir dabei erklärt: Wenn ich Stellung nehme, so kann ich das nur tun vor einem entscheidenden Gremium unserer Partei. Eine Diskussion in der Presse bringt keine Klärung.

(Sehr richtig!)

Nur dort, wo ich mich zu verantworten habe, dort stehe ich Rede und Antwort. Lieber lasse ich es mir gefallen, daß ich angegriffen werde. Ich habe innerhalb der zwei bis drei Jahre, ich habe in der vergangenen Zeit ebensoviel Angriffe mitgemacht.
Es wird mir vorgeworfen, daß in der Politik der Union, für die ich wesentlich mitverantwortlich war, keine christliche Linie befolgt worden sei.

(Unruhe.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war bereit - und das sind nicht leere Worte, das habe ich durch die Tat bewiesen -, für meine christliche Überzeugung in den Tod zu gehen und den Galgentod zu sterben. Ich habe das erlebt. Zweimal wurde ich zur Hinrichtung hingeführt. Ich glaube, wer ein solches Erlebnis hinter sich hat, der reift in sich und weiß, daß er für das Christentum nicht nur das Leben einzusetzen hat, sondern, wenn es gilt, sein Alles, seine ganze materielle Existenz und die Ehre. Denn nur, wenn es um das Letzte, wenn es um den Inhalt des Christentums geht, ist es möglich, alles preiszugeben.

Ich habe gerade diesen Vorwurf als den bittersten Vorwurf empfunden, den es überhaupt gibt, als den bittersten Vorwurf deswegen, weil derjenige, der diesen Vorwurf vorgetragen hat, vielleicht nicht empfinden kann und konnte, was es in Anbetracht der christlichen Überzeugung bedeutet hat. Alles, was ich auch während des Krieges getan habe, habe ich um meiner christlichen Überzeugung willen getan. Aber er hat es vielleicht nicht empfunden, was es heißt, dafür jahrelang im Gefängnis und KZ zu sein und nicht nur einige Wochen, und was es bedeutet, lange Monate hindurch die Fesseln zu tragen und alle Schikanen durchzumachen, was es dann bedeutet, den Weg zur Hinrichtungsstätte, den Weg zum Galgen zu gehen.

Ich darf mir dazu Worte ersparen. Nur dann würde ich sprechen, wenn man mir mit einem realen Beweise und nicht nur mit leichtfertig hingeworfenen Worten nachweisen würde,

(Jawohl! Das ist es!)

wo ich unchristlich war oder wo die Linie der Christlich-Sozialen Union verlassen wurde.

(Sehr richtig!)

Wenn ein politischer Gegner das machen würde, dann würde ich das als Konkurrenzkampf ansehen. Wenn aber in der Zeit der schwersten Kämpfe, die wir auf hoher Ebene zu bestehen haben, in der Zeit von beginnenden Wahlauseinandersetzungen aus den eigenen Kreisen heraus solche Worte hingeworfen[3] werden, dann, meine lieben Freunde, kann ich nur sagen: Wohin führt es, wenn in diesem Augenblick eine Partei, die eine wirkliche christliche Bewegung geworden ist und werden will, von innen heraus ausgehöhlt und unterminiert wird.

(Sehr richtig! Hinauswerfen!)

Ich bitte, nicht bei einer ernsthaften, schwierigen Auseinandersetzung auch durch Zurufe ein Urteil zu fällen, das ernsthaft überlegt werden muß.

(Sehr richtig!)

Ich bitte, solche Zwischenrufe zu unterlassen.

Die Vorwürfe, die mir sonst noch gemacht wurden, darf ich, um den Eindruck der Streiterei zu vermeiden, nur ganz kurz beantworten. Wünschen Sie weitere Klärung, ich stehe restlos zur Verfügung. Ich möchte nur immer und immer wieder vermeiden, daß der Eindruck des Streites zwischen zwei Menschen entsteht. Es soll einer angreifen, wenn er es will. Ich werde nicht streiten, ich werde kein Wort mehr sagen, als zur unbedingten Verteidigung notwendig ist.

[3] In der Vorlage: "hingewiesen".

Die Angriffe, die vorgetragen wurden, waren noch auf das Persönliche abgestellt. Herr Staatsrat *Schäffer* hat in dieser Bezirksversammlung erklärt:

> Es waren Leute unserer Richtung, *Stegerwald* und Dr. *Josef Müller*, die in Frankfurt damals gegen mich Stimmung gemacht haben, im Herbst 1945. Als ich in jenen Tagen vor meinem Rücktritt einmal die neue Liste des Kabinettes erhalten habe, hat die Liste so geheißen: Ministerpräsident *Stegerwald* oder Dr. *Josef Müller*, Stellvertretender Ministerpräsident und Leiter der Staatskanzlei ein Kommunist. Und so ging die Liste weiter. Dr. *Hoegner* hat damals erklärt, er könne mit Dr. *Müller* nicht verhandeln, weil Dr. *Müller* ja den Kommunisten so weitgehende politische Versprechungen gemacht habe, daß er dadurch in die schwierigste Lage gekommen sei. In der Nacht hat Dr. *Müller* mit Dr. *Kroth* telefoniert, ihm alles mitgeteilt, und am nächsten Tag waren die Verhandlungen gescheitert, und es ist damals überhaupt kein Mann aus der CSU als Minister, sondern Dr. *Baumgartner* als Fachminister übernommen worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lesen Sie das Protokoll des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union vom Frühjahr 1946 in Bamberg und Sie finden die gleichen Angriffe. Sie finden die Antworten darauf, Sie finden die Klärung. Ich habe damals Stellung genommen, und nach meiner Wahl hat Dr. *Schäffer* eine Loyalitätserklärung abgegeben. Jetzt, nach zwei Jahren, werden die gleichen Angriffe mit der gleichen Massivität aufgenommen, als ob innerhalb der zwei Jahre die Zeit stehengeblieben wäre.

(Sehr richtig.)

Die Union hat sich in den zwei Jahren so weit entwickelt, daß sich keiner von uns mehr mit diesen alten Dingen beschäftigt hätte, und man wird auch im Volk - das habe ich mir erklärt, als die Angriffe vorgetragen wurden - dafür kein Verständnis haben, daß zwei Jahre ganz einfach gestrichen werden.
Ich darf aber, um nicht der sachlichen Feststellung auszuweichen, dazu erklären: Ich war im Jahre 1945 einige wenige Tage in Frankfurt, aber nicht, um Verhandlungen zu führen. Ich wurde damals von einem Offizier des Interalliierten Hauptquartiers von Capri über Paris nach Frankfurt gebracht, weil ich in Südtirol befreit und von dort aus nach Capri gebracht worden war. Ich sah damals in Frankfurt zum ersten Mal Deutschland wieder, und Sie dürfen mir glauben, daß ich in Frankfurt überhaupt noch [nicht] gewußt habe, wer Bayerischer Ministerpräsident ist. Denn weit war ich von der Heimat weg, ich hatte keinen Kontakt mit meiner Familie, hatte seit September 1944 überhaupt nichts von der Familie gehört. Und da beschäftigt einen wirklich alles andere eher als diese aktuelle Politik und als das, was sich damals ereignet hatte. Erst als ich nach München zurückkam, hörte ich davon, traf ich den einen oder anderen. Aber ich kam dann nicht mehr nach Frankfurt und hatte auch keinerlei Kontakt bis zu der Zeit der Entscheidungen mit Frankfurt.
Ich weiß heute ungefähr, wer damals von amerikanischer Seite Einfluß auf die seinerzeitige Regierungsbildung genommen hat. Ich darf dazu erklären: Ich habe den Mann, der diesen Einfluß auf die Regierungsbildung, wie sie vorgenommen wurde, genommen hat, bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht getroffen gehabt.
Ich darf ferner dazu feststellen: Es hat mir leid getan, daß ein Toter, unser Freund *Stegerwald*,

(Sehr richtig! Pfui!)

jetzt in dieser Weise hineingezogen wird. *Stegerwald* und ich trafen uns sicherlich nicht lange nach meiner Rückkehr, und zwar mehr oder minder durch Zufall - ich kannte ihn bis dahin noch gar nicht -, als er von Würzburg, wo er Regierungspräsident geworden war, nach Rothenburg fuhr und ich dort zum ersten Mal meine Familie gemeinsam mit Freunden traf.
Wir haben uns damals über das unterhalten, was werden soll, und ich habe ihm bei dieser Gelegenheit die Idee der Christlich-Sozialen Union, die in mir im Gefängnis gereift war, gerade in der Zeit, als ich die Fesseln getragen habe, vorgetragen, habe ihm die Notwendigkeit klargestellt der Einigung der christlichen Bekenntnisse und der christlichen Menschen zu gemeinsamer Verteidigung der christlichen Kultur.

(Sehr richtig!)

Ich habe mich gefreut, daß er, als einer aus der alten Zeit, mit mir einig war darüber, daß es notwendig geworden war, einen neuen Weg im politischen Leben zu gehen und nicht mehr bei den alten Parteien anzufangen. Ich habe mich gefreut, daß er sich von der Tradition der alten Parteien lösen und daß er mit mir zusammenwirken wollte, um diese Christlich-Soziale Union zu schaffen.
Es mag vielleicht dem einen oder anderen, der damals die Gründung eines Bayerischen Volksbundes beabsichtigte, unsympathisch gewesen sein, daß gerade *Stegerwald*, ein Mann aus der Arbeiterbewegung, den neuen Weg mitging. Aber, meine lieben Freunde, die Idee hat sich durchgesetzt, die Christlich-Soziale Union ist geworden. Auch die Menschen, die damals den Bayerischen Volksbund gründen wollten, sind in die Christlich-Soziale Union gegangen. Sie sollen dann doch nicht immer beim A anfangen, sondern sie sollen sich doch auch entschließen, im Alphabet allmählich weiterzufahren. *Stegerwald* hat, soweit mir bekannt geworden ist, nur einmal die Gelegenheit gehabt, sich in Frankfurt zu unterhalten, und zwar deshalb, weil er von einem Offizier der Militärregierung von Würzburg nach Frankfurt zu einer Aussprache gebracht wurde. Meine lieben Freunde, es wurde Staatsrat *Schäffer* damals zum Ministerpräsidenten bestellt. Ich nehme an, daß auch er von Offizieren zu einer Aussprache geholt wurde. Auch *Stegerwald* konnte sich dieser Aussprache nicht versagen, so wie die Verhältnisse waren, und er mußte auch die Gelegenheit zu einer Aussprache haben. Von Intrigen war bei einem so reifen Mann, wie es Herr *Stegerwald* war, keine Rede und wir wissen, wie Intrigen kamen. Denn er wurde dann ja auch das Opfer einer Intrige. Suchen wir doch nicht immer den Gegner in den eigenen Reihen,

(Sehr richtig!)

sondern sehen wir, daß jeder der gleichen Gefahr ausgesetzt war und ausgesetzt ist.
Ich darf dann zu der Regierungsbildung nach der Entlassung des Herrn Staatsrats *Schäffer* als Ministerpräsidenten übergehen. Meine lieben Freunde! Staatsrat *Schäffer* wurde von der Militärregierung eingesetzt. Es haben sich dann, nach meinem Empfinden sogar zu rasch, Parteien gebildet und bilden müssen.

(Sehr richtig!)

Sie wissen, das Tempo sollte langsamer gehen, und ich mache heute angesichts dessen, was wir erleben, gar keinen Hehl daraus, daß ich 1945 bei Unterhaltungen mit Leuten der Militärregierung noch die Auffassung vertreten habe, daß es gescheiter wäre, einige Jahre eine gesteuerte Demokratie zu schaffen, mit der klaren Übernahme der Verantwortung durch die Militärregierung, und daß man dann zur freien De-

mokratie sich weiterentwickeln sollte, weil dann die Demokratie vielleicht mehr Bestand hätte als bei nicht abgegrenzten Verantwortungen.

(Sehr richtig!)

Aber ausgelöst durch die Entwicklung in Berlin und in der russischen Zone durch die Bildung der Parteien haben dann auch die Amerikaner eine rasche Bildung der Parteien zugelassen, und wir haben dann auch unsere Union geschaffen. Ich habe damals, nach einem zunächst vergeblichen Versuch, bei einem zweiten Versuch mit Staatsrat *Schäffer* eine Aussprache gehabt. Staatsrat *Schäffer* ging damals davon aus, daß er an die Spitze der Christlich-Sozialen Union treten sollte, weil sie die Deckung für die Regierung abgeben sollte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da habe ich allerdings widersprochen, und zwar deswegen, weil ich der Auffassung war, daß die Partei, die im Entstehen begriffen war, nicht eine nachträgliche Verantwortung für eine durch die einmarschierte Truppe gebildete Regierung übernehmen sollte.

(Sehr richtig!)

Denn die Partei mußte aus sich selbst heraus wachsen, in Unabhängigkeit zur Militärregierung; und der von der Militärregierung bestellte Ministerpräsident benötigte auch nicht diese Partei. Man konnte es der späteren Entwicklung überlassen.
Bei der Bildung bzw. Neubildung der Regierung sollte dann eine Vorklärung stattfinden. Damals war Botschafter *Murphy*, der politische Berater von General *Clay* bzw. von *Eisenhower*, der damals noch Höchstkommandierender war, zu Aussprachen mit verschiedenen Leuten in München. Er hat sich auch mit mir unterhalten ebenso wie mit anderen Leuten, die aus den Parteien herausgewachsen waren. Er wollte etwas wissen über das Werden der Parteien und wollte dann durch weitere Aussprachen eine Regierungsbildung vorbereiten. Jedes Wort könnte Ihnen hier wiedergegeben werden, das damals gesprochen wurde.
Wenn ich mich hingedrängt hätte, wäre es etwas anderes gewesen. Aber es kam ein Offizier und hat mich von meinem Büro aus unmittelbar zu Botschafter *Murphy* hingefahren, ebenso wie die Leute von anderen Parteien hingebracht wurden. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollen Sie in einem solchen Moment dann sagen: Ich verweigere eine Aussprache. Jeder muß sich dann in einem solchen Moment unterhalten können. Dieses Recht kann einem niemand nehmen, denn jeder hat das gleiche Recht.
Bei dieser Aussprache kam es zu keinerlei Entscheidung. Es wurde lediglich vorgeklärt. Es sollten weitere Aussprachen in der darauffolgenden Woche folgen. Bei der Vorklärung gingen wir nur davon aus, wie die Verhältnisse waren. Unsere Christlich-Soziale Union war im Wachsen, war aber noch nicht organisch gebildet. Auf der anderen Seite, und das darf nicht verkannt und vergessen werden, auch nicht angesichts der Feststellungen des Herrn Dr. *Hoegner*, stand noch die SPD in einer Arbeitsgemeinschaft mit der kommunistischen Partei,

(Sehr richtig!)

und sie haben immer nur als Arbeitsgemeinschaft gehandelt und verhandelt.

(Hört, hört!)

Die Trennung hat sich später vollzogen.
Ich habe sogar bei einer bestimmten Gelegenheit, als ein Freund von uns eine Vorlage bei der Militärregierung vorgelegt hat, bei der die Union irgendwie miterwähnt

worden war, klar dagegen Stellung genommen, daß die Union nicht gekoppelt werden kann mit dieser Arbeitsgemeinschaft, weil ich es unter keinen Umständen etwa zu einer antifaschistischen Blockbildung kommen lassen wollte.

(Zustimmung.)

Ich glaube, mittlerweile hat sich gezeigt, was diese Antifa-Blöcke bedeutet haben.
Als die Regierungsbildung durchbesprochen wurde, mußte man davon ausgehen, daß noch keinerlei Wahlen gewesen waren, daß man noch nicht den geringsten Überblick über die Kräfteverhältnisse für die einzelnen Parteien haben konnte, sondern daß alles gefühlsmäßige Schätzung war. Und wenn Sie sich erinnern, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann haben sehr viele Leute damals die kommunistische Partei in ihrem Bestande wesentlich überschätzt. Ich bin dieser Überschätzung nicht gefolgt, aber in den Vorschlägen habe ich der ungefähren Entwicklung dadurch Rechnung getragen, daß ich die Meinung vertreten habe, daß bei einer Regierungsbildung die Minister - man sprach von acht - halb zu halb verteilt werden sollten und daß die Union den Ministerpräsidenten stellen sollte. Das entsprach ungefähr den Verhältnissen. Zu jedem Minister sollte dann ein Staatssekretär aus der anderen Gruppe kommen.
Kann jemand deswegen bei diesen Verhältnissen Vorwürfe machen? Es war ein billiger und vernünftiger Vorschlag, und es wäre besser gewesen, er wäre durchgeführt worden, als daß die Regierung *Hoegner* dann so gebildet wurde, wie sie dann wirklich ausgesehen hat. Denn ich glaube, wenn wir uns erinnern, keiner von uns war davon dann wesentlich begeistert.
Es war auch so, daß, während Botschafter *Murphy* noch verhandelte, aus dem Hauptquartier in Frankfurt die ganze Verhandlung durch die Nominierung des Herrn Dr. *Hoegner* überholt wurde. Diese Nominierung war wohl im wesentlichen auf Absprachen zurückzuführen, die vorher in der Schweiz stattgefunden hatten, und auf Fühlungnahmen, die in der Zeit der letzten Emigration noch genommen worden waren.
Konkret wurde nur über einen - und das sage ich auch frei - Mann gesprochen, und das war der damals etwa in Betracht kommende Kultusminister. Nicht von uns aus, sondern von allen möglichen Seiten aus wurde als ein Mann, der die Fähigkeiten zur Übernahme dieses Amtes haben würde, unser Freund Stadtpfarrer Dr. *Muhler* genannt. Hier konnte man, weil es sich um einen Geistlichen handelte, nicht von vorneherein frei alles schleifen lassen und warten. Denn es mußte klargestellt werden, ob er eventuell die Genehmigung seiner kirchlichen Behörde bekommen würde. Es war aber so, daß gerade *Muhler* bei den Linkskreisen, auch bei den Kommunisten und bei den Sozialdemokraten, trotz seiner klaren Haltung einen guten Namen hatte, weil er von ihnen als Mann restlos anerkannt wurde. Denn er ist für die Wahrheit ins Gefängnis und ins KZ gegangen. Er hatte sich geweigert, als er als erster von der Kanzel herab gegen die Greuel in Dachau Stellung genommen hatte, seine Informatoren zu nennen, und hat dadurch Kommunisten vor Schwerstem bewahrt. Diese männliche Haltung wurde so anerkannt, daß man damals festgestellt hatte, ein Mann mit solchem Schicksal wird auch von uns anerkannt, auch wenn er das geistliche Gewand trägt. *Muhler* wird das jederzeit bestätigen, und ich darf feststellen, daß kaum eine Besprechung von mir geführt wurde, bei der nicht Dr. *Muhler* anwesend war. Die letzte Besprechung wurde bei Oberbürgermeister *Scharnagl* geführt, bei der unser Freund *Krehle* anwesend war, ich glaube, auch noch *Horlacher* und einige andere, die das ohne weiteres bestätigen können. Kein Wort wurde gesprochen, das damals der Union abträglich gewesen wäre oder ihr heute abträglich sein könnte.

Wenn von einem Telefongespräch mit Dr. *Kroth* von der kommunistischen Partei die Rede ist, so kann ich Ihnen nur sagen: Meine lieben Freunde, man sieht, wie solche Dinge gehandhabt werden.

(Dr. *Horlacher*: Immer das gleiche!)

Denn dieses Gespräch wurde nachts geführt. Ich wurde nachts angerufen, und ich habe am Telefon kurz Stellung genommen, denn Sie werden mir zutrauen, daß ich am Telefon keine Vereinbarungen von weittragender Bedeutung eingehe. Ich habe selbst am nächsten Tag bei unseren Besprechungen wegen der Regierungsbildung das ganze Gespräch erwähnt, und heute wird aus der Mücke ein Elefant gemacht, obwohl ich die Mücke selbst hingegeben habe. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für eine solche Praxis habe ich kein Verständnis.

(Dr. *Horlacher*: Besonders jetzt, wenn man nach zwei Jahren noch den alten Mist bringt!)

Herr Dr. *Schäffer* hat dann erklärt, ich habe Gründe angegeben für seine Entfernung aus dem öffentlichen Leben durch die amerikanische Militärregierung. Ich darf hiezu sagen: Außer den offiziell bekanntgegebenen Gründen weiß ich keine Gründe. Dr. *Schäffer* erklärt hier:

> Dann war als Zeuge u.a. der Dr. *Josef Müller* genannt im Belastungsschreiben der Militärregierung für eine kleine Angelegenheit. Aber er war als solcher Zeuge genannt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schon diese Formulierung beweist viel. Wenn Herr Dr. *Schäffer*, der in dieser Hinsicht sicherlich nicht gerade wohlwollend ist, davon spricht "in einer kleinen Angelegenheit", dann war es sicher keine Todsünde. Der Nachteil ist nur der, und das hat man jetzt gemerkt: Nicht nur in der deutschen Presse, sondern darüber hinaus in der Presse des Auslandes wird dann das "in einer kleinen Angelegenheit" weggelassen, und es wird dort behauptet, ich habe durch Denunziation behauptet, ich habe durch Denunziation beigetragen, daß Dr. *Schäffer* entfernt würde. Diese Formulierungen müssen wirklich auf die Waagschale gelegt werden. Was sollte und was konnte in dieser Hinsicht überhaupt gesagt werden.
Ich wurde jetzt auch im Spruchkammerverfahren von Herrn Dr. *Schäffer* zu den damaligen Vorgängen gehört, und zwar deswegen, weil ich der Militärregierung eine Niederschrift des früheren Ministerpräsidenten Dr. *Held* über die Entwicklung in Bayern im Jahre 1933 gegeben hatte. Sie alle können in der Bayerischen Rundschau von Ende Mai des ersten Jahrganges diesen Artikel nachlesen, die Überschrift heißt: "Ministerpräsident *Held* diktiert einen dokumentarischen Bericht." Ich wurde damals von dem General *Donavan*, der zur Vorbereitung der Nürnberger Prozesse kurze Zeit in Nürnberg war, über die Entwicklung gefragt, und zwar nicht etwa zur Belastung von irgend jemandem, sondern um ein klares Bild zu gewinnen über die eigentlichen Kriegsverbrecher, über *Frick* und über die Leute, die im Jahre 1933 das Unglück über Deutschland gebracht hatten. Ich fühlte mich als Bayer dazu verpflichtet. Diesen Bericht hat *Held* unmittelbar nach dem 9. März 1933, als ich ihn damals, nachdem er aus seiner Wohnung gehen mußte, in meiner Wohnung aufgenommen hatte, in der Unglücksnacht als historischen Bericht niederdiktiert, um darzutun, daß ihn und Bayern an dieser Entwicklung keine Schuld traf, sondern daß *Hindenburg* sein Wort gebrochen hatte, nach Bayern keinen Reichskommissar zu schicken, und daß man ein Gesetz zur Bekämpfung kommunistischer Umtriebe anwandte, um nach Bayern einen Reichskommissar zu schicken.

Wenn dabei Dr. *Schäffer* miterwähnt ist, so habe ich das Empfinden, daß er nicht schlecht dabei wegkommt, im Gegenteil. Und ich habe Dr. *Schäffer* damals, als ich den Bericht übergeben hatte, sogar noch die Möglichkeit gegeben, seinerseits einen Ergänzungsbericht zu schreiben, der auch übergeben wurde. Als die Militärregierung mich bat, habe ich die beiden Berichte übergeben, nicht mehr. Wenn ich aber hier Bayern zu vertreten und zu verteidigen habe, um von ihm jeden Makel für diese Unglückstage zu nehmen,

(Hört!)

dann muß jeder, der in der Geschichte mitgewirkt hat, eben damit rechnen, daß sein Name genannt wird. Wie oft muß ich es mir heute gefallen lassen, daß ich für irgendwelche Maßnahmen verantwortlich gemacht werde. Das gehört in einer Demokratie zum Politiker, nur in der Diktatur kann einer verlangen und durchsetzen, daß er immer nur im hellsten Lichte erscheint.
Ich darf dann hierzu nur noch die eine Feststellung treffen: Auch das alles wurde auf der Landesversammlung in Bamberg verhandelt, und unser Parteifreund Dr. *Rinke*, der unser Vertreter für die Flüchtlinge ist und der die ganzen Verhältnisse kannte, weil er damals bei der Militärregierung beschäftigt war, hat in Bamberg eine ganz klare Erklärung abgegeben, die er heute wiederholen kann, eine Erklärung, die dahin ging, daß von der Union kein Belastungsmaterial geliefert wurde und daß ich mich gegenüber der Militärregierung sogar geweigert habe, irgend etwas Belastendes über Herrn Dr. *Schäffer* auszusagen.

(Hört, hört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man darf eben den anderen, auch den Parteifreund, nicht immer nur als schlechten Kerl ansehen, dem man alles zutraut! Und es wird etwas nicht wahrer, wenn es immer wieder wiederholt wird.

(Sehr richtig!)

Man traut mir offenkundig manches zu, denn Dr. *Schäffer* hat mich weiter wegen eines Gesprächs mit *Baumgartner* angegriffen. Sie wissen, daß Dr. *Baumgartner* aus der Union ausgeschieden war. Dr. *Schäffer* behauptet nun:

> Dann wurde ihm
>
> - *Baumgartner*, und zwar nach seinem Ausscheiden, nachdem er bei der Bayernpartei war -
>
> von *Müller* der Vorschlag gemacht: Veranlassen Sie doch den Staatsrat *Schäffer*, ein Aufnahmegesuch in die Bayernpartei zu machen! Wenn er dieses Aufnahmegesuch gemacht hat, dann wirken Sie dahin, daß dieses Aufnahmegesuch abgelehnt wird. Und wenn es abgelehnt ist, dann kann ich sagen: Den Lückenbüßer mache ich nicht, der Mann ist für die CSU unmöglich geworden.

Zu dieser Plauderei darf ich folgendes feststellen: *Baumgartner* hat mir am 26. Januar 1948 folgendes Schreiben geschickt:

> Sehr geehrter Herr Landesvorsitzender, lieber Freund *Müller*!
>
> Nach reiflicher Überlegung habe ich mich entschlossen, aus der Christlich-Sozialen Union auszutreten und der Bayernpartei beizutreten. Wenn auch in verschiedenen Fragen unsere Ansichten über die Methoden, uns für unser Land Bayern einzuset-

zen, auseinandergehen, so bist Du mit mir sicher der Überzeugung, daß dies kein Grund ist, nun einen persönlichen Kampf gegeneinander zu führen. Ich lehne dies ab und werde auch in der Bayernpartei keinen persönlichen Kampf gegen Dich bei Deiner außerordentlichen Arbeitsüberlastung dulden.
Mit freundlichen Grüßen
Dein *Baumgartner*

Ich habe dieses Schreiben *Michael Horlacher*, als er zu mir kam, gezeigt, und zwar deswegen - das sage ich ganz ehrlich -, weil ich mich über *Baumgartner* vielleicht manchmal schon geärgert, aber ebensooft schon gefreut habe. Und ich habe *Horlacher* dabei gesagt: Es sieht *Baumgartner* völlig gleich, er hat ja schon einmal den Ausdruck "Totengräber" gebracht, und wir standen dann nachher wieder freundschaftlich zusammen, und hier hat er eine Haltung gezeigt, die - ich möchte sagen - mir wirklich gefallen hat. Und *Michael Horlacher* hat mir den Vorschlag gemacht, er ruft *Baumgartner* an. Meine Damen und Herren, vielleicht kann man, wenn man in dieser Hinsicht vom Christentum und vom christlichen Menschen spricht, von mir sagen, ich bin so etwas [wie] ein vorbeigelungener Asket.

(Große Heiterkeit.)

Ich habe mich insoferne über *Baumgartner* gefreut und habe dann *Michael Horlacher* auf seinen Vorschlag sofort mit einem Ja geantwortet und gesagt: Gut, in Gottes Namen, feiern wir halt mit dem *Sepp Baumgartner* jetzt den Abschied als Parteifreunde!

(Sehr richtig!)

Es war nichts anderes, als eine Abschiedsfeier von Leuten, die bis zu dem Moment Parteifreunde gewesen waren und dann Parteigegner wurden. Denn ich sehe in einem politischen Gegner nie und nimmer einen persönlichen Feind,

(Sehr richtig!)

das kann ich praktisch gestehen.

(Dr. *Horlacher*: Nicht so, wie es in der Union ist! - Heiterkeit.)

Die Wirkung war - Sie kennen *Baumgartner* genauso wie ich -, daß uns *Baumgartner* aus lauter Freude eine sehr schöne Bowle hingestellt hat. Wir haben uns gemütlich unterhalten. *Baumgartner* hat dann gesagt, wir wollen englische Demokratie vorleben,

(Hört!)

daß sich also auch die Gegner immer wieder zusammensetzen und nüchtern und vernünftig miteinander reden können und sich nicht über die Ohren hauen! In seiner Begeisterung hat er mir sogar das Bekenntnis abgelegt, daß er mich bei der Reichspolitik unterstützen würde.

(Andauernde Heiterkeit.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, glauben Sie ja nicht, daß in solchen Unterhaltungen nur konspirative Pläne geschmiedet worden wären! Wir drei haben wirklich nicht an eine Konspiration, sondern wir haben miteinander an Spaß gedacht, und es sind vielleicht Töne gewechselt worden, wie sie nur zwischen wirklich guten Freunden gewechselt werden, wenn man sich gegenseitig über etwas, was geschehen war, die Meinung sagt.
Bei dieser Gelegenheit hat *Baumgartner* Begründungen dafür gegeben, warum er so rasch den Sprung über den Graben gemacht hat, und bei diesem Anlaß hat auch die

Tatsache eine Rolle gespielt, daß Herr *von Aretin* überraschend eine telegraphische Einladung zu einer Landesausschußsitzung der Bayernpartei hinausgegeben hatte. *Baumgartner* sagte mir, bei dieser Sitzung hätte eigentlich Staatsrat *Schäffer* zum Vorsitzenden gewählt werden sollen

(Hört, hört! Oho!)

und er sei ihm zuvorgekommen. Das ist eine Darstellung, die wir bestimmt ohne weiteres beeidigen könnten. Ich wollte das nicht glauben, gerade mit Rücksicht auf die Gespräche, die noch in Marktredwitz gegangen waren. Da hat *Baumgartner* zum Beweis erklärt, *Schäffer* habe ihm am 7. Januar einen Brief geschrieben,

(Dr. *Horlacher*: Einen handschriftlich geschriebenen Brief!)

daß er sich für die Bayernpartei entschieden habe.

(Hört, hört! Oho!)

Er hat sogar beigefügt, und das hat er dreimal wiederholt: Dieser Brief ist handschriftlich geschrieben gewesen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, glauben Sie, daß man dann noch eine Diskussion darum führt: Jetzt mußt Du *Schäffer* veranlassen, daß er sich an Euch wendet, wenn das schon vorher gesagt wird - und das kann nicht abgestritten werden -, wenn *Baumgartner* erklärt, *Schäffer* habe vorher schon den Brief geschrieben, und dann allerdings beifügt, man habe nur nicht die notwendige Gegenliebe gehabt, weil *Schäffer* dort erster Vorsitzender werden wollte, und deswegen habe man ihn veranlaßt, *Schäffer* zuvorzukommen.

(Hört!)

Diese Erklärung wurde von mir noch in der Nacht, als wir wegfuhren, in einer Aktennotiz schriftlich niedergelegt - die Aktennotiz kann ich ohne weiteres verlesen, wenn man auf Einzelheiten eingehen will -, und zwar deswegen, weil wir beide, *Michael Horlacher* und ich, einigermaßen überrascht waren über die Erklärungen, die hier abgegeben wurden.
Es hat mir Herr Staatsrat *Schäffer* dann weiterhin den Vorwurf des Intrigantentums gemacht, indem er behauptet:

> *Baumgartner* hat sich darüber beklagt, daß *Müller* sogar Material gegen ihn - es hat sich um eine schwarze Sau in Veitshöchheim gehandelt - *Schlange-Schöningen* gibt und daß er einen Mann in seinem Ministerium beauftragt hat, gegen ihn Material zu sammeln.

(Dr. *Horlacher*: Wir haben aber von der schwarzen Sau nichts gekriegt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über diese Frage wurde schon einmal eine Diskussion auch zwischen *Sepp Baumgartner* und mir geführt. Sie wissen, wie leicht heute Behauptungen in bezug auf den einen oder anderen, der im öffentlichen Leben tätig ist, aufgestellt werden. Hier kam eine Mitteilung über eine Ministersau, wie sie im Volksmund genannt wurde.

(Heiterkeit.)

Ich habe diese Mitteilung völlig korrekt zur Stellungnahme und zur Aufklärung an das Landwirtschaftsministerium weitergegeben, vollkommen korrekt; auch Staatsekretär *Lacherbauer* hat das Ganze gekannt und mitgewirkt, daß das auch anerkannt werden mußte. Aber ich darf hier erklären: Auch wenn in der Presse irgendeine Darstellung

oder eine Behauptung kommt, sei es Ruhpolding oder sonst etwas, dann sind wir eben von Amts wegen verpflichtet, das dem Staatsanwalt zur Untersuchung hinüberzugeben, weil wir nie und nimmer auch nur einen Makel bestehen lassen können. Aber wir würden uns hüten, das etwa groß zu erörtern. Es muß dann geklärt sein und damit fertig! So hat sich auch niemand um diese schwarze Sau gekümmert.
Wenn dabei von *Schlange-Schöningen* gesprochen wird und wenn das jetzt auch in manchen Versammlungen eine Rolle spielt, so wissen wir ja, daß unser Freund *Sepp Baumgartner* seit dem letzten Jahr immer eine besondere Vorliebe für *Schlange-Schöningen* hat und daß dieses Thema ihn ernsthaft beschäftigen wird, es beschäftigt auch uns ernsthaft

(Sehr richtig!)

und wir haben auch da unsere Sorgen. Aber es kommt ganz darauf an, wie man diese Sorgen behandelt.
Ich muß das nun auch in diesem Zusammenhang sagen, auch wenn es dann an anderer Stelle erwähnt werden könnte und sollte: Wenn die Zusammenarbeit gerade mit dem Direktorium für Ernährung und Landwirtschaft in Frankfurt immer wieder als Notwendigkeit betont wird, so wäre es auch in der Vergangenheit notwendig gewesen, hier zu besserer Zusammenarbeit zu gelangen. Die Schuld lag sicher sehr stark an Frankfurt, vielleicht aber auch nicht *nur* bei Frankfurt, und unser Freund *Sepp Baumgartner* ist nun einmal manchmal etwas beweglich im Geist. Ich wurde damals, als der Kartoffelkrieg entstanden war, von ihm veranlaßt - er hat mit mir gesprochen -, doch zu sehen, daß *Schlange-Schöningen* zu der bekannten Aussprache nach Bayern kommt. Die Aussprache in der Bayerischen Staatskanzlei war auch auf Wunsch und im Interesse von *Baumgartner.* Am Ende dieser Aussprache stand eine Pressekonferenz, und aus den Protokollen der Konferenz und aus den damaligen Pressekommentaren ist ersichtlich, daß - woran man auch in den Versammlungen der Bayernpartei gelegentlich denken könnte - Dr. *Joseph Baumgartner* damals sogar, zu *Podeyn* gerichtet, das Wort gesprochen hat: Mein Freund *Podeyn*!

(Hört, hört!)

Da muß man halt, wenn man jemanden schon als Freund behandelt, nachher sehen, daß man auch in der Unterhaltung etwas gelockerter wird. Das gleiche ist bei *Semler* der Fall gewesen. Man schließt an Silvester und am Neujahrsmorgen noch Freundschaft und schwört Schwüre, und drei Tage darauf wird der Angriff vorgetragen! Und jetzt wird sogar die Union noch dafür verantwortlich gemacht, daß sie wegen des Preußen *Semler* eine Regierungskrise entstehen lassen würde! Ich verstehe manches, gerade in gelockerter Politik, aber irgendwo muß man dann doch auf einer bestimmten, vernünftigen Ebene bleiben.
Zu dem Vorwurf, ich hätte veranlaßt, daß gegen *Baumgartner* Material gesammelt wurde, darf ich sagen: Es ist kein Wort daran wahr. *Baumgartner* hat damals, als wir in freundschaftlichem Verkehr einen etwas rauhen oder herzlichen Ton miteinander angeschlagen haben, nachdem er mich zum Totengräber gemacht hatte und ich ihm gesagt hatte, daß er dann ein Sargträger geworden sei, zur Begründung seiner Haltung auch schon ähnliche Gerüchte wiedergegeben. *Baumgartner* hat jetzt dazu Stellung genommen, nachdem ich ihn auf diese Angriffe des Herrn Dr. *Schäffer* hingewiesen hatte, er sagt:

> In Deinem Schreiben vom 16. Februar 1948 teilst Du mir mit, daß Ministerpräsident a.D. Staatsrat *Fritz Schäffer* in der Bezirksversammlung Oberbayern am 14. Februar als einen der Gründe für meinen Rücktritt angegeben hat, Du habest in

meinem Ministerium einen Mann beauftragt, Material gegen mich zu sammeln. Staatsrat *Fritz Schäffer* hat in letzter Zeit mehr, als mir lieb ist, meine Person in die zwischen ihm und Dir schwebenden Auseinandersetzungen hineingezogen. Ich wünsche dies nicht und habe ihm dies auch ausdrücklich untersagt.
Dieser fraglichen Angelegenheit selbst liegt folgender Tatbestand zugrunde:
Am 29. November 1947 mittags erschien in meinem Ministerzimmer Regierungsrat *Schneller* von meinem Ministerium, der mich aufmerksam machte, ich möchte vor Dr. *Josef Müller* vorsichtig sein. Dr. *Josef Müller* hat, wie er mir erklärte, Rechtsanwalt *Berthold* gegenüber geäußert: "Sie haben doch einen Freund im Landwirtschaftsministerium, einen gewissen Regierungsrat *Schneller*; könnte mir dieser nicht laufend Material gegen Dr. *Baumgartner* liefern?" Daraufhin habe ich während einer Fraktionssitzung einmal mit Dir über diese Sache gesprochen. Du hast es sofort in Abrede gestellt. Mit Rechtsanwalt *Berthold* bist Du dann in Verbindung getreten. Dieser hat Dir einen Brief geschrieben, woraus zu entnehmen ist, daß das Ganze ein Irrtum ist. Ganz geklärt ist die Angelegenheit nie geworden, weil ich den Eindruck hatte, daß Rechtsanwalt *Berthold*, wie es bei solchen Sachen meistens ist, letzten Endes nicht mehr bei der Stange bleibt. Auch ich habe mit Rechtsanwalt *Berthold* nochmals Rücksprache genommen und habe den unbedingten Eindruck, daß die Angelegenheit ein Irrtum war.
Selbstverständlich haben solche Dinge bei meiner Verstimmung vor meinem Rücktritt mitgespielt. Direkten Anlaß zu meinem Rücktritt hat aber diese Angelegenheit nicht gegeben.
Ich bitte Dich daher, wie ich auch Staatsrat *Schäffer* gebeten habe, meine Person bei den zwischen Euch schwebenden Meinungsverschiedenheiten völlig aus dem Spiel zu lassen.
Freundlichen Gruß
Dein *Baumgartner*

Rechtsanwalt *Berthold*, den ich, weil ich wirklich darüber verwundert war, daß überhaupt eine solche Diskussion entstehen konnte, um Stellungnahme gebeten habe, hat mir bereits am 11. Dezember 1947 folgendes mitgeteilt:

Lieber Freund!

Wie ich erfahren habe, soll ich oder *Schneller* behauptet haben, daß Du mich oder *Schneller* gebeten hättest, Dr. *Baumgartner* zu überwachen oder ähnliches.
Selbstverständlich ist an dieser Angelegenheit kein wahres Wort,

(Hört!)

und Du hast Dich nie mir gegenüber derartig geäußert.
Die Herkunft dieses Gerüchts ist mir rätselhaft. Ich kann es mir nur so erklären, daß ich vielleicht einmal in einer größeren Gesellschaft bei mir etwa gesagt habe: "Für den Justizminister ist *Schneller* ein wichtiger Mann." Damit meinte ich, daß *Schneller* als Beauftragter für die Wirtschaftsverbände einen großen Einblick in da und dort herrschende Korruptionszustände hat und, da die Verbände ein eigenes Strafverfahren haben, auch mehr oder weniger eingreifen kann.
Ich habe sowohl *Schneller* wie andere Herren schon mehrmals darauf aufmerksam gemacht, daß bei den Verbänden aufgrund gewisser Vorkommnisse eine schärfere Überwachung und laufende Überprüfung zweckmäßig erscheinen wird.
Mit besten Grüßen!
Dein *Berthold*

Sie ersehen daraus, wie haltlos ein solches Gerücht ist, welche furchtbaren Rückwirkungen aber eine solche Tratscherei haben kann, wenn der Vorwurf des Denunziantentums, wenn ein so weitgehender Vorwurf, als ob ich als Parteivorsitzender oder als Kollege in der Regierung gegen einen Parteifreund Überwachungsmaßnahmen durch einen seiner Beamten angeordnet habe, dann in die deutsche Presse übergeht und dort zum Kampf gegen mich von außen her benützt wird.

(Pfui!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann nur sagen: Es gibt heute keine größere Gefahr für eine gute, vernünftige Arbeit in der Demokratie, und zwar innerhalb einer Partei und im Verhältnis der Parteien, als die verfluchte Flüsterpropaganda, die noch aus dem Dritten Reich heraus lebt.

(Sehr gut! Sehr richtig!)

Ich darf mich dann - das sind wohl die wichtigsten Punkte - nur noch zum Vorwurf der Postenjägerei äußern. Es gibt bei den Verhandlungen, die ich jetzt auch im Verhältnis zu anderen Parteien zu führen habe, keinen unangenehmeren Vorwurf, als den hier gemachten, daß ich, um Außenminister zu werden, bayerische Interessen preisgeben würde. Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch befindet sich unser Vaterland in einem solchen Schicksal, daß wir nicht wissen, ob und wann irgend jemand Außenpolitik machen soll, und noch müßte jeder Mensch, der nicht von irgendwelchen Vorstellungen geblendet ist, davon ausgehen, daß der arme Mann, der dann die Außenpolitik zu machen hat, wissen muß, welche Situationen er vorfinden wird und wie das deutsche Volk ihn eines Tages behandeln wird, und wenn er sich für dieses Volk aufgeopfert hätte. Ich glaube, daß kein nüchterner, kein vernünftiger Mensch sich vom Ehrgeiz treiben lassen dürfte, dieses Amt unter allen Umständen anzustreben, denn es gibt wohl kein schwierigeres Amt, als im Rahmen der Außenpolitik die Nazi- und die Kriegszeit zu liquidieren.

(Sehr richtig!)

Infolgedessen darf ich auch von mir sagen: Schon dieser grundsätzliche Standpunkt würde mich abhalten. Man unterstellt mir hier politische Ziele, die ich nicht verfolge. Ich habe einmal Verhandlungen geführt, und ich habe, gerade weil in Bamberg von Staatsrat *Schäffer* schon ähnliches angedeutet wurde, darauf hingewiesen, daß ich es seinerzeit dem Generaloberst *Beck*, dem führenden Mann der Militäropposition, abgelehnt habe, überhaupt nur in eine Übergangsregierung zu gehen, und daß ich ihn gebeten habe, mir, wenn es wirklich zu Friedensverhandlungen käme und wenn sie beendigt seien, dann einen Platz zu geben, auf dem ich wenigstens das Gefühl haben konnte, ein Mensch zu sein; und das war kein Platz innerhalb einer Regierung. Ich würde nicht daran denken, dieses Ziel anzustreben. Aber nie und nimmer würde ich - das ist ein bitterer Vorwurf - bayerische Interessen preisgeben für irgendein persönliches Ziel.

(Bravo-Rufe und Zustimmung.)

Und ich darf manchem hier sagen: Ich liebe meine bayerische Heimat so, daß die Herrschaften mich nicht so rasch losbekommen, wie sie es sich vielleicht einbilden!

(Beifall.)

Es wird, um mich loszubekommen, dann immer und immer wieder gerne das Thema des Zusammenspiels mit den Kommunisten und mit Moskau aufgenommen.

(Ha, Ha!)

Ich darf jetzt vielleicht noch dazu sagen, damit Sie sich ungefähr ausmalen können, wie heute so etwas wächst: Unmittelbar nach dieser berühmten Rede wurde ich von Berlin aus von einer Auslandszeitung angerufen, und ich wurde im Hinblick auf eine Bemerkung, die im Anschluß an die Ereignisse in der CSU im Tagesspiegel stand, aufgefordert, doch zu den Beziehungen zu Rußland, zu Karlshorst Stellung zu nehmen. Ich mache keinerlei Hehl daraus; was ich tue, kann jeder wissen. Nichts geschieht etwa im Hintergrund und nichts geschieht hinter dem Rücken der Besatzungsmacht, mit der wir hier zusammenarbeiten.

Erstens der Vorwurf des Zusammenspiels mit den Kommunisten! Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, die Linie der Union im Kampf gegen jeglichen Kollektivismus ist so klar, daß niemand daran zweifeln kann, daß wir uns heute und in der Zukunft in klarster Kampffront gegenüberstehen.

Denn die Vorstellung des christlichen Persönlichkeitsideals verträgt sich nicht mit der kommunistisch-kollektivistischen Vorstellung. Aber glauben Sie, daß diese Gegensätzlichkeiten etwa dazu führen müßten, daß man blind wie ein Stier immer nur gegen diese angenommene Gefahr losgeht, eine angenommene Gefahr deswegen, weil der Kampf nicht etwa jetzt mit der relativ kleinen kommunistischen Partei ausgetragen wird. Glauben Sie, daß es zum Erfolg führen würde, wenn man hier immer nur mit Worten den Kampf austrägt? Es ist viel wichtiger, durch eine gewisse Dynamik, durch eine evolutionäre soziale Entwicklung dafür zu sorgen, daß dann, wenn der Endkampf ausgetragen wird, nicht der Nationalkommunismus,

(Sehr richtig!)

sondern die christlichen Kulturwerte siegen werden.

(Sehr richtig!)

Der Kampf wird nach alten Methoden und nach alten Parteivorstellungen ausgetragen.

(Sehr richtig!)

Damals in der alten Zeit haben sich die alten Parteien von der Dynamik der nationalsozialistischen Bewegung überrollen lassen. Mit alten Parteien würde uns auch der Nationalkommunismus überrollen können.

(Sehr richtig!)

Hier geht es darum, wirklich auch in jeder Weise den Kampf zu erkennen und den Kampf zu führen, aber nicht nur durch leere Schreierei. Denn leicht könnte dann durch eine Überbetonung einer Gefahr die andere Gefahr, die auch 1933 gesiegt hat, uns überholen.

Wir wollen nicht vergessen, daß der Nationalsozialismus mit der Überbetonung der kommunistischen Partei in ihrer Gefahr groß geworden ist. Denn immer und immer wieder wurde dieses Schlagwort in der Propaganda herausgezogen. Dadurch hat man sich zum Teil das knieweiche Bürgertum herangeholt und hat es dann in die nationalsozialistische Bewegung und in die Diktatur hineingepreßt.

(Wiederholte Zustimmung.)

Deswegen wollen wir alle Gefahren erkennen und wollen Front machen gegen jeden Radikalismus von links und von rechts, wenn ich ausnahmsweise einmal alte Begriffe übernehmen darf.

(Sehr richtig!)

Es scheint uns so, als ob vor 1933 manche Politiker immer nur nach links geführt und es versäumt haben,

(Sehr richtig!)

zur rechten Zeit auch einmal eine Front gegen rechts zu beziehen.

(Erneute Zustimmung.)

Es scheint uns so, als ob gerade dadurch die Harzburger Front gefördert worden wäre, die dann dazu geführt hat, daß Herr *Hitler* als Reichskanzler und dann als Reichspräsident die ganze Macht übertragen bekommen hat.

(Zustimmung.)

Denn er kam ja nicht hoch durch das Volk, sondern durch einen Staatsstreich von oben, einen Staatsstreich, der von rechts her geführt worden war,

(Sehr richtig!)

wobei man glaubte, man könnte mit dem Mann der nationalsozialistischen Arbeiterbewegung die breite Masse von links für die Ziele von rechts einfangen.

(Dr. *Horlacher*: So war es!)

Nationalismus, aber auch Partikularchauvinismus hat sich dann gepaart mit diesem Radikalkapitalismus.
Das war die Grundlage für unsere Entwicklung, und wir werden aus den Fehlern der Vergangenheit lernen.

(Sehr gut!)

Ich hätte das Thema nie und nimmer aufgegriffen, weil wir endlich einmal mit dieser Vergangenheit Schluß machen müssen. Aber wenn man schon glaubt, die alte Zeit und alte Register ziehen zu müssen, dann wollen wir jenen Menschen auch zeigen, daß wir nicht gewillt sind zurückzugehen, sondern daß wir uns einen Weg nach vorwärts suchen.

(Bravo-Rufe.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur ein Vorwurf sei erwähnt. Die anderen Vorwürfe sind, glaube ich, nicht so, daß ich darauf eingehen müßte. Das ist der Vorwurf der persönlichen Diktatur in der Union.

(Dr. *Kroll*: Zum Lachen!)

Jemand, der bei Oberbayern mit dabei war, hat nachher das Wort geprägt: In seiner schwächsten Viertelstunde war *Müller* selber nicht versucht, so diktatorisch vorzugehen, wie auf dieser Bezirksversammlung Oberbayern vorgegangen worden ist.

(Zahlreiche zustimmende Zurufe. *Haußleiter*: Oberbayerisches Ermächtigungsgesetz.)

Wie ich gewählt wurde, war immer für jeden Gelegenheit, mir alle meine Sünden vorzurechnen. Das ist, glaube ich, manchmal reichlich geschehen. Nachher wurde in geheimer Wahl entschieden. Nie und nimmer habe ich jemand zugemutet, sich coram publico für oder wider mich zu bekennen.

(Hört, hört!)

Denn ich gehe davon aus, daß es jedem unbenommen sein muß

(Dr. *Horlacher*: Zu wählen!)

zu wählen, wen er will.

Der einzige Grundsatz, der von mir in den ganzen Auseinandersetzungen immer durchgehalten wird, ist der Grundsatz der Demokratie, der Verantwortlichkeit.

(Sehr gut!)

Und diesen Grundsatz halte ich auch nur deswegen durch, weil ich aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt habe und weil ich der Auffassung bin, daß die Parteien vor 1933 deswegen überspielt wurden, daß die Weimarer Demokratie auch deswegen überholt wurde, weil nicht genügend Demokraten da waren, die bereit waren, mit der letzten Verantwortung anzutreten.

(Sehr richtig!)

Ich habe die Stunde des Zusammenbruchs als junger Mensch erlebt, und ich denke auch heute noch an die Stunden des 9. März 1933, die vom Ministerpräsidenten *Held* geschildert wurden. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe damals mit den Freunden, mit *Held*, auch während des Mittags noch darüber gesprochen, daß man im Notfall lieber durch einen Schießbefehl zehn Menschen riskieren muß, als daß nachher Tausende zu Tode gingen. Es wurden aber nicht nur Tausende, sondern Millionen. Ich stehe immer auf dem Standpunkt: Durch weiches Ausweichen, durch leichte Kompromisselei wird nie und nimmer ein ernsthafter Kampf zu beginnen sein.

(Sehr richtig! Auch heute!)

Derjenige, der die Verantwortung übernimmt, muß restlos dastehen und wenn er dafür an die Wand geht.

(Erneute Zustimmung.)

Das habe ich in meiner ganzen Haltung gezeigt, und diesen Standpunkt halte ich immer durch. Das hat nichts zu tun mit Diktatur, sondern hier geht es nur darum: Es hat keinen Sinn zu glauben, daß ein Mann, der Verantwortung trägt, es jedem recht machen kann.

(Sehr richtig!)

Nur scheinbar wird es allen recht gemacht, aber letztlich zahlt das Volk für eine schwache Politik derer, die die Verantwortung tragen.

(Sehr richtig!)

Das ist keine Politik starker Worte. Ich habe diese Haltung in der Tat auch eingenommen. Es geht auch in unserer Partei nur darum: Wenn einer die Verantwortung übertragen bekommen hat, dann soll er sie tragen, und zwar restlos. Er muß auch die Verantwortung für seine Mitarbeiter übernehmen. Geteilte Verantwortung bedeutet in diesem Falle nie volle Verantwortung, weil dann jeder letztlich der Verantwortlichkeit ausweicht.

(Sehr richtig!)

Sie sollen einen wählen und sie sollen einen zur Rechenschaft ziehen können. Paßt er nicht, dann hat er abzutreten und ein anderer übernimmt die Verantwortung. Aber eine Verantwortung, die vermengt wird, wird die Partei gefährden.

(Wiederholte Zustimmung.)

Gerade bei einer so großen und starken Partei ist es notwendig, daß er verantwortlich ist und daß die ganze Partei verantwortlich ist für das, was geschieht. Das war auch

der Grund, warum wir auch immer den Wunsch gehabt haben, daß die Union durch eine Übernahme der Verantwortlichkeit in der Regierung auch hier hilft, eine klare Demokratie zu schaffen.
Diesen Standpunkt werde ich immer durchhalten. Er hat nichts zu tun mit einer Diktatur. Im Gegenteil, ich glaube, wenn ich mein Gewissen erforsche, so kann ich manchmal eher sagen, daß ich da oder dort vielleicht zu gutmütig war

(Sehr richtig! Leider!)

und manches habe schleifen lassen, um nicht dem einen oder anderen wehe zu tun.

(Zuruf: Zum Nachteil des Volkes!)

Aber ich darf Ihnen sagen, diese Sünde habe ich eingesehen.

(Bravo!)

Die Sünde des Vorwurfs der Diktatur kann ich nicht anerkennen.

(Sehr gut!)

Es möchten dann aber vielleicht andere beweisen, welche Vorstellungen sie von der Demokratie haben, und zwar nicht nur durch Worte, sondern durch die Tat.
Meine lieben Freunde! Damit habe ich mich vor Ihnen gerechtfertigt. Ich war verpflichtet, Ihnen diese Rechtfertigung zu geben. Sie können und müssen darüber entscheiden, ob Ihnen das genügt. Es gibt wohl keinen schwereren Vorwurf, als den Vorwurf charakterloser Gesinnung und Haltung. Ich werde immer und immer mein Gewissen erforschen, um festzustellen, ob und wo ich charakterlos war als Mensch und auch als Ihr Parteivorsitzender. Bitte sorgen Sie aber dafür, daß auch die Christlich-Soziale Union in Bayern den Beweis für Charakterfestigkeit erbringt.
Man spricht manchmal davon, daß vielleicht durch den einen oder anderen Schritt Verluste eintreten können. Ich will Ihrer Entscheidung nicht vorgreifen und habe ihr nicht vorgegriffen. Bedenken Sie aber eines: Nichts tötet sicherer als der Vorwurf der Feigheit.

(Sehr richtig!)

Eine Entscheidung müssen Sie treffen, so oder so.

(Zuruf: Wir fordern sie!)

Ich treffe die Entscheidung für mich, nachdem Sie Ihre Entscheidung getroffen haben. Ich würde meine Seele verraten, wenn ich mir sagen müßte: Ich habe um der Taktik willen die Anständigkeit geopfert.

(Mehrfache Zustimmung.)

Auch die Union darf nicht um der Taktik willen die Charakterfestigkeit aufgeben. Helfe uns Gott, daß wir die richtige Entscheidung treffen. Es ist vielleicht nicht die Schlußentscheidung, sondern nur eine Vorentscheidung. Aber sind Sie sich darüber klar: Diese Vorentscheidung ist bedeutsam für die Christlich-Soziale Union in Bayern, sie ist für unsere ganze bayerische Heimat bedeutsam, sie ist für Deutschland bedeutsam, und sie ist auch bedeutsam dafür, ob die christliche Kultur wirklich verwirklicht werden kann oder ob eine Vermengung eintritt mit Ressentiments, die die Durchsetzung der christlichen Kultur und eine geistige Erneuerung gefährden.
Entscheiden Sie in Gottes Namen nach bestem Wissen und Gewissen über alles, was Ihnen heute für die Christlich-Soziale Union vorgelegt wird. Entscheiden sie über die Christlich-Soziale Union. Gott gebe es, daß wir einen guten Ausweg finden.

(Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

Ich gebe die Tagesordnung bekannt:

1. Satzungsänderung
2. Neuwahlen
3. Politische Aussprache
4. Sonstiges

Erhebt sich ein Widerspruch gegen die Tagesordnung?
Staatsminister *Krehle*: Meine lieben Parteifreunde! Ich halte den Zeitpunkt und die Situation, in der wir stehen, für so ernst, daß ich Ihnen empfehlen würde, daß, bevor wir den Punkt 1 und 2 der Tagesordnung behandeln, die anwesenden Mitglieder der Landesvorstandschaft zusammentreten und zu dem Konfliktstoff Stellung nehmen, daß wir mit anderen Worten unsere dreckige Wäsche hier nicht vor aller Öffentlichkeit waschen, sondern daß sich die Landesvorstandschaft mit der Frage befaßt und dann dem Landesausschuß die entsprechenden Vorschläge unterbreitet.
Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Vorschlag des Freundes *Krehle* stellt eine Unmöglichkeit dar.

(Sehr richtig!)

Der Herr Parteivorsitzende hat mit Recht darauf hingewiesen, daß wir jetzt eine Haltung beziehen müssen, die Klarheit und die Festigung der Union als eine echte demokratische Partei bedeutet.

(Sehr richtig!)

Das sind fundamentale Grundsätze, von denen man nach reiflicher Überlegung nicht abweichen kann. Das bedeutet nicht, daß nicht die eine oder andere Gruppe Anträge stellen kann, das bedeutet nicht, daß Anträge nicht beraten werden können, aber es kann nicht bedeuten, daß jetzt die Beschlüsse von Marktredwitz nicht durchgeführt werden.

(Sehr richtig!)

Es wäre ein Hohn auf die Demokratie, ein Hohn auf die mit großer Majorität in Marktredwitz gefaßten Beschlüsse, wenn das damit beauftragte Organ - das ist der Landesausschuß - hier nur einen Schritt zurückweichen würde.

(Sehr richtig!)

Das wäre der Untergang der Union.
Wenn man schon in der Union etwas in Anspruch nehmen will, was ich aus meiner anderen Tätigkeit in der Schweiz in der moralischen Aufrüstung mitbringe und worauf wir uns auch stellen müssen, nämlich eine inspirierte Demokratie zu sein, dann hat sich jeder in der Union den Entscheidungen zu unterwerfen, gleichgültig, wie sie ausfallen.

(Sehr richtig!)

Es ist unsere Aufgabe, die Person hinter die Sache zu stellen. Wenn einer von uns einmal nicht mehr gewählt wird, dann liegt gar nichts daran. Einem echten Demokraten ist das gleichgültig. Das ist eine Frage der Entscheidungen. Es liegt in den Händen der zuständigen Organe der Union, wer gewählt wird. Wer gegen die Landesleitung etwas unternimmt, muß sich innerhalb der Satzungen der Union halten.

(Sehr richtig!)

Es ist ganz ausgeschlossen, daß wir in einer demokratischen Partei auch nur einen Moment den Zustand einreißen lassen könnten, als ob jemand seine Diktatur dadurch ausüben kann, daß er sich von der Satzung entfernt.

(Mehrfache Zustimmung.)

Die Satzungen sind der Rahmen, in dem wir arbeiten müssen. Denn was dem einen recht ist, ist dem anderen billig, was der eine fordern kann, kann auch der andere fordern. Was dem einen Bezirksverband recht ist, ist dem anderen billig.

(Sehr gut!)

Der andere Bezirksverband kann genausogut Anträge stellen, die außerhalb der Satzungen liegen. Auch gegen solche Anträge würde ich mich mit genau demselben Recht zur Wehr setzen.
Und dann noch etwas, liebe Freunde! Nichts hat mich so sehr erschüttert, als daß hier mit ziffernmäßigen Vorrechnungen Entscheidungen in der Union herbeigeführt werden sollen, hinter denen die Ziffern zurückweichen und durch die die neuen politischen Machtkämpfe in die Union hineingetragen werden. Das wollen wir nicht mehr haben. Sind wir uns ehrlich: Es ist genau dasselbe wie damals in Erlangen, wo wegen der Parteizeitung gefragt worden ist: Wie verhält es sich mit den Einnahmen und Ausgaben? Da hat man bloß wissen wollen, ob der *Ochsensepp* dabei etwas verdient. Das ist doch die Sache. Genauso stecken hinter den Entscheidungen auf diesem Gebiet, an schönen Paragraphen aufgehängt, andere Ziele, gegen die wir uns zur Wehr setzen müssen. Und da sage ich Euch, liebe Freunde, eines: Es wird doch niemand geben, der mich nicht als Bayern ansieht oder leugnen wollte, daß ich ein Föderalist bin. Wenn einer das leugnen wollte, müßte er sich fürs Narrenhaus anmelden. Aber das möchte ich dazusetzen: Wir sind nicht mehr die Fortsetzung irgendeiner alten Partei!

(Beifall.)

Wer das nicht einsieht, ist entweder arterienverkalkt oder hat die zwölf Jahre des Nationalsozialismus verschlafen.

(Erneuter Beifall.)

Ich sage ehrlich: Liebe Freunde, selbst wenn ich in Entscheidungen einer früheren Partei mitgewirkt habe und nachträglich einsehe, daß diese Entscheidungen falsch waren, bekenne ich das als Politiker, weil man aus der Geschichte lernen muß. Es sind früher viele Fehlentscheidungen getroffen worden. Ich erinnere nur an das berühmte Wort, das zum Schluß in sehr ungeschickter Weise hineingeworfen worden ist und wogegen wir uns im Wahlkampf gegen die Nazis kaum haben wehren können. Im letzten Moment bringt einer an führender Stelle das Wort von der Mainlinie. Damit war es draußen aus, besonders in den fränkischen Versammlungen.

(Hört, hört!)

Solche Erinnerungen möchte ich nicht mehr haben, wie ich auch nicht solche wählen würde, mit deren Namen solche Erinnerungen verbunden sind.

(Bravo!)

Das ist unser gutes demokratisches Recht, und das lassen wir uns nicht nehmen.
Wie sieht es jetzt aus? Früher war die Bayerische Volkspartei eine Minderheitspartei, weil es ihr nicht gelungen ist, über den engeren Anhängerkreis hinauszuwachsen. Der

Union ist das gelungen. Die Union ist keine altbayerische und keine fränkische Partei, sie ist eine bayerische und eine deutsche Partei.

(Lebhafter Beifall.)

Das sind Unterschiede, die klar erkannt werden müssen.
Kein Vorwurf hat mich im Herzen so schwer getroffen, wie die Anspielungen des kommunistischen Verdachtes, in dem der *Ochsensepp* stehen soll. Glauben Sie mir, jede Partei in Deutschland wäre froh, einen Mann zu besitzen, der mit Stiernackigkeit auch gegenüber der russischen Besatzungsmacht für unsere christlichen Brüder und Schwestern in der Ostzone eingetreten ist.

(Starker Beifall.)

Dafür gebührt ihm das besondere Vertrauen. Der ist ein Schweinehund, der das Vertrauen in unseren Parteiführer auf diesem Gebiet auch nur in einem Augenblick zu untergraben versucht.

(Sehr richtig, ein Schuft!)

So liegen die Dinge, liebe Freunde! Das ist ein christlicher Standpunkt. Das christliche Abendland können wir nicht verteidigen

(Sehr richtig!)

wenn wir bloß an einer Stelle hängen bleiben.

(Zuruf: Altbayern!)

Wir sind eine bayerische und eine christliche Partei und außerdem kommt noch hinzu, daß wir den gesamten Querschnitt Bayerns betrachten müssen.
Es ist der Union gelungen, die beiden großen Konfessionen, Katholiken und Protestanten, in einer christlichen Linie zu vereinigen.

(Vielfache Zustimmung.)

Daran muß festgehalten werden. Es können infolgedessen an den Spitzen der Parteigremien nur Leute stehen, die das Durchschnittsvertrauen dieser beiden großen Konfessionen genießen. Das ist einmal so und kann gar nicht anders gemacht werden. Wenn einer daherkommt und will die Zahl der Vertreter mit dem Lineal ausrechnen, so sage ich ihm: In meinem Herzen gibt es kein Linealchristentum. Man kann nicht Ziffern hernehmen, um hierdurch andere Dinge zu erreichen.

(Zuruf: Ist das zur Geschäftsordnung?)

Im übrigen werde ich rein sachlich nachweisen, daß das auch nicht stimmt, was uns bisher vorgetragen worden ist. Es kann jeder Prüfung standhalten und einmal gesondert gemacht werden. Es wird sich herausstellen, daß vieles von dem, was uns mitgeteilt worden ist, Milchmädchenrechnungen gewesen sind. Darauf werden wir im einzelnen noch eingehen. Wer würde es heute, liebe Freunde, wagen, differenzierte Vertretungen in der Union zu schaffen, wo unsere Freunde in Franken an den Ostgrenzen Bayerns bereits einen Kampf auf Leben und Tod zu führen haben, ob sich unsere christliche Weltanschauung oder eine andere durchsetzt? In weiter entfernten Gebieten läßt es sich oft bequem leben. Um so heißer wird das Leben in den Gebieten des Brennpunktes. 90 eingeschriebene Parteimitglieder, die mir in diesen Brennpunkten 10.000 Wähler herbringen, in den Brennpunkten, wo um die Meinungen gekämpft wird, sind genauso wertvoll wie 500 Mitglieder in einem anderen Bezirk, wo es sich leichter leben läßt.

(Beifall!)

Da muß das Gleichgewicht hergestellt werden. Ich stelle deswegen folgendes fest: Kein Bezirksverband kann Forderungen stellen.

(*Haußleiter*: Mindestforderungen! - *Sporer*: Wo bleibt die Demokratie?)

Ein Bezirksverband kann Anträge stellen, die zur Beratung stehen,

(Sehr richtig!)

Forderungen kennt kein demokratisches Organ in unserer Partei. Anträge müssen wir beraten. Wir sind aber auch verpflichtet, die Beschlüsse der Parteiversammlung in Marktredwitz durchzuführen. Das bitte ich, unter allen Umständen zu tun. Dann bleibt es immer noch unbenommen, ob der eine oder andere noch einen Antrag stellen will, den wir dann behandeln können oder auf später verweisen lassen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf vielleicht die Diskussion darüber abkürzen, denn wir haben 13.50 Uhr. Um 14 Uhr ist das Mittagessen angesetzt. Es steht der Antrag *Krehle*, die Landesvorstandschaft soll inzwischen tagen. Der Landesvorstand hat schon getagt. Ich darf hier vielleicht *Krehle* auf folgenden Umstand hinweisen: Ich glaube, man würde kein Verständnis dafür haben, daß von dem Gremium jetzt die Hälfte losgelöst wird. Denn die Landesvorstandschaft besteht aus 56 Mitgliedern, der Landesausschuß aus 125. Anwesend sind zur Zeit 97 Personen, wobei ich darauf hinweise, daß von Oberbayern als einziger Repräsentant offensichtlich nur Staatsrat Dr. *Schäffer* erschienen ist.

(Dr. *Hundhammer*: Nein, stimmt nicht!)

Und *Schäfer*, Ingolstadt, während die anderen nicht gekommen sind. Die Beschlußfähigkeit ist also bei weitem dadurch gegeben, daß rund 100 Leute da sind. Aber jetzt die Hälfte abzuspalten, erscheint nicht zweckmäßig. In der Öffentlichkeit wird dadurch nur der Eindruck erweckt, als ob die andere Hälfte von der richtigen Diskussion ausgeschlossen würde und nicht die endgültigen Entscheidungen treffen kann. Es könnte allzuleicht der Eindruck entstehen, als ob eine Absonderung zu getrennter Entscheidung nur durchgeführt wurde, um den Kleistertopf besonders vorzunehmen. Darum kann es sich nicht handeln. Ich habe erklärt, die Entscheidung fällt so oder so und fällt vom gesamten Landesausschuß. Ich darf vielleicht, wenn sich kein Widerspruch erhebt, den Antrag ...

*Lang*: Ich will einen Geschäftsordnungsantrag stellen, und zwar aus folgendem Grund. Ich bin erschüttert über all die Dinge, die wir schon im Verlaufe der heutigen Tagung zu hören bekamen. Sie wiederholen sich jetzt immer wieder, bald in dieser und bald in jener Form.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, jeder von uns ist heute nach Regensburg mit der einen vorgefaßten Meinung gekommen, noch einmal einen Versuch zu unternehmen, daß die Union eine Union werden kann.

(Zuruf: Jetzt nicht mehr!)

Wer hieher gekommen ist, um ein Scherbengericht zu halten, der, glaube ich, ist fehl am Platz.

Ich möchte zum Antrag des Kollegen *Krehle*, von dem auch ich glaube, daß das Gremium zu groß ist, Stellung nehmen. Es sollen Entscheidungen fallen. Jeder einzelne

von uns ist dazu aufgerufen worden. Da müßte man eigentlich das ganze Gebiet von einem kleineren Gremium noch einmal sachgemäß - das ist mein Antrag - prüfen lassen.

(Zuruf: Nein!)

Ich stelle aus diesem Grunde folgenden Antrag:

Der Landesausschuß wolle beschließen:
Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* soll ein aus sieben Mitgliedern bestehender Schlichtungsausschuß

(Mehrfacher Widerspruch, Zuruf: Sprechen lassen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
*Lang*:

die Lage innerhalb der CSU klären und positive Vorschläge für eine echte Einigung ausarbeiten. Dem Ausschuß soll niemand angehören, der selbst an den Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit beteiligt war.
Dem Ausschuß sollen angehören: 1. Der Ministerpräsident, 2. ein Vertreter des Landesvorstandes, der selbst nicht an der öffentlichen Diskussion beteiligt war, 3. ebenso ein Vertreter des Bezirskverbandes Oberbayern, eine Frauenvertreterin, ein evangelischer fränkischer Vertreter und noch zwei weitere Vertreter, am besten je einer aus Schwaben und Franken.

(Zuruf: Aus Niederbayern!)

Der Ausschuß wird die an der Auseinandersetzung beteiligten Personen hören, insbesondere die Herren

- die Herren mögen entschuldigen, wenn ich Orden und Ehrenzeichen beiseite lasse -

Dr. *Josef Müller*, Dr. *Hundhammer*, Dr. *Pfeiffer*, Staatsrat *Schäffer* und Abgeordneter *Haußleiter*. Andere Persönlichkeiten können noch nach freiem Ermessen herangezogen werden.
Der Landesausschuß möge sich bis auf 17 Uhr vertagen, damit diese Siebener-Kommission ihm ein Bild und Vorschläge unterbreiten kann.

Wir, die wir hierher gekommen sind, sind politische Normalverbraucher, und wir hören immer bloß eine Seite, bald die, bald jene. Nun soll uns dieser siebenköpfige Ausschuß ein Bild mit positiven Vorschlägen unterbreiten, damit endlich einmal Friede und Einigkeit in unsere Partei kommt.

(Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Barth* hatte sich zuerst zur Geschäftsordnung gemeldet.
Dr. *Barth*: Der Vorschlag, den Ihnen Freund *Lang* aus München gemacht hat, verschiebt nur eine Entscheidung, die seit Marktredwitz nicht mehr zu verschieben ist. Denn entweder wir verfahren entsprechend demokratischen Prinzipien und halten uns dann aber auch gebunden an Beschlüsse, die mit auf den Weg gegeben sind, oder aber wir werden - verzeihen Sie diesen Ausdruck - zu einer Schwatzbude, die zwar die Landesversammlung, das oberste Gremium, entscheiden läßt, aber hinterher sagt: Götz von Berlichingen, wir fangen von vorne an.

So kommen wir nicht weiter. Wir haben von Marktredwitz her den Auftrag bekommen, und zwar mit einer sehr großen Mehrheit beschlossen, die Satzung in der dort vorgenommenen Änderung nun endgültig zu verbescheiden. Das ist unsere Aufgabe, sonst nichts. Deswegen hat der Bezirksverband Oberfranken in seiner vorgestrigen Sitzung den Antrag gestellt, den ich im Umdruck verteilen ließ, der Landesausschuß möge den Auftrag erfüllen - ich gebe es nur kurz wieder, um Zeit zu sparen - und die Beschlüsse von Marktredwitz endgültig verbescheiden.
Zum anderen! Wir bereiten uns auf die Wahl vor, und das heißt, wir sammeln selbst die Gedanken, mit denen wir an das Volk herangehen wollen, wenn es zum eigentlichen Wahlkampf kommt. Es ist selbstverständlich, daß wir draußen auf jene Informationen usw. warten, die nun einmal nur die Zentrale geben kann, das heißt eben München. Es ist nun etwas von München gekommen, aber von einer solchen Art, wie wir es eigentlich nicht erwartet hatten. Denn wenn wir geglaubt hatten, wir erfahren etwas - ich spreche von uns Oberfranken -, was wir den Leuten in unseren Industriestädten und Dörfern, was wir den Bauern sagen können angesichts ihrer heutigen und ihrer bald ganz anders gearteten Nöte, die in naher Zukunft kommen werden. Statt dessen bekamen wir die Mitteilung des Bezirksverbandes Oberbayern, gezeichnet Dr. *Schäffer*, daß die Beschlüsse der obersten Parteigremien von dem Bezirksverband nicht mehr anerkannt werden. Es ist eigentlich dann müßig, hier zu sprechen, bevor wir nicht eine Erklärung des Herrn Staatsrats *Schäffer* haben, ob dieser Beschluß heute eigentlich gültig sein soll oder nicht, ob er aufrecht erhalten wird oder nicht.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Barth*, darf ich einen Moment unterbrechen. Nur zur Geschäftsordnung! Wir haben jetzt 14 Uhr. Ich würde bitten, diese Diskussion vielleicht nachmittags zu behandeln und nur zum Antrag *Krehle* und Antrag *Lang* zu sprechen: Soll die Landesvorstandschaft aus dem Landesausschuß herausgezogen werden bzw. soll ein Gremium von sieben Leuten tagen. Alles andere am Nachmittag. Entschuldige, auch dieser Antrag.
Dr. *Barth*: Ich komme darauf zurück.
Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung! Ich mache darauf aufmerksam, daß hier ein logischer Lapsus passiert, wenn wir jetzt nämlich abstimmen lassen, so herrscht Unklarheit darüber, ob Oberbayern bzw. der Bezirksverband Oberbayern mitabstimmt oder nicht. Der Bezirksverband Oberbayern hat sich aufgrund der Beschlüsse vom 14. Februar 1948 außerhalb der Satzungen gestellt. Insoferne ist er zunächst nicht mehr beteiligt an den Beschlüssen des Landesausschusses, von denen er in einer geradezu unverantwortlichen Weise erklärt hat, daß er sie nicht anerkennt. Ich frage: Kann man jemand mitabstimmen lassen in einem Beschluß, von dem er von vorneherein erklärt, daß er ihn nicht anerkennt? Was ist das für ein Verfahren?
Es muß daher an den Herrn Bezirksvorsitzenden die Frage gerichtet werden, ob er sich noch auf dem Boden dieser Beschlüsse aufhält oder nicht. Hält er sich noch auf dem Boden dieser Beschlüsse auf, hat er kein Stimmrecht mehr. Er ist im besten Falle Kraft des christlichen Gemütes, das wir haben, Gast in diesem Saale.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Es zeigt sich, daß wir jetzt doch in eine Diskussion kommen, die eigentlich doch schon in die Sache geht. Wir

haben 14 Uhr. Für 14 Uhr ist Mittagessen angesetzt. Ich schlage vor, wir machen eine Pause, sonst kommt eine abrupte Abstimmung.

(*Fackler*: Ich hätte zwei Sätze zur Geschäftsordnung!)

*Fackler*, entweder alle oder keiner. Wenn wir jetzt unterbrechen, können wir nachher die Debatte über alle die Punkte, die offen gelassen worden sind, vornehmen und wir können dann konkret abstimmen.
Wir unterbrechen die Sitzung, Fortsetzung 15.15 Uhr pünktlich.

Die Sitzung wird um 14.05 Uhr unterbrochen.
Die Sitzung wird um 15.48 Uhr wiederaufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Wir setzen die Debatte fort. Ich darf Ihnen vorschlagen, daß Sie jetzt unter Vorbehalt der Umstellung der einzelnen Punkte die Tagesordnung genehmigen, damit diese Formalität jetzt erledigt wird. Erhebt sich ein Widerspruch?

(*Sporer*: Zuerst müssen wir wissen, was umgestellt wird.)

Es kommt darauf an, daß die Tagesordnung als solche genehmigt wird. Ich habe ausdrücklich gesagt: Unter Vorbehalt der Umstellung. Wir müssen eine Basis wiedergewinnen. Erhebt sich ein Widerspruch gegen die Genehmigung der Tagesordnung unter Vorbehalt der Umstellung der einzelnen Punkte? Es ist das nicht der Fall, so daß die Tagesordnung als solche genehmigt ist. Damit ist eine Basis gefunden.
Wir haben damit geendet, daß eine Reihe von Geschäftsordnungsanträgen gestellt war. Ich darf gleichzeitig aber auch klarstellen, daß zum Teil schon zur Sache gesprochen wurde. Es liegen fünf Wortmeldungen vor. Die Reihenfolge war nicht festzustellen, weil die Wortmeldungen in der Mittagspause vorgelegt worden sind, so daß ich bitte, sich nicht zu beschweren, wenn nicht der Reihenfolge nach verfahren wird. Sie ist nicht festzustellen.
Ich darf Ihnen aber, bevor Sie die Debatte fortsetzen, vorschlagen, nachdem wir schon in die Behandlung des Themas hineingegangen sind, daß Ihnen noch der Briefwechsel zwischen dem Herrn Staatsrat *Schäffer* und dem Landesvorstand verlesen wird, damit dieses Thema auch einmal erledigt wird. Wenn der Briefwechsel verlesen ist, setzen wir die Debatte fort. Bitte, beginne mit der Verlesung des Briefwechsels.
Dr. *Schedl*:

München, den 14. Februar 1948.
An den ersten Landesvorsitzenden der CSU in Bayern, Herrn Staatsminister Dr. *Josef Müller*, München, Gedonstr. 4.
Sehr geehrter Herr Landesvorsitzender!

Die heutige Bezirksversammlung des Bezirksverbandes Oberbayern hat mich zum ersten Vorsitzenden anstelle des Herrn Staatsministers Dr. Dr. *Hundhammer* gewählt, der zurückgetreten ist. Die Bezirksversammlung Oberbayern hat gleichzeitig den in Abschrift beiliegenden Beschluß gefaßt.
Ich darf bitten, die Verhandlungen möglichst bald zu beginnen, und schlage hiefür vor Mittwoch, den 18. Februar nachmittags 17 Uhr in den Räumen der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes Oberbayern, München, Trogerstr. 54/2.
Ich habe veranlaßt, daß meine Rede, mit der ich den Vorschlag an die Bezirksversammlung, der dann zu dem in Abschrift beiliegenden Entschluß führte, begrün-

dete, wörtlich im Stenogramm festzuhalten ist. Ich werde eine Abschrift dieses Stenogramms Ihnen zuleiten, sobald ich dieses in Händen habe. Ich hoffe, daß dies bis Dienstag, den 17. Februar 1948 der Fall sein wird.
Mit ergebenen Grüßen!
gez. *Fritz Schäffer*, erster Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU in Bayern

Anlage
Beschluß der Bezirksversammlung Oberbayern der CSU vom 14. Februar 1948:

1. Der erste Vorsitzende des Bezirksverbandes wird ermächtigt und beauftragt, mit der Landesleitung der CSU im Namen des Bezirksverbandes Oberbayern und aller seiner Kreisverbände sofort in Verhandlungen über das künftige Verhältnis des Bezirksverbandes Oberbayern zur Landesleitung einzutreten.
   Für diese Verhandlungen stellt der Bezirksverband Oberbayern folgende Mindestforderungen auf:
   a) Die Parteisatzungen sind dahin zu ändern, daß jede Sicherheit gegen ein persönliches Regiment innerhalb der Partei gegeben ist; die Parteileitung muß sich verpflichten, sofort jedes persönliche Regiment abzustellen.
   b) Die Parteisatzungen sind dahin zu ändern, daß die Mitglieder und Wähler der Partei nach Zahl und Stärke zur Geltung kommen und daß die Politik der Partei nach demokratischen Grundsätzen von der Mehrheit der Wähler und Mitglieder bestimmt wird, die in den Kreisverbänden und Bezirksverbänden organisiert sind.
   c) Der Bezirksverband Oberbayern erhält [ein] eigenes Mitteilungsblatt mit eigener Redaktion und eigenen Finanzen (Einnahmen und Ausgaben). Er stellt seine bezahlten Arbeitskräfte selbst an (im Bezirk und Kreis), besoldet sie und entläßt sie, sie sind nur den Weisungen des Vorstandes der Parteiorganisation unterstellt, in deren Bezirk ihr Arbeitsgebiet liegt, der Bezirksverband verwaltet seine Einkünfte bis auf weiteres selbst.
2. Solange diese Verhandlungen nicht zu einem von der Bezirksversammlung Oberbayern gebilligten Ergebnis geführt haben, erklärt sich der Bezirksverband Oberbayern durch Beschlüsse der Landesleitung, des Landesausschusses und der Landesversammlung für nicht gebunden, er erkennt insbesondere Weisungen des ersten Landesvorsitzenden und Erklärungen, die er im Namen der CSU abgibt, für sich nicht an.
   Der erste Vorsitzende des Bezirksverbandes führt diese Verhandlungen allein. Tagungen des Landesausschusses und der Landesversammlungen werden nur beschickt, wenn er oder eine Bezirksversammlung Oberbayern dies anordnet.
3. Der erste Vorsitzende wird beauftragt, sofort mit den Vorsitzenden der übrigen Bezirksverbände in das Benehmen zu treten und ihnen Überzeugung und Entschluß des Bezirksverbandes Oberbayern mitzuteilen, daß eine innere Reform der CSU Voraussetzung für das Verbleiben der Wählerschaft und der Organisation des Bezirksverbandes Oberbayern innerhalb der CSU ist.
   Der erste Vorsitzende wird ersucht, sich zu bemühen, die Verhandlungen zu einem guten Ergebnis zu führen. Erscheint dies aussichtslos, so ist er ermächtigt, alle notwendigen vorbereitenden Schritte sonst zu tun und der nächsten Bezirksversammlung bestimmte Vorschläge zu unterbreiten.
   Diese soll in vier Wochen von ihm einberufen werden.

17. Februar 1948.
Herrn Vorsitzenden des Bezirksverbandes der Christlich-Sozialen Union in Bayern Staatsrat a.D. *Fritz Schäffer* München. Durch Boten.

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsitzender!

Ihr Schreiben vom 14. Februar 1948 ist mir heute, den 17. Februar 1948, mittags 12 Uhr zugegangen. Ich habe Ihr Schreiben sofort dem heute tagenden Landesvorstand zugeleitet. Er wird hierzu Stellung nehmen. Mit Unionsgruß! gez. *Müller.*

Christlich-Soziale Union in Bayern. Der Landesvorstand. München, den 17. Februar 1948.
Herrn Staatsrat a.D. *Fritz Schäffer*, erster Vorsitzender des Bezirksverbandes der Christlich-Sozialen Union, München, Trogerstraße.

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsitzender!

Ihr an den Landesvorsitzenden gerichtetes Schreiben vom 14. Februar 1948 ist in der heutigen Sitzung des Landesvorstandes vorgelegt worden.
Die Ziffer 2. des Beschlusses der Bezirksversammlung Oberbayern am 14. Februar 1948 setzt bedauerlicherweise den Landesvorsitzenden außerstande, unmittelbar mit Ihnen Verhandlungen zu führen, da die Bezirksversammlung Oberbayern auf Ihren Antrag hin beschlossen hat, Weisungen und Erklärungen, die der Landesvorsitzende im Namen der Christlich-Sozialen Union in Bayern abgibt, nicht anzuerkennen. Obwohl dieser Beschluß gegen die Satzungen der Christlich-Sozialen Union in Bayern verstößt, gibt Ihnen der Landesvorstand Gelegenheit, die Beschlüsse der Bezirksversammlung Oberbayern im Einverständnis mit dem Landesvorsitzenden und im Gesamtinteresse der Christlich-Sozialen Union vorzutragen und zu begründen.
Der Landesvorstand erachtet es aber als notwendig, daß vor der Besprechung das durch den vereidigten Landtagsstenographen aufgenommene Protokoll ungekürzt an die Unterzeichneten, die vom Landesvorstand beauftragt sind, übermittelt wird. Der Landesvorstand wird Ihnen nach Zugang des Protokolls umgehend einen Termin der in den Räumen der Landesgeschäftsstelle vorgesehenen Besprechung vorschlagen.
Wir machen Sie gleichzeitig darauf aufmerksam, daß die am 28./29. Februar 1948 in Regensburg stattfindende Landesausschußsitzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern zu den Beschlüssen der Bezirksversammlung Oberbayern Stellung nehmen wird.
Mit Unionsgruß!
gez. *Sedlmayr*, gez. Dr. *Muhler*

18. Februar 1948 Sch/Str.
An die Landesvorstandschaft der Christlich-Sozialen Union in Bayern z.Hd. Herrn Staatssekretär *Lorenz Sedlmayr*, München, Paul-Heyse-Str. 2-4.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Ich bestätige den Empfang des Schreibens vom 17. Februar 1948.
Das Protokoll über die Sitzung der Bezirksversammlung Oberbayern vom 14. Februar 1948, das nur in ganz beschränkter Zahl von Abschriften zur Verfügung steht, liegt zur Einsichtnahme in den Geschäftsräumen des Bezirksverbandes Oberbayern

auf. Dies ist dem Büro des Herrn Landesvorsitzenden in der Gedonstr. 4 bereits mitgeteilt worden, bevor ich Ihr Schreiben vom 17. Februar 1948 erhielt.
Ich entnehme Ihrem Schreiben, daß der Herr Landesvorsitzende es ablehnt, die gewünschte Besprechung mit mir zu halten. Ich bedauere dies. Der Bezirksverband Oberbayern hat mich ermächtigt, mit der Landesleitung der CSU zu verhandeln. Unter Landesleitung der CSU ist entweder der Landesvorsitzende oder ein für solche Verhandlungen satzungsgemäß zuständiges Organ zu verstehen. Ich nehme an, daß Ihr Schreiben vom 17. Februar 1948 im Namen der Landesvorstandschaft an mich gerichtet ist. Die Geschäftsführende Vorstandschaft im Sinne des § 53 der Satzung könnte ich nicht als zur Führung solcher Verhandlungen ermächtigt betrachten. Sie ist nach den Satzungen nur ein geschäftsführendes Organ, hier handelt es sich um grundsätzliche, das Leben der CSU betreffende Fragen.
Unter der Annahme, daß ich mit Ihnen als Vertreter der Landesvorstandschaft (§ 49 der Satzung) spreche, muß ich noch um Auskunft über die Bedeutung folgenden Satzes aus Ihrem Schreiben vom 17. Februar 1948 ersuchen; er lautet:
"Obwohl dieser Beschluß gegen die Satzungen der Christlich-Sozialen Union in Bayern verstößt, gibt Ihnen der Landesvorstand Gelegenheit, die Beschlüsse der Bezirksversammlung Oberbayern im Einverständnis mit dem Landesvorsitzenden und im Gesamtinteresse der Christlich-Sozialen Union vorzutragen und zu begründen."
Ich darf darauf hinweisen, daß der Beschluß des Bezirksverbandes Oberbayern vom 14. Februar 1948 dahin lautet, daß ich beauftragt und ermächtigt bin, mit der Landesleitung der CSU im Namen des Bezirksverbandes Oberbayern und aller seiner Kreisverbände in Verhandlungen über das künftige Verhältnis des Bezirksverbandes Oberbayern zur Landesleitung einzutreten. Ich nehme an, daß der vorerwähnte, aus dem Schreiben vom 17. Februar 1948 zitierte Satz diese Verhandlungen im Sinne dieses Beschlusses beginnen und einleiten soll. Zur Vorbereitung dieser Verhandlungen übersende ich Ihnen Abschrift des Protokolls über die Tagung der Bezirksversammlung Oberbayern vom 17. Februar 1948, wobei ich bemerke, daß dieses Protokoll in keiner Weise korrigiert ist.
Ich darf weiterhin auf Ziffer 2 Absatz 2 des Beschlusses Oberbayerns vom 14. Februar 1948 hinweisen.
Mit Unionsgruß!
gez. *Fritz Schäffer*, erster Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU in Bayern
N.S.: Das übersandte Protokoll ist auch zur Einsicht für Herrn Landesvorsitzenden Dr. *Müller* bestimmt. d.o.

Christlich-Soziale Union in Bayern. Der Landesvorstand. München, den 24. Februar 1948.
Herrn Staatsrat a.D. *Fritz Schäffer*, erster Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern der Christlich-Sozialen Union, München.

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsitzender!

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 18. Februar 1948 und ebenso den Empfang des Protokolls über die Sitzung der Bezirksversammlung Oberbayern vom 14. Februar 1948.
Über die uns übermittelten Anträge des Bezirksverbandes Oberbayern kann weder der Herr Landesvorsitzende noch der Geschäftsführende Landesvorstand noch die Landesvorstandschaft Entscheidungen zur Sache treffen. Die Anträge des Bezirks-

verbandes Oberbayern erstreben eine Änderung der Beschlüsse des höchsten Parteiorgans, der Landesversammlung von Marktredwitz. Diese Beschlüsse können durch kein anderes Parteigremium abgeändert werden. In Marktredwitz erhielt der Landesausschuß den Auftrag und die Vollmacht, die Reform der Satzungen nach bestimmten Richtlinien im einzelnen auszuarbeiten.
Manche der Anregungen und Anträge des Bezirksverbandes Oberbayern decken sich mit den in Marktredwitz beschlossenen Richtlinien zur Satzungsänderung.
Sowohl der Geschäftsführende Landesvorstand wie die Landesvorstandschaft können also nur über das weitere formale Vorgehen der Behandlung der Anträge des Bezirksverbandes Oberbayern Beschluß fassen. Nach § 53 ist die Beratung solcher dringenden Angelegenheiten Sache des Geschäftsführenden Landesvorstandes, insbesondere dann, wenn es sich nur um Fragen der weiteren Prozedur handelt. Da also die Vorbereitung der Beschlußfassung in Landesausschuß und Landesversammlung Sache des Geschäftsführenden Landesvorstandes ist und da eine Einberufung der Landesvorstandschaft angesichts der bereits erfolgten Einberufung des Landesausschusses als des nächsthöheren Organes als überholt erscheint, dürfen wir Ihnen nochmals eine Aussprache mit dem Geschäftsführenden Landesvorstand vorschlagen, und zwar für Mittwoch, den 25. Februar 1948, abends 20 Uhr in der Landesgeschäftsstelle Paul-Heyse-Str. 2-4. Ein heute nicht anwesendes auswärtiges Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes wird telegraphisch eingeladen. Eine kurzfristige Einladung der Landesvorstandschaft wäre unseren Parteifreunden deshalb schlecht zumutbar gewesen, weil diese nicht gleichzeitig in einer Woche an einer Landesvorstandschaftssitzung in München und an einer Landesausschußsitzung in Regensburg teilzunehmen in der Lage sind.
Wir glauben, in der Aussprache zwischen Ihnen und dem Landesvorstand eine Möglichkeit zu finden, in demokratischer Weise Anregungen, Anträge und Wünsche des Bezirksverbandes Oberbayern vor den zuständigen Gremien der Partei vorzutragen und zu vertreten.
Mit Unionsgruß!
gez. *Sedlmayr*

München, den 25. Februar 1948, Herrn Staatssekretär *Lorenz Sedlmayr*, München, Paul-Heyse-Str. 2-4.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Ihr Schreiben vom 24. Februar 1948, das im Namen des Landesvorstandes der CSU in Bayern an mich gerichtet ist, habe ich erhalten.
Ich entnehme diesem Schreiben, daß der Geschäftsführende Landesvorstand eine Besprechung mit mir für Mittwoch, den 25. Februar, abends 20 Uhr in der Landesgeschäftsstelle Paul-Heyse-Str. 2-4 vorschlägt und daß diese Besprechung zum Gegenstand haben soll "nur das weitere formale Vorgehen der Behandlung der Anträge des Bezirksverbandes Oberbayern" und daß der Geschäftsführende Landesvorstand selbst erklärt, daß er zu einer sachlichen Beratung sich nicht für befugt erachtet und es sich bei der Besprechung nur um Fragen der weiteren Prozedur handle.
Ich stimme mit dieser Stellungnahme des Geschäftsführenden Landesvorstandes insofern überein, als die Geschäftsführende Landesvorstandschaft - vorausgesetzt, daß ihr Aufgabengebiet überhaupt schon entsprechend der Satzung durch die Landesvorstandschaft umrissen worden wäre - ganz bestimmt nicht die Aufgabe haben soll, politische Fragen irgendwelcher Art zu behandeln und zu entscheiden. Sie würde ja sonst ein politisches Büro und kein geschäftsführendes Büro sein.

Ich nehme also an, daß Gegenstand der Besprechung vom Mittwoch, dem 25. Februar, nach der eigenen Überzeugung des Geschäftsführenden Landesvorstandes nur sein kann und soll eine Aussprache über die weitere Prozedur, also darüber, in welcher Form denn weitergegangen werden will.
Ich habe Ihnen bereits durch Herrn Staatsminister *Krehle* persönlich sagen lassen, welchen Vorschlag für diese Prozedur ich mache. Ich bemerke außerdem, daß die Landesvorstandschaft (aber - [sic!]

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte den nächsten Absatz zu verlesen.
Dr. *Schedl*:

Ich bedauere, daß bisher alle meine Vorschläge, in eine sachlich ruhige Besprechung zu kommen, abgelehnt worden sind.
Für Mittwoch, den 25. Februar 1948, ist nun eine Besprechung mit dem Geschäftsführenden Landesvorstand angesetzt, die wieder nur Fragen der Prozedur zum Gegenstand hat, die bei gutem Willen keine Rolle spielen sollten. Trotzdem ich über diese Verhandlungsführung enttäuscht bin, und trotzdem ich die personelle Zusammensetzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes in Rechnung ziehen muß und trotzdem die im § 53 der Satzung vorgesehene Bestimmung der Aufgaben der Geschäftsführenden Landesvorstandschaft durch die Landesvorstandschaft bis heute meines Wissens nicht erfolgt ist, dieses Gremium also ein satzungsmäßig umrissenes Aufgabengebiet überhaupt noch nicht hat, bin ich bereit, zusammen mit dem Geschäftsführer des Bezirksverbandes Oberbayern, Herrn *Röhrl*, zu der Besprechung am Mittwoch, den 25. Februar 1948, um 20.15 Uhr zu kommen, um zu beweisen, daß ich den guten Willen zu einer Beilegung der Angelegenheit habe, soweit dies mit meinem Gewissen verantwortet werden kann.
Ich muß, da ich inzwischen über die Stellungnahme von einzelnen Mitgliedern des Geschäftsführenden Landesvorstandes unterrichtet worden bin, die zeigt, daß diese Mitglieder die Situation und die Beweggründe des Bezirksverbandes Oberbayern vollkommen verkennen, ausdrücklich betonen, daß ich an einer Aussprache nur so lange teilnehmen kann, als sie in ruhigen und würdigen Formen geschieht und den Rahmen nicht übersteigt, der in Ihrem Schreiben vom 24. Februar für diese Besprechung selbst gezogen ist.
Ich bemerke außerdem noch, daß ich keinen Wagen zur Verfügung habe und deshalb der Besprechung nur so lange beiwohnen kann, daß ich die Straßenbahn noch rechtzeitig erreiche.
Ich treffe pünktlich um 20.15 Uhr ein. Ich nehme an, daß die Herren der Geschäftsführenden Landesvorstandschaft dieses gegenwärtige Schreiben vorher unter sich in meiner Abwesenheit besprechen.
Mit Unionsgruß!
gez. *Schäffer*, Staatsrat a.D., erster Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU in Bayern

Der Landesvorstand. München, den 25. Februar 1948.
Herrn Staatsrat a.D. *Fritz Schäffer*, erster Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern, München.

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsitzender!

Im Anschluß an unsere Besprechung vom 25. Februar 1948 dürfen wir Ihrem Wunsche entsprechend die Meinung des Landesvorstandes folgendermaßen festhalten:
Der Landesvorstand der Christlich-Sozialen Union in Bayern legt den größten Wert

auf den sachlichen Ausgleich der mit dem Bezirksverband Oberbayern entstandenen Auseinandersetzung. Insbesondere ist der Landesvorstand der Überzeugung, daß in der Stunde der tiefsten Not unseres Volkes alle persönlichen Differenzen hinter der sachlichen Zusammenarbeit zurückzustehen haben. Der Landesvorstand ist der Überzeugung, daß die verbindende Kraft der christlichen Idee sich als stärker erweisen sollte als persönliches Mißtrauen und die aus alten persönlichen Auseinandersetzungen hervorgehenden Meinungsverschiedenheiten einzelner an verantwortlicher Stelle stehender Männer. Als demokratisches Organ ist der Landesvorstand jedoch verpflichtet, sich im Rahmen der von den Gremien der Partei geschaffenen demokratischen Satzungen der Christlich-Sozialen Union zu halten. Würde der Landesvorstand Verstöße gegen diese Satzungen hinnehmen, billigen und zulassen, dann würde der Landesvorstand selber das von der Landesversammlung für die Partei gegebene Recht brechen.

Der Bezirksverband Oberbayern der Christlich-Sozialen Union in Bayern hat sich insbesondere durch Ziffer 2 Absatz 1 der Beschlüsse der Bezirksversammlung vom 14. Februar 1948 außerhalb der Union gestellt. Wir müssen darauf hinweisen, daß dieser Beschluß für die Kreisverbände der Christlich-Sozialen Union innerhalb des Bereiches des Bezirksverbandes rechtsunwirksam ist. Die organisatorische Einheit ist aufgrund der gegenwärtigen Rechtslage für den Aufbau der Parteien der Kreisverband. Der Bezirksverband ist lediglich eine Unterorganisation des Landesverbandes. Die Mitgliedschaftsrechte hat das einzelne Mitglied. Über dieses Mitgliedschaftsrecht kann der Bezirksverband nicht verfügen.

So wichtig der Ausgleich der Auseinandersetzungen uns allen ohne Unterschied ist, ebenso wichtig ist es jedoch, erst wieder die Rechtsbasis zu schaffen, auf der wir gemeinsam innerhalb der Gremien der Union miteinander die sachlichen Verhandlungen führen können. Deshalb bedauern wir, feststellen zu müssen: Solange der Bezirksverband Oberbayern sich selbst außerhalb der Statuten der Christlich-Sozialen Union gestellt hat, ist eine Verhandlung mit ihm über die Sache selbst innerhalb der Gremien der Union nicht möglich.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

gez. *Sedlmayr*, gez. *Muhler*

*Haußleiter*: Zur Geschäftsordnung!

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zu diesem Punkt, zu dieser Korrespondenz, als Vorstandsmitglied? - Denn es haben sich andere gemeldet.

*Haußleiter*: Jawohl!

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf aber vielleicht vorher noch eine Mitteilung machen, die ich für notwendig erachte, um noch die Auswirkungen deutlich zu machen. Der Bezirksvorsitzende von Oberbayern, Herr Staatsrat *Schäffer*, hat nach der Sitzung ein Schreiben an Herrn *Konrad Adenauer*, den Zonenvorsitzenden der CDU der englischen Zone, gerichtet, er hat dabei eine Abschrift der Beschlüsse des Bezirksverbandes überreicht

(Zuruf: Unerhört!)

und Herrn *Konrad Adenauer* gegenüber noch ausdrücklich betont, daß Dr. *Josef Müller* nicht ermächtigt ist, im Namen der Christlich-Sozialen Union in Bayern Erklärungen abzugeben.

(Entrüstete Zurufe. *Haußleiter*: So schädigt man Bayern!)

Diese Erklärungen könnten vom Bezirksverband nicht anerkannt werden. Infolgedessen wünsche Herr Staatsrat *Schäffer*, zu allen Besprechungen eingeladen zu werden.

(Oho!)

Ich halte mich als Landesvorsitzender [für] verpflichtet, auch auf diesen Umstand hinzuweisen, um dadurch klarzumachen, daß wirkliche Entscheidungen getroffen werden müssen, sonst ist es nicht möglich, bei Verhandlungen, die für die Union von Bedeutung sein können, die Union wirklich entsprechend zu vertreten.
Ich darf dann *Haußleiter* als Mitglied des Vorstandes, der bei diesem Briefwechsel mitgewirkt hat, das Wort geben.
*Haußleiter*: Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Briefwechsel bedarf einer kurzen Erklärung, damit wir ganz genau wissen, an welchem Punkt der gemeinsamen Debatte wir stehen und wo wir fortzufahren haben.
Der Bezirksverband Oberbayern hat erklärt, daß Erklärungen des Landesvorsitzenden und Beschlüsse des Landesausschusses und der Landesversammlung für ihn nicht bindend seien. Nun meine ich - und das war die Frage, die wir schon während der Verhandlung an Herrn Staatsrat *Schäffer* gestellt haben -, müßte eine Frage vor allen anderen Verhandlungen geklärt werden: Sind die Forderungen des Bezirksverbandes Oberbayern wirklich Mindestforderungen, das heißt behält der Bezirksverband Oberbayern den gegenwärtigen Status, in dem er de facto außerhalb der Union steht, bei, wenn diese Mindestforderungen nicht angenommen werden? Denn dann, meine Damen und Herren, würde sich das Verfahren vereinfachen, dann könnten wir nicht verhandeln, weil ja Verhandlungen zur Herabsetzung dieser Mindestforderungen keinen Sinn hätten, sondern wir würden dann über die Mindestforderungen des Bezirksverbandes Oberbayern mit Ja und Nein abstimmen.
Bevor wir aber abstimmen können, muß eine zweite Frage eindeutig geklärt werden: Wird eine Entscheidung, die hier fällt, vom Bezirksverband Oberbayern akzeptiert oder nicht? Gilt die Erklärung des Bezirksverbandes Oberbayern, daß er Beschlüsse des Landesausschusses und der Landesversammlung nicht annehmen werde, auch für den jetzt tagenden Landesausschuß? Ich glaube, wir können nur so verfahren, daß wir den Herrn Staatsrat bitten, diese Frage zu beantworten. Ich darf meinen Standpunkt begründen: Wenn der Herr Staatsrat sagt, daß die Beschlüsse dieses Landesausschusses für Oberbayern nicht gültig seien, dann hat meiner Ansicht nach Oberbayern auch für diesen Landesausschuß den Standpunkt beibehalten, daß es de facto außerhalb der Christlich-Sozialen Union steht, einen Standpunkt, der durch die Erklärung unterstrichen worden ist, die Herr Staatsrat *Schäffer* an Herrn Dr. *Adenauer*, den Zonenvorsitzenden der englischen Zone, gegeben hat.
Wir haben die Fragen, die ich hier stelle, an den Herrn Staatsrat in unseren Verhandlungen gestellt. Der Herr Staatsrat hat erklärt, er könne darauf keine Antwort geben, da es darauf ankomme, ob er die Beschlüsse, die gefaßt würden, Oberbayern zur Annahme empfehlen könne. - Ich glaube, ich gebe seine Antwort so etwa richtig wieder. - Meine Damen und Herren, wenn wir so verfahren - und so hat sich der Landesvorstand entschlossen -, dann besteht die Christlich-Soziale Union als Partei de facto nicht mehr, dann befindet sie sich in voller Auflösung. Denn dann kann jeder Bezirksverband erklären, er nehme nur die Beschlüsse an, die mit seinem Standpunkt übereinstimmen. Das bedeutet die Auflösung der Christlich-Sozialen Union in einzelne Bezirksverbände. Ich möchte sagen, daß dann, wenn Oberbayern nicht willens ist, Beschlüsse, die hier gefaßt werden, anzuerkennen, meiner Ansicht nach Oberbayern

auch nicht die Berechtigung besitzt, bei der Fassung dieser Beschlüsse mitzuwirken, daß es dann in dieser Versammlung den Status des Gastes hätte. Wir können also die Verhandlungen nur weiterführen, wenn der Herr Staatsrat nun erklärt, ob Oberbayern die Beschlüsse, mit denen es sich außerhalb der Christlich-Sozialen Union gestellt hat, beibehält oder ob es diesen Teil der Beschlüsse zurücknimmt.
Selbstverständlich hat Oberbayern - das möchte ich ausdrücklich sagen, weil auch darüber irrtümliche Erklärungen abgegeben worden sind - jederzeit das Recht, im Rahmen der Christlich-Sozialen Union auf demokratische Weise in den demokratisch gewählten Gremien Anträge zu stellen, das ist das Recht von Oberbayern. Nicht aber hat es, solange es Mitglied ist, das Recht zu erklären, daß Beschlüsse dieser Gremien für Oberbayern nicht bindend seien. Wenn es die Beschlüsse nicht anerkennt, ist es nicht mehr Mitglied.
Wir können also in der Gesamtverhandlung nur fortfahren, wenn klargestellt wird, ob Oberbayern im Rahmen der Satzungen zu verfahren gewillt ist oder ob es die Satzungen für sich bereits außer Kraft gesetzt hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte noch um Ruhe.
Meine Damen und Herren, ich darf zur Rechtslage noch folgendes bemerken - denn das muß klargestellt werden, bevor wir debattieren: Die Rechtsbasis der Partei war die Erlaubnis der Militärregierung zunächst zur Gründung von Kreisverbänden. Es ergaben sich damals schon Diskussionen, die sich zum Teil bei der Gründung von Bezirksverbänden ziemlich auswirkten, weil die Militärregierung vor allem in Oberpfalz-Niederbayern bestimmte Bedenken gegen die Gründung von Bezirksverbänden hatte. Sie behandelte die Bezirksverbände - wenn ich mich so ausdrücken darf - als quasi-Kreisverbände. Es wurde dann die Ermächtigung zur Gründung des Landesverbandes erteilt, und zwar wurde sie damals von der Militärregierung mir erteilt. Nach Erteilung dieser Ermächtigung mußten aufgrund der gegebenen Weisung alle Kreisverbände dann eigens um die Aufnahme in den Landesverband nachsuchen, sie wurden einzeln aufgenommen, und zwar durch Aufnahmeerklärung von mir als dem Vollmachtsträger für die Landespartei und durch Genehmigung der Militärregierung.
Es bestehen also nach diesem Gesichtspunkt Landesverband und Kreisverband als die Träger der Parteiorganisation. Der Bezirksverband wurde mit der Schaffung unserer Statuten dann noch als organisatorische Zwischenstufe dazwischengeschaltet, weil es sich mit Rücksicht auf die Wahlen, auf die Aufstellung von Kandidaten und aus sonstigen Gründen notwendig erwiesen hat, Bezirksverbände zu schaffen.
Es kann also demnach ein Bezirksverband selbst überhaupt nicht geschlossen Mitglieder aus der Union herausführen. Die Mitgliedschaft hat jedes einzelne Mitglied.

(Sehr richtig!)

Es wäre rechtlich höchstenfalls noch denkbar, daß ein einzelner Ortsverband - aber dann durch einstimmigen Beschluß aller Mitglieder - aus der Christlich-Sozialen Union ausscheiden würde, weil das dann ein gemeinsamer Willensakt wäre, der alle binden würde. Aber noch nicht einmal durch Majoritätsbeschluß könnte ein einzelner Ortsverband ausscheiden. Es ist notwendig, daran festzuhalten, und zwar deswegen, weil zum Wesen der Demokratie immer der Schutz der Minderheit gehört. Sie sehen ja gerade im Falle Oberbayern, daß einzelne Kreisverbände sich davon nicht betroffen fühlen.
Wenn einzelne Kreisverbände ihr Verhältnis zur Union irgendwie ändern wollten, dann wäre hier noch die Auswirkung nur nach den Statuten zu beurteilen. Es würde

nach den Statuten, die für alle bindend in der Landesversammlung angenommen worden sind, auch durch die Vertreter der Kreisverbände, in diesem Fall das Vermögen an den Landesverband fallen, und man könnte dann die einzelnen Mitglieder durch solche Beschlüsse höchstens zum Ausscheiden anhalten, aber man kann nicht alle Mitglieder hinausführen. Das zur Klarstellung für uns und auch für den Bezirksverband Oberbayern!
Nun möchte ich, bevor ich das Wort weitergebe, aufgrund der Anregung, die gegeben wurde, fragen, ob Herr Staatsrat *Schäffer* das Wort wünscht.
Staatsrat a.D. *Schäffer*: Ich habe mich vorher gemeldet.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es kommt nicht auf die Geschäftsordnung an, wir wollen sachliche Arbeit leisten.
Staatsrat a.D. *Schäffer*: Meine Wortmeldung ist natürlich nicht zu verwechseln mit der Wortmeldung zur politischen Aussprache, um die ich gebeten habe.
Ich nehme nur geschäftsordnungsmäßig zu den Anträgen Stellung:

1. Die anwesenden Mitglieder des Bezirksverbandes Oberbayern wollen, weil die Frage des Stimmrechts aufgeworfen ist, vermeiden, daß weitere Debatten entstehen und daß Zeit verloren wird. Sie erklären, daß sie sich in Punkt 1 und 2 an der Abstimmung und auch an den Aussprachen nicht beteiligen. Dann braucht die Frage des Stimmrechts nicht aufgeworfen zu werden.
2. Wenn die Satzungen heute in der satzungsmäßigen Form angenommen werden, dann sind sie natürlich satzungsmäßig legale Bestimmungen neu geworden. Welche Rückwirkung das dann für den Bezirksverband Oberbayern hat, ist politisch eine ganz andere Frage.
3. Ich habe in der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes bereits erklärt und war mit dem Herrn Landesvorsitzenden einig: Über die Zugehörigkeit zur Partei hat das einzelne Mitglied zu entscheiden. Das war meine Meinung.

(Sehr richtig!)

Die einzelne Organisation kann den Migliedern höchstens etwas empfehlen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann dürfen wir in der Debatte fortfahren. Ich darf nach den Wortmeldungen *Fackler* das Wort geben.
*Fackler*: Vor der Mittagspause hat unser Parteifreund Staatsminister *Krehle* die Anregung gegeben, daß der Landesvorstand sich mit der Situation beschäftigen soll. Diese Anregung ist nicht nur eine persönliche Meinung unseres Parteifreundes *Krehle*, sondern basiert auf einem einstimmigen Beschluß des Bezirksverbandes München und der Delegierten, die zur heutigen Landesausschußsitzung gekommen sind. Weil wir uns die Aufgabe gestellt haben, als Bezirksverband München Mittler in den Differenzen zu sein.
Wir sind der Meinung, daß derartige Differenzen nicht durch die Auf- oder Abwicklung juristischer Zwirnsfäden gelöst werden können, sondern nur dadurch, daß sich vernünftige Menschen an einen Tisch setzen und nach den Grundregeln des gesunden Menschenverstandes suchen, diese Differenzen auszugleichen. Bei der Atmosphäre, die bei einem Teil des Landesausschusses gegen alles, was irgendwie nach Südbayern riecht, besteht, ist keine Aussicht, daß heute in irgendeiner Form eine eingehende und gute Sachbehandlung dieser Differenzen in diesem Gremium sofort gesichert ist. Wenn maßgebende Leute aus allen Kreisen, die in der Landesvorstandschaft vertreten sind, sich hier mit diesen Fragen beschäftigen, dann wird und muß es möglich sein, die Union beisammenzuhalten. Das, glaube ich, müßte doch eigentlich der Wunsch aller sein, die heute hier versammelt sind.

Ich möchte aber nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß Freund *Krehle* diesen Antrag auch nicht nur als Bezirksvorsitzender von München gestellt hat, sondern daß *Krehle* auch der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der Christlich-Sozialen Union ist, und wenn ein zweiter etwas weiter gehender Antrag von Parteifreund *Lang* gestellt worden ist, so möchte ich feststellen, daß es sich bei Parteifreund *Lang*, der hier als Delegierter für München ist, gleichzeitig auch um den Vorsitzenden des Werkvolks handelt, also eine Organisation, deren Einstellung zum politischen Geschehen uns auch nicht einerlei sein kann.
Alle diese Dinge bitte ich Sie, meine Damen und Herren, wirklich zu bedenken und sich des Ernstes der Situation bewußt zu werden. Man kann nicht einfach mit Zwischenrufen und gehässigen Bemerkungen über derartige Meinungsverschiedenheiten hinweggehen, sondern muß sich bemühen, den Dingen auf den Grund zu gehen. Denn wie im organischen Leben ist es auch im politischen Leben: Es hat jede Wirkung ihre Ursache, und es müssen Ursachen vorhanden sein, die die gegenwärtigen und schon so lange andauernden Spannungen in der Union verursacht haben.

(Zuruf: Es fragt sich nur, wo!)

Um eines möchte ich noch einmal dringend bitten: Daß nach dem, was heute vormittag und auch jetzt noch durch den Schriftwechsel geschildert worden ist, Gelegenheit gegeben wird, daß Parteifreund Staatsrat *Schäffer* ebenfalls ausführlich seinen Standpunkt darlegen kann, und zwar ohne daß er von gehässigen Zwischenrufen unterbrochen wird.

(Teilweise Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf hier feststellen: Es wäre ohne weiteres Gelegenheit gewesen, daß Herr Staatsrat *Schäffer* jetzt seinen Standpunkt dargelegt hätte. Es wird keinesfalls das Wort dafür genommen. Ich glaube, der Eindruck kann nicht entstehen.

(Staatsrat a.D. *Schäffer*: Ich kann das gleich machen!)

Bitte, ohne weiteres!

(Zwischenrufe.)

Dann bitte ich jetzt Herrn *Schäffer*, das Wort zu ergreifen.

(Zuruf: Soll damit die politische Aussprache eröffnet werden?)

Ich halte das nicht für eine politische Aussprache, denn sonst müßte ich ja zunächst über die Geschäftsordnungsanträge entscheiden lassen. Aber ich möchte keinesfalls, daß irgendwie die Gelegenheit versäumt würde, Herrn Staatsrat *Schäffer* das Wort zu geben.
Staatsminister *Krehle*: Damit wäre mein Antrag hinfällig. Ich hätte aber dann gebeten, daß über meinen Antrag abgestimmt wird. Wir treten jetzt bereits in die Behandlung der ganzen Frage ein. Ich stelle fest, daß das eine Unkorrektheit des Vorsitzenden ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren, dann darf ich darüber abstimmen lassen: Soll ich Herrn Staatsrat *Schäffer* das Wort erteilen, oder nicht?

(Staatsminister *Krehle*: Bitte über meinen Antrag abzustimmen!)

Dann lasse ich abstimmen.
Verzeihung, wenn ich vorher etwas die Geschäftsordnung verletzte. Meine Damen und Herren, es wurde der Vorwurf gemacht, Herrn Staatsrat *Schäffer* würde nicht die

Gelegenheit gegeben. Ich habe ausdrücklich gesagt: Die Gelegenheit wird gegeben. Dann hätte ich gebeten, Einspruch einzulegen.
Aber ich darf jetzt auf Wunsch über den Antrag *Krehle* abstimmen lassen.

(Wortmeldung Staatsminister Dr. *Pfeiffer*.)

Zur Sache?

(Staatsminister *Pfeiffer*: Jawohl, vor der Abstimmung zur Tagesordnung! Ich habe mich als erster nach der Pause zum Wort gemeldet.)

Meine Damen und Herren, allen können Sie es nie recht machen! Zuerst ist der Vorwurf erhoben worden, daß Staatsrat *Schäffer* nicht das Wort gegeben werde, jetzt wird da gerade festgestellt, daß man die Geschäftsordnungsdebatte hätte weiterführen sollen. Ich darf jetzt, um Klarheit zu schaffen, eine Abstimmung über den Antrag *Krehle* herbeiführen, auch um hier klar zu sein, damit ja kein Einwand erhoben wird, stelle ich fest: Erhebt sich ein Widerspruch dagegen, daß ich jetzt über den Antrag *Krehle* abstimmen lasse? - Bitte, Dr. *Pfeiffer*, zu dieser Frage!
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Zu dieser Frage! Es stehen zwei Anträge zur Debatte, und es ist noch nicht geklärt, in welcher Reihenfolge die Tagesordnung endgültig durchgeführt werden soll. Es geht durcheinander: Die Sachdebatte, die politische Aussprache mit mehreren ziemlich langen Reden und die Frage, ob ein anderer Weg beschritten werden soll, um rascher zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Diese letztere Frage, ob ein anderer Weg beschritten werden soll, gipfelt in zwei Anträgen, dem Antrag *Krehle*, der ein größeres Gremium vorsieht, das sich praktisch wenig vom Landesausschuß unterscheidet und wobei tatsächlich der Eindruck entstehen muß, es wird eine Hälfte rein willkürlich von der Aussprache ausgeschlossen, und dem Antrag *Lang*, daß man die Dinge innerhalb der nächsten drei, vier Stunden vor ein kleines Schiedsgericht, vor einen Schiedsausschuß bringen und dann dem Landesausschuß das Ergebnis vortragen soll, denn die Debatte wird, wenn sie hier longo et lato durchgeführt wird, viel mehr Klippen aufweisen, als in einem engen Kreis mit Berichterstattung an das Plenum. Diese zwei Fragen stehen zur Debatte, und dazu, zu dem Antrag *Lang*, wollte ich einige Worte sagen, die ich bitte, anfügen oder im Rahmen der Rednerliste vorbringen zu dürfen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich muß jetzt Klarheit schaffen, denn sonst gehen die Debatten ewig um die Geschäftsordnung, wie immer, und wir kommen nicht weiter.
Eines steht fest: Es muß, damit absolut demokratisch verfahren wird, Herr Staatsrat *Schäffer* die Gelegenheit zum Sprechen bekommen.

(Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Sehr richtig!)

Zweitens steht fest: Es besteht die Möglichkeit, daß dann, wenn nur Geschäftsordnungsanträge behandelt werden, die Gelegenheit zum Sprechen nicht mehr ohne weiteres gegeben ist. Infolgedessen halte ich es - wobei ich annehme, daß Herr Staatsrat *Schäffer* selbst die Situation entsprechend würdigen kann - für notwendig, daß zunächst einmal Staatsrat *Schäffer* Gelegenheit gegeben wird, sich zu äußern. Er kann, wenn er will, ja in Teilen verfahren. Auf diese Weise würde man allen gerecht werden und würde dann nicht den Eindruck aufkommen lassen, als ob durch Geschäftsordnungsabstimmungen zum Schluß keine demokratische Entscheidung fallen würde.
Darf ich *Horlacher* das Wort zu dieser Frage, ob jetzt über den Antrag *Krehle* und über den Antrag *Lang* abgestimmt werden soll, das Wort geben.

Dr. *Horlacher*: Zur Abstimmung über den Antrag *Krehle* und den Antrag *Lang* bitte ich, folgendes ausführen zu dürfen:
Zur Satzungsänderung ist nur eine Landesversammlung zuständig und sonst niemand.

(Zuruf.)

Nein, das ist nichts anderes. Zur Satzungsänderung ist nur eine Landesversammlung zuständig. Deswegen stelle ich jetzt bestimmte Anträge. Da muß Klarheit geschaffen werden, sonst hängen wir uns an unserer eigenen Demokratie auf,

(Heiterkeit.)

sonst geben wir ja unsere eigene Demokratie preis.
Die Landesversammlung von Marktredwitz - ich bitte, sich daran zurückzuerinnern - hat mit großer Mehrheit die Satzungsänderungsbeschlüsse angenommen und hat den Landesausschuß beauftragt, diese Frage hier zur Entscheidung zu bringen. Dazu sind wir zuständig. Deswegen stelle ich den Antrag:

1. Nach der Debatte des Herrn *Schäffer* wird darüber Beschluß gefaßt, daß die Landesausschußsitzung hier die Anträge, die von Marktredwitz herübergekommen sind, zur Erledigung bringt.
2. besteht dann die Möglichkeit, daß die Anträge von Oberbayern, wenn sie überhaupt als Anträge formuliert werden - wobei alles heraus muß, womit man sich außerhalb der Satzungen stellt -, dann an das zuständige Organ unserer Partei überwiesen werden.

Dafür ist dann wieder eine Landesausschußsitzung zuständig; es muß dann in den Bezirksverbänden entsprechend vorbereitet werden, ob sie überhaupt geneigt sind, solchen neuen Satzungsänderungen ihre Zustimmung zu erteilen. Das kann auch nicht von einem Gremium unter Vorsitz des Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] gemacht werden. Ich spreche es hier im Namen vieler Freunde offen aus: Wir lehnen es ab, daß hier ein Vertreter der Staatsregierung, insbesondere der Herr Ministerpräsident, in diese Frage eingeschaltet wird.

(Sehr richtig!)

Denn die Frage steht ja hier auf einem ganz anderen Blatt. Hier handelt es sich darum, festzustellen und zu prüfen, ob die Anträge von Oberbayern wegen angeblich nicht genügender Berücksichtigung einzelner Bezirksverbände überhaupt berechtigt sind oder nicht. Ob sie berechtigt sind, das ist eine Frage, bei der ich selber sehr im Zweifel bin. Ich habe das statistische Material durchgearbeitet, das ist eine Frage, die nach sachlichen Gesichtspunkten entschieden werden muß.
Der nächste Punkt - die Frage der Leitung der Partei - ist dann durch klare Beschlüsse von Erlangen und Marktredwitz zur Entscheidung gebracht. In Erlangen ist einstimmig beschlossen worden, daß wir an einem verantwortlichen Landesvorsitzenden, der von der Landesversammlung gewählt wird, festhalten. Einstimmig mit Stimmen von *Hundhammer*, *Pfeiffer* usw.! Es war niemand, der dagegen war. Zweitens ist einstimmig beschlossen worden, daß zwei Stellvertreter gewählt werden. Diese Beschlüsse sind durch die Landesversammlung in Marktredwitz mit überwältigender Mehrheit angenommen worden. Und ich kann hier wohl im Auftrage vieler Freunde aus dem ganzen Lande sagen: Wir haben es satt bis oben rauf, immer wieder die Führungsfrage der Partei zu erörtern!

(Zuruf: Wir auch!)

Diese klaren Beschlüsse sind vorhanden, bei denen *Pfeiffer* mitgestimmt hat.

(Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Aus einer falschen Interpretation heraus!)

Die falsche Interpretation ist den Herren hintennach erst eingefallen! Die Interpretation ist damals ganz klipp und klar sowohl von mir wie von anderen Rednern dargelegt worden, und dann ist darüber abgestimmt worden. Es ist niemand da, der sich über diese Frage bezüglich der Motive irgendwie im Zweifel war.

Ich bitte, nach diesen Anträgen zu verfahren. Denn das ist nach den Satzungen nur möglich; etwas anderes ist gar nicht zulässig.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren, weichen wir der ersten Entscheidung nicht aus! Ich lasse jetzt über den Antrag *Krehle* abstimmen.

Staatsminister *Krehle*: Ich bin bereit, meinen Antrag zurückzustellen, bis Staatsrat *Schäffer* gesprochen hat.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Krehle* stellt seinen Antrag zurück, bis Staatsrat *Schäffer* gesprochen hat.

(Bravo-Rufe.)

*Lang*: Ich stelle meinen Antrag zurück.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Lang* stellt seinen Antrag zurück, bis Staatsrat *Schäffer* gesprochen hat. Dann brauche ich im Moment keine Geschäftsordnungsdebatte und keine Geschäftsordnungsabstimmung durchführen.

Ich erteile Staatsrat *Schäffer* das Wort.

*Schäffer*: Meine lieben Freunde und meine lieben Gegner innerhalb der CSU, Ihr alle, die Ihr mich kennt und mich richtet, und Ihr vielen, die Ihr mich nicht kennt und die Ihr mich doch richtet und die Ihr über mich ein Urteil fällt und auch Antrag stellt, ohne mich bisher gehört und vielleicht auch ohne mich bisher verstanden zu haben! Ich darf zu Euch einmal über meine Beweggründe sprechen, ich darf zu Euch einmal sprechen, was das wirkliche Ziel meines Vorgehens gewesen ist.

Ich bedauere, daß ich in diesem Falle genötigt bin, zuerst auf persönliche Momente einzugehen, die ich hoffentlich möglichst ruhig und möglichst sachlich erörtern kann. Es ist heute gesagt worden, daß ich gestern und vorgestern in Reden, die ich gehalten habe, den Eindruck erweckt habe, als ob das bisherige Schweigen des Herrn Landesvorsitzenden den Schluß zulasse, daß er die Angriffe oder angeblichen Angriffe, die ich gegen ihn erhoben hätte, zugestehe. Ich glaube, daß die Landesausschußmitglieder von Niederbayern hier sind und daß sie noch ganz genau die Erinnerung an meine Rede haben, die ich gestern in Plattling gehalten habe. Sie werden mir bestätigen, daß ich gestern über diese persönlichen Angriffe überhaupt nicht gesprochen habe, daß hernach nur eine Aufforderung an mich, darüber zu reden, von Herrn Dr. *Schedl* gekommen ist. Ich konnte gestern nicht mehr erwidern, weil die Versammlung wegen der abgehenden Züge abgebrochen werden mußte. Ich kann also unmöglich den Eindruck erweckt haben oder haben erwecken wollen, daß das bisherige Schweigen des Herrn Landesvorsitzenden von mir als eine Zustimmung gedeutet würde.

Wer bei der Versammlung in Starnberg, die vorgestern gewesen ist, dabei war, muß bestätigen, daß ich in meinen Ausführungen auf die persönlichen Dinge bewußt gar nicht mehr eingegangen bin und daß ich erst, als ein Redner meine Darstellungen anzweifelte, erklären mußte, daß das, was ich wirklich gesagt habe, meine Überzeugung ist und daß ich dafür Wort für Wort einstehe. Diese Erklärung habe ich in Starnberg abgegeben. Ich muß sie abgeben, wenn man meine Darlegungen bezweifelt.

Ich kann allerdings nur das vertreten, was ich gesagt habe. Ich habe heute das Manuskript dieser Rede noch einmal ganz genau durchgesehen. Es findet sich keine einzige

Stelle darin, in der ich mit Bezug auf den Herrn Landesvorsitzenden etwa seine christliche Gesinnung oder seine christliche Linie irgendwie bezweifelt hätte. Es findet sich allerdings eine Stelle, in der ich davon gesprochen habe, daß eine Partei, die den Namen christlich übernommen hat, damit eine Verpflichtung übernimmt, nämlich die Verpflichtung, daß auch die Methoden des Kampfes untereinander und gegen den Feind mit Mitteln geführt werden müssen, die ein Christ verantworten kann,

(Sehr richtig!)

daß, wenn eine Partei ihren Namen durch die Kampfmethoden gefährdet, das kein allgemeines großes Unglück ist, daß es aber ein großes Unglück ist, wenn etwa durch den Parteikampf der Name christlich geschädigt werden sollte.

(Sehr richtig!)

Das habe ich ausgeführt. Was ich zu den Methoden, die sich in diesem Falle auf die Jahre 1946 bis zum Jahr 1948 während der Zeit meiner politischen Abwesenheit bezogen haben, gemeint habe, darüber werde ich im Laufe der heutigen Ausführungen noch sprechen.

Was nun die Dinge betrifft, die ich in Bamberg schon erwähnt habe, wie der Herr Landesvorsitzende ganz richtig ausgeführt hat, und die ich bei meinen Ausführungen vor dem Bezirksverband Oberbayern wieder erwähnt habe, so stelle ich dazu fest: Es ist dabei erstens einmal von jemandem gesprochen worden, der damals eine eigene Partei namens Bayerischer Volksbund gründen wollte. Das wird wohl mein Freund *Kübler* sein. Wir haben uns einmal nicht über eine andere Partei unterhalten, sondern wir haben in Landau, als wir zusammen die CSU gründeten und als wir als die alten, früheren Gegner vom Bayerischen Bauernbund und der Bayerischen Volkspartei, die in jener Gegend früher sehr harte Kämpfe geführt haben, uns die Hand gereicht haben, um die neue Partei zu machen, auch über den Namen gesprochen. Dieser Name war damals innerhalb der Satzungen der Partei noch gar keine feststehende Tatsache. Damals bestanden im bayerischen Land verschiedene Kreisverbände mit den verschiedensten Namen. Wir haben damals gesagt, der Name Bayerischer Volksbund, der schon vorher von dem Kreisverband in Dachau gewählt worden war, sei uns draussen sympathischer und klarer als der neue Name Christlich-Soziale Union. Denn dieser Name Bayerischer Volksbund zeigt gerade in diesen Gegenden, daß sich hier alte Richtungen neu als ein einheitliches Ganzes zusammengefunden haben.

Als dann später die Namensgebung innerhalb der Partei erfolgte, habe ich zwar auch erklärt, daß mir ein anderer Name sympathischer wäre, ich habe aber gleichzeitig erklärt, daß ich gegen den Namen Christlich-Soziale Union nichts zu erinnern habe. Seit dieser Zeit haben wir mit meiner Zustimmung den Namen Christlich-Soziale Union. Das war eine Namensfrage, über die vor jeder Taufe eines Kindes und bei jedem Gebären gesprochen wird. Ich habe in Bamberg erwähnt - und nicht zum ersten Mal in Bamberg, sondern schon früher, die Münchner wissen es, als wir im Saale des Landwirtschaftsministeriums bei der ersten Geburtstaufe beieinander gewesen sind und als damals schon die Frage des Vorsitzenden aufgeworfen worden ist - und ausdrücklich erklärt, daß ich den Vorsitzenden nicht anstrebe, daß ich aber Bedenken hatte gegen den jetzigen Herrn Landesvorsitzenden, weil er nun einmal - das habe ich damals schon ganz offen erklärt - in der Zeit, als ich Bayerischer Ministerpräsident war, ohne mich zu verständigen, mit anderen Gruppen und anderen Parteien an der Bildung einer neuen Regierung zusammengearbeitet hat. Es ist verständlich, daß ich erwähne, daß ich das, ich möchte sagen, als einen persönlichen Affront empfinde, wenn ausge-

rechnet der Mann, der gegen einen Parteifreund und Gesinnungsfreund bei einer neuen Regierungsbildung mitgewirkt hat, ohne ihn zu verständigen, der neue Vorsitzende wird.
Ich habe später aber auch das Opfer gebracht, weil in der jungen Christlich-Sozialen Union die Göttin Eris sozusagen schon an der Wiege des Kindes gestanden war, zuzustimmen, daß derselbe Mann der Vorsitzende des geschäftsführenden, geschäftsvorbereitenden Ausschusses geworden ist. Ich habe gehofft, durch dieses Opfer - es war ein Opfer für mich - dazu beizutragen, daß die Göttin Eris sich wandelt.
Wer die Verhältnisse und die Geschichte kennt, wie sie dann nach diesen Wochen vor sich gegangen sind bis hin zum Bamberger Tag, wer sich an den Bamberger Tag noch erinnert - und ich sage, für mich ist das eine der beschämendsten und häßlichsten Erinnerungen, die ich habe -, der weiß, wie lange es gedauert hat, bis ich damals zu einem ruhigen Wort gekommen bin. Ich habe dann damals, als ich die bisherige Entwicklung schilderte, in ganz ruhigen Ausführungen auch das wieder geschildert. Ich habe vielleicht Einzelheiten gar nicht erwähnt. Ich habe vielleicht gar nicht erwähnt, daß ich damals, als die Besprechungen mit *Murphy* stattfanden, diesem gesagt habe: Das ist ja alles nur mehr Schein, das ist ja alles schon erledigt; mein Freund und Kabinettskollege *Rattenhuber* ist ja vorgestern beim Herrn Regierungspräsidenten *Stegerwald* in Würzburg gewesen und hat von *Stegerwald* bereits erfahren, daß das neue Kabinett in der und der Form aufgestellt werden wird und daß das alte Kabinett zu gehen hat. Ich muß sagen: Die Schilderung, die ich damals gegeben habe, bleibt heute noch bestehen, und der Herr Parteivorsitzende hat in Bamberg meine sachlichen Schilderungen nicht bestritten, so wenig er sie heute sachlich bestritten hat.
Ich habe trotz aller Erfahrungen in Bamberg hernach eine Erklärung abgegeben, die eine Loyalitätserklärung gewesen ist, aber nicht gegenüber einer Person, sondern gegenüber dem Gedanken der CSU. Ich habe damals, nachdem die Bamberger Tagung so geendet hatte, die Erklärung abgegeben, daß ich an dem Gedanken der CSU innerlich so hänge, daß meine Mitarbeit trotz allem, was ich bisher erfahren habe, der CSU nach wie vor bleibt. Ich habe gehofft, daß diese Erklärung, die auch ein Opfer gewesen ist, beitragen könnte, den Frieden zu gestalten. Wer in Bamberg damals dabei war, weiß, daß nach dieser Erklärung noch auf der Tagung aber gleich wieder gewisse Vorbehalte und Angriffe gemacht worden sind, die dann auch sehr bald darauf in der Presse erschienen sind. Ich habe dann diese Presseangriffe später wieder gefunden. Ich komme darauf an anderer Stelle zurück.
Es ist nicht richtig - ich betone es ausdrücklich -, daß der Streit darum gegangen sein könnte, daß ich einen Führungsanspruch erhoben hätte. Ich habe einmal allerdings, bevor überhaupt Verhandlungen über die Parteibildung begonnen haben, mit einem Herrn gesprochen, der, glaube ich, hier ist. Ich habe damals gesagt, wir wollen eine neue Partei gründen und wir wollen in dieser Partei insbesondere die beiden Konfessionen miteinander sammeln. Sie gelten im Lande als der prominente Vertreter der Protestanten. Damals war die Verkehrsverbindung so, daß man sich den Mann in München suchen mußte, weil ja Telefon und Post usw. noch sehr schlecht funktionierten. Deswegen schlage ich vor, so habe ich gesagt, daß Sie und ich, der ich den alten Namen von der früheren Zeit von der katholischen Seite her habe - was allerdings ein falscher Begriff war - zusammen den Aufruf zur Gründung und Sammlung einer neuen Partei machen.
Das war das einzige Mal, wo ich sozusagen hervorgetreten bin. Ich wollte damit aber nur der Öffentlichkeit dartun, daß sich die beiden Konfessionen in diesen beiden Namen miteinander gefunden hätten.

Ich muß dann noch einmal auf die Frage dieser Regierungsliste zurückkommen. Es ist richtig, der Name Dr. *Muhler* als Kultusminister ist ebenfalls auf der Liste gestanden, die ich erhalten habe. Ich habe davon bisher nicht gesprochen, aber es stimmt. Ich habe diese Liste damals aus dem Lager der SPD heraus erhalten. Das sage ich auch. Es war die Liste, die mit den vorbereitenden Maßnahmen zum Sturz des damaligen Kabinettes zusammenhing und von der ich erwähnt habe, daß auf ihr *Stegerwald*, Dr. *Josef Müller*, stellvertretender Ministerpräsident ein KPD-Mann und Kultusminister Dr. *Muhler* vertreten waren.
Die Mitglieder der CSU, die damals bei der Frage der Regierungsbildung des Kabinetts *Hoegner* im Sechser-Ausschuß gewesen sind, müssen sich auch an das Protokoll erinnern, das damals über die Verhandlungen geführt worden ist. Ich hatte damals den Auftrag, zusammen mit Dr. *Semler* mit Dr. *Hoegner* zu verhandeln. Es ist richtig und es ist meines Wissens zu Protokoll gegeben und muß noch in den Akten stehen, daß uns Dr. *Hoegner* damals erklärt hat, er betrachte Herrn Dr. *Müller* nicht als verhandlungsfähig, weil Dr. *Müller* den Kommunisten so weitgehende Zugeständnisse in der Frage der Regierungsbildung gemacht habe, daß er, Dr. *Hoegner*, darüber jetzt in die größten Schwierigkeiten komme. Ich bitte, in den Akten nachzusehen. Ich mußte pflichtgemäß als Verhandler zusammen mit Dr. *Semler* diese Erklärung dem Ausschuß mitteilen.
Am nächsten Tag sollten die Verhandlungen durchgeführt werden und in der Nacht ist das Telefongespräch Dr. *Kroth*/Dr. *Müller* oder Dr. *Müller*/*Kroth* gewesen. Jeder, der an den Verhandlungen beteiligt war, weiß, daß am nächsten Morgen die ganze Basis, auf der wir verhandelt hatten und der zufolge die neue CSU nach Vorschlag Dr. *Hoegners* Innenministerium und Kultusministerium behalten hätte, gebrochen war und eine Beteiligung der CSU in Form eines Ministers auf den Ansturm der KPD hin überhaupt nicht mehr möglich gewesen ist.
Nun darf ich über die Gründe meiner Entfernung sprechen. Es ist am besten, ich lese das Aktenmaterial in aller Ruhe vor. Ich habe die Anklageschrift oder das Anklagematerial, das die Militärregierung der Spruchkammer gegeben hat, hier in Händen. Ich lese es ganz ruhig vor. Es heißt in einem Passus:

> *Schäffer* hat viel Aufhebens von seiner erlittenen Verfolgung zur Zeit der Nazis gemacht. Tatsächlich war er nur bei zwei Gelegenheiten belästigt worden
>
> - was übrigens falsch ist -
>
> einmal im Jahre 1933, als er zum Braunen Haus gebracht wurde
>
> - das war wegen dem Schießbefehl -
>
> und für eine kurze Zeit in Stadelheim festgehalten wurde
>
> - das war eine andere Sache.
>
> Für diese Maßnahme entschuldigte sich jedoch *Ritter von Epp*, Reichsstatthalter für Bayern, indem er diese Maßnahme als Eigenmächtigkeit untergeordneter Dienststellen bezeichnete, die er aufs schärfste mißbillige. Klammer: Aussage des Dr. *Josef Müller*, stellvertretender Leiter der Christlich-Sozialen Union in Bayern.
> Nach dem Putsch am 20. Juli 1944 verbrachte *Schäffer* mehrere Wochen in Dachau, wo ihm jedoch eine bevorzugte Behandlung zuteil wurde, wie das bei früheren politischen Führern, gegen die die Nazis keine Absicht hatten, der Fall war. Klammer: Aussage des *Albert Roßhaupter*, Arbeitsminister.

Ich habe in dem Fall Dr. *Müller* in meiner Rede in München ausdrücklich bemerkt, daß er zwar unter den Aussagenden genannt ist, daß es sich aber nur um eine Kleinigkeit handelte. Ich habe hier ausdrücklich differenziert. Ich habe den Fall *Roßhaupter* dagegen als viel bösartiger betrachtet, weil der Fall *Roßhaupter* auf eine Sache zurückgeht, die ich jedem Deutschen zum Vorwurf mache, nämlich auf einen persönlichen Gegensatz, den es deshalb gegeben hat, weil *Roßhaupter* entgegen der Verpflichtung, die wir uns damals im Kabinett gegeben hatten, und entgegen der Weisung, die die Militärregierung selbst gegeben hatte, eine rein persönliche Sache und Angelegenheit hinter dem Rücken des Ministerpräsidenten [*Fritz Schäffer*] in der Militärregierung zu seinen Gunsten hat entscheiden lassen. Das war sozusagen der Anfang, warum eine Feindschaft mit *Albert Roßhaupter* aufgetaucht ist. Ich habe hier eine gewisse Quittung darüber erhalten, die ich als bösartig empfunden hatte.
Und nun zu den anderen Fällen. Der Fall *Baumgartner*! Meine Herren, ich darf Sie daran erinnern, daß meine sogenannte politische Rehabilitierung am 26. Januar 1948 erfolgt ist. Ich darf nun meine Gespräche und meine Unterhaltungen und Vereinbarungen mit Dr. *Baumgartner* in aller Ruhe und im Zusammenhang schildern.
Dr. *Baumgartner* hat mich einmal Anfang Dezember angerufen und mich zu sich gebeten. Diejenigen, die sich an die ersten Zeiten der CSU erinnern, wissen, daß Dr. *Baumgartner* mir eigentlich nicht sonderlich freundlich gegenübergestanden ist. Aber ich habe, als ich ihn später traf, doch sofort wieder das frühere Verhältnis hergestellt. Ich habe auch das alte Du mit ihm weitergeführt. *Baumgartner* rief mich an, und ich dachte mir: Na, da wird etwas los sein, weil er an mich denkt.
Ich kam zu ihm, und er erzählte mir, er habe vor, sein Ministeramt niederzulegen, aus manchen sachlichen Gründen und aus manchen Gründen, die auch mit der CSU zusammenhängen. Dabei bezeichnete er als Grund, daß, ohne daß er es wußte, unser Parteivorsitzender mit *Schlange-Schöningen* viele Besprechungen und Unterredungen gehabt habe, über die er, der an sich zuständige Landwirtschaftsminister, nicht informiert worden sei. Er habe den Eindruck, daß das in dem Kampf, in den er nun einmal mit *Schlange-Schöningen* geraten war, nicht zur Stärkung seiner Position beigetragen habe. Er hat mir auch erzählt, daß in einer persönlichen Angelegenheit die berühmte schwarze Sau, die heute schon erwähnt worden ist, die schwarze Sau von Veitshöchheim bei *Schlange-Schöningen* gegen ihn als eine Art Beschuldigung vorgebracht worden sei. Er hat lachend hinzugefügt, das sei ganz falsch, denn diese schwarze Sau sei zwar tatsächlich geschlachtet worden, aber von einem Verwandten des *Schlange-Schöningen* selbst und er habe selbst die Untersuchung in diesem Falle eingeleitet.
Dr. *Baumgartner* erzählte mir auch - und er hat es ja in dem Brief, den der Herr Landesvorsitzende vorgelesen hat, ausdrücklich wieder geschrieben -, geklärt sei die Sachlage noch nicht, auch nicht durch die Erklärung von Dr. *Berthold*. Er hat mir damals erzählt, daß dieser Regierungsrat *Schneller* beauftragt worden sei, ihn zu überwachen und Material gegen ihn zu sammeln. Ich habe in dem Gespräch zu Dr. *Baumgartner* dann gesagt: Ich bitte Sie, warten Sie ab, überlegen Sie sich Ihren Rücktritt als Landwirtschaftsminister. Es ist zum mindesten Ihre Ehren- und Gewissenspflicht, bevor Sie einen solchen Schritt tun, sich mit Ihrem Chef, das heißt mit dem Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*], rechtzeitig auszusprechen, um von ihm die Erklärung zu erhalten, ob er diesem Rücktritt zustimmen kann oder nicht.
Er hat dann weiter davon schon damals gesprochen, daß er Zweifel habe, ob er in der CSU bleiben könne oder nicht, auf deutsch, ob er der Bayernpartei beitrete. Ich habe ihm dann gesagt, und, meine lieben Freunde, das ist die Überzeugung, aus der heraus

ich handle: Das Schlimmste ist, wenn die CSU Mann für Mann und Stück für Stück auseinanderläuft. Das darf nicht sein.

(Sehr richtig!)

Der Block, der in der CSU ist, soll beisammenbleiben, und er soll mir das Versprechen geben, daß er nicht einzeln handelt, daß er, bevor er einen Schritt tut, noch einmal mit mir spricht. Ich könne jetzt einen Entscheid, ob ich jetzt ins politische Leben zurückkehre, noch nicht treffen. Ich müsse abwarten. Aber ich würde ihm versprechen, bevor ich irgendeinen entscheidenden Schritt tue, auch mit ihm zu reden. Denn nur, wenn Mann gegen Mann und Wort gegen Wort gestellt wird, nur dann kann ich den anderen auch an sein Wort binden.
Ich habe mein Wort gehalten. Dr. *Baumgartner* hat allerdings seinen Entschluß gefunden, ohne mit mir irgendwie Fühlung zu nehmen. Er hat Mitte Januar noch mit mir gesprochen und damals noch gesagt, für ihn sei die Zeit eines Entschlusses noch gar nicht gekommen. Er müsse zuerst seine wirtschaftliche Existenz neu gründen. Er müsse den Professor in Weihenstephan erst sicher haben. Erst dann könne er wieder in die politische Laufbahn zurückkehren.

(Unruhe und Bewegung im Haus.)

Nun, meine lieben Freunde: Daß ich je an Dr. *Baumgartner* - ich sage *je*, ob es am 7. Januar war oder an einem anderen Tag, das spielt gar keine Rolle - einen Brief geschrieben hätte, ich wolle der Bayernpartei beitreten oder ich fordere ihn auf, der Bayernpartei beizutreten, ist bestimmt unwahr. Ich kann das auch dokumentarisch beweisen.

(Hört, hört!)

Denn ich habe ihm später, am 9. Februar 1948, geschrieben, nachdem Anfang Februar Dr. *Hundhammer* zu mir gekommen war und mich gefragt hatte, wie es nun mit mir stünde, ob ich ins politische Leben zurückwolle oder nicht. Ich habe Dr. *Baumgartner* schon deswegen geschrieben, weil ich wissen wollte, wie es eigentlich dazu gekommen ist, daß er mir gegenüber sein Wort nicht halten konnte. Der Wortlaut des Briefes ist folgender:

> 9. Februar 1948.
> Unserer seinerzeitigen Verabredung entsprechend möchte ich Dir mitteilen, daß ich noch in dieser Woche entscheidende Entschlüsse fassen muß und wohl nicht mehr länger warten kann. Vielleicht kannst Du mich anrufen.
> Mit besten Grüßen
> Dein

Hier ist also der Beweis. Ich hebe von allen Briefen, die ich schreibe, Abschriften auf, ich bin gewitzigt. Ich habe infolgedessen auch diese Abschrift. Hier ist also der Beweis, daß ich bis zum 9. Februar 1948 zugewartet habe, daß ich bis zum 9. Februar 1948 irgendeinen Entschluß überhaupt nicht getroffen habe. Der Mann, der mich zu einem Entschluß bewogen hat, ist mein Freund Dr. *Hundhammer* gewesen. Nicht in dem Sinne, daß ich nicht vorher schon die Möglichkeiten überlegt hätte. Aber es war der Moment, wo ich nun das Abwarten nicht mehr durchführen konnte.
Auf diesen Brief hin kam Dr. *Baumgartner* zu mir. Ich habe ihn dann gefragt, wie es denn gekommen sei, daß er am 26. oder 27. Januar - ich glaube, es war der 26., der

Tag, an dem Marktredwitz gewesen ist - der Bayernpartei beigetreten sei, ohne mich vorher oder auch nachher überhaupt nur zu verständigen. Er schilderte es als eine Zwangslage. Es habe damals auch Differenzen gegeben, über die in der Presse berichtet worden war. Es ist die Geschichte "*Knott-Kettner*" gewesen, oder wie sie heißen. Damit diese Differenzen der jungen Partei nicht schaden, sei er rasch geholt worden und habe sich entschließen müssen, eine Art Direktorium mitzubilden. Da habe er seinen Beitritt zur Bayernpartei erklärt und am nächsten Tag seinen Austritt aus der CSU.

Bei diesem Gespräch, das vor zwei Zeugen stattgefunden hat, hat er mir dann auch das erzählt, was mir eine Überraschung gewesen ist. Er hat mir erzählt, daß bei der Bowle, die in der Nacht vom 27. Januar, ich glaube zwischen 22 und 2 Uhr, hat er zu mir gesagt, getrunken worden sei, man sich, nachdem der erste Teil des Gespräches abgelaufen war, im zweiten Teil des Gespräches mit mir beschäftigt und ihm zuerst erzählt habe, ich hätte Material gegen ihn gesammelt. Ich habe ihm gesagt: Lieber *Baumgartner*, Du weißt, daß ich gegen keinen Menschen Material sammle und gegen keinen Menschen Material habe, weil ich das nicht will. Du weißt, daß mir einmal ein Brief, der für Dich äußerlich [sic!] unangenehm schien, in die Hand gegeben worden ist, und Du weißt, daß ich dann mit Dir über diesen Brief unter vier Augen gesprochen habe, weil ich nämlich das für die einzig richtige Methode halte,

(Sehr richtig!)

wenn ich über jemand etwas Ungünstiges erfahre, mit ihm persönlich zu sprechen.

(Bravo!)

Glück mit diesem Verfahren habe ich, liebe Freunde, offen gestanden wenig gehabt. Ich habe auch in einem anderen Fall, der in München noch eine große Rolle spielt, ein solches sogenanntes Material erhalten und mit dem Nächstbeteiligten dann gesprochen, um ihm einen Weg zu nennen, den ich an seiner Stelle in dieser Situation tun würde und gemacht hätte. Ich habe mir dadurch einen schweren Feind zugezogen. Bei dieser Gelegenheit hat er mir dann weiter erzählt, daß im Anschluß daran zu ihm gesagt worden sei, er möge mich doch bewegen, mich für die Bayernpartei anzumelden. Er möge dann dafür eintreten, daß ich von der Bayernpartei abgelehnt würde. Dr. *Müller* habe zu ihm gesagt: Dann kann ich sagen, den Lückenbüßer mache ich nicht, das heißt dann sitzt *Schäffer* zwischen allen Stühlen. Ich habe Dr. *Baumgartner* ausdrücklich vor den beiden Zeugen gefragt: Kann ich das verwerten? *Baumgartner* hat mir erwidert: Du kannst es verwerten.

(Hört!)

Nun weiter! Ich habe hier nur diese Notiz: Reichsaußenminister *Beck*. Entschuldigen Sie, mein Gedächtnis verläßt mich. Aber von Oberst *Beck* weiß ich nichts. Ich habe bestimmt nie darüber gesprochen. Ich habe allerdings einmal eine allgemeine Redewendung gebraucht, weil ich weiß, daß unser Herr Landesvorsitzender einmal es als seinen Wunsch ausgesprochen hat, wenn er ein Ziel habe, möge er am liebsten Reichsaußenminister sein. Ich weiß das.

(Zuruf: Bei welcher Gelegenheit?)

Ich kann auch den Namen nennen. Die Redewendung habe ich allgemein gemacht: Wenn man den Wunsch hat, Reichsaußenminister zu werden, so darf man darüber natürlich nicht die Aufgabe, die einem jetzt gestellt ist, die Aufgabe Bayern, hintansetzen.

Was die Frage der Überbetonung der Kommunistengefahr anbelangt und was darüber gesagt worden ist, so brauche ich nicht darauf einzugehen. Aber wenn man dabei erwähnt hat, daß es andere Leute gäbe, die früher, sagen wir mit links, nie eine Verbindung gefunden hätten und die infolgedessen den Nationalismus, der dann zu *Hitler* und zur deutschen Katastrophe geführt hat, gestärkt hätten, so darf ich Ihnen nur eines erzählen:
Es gab im Jahre 1930 im Bayerischen Landtag einen, der die Idee gehabt hat, man müßte diese Zeit noch rechtzeitig benützen, um auf einem legalen Weg der nationalsozialistischen Bewegung einen legalen Damm entgegen[zu]setzen. Dieser Mann hat damals mit den sozialdemokratischen Führern *Timm*, *Endres* und *Dill* gesprochen und hat ihnen gesagt: Heute sind die Mandatsziffern noch so, daß SPD, Bauernbund und Bayerische Volkspartei zusammen die Zweidrittelmajorität im Bayerischen Landtag haben. Ich schlage Euch vor, eine Koalition zu machen und diese Koalition möge sofort eine Änderung des Wahlrechtes in dem Sinne durchsetzen, daß die Kreise, die jetzt die Hauptträger der jungen Bewegung sind, sagen wir einmal, möglichst beschränkt und die vernünftigeren, ruhigen Kreise in ihrem Wahlrecht gestärkt werden.
Ich wollte damals das aktive Wahlalter auf 25 Jahre heraufsetzen und das passive Wahlalter auf 30 oder 35 Jahre. Ich habe ihnen das vorgeschlagen, weil ich damit gehofft habe, legal in Bayern einen Damm zu errichten. Ich weiß, daß man historische und geschichtliche Bewegungen dadurch nicht aufhalten kann. Aber was ich wollte, war, zu dieser neuen Blockbildung zu kommen, weil ich in dieser Stunde der Überzeugung war, daß diejenigen, die die Demokratie in der rechtlich legalen Form erhalten wollen, die früheren Unterschiede vergessen und zusammenstehen müssen. Der Abgeordnete, der das vorgeschlagen hat, war ich. Ich habe einige Tage darauf dann von dem alten *Timm* die Antwort erhalten: Das geht nicht, das widerspricht unseren Doktrinen, worauf ich ihm gesagt habe: Dann werden Eure Doktrinen am Leben bleiben, und Ihr werdet sterben, ich kann das nicht ändern.
Und nun weiter! Was nun die Personendiktatur in der Union und das von mir angeblich verlangte Ermächtigungsgesetz - in geheimer Wahl und Abstimmung - betrifft, so darf ich Ihnen vielleicht aus dem Protokoll die entsprechende Stelle verlesen. Ich habe laut Protokoll gesagt:

> Jetzt möchte ich etwas ganz Außergewöhnliches vorschlagen und tun. Bevor ich Euch meine Vorschläge sage, möchte ich zuerst wissen, wie Ihr glaubt, daß in Euren Kreisverbänden die Bevölkerung wirklich steht. Ich möchte wissen, wie ist es in den einzelnen Kreisverbänden, wird mein Name, wenn er als der des Vorsitzenden des Bezirksverbandes Oberbayern erscheint, den Zusammenhalt für die CSU bringen, wird er das Abwandern der Wähler in andere Parteien verhindern und wird er damit den Bestand der CSU retten?

Darüber habe ich eine offene Antwort von den einzelnen Kreisverbandsvorsitzenden verlangt, als Stimmungsbild, wie die Bevölkerung in den einzelnen Kreisverbänden steht, ob die Möglichkeit gegeben ist, die CSU zusammenzuhalten und die CSU zu retten. Ich werde Ihnen später erklären, warum ich diese Frage gestellt habe und warum ich diese Frage in jener Stunde als Voraussetzung für notwendig gehalten habe. Die Wahl selbst erfolgte mit Stimmzetteln und war vollkommen geheim.
Was nun den vorerwähnten Schießbefehl betrifft, so muß ich folgendes sagen: Am 9. März 1933 war ich, ich glaube den ganzen Tag mit vielleicht einer Stunde Mittagspause, mit Herrn Dr. *Held* beisammen. Ich weiß noch ganz genau, wie schwer das Ringen

mit den Nationalsozialisten *Röhm*, *Himmler*, *Wagner* und so fort gewesen ist. Ich weiß, wie wir darum gerungen haben, um den Entschluß: Sollen wir den sogenannten Schießbefehl geben oder nicht. Dr. *Hundhammer* und ich und außerdem Dr. *Stützel* sind ja auch für diesen Schießbefehl zum Teil im KZ gewesen. Du (zu Dr. *Hundhammer* gewendet) warst im KZ, und Dr. *Stützel* und ich sind in derselben Nacht ins Braune Haus geschleppt worden, weil man uns nicht mit Unrecht als diejenigen erklärt hat, die für den Schießbefehl eingetreten sind.

(Dr. *Hundhammer*: Ein Telefongespräch war abgelauscht worden.)

Nun darf ich folgendes feststellen, weil ich es gestern von anderer Seite gehört habe und weil es heute durchgeklungen ist. Damals war die Situation in Bayern so, daß die auf Seiten der Bayerischen Volkspartei stehende sogenannte Bayernwacht zahlenmässig der SA mindestens gleich, an Geist und innerer Geschlossenheit aber überlegen gewesen ist. Es war damals am 9. März bereits dafür gesorgt, daß die Bayernwacht, ich möchte sagen, aufrufbereit dagestanden hat.

Wir hatten als staatliche Macht die Landespolizei. Die Landespolizei, das wußten wir alle, wird dann und nur dann funktionieren, wenn die Reichswehr nicht gegen die Landespolizei steht. Denn dazu konnte ich die Landespolizei nie bringen, daß sie etwa auf die Reichswehr geschossen hätte. Deswegen lag die Entscheidung jener Stunde bei der Frage: Welche Haltung wird die deutsche Reichswehr einnehmen? Darum ist die Debatte gegangen. Diese Frage habe ich seinerzeit aufgeworfen.

Ich habe dann darauf gedrängt, daß der Landeskommandant - das wäre *Leeb* gewesen, der war an diesem Tag verreist - und an seiner Stelle der stellvertretende Landeskommandant *Wäger* geholt worden ist. Ich habe *Wäger* gesagt: Nach § 17 des Reichswehrgesetzes - ich glaube, es war dieser Paragraph - kann die Landesregierung die Reichswehr aufrufen, wenn eine Gefährdung der Landesregierung, eine Gefährdung der Gesetze im Lande gegeben ist. Wird die Reichswehr diesem Aufruf der Bayerischen Landesregierung heute folgen? Er hat mir gesagt: Nach den Schilderungen, die Sie mir geben, sind die Voraussetzungen für das Eintreten der Reichswehr an der Seite der Bayerischen Landesregierung gegeben. Sie wissen aber doch auch die politischen Umstände. - Inzwischen war ja *Adolf Hitler* Reichskanzler geworden. Ich muß, bevor ich einen solchen Schritt tue, natürlich in Berlin anfragen.

*Wäger* hat telefonisch in Berlin angefragt. Er kam dann nach einigen Stunden und sagte zu Dr. *Held* und mir gemeinsam: Ich habe den Auftrag zu erklären, daß sich die Reichswehr in innerpolitische Angelegenheiten Bayerns nicht einmischen darf.

Das war also die Absage auf unsere Anfrage. Ich ging dann mit ihm hinaus und habe ihn unter der Tür gefragt: Haben Sie etwa noch eine andere Weisung, die Sie mir nicht sagen dürfen? Er sah mich an. Ich wußte ganz genau, wie ich daran war. Er hatte natürlich eine andere, weitergehende Weisung. Wer von Euch hätte es nun in dieser Situation verantwortet, wenn er rechnen muß, daß die Reichswehr an der Seite der SA aufmarschieren wird, einen nutzlosen, sinnlosen Kampf der Bayernwacht und der Landespolizei, die bestimmt nicht gegen die Reichswehr vorgeht, noch hervorzurufen und damit unnütz Blut zu vergießen, wo später ein selbständiges Land mit einer eigenen Regierungsgewalt, Österreich, den Nationalsozialisten doch binnen 24 Stunden erlegen ist? Das war die Situation, und das war der Schießbefehl.

Eines möchte ich noch feststellen: Der Abgeordnete, der das Wort Mainlinie gesprochen hat, ist der *Schäffer Fritz* nicht gewesen.

(Dr. *Horlacher*: So!)

Der Abgeordnete, der das Wort Mainbrücke gesprochen hat, der gesagt hat, der Main und das Land am Main ist die Brücke zwischen Nord und Süd, der bin ich gewesen. Und der bin ich noch acht Tage vor der Wahl vom 5. März gewesen, als ich in Frankfurt mit Prälat *Kaas* zusammen gesprochen habe, habe ich dieses Wort von Würzburg in Frankfurt noch einmal wiederholt. Das ist das, was ich zu diesen Dingen zu sagen habe.

Und nun grundsätzlich meine Beweggründe und grundsätzlich mein Handeln. Liebe Freunde! Ob Ihr es mir glaubt oder nicht: Ich habe einmal vor wenigen Wochen einem hohen amerikanischen Militär gegenüber gesagt: Man kann im politischen Leben vielleicht Fehler machen. Ich glaube nicht, daß es irgendeinen großen Staatsmann gibt, dessen Biographie man schreiben könnte, ohne nicht auch Fehler zu erwähnen, die er in taktischer oder sonstiger Beziehung gemacht hat. Aber wenn ich einen Stolz habe, dann ist es nicht die Behauptung, daß ich keinen Fehler gemacht hätte, sondern es ist die Behauptung, daß ich in meinem ganzen politischen Leben bewußt nie eine Unwahrheit gesprochen habe. Darauf bin ich stolz.

Und nun will ich Euch meine Haltung erklären. Wenn einer glaubt, daß ich heute aus politischem Ehrgeiz oder sonstigem Trieb gehandelt habe, so möchte ich ihn zunächst einmal nur vernünftig fragen: Wie kann ein Mann, dem die höchste Autorität des Landes, die Besatzungsmacht, brieflich und schriftlich bescheinigt hat, daß er ein Amt nicht bekleiden darf, etwa in das politische Leben zurückkehren, um einen Posten, um ein Amt zu erhalten? Es ist ja ganz ausgeschlossen. Im Gegenteil! Daß ich diesen Brief erhalten habe, hat mir meinen Entschluß insoferne erleichtert, als ich mir gesagt habe: Selbst der Böswilligste kann heute nicht annehmen, daß mich die Ehrsucht und der Ehrgeiz nach einem Amte leiten könnte. Denn wenn ich ihn selbst hätte, ich könnte ihn ja nicht befriedigen, weil ich nicht darf.

Freund *Hundhammer* weiß, als er mich fragte, ob ich mich für den Wirtschaftsrat in Frankfurt wählen ließe, habe ich ihm gesagt: Wenn Ihr in der Fraktion darüber abstimmt, ist es mir ganz angenehm, aber bevor ich eine Annahmeerklärung abgebe, müßte ich zuerst zur Militärregierung hinausgehen und müßte es sagen, weil ich auch nicht so töricht wäre, daß ich um eines persönlichen Ehrgeizes willen einen Konflikt zwischen meinem Volke und der Militärregierung oder einer anderen Macht hervorrufen möchte.

Ich handle also auch nach der Richtung pflichtgemäß. Nun hätte ich auch rein menschlich sagen können: Was soll ich für einen Grund haben? Mir ist es im Jahre 1946 und 1947 vielleicht besser gegangen als früher, ich habe ein ruhigeres Leben gehabt. Männliche Erben habe ich überhaupt nicht mehr. Ich wüßte also nicht, warum ich irgendwie noch nach Posten streben sollte. Und ein Grund, den ich ein andermal erwähnt habe: In meiner Familie ist es so üblich, daß man nicht weit über 60 Jahre alt wird. Ich habe infolgedessen gar keine Aussicht, noch viele Lebensjahre an politischen Ehrgeiz hinzuhängen. Aber etwas anderes habe ich: Bis zum letzten Tag meines Lebens möchte ich dem folgen, was mir mein Gewissen gebietet. Ich bin früher im politischen Leben gestanden, und - ob man es glauben will oder nicht - es gibt in unserer bayerischen Heimat nördlich und südlich der Donau noch viele Kreise, die mich kennen und die sagen: Was man ihm auch nachreden will: Gewonnen und einen persönlichen Vorteil hat er in der Politik nicht gehabt und nicht angestrebt.

(Sehr richtig!)

Was er getan hat, das hat er vertreten als Mann seiner Überzeugung und um der Sache willen. Deswegen gibt es noch Kreise im politischen Leben und unter der Wählerschaft, bei denen mein Name etwas gilt.

Nun ist es so: Was man hier erhält, ist gewissermaßen ein Pfund, mit dem der Mensch, der Christ nach seiner Überzeugung wuchern muß, das er dann, wenn er es für notwendig hält, einzusetzen hat. Als mich Dr. *Hundhammer* fragte, ob ich wieder ins politische Leben zurückkehren wolle, habe ich das als eine Stimme empfunden, die mir sagte: Jetzt mußt Du mit diesem Pfunde wuchern, jetzt mußt Du es einsetzen für einen Zweck, den Du für gut hältst und den Du gewissermaßen als eine Pflicht empfindest.

Ich hatte vorher einmal bei der amerikanischen Militärregierung auf die Frage: Betreiben Sie Ihre Rehabilitierung, um ins politische Leben zurückzukehren - es war zwei Monate vorher gewesen - erklärt: Nein, deshalb nicht, aber auch deshalb nicht, weil ich heute nicht recht weiß, was ein aufrechter deutscher Mann im politischen Leben überhaupt für eine Aufgabe erfüllen kann, was für eine Aufgabe er überhaupt vor sich sieht. Ich habe ihnen dann gesagt: Wenn ich eine Aufgabe vor mir sehe, dann ist es die, meinem Volk die Wahrheit zu sagen, ihm zu sagen, was seine einzige politische Aufgabe sein kann.

Ein besiegtes Volk hat andere Aufgaben als ein Volk, das seine freie Willensbildung hat. Ein besiegtes Volk muß ganz anders denken. Was ich heute immer als den größten Fehler empfinde, ist die Tatsache, daß in unserer Politik anscheinend ganz vergessen wird, daß wir ein besiegtes Volk sind und daß wir ganz andere Aufgaben haben. Die einzige politische Aufgabe, die ich sehe, ist die, ein Vertrauensverhältnis zwischen Bevölkerung des besetzten Gebietes und der Besatzungsmacht herzustellen, wie ich gerade einem Herrn der amerikanischen Militärregierung gegenüber sagte. Ein Vertrauensverhältnis besteht nie zwischen einem Herren und einer Kolonialbevölkerung, sondern nur zwischen zwei Nationen gleicher Kulturhöhe, die sich gegenseitig Menschenrecht und Menschenwürde zuerkennen und die gegenseitig in diesem Geiste miteinander sprechen und handeln wollen. Das ist die Aufgabe, die ich vor mir sehe.

Ich habe von der ersten Stunde an dieser Aufgabe dienen wollen, als ich im Jahre 1945 das Amt des Ministerpräsidenten übernahm. Ich übernahm es am 28. Mai. Ich war in den Wochen vorher absichtlich nicht in München. Denn als ich einen kurzen Besuch damals im Münchner Rathaus machte, fand ich die Gänge voll von Menschen, die alle geglaubt hatten, jetzt sei die Stunde, wo sie ans Ruder kommen müßten. Hier habe ich mich meines Volkes etwas geschämt und bin deshalb wieder in mein Bauerndorf hinausgegangen und habe gewartet, bis ich gerufen werde. Und als ich dann gerufen wurde, habe ich mich zur Verfügung gestellt, nicht für das Amt des Ministerpräsidenten, sondern für das Amt eines Richters, nachdem mir einer der Herren gesagt hatte: Haben Sie doch Vertrauen, wir sind alle Kinder des gleichen Gottes.

Als ich diese Worte damals gehört hatte, hatte ich das Vertrauen, daß ein Zusammenarbeiten, das Schaffen eines Vertrauensverhältnisses wirklich möglich sei, und das ist die Voraussetzung, die ich erkenne. Eine Gefühlspolitik oder gar eine Protestpolitik halte ich für das Törichtste, was ein besiegtes Volk tun kann. Ich erinnere an einen Vers, der in einem Gedicht von *Geibel* steht, wo der Besiegte zum Sieger sagt: "In Deinen Händen ist die Macht, wer einem Sieger widerspricht, der widerspricht mit Unbedacht."

Aber etwas anderes verlange ich. Ich verlange, daß jeder, der sein Volk vertritt gegenüber der Besatzungsmacht, das als Mensch von Ehre und Würde tut. Man hat dem deutschen Volk im Auslande vorgeworfen, daß es im Siege brutal und in der Niederlage würdelos sei. Der einzige Weg, den wir haben, um wieder geachtet unter den Nationen zu stehen, ist der Weg, daß wir in Würde handeln und damit auch Achtung ge-

winnen, daß infolgedessen die Männer, die ihr Volk vertreten, dies nur aus ihrem Gewissen heraus tun und daß sie immer offen die Wahrheit sagen, ob es ihnen nützt oder schadet, ob ihre Stellung dadurch gestärkt wird oder nicht.
Ich habe damals erklärt: Wenn ich heute im politischen Leben stehen würde und wenn ich ein Demagoge wäre, dann würde ich ja die Möglichkeit haben zu sagen: Jetzt ist bewiesen, daß alle Vorwürfe, die gegen mich erhoben wurden, haltlos und unbegründet sind. Ich habe offen und aufrecht auch in jenen Stunden gesprochen, in denen ich sah, daß Maßnahmen geplant sind, die dem Vertrauensverhältnis zwischen Besatzungsmacht und Bevölkerung nicht dienen, sondern ihm schaden.
Hierher gehörte in jener Zeit die Frage der Denazifizierung. Was ich damals gesagt und geschrieben habe, halte ich heute noch voll aufrecht und würde es gewissensmässig heute noch vertreten. Aber ich möchte nie in die Lage kommen, daß ich mit dieser Stellungnahme Demagogie treiben müßte und dann sozusagen der Mittelpunkt der Unzufriedenheit im Lande werden würde. Denn letzten Endes haben wir und unsere Besatzungsmacht alle einen gemeinsamen Gegner, und niemand darf durch Demagogie ein Feuer anzünden, an dem der gemeinsame Gegner seine Suppe kochen kann.

(Sehr richtig!)

Deshalb lehne ich die Demagogie genauso ab, wie eine falsche Protest- und Gefühlspolitik. Aber was ich verlange, ist die Würde.
Das ist mein Standpunkt gewesen, und von diesem Standpunkt aus überlegte ich mir: Hast du denn eine besondere politische Aufgabe? Ich bin Mitgründer der CSU gewesen. Ich habe der CSU etwas geopfert, was mir lieb und teuer gewesen ist. Das war der Name der Bayerischen Volkspartei. Freunde, Ihr mögt über die Bayerische Volkspartei sagen, was Ihr wollt, und ich freue mich, daß *Horlacher* in den letzten zwei Abenden, wo er als mein Gegner auftrat, immer betonte, daß der Kampf, den die Bayerische Volkspartei gegen den Nationalsozialismus in den Jahren nach 1929 geführt hat, konsequent, folgerichtig und ehrenhaft gewesen ist.

(Dr. *Horlacher*: Aber erst nach 1929!)

Ich bin im Jahre 1929 Parteivorsitzender der Bayerischen Volkspartei geworden. Vom Jahre 1929 ab trage ich eine Verantwortung dafür. Ein jeder muß gestehen, daß die Bayerische Volkspartei das letzte Bataillon und die letzte Kompanie gewesen ist, die auf dem Schlachtfelde stand, als die braunen Wellen über Deutschland hinweggegangen sind.
Nun war meine Überzeugung die: Selbst wenn ich das opfere, dann nur in dem Sinne, daß die neue Partei Unterschiede nach alten Parteigruppen überhaupt nicht kennen darf. Das war zum Beispiel in der Stunde, in der ich in Landau an der Isar mit *Kübler* zusammen die neue Partei aus der Taufe gehoben habe. Landau an der Isar war doch früher für uns, ich möchte sagen, das Hauptkampffeld des kleinen Bruderkrieges, und *Kübler* und ich sind die gewesen, die in manchen Versammlungen einander so laut widersprochen haben, daß die Fensterscheiben ins Klirren gekommen sind. Aber das eine muß man sagen: Wir haben uns gegenseitig damals den Handschlag gegeben, alles Alte zu vergessen und in dem neuen Sinn zusammenzuarbeiten. Wir haben uns beide gegenseitig immer daran gehalten und die Gruppen, die hinter uns gestanden sind, auch. Das wollte ich.
Und nun ein Zweites! Ich habe vor einigen Tagen einen Brief aus Mittelfranken erhalten, in dem mir mit banger Frage geschrieben wurde: Ja, wenn Sie jetzt wieder im politischen Leben stehen, wie stellen Sie sich denn zu dem kleineren Bruder in der

CSU, zu unseren evangelischen Brüdern. Ich habe zurückgeschrieben, daß mich keine Anfrage innerlich eigentlich so schmerzlich berühren kann als diese. Kommen wir denn in unserer Heimat und Deutschland über das konfessionelle Mißtrauen nie mehr hinaus? Wir müssen doch endlich darüber hinauskommen. Ich erinnere mich an die Stunde, als Dr. *Heim* damals seinen ersten Werberuf ins Land gehen ließ und gesagt hat: Die beiden Kirchen gehen den Weg nach Golgatha gemeinsam. Der Ruf ist damals leider Gottes verhallt.
Wir haben dann die Nazizeit erlebt und müssen uns ehrlich gestehen, daß der konfessionelle Gegensatz und das konfessionelle Mißtrauen von *Hitler* auch ausgenützt worden sind und daß viele auch deshalb in sein Lager gegangen sind. Wir sollten nach dem Jahre 1945 davon endlich gelernt haben.

(Sehr richtig!)

Aber daß ausgerechnet die Frage an mich gekommen ist, an mich, der ich in der Bayerischen Volkspartei - das werden meine alten Freunde wissen - sogar als etwas unzuverlässig gegolten hatte, weil ich nämlich Waffenstudent gewesen bin, weil ich der Sohn einer protestantischen Mutter bin, die ihre Kinder allerdings in vorbildlicher christlicher Weise katholisch erzogen hat, weil das ihre Pflicht gewesen ist. Ich komme aus einer Familie, von der ich sagen kann, daß der Geist der Toleranz in dem Hause so selbstverständlich gewesen ist, daß ich erst später als alter Mann gemerkt habe, welches seltene Glück ich in meiner Jugendzeit dadurch erlebt habe. Und ausgerechnet an mich tritt man mit der Frage heran, ob nicht der evangelische kleinere Bruder im Lande durch mich etwas zu fürchten hätte! Ich glaube, wenn jemand sich darauf berufen könnte, daß er nach seiner ganzen Natur, seiner ganzen Vergangenheit und seiner ganzen politischen Vergangenheit berufen wäre, sich als Symbol des Geistes der Toleranz und des Geistes der Versöhnung hinzustellen, wäre es vielleicht ich.
Das waren also die beiden Motive, warum ich damals der Gründung der CSU innerlich so zugestimmt habe: Weil ich die Überbrückung dieser früheren Gegensätze, das Verschmelzen zu einer Partei wollte, weil ich die Kräfte in unserer bayerischen Heimat ohne Unterschied der Konfessionen zusammenfassen wollte. Denn das Reich war damals zerbrochen, und nur die Heimat war uns geblieben, und die Heimat war der Baustein, auf dem wir die neue deutsche Zukunft, ein neues Deutschland, wie es dann auch heißen mag, wiederaufbauen wollen und aufbauen müssen.
Herr Ministerpräsident Dr. *Ehard* hat ja auf einer Tagung in Marktredwitz oder in Erlangen schon ein Wort von mir erwähnt: "Es ist leicht, über Föderalismus und Separatismus theoretisch zu reden. Das kann man bei allen möglichen Gelegenheiten und in allen möglichen Modulationen. Das Entscheidende ist, wenn die Stunde der Versuchung an einen Mann herantritt." Es war kurze Zeit, nachdem ich das Amt des Ministerpräsidenten übernommen hatte, in jener Zeit, als es außer Bayern in Deutschland überhaupt noch keinen Staat gegeben hat, als an mich von einer mächtigen Stelle die Frage gerichtet wurde, ob ich denn wünschte, daß Bayern ein vollkommen selbständiger Staat, das heißt in bezug auf Deutschland ein autonomer, von Deutschland getrennter Staat würde. Ich gab damals zur Antwort: Ich will das Unglück Deutschlands nicht vergrößern. Ich glaube, wer das in jener Stunde, in einer Stunde der Versuchung, gesagt hat, der wird dadurch nicht betroffen, wenn in näherer oder weiterer Beziehung auf seinen Namen Reden gegen die Gefahr des Separatismus in Bayern und Deutschland gehalten werden. Der hat sich in einer Stunde der Versuchung bewährt, und wer sich bewährt hat, der braucht einem Verdacht nicht mehr ausgesetzt zu wer-

den. Das sind so ungefähr die Grundsätze, von denen ich bei der Gründung der CSU ausgegangen bin.
Nun meine ganz kurze Geschichte! Als ich mit Dr. *Hundhammer* sprach, ob ich wieder in die Politik und ob ich wieder in die CSU zurückkehren wolle, war das ja nicht das letzte der Gespräche, die in den Wochen vor meiner Rehabilitierung, als das Spruchkammerurteil bekannt wurde, mit politischen Leuten geführt worden sind. Es ist ganz natürlich, daß die verschiedensten Leute, darunter auch sehr törichte, bei mir gewesen sind und mich gefragt haben, ob ich mich und meinen Namen für irgendeine Richtung zur Verfügung stelle. Ich habe das hauptsächlich benützt, um mich einmal zu vergewissern, ob die Eindrücke, die ich als stiller Beobachter und Beschauer im Lande über die Stimmung des Landes gewonnen habe, richtig waren.
Nun erinnere ich an ein kleines Vorkommnis von gestern, von Plattling. Da war am Vormittag eine lange Debatte über das Prinzip: Die Christlich-Soziale Union muß eine Mehrheitspartei bleiben, sie muß die Mehrheit im Lande behalten und ausbauen. Deswegen Nord und Süd und so fort. Danach sprach ein Junger, dessen Namen ich gar nicht weiß; er war der Vertreter der Arbeitnehmerschaft und scheint einen sehr klaren Blick zu haben. Er sprach nur ein paar Sätze und sagte: Ich habe so den Eindruck, die Herren haben eine Entwicklung verschlafen. Wißt ihr denn nicht, was im Lande und bei der Wählerschaft vor sich geht?

(Sehr richtig!)

Seht ihr denn nicht, daß ihr von Mandaten redet, deren Stütze und Unterlage ihr gar nicht mehr habt?

(Sehr richtig!)

Das ist die Frage, und diese Frage brennt mir auf den Fingernägeln. Wer mich verstehen will, muß wissen, daß ich nicht nach dem handle, was wir uns wünschen, was wir in einem Gremium, in dem wir beieinander sitzen, als ewig und unveränderlich hinnehmen, sondern daß ich mich bemüht habe, die Dinge so zu sehen, wie sie sind. In der Demokratie, wo die Wählerschaft entscheidet, muß ich wissen, wie die Stimmung der Wählerschaft ist.

(Sehr richtig!)

Ich habe neulich im Anschluß an die Versammlung in Niederbayern einzelne Mandatare gefragt: Wenn ihr die Landtagswahl-Ziffern vom letztenmal hernehmt, wieviel Prozent glaubt ihr, daß ihr heute noch bekommen würdet, wenn wir heute zur Wahl gegangen wären, oder sagen wir einmal vor drei Wochen, vor dem 14. Februar, denn dann liegen entweder die Verhältnisse anders oder die Augen sehen anders. Ich sage Euch ganz ruhig: Da, wo die große Masse der Wähler ist, wird die CSU mit einem Prozentsatz von 30, 40% Verlust sicher zu rechnen haben.

(Widerspruch.)

Ich will Euch das auch begründen. Ihr müßt nur einmal an Zeiten denken, von denen wir auch heute reden sollten. Wir haben vielleicht in den Jahren 1922, 1923, dann im Jahr 1930 uns auch darüber hinweggetäuscht und gesagt: Das Versammlungsbild ist ja noch keine Wahl, bis zur Wahl verändert sich noch manches. Das Versammlungsbild war schon ein Stimmungsbarometer. Ich kann einzelne Versammlungsbilder wiedergeben. In Vilshofen fanden an einem Tag drei Versammlungen statt: Eine Versammlung der SPD, eine Versammlung der CSU und eine Versammlung der neuen Bay-

ernpartei. Es war in der Versammlung der SPD - Redner Staatssekretär *Gentner* - eine Besucherzahl von ungefähr 48 Personen; in der Versammlung der CSU, in der ein niederbayerischer bäuerlicher Abgeordneter sprach, eine Besucherzahl von etwa 150, und als *Baumgartner* in der Versammlung der Bayernpartei sprach, eine Besucherzahl von mehreren Tausenden.

(Zuruf: Sensation! - Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe.
*Schäffer*: Meine Herren, Sie wollen's nicht glauben. Das Augenverschließen hilft vor einer Entwicklung nichts! Die Entwicklung der Dinge geht über Sehende, aber noch mehr über Blinde hinweg!

(Sehr gut! - *Haußleiter*: Kämpfen Sie doch gegen die Bayernpartei!)

- Ganz richtig. Das hat gestern auch Dr. *Schedl* unserem Freund *Kübler* gesagt; kämpfen Sie gegen die Bayernpartei! Ich will dagegen kämpfen. Ich muß mir deshalb überlegen, was die Ursachen sind, und ich muß erstreben, die Ursachen zu vermeiden. Und damit kommen wir jetzt auf das, was für uns entscheidend ist.

(Zuruf: Auf die Punkte!)

- Ja, auf die Punkte. - Ihr könnt denken, wie Ihr wollt, aber das eine wißt Ihr: Die Delegierten der CSU wählen nicht den Bayerischen Landtag, den Bayerischen Landtag wählen die Wähler der CSU.

(Sehr gut!)

Deshalb muß ich die Wähler der CSU haben und zusammenhalten.
Soweit ich in den eineinhalb Jahren herumgehört habe, soweit ich meine Landsleute kenne - und ich glaube, sie zu kennen -, und soweit ich Briefe empfange, ist der Tenor in allem: Wir sind über keine Partei so enttäuscht worden, wie über die CSU.

(Widerspruch. - Gelächter.)

Ich sage, was ich aus der Tiefe der Bevölkerung höre.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. Ich bitte aber auch den Herrn Redner, daran zu denken, daß wir in absehbarer Zeit im Wahlkampf stehen.

(Richtig!)

*Schäffer*: Ja, gerade weil ich daran denke! Die Wahrheit tut vielfach weh. Aber eine Entwicklung zu hemmen ist nur möglich auf dem Weg der Erkenntnis der Wahrheit. Wenn ich früher vor der Gefahr der braunen Welle gewarnt habe, bin ich manchmal genauso angegriffen worden; auch da hat man gerne die Augen verschlossen.

(Widerspruch.)

Ich kann nur sagen, was ich höre und was ich sehe, Ihr könnt ja dann vielleicht auch einmal Herren von anderen Bezirksverbänden hören, ob die nicht ein ähnliches Bild haben.
Nun ist heute das Bild noch so: Die Pflanze ist noch jung und sie ist ja noch gar nicht ausgewachsen. Wir stehen jetzt noch in der Zeit, wo eine Organisation dieser Bayernpartei nicht entstanden ist, wo die Landeszulassung nicht gegeben ist, aber bestimmt in kurzer Zeit gegeben wird; wir haben also noch Zeit, einen Damm aufzurichten und das zusammenzuhalten und zu retten, was wir retten wollen.

(Bravo!)

Das ist die Frage.

Und nun habe ich die Überzeugung: Es gibt für unsere bayerische Heimat keine grössere Gefahr, als daß die Unzufriedenheit sich unorganisiert dadurch äußert, daß Parteien, die politische Verantwortung tragen wollen, ihre Wähler verlieren und die Wähler in ein Sammelbecken ohne richtige Führung laufen und Bayern dann wieder dem Gespött und der Blamage der Welt preisgegeben ist.

(Sehr richtig!)

Aus dieser Überzeugung handle ich. Ich handle aus der Überzeugung, daß ich das Entstehen der Bayernpartei, wenn sie nur ein Sammelbecken der Unzufriedenen bleibt, wenn sie keine Führung erhält, als Gefahr für unser Land empfinde. Ich möchte infolgedessen, daß die CSU das Vertrauen der Wähler wiedergewinnt und daß sie die Zeit bis zu den nächsten Wahlen ausnützen kann, um zu sagen: Ihr könnt uns gestärkt, neu gestärkt die Stimme wieder geben!
Das war der Grund, warum ich Dr. *Hundhammer* nach kurzer Überlegung gesagt habe: Ich glaube, daß mein Name ein Abdämmen gegenüber der Bayernpartei bedeuten würde. Ich glaube, daß viele Elemente ihre Entscheidung davon abhängig machen und sagen: Wenn *Schäffer* wieder in die CSU geht, wollen wir in der CSU bleiben.

(Gelächter.)

Das könnt Ihr vielleicht nicht beurteilen, aber wer in meiner Heimat herumfragt, wird das bestätigen müssen. Jedenfalls meine innere Überzeugung und mein Motiv ist es gewesen.
Ich habe nicht nur das Persönliche auseinanderzusetzen; ich muß auch die sachliche politische Entwicklung beleuchten, um zu sagen, warum denn die Leute unzufrieden sind. Das ist keine Frage des Verschuldens irgendeiner Partei; das ist vielfach die Frage einer notwendigen Entwicklung. Die Leute sind in erster Linie auch in der Hoffnung gerufen worden, eine bayerische föderalistische Partei zu haben. Die Entwicklung ist anders gegangen. Geben wir es doch zu: Es ist doch heute so, daß wir unter einer Art Militärdiktatur stehen, daß der größte Teil der Gesetze gar nicht von uns gemacht wird.

(Richtig!)

Der wesentliche Inhalt eines Volkslebens ist ja immer die Geldbewilligung und die Verausgabung der Gelder gewesen. Wer hat denn heute die Steuern zu bestimmen? Macht für uns nicht der Kontrollrat die Steuern von einer zentralen Stelle aus? Wie ist es denn mit dem sogenannten Verfassungsleben? Was in Frankfurt, in der bizonalen Ebene, entstanden ist, ist ja kein deutsches Gesetz. Es ist von der Militärregierung, von der Besatzungsmacht uns befohlen, und zwar in einem Sinn, wie er nicht zum Ausdruck gekommen wäre, wenn die einzelnen deutschen Staaten und Länder nach freiem Willen hätten entscheiden können.
Wir brauchen nur daran zu denken, daß die Zwangswirtschaft jetzt auch in Händen von Frankfurt ist und daß Frankfurt nach meinem Dafürhalten, weil die Zwangswirtschaft alt wird und krank wird, Gefahr läuft, das Heilmittel darin zu suchen, die Zwangswirtschaft bis ins Extrem, bis in die kleinsten Einzelheiten auszubauen,

(Sehr richtig!)

statt darüber nachzudenken, ob nicht die Zeit gekommen wäre, einfach deswegen, weil der Gegenstand der Zwangswirtschaft in vielen Zweigen fehlt, ein neues System zu schaffen.

So wird bei uns in der Bevölkerung, die nur nach der Wirkung und nicht nach den Zusammenhängen fragt, der Gedanke erweckt: Wir haben eine bayerische Partei gewählt und von den Interessen, die wir in einem Staat verankert sehen wollen, ist immer weniger übriggeblieben. Da setzt nun die Agitation und die Unzufriedenheit ein, und verantwortlich wird dafür der gemacht, der nach außen, wenn auch nicht nach innen, die Verantwortung trägt; und das ist zur Zeit als Mehrheitspartei die CSU.
Dann darf aber die CSU nicht den Fehler begehen, daß sie in ihren eigenen Mitteilungsblättern und so fort immer vor dem sogenannten partikularen Chauvinismus oder Separatismus warnt, weil sonst die Leute den Gedanken schöpfen, dieses Zurückdrängen eines übertrieben föderalistischen Gedankens - in Gänsefüßchen gesetzt -, der mit dem Wort Partikularchauvinismus gemeint sein muß, würde von unserer Partei gewollt. Man muß der Bevölkerung gegenüber sagen, was die Wahrheit ist, wo die Grenze gegenüber dem Befohlenen und wo die Möglichkeit des eigenen Tun und Handelns ist. Man soll aber der Bevölkerung gegenüber nicht so tun, als wenn man selbst in der eigenen Heimat einen Kampf führt gegen einen Separatismus, den es in Bayern nun einmal nicht gibt,

(Widerspruch.)

und gegen einen partikularen Chauvinismus, den es auch nicht gibt. Man müßte in der eigenen Partei einen Kampf dagegen führen und davor warnen, sonst wird man für eine Entwicklung, für die man gar nicht verantwortlich ist, auch verantwortlich gemacht.
Das ist die eine Seite. Und nun die andere Seite! Da werde ich mich schwerer tun, aber ich bitte, daran zu denken, daß ich in den Jahren 1946 bis 1948 an keiner Tagung der Partei beteiligt gewesen bin und daß ich von den inneren Parteikämpfen in dieser Zeit vollkommen unbehelligt gewesen bin. Aber das muß man doch zugestehen, daß, wenn von der Christlich-Sozialen Union gesprochen worden ist, der ich damals nicht angehörte, bei den Wählern am meisten gesprochen worden ist über die inneren Gegensätze, über die inneren Streitigkeiten,

(Sehr richtig!)

über die Tagungen, die auch sehr häufig tumultuarisch gewesen sind,

(Zuruf: Eichstätt!)

wo sich dann viele über Regiekünste und sonstiges beschwert haben. Und was bei den Wählern dann gesagt worden ist, war: Das sind keine Methoden und keine Erscheinungen, die in einer Partei sein sollten, die den stolzen Namen Christlich-Soziale Union trägt.

(Zuruf: Warum ist es geschehen?)

Das ist nun einmal eine Tatsache, bei der ich mein Alibi erbringen kann, weil ich ja nicht dabei gewesen bin.
Diese Tatsachen habe ich gefunden; diese Tatsachen haben in der Wählerschaft mitgespielt. Und nun mußte ich mir überlegen: Haben diese Tatsachen einen berechtigten Grund, kann die CSU gerettet und erhalten und damit für die Zukunft die Garantie gegeben werden, daß sich diese Erscheinungen nicht wiederholen, und kann infolgedessen den Wählern gesagt werden: Bleibt bei der CSU?
Nun muß ich sagen: Wir haben nun einmal die verschiedenen Gremien, die vor den Wähler treten, verschieden aufgebaut. Der Landtag und die Landtagsfraktion ist aus

den Wahlkreisen mit der Mehrheit der jeweiligen Wähler gewählt. Hier ist also das demokratische Mehrheitsprinzip zum Durchbruch gekommen, hier sind die Landschaften - wenn ich so sagen darf - zum Durchbruch gekommen. So ist der Grundcharakter der Fraktion durch das Wahlsystem festgelegt, aufgrund dessen sie geschaffen worden ist.
In den Gremien, wie das, in dem wir hier beieinandersitzen, ist der Grundcharakter ein anderer.

(Sehr richtig!)

In diesen Gremien ist - ob man das Regionalprinzip oder sonst etwas heißt, spielt keine Rolle - nicht die Mehrheit der Mitglieder für die Zahl der Vertreter entscheidend, sondern es ist ein ganz anderes System geschaffen worden, und hier kommen die Gegensätze. Jetzt denken Sie, bitte, doch einmal, Sie seien so ein kleiner Wähler der CSU gewesen; Sie haben die CSU in dem Vertrauen gewählt, daß eine CSU-Regierung gebildet wird. Was geschieht dann im ersten Moment? Es entsteht ein Gegensatz zwischen Partei und Fraktion, der sich in der Fraktion fortsetzt, der die Fraktion in zwei Teile teilt, von denen dann der eine Teil gegen den anderen stimmt. Das Ergebnis ist, daß andere Parteien, wie *Loritz* und die SPD, einen Einfluß bei der Regierungsbildung gewinnen und gewinnen müssen, so daß der Wähler sagt: Hätte ich doch gleich lieber SPD gewählt als CSU!

(Sehr richtig! - *Haußleiter*: Die Fraktion hat die Koalition beschlossen!)

Die Ursache davon ist der innere Spalt in der Maschine der Partei und der Fraktion, die nach dem Mehrheitswillen aufgebaut ist.
Nun denken Sie weiter daran: Als wir in die Wahlen zur Nationalversammlung gingen, haben wir den Wählern bestimmte Versprechungen gemacht. Wir haben in den Wahlversammlungen erzählt, daß wir für zwei Grundprinzipien eintreten wollten: Erstens soll, um die Gefahr der sogenannten parlamentarischen Autokratie etc., um die Staatsallmacht zu bekämpfen, in Bayern der Staatspräsident geschaffen werden.

(Widerspruch.)

Wir haben's erzählt. Wir haben zweitens erzählt, daß wir, um den Gedanken der grossen Partei zu verankern und zu sichern, das Prinzip der Mehrheitswahl durchsetzen.

(Sehr richtig!)

Was ist geschehen? Wir haben ein Listenwahlrecht; wir haben also etwas anderes, obwohl wir bei innerer Geschlossenheit das Mehrheitswahlrecht hätten durchsetzen können.
Ich bin aus allem, was ich gesagt habe, der Überzeugung, die Grundursachen lagen darin, daß ein fester, geschlossener Wille, die Einigkeit, die Übereinstimmung der Parteigremien gefehlt hat.

(Zuruf: Die war ja da!)

Und ich bin deshalb der Überzeugung, daß es notwendig ist, diese Übereinstimmung der Parteigremien zu schaffen.

(Richtig!)

Nun sage ich Euch - und Ihr, die Ihr Zwischenrufe macht und mir Euer Mißfallen zeigt, unterstützt mich in dieser Überzeugung: Es will keiner, der im Besitz ist, irgend

etwas aufgeben; es will niemand eine Position, die er erobert hat - ich rede nicht von einer Person -, aufgeben um des Ganzen und um des Gedankens willen, damit der Sache wirklich zu dienen. Das ist eine allgemeine Erscheinung. Ich muß Euch als meine Überzeugung sagen: Wenn die innere Fehlkonstruktion, dieser Widerspruch auf der einen Seite in der Bildung des Mehrheitswillens, wie er sich bei der Wahl ausdrückt, und auf der anderen Seite in der künstlichen Konstruktion des Aufbaus unserer Partei sich nicht ändert, dann werden auch beim besten Willen einzelner Persönlichkeiten diese Gegensätze immer wieder auftauchen und die CSU wird einen geschlossenen, einheitlichen Willen nach außen hin nicht präsentieren. Und wenn die CSU das nicht tut, dann kann sie das Vertrauen der Wählerschaft nicht finden. Was die Wählerschaft will, ist eine Klarheit und eine grundsatzfeste Linie. Mit Taktik kann man einzelne Situationen überwinden. Aber mit Taktik kann ich nicht jahrelang Politik machen; mit Taktik kann ich nicht einen neuen Staat aufbauen; mit Taktik kann ich insbesondere nicht eine Politik und Agitation treiben, wie das deutsche Volk in allen Teilen es haben will.

(Sehr richtig!)

Es ist heute das Wort von der notwendigen Wirtschaftseinheit des deutschen Volkes gesprochen worden. Wir wünschen sie alle; aber wir sollten doch begreifen, daß wir in den vier Zonen nicht maßgebend sind, ob die deutsche Wirtschaftseinheit kommt oder nicht, sondern daß andere Mächte über die deutsche Wirtschaftseinheit zu entscheiden haben. Wir sollten uns auf das einstellen, was wir wirklich leisten können. Wenn wir uns die deutsche Zukunft erhalten wollen, dann müssen wir verhindern, daß das deutsche Volk auch geistig und seelisch nach Zonen auseinanderfällt. Dann müssen wir verhindern, daß man in der französischen Zone französisch, in der britischen britisch, in der amerikanischen amerikanisch und in der russischen Zone russisch denkt.

(Dr. *Horlacher*: Das wissen wir doch alle!)

Dann müssen wir erreichen, daß wir in allen vier Zonen

(Zuruf: Fünf Zonen!)

deutsch denken, und dann müssen wir wissen, daß deutsches Denken und christliches Denken eine Einheit sein sollte.

(Sehr richtig!)

Schade, daß viele von Euch in den relativ kurzen Monaten, in denen ich für die CSU sprechen durfte, meine Reden nicht angehört haben; sie wären erstaunt gewesen, wie wenig ich in meinen Reden über die sogenannte Politik gesprochen habe, wieviel ich davon gesprochen habe, daß die politische Aufgabe von heute eine grundsätzlich andere ist, wie in allen früheren Zeiten, daß wir uns heute nicht mit den politischen Themen, über die wir nicht entscheiden können, beschäftigen dürfen, sondern daß wir, wie es ein großer Inder seinem Volke gegenüber getan hat, suchen müssen, in dem ganzen deutschen Volk ein einheitliches Ethos, ein waffenloses, gewaltloses Ethos aufrechtzuerhalten, der dieses große Land befreit hat und der auch Deutschland allein den Weg in die Zukunft öffnen könnte.
So habe ich gesprochen, und das wollte ich, daß [dies] aus all der Propaganda und der Werbearbeit der CSU nach wie vor herausklingt.
In dieser Überzeugung habe ich den Vorsitz in Oberbayern übernommen und meinen Freunden folgendes gesagt: Wenn ich in der CSU arbeiten will, dann will ich nicht

mehr unter den Umständen arbeiten, unter denen ich bis zur Bamberger Tagung und nach der Bamberger Tagung bis zu meinem Abschuß gearbeitet habe, dann will ich nicht der sein, der immer in kleine Opposition führt [sic!] und dann immer als Störenfried bezeichnet wird, dann will ich Klarheit haben.

(Zuruf: Wir auch!)

Ich halte es jetzt für die letzte Stunde.

(Sehr richtig!)

Nachdem wir die neue Partei bei uns erstehen sehen,

(Zuruf: Welche?)

die Bayernpartei, muß die CSU bis zur entscheidenden Stunde der Landeszulassung dieser Partei wieder sagen können: Ich bin durch eine innere Reform gegangen, ich bin nicht die CSU, von der Ihr sagt - ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt -, sie habe Euch enttäuscht, sie habe den Zielen nicht so gefolgt, wie Ihr es gern gehabt und gewünscht hättet. Wenn ich das nicht sagen kann, dann sehe ich keine Erfolgsmöglichkeit einer Arbeit in Euren Reihen.
Jetzt bitte ich, mich einmal ruhig anzuhören. Ich habe nun einmal die Überzeugung gehabt, daß ich auf dem Wege der einfachen Antragstellung in Eurem Gremium eine solche innere Reform nicht erreichen kann. Ich muß, wenn ich meine Sprache einrichte, auch an das Gehör des anderen denken. Wenn ich weiß, der andere hat ein feines Gehör, dann kann ich leise sprechen. Wenn ich weiß, daß der andere schwerhörig ist, dann muß ich laut sprechen.

(Zuruf: Nicht in der Öffentlichkeit!)

Ich habe infolgedessen mit großer Klarheit meine Gedanken ausgesprochen. Ich habe ganz offen gesagt: Meine Zweifel, die Parteigremien von der Richtigkeit meiner Überzeugung überzeugen zu können, sind sehr groß, die Möglichkeiten, innerhalb des Gremiums durchzudringen, wenn nicht der Ernst der Lage, so wie ich es sehe, zum Bewußtsein kommt, sind sehr klein. Ich bin gezwungen, um das Leben des Patienten nach meiner Überzeugung zu erhalten, einen außerordentlichen Schritt zu tun.

(Zuruf: Und die Folgen?)

Ich bin gezwungen, Euch ganz ehrlich zu sagen: Wenn Ihr die Gefahr verkennt und die Augen verschließt, dann hilft mir alle organisatorische Betätigung in meinem Kreise nichts, dann wird die Wählerschaft meines Kreises sehr bald in anderen Lagern stehen.
Ich habe mich für verpflichtet gehalten, das zu sagen, Ihr, die Ihr glaubt, daß diese Gefahren in Eurer Gegend noch nicht so stark seien, seid nicht zu sicher. Auch die braune Gefahr ist lokal entstanden und hat dann plötzlich wie ein Wildfeuer um sich gefressen. Wir wissen, daß die Bayernpartei heute darauf rechnen kann, daß viele, viele Menschen ohne klares Ziel, Menschen, die nur unzufrieden mit unserer Zeit und der Entwicklung sind, in diesem Lager zusammenlaufen. Glaubt es mir doch, wenn ich es sage.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Ich hoffe, daß, wenn es gelingt, in der CSU einen neuen Geist und einen neuen Namen zu prestieren [sic!],

(Zuruf: Einen neuen Vorsitzenden!)

es dann auch möglich ist, diese Gefahr abzudämmen, und wenn das Wildwasser nicht gestoppt werden kann, es doch zu einem Mühlbach zu machen, der auf der politischen Bühne wirklich werktätig eingesetzt werden kann.
Das ist mein Wille. Verzeiht mir, daß ich die Methode wählen mußte, von der ich allein hoffen konnte, daß Sie bei Euch gehört wird. Ich habe den Weg nehmen müssen, der mir notwendig erschien. Aber das Ziel, das bitte ich mir zu glauben, ist letzten Endes die Erhaltung und Rettung der CSU. Ich habe es gestern schon einem gesagt: Jeder von Euch, der es will, bekommt von mir notariell mit Brief und Siegel bestätigt, daß ich gar keine Führerstellung bei Euch annehmen werde. Darum geht es mir nicht. Es geht mir darum, daß ich die Wählerschaft der CSU auch der CSU erhalten kann, und wenn außerordentliche Zeiten sind, muß ich das auch auf außerordentlichem Weg erreichen. So habe ich gestern denen in Niederbayern gesagt, und so sage ich es heute dem ganzen Gremium.
Es gibt nur einen Weg, daß wir endlich einmal über persönliche Leidenschaften hinwegkommen - und mögt Ihr uns zehnmal als Rebellen oder Revolutionäre oder dergleichen bezeichnen, die wir in einer Herzens- und Gewissensnot einen außerordentlichen Schritt getan haben -, daß wir endlich einmal die Möglichkeit haben, uns mit Euch auszusprechen. Ich habe lediglich diesen Weg gewählt, um zu einer gegenseitigen ernsten Aussprache zu kommen.
Wenn etwa Oberbayern oder München zusammenbricht, dann wird der übrige Bau der CSU in Bayern auch nicht mehr der Bau einer Mehrheitspartei sein.

(Sehr gut!)

Wir müssen versuchen, was wir können, um die Wählerschaft in diesen Landesteilen aufzuhalten. Das ist das Ziel, das ich vor mir habe. Kann man weniger verlangen, als daß man im Endergebnis - das ist der erste Schritt - doch wenigstens dazu kommt, einmal an einem Tisch zu sitzen und in aller Ruhe die Dinge miteinander zu besprechen.

(Zuruf: Das hätte man vorher machen können!)

Das hätte ich vorher eben nicht machen können, weil meine Stimme, wenn ich nicht einen Lautverstärker angewandt hätte, überhaupt nicht zu Gehör gekommen wäre.

(Lebhafter Widerspruch.)

Und wenn Ihr sagt, ich hätte es vorher machen können, dann streitet darüber nicht, dann ist es jetzt die höchste Zeit, es zu machen.

(Bravo!)

Ich schlage Euch das vor, was ich gewollt habe und was ich gestern auch den Niederbayern erklärt habe. Mein Versuch, zu einer Aussprache mit dem Landesparteivorsitz zu kommen, ist gescheitert. Bitte nicht zu sagen, weil ich geschrieben habe: In den Geschäftsräumen des Bezirksverbandes Oberbayern! Ich wäre überall hingegangen, bin ja später auch in die Geschäftsstelle der Landeszentrale gegangen.

(Unruhe.)

Man braucht doch nur einmal einen Gegenvorschlag zu machen.

(Sehr richtig!)

Ich habe dann also den Versuch gemacht, den Vorschlag, daß mit der Landesvorstandschaft gesprochen wird, wobei die Landesvorstandschaft ja aus sich heraus, ich

möchte sagen, einen Unterausschuß für die Arbeit einsetzen kann, damit ich die Vorschläge, wie sie uns vorschweben, auch konkretisieren und dort besprechen kann. Alles abgelehnt! Ich habe dann mit dem Geschäftsführenden Vorstand gesprochen. Der Brief ist heute verlesen worden. Ich bitte, den letzten Satz dieses Briefes - das ist das Entscheidende - doch zu lesen. In diesem letzten Satz des Briefes heißt es, daß, solange sich Oberbayern außerhalb der Satzungen stellt, mit ihm Verhandlungen nicht möglich sind.

Jetzt will ich Euch einmal sagen: Wenn verlangt wird, daß die Bezirksversammlung Oberbayern ihre Beschlüsse zurückzieht und ich hätte den besten Willen, das zu tun, wieviel Zeit würde es beanspruchen? Ich kann keine Erklärung abgeben. Ich bin nicht der Diktator, von dem Ihr sprecht. Ich gehe in meine Bezirksversammlung.

(Zuruf: Sie sind ermächtigt!)

Ich berufe meine Bezirksversammlung ein, die Leute, die mich gewählt haben.

(Zuruf: Wo sind die Delegierten?)

Die Delegierten Oberbayerns sind rechtlich heute vertreten. Ich muß ihnen dann sagen: Ihr müßt mit den Kreisverbänden reden. Das dauert lange Zeit. So lange können wir die Dinge unmöglich hinziehen lassen. Wer eine Einigung will, der muß doch den Vorschlag, den ich gemacht habe, annehmen, daß man sich jetzt zusammensetzt und sachlich über das Problem spricht.

Was Ihr heute für Satzungen annehmt, das ist uns gleichgültig. Nehmt sie an, sie sind satzungsmäßig. Aber damit wir in Oberbayern den Wählern gegenüber sagen können, wir werben wieder mit neuer Kraft und neuer Freude für die CSU, weil wir die Überzeugung haben, eine Krankheit, die nach unserer Überzeugung besteht, ist nun überwunden, aus einer Krise ist die Gesundung geworden, gibt es nur den einen Weg, daß wir einmal über die persönlichen Gegensätze und Leidenschaften hinweggehen und ruhig und sachlich aus der gegebenen Situation mit dem guten Willen zu einem gegenseitigen Zusammenarbeiten kommen.

Ich möchte nur mit dem einen Satz schließen: Was ich will, ist das Zusammenhalten der Wählerschaft der CSU. Mir ist die Wählerschaft wichtiger als der einzelne Delegierte. Ich will die Wählerschaft der CSU zusammenhalten. Dazu müssen die Delegierten der CSU wieder den Weg zueinander finden. Ich biete Euch die Hand. Wenn Ihr die Hand annehmt,

(Beifall und Widerspruch.)

kann das Schicksal der CSU wirklich gesunden. Wenn Ihr die Hand ablehnt, dann sehe ich keinen Weg mehr. In Eure Hand

(*Schwägerl*: Bedingungslos!)

und in Euer Echo ist das Schicksal der CSU gelegt.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren, ich darf vielleicht kurz darauf antworten. Auf Einzelheiten werde ich nicht eingehen, zumal nicht auf die persönlichen Einzelheiten. Denn ich möchte nicht, daß diese Tagung von persönlichen Streitereien ausgefüllt wird. Eines darf ich von vorneherein feststellen: Wäre die Tonart auf der Tagung der Christlich-Sozialen Union Oberbayerns die gleiche gewesen wie jetzt,

(Sehr richtig!)

dann wäre der Widerhall nicht nur in der bayerischen Presse, sondern auch in der deutschen und in der Weltpresse ein anderer gewesen.

(Erneute Zustimmung.)

Das Motto der Rede in Oberbayern aber war gekennzeichnet durch den Satz:

> Seid Ihr aber, wenn die Frage so ist und die CSU nur auf dem Weg in ihrem jetzigen Bestand und ihrer jetzigen Stärke erhalten werden kann, dann auch bereit, mit mir auch einen offenen Kampf gegen die Landesleitung auf Biegen oder Brechen aufzunehmen,
>
> (Hört, hört!)
>
> nicht um die CSU zu spalten, sondern um sie zu erhalten?

Und dafür stürmischer Beifall! Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Kampf vor der Presse, vor der Öffentlichkeit auf Biegen oder Brechen aufgezogen, bedeutet etwas anderes wie das, was uns heute vorgeschlagen ist.

(Sehr richtig!)

Wenn ich die ganze Rede auf mich wirken ließ - und ich bin gelegentlich schwerhörig, aber nicht immer -, dann darf ich vielleicht meinen Eindruck so festhalten: Ich erkenne an, daß der Wille bei unseren Parteifreunden in Oberbayern stark ist, Rücksicht zu nehmen auf die gegenwärtigen Vorgänge, vor allem in diesem Bereich Rücksicht zu nehmen auf die Entwicklung der Bayernpartei oder zur Bayernpartei. Es wird von vornherein unterstellt, daß das ein sehr wesentliches bestimmendes Moment ist. Ich unterstelle auch, daß in vielen Kreisen eine gewisse Angst vor künftigen Wahlen besteht. Hierzu darf ich feststellen: Eine Partei ist nicht um ihrer selbst willen da, und wenn wir durch unsere Politik nicht das Vertrauen des Volkes hätten, dann soll das Volk gegen uns entscheiden und wir haben die Entscheidung anzuerkennen.

(Sehr richtig!)

Glaubt aber nicht, daß die Entscheidung anders wird, wenn die Partei in sich zerbröckelt deswegen, weil sie keine klare Linie hat gegenüber den Leuten, die abwandern. Wenn sich die Leute nicht zwischen uns und zwischen der anderen Partei entscheiden können, dann wollen wir veranlassen, daß sie die Entscheidung treffen.

(Sehr gut!)

Denn dann ist die klare Linie gefunden, und das Volk wird eine Partei anerkennen, die eine klare Linie hat. Und wenn wir für den gegenwärtigen Moment Verluste für die Christlich-Soziale Union haben, wenn eine andere Partei entsteht, so mag dies sogar in mancher Hinsicht gewisse Vorteile haben. Aber wir werden um so größere Verluste haben, je mehr wir vor einer inneren Klärung zurückweichen.

(Sehr gut!)

Ferner: Wir vergessen immer, daß unser Volk zur Hälfte verarmt ist und daß zwischen 22 und 25% Flüchtlingswähler da sind, die nicht nach Ressentiments und Sentiments aus alter Vergangenheit heraus wählen, sondern die die Partei wählen, die bereit ist, die Nöte zu überwinden. Und hier gilt eines: Wir dürfen nicht nur immer den Leuten in der Not zumuten, daß sie christliche Geduld üben, sondern wir müssen auch an unsere Leute in Oberbayern appellieren, daß das christliche Gebot der Nächstenliebe in der praktischen Politik befolgt wird.

(Sehr richtig!)

Wenn vielleicht mancher dort bei der Bayernpartei landet, dem das Wort sozial in unserem Namen nicht entspricht, meine lieben Freunde, geben wir ihm den Abschied, warten wir nicht darauf, daß er Abschied nimmt.

(Sehr richtig!)

Unsere Politik wird nur dann Erfolg haben, wenn wir instandgesetzt sind, eine solche innere Stärke und Schlagkraft zu gewinnen, daß wir in der Tagespolitik bei jedem praktischen Gesetz unseren sozialen Willen durchsetzen.

(Mehrfache Zustimmung.)

Während Herr Dr. *Schäffer* gesprochen hat, dachte ich zum Teil an die Distanz zwischen seiner Rede und den Gegenwartsaufgaben für unsere Union, und zwar für die Christlich-Soziale Union in Bayern und die Christlich-Demokratische Union innerhalb der Bizone. Morgen um diese Zeit soll ich bereits in Frankfurt sein. Dort werden Entscheidungen getroffen, die auf eine gewisse Zeit für die Union bestimmend sind, aber darüber hinaus für das ganze Volk innerhalb der Bizone und vielleicht noch weitergehend. Und hier wird uns die Arbeitskraft genommen, wenn innerhalb der eigenen Kreise immer die Streitereien angehen um die Vergangenheit.

(Sehr richtig!)

Es ist etwas Schönes um eine große Tradition, und die Tradition als solche wirkt in uns Deutschen stark auf uns. Das ist in unserer alten Welt in Europa vielleicht überall so. Wir sind vielleicht gerade durch die Tradition in dem Aufbau einer wirklichen europäischen Konzeption belastet. Wir sind belastet auch bei uns in Deutschland und in Bayern, zusammenzuwachsen und uns durchzusetzen. Was nützen uns dann immer fünfzehnhundert Jahre in der Erinnerung zurück, wenn mittlerweile die Gegenwart über uns hinweggeht.

(Sehr richtig!)

Die Tradition macht die Toten nicht lebend, aber sie kann die Aktivität der Lebenden tot machen.

(Zuruf: Verpflichten!)

Und deswegen, meine lieben Freunde, wollen wir nicht immer an alte Vergangenheit denken. Wir können die Vergangenheit nur beachten, um aus ihr zu lernen, aber wir können nicht immer von der Vergangenheit sprechen und uns an die Vergangenheit anlehnen. Um die alte Zeit zu überwinden, haben wir ja die Christlich-Soziale Union als neue, junge Partei geschaffen. Deswegen lehnen wir auch die Anlehnung an die Tradition der Bayerischen Volkspartei ab. Nicht weil wir etwa die Bayerische Volkspartei oder unsere Freunde aus der Bayerischen Volkspartei verachten oder kritisieren. Ich war auch in der Bayerischen Volkspartei, genauso wie Herr *Schäffer*, genauso wie Herr *Horlacher*. Aber es ist offensichtlich ein Unterschied in den Menschen. Diese Zeit ist abgeschlossen. Im Jahre 1933 und schon vorher ist eine Bewegung, die aus der Not heraus entstanden war und die diktatorisch gesteuert wurde, über diese alten Kräfte hinweggegangen. Parteien, die sich nur an alte Programme und alte Erinnerungen anklammern, werden auch in der Gegenwart versagen und sich nicht behaupten können.

Wir wollen gerade auch insoferne eine Klarstellung zu den Männern gewinnen, die in Bayern diese Bayernpartei weitergestalten wollen. Kein Teufel weiß noch, was aus ihr

werden wird. Warten wir doch einmal ab, wie lange es dauert, bis dort einmal die Gegensätze zwischen Monarchisten und Republikanern nicht nur im kleinen Kreis, sondern auch in der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Warten wir doch einmal ab, ob dort nicht der Versuch gemacht wird, aus der Bayernpartei durch gewisse monarchische Kreise, die dahinterstehen, einen Bayerischen Heimat- und Königsbund zu gestalten, oder ob nicht vielleicht von anderen der Versuch gemacht wird, wieder eine Art Bayerische Volkspartei daraus zu machen oder was sonst daraus entstehen wird.
Wenn ich schon aus der alten Zeit etwas lernen will, dann darf ich an die Zeit erinnern, als Deutschland im Jahre 1870 entstand. In dieser Zeit gab es neben dem Zentrum als Weltanschauungspartei die Patriotenpartei. In manchen Teilen standen Männer von der gleichen Haltung nebeneinander. In einem Kreis, den ich gerade im Auge habe, haben Geistliche für beide Parteien kandidiert. Beide wurden sogar gleichzeitig für beide Parteien gewählt, soweit ich flüchtig weiß. Wie lange hat es gedauert und die Patriotenpartei war überwunden, überrollt, weil sich die Weltanschauungspartei durchgesetzt hatte. Ich bin der Überzeugung, daß gerade angesichts der Tatsache, daß sich in unserer Zeit zwei Weltanschauungen gegenüberstehen, auch hier die Weltanschauungspartei sich durchsetzen wird.

(Sehr richtig!)

Sie wird sich durchsetzen, wenn man nicht immer ängstlich jeden einzelnen und die Ziffern betrachtet, wenn es ihr gelingt, die Armen zu erfassen, den Armen zu helfen und die Jugend richtig zu führen.

(Sehr richtig!)

Darum geht es uns in der Christlich-Sozialen Union bei dieser Klarstellung jetzt. Wir würden jeden Verlust bedauern, der eintritt. Aber die Verluste werden uns nicht irremachen an einer klaren Linie der Christlich-Sozialen Union.

(Bravo!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit nicht der Eindruck entsteht, daß ich durch diese grundsätzlichen Ausführungen das Persönliche und persönliche Vorwürfe übertönen wollte, darf ich nur zwei Punkte herausnehmen, die vielleicht noch nicht ganz hundertprozentig klargestellt sind und die mich schwer treffen würden. Denn ich werde mir nicht den Vorwurf der Charakterlosigkeit oder der Unanständigkeit machen lassen, Dr. *Schäffer*. *Schäffer* hat davon gesprochen, daß ich ihm in einer Kleinigkeit in seinem Verfahren geschadet hätte. Ich habe heute früh schon klargestellt: Allgemein ist die Bayerische Rundschau vom Jahre 1946 bekannt. Sie können dort den dokumentarischem Bericht des Ministerpräsidenten *Held* nachlesen, der Ihnen vorgelegt worden ist. Daraus sind bestimmte Rückschlüsse aus der Tatsache *Held* gezogen worden. Niemand von uns ist es eingefallen, Rückschlüsse daraus zu ziehen. Herr *Schäffer* kommt dabei auch wirklich gar nicht schlecht weg, wenn man es liest. Sie wissen aber, was überall geschieht, wie Worte ausgelegt werden, wie die Verfahren über jeden hinweggehen.
Als ich im Verfahren des Herrn *Schäffer* vor der Spruchkammer gehört wurde, habe ich sogar das ausdrücklich festgestellt, ich glaube wesentlich zu seinen Gunsten, das muß er feststellen, daß hier ein Irrtum von Seiten irgendeines Berichterstatters der Militärregierung vorliegt. Ich habe auch die einzelnen Tatsachen klargestellt. Ich habe noch dazu, um hundertprozentig Klarheit zu haben, weil es sich um das Verfahren

handelt, an die Militärregierung von Bayern selbst unter dem 29. November 1947 geschrieben und habe folgendes mitgeteilt:

> Vor kurzem wurde ich vom Generalkläger beim Sonderministerium zu einer Aussage im Spruchkammerverfahren gegen den früheren Ministerpräsidenten *Fritz Schäffer* aufgefordert. Ich habe bei dieser Gelegenheit festgestellt, daß sich in den Akten eine Stellungnahme der Militärregierung befindet (Beilage zu dem Schreiben vom 25. März 1947), die etwa lautet: *Schäffer* hat viel Aufhebens von den seinerzeit erlittenen Verhaftungen zur Zeit des Nationalsozialismus gemacht. Tatsächlich war er nur bei zwei Gelegenheiten belästigt worden: Einmal im Jahre 1933, als er zum Braunen Haus gebracht wurde und für eine kurze Zeit in Stadelheim festgehalten wurde. Für diese Maßnahme entschuldigte sich jedoch Ritter von *Epp*, Reichsstatthalter von Bayern, indem er diese Maßnahme als Eigen-mächtigkeit untergeordneter Dienststellen bezeichnete, die er aufs schärfste mißbillige.
> Ich habe daraufhin dem Generalkläger das in Abschrift beigefügte Schreiben zugeleitet. Aus diesem Schreiben ergibt sich, daß die seinerzeitige Feststellung der Militärregierung nicht genau war. Herr *von Epp* hat am 10. März 1933 die Mißbilligung gewisser Vorfälle nicht Herrn *Schäffer* gegenüber und nicht mit ausschließlicher Bezugnahme auf den Fall *Schäffer* ausgesprochen. Es handelt sich auch nicht um eine Aussage, die ich gemacht hatte, sondern um eine von mir übergebene Niederschrift des früheren Ministerpräsidenten Dr. *Held*.

Ich darf hier vielleicht, weil leider Gottes wieder das alte Thema von Bamberg aufgenommen wird - es handelt sich nicht um eine zweiseitige Angelegenheit, sondern um eine einseitige -, direkt an Herrn *Rinke*, der in Bamberg schon eine Erklärung abgegeben hat, die Frage richten: Welche Erklärung habe ich in Bamberg zu diesem Thema abgegeben? Denn nach dieser Erklärung ist für mich dieser Satz erledigt, es sei denn, es wird die Behandlung weiter gewünscht.
Dr. *Rinke*: Ich habe in Bamberg die Erklärung abgegeben, daß ich von keinem Mitglied der CSU belastendes Material gegen ein anderes Mitglied der CSU erhalten habe.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich Sie vielleicht noch auf die weitere Erklärung hinweisen, die Sie in Bamberg gerade in bezug auf mich abgegeben haben?
Dr. *Rinke*: Diese Erklärung habe ich nicht in Bamberg abgegeben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann bitte ich, sie jetzt abzugeben.
Dr. *Rinke*: Ich habe die Erklärung abgegeben, daß insbesondere von Dr. *Müller* kein belastendes Material gegen *Schäffer* abgegeben worden ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann ist dieser Punkt erledigt.
Meine Damen und Herren! Es wird nicht anders, wenn es in ähnlicher Tonart weitergeht. Ich würde vorschlagen, auch in der Diskussion nicht die Vergangenheit reden zu lassen. Wir haben ganz andere Sorgen, und wir werden, wenn wir weiterarbeiten, diese Sorgen noch im Auge behalten müssen.
Zur Diskussion hat sich zunächst Herr Dr. *Horlacher* gemeldet.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Wäre nicht über die Anträge abzustimmen?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zunächst ist gesprochen worden, und jeder hat Gelegenheit zur Stellungnahme. Denn ich habe dafür gesorgt, daß ein demokratischer Ausgleich durchgeführt wird.
Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Damen und Herren! Ich bin sonst nicht gewohnt, Reden zu halten, in denen ich den Ich-Standpunkt allzu weit in den Vordergrund rücke.

Das ist mir zuwider. Ich bin gewohnt, meistens nur das zu vertreten, zu dem ich von anderen Organisationen oder Organen beauftragt bin. Aber diesmal muß ich eine Ausnahme machen. Ich nehme jetzt auch das Recht für mich in Anspruch, die Verhältnisse so zu beleuchten, wie ich sie sehe.
Ich darf wohl auch sagen, daß ich um keinen Tag früher oder später ins politische Leben eingetreten bin wie der Herr *Schäffer*, sondern zu genau derselben Zeit. Ich hatte allerdings nicht so viel zu sagen wie Herr *Schäffer*, sondern war auf das beschränkt, was mir an Fachgebieten zugewiesen war. Ich war jahrelang der Spitzenkandidat für die Wahlkreise Oberbayern und Schwaben und wurde meistens sehr rasch aufgestellt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
- Ich habe mir allerdings in meinen Versammlungen die Freiheit herausgenommen, auch meine eigene Meinung zu sagen, die auch damals nicht immer mit der Meinung des Herrn *Schäffer* übereingestimmt hat. Ich will darauf nicht mehr näher eingehen. Die Geschichte hat mir Recht gegeben. Ich darf nur an das seinerzeitige Zwischenspiel mit der *Papen*-Regierung erinnern und die unterschiedlichen Haltungen, die sich dort ergeben haben. Ich habe gesehen, wohin das führt und bin in der Diskussion draußen in den großen Versammlungen meine eigenen Wege gegangen - zum Nutzen der Bayerischen Volkspartei - und bin von der Meinung der Parteileitung abgewichen. Aber eines war der Unterschied von heute gegen früher. Eines ist in der Partei vermieden worden, und das ist die Krankheit der Union: Den persönlichen Kampf hat es nicht gegeben. Das ist der gewaltige Unterschied. Der persönliche Kampf ist eine Eigentümlichkeit der Union seit ihrer Geburtsstunde. Ich war damals auch dabei, wie wir darum gerungen haben, daß wir letzten Endes den Namen Christlich-Soziale Union durchgebracht haben, auch gegen die unterschiedlichen Meinungsäußerungen, die von anderer sehr maßgebender Seite aus früherer Zeit vertreten wurden, weil wir der Meinung gewesen sind, daß wir nicht mehr dort fortfahren können, wo wir 1933 aufgehört haben. Das ist der wesentliche Unterschied.
Was muß die Union jetzt tun, um die Verhältnisse wieder in die Hand zu bekommen? Sie muß Klarheit in ihren eigenen Reihen schaffen und dafür sorgen, daß sich alle dem Mehrheitswillen der Union unterordnen

(Sehr richtig!)

und daß alle in einer Marschkolonne hinter dem mit großer Mehrheit gewählten Landesvorsitzenden marschieren.

(Bravo!)

Das ist die Aufgabe der Union, wenn einmal ein Landesvorsitzender mit 87% Majorität gewählt worden ist und ein solches Parteigremium gesprochen hat. Wenn man gesehen hat, mit welcher Begeisterung seinerzeit das Wahlergebnis in Marktredwitz von der sehr großen Versammlung aufgenommen wurde, dann hatte man das Gefühl in sich: Die Partei ist in sich gefestigt.

(Sehr richtig!)

Sie ist dann bloß wieder auseinandergebrochen durch das Dazwischentreten - ich will jetzt gar keine Namen nennen - von Verhältnissen, die wir nicht verursacht haben.

(Sehr richtig!)

Jedenfalls steht das eine fest: Wir wollen unter gar keinen Umständen den Eindruck entstehen lassen, so schön manche programmatische Erörterungen des Herrn *Schäffer*

sind, mit denen wir gewiß doch oft alle miteinander einverstanden sind, als wenn der Weg der Union bisher kein richtiger gewesen wäre. Es ist unsere Aufgabe, wenn wir unsere eigene Achtung nicht verlieren wollen, die Arbeit, die der Landesvorsitzende der Partei geleistet hat, anzuerkennen.

(Sehr richtig!)

Wenn das einmal Allgemeingut all derer wird, die auch momentan nicht einverstanden sind, dann sind wir über dem Berg. Wenn einmal, wie ich in Marktredwitz ausgeführt habe, das Geraune, die Flüsterpropaganda, der *Müller* sei zentralistischer gesinnt usw., aufhört und wenn jeder die Verpflichtung in sich fühlt für die Union als Mann einzutreten, dann haben wir die Dinge vollständig in der Hand, und wer dann noch nicht einsieht, daß dann etwas Neues entsteht, der tut mir leid.
Der Unionsgedanke ist so umfassend gegenüber einer alten Parteiformation, daß wir schlechte Politiker sein müßten, wenn wir unserem Volk in dieser entscheidenden Stunde nicht das beibringen würden, was die Stunde erfordert. In dieser Beziehung habe ich gar keine Angst, und keiner wird mir nachsagen können, daß meine Versammlungen, wenn ich draußen spreche, vielleicht schwach besetzt sind. Das ist bei mir meistens nicht der Fall. Ich habe jetzt Anforderungen vorliegen von allen größeren Orten, insbesondere des fränkischen Gebietes. Ich werde dort meine ganze Kraft einsetzen,

(Bravo!)

weil ich der Überzeugung bin, daß nicht bloß in Altbayern, sondern insbesondere auch in Franken die Entscheidung zugunsten der Union fallen wird.

(Zustimmung und Beifall.)

Das ist unsere Aufgabe, und da müssen wir zusammenarbeiten, da müssen wir die Dinge sehen, wie sie sind, da müssen wir den Blick für ganz Bayern haben und dürfen nicht von einem Gesichtspunkt aus urteilen.
Es hat sich doch manches gegen früher geändert. Wer das nicht sieht, muß im Denken stehengeblieben sein. Wenn ich bloß daran denke, was für Verhältnisse sich jetzt draußen durch das Dazwischentreten einer neuen Parteiorganisation und durch die Tatsache ergeben, daß sich draußen bis zum letzten Dorf eine ungeheure Zahl von Heimatlosen und Flüchtlingen befindet. Hier ist es unsere Aufgabe, mit aller Wucht dafür einzutreten, daß die Flüchtlinge an die Seite der Union treten und den gemeinsamen Kampf für die gemeinsame christliche Auffassung führen.

(Beifall.)

Wenn Ihr das nicht tut, dann dürft Ihr die Union gestalten, wie Ihr wollt, wenn Ihr Euch bloß nach dem richtet, was andere tun, dann werden wir das Ziel verlieren.

(Sehr richtig!)

Hier muß der Kampf einsetzen. Das wird jeder vernünftige Mensch einsehen. Es darf da keinen Gegensatz zwischen Einheimischen und Flüchtlingen geben, sonst kommen Zustände heraus, die wir alle miteinander nicht wünschen. Hier ist die Aufgabe der Union, auch in den Gemeindewahlen dazwischenzutreten und dafür zu sorgen, daß eine einheitliche Stimmung zwischen Einheimischen und Flüchtlingen herbeigeführt wird.

(Sehr gut!)

Das kann die andere Formation in diesem Umfang gar nicht tun. Das kann gar nicht in Frage kommen. Die Dinge müssen hier so betrachtet werden, wie sie tatsächlich liegen.
Eines kommt noch hinzu. Ich weiß das aus meiner eigenen Familie, von meinen eigenen Kindern. Liebe Freunde, täuscht Euch nicht! Die Jugend hat eine ganz andere Gesinnung, Herr *Schäffer*, als Sie sich das vorstellen.

(Lebhafter Beifall.)

Wir werden in diesem Wahlkampf, liebe Freunde von der Jungen Union, Euch das Rüstzeug mit auf den Weg geben. Wir werden gerade in diesem Wahlkampf wie Stahl und Eisen zusammenstehen mit den modernen, fortschrittlichen Anschauungen, die die Jugend durch das Zusammenstehen aller deutschen Stämme aus dem letzten Weltkrieg mit nach Hause bekommen hat.

(Erneuter starker Beifall.)

Da werden die alten Anschauungen verblassen. Täuschen Sie sich nicht. Machen Sie unserem Vorsitzenden nicht den Vorwurf zentralistischer Gesinnung. Es ist das ein hereingetragener Vorwurf, weil Ihnen die Person des Vorsitzenden nicht paßt.

(Sehr richtig!)

Wie ich das gesehen habe, habe ich mir gesagt: Lieber Michael, jetzt ist es Zeit, mit den Flügeln der Union aufzuräumen.

(Bravo.)

Es bleibt vielleicht dann noch ein Flügel übrig, und wenn sich der nicht einordnet, dann bricht er ab. Aber wir sind dann wenigstens in der Union ein einheitliches Gebilde und brauchen nicht immer da und dort auf Flügel Obacht zu geben. In der Union ist ja Platz für jede Mitarbeit.

(Sehr richtig!)

Der Herr *Schäffer* als Bezirksvorsitzender von Oberbayern hat die Gelegenheit, in dieser Eigenschaft seine Meinung, seine Stimmung, seine Ansichten bei jedem Gremium der Partei zur Geltung zu bringen. Er hat erklärt, er wünscht nichts weiter. Also gut, so lassen wir die Zeiten von früher bestehen und machen das gemeinsame Gelöbnis, daß die gemeinsame Politik unterstützt wird.

(Bravo!)

Warum soll das nicht gehen? Hat nicht der Herr Ministerpräsident *Ehard* und hat nicht der Herr *Pfeiffer* erklärt, daß er mit der Stellungnahme von Dr. *Josef Müller* in Frankfurt am Main restlos d'accord und einverstanden gewesen ist?

(Hört, hört! Bravo! Dr. *Pfeiffer*: An einem bestimmten Tag; es waren drei Tage; sonst nicht!)

Dann, Herr *Pfeiffer*, suchen Sie sich noch mehr glückliche Tage heraus, wo Sie einig gehen.

(Beifall.)

Bei vernünftigem Zusammenarbeiten wird das auch geschehen.
Ich habe selber beobachtet, was in Frankfurt vor sich geht. Was draußen behauptet wird, sind Hirngespinste. Man muß es der Bevölkerung einmal sagen, daß wir bei der

Konstruktion von Frankfurt - da können die anderen in den Versammlungen reden, was sie wollen - nicht die sind, die die Konstruktion geschaffen haben.

(Sehr richtig!)

Der Ministerpräsident [*Hans Ehard*] konnte sich ja bloß so beiläufig, wie die Österreicher sagen, dazu äußern.

(Heiterkeit.)

Die Besatzungsmächte haben die Proklamation erlassen. Vor uns liegt die Aufgabe, dieses Gebilde lebendig zu machen.
Ich möchte endlich einmal damit Schluß gemacht haben, daß unser Parteivorsitzender immer wegen seiner angeblich anderen Haltung diffamiert wird.

(Zuruf: Wie in Eichstätt!)

Wir haben doch wiederholt miteinander über diese Dinge gesprochen. Meine lieben Freunde, lassen wir das beiseite, was früher einmal war.

(Zuruf: Aha!)

Täuschen wir uns nicht darüber - der *Ochsensepp* wird das bestätigen: In einem waren wir uns immer einig gewesen, erstens in einem anständigen persönlichen Verkehr, der bei der anderen Seite schon oft schwer zu vermissen ist, und zweitens in der grundsätzlichen Haltung, in den Grundlinien der Union. Das andere waren vorübergehende Erscheinungen.

(Heiterkeit.)

Es kommt noch hinzu - Herr *Schäffer*, ich kann Ihre Neugierde nicht befriedigen - im Falle *Baumgartner* habe ich mehr Wissen, als Sie glauben.

(Sehr richtig!)

Wir werden noch eines schönen Tages darauf zurückkommen. Was in dieser Beziehung erzählt wurde, sind meistens nicht ganz richtige und schiefe Darstellungen. Aber Ihr kennt mich, daß ich oft sehr schweigsam bin

(Große Heiterkeit.)

und nicht rede. Ich könnte auch hier reden, weil ich die Dokumente der Militärregierung gerade im Falle *Schäffer* da habe. Ich unterlasse das

(Anhaltende Unruhe.)

aus guten Gründen, weil ich all die Dinge nicht mehr auffrischen will. Man soll den alten Mist erledigt sein lassen.
Ich möchte nur das eine konstatieren, daß hier die Begründungen der Militärregierungen ganz andere sind, als wie immer erzählt wird. Ich will mich nur darauf beschränken, aber ich bitte, das jetzt endlich wirklich ruhen zu lassen. Ich möchte nur eines dazusetzen, und das weiß die ganze Landtagsfraktion: In dem Augenblick, wo sich Mitglieder der Landtagsfraktion gegen die persönliche Ehre des Herrn Dr. *Müller* gewandt haben, bin ich aufgestanden

(*Haußleiter*: Das ist richtig!)

und habe die Opposition, die damals zum Teil meine Freunde waren, niedergekämpft, weil ich mir sage: Man kann stehen, wie man will, aber objektiv müssen die Dinge betrachtet werden. Das ist auch gut so.

Jede andere Partei wäre froh, wenn sie einen Mann hätte, der unter der nationalsozialistischen Zeit soviel gelitten hat.

(Sehr richtig!)

Und dadurch allein schon sollte jedem der Mund versperrt werden, daß nicht immerzu geraunt und Gerüchte herumgetragen werden, um das Vertrauen in die Partei zu untergraben. Liebe Freunde aus Oberbayern, unterlassen wir das, und wir werden sehen, der Gesundungsprozeß in der Union ist durch eine anständige Haltung der Unionsmitglieder ganz von selber herbeizuführen.

(Bravo!)

Jetzt kommen die schweren Geschütze. Herr *Schäffer*, wir kennen uns ja von früher her. Ich brauche darauf nicht näher einzugehen. Ich weiß, wie die Dinge hier zu werten sind. Ich habe das statistische Material der Wählerziffern und Wählerstimmen vor mir. Sie haben das Auseinandergehen zwischen Fraktionsmeinung und der Partei geschildert. Ja, liebe Freunde, von dem kann ich auch nicht ausgehen. Denn sonst müßte das gleiche Verhältnis der eingeschriebenen Wähler zu den wirklichen Wählern von Haus aus vorhanden sein. Das ist nicht der Fall. Da ist ein Unterschied in den einzelnen Wahlkreisen und Bezirken. Aber der Unterschied ist im ganzen nicht so groß. Wir drehen uns hier im Kreise und kein Mensch weiß im einzelnen, was eigentlich dahintersteckt. Ich will Euch einmal die Rechnung aufmachen. Da werdet Ihr sehen, daß es gar nicht der Mühe wert ist, das als einen wesentlichen Gesichtspunkt anzusehen.
Ich habe hier - erschrecken Sie nicht - einmal die Wahlbezirke zusammengezählt, die die meisten eingeschriebenen Mitglieder der Union haben. Ich habe Oberbayern, Niederbayern und Schwaben zusammengerechnet, wobei auch ein Teil dieser Gebiete über die Donau hinüberragt. Deswegen lohnt es sich gar nicht, in diese Sezierung der Verhältnisse einzutreten. In den südlichen Bezirken haben wir 829.000 Unionswähler, und in den nördlichen Bezirken, von denen noch ein Teil von den südlichen Bezirken von oben genommen ist, haben wir 764.000.

(Zuruf: Na also!)

Lohnt es sich denn, daß wir wegen der Ausschlachtung der paar Deputierten überhaupt darüber reden? Wobei wir den Verhältnissen sogar Rechnung getragen haben, daß die Bezirke, die mehr eingeschriebene Mitglieder haben, berücksichtigt werden sollen!
Jetzt kommen dann die eingeschriebenen Mitglieder: Da haben wir in den südlichen Bezirken, von denen auch ein Teil wieder nach Norden zu rechnen ist, 46.836 eingeschriebene Mitglieder. Und wieviel Mitglieder haben wir in den nördlichen Bezirken? 35.343 eingeschriebene Mitglieder. Wenn man dann den Teil, der von Süden über die Donau nach Norden ragt, zu den nördlichen Bezirken noch hinzuzählt, so gleicht sich das aus. Es stehen dann 42.000 gegen etwa 39.000. So wird das Verhältnis sein. Das sind die Streitpunkte.
Jetzt kommt dann noch die Einwohnerzahl dazu. Da haben die südlichen Bezirke 4,7 Millionen Einwohner und die nördlichen 4,3 Millionen, wobei ich noch einen Teil wegrechnen muß, so daß beide etwa über die gleiche Einwohnerzahl verfügen, nur mit dem Unterschied, daß da droben die Parteiverhältnisse der anderen Parteien ganz andere sind wie im südlichen Teil Bayerns, daß da droben unsere Leute um ihre Anschauung jetzt und in der Zukunft noch stärker kämpfen müssen wie im Süden.

(Sehr richtig!)

Deswegen müssen wir unsere Tätigkeit dorthin verlegen, wo sie absolut notwendig ist, nach Oberbayern und in die fränkischen Gebiete. Wenn das geschieht, wird das, was uns der Herr *Schäffer* prophezeiht hat, nicht eintreten. Ich sage Euch ganz offen, mir hat es in der Seele weh getan, vor einer öffentlichen Sitzung der Union derartige Spekulationen in die Zukunft zu machen.

(Sehr richtig!)

Das mag zutreffen oder nicht, das will ich dahingestellt sein lassen. Kein Mensch weiß das. Aber derjenige, der seine eigene Kraft von vorneherein aufgibt, wird sie von vorneherein verlieren.

(Bravo!)

Da müssen wir das Zutrauen zu uns selbst haben und das tun, was in der Union jetzt notwendig ist, nämlich die Einigkeit über alles stellen, nicht eine weiche und feige Einigkeit, die nur vor den Entscheidungen zurückweicht, sondern eine klare Linie, an der unsere Leute in den meisten Bezirken Bayerns ihre helle Freude haben. Das ist unsere Aufgabe.

(Bravo!)

Das andere muß mitgerissen werden.
Wer will denn eine Satzung ändern? Herr *Schäffer*, Niederbayern hat gesagt: Mit den Deputierten, wie sie verteilt sind, ist Niederbayern zufrieden. Das haben sie gestern eigens erklärt. In der Oberpfalz ist es genauso, ebenso in Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Schwaben. Ja gibt es denn dann noch einen Grund für den Streit? Glaubt Ihr denn, wenn Oberbayern ein paar Dutzend mehr bekommt, daß dadurch eine andere Entscheidung bezüglich der Gestaltung der Union fallen wird? Die Entscheidung der Union bezüglich ihrer Gestaltung muß durch uns fallen, damit wir miteinander einmal erkennen - das ist auch Demokratie -, was die heutigen Zeitverhältnisse erfordern. Das ist das Wesentliche. Wir dürfen nicht stehenbleiben, sondern müssen sehen, was um uns herum vorgeht. Wir müssen die Lage der Jugend sehen, der Flüchtlinge, wir müssen erkennen, was an der Ostgrenze Bayerns geschieht, wo die Ausstrahlungen von anderer Seite auf Bayern treffen.

(Sehr richtig!)

Liebe Freunde! Wenn ich Euch einen Rat geben darf. Er mag radikal klingen: Geht über diese Satzungsänderungsanträge, soweit sie nicht von Marktredwitz vorgeschrieben sind, zur Tagesordnung über und widmet Euch den Sachaufgaben, und die anderen, die momentan noch nicht ganz einverstanden sind, sollen sich einreihen. Es ist höchste Zeit für sie, damit sie den Anschluß für die Zukunft nicht verpassen.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Zu den Zahlen, die gegeben wurden, möchte ich folgendes beifügen: Gerade angesichts der Tatsache, daß durch die Pressedebatte der Eindruck entstehen konnte, als ob die Partei in ihren inneren Verhältnissen nicht richtig demokratisch durchgegliedert sei, habe ich folgendes feststellen lassen. Ich darf jetzt bitten, es zu verlesen:
Dr. *Schedl*: Die Bezirksverbände München und Oberbayern haben ca. 20% der Unionswähler, ca. 23% der Bevölkerung und ca. 30% der Unionsmitglieder. Die beiden Bezirksverbände München und Oberbayern stellen 30% der Fraktionsmitglieder im

Landtag, 27,5% der Stimmen in der Landesversammlung, 40% der Stimmen im Landesausschuß und 60% der Stimmen in der Landesvorstandschaft, und zwar ohne Berücksichtigung der Marktredwitzer Beschlüsse. Nach den Marktredwitzer Beschlüssen kommen insgesamt 18 Delegierte neu in die Landesversammlung, von denen sechs aus dem Raum München- Oberbayern stammen, also wiederum 33 1/3%.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist dabei zu beachten, daß unsere Freunde in München nicht daran denken, daß sie leider ungefähr die gleiche organisatorische Stärke erzielt haben - sie ist etwas besser - wie Nürnberg-Fürth, das Beispiel, auf das man gern hinweist. Ich darf aber fortfahren lassen. Als nächster Redner hat sich *Haußleiter* gemeldet.
*Haußleiter*: Meine Damen und Herren! Ich habe in den letzten Tagen sehr viele besorgte Briefe aus dem fränkischen Bereich bekommen, Briefe von Ortsverbandsvorsitzenden, die zurücktreten, Briefe von Mitgliedern, die austreten. Es war fast immer das gleiche, was in ihnen stand. Es hieß: Wir haben uns mit 80, mit 85% der Stimmen zu einem bestimmten politischen Kurs in der Union entschlossen. Nun werden wir plötzlich diffamiert, als seien wir Leute, die blind einem Führer folgten, als seien wir Nationalsozialisten, als ließen wir ein Politbüro zu. Glaubt man uns denn als Mitglieder der Union nicht, daß wir Demokraten sind und daß es die Leute unseres Vertrauens sind, die wir wählen? Oder sind es nur solche, die darüber enttäuscht sind, daß man sie nicht als Führer gewählt hat?

(Heiterkeit. - Zurufe: Hört, hört! - Dr. *Pfeiffer*: So ein Kindergarten!)

Nun möchte ich eines sagen: Woher kam denn diese Bewegung? Mir schien sie bis zu einem gewissen Grade durchaus verständlich, und zwar auf folgende Weise: Wir hatten uns in der Union zusammengefunden, Menschen aus den verschiedensten Bereichen, Menschen aus allen Parteien, Männer, die nie in der Politik aktiv gewesen waren und die in den letzten zwölf Jahren erkannt hatten, daß es notwendig sei, etwas Neues zu bauen, damit nicht noch einmal der Terror der Unanständigen stärker sei als die anständigen Menschen. Da sind wir zusammengetreten in den ersten Gremien der Partei. Keiner hat den anderen gekannt und da ging es wild auf. Wir wußten ja kaum, wer gegen wen focht. Was bedeutete uns Jüngeren der Name des Staatsrats Dr. *Schäffer*? Und auch den Dr. *Müller* haben wir nicht gekannt. Wir haben sie uns angesehen, und wir waren auch ein wenig leidenschaftlich in Bamberg. Ich erinnere mich an den Freund *Strauß*, wie er hochgebraust ist, und ich möchte auch nicht im Protokoll nachlesen, was ich damals gesagt habe als Anfänger in der politischen Diskussion in Bayern.
Dann haben wir uns langsam kennengelernt. Freunde, wir haben gesehen: Keiner ist so bös, wie er auf den ersten Blick erscheint. Der eine ist manchmal ein wenig heftig, und der andere ist stiller, einer gleicht aus, und einer versucht, die Entwicklung vorwärts zu treiben, und letztlich ist jeder notwendig, weil wir ja nicht zu viele, sondern zu wenige Männer haben, die heute wirklich Arbeit leisten können.
So ist der Sachverhalt. Wir sind allmählich zusammengewachsen, wir haben uns gerauft; die einen sagten Koalitionsregierung und die anderen sagten Unionsregierung. Herr Staatsrat Dr. *Schäffer* hat sich vielleicht in diesem Punkt über die getäuscht, die Unionsregierung sagten, und über die, die Koalitionsregierung sagten.

(Sehr richtig!)

Es war nämlich die *Partei*, die die Unionsregierung wollte, weil sie sagte: Wer mit Mehrheit das Vertrauen des Volkes bekommt, muß die Verantwortung auf sich neh-

men, die ihm auferlegt wird, und es war die Fraktion, die die Koalition wollte. In dieser Kritik habe ich mit Dr. *Schäffer* übereingestimmt.
Gut, beides hat - gehen wir doch den Gründen nach, meine Freunde! - deshalb auseinandergeklappt, weil man in der Parteiarbeit draußen an der Front Aktivisten braucht und weil man in die Fraktion den erfahrenen alten Politiker gewählt hat. Das sind Temperamentsunterschiede, das sind Generationsunterschiede, hier oder dort! Das muß man einmal aussprechen. Das klappt nicht wegen verschiedener Statuten auseinander, sondern das hat auseinandergeklappt im Rahmen eines ganz natürlichen Wachstumsprozesses.
Nun wurde die Koalition nach Eichstätt gekündigt. Wir waren in Eichstätt ein wenig temperamentvoll gewesen. Herr *Schumacher* hat unser Temperament nicht richtig einkalkuliert. Es war halt eine deutliche Aussprache. Er hat übersehen, daß die Tatkraft der Ideen in der Union so stark ist, daß wir dann, wenn wir in die Arbeit gestellt werden, die Arbeit auch leisten, die uns auferlegt wird. Deshalb haben wir dann die Unionsregierung gebildet und haben uns stärker zusammengefunden. Die, die in Bamberg sich anschrieen und Sie zueinander sagten, sagen in diesem Rahmen längst Du zueinander. Wir hatten uns gemeinsam geschlossen hinter diese Unionsregierung gestellt, und der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] hat den Herrn Parteivorsitzenden zu seiner Wahl beglückwünscht. Soweit ist der Prozeß ein Prozeß des Zusammenschmelzens gewesen.
Der Herr Dr. *Schäffer* hat leider diesen Wachstumsprozeß nicht miterlebt. Das ist die Katastrophe des 14. Februar 1948, meine Freunde! Denn dann kam er an, und dann hat er über die unterdessen geeinte Partei riesengroß von neuem aufgerichtet die alten, längst vergessenen Schatten von Bamberg. Das ist der Sachverhalt. Da haben wir nun neu erlebt, wie in den Protokollen der Vergangenheit gekramt worden ist und wie die alten Bezichtigungen von damals von neuem emporgewachsen sind, die alten Zeugen in diesem Raum noch einmal aufstehen mußten: Schatten, längst überholt durch einen Wachstumsprozeß.
So ist der Weg gewesen; so muß diese Auseinandersetzung, die entstanden ist, erklärt und verstanden werden. Ich hätte gewünscht, daß Staatsrat Dr. *Schäffer*, wenn er zurückkehrte, nicht mit einer inneren Kritik an der Union gekommen wäre, daß er vielleicht mit positiven Vorschlägen zu der Arbeit gekommen wäre, die wir zu leisten haben. Dann hätte jeder von uns gesagt: Seht, da ist ein Mann, der Positives, Neues zur Arbeit in einem Winter des Hungers und des Elends zu sagen hat! Nehmt ihn; wir brauchen ihn hier in Frankfurt und dort! Wir suchen ja Männer, die etwas an sachlicher Arbeit leisten können.
Statt dessen hat er eines gesehen, meine Freunde; das hat er richtig beobachtet.

(Dr. *Horlacher*: Den *Ochsensepp*!)

Er hat gesehen, daß die Kritik an der Union draußen stark ist; er hat gesehen, daß die Bayernpartei kommt. Das hat er alles ganz genau beobachtet, ganz genau geschildert und uns gut beschrieben. Aber die Gründe dafür hat er nicht richtig erkannt. Und das ist mein schwerer Vorwurf, den ich ihm zu machen habe, meine Freunde. Jede Partei, die in einem Hungerwinter, im Tiefpunkt der Krise, die Verantwortung zu tragen hat, wird Wähler verlieren, sie kann arbeiten, wie sie will.

(Sehr richtig!)

Wenn dann ein Amokläufer kommt und gegen die Partei loslegt in dem Augenblick, in dem sie zusammenstehen soll wie nie zuvor, dann, meine Freunde, müssen wir die

Partei gegen ihn verteidigen mit der ganzen Schärfe, mit der wir bisher für unsere Ideen gekämpft haben.

(Beifall.)

Das ist der Sachverhalt. Wer, meine Freunde, gibt einem von uns das Recht zu sagen: Ich bin ein besserer Christ als Du?

(Sehr richtig!)

Daran erkennt man nicht den Christen; das ist Pharisäertum und nichts anderes.

(Sehr richtig!)

Auch das muß einmal klar und deutlich gesagt werden.
Da hat mich eines am meisten erschüttert: Herr Dr. *Schäffer* hat einmal eine Parallele gezogen zwischen der Bayernpartei und der NSDAP. Er hat gesagt: Wie damals die NSDAP rasch gewachsen ist, genauso kann heute sich das Feuer wieder verbreiten. Ich bin in diesem Augenblick am meisten erschrocken, denn noch in Starnberg hat er die Bayernpartei als eine verbündete Partei bezeichnet

(Hört, hört!)

und durch Bundesgenossenschaft mit solchen Lebenswogen, die man als gefährlich empfindet, erreicht man nicht, daß sie in ihre Dämme zurückgetrieben werden.

(Sehr richtig!)

Das sollten wir aus den letzten zwölf Jahren gelernt haben.
Und nun noch eine Parallele! Sehen Sie, der Herr Staatsrat hat uns gut erklärt, wie er die NSDAP damals eindämmen wollte - ich möchte sagen - durch Paragraphen, durch Änderung des Wahlrechts, durch Heraufsetzung des Wahlalters. Durch Heraufsetzung des Wahlalters hätte man die SA nicht vor dem Marschieren bewahrt und uns nicht gegen sie geschützt!

(Sehr richtig!)

Da mußten die sozialen Ursachen der Revolution erkannt werden, das innere Geheimnis des Kollektivismus, die Massen der abhängig gewordenen Menschen, der total abhängigen Menschen, die erst die Voraussetzung für den totalen Staat sind. Da muß tiefer angegriffen werden, als mit Heraufsetzung des Wahlalters.
Nun sieht er wieder eine gefährliche Bewegung. Und was macht er? Änderungsanträge zu den Statuten der CSU,

(Heiterkeit.)

Änderungsanträge von neuem! Wieder soll mit Paragraphen die neue, wieder drohende Revolution aufgehalten werden! Und da unterscheidet sich die Jugend von ihm, da gehen wir den anderen Weg! Da, nicht in konfessionellen Unterschieden, nicht in persönlichen Differenzen, liegt unsere Kritik an ihm. Anders sehen wir die Dinge. Einmal stand er an verantwortlicher Stelle, einmal hat er meiner Ansicht nach die Entwicklung nicht richtig erkannt und ist gescheitert. Daraus entspringt nicht das Recht, sich pharisäisch über die erhaben zu fühlen, die nun in schwerster Stunde Verantwortung auf sich genommen haben. Da müßte man ein wenig zurückhaltender sein; das wäre besser.
Ein anderes muß dazu auch noch gesagt werden. Meine Freunde, sehen Sie, die Art von Politik, die er gemacht hat, als er wieder eingriff, und die er empfiehlt, scheint mir

eine falsche zu sein, und ich sage: Ihr dürft ihr nicht folgen. Was war das für ein Verfahren? Ein paar Wochen vor der Wahl die eigene Partei in dieser Form anzugreifen und ihr in den umstrittensten Gebieten die Chance auf Erfolg ganz restlos zu zerschlagen!

(Zustimmende Zurufe.)

Wer das macht, ist kein Politiker, dem wir heute folgen dürfen.
Ich lese seine Vorschläge zur Frankfurter Politik; die CSU soll Zünglein an der Waage sein

(Ha, ha!)

und soll nicht etwa mit der CDU zusammengehen. Ja will denn der Herr Dr. *Schäffer*, mit *Schumacher* gegen *Adenauer* zusammengehend, den Föderalismus in Deutschland durchsetzen?

(Zuruf: Wie bei der Wahl *Hindenburgs*!)

Das ist doch die Frage, die wir an ihn zu stellen haben.
Er kennt das Frankfurter Parkett zu wenig. Ich wünschte, er würde es genauer kennen. Aber eines sage ich mir, meine Freunde, und das sind meine klaren Gründe: Er hat die sozialen Ursachen der Revolution 1933 nicht gesehen, und er sieht die sozialen Ursachen der kommenden Bewegung, der kommenden Revolution nicht, und deshalb kann er sie nicht aufhalten. Deshalb halte ich alles, was er hier als Heilmittel empfiehlt, mehr für Gift wie für Arznei.

(Sehr gut!)

Mit den alten Statuten haben wir die absolute Majorität errungen. Ich fürchte, die Diskussion über die neuen Statuten, wie sie Herr Dr. *Schäffer* entwickelt, beraubt uns der letzen Hoffnungen, für die nächste Zeit den Kampf wirklich durchzustehen. Da müssen wir Entscheidungen treffen; da müssen wir klare Entscheidungen treffen, meine Freunde. Nicht die alten Fehler machen, nicht mit Paragraphen Revolutionen eindämmen! Ans Werk gehen! Neue Lösungen, die Ursachen der Revolution beseitigen! So geht man vor, wenn man wirklich Politik macht.
Er hat vor 1933 Fehler gemacht. Falsch ist es, es ihm heute in der Form vorzurechnen, in der das oft geschieht. Wir alle sind irrende Menschen. Das eine aber sage ich Ihnen: Wachsam sind wir dort, wo einer nichts gelernt hat und wo einer so wie Herr Dr. *Schäffer* die alten Fehler von einst klar und offenkundig vor aller Augen wiederholt. Da liegt die Schwäche. Und da müssen wir fragen: Wie stehen die Dinge? Wollen Sie innerhalb der Möglichkeiten, die für Sie bestehen, mitarbeiten, dann müssen Sie sich auf den Boden der Satzungen stellen! Wollen Sie das nicht tun, wollen Sie, wie ein Märtyrer getrieben von einem meiner Ansicht nach gar nicht berechtigten Sendungsgefühl, die Partei plötzlich auf den Kopf stellen, die Einheit sprengen, die wir hatten? Dann können wir nicht mit ihm gehen, dann müssen wir die Trennungslinie ziehen, scharf und klar. Entweder Herr Dr. *Schäffer* fügt sich ein oder, Herr Dr. *Schäffer* trennt sich. Das scheint mir die notwendige Entscheidung von Regensburg zu sein!

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Lorenz*] *Sedlmayr*: Nächster Redner: *Karl Schmid*!
*Karl Schmid*: Meine lieben Parteifreunde, nachdem nun die Größen der Partei ge-

sprochen haben, ist es vielleicht gut, wenn ein ganz einfacher Mann und Mitglied der CSU ein Wort sagt;

(Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Ich habe mich gemeldet!
- Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Dafür kommt der *Horlacher* dreimal dran; die andern kommen überhaupt nicht dran. Wenn bloß die reden, die passen, dann ist natürlich alles verständlich!)

und manchmal ist das Wort gar nicht so schwer, auch nach all diesen Ausführungen, die wir jetzt gehört haben. Das eine Wort heißt doch nur: Kehren wir doch jetzt zurück zum gesunden Menschenverstand!
Was verlangt er denn von uns? Doch gar nichts anderes, als daran zu denken, daß in dem Augenblick die Wähler der CSU in ganz Bayern mit banger Sorge nach Regensburg schauen und horchen, was denn heute bei dieser Tagung des Landesausschusses herauskommen wird. Da glaube ich, daß nun der gesunde Menschenverstand uns eines gebietet; das ist ein einfaches Wort: Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo das entscheidende Wort zur Einigung gesprochen werden muß. Es brauchen doch bloß diese beiden Teile, die beiden hervorragenden Männer, sich zusammensetzen wie zwei Parteifreunde und sich aussprechen, und vielleicht noch einer dazu als Mittler, vielleicht nicht unser Ministerpräsident *Ehard*, sondern unser Parteimitglied *Ehard*. Die Männer sollen sich gegenseitig erklären, was sie wollen, und sich sagen: Einen Strich unter die Vergangenheit und einen Blick in die Zukunft, die vor uns steht! Ungeheuer ist die Aufgabe. Wie kann man da noch einen Augenblick zögern und sich gegenseitig mit all diesen vergangenen Dingen belasten? Einigkeit ist notwendig, Zusammenhalten ist notwendig,

(Sehr richtig!)

und nichts anderes kann uns über die kommenden Aufgaben hinüberführen.
Drum möchte ich den Wunsch aussprechen, daß dieser Tag nicht vergehen möge, ohne daß sich bis morgen diese drei Männer, die ich mir jetzt nur so gedacht habe - *Müller, Schäffer, Ehard* -, zusammensetzen und eine Aussprache, eine klare, ehrliche, eine politische und eine christliche Aussprache miteinander pflegen, sich in ihren Zielen klar werden, einen Strich unter die Vergangenheit ziehen und ein Gelöbnis des Zusammenhaltens, der Einigkeit, der Treue für die Zukunft geben. Wir gehen dann geschlossen mit ihnen, und die Union ist gefestigt und kann die Aufgaben in der Zukunft meistern!

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nächster Redner: Dr. *Pfeiffer*.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Meine Damen und Herren, ich bin in die Debatte über den oberbayerischen Beschluß von heute vor 14 Tagen in der Öffentlichkeit mehr hineingezogen worden, als ich vielleicht verdient habe, denn ein anwesender Pressevertreter hat aus einer Reihe von ziemlich sarkastischen Bemerkungen eines ungefähr einstündigen Referats, die ich gemacht habe, eine einzelne Bemerkung in besonders prägnanter Fassung herausgegriffen und verbreitet.
Wer aber meine verschiedenen Referate in dieser Sache in den letzten Monaten gehört hat, der wird vielleicht zugeben, daß ich geradezu mit Leidenschaftlichkeit für die Erhaltung des Unionsgedankens und für die Einheit der Partei eingetreten bin, um eine schlagkräftige große Partei in Bayern zu haben; und ich weiß, daß auch Zuhörer in der Sitzung von heute vor 14 Tagen diesen Eindruck unbedingt hatten. Wer mich in

Nürnberg gehört hat, wer mich in München gehört hat, wer mich in Freising, in Erlangen, in Marktredwitz gehört hat, der weiß, daß ich versuche, mit jeder Faser meines politischen Ethos dem Unionsgedanken zu dienen. Und gerade weil das der Fall ist, muß ich sagen: Ich habe aus der Beobachtung der heutigen Aussprache den Eindruck, daß doch ein Teil der Mitglieder des Landesausschusses den Ernst der Situation nicht vollständig verstanden hat.

(Oho!)

Ich habe auch eines betont: Ich kämpfe für die Einheit der Union. Vor allen Dingen möchte ich einmal das sagen: Damit wird der Verständigung der Weg nicht gebahnt, daß Herr *Haußleiter* von pharisäerhaften Bemerkungen des Herrn *Schäffer* spricht.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Dazu fehlt ihm doch die Qualifikation!)

Dadurch wird sie nicht erleichtert, daß man von einem merkwürdigen Sendungsgefühl spricht. Es wird ihr auch nicht damit gedient, daß man spricht, wie wenn Irrtümer der Vergangenheit so riesengroß gewesen wären, daß sie alles gegenüber den ganz prominenten Tugenden der Gegenwart überwiegen würden.

(Sehr gut!)

Es wird der Weg auch nicht erleichtert, wenn man gönnerhaft sagt, daß Herr *Schäffer* in einem Abschnitt seiner Tätigkeit ja ganz ordentlich gearbeitet habe. Meine Damen und Herren, wer die Situation vom Mai 1945 bis in den Herbst 1945 miterlebt hat wie ich, der ich nicht mit schnellen Füßen in die Dinge hineingesprungen bin, der weiß ganz genau, welch gigantische Arbeit damals auf einem Trümmerfeld geleistet worden ist.

(Sehr richtig!)

Zweieinhalb Jahre später ist es mühelos, mit einer Kritik zu kommen und das unter die Lupe zu nehmen, weil nicht alles soviel schöner gegangen ist, als man es vielleicht zweieinhalb Jahre selber machen würde. Das nur nebenbei, weil Gerechtigkeit Gerechtigkeit sein muß.

Ich darf in dem Zusammenhang auch noch bemerken, daß kürzlich in einer ernsthaften Beratung, bei der ich das Wort ergriffen habe, gesagt wurde: Mit Dr. *Müller* und Dr. *Pfeiffer* seien in Eichstätt zum gleichen Gegenstand die beiden Gruppen innerhalb dieser Körperschaft zu Wort gekommen. Meine Damen und Herren, ich möchte ausdrücklich betonen: Ich spreche nicht als Angehöriger einer Gruppe. Ich spreche mit der Überzeugung, die sich in meinem Gehirn, vor meiner Verantwortlichkeit und vor meinem Gewissen gebildet hat. Ich bin weder ein Mann *Müller* noch ein Mann *Schäffer* noch ein Mann *Hundhammer*, sondern ich bin eine Einzelperson und spreche aus meiner Verantwortung in meinem Namen. Infolgedessen bitte ich, auch das, was ich Ihnen zu sagen habe, aus diesem Geist heraus aufzufassen.

Ich höre, daß unser Freund *Horlacher* ein Freund des Humors auch in der Darstellung der Dinge ist. Ich höre ihn sehr gerne, habe ihn schon oft gehört und habe manche Rede von ihm gehört. Es ist manchmal ganz amüsant, wenn er den starken Bombardon bläst;

(Heiterkeit.)

das tut er ja mit besonderer Vorliebe. Inhaltlich betrachtet ist es manchmal auch ganz nett, wenn er so das Weihrauchfäßlein schwenkt, hin und her, her und hin,

(Heiterkeit.)

und wenn er innerhalb dieser Weihrauchwolken, die sich für alle Nasen ganz angenehm auswirken,

(Andauernde Heiterkeit.)

dann versucht, ein Götterbild zu zaubern oder zu umschreiben.

(Dr. *Horlacher*: Oder ein schönes Liedchen dazu zu pfeiffen!)

Aber eine Rede habe ich von ihm nicht gehört, die wahrscheinlich ganz interessant gewesen wäre; das war die Rede vom 30. August 1947 in Eichstätt,

(Sehr richtig!)

und zwar die Vormittagsrede: Das ist jene unterbliebene Rede, die dann am Nachmittag durch eine ganz andere Rede ersetzt worden ist. Das ist jene Rede, wegen deren Unterbleiben mir ein Vorwurf erwachsen ist, weil ich eine falsche Voraussetzung hingezaubert hatte. In jener Nacht, als die Dinge so arg kritisch standen, war ein Verständigungsvorschlag entstanden; und da habe ich am frühen Morgen *Horlacher* und einige Freunde drum herum davon verständigt, daß man im Laufe des Tages mit einer Verständigung rechnen dürfe. Deswegen ist dann die Rede *Horlachers* unterblieben, die unter dem Motto angekündigt wurde: Heute wird der *Müller Sepp* geschlachtet.

(Anhaltende Heiterkeit.)

Und ich habe dann direkt Vorwürfe bekommen, weil die Sache nicht unmittelbar so weitergegangen ist, wie ich es aufgrund von Gesprächen, die in der Nacht gewesen waren, vorausgesagt habe. Dann ist die Rede nicht gehalten worden. Die Rede vom Kampf spielt im klassischen Altertum bekanntlich eine große Rolle. Statt dessen wurde dann am Nachmittag die Rede vom Weihrauch gehalten, und es war in ihr das groteske Bild enthalten, daß man als Hebamme dabeigestanden ist.
Meine Damen und Herren, ich habe das Verlieblichen von schwierigen Situationen nicht übermäßig gern. Ein humorvolles Wort erleichtert manchmal die Situation. Damals ist aber ein bißchen viel verlieblicht worden, und was damals verlieblicht wurde, das hat sich inzwischen zu den ernsten, polypenartigen Wucherungen innerhalb der Union ausgewachsen.
Ich habe in den folgenden Monaten eine starke Mißstimmung bei einem Teil unserer Kreis- und Bezirksverbände sich entwickeln sehen.

(Zuruf: Künstlich!)

Ich habe mich zum Wortführer gemacht in dem Versuch, zu mahnen, zu beschwören, einen inneren Ausgleich herbeizuführen. Ich habe das in Erlangen getan; ich habe das in Marktredwitz getan; ich bin dann in die Satzungskommission gegangen und habe mich bemüht, immer wieder darzutun, daß es nicht so ist, wie vorhin geschildert wurde, daß es sich bei der Sache um Satzungsfragen oder, wie Freund *Horlacher* heute gesagt hat, um ein Linealchristentum oder eine Linealvertretung und derartige Dinge handelt. Nein, es handelt sich um eine starke innere Mißstimmung innerhalb der Kreise der Union und um das Bemühen, der Konstruktion der Union grundsätzlich eine andere Gestalt und einen etwas veränderten Inhalt zu geben.

(Sehr richtig!)

Daran, daß die Dinge gerade jetzt, wo wir in sechs Wochen Wahltag haben, zur Entscheidung kommen, ist nicht schuld, daß man nun der Union und der offiziellen Lei-

tung Schwierigkeiten machen will, sondern daran ist eben die Art der Behandlung dieser Fragen schuld, daß man sie nur als Satzungsfragen und nur nach formalrechtlichen Gesichtspunkten behandelt hat, die unglückseligerweise das Ergebnis hat, daß sie gerade in diese Zeit fällt.
Ich muß nun einmal ganz offen aussprechen: Es geht meiner Meinung nach nicht, daß man, wenn man innerhalb einer Partei derartige Probleme zu lösen hat, immer mit dem Appell, daß die Situation die Einigkeit der Partei erfordert, versucht, den Kampf eines Teiles der Parteimitglieder um ihr gutes Recht zu ihren Ungunsten lahmzulegen;

(Oho!)

und es ist wirklich die Überzeugung von einem bedeutenden Teil der Parteimitglieder, daß sie um ihr gutes Recht kämpfen.

(Zuruf: Nur von Oberbayern!)

- Dann immerhin von Oberbayern.
Nun möchte ich Ihnen einmal folgendes sagen: Selbstverständlich hat dieser Landesausschuß hier den Auftrag von der Landesversammlung, heute die Satzungen fertigzustellen. Ganz klar und unbestritten! Dabei darf ich bemerken, daß wir wieder wie sooft und wie immer die Situation haben, ein paar Stunden, ehe man darüber abstimmen soll, erst die schriftliche Vorlage in die Hand zu bekommen. Das ist eine bedeutende Erschwerung, und diese Technik bedeutet für die Mitglieder einer Körperschaft immer, daß sie auf eigenes Prüfen und auf eigenes Denken verzichten und einfach der Autorität Vollmacht geben, die ihnen das Schriftstück hinlegt.

(Sehr richtig!)

Auf diesem Gebiete wäre noch einiges zu sagen; und das ist einer der Gründe, aus denen heraus eine sarkastische Bemerkung von mir zu verstehen ist.
Der Landesausschuß kann die Aufgabe erfüllen und handelt dabei gemäß seinem Auftrag und vollkommen im Zusammenhang mit und im Rahmen der Satzung. Er kann die Satzung in der Form annehmen, wie sie ihm vorliegt; das ist dann absolut korrekt im Rahmen der Satzungen. Es wäre aber auch möglich - und das hat *Schäffer* versucht, darzutun -, daß es sich bei der ganzen Sache doch um ein sehr wichtiges politisches Problem innerhalb der Partei handelt. Die Mehrheit der Redner hat sich bisher in dem Sinn ausgesprochen, daß man heute eine Entscheidung suchen oder treffen müsse, die dann letzten Endes - wie es *Haußleiter* ausgesprochen hat - bedeutet, daß z.B. *Schäffer* ausscheiden muß, daß man sich von *Schäffer* trennen muß.

(Zurufe: Der hat sich getrennt! - Einzuordnen!)

Gut, sagen wir, daß er sich einzuordnen oder auszuscheiden hat. Wenn *Schäffer* sich heute einem Beschluß des Landesausschusses, der nicht eine echte Einigung ermöglicht, einordnet, dann treten eben jene Folgen ein, die er umrissen hat und die er vermeiden wollte. Denn täuschen Sie sich darüber nicht: Wenn es zu einer Spaltung der Partei kommt, dann wird es nicht so sein, daß der Bezirksverband Oberbayern vollständig austritt. Das kann er nicht; der satzungsgemäße oder der rechtliche Zustand ist heute absolut zutreffend in mehreren doktordissertationsähnlichen Ausführungen richtig umrissen worden. Etwas anderes aber ist, daß das, was Sie zu einem großen Teil in der Gefährlichkeit negieren, ja in allen Bezirksverbänden der Partei festzustellen ist, wie aus einer ganzen Reihe von Briefen und Mitteilungen ersichtlich ist.

(Zurufe: Woher? - Ist die Landesversammlung nicht ordentlich gewählt?)

- Ich habe nicht von der Landesversammlung gesprochen.

(Zuruf: Überhaupt, sind wir kein gewähltes Gremium?)

Ich sage nur: Diese Gefahrenpunkte, von denen ich spreche, werden in allen Bezirksverbänden auftreten, wie aus einer Reihe von Mitteilungen persönlicher und schriftlicher Art ersichtlich ist. Mehr habe ich nicht gesagt. Sie können ja die Probe aufs Exempel machen.

Nun wird diese Gefahr von einem bedeutenden Teil, von den meisten Rednern, die heute gesprochen haben, als sehr klein oder so hingestellt, daß man darüber hinweggehen kann und daß man die Verluste, die der Partei dadurch entstehen, durch Entschlossenheit werde überwinden können. Gott stärke ihr Vertrauen in diese These und gebe Ihnen, die Sie sich dieser Entwicklung mit diesem Optimismus gegenüberstellen, recht! Es gibt, meine Damen und Herren, eine Reihe von gefühlsmäßigen Umständen, welche im Rahmen der Agitation anderer Parteien gegen uns ausgewertet werden können, die eine natürliche Wirkung haben. Es gibt eine Reihe von verstandesmäßigen Überlegungen, die man zu Angriffen gegen die CSU formen kann. Auf Einzelheiten gehe ich bewußt nicht ein, weil ich mich nicht dem Vorwurf aussetzen will, daß jemand, der wie ich die Dinge beobachten kann, nun Formungen und Übersichten gibt, die unserer Arbeit schädlich sein können.

Ich sage Ihnen aber in aller Form: Dann, wenn man sich heute nur auf das Formale, Rechtliche stützt und wenn man solche legale Entscheidungen herbeiführt, die man mit den Satzungen vollkommen decken und verteidigen kann, wenn man heute solche Entscheidungen herbeiführt, ohne den letzten großen Versuch zu machen, die Gründe, welche zu der Sachlage geführt haben, zu untersuchen und eine staatsmännische Bereinigung herbeizuführen, dann ist Regensburg ein tragischer Tag nicht nur für uns als CSU geworden, sondern für die ganze Situation in der Bizone, für die ganze Situation der Anhänger eines christlichen Staatsaufbaues in Deutschland.

(Zuruf: Wegen Satzungsfragen!)

Nein! Sehen Sie, das ist der fundamentale Irrtum, daß Sie glauben, es handelt sich um Satzungsfragen. Dabei handelt es sich um Fragen tiefster Prinzipien.

(Zuruf: Was sind das für Prinzipien?)

Solange Sie der Meinung sind, daß so ernsthafte Leute, wie die es sind, die dieses Problem studieren, Korinthenkackerei wie ein Feuerwehrverein treiben, zeigen Sie ein Mißverständnis der wirklichen Situation. Wenn Sie mich mit Ihren Anträgen, der ich um die Einheit und echte Bereinigung der Union kämpfe, heruntersetzen, wie es in Oberfranken geschieht, dann werden Sie in den Wochen, die vor uns stehen, riesige Lorbeeren ernten.

Deswegen habe ich heute diesen Antrag von München sehr unterstützt, weil ich glaube, daß jeder sprechen darf, der eine dafür und der andere dagegen, während man in einem so großen Gremium nicht zu präzisen Vereinbarungen kommen kann.

(Dr. *Kroll*: Um welche Prinzipien handelt es sich denn?)

Es handelt sich erstens darum, daß die Partei als solche in sich föderativ aufgebaut wird.

(Dr. *Kroll*: Ist sie!)

Und zweitens, daß das politische Gewicht entsprechend der Leistung richtig verteilt wird. Denn was der Herr Dr. *Horlacher* an Zahlenmaterial vorgeführt hat, geht am Problem vorbei, weil die Themenstellung eine ganz andere gewesen ist.

In den Satzungen steht nicht Südbayern und Nordbayern, in den Satzungen steht pro Kreisverband, und wenn Sie die Kreisverbände nehmen in der Liste, wie sie vom kleinsten bis zum stärksten ist, ist das Bild ein vollkommen anderes, als es der Herr Dr. *Horlacher* dargeboten hat.

(Dr. *Horlacher*: Das sind formale Dinge!)

Nein, das sind sie nicht.

(Dr. *Kroll*: Was geschieht mit der Macht? Wie will man sie gebrauchen? Darüber wollen wir etwas wissen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe, es geht auch mit Ruhe.

(*Schwägerl*: Wozu will man sie gebrauchen?)

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Nach dem gesunden Menschenverstand und der politischen Anständigkeit und innerhalb des Bewegungsraumes, den das Parteiprogramm jedem einzelnen Delegierten gibt. Etwas anderes zu supponieren in einer Prinzipienfrage wäre eine grobe Beleidigung für diese Leute, welche um diese Prinzipien kämpfen.

(Dr. *Kroll*: Wir bedauern die Kraft, mit der um diese formalen Dinge gekämpft wird, Herr Staatsminister!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde vorschlagen, jetzt keine Diskussion zu führen, der nächste Redner ist sowieso Parteifreund *Kroll*. Infolgedessen kann man seinen Standpunkt dann sowieso hören.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Dann kann man darauf Antwort geben.
Das ist das zweite. Das dritte ist, daß in der Art der Willensbildung in den Spitzen der Partei sich zwei Auffassungen gegenüberstehen. Das vierte ist eine stark betonte bayerische Note für die Bedürfnisse des Bayerischen Staates, damit er die ihm gesetzten Aufgaben, nicht zumindest z.B. die Aufgabe der Flüchtlingsfürsorge, auch erfüllen kann. Das fünfte ist, daß das föderalistische Prinzip, von dem ich fordere, daß es im Aufbau der Partei zum Ausdruck kommt, auch in der Reichspolitik in Erscheinung tritt, soweit es über die Grenzen Bayerns hinausgeht.

(Dr. *Kroll*: Ist das nicht geschehen?)

Das ist meines Erachtens z.B. nicht geschehen.

(Zuruf: Wo denn? - Dr. *Kroll*: Herr Staatsminister, Sie machen doch selbst die Politik. Sie wissen doch, was möglich ist!)

Herr Dr. *Kroll*, ich darf darauf hinweisen: Man weiß seit 7. Januar, daß eine Umformung des Wirtschaftsrates kommt. In diesen Auseinandersetzungen, in den Vorberatungen hat sich der Präsident des Wirtschaftsrates, Herr Dr. *Erich Köhler*, als schärfster Zentralist

(Sehr gut!)

an der Seite des Sozialisten Herrn *Dahrendorf* erwiesen. Er hat in der Aussprache mit den Vertretern der Generale, sogar mit dem Wortführer der Länderregierungen, dem Ministerpräsidenten Dr. *Ehard*, voll remisiert. Man hat vorher schon erkannt, daß dieser Mann auf dem Boden des Zentralismus steht.
Nun wurde er mit Unterstützung der Fraktion von der Fraktion der CDU mit Zustimmung der bayerischen Mitglieder dieser Fraktion wieder vorgeschlagen mit der

Begründung, daß eben kein anderer da war. Wenn ich am 7. Januar weiß, daß diese Frage kommt und die Benennung der neuen Abgeordneten erfolgt im Laufe des Monats Februar, dann setze ich mich mit den Vertretern der britischen Zone zusammen und sehe, daß ein geeigneter Mann da ist, dem nicht diese Auffassung anhaftet.

(Vorsitzender [*Josef Müller*]: Theorie und Praxis!)

Bitte, wenn man Zeit genug und diese Vollmachten hat, wie sie der Zonenvorsitzende der britischen Zone und der Vorsitzende der CSU hat, dann ist auch dieses Problem zu lösen, wenn man es rechtzeitig in Angriff nimmt.
Ich nehme aus der jüngsten Politik noch die andere Sache, die Sache *Schlange-Schöningen*. *Schlange-Schöningen* ist gewählt worden. Er hat sich als ein außerordentlich schwieriger Gegenspieler für Bayern erwiesen. Wer hat in Wirklichkeit in seinem Amte die uns peinlichen Dinge behandelt? Der sozialistische Ministerialdirektor *Podeyn*. Man hat mit dem Namen eines Mannes, der von der CDU gewählt worden ist, die sozialistische Politik des Herrn Dr. *Podeyn* durchgeführt.

(Hört, hört!)

Und wenn Herr *Schlange-Schöningen* wiedergewählt wird, der sich nicht trennen will von Herrn Dr. *Podeyn*, nützt alle Dazwischenschaltung von irgend jemand aus Bayern gar nichts, sondern dann entsteht ein neuer Affront für unsere Bauern und für unser Bayerisches Landwirtschaftsministerium, der uns politisch wieder außerordentlich schaden wird.
So, ich mache darauf aufmerksam, daß man mit formalen rechtlichen Entscheidungen heute die Sache fertig machen kann. Ich befürchte aber, daß dann die Dinge weiterwachsen in einer Art und Weise, daß die heute getriebene Pro-Juristerei und Gesetzesfunde vielleicht einmal einen großen historischen Wert haben wird, aber nicht jenen großen politischen Erfolg, den wir neu formen müssen, indem wir in einer weisen Führung der Partei zu einer inneren Reinigung kommen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf zur formalen Abwicklung der Tagesordnung bekanntgeben, daß wir jetzt noch bis kurz nach 20 Uhr tagen werden. Ich habe eben feststellen lassen, daß wir heute abend noch tagen können. Ich bin der Auffassung, nachdem wir beisammen sind, wollen wir arbeiten. Infolgedessen habe ich darum bitten lassen, daß wir von 21 bis 22 Uhr hier tagen können. Wir fahren dann morgen früh fort.
Ich darf vielleicht jetzt so vorgehen, daß ich meinerseits noch kurz beantworte, was *Pfeiffer* gesagt hat, und daß dann *Kroll* spricht. Ich weiß nicht, wie lange er sprechen wird.

(Dr. *Kroll*: Sehr kurz, wie immer!)

Ich bitte, hierzubleiben und nicht wegzugehen, sonst hören wir gleich auf.
Ich darf jetzt zu den sachlichen Auseinandersetzungen in der Rede *Pfeiffers* folgendes bemerken: Es ist selbstverständlich, daß aus der Partei heraus immer wieder Kritik an Einzelmaßnahmen geübt werden wird. Das kann niemand verhindern. Wenn *Pfeiffer* selbst Parteivorsitzender wäre, ginge es ihm bestimmt nicht anders.

(Dr. *Pfeiffer*: Ich will es auch nicht werden! - Dr. *Horlacher*: Oberdirektor in Frankfurt! Dr. *Pfeiffer*: Das ist kein christlicher Gedanke!)

Ihr seid doch zwei!

Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union hat vor kaum einem Monat getagt. Wenn es ein längerer Zeitabstand wäre, könnte man sagen, man muß sofort wieder feststellen, ob sich mittlerweile die Stimmung innerhalb der Partei im ganzen Lande geändert hat. Was ich aber zu meinem Bedauern feststellen mußte, war die Tatsache, daß dort mit 87% Majorität, also mit einer Majorität gewählt worden ist, bei der eine Stimmrechtsänderung keine wesentliche Rolle gespielt hätte - es hätte vielleicht 5% ausmachen können -, und trotzdem ein so massiver Angriff vorgetragen worden ist, der angesichts dieser Tatsache bestimmt eine Schädigung der Partei war.

(Sehr richtig!)

Das steht bestimmt fest.

(Zuruf: Vor den Wahlen!)

Daran kann niemand etwas ändern, und ich hätte lieber die Zeit auf die Vorbereitung der Wahl angewandt als auf die Abwehr solcher Kämpfe.

(Zuruf: Von Oberbayern!)

Und das ist der große, große Nachteil in der Politik unserer Partei. Deswegen trete ich im gegenwärtigen Stadium für eine Klärung ein, weil sonst niemand Parteipolitik machen kann, es sei, wer er wolle.
Ich darf ferner feststellen: *Pfeiffer* hat zu den Satzungsanträgen die Wendung gebraucht, daß dann die ganzen Satzungen so angenommen werden müßten, wie sie eben hingelegt würden. Er hat dabei offenkundig auch gemeint, wie sie von mir hingelegt würden.

(Dr. *Pfeiffer*: Nein, das habe ich nicht gesagt.)

Auf die Satzungen hat mein Parteifreund *Pfeiffer* mehr Einfluß genommen als ich.

(Dr. *Pfeiffer*: In einem früheren Stadium!)

Sie mögen es bedauern oder nicht. Vielleicht wäre es ein Vorwurf, den Sie mir machen könnten, daß ich die Erfahrungen als Parteivorsitzender nicht mehr ausgewertet habe. Aber angesichts der Tatsache des Mißtrauens, daß eine persönliche Stellung ausgewertet werden könnte, habe ich an den Tagungen des Satzungsausschusses nicht teilgenommen, sondern habe es dem von Ihnen in Erlangen gewählten Satzungsausschuß überlassen, die Satzung zu gestalten. Es wurde dann das Material vorbereitet. Man möge innerhalb des Satzungsausschusses klären, wie es ausgewertet wurde. Gegenwärtig ist es so, soweit ich gehört habe, daß Herr Dr. *Pfeiffer* mitgeteilt hat, daß er nur die Rechte Oberbayerns wahrgenommen hätte und der jetzt gewählte Vorsitzende darauf Einfluß nehmen könne.
Meine lieben Freunde, hier wird der Ausschuß berichten und dann mag dazu Stellung genommen werden, wie der Ausschuß gearbeitet hat. Ich verstehe immer den Kampf in einer Partei um das Recht der einzelnen Gruppe. In einer so großen Partei gibt es Gruppen, wir mögen es bedauern oder nicht. Im Gegenteil, ich bedauere es nicht, ich halte es für gut, weil darin eine gewisse Dynamik liegt.

(Sehr richtig!)

Ich muß als Vorsitzender nur darauf achten, daß das Recht der Minderheit geschützt ist. Die Minderheit kann sich in keinem Gremium darüber beschweren, daß sie nicht zu Wort kam. Sie brauchen hier nur die Praxis anzusehen. Ich glaube, ich habe Freund

*Hundhammer* lange nicht angegriffen und habe mich sehr brav verhalten. Aber eines darf ich dabei bemerken: Ich glaube, daß bei uns der Vorstand viel mehr beisammen war als meinetwegen in der Fraktion. Es soll darin kein Angriff liegen.

(Dr. *Hundhammer*: Aber die Fraktion war ständig beisammen!)

Gerade gesprochen!
Ich darf auch darauf hinweisen, daß bisher von jedem Bezirk Einladungen an mich zur Teilnahme an Bezirksversammlungen ergangen sind, nur nicht von Oberbayern. Es wäre vielleicht nicht unzweckmäßig gewesen, auch da nach dem Verfahren zu handeln: Audiatur et altera pars! Selbst wenn dieser altera pars einem nach dem Gesicht und nach dem Wachstum nicht gefällt.

(Dr. *Horlacher*: Weil *Hundhammer* so schön ist!)

Da kann ich nicht konkurrieren.

(Dr. *Hundhammer*: Du kannst Dir ja auch einen Vollbart wachsen lassen!)

Es gelingt mir nicht.
Nun die Auseinandersetzungen zwischen unserem Freund *Pfeiffer* und mit dem Freund *Michel Horlacher*, jetzt auch angewandt auf unseren Fall, den wir jetzt behandeln, auf das Verhältnis zum Staatsrat *Schäffer*. Es hätte mir wirklich nichts ausgemacht, ob er mich in die Trogerstraße einlädt oder nicht, wenn nicht diese Versammlung, noch dazu in der Publizität, vorausgegangen wäre. Denn ich glaube, jeder, der das letzte Jahr miterlebt hat, wird sagen müssen: Im Moment der Entscheidung, als es sich damals um die Bildung der Unionsregierung gehandelt hat, da war ich sofort mit jedem beisammengesessen, um innerhalb der Partei den Frieden herzustellen. Das ging sogar soweit, daß man sich damals zu so vielen Burgfriedensverträgen beglückwünschen konnte. Ich glaube, es kann sich keiner beschweren, daß ich nicht meine Burgfriedensverträge gehalten hätte, auch nicht mein Freund *Alois Hundhammer*, für den ich ganz gern gelegentlich meine Puppe mit hingehalten habe wie für jeden anderen auch.
Dazu darf vielleicht noch eines bemerkt werden: Wenn *Anton Pfeiffer* gesagt hat, daß in Eichstätt die Absicht bestand, mich zu schlachten, meine lieben Freunde, ich bin nun einmal so kräftig geraten, daß es nicht leicht gelingen wird, mich zu schlachten.

(Dr. *Pfeiffer*: Das wollte der *Michel Horlacher*!)

Es war schon früher einmal eine Situation gegeben, in der mich jemand schlachten wollte. Es war der Zeitpunkt, in dem das Entnazifizierungsgesetz geschaffen wurde.

(Zuruf: Aha!)

Damals habe ich Stellung genommen gegen dieses Gesetz in der Art und Weise wie es geschaffen wurde. Ich habe dem Parteivorstand einen offenen Brief vorgelegt, den ich an General *Muller* richten wollte. Damals stand große Opposition mir gegenüber, auch von Freunden, mit denen ich jetzt durch dick und dünn gehe. Auch als diese Sitzung stattfand, hat einer der Freunde hoch und feierlich erklärt: Heute wird der *Ochsensepp* geschlachtet.
Es ist nicht gelungen. Ich habe daraus nur den einen Schluß gezogen: Ich habe nachher den Brief, den ich offiziell einreichen wollte, als Entwurf doch übergeben, und ich glaube, die Partei wird es nicht zu bedauern haben, wenn einmal dieses Problem gründlich dem Volk in der Behandlung durch die Partei und den Parteivorsitzenden

vorgeführt wird. Gerade das mag ein Beweis dafür sein, daß es notwendig ist, manchmal mit Verantwortung Entscheidung zu treffen. Wenn ich dann allerdings einen Fehler mache, der die Partei schädigt, dann bin ich bereit, sofort abzutreten. Aber solange ich die Verantwortung habe, werde ich die Verantwortung wahrnehmen gegenüber jedermann.
Es ist dann eine staatsmännische Bereinigung des Konfliktes, wie er jetzt besteht, empfohlen worden. Lieber Freund *Anton Pfeiffer*, ein offenes Wort: Ich schätze staatsmännische Tugenden. Aber wenn man jetzt die staatsmännische Bereinigung erwartet, dann wäre es vielleicht auch staatsmännisch gewesen, nicht, vor der Öffentlichkeit zumal, der Partei den Vorwurf zu machen, sie sei eine Kombination zwischen Politbüro und Führer, wir folgen Dir-Bewegung.

(Dr. *Pfeiffer*: Ich bin bereit, allerlei dazu zu sagen. Dr. *Horlacher*: Das war ein schlechtes Lied, das der *Pfeiffer* gesungen hat!)

Wenn so etwas hingeworfen wird, so führt das dazu, daß sich andere des Vorwurfs bedienen. Ich glaube, unser Freund *Pfeiffer* war anwesend, als im Landtag die SPD, als ich im Falle *Semler* das Pult betrat, mir zurief: Politbüro-Bewegung. Ich war hart versucht - ich habe mich wirklich bezähmen müssen -, mich umzudrehen und meinem Freund *Anton Pfeiffer* zu sagen: Siehst Du, *Anton*, so rasch gelingt es Dir, selbst die Gegner zu gewinnen, wenn Du einen so kräftigen Ausdruck prägst.

(Zuruf: Bis er wieder umfällt.)

In der ganzen Rede ist eines angeklungen, was eine ernsthafte Kritik sein könnte. Das ist die Kritik an der Politik der CSU in Frankfurt gerade in diesen Tagen.

(Zuruf: Das stimmt!)

Hierzu muß mit Ernst Stellung genommen werden. Vor der Wahl des Präsidenten des Wirtschaftsrates, Dr. *Erich Köhler*, wurde nicht nur bei uns, sondern auch in der englischen Zone Kritik laut an Dr. *Köhler*. Ich habe ein Schreiben bekommen aus der englischen Zone. Ich wurde auch vom Zonenvorsitzenden [*Konrad Adenauer*] davon verständigt, daß er dieses Schreiben bekommen hatte. Es sah so aus, als ob die Kritik dazu führen würde, daß Dr. *Köhler* nicht mehr wiedergewählt werden sollte.
In der Fraktionssitzung der CDU/CSU war es aber so, daß ich der einzige war, der Kritik geübt hat, und daß aus der englischen Zone heraus keine Kritik geübt wurde, ebensowenig wie aus den anderen süddeutschen Ländern heraus. Es wäre also eine leere Demonstration gewesen, wenn unsere Freunde von der CSU die einzigen gewesen wären, die dagegen gestimmt hätten. Ich habe nicht einseitig gehandelt. Wir waren an diesem Abend innerhalb der CSU allein beisammen und haben allein die ganzen Probleme durchgedacht. Ich habe sogar von da aus in Anwesenheit von *Elmenau* noch Ministerpräsident *Ehard* angerufen. Er hat dann auch bei diesem Telefongespräch die Situation richtig erkannt und beurteilt. Er hat mir bei diesem Telefongespräch nicht zum Ausdruck gebracht, daß wir hier etwa differieren würden. Wir konnten nur feststellen, daß wir beide einer Meinung über diese Entwicklung waren, auch mit Bezug auf die Rückwirkungen und unsere persönliche Einstellung gegenüber der Entwicklung in Frankfurt.
Aus diesem Grunde habe ich dann mit *Köhler* sehr ernsthaft die Situation besprochen, und ich habe es für besser gehalten, statt einer leeren Demonstration ein Bekenntis des Präsidenten des Wirtschaftsrates zu einer föderalistischen Politik zu erhalten. *Köhler* hat dann seinerseits in der Fraktion die Erklärung abgegeben, die er nachher

auch der Presse gegenüber als verpflichtend abgegeben hat. Ich verlese sie Ihnen. Es ist die Niederschrift aus dem Protokoll:

In der heutigen Sitzung der CDU/CSU-Fraktion

- das ist am 23. Februar 1948 -

erklärte der Präsident des Wirtschaftsrates Dr. *Erich Köhler*, daß er als politisch Verfolgter den Zentralismus mit besonderer Schärfe ablehnen müsse, da es ihm klar sei, daß der Zentralismus ein Vorläufer der Diktatur sei. Nicht nur staatspolitisch, sondern auch kulturell und persönlich bekenne er sich mit der CDU/CSU zum Föderalismus, der der Ausdruck des Persönlichkeitswertes sei. Immer habe er während seiner Amtsführung betont, daß der Wirtschaftsrat nur ein Provisorium sei, das für die deutsche Verfassung nicht präjudizierend angesehen werden dürfe. Die Entscheidung über eine künftige deutsche Verfassung sei aus einem von Volkswahlen hervorgehenden Parlament vorzubereiten.
Dr. *Köhler* bezog sich auf eine früher gemachte Ausführung, in der er betont habe, daß das neue Deutschland sich von den Ländern her aufbaue. Er habe die Schaffung des Länderrates als einen Fortschritt gegenüber dem Exekutivrat begrüßt. Denn in ihm sei die Autorität der Ministerpräsidenten unmittelbar vorgesehen. Im Exekutivrat seien zu seinem Bedauern nicht immer erste Kräfte eingesetzt gewesen. Er habe schon im Herbst empfohlen, daß die Ministerpräsidenten oder [vertreten] durch einen Fachminister im Exekutivrat zu Wort kommen sollten. Auf besonderen Wunsch des Vorsitzenden des Exekutivrates habe er, Dr. *Köhler*, sich vor den Generalen für die Zulassung der Stellvertretung im Exekutivrat eingesetzt, da damit eine Einschaltung der Fachminister der Länder und eine nachdrückliche Wahrung der Länderinteressen am besten gewährleistet sei.
In seiner Erwiderung betonte der Stellvertreter des Bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. *Josef Müller*, daß Dr. *Köhler* zur Frage des Föderalismus ein klares Bekenntnis abgelegt habe. Er, Dr. *Müller*, möchte jedoch einen Vorbehalt machen. Nicht durch die Volksvertretung allein würde die deutsche Verfassung geschaffen werden können. Auch die deutschen Länder müßten im Rahmen eines Kongresses daran mitwirken.

(Sehr richtig!)

Er, Dr. *Müller*, lege Wert darauf, daß die Erklärung Dr. *Köhlers* der Öffentlichkeit bekannt würde. Ein Eingreifen des Präsidenten des Wirtschaftsrates in die Exekutive solle künftig nicht mehr stattfinden.

Nachdem Dr. *Pfeiffer* auf den Vorsitzenden der CDU in der englischen Zone Bezug genommen hat, darf ich hierzu noch bemerken: Dr. *Adenauer* hat an der Tagung nicht teilgenommen, da seine Frau sehr schwer krank ist. Es waren zwar noch andere Landesvorsitzende dort, aber wer anwesend war, kann Ihnen gegenüber feststellen, daß nahezu die ganze Verantwortung für die Politik, die dort gerade beschlossen wurde, parteimäßig gesehen auf mir lastete. Für mich kam es darauf an, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die CDU/CSU ihre Geschlossenheit in Frankfurt behält und nicht durch leere Demonstrationen die Politik der CDU/CSU gefährdet wird. Es kam mir darauf an, den Versuch zu unternehmen, unsere föderalistische Linie durch aktives Mitwirken klar durchzusetzen.

(Sehr richtig!)

Das ist viel wichtiger als eine leere Demonstration, die in alter Zeit im Simplizissimus einmal wie folgt dargestellt wurde: Es wurde gezeigt, daß der Bayerische Ministerpräsident dem Bayerischen Gesandten, der nach Berlin fuhr, noch nachlief und ihm, während der Zug bereits abfuhr, zurief: Auf jeden Fall sind Sie dagegen. Der Gesandte fragte zurück: Ja wogegen? Der Ministerpräsident schreit ihm nach: Das werden Sie in Berlin schon sehen.
So kann man keine Politik machen, Politik kann nur dadurch gestaltet werden, daß man ein gewisses Schwergewicht für Bayern herstellt. Es kommt nun darauf an, darauf zu achten - und darüber habe ich keinen Zweifel gelassen -, daß *Köhler* seine Erklärung auch befolgt und sich daran hält. Und dafür werde ich sorgen.
Ich darf vielleicht in diesem Zusammenhang - ich dachte ursprünglich, man könnte rascher fertig werden und die Frankfurter Politik morgen gründlicher behandeln - von vorneherein auch sagen: Es wurde von Oberbayern aus z.B. das Verlangen gestellt, daß die CSU eine eigene Fraktion bilde. Meine sehr verehrten Damen und Herren, welcher Schaden ist nicht nur für Bayern, sondern für Deutschland dadurch eingetreten, daß sich die Bayerische Volkspartei damals auf die Seite gestellt hat.

(Sehr gut!)

Denken Sie an die Zeit *Brünings*, denken Sie daran, daß uns die Bayerische Volkspartei damals den Herrn *Hindenburg* beschert hat. Ich gehe nicht in die Vergangenheit zurück, aber eine solche Politik würde ich nicht mitmachen, sondern ich will dafür sorgen, daß die CDU/CSU ihrerseits eine wirklich klare christliche Politik macht und eine föderalistische Politik gestaltet. Ich will dafür sorgen, daß wir in dieser Partei mit allen Freunden zusammenwirken, die der gleichen geistigen Auffassung sind. Wir tun uns in der Fraktion auch um so leichter, als dort auch die Niedersächsische Landespartei, jetzt Deutsche Partei genannt, mitarbeitet. Es ist das eine rein föderalistische Partei, die in Niedersachsen entstanden ist. Hier werden wir dafür sorgen, daß wir uns wirklich durchsetzen können.
Ich darf vielleicht noch auf das Problem *Schlange-Schöningen* eingehen. Dieses Problem ist sehr kurz zu behandeln. Die Debatte über ihn ist noch nicht abgeschlossen. Ich habe in der Fraktion darüber berichtet. Wir hatten eine gemeinsame Besprechung mit dem Ministerpräsidenten, mit Staatsrat *Niklas*, mit Dr. *Horlacher* und mit dem Landwirtschaftsminister *Schlögl*, um uns hier abzustimmen, weil ich sehr genau weiß, wie schwierig die Probleme sind. Ich werde es auch nicht so machen, wie es damals geschah, als Dr. *Baumgartner* dann in der Öffentlichkeit nach den Aussprachen mit *Schlange-Schöningen* seine Freundschaft zu diesem und zu *Podeyn* betont hat und drei Tage nachher das Schießen wieder losging.
Für mich und für Sie stellt sich das Problem ungefähr folgendermaßen dar: Wir alle kennen die Unzufriedenheit mit *Schlange-Schöningen*. Es wäre nicht schwer gewesen, *Schlange-Schöningen* zu stürzen. Er hat vielleicht eine schwache Majorität in der Fraktion. Es hing in diesem Fall viel von unseren Stimmen der CSU ab. Ich bin aber dabei davon ausgegangen: Wenn ich jemand stürze, muß ich klar wissen, wer der Nachfolger wird. Denn eine Vabanque-Politik mache ich nicht. Ferner: Jeder, der an dieser Stelle steht, hat damit zu rechnen, daß er am nächsten Tag die größten Schwierigkeiten hat. Denn wir sind ja am Tiefpunkt unserer Ernährungskrisis. Hier kann man keine großen Risiken eingehen. Denn in diesem Augenblick kann durch ein übergroßes Risiko alles gefährdet werden. Denken sie an das Ruhrgebiet, denken Sie daran, daß eine Explosion des Ruhrgebietes durch Massenstreiks uns alle ins Unglück mit hineinreißt.

(Sehr richtig!)

*Schlange-Schöningen* hat unter Betonung dieses Gesichtspunktes an *Podeyn* festgehalten, gerade deswegen, weil er sagt, er brauche den Einfluß *Podeyns* auf die Gewerkschaften, um eine vernünftige Politik gestalten zu können.
Wir haben in der letzten Zeit, als wir unseren Landwirtschaftsminister bestellt haben, ebenfalls erklärt, daß wir keinen Mann haben wollten, der nicht das Vertrauen der Bauernschaft und des Bauernverbandes habe, und keinen Mann, gegen den sofort die Gewerkschaften stehen. Denn wenn dann die Zuckungen angehen wegen dieser Angriffe, dann leiden wir ja alle, dann leidet ja das ganze Volk darunter. Es wäre dann noch dazu so gewesen, daß nicht etwa ohne weiteres unser Kandidat gewählt worden wäre, sondern es wären dann höchstwahrscheinlich noch zwei andere Männer als Kandidaten dagewesen. Wir hätten dann nicht gewußt, ob es der Nachfolger unbedingt besser macht und ob er den ganzen Apparat von heute auf morgen umstellen kann, und zwar jetzt innerhalb dieser Krisis.
Aus diesem Grunde habe ich nach eingehenden Besprechungen mit meinen Freunden, nach telefonischer Verständigung auch mit unseren Freunden hier und im gemeinsamen Zusammenwirken mit einem Mann, der sicher auch bei unserer Landwirtschaft ein großes Ansehen hat, mit Dr. *Hermes*, der ein sehr ernster, erfahrener Fachmann ist und der für die Beibehaltung *Schlange-Schöningens* eingetreten ist, den Vorschlag gemacht, zwischen *Schlange-Schöningen* und *Podeyn* unseren Staatsrat *Niklas* vom Bayerischen Landwirtschaftsministerium zu stellen, damit auf diese Weise ein vernünftiger Ausgleich gefunden wird und durch Staatsrat *Niklas* die Interessen Bayerns im Direktorium der Landwirtschaft berücksichtigt werden. Es tauchte dann die Frage der Kombination in der Form auf, daß zwei Säulen gebildet würden, Ernährung und Landwirtschaft, wobei *Podeyn* die Ernährung und *Niklas* die Landwirtschaft hätten. Dabei habe ich noch ausdrücklich den Vorbehalt gemacht, der anerkannt wurde, daß dann aber *Niklas* die Koordination des Direktoriums in den Länderministerien durchführen müßte.
Wir haben dann ausdrücklich noch einmal über etwas sehr, sehr wichtiges gesprochen, worauf es mir auch noch besonders ankam. Das Volk hat nämlich kein Interesse an parteipolitischen Spielereien, sondern daran, daß es etwas zu essen hat. Ich habe den Vorschlag gemacht, daß sich dann Herr *Schlange-Schöningen* unter allen Umständen verpflichten müßte, mit uns gemeinsam dafür einzutreten, daß das differenzierte Getreideverteilungssystem wieder beseitigt würde. Das liegt nicht in seiner Macht, sondern darüber entscheiden die Amerikaner und Engländer. Aber er hat sich verpflichtet, bei diesen darauf hinzuwirken, daß diese Strafbestimmungen aus der Zeit des Kartoffelkrieges wieder beseitigt würden. Meine lieben Freunde, wenn ich das in der Praxis erreiche, dann haben wir für unser Volk so viel getan, daß man für diese Zeit die Entscheidung vertreten kann, um so mehr, als in einigen Monaten, wenn dann wirklich noch die französische Zone dazukommt, ja neuerdings die ganzen Besetzungen überprüft werden müssen.
So sind die nüchternen Tatsachen, und so mußte und kann Politik gestaltet werden. Ich darf aber *Pfeiffer* sagen, es hätte bestimmt kein Bedenken dagegen bestanden, wenn er an der Fraktionssitzung teilgenommen, wenn er die Situation mitberaten und auch dort seine Ratschläge der Fraktion gegeben hätte. Ich glaube, ich kann diese Politik vertreten. In der Fraktionssitzung am kommenden Samstag und Sonntag werden dann noch endgültige Entscheidungen fallen. Unser Freund Dr. *Michel Horlacher* wird noch mit hinfahren. Er ist bestimmt nicht von vorneherein ein erklärter intimer Anhänger *Schlange-Schöningens*, sondern er wird sicherlich auch den bayerischen Stand-

punkt wahrnehmen. Auch unser Landwirtschaftsminister [*Alois Schlögl*] wird dort sein, ebenso Staatsrat *Niklas*, der als Kandidat in Betracht kommt und von uns bestimmt anerkannt wird. Es wird dafür gesorgt werden, daß eine Entscheidung gefunden wird, die allen gerecht wird, die vor allem darauf abgestellt sein muß, daß nicht viele Worte gemacht werden, sondern daß unserem Volk in der Ernährung geholfen wird.
Mit dieser Erklärung darf ich schließen. Wir haben jetzt 20.20 Uhr, Fortsetzung 21.15 Uhr.

(*Sporer*: Was soll am Abend noch gesprochen werden?)

Am Abend wird weiterberaten.

Die Sitzung wird um 20.18 Uhr unterbrochen.
Die Sitzung wird um 21.50 Uhr wiederaufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir setzen die Debatte fort. Ich darf als ersten Redner unmittelbar im Anschluß an die Erklärungen von Parteifreund *Pfeiffer* und meine Erklärungen über Frankfurt Dr. *Schlögl* das Wort geben, der von Frankfurt kommt und eine kurze Mitteilung machen wollte.
Staatsminister Dr. *Schlögl*: Meine geehrten Damen und Herren! Wie bereits mitgeteilt, komme ich geradewegs von Frankfurt. Sie wissen, daß ich unmittelbar nach meiner Vereidigung als Landwirtschaftsminister sofort in die Höhle des Löwen gefahren bin, um die schwebenden Fragen in Besprechung mit den Beteiligten zu beseitigen. Man mag zu Frankfurt stehen, wie man will, man mag Frankfurt ablehnen oder zustimmen; eines steht für mich fest: Als Minister ist es meine Aufgabe, eine loyale Politik zu treiben, weil ich sonst immer den kürzeren ziehe. Die Macht ist nun einmal in die Hände von Frankfurt gelegt.
Ich kann Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, daß ich mich in allen wesentlichen Punkten mit *Schlange-Schöningen* geeinigt habe.

(Bravo!)

Damit die Einigung auch wirklich der Öffentlichkeit bekannt wurde, wurde ein gemeinsames Communiqué, das beide Teile bindet, veröffentlicht. Außerdem wurde vereinbart, daß noch ein Protokoll der langen Aussprache ausgefertigt wird. Dieses Protokoll wird auch von uns angefertigt und dann nach Frankfurt geschickt.
Das ist meine Erklärung, die ich abgeben möchte. Ich würde persönlich tief bedauern, wenn die CSU in Frankfurt unsere Abmachungen dadurch wieder zunichte machen würde, daß *Schlange-Schöningen* nicht als Direktor für Ernährung und Landwirtschaft wiedergewählt wird, zumal, wenn es gelingt, *Niklas* miteinzubauen.

(Beifall.)

Dr. *Kroll*: Meine lieben Parteifreunde! Es fällt schwer, im Verlaufe des heutigen Nachmittags oder Abends den roten Faden wiederaufzunehmen. Denn im Zuge der vielen Diskussionen oder Klärungen müssen wir uns jetzt wieder zu dem grundsätzlichen Gesprächsstoff zurückfinden, den wir hier zu behandeln haben, und das ist die Frage, die uns eigentlich durch den Fall *Schäffer* bzw. durch die Rede des Herrn Staatsrats gegeben ist. Ich habe mich gefreut über eine Tatsache, und zwar über die, daß es zwar nicht durch die Rede des Herrn Staatsrats, wohl aber im Laufe der Diskussion möglich war, das zu erfahren, was sachlich eigentlich gemeint ist. Sie erinnern sich der Diskussion, die vorhin stattfand, in welcher der Herr Staatsminister *Pfeiffer*

nicht nur das formelle Spiel immer wieder in den Vordergrund schob, sondern in welchem er auch einige Erklärungen abgab, was eigentlich an dieser Politik so furchtbar falsch ist, die die Union inzwischen getrieben hat.
Ich habe den Zuruf gemacht: Herr Staatsminister [*Anton Pfeiffer*], Sie sind selbst an dieser Politik führend beteiligt und haben gehört, daß zwei Vorwürfe gemacht wurden, die sich herauskristallisierten. Das war die Wiederwahl *Köhlers*, die jetzt geklärt ist, und die Wiederwahl oder Bestätigung *Schlange-Schöningens*. Die Dinge sehen sich zuerst oft anders an. Wenn man konkret zupackt, zerrinnen die Einwände in nichts. Und darum geht es ja. Wir können nicht nur um Zahlen streiten und darum, wie viele Wahlberechtigte der eine Bezirksverband hat und wieviele er nicht hat, sondern wir müssen wissen, was will man eventuell mit der neugewonnenen Macht, die man bekommen kann, sachlich eigentlich erreichen. Und das, was man sachlich erreichen will, ist sehr schwer zu überschauen.
Aber hier gleich ein Vorschlag, der von der Union allgemein akzeptiert wird, damit überhaupt einmal der Boden einer Diskussion, ein verbesserter Boden gefunden wird: Wir machen den Vorschlag, daß der Herr Staatsminister *Pfeiffer*, der ja ohnehin schon als führender Kopf an dieser Politik beteiligt ist, in die Oberführung geht, das heißt den Oberdirektor in Frankfurt persönlich übernimmt und damit die Garantie bietet, daß endlich der Föderalismus dort einzieht, wo er noch nicht eingezogen ist.
Aber ich komme zurück auf die Rede des Herrn Staatsrats *Schäffer*. Wenn man den äußeren Rahmen betrachtet, in dem sich die Dinge abspielen, so ist das hier zweifellos eine Aula - ich will nicht sagen, daß es ein Theater ist, in dem wir uns befinden. Aber zweifellos haben wir etwas erlebt, was einem Satyrspiel gleicht. Nur ist bisher eigentlich der Titel dieses Spiels noch nicht ausgesprochen worden. Aber ich will Ihnen nicht verschweigen, ich erblicke alles, was sich hier heute abgewickelt hat, unter dem Thema "Der Arzt als Mörder", ein Spiel in verschiedenen Szenen und verschiedenen Akten. Das ist der Titel. Es kommt einer, der sagt, er wolle die Union retten und gibt ihr praktisch den Dolchstoß. So ist die Situation gewesen. Was ist von Herrn Staatsrat *Schäffer* vor allen Dingen angekreidet worden, wenn wir von den historischen Rudimenten, von denen wir gar nichts wissen wollen, einmal absehen? Was interessiert uns? Es ist angekreidet worden, daß die Union nicht einig ist, daß es viele Dissonanzen gibt. Ich will nicht die Frage aufwerfen, wer immer wieder die Dissonanz erzeugt. Das wird sich nachher von selbst herausstellen. Aber auf einen Punkt möchte ich aufmerksam machen:
Es ist von keinem der Redner bisher darauf hingewiesen worden, daß bisher nicht die Partei praktisch die entscheidende Politik gemacht hat, sondern daß die Politik vom Kabinett *Ehard* gemacht wird, hinter dem wir alle stehen und hinter dem auch der Herr Staatsrat *Schäffer* zu stehen vorgibt. Wenn man aber erklärt, daß man mit dieser Politik nicht einverstanden ist, dann greift man ja nicht den Landesvorsitzenden an, sondern den Ministerpräsidenten und sein Kabinett. Und das muß in aller Deutlichkeit ausgesprochen werden. Denn die Politik wird nicht allein von der Landesversammlung gemacht, die Politik wird in der Fraktion und in der Regierung gemacht. Und wer ist letztlich draußen verantwortlich? Die Regierung, das Kabinett *Ehard*, von dem wir glauben, daß es den Verhältnissen entsprechend die denkbar bestmögliche Politik gemacht hat. Das muß gesagt werden, damit überhaupt deutlich wird, ich möchte sagen, wie verworren die ganzen Angriffe sind, die hier vorgetragen wurden.
Und nun eines: Was gefällt denn den Wählern nicht oder was hat ihnen mißfallen? Immer wieder konnte man das eine hören: Der viele Streit hat ihnen mißfallen, die

Tatsache, daß die einzelnen Gruppen gegeneinander standen und daß es nicht möglich war, so viel Christlichkeit aufzubringen, daß untereinander sozusagen eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen werden konnte. Es hat das sehr lange Zeit gedauert. Hier möchte ich gleich einschalten: Es ist ja gar nicht wahr, daß die entscheidende Dissonanz aufgetreten ist im Auseinanderbrechen zwischen Landesversammlung und Fraktion allein. Die Fraktion selbst ist ja einmal in einer historischen Stunde auseinandergefallen, als es galt, ein Kabinett auf die Beine zu stellen. Damals war der Spalt auch in der Fraktion, und es war nicht etwa so, daß die Fraktion geschlossen dastand. Es ging damals um das Koalitionskabinett. Wir wollen nicht sagen, daß wir Recht behalten haben, weil die Koalition nicht gehalten hat. Aber eines ist sicher: Es hat unendliche Mühe gekostet, um die Einigkeit herzustellen. In dem Augenblick aber, als die Koalition zerbrochen war und als es galt, ein Unionskabinett auf die Beine zu stellen, ist es möglich gewesen, diese Einigkeit wirklich herzustellen.
Ich möchte es so ausdrücken: Ich glaube, es ist weder Dr. *Müller* noch Dr. *Hundhammer* damals leicht geworden, sich einander die Hände zu geben. Aber die Tatsache ist vorhanden, daß diese Einigung im ganzen bayerischen Volk auf das lebhafteste begrüßt wurde und daß diese Einigung damals die Rettung der Union bedeutet hat. Und nun glaubten wir, einen Zustand erreicht zu haben, bei dem dieses Kabinett wirklich arbeitsfähig ist und arbeiten kann. Und was geschieht? Der Herr Staatsrat *Schäffer* bekommt die Möglichkeit, politisch tätig zu sein, und das erste, was er tut, ist ein massiver Angriff auf die Union. Er erklärt, daß er mit diesem Landesvorsitzenden und mit der Partei in diesem Zustand nicht mehr arbeiten kann. Er weist darauf hin, daß im Lande Unzufriedenheit herrscht.
Herr Staatsrat, ich will Ihnen das eine sagen: Dieser Tag heute ist ein Rückschritt gegenüber Erlangen, es ist ein Rückschritt gegenüber Marktredwitz. Daß es zum Rückschritt geworden ist, ist allein auf die Art und Weise Ihres neuerlichen Eingreifens in die Politik zurückzuführen. Wären die Dinge anders gemacht worden, hätte man sich genauso mit der anderen Seite geeinigt, wie das der Herr Minister *Hundhammer* getan hat, hätte man sich von vorneherein auf eine friedliche Linie begeben, wären die Dinge anders gekommen.
Das eine möchte ich sagen, und ich bitte, es nicht übelzunehmen. Aber die Art und Weise des politischen Auftretens hat etwas mit mangelndem Fingerspitzengefühl zu tun. Denn Tatsache ist, daß dieses Auftreten von der Presse groß aufgemacht wurde, daß der neuen Dissonanz in der Union breitester Raum gegeben wurde, daß man sich mit Behagen darauf gestürzt hat: Nun ist wieder die ersehnte Uneinigkeit da, eine neue Chance für die Union auseinanderzubrechen. Der Arzt ist als Mörder aufgetreten. So ist die Situation. Das wissen alle draußen im Lande und niemand[em], Herr Staatsrat, können Sie weismachen, daß es ein kluges Auftreten war, selbst wenn die sachlichen Ziele, die Sie verfolgen sollten, voll und ganz zu billigen wären.
Aber nun zu den sachlichen Zielen selbst. Worum handelt es sich? Ich habe vorhin gesagt, es war außerordentlich schwer herauszubekommen, was denn nun sachlich geändert werden soll. Herr Staatsrat, ich bedauere, daß in Ihrem ganzen Referat nicht zwei konkrete Punkte aufgezählt sind, was Sie politisch, sachlich ändern wollten. Wo ist eine Stellungnahme vielleicht zum Flüchtlingsproblem, zur Siedlungsfrage, zu den tausend Dingen, die uns heute auf den Nägeln brennen, wo ist heute eine Stellungnahme zum Exportproblem oder zu den Dingen, die heute wirklich wichtig sind, wo ist eine Stellungnahme zu der Art und Weise, wie man vielleicht die Produktion an Lebensmitteln erhöhen könnte, oder zu den Fragen, zu denen es wichtig wäre, im Zusammenhang mit Frankfurt Stellung zu nehmen.

Das ist deshalb nicht so ganz einfach, weil Sie selbst zugeben mußten, daß der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] und auch der Herr Staatsminister *Pfeiffer* nicht in der Lage waren, den Föderalismus gegenüber einem Diktat der amerikanischen Militärregierung sicherzustellen. Und der Herr Staatsminister *Pfeiffer* ist ja sozusagen der Genius, der hier das Kabinett sozusagen zu beflügeln scheint und immer wieder, ich möchte sagen, das Reservoir an Föderalismus darstellt, wenn wir anderen einmal zentralistisch entgleisen sollten. Herr Staatsrat, mit Ihrer Methode werden Sie auch nicht weiterkommen, als es diese beiden vorzüglichen Exponenten des Föderalismus gebracht haben.

(Beifall.)

Aus diesem Grunde kann ich nur das eine sagen: Wir hätten es begrüßt, wenn nicht nur in Historie gemacht worden wäre, sondern wenn uns klipp und klar gesagt worden wäre: Punkt eins, das muß geändert werden, in der sachlichen Politik, nicht in den Satzungen - denn die Satzungen verhüllen bei dieser Diskussion die Politik mehr als sie aufzeigen -, Punkt zwei, Punkt drei, das wollen wir sachlich ändern, das streben wir an. Vielleicht ist es aber so, daß man nach einer ganz bestimmten Macht strebt, um sachliche Dinge, die man vielleicht beabsichtigt, nicht auszusprechen. Fast scheint es so, als seien die Worte manchmal da, um die Gedanken zu verbergen. Denn es ist so außerordentlich schwer, hinter die Gedanken zu kommen, die hier eigentlich immer wieder nicht ausgesprochen werden. Es war ja mühevoll, Herrn Staatsminister *Pfeiffer* dahin zu bringen, daß er uns wenigstens das Problem *Köhler* erörtert und vorgetragen hat.

Die Situation aber, die Sie, Herr Staatsrat, auch kennen, ist die, daß wir praktisch von einem Diktat zum anderen schreiten. Der Herr Kultusminister [*Alois Hundhammer*], der gewiß nicht im Verdacht steht, ein Feind des Gymnasiums zu sein und ein Mann, der sich sozusagen den Neuerungen verschließt, mußte sich einer Schulreform beugen, für die er persönlich gar nicht die Verantwortung übernehmen kann. So ist es auch in den anderen Dingen. Da kommt es darauf an, daß wir die Fronten klar erkennen und zu den sachlichen Dingen Stellung nehmen, uns aber nicht hinter Formalien verbergen, um vielleicht einen Angriff auf die Partei selbst vorzunehmen.

Ich erachte das, was geschehen ist, nur in seinen Auswirkungen als einen ganz schweren Angriff gegen die Union. Ich muß schon sagen, ein Arzt, der so operiert, daß der Patient beinahe mit 99% darunter zu sterben scheint, ist nach meinen Begriffen nicht fähig, als Arzt zu fungieren, wenn er die Schritte nicht ändert.

Ich komme hier auf das Entscheidende: Der Bezirksverband Oberbayern hat sich nicht als in der Defensive befindlich gegen eine Maßnahme gewehrt. Im außerpolitischen Sprachgebrauch hätte man sagen können, er ist in die Aggression gegangen. In der Verteidigung befinden sich die anderen, angegriffen hat der Bezirksverband Oberbayern. Der Bezirksverband Oberbayern hat sich ganz klar außerhalb der Satzungen gestellt. Wie sollen wir weiter verhandeln, was soll überhaupt geschehen? Wir wünschen gar nicht Krach. Herr Staatsrat, wir sind die letzten, und besonders die jüngere Generation hat nur den einen Wunsch, daß uns die Alten mit diesem Krach in Ruhe lassen mögen.

(Beifall.)

Wir wünschen nur, daß endlich Friede eintritt, aber nicht ein Friede von 14 Tagen, den wir benutzen, um neue Waffen zu schmieden.

Seit Jahren verfolge ich dieses Spiel. Worum geht es immer wieder? Es geht immer wieder darum, daß eine Atempause geschöpft wird, daß die größten und stärksten

Kräfte nicht darauf verwandt werden, vielleicht in sachlichen Auseinandersetzungen mit dem echten parteipolitischen Gegner zu stehen, sondern die Waffen innerhalb der Union gegeneinander zu stellen. Das ist der Grund, warum die Wähler verzweifeln. Aus diesem und keinem anderen Grunde.

(Beifall.)

Das erste Gebot, das wir hier aufrichten müssen, ist dieses: Diese Methoden, sich Gehör zu verschaffen, indem ich den Hammer nehme und dem anderen gewissermaßen das Trommelfell einschlage, müssen aufhören.

(Sehr gut!)

Wir müssen zu den Methoden zurückkehren, die im Rahmen der Satzungen, im Rahmen der Union vorgesehen sind und sachliche Auseinandersetzungen bedeuten. Und das ist als erstes erforderlich, wenn das Gespräch fortgeführt werden soll, daß der Beschluß des Bezirksverbandes Oberbayern aufgehoben wird, damit überhaupt ein Boden der Diskussion geschaffen wird. Im anderen Falle ist jede Verhandlung unmöglich, und zwar deshalb, weil ich mir ja schließlich den Zugang zum anderen nicht dadurch erzwingen kann, daß ich mit dem geladenen Revolver vor ihn hintrete und sage: Gib her, was ich will - das ist natürlich dann Demokratie -, oder aber ich verzichte darauf, mit Dir überhaupt zu verhandeln.
So geht es unmöglich. Wir sind die letzten, die Krieg führen wollen. Aber wir sind diejenigen, die einmal diesen unsagbaren und unleidlichen und die Union schädigenden Krieg beendet wissen wollen, ein für allemal.

(Beifall.)

Und darum formuliere ich die Bedingung, die einzig und allein möglich ist, um das Gespräch fortzusetzen. Heben Sie, Herr Staatsrat *Schäffer*, im Benehmen mit Ihrem Bezirksverband diese unseligen Beschlüsse, die weiß Gott nicht von staatsmännischer Klugheit zeugen, auf, und dann haben Sie den Boden zur Diskussion, und dann, ich bitte Sie, schlagen Sie jene Methoden ein, die die Union kurieren und nicht töten. Dann kann es zu einer Einigung kommen.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, ich wäre dankbar, wenn wir uns jetzt in der weiteren Diskussion konzentrieren könnten. Es liegen jetzt ungefähr noch ein Dutzend Wortmeldungen vor. Ich möchte aber, daß Wortmeldungen von Leuten dabei sind, deren Worte wirklich gehört werden müssen. Ich möchte nicht darauf verzichten, daß jeder etwas sagen kann, aber ich wäre dankbar, wenn das "etwas" möglichst kurz gesagt würde.
Während der Rede Dr. *Krolls* haben sich jetzt gemeldet Dr. *Pfeiffer* und Dr. *Hundhammer*. Wenn die Versammlung damit einverstanden ist - ich möchte annehmen, daß es sich um sachliche Beantwortung von sachlichen Ausführungen von Dr. *Kroll* handelt -, dann würde ich gern, damit wir auch unsere Willensbildung konzentrieren, so vorgehen, daß ich den anderen Rednern vielleicht diese beiden Redner vorwegnehmen würde, sofern es sich um kurze Feststellungen und nicht um eine längere Debatte handelt.

(Dr. *Pfeiffer*: Ich bin in wenigen Minuten fertig!)

Dann darf ich, wenn die Freunde einverstanden sind, Dr. *Pfeiffer* bevorzugt das Wort geben, bevor die anderen Redner weiterreden.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß die Reden des heutigen Tages sehr gut stenographisch aufgenommen sind, denn sie werden einstens eine Geschichtsquelle für die weitere Entwicklung sein.

(Sehr richtig!)

Ich für meine eigene Person erlebe heute das interessante Schauspiel, daß zu Beginn der Sitzung ein Ausschlußantrag gegen mich überreicht wird, wobei - wie üblich, muß ich sagen - die besondere Liebenswürdigkeit angewendet wird, daß dieser Antrag veröffentlicht, aber mir nicht mitgeteilt wird. Genauso hat in Nürnberg-Fürth die Junge Union einen Ausschlußantrag mit Rücktrittsforderungen usw. veröffentlicht, einen Tag, ehe ich dort gesprochen habe, es aber nicht, wie es sonst unter Kulturmenschen üblich ist, der Mühe wert gefunden, mir diesen Beschluß zuzustellen.

(Zuruf: Christliche Nächtenliebe!)

Es sind mir also zwei interessante Dokumente zugegangen: Im einen Fall ein Ausschlußantrag, im anderen Fall der Vorschlag einer Erhebung auf die höhere Ebene als Oberdirektor. Im ganzen Zusammenhang, meine Damen und Herren, empfinde ich selbstverständlich - ich darf nicht sagen, den Vorschlag, sondern das was Herr Dr. *Kroll* hier gesagt hat -, als eine grobe Taktlosigkeit

(Sehr richtig!)

und als eine mir persönlich gegenüber gemachte und nicht verdiente - nein, ich darf es nicht aussprechen -; als nicht gebührlich. Außerdem ist die Art der Formulierung, daß ich der Genius sei, der das Kabinett im Punkte Föderalismus zu beflügeln scheint, eine sehr wilde Geistreichigkeit.

(Dr. *Horlacher*: Das ist eine Lobrede!)

Denn ich darf doch immerhin in der bayerischen Politik auf eine ehrenvolle Geschichte und Arbeit zurückblicken

(Sehr gut!)

und darauf, daß ich in Bayern eingesperrt gewesen bin, als der Herr Dr. *Kroll* in Bayern noch gar nicht erfunden gewesen ist.

(Dr. *Kroll*: Aber Herr Staatsminister, das ist doch nur etwas Gutes, der Genius des Föderalismus!)

Dann darf ich noch weiter sagen: Herr Dr. *Kroll* hat auch eine nicht zutreffende Darstellung über die Schwierigkeiten gegeben, die Ziele zu erkennen, um die es sich handelt. Ich glaube, Herr Dr. *Kroll* ist doch in Erlangen gewesen, Herr Dr. *Kroll* ist doch in Marktredwitz gewesen. Da habe ich das, was er glaubte, aus mir an Formulierungen herauszuholen, das, worum es sich handelt, doch sehr, sehr deutlich ausgesprochen: Daß es sich nicht um eine Satzungskritisiererei handelt, sondern daß es sich bei der ganzen Sache um viel ernstere politische Probleme handelt. Wenn Sie es bisher nicht begriffen haben, kann ich Ihnen nur sagen, was ich gesagt habe; ich kann nur wieder das gleiche sagen.

(Dr. *Kroll*: Nur die Formalien sind besprochen worden; die Ziele wurden genannt, ohne daß sie im einzelnen bekanntgegeben wurden.)

Das habe ich in Marktredwitz getan, das habe ich in Erlangen getan, und wenn Sie es nicht erkannt haben, kann ich Ihnen dabei nicht helfen.

Sie sagen, Sie haben mühsam die Sache *Köhler* und *Schlange-Schöningen* herausbekommen. Sagen Sie etwas, dann wird es geklärt! Haben Sie es nicht gemerkt, daß ich mich bemüht habe, nicht eine aneinandergereihte Kritik über die letzten zwei Jahre zu geben, daß ich keinerlei Verschärfungen wollte? Es stand ja auch gar kein Vertrauen für den Parteivorsitzenden zur Debatte, sondern ich habe versucht, in einer Bündelung die letzten Spitzen, um die es sich handelt, zu geben. Wenn ich in die Kritik eingehen wollte, Herr Dr. *Kroll*, dann könnte ich natürlich nicht in fünf Minuten das sagen, was ich an Grundsätzlichem vorzubringen hätte.
Schon allein der Zustand, in dem wir stehen, diese großen Dissidien, um die es sich handelt: Sind denn die ein Nichts? Sie sagen, das muß man erst herausstellen können und das zerflattert dann, wenn es genannt wird. Ich sage über Dr. *Erich Köhler* ganz offen: Wenn jemand am 7./8. Januar in Polemik mit dem Wortführer der Länder so stark zentralistische Politik macht und dann vier Wochen später eine so verwaschene Erklärung abgibt, so ist das für mich keine Lösung dieser Frage,

(Sehr richtig!)

das ist eine Faute-de-mieux-Lösung. Das gebe ich zu, das kann sein. Ich habe nur dagegen den Einwand, daß man nicht gesorgt hat, nicht zu einer Faute-de-mieux-Lösung zu kommen.

(Dr. *Horlacher*: Sei froh, daß Du nicht dabei warst!)

Darüber bin ich todfroh, das sage ich ausdrücklich.
Dann spricht Herr Dr. *Kroll* wieder so nebenbei, ganz elegant darüber hinwischend, von Worten, die die Gedanken verbergen sollen, und es sei mühevoll, den Staatsminister *Pfeiffer* dahin zu bringen usw. Ich bin hier der Parteifreund *Pfeiffer*. Ich bin hier kein Staatsminister. Ich befinde mich in einem Kreis, in dem einer genau der gleiche ist wie der andere. Darum möchte ich ganz dringend gebeten haben. Aber ich sage Ihnen ganz offen: Wenn Sie so reden, daß Worte die Gedanken verbergen sollen, so ist das doch eine glatte Beleidigung!

(*Haußleiter*: "Politbüro" war auch eine Beleidigung!)

- Lieber Freund *Haußleiter*, ich kann Ihnen darüber, was Politbüro bedeutet, und über den Grundsatz "Führer, wir folgen Dir" eine Enumeration machen!

(Vorsitzender [*Josef Müller*]: Also bitte, los!)

Also gut, dann reden wir davon.
Politbüro! An der Spitze steht bei dem Begriff des Politbüros der Umstand, daß der Parteivorsitzende sich vorbehält, in jede Sitzung, einschließlich denen der Landtagsfraktion, einen besonderen Beauftragten, der selbst gar nicht Mitglied der Fraktion ist, zu schicken, der zur Berichterstattung an ihn verpflichtet ist.

(Gelächter. - Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer ist das, bitte?)

Das wißt Ihr alle miteinander; das ist unser Freund *Strauß*.

(Entrüstung.)

Bitte, das ist doch so!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich feststellen: *Strauß* ist Mitglied des Landesvorstandes. Von der Fraktion wurde ausdrücklich zugestimmt, daß die Mitglieder des Landesvorstandes an Fraktionssitzungen teilnehmen können.

(Dr. *Strauß*: Aber Dr. *Pfeiffer*!)

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Das geht gar nicht gegen Sie persönlich!

(Dr. *Strauß*: Aber Dr. *Pfeiffer*! Von 100 Fraktionssitzungen war ich in dreien anwesend!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn das nicht geschehen würde, würde man sagen: Die Partei versagt und hat keinen Kontakt mit der Fraktion. Das ist kein Politbüro.

(Dr. *Strauß*: Ich bin doch kein Kommissar eines *Stalin*!)

Dann vermeidet man solche Ausdrücke, die an die kommunistische Organisation anklingen!

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Dann legt die Satzung fest, daß die von unten herauf gewählten Funktionäre in soundso viel Organen der Partei zwar anwesend sein dürfen, aber nicht mit stimmberechtigt sind.

(Dr. *Strauß*: Ich bin nicht dem *Ochsensepp* sein Sklave, auch nicht sein Beauftragter, der für ihn in den Versammlungen herumschleicht!)

- Das habe ich auch nicht gesagt! Ich bitte, die Worte so zu lassen, wie ich sie sage.

(Dr. *Strauß*: Das sind Zweideutigkeiten!)

Ich bitte, die Worte so zu lassen, wie ich sie sage.

(Zuruf: Politbüro!)

Der Begriff Politbüro setzt sich aus einer ganzen Reihe von einzelnen Dingen zusammen.

(Zuruf: Wir sind keine Kommunisten!)

Ich habe gar nicht von Kommunisten geredet.

(Dr. *Horlacher*: Er hat ja poliertes Büro gemeint!)

Nein, das habe ich bestimmt nicht gemeint, Herr Dr. *Horlacher*.

Das eine ist, daß der Parteivorsitzende sich das Recht vorbehalten hat, in jede Sitzung einen nicht zur betreffenden Körperschaft gehörenden Beauftragten zu senden.

(Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zur Herstellung der Verbindung zwischen Parteivorstand und Fraktion!)

Eine zweite Tatsache, die in dieser Richtung geht, ist, daß die von unten gewählten Vertreter zwar in den öffentlichen Körperschaften, in soundso viel Organen der Partei anwesend sein können mit beratender Stimme, aber nicht mit bestimmender Stimme. Bitte auch den neuen Satzungsentwurf in dieser Richtung anzusehen!

(Dr. *Horlacher* und *Haußleiter*: Das waren ja doch Vorschläge von Oberbayern! - Heiterkeit.)

Ich komme nicht mehr mit.

(Unruhe.)

Nein, ich habe diese Besprechungen genau mitgemacht.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Eine weitere Maßnahme in dieser Richtung ist dann, daß die Kreisgeschäftsführer vom Parteivorsitzenden angestellt und instruiert werden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wie in den Statuten beschlossen!

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Ja, ja; das ist das, was in den Statuten beschlossen ist.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie bekommen keine politischen Instruktionen.

Ich darf, damit nicht wieder Phantasien in die Öffentlichkeit kommen, feststellen, daß aus parteiorganisatorischen Gründen, nicht bloß aufgrund der Landesversammlung, die Parteigeschäftsführer vom Vorstand bestellt werden. Ich darf hierzu weiter feststellen, daß den Parteigeschäftsführern gegenüber immer wieder ausdrücklich erklärt wird, sie haben keine Politik zu machen, sondern nur die Organisation aufzubauen. Es wird kein Geschäftsführer feststellen können, daß er irgendwann eine politische Weisung bekommen hat oder daß er etwa zur politischen Berichterstattung verpflichtet wurde.

(*Schwägerl*: Im Einverständnis mit den Kreisvorsitzenden!)

Ich würde bitten, Dr. *Pfeiffer*, daß wir weiterkommen. Wir haben ja nicht die Möglichkeit, uferlos zu debattieren. Ich wäre infolgedessen darum dankbar; denn soviel weißt Du auch, daß der Vorwurf der Kombination von Politbüro mit Führer, wir folgen Dir-Bewegung mit solchen Dingen nicht zu begründen ist. Wenn schon, dann sage ich lieber: Du bist Kommunist, und du baust eine Partei so auf, als daß ich wie die Katze um den heißen Brei herumgehe und in der Öffentlichkeit einen solchen Eindruck entstehen lasse.

(Beifall. Staatsminister Dr. *Hundhammer*: *Müller*, laß doch einmal Dr. *Pfeiffer* reden!)

Dr. *Pfeiffer* kann aussprechen. Aber es kommt dann wieder ein falscher Eindruck.
Ich darf noch einmal ausdrücklich feststellen: Der Satzungsentwurf Oberbayern stellt in § 22 fest, daß die Satzung bestehen soll - und dann sind ausdrücklich, wie es Herr *Pfeiffer* uns vorwirft, die gewählten Verteter dabei ausgenommen.

(Hört, hört!)

Wenn der Vertreter von Oberbayern gegen den Antrag Oberbayerns auftritt, ist es für uns ganz interessant; aber es bringt uns sachlich nicht weiter.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Hierzu darf ich bemerken, daß in der Satzungskommission eine zweite Lesung vorgesehen war, damit man diese Dinge, wenn sie besprochen werden, noch einmal erörtern kann; und diese hat nicht stattgefunden. Es war infolgedessen auch keine endgültige Stellungnahme dazu nötig.
Ich bin gerne bereit, auf den weiteren Teil dieser Ausführungen zu verzichten, aber Du willst haben, daß ich das ausspreche.

(Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gerne!)

Ich habe nichts von Kommunismus gesagt, nicht das allergeringste von Kommunismus!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Politbüro, das weiß doch jeder, soll an die Organisation der kommunistischen Partei anklingen. Sonst gebraucht doch ein Mann mit bestimmten Geistesgaben nicht diesen Vergleich!
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Danke für das liebenswürdige Kompliment, das ich hiermit quittiere. Aber ich habe das Wort Politbüro mit den anderen zusammen nicht im Hinblick auf Kommunismus betrachtet, sondern im Hinblick auf das System, daß eine politische Zentralstelle überall ihre Beauftragten hat und daß die von unten her gewählten Vertreter dieser Überwachung der Zentralinstanz unterstehen. Das war ganz klar und eindeutig der Sinn meiner Ausführungen.

(Zuruf: Das konnte man aber auch anders verstehen!)

Nicht eine Andeutung, als wie wenn ich das in der Richtung auf Kommunismus unterschreiben würde!

Das andere, was ich gesagt habe, geht darauf zurück, daß eine Reihe von Vorgängen und Vorfällen einfach automatisch in irgendeinem Zusammenhang eingetreten sind. Dazu gehört z.B., daß in den Körperschaften, die getagt haben, die Entscheidungen, ohne daß schriftliche Vorlagen da waren, unter Verzicht auf die selbständige Stellungnahme einfach kurzer Hand gefällt worden sind. Zum Beispiel haben wir jetzt in Eichstätt erlebt, daß uns ein sehr wichtiges Programm, ein Wirtschafts- und Sozialprogramm, in einer nicht gerade sehr eindrucksvollen Weise verlesen worden ist; dann ist darüber abgestimmt worden, und es ist angenommen worden.

(*Haußleiter*: Die anderen haben dagegen gestimmt; es war ganz demokratisch!)

Ja, das ist aber keine Methode, eine Sache in einer Körperschaft durchzugehen, ohne daß von ihr Kenntnis genommen wird. Bloß darauf ist doch zurückzuführen, daß dieser Vorschlag - in diesem Fall war es der Parteivorsitzende - einfach angenommen worden ist.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dazu darf ich feststellen: Erstens ist damals abgestimmt worden; zweitens ist nachher noch ein Vertrauensvotum ausgesprochen worden. Was haben wir jetzt in diesem Gremium davon, wenn wir uns ewig über alte Diskussionen und alte Abstimmungen unterhalten und nicht zur praktischen Arbeit kommen?

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Bitte, ich bin gefragt worden, aus welchen Gründen ich diesen Ausdruck angewendet habe. Er hat sich bei mir aufgrund von Erfahrungen gebildet, die naturgemäß auf eine gewisse Zeit zurückgehen; und darauf muß ich eingehen.

In das gleiche Gebiet gehört es, daß die Namen von 22 Rednern, die für eine Aussprache zu Wort gemeldet waren, einfach annulliert werden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das kommt in jeder Versammlung vor, und wenn es heute und morgen so weitergeht, dann werden am Schluß vielleicht auch noch 22 Redner übrigbleiben.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Also gut, ich will den Weg frei machen, indem ich keine weiteren Ausführungen mache. Ich mache aber noch einmal erneut darauf aufmerksam, daß die Probleme viel ernster und wichtiger sind, als sie offensichtlich von der Mehrzahl der Redner hier bisher genommen worden sind, und daß ich für meine Person die Rede, die der Herr Vorredner [*Gerhard Kroll*] gehalten hat, als eine ganz ausserordentliche Erschwerung der Gesamtsituation betrachte.

(Teilweise Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren, ich muß dazu eine Erklärung abgeben, denn es ist tatsächlich sehr ernst. Ich nehme die Debatte sehr ernst, auch wenn ich nicht alles mit sturem Ernst durchsetze und durchführen will. Dr. *Pfeiffer*, ich nehme z.B. die Erklärung der Kombination von Politbüro mit Führer-Bewegung ausserordentlich ernst, wenn sie von einem Mann mit dem Namen Dr. *Pfeiffer* ausgesprochen wird, der erstens in der Partei verankert ist, zweitens Staatsminister ist und die Staatskanzlei hat,

(Sehr richtig!)

weil dann der politische Gegner es auswerten kann.

(Dr. *Horlacher*: Und Ministerkollege!)

Jedem kann einmal ein Wort entgleiten, das er nachher in der Formulierung nicht mehr wahrhaben will; und ich hätte es vielleicht für die ganze Aussprache für besser

und für zuträglicher gehalten, wenn Herr Dr. *Pfeiffer* einfach erklärt hätte: Diesen Ausdruck würde ich heute nicht mehr gebrauchen. Denn es läßt sich nicht darüber hinwegreden, besonders wenn man dann den Vergleich gebraucht, daß - mit Zustimmung der Fraktion nach eingehender Diskussion - genehmigt wurde, daß die Mitglieder des Landesvorstandes an den Fraktionssitzungen teilnehmen können und daß Dr. *Strauß* dreimal dort war. Da kann man nie und nimmer sagen, daß Dr. *Strauß* etwa ein Beobachter des Politbüros in der Fraktion sei

(Dr. *Pfeiffer*: So habe ich [es] nicht gesagt!)

oder ein Beobachter des Parteivorsitzenden. Aber aus dem wird dann der Ausdruck Politbüro angewandt. Wir wollen keine Haarspalterei haben, sondern einmal den Sinn herausfinden.

Zweitens darf ich sagen: Der Ausdruck Führer, wir folgen Dir-Bewegung klingt mindestens genau so an, und zwar deswegen, weil man sehr wohl weiß, daß man damit auch in anderen Kreisen gerne den Akzent bekommen möchte, als ob hier eine Anlehnung an die damalige Zeit gerade in der Zeit durchgeführt würde, in der für die Partei ernsthafte Diskussionen auf anderer Ebene durchgeführt werden müßten.

Ich darf, um die Gefahr noch weiter aufzuzeigen, aber darauf hinweisen, daß in dieser Versammlung des Bezirksverbandes Oberbayern nicht nur dieses Wort von Herrn Dr. *Pfeiffer* über die Kombination von Politbüro und Führer, wir folgen Dir-Bewegung ausgesprochen wurde, sondern daß sich offenkundig dieser Geist dann auch weiter ausgewirkt hat; denn Herr Staatsrat *Schäffer* stellt in seiner Rede dann fest:

> Wenn Sie einmal eine Lebensgeschichte von *Stalin* und *Molotow* lesen, dann können Sie sehen, wie man politische Parteien aufzieht, um zu einer Diktatur zu kommen,
>
> (Oho!)
>
> man läßt wohl unten wählen, aber man läßt Deputierte wählen, die Ihnen möglichst [von] irgendeine[r] Parteistelle mit einem Vorschlag, der immer mit Nachdruck verbunden ist, vorgeschlagen werden. Der Deputierte stimmt dann in der Deputiertenversammlung so, wie es von oben her gewünscht wird, und berichtet nach unten so, wie es im Augenblick gerade paßt. Das heiße ich ein lügenhaftes System.
>
> (Empörte Zurufe: Unerhört! Allerhand! - *Haußleiter*: Der Arzt als Mörder!)

Die Diskussion um unsere Partei hat, weil dann immer noch die Zusammenarbeit mit dem Kommunismus, die Beziehungen mit den Russen dazukamen, zweifelsohne den Eindruck erwecken sollen, als ob unsere Partei nach einem solchen Vorbild aufgebaut sei und nach solchen Methoden arbeite.

(Pfui-Rufe.)

Deswegen, Herr Dr. *Pfeiffer*, wollte ich gerne eine Klarstellung hören; und ich bedauere, daß die Klarstellung nicht so erfolgt ist, daß das auch in der Öffentlichkeit ein für allemal auch von Ihnen weggewaschen wurde. Deshalb halte ich mich für verpflichtet, die so formulierten Aussprüche und Ausdrücke von Ihnen im Namen der Christlich-Sozialen Union hiermit offiziell zurückzuweisen.

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Nächster Redner ist Parteifreund *Nerreter*. - Er ist nicht da. Dann darf ich das Wort dem Parteifreund *A. W. Schmidt* geben.

(Zuruf: Dr. *Hundhammer*!)

- Darf ich auch diese Wortmeldung weglegen? Es sind Meldungen, die vorhin eingegangen sind. Nächster Redner ist Dr. *Strauß*.
Dr. *Strauß*: Ich möchte zunächst feststellen, daß ich hier nicht als Beauftragter des Herrn Parteivorsitzenden [*Josef Müller*] spreche,

(Bravo-Rufe, Heiterkeit.)

sondern daß ich mich freiwillig zu Wort melde, ohne unter einem inneren oder äußeren Drucke zu stehen. Ich nehme Herrn Dr. *Pfeiffer* seine Worte nicht übel; aber ich muß trotzdem sagen, daß diese Form der Darstellung, Herr Dr. *Pfeiffer*, wiederum - ich sage es wieder auf oberbayerisch, denn diese Sprache spreche ich unter allen Mundarten am besten, in denen ich sonst schweigen möchte - Anlaß gibt zu einem Geraune und einem Getrietsche, weil dadurch einige Persönlichkeiten - und ich hoffe allmählich eine zu werden, auch in Ihren Augen - zu Befehlsempfängern und Kurieren eines Parteivorsitzenden degradiert werden. Und für diese Rolle bin ich mir zu gut, weil ich das nicht wert bin!

(Bravo!)

Ich bin mit Einverständnis der Fraktion zur Teilnahme an den Fraktionssitzungen zugelassen worden. Ich habe leider wenig Zeit, daran teilzunehmen; ich interessiere mich als Politiker - verzeihen Sie das arrogante Wort -, als politisch interessierter Parteifreund für die Fraktionssitzungen, um dann auch draußen sprechen zu können. Ich habe in ganz Bayern bisher gesprochen, und man soll das uns nicht so schwer machen, indem man uns innerhalb der Partei die niedrigsten Verdächtigungen insinuiert und unterschiebt. Dadurch macht man es uns unmöglich, draußen mit voller Begeisterung reden zu können, wie wir es in den nächsten Wochen wieder werden tun müssen.
Ich bin darüber genauso empört, als jemand in der Fraktion, als man mich vor kurzem, als ich im Vorschlag für Frankfurt genannt wurde, einen Zentralisten geheißen hat. Ich habe den Herrn *Donsberger* gebeten, mir dafür einen Beweis zu liefern, denn bei den fünf Sitzungen in Frankfurt, bei denen ich bisher dabei war, habe ich das Gegenteil bewiesen, indem ich als einziges bayerisches Fraktionsmitglied in Frankfurt das Maul aufgemacht habe, die Abgeordneten zu einer Gruppe zusammengefaßt habe, eine Sitzordnung für uns allein erzwungen habe und als einziger von den Bayern oben gegen *Köhler* und gegen *Schlange-Schöningen* gesprochen habe, was der Freund Dr. *Müller* beweisen kann. Als einzigen Gegenbeweis hat mir heute *Donsberger* gesagt: Wer heute in der Jungen Union führend tätig ist, das ist ein Zentralist.

(Pfui-Rufe.)

Es waren Leute dabei, die das sagen können.

(Zuruf: Das ist der Dank der Union für den Einsatz der Jungen!)

Ich möchte noch einmal betonen: Man soll es uns durch den Streit und den Krach, der jetzt hereingetragen worden ist, bei den kommenden Auseinandersetzungen nicht so schwer machen und uns noch die Lust daran verderben, wiederum vor die Öffentlichkeit hinzutreten und für die Union zu sprechen. Denn als junge Menschen wollen wir mit ganzem und ungeteiltem Herzen für etwas sprechen und nicht im Hintergrund die bange Sorge haben, welch neuer Anschuß daraus erwächst, nicht von der KPD und SPD, sondern von den eigenen Parteifreunden.

(Sehr richtig!)

Wir wollen der Frage, was wir draußen sprechen sollen, auch gerade deshalb nähertreten, weil heute gesagt worden ist: Die Wähler wandern ab. Wir stellen das auch fest. Wir stehen vor der Frage, wohin die Wähler abwandern. Sie wandern vielleicht ab zur SPD, besonders aus Flüchtlingskreisen, die sich noch nicht entschieden haben, vielleicht deswegen, weil wir noch nicht ein klares soziales Profil in eindeutig erkennbarer Weise nach außen bisher gezeigt haben.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, es ist für uns notwendig, dieses klare soziale Profil einmal nach außen hin unverkennbar zur Schau zu tragen und auch durchzusetzen.

(Bravo-Rufe.)

Wenn gerade in den Kreisen, die heute die besitzlosen sind, einmal erkannt sein wird, wohin sie der Marxismus und die SPD-Planwirtschaft führt, dann bleibt nur der Weg für uns. Wenn aber unsere Wähler abwandern, dann gründen sie einen Neubürgerbund; dann haben wir den Saustall, daß wir in Bayern nie mehr zusammenkommen. Wohin wandern die Wähler ab? Sie wandern ab zur Bayernpartei. Das hat heute Herr Staatsrat *Schäffer* gesagt. Er hat gesagt, er will diese Bewegung eindämmen. Ich glaube dabei nur eines: Ich sage es in aller Offenheit. Ich habe neulich in Aibling, ich habe auch in Kolbermoor und Vagen im Landkreis Aibling gegen die Bayernpartei gesprochen, mir ist in der Diskussion von Parteifreunden gesagt worden, es sei ihnen nahegelegt worden, nicht gegen die Bayernpartei zu sprechen,

(Hört!)

es sei ihnen nahegelegt worden, sich mit der Bayernpartei auf guten Fuß zu stellen und mit ihr zusammenzuarbeiten.

(Hört!- Zurufe: Neue Harzburger Front! - Von wem? Den Namen aussprechen!)

Wenn Staatsrat *Schäffer* in Starnberg sagte, die Bayernpartei sei eine - ich glaube, ich zitiere wörtlich - uns wesensverwandte Partei, dann möchte ich hier nur einmal etwas Grundsätzliches sagen: Die Bayernpartei ist eine von uns sehr verschiedene Partei!

(Bravo-Rufe.)

Ich habe das in Starnberg auch angeführt. Die Menschen, die in der Bayernpartei stehen, irregeführt von einem Amokläufer - wie es richtig geheißen hat -, diese Menschen sind uns wesensverwandt, aber sie sind verhetzt und sind irregeführt worden. Und wir fragen: Was hat der Bezirksverband Oberbayern bisher getan, um diese Menschen vor dem Absprung in die Bayernpartei zurückzuhalten?

(Sehr richtig!)

Ich frage hier in aller Namen, ohne eine Taktlosigkeit begehen zu wollen, im Sinne der parteilichen Freundschaft gerade Dr. *Hundhammer*: Warum hat noch kein prominenter Redner vom Bezirksverband Oberbayern jemals nach außen hin klar und deutlich ein Bekenntnis gegen die Bayernpartei abgelegt? Es wäre für uns draußen, die wir wirklich an der Front stehen und die wir nichts von parteilichen Streitigkeiten wissen wollen, für uns, für die ein Mann wie *Schäffer*, ein Mann wie *Hundhammer*, ein Mann wie *Müller* gleich lieb sind, wenn sie in einer Bewegung mit uns zusammenarbeiten, von unvorstellbarem Werte gewesen, wenn gerade von diesen Männern draußen in klarer Weise gegen die Bayernpartei unter deutlicher Absetzung ihrer und unserer Ziele gesprochen worden wäre,

(Sehr gut!)

wenn z.B. in Garmisch, wo die Bayernpartei in zwei Kundgebungen einen tiefen Einbruch erzielt hat, bei denen leider keine Diskussion für uns möglich war, weil es Kundgebungen waren, anschließend von einem Mann, der einen Namen hat in Bayern, gerade in Oberbayern, wie Sie, Herr Minister Dr. *Alois Hundhammer*, einmal eine Gegenarbeit gekommen und wenn einmal in Garmisch den Leuten von der Bayernpartei in klarer Weise die Meinung gesagt worden wäre!
Man soll sich in Oberbayern nicht beschweren, wenn die Herrschaften zur Bayernpartei abwandern. Sie wandern nicht deswegen ab, weil wir vielleicht in der Regierungspolitik oder in der Parteipolitik unfähig sind; sie wandern nicht deswegen ab, weil wir gerade jetzt nach dem *Haußleiterschen* Vorschlag drei Delegierte und nach dem *Pfeifferschen* Vorschlag vier Delegierte in die Landesversammlung schicken könnten. Das interessiert meine Bauern nicht.

(Sehr richtig!)

Aber es interessiert sie das eine, daß ihnen im vergangenen Herbst von der Gendarmerie das Vieh und die Kartoffeln aus den Ställen geholt worden sind, und zwar im Auftrag von Dr. *Baumgartner*. Dr. *Baumgartner* hat den Auftrag auch von oben gehabt, aber heute geht er hinaus und hetzt die Bauern gegen seine eigenen Maßnahmen von damals auf. Das ist eine gefährliche Politik und Taktik. Er soll doch zugeben: Wir müssen das Vieh abliefern, weil es die amerikanische Militärregierung befohlen hat. Aber er soll es nicht zuerst ausführen lassen, und dann aus der Regierung *Ehard* austreten und ihr in den Rücken fallen. Für uns ist deshalb ein klarer Kampf gegen die Bayernpartei und ein klares Absetzen von der Bayernpartei notwendig. Es liegt grossenteils nur daran, daß bei uns nicht in einer eindeutigen und klaren Weise Aufklärung gegen die Ziele der Bayernpartei getrieben wird. Denn wenn man sich mit einer Partei identifiziert, wenn man sich mit ihr als wesensverwandt erklärt, dann soll man sich nicht wundern, wenn die Wähler aufgrund des ihnen besser klingenden Titels zur Bayernpartei abwandern.
Es sind deshalb bei uns heute klare Entschlüsse und klare Beschlüsse notwendig. Und ich glaube, Herr Staatsrat *Schäffer*, wenn Sie uns helfen wollen, diesen Wildbach, von dem Sie heute gesprochen haben, in ruhige Bahnen zu lenken und einzudämmen, dann wäre das erste heute eine Loyalitätserklärung auch von Ihnen, die in zwei Punkten bestehen müßte: Der eine dieser beiden Punkte wäre eine Erklärung, daß der Bezirksverband Oberbayern, dem ich selbst angehöre und dem ich auch weiterhin mit meinen vollen Kräften innerhalb der parteilichen Arbeit dienen möchte, der Bezirksverband Oberbayern, der ja Sie mit überwältigender Mehrheit ermächtigt und beauftragt hat, in seinem Namen allein zu handeln, seine Beschlüsse von damals, soweit sie den Bezirksverband außerhalb der Satzungen der Union stellen, jetzt aufheben würde.

(Sehr gut!)

Damit wäre eine Verhandlungsbasis geschaffen, die dem Geist der Einigkeit, von dem heute gesprochen worden ist, am weitesten und leichtesten Bahn brechen würde.
Und zweitens müßten die Äußerungen von Ihnen, die Sie im Hofbräuhaus am 14. Februar gemacht haben, von Ihnen klargestellt werden, in denen Sie dem Sinne nach oder vielleicht wörtlich wie unter Parteifreunden - ich gebe dann gerne Rechenschaft in der Öffentlichkeit oder auch unter vier Augen - ganz genau und angeblich bei Unterredungen mit Parteifreunden gesagt haben, daß Sie gar nicht mehr daran dächten, unter einem Mann wie *Müller* weiterhin in der Partei zu arbeiten,

(Hört!)

daß Sie sich höchstens noch gleichberechtigt neben ihm in der Partei betätigen könnten. Wir haben den Führungsstreit in der Partei, nicht weil es um Ihren Namen oder um den Namen *Müller* geht! Wir haben es vollkommen satt. Wir wollen draußen arbeiten, wir wollen Wähler gewinnen, wir wollen die Leute über die Bayernpartei aufklären, aber uns nicht mehr streiten, ob zwei Männer gleichberechtigt nebeneinander stehen oder ob Sie neben dem *Müller* oben oder ob Sie eine Stufe weiter unten in der Partei stehen. Ich glaube, wenn es um das christliche Gewissen, um die Durchsetzung der christlichen Front in Bayern und Deutschland geht, dann geht es nicht um die Frage: Wer ist der Obere und der Untere? Dann geht die Frage ausschließlich und allein um Ziele. Denken Sie daran, Herr Staatsrat *Schäffer*, daß ein Politiker, wenn er nach vielen langen Jahren, nach zwölf Jahren und mit kurzer Unterbrechung nach weiteren zwei Jahren zurückkehrt, dann leicht zum Zerstörer derjenigen Politik werden kann, der er einst gedient hat; und ich glaube kaum, daß Sie in die Geschichte der Union als Zerstörer derselben eingehen wollen.

Ich möchte Sie, Herr Staatsrat, deshalb gerade in diesen zwei Punkten bitten: Aufhebung der Beschlüsse, soweit sie außerhalb der Satzungen liegen, und eine klare Loyalitätserklärung Ihrerseits, daß es Ihnen nicht darum geht, gleichberechtigt daneben oder darüber zu stehen, sondern daß Sie sich auch nach den sachlichen Verhandlungen einfügen, so daß wir aufgrund dieser Verhandlungen dann überhaupt erst mitsammen wieder reden können.

Ich glaube auch, Herr Staatsrat, daß Sie eines erkennen: Daß draußen in Oberbayern wohl ein großer Teil der Leute, die Sie von früher her kennen, heute auf Ihren Namen horcht und daß dadurch Ihre Entscheidung wohl weitgehend eine Entscheidung vieler Menschen sein wird, daß aber inzwischen auch eine Generation herangewachsen ist, die nichts wissen will von persönlichem Streit, der es nur um das Entweder-Oder geht. Entweder sie wird nationalistisch werden, oder wir werden sie zu christlichen Menschen erziehen. Und da wird unter Umständen Ihr Beispiel dafür maßgebend sein. Wenn Ihr Beispiel den Streit als Zeichen Ihres Christentums zum Ausdruck bringt, dann wird sie nicht mehr zu uns kommen; an Ihnen wird es liegen, uns fällt die Aufgabe zu. Machen Sie uns die Taktik nicht so schwer, Herr Staatsrat!

(Beifall.)

Sie könnten eine Bewegung einleiten, die unheilvoll wäre. Sie würden dann zum Zerstörer der christlichen Politik in Bayern werden, trotz bestem Willen, ein Michael Kohlhaas der bayerischen Politik!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich in Abweichung von der Rednerliste, auf der Dr. *Hundhammer* für später gemeldet ist, ihm das Wort erteilen, nachdem er apostrophiert worden ist? Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann weiche ich von der Rednerliste ab.

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal auf die wirklich strittigen Probleme zurückgreifen. In dem letzten Teil der Debatte hatte man in etwa den Eindruck, daß eine Reihe von Leuten sich berufen fühlte, einem Mann - ich habe keinen anderen Ausdruck - die Leviten zu lesen, Leute, die in ihrer politischen und Lebenserfahrung ein gutes Stück

(Zuruf: Danke!)

unter dem Mann stehen, um den hier die Debatte geht. Das darf hier schon festgestellt werden.

Welches sind denn die wirklich strittigen Probleme? Worum geht es denn? Es geht nicht - das ist ein Irrtum, das möchte ich dem letzten Redner sagen - um einen Führungsanspruch. Es steht fest, daß *Schäffer* nicht die Absicht hat, in die Führung der Partei etwa in der Weise einzutreten, daß er an Stelle von *Josef Müller* zum Parteivorsitzenden gewählt werden wollte. Er will auch nicht in die Parteivorstandschaft, sei es nun ein dreigliedriges Gremium von Gleichberechtigten, wie Oberbayern es ursprünglich verlangt hatte, oder in eine Parteivorstandschaft mit einem ersten, zweiten und dritten Vorsitzenden. *Schäffer* will nicht zweiter und dritter Vorsitzender werden.
Die wirklichen Probleme, um die es geht, sind andere. Das ist zunächst einmal die Frage: Von wem, aus welchem Gremium und aus welchen Kreisen heraus soll der Wille der Partei gebildet werden? Wir haben heute den Zustand, daß der Wille in der Landesversammlung und der Wille hier im Landesausschuß durch eine Minderheit von Parteimitgliedern gebildet wird. Wenn Sie die Vertreter im einzelnen nachprüfen, Namen für Namen, so entfallen - Herr Dr. *Pfeiffer* hat das ausgerechnet -, ich glaube, ca. 30% der Parteimitglieder auf Oberbayern. Wenn Sie dann meinetwegen die Parteimitglieder von Niederbayern, die starken Mitgliederzahlen von Schwaben dazunehmen, haben Sie mehr als die Hälfte der Mitglieder, aber bedeutend weniger als die Hälfte der Vertreter in den Gremien. Als krassestes Beispiel ist der Bezirk Traunstein angeführt worden, der ca. 1500 oder 1300 Mitglieder hat und zwei Vertreter für die Landesversammlung stellt, während der Stadtkreis Nürnberg keine 1000 Mitglieder hat und 15 Vertreter für die Landesversammlung stellt.

(Zuruf: Wie ist es in München?)

Oder ein anderes Beispiel, das mir aus Oberfranken mitgeteilt wurde. Der Bezirk Coburg z.B. hat eine Stimmenzahl von, ich glaube, 1000 Wählern aufgebracht und zwei Vertreter in der Landesversammlung, Bamberg hat 20.000 Wähler und auch zwei Vertreter.

(Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gott sei Dank!)

Dieses Mißverhältnis zwischen stimmberechtigten Kreisen, die sehr viele Stimmen aufbringen, und Stimmbezirken, die unverhältnismäßig weniger Stimmen haben, das Mißverhältnis zwischen Bezirken, die - wie Oberbayern - allein einen sehr hohen Prozentsatz, nahezu 30% der Mitglieder haben, und Bezirken, die bloß 2,5 oder 3% der Gesamtmitgliederschaft stellen und die doch nach demselben Schlüssel vertreten sind, ist einer der Kernpunkte. Und was von Oberbayern aus verlangt oder beantragt worden ist und was die ganze Zeit umkämpft wird, ist, daß in der Stärke der Vertretungen in den einzelnen Parteigremien, abgesehen von einer Grundvertretung mit ein oder zwei Stimmen, auf die Stärke der Mitgliederzahlen Rücksicht genommen würde, die in einem Bezirk bestehen, oder auf die Wählerzahlen, die in einem Bezirk aufgebracht werden. Wenn hier ein Ausgleich geschaffen würde, würde ein wesentlicher Gesichtspunkt des ganzen Kampfes und Streites beseitigt sein. Ich glaube, es wäre schon auch wert, wenn diejenigen, die hier nach den alten Parteisatzungen die beati possidentes der Stimmenmehrheit sind, sich überlegen würden, ob sie nicht im Interesse der Einheit der Union ihrerseits eine gerechte Verteilung annehmen sollten, statt immer nach den anderen, nach der Minderheit zu schlagen, die sich um eine billige und gerechte Vertretung entsprechend ihrer finanziellen und zahlenmäßigen Leistung bemüht und die darum kämpft.
Ein zweites, was ich hier gleich in diesem Zusammenhang sagen möchte, betrifft die Frage, inwieweit die Abgeordneten, die Fraktion, in der Partei und deren Willensbil-

dung Einfluß haben sollen oder nicht. In den Satzungen, die wir heute erst bei Beginn der heutigen Sitzung in die Hand bekommen haben und die wir hier annehmen sollen, finde ich die Bestimmung, daß der Landesversammlung die Mitglieder des Landesausschusses angehören sollen. Das wären in Zukunft für die Landesversammlung noch ganze drei offizielle Vertreter der Landtagsfraktion.

(Hört!)

Das ist auch wieder eines der Beispiele, die zeigen, wie hier Satzungen aufgebaut sind, die wir nicht für richtig halten. Es ist nicht so, daß die Fraktion so gewissermaßen bloß zu einem ausführenden Organ gegenüber den Parteiinstanzen werden soll. Die Abgeordneten sind die gewählten Vertreter des Volkes und sollen eigentlich doch die wirklichen Willensträger der politischen Meinung sein.

(Sehr richtig!)

Wenn man aber in der Landesversammlung, in diesem Gremium von 450 oder 500 Mitgliedern, und im Landesausschuß, der heute zwar am Abend hier nur noch sehr teilweise vertreten ist, der Fraktion mit ihren 104 Abgeordneten offiziell nur noch drei Vertreter einräumt, wie es im § 16 steht ...

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Hundhammer*, ich glaube, ich darf unterbrechen. Ich werde darauf aufmerksam gemacht - ich kenne den Entwurf noch nicht -, daß das nicht der Wahrheit entspricht. Ich bitte, die Stelle des Entwurfes zu verlesen, damit die Frage geklärt wird.

Dr. *Schedl*: § 16 lautet:

> Die Organe des Landesverbandes haben folgende Zusammensetzung:
> 1. Die Landesversammlung. Die Landesversammlung besteht aus je zwei Delegierten der Kreisverbände ...

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich noch einmal unterbrechen. Wir reden aneinander vorbei. Wir kommen morgen sowieso in die Diskussion. Es ist nicht der offizielle Entwurf des Ausschusses, den Du verliest, sondern das ist ein Entwurf, der von der Jungen Union eingereicht, aber nicht offiziell vom Ausschuß übernommen wurde. Im Ausschuß - deswegen kenne ich die Diskussion sehr genau - hätten wir uns wahrscheinlich gar nicht auseinandergeredet. Vom Ausschuß wird dieser Standpunkt nicht vertreten, und ich persönlich - ich darf das zur Abkürzung der Debatte dazwischen hinein vermerken - würde diese Auffassung auch nicht vertreten haben, im Gegenteil. Es kam von anderer Seite die Anregung, ob man die Leute im Landesausschuß belassen sollte. Ich habe sofort dagegen Stellung genommen. Ich glaube, wir könnten uns heute diese Diskussion ersparen und sie in die Beratung über die Satzungen verlegen. Denn da werden wir sehr rasch merken, wie man dazu steht.

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Uns ist nur dieser einzige Entwurf in die Hand gedrückt worden. Wir haben keinen anderen zu Gesicht bekommen. Es ist darauf nicht vermerkt, daß es ein Entwurf der Jungen Union ist.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der andere wird Paragraph für Paragraph verlesen. Dieser ist offenkundig von der Jungen Union verteilt worden. Der offizielle Entwurf hingegen ist nicht weiter verteilt worden, weil ihn sonst nicht alle bekommen hätten, um so mehr, als in der Landesversammlung schon darüber gesprochen wurde. Der Entwurf wird im einzelnen verlesen werden. Denn eine so wichtige Bestimmung wäre in der Landesversammlung zu beschließen gewesen. Wir brauchen uns darüber nicht zu unterhalten.

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Uns ist nur dieser einzige Entwurf in die Hand gedrückt worden, ohne daß auf ihm selber vermerkt oder daß gesagt worden wäre, es sei ein Sonderentwurf.
Im übrigen, *Müller*, darf ich technisch sagen: Ich würde begrüßen, wenn die Redner - nicht wie es vorhin bei Dr. *Pfeiffer* war - und ich ungestört ihre Meinung vortragen könnten. Ich möchte es vermeiden, daß die ganze Sache auf die Art eines Zwiegespräches abgestellt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gern, aber wir müssen in der Arbeit weiterkommen. Infolgedessen möchte ich offenkundige Unrichtigkeiten berichtigen.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Ich möchte, gerade weil es ein Entwurf der Jungen Union ist, aufzeigen, wie falsche Wege gegangen werden. Es ist nicht möglich, die Fraktion, die Abgeordneten, die die eigentlichen Repräsentanten sein sollen, auf eine ihnen nicht zukommende Rolle zurückzuschieben. Äußerlich ist das in Marktredwitz dadurch zum Ausdruck gekommen, daß man die Abgeordneten in die letzte Ecke hinten vor die Türe gesetzt hat.
Es kommt noch etwas Zweites hinzu. Bei der Vertretung der Regierung, wie sie in den Satzungen vorgesehen ist, ist mir gegenüber vorhin schon darauf hingewiesen worden, wie man sich diese denkt. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß den Regierungsmitgliedern hier eine ähnliche, ich möchte beinahe sagen, subalterne Rolle zugedacht ist, wenigstens den Staatssekretären, die überhaupt hinausgestellt werden.

(Dr. *Lacherbauer*: Obwohl sie Vollmitglieder der Regierung sind!)

Obwohl sie Vollmitglieder der Regierung sind!

(Dr. *Lacherbauer*: Und auch nicht weniger arbeiten!)

Das ist die falsche Auffassung, die hier zum Ausdruck kommt. Sie kommt auch zum Ausdruck zum Teil in einer Tonart, in der hier gesprochen worden ist, die mir nicht richtig und zweckmäßig erscheint.
Ich muß dann noch auf die grundsätzliche Frage zurückkommen: Soll die ganze Verhandlung hier darauf hinauslaufen, daß man *Schäffer* und seine Freunde bei dieser Gelegenheit nun einmal endgültig aus der Partei hinausbringt, oder darauf, daß eine Einigung und ein Zusammenhalt erzielt wird. Es ist wahr, *Müller*, ich muß das hier feststellen, man hat vielleicht nicht ganz mit Unrecht den Eindruck, daß manche der Redner des heutigen Tages darauf abzielen, *Schäffer* und seine Freunde endgültig aus der Union hinauszudrängen. Dieser Eindruck ist erweckt worden.

(Zuruf: Den haben wir alle!)

Das ist ein bedauerlicher Eindruck.
Wenn wir uns jetzt in die gegenwärtige Lage versetzen und von dem absehen, was heute am Vormittag durch Herrn Dr. *Müller* und am Nachmittag durch Staatsrat *Schäffer* über die Vergangenheit gesagt worden ist, wenn wir in die Zukunft einen Blick hineinwerfen und uns fragen, vor welcher Situation wir stehen, so müssen wir zu dem Schluß kommen: Wir stehen vor der Situation, daß in Bayern entweder die Kraft der christlichen Geistesrichtung in zwei oder vielleicht sogar noch in drei Gruppen zersplittert wird oder daß wir das Ganze so zusammenfassen, wie wir es jetzt augenblicklich ein Jahr lang in der Regierung tun. Wenn wir unsere Kräfte zersplittern, dann kann vielleicht erreicht werden, daß in der Wahl verschiedene Wege gegangen werden, daß man sich dann aber im Parlament bei der Arbeit doch zusammenfindet und sagt: All die bürgerlichen Gruppen, meinetwegen der verbleibende Rest der

CSU, die Bayernpartei, eine dritte auftretende gesonderte Gruppe, greifen zusammen und bilden miteinander eine Regierung. Man kann die Meinung vertreten: Die Bayernpartei wird als eine bürgerliche Partei trotz allen Kampfes der CSU in Zukunft näher stehen als etwa die Sozialdemokratie, die in ihrer ganzen Stellung letzten Endes doch von der radikaleren, von der SED-Seite beherrscht wird.
Deswegen ist es auch nicht ganz von der Hand zu weisen, wenn von manchen Leuten der Bayernpartei gesagt wird oder wenn sie selber die Meinung hat, es würde besser sein, wenn sich CSU und Bayernpartei weniger radikal bekämpfen würden, als meinetwegen CSU und Kommunistische Partei oder CSU und SED [sic!]. Ich spreche es offen aus: Nach meinem Dafürhalten müssen sich die Parteien, die rechts von der Sozialdemokratie stehen, letzten Endes doch noch in einer näheren Gemeinschaft fühlen als CSU und SPD. Das sollte nach meinem Dafürhalten auch im politischen Kampf in Zukunft in allen Fällen gelten.

(Zuruf: Sollte!)

Das wäre der eine Weg, der gegangen werden könnte: Geschlossene Gruppen, bei den Wahlen verschiedene Parteien und dann doch ein Zusammengreifen, so daß dadurch die christliche Richtung letzten Endes doch auf christlichem Boden steht.

(*Sedlmayr*: Wobei sie alle miteinander vielleicht Mandate verlieren!)

Wobei sie alle miteinander vielleicht Mandate verlieren.
Wir hätten noch den anderen Weg, der der an sich idealere wäre, daß die CSU als die große, geschlossene und damit außerordentlich kräftige Partei und Fraktion bestehen bleibt, als die sie jetzt im Landtag vertreten ist. Dieser letztere Weg wäre naturgemäß der bessere. Denn wir haben als CSU Aufgaben nicht nur im Lande Bayern, sondern müssen auch die Vorkämpfer des christlichen politischen Gedankens im öffentlichen Leben in Deutschland überhaupt sein.

(Zustimmung.)

Die anderen in den anderen deutschen Ländern, die an sich schon durch ihre Situation in die Minderheit gedrängt sind, sehen auf Bayern, sie wollen sich an Bayern aufrichten, sie wollen sich auf Bayern stützen.

(Sehr gut!)

Die Zerschlagung dieses Vorkämpfers, dieses Prellbockes ist eine Maßnahme mit aussergewöhnlich weittragenden Folgen, unter Umständen für die ganze deutsche Politik.

(Sehr richtig!)

Deswegen bedauere ich die etwas intransigente Haltung, die in der Diskussion heute hier zum Ausdruck gekommen ist. Daß man auf der anderen Seite bereit und gewillt ist, nicht alles zu zerschlagen, mögen Sie daraus ersehen, daß *Schäffer* hierher gegangen ist und sich trotz des Kampfes an der Diskussion beteiligt hat und daß er hiergeblieben ist, das möchte ich ausdrücklich sagen, trotz der Tonart, die heute vielfach ihm gegenüber angeschlagen worden ist. Wenn einmal früher oder auch noch vor kurzer Zeit ein Kampf geführt worden ist, so muß man jetzt in diesem Augenblick und in diesem Stadium, wenn man wirklich den Weg zueinander finden soll, auf eine ganz sachliche Debatte um die wirklichen Probleme zurückfinden.
Es ist an sich meine Meinung, daß es der idealere Weg wäre, heute doch zu versuchen, daß die Union als Ganzes bleibt und damit ihre Wähler und ihre Stärke behält.

Seien Sie sich darüber absolut im klaren, wenn Männer mit einem im ganzen Lande hochangesehenen Namen aus den Reihen der CSU herausgehen, dann geht mit ihnen ein sehr beträchtlicher Teil der Wähler mit, ohne daß deswegen viel Propaganda gemacht wird.

(Zuruf: Es gehen sehr viele Hoffnungen verloren!)

Es gehen sehr viele Hoffnungen verloren. Das ist auch richtig. Auch das bedeutet eine Schwächung der Position, die nicht zu unterschätzen ist. Deswegen sage ich, man müßte jetzt doch aufhören,

(Zuruf: Man hätte nicht anfangen sollen!)

wenn man den Willen hat, beisammenzubleiben. Wenn man nicht den Willen hat, beisammenzubleiben, dann soll man in der Tonart fortfahren, die heute zeitweise hier angeschlagen worden ist.

(Anhaltende Unruhe.)

Jetzt ist es an der Zeit -
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ruhe, Ruhe, nochmals Ruhe!
eine sachliche Debatte darüber zu führen, ob man einen Weg finden kann. Ich glaube, es könnte ein Weg gefunden werden. Denn ein paar schwierige Steine des Anstoßes, die früher vorhanden waren, sind beiseite geräumt. Es war einmal darum gegangen, ob *Schäffer* oder *Müller* der Vorsitzende in der Partei sein soll. *Müller* ist zum Vorsitzenden gewählt, und *Schäffer* macht ihm diesen Platz nicht streitig. *Schäffer* will auch nicht in die dreigliedrige Parteivorstandschaft hinein. Der Punkt, um den der Kampf geht und in dem eine Remedur und Änderung notwendig sein wird, ist die zahlenmässige Zusammensetzung der Vertretungen im Landesausschuß und in der Landesvorstandschaft in einer stärkeren Anlehnung an die Mitglieder- und an die Wählerzahlen. Man hat hier gesagt: Stärkere, schärfere Töne gegen die Bayernpartei! Meine lieben Freunde! Sie wissen, wir haben oft Klage darüber geführt, daß im Organ der Union zeitweise ein Kampf und eine Tonart gegenüber den eigenen Leuten angeschlagen worden ist, die schärfer und unerfreulicher war, als der Ton gegenüber den gegnerischen Blättern.

(Zuruf: Das war einmal!)

Wenn man in diesen Überschriften von den Bajuwaren und ähnlichen Dingen geschrieben hat, so war das in den Blättern der Union zweifellos ein Mißgriff. Es ist auch nach meinem Dafürhalten ein Mißgriff, wenn in den Blättern der Union, vor allem im zweiten Organ, Leute ihre Elaborate ablegen können, die nicht in unseren Reihen Mitglieder sind. In den Organen der Union soll die Politik nur von wirklichen Anhängern der Union und von ihren Freunden gemacht werden. Es ist - ich habe das in einer Aussprache mit Herrn *Mauerer* kürzlich festgestellt - in den letzten paar Monaten in der Beziehung durchaus besser geworden. Das stelle ich gern fest. Aber wenn von der Seite her ein solcher Kampf gegen diejenigen geführt wird, die innerhalb unserer Partei das Bayerische stärker betonen,

(Zuruf: Außerhalb!)

so muß ich sagen: Ich bedauere das, und ich glaube, man hat damit einen Teil unserer Leute an die Bayernpartei herangedrängt.
Und hier möchte ich schon eines feststellen, *Müller*: Es ist heute gesagt worden, man solle nicht soviel von den vergangenen 1500 Jahren sprechen. Ich bin der Meinung:

Der Kern der Kraft für unser bayerisches Volk liegt in unserem Zusammengehörigkeitsgefühl, in dem ständigen zähen Festhalten an unserer Heimat und unserem Staatsgedanken, sei es schon bei Karl dem Großen, sei es schon in der Merowingerzeit und in den späteren Generationen herauf bis 1870, 1918 und 1948. Das war ein Segen für das ganze deutsche Volk. Denn wenn wir Bayern im ganzen Reichseinheitstopf aufgegangen wären, ich glaube, dem deutschen Volk würde in der heutigen Zeit ein wertvolles Aktivum fehlen.

(Sehr richtig!)

Deswegen ist dieser Gedanke doch auch heute in unserer Gegenwart noch wertvoll und soll nicht verlorengehen. Aber die Hauptaufgabe ist für uns heute, in die Zukunft zu sehen. Wir sehen alle die großen Gefahren, die vor unseren Toren und vor unseren Türen stehen. Ihnen gegenüber können wir nur mit großen und kräftigen Gruppen standhalten. Deswegen soll eine Partei wie die Union nicht einen sehr beachtlichen Teil von sich stoßen wollen.

(Zuruf: Sie haben sich selber ausgeschlossen!)

Sie soll heute nicht glauben, leicht auf die verzichten zu können und zu sollen, die nun einmal vielleicht einen stärkeren bodenständigen Gedanken verkörpern, vielleicht eigenwillig sind, aber letztlich innerhalb der Union um nichts Unbilliges kämpfen. Denn es ist nicht unbillig zu verlangen, daß man entsprechend der Stärke der Beitragsleistung, der Mitglieder- und der Wählerziffern in allen einzelnen Gremien der Partei Einfluß hat. Die größere Achtung im Volk und bei den Wählern haben doch die Leute, die grundsatztreu sind wie *Schäffer* - das wird ihm niemand bestreiten -, größeres Ansehen als Menschen, die allzu leicht geneigt sind, heute so und morgen anders aufzutreten.

(Sehr gut!)

Ich komme zum Schluß. Wir sind ja in einer sehr vorgerückten Stunde. Ich möchte schließen mit der Mahnung: Denken Sie daran und bemühen Sie sich, die große Kraft, die eine große Partei, ja eine einzigartige Partei in Bayern haben kann, nicht leicht[sinnig] auseinanderbrechen zu lassen. Ich bin der Meinung, wir werden uns - ich habe das als Fraktionsvorsitzender immer gesagt - auf alle Fälle bemühen, über alle Zwistigkeiten hinweg der Regierung, dem Ministerpräsidenten *Ehard* möglichst für die vier Jahre der jetzigen Wahlperiode den notwendigen Rückhalt zu geben.

(Sehr gut!)

Wir haben im Kabinett und im Ministerium ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten, die sonst in der Partei bestanden haben, ebenso wie im Ministerrat reibungslos und sachlich zusammengearbeitet, und es ist gelungen, in der Fraktion im Verlaufe des letzten halben Jahres, insbesondere seit wir die Regierung aus unserer Partei heraus allein gebildet haben, der Regierung einen festen Rückhalt zu geben und damit dem Ministerpräsidenten ein sicheres Auftreten in der Öffentlichkeit zu ermöglichen, zum Segen Bayerns, zum Segen überhaupt des föderalistischen Gedankens und der christlichen Politik im Staate. Das möchte ich auf alle Fälle als Aktivum möglichst lange dem Bayerischen Staat erhalten.

(Zuruf: Wir auch! Warum seid Ihr dann herausgelaufen?)

Ich glaube, dieses geschlossene Zusammenhalten der Fraktion würde wesentlich erleichtert werden, wenn alle dazu beitragen wollten, die Partei zusammenzuhalten und sie nicht leicht[sinnig] in die Brüche gehen zu lassen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf gerade zu letzterem feststellen: *Hundhammer* hat ein Thema berührt, das wirklich für uns sehr wichtig ist. Sicher waren früher starke Meinungsverschiedenheiten vorhanden, sie haben sich in der Zeit der Koalitionsregierung auch im Mitteilungsblatt widergespiegelt. Das mag von vorneherein zugegeben und erklärt werden. Aber man wird auch feststellen, daß, seitdem die Unionsregierung besteht, die Zusammenarbeit, wie Du selbst festgestellt hast, wesentlich vernünftiger und besser geworden ist. Aber bei einem so kleinen Raum ist es schwer, eine Partei wirklich durchzuarbeiten, und dem sollte das Organ eigentlich dienen. *Hundhammer*, wenn Ihr die gleichen Worte im Bezirksverband Oberbayern gesprochen hättet,

(Sehr richtig!)

dann wäre viel Unglück vermieden worden. Aber es geht ja in diesem Falle nicht um mich als Person, sondern es geht um die Partei und um die Möglichkeit, die Partei im entscheidenden Moment richtig zu führen. Und da ist ein Angriff, wie er damals gegen den Parteivorsitzenden vorgetragen worden ist, ein Angriff gegen die Partei. Ich darf aus dem Protokoll verlesen, was damals gerade zu dem Thema erklärt wurde, das Du aufgeworfen hast, zur Frage der Parteiführung. Staatsrat *Schäffer* hat erklärt:

> Ich bin gar nicht gekränkt und gar nicht beleidigt. Aber es handelt sich um eine rein politische Frage. Wenn Ihr mich als Vorsitzenden wählt, wenn Ihr wollt, daß ich den Bezirksverband Oberbayern vertrete, wollt Ihr dann, daß ich das unter dem Kommando, unter dem persönlichen Regiment des Herrn Dr. *Josef Müller* mache?
>
> (Zurufe: Nein, niemals!)
>
> Wenn Ihr das nicht wollt, dann müßt Ihr eine Entscheidung treffen.
>
> (Unruhe. - Zuruf: Zweierlei Sprache!)

Wir hören Worte, die einander außerordentlich widersprechen. Hier die Verlautbarung im Bezirksverband Oberbayern, die in der Öffentlichkeit bekannt wurde, hier eine Erklärung, die wiederum in der Öffentlichkeit bekannt wird. Was gilt nun? Und deswegen wollen wir in der Union eine Klarstellung im Sinne der Union erreichen.
Es geht bestimmt uns allen - das gebe ich ruhig zu -, Euch von Oberbayern wie uns hier, nicht darum, daß wir durch eine formale Entscheidung eine Spaltung vollziehen. Es ist eine Entscheidung, die ich, wenn sie leichtsinnig vorgenommen würde, vor meinem Gewissen nicht vertreten könnte. Ich weiß von Dir, daß Du Deine Entscheidungen gewissensmäßig immer durcharbeitest und durchdenkst. Du darfst auch uns bestimmt zutrauen, daß wir unser Gewissen in diesem Falle auch prüfen. Aber hier geht es auch um den Einsatz der Schlagkraft der Christlich-Sozialen Union nach außen. Die Schlagkraft darf dadurch nicht gefährdet werden, daß sich z.B. ein Bezirksverband außerhalb der Union stellt. Denn sonst kann das jeder Bezirksverband machen, und die Union ist eben gelähmt. Dann kann man auch keine Regierung mehr zusammenhalten, dann kann man auch keinen Kleistertopf für Politik verwenden. Das hätte keinen Sinn mehr. Dann muß man eben weitergestalten. Und das wollen wir gar nicht

im Kampfe machen, sondern wir wollen es in aller Ruhe durchdenken, um vor uns gegenseitig bestehen zu können.

(Sehr richtig!)

Ich habe erzählt, wie *Baumgartner* und ich unserem Temperament entsprechend auseinandergegangen sind. Ich möchte dafür sorgen, daß auch die ernsten Männer - und es handelt sich um sehr ernste Männer, die eine solche Entscheidung treffen - sie dann vor sich und ihrem Gewissen verantworten können.
Du hast ein Wort gesprochen, das mir von allem, was Du gesagt hast, am wenigsten gefallen hat. Es klang in der Formulierung bestimmt so. Du hast vom verbleibenden Rest der CSU gesprochen, der dann mit der Bayernpartei zusammenwirken könnte. *Hundhammer*, es ist unsere selbstverständliche Pflicht und Schuldigkeit, für die Union dafür zu sorgen, daß nicht etwa nur am Schluß ein verbleibender Rest als Christlich-Soziale Union da ist, sondern da werden wir dann dafür sorgen, daß das, was weggeht, ein Splitter bleibt und daß keine Spaltung vollzogen wird. Wenn ein Splitter dann zur Bayernpartei kommen sollte, dann mag die Entwicklung beweisen, wie die Entscheidung in der Zukunft fallen wird. Wir werden deswegen die Menschen von der Bayernpartei auch nicht als unsere Feinde ansehen.
Ich kann mich nicht mehr in den Begriff, der aus der alten Zeit genommen worden ist, von bürgerlich und nicht bürgerlich zurückdenken.

(Sehr richtig!)

Bei einer solchen Verarmung, wie sie heute für uns alle besteht, was besagt da noch der alte Begriff bürgerlich? Es ist mir das einmal vorgeworfen worden. Aber wenn wir nachdenken, so müssen wir sagen: Was einmal schönes, gutes Bürgertum war, gibt es doch heute nicht mehr. Wir möchten nur dafür sorgen, daß möglichst viele Menschen aus dieser verarmten Masse einmal wieder freie Bürger eines Volkes und eines Staates sein könnten.

(Sehr gut!)

Aber die alten bürgerlichen Parteibegriffe sind durch die Entwicklung der Not überholt.

(Dr. *Hundhammer*: Aber es gibt Parteien, die sich näher stehen, und es gibt die SED, die uns fern steht!)

Darüber ist kein Zweifel. Aber wir wissen auch, wie es heute in allen Parteien gärt und daß sich Umwandlungen vollziehen. Wir haben unsere internen Auseinandersetzungen, die SPD hat genauso ihre internen Auseinandersetzungen. Ich glaube nicht, daß ein Parteisystem, wie es entstanden ist, nun immer so hält, wie es im ersten Moment gewachsen ist.
Keiner von uns kann Prophet sein. Wir wollen nur für uns dafür sorgen, daß unsere Christlich-Soziale Union, wie ich auch da betone, eine Volksbewegung im guten Sinn des Wortes ist, getragen von den christlichen, sozialen und demokratischen Elementen. Dafür stehen wir und setzen wir uns restlos ein, ohne Kompromisselei nach der einen Seite und auch nicht nach der anderen Seite des gefühlsmäßigen Patriotentums. Denn der Kulturbegriff liegt höher als jeder andere Begriff, gerade von unserem Standpunkt der christlichen Kultur aus.
Es ist da vielleicht notwendig, damit wir auch da einig gehen und keine falschen Formulierungen vornehmen, um das Wort von den 1500 Jahren bayerischer Tradition zu

streifen: *Hundhammer*, in diesem Punkt unterscheiden wir uns, und das braucht für die Partei gar nicht schlecht zu sein. Ich habe Dir immer wieder gesagt, ich bin an und für sich, trotzdem ich etwas rundlicher geraten bin, mit einer gewissen Dynamik veranlagt, und ich möchte immer vorwärts gehen, und gerade das Christentum soll uns die geistige Erneuerung schaffen und uns für die Zukunft arbeiten helfen. Du bist wirklich auf diesem altbayerischen Boden gewachsen und stärker konservativ. Insoferne ist das vielleicht ein Unterschied zwischen Franken und Altbayern. Diesen Unterschied müssen wir auch für uns alle berücksichtigen. Der Franke ist etwas aufgeschlossener, rascher, liberaler, er geht rascher vorwärts. Der Altbayer ist konservativer. Zwischen beiden ist in der nachnapoleonischen Zeit eine wunderbare Bindung gelungen. Dieses Beispiel zeigt uns, wie rasch die Geschichte weiterschreitet. Denn dieses Franken, das mit Altbayern so zusammengewachsen ist, war vor rund 140 Jahren ein Geschenk Napoleons an Altbayern.

(Zuruf: Auch Schwaben!)

Mit Schwaben war es das gleiche. Und trotzdem sind wir alle zusammengewachsen und miteinander Bayern geworden.
Und deswegen möchte ich auch vorwärts gehen, weil ich auch da überzeugt bin, daß die zwei Kriege in einer Generation die Menschen vernünftiger gemacht haben. Ich möchte von Bayern aus mit Deutschland in eine europäische Föderation hineinwachsen.

(Dr. *Hundhammer*: Das wollen wir auch!)

Das gleiche wollt Ihr. Es kommt darauf an, daß Ihr vielleicht das Bayerische stärker beachtet in der Betonung. Hier ist ein Unterschied zu anderen Leuten, wenn z.B. *Baumgartner* in seiner Rede am letzten Sonntag von gleicher Selbständigkeit wie Österreich spricht, in der Betonung von Selbständigkeit, so daß Deutschland aufgelöst wäre, während wir geschlossen hineinkommen wollen.
Dazu kommt meine besondere Vorstellung, daß ich sage: Wenn ein Teil Norddeutschlands hinausgleitet, gleitet er nicht nur aus Deutschland hinaus. Deswegen möchte ich gerade von unserem festen Bayern aus den Rückhalt geben, daß die Menschen dort nicht ins Gleiten kommen. Das glaubte ich sagen zu müssen, damit wir uns verstehen, ganz gleichgültig wie die Entscheidungen fallen, damit wir als Freunde voreinander bestehen können.
Zu dem Statutenmäßigen brauche ich im Augenblick nicht Stellung zu nehmen. Hier sind gewisse Irrtümer unterlaufen. Denn gerade da widersprecht Ihr Euch etwas. Ihr habt von Oberbayern aus tatsächlich den Vorschlag gemacht, daß die Doppelmandate gestrichen werden.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Es wurde verlangt, daß die Abgeordneten in der Landesversammlung bleiben sollen, doch man hat mich ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Im Landesausschuß sollten keine sein.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Aber in der Landesversammlung sollten die Abgeordneten bleiben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das können wir morgen machen. Das brauchen wir heute nicht zu entscheiden. Da gibt es verschiedene Gesichtspunkte. Ein Gesichtspunkt ist vor allem der: Gerade wenn ich an die Dynamik der Partei denke, trete ich dafür ein. Ich will Landtagsabgeordnete in der Landesversammlung erhalten. Hier ist darauf zu achten, daß die Politik der Partei durch die Mandatsträger nicht gelähmt wird. Aber hier muß man genau überlegen, ich möchte fast sagen, hier muß man manchmal mit

dem Fingerspitzengefühl die Entwicklung der Zukunft ahnen. In dieser Frage werden wir uns nicht auseinanderreden, während wir in den grundsätzlichen Fragen vielleicht doch irgendeine Entscheidung treffen müssen, die dann die Klarheit schafft für die Politik der Union.
Ich darf aber fortfahren. Meine lieben Freunde! Es ist mittlerweile 23.30 Uhr geworden. Es sind noch neun Redner gemeldet. Alle Redner kommen nicht mehr zu Wort.

(Dr. *Hundhammer*: Heute nicht mehr!)

Ich möchte auch bitten, wenn nicht ein Antrag gestellt wird, daß jetzt keine Abstimmung vorgenommen wird, sondern daß wir morgen früh pünktlich beginnen und ohne Debatte morgen früh die Abstimmung vornehmen, so daß die Debatte heute restlos zu Ende geführt wird.
Ich darf die Wortmeldungen verlesen, damit vielleicht der eine oder andere dann auf das Wort verzichten kann. Als nächster Redner hat sich *Barth* gemeldet. *Barth* wird wahrscheinlich den Antrag Oberfranken begründen wollen. Das darf ich zurückstellen bis morgen, wo der Antrag Oberfranken zur Aussprache steht. Dann hat sich Parteifreund *Eichhorn* gemeldet. Parteifreund *Eichhorn* ist so in der Partei verwachsen, daß ich, weil er einer der Mitbegründer ist, unter allen Umständen möchte, daß er zu Worte kommt. Es ist nur die Frage, ob er jetzt oder später sprechen soll. Ich bitte, es vorzumerken. Die anderen Redner sind: *Josef Fischer*, *Butterhof*, *Hagn*, *Lallinger*, (?) und *Rinke*. Wird gewünscht, daß wir, nachdem es 23.30 Uhr geworden ist, heute schließen und morgen früh beginnen? Der Gottesdienst für die Katholiken im Dom ist um 8 Uhr, der evangelische Gottesdienst um 8.30 Uhr. Vor 9.30 Uhr können wir nicht anfangen. Darf ich vorschlagen 9.30 Uhr? Ich werde höchstens zehn Minuten warten und dann eröffnen. Ich bitte aber alle, sich zu bemühen, schon Punkt 9.30 Uhr hierzusein. Wenn wir baldigst beginnen, werden wir fertig werden.
Ich möchte mich bemühen, bis 14 Uhr zu Ende zu kommen. Mit aller Anstrengung, auch eventuell durch Kürzung der Redezeit, wenn Sie zustimmen. Denn der Großteil der Freunde muß am Nachmittag abreisen. Um 16 Uhr gehen die Züge. Ich habe morgen abend in Frankfurt in der CDU/CSU-Fraktion die entscheidende Sitzung für die Bestellung der Mandatsträger in Frankfurt, so daß ich mich bemühen muß, spätestens um 15 Uhr wegzukommen.
Wir beginnen also morgen, wenn es irgend möglich ist, um 9.30 Uhr spätestens um 9.40 Uhr. Ich danke. Gute Nacht!

Die Sitzung wird um 23.26 Uhr auf Sonntag, den 29. Februar vertagt.
Die Sitzung wird um 10.00 Uhr wiederaufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Debatte wird fortgesetzt. Bevor ich einem der hier gemeldeten Redner das Wort erteile, gebe ich das Wort Dr. *Anton Pfeiffer* zur Abgabe einer Erklärung.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Meine Damen und Herren! Die demokratische Meinungsbildung geschieht durch Rede und Gegenrede. Es ist daher keine Schande, wenn man sich am Schlusse einer Aussprache gescheiter vorkommt als am Anfange. Ich habe beim Überdenken der gestrigen Vorgänge und der gestrigen Debatte empfunden, daß durch einen Teil meiner Ausführungen eine Versteifung in der bereits gelockerten Lage eingetreten ist. Das tut mir sehr leid. Das war nicht meine Absicht. Das spreche ich hier in aller Offenheit aus. Sie werden verstehen, daß ich durch Einwirkungen, die von Ihnen wohl zum größten Teil mindestens erahnt, wenn nicht unmittelbar erfühlt

werden können, in meinen Ausführungen, die den Weg für weitere Verständigung verbreitern sollten, etwas abgedrängt worden bin in eine Richtung, die ich selber gar nicht wollte. Das stelle ich in aller Form fest.
Zu dem Komplex selber brauche ich nichts zu sagen. Eines tut mir ausgesprochenermaßen leid, daß sich unser Freund *Strauß* durch einen Teil meiner Ausführungen vielleicht persönlich angegriffen fühlen konnte. Das wollte ich nicht. Das habe ich gestern schon gesagt. Ich betone es heute noch einmal. Denn gerade auf seine weitere Arbeit setze auch ich große Hoffnungen im Interesse der gemeinsamen Sache der Union.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir setzen die Debatte fort. Meine lieben Freunde! Es sind, wie ich gestern am Schluß festgestellt habe, noch ungefähr, ich glaube, fast 13 Wortmeldungen da.

(Schluß der Rednerliste!)

Ich würde vorschlagen, daß ich diese ganzen Wortmeldungen weglegen darf,

(Widerspruch.)

daß wir mit Wortmeldungen neu beginnen.

(Weiterer Widerspruch.)

Dann werden Sie alle 13 zu Wort kommen lassen müssen, und wenn es so weitergeht wie gestern, werden wir am Schlusse debattiert und keine Entschließung gefaßt haben.

(Sehr richtig!)

Infolgedessen muß ich vorschlagen zu kürzen. Die Wortmeldungen sind gestern unter dem Eindruck der gestrigen Debatte vorgenommen worden. Ich wäre der Auffassung, daß wir heute neu beginnen. Erhebt sich ein Widerspruch dagegen? Es kann sich jeder neu melden, und wir können uns darüber unterhalten.
Erhebt sich ein Widerspruch gegen die Wortmeldungen? Es sind gemeldet: *Butterhof*, *Hagn*, *Lallinger*, *Fischer*

(Zuruf: Soll sprechen!)

*Gamperl*, *Rinke*, *Eichhorn*, *Lang*,

(Dr. *Horlacher*: Der *Eichhorn* soll sprechen!)

*Georg Schmid*, *Barth*. Ich würde vorschlagen, wir konzentrieren uns darauf, daß äußerstenfalls noch fünf Redner zur Debatte sprechen. Dann ist wirklich reichlich Gelegenheit zur Aussprache gewesen. Dann kann sich niemand darüber beklagen, daß nicht gründlich gesprochen worden wäre.
Da Dr. *Eichhorn* einer der Mitbegründer der Union war und bei ihrem Aufbau sehr viel geleistet hat für die Zusammenarbeit der evangelischen mit den katholischen Freunden, halte ich es für eine Selbstverständlichkeit, ihm als einem unserer Senioren, wenn ich so sagen darf, das Wort zu erteilen. Ich würde ferner vorschlagen, daß unser Freund *Hagn*, der seine Oppositionsreden gegen mich immer sehr temperamentvoll hinlegt, auch die Gelegenheit bekommt, seinerseits eine gute, aber kräftige und sehr kurze Oppositionsrede zu halten. Einverstanden, *Hagn*?

(*Hagn*: Jawohl!)

Dr. *Gamperl*: Zur Geschäftsordnung! Ich finde es nicht in Ordnung, daß der Landesvorsitzende auswählt, wer spricht und nicht spricht.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bitte, aber dann werden wir endlos sprechen. Ich wollte gerade vorschlagen, daß, da gestern von der Oberpfalz noch niemand gesprochen hat, ein Redner von der Oberpfalz spricht. Denn eine Reihe von Rednern wiederholen sich.

(Zuruf: Es soll von jedem Bezirksverband einer sprechen!)

Damit kannst Du auch einverstanden sein, *Gamperl*. Es wird *Eichhorn* sprechen und dann von jedem Bezirksverband einer, wobei ich bitte, mir jeweils die Namen zu nennen. Aber damit sind die Wortmeldungen von gestern erledigt. Erhebt sich ein Widerspruch?

(Zurufe: Nein!)

Dann sind die Wortmeldungen von gestern erledigt.

(Zuruf: Eine Frau und ein Vertreter der Flüchtlinge soll sprechen!)

Es werden also sprechen die Redner von den Bezirksverbänden, *Eichhorn* von den evangelischen Freunden, ein Vertreter der Flüchtlinge und eine Frau.

(Dr. *Horlacher*: Kurze Erklärungen!)

Ich bitte, jeweils kurze Erklärungen abzugeben und keine langen Redensarten.
*Lang*: Zur Geschäftsordnung! Ganz kurz! Ich finde diese Methode nicht ganz in Ordnung. Da hätte man gestern Mittag um 16 Uhr schon die Redezeit begrenzen können. Wir haben bis 24 Uhr die eine Meinung gehört. Jetzt wollen wir die Gegenmeinung hören. Wir wollen zu einer Entscheidung kommen, und ich bitte, daß die Wortmeldungen in der eingereichten Reihenfolge berücksichtigt werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann werden Sie heute nachmittag um 15 Uhr mit der Debatte aufhören. Es müssen Beschlüsse gefaßt werden, da hilft alles nichts. Reden haben wir gestern von jeder Seite gehört.

(Zuruf: Beschränkung der Redezeit!)

Bevor wir lange herumdebattieren, möchte ich feststellen: Es ist vorhin beschlossen worden, daß die Wortmeldungen von gestern erledigt sind. Es ist so gemacht worden, daß für heute neue Wortmeldungen vorzunehmen sind. Es melden sich infolgedessen die einzelnen Redner der Bezirksverbände. Ich bitte, auf den Zettel jeweils zu schreiben, um welchen Bezirksverband es sich handelt. Anschließend meldet sich eine Frau und ein Flüchtlingsvertreter sowie ein Vertreter der Arbeitnehmerunion. Einverstanden?

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ein Vertreter der Jungen Union!)

Staatssekretär *Lacherbauer*: Soll zu einem Antrag gesprochen werden? Man weiß überhaupt nichts.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, die Anträge so einzureichen, daß mit dem ersten Redner die Anträge verlesen werden können.
Staatssekretär *Lacherbauer*: Wir wissen nicht, wozu gesprochen werden soll.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird in Fortsetzung der Debatte von gestern gesprochen. *Lacherbauer*, redest Du für den Bezirksverband München? Wir haben gerade vereinbart, daß von jedem Bezirksverband einer spricht, vorher spricht *Eichhorn*. Darf ich *Eichhorn* das Wort erteilen?
Dr. *Eichhorn*: Staatsrat *Schäffer* hat gestern bei der Erwähnung der Konfessionen ein Toleranzbekenntnis abgelegt. Ich habe keinerlei Veranlassung, an seiner Toleranz zu

zweifeln, wenn auch allerdings der Begriff Toleranz aus einer Zeit stammt, der wir ferne stehen und der falsche Toleranz meint. Aber Staatsrat *Schäffer* ist weithin nicht bloß bei den Evangelischen der Vertreter der Bayerischen Volkspartei, natürlich nicht der Bayerischen Volkspartei so wie sie war, aber doch weithin der Traditionen, die wir Evangelischen und mit uns ein großer Teil der sonstigen zur Union gestoßenen und noch anderer Leute, die die Union als neue Partei wünschen und wollen, nicht vertreten. Er ist ein Gegner dieses Kreises im sachlichen Sinne, zugegeben. Aber wir empfinden ihn nun als zu einem Flügel gestoßen, der für uns peripherisch, wenn ich mich so ausdrücken darf, sehr schwer tragbar ist.

Das drückt sich nun im kleinen, harmlosen Sinn in einer Satzungsänderung aus, die ich als Lappalie erklären könnte, wenn sie nicht einen tiefen Hintergrund hätte. Verstehen Sie einmal, wenn ich ein wirkliches Wort zum Protestantismus spreche. Wir können die Politik des Kultusministeriums weithin nicht akzeptieren. Ich erwähne nur die beiden neuen Universitäten. Das genügt wohl. Dazu stößt nun der aktive, der gute Politiker *Schäffer*, und seine erste Tat ist ein Antrag, der ja doch wohl von ihm ausgeht, wenn auch die Luft vorbereitet war, ein Antrag, in dem etwas geschieht, was für die Union und für die weite Außenwelt eine absolute Unmöglichkeit ist. Das hat nun mit Protestantismus und mit Demokratie alten Stils nichts zu tun, sondern es ist eine Tatsache und ich sehe schon, daß sich auf diesem Gebiet gestern eine gewisse tätige Reue gezeigt hat. Denn die Anträge von damals und die gestrige Rede und das, was heute Herr Dr. *Pfeiffer* vor Ihnen erklärt hat, sind ein Einschwenken. Ich würde dieses Einschwenken ungeheuer begrüßen,

(Bravo!)

wenn es dauerhaft wäre, aber nur dann.

(Dr. *Horlacher*: Das ist die Gefahr!)

Ich habe mitgearbeitet in der Zeit, meine Damen und Herren, wo man im ganz kleinen Kreis, der die Münchner Union getragen hat, nicht wußte, wo man tagen soll. Einmal tagte man in der Trogerstraße, dann tagte man in der Gedonstraße, dann ging das nicht mehr, dann tagte man in meinem Arbeitsbüro als neutralem Platz. Später zog man um zum Rechtsanwalt *Schefbeck*. So war die Union aufgezogen, und damals war schon der Gegensatz *Schäffer-Müller* vorhanden. Inzwischen hat sich alles mögliche andere ereignet. Diese Konstellation aber ist geblieben. In der Union hat es noch keine vier ruhigen Wochen gegeben. Immer ging es aus von persönlichen Dingen, die allerdings einen prinzipiellen sachlichen Hintergrund hatten. Es war nie ein reiner Personenstreit. Das will ich gerne zugeben. Aber es war dauernd Streit. Sachliche Arbeit wurde nur in einem Bruchteil der Zeit geleistet, meist im letzten Augenblick noch ein bißchen.

So geht es wirklich nicht. Darum muß ich leider sagen: Eine neue Verkleisterung dieser Sache geht nicht mehr.

(Sehr richtig!)

Die eine Möglichkeit wäre: Es wird mit gutem Willen und auf lange Dauer Schluß gemacht mit dem Streit, und es bleiben nur sachliche Auseinandersetzungen, die aber kurz und unpersönlich sein müssen. Denken Sie doch einmal: Wir heißen christlich. Weithin in unseren Kreisen beider Konfessionen und bei allen sonst klar denkenden Menschen glaubt es niemand mehr.

(Richtig!)

Wir heißen sozial. Was tun wir denn Soziales?

(Zuruf: Nichts, das ist der Grund!)

Wir lassen uns Gesetze vorschreiben oder machen sie selber, deren Vollziehbarkeit für das Volk Null ist, ohne daß wir nun

(Widerspruch. - Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!)

... So versteht das Volk unser ganzes Tun einschließlich Regierung als unsozial.
Denn der Mann aus dem Volk kann nicht verstehen, daß immer wieder etwas kommt und keinerlei Erfolg erreicht wird.
So stehen wir vor einer ganz großen Krisis, vor einer ganz großen; und das darf nicht sein. Ich bitte Sie wirklich herzlich als der Älteste dieses Kreises, und ich bitte nach jeder Richtung sagen zu dürfen: Schließen wir einmal einen endgültigen Frieden, einen ganz echten Frieden, ohne persönlichen Ehrgeiz, ohne allzu starke Betonung der Grenzen, die noch bleiben werden, die auch sein müssen in einer Partei und Arbeit, so daß es sichtbar wird für unsere Wähler und für unser Volk. Wir wollen doch nicht - es ist ja gestern schon halb zurückgenommen worden - erklären, daß irgendein Verständnis unter unseren Wählern für Paragraphen der Satzungen besteht, daß deswegen die Gefahr einer Differenz zwischen den Wählern und der Parteiorganisation vorhanden ist. Unseren Wählern ist das ganz gleichgültig,

(Sehr richtig!)

ob von dem Bezirksverband soundso ein, zwei oder drei Vertreter kommen; das interessiert da und dort nur einen einzelnen Politiker. Für viele von uns ist dahinter doch die Tendenz zu fürchten, daß auf dieser Basis ein weiterer Vorstoß erfolgt, der uns in neue große Schwierigkeiten personeller und sachlicher Art bringt.
Ich bitte Sie wirklich recht herzlich: Arbeiten Sie von Anfang an mit! Geben Sie doch diese unsachlichen und zerstörenden Dinge auf, die verflucht nach dem Verfall der Bürgerlichkeit aussehen! Bürgerlichkeit nicht in dem eigentlichen Sinn; denn wir wollen nicht eine Bürgerpartei sein. Aber de facto zeigen wir das Bild eines beginnenden Zerfalls. So kann man nicht regieren und so kann man nicht Parteipolitik machen, eine Christliche-Soziale Union kann es am allerwenigsten.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf Freund *Eichhorn* sagen, ich schätze gerade seine Stellungnahme und seine Erklärungen. Um eines bitte ich hier in der Debatte. Ich darf es ruhig sagen. Sie werden es gestern alle gefühlt haben - ich glaube, ich kann von uns allen reden. Wir wollen uns bemühen, die Regierung aus der Diskussion heraus zu lassen, und ich würde bitten, auch daran festzuhalten. Wir entscheiden hier einen internen Vorgang innerhalb der Partei. Wir werden vielleicht, wenn es gewünscht wird, in einer weiteren Landesausschußsitzung uns mit den Problemen befassen, die aufgezeigt worden sind, die also die praktische Arbeit der Union, vor allem ihrer Regierung, betreffen; denn ich möchte dafür sorgen, daß wir jetzt alles in möglichst weitem Rahmen immer besprechen. Aber lassen wir hier diese Themen außerhalb der Diskussion, und erschweren wir uns die Behandlung der an und für sich schon schweren Probleme nicht weiter!
Ich darf dann vielleicht als Kavalier einer der Damen das Wort erteilen. Haben sich die Frauen darüber geeinigt, wer reden soll?

(Dr. *Hundhammer*: Frau *Zehner* war doch gestern schon gemeldet!)

Nach der Wortmeldung allein gilt es nicht; die Damen müssen sich einigen. - Die Damen schlagen vor, daß zwei Frauen sprechen. Darf ich von dem Grundsatz abweichen; wir sind Kavaliere. Aber ich würde bitten, daß uns das Sprechen von zwei Damen durch die Kürze erleichtert wird. Ich darf dann vielleicht zuerst Frau *Zita Zehner* das Wort geben.

Darf ich Ihnen allen einen Vorschlag machen, damit wir wirklich bis um 11 Uhr zu einer Entscheidung kommen. Wenn ein Redner länger als vier Minuten spricht, werde ich ihm das Zeichen geben, daß ich mich erhebe. Spricht er länger, werde ich ihn nach fünf Minuten unterbrechen. Einverstanden? -

Frau *Zehner*: Ich sehe und fühle mich verpflichtet, als katholische Frau und Bayerin hier in diesem Saale das Wort zu ergreifen. Ich bin kein Neuling im politischen Leben und auch im Leben innerhalb der katholischen Organisationen; denn vor dem Jahre 1933 habe ich einen ganz großen Kampf gekämpft gegen alle liberalen Organisationen, die sich gegen alles gewandt haben, womit wir als christliche Frauen einverstanden waren. Ich habe mich draußen auch stets gegen den Nationalsozialismus gewendet und auch hier die Konsequenzen getragen; denn ich habe im Jahre 1933 meine Existenz deshalb verlieren müssen und bin auch hinter Schloß und Riegel gesessen.

Ich will für meine Worte, die ich hier ausspreche, keinen Beifall haben und will nur ganz nüchtern aus tiefbewegtem Herzen heraus das sagen, was ich als katholische Frau zu Ihnen sagen muß. Als ehemalige katholische Bauerstochter hänge ich an dem, was mir meine fromme Mutter mit auf den Weg gegeben hat; und ich sehe hier in diesem Kreise diese Grundlagen gefährdet.

(Zurufe: Oho!)

Ich sehe, wenn wir so uneinig, wie wir heute und gestern sind, auseinandergehen, einen Bruderkampf vor mir, der unverantwortlich ist. Denn hinter uns steht die gähnende Not, die Not, die die Frauen zum allergrößten Teil mitempfinden müssen: Verlust des Mannes, Verlust des Sohnes, hungernde und frierende Kinder und die Frauen, die täglich in ihren Familien nicht wissen, was sie ihrem Gatten mit auf den Weg geben sollen! Eine Not, die für uns untragbar ist, steht hinter uns. Wir haben es schon einmal erlebt, daß ein Mann mit seinem Anhang uns in ein ganz furchtbares Elend geführt hat. Meine lieben Männer, hören Sie deshalb heute auf die versöhnende Stimme einer Frau!

Eine Frage muß ich stellen: Mit welchem Vorsatz kamen wir eigentlich hierher? Um diesen Kampf zu führen, der uns trennt, oder um uns wieder zusammenzufinden? Ich hätte gewünscht, daß manche harten Worte, die gestern gefallen sind, nicht ausgesprochen wären,

(Sehr gut!)

denn wir dürfen uns nicht trennen.

Um was handelt es sich eigentlich, um was gekämpft wurde? Um ein Recht, das hergestellt werden soll, um eine Gleichberechtigung, wie es eigentlich in der Verfassung festgelegt ist! Darum, daß eben die Stimmen auf die Wähler verteilt werden sollen, die wir haben. Ich meine, wenn der gute Wille auf allen Seiten da wäre, müßte man sich doch gegenseitig entgegenkommen.

Liebe jungen Freunde, zu Ihnen möchte ich auch ein Wort sprechen. Werden wir im politischen Leben nicht zu leidenschaftlich! Denn Sie dürfen sicher sein, daß man dann nicht mehr das Rechte sieht und auch nicht mehr klar und gerecht urteilen kann. Der Beifall, der gestern da und dort gegeben wurde, hat mich als Frau innerlich auf

das tiefste erschüttert. Wir Frauen wollen die Männer einig sehen. Glauben Sie mir folgendes: Ich habe mich als katholische Frau neben einem Betrieb mit 18 Angestellten im Jahre 1945 dem öffentlichen Leben zur Verfügung gestellt. Und warum? Erstens, um die Not mit lindern zu helfen, das war mein Grundzug. Und zweitens, um die zwölf Jahre gottloser Erziehung, die wir hinter uns haben, wieder mit überbrücken zu helfen. Und was sagen heute nach zweieinhalb Jahren Tätigkeit der Union die Frauen, die Verantwortung auf sich genommen haben? Man kann nicht mehr mittun; der stete Streit lähmt unsere Kraft.

(Sehr richtig!)

Und verzeihen Sie mir auch das harte Wort, wenn es vielleicht da und dort hart aufgefaßt würde: das ist ja überhaupt keine christliche Partei mehr! Und die Frauen überlegen sich, ob sie überhaupt noch einmal wählen sollen. Meine lieben Männer, überlegen Sie sich: 60% der Stimmen liegen in den Händen der Frauen!
Übersehen wir gemeinsam die Stunde der Gefahr nicht! Ich bitte Sie herzlich und innig: Finden wir uns auf einer Basis, wo wir uns einigen können! Einmal hatten wir es in der Hand, eine große christliche Partei zu sein. Machen wir uns auch draußen des Vertrauens würdig, das uns das christliche Bayernland entgegengebracht hat!

(Bravo-Rrufe und Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Frau *Meyer-Spreckels* hat das Wort.
Frau Dr. *Meyer-Spreckels*: Liebe Freunde! Meine Herren und meine Damen! Ich werde nichts wiederholen, was schon gesagt worden ist, von dem ich einen Teil selbstverständlich unterschreibe. Ich möchte mich ganz kurz fassen. Wenn ich hier stehe, so spreche ich im Namen der Frauen der Union insofern, als ich die zweite Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen und außerdem als einzige Frau im Geschäftsführenden Landesvorstand bin. Ich bitte Sie, meine Herren, um Ihre offenen Ohren und um Ihre aufnahmebereiten Herzen! Das ist mir die Hauptsache.
Wir Frauen der Union erwarten uns trotz der Schwere, die aus einigen Meinungsverschiedenheiten in diesen Verhandlungen liegt, ja gerade wegen der Schwere der daraus erwachsenden Konsequenzen äußerste Selbstbeherrschung. Wir erwarten, daß die Würde der Form der Lauterkeit der Motive entspricht. Wir dürfen doch nicht, wie das anderswo in der Politik der Fall ist, der Tummelplatz dämonischer Verzerrungen, von Ehrgeiz und von Machtinitiative überlagerter Minderwertigkeitskomplexe werden! Nicht wir, nicht die Christlich-Soziale Union! Wir dürfen auch kein Sprungbrett sein für persönliche Vorteile. Wir möchten - und das erwarten wir Frauen der Union -, daß um der Sache willen gekämpft wird, nicht um der Personen willen.
Wir wissen, daß die Zugehörigkeit zur Christlich-Sozialen Union nicht eine Parteibuchangelegenheit oder ein Unterschreiben von gewissen Grundsätzen, nur das Unterschreiben ist, sondern wir wissen, daß es eine Verantwortung und ein Bekenntnis ist. Dieses Bekenntnis liegt in dem Namen, den die Männer und Frauen, die die Christlich-Soziale Union begründet haben, gewagt haben, uns zu geben, nämlich Christlich-*Soziale* Union. Denken Sie daran: Was heißt dies *Sozial*? Ich sehe ein Symbol, und ich möchte es dauernd vor uns, vor unser aller geistiges Auge hingestellt wissen: Das Symbol des Sozialen, das Antlitz unseres notleidenden Volkes mit hervorstehenden Backenknochen, mit eingefallenen Wangen, mit hohlen Augen der Leere, der Verzweiflung, in denen die Irre liegt. Wir dürfen dieses Gesicht nicht wieder finsterer machen - und das tun wir, wenn wir nicht richtig arbeiten -, sondern wir müssen es aufhellen; sonst wird es einstmals über uns richten.

Das zweite Symbol, das wir über uns gestellt haben, ist das größte Wagnis; es ist das Wagnis, daß wir das christliche Kreuz über uns gestellt haben. Und dieses Namens müssen wir würdig sein! Wir Frauen erwarten, daß in den Erörterungen absolute Sachlichkeit zur Auswirkung kommt. Ob ich nun in der einen Frage einen föderativen Organismus im eigenen und entsprechend dann auch im weiteren Bereich von Staat und Kreis, der nach Individualitäten, nach gewachsenen Einheiten mißt, oder ob ich eine weitgehend dezentralisierte, aber doch Einheitsorganisation anstrebe - denn ich mache den Unterschied zwischen Organ, Organismus und Organisation -, die dann nur nach Zahlen zählt, das ist eine politische Überzeugungsfrage, sollte aber kein Nützlichkeitsprinzip und keine Machtfrage sein.

(Sehr richtig!)

Ganz entsprechend ist es mit der zweiten Frage, die für uns zur Debatte steht, nämlich der Frage der Einzelverantwortlichkeit. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Einzelverantwortlichkeit eine demokratische Angelegenheit ist, weil sie die Verantwortung, die eigentlich oben in der Demokratie steht, voll zur Auswirkung kommen läßt. Geteilte Verantwortung halte ich nicht mehr für Verantwortung. Sehen Sie, wenn ich ein Ganzes teile, weiß ich nicht, ob sich so ein Teil wieder eidechsen- oder salamanderartig zu einem Ganzen auswachsen kann; sondern wir haben Teile, die dann nicht mehr eigentlich Verantwortung sind.

So möchte ich nur schließen mit den Worten: Wir Frauen der Union und die Frauen aus dem Lande, wir erwarten von jedem, die wir hier sind, daß wir über uns und in uns und durch uns verwirklicht sehen und immer vor Augen haben diese zwei Symbole, das leidende Angesicht unseres Volkes - messen Sie bitte einen Teil der Worte, die hier gesprochen worden sind, an der Not die draußen ist! - und das christliche Kreuz, das wir nicht zur Blasphemie degradieren dürfen und dessen wir uns würdig zeigen müssen. Freunde, wir wollen beweisen, daß wir der Symbole, die in unserem Namen liegen, würdig sind!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich als nächstes die Arbeitnehmergruppe vorschlagen. Wer spricht für die Arbeitnehmergruppe? - *Heinrich Krehle*!

Staatsminister *Krehle*: Meine lieben Freunde! Ich habe gestern den Antrag gestellt, daß diese Dinge nicht öffentlich erörtert werden sollen. Es ist in der Zwischenzeit geschehen. Es ist da und dort etwas mit Schärfe vorgetragen worden; aber im großen und ganzen konnten wir doch beobachten, daß auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden ist, die Einheit der Union wiederherzustellen. Ich möchte Sie alle bitten, die von allen Seiten dargereichten Hände zu erfassen, um die Einheit unserer Partei zu retten.

(Bravo-Rufe.)

Vergessen Sie dabei nicht, in welche Situation Sie die christliche Arbeitnehmerschaft bringen würden, wenn wir auseinanderfielen! Ich glaube eine Berechtigung zu haben, für die gesamte christliche Arbeitnehmerschaft zu sprechen. Wir müßten uns in diesem Falle überlegen, was wir in Zukunft würden tun können. Übersehen Sie nicht die gewerkschaftliche Situation, in der wir uns befinden! Wir müssen, wenn wir Durchschlagskraft haben wollen, wenn wir unseren Einfluß auch in der Gewerkschaftsbewegung sichern wollen und aus der Gewerkschaftsbewegung eine wirklich neutrale Be-

wegung machen wollen, wenigstens auf der politischen, auf der weltanschaulichen Ebene einig sein.

(Sehr gut!)

Darum bitte ich Sie, geben Sie dem Bezirksverband Oberbayern eine Chance! Es hat niemand schärfer wie gerade ich den Schritt von Oberbayern verurteilt. Ich habe das auch bezüglich der Art, wie es gemacht worden ist, unserem Parteifreund *Fritz Schäffer* gegenüber ganz deutlich zum Ausdruck gebracht. Aber es ist an den ganzen Dingen etwas dran. Ich glaube, wenn Sie die Möglichkeit schaffen, daß vielleicht auf dem Boden des Vorschlags, den der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] in Marktredwitz gemacht hat, ein Gespräch zustande kommt, daß dann einer späteren Landesausschußsitzung oder Landesversammlung ein entsprechender Vermittlungsvorschlag gemacht wird, so geben Sie Oberbayern damit die Möglichkeit, leichter auf den Boden der satzungsgemäßen Situation zurückzukehren. Und ich bin davon überzeugt, daß auch dort der Wille dazu vorhanden ist.

Ich glaube nicht, daß ich in den Verdacht komme, trennen zu wollen. Ich bin weder ein *Müller*-Anhänger noch ein *Schäffer*-Anhänger, sondern ich bin immer den normalen, vernünftigen Weg gegangen und hoffe, ihn auch in Zukunft gehen zu können. Aber über eines müssen wir uns für die Zukunft klar sein: Wir dürfen nicht nur immer vom Sozialen reden, sondern es ist Zeit, daß die Forderungen unserer christlichen Sozialpolitiker nun endlich in die Tat umgesetzt werden.

(Beifall.)

Wenn es uns nicht gelingt, auf diesem Gebiet das Unsere zu tun, dann wird die Geschichte über uns hinweggehen.

Meine lieben Freunde, ich zweifle - das sage ich Ihnen ganz offen -, trotzdem unser Freund *Baumgartner* auf einer anderen politischen Ebene steht, nicht an seinem guten sozialen Willen; aber ich habe doch das Gefühl, daß neben bestimmten Ressentiments die Abwanderung in die Bayernpartei auch durch gewisse soziale Aspekte bestimmt ist.

(Sehr richtig!)

Wie wollen wir denn die Flüchtlingsfrage lösen, die uns auf den Fingernägeln brennt,

(Sehr richtig!)

wenn wir in dieser Form Politik machen wollen, das heißt mit anderen Worten, wenn wir nur für die alteingesessenen Bürger Politik machen und die Neubürger links liegen lassen wollen? Die Lösung der Flüchtlingsfrage ist für uns als Arbeitnehmer erstens eine Frage unserer Schicht, denn der Großteil der Flüchtlinge, die zu uns gekommen sind, werden ihr Brot mit ihrer Hände Arbeit verdienen müssen. Auf der anderen Seite sehen wir als Arbeitnehmer die Gefahr, daß wenn die Eingliederung der Flüchtlinge in unser Volk nicht gelingt, hier ein fünfter Stand aufsteigt, der dieser deutschen Arbeiterschaft eine gewisse Konkurrenz machen will und machen wird, weil er um jeden Preis wird arbeiten müssen, um sein Brot zu verdienen und seine Familien zu ernähren.

Also, meine lieben Freunde, überbrücken wir diese Kluft, die zwischen uns bestanden hat! Ich glaube, die Auffassungen gehen gar nicht so weit auseinander. Ermöglichen Sie dem Bezirksverband Oberbayern seine Rückkehr auf den satzungsgemäßen Boden! Und ich möchte bitten, daß wir uns heute auf einer Linie einigen, die es auch un-

serem Parteifreund *Schäffer* ermöglicht, hier vor der Landesausschußsitzung eine Erklärung abzugeben, daß Oberbayern zu uns zurückgefunden hat.

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Für die Handwerker spricht *Schmid Karl*. Aber kurz!
*Schmid Karl*: Meine lieben Parteifreunde, ich möchte für die Gruppe des Handwerks zu dieser Frage auch einige Worte sagen. Wir sind die Gruppe, die mit allen Ständen des Volkes zusammenarbeitet, und wir sind immer der ausgleichende und der zusammenführende Teil, weil wir nun einmal, so wie jetzt unsere Situation ist, alle zusammengehören und einer auf den anderen angewiesen ist. Meine lieben Parteifreunde, nach dieser Nacht der gestrigen Aussprache und nach dem, was wir heute gehört haben, ist doch, wie ich es gestern in kurzen Worten gesagt habe, die einzige, die dringendste und die fruchtbarste[4] Aufgabe, jetzt die Einigung zustandezubringen; und sie ist möglich.
Ich habe in der Weltgeschichte viel herumgelesen, aber ich habe noch nie ein Kapitel gefunden, wo man durch Zerfall, durch Uneinigkeit irgend etwas Gutes hätte schaffen können, sondern nur durch Einigkeit und Zusammenhalten

(Sehr richtig!)

sind die Gegensätze immer überwunden worden. So möchte ich auch die Worte unterstreichen, die eben Kollege *Krehle* an Sie gerichtet hat, daß eine Brücke gebaut werden, daß die Trennung vermieden werden muß, daß Oberbayern wieder zu uns zurückkehren kann. Wir haben in München uns ja die Aufgabe gestellt, die Brücke zwischen den beiden Teilen zu bilden; wir wollen sie sein und wir wollen vermitteln. Drum möchte ich Sie dringend bitten, daß wir jetzt das eine Ziel vor Augen haben: Wir müssen uns einigen. Denn wenn wir das nicht tun, dann ist nicht auszudenken, was hinter dieser Trennung stehen wird. Denken wir bloß daran: Kann man heute nicht sagen, in Europa rauchen schon die Flammenzeichen! Und was wollen wir da tun? Auseinanderfallen, statt zusammenzustehen wie ein Felsklotz und uns den Dingen entgegenstellen! Das ist doch unsere Aufgabe.
Also, meine lieben Parteifreunde, wollen wir vor dieser Aufgabe die Frage so lösen! Die Brücke muß gebaut werden. Einig müssen wir sein; sonst würden wir vor der Geschichte wahrhaftig eine ungeheure Schuld auf uns laden!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Für die Flüchtlinge spricht Parteifreund *Rinke*.
*Rinke*: Liebe Freunde, wir Flüchtlinge hatten eigentlich nicht die Absicht, uns in den Streit unserer Adoptiveltern, wie ich die Einheimischen bezeichnen möchte, einzumengen. Sie werden dafür Verständnis haben. Aber allmählich platzt uns auch der Papierkragen! Wir möchten zu den Dingen schon einmal Stellung nehmen.
Freund *Strauß* hat gestern mit Recht erwähnt, daß die Junge Union endlich Schluß mit der Behandlung von Bagatellen machen will und daß sie wünscht, daß man endlich dazu übergeht, praktische Arbeit zu leisten. Diese Ansicht deckt sich hundertprozentig mit der der Ausgewiesenen. Was wir bisher an Landesausschußsitzungen und sonstigen Sitzungen der Union zu hören bekamen, das waren kleine und kleinste Angelegenheiten; das war ein Streit um Satzungen, manchmal nur um Paragraphen und

[4] In der Vorlage: "furchtbarste".

Teile von Paragraphen; das war ein Streit um Prinzipien, die gar keine Prinzipien waren, sondern Selbstverständlichkeiten. Aber um die Lebensfragen des bayerischen und deutschen Volkes, vor allem um die Lebensfrage und das Zentralproblem der heutigen Zeit, um die Flüchtlingsfrage, hat man sich herumgedrückt. Darüber müssen wir uns klar sein. Wie oft haben Freund *Schütz* und ich und andere uns zu Wort gemeldet. Wir sind nicht zu Wort gekommen; und wenn wir zu Wort gekommen sind, sind wir zum Schluß zu Wort gekommen, in den letzten zwei bis drei Minuten, als der Saal halb gefüllt war. So geht es nicht.
Sehr verehrter Herr Staatsrat *Schäffer*, ich kenne ihre geistigen Fähigkeiten, und Sie wissen, daß ich Sie schätze. Aber wenn Sie gestern die Bayernpartei, dieses lächerliche Gebilde, als Sturmflut bezeichnet haben, so ist das in unseren Augen eine Regenwelle, die nichts bringt. Eine Sturmflut ist die drohende Gefahr einer eigenen Flüchtlingspartei, Herr Staatsrat *Schäffer*; diese Flut kann noch über Sie kommen, die müssen Sie beachten! Wir müssen hier als Freunde unter Freunden prophylaktische Maßnahmen beraten, um diese Sturmflut einzudämmen. Wir haben jetzt noch nicht den ersten Ziegelstein gefunden, um diesen Damm zu bauen. Wir müssen endlich daran gehen, diese Sturmflut, die stärkste Sturmflut, die Bayern und dem bayerischen Volke droht, endlich einzudämmen. Und, Herr Staatsrat *Schäffer*, Ihre Forderungen - sie mögen noch so berechtigt sein, in der Form lehnen wir sie ab - sind klein und häßlich gegenüber den größten Lebensfragen, die eigentlich zu beantworten wären.

(Sehr richtig!)

Liebe Freunde, wir nennen uns eine christliche und eine soziale Partei; das Spitzenproblem auf dem sozialen Gebiet ist doch das Flüchtlingsproblem. Gehen wir endlich an diese Aufgabe heran! Man sagte bereits, wir sind in einem Kreis von Freunden. Ich stelle keine Forderungen, ich stelle keine Anträge; nur die einzige Forderung stelle ich, daß wir uns endlich einmal im Kreis von Freunden unser Herz ausschütten können. Mehr wollen wir zunächst gar nicht. Wir wollen uns mit Euch beraten, wie wir nun zusammen die nötigen Maßnahmen schaffen; mehr wollen wir nicht. Mit Ihnen zusammen, nicht wir allein! Wir haben unsere Heimat verloren; wir haben eine politische Heimat in der Union gefunden. Nehmen Sie uns nicht auch noch diese Heimat!

(Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, es muß ein Weg gefunden werden. Denken Sie immer an die große Not der Ärmsten der Armen! Man ist noch nicht an diese Not herangetreten. Dann wird Oberbayern - davon bin ich fest überzeugt - von allein seine Forderungen zurückschrauben und sie in eine Form bringen, wie es sich im parlamentarischen Leben gehört. Ich stelle, wie gesagt, keine Forderung, ich stelle keinen Antrag; aber ich habe aber eine herzliche Bitte an Sie, Herr Staatsrat *Schäffer*, und an Oberbayern: Denken Sie an uns, und ich bin überzeugt, Sie werden Ihre Anträge in eine Form bringen, in der auch wir sie annehmen können!

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Für die Junge Union spricht *Butterhof*.
*Butterhof*: Meine Damen und Herren, Sie werden sich vielleicht gewundert haben, daß mit wenigen Ausnahmen kein Vertreter der Jungen Union hier das Wort ergriffen hat. Wir haben uns den Streit angehört, und wir haben daraus die Konsequenzen gezogen.

Der Herr Staatsminister *Pfeiffer*, der heute in dankenswerter Weise seine Stellungnahme gegenüber unserem Freund *Strauß* klargestellt hat, die wir sonst als eine weitere schwere Belastung hätten empfinden müssen, hat an die Adresse der Jungen Union in Nürnberg die Frage gerichtet, wo wir denn 1945 gewesen seien, als es gegolten habe, unter schwierigen Verhältnissen die junge Demokratie aufzubauen. In Nürnberg hat man darüber gesprochen, und hier muß ich eine Antwort darauf geben: Wir waren hinter den Stacheldrähten in den Kriegsgefangenenlagern eines Krieges, an dem wir jedenfalls nicht schuld waren.

(Bravo!)

Wir sind hinter diesen Stacheldrähten gesessen, haben an Zuhause gedacht und haben daran gedacht, wie die Demokratie aussehen soll, in der wir eines Tages leben wollen. Und da kann ich nur sagen: Sie wird anders aussehen müssen, als wir sie hier praktiziert bekommen.

(Beifall.)

Es ist dort auch gesagt worden, vor 1933, als wir - Herr Staatsminister *Pfeiffer* und die anderen Herren aus der alten Politik - ernsthafte Politik betrieben haben, da sei die Junge Union in Formationen marschiert, von denen man heute nicht mehr gerne spricht.

(Zurufe: Hört! Unerhört!)

Hier liegt eine Diffamierung nicht nur der Jungen Union, hier liegt eine Diffamierung aller jener jungen Leute vor, die man früher schon einmal als Amnestiegewinnler bezeichnet hat.

(Sehr richtig!)

Wissen Sie, es fällt uns schwer. Wir jagen tagaus, tagein draußen herum und suchen, junge Menschen zu gewinnen; wir trennen uns von unseren Familien und reisen draussen herum, um das aufzubauen, worin wir uns vollkommen einig sind, ich glaube, auch mit Herrn Staatsminister *Pfeiffer*, nämlich das Interesse für die Politik, das Interesse für einen staatlichen Aufbau, der wirklich in die Zukunft weist.

Wenn man uns dann die Grundlagen unserer Arbeit dadurch stört, daß man uns quasi als Nazis bezeichnet, dann weiß ich nicht mehr, wie wir weiterarbeiten sollen. Kann eine derartige Äußerung überhaupt im Sinne unserer Arbeit in der Christlich-Sozialen Union sein? Das muß ich ernsthaft fragen.

Und noch ein Wort zu der Situation hier: Es ist viel von goldenen Brücken gesprochen worden, die man bauen müsse, damit unsere Freunde aus Oberbayern herüberkommen und sich wieder auf den satzungsmäßigen Boden stellen können. Ich bin eben darauf aufmerksam gemacht worden, wenn ich im Namen der Jungen Union spräche und ich würde mich gegen das Kleistern wenden, dann soll ich ausdrücklich bemerken, daß gewisse Kreise der Jungen Union nicht dahinterstünden. Ich muß diese Kreise genau bezeichnen. Es ist die Junge Union Oberbayerns, und es sind die Vertreter der Stadt München. Ich spreche natürlich gegen das Kleistern. Denn weder die Oberbayern noch die übrige Union hat irgendein Interesse daran zum Kleistern. Kleistern bedeutet, etwas darüberkleben, einen Bruch verdecken. Das kann kein Mensch wollen. Was wir wollen können, ist eine wirkliche Konsolidierung der Union, also kein Kleistern sondern ein Klären.

Und hier stelle ich fest: Es brauchen gar keine Brücken gebaut zu werden. Die Brükken sind da. Man muß nur die Überwindung aufbringen, allgemein gültige Grundsätze

auch in der praktischen Politik zu praktizieren, sich also auf den Boden der Satzungen zu stellen, die uns gemeinsam sind.

(Sehr richtig!)

Ich weiß nicht, ob es eine so schwere Zumutung ist an den Bezirksverband Oberbayern, wenn man ihn tatsächlich darum bittet, seine anerkannt satzungswidrigen Beschlüsse vom 14. Februar zu annullieren und sich mit uns auf den Boden der Unionssatzung zu stellen. Das ist eine ganz natürliche Forderung, aber eine Forderung, auf deren Beachtung vor allem die junge Generation mit großem Interesse sehen wird. Denn hier sieht sie einen Prüfstein dafür, ob man es wirklich ernst meint mit dem, was man uns angeblich beibringen muß, demokratisches Denken.

(Sehr richtig! Ausgezeichnet!)

Wir haben ein sehr gesundes Empfinden dafür - darauf möchte ich hinweisen, um Irrtümer auszuschließen -, wo sich jemand korrekt benimmt und wo er das nicht tut. Deshalb ist für uns von der Jungen Union die Sachlage ganz klar. In dem Augenblick, in dem Oberbayern seine satzungswidrigen Beschlüsse zurücknimmt, kann verhandelt werden,

(Sehr richtig!)

vorher nicht.

(Erneute Zustimmung.)

Wenn man teilweise den Versuch macht, hier so zu argumentieren, daß man sagt: Nicht der Mörder, sondern der Ermordete war schuld daran, so sind das Spiegelfechtereien, auf die niemand hereinfallen wird.

Und wenn Herr Staatsminister *Pfeiffer* gestern gesagt hat: Hoffentlich werden die Reden hier genau protokolliert, dann kann ich nur sagen: Ja, hoffentlich ist das der Fall. Denn eines Tages wird man in dem Protokoll von Regensburg nach den Verantwortlichen suchen, die daran schuld sind, daß eine großartige Idee, ein wirklicher Fortschritt in unserem Jahrhundert, die Idee der Christlich-Sozialen Union verloren gegangen ist aus Streitigkeiten, die am Wesentlichen vorbeigehen. Man wird genau untersuchen, wer dann die Schuldigen gewesen sind. Wir jungen Menschen werden uns nicht darunter befinden. Denn wir wollen eines: Klarheit und Aktionsfähigkeit.

Ich werde im Laufe der weiteren Verhandlung noch einen Antrag einbringen, nicht zu diesen Punkten. Aber es muß weitergegangen werden. Das Aktionsprogramm ist eine für uns alle verbindliche Grundlage. Es muß jetzt ausgebaut werden zu prägnanten Vorschlägen zu den einzelnen Punkten. Wir brauchen exakte, greifbare Dinge, die wir in der Politik realisieren wollen und können. Um das zu erreichen, brauchen wir eine innere Einheit der Christlich-Sozialen Union, und wir brauchen eine aktionsfähige Parteiführung.

Abschließend darf ich noch sagen: Heute morgen ist der Landesrat der Jungen Union beisammen gewesen und hat sich darüber Gedanken gemacht, wie wir zu den Nürnberger Äußerungen des Herrn Staatsministers *Pfeiffer* stehen. Ich muß hier auftragsgemäß mitteilen, daß wir diese Diffamierung nicht nur der Jungen Union, sondern der jungen Generation weithin nicht auf uns sitzen lassen werden, sondern daß wir hier auf dem Wege über das Parteischiedsgericht vorgehen werden.

(Unruhe. - Widerspruch, dann lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! Meine lieben Freunde! Wir sind gestern davon ausgegangen, daß klare Linien gegenüber bestimmten Tendenzen gezo-

gen werden müssen, daß nämlich die klare Abgrenzung gegenüber der Bayernpartei erfolgen muß, eine klare Stellungnahme gegen Zentralismus wie gegen Separatismus. Das Problem der Generationen ist ein Problem, das organisch behandelt werden muß. Ich habe gerade auch jetzt mit Staatsminister *Pfeiffer*, unserem Parteifreund, kurz einige Worte gewechselt. Ich würde vorschlagen, bevor die Junge Union einen Schritt unternimmt, soll eine Aussprache mit Parteifreund *Pfeiffer* in der Jungen Union stattfinden. Es bleiben dann beiderseits alle Erklärungen und Schritte vorbehalten. Darf ich davon ausgehen? Ihr könnt dann immer noch tun, was Ihr wollt. Ich würde vorschlagen, vorher wird der Landesrat Parteifreund *Pfeiffer* zu einer Aussprache einladen.

(*Butterhof*: Jawohl, zuerst verhandeln!)

Gut, einverstanden. Damit glaube ich, annehmen zu können, daß Parteifreund *Pfeiffer* zu dieser Aussprache bereitsteht vor dem entsprechenden Gremium der Jungen Union und daß dort der Weg zu einer Klärung gefunden wird.

(Dr. *Pfeiffer*: Ich bin dazu bereit!)

Ich danke.
Bevor ich jetzt den Vertretern der Bezirksverbände das Wort erteile, darf ich den Antrag verlesen lassen, der von einer Reihe von Vertretern von Bezirksverbänden eingereicht wurde.
Dr. *Schedl*:

> Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union in Bayern stellt fest, daß ein Teil der von der Bezirksversammlung Oberbayern am 14. Februar 1948 gefaßten Beschlüsse gegen die Satzungen der Christlich-Sozialen Union in Bayern verstößt. Er verurteilt dieses Vorgehen als parteischädigend. Dadurch, daß Herr Staatsrat a.D. *Schäffer* in seiner Eigenschaft als erster Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern außerdem in einem an den Zonenvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union der britischen Zone gerichteten Brief die Legitimation des Landesvorsitzenden bestritten hat, die Christlich-Soziale Union nach außen zu vertreten, hat er namens des Bezirksverbandes Oberbayern das Ansehen der Partei und das Ansehen des Landes Bayern in einer für die politische Stellung und Bedeutung Bayerns entscheidenden Stunde schwer beeinträchtigt.
> Wer den satzungswidrigen Beschlüssen des Bezirksverbandes Oberbayern Folge leistet, hat sich damit von selber außerhalb der Christlich-Sozialen Union in Bayern gestellt. Zur Wiederherstellung satzungsgemäßer Zustände innerhalb des Bezirksverbandes Oberbayern wird der Landesvorstand beauftragt, unverzüglich eine Erklärung der einzelnen Kreisverbände Oberbayerns bezüglich ihres Verhältnisses zur Christlich-Sozialen Union in Bayern herbeizuführen und gegebenenfalls den Bezirksverband neu zu organisieren.
> Unterschriften: Dr. *Barth*, Bezirksvorsitzender Oberfranken, Dr. *Gamperl*, Bezirksvorsitzender Oberpfalz, *Miltenberger*, geschäftsführender Bezirksvorsitzender Unterfranken, *Euerl*, Bezirksverband Nürnberg-Fürth, *Karl Sigmund Mayr*, Bezirksverband Mittelfranken, *Martin* und Dr. *Fink* für Augsburg, *Boehlke* für Schwaben, *Strauß* für Oberbayern

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dann den Rednern der Bezirksverbände das Wort erteilen. Vielleicht darf ich mit München beginnen und da meinem Freund *Hagn* das Wort geben.

*Hagn* (München): Wir sind von München mit der großen Erwartung gekommen, um bei den berechtigten Forderungen Oberbayerns zu vermitteln. Mit einer gewissen Bitternis erfüllt es uns, daß in gewissen Kreisen so wenig Verständnis dafür da ist, daß diese Forderungen Oberbayerns berechtigt sind. Ich habe gestern, wie ich hereingekommen bin, selbst in meinen eigenen Ohren gehört, wie man sagte: Nachgegeben wird nicht, gekleistert wird auch nicht, d.h. entweder oder.
Meine Damen und Herren! Wenn Sie glauben, wie einzelne Redner dargetan haben, daß man einen altbewährten Parteifreund wie unseren Minister *Pfeiffer* einer kurzen Leitung bezichtigen kann, so grenzt das schon einigermaßen an Schießbudenmanieren.

(Zuruf: Zur Sache!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Hagn*, sei so gut, das ist ein bißchen kräftig.
*Hagn*: Das gehört zu meinen Ausführungen. Die anderen haben bestimmt nicht mit leichten Worten gesprochen. Ich möchte diese leichten Worte auch nicht wiederholen. Denn auch das Wort Schweinehund ist hier nicht am Platze,

(Sehr richtig!)

wenn man voriges Jahr dafür eingetreten ist, den Landesvorsitzenden unter allen Umständen abzuschlachten, um dann jetzt die anderen als Schweinehunde zu bezichtigen. Wenn eine Satzungsänderung vorgenommen werden soll, so möchte ich feststellen, daß nicht im Hintergrund die Absicht vorhanden ist, man möchte den Landesvorsitzenden absägen. Meine Damen und Herren! So ist das nicht gemeint.
Die Absicht des Bezirksverbandes Oberbayern geht ja dahin, die Satzungen so demokratisch aufzubauen, wie es im Staatsleben und auch in der Partei notwendig ist. Ich bin selbst einer von denen gewesen, die 1945 in München herumgelaufen sind, um die alten, bekannten, noch lebenden Parteipolitiker zusammenzusuchen, um ein Provisorium zu schaffen und die Partei einigermaßen auf die Füße stellen zu können. Wenn dann in der provisorischen Absicht, die Partei zu erstellen, Satzungen herauswachsen, die den heutigen Zuständen oder Verhältnissen innerhalb der Partei nicht mehr Rechnung tragen, so ist es nur mehr als berechtigt, daß man auch den Wünschen einer Gruppe von Bezirksverbänden, die im wesentlichen die Träger der Union waren, einigermaßen entgegenkommt. Es geht nicht an, daß diese Männer dann als Mörder usw. bezeichnet werden. Das gehört nicht in dieses Gremium herein.
Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen des Parteifreundes *Eichhorn* von heute früh streifen. Ich lehne diese Ausführungen grundsätzlich ab. Ich möchte nicht mein eigenes Nest beschmutzen, nachdem ich von Montag bis Samstag ununterbrochen im Dienst der Union stehe, und zwar ehrenamtlich. Ich protestiere dagegen, daß hier derartige Ausführungen gemacht wurden.
Meine Damen und Herren! Um was geht es eigentlich? Warum hat denn *Schäffer* diesen Vorstoß gemacht? Er hat die Gefahr heraufkommen sehen, die bereits akute Formen angenommen hat. Ich erinnere an die Ausführungen unseres hochverehrten Herrn Ministerpräsidenten in Marktredwitz, der die berechtigten Forderungen Oberbayerns erkannt und mit einem Vermittlungsvorschlag eingegriffen hat, der brüsk abgelehnt wurde. Der vorhergehende Vorschlag des Parteifreundes *Pfeiffer*, der mit 210 gegen 198 abgelehnt worden ist, war ja fast schon zur Annahme reif gewesen. Den Vermittlungsvorschlag von Ministerpräsident *Ehard* hat man bewußt abgemurkst und hat dazu die Mittagspause eingeschaltet. Von daher läuft wie ein roter Faden die Verbitterung der Oberbayern und auch der Münchner; denn man hat hier einer Sache

nicht Rechnung getragen, die bei gutem Willen einigermaßen hätte ausgeglichen werden können.
Wollen wir uns doch ehrlich sein: Was wäre in Südbayern, in Niederbayern und teilweise in Schwaben passiert, wenn unser alter Parteifreund *Schäffer* den Lockungen der Bayernpartei nicht widerstanden hätte?

(Heiterkeit. - Widerspruch.)

Meine Damen und Herren! Ich sage nur eines: *Schäffer* bringt in Südbayern einen Namen mit. Es hätte passieren können, daß ein gewaltiger Bergrutsch innerhalb der CSU gekommen wäre.

(*Rinke*: So dumm ist *Schäffer* nicht, daß er dorthin geht.)

Darauf möchte ich im besonderen aufmerksam machen. Ich bin ihm dafür dankbar. Er wird es bestätigen können; denn als ich am Radio gehört habe, daß sich *Schäffer* wieder in die CSU-Politik eingeschaltet hat, habe ich ihn antelefoniert und ihm das mit einem herzlichen Vergeltsgott quittiert, weil ich die Gefahr sehe, die in Oberbayern, Niederbayern und teilweise in Schwaben hätte entstehen können, würde *Schäffer* zur Bayernpartei gestoßen sein.

(Anhaltende Unruhe.)

Aus diesem Grunde können wir es uns nicht leisten, noch dazu wo die rote Flut an unseren Grenzen steht, den Riß zu vertiefen, sondern wir müssen versuchen, unter allen Umständen die Brücke zu benützen, die unser Freund *Hundhammer* gestern in ausserordentlich geschickter und feiner und taktvoller Weise - den anderen gegenüber gemessen - gemacht hat. Den besten Vorschlag dazu hat unser Parteifreund *Lang* gemacht, daß man unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*], der ja der Leidtragende der ganzen Situation ist, mit dem vorgeschlagenen Gremium

(Unruhe.)

diese leidliche Angelegenheit aus der Welt schafft.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich Oberbayern bitten.
*Schäffer*: Ich bitte, am Schluß der Bezirksverbände sprechen zu können.

(Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bitte! Dann Schwaben!
*Fischer Josef* (Schwaben/Augsburg): Wenn ich heute im Namen der Bezirksverbände Schwaben und Augsburg zu Ihnen spreche, so muß ich vorausschicken, daß mir die langen Plädoyers der Betroffenen zu lange waren, daß wir in die Debatte eingetreten sind, ohne eigentlich die Beweiserhebung durchgeführt zu haben. Ich habe schon oft den Ansatz dazu gehört und glaubte, nun könne ich es fassen, was uns eigentlich drängt. Aber es ist nichts übriggeblieben. Es ist zu wenig, was man aufführen kann, das uns angeblich trennt. Ich bin auch nicht für die Verbindung und für die Verkleisterung, sondern dafür, daß wir uns einmal klar darüber werden, wo unsere Meinungen auseinandergehen und wo sie zusammengebracht werden können.
Die Wähler und unsere Mitglieder haben absolut kein Verständnis dafür, daß sich eventuell fünf Personen, wenn es hoch geht, um die Union streiten,

(Sehr richtig!)

sondern die Bevölkerung und unsere Mitglieder haben ein brennendes Interesse daran, daß die Dinge einmal klar ausgesprochen werden. Wenn dann kein Weg zusammenführt und man wirklich auseinandergeht, dann müssen die Gründe so sein, daß beide Parteien vor das Volk und vor unsere Mitglieder hintreten können und sagen: Das trennt uns, und weil *die* nicht nachgeben, haben wir dazu eine Berechtigung.
Diese Berechtigung hier herauszuarbeiten, ist versäumt worden. Ich bin sogar überzeugt, wir können es in diesem großen Kreis gar nicht. Was hat Oberbayern verbrochen, was ist überhaupt schuld daran, daß wir in den letzten zwei Jahren nicht so zusammenkommen konnten, daß die Bevölkerung und unsere Wähler und Mitglieder mit unserem Verhalten zufrieden sein konnten? Es ist nicht ein Verlangen nach Einförmigkeit, aber es muß doch so sein, daß wir hier eine Meinungsbildung herausarbeiten können, von der dann die Bevölkerung sagen kann: Ja, da machen wir mit.
Es wird soviel von den Gründern der Christlich-Sozialen Union gesprochen. Ich bin nicht der Meinung, daß die Christlich-Soziale Union von einzelnen wenigen Personen gegründet wurde.

(Sehr richtig!)

Diese einzelnen Personen beschränken sich ja auf ganz kleine Kreise. Ich möchte sie nicht als Debattierklubs bezeichnen, aber in ihrer Bedeutung waren sie nicht viel mehr. Ein geradezu unvorstellbarer Vorgang, ich möchte sie fast die Vorsehung nennen, hat die Christlich-Soziale Union geschaffen. Keine Männer waren bekannt, kein Programm, und da ist das einmalige Ereignis eingetreten, daß sich eine Partei in wenigen Wahlen hingestellt hat, vor der die Welt aufgehorcht hat.

(Zustimmung.)

Das war ein einmaliger Vorgang. Und wir bemühen uns nun zwei Jahre mit viel Anstrengung, dieses Gebilde, das wir geschaffen haben, wieder zu zerstören. Da ist der Punkt, wo unsere Mitglieder und Wähler nicht mehr mitgehen, wo sie einfach kein Verständnis mehr haben. Deshalb wollen wir doch einmal versuchen, ob es uns heute gelingt, in diesem Kreis ein Gremium zu bestellen, das diesen Dingen auf den Grund geht.
Man sagt, es stimmt mit dem Christlichen nicht. Das muß dann herausgestellt werden. Ich sehe die Aufgabe einer christlichen Partei darin, daß sie den einzelnen Menschen, den Christen die Gewissensfreiheit und den Kirchen die Arbeitsmöglichkeit garantiert und freigibt. Alles andere ist dann Aufgabe des einzelnen und der Kirchen, aber nicht der politischen Parteien.

(Mehrfache Zustimmung.)

Wo sind die Unterschiede in der sozialen Auffassung? Wer sagt wirklich, ich will nicht mittun, daß die Notstände unserer Zeit gemildert werden? Wo ist der Mann, der dies sagen wollte? Wo sind hier die Unterschiede? Das muß einmal herausgearbeitet werden.
Wo sind die, die im Staatspolitischen nicht sagen wollen, daß sie zusammenarbeiten können und daß sie hier noch eine Zielsetzung haben? Wo sind die Unterschiede zu denen, die nur sagen: Hier unser Bayern oder möglichst noch Oberbayern? Der Ministerpräsident [*Hans Ehard*] hat einmal in einer großen Rede herausgearbeitet, daß wir eine bayerische und deutsche Partei sind und der ganze Saal hat ihm zugestimmt.
Wo sind also die Unterschiede? Alle, die heute und gestern gesprochen haben, sagten, daß sie auch der Union dienen wollen. Ich sehe als Zwecksetzung der Union und ihres

Namens an, daß hier eine tolerante und friedliche Zusammenarbeit und gegenseitige Achtung der Konfessionen stattfindet. Wer will diese Achtung nicht? Daß sie von *Müller* gewollt wird, ist außer Zweifel. Aber Staatsrat *Schäffer* hat selbst ausdrücklich bestätigt, daß er dasselbe will.
Nun frage ich mich, ja ich fasse mich fast an den Kopf: Was ist es denn eigentlich, das uns trennt? Das muß endlich einmal herausgearbeitet werden können.

(Sehr richtig!)

Nun sage ich im Namen des Bezirksverbandes Augsburg und Schwaben - trotzdem ich von der Delegation, die zu führen ich die Ehre habe, nicht ganz unterstützt werde, aber wir sind uns keine feindlichen Brüder, sondern wir haben hier Meinungsverschiedenheiten in der Prozedur: das Vorgehen am 14. Februar in München durch den Bezirksverband Oberbayern war weit über das Ziel hinausgeschossen.

(Zustimmung.)

Das Vorgehen des Bezirksverbandes Oberbayern, durch Staatsrat *Schäffer* selbst als eine Gewaltmaßnahme bezeichnet, um sich Gehör zu verschaffen, ist damit mißlungen.

(*Haußleiter*: Ein Marsch zur Feldherrnhalle, eine Erpressung!)

Ich gehe sogar weiter und sage: Diese Punkte müssen einer nach dem anderen geklärt werden, hier ist Beweis zu erheben.
Nun hat sich herausgestellt, daß das eine nicht so schlimm gemeint war und daß das andere überhaupt fallen gelassen wird. Mit dem, was hier übriggeblieben ist, kann ich nicht vor meine Wähler und Mitglieder treten und sagen: Das ist der Grund, warum wir nicht zusammenkommen können.

(Sehr gut!)

Da muß mehr übrigbleiben.
Und nun sage ich noch etwas Weiteres: Ich sage dem Herrn Staatsrat *Schäffer*, daß ich die von ihm entgegengestreckte Hand nehme und ihn in allen rechtlichen Forderungen unterstütze.

(Bravo!)

Nun wollen wir die Debatte doch am besten durch eine Erklärung des Staatsrat *Schäffer* beenden, der ja bevollmächtigt ist, der dann erklärt, daß hier die Dinge wieder bereinigt werden. Wir können jetzt nicht einen endgültigen Schlußstrich ziehen, aber wir können die Voraussetzungen schaffen, daß ein anderes Gremium die Dinge weiterverfolgt.
Es ist für mich und viele meiner Freunde absolut klar, daß die Frage der demokratischen Vertretung und die Möglichkeit der Willensbildung innerhalb der Partei nach demokratischen Grundsätzen gegeben sein muß, obwohl es viele Beispiele gibt, in Amerika, in der UN usw., wo die Stimmen nach Territorien oder nach Ländern verteilt sind. Wenn das der Grund sein soll, daß die Christlich-Soziale Union nicht arbeitsfähig ist, dann wird das geändert und Schwaben und Augsburg leiht dazu seine Unterstützung.
Dann möchte ich noch eine weitere Möglichkeit andeuten. Ich habe, obwohl ich noch nicht zu der älteren Generation gehöre, ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Fischer*, ich bitte zu konzentrieren!

*Fischer Josef*: mehrmals die Vorbereitungen zu den Präsidentschaftswahlen in Amerika aus der Ferne mitgemacht. Ich habe gesehen, daß die Vorbereitungen schon Jahre vorher angelaufen sind, daß sie parteipolitisch mit aller Schärfe, menschlich aber mit großer Fairneß geführt werden.
Und wenn nun eine geradezu scharfe Opposition in unseren Reihen vorhanden sein sollte, ich möchte nicht den Zeitpunkt erleben, so sehr ich mich nach der arbeitsfähigen Union sehne, daß wir ein einförmiger Haufen wären, sondern es sollen hier tatsächlich verschiedene Meinungsbildungen und Auffassungen zum Segen unseres Volkes zum Ausdruck kommen. Es muß schon etwas in der CSU wirksam sein, aber ich möchte doch wünschen, daß wir auch diese Spielregeln anwenden.
Wenn man mit der jetzt herausgestellten Spitze nicht einverstanden ist und man will niemand anders an den Platz hinsetzen, dann weiß ich nicht, was das andere bedeuten soll.

(Sehr richtig!)

Wir müssen hier schon einmal grundlegend vorgehen. Es ist kein Verbrechen, auch keine Schande und auch nicht unerhört, wenn eine Gruppe aus uns hervortritt und sagt: Wir sind mit der Führung nicht einverstanden, wir wollen das anders haben, wir wollen, daß *der* fällt. Dann soll sich der andere in den nächsten ein- oder eineinhalb Jahren herausstellen, soll durch seine eigene Leistung zeigen, daß er führen kann, und dann bestimmt die nächste Landesversammlung, wer diesen Platz einnimmt. Das ist ein ganz sauberes und klares Verfahren. Und während dieser Zeit werden wir dafür Sorge tragen, wenigstens werde ich die ganze Kraft meines von mir vertretenen Bezirksverbandes einsetzen, daß einer gewissen Minderheit Gerechtigkeit wird.
Nun bitte ich Sie, meine Freunde, zu bedenken: Wenn wir ins Land hinausgehen, haben wir sehr viele Schwierigkeiten, die uns entgegentreten werden. Seien wir davon überzeugt, daß wir mit all dem, was wir heute bestens fertigbringen können, die Schwierigkeiten nicht beheben können. Die Bayernpartei wird scharf angefaßt werden müssen.

(Sehr richtig!)

Wir werden sie aber nicht mit Satzungsänderungen und auch nicht dadurch bekämpfen, daß wir einig sind, sondern

(Zuruf: Schluß!)

diese Partei muß durch das Wegräumen der Voraussetzungen, d.h. durch das Zufriedenstellen der unzufriedenen Menschen, wenigstens durch die Inanspruchnahme und die Ausschöpfung aller Möglichkeiten, die auf diesem Gebiet liegen, erledigt werden. Das ist aber das, was wir heute noch nicht fertiggebracht haben.
Es ist unverständlich, daß es immer noch Menschen gibt, die glauben, daß wir keine junge und neue Partei sind. Denn wenn wir das nicht wären, müßten wir auch nicht alle Kinderkrankheiten mitmachen. Ich bitte Sie nun aber doch, den Prozeß des Werdens einer wirklichen politischen Partei, mit der man arbeiten kann, zu beeinflussen. Denn im Herzen unserer Mitglieder und Wähler ist dieser Prozeß längst abgeschlossen. Mit der ersten Willensbildung, mit der sie uns ihr Vertrauen gegeben haben, war für sie die Partei sozusagen fix und fertig. Nun erwarten sie von dem Gebilde, daß auch ihr Vertrauen erfüllt wird. Es ist im wesentlichen eine Vertrauensfrage, die wir gegenüber unseren Mitgliedern und Wählern erfüllen müssen. Und da bitte ich schon, daß diejenigen, die sich zur Opposition zählen, alles tun, um ihr Recht zu bekommen,

aber nicht das Vertrauen zwischen der Christlich-Sozialen Union und den Wählern zu zerstören.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich glaube, ich darf hier nochmals an jeden Redner den Appell richten, sich auf höchstens fünf Minuten zu konzentrieren.

(Zuruf: *Fischer* hat für zwei Bezirksverbände gesprochen!)

Ich habe *Fischer* das Wort nicht abgeschnitten, weil unsere schwäbischen Freunde gestern so brav waren, daß sie sich kaum an der Diskussion beteiligt haben, so daß ich um Verständnis bitte, wenn *Fischer* eine so lange Redemöglichkeit gehabt hat.
Ich darf Niederbayern bitten zu sprechen. Wer spricht für Niederbayern?
*Donderer* (Niederbayern): Verehrte Frauen und Herren! Wenn der Herr Vorredner die Zeit überschritten hat, so wollen wir das gutmachen. Niederbayern hat in einer Bezirksversammlung am Freitag zu der ganzen Angelegenheit Stellung genommen und in einer Entschließung niedergelegt, wie es sich dazu stellt. Im übrigen kann ich voll und ganz das unterschreiben, was Ihnen der Vorredner aus Augsburg vorgetragen hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf vielleicht die Entschließung von Niederbayern verlesen lassen.
*Fischer Josef*: Noch eine kleine Erklärung! Ich habe mit lauter Drängen den Schluß vergessen. Der Schluß ist, daß von der Erklärung, die der Bezirksvertreter von Oberbayern abgibt, selbstverständlich erwartet werden muß, daß zugegeben wird, daß über das Ziel hinausgeschossen wurde, daß er sich auf den Boden der Satzungen stellt, die gültig sind, und daß wir von da aus weiterarbeiten können, um eine neue Willensbildung zu ermöglichen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zu einer Erklärung eine Erklärung!
Dr. *Fink* (Augsburg): Darf ich zu der Erklärung von *Fischer* sagen: Ich war überrascht, daß Parteifreund *Fischer* als Bezirksvorsitzender von Schwaben und Augsburg eine Erklärung abgegeben hat, zu der [er] zumindest nicht autorisiert war.
*Fischer Josef*: Ich werde sie vertreten.
Dr. *Fink*: Sie können es vertreten. Ich möchte keine Schärfe hineinbringen. Es ist richtig, wenn man im Zuge einer Diskussion zu anderen Erkenntnissen kommt. Ich decke mich mit Ihrer Auffassung mit der Voraussetzung, die im Nachsatz gebracht worden ist, denn die Vorstandschaft Augsburg hat einstimmig beschlossen:

> Der Bezirksvorsitzende wird beauftragt, Herrn Staatsrat *Schäffer* mitzuteilen, daß er das Vorgehen des Bezirksverbandes Oberbayern schärfstens mißbilligt. Der Bezirksverband Augsburg ist nicht gewillt, Herrn Staatsrat *Schäffer* bei diesen Bestrebungen zu unterstützen.

Das ist der einstimmige Beschluß der Vorstandschaft von Augsburg. Wenn sich in der Diskussion andere Gesichtspunkte ergeben, die ich durchaus würdige, so erkenne ich das an und stimme in dieser Frage auch mit *Fischer* überein. Aber wesentlich an der Erklärung des Bezirksvorsitzenden von Augsburg und Schwaben ist hier die Tatsache, daß wir es nur tun können, wenn die entsprechende Erklärung des Staatsrats *Schäffer*, daß er sich der Satzung unterstellt, abgegeben wird. Diese Erklärung halte ich für angebracht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es sind offenkundig in Schwaben bestimmte kleine Dissonanzen aufgetreten, die ich am liebsten hier bereinigt sehen möchte. Infolgedessen

will ich *Rathgeb* für zwei Sätze das Wort geben. Wir wollen sehen, daß innerhalb der Bezirksverbände die Ordnung aufrechterhalten wird.
*Rathgeb*: Nachdem Schwaben den ganzen Tag geschwiegen hat, möchte ich etwas sagen, allerdings nur ganz kurz. Gestern ist verschiedentlich davon gesprochen worden, daß die Bayernpartei eine wesensverwandte Partei sei. Das möchte ich als Schwabe energisch bestreiten.

(Sehr richtig!)

Ich möchte die Union ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß das Programm der Schwabenpartei [sic!] und zugleich die Aktion *Schäffer* in Bayern mehr oder weniger einen Staatsnotstand hervorgerufen hat. Wenn in Bayern bajuwarische Methoden angewandt werden, dann wird der Bayerische Staat auseinanderbrechen.

(Jawohl!)

Ich bin nicht der Ansicht, daß dies geschehen soll. Ich möchte die herrlichen Ausführungen, die Dr. *Müller* und unser Kultusminister Dr. *Hundhammer* gestern über unser Bayernland gemacht haben, aufs wärmste unterstützen. Ich möchte dazu bemerken, daß Bayern als Staat gerade von unserem Standpunkt der Christlich-Sozialen Union aus erhalten werden muß. Rechnen wir uns aus: Wenn die Bayernpartei stark werden sollte, wenn die Union auseinanderfallen sollte, dann ist es aus mit einer christlichen Politik in Bayern,

(Sehr richtig!)

dann ist es aus mit einer aktiven christlichen Politik in Deutschland. Und wer hat es verschuldet? Fragen wir uns das einmal! Verschuldet hat es unser ehemaliger Parteifreund Dr. *Baumgartner* und unser Parteifreund Dr. *Schäffer*.

(Zuruf: Letzterer nicht!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
- Ich möchte hier aber ausdrücklich bestätigen, daß Staatsrat *Schäffer* 1933 in Würzburg nicht von einer Mainlinie, sondern von einer Mainbrücke gesprochen hat. Ich war damals junger Redakteur dort. Möge er auch heute die Kritik, die hier geboten wird, dazu benützen, daß er zurückfindet zur Union und mit uns dafür arbeitet, daß die Union das bleibt, [als] was sie für Bayern gedacht ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf die Entschließung Niederbayern verlesen lassen.
Dr. *Schedl*:

> Willenskundgebung. Die zwischen dem Bezirksverband Oberbayern und der Landesleitung der Union aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten sind geeignet, die Einheit der Union ernstlich zu gefährden und dadurch die Arbeit der Partei, die einzig und allein dem Wohle des Volkes zu dienen hat, zu lähmen. Die Bezirksversammlung Niederbayern verlangt, daß ein Zwist innerhalb der Union unter allen Umständen verhindert wird. Sie verlangt, daß in kürzester Frist eine Aussprache über die strittigen Punkte stattfindet und daß das Ergebnis dieser Aussprache dem satzungsgemäßen Parteigremium raschest zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf als nächstem Redner dem Sprecher der Oberpfalz, Parteifreund *Gamperl*, das Wort erteilen.
Dr. *Gamperl* (Oberpfalz): Meine lieben Parteifreunde! Seit über zwei Jahren schleicht sich durch unsere Partei eine Unstimmigkeit hindurch, die für uns von größtem Scha-

den war und bis heute ist. Nachdem gestern schon soviel gesprochen wurde, können wir uns heute ganz kurz fassen. Die, sagen wir einmal, temperamentvollen Entschlüsse des Bezirksverbandes Oberbayern haben uns in die schwierige Lage gebracht, daß hier in unserer Mitte Oberbayern mitberät und mitbeschließt, obwohl es sich ausdrücklich bereits außerhalb der Union gestellt hat. Es steht fest, daß man die Satzungen dort nicht mehr anerkennt. Bis heute, bis zur Stunde ist kein Widerruf dieses Beschlusses und insbesondere der Ziffer 2 erfolgt. Wenn hier die Union nicht stark bleibt, dann wird sie nach innen und außen eine lächerliche Figur sein.
Es geht nicht an, daß ein Teil der Union sich selbst Gesetze macht. Die Gesetze sind allgemein beschlossen, anerkannt und gültig - ich denke an die Statuten - und müssen deswegen auch überall durchgeführt werden. Wir wissen es wohl, warum man in Oberbayern und München plötzlich einen so panischen Schrecken bekommen hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
- Es ist die Bayernpartei.

(*Krehle*: Wir Münchner haben keinen Schrecken bekommen!)

Aber wissen Sie auch, wodurch man die Bayernpartei herangezüchtet hat? Zwei Jahre lang hat man ununterbrochen gegen die eigenen Reihen geschossen.

(Sehr richtig!)

Zwei Jahre lang hat man die Union in den eigenen Reihen schlecht gemacht.

(*Haußleiter*: Gestapo-Protokolle!)

Zwei Jahre hat man ununterbrochen vorgesagt: Die Vorstandschaft und die Führung der Union taugt nichts, sie verrät Bayern. Da ist es kein Wunder, wenn in Oberbayern und München die Kreise andere Wege suchen,

(Zuruf: Unverschämtheit!)

weil man sie dauernd darüber benachrichtigt hat, daß in Bayern kein bayerischer Kurs gesteuert wird.

(*Krehle*: Kollege *Gamperl*, kennen Sie die Münchner Entschließung?)

Zwei Jahre geht das durch unsere Reihen. Ich bin seit dieser Zeit bei der Partei. Aber was folgt daraus? Gehen wir diesen Kurs weiter, dann kommen die gleichen Gefahren auch für den Norden von Bayern.

(Sehr richtig!)

Bisher ist es uns gelungen, in der Oberpfalz, in Oberfranken, in Mittelfranken, in Unterfranken, zum großen Teil in Schwaben diese furchtbaren Kämpfe innerhalb der eigenen Reihen hintanzuhalten. Wir sind nicht willens, durch ein Nachgeben gegenüber den Oberbayern uns in die gleiche Situation hineinmanövrieren zu lassen.

(Zustimmung und Beifall.)

Es ist nun an der Zeit, meine Damen und Herren, daß Herr *Fritz Schäffer* endlich das Wort spricht, das wir brauchen, daß er nämlich zur Union gehört und daß er bereit ist, die Satzungen der Union anzuerkennen. Solange das nicht geschehen ist, so lange können wir keine Brücke bauen, wenn wir uns nicht als Mehrheit unter die Minderheit beugen wollen.

(Erneute Zustimmung.)

Wir haben ein Beispiel erlebt. Es war der Staatsminister Dr. *Hundhammer*, der gestern ausdrücklich einen so versöhnenden Ton angeschlagen hat. Wir haben heute die

Erklärung von Dr. *Pfeiffer* gehört, der wahrscheinlich nicht leichten Herzens das Gestrige eingerenkt hat.
Nun frage ich Herrn Staatsrat *Schäffer*: Sind Sie nicht in der Lage, den gleichen Weg zu gehen, anzuerkennen, daß das bisherige falsch war? Gehen Sie diesen Weg, wenn Ihnen die Union am Herzen liegt, und die Brücke ist gebaut. An Ihnen liegt es, die Brücke zu bauen und zu gehen. Man wirft uns ständig vor, die Oberbayern kämen nicht richtig zum Zuge. Wissen Sie auch, daß die Wähler in der Union von Oberbayern etwa 20% ausmachen, daß die Bevölkerung 23% in Bayern beträgt und daß ca. 30% dem Fraktionsausschuß angehören, 27% der Stimmen sind in der Landesversammlung und 40% im Landesausschuß, ca. 60% sind in der Landesvorstandschaft.

(Widerspruch.)

Ich denke, man kann nicht sagen, daß die Oberbayern oder Münchner dauernd ins Hintertreffen kommen. Aber selbst wenn das der Fall ist, steht ihnen jederzeit zu, satzungsgemäß um dieses Recht zu kämpfen. Dieses Recht haben wir noch nie jemand bestritten. Aber wir dulden nicht, daß ein Bezirksverband für sich eigene Gesetze macht, sonst machen wir sie für uns auch, und wenn es nicht anders geht, sind wir in der Union gezwungen, über diesen Beschluß von Oberbayern zur Tagesordnung überzugehen und das zu tun, was notwendig ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Mittelfranken! Wer spricht für Mittelfranken? Parteifreund *Mayr*?
*Karl Sigmund Mayr*-Fürth (Mittelfranken): Verehrte Parteifreunde, meine Damen und Herren, es fällt mir ungewöhnlich schwer, hier zu sprechen. Ich wollte gestern nacht noch mit dem Zug wegfahren, so innerlich verletzt fühlte ich mich, ebenso wie andere, über das, was man hier erleben muß.
Als der Vorstoß des Herrn Staatsrats *Schäffer* uns durch Presse und Rundfunk bekannt wurde, waren wir mit Bestürzung erfüllt. Wir sagten uns: Wie ist so etwas möglich? Es gibt doch um unsere oberbayerischen Freunde herum auch verantwortliche Parteifreunde, die irgendwelche vorbeugenden Maßnahmen hätten treffen können, um diesen klaren, um diesen furchtbar parteischädigenden Angriff niederzuhalten. Warum ist das nicht geschehen? Liebe Freunde, man kann auch durch ein Stillschweigen, durch ein Versäumnis Fehler machen. Und setzt man Fehler gleich Schuld, so gibt es auch hier Mitschuldige für das, was geschehen ist.
Ich mache gar nicht allein die Person des Herrn Staatsrats *Schäffer* verantwortlich, sondern auch all die Personen, die um ihn herumstehen, vor allem auch denjenigen, der ihn gerufen hat. Denn der, der ihn gerufen hat, hat ihm wahrscheinlich die Richtung gezeigt.

(Sehr richtig!)

Liebe Freunde, wir fragen uns in Mittelfranken, und gerade in Mittelfranken, wo der Unionsgedanke in der fairsten und aufrichtigsten Weise durchlebt wird, wie das alles möglich ist. Wir haben uns gefragt - und verzeihen Sie mir, daß ich als jüngster Vorsitzender eines Bezirkes es sage: Haben unsere Parteifreunde Ihre Arbeit auch auf dem Gebet aufgebaut, aus der Demut, zu der wir Christen verpflichtet sind?

(Lebhafter Beifall.)

Wir haben Parteifreunde, zu denen wir mit größter Verehrung aufsehen. Ich denke an unseren Herrn Ministerpräsidenten Dr. *Ehard*. Er hat sich in Franken ein derartiges Ansehen geschaffen, wie vielleicht seit vielen, vielen Jahren kein Politiker mehr. Herr

Ministerpräsident, ich frage Sie, erlauben Sie das einem jungen Politiker: Warum haben Sie das soweit kommen lassen? Die Frage hätte ich auch an andere zu richten, aber ich muß sie an ihn stellen. Sie sind uns der Mann, dem immer wieder unsere größte Verehrung gezeigt und geschenkt wird.

(Bravo!)

Liebe Freunde, wie ist es in Mittelfranken? Ein Teil sagt: Lieber *Mayr*, wir wollen verhandeln, wir wollen die Union nicht auseinanderfallen lassen. Denn wir wissen, daß auch da Fehler gemacht werden, Fehler in der Organisation. Manche Klagen des Herrn Staatsministers *Pfeiffer* sind berechtigt. Ich muß das auch bestätigen. Es ist also nicht so, daß die Kritik nicht berechtigt sei. Aber das Vorgehen als solches können wir nicht billigen,

(Sehr gut!)

das können wir nicht für gut heißen. Dieser Weg hätte anders gegangen werden müssen, die Grundeinstellung des Herrn Staatsrats *Schäffer* muß eine andere sein.

(Sehr richtig!)

Der größere Teil unserer Mitglieder sagt aber: Wir sind des unchristlichen Streitens in der Christlich-Sozialen Union müde. Schaffen Sie nicht sehr rasch klare Verhältnisse, dann zerfällt die Union da, wo sie im Kampfe steht, da, wo sie von der Sozialdemokratie erdrückt wird, da, wo eine Bezirksregierung steht, die uns überhaupt nicht zum Zuge kommen läßt, eine Regierung, gegen die wir verzweifelt kämpfen,

(Lebhafter Beifall.)

eine Mittelbehörde, die uns so drückt. Und wir bekommen in unserem Kampf gegen diese Mittelbehörde kaum eine Unterstützung, weder von der Landesgeschäftsführung noch von der Parteileitung noch von unseren Parteifreunden, die in der Regierung sitzen,

(Zuruf: Noch vom Innenministerium!)

überhaupt von niemandem.

(Zuruf: Vollkommen allein!)

Liebe Freunde, in Mittelfranken stehen heute Leute, die, wenn Sie nicht bald klare Verhältnisse schaffen, des Kampfes müde sind. Sie können nicht mehr. Und wenn dann von Zerfallserscheinungen gesprochen worden ist, so ist das wahr. Diese Zersetzungserscheinung wird sich von München ausbreiten und wird [ihren] schlimmsten und ernstesten Niederschlag in den Industriegebieten Mittelfrankens finden.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf auch dazu sagen: Ich bitte, immer beim Thema zu bleiben. Die Frage Regierung Mittelfranken ist eine Frage, die ernsthaft diskutiert werden könnte. Es ist aber nicht zweckmäßig, es im Rahmen dieser Diskussion zu tun - sonst müßte ich eine Erklärung abgeben und erst recht den Innenminister veranlassen, ein Erklärung abzugeben. Das können wir unter allen Umständen bei nächster Gelegenheit tun. Alle diese Dinge will ich möglichst bald vor eine neue Landesausschußsitzung bringen. Heute muß das draußen bleiben, sonst kommt die Klärung nicht zustande.

Ich darf Parteifreund *Euerl* bitten, für Nürnberg/Fürth zu sprechen.

*Euerl* (Nürnberg/Fürth): Liebe Parteifreunde, ich glaube, alle, die wir hier im Saale sind, haben an der Christlich-Sozialen Union mitgebaut und sie mitgegründet. Denn

während in München über die Gründung der Christlich-Sozialen Union verhandelt worden ist, sind wir in Nürnberg beisammengesessen und haben uns mit Oberfranken verbündet und haben die Fragen über die Bildung der Christlich-Sozialen Union besprochen und gelöst. Es kann also keiner von uns beanspruchen, daß gerade er das meiste für die Union getan hat und sie ihm besonders ans Herz gewachsen ist. Sie ist unser aller Kind, und wir sind alle in die Union hineingewachsen und hineingeboren, und aller Schmerz ist es, wenn die Union irgendwie Schaden leiden würde.
Eines aber müssen wir feststellen: Wir sind in die Union von beiden Seiten mit dem Standpunkt der Gleichberechtigung und der gleichen Geltung hineingegangen. Es ist niemals die Rede davon gewesen, daß man darnach fragen soll und fragen will: Sind hier mehr Mitglieder oder dort, sondern man hat die Schwierigkeiten gesehen, die aus der sonderbaren Struktur entstehen und aus ihr erwachsen. Und wenn nun der Bezirksverband Oberbayern sich mit seinen Mindestforderungen an die Öffentlichkeit und an die Union gewendet hat, dann müssen wir aus unserem christlichen Gewissen und aus unserer Verantwortung heraus sagen: Wir lassen uns mit solchen Forderungen nicht erpressen.

(Sehr richtig!)

Denn nichts anderes ist es als eine Erpressung, wenn ich vor die Union hintrete und verlange, daß meine Forderungen von vorneherein ohne jede Verhandlung erfüllt werden müssen.
Meine lieben Parteifreunde, ich habe im vorigen Jahr in Eichstätt das Wort gesagt: Macht es uns jungen Politikern nicht so schwer, in der Politik zu bleiben. Wir müssen hinter jedes Wort, das ein Teil unserer Parteifreunde sagt, ein Fragezeichen setzen und können es nicht mehr als ein ehrliches Manneswort anerkennen.

(Hört, hört!)

Das ist etwas, meine lieben Parteifreunde, was uns innerlich tief schmerzt und erschüttert. Wenn wir innerhalb der Union uns nicht mehr vertrauen können, dann kann unsere Arbeit auch nicht zum Erfolg und nicht zum Segen führen.
Meine verehrten Parteifreunde! Wenn wir genau wüßten, daß es bei der Forderung um einige Sitze und um einige Stimmen mehr oder weniger sein Bewenden hätte, dann würden wir ohne weiteres sagen: Gut, habt diese Stimmen.

(Sehr richtig!)

Aber wir wissen nicht, was hinter dieser Forderung steht, ob nicht eines Tages aus dieser Situation, die geschaffen worden ist, eine Kraftprobe kommt, die die Union nicht vertragen kann.

(Erneute Zustimmung.)

Und da, mein lieben Freunde, machen wir unter keinen Umständen mit.
Es wird heute davon gesprochen: Einigkeit um jeden Preis. Meine lieben Freunde, nein, nicht Einigkeit um jeden Preis, sondern Einigkeit um der Wahrheit und des Rechtes willen. Als wir in Marktredwitz geflickt hatten, da bin ich heimgegangen mit einem schlechten Gewissen und habe mir gesagt: Die Flickerei hält nicht, und es hat gestimmt. Wenn wir heute wieder flicken, sind wir in vier Wochen wieder soweit wie heute. Darum, wenn wir heute beisammen sind und nach dem Grund und der Wahrheit suchen wollen, wollen wir es restlos machen. Dann wollen wir dieses Mal vor unsere Mitglieder hintreten und ihnen sagen können: Nun ist die Union entweder einig

oder sie ist zerbrochen. Aber dann trifft die Schuld diejenigen, die immer wieder die Gutmütigkeit und das Vertrauen der anderen ausgenützt haben.

(Sehr richtig!)

Meine lieben Parteifreunde, wenn ich nun vielleicht mit als jüngster Politiker zu Ihnen spreche, dann tue ich es aus einem Herzen voll innerer Sorge und voll innerer Wehmut. Wir haben unsere Freunde in den fränkischen Gebieten gebeten und haben sie fast gezwungen, sie sollen uns ihr Vertrauen in der Union schenken. Wir wollen vor unseren Freunden nicht als Lügner und Verführer stehen,

(Sehr richtig!)

sondern als Männer der Union, die aus der Politik mit einem guten und reinen Gewissen hervorgehen.
Und so möchte ich an den Herrn Staatsrat *Schäffer* drei Bitten stellen:

1. Erklären Sie uns, daß Sie auf den Boden der Satzung zurückkehren wollen,
2. daß Sie es mit Ihrer Mitarbeit ehrlich meinen, und
3. daß Sie sich auf die Beschlüsse von Marktredwitz stellen und nur auf ehrlichem und geradem Weg versuchen

(Widerspruch von Dr. *Hundhammer.*)

eine Änderung der Satzung durchzuführen.

Dr. *Pieterek* (Unterfranken): Auch Unterfranken hat sich in langen Kämpfen immer wieder zur Politik des gesunden Menschenverstandes bekannt und darnach gehandelt. In der ganzen Entwicklungsgeschichte der Union haben unsere Vertreter mit wohl dem weitesten Weg und damit den größten Bemühungen es auf sich genommen, ehrlich dazu beizutragen, daß die Meinungsbildung in der Union auf demokratischem Wege durchgeführt wird. Die Zeit drängt mich, nur ganz kurz und sachlich auf die Mitunterschrift zu dem bereits vorgelegten Antrag hinzuweisen. Die Dinge sind für uns ganz klar. Wenn Herr Staatsrat *Schäffer* meinte, eine besondere Lautstärke einschalten zu müssen, um sich für seinen Verband Gehör verschaffen zu können, so sind wir gern bereit, davon Kenntnis zu nehmen. Wir sind aber auf der anderen Seite ebenso entschlossen, eine echte Klärung herbeizuführen. Unter echter Klärung verstehe ich nicht die Kämpfe, die wir seit zwei Jahren um Dinge führen, von denen wir genau wissen, daß noch irgend etwas im Hintergrund steht oder stehen könnte, sondern wir meinen, daß heute alles sehr klar gesagt ist und wir auch bereit sind, wieder an dieser Willensbildung teilzunehmen und daß wir in Unterfranken uns auf demokratischer Grundlage dorthin stellen bzw. unsere Politik so betreiben, wie sie dem Geiste der Union aufgrund der Mehrheitsbildung entspricht.
Es geht uns darum, daß wir nicht von hier weggehen und ein unbestimmtes Gefühl haben, wie es mein Vorredner aus Marktredwitz gehabt haben will. Wir glaubten wirklich, in Marktredwitz eine echte Einigung herbeigeführt zu haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Euerl* hat von Eichstätt, nicht von Marktredwitz gesprochen.
*Pieterek*: Er sprach von Marktredwitz. - Leider haben wir uns darin getäuscht. Wir wollen aber heute nicht mehr getäuscht werden!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bevor die letzten zwei Redner das Wort bekommen, darf ich vielleicht bitten, draußen darauf aufmerksam zu machen, daß nach dem letzten

Redner, Parteifreund *Schäffer*, die Entscheidung fallen wird, so daß alle zurückkehren möchten.
Es hat sich noch Parteifreund *Prechtl* zu Wort gemeldet. Aber ich bitte es hier sagen zu dürfen, ich kann nicht davon abweichen, daß jetzt nur noch die Bezirksvertreter sprechen und dann die Entscheidung fällt; sonst dauert die Debatte bis morgen, und wir weichen der Entscheidung aus. Es spricht jetzt noch Parteifreund *Barth* für Oberfranken.
Dr. *Barth*: Meine lieben Freunde, ich habe gestern die Rede des Herrn Staatsrats *Schäffer* mit einer tiefen Bewegung angehört; denn es war die Rede eines erfahrenen Politikers und eines Mannes, der sich im letzten Abschnitt seines Lebens weiß. Ich habe sie mit dem Respekt angehört, der einem jüngeren Menschen und Politiker zusteht. Aber darüber konnte ich eines nicht vergessen, daß nämlich 1945, solange der Herr Staatsrat noch regieren durfte, diese Streitigkeiten um Satzungen - andere meinen, es seien wesentlichere Dinge als nur Satzungsstreitigkeiten - begannen, daß sie nach seinem erzwungenen Abgang in der Union nicht erloschen und daß sie nun heute durch den Beschluß des Bezirksverbandes Oberbayern mit einer Wucht vorgetragen wurden, die beinahe einmalig ist, besonders angesichts der Tatsache, daß dieser Angriff, dieser Vorstoß sechs Wochen vor der Wahl kam. Diese sechs Wochen würden die Gelegenheit geben, sich über wirklich wesentliche Dinge zu unterhalten, nämlich über das, was wir hören, die wir Tag für Tag draußen stehen und zu denen die Leute kommen und sagen: Was habt Ihr von der Union denn geleistet? Die wir uns mit den Angriffen täglich auseinandersetzen müssen, wie sie es ja beispielsweise an dem Streiktage in Bemerkungen über die unfähige Regierung usw. gehört haben. Da kommt dieser Vorstoß.
Das erinnert mich als Historiker - Kriege sind immer besonders geeignet, hellsichtig zu machen - an eine Situation, die England nach der französischen Revolution erlebt hat, als breite Bürgermassen verlangten, politische Rechte zu bekommen. Das englische Volk war damals reif genug, in dieser Krisis der napoleonischen Auseinandersetzung zu sagen: Wahlrecht hin und Wahlrecht her; jetzt geht es um wesentliche Dinge! Wären wir in dem bescheideneren innerpolitischen Rahmen, um den es bei uns und hier in Bayern geht, nicht verpflichtet gewesen mit einer ähnlichen politischen Reife zu überlegen und zu handeln? Die Frage stellen, heißt sie beantworten.
Welches wären denn die wesentlichen Punkte gewesen, über die man eigentlich hätte sprechen müssen, heute und gestern, sechs Wochen vor der Wahl? Um uns brennt es; das sind die Fragen der Siedlung, die Frage, wie wir die Flüchtlinge eingliedern können - das sind diejenigen, auf die wir neben den Arbeitern mit ihren Sorgen unsere Zukunft setzen müssen, meine Freunde -, die Frage des Reallohns und die Frage der wirtschaftlichen und politischen Eingliederung der handarbeitenden Bevölkerungsteile in ihren Betrieb und damit in das politische Gesamtleben. Darüber hätten wir sprechen müssen. Eine Parteirevolution kann mitunter sehr nützlich sein, aber es muß um wesentliche Dinge gehen. Wenn die Oberbayern gekommen wären und uns gesagt hätten: Ihr seid dem Volk schuldig geblieben, was es von euch hören will, dann hätten wir gesagt: Jawohl, ihr habt recht; wir haben geschlafen. Aber so haben wir nur gehört: Ihr habt uns um einige Delegiertensitze meinetwegen betrogen.
Wenn wir in Marktredwitz glaubten, eine endgültige Klärung mit jenem Kompromiß geschaffen zu haben, der eine Delegiertensteigerung für die mitgliederstarken Verbände zuließ - uns in Oberfranken ist es wahrhaftig übelgenommen worden, daß dieser Vorschlag von uns kam -, dann müssen wir schon sagen: Wie kommt das? Welches ist denn der tiefere Grund, der dahintersteckt?

Diese Frage lenkt die Erinnerung wieder zurück an die Zeiten unserer Anfänge, als das Volk zu uns kam, meine Freunde, voller Vertrauen, daß wir den Weg in eine neue Zukunft weisen würden. Als die Union in ihren Kreisverbänden schon überall im Entstehen begriffen war - der Kreisverband Coburg war damals schon gegründet -, da erhielt ich eine Vervielfältigung des Herrn Staatsrats *Schäffer* betreffend Parteigründung. In dieser Vervielfältigung stehen einige Sätze, die den Sinn des Vorstoßes Oberbayerns klarmachen können. Ich lese nur weniges vor; es kommt da in dem Begleitschreiben der Vorschlag:

> Wenn der Name Christlich-Soziale Union gewählt wurde, würde sich daher wohl empfehlen, als Untertitel Bayerischer Volksbund zu nehmen.

(Zurufe: Mhm!)

Was sollen wir damit in Franken machen, meine Freunde? - Am Schluß der Satz:

> daß bei der staatlichen Neuordnung unseres zerschlagenen Vaterlandes die Verwaltung der deutschen Länder grundsätzlich in den Händen der eigenen Landeskinder liegen muß.

Das ist datiert vom 30. Oktober 1945, zu einer Zeit, in der in Bayern schon Hunderttausende von Ostflüchtlingen aus der Kriegszeit saßen und als nach Bayern bereits die ununterbrochenen Züge mit den Vertriebenen rollten.
Und das lenkt die Erinnerung zurück an die Märztagung in Bamberg, als der Herr Staatsrat *Schäffer* - er hat das Wort auch gestern wieder gebraucht - von der Nationalversammlung in Bayern sprach und als er davon sprach, das Ziel müsse die volle staatliche Souveränität sein. Meine Freunde, ich bin nicht Jurist; ich brauche also einem Juristen, auch dem Herrn Staatsrat nicht auseinanderzusetzen, was seit alten Zeiten der Inhalt des Souveränitätsrechts ist: Das ius pacis. Das ius belli, das Kriegführungsrecht, haben wir sowieso nicht. Und welcher Staat der Welt wird denn mit Bayern Frieden schließen wollen? Das ist der tiefere Sinn, und da fällt es uns in Franken schwer, mitzugehen. Denn hier liegen Grenzen der politischen Auffassung; ich will nicht sagen, sie sind generationsbedingt.
Es ist eine grundsätzlich andere Linie, und sie kommt nun zum Durchbruch in jenem Vorstoß des Bezirksverbandes Oberbayern, den der Herr Staatsrat nun mit seiner Ermächtigung durchgeführt hat. Hier muß ein klarer Strich gezogen werden. Wir haben kein Verständnis für endlose und immer wieder aufgewühlte Satzungsfragen. Gerade wir oben an der Grenze werden von drüben in einer Weise infiltriert, von der man sich in München und vielleicht auch in den Kreisen der Staatsregierung nicht die Vorstellung macht, wie wir sie praktisch Tag um Tag haben.

(Sehr richtig!)

Wir haben jetzt bereits aus der Tschechei eine neue Probe in den Flüchtlingen bekommen, die nun zu uns herüberkommen.
Wenn uns Männer kommen und sagen: Schafft Grundlagen für die Not unserer Zeit; Ihr seid auf einem falschen Wege! Dann sind wir jederzeit bereit, unser Versäumnis einzusehen. Aber wenn wir gerade in unserem bedrängten Grenzwinkel einige Wochen vor der Wahl einen Stoß in den Rücken bekommen, der uns nahezu umwirft, dann müssen wir schon sagen: Entweder - oder! Werdet Politiker in dem tiefsten Sinn des Wortes, oder wir wollen unsere Wege gehen, die wir vor Gott und unserem Gewissen für notwendig halten! Denn das ist unsere feste Überzeugung in all dieser Not,

daß auch unser Volk ein Schöpfungsgedanke Gottes ist und daß wir gerade als christliche und soziale Union eine Aufgabe erfüllen müssen, die wir uns durch Satzungsstreitigkeiten nicht verdunkeln und hinauszögern lassen wollen.
Das ist das, was ich im Namen Oberfrankens zu sagen habe.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Staatsrat *Fritz Schäffer* hat das Wort.
*Schäffer*: Meine Damen und Herren! Ich möchte im Gegensatz zu den Herren Vorrednern nicht eine Rede halten, sondern versuchen, Ihnen in Thesen eine Erklärung abzugeben.
Erstens: Ich erinnere mich nicht, daß ich, wie der Herr Vorredner gerade gesagt hat, von einer staatlichen Souveränität gesprochen hätte.

(Dr. *Barth*: In Bamberg, sagte ich. Gestern Stichwort: Nationalversammlung!)

Ich weiß nicht; in Bamberg habe ich davon überhaupt nicht gesprochen.

(Dr. *Barth*: In Bamberg, im März 1946!)

Ich kann mich an den einzelnen Ausdruck aus dem Jahre 1946 nicht erinnern. Wer mich aber kennt, weiß, was ich unter dem Begriff des Staates Bayern verstehe: Keinen vom Reich getrennten Staat, aber den Staat, der Bayern heute ist, mit eigener Lebensmöglichkeit. Ich habe seinerzeit, im Jahre 1945 vielleicht, und zwar bevor die Satzung beschlossen war, allerdings vorgeschlagen, neben dem Wort Christlich-Soziale Union das Wort Bayerischer Volksbund als Untertitel hinzuzusetzen, nachdem dieses Wort in verschiedenen damals bereits gegründeten Kreisverbänden schon als Hauptname gewählt gewesen ist, und zwar in solchen Kreisverbänden, die sich als erste konstituiert hatten.
Ich möchte nun zweitens feststellen: Es handelt sich heute nicht um reine Satzungsfragen. Eine Satzung einer Partei ist dasselbe wie die Verfassung eines Staates: Ein Grundgesetz.

(Sehr richtig!)

Die Wirkungen dieser Verfassung und die Wirkungen der Satzung sind die Wähler. Um die einzelnen Satzungsparagraphen kümmern sie sich nicht; aber um das Leben, um das System, das sich aufgrund dieser Satzungen, dieser Verfassung einer Partei dann bildet, um diese Auswirkungen kümmern sie sich.
Ich möchte dazu nur wieder eine Feststellung treffen: Es handelt sich einmal um keinen Personenstreit. Wenn ich in meiner Rede vom 14. Februar von dem Kommando, dem ich mich nicht unterstellen kann, gesprochen habe, so ist das eine prinzipielle Frage, die von dem Namen *Müller* vollkommen getrennt ist. Ich kann in einer demokratischen Partei eine Kommandogewalt eines einzelnen grundsätzlich nicht als richtig anerkennen.

(Zuruf: Wir auch nicht!)

Ich muß in einer demokratischen Partei dahin trachten, daß der Vertreter der Partei erst spricht und Erklärungen abgibt, wenn er mit den satzungsmäßigen Organen der Partei vorher Fühlung genommen hat.
Ich stehe also auf dem Grundsatz: Ich bin zur Mitarbeit mit jedem Landesvorsitzenden bereit; ich wünsche aber und halte es für notwendig, daß die Erklärungen, die er im Namen der Partei abgibt, vorher durch das satzungsmäßige Organ der Partei, das zuständig ist, gedeckt worden sind. Das ist mein prinzipieller Grundsatz. Wenn es ein Büro gibt, das in dringlichen Angelegenheiten entscheidet, wünsche ich dieses Büro so

zusammengesetzt, daß es - wenn man den Ausdruck Flügel gebraucht - der Flügelbildung innerhalb der Partei paritätisch entspricht.

(*Haußleiter*: Dem Mehrheitswillen in der Partei!)

Es muß der Minderheitsflügel auch vertreten sein.

(Sehr gut!)

Ich bin weiterhin der Meinung, daß das Übergewicht in der Willensbildung der Partei in erster Linie auf den gewählten und auf den von den Wählern heraus geschaffenen Organen beruht. Das sind die beiden Hauptgrundsätze, die ich sozusagen für das Verfassungsleben unserer Partei garantiert haben möchte. Im einzelnen kann man dann über die Paragraphen sprechen, die nicht für das große Gremium, sondern nur für die Ausarbeitung durch einzelne Personen geeignet sind.
Drittens: Verhältnis zur Bayernpartei. Hier ist mir das Wort "wesensverwandt" übelgenommen worden.

(*Haußleiter*: Verbündet haben Sie gesagt!)

- Auch "verbündet", meinetwegen. - Ich stelle folgendes fest: Die Wählermassen, die die Bayernpartei heute hat und morgen umfassen wird, sind großenteils Männer und Frauen, die früher CSU gewählt haben.

(Zuruf: Richtig, aber nicht vor dem 14. Februar!)

- Nein, die Bayernpartei und die Bewegung der Bayernpartei hat sich schon vor dem 14. Februar gerührt. - Richtig ist das eine, daß diese Bewegung vielleicht in Südbayern zuerst aufgeflammt ist und wir diese Gefahr - Gefahr vom parteipolitischen Standpunkt aus - zuerst gesehen haben. Jeder Bezirksverband verlangt, daß seine Interessen und seine Lebensgrundlagen möglichst beachtet werden. Und die Bayernpartei ist nicht in einer Zeit entstanden, in der ich politisch tätig gewesen bin. Wenn die Unzufriedenheit, die die Grundlage für die Bayernpartei ist, entstanden ist, so ist diese Unzufriedenheit in den Jahren entstanden, in denen ich nicht politisch tätig gewesen bin.

(Gelächter.)

Das ist eine Tatsache.
Nun sage ich folgendes: Ich bin in meinem Leben nie ein reiner Parteipolitiker gewesen; und ich glaube, wir haben alle Verantwortung über die Grenzen und den Rahmen unserer Partei hinaus gegenüber dem gesamten Volke. Ich will nicht den Zustand wieder sehen, daß in der Dorfgemeinde - nehmen wir einmal ein Beispiel - die zwei Nachbarn, die im selben Lebensverhältnis stehen, sich als Feinde gegenüberstehen, wie wir das in früherer Zeit gesehen haben; ich darf daran erinnern: Bayerische Volkspartei und Bauernbund. Ich möchte einen Bruderzwist zwischen Männern und Frauen, die aus demselben Lebenskreis stammen, nach Möglichkeit vermieden haben.

(Bravo!)

Das ist der Grundsatz, nach dem ich handle. Ich glaube, daß ich, wenn ich gestern den Ausdruck Wildwasser gebraucht habe, damit nach keiner Seite eine Diffamierung ausgesprochen, sondern lediglich betont habe, daß es sich um eine vorläufig - ich möchte sagen - ohne Führung entstandene Parteigründung handelt; das Wort Bewegung will ich nicht gebrauchen.

(Zuruf: Nur durch Herrn *Hoegner* instruiert!)

- *Hoegner*; na ja, ich weiß nicht. - Und ich möchte dahin wirken, daß wir den Bruderzwist in unserer Wählerschaft nach Möglichkeit vermeiden können.

(Bravo-Rufe.)

Ich muß noch eine Feststellung machen: Als ich das Bild der Christlich-Sozialen Union vor mir hatte, habe ich dringend gewünscht, daß die alten Parteiunterschiede in der CSU verschwinden. Ich habe aus der Rede von Herrn Dr. *Eichhorn* den Eindruck, daß diese Gegensätze nicht verschwunden sind

(Sehr gut!)

und daß es sich noch gegen eine besondere Seite richtet.
Nun die Haupterklärung, die Sie wünschen! Da kann ich nur das wiederholen, was ich im Geschäftsführenden Vorstand schon ausgedrückt und was ich gestern in meiner Rede gesagt habe: Ich habe die Ermächtigung vom Bezirksverband Oberbayern zu verhandeln. Ich habe eine weitere Ermächtigung, ohne die Bezirksversammlung zu handeln, nicht. Ich habe deshalb im Geschäftsführenden Vorstand erklärt, ich will den Weg zu satzungsmäßigen Verhältnissen möglichst rasch zurückfinden. Ich habe daher den konkreten Vorschlag gemacht, es möchte, nachdem die Verhandlungen mit dem Herrn Parteivorsitzenden nicht möglich waren, möglichst rasch ein anderes satzungsmäßiges Organ - ich habe die Landesvorstandschaft vorgeschlagen - möglichst noch vor dem Landesausschuß mit mir sprechen, damit wir zu einer Verhandlungsgrundlage kommen, die dem zuständigen Gremium vorgelegt wird und die dann den Weg zum satzungsmäßigen Leben der Union eröffnet.

(Frau Dr. *Meyer-Spreckels*: Zuerst muß Oberbayern zurück in die Union!)

Es war im Geschäftsführenden Vorstand schon ein Beschluß gefaßt, daß die Landesvorstandschaft gestern vormittag um 8 Uhr eingeladen und daß über diese Gedanken dort gesprochen werden sollte. Wenn das geschehen wäre, hätten wir uns vielleicht zwei Tage erbitterter Debatte ersparen können.

(Dr. *Horlacher*: Das war kein Beschluß, das war wieder ein Schreiben!)

Dieser Beschluß, der jedenfalls von einem Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes, das mir den Brief geschrieben hatte, als Beschluß aufgefaßt worden ist, ist dann in seiner Abwesenheit aufgehoben worden. Ich stelle nur die Tatsache fest, daß, wenn diesem Beschluß entsprochen worden wäre, gestern vormittag zwischen 8 und 10 Uhr wahrscheinlich schon die Verhandlungsbasis gefunden worden wäre, die mich ermächtigt hätte, unter Umständen noch weitergehende Erklärungen abzugeben.
Ich würde dringend bitten, das, nachdem es unglückseligerweise bisher nicht dazu gekommen ist, möglichst nachzuholen. Dann ist in wenigen Tagen für Oberbayern der Weg zurück geöffnet.

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir stehen jetzt vor der Entscheidung.
Ich möchte es mir ersparen, auf die Ausführungen des Herrn Staatsrats *Schäffer* noch einzugehen. Über die Parteibildung bestanden die Zweifel. Ich habe hier ein Schreiben, das damals noch für den Bayerischen Volksbund von Staatsrat *Schäffer* hinausgegeben worden ist. Aber die alten Zeiten stehen hier nicht zur Entscheidung, sondern es steht der neue Weg in [die] Zukunft zur Entscheidung.

Wir sind uns gestern darüber klar geworden, es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß wir mit Unklarheit von hier weggehen.

(Sehr richtig!)

Wir haben gestern - das ist die Meinung, die sich nahezu bei allen anderen Bezirksverbänden gezeigt hat - festgestellt: Das Vorgehen des Bezirksverbandes Oberbayern würde, wenn es Vorbild für andere Bezirksverbände wäre, zur Selbstauflösung der Union führen.

(Sehr richtig!)

Es muß - und hier trage ich die Meinung des Vorstandes vor, der darüber entschieden hat, denn ich habe mich bei dieser Entscheidung wesentlich zurückgehalten - daran festgehalten werden, daß jedes Organ der Union nur innerhalb der von der Landesversammlung als dem entscheidenden Gremium der Union bestimmten Satzungen zu handeln hat.

(Sehr richtig!)

Ein Handeln außerhalb der Verfassung bedeutet nach normalen Begriffen eine Revolte; und die Partei ist um ihrer selbst willen gezwungen, hier eine klare Entscheidung herbeizuführen, damit in der Zukunft solche Lösungen vermieden werden.

(Sehr richtig!)

Das bedeutet nicht, daß einem einzelnen Bezirksverband hier ein Unrecht geschehen soll. Der Bezirksverband hat, wenn eine Entscheidung getroffen ist, die Möglichkeit, seinerseits dann durch Aufhebung des Beschlusses zurückzukehren. Persönliches steht völlig außerhalb.

Ich will jetzt nicht nochmals auf die Niederschrift des Bezirksverbandes Oberbayern eingehen und hier darauf hinweisen, daß die heutigen Erklärungen davon abweichen; es interessiert uns nicht. Wir haben bei der Regierungsbildung gezeigt, daß Dissonanzen persönlicher Art unter vernünftigen Leuten rasch zu überwinden sind. Staatsrat *Schäffer* ist ein vernünftiger Mann, und ich würde mich dabei auch vernünftig zeigen.

Das würde hier nicht entschieden zu werden brauchen. Dazu bräuchten wir auch kein Vermittlungsgremium, sondern zwei Männer setzen sich in einem solchen Falle zusammen. Wenn sie wollen, vereinbaren sie dann einen Abend, und dann spricht man sich aus. Das steht nicht zur Debatte. Dafür braucht man auch nicht ein einzelnes Gremium; denn ein solches Gremium würde für mich untragbar sein. Ich bin ja von Ihnen als Parteivorsitzender gewählt. Ich kann nicht erst ein Mittelgremium zwischen einen Parteifreund und mich stellen. Habe ich unrecht gehandelt, dann hat der Parteifreund das Recht, das Schiedsgericht anzurufen, und ich muß vor das Schiedsgericht gehen wie jeder andere. Habe ich nach meinem Gewissen recht gehandelt, dann kann ich mich mit ihm aussprechen, oder Sie müssen dann, wenn eine Versammlung über das Vertrauen entscheidet, über mich entscheiden. Die satzungsmäßige Möglichkeit ist ohne weiteres gegeben, ein Vertrauens- oder ein Mißtrauensvotum herbeizuführen. Alle diese Dinge stehen außerhalb der Debatte.

Es handelt sich um einen Klärungsprozeß innerhalb der Union, nämlich dafür zu sorgen, daß kein einzelnes Organ satzungswidrig, also verfassungswidrig, handeln und das Recht, das sich die Union selbst gegeben hat, brechen kann. Es handelt sich aber darüber hinaus um eine politische Entscheidung, die Staatsrat *Schäffer* mit Recht aufgezeigt hat; das ist die politische Entscheidung der klaren Grenzziehung zu anderen Par-

teien. Es gäbe nichts Gefährlicheres, als wenn die Union in sich selbst zerbröckeln würde, ohne daß sie diese Gefahr erkennt, daß sie dadurch in sich zerbröckeln würde, daß - um es konkret zu sagen - eine Bayernpartei in der Union die Politik der Bayernpartei machen würde.

(Sehr richtig!)

Es geht darüber hinaus darum: Wir machen als Föderalisten Front gegen den Zentralismus; wir machen aber eine ebenso klare Front gegen den Separatismus.

(Zustimmende Zurufe.)

Verwaschenheiten gelten nicht, das sind wir unserem Volk schuldig. Hier müßte selbst ein Interesse der Union an ihrem eigenen Bestand zurücktreten. Hier müßten Klärungen eintreten, die eine Entwicklung, wie sie vor 1933 war, verhindern würden.

(Sehr richtig!)

Herr Staatsrat *Schäffer* hat etwas die alte Zeit gestreift. Die Union ist eine neue Partei geworden; das zeigt sich immer wieder, auch bei diesen Debatten, bei dem Ringen um einen Willen, um den Gesamtwillen der Union. Aus der Vergangenheit unserer bayerischen Heimat wollen wir nur eines lernen:

(Bravo!)

Auch damals ist es vielleicht versäumt worden, klare Fronten gegen bestimmte Männer in Bayern zu ziehen, die damals eine bayerische nationalistische Politik gemacht und sie mit der nationalistischen Politik auf deutscher Ebene gekoppelt haben.
Man braucht nur die Namen *Kahr* und einige andere zu nehmen und Vorgänge *Ludendorff-Hitler* daneben zu setzen. Diese Entwicklung wird von uns aus gesehen nicht mehr ermöglicht. Je klarer wir auch in unserer jetzigen Stellungnahme sind, desto klarer wird die Politik unseres bayerischen Heimatlandes sein, desto klarer fällt auch hier eine Entscheidung für Bayern und für Deutschland.

(Zustimmung.)

Ich bitte jetzt, den Antrag nochmals zu verlesen, der gestellt wurde. Ich nehme an, daß sämtliche anderen Anträge durch diesen überholt, zumindest überlagert sind. Sie erübrigen sich, wenn dieser Antrag angenommen ist. Ich bitte, den Antrag zu verlesen.
Dr. *Schedl*:

> Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union in Bayern stellt fest, daß ein Teil der von der Bezirksversammlung Oberbayern am 14. Februar 1948 gefaßten Beschlüsse gegen die Satzungen der Christlich-Sozialen Union in Bayern verstößt. Er verurteilt dieses Vorgehen als parteischädigend. Dadurch daß Herr Staatsrat a.D. *Schäffer* in seiner Eigenschaft als erster Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern außerdem in einem an den Zonenvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union der britischen Zone [*Konrad Adenauer*] gerichteten Brief die Legitimation des Landesvorsitzenden bestritten hat, die Christlich-Soziale Union nach außen zu vertreten, hat er namens des Bezirksverbandes Oberbayern das Ansehen der Partei und das Ansehen des Landes Bayern in einer für die politische Stellung und Bedeutung Bayerns entscheidenden Stunde schwer beeinträchtigt.
> Wer den satzungswidrigen Beschlüssen des Bezirksverbandes Oberbayern Folge leistet, hat sich damit von selber außerhalb der Christlich-Sozialen Union in Bayern gestellt.

Zur Wiederherstellung satzungsgemäßer Zustände innerhalb des Bezirksverbandes Oberbayern wird der Landesvorstand beauftragt, unverzüglich eine Erklärung der einzelnen Kreisverbände Oberbayerns bezüglich ihres Verhältnisses zur Christlich-Sozialen Union in Bayern herbeizuführen und gegebenenfalls den Bezirksverband neu zu organisieren.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir stimmen ab.
*Fischer Heinz* (Münchberg): Zur Geschäftsordnung! Meine lieben Parteifreunde! Der Landesvorsitzende hat wohl in sehr klaren Worten die entscheidende Stunde, die jetzt vor uns steht, geschildert. Ich stelle daher seitens der Jungen Union Frankens den Antrag, über diesen Beschluß namentlich offen abzustimmen.
*Lang*: Zur Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren! Mein Antrag, den ich gestern früh eingebracht habe, ist damit nicht überholt. Ich ersuche, meinen Antrag vorzubehandeln. Denn mein Antrag geht nach meiner Auffassung weiter als dieser Antrag.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dieser Antrag ist der weitergehende Antrag. Darf ich hier die Meinung der Versammlung einholen? Ich stelle fest, daß der Antrag der Vertreter der Bezirksverbände der weitergehende Antrag ist. Wer ist gegen diese Feststellung?
*Lang*: Ich bitte, meinen Antrag mit Anhang zu verlesen, damit die Versammlung entscheiden kann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Welchen Antrag?
*Lang*: Den ich eingebracht habe, auch schriftlich.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann bitte ich den Antrag von *Lang* zu verlesen. Ich bitte also Platz zu nehmen.
Dr. *Horlacher*: Zu dem Antrag *Lang*!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Aber nur zu dem Antrag *Lang*!
Dr. *Horlacher*: Die Annahme des Antrages *Lang* halte ich aus folgenden Gründen für unmöglich. Erstens: Zuerst muß Klarheit geschaffen werden, daß das satzungswidrige Verhalten des Bezirksverbandes Oberbayern zurückgewiesen wird. Zweitens steht es, wenn die Satzungsmäßigkeit wiederhergestellt ist, Oberbayern frei, sich in entsprechender satzungsgemäßer Weise mit Anträgen an die zuständigen Organe der Partei zu wenden und diese haben mit den Organen, die der Partei zur Verfügung stehen, das weitere zu veranlassen. So ist der satzungsgemäße Weg. Ich will der Person des Herrn Ministerpräsidenten nicht nahe treten. Er hat sich in die inneren Angelegenheiten der Partei in diesem Punkt nicht von vorneherein einzumischen.
Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Ich habe mit keinem Wort ...
Dr. *Horlacher*: Herr Ministerpräsident, das ist ja der Antrag. Unser Verhältnis wird dadurch nicht getrübt, wie ich überhaupt nichts gegen die Regierung habe. Ich möchte haben, daß die Regierung aus diesen Dingen vollständig herausbleibt.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich möchte sehen, daß das geschieht. Aus diesen Gründen bin ich gegen den Antrag *Lang*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, den Antrag *Lang* zu verlesen.
Dr. *Schedl*: Antrag.

Der Landesausschuß wolle beschließen:
Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* soll ein aus sieben Mitgliedern bestehender Unterausschuß die Lage innerhalb der CSU klären und positive

Vorschläge für eine echte Einigung ausarbeiten. Dem Ausschuß soll niemand angehören, der selbst an der Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit beteiligt war.
Dem Ausschuß sollen angehören:
1. Ministerpräsident Dr. *Ehard*,
2. ein Vertreter des Landesvorstandes, der selbst nicht an der öffentlichen Diskussion beteiligt war,
3. ein Vertreter des Bezirksverbandes Oberbayern,
4. eine Vertreterin der Frauen,
5. ein evangelischer Vertreter aus Franken,
6. ein Vertreter aus Schwaben,
7. ein weiterer Vertreter aus Franken.

Der Ausschuß wird die an der Auseinandersetzung beteiligten Personen hören, insbesondere die Herren:
Staatsminister Dr. *Josef Müller*,
Staatsminister Dr. *Hundhammer*,
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*,
Staatsrat *Fritz Schäffer*,
Abgeordneter *August Haußleiter*,
und nach freiem Ermessen noch andere Parteifreunde.
Die zu hörenden Personen sind über die gleichen Fragen zu befragen. Als Anlage liegt ein Vorschlag zur Fragestellung bei.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich bedauere, daß *Lang* jetzt am Schlusse noch eine Geschäftsordnungsdebatte veranlaßt hat dadurch, daß dieser Antrag nochmals kam. Wenn wir diesem Antrag stattgeben würden, hätten wir die ganze gestrige Debatte, die dazu dienen sollte, in gelockerter Weise eine Klärung zu schaffen, nicht gebraucht. Wir waren uns alle darüber klar. Ich glaube, es war das Gute an der Debatte, daß der Ministerpräsident als Mitglied der Regierung außerhalb der Debatte geblieben ist.

(Zurufe: Schluß, abstimmen!)

Ich lasse infolgedessen darüber abstimmen. Ich habe vorhin schon mit der Abstimmung begonnen. Ich stelle fest: Durch die Abstimmung über den Antrag der Vertreter der Bezirksverbände ist der Antrag *Lang* überholt. Wer ist gegen diese Feststellung? 13 sind dagegen. Wer ist für die Feststellung? Ich bitte, sich zu überzeugen, daß das die weitaus überwiegende Mehrheit ist. Wer enthält sich? 14 haben sich enthalten. Ich glaube, wir brauchen diejenigen, die für die Feststellung waren, nicht zu zählen. Es war die weit überwiegende Mehrheit.
Wir kommen zur Abstimmung zu dem Antrag der Bezirksverbände.

(Dr. *Pfeiffer*: Ist dazu eine Erklärung möglich? Nur ein Satz!
- Weiterer Zuruf: Es wurde gestern erklärt, daß Oberbayern bei den Abstimmungen nicht mitwirkt. Ich habe gerade festgestellt, daß Staatsrat *Schäffer* mitgewirkt hat.)

Herr Staatsrat *Schäffer*, ich möchte absolut satzungsmäßig handeln. Satzungsmäßig ist es wohl so, damit ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß durch Ihren Beschluß die Frage zweifelhaft sein kann, ob Sie mitstimmen können oder nicht. Wollen Sie dazu vielleicht noch ganz kurz die Feststellung von gestern wiederholen oder Ihre Meinung ausdrücken?

*Schäffer*: Ich habe gestern die Erklärung abgegeben: Um eine Debatte über diese Frage zu vermeiden, erklärt Oberbayern, daß es sich der Stimme enthält.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, es kann allgemein anerkannt werden, daß eine Stimmenthaltung Oberbayerns nicht satzungswidrig gewertet wird. Damit ist klargestellt, daß hier die Satzungen beachtet sind. Ich lasse dann über den Antrag abstimmen. Es ist namentliche Abstimmung gewünscht worden. Da die namentliche Abstimmung auch von einem einzelnen gewünscht wird, wenn sie hier von der Jungen Union gewünscht wird, wird sie durchgeführt.

(Bravo!)

Bevor verlesen wird, bitte ich feststellen zu dürfen, daß ich glaube, im Sinne aller zu handeln, wenn ich mich als Landesvorsitzender in diesem Falle nicht an der Abstimmung beteilige. Der Herr Ministerpräsident wird wahrscheinlich eine gleiche Erklärung abgeben.

(Zustimmung von Ministerpräsident Dr. *Ehard*.)

Auch der Herr Ministerpräsident *Ehard* beteiligt sich nicht an der Abstimmung.

(Dr. *Pfeiffer*: Ich glaube, die Kabinettsmitglieder überhaupt nicht!
Dr. *Hundhammer*: Das kann jeder machen wie er will!)

*Euerl*: Wie wird abgestimmt?
Staatssekretär *Lacherbauer*: Mit Ja und Nein und mit Enthaltung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird mit Enthaltung, mit Ja oder Nein gestimmt. Soll der Antrag nochmals verlesen werden? Nein, es ist nicht notwendig. Dann beginnt die Abstimmung.

(Zustimmung, Zuruf.)

Die Verlesung wird nochmals gewünscht. Dann wird nochmals verlesen. Ich bitte um Ruhe. Ich bitte, dafür zu sorgen, daß alle Stimmberechtigten hereinkommen.
Dr. *Schedl* verliest den Antrag der Bezirksverbände noch einmal.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Abstimmung beginnt. Ich bitte zu verlesen, Landesvorstandschaft, Staatsregierung.

(Zuruf *Sporer*: Es wird geheim abgestimmt? Widerspruch.)

Es wird namentlich abgestimmt. Ich erkläre zu dem Einwand *Sporer*, damit keine Bedenken bestehen, ausdrücklich: Das Verlangen nach namentlicher Abstimmung ist das weitestgehende Verlangen. Infolgedessen wird ihm stattgegeben, da es von einer entsprechenden Gruppe gestellt wird.
(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.
Während der Abstimmung erklärt Staatsrat *Schäffer* auf Anfrage, daß er die Vollmachten für Oberbayern habe.
Nach Schluß der Abstimmung.) Dürfte ich bei der Wichtigkeit der Abstimmung jetzt zwei Freunde bitten, die Überprüfung vorzunehmen. Darf ich vielleicht *Rathgeb* und *Sedlmayr* bitten. Würdet Ihr so gut sein, die Überprüfung noch einmal durchzuführen?
*Hagn*: Zur Abstimmung! Ich habe die Befürchtung, daß Stimmen abgegeben wurden, die keiner übertragen hat. Ich möchte als Stichprobe die Übertragung der Stimme *Weinkamm* von Augsburg sehen.
Dr. *Schedl*: Meine Damen und Herren, dazu folgende Erklärung: Wer hier vorne unter den Delegierten sitzt, hat einen Delegiertenausweis.
Der Delegiertenausweis wird nur ausgehändigt gegen Nachweis der schriftlichen Stimmübertragung. Der einzige Parteifreund, der diesen meines Wissens nicht vorge-

legt hat, ist Parteifreund *Mayr*. Er hat ihn aber. Ich habe ihn von hier aus bei der Abstimmung gesehen. Ich bitte ihn, diesen Ausweis noch abzugeben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit ist das als ordentlich festgestellt. Bitte, wollen die beiden Freunde noch die Auszählung überprüfen. Sie haben alle die Stimmabgabe beobachtet. Ich bitte, hierzubleiben, bis das Resultat bekannt ist. Ich darf Parteifreund *Pfeiffer* das Wort geben zu einer kurzen Erklärung.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Für meine Person - ich glaube aber im Namen einer Reihe von Freunden zu sprechen, die in der gleichen Lage sind - habe ich zu erklären: Ich bin grundsätzlich für die baldigste Rückführung des Bezirksverbandes Oberbayern in den Rahmen der Parteisatzungen.

(Bravo!)

Der Antrag, der vorlag und der in der Form dann in der Debatte ziemlich in den Hintergrund getreten ist, enthält aber eine große Reihe von Punkten, unter denen sich einzelne befanden, denen man hätte zustimmen können, andere, denen ich unter gar keinen Umständen habe zustimmen können. Durch diese Mischung glaube ich, daß der Antrag die Situation mehr belastet als erleichtert.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Anton*, wir wollen nicht mehr in die Debatte eintreten.

(*Haußleiter*: Man muß wissen, warum man abgestimmt hat.)

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Das ist der Grund, warum ich dafür gestimmt habe, ihn abzulehnen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir wollen in keine Debatte eintreten. Die Abstimmung ist abgeschlossen, die Entscheidung ist gefallen. Ich bitte um Ruhe für technische Bekanntgaben.
Dr. *Schedl* gibt eine Aufklärung bezüglich des Quartiergeldes sowie einen Hinweis zur Erlangung von Zulassungskarten für die Heimfahrt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf ausdrücklich feststellen: Wir werden heute noch Wahlen vorzunehmen haben. Infolgedessen bitte ich alle Freunde hierzubleiben. Wir werden uns in der Zeit sehr kürzen müssen, damit wenigstens die zwei Hauptpunkte erledigt werden. Es ist vorgesehen, daß gerade auch mit Rücksicht auf die Wahlen, wenn es irgendwie geht, im März noch eine Landesausschußsitzung stattfindet, die sich mit anderen Themen, vor allem mit den wichtigen Arbeiten der Partei befassen muß. Wenn es irgendwie möglich ist, wird diese Sitzung gehalten werden. Aber heute muß das dringendste erledigt werden. Der Auftrag, den wir in Marktredwitz bekommen haben, muß durchgeführt, die Satzungen müssen heute beschlossen und die Wahlen müssen vorgenommen werden.
Ich bitte um Ruhe und darum, die Plätze einzunehmen. Ich gebe das Abstimmungsresultat bekannt:
An der Abstimmung waren beteiligt 109 Stimmberechtigte. Mit Ja haben gestimmt 68, mit Nein 18, 23 haben sich enthalten.
Meine lieben Freunde! Wir sind uns alle über die Bedeutung der Abstimmung im klaren. Ich bitte jetzt nur die Freunde von Oberbayern, daß sie sich auch ihrerseits völlige Klarheit über den Weg verschaffen, den wir so gehen wollen, daß wir wirklich von der Freundschaftsbasis ausgehen, die zwischen uns bestanden hat und die auch zwischen uns bleiben möge. Wir haben Verständnis für vieles. Ich bitte alle Freunde aus Oberbayern, auch Verständnis zu haben für die Notwendigkeiten der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

Damit ist auch der Punkt Politische Aussprache abgeschlossen, wenn sich kein Widerspruch erhebt.

(Dr. *Strauß*: Ich bitte ums Wort zu einer persönlichen Bemerkung!)

Zu einer persönlichen Bemerkung hat Parteifreund *Strauß* das Wort.

Dr. *Strauß*: Eine persönliche Bemerkung! Herr Staatsminister *Pfeiffer* hat gestern mit mir eine kleine persönliche Differenz gehabt. Ich habe meine Meinung anschließend gesagt. Herr Staatsminister *Pfeiffer* war so freundlich und unvoreingenommen, heute morgen die Sache beizulegen.

Ich möchte hier als Mitglied der Jungen Union vor aller Öffentlichkeit erklären, daß ich dem Staatsminister *Pfeiffer* nichts nachtrage und daß ich mich in derselben Weise wie bisher als seinen politischen Freund betrachte. Wenn er hier säße, würde ich ihm jetzt öffentlich die Hand geben. Er ist leider nicht da, deshalb kann ich es nicht tun.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Er ist einen Moment hinausgegangen.

Meine lieben Freunde, darf ich vorschlagen, jetzt den 1. Punkt der Tagesordnung zu behandeln "Satzungsänderung": Wie ich gehört habe, könnte sich die Möglichkeit ergeben, daß vorgeschlagen wird, daß zuerst die Neuwahlen durchgeführt werden. Meine lieben Freunde, es hat keinen Sinn, die Satzungsänderungen nicht zu beschließen, nachdem wir den gebundenen Auftrag haben, im Februar diese Landesausschußsitzung zu halten und hier die Satzungsänderung zu beschließen. Infolgedessen müßten zuerst die Satzungsänderung beschlossen und dann die Neuwahlen durchgeführt werden. Wir können dann nur überlegen, ob wir eventuell noch etwas auf eine weitere Landesausschußsitzung übertragen.

Bei den Satzungsänderungen darf ich auf eines hinweisen: Die Satzungen wurden von der Landesversammlung beschlossen. Wir haben in der Landesversammlung ausdrücklich festgestellt, daß noch keine Bestimmung getroffen ist, die eine qualifizierte Majorität für eine neue Satzungsänderung vorsehen würde. Ich schlage Ihnen vor, daß wir auch heute noch nicht eine solche Bestimmung in die Satzungen aufnehmen,

(Sehr richtig!)

so daß auf diese Weise die Möglichkeit besteht, daß dem Willen von Parteifreunden jederzeit in einer neuen Landesversammlung Rechnung getragen werden kann, wenn ein Abänderungswille besteht. Sie kennen die Meinungsverschiedenheiten um die Stimmberechtigung. Ich habe mich absichtlich bisher nicht damit befaßt, meinerseits Stellung zu nehmen. Ich werde aber dem Landesvorstand den Vorschlag unterbreiten, daß vielleicht diejenigen, die sich bis jetzt besonders damit befaßt haben, einmal von [der] Landesvorstandschaft zu einer Besprechung zusammengeholt werden, damit man dort einmal versucht, nach Recht und Gerechtigkeit eine Kalkulation durchzuführen, und zwar in bezug auf die satzungsmäßigen und die politischen Auswirkungen, so daß wir dann für die Zukunft eine bessere Debattegrundlage bekommen.

Ich schlage vor: Lassen Sie es heute draußen, erschweren Sie nicht die Diskussion damit, sondern behalten sie das der weiteren Klärung vor.

Darf ich fragen, ob die Parteifreunde, die im Satzungsausschuß beteiligt waren, damit einverstanden sind, daß der Landesgeschäftsführer, der auch dabei war, den Bericht erstattet und die Satzungen dann verliest?

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Zur Geschäftsordnung! Bei der Beratung über so wichtige Dinge wie es Satzungsfragen sind, würde ich es für sehr richtig halten, wenn uns die Satzungen schriftlich in die Hand gegeben würden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann bitte ich, jetzt die Satzungen auszugeben.[5]

[5] Der Text des Änderungsentwurfes findet sich im Anhang, Dok. Nr. XXII, S. 1825ff.

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Außerdem möchte ich hier doch geschäftsordnungsmäßig beanstanden, daß uns die Satzungen nicht vorher zugeschickt worden sind. Satzungen, über die man sprechen und entscheiden soll, sollte man nicht erst unmittelbar bei Beginn der Abstimmung in die Hand bekommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der derzeitige Landesgeschäftsführer hat dazu das Wort.
Dr. *Schedl*: Schon in Marktredwitz ist beanstandet worden, daß der Änderungsentwurf nicht rechtzeitig zugestellt worden ist. Das ist an sich vollkommen richtig. Aber ich habe mich nach Erlangen bemüht, noch in der gleichen Woche, in der wir getagt haben, den Satzungsausschuß zusammenzurufen. Ich habe Rücksprache genommen mit Herrn Minister Dr. *Pfeiffer*. Wir hatten den Termin vereinbart. Herr Dr. *Pfeiffer* rief daraufhin an, er könne zu diesem Zeitpunkt von Frankfurt nicht zurück sein, worauf ich, um ja nicht den Vertreter Oberbayerns auszuschalten, einen späteren Zeitpunkt vereinbart hatte. Unglücklicherweise war damals Länderrat, bei dem auch wieder prominente Persönlichkeiten waren. Die Sitzung mußte daher noch einmal verschoben werden. Der Satzungsausschuß konnte daher erst unmittelbar vor der Landesversammlung seine Arbeit beenden.
Wenige Tage vor der Versammlung kann man das Material nicht mehr wegschicken, weil die Gefahr besteht, daß die Post zu lange dauert.

(Dr. *Hundhammer*: Sie hätten den Entwurf ebensogut wie die Junge Union gestern verteilen können!)

Diese Entwürfe sind in Marktredwitz verteilt worden. Der Satzungsausschuß hat sich in der Zwischenzeit noch einmal getroffen. Das ist richtig. Aber ich habe gestern die Entwürfe nicht verteilt, damit zum Zeitpunkt der Beratung wirklich jeder Delegierte einen Entwurf hat, weil sonst, wie die Erfahrung zeigt, viele die Entwürfe als Notizblätter benützen, und dann zur Beratung die Entwürfe nicht mehr vorhanden sind. Aus diesem Grunde habe ich mit der Verteilung bis zur Beratung gewartet.
*Butterhof*: Ich bitte festzustellen, ob aus dem oben durch die Abstimmung zustande gekommenen Beschluß nicht zu folgern ist, daß die an den Beschlüssen der Bezirksversammlung Oberbayern Beteiligten, solange sie nicht eine entsprechende Erklärung abgegeben haben, hier nicht mehr mitwirken können.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Staatsrat *Schäffer* hat gestern dazu schon Stellung genommen. Ich nehme an, daß die Erklärung, daß sich Oberbayern der Stimme enthält, auch hier gilt. Ich würde bitten zu warten, welche Beschlüsse die Bezirksversammlung Oberbayern faßt und schlage dem Ausschuß vor, daß die Enthaltung des Bezirksverbandes Oberbayern zur Kenntnis genommen und daß aus dieser Haltung kein satzungswidriges Verhalten abgeleitet wird.
*Haußleiter*: Zur Geschäftsordnung! Wir haben beschlossen, daß diejenigen, die bei dem satzungswidrigen Beschluß von Oberbayern mitgewirkt haben, sich selber außerhalb der Union gestellt haben, d.h. sie sind de facto nicht mehr Mitglieder der Union. Das gilt für alle, die dabei mitgewirkt haben.

(Dr. *Lacherbauer*: Das ist ein Bockmist!)

Nun möchte ich vorschlagen, daß wir diese Frage nicht diskutieren, daß aber aus der Tatsache, daß wir sie jetzt nicht klären, keine Rechtsfolgen abgeleitet werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf nochmals erklären: Wir stellen ohne lange Geschäftsordnungsdebatte fest: Aus dem Verhalten Oberbayerns heute werden von keiner Seite Einwendungen gegen die Abstimmung erhoben.
*Haußleiter*: Auch keine Rechtsfolgen abgeleitet!

Vorsitzender [*Josef Müller*]: ... keine Einwendungen erhoben und keine Rechtsfolgen abgeleitet. Darf ich Ihre Zustimmung annehmen, und damit auch die ausdrückliche Zustimmung Oberbayerns? Das ist beschlossen.
Staatssekretär Dr. *Lacherbauer*: Nicht zu *der* Sache! Meine Damen und Herren, ich bin gewohnt, die Dinge ernst zu nehmen und ich muß leider sagen: Nachdem ich diese so schwerwiegende Urkunde erst jetzt in die Hand gedrückt bekommen habe - die Gründe, warum sie so spät gekommen ist,[6] sind plausibel, aber sie ändern nicht die Situation -, bin ich leider nicht in der Lage, an der Abstimmung über die Satzungen teilzunehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das wird zur Kenntnis genommen. Ich habe ausdrücklich erklärt: Es gibt auch nachher noch eine Gelegenheit mitzuwirken. Aber wir müssen heute unser Mandat erledigen.
Ich bitte, jetzt mit der Verlesung zu beginnen. Die Verteilung ist vorgenommen.
*Haußleiter*: Zur Geschäftsordnung! Ich glaube ebenfalls wie *Lacherbauer* nicht, daß wir in der Lage sind, nach einmaligem Zuhören den ganzen Komplex zu klären. Ich schlage folgendes Verfahren vor:
Allein diejenigen Satzungsänderungen [sind] zu diskutieren, die in Marktredwitz beschlossen worden sind - das sind zwei wesentliche Punkte - und die die Voraussetzung für die abzuhaltenden Neuwahlen sind. Das ist möglich, weil es die Tatbestände von Marktredwitz sind. Ich schlage weiter vor, die anderen Einzelheiten zu überweisen. Das scheint mir das richtige Verfahren. So kommen wir rasch zu klaren Ergebnissen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich folgenden Ausweg vorschlagen: Mit Rücksicht darauf, daß wir unser Mandat durchführen müssen, halten wir zwei Lesungen im Landesausschuß: Erste Lesung heute, zweite Lesung im nächsten Landesaussschuß. Bei der ersten Lesung wird nach dem Vorschlag *Haußleiter* verfahren.

(Dann ist die Wahl nicht gültig!)

Wir werden dann feststellen, daß die Wahlen auf jeden Fall aufgrund der ersten Lesung gültig sind.

(Zuruf: Das geht nicht!)

*Haußleiter*: Ich schlage nochmals vor, nur die Grundsatzpunkte von Marktredwitz, die dort angenommen worden sind, in ihrer endgültigen Formulierung hier zu bestätigen. Es sind zwei Punkte: Es ist die Feststellung, daß die Zahl der Vertreter für je volle 500 Mitglieder um einen Vertreter erhöht wird,
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
- es ist ferner der Beschluß, daß neben den Landesvorsitzenden zwei Stellvertreter treten. Diese beiden Punkte beschließen wir heute in ihrer endgültigen Formulierung. Die übrigen Einzelheiten überweisen wir an den nächsten Landesausschuß.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Als Mitglied des Satzungsunterausschusses stelle ich fest, daß bei der letzten Beratung der Satzungsunterausschuß nicht vollständig war. Ich schlage vor, einen permanenten Satzungsunterausschuß einzusetzen, der die Satzung noch einmal überarbeitet. Über die grundsätzlichen Fragen möchte ich wie Haußleiter abstimmen.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich stimme dem bei. Bis dahin ist auch die Frage Oberbayern geklärt, und wir können dann direkte Entscheidungen treffen.

[6] In der Vorlage: "sind".

Ich lasse über den Antrag *Haußleiter* abstimmen. Der Antrag ist bekannt. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag *Haußleiter*? Damit ist der Antrag *Haußleiter* einstimmig angenommen. Jetzt werden die wesentlichen Punkte verlesen.
Dr. *Schedl*: Der eine wesentliche Punkt betrifft den § 44.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, auf jeden Fall alle stimmberechtigten Vertreter hereinzuholen, damit die Stimmfähigkeit nicht bezweifelt werden kann.
Dr. *Schedl*: Der § 44 befaßt sich damit, daß eine Änderung in der Art der Delegierung zur Landesversammlung nach dem Beschluß von Marktredwitz vorgesehen ist. Die bisherige Fassung des entscheidenden Teiles in Buchstabe a des § 44 lautet:

> Die Landesversammlung ist das oberste politische Organ der Christlich-Sozialen Union in Bayern. Sie besteht aus:
> a) je zwei stimmberechtigten Vertretern der Kreisverbände.

Das müßte nach dem Marktredwitzer Beschluß jetzt wie folgt lauten:

> § 44 a) je zwei stimmberechtigten Vertretern eines jeden Kreisverbandes bis zu 500 Mitgliedern; für je weitere volle 500 Mitglieder entsendet jeder Kreisverband einen weiteren stimmberechtigten Vertreter, jedoch nicht mehr als insgesamt zwei zusätzliche stimmberechtigte Vertreter.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich lasse darüber abstimmen. Wer enthält sich? Eine Enthaltung. Wer ist gegen diesen Antrag? Niemand ist dagegen. Der Antrag ist bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.
Darf ich vielleicht Parteifreund *Liedig* bitten, heraufzukommen und mitzuhelfen.
Dr. *Schedl*: Die nächste Änderung, die vom Satzungsausschuß vor den Marktredwitzer Beschlüssen vorgenommen wurde! Die Beschlüsse von Erlangen sind hier verschiedenartig ausgelegt worden. Die Beschlüsse müßten als § 54 a jetzt vorläufig eingefügt und es müßte dort festgestellt werden, daß zwei Stellvertreter des Landesvorsitzenden vom Landesausschuß zu wählen sind.
Der Antrag von Marktredwitz lautet in Punkt 1:

> An einem von der Landesversammlung gewählten Landesvorsitzenden wird festgehalten.

Das ist der bisherige § 53. In § 54 a heißt es dann jetzt:

> § 54 a) Es werden durch den Landesausschuß zwei Stellvertreter des Landesvorsitzenden gewählt.

Das wäre die Kernfrage.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich darüber abstimmen lassen? Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Dann ist dieser Paragraph in der vorgetragenen Fassung einstimmig angenommen. Hast Du Dich enthalten, *Schmid Karl*?

(*Schmid Karl*: Nein!)

Darf ich Euch fragen (zu *Liedig* gewendet): Ist sonst noch irgend etwas zu den Satzungen zu beschließen? Dann sind die bisherigen Satzungen insoweit geändert. Die endgültige Beschlußfassung wird einer der nächsten Landesausschußsitzungen vorbehalten.
*Fischer Josef*: Ich möchte doch noch einmal überprüfen, ob man aufgrund der jetzt gültigen Satzung auch ordnungsgemäß Kandidaten aufstellen kann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jawohl, das ist möglich.

Darf ich den Antrag stellen:

Die bisher geltenden Satzungen werden mit den soeben beschlossenen Änderungen angenommen und in Kraft gesetzt.

(Jawohl.)

Wer enthält sich?

(*Liedig*: Vorläufig in Kraft gesetzt!)

Vorläufig in Kraft gesetzt! Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen.
Ich stelle nochmals ausdrücklich fest: Eine der nächsten Landesausschußsitzungen wird sich dann mit der endgültigen Fassung der Satzungen befassen. Ich will nicht sagen, daß es die nächste Landesausschußsitzung sein wird. Denn bei der nächsten Landesausschußsitzung möchte ich unter allen Umständen, daß wir bestimmte konkrete Probleme der Politik endgültig besprechen und durcharbeiten und uns nicht immer nur mit Satzungen befassen.

(Sehr richtig!)

Dann kommt der Punkt 2 "Neuwahlen". Ich bitte alle Stimmberechtigten, die draußen sind, hereinzuholen. Was ist zu wählen?
Dr. *Schedl*: Es sind jetzt zunächst die zwei stellvertretenden Landesvorsitzenden zu wählen. Darf ich um Wahlvorschläge bitten?
*Köhler* (Starnberg): Als zweiten Vorsitzenden würde ich den Herrn Dr. *Horlacher* vorschlagen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Als zweiten stellvertretenden Vorsitzenden? Es gibt keinen zweiten und dritten Vorsitzenden, sondern zwei stellvertretende Vorsitzende.
*Köhler*: Als einen der Stellvertreter würde ich vorschlagen Herrn Dr. *Horlacher*, und zwar aus dem Grunde, weil er das Fränkische und das Bayerische in hervorragender Weise verbindet. Weiter ist *Horlacher* ja der Mann, der in unserer Parteiarbeit immer und von Anfang an an vorderster Stelle gestanden hat, und drittens weil er das größte Verständnis bei unserer Bauernschaft hat und gerade wegen der Gefahr der Bayernpartei der geeignete Mann ist.
Frau *Meyer-Spreckels*: Ich möchte *Haußleiter* vorschlagen als Stellvertreter, ob als ersten oder zweiten weiß ich nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es sind beide gleichberechtigt nebeneinander. Als einen der beiden gleichberechtigten, weil wir ganz selbstverständlich wegen der Parität der Konfessionen einen evangelischen Vertreter haben müssen.
Dr. *Kroll*: Meine lieben Parteifreunde! Als Vertretung für Oberfranken möchte ich mich nicht in den Vorschlag der südlichen Bezirke einmengen, für die wohl unser Freund *Michel Horlacher* vorgeschlagen wurde. Zu einem Punkt aber möchte ich etwas sagen: Wir brauchen in der Vorstandschaft Leute, die in jeder Form aktiv sind, das politische Leben wirklich gestalten und Zeit und Mühe darauf verwenden, um die Dinge durchzuführen. Ich glaube sagen zu können, daß *Haußleiter* wohl wie kein zweiter aktiv in der Union tätig ist und daß wir es ihm schuldig sind, ihm den gebührenden Platz in der Vorstandschaft jetzt auch zu erwählen.
*Rathgeb*: Ich möchte vorschlagen, daß unter den Stellvertretern ein Flüchtling mit gewählt wird. Wir wissen, was die Flüchtlinge in den kommenden Wahlen für uns bedeuten.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Rathgeb*, es handelt sich um die zwei Stellvertreter des Landesvorsitzenden, nicht um Vorschläge zur Landesvorstandschaft.
*Rathgeb*: Ja, ich verstehe. Ich stehe aber nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein Stellvertreter des Landesvorsitzenden ein Flüchtling ist und der zweite womöglich *Haußleiter*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Vorschlag?
*Rathgeb*: Dr. *Rinke*.
*Lang*: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte *Krehle* vorschlagen. Ich glaube, die Arbeitnehmerseite, die sehr stark in der Union vertreten [ist] und eine sehr starke Wählerschaft darstellt, müßte Berücksichtigung finden durch einen Vorsitzenden, und zwar in der Person des Herrn Staatsministers *Krehle*.

(Sehr richtig!)

*Schmid Karl* (München): Ich wollte den gleichen Vorschlag machen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der gleiche Vorschlag! *Haußleiter* hat sich noch gemeldet.
*Haußleiter*: Meine lieben Freunde! Es ist vielleicht ein wenig abwegig, wenn ich mich in eine Debatte einschalte, in der ich genannt bin. Ich möchte nicht für mich selbst sprechen, sondern für einen anderen. Bedenken Sie bitte die Lage. Herr Staatsrat *Schäffer* hat sehr ernstlich vom Sturzbach der Bayernpartei gesprochen. Es gibt eine Möglichkeit, den Sturzbach aufzuhalten. Das ist der Appell an die gesunde Vernunft des bayerischen Landvolkes.
Sie kennen mich als einen Mann, der immer für unsere Arbeitnehmervertreter eingetreten ist. In der Lage, in der wir uns heute befinden, muß ich Ihnen sagen: Angesichts der Gesamtstimmverhältnisse, wie sie bestehen, müssen wir einen Bauern, einen Bauernvertreter an die exponierteste Stelle setzen, damit eine Lawine verhindert ist. Das ist der Grund, weshalb ich Sie bitte, daß Sie an unseren Parteifreund *Horlacher* als Stellvertreter denken. Es ist ein entscheidender Vorgang. Bitte, wir müssen unsere Arbeiterfreunde in der Arbeitnehmerunion voranbringen. In meinem Stimmkreis habe ich einen jungen Arbeiter als Vorsitzenden. Aber ich glaube, Parteifreund *Krehle* würde auch zustimmen: Hier ist die akute Gefahr abzufangen, da muß taktisch gehandelt werden. Parteifreund *Horlacher* muß eine gefährliche Welle in seinem Raume abfangen. Deshalb bitte ich Sie angesichts der gesamten Zusammensetzung der Wählerschaft der Union und angesichts der augenblicklichen Lage: Geben Sie unserem Parteifreund *Horlacher* Ihre Stimme.
Staatsminister *Krehle*: Meine lieben Freunde, es wäre nicht notwendig gewesen, daß jemand für mich das Wort ergreift. Es ist für mich als Mitglied der Staatsregierung unmöglich, diese Last auf mich zu nehmen.

(Sehr richtig!)

Ich bin bereit, in den Parteivorstand als Vertreter der Arbeitnehmergruppe mit hereinzugehen. Aber ich kann nicht die Belastung des Vorsitzenden auf mich nehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich meinerseits eine Erklärung abgeben: Meine lieben Freunde! Es war bisher so, daß der Landesvorsitzende das Recht hatte, seine Vertreter zu bestellen. Ich habe es immer so gehalten, daß ich es in Übereinstimmung mit dem Willen des Landesausschusses gemacht habe. Ich möchte jetzt vorschlagen, daß Sie auch ähnlich handeln, daß wir ohne große Debatte um Satzungen versuchen, eine Verständigung zu erzielen. Ich würde mich sonst nicht einmischen, wenn wir nicht im Augenblick die besondere Situation in Bayern hätten.
Ich darf hier sagen: Es gibt wenige in der Union, die sich so gut verstehen, wie sich Freund *Krehle* und ich seit der Gründung der Union und auch bei der Verwirklichung

ihres Programms verstanden haben. Und deswegen kann ich gerade in bezug auf das, was *Krehle* gesagt hat, noch eines beifügen: Ich habe mir schon einmal Gedanken darüber gemacht, daß er sehr intensiv in die Arbeit miteingebaut wird. Es wird auch die Zeit kommen, wo wir noch aktiver in der Politik werden. Denn ich werde nie und nimmer an dieser Stelle mitmachen, wenn die Entwicklung bzw. die Tendenz bestehen sollte, aus der Union etwa eine Rechtspartei, eine bürgerliche Partei oder dergleichen zu machen. Für mich ist die Union wirklich eine Union und keine Schemenpartei. Deswegen werde ich auch unter allen Umständen dafür sorgen, daß die Flüchtlinge richtig hereingeführt werden, daß sich die Arbeiter wirklich in der Union zu Hause fühlen, daß in der Union keine Trennung nach Land und Stadt eintritt.
Aber für den Augenblick hat *Haußleiter* das Richtige gesagt. Für den Augenblick ging es darum, klare Front zu beziehen, vor allem auch gegen die Bayernpartei. Die Fronten laufen vor allem durch das flache Land draußen. Nehmen Sie bitte darauf Rücksicht. Man hat oft Kombinationen vorgenommen und Betrachtungen darüber angestellt, ob *Horlacher* jetzt vielleicht etwas zu schwunghaft wieder zu mir gestoßen ist.
Man hat Betrachtungen darüber angestellt, was vielleicht dahinter sein könnte. Meine lieben Freunde, ich fühle mich verpflichtet, Ihnen in aller Offenheit und Ehrlichkeit zu sagen, welche Vereinbarung zwischen *Horlacher* und mir getroffen ist, seitdem wir wieder in aktivster Zusammenarbeit zusammengehen. Wir haben vereinbart, daß wir alles aufbieten werden, jeder nach seiner Seite, um zu verhindern, daß aus der Union etwa wieder eine Bayerische Volkspartei werden könnte, aber um auch zu verhindern, daß wieder eine Deutschnationale Partei entsteht.

(Sehr richtig!)

Ich gebe Ihnen das ganz klar bekannt, damit Sie wissen, was der wirkliche Hintergrund ist. Persönliches, sonstige Interessen spielen keine Rolle, sondern seitdem wir gesehen haben, daß da Tendenzen bestehen könnten, haben wir beschlossen, wieder zusammenzustehen und zusammenzuhelfen. Ich wäre dankbar, wenn Sie Ihrerseits das auch achten und Ihrerseits darauf Rücksicht nehmen würden, daß wir diesen Weg weitergehen. Sie können ja dann später auch weitere Erwägungen anstellen.
Darf ich damit die Debatte schließen und zur Abstimmung schreiten. Die Abstimmung wird durch geheime Wahl vorgenommen. Ich darf bitten, die Stimmzettel zu verteilen. *Krehle*, darf ich Deine Erklärung als Verzicht ansehen, so daß der Name *Krehle* wegfällt? - *Schmid* hat dazu das Wort.
*Schmid Georg* (Regensburg): Darf ich zur Ablehnung *Krehles* noch sagen: Gerade er würde den Kontakt mit der Arbeitnehmergruppe herstellen. Auch die Flüchtlingsgruppe könnte in der Person von *Krehle* vertreten sein.

(Staatsminister *Krehle*: Es ist unmöglich, daß einer alles macht!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird für beide Vertreter gleichzeitig abgestimmt.

(*Schmid Georg*: Dann schlage ich *Sedlmayr* vor!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde meinerseits dazu bitten, unter allen Umständen daran zu denken, daß beide Konfessionen in der Spitze vertreten sein müssen, daß also unter allen Umständen ein evangelischer Vertreter mitgewählt wird.

(*Rinke*: Beide Namen?)

Zwei Namen auf einen Zettel! Wer übertragene Stimmen hat, gibt zwei Stimmzettel bzw. soviel Stimmen ab, als er übertragen hat.

Frau Dr. *Probst*: Ich stelle den Antrag, daß jetzt nicht abgestimmt wird. Die Abstimmung soll verschoben werden, weil wir nicht mehr beschlußfähig sind.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird die Beschlußfähigkeit bezweifelt. Es sind aber, Frau *Maria Probst*, soviel Stimmen übertragen, daß die Beschlußfähigkeit feststehen dürfte. Ich bitte alle Stimmberechtigten, sich zu setzen, und die nicht Stimmberechtigten zurückzutreten. Ich bitte, dann vielleicht erst abzuzählen und nachher festzustellen, wer eine übertragene Stimme hat.
Dr. *Schedl*: 68.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Und jetzt bitte [ich] festzustellen, wer übertragenes Stimmrecht hat.
Dr. *Schedl*: Wer hat Zusatzstimmen, und zwar eine zweite Stimme? - 75. Wer hat eine dritte Stimme?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sind meine beiden Stimmen mitgezählt?

(*Haußleiter*: Sie sind mitgezählt!)

Das sind dann also rund 80. Damit ist die Beschlußfähigkeit gegeben.
Ich bitte, dann zur Abstimmung zu schreiten. Vorgeschlagen sind *Horlacher*, *Haußleiter*, Dr. *Rinke*. Ferner wurde *Sedlmayr* als Vorschlag genannt, infolgedessen muß ich ihn auch verlesen. Die Abstimmung beginnt. Ich bitte die Namen zu verlesen.
(Der Namensaufruf beginnt.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, laut zu verlesen. Es sind ja die Stimmübertragungen da; infolgedessen muß jeder Name vernehmbar vorgelesen werden.

(Dr. *Kroll*: Kann man in zwei Gruppen arbeiten?)

Dr. *Schedl*: Meine Damen und Herren, jeder, der mehrere Stimmen hat, wird so oft aufgerufen, wie er Stimmen hat. Ich bitte, jeweils einen Stimmzettel abzugeben; sonst können wir nicht durchkommen. In zehn Minuten sind wir dann durch. Es sind zwei Blocks eingeteilt, jeweils nach der Sitzordnung, die einen links und die anderen rechts.
(Die Namen werden verlesen.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, zu genehmigen, daß unsere Freunde *Karl Schmid*, *Lorenz Sedlmayr* und *Köhler* als Wahlausschuß fungieren.
Darf ich feststellen, ob alle verlesen sind? Haben alle abgestimmt? - Dann ist die Abstimmung geschlossen. Es wird ausgezählt.
Darf ich Ihnen während der Auszählung folgenden Vorschlag machen: Wir wollen die Neubestellung der Vorstandsmitglieder, nachdem wir ja jetzt am Ende der Tagung sind, bis zur nächsten Landesausschußsitzung zurückstellen.

(Zurufe: Nein!)

Gut, dann wird abgestimmt.
Dr. *Schedl*: Meine Damen und Herren, es handelt sich um folgendes: Es müssen ja erst noch die Satzungsänderungen erweisen, ob sich nicht die Vorstandschaft nach anderen Grundsätzen zusammensetzt wie heute. Wenn heute neu gewählt wird, muß das nächste Mal wieder neu gewählt werden.

(Staatsminister *Krehle*: Das steht doch fest! Der Ministerpräsident, der Landtagspräsident, der Fraktionsvorsitzende und die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften treten automatisch zum Vorstand; dann sind, glaube ich, noch fünf Vorschläge zu machen.)

Wir müssen nach den alten Satzungen neu wählen und das nächste Mal nach den neuen Satzungen wieder wählen.

Frau Dr. *Probst*: Meine Herren, ich bin generell der Meinung, daß wir die gesamten Wahlen aus Gründen der Fairneß zurückstellen. Ich habe auch Bedenken, diese beiden Stellvertreter jetzt hier zu wählen. Wir sind nicht mehr vollzählig.

(Zuruf: Warum denn?)

Wir wollen die Frage Oberbayern erst geklärt sehen, um dann gemeinsam die Wahl vorzunehmen. Das ist ein Gebot der Fairneß.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Auf jeden Fall *kann* abgestimmt werden. Wir haben festgestellt, daß rund 80 stimmberechtigte Vertreter da sind.
Aber die andere Frage ist, ob man nun Vorstand und Vorstandschaft wählen soll. Meine lieben Freunde, ich hätte selbst bestimmte Bedenken; denn ganz gleichgültig, wie jetzt die Entscheidung Oberbayern ausfällt, auch wenn neu durchorganisiert werden müßte, muß auf jeden Fall Oberbayern entsprechend berücksichtigt werden, so oder so. Dann müssen eben die neuen Männer berücksichtigt werden; denn die Partei bleibt.
Infolgedessen hielte ich es für zweckmäßig, wenn man sich jetzt diese Debatte ersparen könnte. Ich möchte nichts, was auch nur das Gefühl zuließe, als ob eine Minderheit nicht berücksichtigt wäre, durchführen.

(Sehr richtig!)

Dr. *von Prittwitz und Gaffron*: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte doch darauf hinweisen, daß etwas geschehen muß, damit die Mitglieder des Landesausschusses soviel Disziplin haben, wenigstens die Tagesordnung zu erledigen, ehe sie sich zu ihrem sicher wohlverdienten Essen begeben. Es geht ja nicht an, daß das Programm bei jeder einzelnen Sitzung deswegen nicht erledigt wird, weil einige unserer Kollegen einfach Reißaus nehmen. Ich glaube, daß die Anwesenden dagegen wirklich einmal protestieren müssen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bin völlig mit *Prittwitz* einverstanden. Ich habe vorhin ausdrücklich gebeten und darauf hingewiesen, daß Wahlen vorgenommen werden, und ich bedauere sehr, daß dieser Hinweis nicht genügt hat. Wir werden das nächste Mal dafür sorgen, daß unsere Freunde dableiben. Es wird dann alles von vorneherein abgekürzt; ich werde eben das nächste Mal die Debatte nicht so laufen lassen wie heute, sondern werde sie abkürzen. Aber wenn Sie die Debatte nicht so durchführen, wie sie durchgeführt wurde, entstehen daraus die Vorwürfe, daß nicht jeder zu Wort kam und das wichtige dann am Schluß behandelt wurde. Das nächste Mal muß dafür gesorgt werden, daß alle bis zum Schluß dableiben, oder es muß von vorneherein schon ein Widerspruch eingelegt werden, wenn ich erkläre, daß bis 14, 14.30 Uhr durchgetagt wird, wie das gestern geschehen ist. Aus dem Grund wird das bekanntgegeben.
*Fischer Heinz* (Münchberg): Zur Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren, ich kann mich den Ausführungen meines Vorredners Herrn *von Prittwitz* nur anschliessen. Wir von der jungen Generation müssen einmal sehen, daß auch tatsächlich etwas geschieht. Wir haben festgestellt, daß der Landesausschuß noch beschlußfähig ist; wir könnten es nicht verstehen, wenn man nun aus irgendwelchen Gefühlsmomenten heraus diese Wahl wieder hinausschieben würde. Wenn die anderen Herren es nicht mehr für notwendig gefunden haben, bis zum Schluß der Sitzung dazubleiben, dann haben sie auch kein Recht, daran Kritik zu üben.

(Sehr richtig!)

Aus diesem Grunde spreche ich mich dafür aus, daß die zusätzlichen zehn Vertreter zur Landesvorstandschaft noch gewählt werden.
*Hort*: Zur Geschäftsordnung! Es wurde vorhin als Grund dagegen angegeben, daß sich neue Vorschläge ergeben werden. Wir haben vorhin die Satzung mit den Änderungen von Marktredwitz vorläufig beschlossen. Ich sehe also keinen Grund, warum wir die Wahlen nicht vornehmen sollen.
[Ein] Redner der Jungen Union: Ich beantrage im Namen der jüngeren Generation, daß wir zum Schutz der Minderheit auf die Wahlen verzichten; denn wir legen Wert darauf, daß auch der Bezirksverband Oberbayern daran vollberechtigt teilnimmt.

(Sehr richtig!)

*Staudinger*: Ich schließe mich den Ausführungen meines Vorredners an. Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß wir unter allen Umständen die Wahl zurückstellen müssen, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, in dem die Verhandlungen mit Oberbayern abgeschlossen sind.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde dann vorschlagen, daß wir jetzt als nächsten Punkt lediglich die Neuwahl des Schiedsgerichts vornehmen, denn das muß jetzt unbedingt noch gewählt werden, weil es in der Zwischenzeit fungieren muß. Ich werde mir vorbehalten, nach dieser Wahl einen Antrag zu stellen.
*Fink*: Eine andere Wahl ist ebenfalls heute vorzunehmen. Als *Semler* nach Frankfurt gegangen ist, ist einer der wichtigsten Ausschüsse, der Wirtschaftspolitische Ausschuß, unbesetzt geblieben. Es liegen aber aus dem ganzen Land soviel Anträge und Anregungen vor; ich kann diese Ausschußarbeit nicht von Monat zu Monat verschieben. Das ist nur eine ganz kurze Sache.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Einverstanden, *Fink*. Ich bitte, hier gleich den Antrag stellen zu dürfen - darüber brauchen wir sicher nicht in geheimer Wahl abzustimmen:

Zum Vorsitzenden des Wirtschaftspolitischen Ausschusses wird Parteifreund *Fink* gewählt.

Wer enthält sich? - Wer ist gegen diesen Antrag? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Die Wahlen für die anderen Ausschüsse brauchen wir nicht vorzunehmen; da ist kein vordringlicher Fall gegeben. Beim Wirtschaftspolitischen Ausschuß dagegen ist die Dringlichkeit vorhanden. Die Gründe sind bekannt.
Jetzt bitte ich, die Neuwahl des Schiedsgerichts vorzunehmen. Bitte die alten und dann die neuen Namen zu verlesen.
Dr. *Schedl*: Meine Damen und Herren! Bisher war Vorsitzender des Landesschiedsgerichts Herr Staatsminister Dr. *Hagenauer*; sein Stellvertreter Landgerichtspräsident *Frank*. Herr *Frank*, der Stellvertreter, ist gestorben. Herr Dr. *Hagenauer* ist als Minister Mitglied der Landesvorstandschaft und kann aufgrund der Schiedsordnung kein Schiedsrichter mehr sein. Es wird vorgeschlagen als Vorsitzender Parteifreund *Eggensberger*, als Stellvertreter Parteifreund *Lades*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es müssen Volljuristen sein. - Ich bitte nur umzutauschen: *Lades/Eggensberger*. Ich habe in dem Fall ausdrücklich unsere schwäbischen Freunde mit dem Vorschlag berücksichtigen wollen.

(Zuruf: Ich schlage Dr. *Nerreter* vor!)

*Nerreter* ist schon als Beisitzer vorgeschlagen. Ich halte den Vorschlag für sehr gut.

(Zuruf: Darf ich unterbrechen: Ich bin Vorsitzender von Mittelfranken ...)

Sehr richtig, aber als zweiten Grund müssen wir jemanden haben, der rasch zu erreichen ist, Ich darf also als Vorsitzenden *Lades* vorschlagen. Ich bitte, das zu protokollieren; denn darüber müssen wir abstimmen.
Ich darf dazu bemerken: *Lades* ist ein junger, sehr tüchtiger Freund von der evangelischen Seite und ist im Kultusministerium tätig. Er arbeitet sehr intensiv innerhalb der Jugend mit. Er ist aber andererseits wirklich ein gereifter Mann; er ist Jurist, und zwar [ein] ausgezeichneter Jurist.
Als Stellvertreter *Eggensberger*. Er sitzt hier und ist bekannt. Er ist ein schwäbischer Freund und Advokat, so wie ich.
Dr. *Schedl*: Dann kämen die juristischen Beisitzer. Bisher Dr. *von Miller* und Dr. *Weinkamm*; neuer Vorschlag: Dr. *von Miller* und Dr. *Weyh*, da ja Dr. *Weinkamm* als Mitglied des Wirtschaftsrats in Frankfurt wahrscheinlich nicht die Zeit aufbringt, zu den Sitzungen zu erscheinen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Auch hier ist ein Münchner und einer von auswärts vorgesehen.
Dr. *Schedl*: Für die Stellvertreter der juristischen Beisitzer war der alte Vorschlag Dr. *Eichhorn* und Dr. *Ankermüller*. Dr. *Eichhorn* ist Mitglied der Landesvorstandschaft, Herr Minister Dr. *Ankermüller* ebenfalls; infolgedessen muß hier eine Neubesetzung erfolgen. Vorschlag: Parteifreund Dr. *Nerreter* und Parteifreund *Schefbeck*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Nerreter*, da kannst Du herein, und zwar deswegen, weil Du da Stellvertreter bist; und wenn es sich um ein Urteil handelt, das nicht aus Deinem Bereich kommt, kannst Du ohne weiteres mitwirken.
Dr. *Schedl*: Dann kämen die Laienbeisitzer. Da waren bisher die Herren *Hanfstaengl* und *Imler* tätig. Bei beiden bestand kein Grund, eine Veränderung vorzunehmen. Es wird vorgeschlagen: *Hanfstaengl* und *Imler*.
Die Vertreter waren bisher *Staudinger* und Dr. *Arnold*. Es werden vorgeschagen *Staudinger* und *Bartel*. *Bartel* ist ja ein Flüchtling.

(Zuruf: Baron *Manteuffel*!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bitte, völlig einverstanden.

(Zuruf: Er ist auch Jurist! - *Schwägerl*: Ich schlage *Kugler* vor!)

Das hat gar keinen Sinn; beim Schiedsgericht müssen die Leute leicht erreichbar sein, oder es muß ein Flüchtling hereinkommen. Die Vorschläge sind wirklich überlegt. Ich darf also jetzt die Stimmzettel verteilen lassen.

(Zuruf: Namen nochmals verlesen!)

*Ott*: Ich stelle die Anfrage, ob bei diesen Vorschlägen auch Personen aus den Kreisverbänden Oberbayerns berücksichtigt sind, damit nicht später Vorwürfe kommen, man hätte auch die Kreisverbände Oberbayerns und deren Mitglieder berücksichtigen sollen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Schefbeck* ist Abgeordneter von Oberbayern,

(Zurufe.)

*Miller* und *Hanfstaengl* sind ja auch von München.
Ich darf vielleicht vorschlagen: Ich verlese die ganze Liste, und Sie stimmen mit Ja oder Nein.

(Zustimmung.)

Ich lasse die Liste noch einmal verlesen.
Dr. *Schedl*:

> Vorsitzender: Dr. *Lades*; stellvertretender Vorsitzender: *Eggensberger*; juristische Beisitzer: Dr. *von Miller*, Dr. *Weyh*; stellvertretende juristische Beisitzer: Dr. *Nerreter*, *Schefbeck*; Laienbeisitzer: *Hanfstaengl*, *Imler*; stellvertretende Laienbeisitzer: *Staudinger*, Baron *von Manteuffel*

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wegen Einhaltung aller formalen Bestimmungen frage ich nochmals ausdrücklich: Wird ein anderer Vorschlag gemacht? Wenn kein anderer Vorschlag gemacht wird, können wir mit Ja oder Nein abstimmen; sollte ein anderer Vorschlag gemacht werden, müßte mit Listen abgestimmt werden. - Ich stelle fest, es wird kein anderer Vorschlag gemacht, so daß die Abstimmung mit Ja oder Nein rechtswirksam sein wird.
Wir stimmen jetzt mit Ja oder Nein über die vorgelesene Liste ab. Die Abstimmung beginnt. Ich bitte zu verlesen.
(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, während der Abstimmung die Ordnung einzuhalten.
(Die Abstimmung wird vorgenommen.)
Sind alle Namen verlesen? Haben alle abgestimmt? Dann erkläre ich die Abstimmung für geschlossen. Ich bitte, die Auszählung vorzunehmen und dabei das Wahlkomitee mitzuwirken.
Ich darf folgenden Antrag stellen:

> Die Ergänzungswahlen zur Landesvorstandschaft werden zurückgestellt bis zur nächsten Landesausschußsitzung. Das Mandat der bisherigen vom Landesausschuß gewählten Vertreter der Landesvorstandschaft wird verlängert bis zur nächsten Landesausschußsitzung, spätestens bis 1. Mai 1948.

Damit ist eine klare Rechtslage geschaffen.
*Haunhorst*: Über diesen Antrag kann nur geheim abgestimmt werden, denn er würde praktisch eine Neuwahl oder Wiederwahl der zehn Vertreter bedeuten. Er wäre nach unseren bisherigen Satzungen sonst satzungswidrig.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Eine Mandatsverlängerung ist nicht satzungswidrig. Es ist ein klarer Antrag. Er ist gekoppelt mit der Zurückstellung der Wahl bis zur nächsten Landesausschußsitzung.
Ich darf über den Antrag abstimmen lassen. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Drei sind dagegen. Damit ist der Antrag gegen drei Stimmen angenommen.
Jetzt erhält *Fink* das Wort zu einer Antragstellung.
*Fink*: Der Wirtschaftspolitische Ausschuß hat sich bisher zusammengesetzt aus Vertretern der Bezirksverbände, die sehr wahllos gewählt waren. Ich beabsichtige, den Wirtschaftspolitischen Ausschuß sehr zu aktivieren und neu zu berufen. Ich bitte um Zustimmung zu folgendem Antrag:

> Der Wirtschaftspolitische Ausschuß ist durch den Vorsitzenden neu zu berufen. Die Vertreter waren durch die Bezirksverbände benannt. Dem Ausschuß gehören in Zukunft neben Vertretern von Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft Vertreter der Flüchtlinge, der Frauen, der Jungen Union, der Arbeitnehmerschaft und der Verbraucher an.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag ist bekannt.

Staatsminister *Krehle*: Darf ich dazu etwas sagen. Meine lieben Freunde! Wir haben bis jetzt eine klare Scheidung zwischen dem Sozialpolitischen Ausschuß und dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß. Wir haben unsere Meinung jeweils getrennt gebildet. Wir sind in Fragen, die wirtschaftlicher Art waren und beide Teile berühren, zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetreten. Ich glaube, man sollte diese Praxis beibehalten.
*Fink*: Ich habe keine Bedenken. Ich glaube, das würde sich nicht gegen diesen formulierten Antrag wenden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Man kann so sagen:

> wird vom Vorsitzenden des Wirtschaftspolitischen Ausschusses im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses ...

*Fink*: Das wird etwas zu schwerfällig.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut, einverstanden. *Heinrich* [*Krehle*], ich glaube, es bestehen keine grundsätzlichen Bedenken.
Der Antrag ist bekannt. Ich lasse über den Antrag abstimmen. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Jetzt darf ich das Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden bekanntgeben. Es haben erhalten: *Haußleiter* 62 Stimmen, *Horlacher* 61 Stimmen. Dann kommen Splitterstimmen: *Pfeiffer* drei, *Rinke* sechs, *Schäffer* zwei, *Meyer-Spreckels* zwei, *Sedlmayr* sechs, *Krehle* eine, Frau Dr. *Probst* eine, *Euerl* zwei, *Schlögl* eine. Abgegeben wurden 82 Stimmen, wie ich feststelle.
Damit sind *Haußleiter* und *Horlacher* als Stellvertreter des Landesvorsitzenden gewählt. Ich frage, ob sie die Wahl annehmen.
Dr. *Horlacher*: Ich darf dazu folgendes bemerken: Ich nehme die Wahl an, obwohl ich in meinem sonstigen Berufsleben Wahlen, bei denen sich soviele Stimmen zersplittern, nicht annehme. Ich tue das jetzt ausnahmsweise mit dem Bemerken, daß es mir ganz gleichgültig ist, ob ich bei der nächsten Wahl wieder gewählt werde oder nicht. Ich stehe da auf absolut demokratischem Standpunkt. Wenn ich nicht mehr gewählt werde, tun Sie mir bloß einen Gefallen. Ich habe nicht den Ehrgeiz, mehr Posten auf mich zu nehmen. Aber in der jetzigen Situation der Union halte ich es für meine Pflicht, diese Wahl anzunehmen, weil der Herr Landesvorsitzende entsprechende Unterstützung und entsprechende loyale Zusammenarbeit braucht, so daß die Union ein einheitliches Gesicht in ihrer Gesamtvertretung bekommt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich *Haußleiter* bitten, sich zu äußern.
*Haußleiter*: Meine Damen und Herren! In einem Punkte möchte ich mich meinem Vorredner *Horlacher* anschließen: Ich nehme die Wahl nur in diesem Zeitpunkt an, und zwar aus einer bestimmten Überlegung. Wir gehen in eine ernste Krise hinein. Ich glaube, eins für mich sagen zu dürfen: Es waren katholische Parteifreunde, die mich an einem Morgen unmittelbar vor Wahlen nach Kulmbach holten und sagten: Hier ist noch keine Union, helfen Sie uns, die Union zu bauen. Ich glaube, in meiner Arbeit eines bewiesen zu haben, daß ich versucht habe, nicht Sprecher einer Gruppe, sondern der Union als solcher zu sein.
Ich glaube, ein zweites sagen zu müssen: In dem Schrecken des Krieges haben wir uns eines eingebrannt bis ins Herz, und daher kommt meine ganze Stellung und die Schärfe, mit der ich sie manchmal vertrete: Die alten Fehler dürfen nicht wiederholt werden, damit nicht eine neue Katastrophe über uns hereinbricht.

Nur in diesem Sinne bitte ich Sie, mich als Sprecher einer klaren Richtung zu bestätigen, wenn ich die Wahl annehme. Ich möchte haben, daß wir neue Wege gehen, um alte Fehler zu vermeiden, neue Wege in der sozialen Politik, neue Wege im Zusammenfassen aller derer, die mit lebendigem Herzen auf dem christlichen Boden der sozialen Union stehen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke den beiden Freunden für die Bereitschaft, das Amt zu übernehmen. Meine lieben Freunde! Man mag auch darüber wieder diskutieren, eines darf ich sagen: Die Entwicklung hat gezeigt, daß wir drei uns, seitdem wir jetzt zusammenwirken, sehr gut verstehen und daß wir durch Arbeit zusammengewachsen sind. Wir werden weiterarbeiten. Bei uns gibt es keinen Rangstreit. Es waren Grundsätze, um die es sich gehandelt hat, als wir die verantwortliche Demokratie behauptet haben. Aber bei uns wird nicht gestritten werden, sondern wir werden für die Christlich-Soziale Union arbeiten.

Es haben für die vorgeschlagenen Mitglieder des Landesschiedsgerichts - ich gebe jetzt das Abstimmungsergebnis über das Schiedsgericht bekannt - gestimmt: 77 Stimmberechtigte. Davon haben 65 mit Ja in unveränderter Weise gestimmt, drei mit Ja mit einzelnen Bemerkungen, fünf mit Nein, vier Enthaltungen. Damit sind die vorgeschlagenen Mitglieder des Landesschiedsgerichts gewählt. Dieser Punkt ist abgeschlossen.

Ich darf Ihnen dann vorschlagen, daß damit der Punkt Satzungsänderungen beendet wird. Der Punkt Neuwahlen ist beendet, ebenso der Punkt Politische Aussprache.

Ich frage an: Wünscht jemand das Wort zum Punkt Sonstiges?

*Haußleiter*: Zur Geschäftsordnung! Der Kulturpolitische Ausschuß muß neu konstituiert werden. Ich schlage als Vorsitzenden vor den bisherigen Vorsitzenden Parteifreund *Muhler* und als Vorsitzenden des Kunstausschusses unseren Parteifreund *Köhler*.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie haben den Antrag gehört.

Zum Vorsitzenden des kulturpolitischen Ausschusses wird wiedergewählt Parteifreund Dr. *Emil Muhler*, zum Vorsitzenden des Kunstausschusses Parteifreund *Köhler*.

Darf ich darüber abstimmen lassen? Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wünscht noch jemand das Wort zum Punkt Sonstiges? Es ist das nicht der Fall.

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Es obliegt mir zunächst, bevor ich schließe, allen zu danken, die hier mitgearbeitet haben. Ich danke vor allem unseren Freunden von Regensburg für die Vorbereitung dieser Tagung, ich danke Ihnen dafür, daß sie alles so gut vorbereitet haben, daß wir, glaube ich, feststellen können, wir sind alle zufrieden. Ich danke Ihnen für die Mitarbeit.

Es waren entscheidungsvolle Stunden für die Christlich-Soziale Union in Bayern. Wir sind nicht zurückgeschreckt vor der Ziehung der klaren Linie nach außen und nach innen. Denn wir wollten dadurch die Christlich-Soziale Union stärken und nicht schwächen. Es liegt aber an uns, liebe Freunde, daß dieses Ziel erreicht wird. Es sind Freunde von uns gegangen. Es mag sein, daß Freunde gehen. Wir hoffen es nicht. Wir wollen glauben, daß sie sich im letzten Augenblick doch entschließen können, wieder in der Union zu arbeiten. Aber *wir* wollen ein fester Stamm bleiben. Wir wollen die Union halten, daß sie jedem Sturm trotzen kann. Gebe Gott uns allen die Kraft, daß es uns gelingt, die Ziele der Christlich-Sozialen Union in Bayern, in Deutschland und darüber hinaus durchzusetzen. Gott segne die Christlich-Soziale Union.

Ich schließe die Landesausschußsitzung der Christlich-Sozialen Union mit einem herzlichen Grüß Gott an Euch alle und an alle Freunde im Lande. Ich danke.

Schluß der Landesausschußsitzung 13.57 Uhr.